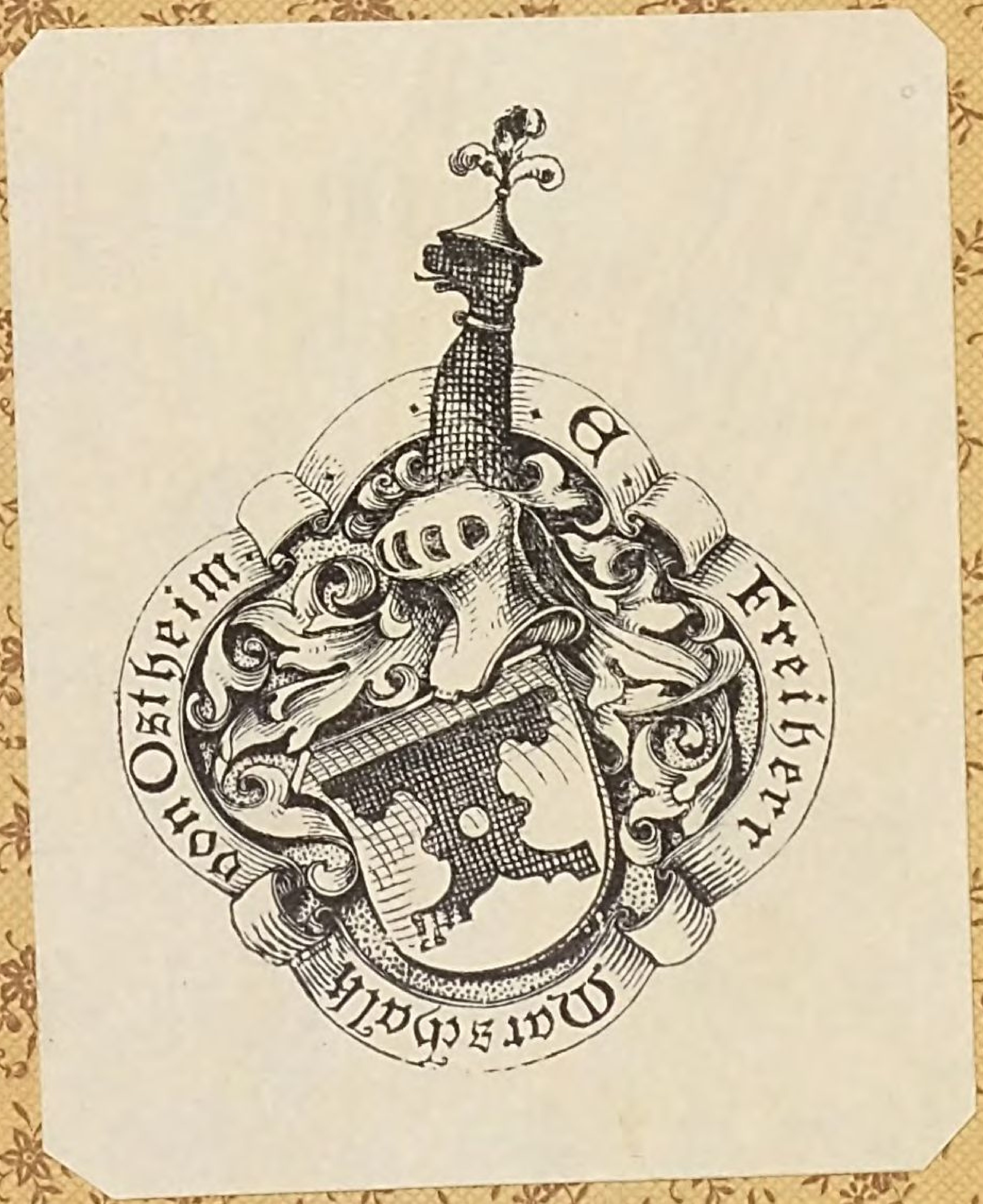
Die Geschichte
der
Deutschen Sozialdemokratie


Freiherr
Marschalk
von Ostheim

Die

Geschichte des Sozialismus

in

Einzeldarstellungen

von

E. Bernstein, C. Hugo, K. Kautsky, P. Lafargue,
Franz Mehring, G. Plechanow

Dritter Band, zweiter Theil

Stuttgart
Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. (G. m. b. H.)
1898

Geschichte

der

Deutschen Sozialdemokratie

Von

Franz Mehring

Zweiter Theil

Von Lassalles Offenem Antwortschreiben bis zum Erfurter Programm

1863 bis 1891

Stuttgart

Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. (G. m. b. H.)

1898

Druck von J. H. W. Dietz Nachf. (G. m. b. H.) in Stuttgart.

Inhalt.

Seite

Dritter Abschnitt.

Von Lassalles Offenem Antwortschreiben bis zum Erfurter Programm

1863 bis 1891

Berichtigungen.

Erster Theil.

Seite 66, Zeile 14 von unten: Philosophie, lies: Philosophen.
= 125, = 18 = = : Herrschaft, lies: Nationalökonomie oder Herrschaft.
= 223, = 4 = = : mehr hängt, lies: mehr, das hängt.
= 252, = 7 = = : Führer, lies: Fürsten.
= 274, = 17 = oben: unpersönlich, lies: persönlich.
= 361, = 16 = unten: von Bauern, lies: von den Bauern.
= 370, = 3 = = : Deutsche hätte polnisch, lies: Pole hätte deutsch.
= 386, = 1 = = : Kämpfen, lies: Kämpfern.
= 407, = 18 = oben: und verlegen, lies: oder vertagen.
= 444, = 20 = unten: deutschen, lies: dänischen.
= 458, = 4 = oben: der Gewerbeordnung, lies: der preußischen Gewerbeordnung.
= 467, = 20 = = : auszusehen, lies: ausgesehen.
= 478, = 1 = unten: Ein=, lies: Wirk=.
= 482, = 21 = = : Schriften, lies: Fragmente.
= 567, = 18 = oben: Macht, lies: Macht=.

Zweiter Theil.

Seite 13, Zeile 10 von unten und noch ein paar Mal: Dalge, lies: Dolge.
= 13, = 8 = = : von denen, lies: wovon.
= 14, = 7 = = : politischem, lies: polizeilichem.
= 33, = 8 = oben: Gefolge, lies: Gesetz.
= 76, = 9 = = : Berufsgenossenschaften, lies: Rohstoffgenossenschaften.
= 91, = 6 = unten: von, lies: vor.
= 168, = 5 = oben: länglich, lies: gänglich.
= 356, = 3 = unten: und die sozialistische Gesellschaft, lies: in die sozialistische Gesellschaft.
= 368, = 12 = = : das, lies: die.
= 434, = 13 = oben: vierten, lies: fünften.
= 448, = 3 = unten: Witz, lies: Sitz.
= 472, = 18 = = : sezessionirte, lies: sezessionistische.

Einige Buchstabenfehler, die den Sinn nicht stören und sich von selbst verbessern, sind nicht mit aufgezählt worden.

Dritter Abschnitt.

Die jungen Jahre der deutschen Sozialdemokratie.

Erstes Kapitel.

Lassalles Agitation.

I. Das deutsche Proletariat um 1863.

Unter dem raschen Vormarsche, den die deutsche Industrie seit der März-revolution gemacht hatte, waren große Veränderungen in den arbeitenden Klassen vor sich gegangen.

Zwar überwog immer noch das ländliche weitaus das industrielle Proletariat. Auf $3^1/_2$ Millionen selbstthätiger Personen in der preußischen Landwirthschaft kamen erst $^3/_4$ Millionen selbstthätiger Personen in der preußischen Fabrikindustrie. Und innerhalb der gewerbetreibenden Bevölkerung war der handwerksmäßige Betrieb stärker als der fabrikmäßige; in Preußen wurden über 1 Million im Handwerke selbstthätiger Personen gezählt. In den deutschen Staaten Preußen, Sachsen, Kurhessen, Baiern, Württemberg und Baden wies die Handwerkertabelle über 2 Millionen, die Fabriktabelle noch nicht $1^1/_2$ Millionen Köpfe auf. Wobei man nicht übersehen darf, daß wie diese Ziffern im Allgemeinen nur einen ungefähren Werth haben, so im Besonderen eine Masse angeblicher Handwerker in der ökonomischen Wirklichkeit kapitalistisch ausgebeutete Hausindustrielle waren.

Immerhin war so viel sicher, daß der handwerksmäßige noch den fabrikmäßigen, und der landwirthschaftliche Betrieb beide zusammen in dem weitaus größten Theile Deutschlands überwog. Das umgekehrte Verhältniß fand sich nur in einem deutschen Staate, in dem Königreiche Sachsen, das sich mit schnellen Schritten zu einer großen, weitläufig gebauten Stadt mit einer mäßigen, ackerbautreibenden Gemarkung auswuchs. Auf einer ähnlichen Stufe industrieller Entwicklung befand sich der preußische Regierungsbezirk Düsseldorf. Sonst konnte die Statistik im Anfange der sechziger Jahre, bei all ihrer damaligen Unvollkommenheit, den Anhängern der alten guten Zeit den Trost spenden, daß es mit dem großen Industrielande Deutschland seine guten Wege habe.

Aber thatsächlich bedeutete dieser Trost nicht mehr, als wenn ein weiser Thebaner am Tage nach der Schlacht bei Jena behauptet hätte, das fridezianische Preußen stehe auf festen Füßen, da noch kein französischer Soldat das rechte Ufer der Elbe betreten habe. Die entscheidenden Würfel waren gefallen. Keine Macht der Welt konnte die schnelle Entwicklung der großen Industrie mehr aufhalten. Hekatomben über Hekatomben von Menschenopfern bezeichneten ihren Siegespfad. Die 84 286 Handspinner, die es 1849 als kleinen Rest der ehemals nach Hunderttausenden zählenden Spinner noch gegeben hatte, waren 1861 auf 14 557 zusammengeschmolzen. Wo die große Industrie einmal festen Fuß gefaßt hatte, da machte alsbald die Konzentration des Kapitals und ihre Begleiterscheinung, die Erhöhung der Intensität der Arbeit, ihre verheerenden Wirkungen geltend. In der preußischen Baumwollweberei allein senkte die Einbürgerung der mechanischen Webstühle von 1846 bis 1861 die Zahl der Handwebstühle von 75 666 auf 4777 und die Zahl der Arbeiter von 82 193 auf 12 541. Und das sind nur ein paar Ziffern aus den Schlachtenbulletins der großen Industrie.

Wie Tod und Verderben hinter ihr, so ging der bleiche Schrecken vor ihr her. Das Handwerk zitterte in allen Fugen. Auch wo es noch nicht unmittelbar von der großen Industrie bedroht war, fühlte es mit dumpfer Angst, daß seine Stunde geschlagen hatte, daß die revolutionäre Umwälzung aller Produktions- und Verkehrsverhältnisse, welche die große Industrie mit sich führte, ihm den Boden unter den Füßen wegzog. Eine Anzahl landräthlicher Berichte, die von 1858 bis 1866 in einem amtlichen preußischen Blatte veröffentlicht wurden, sind voller Klagen über den unaufhaltsamen Niedergang des Handwerks, selbst in solchen Gegenden, die, wie beispielsweise die Provinz Posen, vorläufig weit vom Schusse lagen.

In den Reihen des Kleinbürgerthums siedelte sich der Bankerott als ständiger Gast an. Unfähig, sich vom Boden der bürgerlichen Gesellschaft loszureißen, deren konvulsivische Zuckungen ihr doch keine ruhige Stunde ließen, trieb diese Klasse eine Politik, die so widerspruchsvoll war wie ihre soziale Lage. Die Pfahlbürger von altem Schrot und Korn ließen sich nach wie vor von mittelalterlichen Luftspiegelungen bethören. Sie gründeten 1862 in Weimar einen Handwerkerbund mit zünftlerischem Programm, zur selben Zeit, wo die ökonomische Entwicklung die letzten Reste der Zunftverfassung in Baden, Württemberg, Sachsen unwiderstehlich sprengte und die schwere Schädigung des preußischen Handwerks durch die Rückwärtsrevidirung der preußischen Gewerbeordnung mit Händen zu greifen war. Diese Richtung der deutschen Kleinbürgerei hatte ihren Führer im Schuhmachermeister Panse und ihre Patronin in der ostelbischen Reaktion. Bruder Junker umhalste zärtlich den Bruder Handwerker, und Bruder Pfaff erklärte salbungsvoll, das Handwerk sei ein Gnadenstand, der in einem besonders wohlgefälligen Verhältniß zu Gott stehe. Achselzuckend kennzeichnete Huber das gespensterhafte Treiben mit dem Bibelworte: Mag auch ein Blinder einem Blinden den Weg zeigen?

Huber selbst befürwortete lebhaft das Genossenschaftswesen, ohne den politischen Beigeschmack, aber auch ohne die überschwänglichen Illusionen, die Schulze-Delitzsch in seine genossenschaftliche Agitation legte. Sie breitete sich im Anfange der sechziger Jahre schnell aus, besonders im Kleinhandel und jenem Kleinbürgerthum, das, so lange die große Industrie sich nur erst entwickelt, in ihrem Schatten als schnell wuchernde und schnell welkende Pflanze gedeiht. In einzelnen Ausnahmefällen haben die Kredit- und Rohstoffvereine, die Schulze-Delitzsch gründete, wohl kleinen Gewerbetreibenden ermöglicht, ihren Betrieb fabrikmäßig zu erweitern. Der Klasse selbst konnten sie nicht mehr bieten, als eine Verlangsamung ihres Todeskampfes. Und am wenigsten ließ sich in diesen Genossenschaften ein reformatorisches soziales Prinzip entdecken. Sie waren rein kapitalistische Palliativmittel, die sich nur auszuwachsen brauchten, um dem kapitalistischen Spekulationsgeiste zu verfallen, trotz aller Warnungen Schulzes. Mehr als einmal hat ihr Zusammenbruch den Wohlstand ganzer Städtchen begraben. Aber einstweilen glaubte ein großer Theil des Kleinbürgerthums an dieses Heilmittel und schwor zur Fahne der Fortschrittspartei, worauf es obenan geschrieben stand.

Wie die Handwerksmeister, so standen die Handwerksgesellen zwischen Bourgeoisie und Proletariat, jedoch diesem um so näher, je mehr ihre Aussichten auf wirthschaftliche Selbständigkeit zusammenschrumpften. Für das entschwindende weltliche Heil spendete ihnen die Reaktion reichlich geistlichen Trost. Zwar in den evangelischen Jünglings- und Jungfrauenvereinen mit ihren muckerischen Tendenzen sammelten die Hirten nur kleine und wie Flugsand wechselnde Herden, aber die katholischen Gesellenvereine, die der Priester Kolping, ein ehemaliger Schustergeselle, seit dem Jahre 1849 ins Leben gerufen hatte, konnten sich schon eher sehen lassen. Sie waren namentlich im südlichen und westlichen Deutschland weit verbreitet. Die katholische Geistlichkeit hütete sich wohlweislich, religiöse Propaganda in diese Vereine zu tragen. Vielmehr amüsirten und unterhielten sich junge Kapläne vortrefflich mit den Gesellen, unbekümmert um deren Konfession, so daß auch viele protestantische Handwerksburschen den katholischen Gesellenvereinen zugeführt wurden, um in der sonst todtenstillen Zeit ihr Bedürfniß nach geistigem Verkehr zu befriedigen.

Den aufgeweckten Köpfen der Gesellenschaft konnten diese Vereine freilich nur eine Birne für den Durst sein. Was den deutschen Handwerksburschen in den dreißiger und vierziger Jahren zur Ehre gereicht hatte, das trat in den sechziger Jahren noch ungleich stärker hervor: sie begriffen die Hoffnungslosigkeit ihrer Klassenlage und brauchten nicht erst ins Proletariat hinabzustürzen, um zu erkennen, daß im proletarischen Klassenkampf ihre einzige Rettung liege. Der Wanderzwang wurde immer mehr die hohe Schule, welche sie trefflich zu benutzen wußten, und sie brachten in ihren Köpfen viel reellere Schätze heim, als den „Fabrikantenstab“, den sie nach der wohlwollenden Versicherung ihrer hochmögenden Gönner von der Fortschrittspartei in ihren Ranzen tragen sollten.

Noch viel weniger verfing diese gemüthliche Verheißung bei dem industriellen Proletariat, das sich in zu dichten Massen zusammenhäufte, um nicht endlich zu begreifen, woran es war. Seine Leiden wurden immer unerträglicher. Aus dem Leben, das die englischen Arbeiter in den großindustriellen Sturm- und Drangjahren führten, ist keine Thatsache überliefert, die nicht ihr Gegenbild in der rheinischen Industrie der sechziger Jahre gefunden hätte. Die Aachener Handelskammer, die offizielle Vertretung der Fabrikanten, nannte die Lage der Arbeiter im Aachener Bezirk einfach trostlos. Ein hoher Staatsbeamter bezeugt, daß in Elberfelder Spinnereien, in engen, ungelüfteten, von einem wahren Höllenlärme durchtobten Räumen den graubleichen muskellosen Arbeitern bei fünfzehnstündiger Arbeitszeit nicht einmal die kleinste Pause zur Einnahme von Nahrung gelassen, sondern eine Blechvorrichtung um den Hals gebunden wurde, woraus sie während der paar Sekunden, wo ein Faden riß, einige Bissen herunterlöffeln konnten. Frauen- und Kinderarbeit nahm in riesigem Umfange zu. Mit schamlosem Zynismus erhoben die Berichte der rheinischen Handelskammern ihre „begründeten" Klagen über den Schulzwang, der ihnen in der Abrackerung des heranwachsenden Geschlechts hinderlich war.

Dabei stand der dreistündige Schulunterricht, den das Fabrikgesetz von 1853 für die in den Fabriken beschäftigten Kinder verordnet hatte, wesentlich nur auf dem Papier, und selbst dies Papier war von der schandbaren Rechtsprechung des Obertribunals mannigfach durchlöchert worden. So hatte der oberste preußische Gerichtshof ausgetiftelt, daß die Dampfschleifereien in Solingen als angebliches Handwerk nicht unter dem Fabrikgesetze ständen. In ihnen mußten die Mädchen, um die Kosten für Schutzvorrichtungen zu ersparen, ihre flatternden Gewänder ablegen und in Knabentracht arbeiten, was den greulichsten Unfug veranlaßte. Als der Fabrikinspektor einen leisen Einspruch dagegen wagte, war der Landrath und die ganze bürgerliche Bevölkerung über eine so rückständige Sentimentalität tief empört, und es kostete einen jahrelangen Kampf, bis der Fabrikinspektor seinen Willen durchsetzte. Im Uebrigen beeilte sich das Ministerium Bismarck, der kapitalistischen Ausbeutung alle Steine des Anstoßes aus dem Wege zu räumen. Es begann seine sozialreformatorische und staatsretterische Thätigkeit damit, die schwachen Spuren von staatlicher Fabrikaufsicht zu beseitigen, die unter seinem Vorgänger noch bestanden hatten.

Bei aller Gleichheit des Elends stand das deutsche Proletariat der sechziger Jahre dem englischen Proletariat der vierziger Jahre doch darin nach, daß ihm fast jede Möglichkeit freier Bewegung fehlte. Nicht nur politische Zwangsgesetze schnürten es ein: auch auf ökonomischem Gebiete wurde es durch die Ueberreste der feudal-zünftigen Gesellschaft auf Schritt und Tritt gehemmt. Die wirthschaftliche Gesetzgebung Deutschlands war noch buntscheckiger als seine Landkarte: ein weites Gebiet voller Trümmer, nur an wenigen Stellen eingeebnet zu dem Blachfelde, auf dem das Proletariat seinen Riesenkampf mit der Bourgeoisie beginnen konnte, fast überall mit großen und kleinen Felsblöcken besäet, die der

Arbeiterklasse den Weg zum selbständigen Kampfe versperrten. Wohl begann das industrielle Proletariat seine Reihen zu schließen, aber innerhalb dieser Reihen gab es sehr verschiedene Stufen des erwachenden Klassenbewußtseins. War es selbst gewissermaßen die Vorhut des gesammtdeutschen Proletariats, so entfalteten sich zwar schon die ersten Rotten dieser Vorhut auf dem entscheidenden Kampfplatze, aber ihre Masse würgte sich erst langsamer oder schneller aus den feudalzünftigen Engpässen heraus.

Sogar innerhalb des rheinischen Proletariats gab es sehr merkbare Abstufungen. Im Aachener Bezirke standen die Arbeiter, mit der Mütze in der Hand, vor dem gestrengen Herrn Fabrikanten, der sie durch den Hunger, und vor dem gestrengen Herrn Kaplan, der sie durch die Hölle zähmte. Allmälig und langsam, ohne jähe Sprünge, unter bigottem Drucke war dies Proletariat entstanden; ihm fehlte jedes Verständniß der modernen Zeit; gehudelt von einem protzenhaften und rohen Unternehmerthum, zerschmiß es seinen Quälgeistern im Augenblicke höchster Verzweiflung die Fenster oder zertrümmerte ihnen die Maschinen, um dann wieder in die alte Lethargie zu versinken. Die Krefelder Weber hatte die Handelskrise von 1857 und die große Seidenraupenkrankheit von 1859 aus ihren patriarchalischen Meisterträumen aufgeschreckt; in die „goldene Kette" eines drückenden Vorschußwesens verstrickt, waren sie allen Zumuthungen ihrer Brotherren preisgegeben und standen in einem Abhängigkeitsverhältniß, das nach den eigenen Worten der Staatsregierung der Leibeigenschaft früherer Jahrhunderte glich. Aber immer noch konnten sie nicht begreifen, daß sie hausindustrielle Lohnarbeiter seien und blieben eine zusammenhangslose Masse, unfähig für jeden zähen Widerstand. Am stärksten war das Klassenbewußtsein im Proletariat des bergisch-märkischen Industriebezirks entwickelt, wo auch die Ueberlieferungen der Märzrevolution am kräftigsten fortlebten. Manche Führer der Maiaufstände von 1849 wirkten hier unter den Arbeitern: so Hugo Hillmann in Elberfeld, der aus elfjährigem Exile zurückgekehrt eine Schankwirthschaft betrieb, und Karl Wilhelm Tölcke in Iserlohn, der, in vormärzlicher Zeit ein kleiner Gerichtsbeamter, wegen seiner Betheiligung am Iserlohner Barrikadenkampfe von den Geschworenen freigesprochen, aber von einem gelehrten Gerichte zu einer Geldstrafe und zum Verluste der Nationalkokarde verurtheilt worden war — unter dem Vorwande eines angeblichen „Defekts", der während seiner Untersuchungshaft in einer von ihm verwalteten Kasse gefunden worden sein sollte. Er führte jetzt als gefürchteter „Winkelkonsulent" und wirklicher Anwalt der Massen einen ebenso ergötzlichen wie wirksamen Kleinkrieg mit den chikanösen Behörden.

Im östlichen Deutschland hatte das weiße Schreckensregiment alle revolutionären Traditionen zu ersticken gewußt. Höchstens in einzelnen großen Handels- und Industrieplätzen brannten einige kleine Flammen. In Hamburg dauerten schwache Spuren einer Arbeiterorganisation unter der schützenden Decke des harmlosen Bildungs- und Genossenschaftswesens fort; hier hielt Jacob Audorf im härtesten Kampf ums Dasein an der alten Fahne mit unverbrüchlicher Treue fest

und erzog seine Söhne in gleichem Geiste. Wie Audorf einst durch Weitling zum Kommunismus bekehrt worden war, so nährten sich auch Leipziger Arbeiter und Handwerksburschen an Weitlings Schriften: der Tabakarbeiter Friedrich Wilhelm Fritzsche, der Schuhmacher Julius Vahlteich und Andere. Es war immerhin eine geringe Anzahl; unter der Masse der Arbeiter herrschte in Hamburg und Leipzig dieselbe Unklarheit wie anderwärts.

Zudem konnten nicht die Erinnerungen der Märzrevolution und noch viel weniger der Weitlingsche Kommunismus unter den gänzlich veränderten Verhältnissen die Losungsworte einer proletarischen Massenbewegung werden. Andere Hebel waren nöthig, um die Arbeiter in die politische Bewegung zu werfen, und diese Hebel lieferte die Bourgeoisie.

II. Die Arbeiterpolitik der Fortschrittspartei.

Immer drillt die Bourgeoisie die Arbeiter ein für den politischen Kampf, in dem sie ihnen schließlich erliegen muß. Ohne die Hilfe der Massen kann sie den Absolutismus und Feudalismus nicht überwinden, und es hängt von ihrer Klugheit ab, wie lange sie das Proletariat als Verbündeten neben sich oder wie bald sie es als Gegner sich gegenüber sehen will.

Für die deutsche Bourgeoisie lag die Sache im Anfange der sechziger Jahre außerordentlich günstig. In Deutschland war so unendlich viel alten Schuttes wegzuräumen, daß sie sich auf lange hinaus die zuverlässige Bundesgenossenschaft der Arbeiter hätte sichern können. Eine mannhafte Durchkämpfung des preußischen Verfassungskonflikts, ein ehrliches Bekenntniß zum allgemeinen Wahlrechte, zur Preß- und Vereinsfreiheit, kurzum die rückhaltlose Herstellung der modernen bürgerlichen Gesellschaft hätten sie davor gesichert, so bald von dem Schatten irgend eines „Zukunftsstaats“ in den Träumen ihres bösen Gewissens geängstigt zu werden. Die absolutistisch-feudale Reaktion stieß sie förmlich auf die richtige Taktik, indem sie schon in den frühesten Stadien des preußischen Verfassungsstreits mit den Arbeitern zu liebäugeln begann. Nicht als ob irgend eine Gefahr bestanden hätte, daß sich die Arbeiter von diesen sanften Liebesblicken bethören lassen würden, sondern umgekehrt: weil die Arbeiter nicht entfernt daran dachten, die Bourgeoisie im Kampfe mit der Reaktion im Stiche zu lassen, mußte die Fortschrittspartei sich entschließen, ihre historische Pflicht in halbwegs großem Stile zu thun und damit den Preis zu zahlen, für den sowohl der Sieg über die Reaktion, als auch für absehbare Zeit das Bündniß mit dem Proletariat zu haben war.

Indessen sie wollte diesen Preis nicht zahlen, und was sie den Arbeitern bot, beschleunigte den Scheidungsprozeß zwischen Bourgeoisie und Proletariat, statt ihn zu verzögern. Der Nationalverein wachte eifersüchtig darüber, eine ungetrübte Bourgeoisklique zu bleiben. Er schloß die Arbeiter in verletzender Weise aus, indem er keine Theilzahlungen für die Jahresbeiträge gestattete; die

Bennigsen und Genossen wollten ihr diplomatisches Werk nicht durch unberechenbare Mehrheiten gestört sehen, die sich auf Grund von Monatsbeiträgen in den Generalversammlungen hätten zusammenfinden können. Dafür übernahm der Nationalverein eine wohlwollende Patronage über die Arbeiter, die eben weil sie wohlwollende Patronage war, aufrechte Proletarier sehr bald vor den Kopf stoßen mußte. Er ließ in Koburg neben seiner Wochenschrift und sozusagen als ihre abhängige Filiale eine Allgemeine deutsche Arbeiterzeitung erscheinen, welche die Interessen der Arbeiter vertreten sollte, nämlich so wie die Bourgeoisie diese Interessen verstand.

In wirthschaftlicher Beziehung pries die Koburger Arbeiterzeitung nach Schulze das Genossenschaftswesen als das Allheilmittel aller proletarischen Leiden an. Sie predigte die Selbsthilfe in dem privaten Sinne, daß jeder Arbeiter durch Sparen sich selbst helfen müsse, während die Selbsthilfe in dem politischen Sinne, daß die Arbeiterklasse sich selbst helfen müsse, als Greuel aller Greuel verfehmt wurde. Jeder praktische Versuch auf die Probehaltigkeit dieser Theorie mußte die Arbeiter von ihrer Haltlosigkeit überzeugen und trotz allen Lärms, den die Bourgeoisie von ihrem Allheilmittel machte, haben Schulzes Genossenschaften nie besondere Gegenliebe unter den Arbeitern gefunden. Bei den Kredit- und Rohstoffvereinen verbot ihnen die Leere ihrer Taschen von selbst jede Betheiligung, und die Konsumvereine, die in erster Reihe auf sie berechnet waren, blieben immer weit hinter jenen anderen Vereinen zurück. Schulze selbst kannte im Jahre 1863 neben 500 Kredit-, sowie 200 Rohstoffvereinen nicht mehr als 100 Konsumvereine; im Jahre 1864 gab es ihrer nur 96, von denen 38 Berichte an Schulze eingesandt hatten. Diese 38 Vereine zählten 7709 Mitglieder, so daß auf jeden Verein 202 Köpfe kamen. Da nun längst nicht alle Mitglieder der Konsumvereine Arbeiter waren, so ergiebt sich, daß Schulzes Genossenschaften eine verhältnißmäßig sehr geringe Verbreitung im damaligen Proletariat gefunden haben. Gegen die von Fabrikanten geleiteten Konsumvereine hegten die Arbeiter ein instinktives Mißtrauen, während die von Arbeitern gebildeten Konsumvereine von den „gebildeten" Führern des Genossenschaftswesens scheel angesehen wurden.

In politischer Beziehung führte die Koburger Arbeiterzeitung eine hitzige Fehde gegen Junker und Pfaffen, die dem Proletariat schon eher hätte gefallen können, wenn sie nur nicht mit den wirklichen Thaten des Nationalvereins in einem allzu schroffen Widerspruche gestanden hätte. In der Frage des allgemeinen Wahlrechts blies die Zeitung nach der Weise der Bourgeoisie nicht kalt und nicht warm. Es sei schon ein ganz gutes Ding, meinte sie, und die Arbeiter sollten es auch einmal haben, aber erst wenn sie sich durch Bildung auf die geistige Höhe der Bourgeoisie geschwungen hätten. Vorläufig würde es eine Trennung zwischen Bürgerthum und Volk herbeiführen, woran nur der Reaktion gelegen sein könne. Ohne Volksbildung oder auf Grund einer Volksbildung, die im größten Theile von Deutschland unter der Leitung der Reaktion gestanden habe und vielfach noch stehe, könne das allgemeine Stimmrecht zu nichts Gutem

führen. Erst sollten sich die Arbeiter nur in den Arbeiterbildungsvereinen bilden, dann werde man schon weiter sehen.

Die Arbeiterbildungsvereine waren etwa seit dem Jahre 1860 von dem Nationalverein ins Leben gerufen worden. Sie verbreiteten sich schnell über ganz Deutschland und haben zweifellos in der Arbeiterklasse viel tiefere Wurzeln geschlagen, als Schulzes Genossenschaften, trotz allen Unfugs, den die Bourgeoisie in ihnen getrieben hat. Um sie als echte Kinder des Kapitalismus zu beglaubigen, wurden sie als „Genossenschaften zur Erwerbung und Vermehrung des geistigen Kapitals ihrer Mitglieder" getauft. Es giebt ein von kundiger Seite für eine statistische Aufnahme dieser Vereine entworfenes Formular, das alle möglichen Fragen stellt: ob die Vereine Unterricht ertheilen, ob sie Bibliotheken besitzen, ob sie Familienversammlungen, Turnfahrten, Konzerte, Theatervorstellungen, Weihnachtsbescherungen veranstalten, aber auch nicht eine einzige Frage, die nur von fern an eine Beschäftigung mit den politischen und sozialen Interessen der Arbeiterklasse rührt. Die „Bildung", die von den bürgerlichen Patronen dieser Vereine verzapft wurde, war allzu oft das hohlste Geschwätz von der Welt; eben weil die deutsche Volksschule, die in den zwanziger und dreißiger Jahren auf einer gewissen Höhe gestanden hatte, von der Reaktion der vierziger und fünfziger Jahre verwüstet worden war, hieß es reinen Hohn mit den Arbeitern treiben, wenn sie mit oberflächlichem Gerede über Uhland und die deutsche Romantik, über Shakespeare und Lessing oder gar „über Samuel Johnson und seinen Biographen Macaulay" zum richtigen Gebrauche des allgemeinen Wahlrechts „gebildet" werden sollten. Zuletzt erhob sich in der Wochenschrift des Nationalvereins selbst ein Fabrikant gegen dies Treiben. Er sagte, die Arbeiter kännten vor lauter Gelehrsamkeit ihren eigenen Vater nicht mehr und sich selbst gar nicht; ihr Gedächtniß würde so vollgestopft, daß sie immer dümmer würden und über die gewöhnlichsten Dinge nichts zu sagen wüßten oder reinen Unsinn sprächen.

Das drastische Urtheil war doch nach zwei Seiten hin übertrieben. Es kam der Bourgeoisie bei den Arbeiterbildungsvereinen zwar auf die politisch-soziale Versimpelung der Arbeiter, aber nicht oder doch nicht ausschließlich auf ihre allgemeine Verdummung an, und soweit es ihr darauf ankam, waren die Arbeiter weit entfernt, sich verdummen zu lassen.

Die Bourgeoisie braucht — unbeschadet der nach Kinderblut lüsternen Fabrikanten, denen freilich jeder Schulunterricht verhaßt ist — einen zahlreichen Stab intelligenter Arbeiter, den ihr die Volksschule unter der Herrschaft der Stiehlschen Regulative nicht mehr lieferte. Sie war deshalb darauf bedacht, mit den Arbeiterbildungsvereinen nach Möglichkeit Fach- und Fortbildungsschulen zu verbinden, die den Arbeitern nützen konnten und wirklich genützt haben. Konnte sie auf diesem Wege eine Elite von Arbeitern mit ihrem Geiste durchtränken, den diese Feldwebel der Bourgeoisie dann in die Arbeitermassen überleiteten, so war ihr doppelt geholfen, und gewiß spielte auch dieser Zweck mit. Der Bürgermeister von Leipzig sprach es einmal in einer offiziellen Rede ehrlich aus, Zweck

der Arbeiterbildungsvereine sei, eine Aristokratie von Arbeitern zu züchten, und die städtischen Behörden dieser berühmten Seestadt unterstützten den dortigen Arbeiterbildungsverein mit einem namhaften Jahreszuschuß, bis er dankend auf jeden „aristokratischen" Charakter verzichtete. Daneben aber gab es auch eine nicht unbeträchtliche Zahl bürgerlicher Ideologen, die den Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat nicht begriffen oder doch dahin mißverstanden, daß er durch die Bildung der Arbeiter ausgeglichen werden könne, und die somit redlich daran arbeiteten, die Arbeiterbildungsvereine auf einer gewissen Höhe zu erhalten, sie nicht zu bloßen Spielereien oder noch Schlimmerem entarten zu lassen.

Es waren namentlich tüchtige Naturforscher, die sich anerkennenswerthe Verdienste um diese Vereine erworben haben: Theodor Müller in Frankfurt a. M., Ludwig Büchner in Darmstadt, Roßmäßler in Leipzig. Sie waren mehr oder minder auch demokratische Politiker, aber die einseitig naturwissenschaftliche Auffassung der Dinge versperrte ihnen die scharfe Auffassung der gesellschaftlichen Zustände. Roßmäßler pflegte den Arbeitern zu sagen: Die Bildungsvereine gestatten euch tiefe Einblicke in die Natur, so könnt ihr allesammt Erfinder werden und habt dann des Brotes die Fülle. Nur einer dieser Männer verband die gründliche naturwissenschaftliche mit einer gründlichen sozialwissenschaftlichen Bildung: er hieß Friedrich Albert Lange.

Lange stammte aus westfälischem Bauernblute. Sein Vater hatte sich mit zäher Energie vom Acker- und Fuhrknechte zum orthodoxen Pastor und Professor der Theologie emporgearbeitet. Er lehrte zeitweise an der Züricher Universität, und in der Schweiz empfing Albert Lange die entscheidenden Eindrücke seiner Jugend. Mit freiem und unbefangenem Blicke sah er ins deutsche Leben, als er in rheinischen Städten, in Köln, Bonn, Duisburg, abwechselnd an Gymnasium und Universität, seinem pädagogischen Berufe oblag: ein gerader stracker Jüngling und Mann, dem die Ehrlichkeit und Offenheit auf der Stirne geschrieben stand, von jener echten Liebenswürdigkeit, die nicht Allen Alles giebt, aber Jedem, was Jedem gebührt. Ein geborener Erzieher, voll anspannender geistiger Kraft und dabei ein Meister aller Leibesübungen, ein gelehrter Forscher und doch nichts weniger als ein Stubenhocker, so vielseitig in der wissenschaftlichen Theorie wie in der praktischen Bethätigung, war er das Bild eines Mannes von schönem Ebenmaß, berufen jede Aufgabe zu lösen, die ihm das Leben stellen mochte.

Und er hat sie alle männlich und tapfer gelöst. Er warf sein Amt als Gymnasiallehrer in Duisburg den heiteren Bureaukraten des Koblenzer Provinzialschulkollegiums vor die Füße, als sie ihn „nachdrücklichst verweisen" wollten, weil er sich den unwürdigen Wahlerlassen des Ministers v. Mühler nicht gefügt hatte. Er brach dann ebenso rücksichtslos mit der Bourgeoisie, als er sah, daß ihr die Förderung ihrer materiellen Interessen hoch über dem politischen Kampf um die Volksrechte stand. Er scheute sich nicht, für die Sache der Arbeiter einzutreten, als solch ehrliches Bekenntniß einem Mitgliede der bürgerlichen Klasse noch peinlich schwere Opfer auferlegte. Aber dem Verhängniß jenes tiefsinnigen Wortes, das

auf dem Denkmal des letzten deutschen Papstes in Rom geschrieben steht: Wie viel trägt es aus, in welche Zeiten auch der beste Mann fällt! ist Albert Lange nicht ganz entgangen.

Seinem harmonischen Wesen fehlte jene harte Einseitigkeit, die das entscheidende Wort hat in Tagen, wo ein Hüben ein Drüben nur gilt. In seiner Geschichte des Materialismus kritisirte Lange scharf den naturwissenschaftlichen Materialismus der fünfziger Jahre, den er nur als „brauchbare Maxime für die Naturforschung" anerkannte, dagegen als „flache Philosophie" verwarf. Aber er ging nicht vorwärts zum historischen Materialismus, sondern zurück auf Kant, und alle Erkenntniß löste sich ihm auf in einen „obersten und letzten Zweifel". Reich an gedankenvollen Untersuchungen trifft sein Hauptwerk doch im Endziele daneben. Und wie dem Philosophen ein letzter Zweifel blieb, so auch dem Sozialpolitiker Lange. Früher als irgend ein anderer Vertreter der deutschen Gelehrsamkeit hat er die Bedeutung von Lassalle, Marx und Engels begriffen; er hat ihr Lebenswerk manchmal ungemein fein und sicher beurtheilt, um es dann doch wieder in schwer begreiflicher Weise mißzuverstehen. Lange war ganz frei von den eigennützigen Vorurtheilen der Bourgeoisie, aber die idealistische Bildung und Erziehung eines evangelischen Pfarrhauses hat sein Denken immer etwas beengt. Nichts weniger als ein fauler Vermittler des landläufigen Schlages, ist er dem Loose solcher Vermittler, der schnellen Vergessenheit, doch bis zu einem gewissen Grade verfallen, weil er sich noch mit Zweifeln plagte, als eine große Wende der Geschichte ein schlichtes Ja oder Nein forderte.

Wenn Männer wie Roßmäßler und Lange in den Arbeiterbildungsvereinen wirkten, so trieb sie ihre bürgerlich-ideale Gesinnung, die als solche für die Fortschrittspartei schon mit dem Verdachte des Verdachts behaftet war. Zwischen beiden Theilen bestand durchaus kein zärtliches Verhältniß. Was die Fortschrittspartei den Arbeitern an Führern bot, war denn auch ganz anderen Kalibers. Trotz des in gewissem Sinne ernsthaften Interesses, das sie den Arbeiterbildungsvereinen widmete, konnte sie ihren lächerlichen Bourgeoisdünkel doch nicht so weit überwinden, um ihre besten Leute gerade für gut genug zur Erziehung der Arbeiter zu halten. Mit Ausnahme von Schulze-Delitzsch, dem die soziale Frage in Generalpacht übergeben worden war, und etwa noch von Franz Duncker, der sich um das Unterrichtswesen des großen Berliner Handwerkervereins verdient gemacht hat, erachteten die Führer der Partei es unter ihrer Würde, sich mit den Arbeitern abzugeben. Dieser Theil ihrer Geschäftspolitik wurde Agitatoren dritten oder vierten Ranges überlassen, und das war eine außerordentlich gemischte Gesellschaft.

In Frankfurt a. M. machte Löb Sonnemann in Volksbildung, ein Börsenjobber, der durch das Schachern mit feinen und faulen Papierchens rasch emporgekommen war und als Besitzer einer lukrativen Börsenzeitung nun auch in öffentlicher Meinung zu spekuliren begann. Ebenda seifte Max Wirth die Arbeiter mit dem dünnflüssigen Schaume der Manchesterei ein, ein Nachplapperer Bastiats, der in seiner Weise die Bonapartisirung der deutschen Bourgeoisie vorbereitete,

indem er die blutigen Eroberungen eines Abenteurers als eine besonders schwierige und deshalb besonders lohnbringende Arbeit feierte. In Magdeburg belehrte die Arbeiter der freigemeindliche Prediger Uhlich, ein ehrenwerther Charakter, aber ein politischer Konfusionsrath, ihm zur Seite Max Hirsch, ein junger Mann aus einem großen Spiritusgeschäfte, guter Kerl und sehr schlechter Musikant, nicht ohne eine Art schwächlichen Interesses für das Proletariat, und deshalb für die Bourgeoisie stets mit einem leichten Makel befleckt, aber viel zu eitel, um sich der Arbeiterklasse in Reih und Glied anzuschließen und lange nicht selbstbewußt genug, um nicht vor jedem Stirnrunzeln der Fortschrittspartei zusammenzuknicken. Selbst der Vorstädtische Handwerkerverein in Berlin, in dem Lassalle sein Arbeiterprogramm vorgetragen hatte, besaß in Friedrich Stephany einen Vorsitzenden, wie er nicht hätte sein sollen. Ein verbummelter Gymnasiallehrer, suchte Stephany seine redliche Nahrung in einem so energischen Heucheln arbeiterfreundlicher Gesinnungen, daß er zeitweise selbst kluge Leute täuschte. Lassalle, Schweitzer und Guido Weiß haben sich weidlich abgeplagt, um aus dem Tölpel noch etwas Vernünftiges zurechtzustutzen, aber aus Nichts konnte Nichts werden. So wandte sich Stephany einem nahrhafteren Gewerbe zu, indem er sich mit einer berufenen Wuchererfamilie verschwägerte, und nach dieser praktischen Kulturthat rückte er auf der kapitalistischen Stufenleiter bis zum Chefredakteur der Vossischen Zeitung empor, als welcher er ein leuchtendes Vorbild der liberalen Presse geworden ist: heute so unfähig wie vor einem Menschenalter, einen leidlichen Dutzendartikel zurechtzuflicken, aber erprobt und zuverlässig befunden im verleumderischen Beschimpfen der Arbeiterklasse, im grausamen Abwürgen unbequemer Kulis, im gerichtlichen Falschschwören, im Judenfeiern und im Judenhetzen, kurz in allen, manchmal widerspruchsvollen und immer schmutzigen Handlangerdiensten, deren das Zeitungskapital für seine hohen Kulturzwecke bedarf.

Wie gut aber oder wie schlecht es die Fortschrittspartei mit den Arbeiterbildungsvereinen meinte, den Arbeitern selbst boten sie den ersten Tummelplatz, sich über ihre Interessen zu verständigen. Die reaktionäre Gesetzgebung des deutschen Bundes, wie fast aller Einzelstaaten, erschwerte ihre politische Organisation außerordentlich und machte ihre gewerkschaftliche Organisation so gut wie unmöglich. So übten sie sich denn auf dem Exerzirplatze, den ihnen die Fortschrittspartei öffnete. Die guten wie die schlechten Seiten der Arbeiterbildungsvereine dienten gleichermaßen dazu, sie aufzuklären. Der Fachunterricht schürte den Wissenstrieb, der in den modernen Proletariern steckt, während ihre wachsende Erkenntniß sich sehr bald angeekelt fühlte von dem Dreschen leeren Strohs, das so vielfach in den Arbeiterbildungsvereinen betrieben wurde. Ihr Klassenbewußtsein erwachte langsam, aber unaufhaltsam, und in seinem dunkeln Drange war es sich des rechten Weges wohl bewußt. Die Arbeiter nahmen aus den Gaben der Fortschrittspartei, was ihnen paßte, und was ihnen nicht paßte, das machte sie um so argwöhnischer gegen die wohlwollenden Spender. Die Fortschrittspartei scheiterte an der unmöglichen Aufgabe, das Proletariat als eine politisch

zugleich thatkräftige und willenlose Hilfstruppe zu organisiren; die Enten gehen immer aufs Wasser, auch wenn das Huhn, das sie ausgebrütet hat, sie nur am Ufer spazieren führen will.

So geschah es denn aúch mit der Abordnung einer Anzahl von deutschen Arbeitern auf die Londoner Weltausstellung von 1862. Die Mittel dazu wurden von der radikalen Bourgeoisie durch öffentliche Sammlungen aufgebracht. Wie üblich, nahm sie dabei den Mund sehr voll als Wohlthäterin der Arbeiterklasse, obgleich es ihr im besten Falle nur um die bessere technische Ausbildung ihrer lebendigen Arbeitswerkzeuge zu thun war. Aber die entsandten Arbeiter lernten in London Manches mehr, als sie lernen sollten. Von Einzelnen, wie dem Tischler Theodor York aus Harburg, wird ausdrücklich bezeugt, daß sie in den kommunistischen Arbeiterbildungsverein geriethen und hier mit Anschauungen vertraut wurden, die ihnen nach der Absicht ihrer bürgerlichen Gönner ewig fremd bleiben sollten. Jedenfalls wurde gleich in der ersten Versammlung, in der die Berliner Delegirten am 25. August den Bericht über ihre Londoner Erfahrungen abstatteten, der Beschluß gefaßt, einen allgemeinen deutschen Arbeiterkongreß einzuberufen. Hauptreferent in dieser Versammlung war der Maschinenbauarbeiter Eichler. Die Agitation nahm schnell einen für die damalige Zeit großen Umfang an. Nachdem in den verschiedenen Stadttheilen Berlins besondere Versammlungen abgehalten worden waren, wurde am 7. Oktober in einer Schlußversammlung ein Komite von 25 Personen niedergesetzt, das die Einberufung des Arbeiterkongresses vorbereiten sollte, und dies von Eichler geleitete Komite veröffentlichte am 22. Oktober einen Aufruf, der die Eröffnung des Kongresses auf den 18. November festsetzte.

Gleichfalls auf die Berufung eines solchen Kongresses zielte eine gleichzeitige Bewegung der Leipziger Arbeiter ab. Hier war im Februar 1861 in einer öffentlichen Volksversammlung ein Arbeiterbildungsverein gegründet worden. Um den reaktionären Vereinsgesetzen keine Handhabe zu bieten, beabsichtigten die bürgerlichen Gründer des Vereins, ihn als „Gewerblichen Bildungsverein" an die Polytechnische Gesellschaft anzuschließen, die aus selbständigen Gewerbetreibenden bestand. Hiergegen hatten Fritzsche und Vahlteich kräftig protestirt, nicht ohne großen Eindruck auf die anwesenden Arbeiter zu machen. Ihre kernigen Ausführungen imponirten namentlich nicht wenig dem jungen Drechsler August Bebel, der zum ersten Male einer Volksversammlung beiwohnte.

Bebel ist ein preußisches Soldatenkind. Sein Vater, ein geborener Pole aus Ostrowo, kam als preußischer Soldat nach Mainz, heirathete hier als Unteroffizier ein Mädchen aus Wetzlar und ließ sich in ein rheinisches Regiment nach Köln versetzen, wo August Bebel geboren wurde und sein Vater zwei Jahre später starb. Die Mutter heirathete dann des Vaters Bruder, der Gefangenenwärter war, und kehrte, als auch dieser früh starb, in ihre Heimathstadt Wetzlar zurück. Seinen Unterricht erhielt Bebel in der Armenschule der kleinen Stadt, und zwar, nachdem ihm die Mutter noch vor seinem zwölften Lebensjahre gestorben war, als Stipendiat des Waisenfonds. Mit vierzehn Jahren kam er zu

einem Drechslermeister in die Lehre. Regen Geistes und lebhaften Temperaments, suchte er sich geistig fortzubilden, aber dazu fehlte ihm in dem traurigen Philisterneste jede Möglichkeit, selbst wenn ihm die durchschnittlich zwanzig Groschen Wochenlohn, außer Kost und Wohnung beim Meister, besondere Sprünge gestattet hätten.

Vom Februar 1858 bis zum März 1860 wanderte Bebel als Handwerksbursche durch Süddeutschland, sowie einen Theil Oesterreichs und der Schweiz. Er arbeitete längere Zeit in Freiburg i. Br., Regensburg und Salzburg, in welchen Städten ihm die katholischen Gesellenvereine geistige und gesellschaftliche Anregung boten. Seine patriotische Gesinnung war noch durchaus nicht angekränkelt. Als während seines Aufenthalts in Salzburg der Krieg von 1859 ausbrach, meldete er sich zum Eintritt in ein Freiwilligenkorps von Tiroler Jägern, wurde aber abgewiesen, weil er kein geborener Tiroler war. Als dann Preußen mobil zu machen begann, eilte Bebel in die Heimath zurück, um sich als Freiwilliger zu melden, indessen der schnelle Friedensschluß vereitelte auch diese Absicht. Und als er im nächsten Jahre gestellungspflichtig wurde, machte seine Zurückstellung wegen „allgemeiner Körperschwäche" seinen militärischen Plänen für immer ein Ende. Er ging nun nach Leipzig, um Arbeit zu suchen und zu finden.

Im Leipziger Arbeiterbildungsverein entwickelten sich seine Fähigkeiten schnell. Ebenso die geistigen Eindrücke, die er von Kindesbeinen an empfangen hatte, als auch sein unersättlicher Wissensdurst machten es erklärlich, daß er sich mit besonderem Eifer den Unterrichtszwecken des Vereins widmete und der Agitation fern blieb, die Fritzsche und Vahlteich unausgesetzt gegen das sanft lebende Fleisch der bürgerlichen Opposition unterhielten. Die Stiftungsfestrede Vahlteichs im Frühjahre 1862 führte zum offenen Ausbruche der vorhandenen Gegensätze, und in dem neu gewählten Vorstande, in dem nun auch schon Bebel saß, standen sich beide Parteien gleich stark gegenüber. Aber auf einer außerordentlichen Generalversammlung wurden Fritzsche und Vahlteich mit großer Mehrheit geschlagen und gründeten nunmehr den Verein Vorwärts, der auf Unterrichtszwecke verzichtete und sich ganz auf die Propaganda warf.

Auf die politische, aber noch nicht auf die soziale Propaganda. Dafür spricht schon der Umstand, daß von den bürgerlichen Stiftern des Vereins die radikaleren mit Fritzsche und Vahlteich gingen: Roßmäßler, ferner Dalge, ein Achtundvierziger, der wegen Theilnahme an dem Dresdener Maikampfe zum Tode verurtheilt und zu langjähriger Zuchthausstrafe begnadigt worden war, von denen er sechs Jahre thatsächlich verbüßt hatte, dann auch der Eisengießereibesitzer Götz, der es später zur Würde eines nationalliberalen Reichstagsabgeordneten gebracht hat. Diese Männer wollten die Kraft der bürgerlichen Opposition durch eine stärkere Heranziehung der Arbeiterklasse vermehren; sie verlangten die Oeffnung des Nationalvereins für die Arbeiter und die Aufnahme des allgemeinen Wahlrechts in das fortschrittliche Programm, und zunächst lag ihnen die Einberufung eines allgemeinen Arbeiterkongresses, der diesen Forderungen den gehörigen Nach-

druck geben konnte. Damit durften sich Fritzsche und Vahlteich um so eher einverstanden erklären, als sich ihr an Weitling geschulter Sozialismus über seine weiter gehenden Wünsche noch sehr im Unklaren befand. Der Verein Vorwärts berief große Arbeiterversammlungen zur Erörterung von politischen Tagesfragen ein, und von einer dieser Versammlungen wurde ein Komite zur Einberufung eines Arbeiterkongresses niedergesetzt. Darin saßen neben Roßmäßler, Dalge, Götz, Fritzsche, Vahlteich auch Bebel und Otto Dammer, der in dem Arbeiterbildungsvereine Vorträge über Chemie gehalten hatte.

So bestanden in Berlin und Leipzig zwei Komites, die einen Arbeiterkongreß einberufen sollten, beide erwachsen aus dem Unmuthe über die entwürdigende Rolle, welche die Bourgeoisie dem Proletariat im Kampfe gegen den Feudalismus anwies, aber beide auch noch fern einer grundsätzlichen Opposition gegen die Fortschrittspartei. Der Aufruf des Berliner Komites richtete seinen schärfsten Vorstoß gegen die zünftlerischen Bestrebungen des Handwerks, und die Forderungen, deren Berathung es auf die Tagesordnung des von ihm einberufenen Kongresses setzen wollte, widersprachen in keinem Punkte dem Programm der Fortschrittspartei, ja entsprachen ihm zum großen Theile. Es handelte sich um die Einführung der Freizügigkeit und Gewerbefreiheit durch ganz Deutschland, um die Feststellung von Grundstatuten für Assoziationen und Invalidenkassen, um die Bewerkstelligung einer Berliner Weltausstellung in den nächsten Jahren, und endlich sollten gewerbliche Mittheilungen der Londoner Arbeiterdelegirten entgegengenommen werden. Aber selbst dies bescheidene Programm genügte schon, die Fortschrittspartei zu reizen. In derselben Nummer der Volkszeitung, die den Aufruf des Komites dicht *unter* dem Redaktionsstriche veröffentlichte, polemisirte Streckfuß dicht *über* dem Redaktionsstriche gegen die „jetzige so unzeitgemäße Arbeiterbewegung“, die, wenn auch unbewußt, den „im Finstern arbeitenden Feinden der Freiheit“ den erwünschten Anhaltspunkt gebe. Und dabei war Streckfuß das einzige, halbwegs namhafte Mitglied der Fortschrittspartei, das mit einiger Energie für das allgemeine Wahlrecht eingetreten war.

Zunächst nahm die Sache eine Wendung, die der Fortschrittspartei noch einmal aufzuathmen gestattete. Der Leiter des Berliner Komites erwies sich als fauler Kunde. Ob Eichler die Arbeitersache von Anbeginn verrathen hat oder erst dann, als er wegen seiner „unzeitgemäßen“ Ansichten von seiner Arbeitsstätte in der Pflugschen Maschinenfabrik, die der biedere Unruh leitete, aufs Pflaster geworfen worden war, mag zweifelhaft sein; unzweifelhaft und von Bismarck selbst anerkannt ist, daß er in politischem Solde gestanden hat. Sein zweideutiges Spiel wurde offenbar, als er im Oktober nach Leipzig hinüberkam und dem dortigen Komite eröffnete, das eben ans Ruder gekommene Ministerium Bismarck habe ein Herz für die Arbeiter und werde sich ihrer Sache annehmen, sobald sie nur erst der Fortschrittspartei den Rücken gekehrt hätten; es sei bereit, zunächst den Maschinenbauarbeitern bedeutende Geldmittel zur Gründung einer Produktivassoziation zu gewähren. Erläutert wurden diese wundersamen Er-

öffnungen durch eine Generalversammlung, die der preußische Volksverein, das feudale Gegenstück zum liberalen Nationalvereine, zur selben Zeit in Berlin abhielt. Von zwei vertrauten Freunden Bismarcks erklärte hier der eine, Blankenburg: die Arbeiterbewegung werde der Fortschrittspartei durch die Forderung des allgemeinen Wahlrechts ein scharfes Examen auferlegen, und der andere, Wagener: nicht der Geldsack dürfe vorwiegen gegen die Blutsteuer, das allgemeine Wahlrecht müsse eingeführt werden, um eine wahrhafte, nach Ständen geordnete Volksvertretung zu schaffen.

Beim Leipziger Komite blitzten Eichlers Vorschläge natürlich ab, sie wurden mit allen gegen eine Stimme abgelehnt. Nichts lag den dortigen Arbeitern ferner, als ein Verrath der Bourgeoisie an Junker Bismarck. Vielmehr beschloß das Komite, eine aus Dalge, Fritzsche und Vahlteich bestehende Deputation nach Berlin zu senden, um gütlich mit der Fortschrittspartei zu verhandeln und die dortigen Arbeiter über Eichler zu orientiren. Die Deputation fand die fortschrittlichen Abgeordneten sehr zugeknöpft, aber in einer großen Volksversammlung, die am 2. November unter Eichlers Vorsitz und starker Betheiligung der Arbeiter in der Tonhalle stattfand, kam es doch zu einem Kompromiß. Die fortschrittlichen Führer, von denen Schulze-Delitzsch und Unruh zugegen waren, fügten sich in die Einberufung des Kongresses und verlangten nur seine Vertagung, um erst in den Arbeiterbildungsvereinen durch Vorträge über Kapital und Arbeit die Ansichten zu klären. Schulze-Delitzsch erbot sich selbst zu solchen Vorträgen und erklärte vorläufig jede Demokratie, welche nicht die materielle Lage der Arbeiter zu bessern verstehe, für eine hohle Phrase. Dagegen führten Fritzsche und Vahlteich aus, ihnen liege fern, ihre persönlichen Interessen über die allgemeine politische Frage zu stellen, sie seien für ein Zusammengehen mit der Fortschrittspartei, um diese zu einer energischen Vertretung der Arbeiterinteressen zu zwingen. Sie machten auch in dieser Versammlung großen Eindruck und erwiesen sich den Berliner Arbeitern überlegen, die, soweit sie zum Worte kamen, entweder überhaupt nichts von Politik wissen oder einfach im Fahrwasser der Fortschrittspartei schwimmen wollten. Schließlich wurde nahezu einstimmig Fritzsches und Vahlteichs Antrag angenommen, den Arbeiterkongreß bis Ende Januar 1863 zu vertagen und ihn nicht nach Berlin, sondern nach Leipzig zu berufen, womit die vorbereitenden Maßregeln dem Leipziger Komite zufielen und Eichler lahmgelegt war. Mit der vom Berliner Komite entworfenen Tagesordnung des Kongresses erklärten sich die Leipziger einverstanden, nur den Plan einer Berliner Weltausstellung lehnten sie ab.

Der also abgeschlossene Kompromiß erwies sich aber sehr bald als brüchig. Kaum verdankte die Fortschrittspartei der Treue der Arbeiter die Beseitigung einer feudalen Intrigue, als sie die Arbeiter wieder in alter Weise mißhandelte. Die Vorträge, die Schulze-Delitzsch im Berliner Arbeiterverein über Kapital und Arbeit zu halten begann, entpuppten sich als ein trauriges Gemengsel aus Bastiats kapitalistischen Sophismen, und die ständige Deputation des volkswirthschaftlichen

Kongresses machte bei einer Gastrolle, die sie in demselben Vereine gab, kein Hehl aus ihrer edlen Absicht, in „engste Wechselwirkung“ mit dem Arbeiterkongreß zu treten, das heißt ihn unter ihre entnervende Leitung zu nehmen. Das Leipziger Komite seinerseits stieß bei seinen eifrigen Vorarbeiten für den Kongreß auf die mannigfachsten Hindernisse: auf den Einspruch der Polizei, die den Verkehr der Arbeiterbildungsvereine unter einander nicht dulden wollte, auf den schweigenden, aber um so hartnäckigeren Widerstand der bürgerlichen Elemente, die in der Arbeiterbewegung thätig waren, und nicht zuletzt auch auf eine große Gleichgiltigkeit der Arbeiter selbst. Hatte doch selbst ein Mann wie Bebel das Interesse an den Kongreß verloren. Er schied aus dem Komite aus, um seine ganze Kraft dem Leipziger Arbeiterbildungsvereine zu widmen, dessen bürgerlicher Vorsitzender, ein Arzt, sich wenig um seine Pflichten kümmerte. Durch rüstige Arbeit verstand Bebel, den Verein zu einem Muster seiner Gattung zu machen, aber wenn ihn diese Aufgabe in erster Reihe lockte, so war um so leichter zu begreifen, weshalb die Masse der Arbeiter sich nicht besonders erwärmte für einen Kongreß, dessen Tagesordnung nicht über das fortschrittliche Programm hinausging.

Das Komite, in dem Fritzsche, Vahlteich und Dammer am unermüdlichsten arbeiteten, sah bald ein, daß auch der Januar 1863 noch ein zu früher Termin für den Zusammentritt des Kongresses sei. Zugleich drängte sich ihm die Erkenntniß auf, daß der ganze Plan zu versumpfen drohe, wenn nicht endlich klarer Tisch zwischen den Arbeitern und der Fortschrittspartei gemacht würde. Entweder mußte die Bourgeoisie unzweideutig das Proletariat als gleichberechtigten Bundesgenossen anerkennen, oder das Proletariat mußte sich als selbständige Partei mit unzweideutigem Aktionsprogramm aufthun. Im Januar 1863 gingen Fritzsche, Vahlteich und Dammer noch einmal nach Berlin, um mit den Führern der Fortschrittspartei zu verhandeln, mit geringer Hoffnung auf Erfolg, und vielleicht nicht einmal mit dem Wunsche eines Erfolges, aber mit der ehrlichen Absicht, soviel an ihnen lag einen Erfolg zu ermöglichen. Die sibyllinischen Bücher wurden der Fortschrittspartei noch einmal angeboten, nicht mehr ganz so wohlfeil, wie im vorigen Herbst, aber doch zu einem leicht erschwingbaren Preise.

Die Leipziger Delegirten verlangten die Aufnahme des allgemeinen Wahlrechts in das fortschrittliche Programm und die Zahlung der Mitgliederbeiträge für den Nationalverein in Monatsraten. Beide Forderungen wurden abgeschlagen. Der Kleinbürger Schulze wollte zwar „füglich“ das allgemeine Stimmrecht als eine Konsequenz der Rechtsgleichheit vor dem Gesetze zulassen, so nebenbei als fünftes Rad am Wagen, aber der Großbourgeois Unruh, der in der Fortschrittspartei viel einflußreicher war als Schulze, erklärte kurzweg, auch davon könne nimmermehr die Rede sein. Womöglich noch entschiedener wurden die Leipziger von der Thüre des Nationalvereins abgewiesen. Man sagte ihnen, die Arbeiter könnten sich ja als geistige oder Ehrenmitglieder des Vereins betrachten, ein Bescheid, der, wenn er nicht schon ein offenbarer Hohn sein sollte, doch von denen, an die er gerichtet wurde, als offenbarer Hohn empfunden werden mußte.

Somit blieb den Leipziger Delegirten nur die Möglichkeit, sich ihren eigenen Weg zu suchen, und sie waren keineswegs die Leute, davor zurückzuschrecken. Aber in diesem entscheidenden Augenblicke verwies sie der junge Demokrat Ludwig Löwe an Lassalle, der just zur selben Zeit seinen endgiltigen Bruch mit der Fortschrittspartei vollzog. Eben hatte er vor den gerichtlichen Schranken das Bündniß zwischen der Wissenschaft und den Arbeitern als die einzige Rettung der Nation verkündet, und nun folgte die Erfüllung dem prophetischen Wort auf dem Fuße. In Lassalle fanden die Arbeiter Fritzsche und Vahlteich, was sie in der Fortschrittspartei nicht gefunden hatten: eine tiefe Sympathie mit der Arbeiterklasse und ein ebenso tiefes Verständniß ihrer historischen Aufgaben, während Lassalle in den Arbeitern Fritzsche und Vahlteich fand, was er in der Fortschrittspartei vergebens gesucht hatte: einen empfänglichen offenen Geist und eine männliche Gesinnung, die so bereit wie fähig war zu handeln. Im Nu war die Verständigung erreicht. Das Leipziger Komite sollte Lassalle ersuchen, seine Ansichten über die Arbeiterbewegung und deren Mittel, besonders auch über den Werth der Assoziationen für die ganz unbemittelte Volksklasse auszusprechen, und Lassalle sollte mit einem offenen Sendschreiben antworten. Inzwischen sollte das Komite die Zurüstungen für den Kongreß fortsetzen, aber ihn nicht eher einberufen, als bis Lassalles Schreiben erschienen sei und seine Wirkung gethan habe.

Am 11. Februar richtete das Komite seine Anfrage an Lassalle und am selben Tage erließ es einen Aufruf an die deutschen Arbeiter, worin die möglichste Beschleunigung des Kongresses empfohlen, aber doch vor einer Uebereilung gewarnt wurde, ehe die Vertreter des Arbeiterstandes sich über alles klar geworden seien. Am 1. März beendete Lassalle sein Offenes Antwortschreiben, und gegen die Mitte dieses Monats flog es in die Welt hinaus.

III. Lassalles Offenes Antwortschreiben.

Das Offene Antwortschreiben geht davon aus, daß es gleich falsch sei zu meinen: sowohl daß die Arbeiter sich überhaupt nicht um die Politik zu kümmern, als auch daß sie den selbstlosen Chor und Resonanzboden für die Fortschrittspartei abzugeben hätten. Der Arbeiter könne die Erfüllung seiner legitimen Interessen nur von der politischen Freiheit erwarten, aber die Fortschrittspartei habe durch ihre Haltung in dem preußischen Verfassungsstreite gezeigt, daß sie vollkommen unfähig sei, auch nur die geringste reelle Entwicklung der Freiheitsinteressen herbeizuführen. Der Arbeiterstand müsse sich als selbständige politische Partei konstituiren und das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht zum prinzipiellen Losungswort und Banner dieser Partei machen. Die Vertretung des Arbeiterstandes in den gesetzgebenden Körpern Deutschlands könne in politischer Hinsicht allein seine legitimen Interessen befriedigen. Hierfür eine friedliche und gesetzliche Agitation mit allen gesetzlichen Mitteln zu eröffnen, sei das politische

Programm der Arbeiterpartei. Und die Taktik dieser Partei gegenüber der Fortschrittspartei erhelle von selbst: sie müsse sich überall als eine selbständige Partei aufthun, gleichwohl die Fortschrittspartei in Fragen eines gemeinschaftlichen Interesses unterstützen, ihr entschieden den Rücken kehren und gegen sie auftreten, sobald sie sich davon entferne, eben dadurch die Fortschrittspartei zwingen, entweder sich vorwärts zu entwickeln und das Fortschrittsniveau zu übersteigen oder aber immer tiefer in den Sumpf von Bedeutungs- und Machtlosigkeit zu versinken, in welchem sie bereits knietief angelangt sei.

Lassalle geht dann zur Beantwortung der sozialen Fragen über, die ihm das Leipziger Komite vorgelegt hatte. Er führt aus, daß Debatten über Freizügigkeit und Gewerbefreiheit nicht auf die Tagesordnung eines Arbeiterkongresses gehörten. Sie hätten mindestens den einen Fehler, um mehr als fünfzig Jahre zu spät zu kommen. Freizügigkeit und Gewerbefreiheit dekretire man stumm und lautlos in einem gesetzgebenden Körper, aber man debattire sie nicht mehr. Spar-, Invaliden-, Hilfs- und Krankenkassen seien wohl geeignet, das Elend von Arbeiterindividuen erträglicher zu machen, aber sie seien ganz und gar ohnmächtige Mittel, um die normale Lage des Arbeiterstandes selbst zu verbessern. Lassalle beruft sich auf die gleiche Ansicht Hubers, um durch das Zeugniß dieses Mannes, der in politischer Hinsicht auf durchaus entgegengesetztem und in ökonomischer Hinsicht auf durchaus verschiedenem Boden mit ihm stehe, am kürzesten den Verdacht zu beseitigen, als sei der geringe Werth, den er auf solche Kassen lege, nur die Folge vorgefaßter politischer Tendenzen.

Und nun die Assoziationen von Schulze-Delitzsch! Lassalle geht an dem Politiker und theoretischen Nationalökonomen Schulze schonend vorüber, um dem „Vater und Stifter des deutschen Genossenschaftswesens“ mit Wärme die Hand zu schütteln. Aber auf die Frage, ob Schulzes Assoziationen die Lage des Arbeiterstandes verbessern könnten, antwortet er mit dem entschiedensten Nein. Die Kredit- und Rohstoffvereine könnten höchstens den unbemittelten Handwerksmeister gleichsetzen mit dem bemittelten Handwerksmeister, der seinerseits die Konkurrenz des großen Kapitals und der fabrikmäßigen Massenproduktion nicht mehr aushalten könne. Sie könnten den Todeskampf des kleinen Handwerkers verlängern, die Qualen dieses Todeskampfes dadurch vermehren und die Entwicklung unserer Kultur unnütz aufhalten: den eigentlichen, in der Großindustrie beschäftigten und täglich wachsenden Arbeiterstand berührten sie überhaupt nicht.

Dagegen würden Schulzes Konsumvereine allerdings den gesammten Arbeiterstand umfassen können. Gleichwohl seien auch sie völlig unfähig, seine Lage zu verbessern. Es sei schon ganz falsch, dem Arbeiter als Konsumenten helfen zu wollen, statt ihm auf der Seite zu helfen, wo ihn wirklich der Schuh drücke: als Produzenten. Zwar leide auch der Arbeiter als Konsument unter dem Nachtheile, seine Bedürfnisse im Kleinen einkaufen zu müssen und so dem Wucher des Kramladens zu verfallen, und hiergegen hülfen die Konsumvereine bis zu einem gewissen Grade und bis auf eine gewisse Dauer. Dieser Nebenschaden

habe aber nichts mit dem Haupt- und Krebsschaden zu thun, der den Arbeiter bedrücke.

Lassalle entwickelt nun das „eherne ökonomische Gesetz“, das unter den heutigen Verhältnissen, unter der Herrschaft von Angebot und Nachfrage nach Arbeit, den Arbeitslohn bestimme, das den durchschnittlichen Arbeitslohn auf die in einem Volke gewohnheitsmäßig zur Fristung der Existenz und zur Fortpflanzung erforderliche Lebensnothdurft beschränke. „Der Lohn kann sich nicht dauernd über diesen Durchschnitt erheben, denn sonst entstünde durch die leichtere bessere Lage der Arbeiter eine Vermehrung der Arbeiterehen und der Arbeiterfortpflanzung, eine Vermehrung der Arbeiterbevölkerung und somit des Angebots von Händen, welche den Arbeitslohn wieder auf und unter seinen früheren Stand herabdrücken würde. Der Arbeitslohn kann auch nicht dauernd tief unter diesen nothwendigen Lebensunterhalt fallen, denn dann entstehen Auswanderungen, Ehelosigkeit, Enthaltung von der Kinderzeugung und endlich eine durch Elend erzeugte Verminderung der Arbeiterzahl, welche somit das Angebot von Arbeiterhänden noch verringert und den Arbeitslohn daher wieder auf den früheren Stand zurückbringt. Der wirkliche durchschnittliche Arbeitslohn besteht somit in der Bewegung, beständig um seinen Schwerpunkt, in den er fortdauernd zurücksinken muß, herumzukreisen, bald etwas über ihm (Periode der Prosperität in allen oder einzelnen Arbeitszweigen), bald etwas unter ihm zu stehen (Periode des mehr oder weniger allgemeinen Nothstands oder der Krisen).“

Lassalle sagt, die liberale ökonomische Schule habe selbst dies Gesetz entdeckt und nachgewiesen, er könne dafür ebenso viele Gewährsmänner anführen, als es große und berühmte Namen in der nationalökonomischen Wissenschaft gebe. Er räth den Arbeitern, Jeden der ihre Lage verbessern wolle zu fragen, ob er dies Gesetz anerkenne oder nicht, und wenn er es nicht anerkenne oder nicht wisse, wie es zu beseitigen sei, ihm als einem leeren Schwätzer den Rücken zu kehren. Und die Wirkung dieses Gesetzes faßt er dahin zusammen: „Von dem Arbeitsertrag (der Produktion) wird zunächst so viel abgezogen und unter die Arbeiter vertheilt, als zu ihrer Lebensfristung nothwendig ist (Arbeitslohn). Der ganze Ueberschuß der Produktion — des Arbeitsertrags — fällt auf den Unternehmerantheil.“ Die Arbeiter seien die Klasse der Enterbten, weil sie sogar von der, durch die Fortschritte der Zivilisation gesteigerten Produktivität, d. h. von dem gesteigerten Arbeitsertrage, von der gesteigerten Ertragsfähigkeit ihrer eigenen Arbeit nothwendig ausgeschlossen seien. Für sie immer die Lebensnothdurft, für den Unternehmerantheil immer alles, was über die Lebensnothdurft hinaus von der Arbeit produzirt werde.

Lassalle giebt zu, daß wenn bei sehr großen Fortschritten der Produktivität viele Industrieprodukte zu äußerster Billigkeit herabsänken und gleichzeitig eine länger dauernde Periode steigender Nachfrage nach Arbeiterhänden einträte, der Umfang dessen, was gewohnheitsmäßig in einem Volke zum nothwendigen Lebensunterhalte gehöre, erweitert werden, daß wenn man verschiedene Zeiten miteinander vergleiche,

die Lage des Arbeiterstandes in der späteren Zeit etwas besser sein könne als in der früheren. Er macht diese kleine Abschweifung, weil diese etwaige geringfügige Verbesserung im Laufe der Jahrhunderte immer der Punkt sei, auf den diejenigen, die den Arbeitern Sand in die Augen streuen wollten, nach dem Vorgange Bastiats mit ebenso billigen wie hohlen Deklamationen zurückkämen. Ob sich wirklich die Gesammtlage des Arbeiterstandes fortlaufend in den verschiedenen Jahrhunderten gebessert habe, das sei eine sehr schwierige, sehr verwickelte, eine viel zu gelehrte Untersuchung, als daß diejenigen auch nur annähernd ihrer fähig wären, welche die Arbeiter ohne Unterlaß damit amüsirten, wie theuer der Kattun im vorigen Jahrhundert gewesen sei und wie viel Kattunkleider sie jetzt verbrauchen könnten. Er könne diese Untersuchung auch nicht anstellen, da er den Arbeitern nicht nur absolut Feststehendes, sondern auch ganz leicht zu Begründendes geben müsse, aber angenommen, eine solche Verbesserung habe stattgefunden, so verkehre man dadurch jedenfalls die Frage, um die es sich handle. Man täusche, man hintergehe die Arbeiter.

Wenn die Arbeiter von der Verbesserung ihrer Lage sprächen, so seien die Lebensgewohnheiten derselben Zeit ihr Maßstab. Und man amüsire sie mit angeblichen Vergleichen ihrer Lage mit der Lage der Arbeiter in früheren Jahrhunderten! Freilich sei es eine ausgemachte Thatsache, daß die Arbeiter sich heute besser ständen als die Botokuden und die menschenfressenden Wilden. Aber jede menschliche Befriedigung hänge immer nur ab von dem Verhältniß der Befriedigungsmittel zu den in einer Zeit bereits gewohnheitsmäßig erforderlichen Lebensbedürfnissen, und ein gesteigertes Minimum der untersten Lebensbedürfnisse gebe auch Leiden und Entbehrungen, welche frühere Zeiten nicht gekannt hätten. „Was entbehrt der Botokude dabei, wenn er keine Seife kaufen, was entbehrt der menschenfressende Wilde dabei, wenn er keinen anständigen Rock tragen, was entbehrte der Arbeiter vor der Entdeckung Amerikas dabei, wenn er keinen Tabak rauchen, was entbehrte der Arbeiter vor der Erfindung der Buchdruckerkunst dabei, wenn er ein nützliches Buch sich nicht anschaffen konnte?" Wenn also noch so fest stände, daß sich das Niveau der nothwendigen Lebensbedingungen in den verschiedenen Zeiten gehoben hätte, die menschliche Lage der Arbeiter sei in diesen verschiedenen Zeiten immer dieselbe geblieben, immer diese: auf dem untersten Stande der in jeder Zeit gewohnheitsmäßig erforderlichen Lebensnothdurft herumzutanzen, bald ein wenig über ihm, bald ein wenig unter ihm zu stehen.

Und nun faßt Lassalle sein Urtheil über die Konsumvereine dahin zusammen: So lange nur einzelne Kreise von Arbeitern zusammentreten, so lange wird der allgemeine Arbeitslohn nicht durch sie berührt, so lange können sie also den Arbeitern, die zu ihnen zusammentreten, in ihrer Eigenschaft als Konsumenten, durch die billigere Konsumtion, eine untergeordnete Erleichterung ihrer gedrückten Lage gewähren. Sobald sie aber den gesammten Arbeiterstand zu umfassen beginnen, führt das eherne Lohngesetz dazu, daß der Arbeitslohn in Folge des durch die Konsumvereine um so viel billiger gewordenen Lebensunterhalts um

ebenso viel fallen muß, womit denn auch jene geringfügige Erleichterung, welche die Konsumvereine bis dahin einzelnen Arbeiterkreisen gewährt haben, auf Null sinkt.

Somit könnten Schulzes sämmtliche Organisationen dem Arbeiterstande als solchem nicht helfen. „Wie also? Sollte das Prinzip der freien individuellen Assoziation der Arbeiter nicht vermögen, die Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes zu bewirken?" Darauf antwortet Lassalle: „Allerdings vermag es das — aber nur durch seine Anwendung und Ausdehnung auf die fabrikmäßige Großproduktion. Den Arbeiterstand zu seinem eigenen Unternehmer machen — das ist das Mittel, durch welches — und durch welches allein — jenes eherne und grausame Gesetz beseitigt sein würde, das den Arbeitslohn bestimmt! Wenn der Arbeiterstand sein eigener Unternehmer wird, so fällt jene Scheidung zwischen Arbeitslohn und Unternehmergewinn und mit ihr der bloße Arbeitslohn überhaupt fort, und an seine Stelle tritt als Vergeltung der Arbeit: der Arbeitsertrag!" Die Aufhebung des Unternehmergewinns in der friedlichsten, legalsten und einfachsten Weise, indem sich der Arbeiterstand durch freiwillige Assoziationen als sein eigener Unternehmer organisirt, das sei die einzige wahrhafte, die einzige seinen gerechten Ansprüchen entsprechende, die einzige nicht illusionäre Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes.

Aber wie? wirft Lassalle sich selbst wieder ein. Ein Blick auf die Eisenbahnen, die Maschinenfabriken, die Schiffsbauwerkstätten, die Baumwollspinnereien, die Kattunfabriken u. s. w. und ein Blick auf die leeren Taschen der Arbeiter zeige, daß die Arbeiter niemals den Betrieb der Großindustrie auf eigene Rechnung ermöglichen würden, wenn sie ausschließlich und lediglich und allein auf ihre isolirten Anstrengungen als Individuen beschränkt blieben. „Eben deshalb ist es Sache und Aufgabe des Staats, Ihnen dies zu ermöglichen, die große Sache der freien individuellen Assoziation des Arbeiterstandes fördernd und entwickelnd in seine Hand zu nehmen und es zu seiner heiligsten Pflicht zu machen, Ihnen die Mittel und Möglichkeit zu dieser Ihrer Selbstorganisation und Selbstassoziation zu bieten."

Lassalle weist nun nach, daß es ein irreführendes Geschrei sei zu sagen, jede solche Intervention des Staats hebe die soziale Selbsthilfe auf. Der Staat hindere die Jugend nicht daran, sich durch eigene Kraft zu bilden, wenn er ihr Lehrer, Schulen und Bibliotheken halte. Mögen sich Einzelne gebildet haben ohne Lehrer, Schulen und Bibliotheken, mögen unter gewissen besonderen Verhältnissen einzelne Kreise von Arbeitern namentlich in England durch eine lediglich aus ihren eigenen Bemühungen hervorgegangene Assoziation auch in gewissen kleineren Zweigen der großen Produktion und in einem gewissen kleinen Umfang ihre Lage etwas verbessert haben, so bestätigten diese Ausnahmen nur die Regel, daß für den allgemeinen Arbeiterstand eine wirkliche Besserung seiner Lage nur durch die Hilfeleistung des Staats herbeigeführt werden könne.

Und ebenso wenig möchten sich die Arbeiter durch billige Redensarten über Sozialismus und Kommunismus täuschen lassen. „Nichts ist weiter entfernt

von dem sogenannten Sozialismus und Kommunismus, als diese Forderung, bei welcher die arbeitenden Klassen ganz wie heut ihre individuelle Freiheit, individuelle Lebensweise und individuelle Arbeitsvergütung beibehalten und zu dem Staat in keiner anderen Beziehung stehen, als daß ihnen durch ihn das erforderliche Kapital oder der erforderliche Kredit zu ihrer Assoziation vermittelt wird. Das aber ist gerade die Aufgabe und Bestimmung des Staats, die großen Kulturfortschritte der Menschheit zu erleichtern und zu vermitteln. Dies ist sein Beruf, dazu existirt er, hat immer dazu gedient und dienen müssen." Dies beweist Lassalle — statt der Hunderte von Beispielen, die er geben könnte, der Kanäle, Chausseen, Posten, Packetbootlinien, Telegraphen, Landrentenbanken, landwirthschaftlichen Verbesserungen, Einführung von neuen Fabrikationszweigen 2c. — eingehend an der staatlichen Zinsgarantie für Eisenbahnbauten. Sie sei eine äußerst starke Intervention des Staats gewesen und zwar zu Gunsten der reichen und begüterten Klassen, die ohnehin über alles Kapital und allen Kredit verfügten und sich der Staatsintervention weit leichter hätten begeben können als die Arbeiter, aber sie gleichwohl gefordert hätten. Da sei sie ganz zulässig gewesen, aber wenn es sich um eine Intervention des Staates zu Gunsten der nothleidenden Klassen, zu Gunsten der unendlichen Mehrheit handle, da sei sie „reiner Sozialismus und Kommunismus". Und was bedeute der durch die Eisenbahnen bewirkte Kulturfortschritt, so groß er sei, gegenüber jenem gewaltigsten Kulturfortschritte, der durch die Assoziation der arbeitenden Klasse vollbracht würde!

In einer Note hierzu bemerkt Lassalle: wie leicht das zu einer allmälig im Laufe der Zeit über den gesammten Arbeiterstand sich erstreckenden Assoziation erforderliche Kapital oder vielmehr der dazu erforderliche Kredit beschafft werden könnte, ließe sich erst nach einer finanztheoretischen Erörterung der sozialen Funktionen des Geldes und Kredits darlegen. Jede solche den Exekutionsmodus betreffende Erörterung würde überdies völlig überflüssig und wirkungslos sein; einen praktischen Werth werde sie erst haben, wenn an die Verwirklichung der Forderung gedacht werden könne. Einstweilen begnügt sich Lassalle mit folgenden Andeutungen: „Diese Assoziationen würden natürlich erst allmälig und im Laufe der Zeit den gesammten Arbeiterstand umfassen. Sie würden zu beginnen haben in solchen Industriezweigen, welche sich durch ihre Natur, indem sie verhältnißmäßig die stärkste Arbeiterzahl beschäftigen, am meisten zur Assoziation eignen. Sie würden zu beginnen haben in solchen Distrikten und Lokalitäten, welche durch die Art ihrer Gewerbsthätigkeit, durch die Dichtigkeit ihrer Bevölkerung, sowie durch die freiwillige Disposition derselben zur Assoziation — alles drei in der Regel zusammenfallende Momente — vor den anderen sich zur Assoziation eigneten. Sie würden, sobald erst eine Anzahl solcher Assoziationen bestehen, immer spielender und leichter für alle anderen Gewerbszweige und Lokalitäten einzuführen sein, da natürlich alle mit Hilfe des Staats sich bildenden Assoziationen in einen Kreditverband unter einander zu treten hätten und treten würden. Außer dem Kreditverband könnte ein Assekuranzverband die verschiedenen Vereine umfassen, welcher

etwaige eintretende Geschäftsverluste durch ihre Vertheilung bis zur Unmerklichkeit ausgliche. Der Staat würde endlich keineswegs den Diktator bei diesen Gesellschaften zu spielen haben, sondern ihm nur die Feststellung oder Genehmigung der Statuten und eine zur Sicherung seiner Interessen ausreichende Kontrolle bei der Geschäftsführung zustehen. Wöchentlich würde den Arbeitern zunächst der orts- und gewerbsübliche Arbeitslohn zu entrichten und am Schlusse des Jahres der Geschäftsgewinn des Vereins als Dividende unter sie zu vertheilen sein." Um die praktische Ausführbarkeit und höchst lukrative Existenzfähigkeit solcher Assoziationen zu erhärten, weist Lassalle auf die englischen und französischen Arbeiterassoziationen hin, die, obwohl unter den schwierigsten Umständen und ohne jede Hilfe und Unterstützung entstanden, rein auf die Anstrengungen der isolirten Arbeiter angewiesen, dennoch zu hoher Blüthe gelangt seien. Alle diese Gesellschaften seien recht eigentlich Pioniere der Zukunft gewesen, die mit harter Hand den Weg gebrochen und durch die schlagenden praktischen Resultate, die sie trotz der ihnen entgegenstehenden Unmöglichkeiten erreichten, gezeigt hätten, welche ganz andere Resultate zu erreichen seien, wenn der Staat die Hand zur Ueberwindung dieser Unmöglichkeiten biete.

Endlich aber: was sei der Staat? Das amtliche statistische Bureau des Königreichs Preußen habe 1851 auf Grund der amtlichen Steuerlisten eine Berechnung veröffentlicht, wie sich die Bevölkerung nach ihrem Einkommen vertheile. Die Resultate dieser Berechnung giebt Lassalle mit wörtlicher und ziffermäßiger Treue wieder und faßt sie dann zusammen: „72¾ Prozent der Bevölkerung mit einem Einkommen von unter 100 Thalern, also in der elendesten Lage! Andere 16¾ Prozent der Bevölkerung mit einem Einkommen von 100 bis 200 Thalern, also in einer kaum besseren, immer noch elenden Lage, andere 7¼ Prozent der Bevölkerung mit einem Einkommen von 200 bis 400 Thalern, also noch immer in einer gedrückten Lage, 3¼ Prozent der Bevölkerung mit einem Einkommen von 400 bis 1000 Thalern, also theils in einer eben erträglichen, theils in einer behäbigen Lage und ½ Prozent der Bevölkerung endlich in allen möglichen Abstufungen des Reichthums. Die beiden untersten in der allergedrücktesten Lage befindlichen Klassen bilden also allein 89 Prozent der Bevölkerung, und nimmt man, wie man muß, noch die 7¼ Prozent der dritten, immer noch unbemittelten und gedrückten Klasse hinzu, so erhalten Sie 96¼ Prozent der Bevölkerung in gedrückter dürftiger Lage. Ihnen also, den nothleidenden Klassen, gehört der Staat, nicht uns, den höheren Ständen, denn aus Ihnen besteht er. Was ist der Staat? frage ich, und Sie ersehen jetzt aus wenigen Zahlen handgreiflicher als aus dicken Büchern: Ihre, der ärmeren Klassen, große Assoziation — das ist der Staat!" Und warum solle nun nicht diese große Assoziation der Arbeiter befördernd und befruchtend auf ihre kleineren Assoziationskreise einwirken?

Lassalle giebt dann noch einen speziellen Beleg für die Unmöglichkeit, anders als mit der fördernden Unterstützung des Staats durch die freie Assoziation die Lage des Arbeiterstandes zu verbessern, indem er einen Blick auf die Pioniere

von Rochdale wirft, die berühmteste der englischen Arbeiterassoziationen. Er hebt hervor, daß unter ihnen eine Agitation entstanden sei, um diejenigen Arbeiter, die nicht gleichzeitig Aktionäre seien, vom Geschäftsgewinn auszuschließen: Arbeiter mit Arbeitermitteln und Unternehmergesinnungen, das sei die widrige Karrikatur, in die sich die Pioniere von Rochdale verwandelten. Ferner seien in ihrer Fabrik bei 1600 Arbeiter-Aktionären nur 500 Arbeiter beschäftigt; wenn man sich die Arbeiter nicht gleich geradezu als reiche Leute denken wolle, womit dann freilich alle Fragen in der Illusion gelöst seien, so werde die in einer Fabrik beschäftigte Anzahl von Arbeitern nie ausreichen, um auch das für die Fabrik erforderliche Anlagekapital aus ihrer eigenen Tasche aufzubringen; dazu würde vielmehr immer eine weit größere Anzahl von anderen nicht in der Fabrik beschäftigten Arbeiter-Aktionären nöthig sein. Das Verhältniß 1 : 3, wie es bei den Pionieren von Rochdale bestehe, sei sogar erstaunlich günstig und nur aus ganz besonderen Ausnahmeverhältnissen zu erklären. Zudem müsse dies Verhältniß mit der Entwicklung der Industrie noch gewaltig wachsen, denn die Fortschritte der Zivilisation beständen gerade darin, daß täglich mehr todte Naturkraft, also mehr Maschinen, an die Stelle der menschlichen Arbeit gesetzt werde, daß also täglich das Verhältniß der Größe des Anlagekapitals zur Menge der menschlichen Arbeit wachse. Solle sich die Assoziation auf den gesammten Arbeiterstand ausdehnen, woher dann die drei- und noch weit mehrfache Anzahl von Arbeiter-Aktionären nehmen, die nun noch hinter den in den Fabriken beschäftigten Arbeitern stehen müßten, um diese Fabriken anzulegen?

So sei es geradezu eine mathematische Unmöglichkeit, den Arbeiterstand auf diesem Wege durch die Anstrengungen seiner Mitglieder als blos isolirter Individuen zu befreien; sein einziger Weg aus der Wüste sei die freie individuelle Assoziation, ermöglicht durch die fördernde und unterstützende Hand des Staats. Wie aber den Staat zu dieser Intervention vermögen? Hier stehe nun sofort die Antwort sonnenklar vor aller Augen: dies werde nur durch das allgemeine und direkte Wahlrecht möglich sein. Wenn die gesetzgebenden Körper Deutschlands aus diesem Wahlrecht hervorgingen, dann und nur dann würden die Arbeiter den Staat bestimmen können, sich dieser seiner Pflicht zu unterziehen. „Dann wird diese Forderung in den gesetzgebenden Körpern erhoben werden, dann mögen die Grenzen und Formen und Mittel dieser Intervention durch Vernunft und Wissenschaft diskutirt werden, dann werden — verlassen Sie sich darauf! — die Männer, die Ihre Lage verstehen und Ihrer Sache hingegeben sind, mit dem blanken Stahle der Wissenschaft bewaffnet zu Ihrer Seite stehen und Ihre Interessen zu schützen wissen! Und dann werden Sie, die unbemittelten Klassen der Gesellschaft, es jedenfalls nur sich selbst und Ihren schlechten Wahlen zuzuschreiben haben, wenn und so lange die Vertreter Ihrer Sache in der Minorität bleiben.“ Das allgemeine Wahlrecht sei nicht nur das politische, sondern auch das soziale Grundprinzip des Arbeiterstandes, die Grundbedingung aller sozialen Hilfe.

Und wie nun die Einführung des allgemeinen Wahlrechts bewirken? Lassalle verweist auf die mehr als fünfjährige Agitation gegen die englischen Kornzölle, die schließlich durch ein Toryministerium beseitigt werden mußten. „Organisiren Sie sich als ein allgemeiner deutscher Arbeiterverein zu dem Zwecke einer gesetzlichen und friedlichen, aber unermüdlichen, unablässigen Agitation für die Einführung des allgemeinen und direkten Wahlrechts in allen deutschen Ländern. Von dem Augenblick an, wo dieser Verein auch nur 100000 deutsche Arbeiter umfaßt, wird er bereits eine Macht sein, mit welcher Jeder rechnen muß.“ Die Arbeiter müßten diesen Ruf fortpflanzen in jede Werkstatt, jedes Dorf, jede Hütte. Die städtischen Arbeiter müßten ihre höhere Einsicht und Bildung auf die ländlichen Arbeiter überströmen lassen, überall die Nothwendigkeit des allgemeinen Wahlrechts debattiren und diskutiren, täglich, unablässig, unaufhörlich. Die Arbeiter müßten Kassen stiften, die trotz der Kleinheit der Beiträge eine für Agitationszwecke gewaltige finanzielle Macht bilden würden, mit diesen Kassen öffentliche Blätter gründen, Flugschriften verbreiten, Agenten aussenden. Sie müßten täglich, unermüdlich dasselbe wiederholen, wieder dasselbe, immer dasselbe. „Alle Kunst praktischer Erfolge besteht darin, alle Kraft zu jeder Zeit auf einen Punkt — auf den wichtigsten Punkt — zu konzentriren und nicht nach rechts noch links zu sehen. Blicken Sie nicht nach rechts noch links, seien Sie taub für alles, was nicht allgemeines und direktes Wahlrecht heißt oder damit in Zusammenhang steht oder dazu führen kann.“ Werde dieser Ruf, was binnen weniger Jahre gelingen könne, wirklich durch die 89 bis 96 Prozent der Bevölkerung fortgepflanzt, welche die armen und unbemittelten Klassen der Gesellschaft bildeten, so werde man ihm nicht lange widerstehen können.

Die Regierungen könnten mit der Bourgeoisie über politische Rechte schmollen und hadern. Sie könnten selbst den Arbeitern politische Rechte und somit auch das allgemeine Wahlrecht verweigern, bei der Lauheit, mit welcher politische Rechte aufgefaßt würden. „Aber das allgemeine Wahlrecht von 89 bis 96 Prozent der Bevölkerung als Magenfrage aufgefaßt und daher auch mit der Magenwärme durch den ganzen nationalen Körper hinverbreitet — seien Sie ganz unbesorgt, meine Herren, es giebt keine Macht, die sich dem lange widersetzen würde. **Dies** ist das Zeichen, das Sie aufpflanzen müssen. Dies ist das Zeichen, in dem Sie siegen werden! Es giebt kein anderes für Sie!“ So schließt das Offene Antwortschreiben.

IV. Lassalles Schlachtplan.

Wie die Taktik zur Strategie, wie der Schlacht- zum Feldzugsplan, so verhält sich das Offene Antwortschreiben zu Lassalles Arbeiterprogramm. Es ist die Ordre der Bataille für die erste Schlacht in dem großen Emanzipationskampfe des deutschen Proletariats. Als Arbeiteragitator sprach Lassalle in ihm nicht sein letztes, sondern sein erstes Wort. Er wußte, daß die Massen, die er ins

Feld führen wollte, aus sehr ungeübten Rekruten bestanden, die erst im Feuer exerzirt werden mußten, deren Anschauungsweise und Fassungskraft beschränkt genug war. Lassalle mußte auch sorgsam auf das Gelände achten, auf dem er marschirte, auf den Bau und die Lage der Schanzen, die er stürmte, auf das Kaliber der Geschütze, womit die Feinde feuerten. Er hatte jetzt praktisch jenen dialektischen Widerspruch alles revolutionären Handelns zu überwinden, den er zur tragischen Idee seines Trauerspiels gemacht hatte. Es kam darauf an, die erschöpfende Konsequenz des Prinzips mit der nothwendigen Einseitigkeit der Politik zu verbinden.

Lassalle konnte nicht den „natürlichen Zusammenhang mit der früheren Arbeiterbewegung" wahren, wenigstens nicht so, wie Marx von ihm verlangt hatte. Verschiedenere Zeiten, als die Tage des Kommunistischen Manifestes und die Tage des Offenen Antwortschreibens, lassen sich kaum denken. Marx und Engels sprachen zu einer kleinen Elite des internationalen Proletariats, die seit Jahren und selbst Jahrzehnten in den Hauptzentren des europäischen Verkehrs gelebt und sich mit den schwierigsten Problemen der deutschen Philosophie wie des englisch-französischen Sozialismus vertraut gemacht hatte, die in einer geheimen Propagandagesellschaft vereinigt war und sich am Vorabend einer Revolution rüstete, unter den gährenden Massen der europäischen Welt für den Kommunismus zu werben. Dagegen sprach Lassalle zu der Arbeiterklasse eines ökonomisch und politisch noch sehr rückständigen Landes, zu einer Klasse, die noch längst nicht den Alp einer drückenden Reaktion abgeschüttelt hatte und in absehbarer Zeit nicht auf die schnelle Entwicklung rechnen durfte, welche die Feuertaufe der Revolution dem proletarischen Klassenbewußtsein zu geben pflegt, zu einer Klasse, die als Massenpartei auf dem Boden der modernen bürgerlichen Gesellschaft kämpfen sollte, von deren Wesen doch selbst ihre vorgeschrittensten Mitglieder kaum erst eine Ahnung hatten. Hätte irgend ein Zweifel daran bestanden, daß die damaligen deutschen Arbeiter nur an ihren nächstliegenden Interessen gepackt werden konnten, so mußte er für Lassalle gehoben sein durch die Aufnahme, die sein Arbeiterprogramm gefunden hatte. Es hatte kein Echo in der Arbeiterklasse erweckt, obgleich es doch auch schon die Gedankengänge des Kommunistischen Manifestes den deutschen Zuständen angepaßt hatte.

Lassalle wollte der deutschen Arbeiterbewegung nicht nach einem doktrinären Rezept ihren Verlauf vorschreiben, sondern nahm, ganz im Sinne von Marx, zur reellen Basis seiner Agitation die wirkliche Klassenbewegung, soweit sie in Deutschland vorhanden war. Er knüpfte an das allgemeine Wahlrecht und die Assoziationsbestrebungen an, die beiden Gedanken, welche die deutsche Arbeiterklasse zu bewegen begannen. Er gab der Forderung des allgemeinen Wahlrechts sofort die erschöpfende Konsequenz des Prinzips, indem er den deutschen Arbeitern darlegte, daß es für sie das einzige Mittel sei, die politische Macht zu erobern, ohne deren Besitz sie ihre Klasseninteressen niemals befriedigen könnten. Wie richtig Lassalle in dieser Beziehung die deutschen Zustände beurtheilt hat, das

haben ihm dreißig Jahre deutscher Geschichte bestätigt. Und sein Verdienst ist um so höher anzuschlagen, als das allgemeine Wahlrecht zur Zeit, da er es zum Schiboleth der deutschen Arbeiterbewegung machte, nicht des besten Rufs genoß. Verwarf es die Masse der Bourgeoisie aus argwöhnischem Klasseninstinkt, so standen ihm doch auch ganz andere Leute mißtrauisch gegenüber nach den Erfahrungen, die mit dem allgemeinen Wahlrecht unter dem zweiten Kaiserreiche gemacht worden waren: nicht nur Lange und Rodbertus, sondern auch Marx und Engels.

Wohl hat Lassalle das allgemeine Wahlrecht überschätzt. Wenn er auch von vornherein erklärte, daß es keine Wünschelruthe sei, wenn er ihm auch nicht augenblicklich, sondern erst auf die Dauer eine durchschlagende Wirkung zuschrieb, so hat er doch diese Dauer nicht so lang bemessen, wie sie sich thatsächlich erwiesen hat. Darin unterlag Lassalle jener optischen Täuschung kühn und weit vorausschauender Denker, der auch Marx und Engels manches Mal unterlegen sind. Aber das ändert nichts an der Thatsache selbst, daß Lassalle richtig erkannte, unter den gegebenen historischen Verhältnissen sei das allgemeine Wahlrecht diejenige Waffe, durch die sich das deutsche Proletariat zu einer unüberwindlichen Macht emporkämpfen müsse und werde. So heftig und von so einflußreicher Seite her diese Ansicht mitunter bestritten worden ist, die Gewalt der Thatsachen hat die deutsche Sozialdemokratie immer wieder auf den Weg gedrängt, den Lassalle ihr vorgezeichnet hatte. Und wie sehr sie gerade durch das allgemeine Wahlrecht als ihre passendste und wirksamste Waffe groß geworden ist, das hat Niemand beredter dargelegt, als Engels in seiner letzten Schrift.

Dann knüpfte Lassalle an das Genossenschaftswesen an. Alle Illusionen über dies angebliche Allheilmittel der Arbeiterklasse zerstäubte er durch das Lohngesetz der bürgerlichen Oekonomie. Mit ihren eigenen Waffen schlug er die Unterdrücker des Proletariats. Lassalle hat die Thatsache, daß alle namhaften Vertreter der bürgerlichen Oekonomie das von ihm entwickelte Lohngesetz der kapitalistischen Gesellschaft anerkannt haben, in späteren Reden und Schriften bis zur Evidenz bewiesen. Aber gerade der „eherne" Charakter dieses Gesetzes, auf den er den schwersten Ton legte, ist von der sozialistischen Oekonomie als unhaltbar nachgewiesen worden, und es ist deshalb von Wichtigkeit, zu untersuchen, ob Lassalle daran geglaubt hat und mit welchem historischen Rechte.

Zunächst ist unrichtig, was Marx später einmal in einer Stunde heftigen Unmuthes geschrieben hat: „Nehme ich das Gesetz mit Lassalles Stempel und daher in seinem Sinne, so muß ich es auch mit seiner Begründung nehmen. Und was ist sie! Wie Lange schon kurz nach Lassalles Tode zeigte: die (von Lange selbst gepredigte) Malthus'sche Bevölkerungstheorie. Ist diese aber richtig, so kann ich wieder das Gesetz *nicht* aufheben und wenn ich hundertmal die Lohnarbeit aufhebe, weil das Gesetz dann nicht nur das System der Lohnarbeit, sondern *jedes* gesellschaftliche System beherrscht. Gerade hierauf fußend, haben seit fünfzig Jahren und länger die Oekonomisten bewiesen, daß der Sozialismus

das naturbegründete Elend nicht aufheben, sondern nur verallgemeinern, gleichzeitig über die ganze Oberfläche der Gesellschaft vertheilen könne." In diesem Widerspruch hat sich Lassalle aber nie verfangen. Er stand zur Malthusschen Theorie nicht wie Lange und die bürgerlichen Oekonomisten, sondern wie Marx und Engels, und fast noch drastischer, als diese beiden, hat er sie gekennzeichnet. Ihren eigentlichen Kern, die Behauptung, daß die Menschen die Tendenz hätten, sich schneller zu vermehren, als die Nahrungsmittel sich vermehren könnten, verwarf er als einen „lange widerlegten Irrthum", und die aus diesem Irrthum gezogene Theorie von den „weisen Beschränkungen" der Kinderzeugung verhöhnte er als kindisch, unsittlich, unmenschlich, unnatürlich, als die „reine Schweinerei". Umgekehrt wie Malthus, sagte Lassalle: Je mehr Arbeitshände, um so mehr Reichthum; wenn dem heute noch nicht so sei, so liege der Fehler in dem „ökonomischen Antagonismus" der kapitalistischen Gesellschaft. Demgemäß hebt Lassalle im Offenen Antwortschreiben hervor, das Lohngesetz der bürgerlichen Oekonomie gelte „unter den heutigen Verhältnissen, unter der Herrschaft von Angebot und Nachfrage". Er faßt es nicht wie die Malthusianer als ein natürliches, sondern als ein gesellschaftliches Gesetz auf, und deshalb konnte er sehr wohl ohne irgend einen Widerspruch sagen, daß es durch eine andere Organisation der Gesellschaft beseitigt werden könne.

Ohnehin stand diese Auffassung in vollkommenem Einklange mit der Auffassung des Lohngesetzes, die Marx und Engels in ihren früheren Schriften bis einschließlich des Kommunistischen Manifestes kundgegeben hatten. Engels hatte schon in den Deutsch-Französischen Jahrbüchern ausgeführt, die Bevölkerungsmenge drücke nicht in der Natur auf die *Nahrungs-*, sondern in der kapitalistischen Gesellschaft auf die *Beschäftigungsmittel*, in dieser Gesellschaft werde die Erzeugung der Arbeitskraft durch das Gesetz der Konkurrenz regulirt. In seiner Schrift über die Lage der englischen Arbeiter erläutert Engels das Lohngesetz mit nahezu denselben Worten, wie Lassalle im Offenen Antwortschreiben, und Engels hat denn auch anerkannt, daß Lassalle es so übernommen habe, wie er selbst und Marx es in den vierziger Jahren aufgefaßt hätten: als ein ökonomisches Gesetz der bürgerlichen Gesellschaft, nicht als ein natürliches Gesetz im Sinne der Malthusianer. Beiläufig hat auch Lange nicht gesagt, Lassalle begründe das Lohngesetz durch die Malthussche Theorie, sondern er tadelt umgekehrt, daß Lassalle diese Theorie übersehe und sein Gesetz wie Marx aus der kapitalistischen Produktionsweise ableite.

Aber auch in dieser Beschränkung ist der „eherne" Charakter des Lohngesetzes von Marx bestritten oder vielmehr in wissenschaftlich unanfechtbarer Weise für die entwickelte kapitalistische Gesellschaft als unhaltbar nachgewiesen worden. Marx zeigt im ersten Bande des Kapitals auf, daß die moderne Industrie mit ihrem regelmäßigen Periodenwechsel ihr Bedürfniß nach Arbeitskräften nicht durch die absolute Bewegung der Bevölkerung regulire, sondern durch die relative Uebervölkerung, durch die industrielle Reservearmee, die das Kapital je nach seiner

Expansion und Kontraktion anziehe oder zurückstoße. „Bevor in Folge der Lohnerhöhung irgend ein positives Wachsthum der wirklich arbeitsfähigen Bevölkerung eintreten könnte, wäre die Frist aber und abermal abgelaufen, worin der industrielle Feldzug geführt, die Schlacht geschlagen und entschieden sein muß." Das eherne Lohngesetz, das in den Anfängen der kapitalistischen Produktionsweise geherrscht hat, ist auf ihrem Höhepunkt zu einem elastischen Lohngesetze geworden. Nach oben hin findet es seine Grenze in dem Verwerthungsbedürfniß des Kapitals, nach unten hin in dem Maße von Elend, das der Arbeiter ertragen kann, ohne den augenblicklichen Hungertod zu sterben. Innerhalb dieser Schranken wird die Lohnhöhe nicht durch die natürliche Bewegung der Bevölkerung bestimmt, sondern durch den Widerstand, den die Arbeiter der steten Tendenz des Kapitals, möglichst viel unbezahlte Arbeit aus ihrer Arbeitskraft zu quetschen, entgegensetzen können. Findet diese Tendenz keinen Widerstand, so wächst sie sich zu Hungerlöhnen aus, die kein Spiel eines ehernen Gesetzes wieder steigert. Findet sie einen Widerstand, so wird sie je nach Kraft und Maß dieses Widerstandes aufgehoben, und deshalb sind Fabrikgesetze, Gewerkvereine und was sonst die Widerstandskraft der Arbeiter zu stärken vermag, keineswegs jenes hoffnungslose Löcken wider den Stachel, das sie nach der Theorie des ehernen Lohngesetzes sein sollen. Was aller Widerstand der Arbeiter aber nicht zu hindern vermag, das ist die fortdauernde Akkumulation des Kapitals, das fortdauernde Anwachsen der industriellen Reservearmee und damit auch die fortdauernde Verschlechterung der proletarischen Klassenlage. „Das Gesetz, das die industrielle Reservearmee stets mit Umfang und Energie der Akkumulation im Gleichgewicht hält, schmiedet den Arbeiter fester an das Kapital, als den Prometheus die Keile des Hephästos an den Felsen. Es bedingt eine der Akkumulation von Kapital entsprechende Akkumulation von Elend. Die Akkumulation von Reichthum auf dem einen Pol ist also zugleich Akkumulation von Elend, Arbeitsqual, Sklaverei, Unwissenheit, Brutalisirung und moralischer Degradation auf dem Gegenpol, d. h. auf der Seite der Klasse, die ihr eigenes Produkt als Kapital produzirt." Dies ist das wirkliche Lohngesetz der großkapitalistischen Gesellschaft, wie es Marx entwickelt hat im ersten Bande des Kapitals, das heißt drei Jahre nach Lassalles Tode.

Konnte Lassalle also zur Zeit, als er das eherne Lohngesetz aufstellte, mit Recht sagen, es sei ein wissenschaftlich unbestrittenes Gesetz, und unterliegt es nicht dem geringsten Zweifel, daß er an seine Richtigkeit geglaubt hat, so ist allerdings noch hinzuzufügen, daß Marx und Engels schon in den vierziger Jahren auf die industrielle Reservearmee und den von ihr auf die Löhne ausgeübten Druck hingewiesen, daß sie das unaufhaltsame Herabsinken des Proletariats in den Pauperismus vorhergesagt, daß sie gerade daraus im Kommunistischen Manifeste gefolgert haben, die Bourgeoisie sei unfähig zu herrschen, weil sie unfähig sei, ihrem Sklaven die Existenz selbst innerhalb seiner Sklaverei zu sichern. Diese Unsicherheit der Existenz, welche die Lage des modernen Proletariats von der Lage aller früheren unterdrückten Klassen zu ihrem Nachtheil unterscheidet, hat

Lassalle denn auch in späteren Schriften, namentlich im Bastiat-Schulze, seiner ökonomischen Hauptarbeit, rückhaltlos erörtert. Wenn er sie nicht schon im Offenen Antwortschreiben hervorhob, so aus dem Grunde, weil er hier nur „absolut Feststehendes und leicht zu Begründendes" geben wollte. Deshalb ließ er die Frage, ob sich die Lage der Arbeiter in der modernen bürgerlichen Gesellschaft dauernd verbessere oder verschlechtere, ganz aus dem Spiele und beschränkte sich auf die Thatsache, daß die Lage der Arbeiter auch dann noch unerträglich sei, wenn man die für die kapitalistische Produktionsweise günstigere Annahme unterstelle.

Und an dieser Thatsache wird natürlich auch nichts durch das von Marx entwickelte Lohngesetz geändert. Im Gegentheile! Um die Sache an einem ziffernmäßigen Beispiele zu erläutern, so sagt das eherne Lohngesetz Lassalles: Die kapitalistische Gesellschaft schuldet dem Proletariat 100, während das elastische Lohngesetz von Marx sagt: Nein, sie schuldet ihm 1000. Die bürgerlichen Klagen darüber, daß die deutsche Sozialdemokratie das eherne Lohngesetz aufgegeben habe, ohne in Sack und Asche über das „Unrecht" zu trauern, das sie so lange Zeit hindurch auf die „irreführende" Autorität Lassalles der kapitalistischen Gesellschaft zugefügt habe, sind von einer überwältigenden Komik. Ernsthafter wäre die Beschwerde, daß Lassalle, befangen von den Konsequenzen des ehernen Lohngesetzes, die Bedeutung der Arbeiterschutzgesetze und der gewerkschaftlichen Organisation für die Arbeiterklasse unterschätzt hat, wenn sie nur nicht praktisch gegenstandslos wäre. Eine gewerkschaftliche Bewegung war in Deutschland vorläufig unmöglich, nicht wegen der theoretischen Irrthümer Lassalles, sondern weil sich fast alle deutschen Regierungen und Volksvertretungen hartnäckig an die Koalitionsverbote klammerten. Und diese erhabenen Instanzen um Fabrikgesetze anzuflehen, statt sie ihnen durch eine drohende Massenbewegung abzutrotzen, wäre eine kindische Spielerei gewesen, deren Lassalle selbst dann unfähig gewesen sein würde, wenn er wirklich nicht die Bedeutung des gesetzlichen Arbeiterschutzes unterschätzt hätte.

Für die damalige Praxis konnten erst die Konsequenzen ins Gewicht fallen, die Lassalle für die Konsumvereine aus dem ehernen Lohngesetze zog. Darin hatte er vollkommen recht, daß den Arbeitern als Konsumenten helfen wollen die Pferde hinter den Wagen spannen hieß, aber beschränkt wie diese Hilfe sein mag, ist sie doch nicht so illusorisch, wie Lassalle nach dem ehernen Lohngesetze behauptete. Jedoch rieth er den Arbeitern auch keineswegs von Schulzes Assoziationen ab; er sagte ihnen vielmehr, sie möchten sich dieser Mittel nur immer bedienen, soweit sie einzelnen Arbeitern oder einzelnen Arbeiterkreisen eine gewisse Hilfe zu gewähren vermöchten. Nicht gegen die Assoziation, nicht gegen die genossenschaftliche Produktion und Konsumtion, die seit Saint-Simon im Mittelpunkte des Sozialismus gestanden hatte, wandte sich Lassalle, sondern nur gegen die bürgerliche Verkrüppelung, die der Assoziationsgedanke in der Reaktion der fünfziger Jahre erlitten hatte. In der Schätzung dessen, was dieser Gedanke trotzdem noch zu leisten gewußt hatte, ging Lassalle eher zu weit, als nicht weit genug, wie sein Urtheil über die englischen und französischen Arbeiterassoziationen und die

Wärme zeigt, womit er dem „Vater und Stifter des deutschen Genossenschaftswesens" die Hand schüttelte.

Jene Verkrüppelung bestand darin, daß dem Assoziationsgedanken die politische Seite entfremdet, daß den Arbeitern, in gutem oder bösem Glauben, eingeredet worden war, sie brauchten nicht die politische Gewalt für ihre Emanzipation, sondern könnten sich als isolirte Individuen selbst helfen. Dieser „Selbsthilfe" setzte Lassalle die „Staatshilfe" entgegen. Er schärfte den Arbeitern ein, daß sie sich nur als politisch organisirte Partei den Weg aus der Wüste erkämpfen könnten. Das war gewiß keine originelle Wendung, sondern nur eine Wiederbelebung des proletarischen Klassenkampfs, wie er sich in den vierziger Jahren unbewußt entwickelt hatte und dann im Kommunistischen Manifeste nach allen Seiten seiner weltgeschichtlichen Bedeutung hin beleuchtet worden war. Aber eben deshalb war es auch kein Plagiat an Buchez oder Louis Blanc oder sonst einem Vertreter des „sogenannten Sozialismus und Kommunismus", der nach irgend einem künstlichen Bauplan eine neue Gesellschaft errichten wollte, statt zu begreifen, daß die menschliche Gesellschaft ein lebendiger Organismus sei, dessen jeweilige Bewegungsgesetze begriffen werden müßten, um beherrscht werden zu können. Wie sich aus dem Zusammenhange ergiebt, meinte Lassalle mit dem „sogenannten Sozialismus und Kommunismus" dergleichen Utopistereien.

In der Assoziationsfrage stand Lassalle mit Marx und Engels auf demselben Boden. Marx schrieb nach Lassalles Tode 1864 in der Inauguraladresse der Internationalen Arbeiterassoziation: „Die Erfahrungen der Periode von 1848 bis 1864 haben über allen Zweifel festgestellt, daß Kooperativarbeit, wie ausgezeichnet im Prinzip und wie nützlich in der Praxis sie auch immer sein möge, so lange sie auf den engen Kreis gelegentlicher Versuche einzelner Arbeiter beschränkt bleibt, niemals im Stande sein wird, das Wachsthum des Monopols in geometrischer Progression aufzuhalten, die Massen zu befreien, oder auch nur die Wucht ihres Elends merklich zu erleichtern. . . . Um die gewerbsthätigen Massen zu retten, müßte Kooperativarbeit zu nationalen Dimensionen entwickelt und, folgerichtig, durch Staatsmittel gefördert werden." Und im gleichen Sinne beschloß der Genfer Kongreß der Internationalen im Jahre 1866 auf einen, vermuthlich von Marx verfaßten Antrag: „Die Kooperativbewegung, beschränkt auf die zwerghaften Forderungen der Entwicklung, welche ihr individuelle Lohnarbeiter geben können durch ihre Verbindungen, ist nicht im Stande, durch sich selbst die kapitalistische Gesellschaft umzugestalten. Um die soziale Produktion in ein großes und harmonisches System der freien und kooperativen Arbeit zu verwandeln, bedarf es allgemeiner gesellschaftlicher Veränderungen, Veränderungen der allgemeinen Bedingungen der Gesellschaft, welche nie verwirklicht werden können ohne die organisirten Gewalten der Gesellschaft: die Staatsgewalt muß aus den Händen der Kapitalisten und Landeigenthümer genommen und von den Arbeitern selbst geübt werden." Und die Produktivassoziationen mit Staatskredit stehen schon im Kommunistischen Manifeste, wo unter den mancherlei Maßregeln, die das organisirte Proletariat

nach der Eroberung der politischen Macht zu ergreifen hat, auch die Zentralisation des Kredits in den Händen des Staats und die Einrichtung von Nationalfabriken genannt werden.

Dennoch gab es in dieser Frage einen Punkt, in dem Lassalle von der Auffassung des modernen wissenschaftlichen Kommunismus in die Vorstellungen des kleinbürgerlichen Sozialismus zurückfiel. Nur nicht so, daß der Agitator dem Theoretiker, der, wie Rodbertus sich ausdrückte, „exoterische" Lassalle dem „esoterischen" Lassalle das Konzept verschob, sondern genau umgekehrt. Hätte Lassalle allein aus agitatorischen Rücksichten unter den mannigfachen Aufgaben, die der Diktatur des Proletariats historisch obliegen, gerade die Produktivassoziationen in den Vordergrund geschoben, so wäre dagegen an und für sich nichts einzuwenden gewesen. Da Schulze-Delitzsch selbst die Produktivassoziation für den „Gipfelpunkt" aller Arbeiterassoziation erklärte, so wurde er am bündigsten widerlegt durch den einfachen Hinweis darauf, daß er trotz zehnjähriger Bemühungen keine oder doch keine irgend nennenswerthe Produktivassoziation hatte schaffen können. Geistiger Zwerg, wie Schulze sein mochte, galt er in Deutschland doch als „König im sozialen Reiche" und mußte entthront werden, wenn eine selbständige Klassenbewegung des deutschen Proletariats ins Leben gerufen werden sollte. Es kennzeichnet die damaligen Zustände, daß Schulze in der Hauptstadt der Rheinprovinz zu jener königlichen Würde ausgerufen wurde und obendrein durch zwei alte Genossen von Marx: durch Georg Jung, der an der Rheinischen Zeitung, und durch Heinrich Bürgers, der selbst noch an der Neuen Rheinischen Zeitung mitgearbeitet hatte und im Kommunistenprozesse zu mehrjähriger Festungsstrafe verurtheilt worden war.

Aber Lassalle lenkte die Aufmerksamkeit der Arbeiter nicht oder doch nicht allein aus agitatorischen Gründen zunächst auf die Produktivassoziationen mit Staatskredit. Er wollte den Arbeitern etwas Praktisch-Greifbares bieten und konnte sein Endziel, die Ablösung des Grund- und Kapitaleigenthums, nicht auf seine Fahne schreiben, ohne daß der „Mob" seiner fortschrittlich-manchesterlichen Gegner die ersehnte Möglichkeit gewann, ihn den noch gänzlich unaufgeklärten Massen gegenüber als kopflosen Schwärmer mit leichter Hand abzuthun. Da er seinen Zweck noch nicht offenbaren konnte, so wählte Lassalle die Produktivassoziationen mit Staatskredit als ein Mittel, das ganz und gar von der eigenen Natur des Zwecks durchdrungen war. Mittelbar schon im Offenen Antwortschreiben und unmittelbar im Bastiat-Schulze spricht er sich dahin aus, es sei erforderlich, die gemeinsame Arbeit der Gesellschaft mit ihren gemeinsamen Vorschüssen zu betreiben, und den Ertrag der Produktion an alle, die zu ihr beigetragen haben, nach Maßgabe dieser ihrer Leistung zu vertheilen. „Das Uebergangsmittel hierzu, das leichteste und mildeste Uebergangsmittel, sind die Produktivassoziationen der Arbeiter mit Staatskredit.... Es ist noch keineswegs die ‚Lösung der sozialen Frage', welche Generationen in Anspruch nehmen wird, aber es ist das organische, unaufhaltsam zu aller weiteren Entwicklung treibende und sie aus

sich entfaltende Senfkorn hierzu." Und in einer Anmerkung zu diesen Sätzen sagt Lassalle, gerade weil sein Uebergangsmittel so milde und so praktisch ausführbar sei, und dennoch den organischen Keim aller weiteren Entwicklung in sich enthalte, habe es jenes namenlose Wuthgeheul der Bourgeoisie erregt, die ihn ruhig als ungefährlichen Sektirer todtgeschwiegen haben würde, wenn er irgend eine weitergehende abstrakte Forderung aufgestellt hätte. Eine theoretische Leistung und eine praktische Agitation, wie er sie durch sein Offenes Antwortschreiben eingeleitet habe, hätten in einer Hinsicht ein ganz entgegengesetztes Gefolge. Eine theoretische Leistung sei um so besser, je vollständiger sie alle, auch die letzten und entferntesten Konsequenzen des in ihr entwickelten Prinzips ziehe. Eine praktische Agitation sei umgekehrt um so mächtiger, je mehr sie sich auf den ersten Punkt konzentrire, aus dem dann alles Weitere folge. Nur müsse es eben ein solcher Punkt sein, der bereits alle weiteren Konsequenzen in sich trüge und aus welchem sie sich mit organischer Nothwendigkeit entwickeln müßten.

Genau ebenso sprach sich Lassalle in seinen Briefen an Rodbertus aus. Er sagt hier ausdrücklich, daß ihm die Produktivassoziationen mit Staatskredit nur Mittel zum Zwecke, zur Vergesellschaftung der Produktion seien, und daß er sich gern eines Besseren belehren lassen würde, wenn Rodbertus ein besseres Mittel für den gleichen Zweck wisse. Aber er selbst kenne kein besseres Mittel, er sei überzeugt, daß der Staatskredit für die Arbeiterassoziationen der kleine Finger sei, der, mit der Konsequenz des sich selbst entwickelnden Lebens, allmälig, freilich erst in 100 bis 200 Jahren, zur Ablösung des Grund- und Kapitaleigenthums führen müsse.

Ueber die Gewissenhaftigkeit und Reinheit der Motive, die Lassalle bei der Forderung der Produktivassoziationen mit Staatskredit leiteten, ist somit kein Wort weiter zu verlieren. In dem Lichte, in dem er diese Forderung sah, war es sein gutes Recht, zunächst nur sie zu plädiren. Aber er verfiel dabei einem theoretischen Irrthum, er verfiel in den Fehler des kleinbürgerlichen Sozialismus, anzunehmen, daß sich die Gesetze der Waarenproduktion auf dem Boden der Waarenproduktion aufheben ließen. Setzt man die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat voraus, so gehören die Produktivassoziationen mit Staatskredit, wie das Kommunistische Manifest sagt, zu den „Maßregeln, die ökonomisch unzureichend und unhaltbar erscheinen, die aber im Laufe der Bewegung über sich selbst hinaustreiben und als Mittel zur Umwälzung der ganzen Produktionsweise unvermeidlich sind." Das heißt, sie können nicht von sich aus die kapitalistische in die sozialistische Produktionsweise überleiten. Sie produziren Waaren, und den Konsequenzen des sich selbst entwickelnden Lebens überlassen, müssen sie den Gesetzen der Waarenproduktion unterliegen. Hatte Bucher gesagt, sie schüfen nur neue Eigenthümer, so sagte Rodbertus, dies neue Kooperativeigenthum werde für die Vergesellschaftung der Produktion sogar noch ein viel schwerer zu überwindendes Hinderniß sein, als das individuelle Eigenthum der Kapitalisten. Freilich wandte Lassalle ein, er wolle ja gar nicht, daß Boden und Kapital und Arbeitsprodukt den Arbeitern

gehören solle, er wolle die gesellschaftliche Produktion in dem Sinne, daß der „Arbeitsertrag“ des Einzelnen der Antheil an der gesammten gesellschaftlichen Produktivität sei, der bestimmt werde durch das Verhältniß, in welchem das Arbeitsquantum des Einzelnen zum Arbeitsquantum der gesammten Gesellschaft stehe. Aber so sehr dies sein letzter Zweck war, so übersah er, daß sein Mittel für diesen letzten Zweck nicht taugte. Der „Arbeitsertrag“ der Arbeiter, die in den ihrer eigenen Entwicklung überlassenen Produktivassoziationen mit Staatskredit zu „ihren eigenen Unternehmern“ gemacht worden wären, würde, wie Rodbertus sagte, Bodenrente + Kapitalgewinn + Arbeitslohn sein und somit, wie Bucher sagte, an den chemischen Eigenschaften des Besitzes nichts ändern.

Man könnte nun meinen, dieser theoretische Irrthum Lassalles laufe schließlich auf einen Streit um des Kaisers Bart hinaus. Hätten die Arbeiter erst, wie das Kommunistische Manifest und das Offene Antwortschreiben gleichermaßen voraussetzen, die politische Macht erobert, so würden sie längst so viel Logik gelernt haben oder durch die Logik der Thatsachen sehr bald darauf hingestoßen werden, daß die Produktivassoziationen mit Staatskredit ein Mittel für die Emanzipation ihrer Klasse nur im Sinne des Kommunistischen Manifestes, aber nicht im Sinne des Offenen Antwortschreibens seien. Indessen hatte Lassalles Irrthum doch auch praktische Folgen. Waren die Produktivassoziationen mit Staatskredit der „organische Keim aller weiteren Entwicklung“, so war es schließlich gleichgiltig, welcher Staat diesen Keim pflanzte, und damit wurde allen möglichen reaktionären Schwindeleien das Thor geöffnet. Auf der anderen Seite kannten die bürgerlichen Gegner Lassalles die Ränke und Schwänke der kapitalistischen Gesellschaft viel zu genau, um nicht sofort den schwachen Punkt seiner Rüstung zu erkennen. In diesem Punkte hätten sie ihm sogar weit ärger zusetzen können, als sie wirklich gethan haben, wenn sie nur nicht einen Knüppel an ihren langen Fortschrittsbeinen gehabt hätten. Um Lassalles Irrthum so gründlich aufzudecken, wie es auch für sie und gerade für sie möglich gewesen wäre, hätten sie die Schönheiten der „besten aller Welten“ offenherziger enthüllen müssen, als ihnen räthlich erschien, und so begnügten sie sich mit Einwänden, die den Kern der Sache gar nicht oder so obenhin trafen, daß Lassalle mit ihrer Abfertigung verhältnißmäßig leichtes Spiel hatte, was ihn dann freilich wieder in seiner irrigen Auffassung bestärkte.

Zudem aber war Lassalle ein viel zu klarer und scharfer Denker, als daß seine Idee der Produktivassoziationen mit Staatskredit ihm so von Außen angeflogen wäre und so ohne Weiteres von ihm abgelöst werden könnte. Sie verflocht sich vielmehr mit seinem ganzen ökonomischen Denken. Lassalle hatte die Bodenrente und den Kapitalprofit richtig erkannt als Abzüge vom Arbeitsprodukt, aber er sah darin nur eine „Uebervortheilung“ der Arbeiterklasse, er faßte die Mehrwerthbildung als eine rechtsphilosophische Frage auf, nicht aber, wie Marx, als eine ökonomische Thatsache, die den Schlüssel zum Verständniß der gesammten kapitalistischen Produktionsweise bietet und berufen ist, die ganze

Oekonomie umzuwälzen. Wie sehr immer Lassalle auf dem Boden des Kommunistischen Manifestes stand, so hatte er doch nicht völlig das Band zerschnitten, das ihn mit dem vormärzlichen Sozialismus verknüpfte. Eine gewisse Anlehnung an den französischen Sozialismus läßt sich, wie schon im Arbeiterprogramm, so auch in Lassalles späteren Agitationsschriften nicht verkennen.

Eine gewisse Anlehnung, die deshalb nicht übersehen werden darf, weil sie oft in der ungeheuerlichsten Weise übertrieben worden ist. Lassalle hatte alles Recht zu der Vermuthung, daß seine und Louis Blancs „nationalökonomische Ansichten sehr erheblich auseinanderlaufen" dürften; seine Produktivassoziationen mit Staatskredit unterscheiden sich von Louis Blancs sozialen Ateliers so sehr, daß nur deutsche Professoren, die einmal dazu verurtheilt sind, vor den Bäumen den Wald nicht zu sehen, beide Gebilde in einen Topf werfen konnten, wovor schon Albert Lange im Jahre 1865 gewarnt hat. Lassalle schloß sich an die französische Sozialdemokratie der vierziger Jahre an, ohne, wie es im Kommunistischen Manifest heißt, das Recht aufzugeben, sich kritisch zu ihren Illusionen zu verhalten. Er hat ihre Illusionen auch kritisch überwunden bis auf den Rest, der ihm ökonomische Zusammenhänge doch noch juristisch und philosophisch und überhaupt ideologisch verkleidete. Der Mehrwerth wälzt als ökonomischer Hebel die kapitalistische Gesellschaft um, aber als „Uebervortheilung" der Arbeiter läßt er sich durch den noch so ideal verklärten Staat nicht aus der Welt schaffen. Auch in seinen juristischen und philosophischen Vorstellungen ging Lassalle von ganz anderen Gesichtspunkten aus und gelangte zu ganz anderen Ergebnissen, als die französischen Sozialisten; er kam von Fichte und Hegel, wie Buchez von Saint-Simon und Blanc von Fourier. Aber in der Vertheidigung der Produktivassoziationen mit Staatskredit hat sich Lassalle in eine Reihe von Widersprüchen verwickelt, die bald an Buchez und bald an Blanc anklingen, nicht weil er den Einen oder den Anderen ausgeschrieben hat, sondern weil alle Versuche, denselben unlösbaren Widerspruch zu lösen, nothgedrungen eine gewisse Aehnlichkeit haben müssen.

Mit der ideologisch-schematischen Auffassung von Gesellschaft und Staat hingen auch die falschen Schlußfolgerungen zusammen, die Lassalle aus der preußischen Einkommenstatistik zog. Zwar was er an und für sich damit beweisen wollte, das hat er bewiesen, trotz der unzähligen Ausstellungen, die mit Recht oder Unrecht sei es gegen seine subjektive Auslegung, sei es gegen die objektive Richtigkeit der von ihm mitgetheilten Ziffern erhoben worden sind. Alle ehrlichen und unehrlichen Rechenkünste haben die Thatsache nicht umzustürzen vermocht, daß in Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die große Mehrheit in mehr oder minder elenden, eine verhältnißmäßig geringe Minderzahl in mehr oder weniger erträglichen, ein absolut und relativ verschwindend kleiner Prozentsatz der Bevölkerung in mehr oder minder reichen Verhältnissen lebt. Alle Statistik spiegelt, wie Lassalle in einer seiner Gerichtsreden sagt, das dunkle Loos der unendlichen Mehrheit wieder, „aus deren nachtbedeckten Fluthen die Besitzenden nur hervor-

ragen wie einzelne Pfeiler, gleichsam um zu zeigen, wie dunkel jene Fluth, wie tief ihr Abgrund sei.“ Aber es war völlig falsch, wenn Lassalle aus seinen Ziffern folgerte, binnen weniger Jahre könnten die 89 bis 96 Prozent der Gesammtbevölkerung, welche die armen und unbemittelten Klassen der Bevölkerung bildeten, um das Banner des proletarischen Emanzipationskampfs geschaart werden, und dieser Irrthum hat ihm selbst die herbsten Enttäuschungen bereitet.

Es sind zwei ganz verschiedene Dinge: das Volk, das der französische Sozialismus der vierziger Jahre, und das moderne Proletariat, welches das Kommunistische Manifest der Bourgeoisie gegenüberstellte. Lassalle übersah den komplizirten Bau der kapitalistischen Gesellschaft. Er übersah, daß die Lohnarbeiter der modernen Industrie erst einen verhältnißmäßig geringen Theil der unbemittelten Klassen bildeten und von diesem verhältnißmäßig geringen Theile wieder nur ein verhältnißmäßig geringer Theil zum proletarischen Klassenbewußtsein erwacht war, daß die große Mehrheit der Klassen, aus denen die arme Mehrheit der Bevölkerung bestand, das ländliche Proletariat, das Gesinde, die kleinen Bauern, die kleinen Beamten, die kleinen Handwerker bis auf einen Bruchtheil der Gesellen, dem Befreiungskampfe der industriellen Lohnarbeiter feindselig oder mindestens gleichgiltig gegenüberstanden, daß die Anschauungs- und Denkweise dieser verschiedenen Klassen von ihrer besonderen Klassenlage bestimmt wurde und daß noch ganz andere Umwälzungen der kapitalistischen Produktionsweise nöthig waren, um ihnen die ökonomische Dialektik einzupauken, die ihnen zunächst durch die überzeugendste Beredsamkeit nicht eingeflößt werden konnte. Lassalle wollte durch ideologische Triebkräfte erreichen, was nur ökonomische Triebkräfte vollbringen konnten.

So ist das Offene Antwortschreiben an Einseitigkeiten und Schwächen nicht arm. Und doch haben gerade diese Einseitigkeiten und Schwächen seine nächsten Wirkungen eher gestärkt als geschwächt. Das eherne Lohngesetz, die moralisch-rechtliche Verurtheilung des Mehrwerths, die Einkommenstatistik mit ihren packenden Ziffern haben Hunderttausende treuer Herzen entflammt und Hunderttausende starker Arme gestählt. Das soll nicht in irgend einem entschuldigenden, sondern nur in einem erklärenden Sinne gesagt sein. Hätte Lassalle anfechtbare Sätze in die Massen geschleudert, nicht weil er sie für richtig, sondern nur weil er sie für wirksam hielt, so wäre er nicht zu entschuldigen, und da er sie für richtig hielt, so braucht er nicht entschuldigt zu werden. Aber wie die Einseitigkeiten und Schwächen des Offenen Antwortschreibens schließlich alle aus der einen Quelle fließen, daß Lassalle die entwickelte kapitalistische Gesellschaft noch nicht in dem vollen Spiel ihrer immanenten Gesetze erkannte, so erklärt sich ihre starke Wirkung daraus, daß die entwickelte kapitalistische Gesellschaft damals in Deutschland überhaupt noch nicht bestand. Der praktische Maßstab fehlte, woran gemessen werden konnte, was in Lassalles Sätzen irrig war, und gegenüber dem Lügengewebe, womit die Bourgeoisie das Proletariat umspann, hatte er noch immer dreimal Recht, auch da, wo er nach dem heutigen Stande der

wissenschaftlichen Erkenntniß einmal Unrecht hatte. Er war genau der Bahnbrecher, den die deutsche Arbeiterklasse unter den damaligen historischen Zuständen gebrauchte, und deshalb war er stark auch in seinen Schwächen.

Und dann — wie weit traten die schwachen Seiten des Offenen Antwortschreibens gegen seine starken Seiten zurück! Lassalle gab gleich im ersten Schlachtplane der Arbeiterbewegung eine so breite und tiefe Aufstellung, daß alle sektirerischen Abwege von vornherein verlegt waren. Er organisirte sie als politischen Klassenkampf in so geschlossener Phalanx, daß sie immer nur auf der ebenen Erde der modernen bürgerlichen Gesellschaft marschiren und schlagen konnte. Die Stunde mußte kommen, wo seine theoretischen Einseitigkeiten sich dem Vormarsche des klassenbewußten Proletariats hemmend in den Weg legten, aber diese Hindernisse wurden auf die Dauer zermalmt von dem Massenschritte der Bataillone, die der große Denker und Kämpfer organisirt hatte.

Lassalle that seiner Agitation nicht zu viel, sondern zu wenig, als er das Offene Antwortschreiben mit Luthers Thesen gegen den Ablaß verglich. Die Thesen zündeten schneller und unmittelbarer, jedoch nur wie ein Funke, der in ein offenes Pulverfaß fiel, durch eine heftige Explosion die deutschen Massen des 16. Jahrhunderts in eine wirre Bewegung schleudernd. Verglichen mit ihnen war Lassalles Antwortschreiben eine Fackel, die der deutschen Massenbewegung des 19. Jahrhunderts auf Jahrzehnte hinaus Wege und Ziele wies. Luther wurde von den Wirkungen seiner That überrascht, Lassalle wußte mit vollkommener Klarheit, was er that. Er hoffte, durch sein Manifest die Arbeiter von Innen heraus zum Verständniß ihrer ökonomischen Lage gebracht und sie gegen alle Lügen, Illusionen und Täuschungen befestigt zu haben. „Das Ganze liest sich mit solcher Leichtigkeit, daß es dem Arbeiter sofort sein muß, als wüßte er das schon lange, daß Niemand es ihm mehr rauben und mit Trugschlüssen und Sophismen beseitigen kann", schrieb Lassalle an den ihm befreundeten Kaufmann Levy in Düsseldorf. Aber er fügte auch hinzu: „Der Arbeiterstand im Allgemeinen ist vielleicht noch nicht reif zur Klarheit, und ist dies der Fall, so bin ich allerdings ein todter Mann, und die Fortschrittspartei kann jubeln, daß ich mich gestürzt habe." Lassalle wagte, aber er wagte nicht leichtsinnig und nicht unbedacht, sondern im Banne einer großen historischen Pflicht.

Als Bucher und Ziegler ihm noch im letzten Augenblick in den Arm fallen wollten, antwortete er ihnen: „Eine Arbeiteragitation ist da, es ist nöthig, ihr das theoretische Verständniß und das praktische Losungswort zu geben und wenn es dreiunddreißigmal den Kopf kostete." Mit diesen Worten sicherte Lassalle sein Recht in der Mitwelt und seinen Ruhm in der Nachwelt.

V. Die ersten Erfolge und Mißerfolge.

Das Leipziger Komite nahm Lassalles Programm an, freilich nicht ohne heftigen Widerstand, den Roßmäßler, Dalge, Götz und der als Gast anwesende Streckfuß dagegen erhoben. Somit gab das Komite den Arbeiterkongreß auf, zu dessen Vorbereitung es niedergesetzt worden war, und es legte am 24. März sein Mandat in die Hände einer großen Volksversammlung nieder. Zugleich brachte die Mehrheit des Komites den Antrag ein, ein neues Komite zu wählen zur Begründung eines großen Arbeitervereins im Sinne Lassalles. Nach stürmischer Debatte wurde dieser Antrag mit 1350 gegen 2 Stimmen angenommen, wurden Dammer, Fritzsche und Vahlteich in das neue Komite gewählt.

Ein entscheidender Erfolg war damit aber noch nicht einmal in Leipzig selbst erreicht. Der in den sächsischen Arbeiterkreisen sehr einflußreiche Roßmäßler spie Feuer und Flamme gegen die „politischen Ausschreitungen" Lassalles; die Trümmer des Vereins Vorwärts, der mit dem alten Komite zersprengt worden war, näherten sich dem Arbeiterbildungsverein, um bald mit ihm zu verschmelzen, und als Festredner dieses immer mehr aufblühenden Vereins sprach sich Bebel eben jetzt gegen das allgemeine Wahlrecht als ein wirksames Mittel zur Hebung der Arbeiterklasse aus. Und außerhalb Leipzigs erhoben sich nur in Hamburg und einzelnen rheinischen Städten, wie Düsseldorf, Barmen, Elberfeld, Köln und Solingen, die Stimmen von Arbeiterversammlungen für Lassalle.

Bei alledem war sich die Bourgeoisie ihrer Klasseninteressen viel zu bewußt, um nicht sofort zu erkennen, was für sie auf dem Spiele stand. Die Fortschrittspartei zögerte keinen Augenblick, auf der ganzen Linie gegen Lassalle mobil zu machen. Eine Hetze begann, derengleichen Deutschland noch nicht gesehen hatte, und die bürgerliche Presse bewies mit großem Erfolge, daß sie die Bübereien zu übertreffen wisse, womit ihre eigenen Helden zehn Jahre früher von den Denunzianten der feudalen Presse verfolgt worden waren.

Verhältnißmäßig am anständigsten und würdigsten fand sich Schulze-Delitzsch mit Lassalle ab, so großes Recht dieser auch hatte, von Schulzes „Jammerantwort" zu sprechen. Schulze antwortete auf Lassalles ritterliche Absage in sehr unritterlicher Weise; er schimpfte auf den „Marktschreier" mit seinen „Aufschneidereien" und „Wunderpillen", und meinte in komischer Selbstüberhebung, „die ganze Dreistigkeit, das ganze Halbwissen des Herrn Lassalle" gehöre dazu, um zu behaupten, alle Autoritäten der nationalökonomischen Wissenschaft hätten das eherne Lohngesetz anerkannt. Aber Schulze war noch so gnädig, die Möglichkeit zuzulassen, daß Lassalle der Reaktion als unbewußtes Werkzeug diene, und er gab Lassalles Ansichten wenigstens in dem Punkte richtig wieder, daß die Arbeiterklasse erst die politische Macht erobert haben müsse, ehe große soziale Reformen möglich seien. Das hinderte ihn freilich nicht, sich anzustellen, als wolle Lassalle die Arbeiter Hals über Kopf in die Produktivassoziationen mit Staatskredit schleudern und ihre männliche Würde durch eine erniedrigende Staatsknechtschaft

vernichten. Möglich, daß Schulze, der nun einmal nicht aus seiner kleinbürgerlichen Haut herauskonnte, dabei nicht absichtlich entstellte; jedenfalls brach er dann durch ein plumpes Mißverständniß seiner Polemik gerade da die Spitze ab, wo sie den Gegner noch am ehesten hätte verwunden können. Er schätzte die praktischen Schwierigkeiten, die bei dem damaligen Entwicklungszustande der deutschen Arbeiterklasse ihrer genossenschaftlichen Organisation entgegenstanden, richtiger ein als Lassalle, und auf diesen Punkt hätte er sich beschränken sollen, wenn er überhaupt irgend etwas beweisen wollte. Aber seine grundsätzliche Behauptung, daß die kleinbürgerliche Geschäftemacherei der Arbeiterindividuen ein besseres Erziehungsmittel der Arbeiterklasse sei, als ihre politische Aktion, war einfach kindisch. Sie wurde auch dadurch nicht ernsthaft, daß Schulze so that, als rathe Lassalle den Arbeitern, die Hände in den Schoß zu legen, und nur von Zeit zu Zeit einen Beitrag in die Wahlkasse oder einen Stimmzettel in die Urne zu werfen, worauf ihnen die gebratenen Tauben von selbst in den Mund fliegen würden.

In ähnlicher Weise stumpfte Schulze die eigenen Waffen bei seinen Angriffen auf die Produktivassoziationen mit Staatskredit ab. Als praktischer Kenner der kapitalistischen Gesellschaft sah er ein, daß solche Assoziationen auf dem Boden dieser Gesellschaft auch den Gesetzen der Konkurrenz unterliegen müßten, daß sie das Risiko der planlosen Produktionsweise tragen würden und somit Eigenschaften ihrer Mitglieder voraussetzten, die sich eher an geriebenen Börsenwölfen, als an revolutionären Proletariern finden ließen. Da er aber nicht zugeben konnte, daß Lassalles Fehler darin bestand, das Uebel nicht tief genug an der Wurzel gefaßt zu haben, so verfiel er auf den glorreichen Gedanken, das kapitalistische Risiko für den Inbegriff aller menschlichen Freiheit und alles menschlichen Heils zu erklären. Er meinte: weil den Produktivassoziationen, die Lassalle vorschlug, das Risiko durch den Staat abgenommen würde, müßten sie zur völligen Demoralisation der in ihnen assoziirten Arbeiter und zum völligen Herunterkommen der Gesammtgüterproduktion führen. Seiner besseren Vergangenheit ins Gesicht schlagend, erklärte Schulze, „ein solches Ding, wie Unternehmergewinn, kenne die Wissenschaft nicht". Was man so nenne, sei erstens Unternehmerlohn und zweitens Risikoprämie. Der Unternehmer sei derjenige Arbeiter, der das Meiste und Schwerste leiste und also auch höheren Lohn haben müsse, während ihm zugleich eine Prämie dafür gebühre, daß er sein Kapital, die Frucht früherer Arbeit, auf die Gefahr des Verlustes hin in ein neues Unternehmen stecke. Mit diesen erhebenden Gedanken schlug der „König im sozialen Reiche" den sozialen „Marktschreier" Lassalle.

Nicht minder erhebend war Schulzes Polemik gegen Lassalles politisches Programm. Niemand wußte besser als er, in welcher Weise eben erst die Arbeiter von der Fortschrittspartei und vom Nationalverein als politische Heloten untergeduckt worden waren, und nun schämte er sich nicht, zu sagen, Lassalle beleidige durch seine Kritik der Fortschrittspartei die Arbeiter, die ja „kein An-

hängsel, sondern ein großer und wesentlicher Theil" dieser Partei seien. Ferner aber wies er darauf hin, daß die selbständigen Regungen des Proletariats im Jahre 1848 „die besitzenden und gebildeten Klassen mit und ohne Grund" ins Lager der Reaktion getrieben hätten. Dies feine Argument war damals überhaupt der politische Haupttrumpf der Fortschrittspartei gegen Lassalle, gleichviel ob es als mehr oder weniger verblümte Drohung oder als thränenselige Jeremiade vorgebracht wurde. So jammerte Roßmäßler: jetzt sei endlich einmal die preußische Bourgeoisie gegen König- und Junkerthum auf die Beine gebracht worden, aber sowie die Arbeiter eine selbständige Politik begönnen, würde sie sofort wieder umfallen. Die guten Leute bestätigten damit, was Lassalle bei der Veröffentlichung des Offenen Antwortschreibens an Levy geschrieben hatte: „Glauben Sie mir, ich habe die Fortschrittspartei hier aufs genaueste studirt, ihr erster Hauptsatz ist: Nur keine Revolution von unten, lieber noch Despotismus von oben." Soweit waren beide Theile einig. Es fragte sich nur, ob Deutschland sich, wie Lassalle in einer seiner Gerichtsreden sagte, jahrzehntelang in schweren Konvulsionen gewunden haben sollte, blos damit die Herren v. Unruh und v. Vincke mit dem Könige und den Ministern keifen und sich einbilden könnten, Männer von Wichtigkeit zu sein. Diese Frage wurde von Lassalle eben so entschieden verneint, wie von der Bourgeoisie bejaht.

Nach solchen Leistungen Schulzes klingt es seltsam, zu sagen, daß er sich unter Lassalles Gegnern noch durch Anstand und Haltung ausgezeichnet habe. Und gleichwohl war dem so. Die fortschrittlichen Blätter erklärten Lassalle einfach für einen hergelaufenen Stümper, der statistische Zahlen nicht zu lesen vermöge, der in den umgewandten Hosen des Schneiders Weitling die sozialen Ateliers Louis Blancs wieder aufwärmen wolle, die doch schon im Jahre 1848 so kläglich gescheitert seien, der das faule und längst widerlegte Gesetz Ricardos vom Arbeitslohne breittrete und keine Ahnung von Nationalökonomie habe. Oder sie denunzirten ihn noch summarischer als einen Renegaten, als einen Ueberläufer, der die Arbeiterklasse an das Ministerium Bismarck verrathen wolle, als ein gedungenes Werkzeug der Reaktion. Indem sie Lassalles „Staatshilfe" zu einem Linsengericht umlogen, für das sich die Arbeiter an König- und Junkerthum verkaufen sollten, versuchten sie, den demokratischen Nerv des modernen Proletariats, vor dem sie selbst die heiligste Scheu hatten, gegen Lassalle aufzureizen und dadurch von sich abzulenken. Und während nach Lassalles vollkommen zutreffendem Ausdrucke hundert Kloaken jeden Tag die unerhörtesten Lügen, Entstellungen und Gemeinheiten gegen ihn anschwemmten, beeilten sich die Schlauköpfe der Bourgeoisie, die Arbeiterbildungsvereine möglichst fest an sich zu ketten und so das Terrain abzusperren, auf dem Lassalle seine nächsten Eroberungen machen konnte. Die fortschrittliche Regie verfuhr dabei gewöhnlich so, daß irgend ein Augur den Advokaten des Teufels spielte und Lassalles Lehre den Arbeitern in der denkbar sinnlosesten Form vortrug. Andere Auguren widerlegten ihn dann „glänzend" als die rechtmäßigen Ritter der wahren Freiheit, und eine natürlich „einstimmig"

angenommene Resolution, die Lassalle mit den aus der fortschrittlichen Presse geschöpften Ehrentiteln überhäufte, war das bengalisch beleuchtete Schlußtableau dieser anmuthigen Komödien.

Glücklicher Weise war weder Lassalle noch das Leipziger Komite darnach angethan, sich von dem pöbelhaften Skandal verblüffen zu lassen. Sie arbeiteten mit aller Kraft gegen den Strom, aber bei dem noch ungebrochenen Einfluß der liberalen Presse auf die Arbeiterbevölkerung kamen sie schwer vorwärts. Die Fäden, die sie nach allen Himmelsrichtungen spannen, blieben fast nirgends haften, abgesehen von dem halben Dutzend Städte, in deren Arbeiterschaft das Offene Antwortschreiben sofort gezündet hatte. Ein Offener Brief, den Rodbertus an das Leipziger Komite richtete, war der einzige nennenswerthe Erfolg der ersten Wochen. Und Rodbertus bestätigte zwar alles, was Lassalle zur Kritik der bürgerlichen Oekonomie gesagt hatte, aber er verwarf nicht nur die Produktivassoziationen mit Staatskredit, sondern warnte namentlich dringend vor dem, was für Lassalle die entscheidende Hauptfrage war: vor der politischen Organisation der Arbeiterklasse. Er hatte gegen das allgemeine Wahlrecht an und für sich nichts einzuwenden, aber als „unumgängliche Vorbedingung zur Lösung der sozialen Frage", wie er sich ausdrückte, wollte er es nicht anerkennen. Rodbertus rieth den Arbeitern, keinen politischen Umweg zu machen, sondern sich geradeaus als soziale Partei zu konstituiren, mit dürren Worten eine bessere Stellung in der Gesellschaft zu verlangen und in ihrem neuen Vereine zu diskutiren, wie sie zu dieser besseren Stellung gelangen könnten. Wenn den Arbeitern nur ein allgemeines Gesetz der Staatsgewalt helfen könne, so müsse dies Gesetz doch im tiefsten Frieden mit der Zustimmung aller übrigen Klassen gegeben werden.

Kein Zweifel, daß Rodbertus es ehrlich meinte, daß sein Rath aus den Ueberzeugungen floß, die er seit zwanzig Jahren bekannt hatte. Auch war sein Offener Brief, der den manchesterlichen Humbug den Fortschrittlern ins Gesicht hinein schlagend als das nachwies, was er war, unter allen Umständen eine brave That. Jedoch der Agitation Lassalles gab dieser Helfer nur mit der einen Hand, was er mit der anderen Hand nahm. Der eifrige Briefwechsel, den beide Männer einige Monate lang führten, brachte sie keinen Schritt näher zusammen, trotz aller Sympathien, welche sie für einander hegten. Da Rodbertus mit seiner staatssozialistischen Utopie vorsichtig zurückhielt, so hat Lassalle nie völlig erkannt, wie tiefe Gegensätze sie trennten, wie unüberwindlich die Abneigung des Utopisten Rodbertus gegen den politischen Klassenkampf des Proletariats war. Er glaubte lange, mit seiner stürmischen Beredsamkeit und Liebenswürdigkeit den „stillen Kompagnon" ganz gewinnen zu können und brach dann ziemlich verstimmt die Verbindung ab, als all' seiner Liebe Müh' umsonst war. Hatte Rodbertus aber wenigstens in seinem Sinne ehrliches und klares Zeugniß abgelegt, so erzielten andere Anfragen des Leipziger Komites noch geringeren Erfolg: Bucher schwieg sich vorläufig ganz aus und Wuttke antwortete mit einer allgemeinen Sympathie-erklärung, die zwar frei war von den Vorbehalten, die Rodbertus gemacht hatte,

aber auch frei von der einschneidenden Kritik, womit Rodbertus der freihändlerisch-fortschrittlichen Politik hart zusetzte.

Lassalle selbst entsprach dem Wunsche des Komites, die Statuten des neu zu bildenden Vereins zu entwerfen und den Leipziger Arbeitern persönlich zu überbringen. In einer großen Versammlung, die am 16. April stattfand, widerlegte er die Einwände, die von den Gegnern gegen sein Offenes Antwortschreiben erhoben worden waren. Er bewies durch unanfechtbare Zitate aus Adam Smith, Ricardo, Stuart Mill, Say, Roscher, daß die bürgerliche Oekonomie in ihren hervorragendsten Vertretern das eherne Lohngesetz anerkannt habe. Er deckte die Lüge auf, daß die Nationalwerkstätten, welche die provisorische Regierung der französischen Republik im Jahre 1848 in arbeiterfeindlichem Sinne eingerichtet hatte, mit Louis Blancs sozialen Ateliers oder seinen eigenen Produktivassoziationen gleichartig gewesen sein sollten. Er zerfetzte die stupide Doktrin, wonach sich der Staat nicht in die wirthschaftlichen Verhältnisse mischen dürfe und wies ihre Hohlheit gerade an der englischen Geschichte nach, auf deren angebliches Vorbild sich die deutschen Freihändler besonders gerne beriefen. Damals brachte die Baumwollenkrisis, die durch den amerikanischen Bürgerkrieg entstanden war, große Noth über die englischen und auch die deutschen Weberdistrikte, und Lassalle konnte darauf hinweisen, daß gerade die englischen Manchestermänner mit ohrzerreißendem Geschrei nach Staatsintervention riefen, um die brotlos gewordenen Arbeiter von der Auswanderung abzuhalten. Anknüpfend an Rodbertus betonte er den hohen zivilisatorischen Charakter seiner Agitation, die den Arbeitern in vollem Frieden die Fessel vom Fuße nehmen wolle, warnte er vor Haß und Verachtung gegen die Bourgeoisie, die selbst ein willenloses Produkt der herrschenden ökonomischen Zustände sei, aber anders als Rodbertus, bekannte er sich als radikalen Demokraten, der die Fortschrittspartei nur angreife, weil sie sich unfähig erwiesen habe, mit der Reaktion aufzuräumen, der die Fortschrittspartei unterstütze, soweit sie der Reaktion gegenübertrete, der sie über ihre unentschlossene Stellung hinaus vorwärts drängen wolle. Die Rede hatte eine durchschlagende Wirkung, 1300 gegen 7 Stimmen erklärten sich für Lassalle. Sein Statutenentwurf wurde gedruckt und ebenso eifrig wie das Offene Antwortschreiben verbreitet, als Termin für die konstituirende Versammlung des neuen Vereins erst der Monat Juni ins Auge gefaßt, dann der 23. Mai festgestellt.

Aber schon drei Tage nach der Leipziger Versammlung, am 19. April, erfolgte ein starker Rückschlag. Eine große Arbeiterversammlung in Berlin entschied gegen Lassalle. Sie war von den fortschrittlichen Führern einberufen worden, nach deren, von anderer Seite bestrittener Angabe ihr 1200 Arbeiter beigewohnt haben sollen. Den Vorsitz führte der Schriftsetzer Dittmann, während ein Beamter Borsigs, Namens Haase, den Bericht über den Streit zwischen Lassalle und Schulze-Delitzsch erstattete. Es scheint, daß die bekannteren Vertreter der Fortschrittspartei sich geschämt haben, persönlich die Rolle zu übernehmen, die dieser sonst unbekannte Haase in ihrem Interesse durchführen mußte.

Er behandelte den „Herrn Lassalle“ als einen beiläufigen Dummkopf, erklärte die Staatshilfe als ein Attentat auf die individuelle Freiheit und die allgemeine Sittlichkeit, was sich beiläufig besonders schön ausnahm an einem Beamten des Borsigschen Werkes, das durch die ausgiebigste Staatshilfe emporgekommen war, und widerlegte das eherne Lohngesetz durch die entrüstete Frage, ob ein treuer deutscher Mann, der ein treues deutsches Mädchen heirathen wolle, sich wohl darum bekümmern werde, ob sein Tageslohn einen Silbergroschen höher oder niedriger sei. All' der Stumpfsinn wurde aber noch weit übertrumpft durch die Gemeinheit, womit dieser angenehme Vorkämpfer der Fortschrittspartei schloß. Er meinte, Lassalle sei zwar durch rheinische Geschworene von der Anklage des Kassettendiebstahls freigesprochen worden, aber man wisse ja, daß selbst die gescheidtesten Juristen mit dem „Herrn Lassalle“ nicht fertig würden, und dann sei auch noch nicht aufgeklärt, in wie weit Lassalle in das Schicksal einer Frau verwickelt gewesen sei, an der kürzlich in seiner Nachbarschaft ein Raubmord um 25 Thaler willen begangen worden war. Zu alledem rief die fanatisirte Menge Hurrah hoch. Zwar ließ es sich verstehen, daß der bei den Berliner Arbeitern mit Recht verhaßte Eichler, der die Gelegenheit ergreifen wollte, sich zu rehabilitiren, von der Tribüne geschrieen wurde, aber auch der ehrliche Demokrat Ludwig Löwe, der nicht einmal die Theorien Lassalles vertheidigen, sondern nur dessen persönlichen Charakter vor den nichtsnutzigen Verdächtigungen des Berichterstatters wahren wollte, wurde mit den triftigen Argumenten: Haut ihn! und Schmeißt ihn raus! zum Schweigen gebracht. Eine von dem Arzte Eisner, einem wirklichen Anhänger Lassalles, eingebrachte Resolution, die Versammlung solle vorläufig ein Urtheil über die soziale Frage ablehnen, aber sich wenigstens für das allgemeine Wahlrecht erklären, flog einfach unter den Tisch. Das sogenannte Volksgericht verdonnerte vielmehr den Volksverführer Lassalle, und die Berliner Blätter bliesen die große Kulturthat mit schmetternden Posaunenstößen in die Welt hinaus.

Die elende Komödie jagte Bucher aus seiner furchtsamen Zurückhaltung heraus. Unter Berufung auf sie schrieb er am nächsten Tage dem Leipziger Komite, das von Berlin gegebene Beispiel, die Anwesenden zu terrorisiren und die Abwesenden zu täuschen, mache es doppelt geboten, Farbe zu zeigen. Er versprach einen Vortrag in Leipzig, um nachzuweisen, daß die Lehre der Manchesterschule: der Staat habe nur für die persönliche Sicherheit zu sorgen und alles Andere gehen zu lassen, vor der Wissenschaft, vor der Geschichte und vor der Praxis nicht bestehe. Kaum aber war dieser Brief in der Oeffentlichkeit erschienen, als die Bourgeoisie den Strick zuzog, den sie um Buchers Hals gelegt hatte. Am 26. April schrieb Bucher schon an Lassalle, der Brief an das Leipziger Komite habe ihm „sehr ernste Verwicklungen“ zugezogen. Er müsse den freundschaftlichen Umgang mit Lassalle aufgeben, da er sonst in Verwicklungen gerathen könnte, die ihn zwängen, sich selbst in Verwicklungen zu stürzen. Er versprach, wo es nöthig sei, einfach zu bekennen, er habe sich im Bewußtsein seiner Schwäche

zurückgezogen. Dem Leipziger Komite gegenüber fand sich Bucher mit dem Versprechen ab, statt des Vortrags, der die Frage nicht erschöpfen könne, eine kleine Schrift zu liefern, die er bereits unter der Feder haben wollte, aber niemals veröffentlicht hat. Damit zog sich Bucher völlig aus der Bewegung zurück. Den persönlichen Verkehr mit Lassalle hat er später wieder angeknüpft, aber niemals mehr, wie aus manchem urkundlichen Beweise hervorgeht, einen Einfluß auf Lassalles politische Entschlüsse gewonnen.

Vom rein menschlichen Standpunkt aus scheint Lassalle angenommen zu haben, daß der größere Theil von Buchers Schuld auf die Foltertalente der Bourgeoisie falle. Immer ein treuester Freund seiner Freunde und ein viel zu großer Idealist, um ein guter Menschenkenner zu sein, hat er dem schwachen Manne bis zuletzt ein großes persönliches und leider übel genug gelohntes Vertrauen geschenkt.

VI. Der Frankfurter Tag.

Inzwischen machte die Fortschrittspartei die betrübende Erfahrung, daß auch bei den geriebensten Strangulirungsmethoden gelegentlich der Strick reißen kann. An demselben 19. April, einem Sonntage, wo die Berliner Spektakelversammlung Lassalles Agitation für das östliche Deutschland mausetodt schlug, sollte ein Arbeitertag in Rödelheim bei Frankfurt a. M. dieselbe Aufgabe für das westliche Deutschland lösen. Die Arbeiterbildungsvereine des Maingaues, die in einem besonderen Verbande zusammengeschlossen waren, hatten sich zwar in ihrer Mehrzahl schon gegen Lassalle erklärt, aber Löb Sonnemann und Max Wirth hielten es für angezeigt, den Verband als solchen noch einen besonderen Bannstrahl gegen den Volksverräther schleudern zu lassen. Zugleich sollte nach dem von ihnen eingebrachten Antrage das Komite des Maingaues das Leipziger Komite dadurch lahm legen, daß es die Agitation für eine Zentralisation der deutschen Arbeiterbewegung in fortschrittlich-manchesterlichem Sinne in die Hand nahm. Die Komödie war nach der bewährten Methode und nicht ohne pfiffige Berechnung arrangirt: die Aussichten Lassalles wären auf Null gesunken, wenn der Arbeitertag in Rödelheim, auf dem die Arbeiterbildungsvereine von Hanau, Mainz, Offenbach, Frankfurt, Bockenheim, Rüsselsheim, Darmstadt und Osthofen durch etwa 200 Delegirte vertreten waren, dem Leipziger Komite den ohnehin schwachen Hebel aus der Hand gewunden hätte.

Jedoch hatte die Rechnung ein Loch oder sogar deren zwei. Erstens einmal tanzten nicht alle Vorsitzende der in Rödelheim vereinigten Arbeiterbildungsvereine so wie die Macher pfiffen. Ludwig Büchner, der den Darmstädter, und Theodor Müller, der den Frankfurter Arbeiterbildungsverein leitete, waren nicht geneigt, sich von den Löb Sonnemann und Max Wirth am Narrenseile führen zu lassen. Beide Männer hatten nur ein sehr unzureichendes Verständniß für den Oekonomen und den Politiker Lassalle, von dessen Persönlichkeit sie sich sogar

eher abgestoßen als angezogen fühlten. Aber sie waren viel zu gebildet und meinten es mit den Bildungsbestrebungen der Arbeiter viel zu ehrlich, um nicht die Hetze der Fortschrittspartei gegen Lassalle zu verurtheilen. Theodor Müller, der schon zwei Jahre später an der Auszehrung starb, war kein Mann des Kampfes, vielmehr eine milde und sanfte, aber dabei im Ehrenpunkte feste Natur; er hatte den von ihm geleiteten Verein gehindert, unbesehen gegen Lassalle loszulegen, und rücksichtslos die traurigen Manöver gemißbilligt, durch die Lassalle abgemeuchelt werden sollte. In ähnlicher Weise verhielt sich Ludwig Büchner als Berichterstatter auf dem Rödelheimer Tage. Der metallene Klang von Lassalles Kampfschrei scheuchte ihn zurück, er sah die Bildungsbestrebungen der Arbeiter durch den Bruch zwischen Bourgeoisie und Proletariat arg gefährdet, und er hatte eine lange Reihe meist sehr laienhafter Einwände gegen Lassalles Vorschläge vorzubringen. Aber er gab diese Vorschläge doch sachlich wieder, er warnte die Arbeiter, sich durch die Schlagworte vom Sozialismus und Kommunismus auf lächerliche Weise in Bockshorn jagen zu lassen und empfahl ihnen, das Offene Antwortschreiben sehr ernsthaft zu prüfen. Lassalle habe jedenfalls ein Herz fürs Volk gezeigt und verdiene um so größere Anerkennung, als er sich im Interesse einer guten Sache allen möglichen Gefahren und Unannehmlichkeiten ausgesetzt habe. Er fehle vielleicht nur darin, daß er mit einem Schlage erreichen wolle, wozu es jahrhundertelanger und gewiß jahrzehntelanger Vorbereitung bedürfe.

Zweitens aber herrschte unter den in Rödelheim versammelten Arbeitern eine gegen den Nationalverein sehr aufsässige Stimmung. Es handelte sich dabei noch um einen viel schärferen Gegensatz, als der Gegensatz war, in dem die großdeutschen Strömungen des südlichen Deutschlands überhaupt zu dem kleindeutschen Programm des Nationalvereins standen. Die moderne Industrie des Maingaues war lange nicht entwickelt genug, um in den Arbeitermassen schon ein proletarisches Klassenbewußtsein zu erwecken, wie denn Frankfurt selbst eine Geld-, aber keine Fabrikstadt war. Doch galt die Stadt von 1848 her als ideelle Hauptstadt Deutschlands, sie war der Lieblingstummelplatz für alle möglichen Feste und Tage, hier pulsirte das damalige politische Leben am kräftigsten oder lärmte wenigstens am lautesten. Wie in den Gegenden, wo 1848 die Arbeiterbewegung eine gewisse Höhe erreicht hatte, am Rhein, in Hamburg, in Leipzig, die sozialistischen Ueberlieferungen wieder auflebten, so im südwestlichen Deutschland die kleinbürgerlichen Ueberlieferungen des badisch-pfälzischen Aufstandes. Der Nationalverein hatte sich anfangs eingebildet, mit diesem Feuer spielen zu können; auf der Generalversammlung, die er 1861 in Heidelberg abhielt, hatte er die Einrichtung von Wehrvereinen unter Heranziehung „geeigneter Fachmänner" und gleichzeitig Sammlungen für den Bau einer deutschen Kriegsflotte beschlossen, deren Ertrag der preußischen Regierung überwiesen werden sollte, um die preußische Krone gern oder ungern an die Sache der deutschen Einheit zu fesseln. Die todesmuthige Bourgeoisie feierte diese Beschlüsse als „deutsche Ballhausszene",

natürlich mit dem stillschweigenden Vorbehalte, daß Herr v. Bennigsen als Mirabeau der Lüneburger Heide nie in die Lage kommen werde, den Trotz seines französischen Vorbildes nachzuahmen.

Aber es war wieder einmal die Geschichte von dem Huhne, das die Enteneier ausbrütet. Der Beschluß des Nationalvereins rief in der kleinbürgerlichen Jugend des südwestlichen Deutschlands eine große Zahl von Schützen-, Turn- und Wehrvereinen hervor, die viel zu viel von dem „Kartätschenprinzen" wußten, um sich einzubilden, daß die preußische Regierung durch Trinkgelder zur Vorkämpferin der deutschen Einheit aufgepäppelt werden könne, aber die sonst das Gute nahmen, wo sie es fanden, und gern den Rath des Nationalvereins befolgten, „geeignete Fachmänner" zu ihrer Ausbildung und Ausrüstung heranzuziehen. Einen solchen Fachmann sahen sie in Rüstow, der ihnen den praktischen Wink gab, daß Wehrvereine vor allen Dingen Waffen haben müßten. Das leuchtete den Wehrvereinen ein; sie wurden immer munterer und auf dem Frankfurter Schützenfeste von 1862 leisteten einige von ihnen den Schwur, im nächsten Jahre das umflorte Banner des „verlassenen Bruderstammes" gegen den dänischen Unterdrücker zu tragen. So kindlich dieser Schwur, und so irrig Rüstows Meinung war, die verrottete Bundestagswirthschaft in Deutschland könne und müsse mit denselben Mitteln gestürzt werden, wie die verrottete Bourbonenwirthschaft in Süditalien, so zeugte die ganze Bewegung doch von dem guten Willen, endlich einmal aus dem Sumpfe leerer Schwatzhaftigkeit herauszukommen. Ein flüchtiges Interesse hat ihr auch Lassalle geschenkt, als er im Sommer 1862 den Hauptmann Schweigert, der unter Garibaldi und Rüstow gedient hatte und nun in England Gelder auftreiben sollte, um ein paar tausend Gewehre für die Wehrvereine zu beschaffen, eine Empfehlungskarte an Marx mitgab.

Jedoch was ernsthafte Leute etwa an den Wehrvereinen interessiren konnte, das schlug die komischen Führer des Nationalvereins mit panischem Schrecken. Sämmtliche Preßorgane, die unter ihrem Kommando standen, erhielten die Ordre, dagegen zu eifern, daß sich die „unreife Jugend" in den Schützen-, Turn- und Wehrvereinen mit Politik beschäftige; was ihr gestattet werden sollte, waren körperliche Uebungen und etwa jener alberne Saufkomment, der die „gebildete Jugend" der Hochschulen verdummt. Zum offenen Bruche kam es im Herbste 1862 auf einem Delegirtentage der Wehrvereine in Heidelberg, dem Rüstow und einige Haupthähne des Nationalvereins beiwohnten. Rüstow verlangte, daß die für den Bau einer deutschen Kriegsflotte gesammelten Gelder zur Beschaffung von Waffen verwandt werden sollten; sie an die preußische Regierung auszuliefern, sei ein „Verrath an der Vernunft". Die anwesenden Staatsmänner des Nationalvereins beanspruchten die Zurücknahme des „beleidigenden" Wortes, und als Rüstow sich dessen weigerte, machten sie sich schleunig aus dem Staube. Gleich darauf spendete der Nationalverein auf seiner Koburger Generalversammlung den „patriotischen Bestrebungen" der Schützen-, Turn- und Wehrvereine zwar noch eine platonische Theilnahme, lehnte aber „alle weitergehenden An-

träge“ ab mit jener Vorsicht, die für ihn allemal der bessere Theil der Tapferkeit war.

Diese und ähnliche Vorgänge hatten in der „unreifen Jugend“ der südwestdeutschen Bevölkerung eine Stimmung erzeugt, die auf dem Arbeitertage in Rödelheim zu sehr deutlichem Ausdrucke kam. Der Vortrag Büchners wurde mit großem Beifall aufgenommen, und als dann Löb Sonnemann, Max Wirth und andere Kämpen des Nationalvereins auf Lassalle losgepaukt hatten, meinten die Arbeiter sehr kaltblütig, überrumpeln ließen sie sich schon lange nicht. Der Tischler Heymann aus Frankfurt sagte, die Herren möchten sich nur mäßigen, denn wie klug sie immer zu sein glaubten, so könnten sie doch noch Manches von Lassalle lernen, und der Uhrmacher Scheppler aus Mainz fügte hinzu, Lassalle habe wenigstens das Verdienst, die Deutschen aus dem ewigen Nationalvereinsdusel aufzurütteln. Es kam zu heftigen Debatten, welche die Regisseure der Komödie belehrten, daß sie diesmal den Vorhang zu früh aufgezogen hätten. Sie beeilten sich, gute Miene zum bösen Spiele zu machen. Löb Sonnemann zog seine auf Abmurksung Lassalles gerichteten Anträge zurück und fragte mit gut gespielter Entrüstung, ob so tadellosen Biedermännern, wie ihm und seinesgleichen, wohl eine Ueberrumpelung zuzutrauen sei. Ohne diese heikle Frage zu entscheiden, beschloß der Arbeitertag, Lassalle und Schulze-Delitzsch zu einem neuen Arbeitertage einzuladen, der zum 17. Mai nach Frankfurt a. M. einberufen werden sollte.

Schulze lehnte die Einladung unter dem Vorwande parlamentarischer Geschäfte ab: schwerlich weil er es nicht der Mühe für werth hielt, mit Lassalle zu debattiren, sondern viel wahrscheinlicher, weil er sich mit Recht scheute, in allzu große Nähe von Lassalles Klinge zu kommen. Lassalle dagegen sagte sofort zu, obgleich ihm alle seine Freunde abriethen, den Kampf auf einem Terrain anzunehmen, wo er von vornherein Sonne und Wind gegen sich haben werde. Er übersah mit richtigem Blicke die Sachlage. Er wisse sehr gut, schrieb er an Rodbertus, daß solche rednerische Zweikämpfe nichts entschieden, aber nach der Art und Weise, wie die Berliner Arbeiterkomödie gegen ihn ausgebeutet werde, brauche er einen großen Eklat. Er wolle seine alte revolutionäre Mähne schütteln und alles daransetzen, um zu siegen. Die Ungunst des Terrains werde seinen Triumph erhöhen oder im anderen Falle der Niederlage ihren Stachel rauben.

Nicht zum wenigsten deshalb nahm Lassalle die Einladung an, weil die halbe Wendung zu seinen Gunsten, die in Rödelheim erfolgt war, nicht sowohl ökonomische als politische Beweggründe hatte. Das Gerede von seinen reaktionären Hintergedanken war diejenige fortschrittliche Verleumdung, die ihm am meisten bei den Arbeitern schadete. Sie wurde um so gefährlicher, als die reaktionäre Presse jetzt ein sehr verdächtiges Interesse an seiner Agitation zu bekunden begann. Ein Kampf, in dem ihm die demokratischen Arbeiter des Maingaues den Siegerpreis ertheilten, konnte der stockenden Bewegung einen mächtigen Anstoß geben.

Aber auch sonst brauchte Lassalle in jeder Beziehung einen großen Eklat. Seine Verfassungsreden, das Offene Antwortschreiben, die Leipziger Rede, die Gerichtsreden in dem wegen des Arbeiterprogramms anhängigen Prozesse enthielten eine Fülle des lehrreichsten und packendsten Agitationsmaterials; die kleinste dieser Kundgebungen eröffnete noch immer tiefere Einblicke in das Wesen von Gesellschaft und Staat, als die gesammte Weisheit der Fortschrittspartei zu eröffnen vermochte. Indessen so meisterhaft Lassalle die schwierigsten Fragen leicht faßlich zu behandeln verstand, so war sein Broschüren- und Redekampf doch der Kampf eines Schwerbewaffneten mit den ungezählten Schwärmen eines leichten Pandurengesindels, das jeden Tag mit neuen Angriffen auf ihn eindrang. Bei aller Unerschöpflichkeit seiner Arbeitskraft donnerten seine Kanonenschläge nur in gemessenen Zwischenräumen und verhallten so unter dem knatternden Kleingewehrfeuer, das die fortschrittliche Presse täglich gegen ihn richtete.

Für diesen Guerillakrieg war Lassalle nicht gerüstet. In einem oder zwei Fällen gelang es ihm, der gegnerischen Presse die Aufnahme von Erwiderungen auf ihre Angriffe abzutrotzen: in der Vossischen Zeitung nagelte er den alten Rau auf dem Wenn und Aber fest, womit diese professorale Autorität das eherne Lohngesetz angeblich bestreiten wollte, aber thatsächlich bekräftigte. Das einzige liberale Blatt, das Lassalles Einsendungen mit einiger Bereitwilligkeit aufnahm, war die Deutsche Allgemeine Zeitung in Leipzig, deren Herausgeber Brockhaus das System der erworbenen Rechte verlegt hatte. Lassalle benützte diesen ihm nicht aus politischer Sympathie, sondern aus persönlicher Gefälligkeit eröffneten und deshalb ganz ungenügenden Sprechsaal namentlich dazu, die urkundliche Wahrheit über die französischen Nationalwerkstätten von 1848 festzustellen, die ihm fort und fort in grober Unwissenheit oder perfider Entstellung als abschreckende Vorbilder seiner Produktivassoziationen mit Staatskredit vorgehalten wurden. Sonst konnte Lassalle noch über einige kleine und wenig gelesene Lokalblättchen verfügen, die entweder wie der Nordstern in Hamburg, der Zeitgeist in Leipzig und die Fränkische Volkszeitung in Nürnberg schon in den letzten Zügen lagen, oder wie der Volksfreund in Frankfurt, die Schwäbische Volkszeitung in Stuttgart und der Gradaus in Eßlingen eine kümmerliche Existenz durch eine halbe Arbeiterfreundschaft fortzuschleppen suchten. Mit diesen schwachen publizistischen Hilfsmitteln war gegen die liberale Preßrotte nicht aufzukommen, die sich wenig daraus machte, wenn Lassalle den einen oder den anderen aus ihrer Mitte moralisch abthat. Der Bourgeoisie fehlt es nie an neuen Soldschreibern, die ihre leichte Ehre gern für schweres Gold opfern. Umsomehr mußte Lassalle an einem großen Erfolge gelegen sein, der, mitten im Lager der Gegner erfochten, mit allen Lügen nicht aus der Welt geschafft werden konnte.

Und so waren denn, wie Büchner ohne besondere Uebertreibung sagte, die Augen von halb Deutschland auf den Arbeitertag gerichtet, der am 17. Mai in Frankfurt a. M. stattfand. Das Komite des Maingaues hatte alle Maßregeln getroffen, um Lassalles Niederlage von vornherein zu sichern. Der Frankfurter

Arbeiterbildungsverein war immer schwieriger geworden; sein Vorsitzender Theodor Müller ließ sich nicht fangen, und unter den Mitgliedern agitirte Bernhard Becker, ein eben aus dem englischen Exile heimgekehrter Flüchtling von 1848, mit Schrift und Wort für Lassalle. So hatte man denn als Gegengewicht schnell einige neue Vereine von abhängigen Arbeitern gebildet, die am entscheidenden Tage durch reichliche Trankspenden zum Kampfe für die heilige Sache des Kapitals angefeuert wurden. Der untere Raum des Saales, in dem verhandelt werden sollte, wurde für die Mitglieder der Arbeiterbildungsvereine abgesperrt, die zum großen Theile schon gegen Lassalle abgestimmt hatten, und einer von Löb Sonnemanns Tintenkulis sorgte als bestallter Ordner dafür, daß sich keine Böcke unter die Schafe mischten. Alle Arbeiter, die keinem Verein angehörten, mußten auf die Gallerien wandeln, ohne das Recht mitzustimmen, aber mit der Pflicht, sechs Kreuzer für die Person zur Deckung der Tageskosten zu zahlen. Dann ließen sich fünfzehn Redner „schon vorher", wie Büchner sagt, in die Rednerliste eintragen, um Lassalle, sobald er geendigt hatte, mit den bewährten Tiraden der Fortschrittspartei in sein Nichts zurückzuschleudern. Gewiß hatte das Komite des Maingaues das formelle Recht, die von ihm einberufene Versammlung so einzurichten, wie ihm beliebte, aber Lassalle war sachlich im Rechte, wenn er meinte, die Löb Sonnemann und Max Wirth hätten von ihrem formellen Rechte nicht wohl einen unanständigeren Gebrauch machen können.

Natürlich war er nicht so leicht zu übertölpeln. Er sicherte sich, soweit er es für nöthig hielt, und ließ sich von Büchner das Versprechen geben, daß er sprechen dürfe, so lange er wolle, ohne unterbrochen zu werden. Auf Büchners Wort konnte er sich verlassen, und mehr brauchte er nicht, um seiner Sache und seinem Sterne zu vertrauen. Seine große Rede war vortrefflich der Gelegenheit angepaßt. Arm an neuen Gedanken, zum großen Theile nur eine weitere Ausführung und Begründung dessen, was Lassalle im Offenen Antwortschreiben und in der Leipziger Rede gesagt hatte, war sie reich an schlagenden Wendungen, die mißleitete Hörer gewinnen und hinterlistige Feinde entwaffnen mußten.

Gleich im Anfange verblüffte Lassalle die Versammlung durch den Nachweis, daß Max Wirth das eherne Lohngesetz, das dieser Biedermann seit Wochen als eine nichtswürdige Lüge verfluchte, in einem sozusagen „wissenschaftlichen" Werke selbst als unanfechtbare Wahrheit verkündet hatte. „Sie sehen, meine Herren, ein Lohnarbeiter ist für mich etwas sehr Ehrenwerthes, aber ein Lohnschreiber, das ist eine ganz andere Sache." Mit beißendem Hohne fügte Lassalle hinzu, er habe jenes Werk Max Wirths nicht gelesen, sondern unwillig bei Seite geworfen, als er es bei seinem Erscheinen angeblättert und sofort den „gedankenlosen Zusammenstoppler" erkannt habe. Aber ein Freund habe ihn auf die Stelle aufmerksam gemacht, wo Max Wirth das eherne Lohngesetz anerkenne. Dieser Freund war Rodbertus, dem Lassalle so seinen Dank abstattete in einer Form, die den unglücklichen Max Wirth um so tiefer demüthigte. Vergebens suchten die Drahtzieher des Komites ihren Kumpan durch tumultuarische Schlußrufe zu

rächen. Aus der Versammlung erhob sich energischer Protest gegen die Spektakelmacher; sie wollte diesen interessanten Redner weiter hören.

Lassalle vertheidigte dann die statistischen Ziffern des Offenen Antwortschreibens, gegen die sich ein „Meer von Zweifeln und ein Sturm von Wuth“ erhoben habe, weil man den unbemittelten Klassen ihre Zahl verschweigen wolle, um ihnen ihre Macht zu verschweigen. Er zerzauste namentlich einen gewissen Wackernagel, einen obskuren Literaten in Elberfeld, der weder vorher noch nachher etwas geleistet hat, aber damals als große Leuchte der Statistik gefeiert wurde, weil er die Ziffern Lassalles neben ein paar, mehr in der Form als in der Sache zutreffenden Einwänden durch dreiste Schönfärberei aus der Welt zu schaffen gesucht hatte. Lassalle wies dann durch andere und genauere Ziffern der amtlichen Statistik nach, daß es im Wesentlichen immer bei dem Resultate bleibe, welches er im Offenen Antwortschreiben festgestellt hatte, und beleuchtete durch die furchtbaren Sterblichkeitsziffern des Proletariats den Einwand Büchners, es sei nicht zu begreifen, daß die Hälfte der preußischen Bevölkerung nicht lange vor Hunger gestorben sei, wenn die Ziffern der amtlichen Statistik richtig sein sollten. Und daran knüpfte Lassalle den Stoßseufzer: „Ihr deutschen Arbeiter seid merkwürdige Leute! Vor französischen und englischen Arbeitern, da müßte man plädiren, wie man ihrer traurigen Lage abhelfen könne, euch aber muß man vorher noch beweisen, daß ihr in einer traurigen Lage seid. So lange ihr noch ein Stück schlechte Wurst habt und ein Glas Bier, merkt ihr das gar nicht und wißt gar nicht, daß euch etwas fehlt. Das kommt aber von eurer verdammten Bedürfnißlosigkeit.“ Unter nun schon ungestörtem Beifalle der Versammlung entwickelte Lassalle, daß die Bedürfnißlosigkeit eine Tugend sei für den indischen Säulenheiligen und den christlichen Mönch, aber nicht für den Geschichtsforscher und den Nationalökonomen, die in den wachsenden Bedürfnissen eines Volkes den Stachel seiner Entwicklung und Kultur erblickten.

Ueber das Prinzip der Staatshilfe verbreitete sich Lassalle ähnlich wie in Leipzig, mit noch eingehenderem und schlagenderem Nachweise der Geistesarmuth, aus der die manchesterlichen Gemeinplätze flossen. Die Frage, woher der Staat das Kapital oder den Kredit für die Produktivassoziationen der Arbeiter nehmen solle, beantwortete er mit der Ausführung, daß dazu nicht „Tausende von Millionen“ nothwendig sein würden, wie Schulze behauptet hatte, sondern daß für die erste Zeit hundert Millionen Thaler, mit denen sich 400 000 Arbeiter assoziiren könnten, noch viel zu viel sein würden. Er setzte diese Zahl ausdrücklich nur als Beispiel, was die Gegner nicht gehindert hat, von nun an dies Beispiel zu mißbrauchen, um den Gedanken selbst lächerlich zu machen. Ein junger Zeilenreißer, der damals seine hoffnungsvolle Lügenlaufbahn im Dienste des Kapitalismus begann, er hieß Eugen Richter, schrieb bald darauf als vermummter Arbeiter: „Also kriegt jeder der 400 000 Arbeiter, welche sich die künftigen Minister aussuchen, dermaleinst von den 100 Millionen Thalern 200 Thaler gegen Zinsen gepumpt, mit denen er in der Produktivgenossenschaft unter Polizeiaufsicht zu arbeiten hat?

Weiter nichts? Danke schön!" Der angebliche Arbeiter berechnete, daß er sich in einem Schulzeschen Konsumvereine die 200 Thaler in sieben Jahren und vier Monaten sparen könne, und dann habe er sie zu freiem Eigenthum, während er sie als Staatshilfe von einem sozialdemokratischen Minister geborgt bekommen solle, falls er Glück und gute Vettern habe. „Und darum soll man noch seine Freiheit dahingeben und unter Polizeiaufsicht arbeiten? Das ist zu dumm!" Richters Polemik gegen Lassalle war allerdings zu dumm; hätten diese Klopffechter bei all ihrer Unanständigkeit einen Funken von Verstand gehabt, so hätten sie vielmehr gegen Lassalles Kreditoperation polemisirt, die an einem ähnlichen Fehler litt, wie seine Produktivassoziation überhaupt: an dem Fehler, wie eine neue Eisenbahn so auch eine neue Gesellschaft mit Staatsanlehen ins Leben rufen zu wollen. Aber es war nun einmal das Pech dieser genialen Denker, selbst dann noch immer dreimal Unrecht zu haben, wenn Lassalle einmal Unrecht hatte, und so konnte er ihr irres Gerede von der Unmöglichkeit, der Arbeiterklasse durch den Staat zu helfen, siegreich mit den Worten niederschlagen: „Stellen Sie sich die Sache einmal ganz roh und ganz falsch vor, stellen Sie sich vor, der Staat müsse die hundert Millionen auf den Tisch zahlen. Nun, meine Herren, noch ist kein Krieg geführt worden, der nicht über das Doppelte dieser Summe gekostet hätte, und wofür sind nicht schon Kriege geführt worden? Im vorigen Jahrhundert noch für jede Mätressenliebhaberei, in diesem Jahrhundert noch für jede Eroberungssucht der Fürsten oder für irgend ein beschränktes Absatzinteresse der Bourgeoisie. Der Opiumkrieg, den England in den vierziger Jahren mit China geführt, hat gewiß mindestens das Doppelte gekostet, und er ist nur geführt worden, um den Chinesen Opium in den Leib zu jagen, also für ein ganz spezielles Absatzinteresse der Bourgeoisie. Für Alles in der Welt also sind diese hundert Millionen doppelt so viel dagewesen, für jedes beschränkte Absatzinteresse der besitzenden Klasse, wie für jede Fürstenlaune; nur wenn es sich um die Erlösung der Menschheit handelt, wären plötzlich diese Gelder nicht zu beschaffen?"

Soweit war Lassalle unter steigendem Beifalle gekommen, als die Gegner erkannten, daß höchste Gefahr im Verzuge sei. Die Versammlung erwärmte sich mehr und mehr für Lassalle, während die Aussicht schwand, daß nach seinen nun schon vierstündigen Ausführungen noch andere Redner zum Worte kommen würden. Zwar hatte Lassalle sich bereit erklärt, für diesen Fall in einer neuen Versammlung zu erscheinen und seinen Widersachern Rede zu stehen, aber sie mochten nicht ohne Grund fürchten, daß sie erst recht den Kürzeren ziehen würden, wenn die Rede Lassalles eine ungestörte Wirkung ausüben könnte. So provozirten sie einen Skandal, durch den Lassalle veranlaßt wurde, abzubrechen. Nach kurzer Rücksprache mit ihm erklärte Heymann von der Tribüne, daß Lassalle zwei Tage später seine Rede im Saale des Arbeiterbildungsvereins beenden würde.

Am nächsten Tage behaupteten die Organe der Frankfurter Bourgeoisie, die „große Masse" der Arbeiter hätte mit einem Hoch auf Schulze-Delitzsch den Saal verlassen, doch war diese Rechnung ohne den ehrlichen Theodor Müller

gemacht. In einer öffentlichen Erklärung deckte er „einige Zahlenlügen“ auf. Darnach hatte das Komite des Maingaues 1300 Mitglieder der Arbeiterbildungsvereine ins Protokoll eingetragen, während nach einer genauen Zählung nur 527 anwesend gewesen waren. Von diesen 527 waren bei Schluß der Versammlung noch 250 bis 300 zugegen gewesen, und von diesen hatten höchstens 60 mit einem Hoch auf Schulze den Saal verlassen. Lassalle durfte mit Recht an Rodbertus schreiben, dieser möge sich durch die lügenhaften Berichte der liberalen Presse nicht beirren lassen, kein Wort davon sei wahr. Es sei vielmehr ein entschiedener Sieg gewesen, der, wenn nicht die Intriguen der Gegner alle Grenzen muthmaßlichen Erfolges überschritten, seiner Krönung entgegengehe.

Und in der That entschied die zweite Versammlung am 19. Mai mit 400 gegen 40 Stimmen für Lassalle. In dem Reste seiner Rede erörterte er hauptsächlich die politische Seite der Frage, und es ist glaubhaft genug, was ein Augen- und Ohrenzeuge berichtet, daß nämlich Frankfurter Turner, weniger von proletarischem Klassenbewußtsein, als von jugendlichem Enthusiasmus geleitet, den Erfolg gesichert haben. Mit zündenden Worten führte Lassalle aus, daß gerade die politische Seite seiner Erhebung die Arbeiter nöthigen müsse, ihr zuzujauchzen. „Sind Sie keine Demokraten — wozu rede ich zu Ihnen? Ich habe keine Lust und keinen Beruf, zu Anderen zu sprechen, als zu Demokraten!“ Die fortschrittliche Philisterbewegung könne keine Resultate haben, und wenn man Jahrhunderte, wenn man ganze geologische Erdperioden darauf warten wolle. Seitdem die Regierungen schlau genug gewesen seien, die materiellen Interessen der Bourgeoisie zu befriedigen, sei diese Klasse für die politische Freiheit nicht mehr ins Feuer zu bringen. Hinter der Reaktion ständen Klassen mit der höchsten Energie, die Nägel und Zähne daran setzten, hinter der politischen Freiheit stehe keine Klasse, stehe Niemand als eine Handvoll Ideologen und Gefühlsmenschen. Es sei das größte Interesse der politischen Freiheit, ein Klasseninteresse, ein soziales Interesse hinter sie zu werfen und zwar gerade das Interesse der an Zahl und Kraft so unendlich überwiegenden unbemittelten Klassen überhaupt. Wer ihn beschuldige, der Reaktion zu dienen, der lüge bewußt und schmählich ins Gegentheil hinein! Nicht Reaktion befürchte die liberale Bourgeoisie von ihm, wie sie behaupte, sondern umgekehrt, sie fürchte, daß sich aus dieser Agitation im Laufe einiger Jahre das allerernsthafteste Gegentheil von Reaktion entwickeln werde. „Geben Sie mir 500 000 deutsche Arbeiter, die in meinen Verein eintreten — und unsere Reaktion ist nicht mehr!“ In diesem Zeichen gewann Lassalle den Frankfurter Tag.

Und in demselben Zeichen siegte er den Tag darauf in Mainz, wo sich eine Versammlung von 700 Arbeitern einstimmig für ihn erklärte.

VII. Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein.

Nun eilte Lassalle nach Leipzig, wo am 23. Mai 1863 der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein begründet wurde. Lassalle soll gesagt haben, daß er ohne die Erfolge in Frankfurt und Mainz von seinem Unternehmen zurückgetreten sein würde, was immerhin nur mit dem bekannten Körnlein Salzes verstanden sein will. In Lassalles Art lag es nicht, so bald eine Fahne fallen zu lassen, die er einmal erhoben hatte, und gegenüber dem revolutionären Trotz, der sein ganzes Wesen durchdrang, fällt nicht eben schwer ins Gewicht, was er früher oder später in seiner leidenschaftlichen Weise und unter dem Drucke aufreibender Kämpfe über die einzelnen antreibenden oder widerstrebenden Empfindungen gesagt haben mag, die ihn bei der entscheidenden That seines Lebens nicht sowohl geleitet als begleitet haben. Er wäre wohl auch ohne den Frankfurter Sieg auf der einmal betretenen Bahn vorwärts geschritten, und wie sehr ihn dieser Erfolg gehoben hat, so verkannte er deshalb nicht die ungeheuren Schwierigkeiten, die seiner noch harrten.

Die öffentliche Konstituirung des Vereins vollzog sich in Gegenwart von 600 Arbeitern. In den geschlossenen Vorberathungen, welche die Statuten festsetzten, nahmen Delegirte von elf Städten theil: von Leipzig und Dresden, von Hamburg und Harburg, von Köln, Düsseldorf, Elberfeld, Barmen, Solingen, endlich von Frankfurt a. M. und Mainz. Leipzig war durch Dammer, Fritzsche und Vahlteich, Dresden durch den Schuhmacher Läßig, Hamburg durch den Buchhalter Perl und den jungen Mechaniker Jacob Audorf, Harburg durch York, Frankfurt durch Bernhard Becker und Heymann, Mainz durch Scheppler vertreten. Als Zweck des Vereins gab der erste Paragraph der Statuten an, auf friedlichem und gesetzlichem Wege, insbesondere durch das Gewinnen der öffentlichen Ueberzeugung für die Herstellung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts zu wirken, als des einzigen Mittels, das eine genügende Vertretung der sozialen Interessen des deutschen Arbeiterstandes und eine wahrhafte Beseitigung der Klassengegensätze in der Gesellschaft herbeiführen könne.

Größere Schwierigkeit, als die Erklärung des Prinzips, machten die organisatorischen Bestimmungen der Statuten. Lassalle hatte mit Ziegler, auf dessen Organisationstalent er große Stücke hielt, den Plan einer allgemeinen Arbeiterversicherungsgesellschaft berathen, und auch nachdem dieser Plan fallen gelassen worden war, an den Grundgedanken des von Ziegler entworfenen Statuts für seinen politisch-sozialen Agitationsverein festgehalten. So namentlich daran, den Verein nicht von vornherein in allzu enge Paragraphen zu schnüren, vielmehr seiner Leitung möglichst freie Hand zu lassen und mindestens dem Vorsitzenden für eine längere Reihe von Jahren eine feste Stellung zu sichern. Es kann auch gar nicht geleugnet werden, daß möglichst diktatorische Vollmachten für den ersten Präsidenten in der Natur der Sache lagen, gleichviel ob sie Lassalles persönlichen Neigungen entsprachen oder nicht. Selbst die Rücksicht auf die reaktionären

Vereinsgesetze, die fast in allen deutschen Staaten bestanden und darin übereinstimmten, den Verkehr politischer Vereine unter einander zu verbieten, stand hierbei nicht einmal in erster Reihe, so sehr sie dadurch auf eine straffe Zentralisation hindrängte, daß keine Zweigvereine gebildet werden durften, sondern alle Mitglieder ohne Rücksicht auf ihren Wohnsitz dem in Leipzig domizilirten Verein unmittelbar angehören mußten.

Sieht man von alledem ab, so handelte es sich nicht darum, eine sozialistische Propagandagesellschaft, wie weiland den Bund der Kommunisten, sondern eine sozialistische Partei zu gründen, die einheitlich denken und schlagen, die so schnell wie möglich die Massen der Arbeiterklasse als geschlossene Schaaren auf den politischen Kampfplatz werfen sollte. Und das war, so wie die Dinge damals lagen, nicht anders zu erreichen, als durch die diktatorische Leitung eines Mannes, der die proletarischen Interessen mit überlegenem Blicke zu erkennen und zu vertreten verstand. Das beste Rekrutenmaterial, mit dem die neue Bewegung rechnen konnte, waren noch die Mitglieder der Arbeiterbildungsvereine, das heißt Arbeiter, die, seit Jahren an die leerste Vereinsspielerei und ödeste Schwatzhaftigkeit gewöhnt, überhaupt erst zum Handeln und Schlagen erzogen werden mußten. Lassalle war gezwungen, sich in die gegebenen Verhältnisse zu schicken, und es kam auch hier darauf an, in den besonderen Umständen zugleich dem bleibenden Kerne der Dinge gerecht zu werden, jenem demokratischen Geiste, der zu jeder proletarischen Bewegung gehört, wie die Lunge zum Athmen. So wie Lassalle den proletarischen Klassenkampf organisirte, gab er ihm die Kraft, verhältnißmäßig leicht und schnell die vergängliche Form zu zerbrechen, worin er zuerst nur organisirt werden konnte. Niemand hat beredter als Lassalle die im modernen Proletariat schlummernde Kraft, sich selbst zu disziplinieren, zu erwecken gewußt. Es ist in erster Reihe sein Erbe, daß die Nothwendigkeit einer festen Organisation in Fleisch und Blut der deutschen Arbeiterklasse übergegangen ist, daß eine solche Organisation in schwersten Zeiten ohne äußere Stützen zu funktioniren vermocht hat, und ein so kostbares Erbe ist gewiß nicht zu theuer erkauft worden durch die zeitweiligen und alles in allem sehr vorübergehenden Wirren, die das allzu sklavische Kleben am Wortlaute von Lassalles Statuten hervorgerufen hat.

Diese Statuten bestimmten etwa Folgendes: Jeder Arbeiter kann durch einfache Beitrittserklärung Mitglied des Vereins mit vollem gleichem Stimmrecht werden und zu jeder Zeit wieder austreten. In zweifelhaften Fällen entscheidet der Vorstand, ob Jemand ein Arbeiter im Sinne des Vereins sei, auch hat der Vorstand das Recht, Nichtarbeiter in den Verein aufzunehmen oder anstößige Mitglieder auszuschließen, vorbehaltlich ihres Rekurses an die Generalversammlung. Beim Eintritte hat jedes Mitglied zwei Silbergroschen Eintrittsgeld zu entrichten, von da ab einen halben Silbergroschen wöchentlich. Der Vorstand besteht aus einem Präsidenten und 24 Mitgliedern, darunter einem Kassirer und einem mit 400 Thalern besoldeten Sekretär. Ihre Wahl erfolgt in der Generalversammlung; für den Präsidenten das erste Mal auf fünf Jahre, sonst auf ein Jahr

nach absoluter Majorität. Der Vorstand verwaltet die Angelegenheiten des Vereins und entscheidet mit einfacher Mehrheit, doch kann der Präsident dringliche Anordnungen sofort treffen mit dem Vorbehalte, innerhalb dreier Monate die Genehmigung des Vorstandes einzuholen. Eine Generalversammlung muß jährlich einmal stattfinden. Ort und Zeit bestimmt der Präsident, doch muß er jederzeit innerhalb sechs Wochen eine Generalversammlung einberufen, wenn die Majorität des Vorstandes oder ein Sechstel sämmtlicher Vereinsmitglieder schriftlich darauf bei ihm anträgt. Ebenso setzt er Ort und Zeit der Vorstandssitzungen fest, muß sie aber innerhalb vier Wochen einberufen, wenn es die Majorität des Vorstandes verlangt. Der Kassirer ist verpflichtet, alle Ausgaben zu leisten, welche der Präsident anweist, der seinerseits von jeder Kontrolle des Rechnungswesens ausgeschlossen ist. Die laufende Verwaltung führt der Sekretär des Vereins. An der Spitze der örtlichen Mitgliedschaften stehen Bevollmächtigte, die vom Vorstand ernannt werden. Der Vorstand ist befugt, sie jederzeit abzusetzen, der Präsident, sie vorläufig zu suspendiren. Ihre Obliegenheiten bestehen darin, Mitglieder aufzunehmen, Einschreibgelder und Beiträge an die Kasse abzuführen, an den Sekretär zu berichten, öffentliche Versammlungen der örtlichen Vereinsmitglieder einzuberufen und zu leiten. Die Dauer des Vereins wird auf dreißig Jahre festgesetzt, Aenderungen der Statuten sind erst nach dreijährigem Bestehen des Vereins zulässig und müssen dann mit mindestens Zweidrittelmehrheit der Generalversammlung beschlossen werden.

Es ist klar, wie große Machtvollkommenheiten diese Bestimmungen in die Hand des Präsidenten legten. Die etwaige Einschränkung seiner Macht durch die 24 anderen Mitglieder des Vorstandes hatte wenig auf sich. Sie waren über ganz Deutschland verstreut und dadurch in ihrer Aktionsfähigkeit stark behindert. So ging von vornherein, als verstände es sich von selbst, die wichtige Befugniß, die Bevollmächtigten zu ernennen, vom Vorstande auf den Präsidenten über. Es ist aber bemerkenswerth, daß sich bereits in der konstituirenden Versammlung eine demokratische Opposition gegen die allzu schrankenlose Präsidialgewalt erhob. Sie wurde besonders durch die Delegirten von Hamburg und Harburg vertreten, die Lassalle noch nicht persönlich kannten. Audorf beantragte, die erstmalige Wahl des Präsidenten nicht auf fünf, sondern nur auf drei Jahre zu erstrecken, und als dieser Antrag abgeworfen worden war, demonstrirte York durch einen unbeschriebenen Stimmzettel gegen die Wahl Lassalles zum Präsidenten, nicht aus persönlichem Mißtrauen gegen Lassalle, aber gereizt durch die taktlose Bemerkung Bernhard Beckers, es sei ja selbstverständlich, daß Lassalle das Präsidium erhalten müsse.

Lassalle nahm die Wahl unter zwei Bedingungen an: erstens sollte sie in den bei der Gründung vertretenen Städten durch Urabstimmung bestätigt werden, und zweitens sollte ihm das Recht zustehen, so oft und so lange er wolle, sich durch einen Vizepräsidenten vertreten zu lassen. Zum Kassirer wurde Levy, zum Schriftführer Vahlteich gewählt. Außer ihnen bildeten den Vorstand Dammer

und Niederley in Leipzig, Läſſig in Dresden, Perl und Audorf in Hamburg, York in Harburg, der Zigarrenhändler Strauß in Frankfurt a. M., Scheppler in Mainz, der Schriftſetzer Kichniawy, ein alter Freund Laſſalles, in Düſſeldorf, Hillmann in Elberfeld und endlich Klings und Willms, zwei Schwertarbeiter in Solingen, die mit an der Spitze eines Arbeiterbildungs-, ſowie eines Konſumvereins ſtanden und beide Vereine zum Anſchluß an Laſſalles Agitation bewogen hatten. Die übrigen Stellen des Vorſtandes wurden für neu hinzutretende Städte offen gehalten und dem Vorſtande das Recht ertheilt, ſich aus ſolchen Städten durch einfache Mehrheit bis zur Zahl von 25 zu ergänzen. Auf dieſe Weiſe traten dann noch der Rechtsanwalt Martiny in Kaufehmen und der Schuhmachergeſelle Metzner in Berlin dem Vorſtande bei.

Nachdem ſo der Verein gegründet worden war, entfalteten Laſſalle in Berlin und Vahlteich in Leipzig eine lebhafte Thätigkeit für ſeine Ausbreitung. Zunächſt wieder mit einem äußerlich ſehr geringen Erfolge. Vahlteich verſandte das Offene Antwortſchreiben überall hin, wo ſich die geringſte Ausſicht zu bieten ſchien, aber die mit vollen Händen ausgeſtreute Saat fiel faſt überall auf einen ſpröden Boden. Die Unreife der Arbeitermaſſe und der Hochdruck, womit die Unternehmer ſie der Agitation Laſſalles fern hielten, bewirkten eine große Zurückhaltung des Proletariats. Am 19. Juni ernannte Laſſalle 16 Bevollmächtigte: den 11 bei der Gründung vertretenen Städten, von denen Dresden kaum ein halbes Dutzend Mitglieder zählte und Mainz ſchon abzufallen begann, waren erſt 5 neue hinzugetreten: Altena, Berlin, Breslau, Hildburghauſen und Nürnberg. In Altena und Nürnberg gab es nur einen Bevollmächtigten, aber keine Mitglieder, ebenſo in Breslau, wo der durch lange Feſtungshaft gebrochene Nothjung das Amt als Bevollmächtigter übernommen hatte. Hildburghauſen mochte ein Dutzend Mitglieder zählen und in Berlin bekundete faſt allein der Schuhmacheraltgeſellenverein einige Sympathien. Wie das Vorſtandsmitglied Metzner, ſo war auch der Berliner Bevollmächtigte Arndt ein Schuhmacher.

Mit der publiziſtiſchen Rüſtung des Vereins ſah es gleichfalls ſehr windig aus. Unter den kleinen, im Todeskampfe ringenden Blättern, die ſich zur Unterſtützung anboten, war der Hamburger Nordſtern als vorläufiges Vereinsorgan auserſehen und von Laſſalle durch eine Geldſpende gekräftigt worden. Das kleine Wochenblatt hatte bisher unter dem geiſtigen Einfluſſe Heinzens, Kinkels, Blinds und anderer, dem Sozialismus feindlicher Emigranten geſtanden; es wurde, und zwar ſehr ſchlecht, von Bruhn redigirt, jenem Verſchwörer der dreißiger und vierziger Jahre, der ſeiner Zeit aus dem Bunde der Kommuniſten ausgeſtoßen worden war. Der Nordſtern wurde nicht beſſer durch ſeinen Uebergang zum Allgemeinen Deutſchen Arbeiterverein, und das lärmende Orcheſter der Bourgeoispreſſe übertönte völlig dies dünne Flötchen, das nicht einmal in richtigem Takte geblaſen wurde.

Laſſalle ſelbſt richtete ſein Hauptaugenmerk darauf, möglichſt viele bekannte und gebildete Männer für ſeine Agitation zu gewinnen. Er hat damit geringes

Glück gehabt, und es läßt sich nicht leugnen, daß er den Werth solcher Rekruten einigermaßen überschätzte. Schon vor dem Frankfurter Tage hatte er einen in die Oeffentlichkeit gelangten Brief Hubers über die Krisis der Arbeiterbewegung in etwas krampfhafter Weise für seine Tendenzen auszulegen gesucht; er hatte damit dem Votum Hubers eine Bedeutung gegeben, die sich jetzt gegen ihn selbst kehrte, als Huber ein Schriftchen über die Arbeiter und ihre Rathgeber veröffentlichte, das sich ungleich schärfer gegen Lassalle als gegen Schulze wandte. Uebrigens war Hubers Polemik gegen Lassalle sehr oberflächlich und theilweise mit einer Leichtfertigkeit begründet, die ebenso groß war, wie die Anmaßung, womit sich Huber als Schiedsrichter über Lassalle und Schulze aufthat. Er hätte im Grunde eine nicht viel gelindere Züchtigung verdient, als der armselige Wackernagel, den Lassalle eben jetzt für eine erneute Anzapfung mit derben Streichen heimtrieb.

Jedoch an Huber schrieb Lassalle, er müßte eigentlich „mit Härte" antworten, aber der Himmel möge ihn davor bewahren, wegen einer augenblicklichen, ihm zugefügten Ungerechtigkeit hart gegen Jemanden zu verfahren, den er seit so manchen Jahren und aus so vielen Schriften achte und liebe, der so voll von Liebe und ehrlichem Wohlwollen für die Arbeiter, so uneigennützig und aufopferungsfähig sei, wie Huber. Lassalle versuchte, sich mit Huber zu verständigen, ihm das Phantom des sozialen Königthums als eine in der Theorie herrliche, aber in der Praxis unmögliche Sache darzulegen, Ausführungen, die später von Bismarcks Oberoffiziösem Hahn, einem alten Schulkameraden Lassalles, schamloser Weise dahin verdreht worden sind, daß Lassalle ein Schwärmer für das soziale Königthum gewesen sei. Aber Huber war in seiner reaktionären Beschränktheit viel zu verbohrt, um sich von Lassalles Beredsamkeit überzeugen zu lassen, und wenn diese Verbohrtheit in ihrer Weise wenigstens ehrlich war, so hat Huber nach Lassalles Tode abermals ein Uebriges gethan und der „katilinarischen Natur", dem „mammonistischen Emporkömmling" einen gehässigen Nachruf gewidmet. Persönlich schließt Lassalle in seinen Beziehungen zu Huber mit seiner Liebenswürdigkeit und Offenheit durchaus vortheilhaft ab, aber politisch war es ein vergebliches Bemühen, den christlich-sozialen Mohren weiß waschen zu wollen.

Logischer konnte Lassalles Werben um die alten Demokraten von 1848 erscheinen. Wenn es von ihnen nur nicht geheißen hätte: Zum Teufel ist der Spiritus, das Phlegma ist geblieben! Die Wenigen, die Lassalle gewann, haben seine Erwartungen obendrein getäuscht. Martinys Beitritt erschien ihm als ein „äußerst wichtiges Faktum"; er ließ den neuen Bekenner nicht nur in den Vorstand wählen, sondern ernannte ihn auch zum Generalbevollmächtigten für die Provinz Ostpreußen. Aber Martiny blieb ein General ohne Truppen. Ebenso Herwegh, den Lassalle zum Generalbevollmächtigten für die Schweiz ernannte, wenn er ihn auch nicht in den Vorstand aufnahm. Mit Mühe und Noth, nach halbjährigem Drängen, eiste Lassalle von Herwegh ein Bundeslied los, das bekannte Bet' und arbeit', eine keineswegs talentlose, aber allzu sklavische Nachahmung eines bekannten Gedichts von Shelley, die niemals recht populär in

deutschen Arbeiterkreisen geworden ist, trotz einzelner, sehr packender Strophen. Einige Schuld daran mochte auch die schwer sangbare Melodie haben, die der Zukunftsmusiker Hans v. Bülow, ein persönlicher Freund Lassalles, dem Gedicht Herweghs gab.

Trotz alledem hatte Lassalles Bestreben, die gebildeten Elemente der Bourgeoisie an seine Agitation zu fesseln, eine sehr beachtenswerthe Seite. Als Moses Heß mit einem Vortrage über die Rechte der Arbeit für die neue Bewegung eintrat und das Amt des Bevollmächtigten für Köln annahm, schrieb Lassalle: „Es ist gerade sehr gut und nöthig, daß nicht alles allein von mir gesagt wird. Die Bewegung nimmt sonst vor Schafsköpfen die Gestalt einer bloßen Person an.“ Und bei allen Absagen hat Lassalle doch auch den Mann gefunden, der nach seinem plötzlichen Tode sein Werk fortsetzen konnte, glücklicher vielleicht, als er selbst es hätte fortführen können. Es war ein Advokat in Frankfurt a. M., Jean Baptist v. Schweitzer, ein junger Mann noch, der kaum 25 Jahre zählte.

Schweitzer stammte aus einem alten Patriziergeschlechte Frankfurts. Er war im geistigen Banne Schopenhauers aufgewachsen, hatte aber bereits im Jahre 1861 eine umfangreiche Studie über den Zeitgeist und das Christenthum veröffentlicht, worin er sich von Schopenhauers unhistorischem Quietismus lossagte und den großen Fragen der historischen Entwicklung zuwandte, noch nicht in irgend einem sozialistischen, aber doch in dem ideologisch-revolutionären Sinne eines Danton und Robespierre. Das Buch ist das Werk eines Jünglings und als solches in seiner Art bedeutend, in seinen Zielen noch unklar und deshalb nicht frei von einer gewissen Phrasenhaftigkeit, aber reich an treffenden Beobachtungen, die ebenso den Scharfsinn wie die Kenntnisse des Verfassers bezeugen. Gleichzeitig hatte sich Schweitzer der Agitation des Nationalvereins zugewandt, beim Frankfurter Schützenfeste im Jahre 1862 die offizielle Festzeitung redigirt und sich auch sonst hervorgethan als Adjutant des Herzogs von Koburg, der damals mit reklamehaftem Gebahren die komische Rolle eines künftigen Kaisers von Deutschland spielte.

Bereits an diese Thätigkeit Schweitzers knüpfte sich das dunkle Gerücht, daß er Festgelder unterschlagen habe. Erwiesen worden ist es niemals und nicht einmal zu einer Zeit zu erweisen versucht worden, als die Bourgeoisie es sich viel hätte kosten lassen, Schweitzer moralisch todt zu machen, wenn es nur irgend möglich gewesen wäre. Man darf also annehmen, daß jenes Gerücht nur eine Quittung gewesen ist darüber, daß Schweitzer sich sehr bald über das hohle und nichtige Treiben des Nationalvereins klar wurde. Einen härteren Stoß erhielt sein Ruf, als er bald nach dem Frankfurter Schützenfeste in Mannheim zu einer zweiwöchentlichen Gefängnißstrafe verurtheilt wurde, wegen Erregung öffentlichen Aergernisses durch Verleitung eines jungen Menschen zu einer unzüchtigen Handlung. Die großbürgerliche Gesellschaft stieß ihn aus, wobei wieder die Annahme gerechtfertigt ist, daß Schweitzer mehr für seine demokratischen Gesinnungen als für seine sexuellen Verirrungen hat büßen müssen, für welche Verirrungen

gerade die großbürgerliche Gesellschaft bei sonst guter Gesinnung der Sünder einen sehr weiten Mantel der Liebe zu haben pflegt. Indessen aus idealeren Beweggründen wollten nun auch die demokratischen Turn- und Wehrvereine, in denen Schweitzer bisher großen Einfluß besessen hatte, nichts mehr von ihm wissen, und so war es sehr begreiflich, daß die Frankfurter Arbeiter ihn keineswegs willkommen hießen, als er sich an Lassalle anschloß und dessen Pathenschaft für einen sozialen Roman erbat.

Lassalle zögerte keinen Augenblick, sich für Schweitzer und gegen die Frankfurter Arbeiter zu erklären. So offen er sich gegen Schweitzer über dessen „bedauerliche und für seinen Geschmack nicht begreifliche Liebhaberei" ausließ, so unumwunden er den Frankfurter Arbeitern die geschlechtliche Neigung Schweitzers als eine „unnatürliche Verirrung" zugab, so meinte er doch, daß sie mit der Ueberzeugungstreue und Redlichkeit, mit dem politischen Charakter eines Menschen nichts zu thun habe. Das griechische Alterthum habe an der Knabenliebe nicht den geringsten Anstoß genommen, und die großen griechischen Denker hätten doch auch gewußt, was Sittlichkeit sei. Er sah in dem Widerstande der Frankfurter Arbeiter gegen die politische Gemeinschaft mit Schweitzer einen schlagenden und sehr verdrießlichen Beweis dafür, wie tief der Deutsche noch in der Philisternachtmütze stecke und wie wenig er das Politische von dem Privaten zu trennen wisse. Lassalle nahm unbedenklich die Widmung von Schweitzers Roman: Luzinde oder Kapital und Arbeit an, und war sehr entzückt, als der erste Band noch im Sommer 1863 erschien. Eine unbefangene Kritik wird sein begeistertes Urtheil freilich nicht unterschreiben. Aesthetisch ist Schweitzers Roman ein formloses Ungethüm, eine ungeheuerliche Vermischung abenteuerlicher Romantik mit sozialpolitischen Erörterungen der Arbeiterfrage, breiten Auszügen aus Lassalles Agitationsschriften und historischen Schilderungen aus den französischen Revolutionskämpfen. Das Beste daran sind die satirischen Schilderungen des Lebens und Treibens im Nationalvereine, wie sie denn auch wohl in erster Reihe Lassalles günstiges Urtheil hervorgerufen haben. Einzelne Bilder nach lebenden Vorlagen sind trefflich gelungen, so der liberale Bankier Itzinger, zu dem Löb Sonnemann gesessen hat, doch als dichterische Komposition ist der Roman mißrathen.

Inzwischen kam die Zeit für Lassalles Sommerreise heran. Am 27. Juni ernannte er durch eine öffentliche Bekanntmachung Dammer zum Vizepräsidenten und übertrug ihm für die Zeit seiner Abwesenheit die Leitung des Vereins. Die Ankündigung erregte den Spott der Gegner und verursachte auch manches Kopfschütteln unter den Anhängern Lassalles. Immerhin lag der Fehler mehr in der Form des Tagesbefehls, durch den Lassalle den „Arbeitern" seine „Abreise in die Bäder der Schweiz" ankündigte, als in der Reise selbst. Lassalles Gesundheit, schon seit Jahren wankend, war durch die schweren Arbeiten und Kämpfe des verflossenen Jahres tief erschüttert worden, und er bedurfte einer gründlichen Erfrischung für die schwereren Arbeiten und Kämpfe des kommenden Jahres. Zudem dachte Lassalle nicht daran, während der Muße die Hände in den Schoß

zu legen; er nahm die Vorträge, die Schulze den Berliner Arbeitern gehalten und nunmehr als Kapitel zu einem deutschen Arbeiterkatechismus durch den Druck veröffentlicht hatte, mit auf die Reise, um in ihrer kritischen Widerlegung einen theoretischen Kodex seiner Agitation zu schaffen.

Zunächst ging Lassalle in die Schweiz, wo ihn eine nicht unempfindliche Niederlage erwartete. Die Fortschrittspartei hatte den Plan ausgeführt, die ihr treu gebliebenen Arbeiterbildungsvereine enger zusammenzufassen; im Juni 1863 war in Frankfurt a. M. der Verband deutscher Arbeitervereine gegründet worden, unter Mitwirkung Bebels, Roßmäßlers, Eugen Richters und Hermann Beckers, der sich wie Bürgers vom Kommunisten zum harmlosen Selbsthilfler abgewandelt hatte. Es zeigte sich auf diesem Arbeitertage, daß die große Mehrzahl der deutschen Arbeitervereine noch im Fahrwasser der Fortschrittspartei schwamm; in den Ausschuß des neuen Verbandes wurden nicht einmal Männer wie Bebel und Roßmäßler gewählt. Löb Sonnemann und Max Hirsch spielten darin die erste Geige, und der Nationalverein spendete aus seiner Kasse einen klingenden Jahresbeitrag für die Verbandszwecke. Nun feierten 36 deutsche Arbeitervereine der Schweiz am 19. und 20. Juli ein Zentralfest in Zürich, auf dem auch die deutsche Arbeiterbewegung besprochen werden sollte. Einladungen waren sowohl an den Verband der deutschen Arbeitervereine als auch an den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein ergangen. Zum Generalbevollmächtigten für die Schweiz war eben Herwegh ernannt worden, und es gehörte zu seinen Obliegenheiten, den Verein auf dem Züricher Zentralfeste zu vertreten, zumal er in Zürich wohnte. Aber weder die freiwillig übernommene Pflicht, noch Lassalles dringende Bitten vermochten den trägen Mann, zu thun, was seines Amtes war. Er verschanzte sich hinter irgend welche krähwinkelhaften Bedenken und ließ es lieber auf eine schwere Schädigung der Sache ankommen, als daß er seine heilige Person einem vielleicht rauhen Luftzuge ausgesetzt hätte. „Wir Beide passen für diese kleinen Skandalgeschichten nicht, auf welche die ganze Arbeitersache hinausläuft", sagte sein Freund Rüstow, so erhaben wie heiter.

Flinker war Löb Sonnemann, den der Verband der deutschen Arbeitervereine nach Zürich entsandte. Durch einen gehässig verlogenen Vortrag wußte er den schweizerischen Arbeitertag zu einer scharfen Erklärung gegen Lassalles ökonomische Theorien zu veranlassen, und diese Erklärung wurde dann wieder von der deutschen Bourgeoispresse in gehässig verlogener Weise gegen den angeblichen Reaktionär Lassalle ausgebeutet. Es war mit dem Züricher Tage ähnlich wie mit dem Frankfurter Tage: den schweizerischen Arbeitern standen die großindustriellen Verhältnisse noch zu fern, als daß sie sich für Lassalles soziale Ziele hätten erwärmen können, aber Lassalles politische Opposition gegen die Schläfrigkeit der bürgerlichen Opposition war ihnen durchaus sympathisch. Der ehrliche Augen- und Ohrenzeuge Ladendorf schilderte Sonnemanns Auftreten als „entschieden komisch", und das Komite des Züricher Zentralfestes erließ in schweizerischen Blättern eine Erklärung, worin Herweghs Unterstellung, als sei von den

schweizerischen Arbeitervereinen kein unparteiisches Urtheil zu erwarten gewesen, ebenso scharf zurückgewiesen wurde, wie die angebliche Uebereinstimmung dieser Vereine mit Löb Sonnemann. Die Vereine hätten sich nur gegen Lassalles volkswirthschaftliche Ansichten erklärt, ein Antrag zu Gunsten der Fortschrittspartei sei nicht einmal gestellt, geschweige denn angenommen worden. Die Gegner Lassalles seien für das, was sie an ihm verbrochen hätten, keineswegs geschont worden, die unerhörte Anmaßung, womit sie jede abweichende Meinung niederschrieen, sei nur geeignet, auch bei denen, die in der Sache selbst noch unentschieden seien, den letzten Rest von Sympathie zu zerstören. Aber von dieser Erklärung wurde in Deutschland nichts bekannt, und so blieb der üble Eindruck, daß die deutschen Arbeiter in der Schweiz von Lassalle nichts wissen wollten. Er selbst bewies dem Urheber des Unheils jene Nachsicht, die er für seine Freunde zu haben pflegte; in einem herzlichen Schreiben suchte er nur nochmals Herwegh aus dem träumerisch-thatlosen Nichtsthun aufzurütteln, wenn auch ohne jeden Erfolg.

Vielleicht kam Lassalle leichter über die fatale Sache fort, weil die Entscheidung doch allein bei der Frage lag, ob sich der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein in Deutschland selbst schnell zu einer großen Macht entwickeln werde. Er hatte schon vor seiner Abreise aus Deutschland an Vahlteich geschrieben: „Wir können nur durch große Massen marschiren. Eine Massenbewegung mit Nationalvereinszahlen wäre lächerlich. Wir müssen also siebenmal mehr haben als die Nationalvereinler. Sonst haben wir einen lächerlichen Schiffbruch erlitten." Er schrieb ihm dann wieder aus dem Engadin, als Vahlteich meldete, die Angelegenheiten gingen nach Außen vortrefflich: „Darin scheint mir die Beschränkung zu liegen, daß sie nach Innen — also in Bezug auf die Mitgliederzahl — weniger gut gehen. Das wäre das Schlimmste! . . . Wenn die Agitation nicht die Massen, den Arbeiterstand ergreift, so ist sie trotz alledem verloren. Wenn wir nicht spätestens nach Ablauf eines Jahres große Zahlen auflegen können, so sind wir ganz ohnmächtig, wie viel ideelle Siege wir auch noch erfechten möchten." Da die Gegner die Erfolge der Agitation noch überschätzten und von zehntausend Mitgliedern sprachen, wollte Vahlteich den Bevollmächtigten aufgeben, diese Zahl der Oeffentlichkeit gegenüber festzuhalten, worauf Lassalle erwiderte: „Wenn die Arbeiter so sind, wie Sie sie schildern, so werden wir uns trotz aller meiner Anstrengungen blamiren. Das steht fest. Wir können unsere Bevollmächtigten keine Unwahrheiten sagen lassen. Wir dürfen nicht von zehntausend Mann sprechen, während wir vielleicht tausend haben. Man kann schweigen über diesen Punkt, aber lügen schickt sich für uns nicht." Dann aber schrieb Vahlteich Ende August, ein Vierteljahr nach der Gründung des Vereins, an Lassalle, der inzwischen nach Ostende übergesiedelt war, ganz entmuthigt, der Verein zähle nur etwa tausend Mitglieder, er müsse aufgelöst oder auf andere Grundlagen gestellt werden.

Diese Mitgliederzahl wäre ganz stattlich gewesen, wenn es sich um eine sozialistische Propagandagesellschaft gehandelt hätte; der Bund der Kommunisten

hatte niemals so viele Mitglieder gehabt. Aber für eine politische Partei war sie sehr winzig, die Mitgliederzahl des Nationalvereins war nicht um das Siebenfache übertroffen, sondern nur etwa zum zwanzigsten Theile erreicht worden. Bitter genug antwortete Lassalle am 29. August: „Also circa tausend Mitglieder in unserem ganzen Vereine! Das sind vorläufig die Früchte unserer Thätigkeit! Das die Erfolge davon, daß ich mir die Finger abgeschrieben und die Lunge herausgeredet habe! Nicht wahr, lieber Vahlteich, diese Apathie der Massen ist zum Verzweifeln! Solche Apathie bei einer Bewegung, die rein für sie, rein in ihrem Interesse stattfindet, und bei den in geistiger Beziehung immensen Agitationsmitteln, die schon aufgewendet worden sind und die bei einem Volke, wie dem französischen, schon Riesenresultate gehabt haben würden! Wann wird dies stumpfe Volk endlich seine Lethargie abschütteln!" Aber entmuthigt war Lassalle dennoch nicht. „Den Verein auflösen, wie Sie sagen? Ganz unmöglich! Dazu ist die Zeit, die verflossen, viel zu kurz. Noch ist nicht einmal der Winter vorübergegangen. Dann wäre die Schande für unsere Nation und Partei viel zu groß. Man müßte sich ja die Augen aus dem Kopfe schämen! Endlich wäre es bei den gegenwärtigen politischen Zuständen ein immenser Fehler! Während die Dinge stehen, wie sie jetzt stehen, werde ich das Schwert nicht wegwerfen. Zwar kann man sagen, daß bei nur tausend Mitgliedern das Schwert von Holz sei. Allein gleichviel, so lange das Schwert in der Scheide ist, sieht es in Folge seines Griffes aus wie ein Schwert, und man hat schon mit weniger seine Gegner eingeschüchtert. Vor nächstem Frühjahr oder Sommer werde ich also keinenfalls, es gehe nun, wie es wolle, den Verein auflösen." Lassalle erwägt dann die Mittel, dem Verein aufzuhelfen, so namentlich eine persönliche Agitation am Rhein, und weist den Gedanken, sich gefangen zu geben, mit den Worten ab: „Da will ich mich noch dreimal in die Länge und in die Breite legen. Nur Muth!"

Was ihm selber den Muth aufrecht erhielt, war neben dem Vertrauen auf neue Mittel der Agitation die Entwicklung, welche die deutsche Politik im Sommer 1863 genommen hatte.

Zweites Kapitel.

Lassalles taktische Wendung.

Der Streit zwischen Bismarck und der Fortschrittspartei hatte sich von Januar bis Mai im preußischen Abgeordnetenhause mit ermüdender Langweiligkeit fortgesponnen. Je wirkungsloser sich das parlamentarische Fortschwatzen erwies, um so mehr suchten sich die liberalen Kammerhelden mit großen Worten darüber hinwegzutäuschen. Die zahmsten Gothaer, wie Gneist, Simson, Sybel erklärten Bismarck für einen Don Quixote, für einen Seiltänzer, für das Zerrbild eines wirklichen Staatsmannes, was alles nicht hinderte, daß der reaktionäre Minister

in der äußeren und inneren Politik that, was ihm beliebte. Schließlich verrannte man sich in einen parlamentarischen Etikettenstreit über die Frage, ob die Minister der Disziplinargewalt des Präsidenten unterständen, einen Streit, dem die Regierung durch die vorzeitige Schließung des Hauses am 27. Mai ein Ziel setzte.

Nun organisirte die Opposition große Feste, auf denen sie ihren in uferloser Beredsamkeit erprobten Heldenmuth abermals in uferloser Beredsamkeit feierte. Bismarck dagegen führte einen schweren Schlag gegen ihre Presse, indem er am 1. Juni eine Preßordonnanz erließ, die den Verwaltungsbehörden die Befugniß ertheilte, das fernere Erscheinen inländischer Zeitungen wegen fortdauernder, die öffentliche Wohlfahrt gefährdender Haltung nach zweimaliger, vorheriger Verwarnung zeitweise oder dauernd zu verbieten. Eine Ministerialinstruktion erläuterte diese Befugniß dahin, daß die Zeitungen über Regierungsmaßregeln nichts veröffentlichen dürften, was solche Maßregeln als ungesetzlich und verfassungswidrig kennzeichne. Ueberhaupt sollten Angriffe auf die innere oder äußere Politik der Regierung nicht geduldet werden, und nicht einmal eine Besprechung auswärtiger Zustände, sofern sich eine Kritik der preußischen Politik dahinter verberge. In solchen Fällen hätten die Verwaltungsbehörden ohne Zögern und rücksichtslos vorzugehen, und in der That erhielten sechs Berliner Zeitungen, welche gegen die Preßordonnanz als eine verfassungswidrige Maßregel protestirten, sofort die erste Verwarnung.

Damit war die Fortschrittspartei abermals vor die Wahl gestellt, ob sie der absolutistisch-feudalen Reaktion einen wirklichen Krieg machen oder es bei dem bisherigen wesenlosen Scheinkriege bewenden lassen wollte. In jenem Falle standen die Aussichten für sie günstig genug. Zwang sie ihren Gegner, mit der Preßordonnanz bitteren Ernst zu machen, so konnte sie ihn in unerträgliche Verlegenheiten stürzen. Es gab gar kein besseres Mittel, eine ungeheure Aufregung ins Land zu werfen und die materiellen Interessen der Bourgeoisie, die in hundertfacher Weise mit der bürgerlichen Presse verknotet sind, ins Feuer zu bringen. Die Zeitungen, die heute erschlagen wurden, konnten morgen unter neuem Namen wieder auferstehen und den Krieg mit verdoppelter Kraft fortführen. Bismarck mochte mit der Ordonnanz einzelne Kapitalisten verwunden, aber er mußte schließlich dem Kapital erliegen, das die frevle Antastung des heiligen Eigenthums zu rächen entschlossen war. Gerade die Voraussicht, daß Bismarck nach dem Wiederzusammentritte des Landtags die verfassungswidrige Ordonnanz gegen den Widerspruch des Abgeordnetenhauses doch nicht aufrechterhalten könne und werde, trieb um so eher dazu an, die zweischneidige Waffe gegen die Brust ihres Urhebers zu kehren; um so geringeres Risiko lief das in den liberalen Zeitungen investirte Kapital bei hartnäckigem Widerstande gegen die Ordonnanz. Alles das war vollkommen klar, vorausgesetzt, daß die Fortschrittspartei einen wirklichen Krieg wollte.

Sollte dagegen der Verfassungsstreit, wie bisher, so auch fortan nicht über die Grenzen einer parlamentarisch-publizistischen Katzbalgerei hinausgehen, dann

freilich lag es im fortschrittlichen Interesse, dem Schlage auszuweichen, den Bismarck gegen die oppositionelle Presse führte. Dann galt es, sich zu ducken und auf die publizistische Opposition verzichten, bis der Landtag wieder zusammentrat und die Preßordonnanz vom Abgeordnetenhause beseitigt wurde. Indem die Fortschrittspartei sich für diesen Weg entschied, blieb sie in ihrer Weise konsequent, wie nicht bestritten werden kann, nur daß diese Weise sie niemals zum Siege führen konnte. Daneben gebietet die Gerechtigkeit, anzuerkennen, daß sie ihrer Kraft in diesem Falle mit noch größerem Rechte mißtraute, als in anderen Fällen. Die bürgerliche Presse ist überhaupt unfähig, von einem gewissen Grade ihrer Entwicklung an politische Kämpfe mit scharfen Waffen durchzufechten. Auf dem Boden der entwickelten kapitalistischen Konkurrenz kann keine Zeitung einen Krieg wagen, in dem es Verwundete giebt, sicher wie sie sein darf, auf dem Kampfplatze, auf dem sie fällt, sofort von den eigenen Kampfgenossen aufgefressen zu werden. Als die Volkszeitung es einige Jahrzehnte später auf ein zeitweiliges Verbot durch das Sozialistengesetz ankommen ließ, schälten die freisinnigen Konkurrenzblätter, allen voran die freisinnige Parteipapst Eugen Richter, der augenblicklich betäubten Kollegin gierig das Fleisch von den Knochen, natürlich unter fließenden Krokodilsthränen über die an ihr verübte Gewaltthat. Eben dies wäre das Schicksal jedes fortschrittlichen Blattes gewesen, das im Sommer 1863 gewagt hätte, der Preßordonnanz rücksichtslos die Zähne zu weisen.

Aus so berechtigter Sorge heraus erklärt sich denn auch, daß sich damals die Presse der Fortschrittspartei noch würdeloser benahm, als man es von ihrer parlamentarischen Vertretung gewöhnt war. Die Rheinische Zeitung fragte empört, wie man einem Zeitungsverleger zumuthen könne, sein Kapital zu riskiren, während die Volkszeitung alle die königstreuen und vertrauensduseligen Artikel, die sie seit Beginn der Neuen Aera veröffentlicht hatte, in einem besonderen Bande herausgab, um ihre politische Harmlosigkeit schwarz auf weiß zu beweisen. Die Schrift erschien allerdings „als Manuskript gedruckt", aber sie wurde dadurch nicht schöner, daß dies Uebermaß loyaler Gesinnung dem profanen Leserkreise verborgen bleiben sollte. Sie war besonders für den Kronprinzen und die Kronprinzessin bestimmt, die zu den eifrigsten Lesern der Volkszeitung gehörten. Der Kronprinz hatte sich öffentlich gegen die Preßordonnanz erklärt, und die treuen Monarchisten der Bourgeoisie stürmten in die Harfen über die „so vielfach von Gott gesegnete Dynastie", die nun einen Sproß nach ihrem Herzen zu treiben verspreche. Zu Allem, woran die Fortschrittspartei schon krankte, begann damals der Krebsgang vor dem Kronprinzenliberalismus, der ein volles Vierteljahrhundert währte, bis der Krebs wirklich erschien und den Narrentanz, just da er an sein Ziel gelangt zu sein glaubte, zu einem Todtentanze machte.

Während die fortschrittlichen Abgeordneten auf ihren Festen spektakelten und die fortschrittlichen Zeitungen unter der Fuchtel der Preßordonnanz schwiegen, tauchte plötzlich die deutsche Frage auf. Die österreichische Regierung hielt den preußischen Verfassungsstreit für einen geeigneten Anlaß, sich die preußische

Nebenbuhlerschaft in der Leitung der deutschen Dinge vom Halse zu schaffen. Der Kaiser von Oesterreich berief einen Kongreß der deutschen Fürsten nach Frankfurt a. M., um eine Bundesreform auf Grundlage des mit vollen Backen angepriesenen Föderativprinzips zu berathen, eines Prinzips, das thatsächlich auf die Verewigung des dynastischen Partikularismus und der habsburgischen Oberherrschaft hinauslief. Ein mit einfacher Mehrheit entscheidendes Bundesdirektorium sollte aus dem Kaiser von Oesterreich, dem Könige von Preußen und drei Mittel- oder Kleinfürsten, die Oesterreich von vornherein in der Tasche hatte, zusammengesetzt, eine Bundesversammlung von den parlamentarischen Vertretungen der Einzelstaaten gewählt werden. Es erübrigt in die Einzelheiten der groben und plumpen Intrigue einzugehen; ihr Zweck war einerseits die Majorisirung des preußischen Staats und andererseits die Mediatisirung der deutschen Nation.

Bismarck hatte es nicht schwer, den ungeschickten Schlag zu pariren. Er hielt den König dem Frankfurter Fürstenkongresse fern und erklärte trocken, bei den österreichischen Vorschlägen handle es sich um partikularistische Bestrebungen und nicht um die wahren Interessen der Nation. Eine Bürgschaft dieser Interessen könne nur eine wahre, aus direkter Betheiligung der ganzen Nation hervorgehende Nationalvertretung geben. Nur eine solche Vertretung werde für Preußen die Sicherheit gewähren, daß es nichts zu opfern habe, was nicht dem ganzen Deutschland zu Gute komme. Kein noch so künstlich ausgedachter Mechanismus von Bundesbehörden könne das Spiel und Widerspiel dynastisch-partikularistischer Interessen ausschließen, das sein Gegengewicht und Korrektiv in der Nationalvertretung finden müsse. Die österreichische Regierung machte zu dieser Sprache des preußischen Kabinets zwar die boshafte Bemerkung, nach den Erfahrungen der Revolutionsjahre sei es eine „gewagte Voraussetzung", daß sich der spezifisch preußische Standpunkt in einer aus direkten Wahlen hervorgegangenen Versammlung mit dem allgemeinen deutschen Standpunkte identifiziren würde, aber dieser Partherpfeil wurde auf der Flucht abgeschossen; mit aller „Gewagtheit" seiner Beweisführung hatte Bismarck die österreichische Diplomatie gründlich mattgesetzt und den Fürstenkongreß mitsammt der föderativen Bundesreform auf den historischen Kehrichthaufen spedirt, wohin sie gehörten.

Viel ungeschickter als Bismarck stellte sich der Frankfurter Abgeordnetentag, eine von mehr als dreihundert Mitgliedern der deutschen Einzellandtage besuchte Versammlung, zu den österreichischen Plänen. Er biß zwar nicht unmittelbar darauf an, sondern erklärte, daß nur von einer bundesstaatlichen Einheit, wie sie in der Reichsverfassung von 1849 rechtlichen Ausdruck gefunden habe, die volle Befriedigung der Nation zu hoffen sei. Aber er fügte hinzu, daß er der inneren Krisis und den äußeren Fragen gegenüber nicht in der Lage sei, zu Oesterreichs Entwurfe sich lediglich verneinend zu verhalten. Obendrein beging der Abgeordnetentag die Sottise, diese Resolution dem Fürstenkongresse zu überreichen; die deutschen Volksvertreter spielten die aufdringlichen Bittsteller bei jenem dynastischen Partikularismus, der, seit Jahrhunderten der Fluch des deutschen

Volkes, von Bismarck vor aller Welt geohrfeigt wurde. Gewiß meinten sie es nicht ernsthaft mit dieser verschämten Huldigung, und nicht lange darauf verleugneten sie mit all ihrem Pathos den österreichischen Bundesreformplan. Aber um so abgeschmackter war eine Diplomatie, welche die eigenen Grundsätze in den Schornstein hing, um Bismarck durch das Antichambriren vor mittel- und kleinstaatlichen Potentaten zu ärgern. Bismarck war am wenigsten der Mann, sich um solche Nadelstiche viel zu kümmern. Er spielte vielmehr zum ersten Male die nationale gegen die konstitutionelle Frage aus und löste am 3. September das Abgeordnetenhaus auf, um die Wähler ihr Urtheil fällen zu lassen über das Attentat des Frankfurter Fürstenkongresses auf die Machtstellung, die Unabhängigkeit und die Würde des preußischen Staats.

So hatten sich die deutschen Angelegenheiten im Sommer 1863 entwickelt. Der preußische Verfassungsstreit war vollständig versumpft, und die Unfähigkeit der Fortschrittspartei, irgend eine ernsthafte Frage zu ernsthaftem Austrage zu bringen, lag klar vor aller Welt Augen. Dagegen kam die nationale Frage ins Rollen, und ihr erstes Auftauchen hatte genügt, das reaktionäre Ministerium Bismarck auf einen sozusagen demokratischen Standpunkt zu drängen. Nicht zwar als ob Lassalle den diplomatischen Schachzug Bismarcks höher eingeschätzt hätte, als er verdiente! Wohl aber glaubte er an die unwiderstehliche Logik der Thatsachen und seine eigene Kraft, dieser Logik zu ihrem Rechte zu verhelfen.

Er hatte schon bei dem Erlaß seines Offenen Antwortschreibens die nationale Revolution mit in seine Rechnung gezogen. Damals schrieb er an Levy: „Es kann vorkommen, daß durch auswärtige Konstellationen, z. B. durch Krieg, eine nationalpolitische Revolution eintritt, und ich hoffe gar sehr auf diesen Fall und glaube an ihn: er wird eintreten, sei es etwas früher oder etwas später. Aber diese Revolution wird nur dann eine wirkliche, energische und vernünftige werden, wenn der Kern einer bewußten Arbeiterpartei schiebend hinter ihr steht. Wenn nicht, wird sie auch in politischer Beziehung in Schwachheit und Reaktion verlaufen. . . . Ein fester Kern einer Arbeiterpartei, einer bewußten, aus sozialen Gründen revolutionären Partei, vorwärts schiebend und drängend — das kann allein einer Revolution, die durch Krieg u. s. w. eintritt, auch in politisch-nationaler Hinsicht einen energischen fruchtbaren Verlauf sichern. Sonst wieder Verschwommenheit, Unklarheit und Reaktion." Den Kern einer Arbeiterpartei hatte Lassalle trotz alledem geschaffen. Lohnte es nun nicht, nachdem Bismarck gern oder ungern auf das Programm eines aus direkten Volkswahlen hervorgehenden Parlaments gedrängt worden war, ihn vorwärts zu schieben, ihm das allgemeine Wahlrecht zu entreißen, das von der Fortschrittspartei nimmermehr zu haben war, und so dem Proletariat die Waffe zu erobern, die seine Klasseninteressen befriedigen konnte?

Diese taktische Wendung vollzog Lassalle im Herbste 1863. Ihre moralisch-politische Berechtigung unterliegt an und für sich keinem Zweifel. In den Tagen ihrer Kindheit sind revolutionäre Arbeiterparteien oft darauf angewiesen, die

inneren Spaltungen der herrschenden Klassen für ihre Zwecke auszunützen; wie häufig hatten die Chartisten die Tories gegen die Whigs, und die Whigs gegen die Tories ausgespielt! Ja, die Politik der Fortschrittspartei machte Lassalles taktische Wendung ganz unabweisbar. Diese Partei hatte die Bundesgenossenschaft Lassalles und der Arbeiter wieder und wieder verschmäht, sie schlug mit geballten Fäusten auf die bescheidensten Forderungen des Proletariats ein, sie setzte den berechtigten Ansprüchen der Arbeiter jenen trotzigen und zähen Widerstand entgegen, den sie den unverschämtesten Zumuthungen der Reaktion langmüthig versagte. Es stand jeden Augenblick bei der Fortschrittspartei, durch eine kräftige und umsichtige Politik, auch nur von ihrem bürgerlichen Standpunkte aus, die Sympathie der Arbeiter wieder zu gewinnen. Zog sie es dagegen vor, immer tiefer in dem Sumpfe politischer Bedeutungslosigkeit zu versinken, dann hatte sie kein Recht, zu verlangen, daß sich die Arbeiter mit in diesen Sumpf reißen lassen sollten.

Gewiß ist das Recht einer Taktik, wie sie Lassalle einschlug, daran gebunden, daß eine revolutionäre Arbeiterpartei, welche die inneren Zwiste der herrschenden Klassen für sich ausnützt, stets aus ihrem revolutionären Rechte heraus handelt, daß sie mit anderen Worten ihre Unterdrücker foppt, aber sich nicht von ihnen foppen läßt. So schrieb die Gräfin Hatzfeldt in Lassalles Sinne: „Es liegt ein förmlicher Abgrund zwischen folgenden zwei Sachen: für seine Gegner zu arbeiten, verdeckt oder unverdeckt, oder wie ein großer Politiker den Augenblick zu erfassen, um von den Fehlern der Gegner zu profitiren, einen Feind durch den anderen aufreiben zu lassen, sie auf eine abschüssige Bahn zu drängen, und die dem Zwecke günstige Konjunktur, sie möge hervorgebracht werden von wem sie wolle, zu benutzen." Und ähnlich schrieb Johann Philipp Becker, der in Lassalles letzten Lebenstagen viel mit ihm verkehrt hat und sich in Prinzipienfragen nicht leicht ein X für ein U machen ließ: „Lassalle war in seiner Taktik ein kecker, kühner Akrobat, der bei der festen Zuversicht auf eigene Kraft und Gewandtheit ganz gefahrlos einen Sprung bis an den äußersten Rand eines Abgrundes wagen durfte, denn mit einem Satze stand er stets wieder mitten in seinem befestigten Lager. Er wußte zu überraschen und zu imponiren, er warf der Reaktion zuweilen einen alten Knochen hin, um ihr, während sie sich die Zähne daran ausbiß, desto gründlicher das Fell zu gerben." Lassalle hat stets darauf gehalten, die revolutionäre Arbeiterklasse als dritte selbständige und überlegene Macht neben und über das Junkerthum wie die Bourgeoisie zu stellen; ihre Prinzipien sind es, für welche er die Könige und Bischöfe zwingen will, Zeugniß abzulegen; als er in seinem späteren Hochverrathsprozesse darzulegen beabsichtigte, er werde der intellektuelle Urheber sein, wenn Bismarck das allgemeine Wahlrecht oktroyire, verschmähte er Buchers vorsichtigen Rath, statt des „intellektuellen Urhebers" einen „Herold" oder „Propheten" zu setzen, um Bismarck nicht kopfscheu zu machen.

Nicht gegen Lassalles taktische Wendung und auch nicht gegen den Geist, in dem er sie vollzog, wohl aber gegen seine persönliche Befähigung für die

praktische Handhabung dieser Taktik läßt sich Manches einwenden. Lassalle stand am reinsten und schönsten da, wenn er sich kühn in seines eigenen Banners Farben hüllte. Dann traten seine Vorzüge hell hervor und seine Fehler verblaßten. Er kennzeichnete sein innerstes Wesen, als er am Vorabend seines Todes schrieb: „Ohne höchste Macht läßt sich nichts machen, zum Kinderspiele aber bin ich zu alt und zu groß. . . . Die Ereignisse werden sich, fürchte ich, langsam, langsam entwickeln, und meine glühende Seele hat an diesen Kinderkrankheiten und chronischen Prozessen keinen Spaß." Vom Herbste 1863 an rechnete Lassalle mit der Langsamkeit, mit den Kinderkrankheiten und chronischen Prozessen der historischen Entwicklung, und er konnte seine glühende Seele, seine tiefen Leidenschaften nicht immer zu der kühlen und ruhigen Ueberlegung bändigen, welche seine Taktik in erster Reihe erforderte. Dazu kamen die nervöse Ueberreizung, die körperliche Ermattung, die ihn im währenden und immer wachsenden Kampf ergriffen.

So traten seine Fehler stärker, seine Vorzüge schwächer hervor. Das Ende seiner Agitation besaß nicht mehr die ursprüngliche Frische und Kraft ihrer Anfänge. Wohl flammte das Feuer seines Geistes noch manchmal auf, strahlender fast als in den besten Tagen seiner Vergangenheit, aber es kamen dann auch wieder Zeiten, in denen es mehr qualmte und rauchte, als leuchtete und wärmte.

I. Die rheinische Heerschau und der Sturm auf Berlin.

Am 20. September hielt Lassalle in Barmen, am 27. in Solingen und am 28. in Düsseldorf die geplante Heerschau über die rheinischen Arbeiter. Er hatte die Rede, die er an sie richtete, auf einsamen Spaziergängen am Meeresstrande entworfen. Sie beschäftigte sich mit den Festen, der Presse und dem Frankfurter Abgeordnetentage, als drei Symptomen des öffentlichen Geistes.

Lassalle knüpfte darin an den politischen Ursprung seiner Agitation an, an die Erhebung gegen die bürgerliche Kopflosigkeit, die in jenen drei Symptomen eine neue Bestätigung erhalten hatte. Was die Feste der Fortschrittspartei und ihre Presse anbetraf, so war es ganz richtig, daß wenn die Bourgeoisie den Bären waschen wollte, ohne den Pelz naß zu machen, die Art, wie sie ihre Feste feierte, und die Art, wie sich ihre Presse unter die Preßordonnanz duckte, in vollkommenem Einklange mit ihrer ganzen Politik standen. Verwarf aber Lassalle diese Politik als feige und hilflos, so war er auch in seinem logischen Rechte, wenn er seinen ätzenden Spott über die fortschrittlichen Feste und die fortschrittliche Presse ergoß.

Die Berechtigung politischer Oppositionsfeste hängt ganz von dem Wesen der Opposition ab, welche sie feiert. Sind sie Begleiterscheinungen einer Politik, die zu handeln und zu schlagen weiß — im Sinne des Goethischen Wortes: Tages Arbeit, Abends Gäste, Saure Wochen, Frohe Feste —, so sind sie wirk-

same Agitationsmittel, deren Berechtigung außer Zweifel steht. Sollen sie aber die politische Arbeit ersetzen, sollen sie durch lärmende Toaste über den gänzlichen Mangel an Thatkraft hinwegtäuschen, so sind sie Depravationsmittel, die nicht scharf genug verurtheilt werden können. Das Kölner Abgeordnetenfest von 1865 sollte bestätigen, daß Lassalle dem Kölner Abgeordnetenfeste von 1863 mit keiner Silbe zu viel gethan hatte.

Anfechtbarer war in gewisser Beziehung Lassalles Polemik gegen die fortschrittliche und überhaupt die bürgerliche Presse. Zwar hieße es Mücken seigen und Kameele verschlucken, wenn man ein großes Gewicht auf das sozusagen konkrete Unrecht legen wollte, das Lassalle dieser Presse in seiner Heerschaurede anthat, beispielsweise auf das allzu harte Urtheil, das er über einen in mancher Beziehung verdienten Mann, wie Bernstein von der Volkszeitung fällte. Nimmt man all dies Unrecht zusammen, so erreicht es noch nicht den zehnten Theil des Unrechts, das Lassalle von der bürgerlichen Presse und namentlich auch von Bernstein zu befahren gehabt hatte. Er beanspruchte durchaus nicht, zu den christlichen Duldern zu gehören, die auch noch die linke Wange hinhalten, wenn sie auf die rechte Wange geschlagen worden sind, und er hätte kein Mensch von Fleisch und Blut sein müssen, wenn er in der Abwehr unglaublicher Beschimpfungen immer die objektiv richtige Grenze hätte einhalten sollen. Zudem konnte er sich darauf berufen, daß sein abfälliges Urtheil über die bürgerliche Presse nicht erst durch die ihm zugefügten Kränkungen hervorgerufen worden sei, sondern daß er ihre Krebsschäden schon in seiner Schrift gegen Julian Schmidt gegeißelt habe.

Wohl aber faßte er diese Schäden zu einseitig auf, indem er die Presse als die ausschließliche Trägerin der geistigen Korruption brandmarkte, die von der kapitalistischen Gesellschaft unzertrennlich ist. Gewiß ist die bürgerliche Presse eine „industrielle Kapitalanlage und Spekulation", aber als Werkzeug zur Verwüstung des Volksgeistes steht sie nicht allein und unter Umständen nicht einmal in erster Reihe. Die Bourgeoisie hat nicht nur den Zeitungsschreiber, sondern auch, wie es im Kommunistischen Manifeste heißt, „den Arzt, den Juristen, den Pfaffen, den Poeten, den Mann der Wissenschaft in ihren bezahlten Lohnarbeiter verwandelt". Die Gelehrten, die Lassalle in der Heerschaurede und auch sonst gegen die Presse ausspielt, sind als Klasse in derselben oder auch in einer noch ärgeren Verdammniß, als das „geistige Proletariat" der Zeitungspresse. Die Zeiten sollten kommen, wo bezopfte Professoren, im Lande umherhausirend mit Bismarcks gemeingefährlichen Massenplünderungsplänen, den verhältnißmäßig berechtigten Widerstand der industriell-kapitalistischen Zeitungen mit Lassalles Scheltworten über die liberale Presse niederschlagen wollten.

Auch war es zu einseitig geurtheilt, wenn Lassalle hauptsächlich im Inseratenwesen den Ursprung der bürgerlichen Preßkorruption fand. Eine Presse, die im Boden der kapitalistischen Gesellschaft wurzelt, muß kapitalistisch verseuchen, gleichviel ob sie Inserate bringt oder nicht. Doch handelte es sich hierbei mehr um eine theoretische Einseitigkeit. Für die deutsche Presse, auf die es zunächst

ankam, ist allerdings das Inseratenwesen der Weg in den Abgrund gewesen. Es waren Inseratenbureaus, Mosse und Cohn und wie sie sonst hießen, die bald nach Lassalles Tode jene völlig gesinnungslose Schacherpresse zu gründen begannen, die wie ein Oelfleck um sich fraß und noch tief unter der von Lassalle gegeißelten Presse der sechziger Jahre stand. Ferner aber ist Lassalles Vorschlag, das Inseratenwesen von Staatswegen abzulösen und dadurch die Presse ihrem wirklichen Berufe zurückzugeben, ein durchaus räsonnabler Gedanke, gewiß nicht für den heutigen Staat, aber wohl für den sozialdemokratischen Staat, auf den sich Lassalle allein bezog, für die Zeit, in der das Proletariat die politische Herrschaft erobert hat und die kapitalistische in die sozialistische Gesellschaft überleitet.

Das Schwergewicht der Heerschaurede lag in ihrem dritten Abschnitt, in der Kritik des Frankfurter Abgeordnetentages. Lassalle kennzeichnete die Reichsverfassung von 1849 als eine reaktionäre Utopie, die niemals zum Banner des Proletariats werden könne. Aber er fügte hinzu, daß die Fortschrittler und Nationalvereinler, wenn sie einmal dies Banner erwählt hätten, sich nicht lächerlich machen dürften durch die Inkonsequenz, den österreichischen Bundesreformplan „nicht lediglich verneinend" zu behandeln. „Die Fortschrittler liebäugeln mit den Fürsten, um — Herrn v. Bismarck bange zu machen. Sie hoffen ihn einzuschüchtern durch Kokettiren mit den deutschen Fürsten. Das sind die Mittel dieser Aermsten! Und wenn wir Flintenschüsse mit Herrn v. Bismarck wechselten, so würde die Gerechtigkeit erfordern, noch während der Salven einzugestehen: er ist ein Mann, jene aber sind — alte Weiber! Und noch niemals haben alte Weiber einen Mann eingeschüchtert, wenn sie nach anderen Seiten hin liebäugelten." So habe Bismarck den Fortschrittlern denn auch bereits durch die Auflösung des Abgeordnetenhauses geantwortet.

Die Stellung der Arbeiter zu den bevorstehenden Wahlen präzisirte Lassalle dahin, daß die Arbeiter kein prinzipielles Interesse an ihrem Ausfalle hätten. Das allgemeine Wahlrecht bestehe noch nicht oder nicht mehr, und die preußische Verfassung habe noch keinen Tag rechtlichen Daseins gehabt. Sie beruhe auf einer Reihe von Rechtsbrüchen, durch welche die Krone die Aprilgesetze von 1848 beseitigt habe. Die auf sie geleisteten Eide seien nichtig, wie ein am Altare geleisteter Eid nichtig sei, wenn irgend ein Rechtsgrund die beschworene Ehe vernichte. Seit der Revisionskammer von 1849 habe es noch keine gesetzliche Vertretung in Preußen gegeben, die preußischen Kammern seien illegale Usurpatorenhaufen. Freilich hätten die liberalen Kammerhelden auch in ungesetzlichen Kammern zusammentreten können, um das was dem Volke nun einmal an Rechten geblieben war, als eine Waffe zur Wiedererlangung weiterer Volksrechte zu verwenden. Aber dann hätten sie jede Kammersession damit eröffnen müssen, zuvörderst ihre eigene illegale Existenz zu konstatiren und den noch ungesühnten Schatten des Volksrechtes heraufzubeschwören.

Somit hätten die Arbeiter weder am Gegenstande des Kampfes, der preußischen Verfassung, ein prinzipielles Interesse, noch auch hätten sie ein solches

Interesse an den Kämpfenden, die ihnen, Reaktionäre wie Fortschrittler, gleich fremd seien. Wohl aber hätten sie ein sehr großes taktisches Interesse daran, daß der Kampf zwischen Fortschrittspartei und Reaktion fortdauere, und deshalb sollten sie überall, wo der Sieg der Fortschrittspartei nicht unbedingt feststehe, ihre Stimme zu Gunsten dieser Partei als des schwächeren Theils abgeben. Die Fortdauer des Kampfes zwischen Reaktion und Fortschrittspartei liege im Interesse der Arbeiter, nicht damit einer den andern, sondern, wie Hutten gesagt habe, als Luther sich gegen den Papst erhob, damit sie sich gegenseitig untereinander auffräßen und verschlängen.

An Reden, die Bennigsen und Schulze-Delitzsch auf dem Frankfurter Abgeordnetentage gehalten hatten, legte Lassalle dann noch dar, daß die Bourgeoisie feierlich erkläre, keine Revolution zu wollen, daß sie unaufhörlich damit drohe, sich vom Kampfplatze zurückzuziehen, wenn die Arbeiter eine selbständige Klassenpolitik zu treiben wagten, daß sie niemals darein willigen werde, die soziale Lage der Arbeiterklasse zu verbessern und daß sie lieber noch auf die eigene politische Freiheit verzichten, als den Arbeitern das allgemeine Wahlrecht gönnen werde. Er verpflichtete die Arbeiter, wenn jemals der Umschwung käme, „sei es auf diesem oder jenem Wege", es den Fortschrittlern und Nationalvereinlern gedenken zu wollen, daß sie bis zum letzten Augenblicke erklärt hätten, sie wollten keine Revolution.

Mit diesen Worten sagte Lassalle den Arbeitern, daß sich die Bourgeoisie ihnen ebenso feindlich gegenüberstelle, wie die Reaktion, daß ihr Interesse die gegenseitige Aufreibung dieser Parteien und die Ausnutzung aller Vortheile sei, die sich ihnen aus dem Streite zwischen den herrschenden Klassen ergeben könnten. Käme der Umschwung „auf diesem oder jenem Wege": eroberten sich die Arbeiter das allgemeine Wahlrecht aus eigener Kraft oder oktroyirte es Bismarck durch einen Staatsstreich, in keinem Falle hätten sich die Arbeiter um die Kliqueninteressen einer Bourgeoisie zu kümmern, die ein- für allemal nichts vom allgemeinen Wahlrechte wissen wolle.

Irgend einen prinzipiellen Standpunkt seiner Vergangenheit verleugnete Lassalle nicht mit den Ausführungen, durch die er seine taktische Wendung begründete. Die Reichsverfassung von 1849 hatte er bereits in seiner Schrift über den italienischen Krieg als eine reaktionäre Utopie gekennzeichnet. Und bereits in seinem Aufsatze über Fichtes politisches Testament hatte er gesagt: „Neben dem großen Gegensatz von Föderation und Volkseinheit sinkt sogar der Gegensatz zwischen Monarchie und Republik zu einem relativ unbedeutenden herab, und wir glauben ganz ernsthaft, daß selbst diejenigen, welche ein erbliches, monarchisches, einiges deutsches Kaiserthum mit gänzlicher Kassirung der 35 Untersouveränetäten wollen, und sei es auch mit allen Schnörkeln, Quasten und Sentimentalitäten der Burschenschaftszeit, doch immer noch auf einer viel höheren Stufe der Intelligenz und politischen Wahrheit stehen, als unsere Föderativrepublikaner." Im Anschluß an Fichte faßte Lassalle den Föderalismus zwar

als ideologisches Prinzip auf; er spielte in der Heerschaurede den amerikanischen Bürgerkrieg gegen den Föderalismus aus und übersah dabei, daß politische Staatsformen im letzten Grunde durch die ökonomischen Zustände bestimmt werden, aus denen sie erwachsen, daß also der Föderalismus je nach der Lage dieser Zustände ebenso gut eine vernünftige wie eine unvernünftige Staatsform sein kann. Aber das war wieder eine rein theoretische Einseitigkeit; gerade in Deutschland sperrten sich die Bedürfnisse der ökonomischen Entwicklung gegen den Föderalismus, wie schon Marx in der Neuen Rheinischen Zeitung nachgewiesen hatte, und Lassalle blieb durchaus sich selbst getreu, wenn er das Liebäugeln der Nationalvereinler mit der österreichisch-partikularistischen Bundesreform, mit dem denkbar reaktionärsten und verrottetsten Standpunkte, den es in der nationalen Frage überhaupt geben konnte, scharf geißelte.

Es war nun einmal eine Thatsache, daß Bismarck die „föderalistische Intrigue" des Frankfurter Fürstenkongresses geschickter und logischer abgeschlagen hatte, als die Fortschrittspartei, und der drastische Vergleich, den Lassalle zwischen dem Manne und den alten Weibern zog, war sachlich ganz zutreffend. Taktisch wäre er nur dann unpassend gewesen, wenn die Fortschrittspartei sonst einen ernsthaften Krieg mit Bismarck geführt hätte. Aber das that sie eben nicht. Mit seinen Ausführungen über den Werth der preußischen Verfassung blieb Lassalle vollständig auf dem Boden seiner früheren Verfassungsreden. Er nahm auch jetzt kein Blatt vor den Mund, um die Rechtsbrüche der preußischen Krone beim richtigen Namen zu nennen, und was er der Fortschrittspartei sagte, hätte sie sich selbst sagen müssen, wenn sie den Kampf um das Budgetrecht siegreich durchführen wollte.

Hielt sich also die Heerschaurede in den Grenzen einer taktischen Wendung, so führte sie doch zu einem Zwischenfalle, in dem Lassalle die Grenzen des politischen Taktes überschritt. Die Hoffnungen, die er auf die rheinischen Arbeiter gesetzt hatte, trogen ihn nicht; sie empfingen den alten Genossen der Revolutions- und den treuen Freund der Reaktionsjahre mit hellem Jubel. In Barmen sprach Lassalle vor zwei- bis dreitausend Arbeitern. Der Versuch liberaler Fabrikanten und ihrer Helfershelfer, die Versammlung durch Tumult zu stören, mißlang vollständig. Die Störenfriede wurden blitzschnell an die Luft gesetzt, wobei, wie es in Vahlteichs Berichte heißt, mehrere geschwungene Stühle und geworfene Bierseidel ihren Rückzug beschleunigten.

Die Versammlung machte einen tiefen Eindruck auf Albert Lange, der darüber an die Süddeutsche Zeitung in Frankfurt berichtete. In dem anonym veröffentlichten, aber unzweifelhaft von Lange verfaßten Schreiben heißt es, die fade Behauptung, daß Lassalle ein Werkzeug und nun gar ein blindes Werkzeug der Reaktion sei, brauche nicht erst widerlegt zu werden. Die Reaktion arbeite ihm in die Hände, aber er nicht ihr. Die Zahl seiner Anhänger sei in beständigem Wachsthum, und ebenso ihr Fanatismus. Die Art und Weise dieser Jüngerschaft sei ein ganz anderes Wesen, als die stille und harmlose Anhänglich-

keit der Genossenschaftsmitglieder an Schulze-Delitzsch. Die in Barmen auf die abziehenden Fortschrittsleute geworfenen Bierseidel seien nicht die Waffen gewöhnlicher Rohheit gewesen, und in Solingen, dessen Arbeiterbevölkerung von jeher einen aufbrausenden Charakter gehabt habe, mache man sich auf ganz ähnliche Dinge gefaßt. Es sei keine eitle Ueberhebung, wenn Lassalle sein Auftreten als eine Heerschau bezeichnet habe. Ob jemals ein Heer von Schützen und Turnern für die Verfassung ins Feld rücken werde, möge fraglich sein, aber sicher sei, daß ein Lassallesches Arbeiterheer, wenn man die Dinge so weit kommen lasse, von der gegenwärtigen Verfassung Deutschlands kein Stück beim Alten lassen werde, am wenigsten Szepter, Krone, Stern und andere Spielsachen.

Vorläufig bestätigte sich Langes Vorhersage, daß sich die Barmer Vorgänge in Solingen wiederholen und noch verstärken würden. Tausende von rheinischen Arbeitern strömten nach Solingen, um Lassalle zu hören. Der riesige Saal der Schützenburg war zum Ersticken gefüllt, und vor seinen Thüren drängten sich noch dichte Massen. Versuche von Fortschrittlern, Lassalle zu unterbrechen, nachdem er kaum zu sprechen begonnen hatte, wurden wieder im Keime erstickt, jedoch ließen sich einzelne empörte Arbeiter dazu hinreißen, den einen oder den andern der hinausexpedirten Tumultuanten mit Messerstichen zu verletzen. Als Lassalle eine halbe Stunde gesprochen hatte, erschien der Bürgermeister von Solingen mit einem Dutzend bewaffneter Polizisten und löste die Versammlung auf, unter Berufung auf die Verwundungen der fortschrittlichen Spektakelmacher. Lassalle eilte nun, umdrängt von Gendarmen und umgeben von einer nach Tausenden zählenden Arbeitermasse, die ein jubelndes Hoch nach dem andern auf ihn ausbrachte, auf das Telegraphenamt, wo er eine Depesche an Bismarck aufgab, die den Ministerpräsidenten um „strengste, schleunigste, gesetzliche Genugthuung“ bat gegenüber dem „fortschrittlichen Bürgermeister“, der die Versammlung ohne jeden gesetzlichen Grund aufgelöst habe.

Dies Telegramm war ein schwerer Fehler Lassalles. Man verklagt den Teufel nicht bei seiner Großmutter. Am wenigsten schickte es sich für einen Revolutionär, einen Träger der feudalen Reaktion, die seit einem halben Menschenalter das Vereins- und Versammlungsrecht aufs schmählichste mißhandelt hatte und noch immer mißhandelte, um Sühne für eine Verletzung dieses Rechtes anzugehen, mochte sie ein Fortschrittler oder sonst wer verschuldet haben. Bismarck gab natürlich die erbetene Genugthuung nicht; weit entfernt, einen liberalen Bureaukraten zu verleugnen, der eine polizeiliche Willkür begeht, wird ihn die feudale Bureaukratie vielmehr stets als bekehrten Sünder dreimal willkommen heißen. Und wenn es den Menschen Lassalle bis zu einem gewissen Grade entschuldigt, daß er, bis aufs Blut gereizt durch die Fortschrittspartei, die unbesonnene Handlung beging, so durfte der Politiker Lassalle um so weniger die Geschäfte seiner Todfeinde besorgen. Die Fortschrittspartei besaß jetzt endlich ein Blatt Papier, womit sie einen scheinbaren Beweis für Lassalles Bündniß mit Bismarck führen konnte.

Lassalle selbst sollte bald genug die peinlichen Folgen seines Fehlers empfinden. Nach der Solinger Versammlung sprach er noch ungestört in Düsseldorf, mußte dann aber wegen gänzlicher Erschöpfung seiner Stimmmittel die Absicht aufgeben, auch seine Hamburger Anhänger zu begrüßen. Am 7. Oktober traf er wieder in Berlin ein und sah nun mit Recht seine wichtigste Aufgabe darin, diese Stadt zu erobern. Er begann den Sturm auf Berlin mit einer Ansprache an die Berliner Arbeiter, die er in 16 000 Exemplaren verbreiten ließ.

Die Fortschrittspartei hatte zunächst beabsichtigt, Lassalles rheinische Erfolge todtzuschweigen; der ehemalige Kommunist Becker schämte sich nicht, in diesem Sinne Wilhelm Hasenclever zu bearbeiten, einen Lohgerbergesellen, der sich zum Redakteur eines bürgerlich-demokratischen Blättchens in Hagen emporgearbeitet hatte. Als es dann doch mit dem Todtschweigen nicht ging, hatten fortschrittliche Blätter, gleichsam als wollten sie bestätigen, daß ihnen in der Heerschaurede nicht zu viel gethan sei, das Märlein verbreitet, Lassalle habe in Solingen durch die Polizisten vor der Wuth der über seine Demagogie entrüsteten Arbeiter geschützt werden müssen. Besonders die Volkszeitung und die Berliner Reform, die in den Berliner Arbeiterkreisen gelesensten Blätter, gefielen sich in diesem Humbug. Hiervon ging Lassalle aus, um den Berliner Arbeitern zu zeigen, in wie beispielloser Weise sie von der fortschrittlichen Presse getäuscht würden. Er benutzte Langes Brief an die Süddeutsche Zeitung zum Beweise dafür, daß die Fortschrittler, wo sie unter sich seien, die Wahrheit aussprächen und den revolutionären Charakter seiner Agitation hervorhöben. Er führte abermals aus, daß die Fortschrittler ihn haßten, nicht weil sie Reaktion, sondern weil sie Revolution von ihm erwarteten. Er nannte das Eintreten für die preußische Verfassung reaktionär, dagegen das Eintreten für das allgemeine Wahlrecht revolutionär. Er verhöhnte die fortschrittlichen Windfahnen, die inzwischen den auf dem Frankfurter Abgeordnetentage begangenen Bockstreich erkannt hatten und die österreichisch-partikularistische Bundesreform fanatisch verleugneten. Lassalle fragte, was die Arbeiter mit Männern anfangen wollten, die im August schwarzgelb und im Oktober schwarzweiß einhergingen, die in den wichtigsten nationalen Fragen nicht wüßten, was sie wollten und also noch viel weniger den Arbeitern sagen könnten, was diese wollen sollten?

Mit besonderer Schärfe protestirte Lassalle dagegen, daß er eine Staatshilfe vom heutigen Staate verlange. Er brach im Voraus den Stab über Bismarcks spätere „Sozialreform“, indem er den Gedanken weit von sich wies, daß die Arbeiter vom Staate pensionirt werden und um eines Almosens willen ihre Selbständigkeit und Unabhängigkeit preisgeben sollten. Er verlange nicht mehr und nicht weniger, als daß der zukünftige, der durch die Einführung des allgemeinen direkten Wahlrechts wiedergeborene demokratische Staat durch eine ihm sehr leicht fallende Kreditoperation den Arbeitern die Kapitalvorschüsse verschaffe, welche sie für die Bildung von Produktivgenossenschaften gebrauchten. Diese Staatshilfe sei kein Gegensatz zur Selbsthilfe, sie sei vielmehr die groß-

artigste „soziale Selbsthilfe", sie gewähre den Arbeitern überhaupt erst die Möglichkeit zur Selbsthilfe. Lassalle mahnte die Berliner Arbeiter an ihre großen Todten vom März 1848 und warnte sie vor der Verantwortlichkeit, welche sie durch fortgesetztes Zaudern vor sich selbst, vor ihren Brüdern, vor der gesammten Geschichte auf sich laden würden. Die wichtigsten Zentren Deutschlands seien gewonnen, das preußische Rheinland marschire im Sturmschritte voran, mit Berlin werde die Bewegung unwiderstehlich werden.

Die Ansprache war sehr geschickt abgefaßt, hatte aber so gut wie gar keine Wirkung. Das Berliner Proletariat befand sich damals in einer chaotischen Gährung, die es schon im Vorjahre nicht zu seinem Vortheile von dem Leipziger Proletariat unterschieden hatte. Die preußische Hauptstadt entwickelte sich mit einer Art fieberhaften Tempos zu einem großen Industrie- und Handelsplatze, namentlich auch durch die immer dichtere Verknotung des Eisenbahnnetzes, das von ihr ausstrahlte. Sie sog massenhafte Arbeitskräfte aus den preußischen Hinterwäldern auf, in den Jahren 1860 bis 1867 vermehrte sich die Einwohnerzahl von nahe an 500 000 bis über 700 000 Personen. Hastig fluthete die Arbeitermasse hin und her unter einem so starken Zufluß neuer Elemente, die bis dahin von Politik so wenig wußten wie vom Manne im Monde und nun in der großen Stadt zunächst ein Goldland gefunden zu haben glaubten, die den ersten Enttäuschungen nur erlagen, um sich desto krampfhafter an die letzten Hoffnungen zu klammern. Und es fehlten fast alle Organisationen, welche die wirre Masse gliedern konnten.

Neben dem großen Handwerkervereine, der sich ausschließlich oder vorwiegend Unterrichtszwecken widmete, und dem Berliner Arbeitervereine, der politischen Hochburg Schulzes, gab es nur drei Arbeitervereine im eigentlichen Sinne des Worts: den Altgesellenverein, der aus Schuhmachern bestand, den Buchdruckergehilfenverein und jenen Verein von Maschinenbauern in der Oranienburger Vorstadt, der sich Vorstädtischer Handwerkerverein nannte. Die Theilnahme dieser Vereine an Lassalles Agitation stellte sich in einer zunächst sehr auffallenden Form dar. Unter den fünf oder, Vahlteich eingerechnet, sechs Arbeitern, welche sich am Schlusse der Ansprache bereit erklärten, Einzeichnungen in die Listen des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins entgegenzunehmen, befanden sich vier oder fünf Schuhmacher, ein Schriftsetzer und kein Maschinenbauer. Erwägt man nun, daß die Schuhmacherei dem untergehenden Handwerke, die Buchdruckerei der Manufaktur und der Maschinenbau der modernen Großindustrie angehörte, so scheinen sich die Berliner Arbeiter um so ablehnender gegen Lassalle verhalten zu haben, je höher die industrielle Entwicklungsstufe war, auf der sie standen.

Jedoch erklärte sich der innere Zusammenhang dieser seltsamen Erscheinung einfach genug. Die Schuhmacherei, von jeher ein übersetztes, weil leicht und mit geringen Mitteln zu ergreifendes Handwerk, war schon seit den vierziger Jahren zu einem großen Theile eine kapitalistisch ausgebeutete Hausindustrie geworden; in der Armenpflege Berlins und anderer Großstädte spielte seitdem der

hungernde Schuhmacher mit zahlreicher Kinderschaar eine hervorragende Rolle. In den sechziger Jahren brach nun der Maschinenbetrieb über dies Handwerk herein. Der Pariser Ausstellungsbericht von 1867 triumphirte: Mehr als drei Jahrtausende, seit der Zeit der Pharaonen, hat man die Schuhe in gleicher Weise mit der Hand gearbeitet, jetzt ist die rein mechanische Anfertigung gelungen. In den preußischen Militärschuhmachereien wurde mit Maschinen gearbeitet, die eine Berliner Fabrik das Stück zu 200 Thalern lieferte. In diesem Handwerke hieß es: Rette sich wer kann! Der Führer der zünftlerischen Bewegung war ein Schuhmachermeister, von Schulzes 200 Berufsgenossenschaften bestanden nicht weniger als 80 aus Schuhmachermeistern, zu Lassalles ersten und eifrigsten Anhängern gehörten intelligente Schuhmachergesellen, wie Vahlteich, Metzner, Arndt, Heuts, Voigt.

In einer anderen Lage befanden sich die Buchdruckergehilfen. Eine Reihe von Umständen — das rasche Aufblühen des Zeitungswesens und seine örtliche Gebundenheit, die reaktionäre Zerstörung der Schule, welche die Konkurrenz von Arbeitskräften für diesen der Schulbildung in so hohem Maße bedürftigen Beruf einschränkte, die vorläufige Sicherung vor maschinellem Betriebe und Anderes mehr — machten die Buchdruckergehilfen besonders geneigt zu einer gewerkschaftlichen Organisation, die ihnen nach ihrer richtigen Annahme einen gewissen Einfluß auf die Lohnhöhe gestatten würde. Der Berliner Buchdruckergehilfenverein, der 600 Mitglieder und damit etwa die Hälfte aller mit Drucken und Setzen beschäftigten Arbeiter Berlins umfaßte, hatte bereits an die Berliner Buchdruckereibesitzer das Ersuchen gerichtet, einen den Gehilfen in der Reaktionszeit aufgenöthigten Tarif zu revidiren, der zu den inzwischen sehr gestiegenen Lebensmittelpreisen in unerträglichem Mißverhältniß stand. Der Verein war natürlich kurzerhand abgewiesen worden und bekehrte sich jetzt zu Lassalles Grundsätzen, soweit sie ihm paßten. Er beanspruchte die Staatshilfe, indem er eine Petition um Aufhebung der Koalitionsverbote an das Staatsministerium richtete. In der Begründung dieser Petition berief er sich auf das eherne Lohngesetz, aber mit der Einschränkung, daß durch Koalition der Arbeiter eine „annäherungsweise Ausgleichung des Uebergewichts des Unternehmers über den unbemittelten Arbeiter" erreicht werden könne. Es war nur eine halbe Anhängerschaft, die Lassalle in dem Buchdruckergehilfenvereine gewann.

Ganz ablehnend stellten sich dann die Maschinenbauarbeiter zu seiner Agitation. Bei der damaligen hohen Blüthe der Maschinenfabrikation gut gelohnt, eine kräftige, rege, echt moderne Arbeiterschicht, waren die Maschinenbauer aller politischen und wirthschaftlichen Reaktion in tiefster Seele abhold. Sie sahen die preußischen Bureaukraten und Zünftler aus nächster Nähe am Werke, und sie waren dadurch sehr argwöhnisch geworden, daß sich der Führer der vorjährigen Arbeiterbewegung, noch dazu einer aus ihrer eigenen Mitte, als ein Werkzeug der Regierung entpuppt hatte. So konnte ihnen die Volkszeitung, mit der sie seit den fünfziger Jahren eng verwachsen waren, die „Staatshilfe" verhältniß-

mäßig leicht verekeln. Zudem petitionirten die fortschrittlichen Maschinenfabrikanten bei der Regierung um Aufhebung der Koalitionsverbote, was zwar nur, wie die Haltung der Fortschrittspartei sehr bald zeigen sollte, ein Fechterstreich war, um den wichtigsten Theil des Berliner Proletariats warm zu halten, aber für den Augenblick seines Eindrucks nicht verfehlte. Zu alledem kam nun noch Lassalles unglückliches Telegramm an Bismarck. Die Maschinenbauarbeiter blieben der Fortschrittspartei treu und ihre Haltung entschied für die Masse des Berliner Proletariats.

Einige Anhänger hatte Lassalle in der bürgerlichen Bevölkerung Berlins gewonnen, die Aerzte Eisner und Neumann, den Buchhändler Reinhold Schlingmann, den Kandidaten Alexi. Auch Liebknecht, der seit einem Jahre aus dem englischen Exile heimgekehrt war, schloß sich ihm um diese Zeit an. Liebknecht war kurze Zeit in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung thätig gewesen, die von August Braß, einem blutrothen Republikaner von 1848 her, als großdeutsch-demokratisches Organ begründet worden war, aber sehr schnell in Bismarcks Lager überging. Sobald Liebknecht dahinter gekommen war, schied er aus, um auf dem Berliner Pflaster wieder den harten Kampf ums Dasein zu beginnen, den er ein Dutzend Jahre auf dem Londoner Pflaster geführt hatte. Was ihn zum Eintritt in den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein bewog, war nach seiner eigenen Angabe die Erfüllung einer Ehrenpflicht, eine Kundgebung der Sympathie gegenüber den Angriffen der fortschrittlichen Presse. Er dachte sonst wie Marx über Lassalles Agitation, und es war begreiflich genug, daß ihm nach den bösen Erfahrungen, die er eben mit Braß gemacht hatte, Lassalles taktische Wendung wider den Strich ging und selbst sein Mißtrauen erweckte. Auf der anderen Seite waren ihm die deutschen Verhältnisse fremd geworden, und er hegte die irrige Ansicht, daß Lassalle als alter Kommunist sich dennoch in fortschrittlich-demokratisches Fahrwasser und in die großpreußische Napoleonschwärmerei des Jahres 1859 habe verlocken lassen. So war die Antipathie gegenseitig, wie Liebknecht wohl mit Grund annahm.

Die schwachen Kräfte, mit denen Lassalle den Sturm auf Berlin versuchte, stießen auf einen weit überlegenen Widerstand. Die Fortschrittspartei erklärte, in Berlin habe der Sozialismus sein Haupt erhoben, in Berlin müsse er nun auch aufs Haupt geschlagen werden. Um einen so edlen Lorbeer zu erringen, verschmähte sie nicht die Hilfe der Polizei; sie legte wieder Werth darauf, dreimal Unrecht zu haben, nachdem Lassalle mit seiner Depesche an Bismarck einmal Unrecht gehabt hatte. Lokalabtreibereien, bei denen die Polizei hilfreiche Hand leistete, waren ihr erstes, und tumultuarische Störungsversuche, bei denen die Polizei abermals hilfreiche Hand leistete, ihr zweites Mittel. Eingedenk seiner rheinischen Erfahrungen, hielt Lassalle zunächst geschlossene Mitgliedersitzungen ab, um einen festen Kern seiner Anhänger zu schulen. Aber schon in der ersten dieser Sitzungen am 22. Oktober mußten elf Fortschrittler hinausexpedirt werden, die sich unter betrügerischer Einzeichnung in die Vereinslisten eingeschlichen hatten, um spektakeln

zu können. In der zweiten Sitzung am 2. November drang ein lärmender Menschenhaufe in den Saal ein, worauf sich der überwachende Polizeibeamte beeilte, die Versammlung aufzulösen. Eine dritte Sitzung am 10. November verlief verhältnißmäßig ruhig; es brauchten nur zwei fortschrittliche Radaugesellen hinausgethan zu werden, und die Polizei versagte ihnen sogar den erbetenen Beistand. Nun wollte Lassalle den Stier bei den Hörnern packen und berief eine öffentliche Versammlung in den großen Saal des Eldorado. Jedoch hinderte ihn eine heftige Halsentzündung am Erscheinen, und die Fortschrittler verbreiteten triumphirend, er habe sich aus Angst gedrückt. Als dann aber Lassalle am 22. November in einer neuen öffentlichen Versammlung erschien, die er wieder ins Eldorado berufen hatte, drang ein Haufe Polizeibeamter ein, trieb die Versammelten gewaltsam auseinander und verhaftete Lassalle unter der Anklage, in seiner Ansprache an die Arbeiter Berlins ein hochverrätherisches Unternehmen vorbereitet zu haben. Dazu schrien die anwesenden Fortschrittler, und leider auch fortschrittlich bethörte Arbeiter, wie besessen Bravo!

Lassalle wurde nach drei Tagen gegen Stellung einer Kaution aus der Untersuchungshaft entlassen, doch sah er ein, daß sein Sturm auf Berlin mißlungen sei. Der Beifall der Arbeiter zu seiner Verhaftung bewies ihm, daß er noch keine Kraft erwecken könne, stark genug, den gemeinsamen Widerstand der Fortschrittspartei und der Polizei zu brechen. Ehrenhalber hielt er noch eine oder ein paar Versammlungen ab, die nicht mehr gestört wurden, sei es, daß ein Rest von Scham in der Fortschrittspartei erwacht war, sei es, daß sie sich der Arbeiter jetzt versichert hielt. Dann gab Lassalle die Agitation in Berlin auf. Die Zahl der Berliner Vereinsmitglieder war in diesen heftigen Kämpfen auf 200 gestiegen, sie sank schnell wieder auf 30 bis 40 herab, und höher hat sie sich nicht mehr erhoben, so lange Lassalle lebte.

II. Lassalle und Bismarck.

Derweil hatten die neuen Wahlen zum Abgeordnetenhause, trotz Bismarcks krampfhaftester Anstrengungen, Beeinflussungen und Maßregelungen, der Fortschrittspartei einen neuen Sieg gebracht. Zwar war auch die Zahl der konservativen Abgeordneten von einem Dutzend auf drei Dutzend gestiegen, aber nicht auf Kosten der Fortschrittspartei, sondern der altliberalen und anderer kleiner Mittelgruppen. Das neue Abgeordnetenhaus hob sofort die Preßordonanz auf, und Bismarck fügte sich ohne Weiteres. Seine Spekulation auf den nationalen Nerv war vorläufig mißglückt, doch fügte es sich, daß er sie sofort mit größerer Aussicht auf Erfolg wiederholen konnte.

Am 15. November starb der König von Dänemark ohne männliche Leibeserben, und am 18. November wurde die dänische Gesammtverfassung erlassen, die entgegen dem Londoner Protokolle das Herzogthum Schleswig dem Königreiche

Dänemark einverleibte. Damit war die schleswig-holsteinische Frage, in der sich seit einem halben Menschenalter die deutsche Schande gewissermaßen verkörperte, wieder auf die Tagesordnung gesetzt. Eine unzweifelhaft starke Bewegung ging durch die Nation. In Hunderten von Volksversammlungen wurde Gut und Blut für die Befreiung der Herzogthümer vom dänischen Joche versprochen, wurde beschlossen, für diesen Zweck Geld zu sammeln und Freiwilligenschaaren zu werben. Dieser Bewegung traten die deutschen Großmächte, Oesterreich und Preußen, schroff entgegen, indem sie am Londoner Protokolle festhielten, das die schleswig-holsteinische Erbfolgeordnung durch einen widerrechtlichen Gewaltstreich zu Gunsten des dänischen Thronfolgers beseitigt hatte. Sie erklärten, gegen Dänemark nur einschreiten zu wollen, weil es die im Londoner Protokolle gegen Schleswig-Holstein übernommenen Verpflichtungen nicht erfüllt habe, erkannten damit aber gerade die Rechtsbeständigkeit dieser Urkunde an, deren Zerreißung die nationale Bewegung ungestüm verlangte. Soweit waren die Voraussetzungen zu dem revolutionären Volkskriege um Schleswig-Holstein gegeben, den Marx 1848 und Lassalle 1859 verlangt hatten.

Jedoch gelang es der deutschen Bourgeoisie, in holdem Einklange mit der mittel- und kleinstaatlichen Diplomatie, die nationale Bewegung sofort in eine Sackgasse zu verrennen: in das Erbrecht der Augustenburger, ein Fürstenrecht, dessen Legitimität auf irgend einer mittelalterlichen Schafshaut, dessen moralische Unversehrtheit und politische Berechtigung auf einem ganz anderen Blatte geschrieben stand. Der augustenburgische Prätendent selbst gehörte zu den nach Charakter und Geist gleich nichtigen Dutzendprinzen, die Deutschland überschwemmten; er begann den Kampf um sein sogenanntes Recht mit einem Bettelbriefe an Louis Bonaparte. In Deutschland waren seine eifrigsten Vorkämpfer der Herzog von Koburg-Gotha, jener Hans in allen Gassen, der sich einer europäischen Lächerlichkeit erfreute, und der sächsische Minister v. Beust, jener ruchlos-windige Zwergdiplomat, dessen an den Dresdener Maikämpfern verübten Schandthaten zum europäischen Skandal geworden waren.

Trotz dieser mißlichen Bundesbrüderschaft beeilte sich die deutsche Bourgeoisie, allen Einfluß, den sie auf die deutschen Massen besaß, der augustenburgischen Agitation dienstbar zu machen. Groß- und Kleindeutsche vereinten sich für diese erhabene Aufgabe, und ein neuer Abgeordnetentag in Frankfurt a. M. setzte einen Sechsunddreißiger-Ausschuß nieder, der mit den fürchterlichsten Null- und Nichtigkeitserklärungen die österreichischen und preußischen Bajonette aus der Welt zu dividiren unternahm. Es kam bald so weit, daß sich die radikalen Elemente der Bourgeoisie gegen den abstoßenden und nichtssagenden Spektakel empörten. Als dem „rein deutschen" Minister Beust für seine Verdienste um die schleswig-holsteinische Sache ein Nationalgeschenk überreicht werden sollte, erschienen in der Wochenschrift des Nationalvereins einige Aufsätze, die dies Uebermaß der Entehrung dadurch abwandten, daß sie die schauerlichen Geheimnisse des Zuchthauses in Waldheim enthüllten, in denen Beust die Maikämpfer mit satani-

schen Foltern mißhandelt hatte. Und als sich die preußische Fortschrittspartei beeilte, in die Augustenburgerei hineinzutaumeln, ging ihr linker Flügel nicht darauf ein. Vielmehr erklärte Waldeck, das preußische Abgeordnetenhaus habe durchaus keinen Anlaß, sich für einen Prätendenten dieses Schlages zu begeistern, vernünftiger noch als die Etablirung eines ohnmächtigen Zwergstaats in den schleswig-holsteinischen Grenzmarken sei ihre Annexion an Preußen. Eben dies war der vorläufig geheime Endzweck, den Bismarck auf den verschlungenen Wegen einer durch und durch reaktionären Kabinetspolitik, aber immerhin mit einer Geschicklichkeit verfolgte, die den gemeinsamen staatsmännischen Talenten der mittel- und kleinstaatlichen Diplomatie wie der groß- und kleindeutschen Bourgeoisie überlegen war.

Dem „schleswig-holsteinischen Dusel" stand Lassalle ebenso ablehnend gegenüber wie Marx seiner Zeit dem meerumschlungenen Schoppenenthusiasmus. So weit die nationale Bewegung von echtem Gehalt war, ergriff sie auch die Arbeiter; namentlich die Hamburger Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, die den umstrittenen Ländern so nahe wohnten, erließen einen Aufruf, der zu Geldsammlungen und Truppenwerbungen für das „gute deutsche Recht" aufforderte, wobei es übrigens auf keine fortschrittliche Schwanzpolitik, sondern auf eine selbständige Aktion der Arbeiterklasse abgesehen war. Es lag auf der Hand, daß eine solche Aktion unter den obwaltenden Verhältnissen den herrschenden Klassen nur einen willkommenen Anlaß bieten konnte, die junge Arbeiterbewegung zu ersticken, und so beeilte sich Lassalle, die drohende Gefahr rechtzeitig zu beschwören. Er verfaßte eine Resolution, die das Londoner Protokoll als einen Gewaltstreich und das legitime Fürstenrecht als ein Phantom kennzeichnete. Es sei die Pflicht aller deutschen Regierungen, die Herzogthümer aus der Gewalt der dänischen Krone zu reißen, aber von der Entsendung von Freiwilligen und von Turnern nach Schleswig-Holstein müsse mit äußerstem Nachdrucke gewarnt werden. Das Volk würde dadurch seine opferwilligsten Vorkämpfer verlieren, deren Zusammenhaltung dringender als je erforderlich sei. Den gewaltigen zentralen Aufgaben gegenüber, die in Deutschland selbst gelöst werden müßten, sei es von verhältnißmäßig sehr untergeordnetem Interesse, ob, so lange in Deutschland einige dreißig Fürsten herrschten, einer davon ein ausländischer Fürst sei. Die sich für das legitime Fürstenrecht begeisternden Anhänger der Fortschrittspartei und des Nationalvereins schienen Schleswig-Holstein als eine Gelegenheit benützen zu wollen, um die Aufmerksamkeit von der inneren Lage abzulenken und der Lösung eines Konflikts, dem sie nicht gewachsen seien, unter dem Scheine des Patriotismus zu entfliehen. Das Volk aber solle nicht vergessen, daß sich durch die Einheit und Freiheit Deutschlands die schleswig-holsteinische Frage von selbst löse, während kein Erfolg in Schleswig-Holstein die deutsche Einheit und Freiheit zu sichern vermöge.

Die Resolution gelangte überall im Vereine zur Annahme. Auch die Hamburger Mitglieder, deren erstes Feuer Lassalle als ganz ehrenvoll anerkannte,

beruhigten sich allmälig. Von den beiden Vorstandsmitgliedern, die in Hamburg wohnten, hatte Audorf von vornherein den Kopf oben behalten, während Perl noch ein besonderes Schreiben Lassalles erhielt, mit der dringenden Warnung, nichts für die Aufstellung von Freiwilligen zu thun. Ohne Zweifel entsprach Lassalles Auffassung der schleswig-holsteinischen Frage unter den damaligen Verhältnissen durchaus den Interessen des Proletariats, und das galt ebenso von der Resolution, die Lassalle etwa gleichzeitig in der polnischen Frage fassen ließ.

Diese Resolution erkannte dem polnischen Aufstande von 1863 das europäische Verdienst zu, die Illusion des Panslavismus zu zerstören und zugleich die früher von vielen deutschen Patrioten gehegte Befürchtung eines zwischen Napoleon und dem Zaren unter dem Mantel des Nationalitätsprinzips geschlossenen Bündnisses unmöglich zu machen. Damit sei die wichtigste Vorarbeit für eine solidarische Politik der europäischen Demokratie geschaffen. Um Deutschland habe sich der polnische Aufstand das spezielle Verdienst erworben, eines der mächtigsten äußeren Hindernisse für die Herstellung der deutschen Einheit zu beseitigen, wenn Deutschland die polnische Erhebung zu seiner Neugestaltung benütze. Die Wiederherstellung eines selbständigen Polens unter dem Schutze Deutschlands sei dessen glorreichste und legitimste auswärtige Aufgabe, der Krieg zu diesem Zwecke das direkteste Interesse Deutschlands, die einzige Sühnung des durch die Theilung Polens mitbegangenen Unrechts und zugleich seine wahrhafte Emanzipation von dem, von Osten wie von Westen her auf ihm lastenden Drucke. Die einzige Einschränkung, die Lassalle machte, bezog sich auf die friedliche Germanisirung polnischer Landstriche, die er höher einschätzte, als Marx sie in der Neuen Rheinischen Zeitung, und etwa so, wie Marx sie in der New York Tribune eingeschätzt hatte. Lassalle sah darin eine von speziellen Untersuchungen abhängige faktische Frage. Der prinzipielle Inhalt sowohl seiner polnischen wie seiner schleswig-holsteinischen Resolution ließ sich vom kommunistisch-revolutionären Standpunkt aus nicht anfechten, wie denn auch beide Resolutionen vom kommunistischen Arbeiterbildungsverein in London bestätigt wurden.

Die politische Entwicklung im Winter von 1863 auf 1864 war nun in großen Zügen diese. Das preußische Abgeordnetenhaus verweigerte eine Anleihe von 12 Millionen Thalern, die Bismarck für die Exekution gegen Dänemark gefordert hatte und strich im Etat für 1864 abermals die Kosten der Heeresreorganisation. Da Bismarck von vornherein erklärt hatte, er werde sich an diese Beschlüsse nicht kehren, so schlug Jacoby vor, der Regierung das ganze Budget zu verweigern; einem Ministerium, das absichtlich und grundsätzlich die Verfassung verletze, dürfe überhaupt keine Verfügung über Staatsgelder anvertraut werden. Das war in seiner Art konsequent. Aber die Mehrheit der Fortschrittspartei war in ihrer Art auch konsequent, wenn sie meinte, eine Verweigerung des ganzen Budgets sei rein illusorisch und würde im völligen Verpuffen der beabsichtigten Wirkung die Lage der Opposition noch verschlechtern, es sei denn, daß die Steuerzahler die Steuern zu zahlen verweigerten, und daran sei

nicht zu denken. So begnügte man sich, dem Budget von rund 135 Millionen Thalern noch nicht ganz 6 Millionen Thaler abzustreichen, womit Bismarck nun aber auch gewonnenes Spiel hatte. Er schickte den Landtag am 25. Januar 1864 mit einer sehr ungnädigen Strafpredigt an das Abgeordnetenhaus nach Hause und nahm, wie er verheißen hatte, das Geld, wo er es fand. Für die verhältnißmäßig geringe Höhe der Summen, um die es sich handelte, hatte er vorläufig finanzielle Hilfsquellen genug, und die Staatsgläubiger beruhigte er durch einen, am 12. Februar veröffentlichten Beschluß des Staatsministeriums, der die Finanzverwaltung an bestimmte, fest umgrenzte Normen band. Diese Vorgänge bestätigten aufs Neue Lassalles Ansicht, daß die gänzliche Stillesetzung der konstitutionellen Maschinerie das einzige Mittel der Opposition gewesen sein würde, die Regierung lahm zu legen. Mit seinem Fortparlamentiren hatte das Abgeordnetenhaus nur erreicht, daß es als politische Macht überhaupt nicht mehr mitzählte.

Ja noch mehr: es wurde geradezu eine Stütze seines Gegners. Mit dem Frankfurter Fürstentage und der schleswig-holsteinischen Krisis gerieth Bismarck in ein Kreuzfeuer feudaler und höfischer „Friktionen", von denen er sehr wohl wußte, daß sie sich immer mehr kompliziren würden, je mehr sich seine deutsche Politik enthüllte. Die Königin Augusta, die als Schülerin Goethes eine gebildete Frau war, hatte den ostelbischen Junker nie gern gesehen; das kronprinzliche Paar war liberal und noch weit mehr augustenburgisch gesinnt; die einflußreiche Königin-Wittwe scheute jedes Zerwürfniß mit Oesterreich, und die gleiche Scheu empfand ein sehr großer Theil des Junkerthums. Alle diese Einflüsse stürmten auf das zaghafte Gemüth des Königs ein. Damals wurde ein angebliches Wort Bismarcks viel kolportirt: kaum sei der alte Schimmel an den Rand des Grabens gespornt, so scheue er immer mit einem mächtigen Satze zurück. Was Bismarck trotzdem in der Gunst des Königs erhielt, war die Dreistigkeit, womit er das rebellische Abgeordnetenhaus abtrumpfte. Er wußte sehr wohl, was er that, wenn er die Schatten des 18. März vor dem Könige beschwor, wenn er nach seiner eigenen Erzählung den König mit Karl I. von England, sich selbst mit Strafford und die harmlosen Manchestermänner, die blos ein wenig mit der Kuponschere an den „unproduktiven" Heeresausgaben schnipfeln wollten, mit lauter blutdürstigen Cromwells verglich.

In der schleswig-holsteinischen Sache ging Bismarck auf Grund des Londoner Protokolls vor, gemeinsam mit Oesterreich, das sich jetzt gern von ihm finden ließ, aus Sorge um die nationale Bewegung und daneben, nach einigen parlamentarischen Andeutungen österreichischer Minister, auch wohl aus geheimem Argwohne gegen ihn selbst. Um die bundestägliche Mehrheit und die vernichtenden Resolutionen der Sechsunddreißiger kümmerte sich Bismarck nicht weiter. Er sagte, politische Fragen seien Machtfragen, die deutschen Großmächte seien das Glashaus, das den deutschen Bund vor europäischem Zugwinde schütze, Preußen könne sich nicht von einer Mehrheit majorisiren lassen, die etwa ein paar Millionen

repräsentire. Höchstens benutzte er die pomphaften Resolutionen der Sechsunddreißiger vor den auswärtigen Mächten ähnlich, wie die pomphaften Reden der preußischen Abgeordneten vor dem Könige; er that so, als könnten jene Proklamationen die Revolution in Deutschland entfachen, wenn die deutschen Großmächte nicht wenigstens auf Grund des Londoner Protokolls gegen Dänemark einschritten. Die Komik dieser Mystifikation überboten die Sechsunddreißiger dann freilich noch, indem sie eine neue Proklamation vom Stapel ließen, worin sie sich über ihre sonstigen Mißerfolge damit trösteten, daß sie „Oesterreich und Preußen, diese der nationalen Ehrensache feindlichen, auf ihren prinzipiellen Gegensatz gegen die nationale Strömung pochenden Mächte dennoch nach Schleswig getrieben" hätten.

Im Januar 1864 richteten Oesterreich und Preußen die Aufforderung an Dänemark, die neue Gesammtverfassung zurückzunehmen, widrigenfalls sie einschreiten müßten; setze Dänemark ihrem Einschreiten bewaffneten Widerstand entgegen, so löse der Krieg alle Verträge und das Londoner Protokoll stehe dann überhaupt zur Diskussion. Dänemark blieb hartnäckig, und es kam zum Kriege. Am 18. April stürmten preußische Regimenter die Düppeler Schanzen. Auf Betreiben Englands wurden dann auf einer internationalen Konferenz in London neue Ausgleichsversuche gemacht. Nunmehr sagte sich Bismarck von dem Londoner Protokolle los, und zugleich tauchten im preußischen Staate, wie in den Herzogthümern selbst Adressen auf, die mit der einstweilen verschämten und verschleierten Forderung der preußischen Annexion an den König herantraten und von ihm freundlich aufgenommen wurden. Bismarck schrieb darüber an einen Vertrauten, es scheine ihm zweckdienlich, „alle Hunde loszulassen, welche bellen wollten"; das „gesammte Geläut der Meute" wirke dahin zusammen, daß den Ausländern die Unterwerfung der Herzogthümer unter die Dänen unmöglich erscheine. Der Augustenburger und „alle ewig Ungedeelten bis zur Königsau" müßten daran gewöhnt werden, Programme in Betracht zu ziehen, welche die preußische Regierung ihnen nicht bringen könne. Die Adressen sollten den Herzogthümern den „Schwindel" abgewöhnen, sich als Geburtstagskind in der deutschen Familie anzusehen, für dessen Partikularinteressen Preußen mit seiner Existenz einzutreten habe. Und zur „Beleuchtung der Situation" fügte Bismarck „schließlich" hinzu, daß für ihn die preußische Annexion zwar nicht der oberste und nothwendige Zweck, wohl aber das angenehmste Resultat sei.

Während dieser politischen Entwicklung haben persönliche Verhandlungen zwischen Lassalle und Bismarck stattgefunden. Was darüber bekannt geworden ist, beruht auf Mittheilungen, welche die Gräfin Hatzfeldt einer- und Bismarck andererseits im Jahre 1878 gemacht haben. Sie gehen in manchen Punkten auseinander. So ist gleich streitig, wer die Verhandlungen begonnen hat: nach der Gräfin Hatzfeldt ist es Bismarck gewesen, nach Bismarck selbst aber Lassalle. Ueber diesen Punkt läßt sich nichts Sicheres feststellen, und es kommt auch nicht viel darauf an, da Bismarck zugiebt, daß er sich leicht habe finden lassen und

Lassalle, wenn er es für nöthig oder wünschenswerth hielt, überhaupt mit Bismarck zu verhandeln, auf eine formelle Etikettenfrage schwerlich so großen Werth gelegt hat, wie die Gräfin Hatzfeldt später behauptete. Ob die Verhandlungen drei- oder viermal stattgefunden haben, wie Bismarck, oder viel häufiger, wie die Gräfin Hatzfeldt sagt, läßt sich ebenfalls nicht entscheiden und ist auch ziemlich gleichgiltig. In einem dritten Punkte hat die Angabe Bismarcks die größere Wahrscheinlichkeit für sich. Nach der Gräfin Hatzfeldt hat Lassalle die Beziehungen abgebrochen, weil Bismarck sich geweigert habe, das allgemeine Wahlrecht sofort zu oktroyiren, während nach Bismarck irgend ein Bruch nicht erfolgt ist, was dadurch glaubwürdig wird, daß Lassalle bis an sein Lebensende für die Uebersendung seiner Kundgebungen an Bismarck sorgte. In der ungleich wichtigeren Frage aber, um was es sich bei diesen Unterredungen gehandelt habe, hat die Gräfin Hatzfeldt unzweifelhaft Recht mit der Antwort: um politische Geschäfte. Bismarcks Versicherung, er habe mit Lassalle gemüthlich geplaudert, wie mit einem geistreichen Gutsnachbarn, kann nur den Rang einer lustigen Ausflucht beanspruchen.

Nichts ergötzlicher denn auch, als der Versuch Bismarcks, seine Versicherung zu begründen. Er sagte darüber im Jahre 1878: „Unsere Beziehung konnte gar nicht die Natur einer politischen Verhandlung haben. Was hätte mir Lassalle bieten und geben können! Er hatte nichts hinter sich. In allen politischen Verhandlungen ist das do ut des eine Sache, die im Hintergrunde steht, auch wenn man anstandshalber einstweilen nicht davon spricht. Wenn man sich aber sagen muß: was kannst du armer Teufel geben? Er hatte nichts, was er mir als Minister hätte geben können. Was er hatte, war etwas, was mich als Privatmann außerordentlich anzog: er war einer der geistreichsten und liebenswürdigsten Menschen, mit denen ich je verkehrt habe, ein Mann, der ehrgeizig im großen Stile war, durchaus nicht Republikaner; er hatte eine sehr ausgeprägte nationale und monarchische Gesinnung, seine Idee, der er zustrebte, war das deutsche Kaiserthum, und darin hatten wir einen Berührungspunkt. Lassalle war ehrgeizig im hohen Stil, und ob das deutsche Kaiserthum gerade mit der Dynastie Hohenzollern oder mit der Dynastie Lassalle abschließen sollte, das war ihm vielleicht zweifelhaft, aber monarchisch war seine Gesinnung durch und durch." Diese Sätze zeigen, daß Person gegen Person gerechnet bei diesen Unterredungen Bismarck der arme Teufel gewesen ist, und sein Versuch, mit dem Sozialismus Kirschen zu essen, hat denn auch damit geendet, daß er die Steine bekam, wie Lassalle vorausgesagt haben soll.

Ihre Verhandlungen bewegten sich, wie die Gräfin Hatzfeldt angiebt und Bismarck anerkennt, um das allgemeine Wahlrecht und die Produktivassoziationen mit Staatskredit. Und man darf hinzufügen, daß es für Lassalle auf jenes und für Bismarck auf diese angekommen sei. Neuerdings hat ein strebsamer Professor Disraeli, Louis Bonaparte und Bismarck als die drei klassischen Vertreter des Imperialsozialismus gefeiert, wobei Disraeli und selbst Bonaparte unverdient

schlecht fortkommen. Will man überhaupt von einem Sozialismus Bismarcks sprechen, so muß man ihn als Almosen- oder Lakaiensozialismus taufen. Die gehässige Bornirtheit, womit Bismarck nicht nur, wie selbstverständlich, dem revolutionären Emanzipationskampfe des Proletariats, sondern auch allen Sozialreformen entgegengetreten ist, welche die Lage der Arbeiterklasse auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft zu heben geeignet sind, ist hinlänglich bekannt; dies Jahrhundert hat keinen Profitwütherich gesehen, der grimmiger als Bismarck die Sonntagsruhe der Arbeiter für ein Danaergeschenk erklärt oder die gesetzliche Regelung der Kinderarbeit in den Fabriken als einen nichtswürdigen Eingriff in das innere Heiligthum der Familie verflucht hat. Bismarcks sogenannter Sozialismus erschöpfte sich in den Worten, die er einmal einem seiner Tintenkulis als Leitmotiv für die offiziöse Abschlachtung der Arbeiterfrage angab: „Wer Aussicht auf Pension für das Alter oder die Invalidität hat, sei sie auch noch so klein, der fühlt sich wohler und zufriedener mit seinem Schicksal, der ist viel williger und leichter zu behandeln als der, welcher in eine ungewisse Zukunft blickt. Betrachten Sie z. B. den Unterschied zwischen einem Privatdiener und Kanzleidiener oder Hofbedienten, diese werden sich weit mehr bieten lassen, weil sie weit mehr Anhänglichkeit an ihren Dienst haben als jener, denn sie haben Pension zu erwarten.“ Bismarcks Sozialismus, wenn man denn einmal dies Wort mißbrauchen will, hat immer darin bestanden, die Arbeiter durch Almosen zu verblenden, damit sie wie höfische Lakaien sich leichter behandeln und sich mehr bieten ließen.

Von diesem genialen Gesichtspunkt aus faßte Bismarck auch die Produktivassoziationen mit Staatskredit auf. Seine bonapartistischen Mätzchen waren im Staatsministerium auf einen gewissen Widerstand gestoßen, die alten bureaukratischen Zöpfe verstanden sich noch nicht auf diesen neumodischen Schwindel. Um so mehr sah sich Bismarck anderweitig nach gutem Rathe um. Seine eigene ökonomische Weisheit bestand in einem trüben Mischmasch feudal-mittelalterlicher Reste und vulgär-ökonomischer Anfänge, entsprechend der Stellung eines von kapitalistischem Profithunger angefressenen Junkers. Natürlich täuschte sich Lassalle keinen Augenblick so über Bismarcks sozialistische Gesinnung, wie sich Bismarck über Lassalles monarchische Gesinnung täuschte. Das Entsetzen, womit Lassalle hinter den Almosen- und Lakaiensozialismus gekommen ist, spiegelt sich deutlich genug wieder in den energischen Protesten, die er von nun an wiederholt gegen alles Experimentiren mit seinem Vorschlage der Produktivassoziationen richtete. Er nutzte höchstens Bismarcks Thorheit für seine Zwecke aus, wie im Frühjahr 1864, als eine Deputation von drei schlesischen Webern in Berlin erschien, um die Hilfe des Königs gegen ihre kapitalistischen Ausbeuter anzurufen.

Die chronische Noth der schlesischen Weber war damals durch die Baumwollenkrisis in eine akute Katastrophe umgeschlagen. Bereits im August 1862 hatten die Fabrikanten des Kreises Reichenbach den Landrath Olearius auf die „bedenkliche Situation“ aufmerksam gemacht und für den Winter um Vorkehrungen

gegen die unter den Webern herrschende Noth ersucht. Olearius hatte ihnen geantwortet, daß sämmtliche Fabrikanten gewiß selbst alles aufbieten würden, um aus eigenen Mitteln dem drohenden Nothstande zu begegnen; ihre Lage habe sich im Allgemeinen gebessert, während die Lage der Arbeiter in derselben traurigen Beschaffenheit bleibe. Und als die Fabrikanten nun die Errichtung eines Arbeitshauses für die beschäftigungslosen Weber beantragten, hatte Olearius sie höhnisch beschieden, dieser Vorschlag werde seinen Urhebern „nicht mit Unrecht" den Haß der Arbeiterbevölkerung zuziehen. Ein Arbeitshaus solle eine ohne Verschuldung in Noth gerathene zahlreiche Bevölkerung, die kaum je in der Lage gewesen sei, sich einen Nothpfennig zu erübrigen, und mit deren Thätigkeit Andere reich geworden seien, vor Hunger schützen? Dieser Landrath war ein kleinster Bonaparte und deshalb ein Mann nach dem Herzen des kleinen Bonaparte, der gleich darauf, im September 1862, preußischer Ministerpräsident wurde. Die Sache hatte ziemliches Aufsehen gemacht und auch eine parlamentarische Debatte veranlaßt. Der Kreis Reichenbach, in dem die großen Weberdörfer Langenbielau und Peterswaldau lagen, war ein heißer Boden, und unter den dortigen Fabrikanten befand sich ein Führer der Fortschrittspartei, Leonor Reichenheim, der in Wüste-Giersdorf eine große Spinnerei und Weberei besaß, eine jener Fabriken, welche die Seehandlung in den vierziger Jahren gegründet und Hansemann im Jahre 1848 um jeden Spottpreis verschleudert hatte. Reichenheim war ein kapitalistischer Fabrikant des gewöhnlichen Schlages; er verhöhnte die von ihm ausgebeuteten Arbeiter nicht in der Art der Gebrüder Zwanziger, aber er tröstete sie mit Schulzes Sparrezepten, was die undankbaren Weber auch als bitteren Hohn auffaßten. Sie antworteten wahr genug: Wovon sollen wir sparen, sollen wir unseren Magen in den Rauchfang hängen?

Aus Wüste-Giersdorf kam nun im Frühjahr 1864 der Weber Florian Paul mit zwei Genossen nach Berlin, um ihre Klagen an den Stufen des Thrones niederzulegen; sie waren beauftragt von 300 Webern, die zumeist von Reichenheim beschäftigt wurden. Wahrscheinlich ist den Webern dieser Schritt von feudaler Seite zugeflüstert worden; es ist nicht abzusehen, woher sie sonst ihr Vertrauen zum Königthum geschöpft haben sollten, das zwanzig Jahre früher ihren Widerstand gegen die schamloseste Ausbeutung mit blauen Bohnen, mit Peitschenhieben, mit Karren und Ketten gestraft hatte. Amtlich erklärte der Landrath Olearius allerdings, er könne die Absicht der Weber nicht fördern und nicht hindern. Das Herz dieses Braven war getheilt, da sein unmittelbarer Vorgesetzter, der Minister des Innern, und ebenso der Handelsminister, dem die Gewerbepolitik unterstand, von bonapartistischen Künsten nichts wissen wollten. Es dauerte denn auch vier Wochen, bis Bismarck seinen Willen durchsetzte und der Weberdeputation eine Audienz beim Könige verschaffte.

In der Zwischenzeit sahen sich die Weber in Berliner Arbeiterkreisen um, und geriethen an den damals vielgenannten Arbeiter Karl Preuße, der sowohl dem Allgemeinen Deutschen Arbeitervereine Lassalles, als dem Berliner Arbeiter-

vereine Schulzes angehörte. Die Fortschrittler behaupteten, Preuße sei ein Agent Wageners und suchten auch daraus einen Strick für Lassalle zu drehen, in dessen Hause Preuße gesehen worden war. Soweit sich die Behauptung heute noch nachprüfen läßt, war sie eine grundlose Verdächtigung. Die sehr zahlreichen Reden Preußes, die in den Berichten der damaligen Presse über die Berliner Arbeiterbewegung vorliegen, lassen in ihm einen jener schwatzhaften, aber wohlmeinenden Vereinsmeier erkennen, die sich überall vordrängen und schließlich überall mit einer Art heiteren Wohlwollens geduldet werden; als die Fortschrittler ihn, zur besseren Bekräftigung ihrer Behauptung, aus dem Berliner Arbeiterverein ausschließen lassen wollten, hinderte die große Mehrheit der Mitglieder das Vehmgericht, indem sie erklärte, Preuße sei zwar ein wunderlicher Kauz, aber ein ehrlicher Kerl. Den schlesischen Webern, die ihn um Hilfe und Rath angingen, sagte Preuße, er sei selbst kein Schriftgelehrter, aber sie möchten sich nur an Lassalle, Schulze-Delitzsch und Wagener wenden, die eigentlichen Schriftgelehrten der Arbeiterfrage, und als die Weber meinten, an Schulzes Rezepten hätten sie vorläufig genug, empfahl er ihnen statt des Sparapostels den Schriftsetzer Dittmann, den Vorsitzenden des Berliner Arbeitervereins.

Die Weber fanden an Lassalle weit größeren Geschmack, als an Dittmann und Wagener. Florian Paul wurde Bevollmächtigter für Wüste-Giersdorf, und der Kreis Reichenbach gehörte bald zu den stärksten Stützen des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. Dagegen spielte Bismarck durchaus den armen Teufel, als er die Weberdeputation beim Könige einführte. Das „soziale Königthum“ blamirte sich bis auf die Knochen, indem der König den Webern das nie eingelöste Versprechen „einer baldigen gesetzlichen Regelung der Frage und dadurch Abhilfe ihrer Noth“ spendete; eine bureaukratische Kommission, die zur Untersuchung der von den Webern erhobenen Beschwerden niedergesetzt wurde, fand alles in schönster Ordnung, und Leonor Reichenheim trug eine Art Märtyrerkrone aus dem Handel davon. Er hatte inzwischen unter den aufsässigen Webern fürchterliche Musterung gehalten, und Bismarck streckte den ausgesperrten Arbeitern aus der königlichen Schatulle ein kleines Kapital vor, um eine Produktivassoziation zu gründen. Jedoch hatte er auch damit kein Glück, denn dies Musterinstitut, in dessen Leitung der Landrath Olearius seine staatsmännischen Talente bewähren sollte, machte binnen Jahr und Tag eine glorreiche Pleite. Die Höhe des Almosens, durch das Bismarck die schlesischen Weber zu höfischen Lakaien schmeidigen wollte, wird verschieden angegeben, im Mindestbetrage zu 6000, und im Höchstbetrage zu 12000 Thalern.

Nahm Bismarck ein demagogisches Interesse an den Produktivassoziationen mit Staatskredit, so nahm Lassalle ein demokratisches Interesse an dem allgemeinen Wahlrechte. Um diese Waffe, mit welcher er sich getraute, sowohl die Fortschrittspartei wie die Reaktion zu schlagen, war es ihm in seinen Verhandlungen mit Bismarck zu thun. Er sah richtig voraus, daß Bismarck über kurz oder lang auf das allgemeine Wahlrecht zurückgreifen müsse, aber er irrte darin, daß er durch

seine persönliche Beredsamkeit diesen Zeitpunkt beschleunigen zu können hoffte. Täuschte sich Bismarck in Lassalle nach der Art eines beschränkt-pfiffigen Geschäftsmannes, so täuschte sich Lassalle in Bismarck nach der Art eines groß und weit blickenden Idealisten, der bei dem Gegner Gesichtspunkte voraussetzte, die diesem so fremd waren, wie einem Südseeinsulaner die Hegelsche Philosophie.

Was Lassalle gesagt hat, um Bismarck zur Oktroyirung des allgemeinen Wahlrechts zu veranlassen, läßt sich aus seinen späteren Reden mit ziemlicher Sicherheit schließen. Von der Auffassung aus, daß die preußische Verfassung noch nicht einen Tag rechtlichen Daseins gehabt habe, sah Lassalle in der Oktroyirung des allgemeinen Wahlrechts nicht einen Bruch, sondern eine Wiederherstellung des Rechts, und das war auch ganz plausibel, falls man überhaupt so gutmüthig sein wollte, von einem Rechte in Preußen zu sprechen, nach den unzähligen Rechtsbrüchen, auf denen dieser gesegnete „Rechtsstaat" beruhte. Jedoch war diese ganze Beweisführung verschwendete Mühe, soweit sie auf Bismarck und dessen König wirken sollte. Beide hatten an so vielen Rechtsbrüchen theilgenommen, daß es ihnen auf einen Rechtsbruch mehr oder weniger nicht anzukommen brauchte und, wie eine nahe Zukunft zeigen sollte, auch wirklich nicht ankam. Ebenso wenig waren sie zugänglich für Lassalles Appell an die „Allergebildetsten und Allerintelligentesten", die in ihrem Hader mit der Bourgeoisie die Berufung auf das Volk als einen „Ausweg von der höchsten historischen Weihe" erkennen würden, oder für Lassalles Appell an das Königthum, das noch „aus seinem ursprünglichen Teige geknetet" dastehe, auf den Knauf des Schwerts gestützt. Das war ihnen abermals unverfälschtes Sanskrit. Sie kannten jetzt das Volk, das Friedrich Wilhelm IV. in seinen Anfängen noch nicht gekannt hatte, den puer robustus sed maliciosus, den rüstigen und bösartigen Knaben, der am 18. März 1848 den „ursprünglichen Teig" des legitimen Königthums mit derben Fäusten geknetet und das Schwert des Prinzen von Preußen zerbrochen hatte. Sie hüteten sich wohlweislich, ihn vorzeitig auf die Bühne zu rufen. In der That vergaß Lassalle bei diesem Räsonnement zwei seiner eigenen Sätze, sowohl den Satz: Individuen lassen sich täuschen, Klassen nie, als auch den Satz: Lieber noch als die Revolution von Unten will die Fortschrittspartei den Despotismus von Oben. Bismarck war nicht nur eine Person, sondern auch eine Klasse, und er wußte sehr gut, daß er im Nothfalle die Bourgeoisie viel billiger haben könne, als um ein großes Zugeständniß an das Proletariat.

Er liebte die Dreiklassenwahl durchaus nicht, die in den letzten Jahren neben ihrem antidemokratischen auch ihren antifeudalen Charakter so scharf hervorgekehrt hatte, und er sollte sie bald als das „elendeste und widersinnigste" Wahlsystem kennzeichnen. Er verkannte auch nicht die einladenden Seiten, welche das allgemeine Wahlrecht für die Junker hat, so lange das ländliche Proletariat unter ihrer Botmäßigkeit steht. Aber sein Klassenbewußtsein war viel zu stark ausgeprägt, um die zweischneidige Art vorzeitig zu probiren. Vor der Hand paßte die gemüthlich-schläfrige Art, in welcher die Fortschrittspartei den Ver-

fassungsstreit führte, durchaus in seinen Kram; er hatte nicht nur keinen dringenden, sondern für absehbare Zeit überhaupt keinen Anlaß, in Preußen das allgemeine Wahlrecht zu oktroyiren. Niemand bewies ja schärfer, als Lassalle, die Hoffnungslosigkeit der fortschrittlichen Opposition.

Die deutsche Frage aber, in welcher Bismarck den Trumpf des allgemeinen Wahlrechts zuerst ausgespielt hatte, steckte noch tief in den wirrenreichen Anfängen seiner reaktionären Kabinetspolitik, der Lassalle keinen fortreißenden Athem einhauchen konnte. Bismarck war durchaus ein Diplomat der alten Schule, der nicht daran dachte und nicht einmal daran denken durfte, jenes starke Spiel mit den Karten auf dem Tische zu spielen, das Lassalle ihm zumuthete. Die Offenherzigkeit, die er zeitweise heraushing, um seine Verschlagenheit desto besser zu verdecken, glich jener „stärksten Diplomatie, welche ihre Berechnungen mit keiner Heimlichkeit zu umgeben braucht, weil sie auf erzene Nothwendigkeit gegründet sind", doch nur, wie ein Kameel dem Pferde oder wie die Revolution von Oben der Revolution von Unten gleicht. Das Großpreußen, das Bismarck erstrebte, konnte alles eher brauchen, als jenes „erhöhte Seelenleben" und jene „immense Expansivkraft" der Nation, die Lassalle vom allgemeinen Wahlrechte verhieß.

In seinen Verhandlungen mit Bismarck betrat Lassalle einen falschen Weg, auf den ihn ein Uebermaß persönlichen Selbstvertrauens und eine ideologische Unterschätzung des Gewichts verlockte, das moderne Klassenkämpfe in sich selber tragen. Gewiß wußte Lassalle gegenüber der Reaktion vollkommen freie Hand zu behalten, und immer durfte er sich sagen, daß er mit ihr spiele, und sie nicht mit ihm. Aber der Versuch, mit List in eine Festung zu dringen, die mit Gewalt noch nicht zu erobern war, hat ihn doch zu manchem mißverständlichen Worte verleitet.

III. Lassalles Kämpfe mit Justiz und Polizei.

Wie wenig der altpreußische Staat zu überlisten war, hätte Lassalle schon aus der Wuth entnehmen können, womit die preußischen Behörden über ihn und seine Agitation herfielen. Bismarck schützte ihn dagegen nicht, er hätte es auch schwerlich gekonnt, selbst wenn er es gewollt hätte. Der Polizeistaat hat seinen Kopf für sich, er reagirt instinktiv auf jeden Versuch, die Massen seiner Fuchtel zu entreißen, und die biederen Polizisten, welche die Arbeiter von Lassalle weg zu Schulze-Delitzsch drangsaliren wollten, blieben ganz in ihrer Rolle.

Die Art aber, wie Lassalle den Kampf mit Justiz und Polizei führte, gereicht ihm zur höchsten Ehre. Um einen Strohhalm groß sich regen, steht Ehre auf dem Spiel: das war seine Parole in diesem Kampfe, und er sprach oft aus, was der deutsche Liberalismus nie begriffen hat, daß der Polizeistaat nur dann zu einem Rechtsstaat umgewandelt werden könne, wenn jeder Einzelne jede ihm widerfahrene widerrechtliche Gewalt aus allen Kräften, über jede Rücksicht hinaus und bis in die vollste Oeffentlichkeit hinein verfolge und jedesmal von Neuem an

das öffentliche Rechtsgewissen des Landes appellire. Ideologisch wie dieser Gedanke ausgedrückt sein mag, ist er unendlich viel praktischer, als das Verfahren jener praktischen Leute, die sich jeder polizeilichen Willkür fügen, weil ja doch nicht dagegen aufzukommen sei. Hätte die bürgerliche Opposition sich von je zu Lassalles Grundsatze bekannt, so wäre die preußische Preß- und Vereinsfreiheit längst etwas Besseres gewesen, als ein papierener Paragraph der Verfassung. Statt dessen spendete der Liberalismus seinen lauten oder stillen Beifall allen polizeilichen Chikanen, mit denen die junge Arbeiterbewegung zu unterdrücken gesucht wurde. Um so höher ist es zu achten, daß Lassalle bis zur Erschöpfung seiner geistigen und körperlichen Kraft die bürgerliche Freiheit zu schützen suchte, mochte er dadurch auch einen Haß gegen sich erwecken, dem er als Einzelner auf die Dauer erliegen mußte.

Der Krieg Lassalles mit der rechtlosen Willkür ist vorbildlich bis auf den heutigen Tag. Trotzdem ist es unmöglich, oder eben deswegen lohnt es sich nicht, ihn in seinen Einzelheiten zu verfolgen. Die polizeilichen Chikanen, mit denen Lassalle und seine Anhänger verfolgt wurden, sind heute noch viel zu bekannt, als daß sie einer ausführlichen Schilderung bedürften; wer jemals im proletarischen Klassenkampfe mitgestritten hat, der hat sie auch schon am eigenen Leibe erprobt. Haussuchungen und Verhaftungen, Beschlagnahmen und Konzessionsentziehungen, Auflösungen und Verbote, alles auf Grund von Gesetzen, die der polizeilichen Willkür schon einen weiten Spielraum ließen, aber wo sie ihr eine Grenze setzten, ohne Bedenken von ihr übertreten wurden: das waren die erhebenden Mittel, wodurch die heilige Hermandad ihren gesellschafts- und staatserhaltenden Beruf bethätigte, gegenüber einer friedlichen und gesetzlichen Agitation für die Einführung des allgemeinen Wahlrechts im Interesse der arbeitenden Klassen.

Durchaus auf der Höhe der Polizei stand die Justiz. Der Staatsanwälte zu geschweigen, die nur willenlose Werkzeuge des Polizeistaats waren, so hingen auch die Richter in hohem Grade von diesem Staate ab. Sie rekrutirten sich aus den herrschenden Klassen, standen unter harten Disziplinargesetzen und selbst die besseren von ihnen wurden durch die Kautschukparagraphen des preußischen Strafgesetzbuchs gezwungen, ihre Klassenvorurtheile zur Grundlage der Rechtsprechung zu machen. Die Klassenjustiz brauchte weder sich noch Andere mit dem Märchen zu täuschen, daß Lassalle ein Reaktionär sei. Sie bestätigte ihm gern, daß er ein anderer Mann sei, als die Männerchen der liberalen Opposition. Nachdem sich die Gegenrevolution durch eine Reihe schändlicher Justizmorde befestigt hatte, war sie, gemäß dem verschlafenen Tempo des bürgerlichen Klassenkampfs, mit der Handhabung der von ihr korrumpirten Justiz nicht über eine gewisse Grenze hinausgegangen. In den fünfziger Jahren wurden auf Grund der strafgesetzlichen Kautschukparagraphen verhältnißmäßig seltene Anklagen erhoben und verhältnißmäßig geringe Strafen verhängt. Eine Gefängnißstrafe wegen Beleidigung, wegen Erregung von Haß und Verachtung, wegen Schmähung von Staatseinrichtungen u. s. w. war damals schon ein Ereigniß, und wenn auf sie

erkannt wurde, bemaß sie sich nach Tagen oder höchstens nach wenigen Wochen. Das änderte sich mit einem Schlage, als der Arbeiteragitator Lassalle auf dem öffentlichen Schauplatze erschien. Die Staatsanwälte überstürzten sich mit Anklagen gegen ihn, die es schwer machten, zu sagen, was an ihnen staunenswerther war: die kindische Logik der Begründung oder die kannibalische Höhe der beantragten Strafen. Neun Monate Gefängniß, zwei Jahre Gefängniß, drei Jahre Zuchthaus: so ging es in rascher Stufenfolge innerhalb eines Jahres, und die Richter waren nicht viel langsamer, die Justiz zum Racheschwerte bedrohter Klassenvorrechte zu machen.

In dem ersten und auch bedeutsamsten Prozesse, den Lassalle zu führen hatte, handelte es sich um das Arbeiterprogramm, das die besitzlosen Klassen zu Haß und Verachtung gegen die besitzenden Klassen angereizt haben sollte. Die Reden, mit denen sich Lassalle erst vor dem Stadtgericht und dann vor dem Kammergericht vertheidigte, waren nicht nur Meisterstücke gerichtlicher Beredsamkeit, sondern auch werth- und wirkungsvolle Waffen für das Rüsthaus seiner sozialpolitischen Agitation. Wie seine Assisenrede von 1849, hatte Lassalle sie schon, ehe er sie hielt, im Drucke herausgegeben. Sie büßten dadurch nichts von ihrer kampffreudigen Frische ein, und ebenso wenig beeinträchtigte die sorgfältige Vorbereitung das bewundernswerthe Maß von Schlagfertigkeit, womit sich Lassalle in allen Wechselfällen der Verhandlungen zurechtfand. In der ersten Instanz vor dem Stadtgericht ging es sehr stürmisch zu, und die Art, wie Lassalle als meisterhafter Debatter trotz aller Unterbrechungen des Präsidenten das Wort immer wieder zu behaupten wußte, war ebenso klassisch, wie die Strafe, die er über den Staatsanwalt v. Schelling verhängte, indem er ihn moralische Spießruthen laufen ließ zwischen den Zitaten aus den Werken seines Vaters, des Philosophen v. Schelling.

Die wissenschaftliche Höhe, auf welcher das Arbeiterprogramm stand, vermochten natürlich weder der Staatsanwalt, noch die Richter zu erklimmen. Sie halfen sich mit einem entsetzlichen Kauderwelsch, von dem Lassalle in seiner beißend scharfen Appellationsrechtfertigung sagte, daß ein Wort das andere aufesse. Wie die Fliegen am Leime, klebten sie am Worte Revolution, das sie nur im „Heugabelsinne" zu deuten, nur als Mord und Todtschlag aufzufassen verstanden. Im Geiste des preußischen „Rechtsstaats" machten sie kein Hehl daraus, daß vor Arbeitern nicht gesagt werden dürfe, was sonst zu sagen straflos sei. Der einzige Punkt, in dem sie einen sozusagen sachlichen Anlauf nahmen, war die Bestreitung der Thatsache, daß die indirekten Steuern mit unverhältnißmäßiger Wucht auf den arbeitenden Klassen lasteten. Wohl durfte Lassalle später von dem Kammergerichte sagen: „Es ist hart, es ist erbitternd, gerade für einen Punkt bestraft zu werden, der sich bereits seit drei Jahrhunderten in der Wissenschaft von Buch zu Buch bis in jeden Leitfaden geschleppt hat, blos deshalb bestraft zu werden, weil ein Staatsanwalt und ein Gerichtshof niemals ein Kompendium der Staatswirthschaft zur Hand genommen haben." Auf das Konto

dieser blöden Unwissenheit hin wurde Lassalle zu vier Monaten Gefängniß verurtheilt, nachdem der Staatsanwalt neun Monate beantragt hatte. Vergebens beschwor Lassalle die Richter, ihn freizusprechen, um des Andenkens willen, das die Geschichte ihren Namen bewahren werde; sie zogen es vor, ihre Namen — Pielchen, Kolk, v. Wulffen — auf das schwarze Blatt der ungerechten Richter zu schreiben. Den Staatsanwalt v. Schelling aber tröstete eine glänzende Karriere über seine moralische Vernichtung, er hat es bis zum Minister der preußischen und zum Staatssekretär der deutschen Justiz gebracht.

Seiner Vertheidigungsrede erster Instanz hat Lassalle den Titel gegeben: Die Wissenschaft und die Arbeiter. Sie gipfelt in dem Bekenntniß: „Zwei Dinge allein sind groß geblieben in dem allgemeinen Verfalle, der für den tieferen Kenner der Geschichte alle Zustände des öffentlichen Lebens ergriffen hat, zwei Dinge allein sind frisch geblieben und fortzeugend mitten in der schleichenden Auszehrung der Selbstsucht, welche alle Adern des europäischen Lebens durchdrungen hat: die Wissenschaft und das Volk, die Wissenschaft und die Arbeiter! Die Vereinigung beider allein kann den Schoß europäischer Zustände mit neuem Leben befruchten. Die Allianz der Wissenschaft und der Arbeiter, dieser beiden entgegengesetzten Pole der Gesellschaft, die, wenn sie sich umarmen, alle Kulturhindernisse in ihren ehernen Armen erdrücken werden — das ist das Ziel, dem ich, so lange ich athme, mein Leben zu weihen beschlossen habe." Die Rede ist durchaus würdig des Arbeiterprogramms, zu dessen Vertheidigung sie gehalten wurde, kurz ehe Lassalle das Offene Antwortschreiben erließ: nicht frei von ideologischem Ueberschwange und eben auch darin echt Lassallisch, aber noch frei von trübender Erbitterung, das Bild eines Kriegers, in dessen blanken Waffen noch einmal heller Sonnenschein blinkt, ehe denn der Staub des Schlachtfeldes aufwirbelt.

Etwas von diesem Staube liegt schon auf der großen Rede, womit Lassalle das Urtheil des Stadtgerichts vor dem Kammergericht anfocht. Sie handelt über die indirekte Steuer und die Lage der arbeitenden Klasse, und sie führt den Nachweis, daß die indirekten Steuern das Mittel seien, die Steuerlast von den besitzenden auf die besitzlosen Klassen abzuwälzen, so gründlich und unwidersprechlich, wie er weder vorher noch nachher geführt worden ist. In dieser Beziehung ist sie von bleibendem Werth und genügt für sich allein schon, um die sinnlose Behauptung zu widerlegen, daß Lassalle ein Dilettant auf ökonomischem Gebiete gewesen sei. Nicht minder schlagend wandte sich Lassalle gegen die alberne Mißhandlung des Wortes Revolution. Er definirte die Revolution nochmals als ein neues Prinzip, das an die Stelle eines bestehenden Zustandes trete, gleichviel ob mit oder ohne Gewalt, und fügte die berühmt gewordenen Worte hinzu: „In diesem Sinne kann ich sagen, daß ich jedenfalls von dem künftigen Eintreten einer Revolution überzeugt bin. Sie wird entweder eintreten in voller Gesetzlichkeit und mit allen Segnungen des Friedens, wenn man die Weisheit hat, sich zu ihrer Einführung zu entschließen bei Zeiten und von oben herab — oder aber sie wird innerhalb irgend eines Zeitraumes hereinbrechen unter allen Konvulsionen

der Gewalt, mit wild wehendem Lockenhaar, erzene Sandalen an ihren Sohlen. In der einen oder anderen Weise wird sie kommen, jedenfalls, und wenn ich, mich dem Tageslärme verschließend, in die Geschichte mich vertiefe, so höre ich ihr Schreiten.“ Mit beißendem Hohne geißelte Lassalle die Klassenjustiz, welche nicht verurtheile das, was gesagt worden sei, sondern die Person, die es gesagt habe, und den Ort, wo es gesagt wurde. Er durfte sich darauf berufen, daß der Leiter des preußischen statistischen Bureaus, der Geheime Rath Engel, gleichzeitig mit dem Arbeiterprogramm einen Vortrag ganz ähnlichen Inhalts vor dem bürgerlichen Publikum der Singakademie gehalten habe, ohne angeklagt zu werden, und er konnte einen Brief verlesen, in dem Engel tapfer genug war, ihm diese Uebereinstimmung zu bestätigen und mit leicht verständlichem Winke hinzuzufügen, daß in allen Prozessen fachwissenschaftlichen Ursprungs der Schwerpunkt ebenso in das Gutachten der Sachverständigen gelegt werden müsse, wie bei Prozessen technischen oder kommerziellen Ursprungs. So wiegen in dieser Rede Lassalles die bedeutenden und großen Seiten weitaus vor, aber an einzelnen Stellen spürt man doch, daß er sie im Frühling 1863 abgefaßt hat, unter dem ersten frischen Eindrucke der Verleumdungen, mit denen ihn die Fortschrittspartei überhäufte.

Namentlich spitzte er den sehr richtigen Gedanken, daß die ungeheure Zunahme der indirekten Steuern ein unterscheidendes Merkmal der bürgerlichen Geschichtsperiode sei — einer Periode, zu welcher der moderne Absolutismus ebenso gehört wie die Bourgeoisrepublik —, dahin zu, daß er der manchesterlichen Bourgeoisie den Staat gegenüberstellte, vor dessen Richtern er plädirte. Er sagte ihnen, sie gehörten ja nicht zu den Manchestermännern, zu jenen modernen Barbaren, welche den Staat hassen, nicht diesen oder jenen bestimmten Staat, nicht diese oder jene Staats*form*, sondern den Staat *überhaupt*! und welche, wie sie das hin und wieder deutlich eingestanden hätten, am liebsten allen Staat abschaffen, Justiz und Polizei an den Mindestfordernden verganten und den Krieg durch Aktiengesellschaften betreiben lassen möchten, damit nirgends im ganzen All noch ein sittlicher Punkt sei, von welchem aus ihrer kapitalbewaffneten Ausbeutungssucht ein Widerstand geleistet werden könnte. „Wie breite Unterschiede Sie und mich auch trennen, meine Herren, — dieser Auflösung alles Sittlichen gegenüber stehen wir Hand in Hand. Das uralte Vestafeuer aller Zivilisation, den Staat, vertheidige ich mit Ihnen gegen jene moderne Barbaren!“ Das war eine sehr gefährliche Beweisführung, die von einer reaktionären Demagogie leicht mißbraucht werden konnte und wirklich mißbraucht worden ist; nämlich fünfzehn Jahre später, als der Staat, dem das Kammergericht diente, über die von ihm gewaltsam geknebelte Arbeiterklasse eine neue furchtbare Last indirekter Steuern stürzte und die „modernen Barbaren“ allein, gleichviel aus welchen Beweggründen, sich dieser Auspowerung der Massen widersetzten. Wie wenig Staat mit diesem Staate zu machen war, erfuhr Lassalle selbst gleich durch das Urtheil des Kammergerichts. Der höhere Gerichtshof trug zwar gerechte Scheu, sich ebenso kläglich bloszustellen, wie der niedere, und er

milderte deshalb die Strafe auf hundert Thaler herab, aber die juristische Monstrosität des ersten Urtheils stieß er nicht um und erkannte ebenso auf die Vernichtung des Arbeiterprogramms.

Der Staatsanwalt v. Schelling rächte sich, indem er der Vertheidigungsrede erster Instanz einen Injurienprozeß gegen Lassalle anhing, der mit dessen Verurtheilung zu einem Monate Gefängniß schloß, und obendrein gegen die Ansprache an die Arbeiter Berlins eine Hochverrathsanklage anhängig machte. Diese Anklage nahm Lassalle sehr kaltblütig auf; „sie ist ein reiner Blödsinn und hat ihren Quell blos in persönlicher Rachsucht des Staatsanwalts v. Schelling", schrieb er an Dammer. Der Prozeß wurde am 12. April 1864 vor dem Staatsgerichtshofe verhandelt und endete in der That damit, daß Lassalle von der Anklage freigesprochen wurde, ein auf gewaltsame Aenderung der preußischen Verfassung gerichtetes Unternehmen vorbereitet zu haben. Dagegen wurden zwei andere, damit verbundene Anklagen wegen Schmähung von Staatseinrichtungen und Beleidigung des Staatsministeriums von dem Ausnahmegerichtshofe dem ordentlichen Gerichte überwiesen und zugleich wieder gegen Lassalles Vertheidigungsrede eine neue Anklage auf Grund irgend welcher Kautschukparagraphen erhoben. So blieb es bei dem schönen Prinzip: aus jeder vernichteten Anklage wuchsen zwei oder drei neue empor. Die Vertheidigungsrede, die Lassalle in dem Hochverrathsprozesse hielt, räumte in ihrem ersten Theile mit dem juristischen Unsinn des Oberstaatsanwalts Adelung spielend auf, während der zweite Theil die politische Seite der Anklage beleuchtete und dabei alles das ausführte, was nach Lassalles Ansicht den König und Bismarck veranlassen konnte, die preußische Staatsverfassung durch Oktroyirung des allgemeinen Wahlrechts gewaltsam zu ändern.

Darüber ist das Gleiche zu sagen, wie über Lassalles Verhandlungen mit Bismarck überhaupt. Der Fortschrittspartei spielt Lassalle in der Rede härter mit, als jemals vorher. Er nennt sie eine Klique, die das Königthum mit einem Halsbande erwürgen wolle, das sie aus seiner Gunst winde. Jedenfalls darf nicht übersehen werden, daß diese Auffassung selbst durchaus der historischen Wahrheit entsprach und stets von Lassalle vertreten worden ist, was immer sich dagegen einwenden läßt, daß Lassalle sie gerade bei dieser Gelegenheit in dieser Form aussprach. In höflicherer Wendung sagte der liberale Publizist H. B. Oppenheim dasselbe, wenn er schrieb: „Die preußische Verfassung war nicht bewaffnet zur Welt gekommen, die Zeichen ihres revolutionären Ursprungs waren längst verwischt, der Stempel der Bewilligung aus der Machtfülle des Königthums war ihr in den Reaktionsjahren aufgeprägt worden." Daraus gerade, daß die Fortschrittspartei ihren angeblichen Kampf um die Freiheit und das Recht des Volkes auf diese Mißgeburt von Verfassung beschränkte, war das Zerwürfniß zwischen ihr und Lassalle entstanden. Auch betonte Lassalle in der Rede vor dem Staatsgerichtshofe immer wieder: Ich bin der Treiber, die Männer an der Regierung aber sind die Getriebenen; er sprach sehr ungenirt von ihrer „Unfähigkeit", wenn sie nicht thäten, was er verlangte. Wie er Buchers Bitte um eine vorsichtigere

Ausdrucksweise abgelehnt hatte, so antwortete er kühl: Das schickt sich nicht, als Bucher ihn bat, sich während der Berathung des Gerichtshofes zu entfernen, um fliehen zu können, falls dennoch auf die dreijährige Zuchthausstrafe erkannt würde, die der Oberstaatsanwalt beantragt hatte.

Ein dritter großer Prozeß entstand aus Lassalles Heerschaurede, die in Düsseldorf mit Beschlag belegt worden war. Er war deshalb besonders bemerkenswerth, weil er vor einem Gerichtshofe des liberalen Rheinlandes sich abspielte und der Staatsprokurator seine Tiraden aus der fortschrittlichen Presse schöpfte. Das Verfahren unterschied sich aber sonst nicht von den Prozessen, die Lassalle vor ostelbischen Gerichtshöfen zu bestehen hatte, weder in der Ungerechtigkeit der Anklage und des Urtheils, noch in der Schwere der beantragten und verhängten Strafe. Es führte für Lassalle fast noch größere Schererei mit sich, als irgend ein anderer seiner Prozesse. Die Kontumazialverhandlung erster Instanz hatte mit Lassalles Verurtheilung zu einem Jahre Gefängniß geschlossen, durch seine persönliche Vertheidigung vor der Berufungsinstanz brachte er die Strafe auf die Hälfte herunter, doch blieb auch hier das Nachspiel nicht aus: eine neue Anklage auf Grund der Vertheidigungsrede. Gegenüber Lassalle waren sie wirklich eine „reaktionäre Masse", die liberale wie die konservative Juristerei.

Lassalles Tod kassirte dann den ganzen kläglichen Aktenberg. Aber als sein sterbliches Theil der Klassenjustiz entronnen war, verfolgte sie noch unermüdlich sein unsterbliches Theil. So erkannte das Berliner Stadtgericht am 15. Februar 1865 auf Vernichtung der Rede über die Wissenschaft und die Arbeiter, auf Grund des Haß- und Verachtungsparagraphen. Justiz und Polizei schlugen noch immer mit Spießen und Stangen nach Lassalles Geiste, derweil sich an ihm und an ihnen schon das Dichterwort erfüllte: Dann wird er mitten durch die Schergen Wie ein erhabnes Wesen gehn.

IV. Bastiat-Schulze.

Inmitten solcher Bedrängnisse hatte Lassalle Kraft und Zeit, seine Streitschrift gegen Schulze-Delitzsch zu schreiben, ein theoretisches Werk, worin er als Arbeiteragitator sein letztes Wort sprach.

Soweit diese Schrift, die im Januar 1864 erschien, gegen Schulze polemisirt, gilt von ihr dasselbe, wie von der Streitschrift gegen Julian Schmidt: sie thut der Person Schulzes manchmal zu viel, weil sie eine ganze faule Sache in dieser Person verkörpert. Freilich hatte Schulze die ihm übertragene Rolle des „Königs im sozialen Reiche" mit großer Selbstgefälligkeit übernommen und war bereit, mit seinem Namen alle kapitalistische Korruption zu decken, wie denn überhaupt jeder polemischen Ausschreitung Lassalles in dieser Zeit die Entschuldigung zur Seite steht, daß sie gegenüber der Sünden der Gegner ein Kinder-

spiel war. Aber um seiner selbst und um seiner Sache willen hätte Lassalle besser daran gethan, von seinen persönlichen Angriffen gegen Schulze die Hälfte zu streichen und die andere Hälfte von der leidenschaftlich-ungestümen auf eine herablassend-verächtliche Klangfarbe zu dämpfen. Diejenigen Abschnitte seiner Schrift — und sie überwiegen durchaus —, in denen sich die ganze sieghafte Kraft seiner Dialektik noch einmal entfaltet und manchmal hinreißender als jemals zuvor, würden dadurch noch gewonnen haben.

Diese Abschnitte sind in ihrer Art wahre Muster positiver Kritik. Es war eine nahezu unmögliche Aufgabe, aus Schulzes Kapiteln zu einem deutschen Arbeiterkatechismus, die Bastiats verwaschenes Gerede abermals verwuschen, die richtigen Gesichtspunkte zur Erkenntniß der kapitalistischen Gesellschaft zu gewinnen. Aber Lassalle hat das nahezu Unmögliche möglich zu machen gewußt, und die Hoffnung, die er in der Vorrede aussprach, mag schon richtig gewesen sein: seine Sterne führten ihn günstiger, indem sie ihn zwangen, die wichtigsten Fundamentalsätze der wissenschaftlichen Nationalökonomie in der weit höheren Eindringlichkeit und Lebendigkeit der polemischen Form darzustellen, als wenn sie ihm gestattet hätten, die Grundlinien der wissenschaftlichen Nationalökonomie in einem systematischen Werke schrittweise zu entwickeln. Für die erschöpfende Lösung dieser Aufgabe war Lassalle zu sehr Jurist und Philosoph, und sein ökonomisches Werk würde neben dem ökonomischen Werke von Marx bestanden haben, wie ein hölzernes Linienschiff neben einem Hochseepanzer, während der Bastiat-Schulze diesem Hochseepanzer voranlief, wie ein flinkes Torpedoboot, das einstweilen eine furchtbare Verheerung unter den alten wurmstichigen Kästen der feindlichen Flotte anrichtete.

Im Bastiat-Schulze zerriß Lassalle alle Schleier, welche die Manchesterei und in anderer Weise auch die historische Schule über das Wesen der kapitalistischen Gesellschaft verbreitet hatten: die bornirte Vorstellung, als ob die Zustände dieser Gesellschaft die ewigen Naturzustände der Menschheit seien, das hohle Gerede von der Selbsthilfe, die den einzelnen, auf sich selbst angewiesenen Menschen zu seines Glückes Schmiede machte, die nichtsnutzige Fälschung der ökonomischen Kategorien zur höheren Ehre der Bourgeoisie, die Behauptung, daß Kapitalien nur durch Sparen entstehen könnten, daß der Unternehmergewinn ein Lohn für geistige Arbeit oder moralische Entsagung sei und ein Dutzend ähnlicher Tendenzlügen, die damals als reinste Früchte der Wissenschaft auf Markt und Gassen feilgeboten wurden. Aus ihrer kritischen Auflösung entwickelte Lassalle die thatsächliche Wahrheit; er wies nach, daß die kapitalistische Produktionsweise eine historische Kategorie, eine bestimmte Geschichtsperiode sei, deren Entstehung und deren Auflösung er in gleich einleuchtender Weise zu schildern wußte. Er legte den historischen Prozeß dar, durch den das Kapital mit dem Arbeiter die Rollen vertauscht, den lebendigen Arbeiter zum todten Arbeitsinstrument herabgesetzt, und sich selbst, das todte Arbeitsinstrument, zum lebendigen Zeugungsorgane entwickelt habe, und er zeigte, wie die schreienden Widersprüche der kapitalistischen Gesell-

schaft darauf hindrängten und nur dadurch gelöst werden könnten, daß die große Produktion der gesammten Gesellschaft das Kapital wieder zum todten dienenden Arbeitsinstrument degradire und damit zugleich neue Springquellen des gesellschaftlichen Reichthums eröffne. Gerade das bürgerliche Eigenthum sei ein anarchischer Sozialismus, eine Vertheilung des Eigenthums von Gesellschaftswegen, eine Verkennung der gesellschaftlichen Zusammenhänge, die sich für diese Verkennung als rohe Naturmächte rächten und die kapitalistische Produktionsweise zu einem Ball- und Glücksspiele machten, wobei der Rücken der arbeitenden Klassen der grüne Tisch sei, auf dem die Spekulanten und Unternehmer ihre Gewinn- und Verlustchancen auskämpften. Es sei das eigenthümliche Kennzeichen der kapitalistischen Gesellschaft, auf ökonomischem Gebiete die Selbstverantwortlichkeit der Einzelnen aufzuheben, und gerade der Sozialismus wolle durch die vernünftige Berücksichtigung des Gemeinsamen und Solidarischen in der menschlichen Gesellschaft die Freiheit und Zurechnungsfähigkeit der Menschen herstellen.

Im Einzelnen enthält der Bastiat-Schulze Manches, das vom Standpunkte der heutigen wissenschaftlichen Erkenntniß aus anfechtbar oder unhaltbar erscheint, im Ganzen war er zur Zeit seines Erscheinens, historisch und theoretisch, eine Leistung, die mit der einzigen Ausnahme von Marx und Engels kein Lebender hätte besser oder gleich gut machen können. Nichts putziger, als wenn Roscher mit seinem ängstlich-langweiligen Wuste von konfusen Begriffsbestimmungen und kahlen Notizchen auf den „Feuilletonisten" Lassalle herabzugrinsen versuchte. Der Bastiat-Schulze schlug dreimal die ganze bürgerliche Gelehrsamkeit. Sie hat dafür eine ihrer würdige Revanche genommen, indem sie seit dreißig Jahren nachzuweisen versucht, daß die Geschichte der politischen Oekonomie noch keinen so merkwürdigen und vielseitigen Plagiator gesehen habe, wie Lassalle gewesen sei.

Leider haben Lassalles nächste Freunde mit diesem unholden Spuk begonnen. Ziegler behauptete, Lassalle habe seine ganze Theorie aus dem Fourieristen Toussenel entnommen, Bucher aber vernichtete angeblich und verheimlichte thatsächlich einen Agitationsplan aus Lassalles Nachlaß, weil dieser Plan nach einem Gutachten von Rodbertus aus Proudhon abgeschrieben sein sollte. Daß Rodbertus selbst von Lassalle nachgeahmt worden sei, ist von den verschiedensten Seiten in die Welt posaunt worden. Andere sagten, Lassalle sei der reine Buchez, und wieder Andere, er sei der reine Bazard, ein halbes Schock noch Anderer aber, er sei der reine Louis Blanc. Daß er zu alledem auch noch Marx geplündert hat, gehört zum alltäglichen Futter hoffnungsvoller Privatdozenten. Die kühneren Geister unter ihnen sehen denn auch ein, daß es nachgerade an der Zeit sei, der abgeschmackten Posse eine neue Würze zu geben, und es ist nicht zu leugnen, daß der neueste Kommentator, den Lassalle in Universitätskreisen gefunden hat, in dieser Beziehung eine feine Witterung zeigt. Er beweist nämlich, daß Lassalle einen Aufsatz nachgeplappert hat, den Marx erst mehrere Monate nach Lassalles Tode veröffentlichte, und mit der genialen Wendung, daß Lassalle die Schriften anderer Sozialisten zu plagiiren verstanden hat, nicht nur so weit

sie vor seinem Tode erschienen waren, sondern auch soweit sie nach seinem Tode erschienen sind oder noch erscheinen werden, wird dem Ehrgeize bürgerlicher Forschung allerdings ein unabsehbares Feld geistreicher Entdeckungen eröffnet.

Die Methode dieser Forschung ist ebenso lieblich wie ihr Ergebniß. Da der Sozialismus seit Saint-Simon und selbst schon seit Thomas More aus den Uebelständen der kapitalistischen Produktionsweise erwachsen ist und diese Uebelstände beseitigen will, so giebt die Gemeinsamkeit des Ursprungs und des Ziels allen Sozialisten der neueren Zeit und besonders dieses Jahrhunderts eine gewisse gemeinsame Denkrichtung. Innerhalb dieser Gemeinsamkeit wird das Wesen, Wirken und Wollen des einzelnen Sozialisten durch seine natürlichen Anlagen, durch seine Bildung und Erziehung, durch die jeweilige Entwicklungsstufe der kapitalistischen Gesellschaft und ihrer Klassenkämpfe, durch die schon erreichte Höhe sozialistischer Erkenntniß, kurz, durch das ganze historische Milieu bestimmt, in dem er denkt, handelt und spricht. Alles das ist zu untersuchen, wenn man feststellen will, welche Stellung einem einzelnen Sozialisten in der Geschichte des Sozialismus gebührt. Ihn blos nach den allgemeinen Zügen zu beurtheilen, die dem modernen Sozialismus gemeinsam sind, ist so verdammt gescheidt, als wenn ein Naturforscher behaupten wollte, Löwe und Schaf oder Maus und Walfisch seien dieselben Thiere, weil sie die Eigenschaften der Säugethiere gemeinsam haben. Zuzugeben ist immerhin, daß diese unsinnige Methode historischer Kritik ihren sinnigen Grund hat. Je greifbarer und schärfer ein einzelner Sozialist einer bestimmten Gesellschaft auf den Leib gerückt ist, um so mehr bemühen sich die Schönfärber dieser Gesellschaft, ihn als einen abstrakten Schemen darzustellen, der sich allerlei allgemeine Schlagworte aus allen möglichen Winkeln zusammengeklaubt habe. Den theoretisch-wissenschaftlichen Werken Lassalles, die nicht in die Massen gedrungen sind, hat noch kein deutscher Professor oder Privatdozent die Originalität abgestritten; umgekehrt, je mehr das große theoretische Werk von Marx Gemeingut der Massen wird, um so häufiger erscheinen Universitätsschriften mit dem tröstlichen Nachweise, daß Marx auch solch elender Plagiarius gewesen sei wie Lassalle.

Lassalle selbst hat sich nie als einen bahnbrechenden sozialistischen Theoretiker ausgegeben; er hat nicht einmal als sozialistischer Agitator behauptet, neue Gedanken in die Massen zu werfen. Im Gegentheile! Er wird nicht müde zu wiederholen, daß er den Arbeitern nur absolut Feststehendes und leicht zu Begründendes geben wolle, daß er ihnen nichts sage, was nicht längst in der Wissenschaft festgestellt sei, was sich die Männer der Wissenschaft nicht längst an den Schuhsohlen abgelaufen hätten. Wenn Lassalle sich dabei auf bürgerliche Autoritäten zu berufen liebte, so nicht, weil er damit irgend welchen Diebstahl an sozialistischen Vorgängern verdecken wollte, sondern aus dem von ihm selbst ganz offen angegebenen Grunde, weil er mit solchen Autoritäten seine bürgerlichen Gegner desto nachdrücklicher schlagen konnte. Der historische Schwerpunkt seiner Agitation liegt nicht darin, ob seine einzelnen Forderungen und Gedanken schon von Anderen mehr oder weniger ähnlich ausgesprochen worden seien, sondern darin, ob er den

historischen Augenblick, in dem der politische Klassenkampf des deutschen Proletariats organisirt werden mußte, richtig erkannt und ob er diesen Kampf richtig zu organisiren verstanden habe. Nur in dieser Beschränkung kann es sich überhaupt darum handeln, ob Lassalle den Vertretern der sozialistischen Theorie und Praxis, von denen er gelernt hat, in seinen Agitationsschriften immer gerecht geworden ist. Und dieser Gesichtspunkt tritt natürlich am schärfsten hervor beim Bastiat-Schulze, in dem Lassalle seiner Agitation die theoretische Grundlage gab.

Thatsächlich schuldet Lassalle dem Utopismus gar nichts, dem kleinbürgerlichen Sozialismus einiges, um so viel mehr aber dem modernen wissenschaftlichen Kommunismus. Ob er in den einzelnen Gedanken oder auch Redewendungen, in denen er sich an die französische Sozialdemokratie der vormärzlichen Zeit anlehnte, jedesmal seine Quelle hätte angeben sollen, das ist eine Frage, die sich nur von Fall zu Fall entscheiden ließe. Soll sie ehrlich entschieden werden, so würde sie weit mehr Arbeit und Mühe kosten, als sie schließlich werth ist. Im Wesen der Sache war die deutsche Sozialdemokratie, die Lassalle begründete, grundverschieden von der französischen Sozialdemokratie der Louis Blanc und Genossen; so hatte Lassalle, der sich auf Schritt und Tritt hüten mußte, perfiden Gegnern neuen Anlaß zu Verdrehungen zu geben, triftigen Anlaß genug, sich nicht auf den französischen Sozialismus zu berufen, was er eben nur in sehr äußerlichem und sehr verklausulirtem Maße hätte thun können und was nicht zu thun im schlimmsten Falle mehr eine Unhöflichkeit als eine Ungerechtigkeit war.

Ganz anders steht es um Lassalles Verhältniß zum modernen wissenschaftlichen Kommunismus. Wie er gelegentlich an Marx schrieb: „Du bist mein Lehrmeister gewesen in solchen Dingen", so ist seine Agitation und namentlich der Bastiat-Schulze nicht denkbar ohne die geistige Vorarbeit von Marx. Nun zitirt Lassalle in seiner ökonomischen Hauptarbeit einmal die Schrift, die Marx im Jahre 1859 zur Kritik der politischen Oekonomie veröffentlicht hatte. Und er zitirt sie nicht nur, sondern überhäuft sie mit den lebhaftesten Lobsprüchen, indem er sie in einem Athemzuge äußerst bedeutend, meisterhaft, vortrefflich, epochemachend, ausgezeichnet nennt. Gegenüber diesem nicht übertriebenen, aber überladenen Lobe sieht es wie rauhe Unfreundlichkeit aus, wenn Marx in der Vorrede zum ersten Bande des Kapitals sagt, Lassalle habe in der Wiedergabe dessen, was er der Schrift von 1859 über Werthgröße und Werthsubstanz entnommen habe, „bedeutende Mißverständnisse" begangen. Und noch unfreundlicher klingt der Zusatz, den Marx „en passant" macht: „Wenn F. Lassalle die sämmtlichen allgemeinen theoretischen Sätze seiner ökonomischen Arbeiten, z. B. über den historischen Charakter des Kapitals, über den Zusammenhang zwischen Produktionsverhältnissen und Produktionsweise u. s. w. u. s. w. fast wörtlich, bis auf die von mir geschaffene Terminologie hinab, aus meinen Schriften entlehnt hat, und zwar ohne Quellenangabe, so war dieses Verfahren wohl durch Propagandarücksichten bestimmt. Ich spreche natürlich nicht von seinen Detailausführungen und Nutzanwendungen, mit denen ich nichts zu thun habe." Im Hinblick wohl

auf diese Stelle sagt ein bürgerlicher Biograph Lassalles, Marx habe sich persönlich so weit von Lassalle entfernt, wie sich ein schwerfälliger und verbissener Geist von einem gewandten und beredten Geiste zu entfernen pflege. Aber das ist ein ganz grundloser Ausfall gegen Marx, und man braucht nur die Thatsachen selbst sprechen zu lassen, um eine Erklärung zu finden, die jedem der beiden Männer das Seine giebt, ohne gegen den Einen oder den Anderen ungerecht zu sein.

Wie weit Lassalle davon entfernt war, sich heimlich mit den Federn von Marx schmücken zu wollen, geht schon aus dem hohen Werthe hervor, den er stets darauf legte, mit Marx zusammen zu arbeiten, zeigt sein bis in den Sommer 1862 hinein bekundetes Bestreben, gemeinsam mit Marx die Arbeiteragitation in Deutschland zu beginnen. Wenn aber Marx mit Lassalles „Detailausführungen und Nutzanwendungen nichts zu thun" haben wollte, wenn er mit anderen Worten die besondere Form verwarf, die Lassalle der deutschen Arbeiterbewegung geben zu müssen glaubte, so befand sich Lassalle offenbar in einer Zwangslage. Er konnte weder seine wissenschaftliche Ueberzeugung in dem verleugnen, was er von Marx gelernt hatte, noch auch konnte er sich auf Marx berufen, ohne eine öffentliche Auseinandersetzung über das hervorzurufen, worin sie nicht übereinstimmten. Insoweit, aber auch nur insoweit, sind es gewiß „Propagandarücksichten" gewesen, die Lassalles Verfahren bestimmten, und fast scheint es, als habe er das eine Mal, wo er sich in völliger Uebereinstimmung auf Marx berufen zu können glaubte, durch die Fülle des Lobes ausgleichen wollen, was er an anderen Orten widerwillig genug unterlassen mußte. Diese „Propagandarücksichten" hat Marx nun aber auch geachtet, nicht nur so lange Lassalle lebte, sondern auch noch über seinen Tod hinaus, und das fällt um so schwerer ins Gewicht, als Lassalle an der einen Stelle, wo er sich auf Marx beruft, den Auffassungen von Marx großen Eintrag thut. Marx hat das Verhältniß erst klargestellt, als er im ersten Kapitel des Kapitals seine früheren Ausführungen über Waare und Geld nochmals zusammenfaßte und möglichst popularisirte, gerade mit Rücksicht auf die „bedeutenden Mißverständnisse", die Lassalle hineingebracht hatte.

Diese Mißverständnisse liefen im Grunde auf den tiefsten Unterschied hinaus, der zwischen Lassalle und Marx bestand, auf den Unterschied zwischen rechtsphilosophischer und ökonomisch-materialistischer Auffassung. Lassalle zerpflückte im Bastiat-Schulze die Kategorie des Dienstes, die von Bastiat und anderen Sophisten des Kapitalprofits der Werththeorie der englischen Oekonomie untergeschoben worden war. Er stellte diese Theorie wieder in ihrer Reinheit her, im Sinne Ricardos, wonach sich alle Werthe in Arbeitsquanta und diese in Arbeitszeit auflösen. Er entwickelte dann an der Hand von Marx, daß in einer Gesellschaft, wo der Einzelne nicht Gebrauchs-, sondern Tauschwerthe produzirt, wo der Einzelne nicht für seine, sondern für aller anderen Leute Bedürfnisse arbeitet, nicht die individuelle Arbeitszeit als solche den Werth der Waaren bildet und mißt, sondern nur soweit sie allgemeine gesellschaftliche Arbeitszeit verkörpert, die

im Gelde ihr selbständiges Dasein gewinnt. Jedoch enthielt Lassalles Annahme, mit dieser Darlegung über das Geld und die gesellschaftliche Arbeitszeit als Maßeinheit des Werthes den „gedrängten Gedankenextrakt" aus dem gegeben zu haben, was Marx über Werthgröße und Werthsubstanz ausgeführt hatte, allerdings „bedeutende Mißverständnisse". Er nahm aus der Werththeorie, die Marx entwickelt hatte, nur das, was seiner rechtsphilosophischen Weltanschauung zusagte: den Nachweis, daß die allgemeine gesellschaftliche Arbeitszeit, die den Werth bilde, die gemeinsame Produktion der Gesellschaft nothwendig mache, um dem Arbeiter den vollen Ertrag seiner Arbeit zu sichern. Für Marx aber war die von ihm entwickelte Werththeorie die Lösung aller Räthsel, welche die kapitalistische Produktionsweise einschließt, ein Faden, an dem sich die Werth- und Mehrwerthbildung verfolgen ließ als ein weltgeschichtlicher Prozeß, der die kapitalistische in die sozialistische Gesellschaft umwälzen muß. So übersah Lassalle den Unterschied zwischen der Arbeit, sofern sie in Gebrauchswerthen, und der Arbeit, sofern sie in Tauschwerthen resultirt, jene zwieschlächtige Natur der in den Waaren enthaltenen Arbeit, die Marx dann im ersten Bande des Kapitals nochmals ausführlich nachwies als den Springpunkt, um den sich das Verständniß der politischen Oekonomie dreht. Auf dem neuen Wege, den Marx gebahnt hatte, ging Lassalle eine Strecke mit, um diesen Weg dann durch seine moralisch-rechtliche Auffassung der Werththeorie wieder zu versperren, und es ist ganz selbstverständlich, daß Marx dies Hinderniß wegräumen mußte, als er seine Arbeit von 1859 fortzuführen unternahm.

Lebte Lassalle heute, so würde er die wehleidigen Gemüther, die über das ihm von Marx widerfahrene Unrecht klagen, einfach auslachen. Er war ein viel zu aufrichtiger und ernster Jünger der Wissenschaft, um nicht die Aufklärung eines fundamentalen Irrthums willkommen zu heißen, selbst wenn sie auf seine Kosten erfolgte. Er hätte die Befreiung von einem unwillkommenen Zwange darin gesehen, daß Marx sein geistiges Eigenthum wieder einforderte. Und erst recht könnte er es sich gefallen lassen, daß Marx mit seinen „Detailausführungen und Nutzanwendungen nichts zu thun" haben wollte. Sie waren die Waffen, mit denen Lassalle das deutsche Proletariat ausrüstete, und die deutsche Arbeiterbewegung aus fünfzehnjährigem Schlummer wieder erweckt zu haben, das ist, wie Marx ein anderes Mal sagt, Lassalles unsterbliches Verdienst.

V. Lassalle und die Arbeiter.

Die gewaltige Arbeitslast, die Lassalle im Winter von 1863 auf 64 zu bewältigen hatte, gipfelte in der Sorge um den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein. Entwickelte sich dieser zu einer großen politischen Macht, so war das Hauptziel erreicht, und was sonst gelang oder mißlang, konnte als Nebensache gelten. Blieb diese Entwicklung aus, so hatte Lassalle nach seiner eigenen Auf-

fassung doch den großen Einsatz verloren, an den er eine schier übermenschliche Thatkraft setzte. Und in seinem Sinne erfüllten sich die Hoffnungen nicht, mit denen er seine Agitation begonnen hatte.

An und für sich zwar wuchs der Verein in ganz achtungswerthem Umfange. Die tausend Mitglieder, die er im Herbst 1863 gezählt hatte, verfünffachten sich nahezu binnen Jahresfrist. Aber damit blieb der Verein doch nur in den spielerischen Grenzen, die Lassalle verabscheute. Und auch dieses Wachsthum vollzog sich so aufreibend und qualvoll, daß Lassalle in trüben Stunden „des Ekels voll, sehr voll“ wurde. Die Dinge sahen in Wirklichkeit ganz anders aus, als Lassalle sie sich auf dem Papier ausgemalt hatte. Es war unmöglich, ein geschlossenes Arbeiterheer von heute auf morgen aus dem Boden zu stampfen.

Wenn es erlogen ist, zu sagen, daß Lassalles Agitation aus persönlichem Ehrgeiz entsprungen sei, so ist es mindestens übertrieben zu sagen, daß Lassalle nur ein historisch-wissenschaftliches Interesse am Emanzipationskampfe des Proletariats genommen habe. Es liegen beweiskräftige Zeugnisse genug für die Thatsache vor, daß ihn eine tiefe Sympathie zur Arbeiterklasse zog, daß er mit ihr zu empfinden und zu fühlen wußte. Was ihm aber doch im Wesentlichen fremd blieb, das war ihr inneres Leben als Masse, der mühsame Kampf mit dem Elend und der Noth, mit dem Alltäglichen und Kleinen, durch den sie sich auf den sicheren Boden ihres modernen Klassenbewußtseins emporarbeiten muß, die vergeblichen Anläufe und die peinlichen Rückfälle, die davon unzertrennlich sind. Niemals und nirgends kann die proletarische Revolution des 19. Jahrhunderts wie Pallas Athene aus dem Haupte eines kühnen Denkers geboren werden, und für die „Halbheiten, Erbärmlichkeiten und Schwächen ihrer ersten Versuche“ hatte Lassalle kein rechtes Verständniß, wenigstens kein so scharfes Verständniß, wie Marx und Engels dafür hatten.

Das deutsche Proletariat begann zu erwachen, und mit ihm der Geist der freiwilligen Disziplin und Solidarität, in dem es seinen Emanzipationskampf führen muß. Lassalles zündende Beredsamkeit verstand, diesen Geist im Sturme mit sich fortzureißen, aber dem schnellen Aufschäumen folgte ein ebenso schnelles Abschäumen. Von den Tausenden, die athemlos an Lassalles Lippen gehangen hatten, schrieben sich höchstens Hunderte in die Listen des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins ein, und von diesen Hunderten erfüllten kaum Dutzende die Pflichten, welche sie damit übernahmen. Das war für Lassalle die bitterste Enttäuschung, während es in Wirklichkeit ein ganz unvermeidlicher und in seinen Folgen heilsamer Prozeß war. Die moderne Arbeiterklasse muß sich selbst ihr Schicksal schmieden, um es für immer in starken Händen zu halten; der Zwischenraum, der zwischen ihrer ersten mächtigen Aufrüttelung und ihrer dauernden Organisation in kampffähigen Bataillonen liegt, muß durchschritten, kann nicht übersflogen werden.

So kam es, daß Lassalle selbst die Wirkungen seiner Agitation beträchtlich unterschätzte. Es war noch feuchtes Holz, in das die von ihm gestreuten Funken

fielen, und sehr mit Unrecht hielt er sie für erloschen, weil sie nicht gleich in helle Flammen aufschlugen. Was er in die Massen warf, das wirkte weit über die Stunde, den Tag und das Jahr hinaus. Und die Hauptsache gelang ihm doch: er schuf das feste Knochengerüst für ein mächtiges Arbeiterheer. Eine Kerntruppe, wie der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein, ließ sich nicht mehr werfen und ist im ärgsten Sturm und Drang nicht mehr geworfen worden. Fast zur selben Zeit, nur wenige Monate später, als Lassalle „über die tiefe, schmerzliche Enttäuschung, den fressenden inneren Aerger" klagte, den ihm die Gleichgiltigkeit und Apathie der Arbeitermasse einflöße, als er das métier de dupe verfluchte, bei dem er sich innerlich zu Tode ärgere, um so mehr als er diesem Aerger nicht Luft machen könne und ihn nach innen würgen, oft noch das Gegentheil behaupten müsse, zu dieser selben Zeit schrieb ein kluger und unbefangener Beobachter, wie Albert Lange, der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein sei eine „außerordentlich wirksame Pflanzschule leitender Köpfe im Arbeiterstande" und fügte hinzu, daß, wer wirklich mit den Arbeitern umgehe, leicht einsehen müsse, daß der Einfluß dieses Vereins viel weiter reiche, als seine Mitgliederlisten, Anhänger Schulzes gebe es unter den rheinischen Arbeitern überhaupt nicht mehr in nennenswerther Anzahl.

Allerdings war der Verein unter diesen Arbeitern auch stärker vertreten, als irgendwo sonst. Von den 4610 Mitgliedern, die im Herbste 1864 gezählt wurden, entfiel mehr als die Hälfte auf das Rheinland, und von dieser Hälfte wieder mehr als die Hälfte auf Elberfeld-Barmen und die ländlichen Vorposten der im Wupperthale altheimischen, durch die Fortschritte der Technik und die Konjunkturen des Weltmarkts unausgesetzt revolutionirten Textilindustrie, namentlich auf Ronsdorf und Wermelskirchen. Hugo Hillmann, der Bevollmächtigte für Elberfeld, bestrich unermüdlich die ganze Gegend, ein geborener Agitator und politisch nichts weniger als ein unsicherer Kantonist, wofür er in seiner Londoner Exilszeit einmal ohne Grund gegolten hatte, aber persönlich bei zerrütteten Vermögensverhältnissen durchaus nicht peinlich in der Wahl seiner Hilfsmittel und deshalb viel angefochten. Auf die Klagen des Vereinskassirers über Hillmann antwortete Lassalle wohl ärgerlich, es gehe ihm mit Hillmann wie dem ersten Napoleon mit Davoust, hätte er zwei solche, so müßte er einen davon erschießen lassen, aber da er nur den einen habe, so brauche er ihn.

Neben Elberfeld-Barmen war Solingen mit 500 Mitgliedern ein Mittelpunkt der rheinischen Bewegung. Hier hatte Lassalle in Karl Klings und Eduard Willms eifrige Anhänger gewonnen. Der Solinger Arbeiterbildungsverein löste sich vollständig in den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein auf, und der Solinger Konsumverein erklärte öffentlich, er sei seit seinem anderthalbjährigen Bestehen immer weit entfernt gewesen von der „geradezu lächerlichen und prahlerischen Ansicht", als könne durch Konsumvereine die Klassenlage der Arbeiter gehoben werden; er habe immer nur die Absicht gehabt, seine Mitglieder gegen den Wucher des Kramladens und die immer mehr um sich greifende Verfälschung aller Lebens-

mittel zu sichern. Die Schleifer und Scherenarbeiter, die Schwertfeger und Schwertschmiede Solingens hatten seit Jahrzehnten die Ruthenstreiche des Kapitals so schwer empfunden, daß sie den proletarischen Klassenkampf leicht und schnell begriffen. In Remscheid, Hagen, Iserlohn legten handwerksmäßige Vorstellungen der Propaganda noch starke Hindernisse in den Weg, ähnlich in Krefeld auf dem linken Ufer des Rheins. Dagegen ging es in Duisburg mit seiner starken Fabrikbevölkerung rüstig vorwärts, ebenso in Düsseldorf, wo persönliche Erinnerungen an Lassalles Leben am Rheine mitwirkten, jede der beiden Städte zählte etwa 250 Mitglieder. Langsamer entwickelte sich Köln, wo die rheinische Bourgeoisie den stärksten Gegendruck ausübte. Moses Heß war im Dezember 1863 nach Paris zurückgekehrt, und sein Nachfolger im Amte des Bevollmächtigten vermochte die Ungunst des Terrains nicht durch persönliche Geschicklichkeit auszugleichen.

Nächst den Rheinlanden war Hamburg und das benachbarte Harburg die Hauptburg des Vereins. Beide Städte musterten etwa 700 Mitglieder. Der klassische Platz des deutschen Großhandels bot dem proletarischen Klassenkampfe ähnlich günstige Bedingungen wie die klassische Stätte der deutschen Großindustrie. Der Hamburger Arbeiterbildungsverein stammte noch aus dem Jahre 1848 und hatte unter der Asche der Reaktionsjahre fortglimmende revolutionäre Funken genährt; daneben waren in den fünfziger Jahren in Hamburg die beiden größten Konsumvereine Deutschlands entstanden. Als dann die nationalvereinliche Strömung in den Bildungsverein überschlug, entwickelte sich sofort aus seiner Mitte eine energische Opposition. Ihr Führer war Jürgen Lüders, der Oekonom des Bildungsvereins, und ihr Hauptredner August Perl, seines ursprünglichen Berufes ein Advokatenschreiber, der von einem jener Konsumvereine als Buchhalter angestellt worden war. Er wurde wegen seiner Opposition aus dem Bildungsverein ausgeschlossen und Jürgen Lüders als Oekonom abgesetzt, worauf dieser eine kleine Wirthschaft aufthat, in welcher Perl mit seinem Anhange verkehrte. Zu ihnen gesellte sich im November 1862 der junge Jacob Audorf, der als Schlosser am Schraubstock und in der Schmiede fünf schwere Lehrjahre durchgemacht, dann auf fünf Wanderjahren in Deutschland, der Schweiz, Paris, London viel erlebt und erlernt hatte. Echtes Proletarierblut, stand er den Massen viel näher, als Perl, der nicht unbegabt war und es später sogar noch zum Doktor und Rechtsanwalt gebracht hat, aber damit auch der Arbeiterbewegung verloren gegangen ist und schon zur Zeit, wo er in ihr thätig war, durch starke Tagesströmungen leicht abgelenkt und stutzig gemacht wurde. In Harburg war Bevollmächtigter des Vereins Theodor York, ein kühner trotziger Proletarier, dem es auf den Vorwurf der Widerhaarigkeit wenig ankam, wenn es galt, die Selbstständigkeit der Arbeiterbewegung zu sichern. Von Hamburg übertrug Gustav Deckwitz, ein junger Tischlergeselle, die Bewegung nach Bremen, doch ließ er sich von dem Senat einschüchtern, der die Thatsache, daß in Bremen kein Vereinsgesetz bestand, dahin auslegte, daß in Bremen kein politischer Verein geduldet

werden brauche. So beschränkte sich Deckwitz auf eine stille Agitation, die nur einige Dutzend Mitglieder eintrug.

Das Königreich Sachsen war nicht seiner industriellen Bedeutung entsprechend im Verein vertreten. Es stellte ungefähr ebenso viele Mitglieder, wie Hamburg und Harburg zusammen, wovon die Hälfte auf Leipzig mit seinen industriellen Vororten Konnewitz, Stötteritz, Thonberg entfiel. Ehe Vahlteich im Herbste 1863 nach Berlin übersiedelte, hatte er die Agitation nach Großenhain, Großburgk, Neugersdorf, Roßwein getragen, mit anfänglich nicht unbedeutendem, aber schnell zusammenschrumpfendem Erfolge. Ein Bericht aus Neugersdorf spricht sich darüber aus wie folgt: „Die Mitglieder wagen nicht, sich öffentlich für Lassalle zu bekennen wegen der Verfolgungen. Ein Weber verdient schon lange täglich nicht mehr als höchstens 3 Silbergroschen 6 Pfennig. Aus diesem Grunde war auch der Beifall erklärlich, den Herr Vahlteich erntete. Allgemein glaubten die Arbeiter, es ginge an ein Losschlagen, die Zustände zu verbessern." Drastischer als in diesen schlichten Worten eines Arbeiters lassen sich die scheußlichen Wirkungen der kapitalistisch ausgebeuteten Hausindustrie nicht schildern: Hungerlöhne im furchtbarsten Sinne des Wortes, die das Seelenleben des ausgebeuteten Proletariers zwischen sklavischer Furcht und wilder Rachsucht hin- und herschleudern.

In den entwickelteren Arbeiterschichten des Königreichs Sachsen besaß der bürgerliche Radikalismus, der sich hier nicht so abgewirthschaftet hatte, wie am Rheine, noch immer großen Einfluß; das dichte Netz von Arbeiterbildungsvereinen das Sachsen links der Elbe bedeckte, konnte nicht mit einem Schlage zerrissen werden. In Dresden stieg die Mitgliederzahl kaum auf ein Dutzend, unter denen der Kupferschmied Försterling weniger durch Talent als durch Eifer hervorragte. In Leipzig blieb Wuttke dem Vereine treu und hielt den Mitgliedern Vorträge über den französischen Sozialismus. Es wird berichtet, daß er nicht großen Beifall fand, was sich daraus erklären würde, daß seine Fähigkeit der Darstellung nicht auf gleicher Höhe mit seiner Gelehrsamkeit stand. Bevollmächtigter für Leipzig war Dammer, doch ruhte die Agitation vornehmlich in den rüstigen Händen Fritzsches, der zur alten Garde der Dresdener Maikämpfer gehörte.

In den schlesischen Weberbezirken nahmen die Dinge einen besseren Fortgang als in den sächsischen, doch erst nach Lassalles Tode. Was ihm selbst noch viele Freude ohne rechten Grund und viele Plage ohne rechten Erfolg gemacht hat, war ein kleiner Anhang, den er in dem böhmischen Orte Asch gewann. Er bestand aus etwa hundert Strumpfwirkern und Webern, braven und ehrlichen Leuten, die durch die Maschine aufs Pflaster geworfen waren und den „Hungertod als Ausgang solcher Weltkomödie" vor Augen sahen. Aber nur in ihrer frommen, nicht in ihrer revolutionären Gesinnung mochten sie „Abkömmlinge der alten Hussiten" sein, wie Lassalle sie nannte. „Nach der Bibel muß sich Hoch und Niedrig richten, und das gerade ist die Tendenz des Präsidenten Herrn Lassalle und seiner helldenkenden Anhänger", schrieb der Strumpfwirker Martin, den Lassalle zum Bevollmächtigten für Asch ernannt hatte. Diese völlige Un-

klarheit zeigte zur Genüge, daß es sich bei den Mitgliedern in Asch um einen wilden Schößling, nicht um eine echte Wurzel der Agitation handelte, wodurch Lassalles Bemühungen, seine dortigen Anhänger vor den Bedrückungen der Behörden und Fabrikanten zu schützen, natürlich nicht schlechter wurden.

In Süddeutschland fand die Agitation nur geringen Boden, was theils durch ihren preußischen Ursprung, theils durch das noch immer starke Uebergewicht des süddeutschen Kleinbürgerthums verursacht sein mochte. In Frankfurt a. M. waren Heymann und Theodor Müller nicht zu bewegen gewesen, ein Amt des Vereins anzunehmen, obgleich ihre Sympathien bei der Sache blieben. Auch der Frankfurter Arbeiterbildungsverein bestand fort, weil Müller in erster Reihe die Bildungsbestrebungen der Arbeiter fördern wollte und Lassalle aus Rücksicht auf die ihm von Müller geleisteten Dienste diesen Willen respektirte; sein Versuch, Löb Sonnemann wegen der auf dem Züricher Tage bewiesenen Perfidie aus dem Verein stoßen zu lassen, scheiterte an zwei Stimmen Mehrheit. Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein begann in Frankfurt mit 67 Mitgliedern, die in langsamem, aber stetigem Wachsthum blieben. Es waren zur Hälfte Schneider, daneben andere Handwerker, wie der Gürtler Fritz Ellner und der Portefeuillearbeiter Welcker, auch einzelne Literaten, wie Bernhard Becker und der junge Heinrich Oberwinder. Mit Schweitzer hatte Lassalle seinen Willen doch nicht durchgesetzt, durch seine Vermittlung wurde Schweitzer dann Mitglied in Leipzig. Nachdem sich der anfängliche Bevollmächtigte in Frankfurt, der Zigarrenhändler Strauß, als unzuverlässig erwiesen hatte, trat Bernhard Becker an seine Stelle. Viel schlimmer als in Frankfurt sah es in Mainz aus, wo der Uhrmacher Schöppler sehr schnell in die mütterlichen Arme der Fortschrittspartei zurückkehrte. Die Vorgänge in Mainz waren ein besonders schlagender Beweis für den schnellen Wechsel von Ebbe und Fluth, der die Anfänge der modernen Arbeiterbewegung so oft kennzeichnet. Lassalles Beredsamkeit schien die Mainzer Arbeiter auf einen Schlag gewonnen zu haben; dann trat ein so völliger Rückschlag ein, daß in den anderthalb Jahren bis zu Lassalles Tode sich erst etwa wieder zehn bis zwölf Mitglieder gesammelt hatten; als dann aber Lassalles Leiche die Stadt passirte, bereiteten ihr die dortigen Arbeiter ein Todtenfest, wie einem Könige.

In der Rheinpfalz, in Baden, in Württemberg, den klassischen Stätten der Kleinbürgerei, vermochte die Agitation noch nirgends festen Fuß zu fassen. Vielmehr schlossen sich die württembergischen Arbeiterbildungsvereine, deren es eine ganze Anzahl in Stuttgart, Eßlingen, Ulm, Heilbronn, Göppingen, Reutlingen, Gmünd, Cannstatt und anderen Orten gab, im Juni 1863 zu einem besonderen Landesverbande zusammen und hielten ein Jahr später ihre erste Landesversammlung in Göppingen ab. In den Vorständen dieser Vereine saßen Fabrikanten, Professoren, Lehrer, Apotheker und andere gelehrte Häuser, aber höchst selten Arbeiter. Etwas anders lagen die Dinge in Baiern. In der Hauptsache ein ackerbautreibendes Land und in seiner gewerblichen Gesetzgebung außerordentlich rückständig, besaß es doch in Augsburg, München und Nürnberg einzelne Mittel-

punkte der Metall- und Textilindustrie, die Tausende von Industriearbeitern zählten. Besonders hatte Augsburg mit seinen großartigen Spinnereien, Webereien und Kattundruckereien ein ganzes Arbeiterheer angezogen. Die Augsburger Arbeiter machten keine schlechte Schule durch, da die Textilbarone im Anfang ihrer Fabrikgründungen fremde Arbeiter aus dem Elsaß und der Schweiz heranzogen, um die heimischen Arbeiter anzulernen; auch gab es in Augsburg eine Anzahl Arbeiter, welche die badisch-pfälzische Erhebung mitgemacht hatten und noch tief in der Rebellenhaut steckten. Am meisten that aber auch hier die baierische Bourgeoisie, um die Arbeitermassen in das politische Leben zu werfen. Sie begann sich zu fühlen und band mit dem Ultramontanismus an, mit dem unter diesem Namen segelnden Junker- und Pfaffenthum; sie wollte namentlich die Schranken der Gewerbe- und Zollgesetzgebung niederbrechen, die ihr die Betheiligung am Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt erschwerten. Die Augsburger Spinnerkönige, heute Schutzzöllner, waren damals wüthende Manchesterleute und verhießen den von ihnen ausgebeuteten Arbeitern alle Wonnen des Paradieses vom tausendjährigen Reiche des Freihandels. Einstweilen konnten sie damit das Proletariat bethören, nicht jedoch, ohne daß sich in den vorgeschrittensten Arbeitern eine bessere Einsicht regte. Als ein Augsburger Arbeiter, der Mechaniker Friedrich Dürr, der in Hamburg sich der Agitation Lassalles angeschlossen hatte, in seine Vaterstadt zurückkehrte, gewann er einige Dutzend Kameraden. Doch wollte es zunächst nicht recht vorwärts gehen, da es an Rednerkräften fehlte und die Verketzerung Lassalles durch die liberale Presse noch viel zu großen Glauben bei den Arbeitern fand.

Im Ganzen war der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein bei Lassalles Tode über etwa 50 deutsche Orte verbreitet, in mehr als einem Drittel davon stand er freilich nur so gut wie auf dem Papier, in einem anderen Drittel zählte er über 100 Mitglieder. Außerhalb Deutschlands erklärte sich der kommunistische Arbeiterbildungsverein in London zum Anschlusse bereit, doch empfing ihn Lassalle sehr zurückhaltend, indem er meinte, nichts sei schwieriger und verwickelter als das Londoner Terrain. Wahrscheinlich wollte er jedem möglichen Zusammenstoße mit Marx ausweichen. In der Schweiz trat Johann Philipp Becker mit einem Offenen Briefe für Lassalle ein, klagte aber über mangelhaften Erfolg, da die Arbeiter des Handwerks noch ganz in Schulzes Illusionen verbissen seien und jeder sich schon als künftiges Mitglied einer einträglichen Genossenschaft betrachte.

Blieb nun die räumliche Ausdehnung des Vereins weit hinter Lassalles Erwartungen zurück, so nicht minder oder eher noch mehr seine innere Entwicklung. Lassalle wollte auch hier ernten, nachdem er kaum gesäet hatte. Er verging vor Ungeduld über die unregelmäßige Berichterstattung der Bevollmächtigten, über die unpünktliche Zahlung und oft gänzliche Stockung der Mitgliederbeiträge, über die „Reibungen, Kleinlichkeiten, Intriguen, Streitigkeiten in Fortschrittlerweise“, an denen das junge Vereinsleben nicht arm war. Die „Vereinsspielerei“ erpreßte ihm unzählige Flüche. Ein regelmäßiges Funktioniren des von ihm geschaffenen Organismus hat er nicht mehr erlebt, so unermüdlich er war, durch

Bitten, Mahnungen und im äußersten Falle selbst Drohungen die Bevollmächtigten anzutreiben. Die Vereinskasse war von vornherein mit einem starken und immer wachsenden Defizit behaftet, das durch Geschenke Lassalles, durch die Erträgnisse seiner Agitationsschriften, durch freiwillige Anleihen bei den paar wohlhabenden Mitgliedern des Vereins, durch Vorschüsse des Kassirers und andere Finanzoperationen gemildert, aber keineswegs behoben wurde. Wenn selbst Hillmann in Elberfeld, Perl in Hamburg und Dammer in Leipzig mit ihren Abrechnungen und Berichten im Rückstande blieben, was war dann groß von den Bevollmächtigten zu erwarten, die verhältnißmäßig wenige Mitglieder hinter sich hatten, als einfache Arbeiter nach des Tages Last und Hitze agitiren und dann noch rechnen oder schreiben sollten, ungeübt, wie sie waren, mit der Feder umzugehen?

Um die innere Lebensfähigkeit des Vereins zu erhöhen, griff Lassalle zu einigen Maßregeln, die auf eine größere Selbständigkeit der Mitglieder abzielten. Zunächst ordnete er für Elberfeld, Barmen und Ronsdorf je eine besondere, von den örtlichen Mitgliedern zu wählende Kassenverwaltung an. Sie sollte aus zwei Kassirern und zwei Kontrolleuren bestehen; neben ihnen hatten zwei Zensoren die Aufgabe, säumige Mitglieder zur Zahlung ihrer Beiträge anzuhalten. Doch blieb der Bevollmächtigte allein berechtigt, über die örtlichen Ausgaben zu verfügen, mit der Maßgabe, daß sie ohne besondere Genehmigung des Präsidenten niemals in einem Monat die Hälfte der Monatseinnahmen übersteigen dürften. Etwas später verfügte Lassalle dann für jene drei Orte und dazu für Düsseldorf, Solingen und Wermelskirchen, daß die örtlichen Mitgliedschaften für den Posten des Bevollmächtigten drei Kandidaten wählen sollten, aus denen der Präsident die endgiltige Auswahl zu treffen habe. Beide Einrichtungen, deren Ausdehnung über den ganzen Verein von vornherein vorgesehen wurde, waren Zugeständnisse an das demokratische Prinzip. Sie scheinen aber keine große Verbesserung herbeigeführt zu haben, da der Fehler mehr darin lag, daß sich die Organisation überhaupt noch nicht eingelebt hatte, als daß sich ihre Mängel bereits fühlbar machten.

In allen diesen Kinderkrankheiten zeigte der Verein doch, daß er ein sehr gesundes Kind war. Dafür sprachen schon die zahlreichen Beweise treuer Anhänglichkeit und raschen Verständnisses, die Lassalle von den Mitgliedern erhielt. Sie beschwichtigten immer wieder seine Ungeduld und durften ihn wohl mit stolzer Genugthuung erfüllen. Es war doch die Elite des deutschen Proletariats, die ihn in freiwilliger Disziplin als ihren Führer anerkannte. Zugleich aber zeigte sich schon früh, daß der Verein bei alledem keine Sekte war, die sklavisch auf die Worte des Meisters schwor, sondern eine sich schnell entwickelnde Partei, die sehr bald an dem Gängelbande der diktatorischen Leitung zu zerren begann. Es ist zwar nur ein unbeglaubigtes Erzählchen, daß Lassalle auf den entschiedenen Widerspruch seiner Berliner Anhänger gestoßen sein soll, als er ihnen habe das Versprechen abnehmen wollen, bei einem Kampfe zwischen dem Königthum von Gottes Gnaden und der liberalen Bourgeoisie für das Königthum und gegen die Bourgeoisie einzutreten. Diese Aufforderung steht mit allen beglaubigten Aeuße-

rungen Lassalles in so unversöhnlichem Gegensatze, daß sie, ohnehin nur durch dritte Hand überliefert, ins Reich der Fabeln verwiesen werden muß. Aber in einem anderen Falle ließ sich Lassalle leider dazu hinreißen, an die revolutionäre Gesinnung der rheinischen Arbeiter eine sehr unbillige Zumuthung zu stellen. Zwei Solinger Schleifer, Namens Moll, und ein Elberfelder Arbeiter, Namens Lotz, wurden im Frühjahr 1864 zu viermonatlicher Gefängnißstrafe verurtheilt, weil angeblich sie die Messerstiche ausgetheilt haben sollten, durch die einige fortschrittliche Spektakelmacher bei Lassalles Heerschaurede in Solingen verwundet worden waren. Lassalle schlug nun vor, die Verurtheilten sollten ein durch eine große Arbeiteradresse unterstütztes Gnadengesuch an den König richten. Indessen die wackeren Männer weigerten sich entschieden. Sie meinten, selbst wenn sie vier Jahre sitzen sollten, würde es doch ihren Gesinnungen widerstreiten, dem Könige verpflichtet zu werden, und ihre Kameraden stimmten ihnen bei. Lassalle mußte sich mit einem rückhaltlosen Nein bescheiden, und er nahm es wenigstens mit dem ehrlichen Bekenntniß hin, daß es ihn mit Stolz erfüllen müsse, an der Spitze solcher Männer zu stehen. Kurirt war er freilich noch immer nicht ganz und holte sich einen zweiten Korb mit dem Vorschlage, eine Beschwerdeadresse ohne Gnadengesuch ins Werk zu setzen.

Sehr viel unberechtigter als dieser Protest der Solinger Arbeiter war an und für sich die Opposition Vahlteichs gegen Lassalle. Vahlteich hatte am 1. Februar 1864 sein Amt als Vereinssekretär niedergelegt, da er sich mit Lassalle nicht persönlich zu stellen vermochte; an seine Stelle trat Eduard Willms aus Solingen, der vortrefflich mit Lassalle ausgekommen ist. Vahlteich siedelte nach Dresden über, wo er das Amt des Bevollmächtigten übernahm. Sein Bestreben ging jetzt auf eine Dezentralisation des Vereins, auf engeren Anschluß an die entschiedeneren Richtungen der Bourgeoisie, und er ließ es dabei an Bemerkungen über die Scheinexistenz des Vereins, über den sehr gefährlichen Humbug des Präsidiums und ähnlichen Aeußerungen nicht fehlen, die eine unverkennbare persönliche Schärfe gegen Lassalle enthielten. Sachlich war Vahlteich mit seinen Bestrebungen jedenfalls auf dem Holzwege; was bei einem Anschlusse der Arbeiter an die Fortschrittspartei herauskam, hatte er ja am eigenen Leibe erprobt. Scheiterte die Zentralisation des Vereins daran, daß sich die Arbeiter noch nicht in eine politische Parteiorganisation zu finden wußten, so war seine Dezentralisation einfach ein Todesurtheil für die ganze Agitation. Lassalle sah darin mit Recht nicht den Anfang vom Ende, sondern das Ende selbst, einen schicklichen Vorwand, den Verein aufzulösen, wenn er denn wirklich aufgelöst werden mußte. Glaubte Vahlteich an keinen Erfolg mehr, so hätte es gerade für ihn nach seiner Vergangenheit näher gelegen, aus dem Verein auszuscheiden, statt ihn zu zerrütten, und es war durchaus begreiflich, daß Lassalle über Vahlteichs Opposition eine steigende Erbitterung empfand.

Trotz alledem lag in dieser Opposition ein sehr bedeutsames Moment. Es sind von jeher viele ungerechte oder wenigstens stark übertriebene Vorwürfe gegen

die Organisation laut geworden, die Lassalle der Arbeiterbewegung gab; wenn er beispielsweise in seinen Erlassen die örtlichen Mitgliedschaften kurzweg Gemeinden zu nennen begann, so ist diese einfache und sinngemäße Abkürzung eines schwerfälligen Ausdrucks als religiöser Sektengeist angesprochen worden, während sie thatsächlich die Wiederbelebung einer Bezeichnung war, die schon der Bund der Kommunisten für seine örtlichen Mitgliedschaften gebraucht hatte. Aber so viel läßt sich nicht leugnen, daß die Gefahr der Sektenbildung in Lassalles Organisation lag, und deshalb war die Opposition, die sich schon frühzeitig gegen Lassalle innerhalb des Vereins erhob, ein Zeichen innerer Kraft, mochte sie zunächst, wie im Falle der Solinger Arbeiter, eine berechtigte, oder wie in Vahlteichs Falle, eine unberechtigte Form annehmen. Sie ist niemals wieder völlig verstummt, so lange der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein bestand, und erst mit der Gefahr erloschen, gegen welche sie gerichtet war, mit der Gefahr, die sich an jede persönliche Diktatur knüpft.

Lassalle meinte es in großem Sinne, wenn er im proletarischen Klassenkampfe Autorität und Freiheit vereinigt, wenn er darin ein Vorbild der künftigen Gesellschaftsform sah. Und unzweifelhaft war seine persönliche Diktatur heilsam und nützlich, so lange es darauf ankam, die kopflose Zerfahrenheit zu beseitigen, welche die Fortschrittspartei in die Arbeiterklasse getragen hatte, und ein starkes Klassenbewußtsein des Proletariats zu erwecken. Aber sobald dies Ziel erreicht war, wurde die persönliche Diktatur aus einem Hebel zu einer Hemmung und mußte ihrerseits beseitigt werden. Eine historisch aufsteigende Klasse, die sich ihres revolutionären Willens bewußt geworden ist, vereinigt Autorität und Freiheit in sich selber, und braucht ihren Willen nicht wie einen Hammer in die Hand eines Einzelnen zu legen. Die wahre Berechtigung einer persönlichen Diktatur, wie Lassalle sie handhabte, besteht darin, sich selbst überflüssig zu machen, und in diesem Sinne zeugte es von der selbständigen Triebkraft der Bewegung, daß vorgeschrittene Arbeiter, wie York, Vahlteich und die Solinger Schleifer, schon früh ihren Willen geltend machten gegen Lassalles diktatorische Leitung.

Ehe die persönliche Diktatur sich selbst überflüssig machte, sollte noch manches Jahr vergehen, und ihr Auflösungsprozeß führte mehr als einmal zu heftigen Erschütterungen. Aber darin spiegelte sich nur jener unscheinbare Gang der proletarischen Revolution wieder, der den Gegnern willkommenen Anlaß zu spottwohlfeilen Triumphen giebt, bis sich herausstellt, daß er eine Bedingung ihres unaufhaltsamen Erfolges ist.

Drittes Kapitel.

Lassalles Ende.

Am 8. Mai 1864 trat Lassalle seine Sommerreise an, von welcher er nicht mehr lebend zurückkehren sollte. Einer entschuldigenden Erklärung bedurfte er diesmal nicht, um den Berliner Staub von seinen Schuhen zu schütteln. Die beispiellosen Anstrengungen des Winters hatten seine Gesundheit völlig zerrüttet. An die Bevollmächtigten des Vereins schrieb er schon im Februar: „Ich bin todtmüde, und so stark meine Organisation ist, so wankt sie doch bis in ihr Mark hinein. Meine Aufregung ist so groß, daß ich keine Nacht mehr schlafen kann. Ich wälze mich bis fünf Uhr auf dem Lager und stehe mit Kopfschmerz und tief erschöpft auf. Ich bin überarbeitet, überangestrengt, übermüdet im furchtbarsten Grade", und ähnlich an Rodbertus zur selben Zeit: „Ich bin von übermäßiger Anstrengung und übertriebener Nervenaufregung durch die Arbeit so herunter, daß meine Nerven mir wie Stricke um den Körper schlottern." Lassalles Tage waren gezählt; ein Halsleiden, das ihm schon bei seinen Agitationsreden im Vorjahre arge Schmerzen bereitet hatte, ließ ihm nach dem Urtheil seines Düsseldorfer Arztes nur noch eine kurze Lebensfrist.

Gleichwohl wollte er nicht weichen, so lange noch irgend ein Hoffnungsflämmchen am Horizonte blinkte. Er rechnete immer noch darauf, der Regierung das allgemeine Wahlrecht entreißen zu können, und dieser Gedanke wurde mehr und mehr die treibende Kraft dessen, was er in den letzten Monaten seines Lebens gedacht und gesprochen hat. Da er einem Irrlichte nachjagte, so gerieth er immer weiter vom richtigen Wege ab, obgleich nie so weit, daß ihm nicht die Rückkehr in jedem Augenblicke frei gestanden hätte. Die Kundgebungen dieser Zeit tragen die Spuren geistiger und körperlicher Abspannung in allzu reichem Maße, niemals aber verlor Lassalle in ihnen sich selbst, und seiner Sache ist er mit keinem Hauche untreu geworden. Sein Prinzip blieb stets dasselbe, so eigenthümliche Sprünge auch mitunter seine Taktik machte.

Lassalle verwandte den Monat Mai auf eine neue Heerschau über seine Truppen. Sie begann in Leipzig und erstreckte sich dann namentlich wieder über die rheinischen Gemeinden, um in dem Stiftungsfeste des Vereins zu gipfeln, das am 22. Mai 1864 in Ronsdorf gefeiert wurde. Nach Ronsdorf wird denn auch gewöhnlich die Rede benannt, die Lassalle vorher schon, meist wohl in kürzerer Zusammenfassung, am 9. Mai in Leipzig, am 14. in Solingen, am 15. in Barmen, am 18. in Wermelskirchen gehalten hatte, überall von jubelnden Zurufen der Arbeitermassen empfangen, schwelgend in Triumphen, die ihn wohl für unendliche Plage entschädigen durften. In tiefen vollen Zügen trank sein durstiges Herz diesen vollen Sonnenblick des Erfolges, dem so bald die ewige Nacht folgen sollte. In dem namenlosen Jubel der rheinischen Massen dünkte er sich ein

Faust, der am Ziele seiner Erdenlaufbahn befriedigt stille steht, und er hatte beständig den Eindruck, so müsse es bei der Stiftung neuer Religionen ausgesehen haben. Wer mag heute mit diesen Worten eines Sterbenden rechten?

Die Ronsdorfer Rede gilt allgemein als die schwächste aller Agitationsreden, die Lassalle gehalten hat. Zum Theil liegt ihre Schwäche wohl darin, daß sie nicht aus einem Guß entworfen ist. Ursprünglich sollte sie eine „Revue nach Innen“ werden, wie die vorjährige Heerschaurede eine „Revue nach Außen“ gewesen war. Sie sollte den rechten Eifer und Geist unter den Mitgliedern wecken, und daran eine kurze pralle Schilderung der politischen Lage schließen. Dann verschob sich ihr Konzept nicht unwesentlich dadurch, daß die schlesische Weberdeputation, kurz ehe Lassalle seine Reise antrat, vom Könige empfangen wurde und dieser Zwischenfall eine vortreffliche Ausfallspforte für Lassalles taktische Wendung zu bieten schien. Die Rede wurde nun doch eine „Revue nach Außen“, wie schon ihr eigentlicher Titel sagt: Die Agitation des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins und das Versprechen des Königs von Preußen. Ueber die Köpfe der Arbeiter weg sprach Lassalle zu den „paar Leuten in Berlin“, auf die er schon mit seiner vorjährigen Heerschaurede einzuwirken versucht hatte.

Aber je stärker die Trümpfe seiner Taktik wurden, um so klarer enthüllte sich auch ihr Grundfehler. Auf der einen Seite wollte Lassalle den König auf den nichtssagenden Redensarten festnageln, womit die Weber abgespeist worden waren; „wir wollen doch sehen, ob das Königthum dieses Versprechen nicht halten, ob es dieses sein den arbeitenden Klassen verpfändetes Wort nicht einlösen wird.“ Lassalle machte den König zum Schwurzeugen für die sozialdemokratischen Grundsätze, indem er ausführte, daß mit dem Versprechen einer gesetzlichen Regelung der Arbeiterfrage auch schon das allgemeine Wahlrecht versprochen worden sei; eine aus der Klassenwahl hervorgegangene Volksvertretung werde ja niemals die zur Abhilfe der Arbeiternoth erforderlichen Gelder bewilligen. Nimmt man hinzu, daß Lassalle das Blatt, auf dem die königliche Antwort der Weberdeputation von der offiziösen Preßstelle übergeben worden war, nach Berichten von Augenzeugen mit einer sehr unzeremoniösen Geste behandelte, so mochte sich vielleicht dieser oder jener zurückgebliebene Arbeiter über den Hohn täuschen, womit Lassalle dem Königthum begegnete, aber die Masse der Arbeiter wußte jedenfalls, woran sie war. Auf der anderen Seite pflegt aber Niemand eine höhnische Behandlung schneller zu verstehen, als ihre Opfer, und wie konnte Lassalle hoffen, daß die Ronsdorfer Rede, deren sorgsame Uebermittlung an Bismarck er dem Vereinssekretär auf die Seele band, einen mit allen Hunden gehetzten Diplomaten aufs Glatteis locken würde!

Auch die Schilderungen, die Lassalle in dieser Rede von seinen agitatorischen Erfolgen gab, waren wohl mehr auf Berliner Adressen, als auf die rheinischen Arbeiter berechnet. Sie litten an argen Uebertreibungen. Da die thatsächlich großen Wirkungen seiner Propaganda zwar vorhanden, aber vorerst nicht zu greifen und zu sehen waren, so suchte Lassalle ihre greif- und sichtbaren Früchte, wo sie nicht, oder doch lange nicht in dem von ihm behaupteten Maße vorhanden waren. Er

entwarf ein Zerrbild, mit dem er sich selbst das bitterste Unrecht that; wie tief stand diese manchmal fast romanhafte Legende unter dem großen historischen Anstoße, den er wirklich gegeben hatte! Mit gutem Fug ist ihm namentlich von jeher zum Vorwurfe gemacht worden, daß er den Bischof von Mainz zu einem Paradegaule gegen die fortschrittlichen Manchesterleute aufzäumte, den „Fürsten der Kirche", der „am Rheine fast für einen Heiligen" gelte, der sich „seit langen Jahren mit gelehrten Forschungen abgegeben" habe und der sich nun „in seinem Gewissen gedrungen" fühle, das Wort in der Arbeiterfrage zu ergreifen. Wenn der Bischof Ketteler in einem unbedeutenden Schriftchen das eherne Lohngesetz anerkannte, um die liberale Bourgeoisie zu ärgern, und den göttlichen Ursprung des Eigenthums behauptete, um den Emanzipationskampf des Proletariats niederzuschlagen, so trieb er eine pfäffische Demagogie, die einen Schulze-Delitzsch „fast als Heiligen" erscheinen lassen konnte. Gerade vor rheinischen Arbeitern, deren so viele noch im Geisteszwange des Ultramontanismus lebten, hätte Lassalle besser daran gethan, diesem Wolfe den Schafspelz abzuziehen, statt ihn als eine fragwürdige Autorität gegen den Kapitalismus auszuspielen.

Erst am Schlusse der Ronsdorfer Rede erhob sich Lassalle auf die alte Höhe seiner Beredsamkeit. Als letztes Zeichen des Erfolges nannte er die Verfolgung, die ihn betroffen habe. Er gedachte triumphirend der Prozesse, die er mit der Schärfe des Schwertes vernichtet habe, aber er fügte als guter Kenner proletarischer Klassenkämpfe hinzu, einer gewissen Erbitterung gegenüber sei der Einzelne verloren, wie stark er auch sei. Die Fittiche des Todes rauschten über ihm, als er sein Exoriare sprach, und mit begeisterten Zurufen schworen seine Hörer in seine Hand, daß mit seiner Person diese gewaltige und nationale Kulturbewegung nicht untergehen, daß die Feuersbrunst, die er entzündet habe, weiter und weiter fressen solle, so lange einer von ihnen noch athme.

Von Ende Mai bis Ende Juni hielt sich Lassalle in Ems auf, wo er Heilung für sein Halsleiden suchte. Hier schrieb er eine Erwiderung auf die Rezension, welche die Kreuzzeitung aus der Feder Wageners über den Bastiat-Schulze gebracht hatte. Unter den feudalen Parteigängern war Wagener derjenige, der am eifrigsten mit dem allgemeinen Wahlrechte krebste. Er nahm den Mund sehr voll mit der feigen muthlosen Bourgeoisie, die ihre politischen Güter und Freiheiten in die Kabuse geworfen habe, um ihren Geldsack zu retten. Jedoch was er selbst retten wollte, das waren die „politischen Güter und Freiheiten" der „christlichen Gesellschafts- und Staatsordnung", und die ständische Verkrüppelung, die er dem allgemeinen Wahlrecht anthun wollte, lief auf nichts anderes hinaus, als auf eine feudale Auflage der plutokratischen Dreiklassenwahl, deren Oktroyirung ja auch damit beschönigt worden war, daß sie das „allgemeine Wahlrecht" am Leben erhalte.

Wagener war ein zu guter Hasser des Kapitalismus, um ihn nicht genau zu kennen. Er wußte, daß die Wiederherstellung der feudal-zünftigen Gesellschaftsorganisation ein Unding sei und gerieth dadurch in einen ausgesprochenen Gegen-

satz zu dem alten Romantiker v. Gerlach, der ihn einst in die Geheimnisse des feudalen Sozialismus eingeweiht hatte, und der jetzt, da die Dinge brennend zu werden begannen, lieber noch mit Schulze-Delitzsch kramen wollte als mit Lassalle. Auch täuschte sich Wagener nicht, wie Bismarck, über Lassalles „monarchische Gesinnung"; er sah sehr wohl ein, daß der konkrete preußische Staat mit der abstrakten Staatsidee Lassalles verteufelt wenig zu thun habe. Aber gegenüber einer konsequenten Entwicklung des wissenschaftlichen Sozialismus, wie sie der Bastiat-Schulze enthielt, war Wagener am Ende seines Lateins, und seine Rezension dieser Schrift erschöpfte sich in einem ganz alltäglichen Gerede über die Fundamente des christlichen Staats, über die Erhaltung des Mittelstandes als der einzig richtigen Verbindung von Kapital und Arbeit, über ähnliche Schlagworte mehr. Wagener machte sogar eine verschämte Anleihe bei dem landläufigsten Manchesterthum, indem er meinte, es käme mindestens ebenso sehr auf die Steigerung, als auf die anderweite Vertheilung des Gesammteinkommens an, und sein Trumpf, daß die Arbeiter auch nicht alle Tugendhelden, die Kapitalisten auch nicht alle Sünder seien, hätte ebenso gut in den Spalten der Volkszeitung paradiren können, wie in den Spalten der Kreuzzeitung.

Lassalle hatte in Berlin persönlich mit Wagener verkehrt und soll ihm, wie Wagener in seinen Denkwürdigkeiten schmunzelnd erzählt, das Kompliment gemacht haben, die drei klügsten Leute im Preußischen seien — in dieser Reihenfolge — Lassalle, Bismarck und Wagener. Hat sich Lassalle diesen Scherz wirklich gestattet, so muß er nicht übermäßig hoch von Wageners geistigen Fähigkeiten gedacht haben, und Wageners Rezension seines Bastiat-Schulze war gewiß nicht geeignet, ihm einen höheren Begriff von diesem feudalen Vorkämpfer beizubringen. Dennoch entschloß er sich, ihm ausführlich zu antworten; wie der Inhalt der Erwiderung zeigt, wollte er einen neuen Anstoß zur Oktroyirung des allgemeinen Wahlrechts geben. Er widerlegte mit leichter Mühe die plumpen Mißverständnisse Wageners, er führte aus, daß es ganz auf die Träger der bestehenden Gesellschafts- und Staatsordnung ankomme, ob das gebieterische politisch-soziale Bedürfniß der Gegenwart sich auf reformatorischem oder revolutionärem Wege durchsetzen solle, er protestirte energisch gegen alle kleine Experimentirerei mit Produktivassoziationen und begründete das allgemeine Wahlrecht damit, daß es nichts Organisationsfähigeres gebe, als die großen Massen, und nichts Intelligenteres, als ihren gesunden Verstand. Das war gewiß sehr richtig, nur daß es die Leute stutzig machen mußte, die es gewinnen sollte. Denn wie es immer mit der „Klugheit" Bismarcks und Wageners stehen mochte, so waren sie viel zu gewitzte Vertreter der herrschenden Klassen, um nicht die Massenintelligenz und die Massenorganisation zu fürchten, wie die Pest.

Ende Juni ging Lassalle nach Düsseldorf, um sich persönlich vor der Berufungsinstanz zu vertheidigen, gegen die Anklage, die ihm wegen seiner vorjährigen Heerschaurede angehängt worden war. Soweit sich seine Vertheidigung in politischen Geleisen bewegte, war sie ein Nachklang der Ronsdorfer Rede.

Lassalle hielt sich dann ein paar Wochen in Frankfurt und in der Pfalz auf, namentlich beschäftigt mit den Vorbereitungen für eine regelmäßig erscheinende Vereinszeitung. Die oft aufgeworfene Frage, weshalb er sich nicht früher daran gemacht habe, diese empfindliche Lücke seiner Rüstung auszufüllen, zumal der Nordstern immer schlechter wurde, beantwortet sich sehr einfach dadurch, daß er bis dahin eine dreifache Manneskraft hatte aufbieten müssen, um noch dringlicheren Aufgaben gerecht zu werden. Beschäftigt hatte er sich schon seit dem Winter mit dem Plan eines Vereinsorgans, zum endgiltigen Abschlusse gediehen die Vorarbeiten im Sommer 1864. Die Redaktion des Blattes sollte Schweitzer und neben ihm Jean Baptist v. Hofstetten übernehmen, ein baierischer Exleutnant, der einiges Vermögen besaß, ein gutmüthiger und liebenswürdiger, aber nicht eben begabter und etwas phantastischer Mann, der ganz unter Schweitzers geistigem Einflusse stand. Als Erscheinungsort des neuen Blattes wurde Berlin bestimmt.

Mitte Juli siedelte Lassalle zu einer Molkenkur nach Rigi-Kaltbad über, wo zunächst die Vereinsangelegenheiten fortfuhren, ihn lebhaft zu beschäftigen. In seinem Drange, einen „Druck auf die Ereignisse" auszuüben, hat er damals den Gedanken erwogen, im Herbste von den Hamburger Arbeitern eine Resolution beschließen zu lassen, durch die Bismarck aufgefordert werden sollte, Schleswig-Holstein gegen den Willen Oesterreichs zu annektiren. Der schleswig-holsteinische Krieg war jetzt beendet. Nach dem Scheitern der Londoner Konferenzen hatten preußische Truppen am 29. Juni die Insel Alsen erobert, am 10. Juli war ganz Jütland in österreichisch-preußischem Besitze, und am 20. Juli erklärte sich die dänische Regierung zu Friedensunterhandlungen bereit. Lassalle erwies sich als guter Prophet, indem er voraussah, daß Oesterreich und Preußen sich um die gemeinsame Beute in die Haare gerathen würden, indem er hierin die auswärtige Verwicklung erkannte, in deren Verlaufe Bismarck den Trumpf des allgemeinen Wahlrechts ausspielen müßte. Aber freilich war damit die Resolution nicht gerechtfertigt, die er den Hamburger Arbeitern vorzuschlagen gedachte. Sie wäre vielmehr von allen verkehrten Schritten, zu denen Lassalle durch seine taktische Wendung verleitet wurde, der weitaus verkehrteste gewesen; sie hätte durchaus keinen „Druck auf die Ereignisse" ausgeübt, sondern nur die Arbeiterbewegung zu Gunsten der preußischen Eroberungspolitik blosgestellt. Im Uebrigen ist sehr fraglich, ob sie bei Lassalle eine beschlossene Sache gewesen ist, wie die Gräfin Hatzfeldt und Andere später behauptet haben. So wie er sie in seinen Briefen erwähnt, an einem Tage mit überschwänglichen Erwartungen als „einen großen, sehr großen, vielleicht thatsächlich wichtigen Coup" und am nächsten Tage schon als eine Sache, von welcher er sich selbst nicht viel verspreche, erscheint sie eher als Ausfluß einer nervös überreizten Stimmung, wie sie sich wohl in vertraulichen Briefen oder Gesprächen auslöst, ohne daß deshalb schon eine Brücke vom Gedanken zur That geschlagen wäre.

Weit mehr als durch diesen noch ganz im Blauen schwebenden Plan wurde Lassalle auf Rigi-Kaltbad durch seinen Streit mit Vahlteich beansprucht. Die

gegenseitige Mißstimmung entlud sich an den Vorbereitungen für die erste Generalversammlung des Vereins, die nach den Statuten noch vor Ende des Jahres 1864 stattfinden mußte. Ueber die Zusammensetzung der Generalversammlung verfügten die Statuten, daß an dem Orte, wo sie stattfinde, sämmtliche erschienenen Mitglieder nach Köpfen, die anderen Orte aber durch gewählte Delegirte abstimmen sollten, die so viele Stimmen abzugeben hätten, als die Gesammtzahl der Mitglieder in den von ihnen vertretenen Orten betrüge. Eine Bestimmung über die Reisekosten der Delegirten enthielten die Statuten nicht. Es war deshalb ganz sachgemäß und in keiner Weise statutenwidrig, daß Lassalle im Einverständniß mit Dammer, den er für die Zeit seiner Abwesenheit von Deutschland wieder zum Vizepräsidenten ernannt hatte, aus der Noth eine Tugend zu machen versuchte. Sie schlugen vor, daß diejenigen Gemeinden, welche die Reisekosten für besondere Delegirte nicht aufbringen könnten oder wollten, sich durch Mitglieder vertreten lassen sollten, die am Orte der Generalversammlung oder in dessen Nähe wohnten. Allerdings mußte eine allgemeine Befolgung dieses Vorschlags die Bedeutung der Generalversammlung sehr herabdrücken, aber bei der Armuth und der ziffernmäßigen Schwäche vieler Gemeinden gab es keine andere Möglichkeit, eine Generalversammlung herzustellen und der entsprechenden Vorschrift der Statuten zu genügen. Jedenfalls beschränkte der Vorschlag kein Recht der Mitglieder, denn es blieb jeder Gemeinde unbenommen, Delegirte aus ihrer Mitte zu senden, vorausgesetzt, daß sie deren Reisekosten aufbringen konnte und wollte.

Nun protestirte Vahlteich als Mitglied des Vorstandes gegen den Vorschlag Lassalles und Dammers. Er behauptete, daß die Gemeinden dadurch in der Wahl ihrer Delegirten beschränkt würden. Vahlteich wollte eine „ordnungsgemäße Abhaltung" der Generalversammlung erst dann anerkennen, wenn die Reisekosten der Delegirten, sei es aus der Vereinskasse, sei es durch eine, den Vereinsmitgliedern aufzuerlegende Extrasteuer gedeckt würden. Aber abgesehen davon, daß die Vereinskasse mit schweren Schulden behaftet war und eine Extrasteuer bei der Unpünktlichkeit, womit die Mitglieder schon ihre regelmäßigen Beiträge zahlten, ein Schlag ins Wasser gewesen sein würde, hatte Vahlteich nicht einmal die Statuten für sich, die nirgends vorschrieben, daß die Reisekosten der Delegirten zur Generalversammlung von Vereinswegen bestritten werden müßten. Formell und materiell war Vahlteich mit seinem Antrage ebenso im Unrecht, wie Lassalle und Dammer mit ihrem Vorschlage im Rechte waren. Obendrein schlug Vahlteich in den Gründen, die er seinem Antrage mitgab, einen wenn nicht gehässigen, so doch feindseligen Ton an, der an sich durchaus geeignet war, Lassalle zu erbittern, um so mehr, als auf der Hand lag, daß Vahlteichs Vorgehen ein Glied mehr in seinen Dezentralisationsbestrebungen war.

Dennoch läßt es sich nur aus Lassalles körperlich leidendem und seelisch erregtem Zustande erklären, daß er in einem langen, vom 27. Juli datirten und an alle Vorstandsmitglieder gerichteten Rundschreiben die Kabinetsfrage zwischen sich und Vahlteich stellte, daß er in kaum noch verblümten Worten drohte, er

werde das Präsidium niederlegen, wenn der Vorstand nicht Vahlteich aus dem Vereine stoße. Diese sehr undemokratische Handlungsweise wurde durch einige Begleiterscheinungen noch unschöner: der Vorstand, der bisher so gut wie gar nicht funktionirt hatte, sollte zum ersten Male in einer Art Büttelrolle auftreten, ferner nahm Lassalle gleichzeitig Bernhard Becker und Schweitzer, von denen er wußte, daß sie seine Ansichten theilten, in den Vorstand auf, und endlich wies er den Vereinssekretär an, das Rundschreiben an alle übrigen Vorstandsmitglieder zwar sofort, an Vahlteich aber erst dann zu senden, wenn Willms vorher nach Dresden gereist sei und Försterling gehörig instruirt habe, um den „Intriguen" Vahlteichs in Dresden und den sächsischen Gemeinden überhaupt vorbeugen zu können. Und zu allem Unglück schloß Lassalles Thätigkeit für den Verein mit diesem schrillen Mißklange.

Denn am Tage vorher war Helene v. Dönniges auf Rigi-Kaltbad erschienen, und in rascher Entwicklung spann sich nun das Drama ab, das Lassalles Tod am 31. August herbeiführte. Die Vorgänge selbst hängen nicht unmittelbar mit der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie zusammen, und sie sind auch so oft erzählt worden, daß sie nicht noch einmal dargestellt zu werden brauchen. Nur soweit sich auf Lassalles Kosten ein sentimentales Mitgefühl für jene Dame geltend gemacht hat, verdienen sie eine kurze Beleuchtung.

Aus freiem Antriebe erschien Fräulein v. Dönniges auf Rigi-Kaltbad, und Pharisäer mögen es tadeln, daß Lassalle, krank, seit langen Tagen in unwirthliches Gebirgswetter eingesponnen, von Arbeit und Sorgen aufgerieben, sich einem so weiten Entgegenkommen nicht entzog. Die Dame zerriß dann launenhaft den klug ersonnenen Werbungsplan Lassalles, indem sie ihn in einem Genfer Hotel vor die Wahl stellte, sie entweder wie ein dummer Junge bei Nacht und Nebel zu entführen, oder sie wie ein ehrbarer Philister in ihr elterliches Haus zurückzuleiten. Lassalle hat später bitter bereut, daß er sich, statt zur Flucht, zu der „Großmuths- und bürgerlichen Anstandskomödie" entschlossen habe, aber damit ist noch lange nicht widerlegt, daß er in der peinlichen Zwangslage, in welche ihn die Dame versetzt hatte, das gethan hat, was noch am ehesten der Würde seiner Person und seiner Stellung entsprach. Die Redewendung, daß er dadurch ein sich rückhaltlos hingebendes Frauenherz tödtlich verletzt habe, würde erst dann diskutirbar sein, wenn die Dame im weiteren Verlaufe der Dinge irgend etwas von einem verletzten Frauenherzen verrathen hätte. Es ist wirklich nichts davon zum Vorschein gekommen. Die Art, wie sich das angebliche Opfer Lassalles nach dem übereinstimmenden Zeugniß Rüstows und des Advokaten Haenle in der entscheidenden Szene des Dramas benahm, begründete vielmehr die subjektive Berechtigung des Wortes, mit dem Lassalle die Dame qualifizirte, um ihren Vater und ihren erst abgelegten und nun wieder angelegten Bräutigam zum Zweikampfe zu zwingen.

Gewiß hat Lassalle sich schwer kompromittirt, um seinen Willen durchzusetzen, um den Fluch einer lächerlichen Niederlage abzuwenden, die für ihn, der schon jede ernste Niederlage haßte wie den Tod, völlig unerträglich war. Die Schritte, die er bei dem baierischen Minister des Auswärtigen that, und durch

die Gräfin Hatzfeldt beim Bischofe von Mainz thun ließ, der Zweikampf selbst, zu dessen prinzipiellen Gegnern Lassalle stets gehört hatte, manche Aeußerungen, die er in diesen stürmischen Tagen mündlich und schriftlich gethan hat, lassen sich nicht rechtfertigen. Es bleibt immer ein Rest zu tragen peinlich, mag man auch alle Entschuldigungsgründe aufzählen: Lassalles Pflicht, ein um seinetwillen mißhandeltes Weib zu schützen, so lange er glauben mußte, daß es geschützt sein wollte, die boshaft-dumme Verletzung seines berechtigten Selbstbewußtseins durch das protzige Gebahren der Familie Dönniges, die hoffnungslose Auflösung seiner Körper- und Seelenkräfte, die mit erschütternder Wahrheit aus jeder Zeile seiner damaligen Briefe spricht. Lassalle hätte einen schöneren Tod sterben können und doch — wenn es gestattet ist, aus dem Inhalt eines reichen Lebens auf die stillen Gedanken der Sterbestunde zu schließen, so mag er auch diesen Tod als einen Befreier und Erlöser begrüßt haben.

Er hing nicht am Leben um des Lebens willen; ihm graute vor dem abstumpfenden Alter, das er schon mit dem vierzigsten Lebensjahre heranziehen sah, auf dessen Schwelle er stand. Ungewiß und unklar lag seine nächste Zukunft vor ihm. Die da meinen, daß er jemals Bismärckische Livree angezogen hätte, wie sein Freund Bucher, sprechen wie der Blinde von der Farbe. Soweit Lassalle überhaupt bestimmte Pläne für die Zukunft gefaßt hatte, gehen sie aus den Aeußerungen hervor, die er in seinen letzten Wochen zu Johann Philipp Becker gemacht hat. Nach dem Berichte des alten Freiheitskämpfers hat Lassalle erklärt, seine Kraft sei aufgerieben, und er müsse Einhalt thun. Er habe geglaubt, die sozialistische Bewegung in etwa einem Jahre zum Durchbruche bringen zu können, aber er sehe ein, daß es Jahrzehnte erheische, und dazu reiche seine leibliche Kraft nicht aus, namentlich werde er die bevorstehenden Freiheitsstrafen nicht überdauern können. Diese Worte tragen den Stempel der Wahrheit. Auf Beckers Rath beabsichtigte Lassalle, sich durch zweijährigen Aufenthalt in Genf das dortige Bürgerrecht zu erwerben, und diese Absicht hätte er bei längerer Lebensdauer wahrscheinlich ausgeführt. Ein Vogel mit gebrochenen Schwingen wäre er dann aber doch gewesen, und er dachte wohl groß genug von sich, um einen raschen Tod einem langen Siechthum vorzuziehen.

Deshalb ist nicht weniger haltlos, was eine neuere Legende wissen will, daß nämlich Lassalle in dem tödtlichen Zweikampfe einen „indirekten Selbstmord“ begangen habe, aus Furcht vor einer Konferenz mit Marx und Engels, die im Herbste stattfinden sollte und ihn vor die Alternative gestellt haben würde: Widerruf und Rückzug oder Kampf auf Leben und Tod mit den alten Freunden. In allen vorhandenen Urkunden findet sich nicht die leiseste Hindeutung auf diese Konferenz; vielmehr geht aus einem Briefe, den Lassalle noch am 29. Juni an Willms richtete, unzweideutig hervor, daß er damals völlig im Unklaren darüber war, wie Marx über seine Agitation denken mochte. Es lohnt nicht erst, alle die psychologischen und sonstigen Unmöglichkeiten aufzuzählen, welche die angebliche Konferenz als das Produkt einer irrthümlichen Erinnerung erscheinen lassen. Will

man aber einmal die für Marx und Engels nicht weniger als für Lassalle kränkende Voraussetzung machen, daß ein solches Vehmgericht verabredet worden sei, so hatte Lassalle jedenfalls nicht den geringsten Anlaß, sich davor in einen „indirekten Selbstmord“ zu flüchten. Er konnte seine Agitation mit freier Stirne vor Jedem vertreten, auch vor Marx und Engels. Für ihn zeugten die deutschen Arbeiter, die er zum Klassenbewußtsein erweckt, denen er die Bahn zu gewaltigen Kämpfen und Siegen gebrochen hatte. Sie traten denn auch in ihrer Masse für ihren todten Führer ein, als ein halbes Jahr später die Meinungsverschiedenheiten offenbar wurden, die zwischen Lassalle und seinen alten Freunden bestanden hatten, allen voran die rheinisch-westfälischen Arbeiter und unter ihnen auch ehemalige Mitglieder des Kommunistenbundes.

Mag man doch den bürgerlichen Romanfabrikanten überlassen, sich ihren Lassalle zurechtzukneten, bald als einen frommen Knecht Fridolin, der andächtig am Throne der Hohenzollern kniet, bald als ein wüthendes Ungeheuer, mit dem man patriotische Kindsköpfe unter die Betten scheucht: der historische Lassalle fordert oft den rauhen Athem der historischen Wahrheit heraus, aber sein ehernes Standbild wird davon nicht umgeweht. Er war ein kranker und sterbender Mann, als er in der Schweiz ein dennoch vorzeitiges Ende fand. Die Kugel des wallachischen Junkers schien so sinnlos ein so großes Leben zu schließen, doch sie tödtete nur, was noch sterblich war an dem Denker und Kämpfer Lassalle. So wie die Dinge damals lagen und so wie Lassalle nun einmal war, hatte er seine historische Mission vollbracht; seine glühende Seele hatte ausgeathmet, und der Rest war allzu menschliche Leidenschaft. Ein triftiger Sinn lag gleichwohl in der so völlig irrigen Ansicht seiner treuen Anhänger, daß er für die Arbeitersache gefallen sei. So auch schrieb Marx tröstend an die Gräfin Hatzfeldt: „Er starb jung — im Triumphe — als Achilles.“

Immer hat die deutsche Arbeiterklasse mit gutem Takte abgelehnt, am Grabe Lassalles die Todtenrichterin zu spielen; sie bewahrt ihm eine tiefe und unverwüstliche Anhänglichkeit, die ihn ebenso ehrt, wie sie.

Viertes Kapitel.

Die Internationale Arbeiterassoziation.

Dieselben Ursachen, die in Deutschland eine neue Arbeiterbewegung erweckt hatten, drängten in allen industriell entwickelten Ländern auf die gleiche Wirkung hin. Wo es ein europäisches Proletariat gab, da begann es sich im Anfange der sechziger Jahre zu organisiren, um zunächst auf nationalem Boden um seine Emanzipation zu kämpfen. In den vorgeschrittensten Ländern aber enthüllte sich auch schon der internationale Charakter dieses Kampfes.

In England hatte die Niederlage der festländischen Revolution von 1848 zum völligen Erlöschen des Chartismus geführt. Dazu brachte der gesetzliche Zehnstundentag der Arbeiterklasse eine geistige, sittliche und körperliche Erfrischung, die von ihr als eine Art Wiedergeburt empfunden werden mußte, und die Entwicklung der Trade Unions nahm einen großartigen Aufschwung in der fieberhaften Industriethätigkeit der fünfziger Jahre. Mit der Handelskrise von 1857 häuften sich dann aber die Ereignisse, welche die englischen Arbeiter darüber belehrten, daß auf dem Boden der modernen bürgerlichen Gesellschaft für sie doch keine bleibende Stätte bereitet sei. Epochemachend wirkte namentlich der amerikanische Bürgerkrieg, von dem Marx sagte, daß er die Sturmglocke für die europäische Arbeiterklasse läute, wie der amerikanische Unabhängigkeitskrieg des vorigen Jahrhunderts die Sturmglocke für die europäische Mittelklasse geläutet habe. Die Baumwollenkrisis stürzte die Arbeiter der englischen Textilindustrie in das fürchterlichste Elend, und dennoch erwies sich das englische Proletariat den herrschenden Klassen überlegen, deren Sympathien für die amerikanischen Sklavenbarone an seinem heldenmüthigen Widerstande zerschellten. Und den Trade Unions wurde jeder Versuch, auf ihren Lorbeeren auszuruhen, sehr bald verleidet durch die bei jedem Streitfalle wiederkehrende Drohung der Kapitalisten, sie durch die Einfuhr billigerer Arbeitskräfte vom Festlande lahm zu legen. Die Aristokratie der englischen Arbeiterklasse, die in gefährlicher Selbsttäuschung sich auf den Kampf um Arbeitslohn und Arbeitszeit zu beschränken begonnen hatte, mußte gern oder ungern das internationale Gebiet des proletarischen Klassenkampfes betreten.

In Frankreich hatte der italienische Krieg dem bonapartistischen Staatsstreiche nur eine Galgenfrist verschafft. Die Kugel, die der Dezembermann ins Rollen gebracht hatte, rollte wider seinen Willen weiter. Er mußte sich zum Schergen der italienischen Demokratie hergeben, und die französische Demokratie machte ihm eine heftigere Opposition denn jemals früher. Um so mehr sann Bonaparte darauf, sich der Arbeiterbewegung zu bemächtigen. Die Gelegenheit konnte ihm günstig genug erscheinen. Das französische Proletariat war sektirerisch zerklüftet; neben alten Resten der geheimen Gesellschaften und der utopistischen Schulen gab es namentlich Blanquisten und Proudhonisten, von denen jene im Barrikadenkampfe und diese in kleinbürgerlichen Spielereien ihre Rettung sahen. Ein Versuch von sechzig Pariser Arbeitern, sich an den Wahlen für den gesetzgebenden Körper zu betheiligen, wurde von Proudhon herbe getadelt, weil die Arbeiter politisch sich an die radikale Bourgeoisie anschlossen, und von der radikalen Bourgeoisie schnöde verhöhnt, weil die Arbeiter auf eigenen Füßen stehen wollten. Ueberhaupt wurden die französischen Arbeiter von der französischen Bourgeoisie in ebenso alberner Weise gehänselt, wie die deutschen Arbeiter von der deutschen Bourgeoisie. Das war Wasser auf Bonapartes Mühle, und er ließ ihre Räder lustig klappern, geschickter als sein Nachahmer Bismarck, aber mit demselben Mißerfolge. Gleich mit seinem ersten Schachzuge hatte er Unglück; indem er den französischen Arbeitern gestattete, Delegirte zu wählen, die mit offizieller Unter-

stützung auf die Londoner Weltausstellung von 1862 gesandt werden sollten, förderte er alles andere eher als seine Hintergedanken.

Die französischen Arbeiter wählten natürlich ihre klarsten Köpfe, die sich in London schnell mit den englischen Arbeiterführern befreundeten. Am 5. August 1862 fand in London ein „Fest der internationalen Verbrüderung“ statt, auf dem der Austausch der Meinungen den Wunsch nach einer dauernden Verbindung zwischen den Proletariern diesseits und jenseits des Kanals erweckte. Zunächst stellte sich diese Verbindung ganz zwanglos dadurch her, daß einige französische Delegirte in London blieben, wo sie Arbeit gefunden hatten. Enger geschürzt wurden die angeknüpften Fäden durch den polnischen Aufstand von 1863. Die alten polenfreundlichen Ueberlieferungen der westeuropäischen Kulturvölker erwachten am mächtigsten im westeuropäischen Proletariat. Es kann dahingestellt bleiben, ob Bonaparte wieder, wie von mancher Seite behauptet worden ist, die Fraternisirung der englischen und französischen Arbeiter in der polnischen Sache begünstigte, zur Förderung seines angeblich volksthümlichen Despotismus: jedenfalls waren einige französische Arbeiter, die am 22. Juli 1863 auf einem großen Polenmeeting in London erschienen, nicht auf seine Kosten, sondern auf Kosten französischer Werkstätten abgeordnet worden. Sie wollten gemeinsam mit den englischen Arbeitern für den polnischen Aufstand wirken, wobei wieder der Gedanke eines internationalen Arbeiterbundes wie von selbst hervortrat. Ein Ausschuß, in dem der Schuhmacher Odger und andere englische Gewerkschaftsleiter saßen, erließ einen Aufruf an die Pariser Arbeiter, der zunächst für ihre Unterstützung in der polnischen Frage dankte, dann aber fortfuhr, daß eine Verbrüderung der Völker für die Sache der Arbeit höchst nothwendig sei. Denn jedesmal, wenn die englischen Arbeiter ihre soziale Stellung durch Verkürzung der Arbeitszeit und Steigerung des Arbeitslohns verbessern wollten, drohten die Kapitalisten mit der Einfuhr französischer, belgischer, deutscher oder anderer ausländischer Arbeiter, und eine solche Schmutzkonkurrenz sei nur möglich, weil es an einer systematischen Verbindung zwischen den arbeitenden Klassen aller Völker fehle.

Diese von Professor Beesly ins Französische übersetzte Adresse zündete in den Pariser Werkstätten. Eine eifrige Agitation für den in ihr niedergelegten Gedanken begann, und neue Geldsammlungen unter den Pariser Arbeitern ermöglichten es, ihre Antwort auf die Londoner Adresse durch eine Deputation zu übersenden. Zum Empfange dieser Deputation berief der englische Ausschuß für den 28. September 1864 Arbeiter aller Länder nach St. Martins Hall zu einem großen Meeting, dem Professor Beesly präsidirte. Tolain verlas die französische Antwortadresse, die vom polnischen Aufstande anhob: „Wiederum ist Polen im Blute seiner Kinder erstickt worden, und wir sind machtlose Zuschauer geblieben“, um dann zu fordern, daß die Stimme des Volkes in allen großen sozialen und politischen Fragen gehört werden müsse. Die despotische Macht des Kapitals müsse gebrochen werden. Durch die Theilung der Arbeit sei der Mensch zum mechanischen Werkzeuge geworden, und der Freihandel ohne Solidarität der

Arbeiter müsse eine industrielle Leibeigenschaft herbeiführen, die unbarmherziger und verhängnißvoller sei, als die in den Tagen der großen Revolution zerbrochene Leibeigenschaft. Die Arbeiter aller Länder müßten sich vereinigen, um einem verhängnißvollen System eine unübersteigliche Schranke entgegenzusetzen, einem System, das die Menschheit in einen Haufen fettbäuchiger Mandarinen und eine Masse hungernder unwissender Wesen scheide.

Nach einer lebhaften Debatte setzte das Meeting ein Komite von Arbeitern verschiedener Länder nieder, mit dem Auftrage, Programm und Statuten einer internationalen Arbeitergesellschaft zu entwerfen, die provisorisch gelten sollten, bis im nächsten Jahre ein internationaler Kongreß in Brüssel endgiltig darüber entschiede. Das Komite bestand ganz überwiegend aus englischen Arbeitern. Doch verstärkte es sich in seiner ersten Sitzung am 5. Oktober aus verschiedenen Nationalitäten. Es umfaßte nunmehr etwa 50 Mitglieder. Von ihnen bestand immer noch etwa die Hälfte aus englischen Arbeitern, denen auch die Stellen des Präsidenten, des Schatzmeisters und des Schriftführers vorbehalten wurden. Darnach war am stärksten Deutschland durch 10 Mitglieder vertreten, die wie Marx, Eccarius, Ferdinand Wolff, Leßner, Lochner, Pfänder meist schon dem Bunde der Kommunisten angehört hatten. Frankreich hatte 9, Italien 6, Polen 2 und die Schweiz auch 2 Vertreter. Zu korrespondirenden Sekretären wurden Marx für Deutschland, Le Lubez für Frankreich, Wolff, der Privatsekretär Mazzinis, für Italien, Holthorp für Polen und Jung für die Schweiz ernannt. Das Komite tagte im Bureau des allgemeinen Rathes der Trade Unions, seine Finanzwirthschaft begann mit 3 Pfund Sterling (60 Mark), die in der ersten Sitzung gesammelt wurden.

Seine wichtigste Aufgabe bestand zunächst darin, sich über Wesen und Zweck des geplanten Bundes klar zu werden. Von vornherein ergab sich, daß nicht daran gedacht werden konnte, zerstörend in die bereits vorhandenen nationalen Arbeiterorganisationen einzugreifen, und ebenso wenig konnte es sich darum handeln, neben ihnen eine neue Organisation zu schaffen, die ihre nationale Entwicklung zu hindern geeignet war. Die Fragen des allgemeinen Wahlrechts, der Republik und ähnliche, wie wichtig sie sein mochten, mußten den nationalen Arbeiterorganisationen überlassen bleiben; sie hatten eine ganz verschiedene Bedeutung für die deutschen und die englischen, für die französischen und die italienischen Arbeiter. Worauf es ankam, war die Aufrichtung einer Standarte, welche die kämpfenden Arbeiterheere der einzelnen Länder nie aus den Augen verlieren durften, wenn sie nicht auf trügerische Irrwege gerathen, wenn sie die große gemeinsame Siegesstraße des modernen Proletariats erreichen wollten. Es galt, einen Boden für die internationale Aktion der Arbeiterklasse, einen Rahmen zu schaffen, in dem deutsche Lassalleaner, französische Proudhonisten und englische Gewerkschafter einmüthig zusammen wirken konnten zur Beseitigung der Hindernisse, die der Befreiung der Arbeiter auf internationalem Gebiete entgegenstanden. Nachdem sich das Komite hierüber klar geworden war, wurde ein Subkomite niedergesetzt, um Programm und Statuten zu entwerfen.

In einer neuen Sitzung am 1. November unterbreitete dies Subkomite seine Vorschläge. Hauptsächlich handelte es sich um die Entscheidung zwischen zwei Entwürfen, deren einen Mazzini selbst ausgearbeitet hatte und durch Wolff vertreten ließ, und deren anderen Marx vorlegte. Mazzini war damals unter den englischen Arbeitern sehr populär, doch verstand er sich nicht auf die moderne Arbeiterbewegung. Ihr eigentlicher Herzschlag, der proletarische Klassenkampf, war ihm unverständlich und deshalb verhaßt. Sein Programm verstieg sich höchstens zu einiger sozialistischer Phraseologie, über welche die Arbeiterbewegung im Anfange der sechziger Jahre längst hinaus war. Ebenso waren seine Statuten aus dem Geiste einer vergangenen Zeit geboren; in der streng zentralistischen Weise politischer Verschwörungsgesellschaften abgefaßt, verstießen sie, wie gegen die Lebensbedingungen der Trade Unions im Besonderen, so im Allgemeinen gegen die Lebensbedingungen eines internationalen Arbeiterbundes, der keine neue Bewegung schaffen, sondern nur die in verschiedenen Ländern schon vorhandene, aber verzettelte Klassenbewegung des Proletariats verbinden sollte. Was Mazzini nicht begriff, das verstand Marx um so besser. Seine Inauguraladresse und seine Statuten wurden einstimmig angenommen und sind maßgebend geblieben für die Internationale Arbeiterassoziation, wie sie selbst den neuen Bund tauften.

Von der Inauguraladresse hat Professor Beesly später einmal gesagt, sie sei wahrscheinlich die gewaltigste und schlagendste Darlegung der Sache der Arbeiter gegen die Mittelklasse, die je in ein Dutzend kleiner Seiten zusammengepreßt worden sei. Die Adresse beginnt damit, die große Thatsache festzustellen, daß sich die Noth der Arbeiterklasse in den Jahren von 1848 bis 1864 nicht gemindert habe, obgleich gerade diese Periode in den Jahrbüchern der Geschichte beispiellos dastehe durch die Entwicklung ihrer Industrie und das Wachsthum ihres Handels. Sie führt diesen Beweis dadurch, daß sie urkundlich gegenüberstellt einerseits die fürchterliche Statistik der Blaubücher über das Elend des englischen Proletariats, andererseits die Ziffern, die der Schatzkanzler Gladstone in seinen Budgetreden beigebracht hatte für die berauschende, aber ganz und gar auf die besitzenden Klassen beschränkte Vermehrung von Reichthum und Macht, die in jener Periode vor sich gegangen sei. Die Adresse deckt diesen schreienden Gegensatz an den englischen Zuständen auf, weil England an der Spitze der europäischen Industrie und des europäischen Handels stehe, aber sie fügt hinzu, daß er mit anderer Lokalfärbung und auf etwas kleinerer Stufenleiter in allen Ländern des Festlandes bestehe, wo die große Industrie sich entwickele.

Ueberall beschränke sich die berauschende Vermehrung von Macht und Reichthum auf die besitzenden Klassen, es sei denn, daß eine kleine Anzahl von Arbeitern, wie in England, einen etwas erhöhten, aber durch die allgemeine Preissteigerung wieder ausgeglichenen Arbeitslohn erhalten hätte. „Allüberall sank die große Masse der arbeitenden Klassen in immer tieferes Elend, mindestens in demselben Maße, in dem die oberen Klassen auf der sozialen Leiter stiegen. In allen Ländern Europas steht es jetzt als unumstößliche Wahrheit fest, unleugbar für

jeden unbefangenen Forscher, und bestritten nur von denen, die ein Interesse daran haben, Anderen trügerische Hoffnungen zu erwecken, daß weder die Vervollkommnung der Maschinen, noch die Nutzbarmachung der Wissenschaft für die Industrie und Agrikulturproduktion, weder die Hilfsmittel und die Kunstgriffe des Verkehrs, noch neue Kolonien oder Auswanderung, weder die Eroberung neuer Märkte, noch der Freihandel oder alle diese Dinge zusammengenommen, das Elend der gewerbthätigen Massen zu beseitigen vermögen, daß vielmehr auf der falschen Grundlage des Bestehenden jede frische Entwicklung der schöpferischen Kraft der Arbeit nur dahin zielt, die sozialen Gegensätze zu vertiefen und den sozialen Konflikt zu verschärfen. Hungertod erhob sich in der Hauptstadt des britischen Königreichs beinahe auf den Rang einer sozialen Institution während dieser berauschenden Periode ökonomischen Fortschritts. Diese Periode ist in den Jahrbüchern der Welt gekennzeichnet durch die beschleunigte Wiederkehr, den erweiterten Umfang und die tödtlicheren Wirkungen der sozialen Pest, die man Handels- und Industriekrisen nennt."

Die Adresse wirft einen Blick auf die Niederlage der Arbeiterbewegung in den fünfziger Jahren und findet, daß diese Zeit auch ihre entschädigenden Charakterzüge habe. Besonders zwei große Thatsachen werden hervorgehoben. Zuerst der gesetzliche Zehnstundentag mit seinen für das englische Proletariat so heilsamen Folgen. Der Kampf für die gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit war ein direkter Eingriff in den großen Kampf zwischen der blinden Regel der Gesetze über Angebot und Nachfrage, welche die politische Oekonomie der Bourgeoisie ausmachen, und der durch soziale Fürsorge geregelten Produktion, den Inbegriff der politischen Oekonomie, welche die Arbeiterklasse vertritt. „Und deshalb war die Zehnstundenbill nicht blos ein großer praktischer Erfolg, sondern auch der Sieg eines Prinzips: zum ersten Mal am hellen lichten Tag erlag die politische Oekonomie der Bourgeoisie der politischen Oekonomie der Arbeiterklasse."

Die zweite große Thatsache, in der die politische Oekonomie der Arbeit über die politische Oekonomie des Besitzes einen noch größeren Sieg erfochten hat, ist die Kooperativbewegung, sind die auf dem Prinzip der Kooperation beruhenden, durch wenige unverzagte, wenn auch ununterstützte Hände ins Leben gerufenen Fabriken. Der Werth dieser großen sozialen Experimente kann nicht hoch genug veranschlagt werden. „Durch die That, statt der Gründe, haben sie bewiesen, daß Produktion in großem Maßstab und in Uebereinstimmung mit den Geboten moderner Wissenschaft stattfinden kann ohne die Existenz einer Klasse von Unternehmern, die einer Klasse von Arbeitern zu thun giebt, daß die Arbeitsmittel, um Früchte zu tragen, nicht als Werkzeug der Herrschaft über und der Ausbeutung gegen den Arbeitenden selbst monopolisirt zu werden brauchen, und daß Lohnarbeit, wie Sklavenarbeit, wie Leibeigenschaft, nur eine vorübergehende und untergeordnete Form ist, die, dem Untergange geweiht, verschwinden muß vor der assoziirten Arbeit, die ihre schwere Aufgabe mit williger Hand, leichtem Sinn und fröhlichem Herzen erfüllt." Die Adresse führt dann aus, daß Kooperativ-

arbeit, auf gelegentliche Versuche einzelner Arbeiter beschränkt, gleichwohl das kapitalistische Monopol nicht zu brechen vermöge. „Vielleicht haben gerade aus diesem Grunde Aristokraten von anscheinend edler Denkungsart, philanthropische Schönredner der Bourgeoisie und selbst geschäftskluge Nationalökonomen ganz urplötzlich mit widerlichen Komplimenten eben dem Kooperativarbeitssystem gehuldigt, welches sie vergebens im Keime zu ersticken versucht, als die Utopie des Träumers verhöhnt oder als Verruchtheit des Sozialisten gebrandmarkt hatten.“ Erst die Ausdehnung der Kooperativarbeit zu nationalen Dimensionen und ihre Förderung durch Staatsmittel könne die Massen retten. Dagegen würden die Herren des Grundbesitzes und des Kapitals stets ihre politischen Privilegien aufbieten, um ihre ökonomischen Monopole zu vertheidigen und zu verewigen. Deshalb sei es die große Pflicht der arbeitenden Klassen, politische Macht zu erobern. Dieser Abschnitt der Adresse stimmt dem Sinne nach vollkommen mit dem überein, was Lassalle im Offenen Antwortschreiben über die Bedeutung der genossenschaftlichen Arbeit für das Proletariat ausgeführt hatte.

Indem die Adresse die Pflicht der arbeitenden Klassen betont, sich die politische Macht zu erobern, sagt sie, die Arbeiter schienen diese Pflicht begriffen zu haben, wie ihr gleichzeitiges Wiederaufleben in England, Deutschland, Frankreich und Italien, wie ihr gleichzeitiges Streben nach einer politischen Reorganisation der Arbeiterpartei beweise. „Ein Element des Erfolges besitzen sie — Zahlen; aber Zahlen wiegen nur dann schwer in der Wage, wenn sie durch ein Bündniß vereinigt und einem bewußten Ziel entgegengeführt werden.“ Die Erfahrung der Vergangenheit lehre, daß Mißachtung der Brüderlichkeit, die zwischen den Arbeitern der verschiedenen Länder bestehen und sie anspornen sollte, in allen ihren Kämpfen für Emanzipation fest bei einander zu stehen, sich durch eine allgemeine Vereitelung ihrer unzusammenhängenden Anstrengungen räche. Diese Erwägung habe das Meeting in St. Martins Hall zur Gründung der Internationalen Arbeiterassoziation veranlaßt.

Und noch eine andere Ueberzeugung habe dies Meeting beherrscht. Erheische die Emanzipation der arbeitenden Klassen ihren gegenseitigen brüderlichen Beistand, wie könnten sie diese große Mission erfüllen, wenn die auswärtige Politik der Regierungen strafbare Pläne verfolge, nationale Vorurtheile hervorrufe und in Raubzügen das Blut wie den Schatz des Volkes vergeude? Die Adresse weist auf den amerikanischen Bürgerkrieg und den polnischen Aufstand hin. „Die auf keinen Widerstand stoßenden Uebergriffe der barbarischen Macht, deren Haupt in St. Petersburg, deren Hände in allen europäischen Kabinetten thätig sind, haben den arbeitenden Klassen die Pflicht gezeigt, den Mysterien der internationalen Staatskunst nachzuspüren, die diplomatischen Streiche ihrer Regierungen zu überwachen, ihnen nöthigenfalls mit aller Macht entgegenzuarbeiten, und wenn außer Stande, den Streich zu hindern, sich zu gleichzeitiger öffentlicher Anklage zu verbinden und die einfachen Gesetze der Moral und des Rechtes zu verkünden, die ebensowohl die Beziehungen Einzelner regeln, als auch für den Verkehr der

Nationen die obersten Gesetze sein sollten. Der Kampf für solch eine auswärtige Politik bildet einen Theil des allgemeinen Kampfes für die Emanzipation der arbeitenden Klassen.“ Und so schließt die Inauguraladresse der Internationalen Arbeiterassoziation, wie weiland das Kommunistische Manifest: Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Die Statuten beginnen mit Erwägungsgründen, die sich in folgende Sätze zusammenfassen lassen: Die Emanzipation der Arbeiterklasse muß durch die Arbeiterklasse selbst erobert werden; der Kampf für sie ist kein Kampf für neue Klassenvorrechte, sondern für die Vernichtung aller Klassenherrschaft. Die ökonomische Unterwerfung des Arbeiters unter den Aneigner der Arbeitsmittel, das heißt der Lebensquellen, liegt der Knechtschaft in allen ihren Formen zu Grunde: dem sozialen Elend, der geistigen Verkümmerung und der politischen Abhängigkeit. Die ökonomische Emanzipation der Arbeiterklasse ist daher das große Ziel, dem jede politische Bewegung als Mittel dienen muß. Alle nach diesem Ziele strebenden Versuche sind bisher gescheitert aus Mangel an Einigung unter den verschiedenen Arbeitszweigen jedes Landes und unter den Arbeiterklassen der verschiedenen Länder. Die Emanzipation der Arbeiter ist weder eine lokale, noch eine nationale, sondern eine gesellschaftliche Aufgabe; sie umfaßt alle Länder, in denen die moderne Gesellschaft besteht; sie kann nur gelöst werden durch das planmäßige Zusammenwirken aller dieser Länder. Aus diesem Grunde erklären die Statuten, daß die Internationale Arbeiterassoziation und alle ihr angehörigen Gesellschaften und Individuen Wahrheit, Recht und Sitte als die Grundlage ihres Betragens unter einander und gegen alle ihre Mitmenschen ohne Rücksicht auf Farbe, Bekenntniß oder Nationalität anerkennen. Es ist die Pflicht des Mannes, die Rechte eines Mannes und Bürgers nicht blos für sich selbst, sondern für Jedermann zu fordern, der seine Pflicht thut. Keine Rechte ohne Pflichten, keine Pflichten ohne Rechte.

Die Organisation des Bundes gipfelte in einem Generalrath, der zusammengesetzt sein sollte aus Arbeitern der verschiedenen, in der Assoziation vertretenen Länder. Bis zum ersten Kongreß übernahm das in St. Martins Hall gewählte Komite die Befugnisse des Generalraths. Sie bestanden darin, die internationale Vermittlung zwischen den Arbeiterorganisationen der verschiedenen Länder zu übernehmen, die Arbeiter jedes Landes fortdauernd über die Bewegungen ihrer Klasse in anderen Ländern zu unterrichten, statistische Untersuchungen über die Lage der arbeitenden Klassen anzustellen, Fragen von allgemeinem Interesse in allen Arbeitergesellschaften erörtern zu lassen, im Falle internationaler Streitigkeiten eine gleichmäßige und gleichzeitige Aktion der assoziirten Gesellschaften zu veranlassen, periodische Berichte zu veröffentlichen und ähnlichen Aufgaben. Der Generalrath wurde vom Kongreß gewählt, der jährlich einmal zusammentrat. Der Kongreß bestimmte den Sitz des Generalraths, sowie Ort und Zeit des nächsten Kongresses. Doch war der Generalrath befugt, die Zahl seiner Mitglieder zu vervollständigen, und im Nothfalle den Ort des Kongresses zu verlegen, nicht aber die Zeit seines Zusammentritts hinauszuschieben. Die Arbeiter-

gesellschaften der einzelnen Länder, die sich den Internationalen anschlossen, behielten ihre gesonderte Organisation unangetastet bei. Keiner unabhängigen Lokalgesellschaft war verwehrt, unmittelbar mit dem Generalrath zu verkehren, doch wurde es als eine für die wirksame Thätigkeit des Generalrathes nothwendige Vorbedindung bezeichnet, daß die gesonderten Arbeitergesellschaften der einzelnen Länder sich soweit möglich zu nationalen, in Zentralorganen vertretenen Körperschaften vereinigten.

Die Inauguraladresse und die Statuten der Internationalen Arbeiterassoziation waren mit einer Meisterschaft entworfen, die auch von dem Manne anerkannt worden ist, der später am eifrigsten daran gearbeitet hat, den Bund zu zerrütten: von Bakunin. Marx hat die Internationale nicht geschaffen, so wenig wie Lassalle die deutsche Sozialdemokratie geschaffen hat, aber wie dieser der deutschen, so hat jener der internationalen Arbeiterbewegung die Form gegeben, in der sie eine mächtige Wirksamkeit entfalten konnte. Die Internationale war die Erbin des Kommunistenbundes, in dessen Manifeste schon ausgesprochen worden war, daß vereinigte Aktion, wenigstens der zivilisirten Länder, eine der wesentlichsten Vorbedindungen für die Befreiung des modernen Proletariats sei. Aber wie sehr unterschied sich die Internationale von dem Bunde der Kommunisten! Aus der geheimen Propagandagesellschaft, die der bürgerlichen Gesellschaft den rücksichtslosesten Krieg ansagte, war ein auf die weiteste Oeffentlichkeit begründeter Bund geworden, der Arbeitergesellschaften von den verschiedensten Tendenzen umfaßte, vorausgesetzt, daß sie die Interessen der Arbeiterklasse auf ihre Fahne geschrieben hatten. Dennoch war es derselbe Geist, der beide Körper beseelte, jener schöpferische Geist, der gleichmäßig seine großen Zwecke verfolgte in allem Wechsel der Mittel, den der Wandel der Zeiten erheischte.

Solange die Internationale bestand, ist Marx ihr Dolmetsch gewesen, und auch schon, ehe ihn das Meeting von St. Martins Hall in das Gründungskomite wählte, hat er sich an den vorbereitenden Schritten betheiligt. Es war sein langgehegter Wunsch, wie Engels einmal sagt, mit dem Wiederaufleben des europäischen Proletariats „eine die fortgeschrittensten Länder Europas und Amerikas umfassende Arbeiterassoziation zu gründen, die den internationalen Charakter der sozialistischen Bewegung sowohl den Arbeitern selbst, wie der Bourgeoisie und den Regierungen sozusagen leiblich vorführen sollte — dem Proletariat zur Ermuthigung und Stärkung, seinen Feinden zum Schrecken". Und in diesen Worten ist zugleich das innere Wesen der Internationalen treffend gekennzeichnet. Sie ist nie der mit ungeheuren Mitteln wirkende Geheimbund gewesen, der die Bedrücker des Proletariats geängstigt und dessen Schatten sie noch geschreckt hat. Sie war immer nur eine moralische Macht, welche die Arbeiter ermuthigte, stärkte, vorwärts führte, und als solche bildet sie einen ragenden Markstein in der Geschichte des 19. Jahrhunderts.

Der Gedanke einer internationalen Verbrüderung war seit den Tagen des römischen Weltreichs niemals völlig erloschen. In ihrer Weise verkörperte ihn die

römische Kirche des Mittelalters. Er schien dann allerdings gänzlich verdunkelt zu werden durch die aufkommende kapitalistische Produktionsweise, welche die einzelnen Nationen sowohl schuf, als auch in den erbarmungslosen Krieg um den Weltmarkt warf. Aber er wurde doch immer wieder wach in den Köpfen bürgerlicher Ideologen, sei es wenn die bürgerliche Klasse einer Nation im Rausche höchster Triumphe über die nationalen Schranken hinweggehoben zu werden schien, sei es wenn die bürgerliche Klasse einer anderen Nation daran verzweifelte, je zu nationaler Selbständigkeit zu gelangen. Das Weltbürgerthum der französischen Revolutionäre und der deutschen Klassiker, wie ähnlich es sich sah, hatte einen ganz entgegengesetzten Ursprung. Immer zerfloß die bürgerliche Internationalität wie ein blutloser Schemen im Sturm und Drang der nationalen Kämpfe, um dann doch immer wieder daraus emporzutauchen. Es gehört zum antagonistischen Wesen der kapitalistischen Produktionsweise, je länger je mehr die Völker des Erdballs sowohl enger zu verbinden, als auch tiefer zu zerreißen.

Dieser Antagonismus erlischt erst völlig im modernen Proletariat, das überall dieselben Interessen hat. So tritt denn auch schon bei den großen Utopisten die internationale Verbrüderung viel entschiedener und klarer hervor, als bei den weltbürgerlichen Denkern und Träumern der Bourgeoisie. Saint-Simon setzte der Allianz des Feudalismus einen Bund der entwickeltsten Nationen, der Deutschen, Franzosen und Engländer, zur Sicherung des Friedens und der Kultur entgegen, Fourier wollte durch eine große Föderation seiner Phalansteren das alte Staatensystem zerstören, Owen gründete einen Verein aller Klassen und Nationen zur Propaganda für die weltbefreienden Gedanken des Sozialismus. Je klarer sich das moderne Proletariat über seine Interessen wurde, um so entschiedener mußte es das Ideal einer allgemeinen Völkerverbrüderung von allen Nebeln phantastischer Vorstellung befreien. Wie sich die Internationale aus der Sympathie für einen nationalen Aufstand entwickelte und wie sie immer die treue Freundin nationaler Freiheitskämpfe geblieben ist, so packte sie den internationalen Gedanken da an, wo er in der Gestalt nüchterner praktischer reeller Thatsachen in die Wirklichkeit zu treten begann. Zu ihren Hauptwurzeln gehörte das Bemühen der Trade Unions, sich vor der Einfuhr billiger Arbeitskräfte aus dem Auslande zu schützen.

Ueberhaupt bildeten die englischen Arbeitergesellschaften das Rückgrat des Bundes, eine Thatsache, die an und für sich schon genügt, um die Fabeln, als sei er eine Gesellschaft von Schwärmern oder Verschwörern gewesen, gebührend zu kennzeichnen. Als vier Jahre später die deutsche Fortschrittspartei auf den verwünscht gescheidten Gedanken gerieth, die frommen Musterknaben von englischen Arbeitern gegen die Propaganda der Internationalen auszuspielen, konnte Marx darauf hinweisen, daß alle irgend bedeutenden Bewegungsparteien des britischen Proletariats durch ihre Führer im Generalrathe des Bundes vertreten seien: der allgemeine Rath der Trade Unions durch Odger, Applegarth und Howell, die übrigen affiliirten Trades Unions durch Shaw, Buckley, Cohn, Hales und Maurice, die englischen Kooperativgesellschaften durch Weston und Williams, die Reformligue

durch Dell, Cowell Stepney und Lucraft, die National Reform Assoziation durch Walton und Milner, die atheistische Volksagitation durch Copeland und Mrs. Harriet Law, daß der Beehive, das offizielle Organ der Trade Unions, zugleich dem Generalrathe der Internationalen als offizielles Organ diene.

Wurzelnd in der rauhen Wirklichkeit, hatte die Internationale sich langsam durchzuringen, bis sie festen Boden unter den Füßen bekam, ganz ähnlich dem Allgemeinen Deutschen Arbeitervereine, nur daß Marx viel geduldiger und zäher arbeitete als Lassalle. Erst zwei Jahre nach ihrer Gründung war die Internationale so weit, um ihren ersten Kongreß abhalten zu können. Aber wie bei Lassalles Verein wäre es sehr verkehrt, ihre historische Wirksamkeit nur unter dem materiellen Gesichtspunkte zu betrachten. Die Finanzen des Generalraths, der Nerv aller modernen Kriegführung, waren nach einem Worte von Marx stets wachsende negative Größen, während umgekehrt ihr geistiger und moralischer Einfluß eine stets wachsende positive Größe war. Ihre Arbeit hat tausendfältige Frucht getragen, und ihre Verdienste um den proletarischen Emanzipationskampf sind unvergänglich.

Das gilt in erster Reihe von ihrer Rückwirkung auf Deutschland. Die Zahl der deutschen Arbeiter, die sich der Internationalen unmittelbar angeschlossen haben, war immer sehr gering, mehr als tausend werden es schwerlich zu irgend einer Zeit gewesen sein. Aber auf die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie hat der Bund mit bleibendem Erfolge eingewirkt.

Fünftes Kapitel.

Lassalles Erben.

Dem Unsterne, der über Lassalles letzten Tagen gewaltet hatte, unterlag auch sein Testament. Die namhaften Renten, die Lassalle einzelnen Freunden vermachte, waren wohl dazu bestimmt, diese Männer unabhängig zu stellen und ihnen die Förderung der Agitation zu ermöglichen, aber sie erreichten diesen Zweck nicht. Bucher wurde ein Werkzeug Bismarcks, der Kandidat Alexi ein pietistischer Reaktionär, und Rüstow hat nichts für die Propaganda gethan, wenn er auch ein ehrlicher Demokrat blieb.

Damit allein war noch nicht viel verloren. Verhängnißvoller erwiesen sich die Bestimmungen des Testaments, die sich unmittelbar auf den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein bezogen. Lassalle empfahl dem Verein, den Frankfurter Bevollmächtigten Bernhard Becker zu seinem Nachfolger zu wählen, und diesem band er auf die Seele, an der Organisation festzuhalten, die den Verein zum Siege führen werde, Verfügungen, die sich als Reflexe der Vahlteichschen Opposition erklären, aber statt alte Verwirrung zu schlichten, nur neue Verwirrung

angerichtet haben. Aehnlich stand es um den Paragraphen des Testaments, der dem Vereinssekretär Willms — neben einer persönlichen Jahresrente von 150 Thalern „zum Lohne für seine Bravheit" — auf die Dauer von 5 Jahren jährlich 500 Thaler vermachte, damit er sie nach seinem Belieben zur Agitation für den Verein bestens und gewissenhaft verwende.

Noch ehe Lassalles Sarg geschlossen war, entbrannte der erste Streit zwischen seiner Mutter und der Gräfin Hatzfeldt. Sein Vater war nicht lange vorher gestorben, und seine übrige Familie, Mutter, Schwester und deren Mann, ein Kommerzienrath Friedland, den Lassalle tödtlich gehaßt hatte, bekundeten bei seinem Tode, wie tief sie noch im Sumpfe des Geldjudenthums steckten. Nach weitläufigen Verhandlungen wurde das Uebereinkommen getroffen, daß die Gräfin Hatzfeldt die Leiche Lassalles zur Beerdigung in Berlin ausgeantwortet erhielt, gegen Uebernahme von 10 000 Francs Unkosten, und die Verpflichtung, das Begräbniß nach jüdischem Ritus auszurichten. Die Gräfin beabsichtigte, den Sarg durch die großen Gemeinden des Vereins zu führen und überall feierliche Todtenfeste zu veranstalten. Doch gelang ihr nur in Mainz die imposante Ausführung ihres Vorhabens. Als der Sarg auf einem Dampfer in Köln anlangte, beschlagnahmte ihn die Polizei im Auftrage der Familie und führte ihn nach Breslau, wo er sofort mit würdeloser Eile auf dem jüdischen Friedhofe bestattet wurde. Als die letzte Scholle Erde auf ihn fiel, meinte Friedland schmunzelnd: Nun ist der große Kampf begraben.

Diese Ansicht des edlen Jobbers traf aber gewaltig daneben. Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein zeigte nun doch, daß er tiefe Wurzeln in der Arbeiterklasse geschlagen hatte. Die Todtenfeiern Lassalles verliefen in allen Gemeinden ernst und erhebend. Der plötzliche Tod des geliebten Führers entmuthigte nirgends, sondern stärkte überall die trotzige Zuversicht des Sieges. Der Kultus, der dabei mit der Person Lassalles getrieben wurde, ging manchmal etwas weit, aber im Allgemeinen nicht weiter, als unter den obwaltenden Umständen begreiflich und verzeihlich war. Am ausgeprägtesten erschien er in einigen Liedern Ludwig Würkerts, die „der Bibel, der Kirche, dem Herrn" Treue schworen oder noch schärfer ans Zerrbildliche streiften. In alledem steckte aber doch ein braver und tüchtiger Kern.

Ludwig Würkert war ein Veteran der vormärzlichen Demokratie, ein schon bejahrter Mann, der ein Vierteljahrhundert zu den ausgezeichnetsten Kanzelrednern des Königreichs Sachsen gehört, dann wegen hervorragender Betheiligung am Maiaufstande vier Jahre Zuchthaus verbüßt hatte und nun das Hotel de Saxe verwaltete, die „Herberge der Gerechtigkeit", wie das Haus bald von den Leipziger Arbeitern genannt wurde. Eine gefeierte Größe des bürgerlichen Radikalismus, hatte Würkert an das Märchen vom Reaktionär Lassalle geglaubt, bis ihn der Nachruf eines demokratischen Blattes stutzig machte, in dem es hieß, Lassalle sei doch einer der Unseren gewesen. Nun las Würkert die Schriften Lassalles, und dem alten Revolutionär fiel es wie Schuppen von den Augen: im Saale seines

Hotels pflegte er jetzt vor einer dichtgedrängten Schaar von Hörern über Lassalle zu sprechen und den todten Genius in Gedichten zu feiern, deren fromme Vergleiche der Sprache des alten Theologen und nicht einer religiösen Empfindung der Massen entsprangen. Was sonst in Prosa und Versen bei Lassalles Todtenfeiern laut wurde, das war von einer durchaus weltlichen Kampflust beseelt; bei der Todtenfeier in Hamburg erklang zum ersten Male die Arbeitermarseillaise des jungen Jacob Audorf, deren schlichte schmucklose Worte seitdem auf unzähligen Arbeiterversammlungen erklungen sind und das zierlich geschliffene Bundeslied Herweghs ganz in den Hintergrund gedrängt haben.

In die Zeit gleich nach Lassalles Tode fielen auch einige Erfolge, die ihm selbst, wenn er sie noch erlebt hätte, die größte Freude gemacht haben würden. Im Oktober 1864 sollte der zweite Vereinstag der deutschen Arbeitervereine in Leipzig stattfinden, und am 2. dieses Monats trat ein Arbeitertag des Maingaues in Offenbach zusammen, um über die in Leipzig zu verhandelnden Gegenstände zu berathen. Als Berichterstatter des Komites entwickelte Löb Sonnemann alle die schönen Dinge, die den Arbeitern blühen sollten, falls sie nur die gehorsamen Diener der Bourgeoisie blieben, wurde aber für die altgewohnten Tiraden nicht mehr mit dem altgewohnten Beifall belohnt. Vielmehr bemerkten die Arbeiter trocken, daß sie alle die verheißenen Herrlichkeiten um das allgemeine Wahlrecht daran geben würden. Löb Sonnemann wandte ein, das allgemeine Wahlrecht könne den Arbeitern nicht vorwärts helfen, wie das Beispiel Frankreichs zeige, dafür sei er bereit, sobald die Stunde schlage, mit den Arbeitern auf die Barrikaden zu steigen. Allein dieser aufopfernde Heldenmuth wurde unter herzerquickender Heiterkeit begraben, und das Komite des Maingaues zog mit der schmerzlichen Erfahrung heim, daß die Tage sich neigten, in denen die Arbeiter so mir nichts dir nichts genasführt werden konnten.

Auf dem Leipziger Vereinstage fing es dann auch an, Abend zu werden für die Bourgeoisie. Ein übles Vorzeichen empfing ihn schon an der Schwelle. In dem Berichte über den vorjährigen Vereinstag, der angeblich 17 000 Arbeiter vertreten haben sollte, war auch ein Solinger Arbeiterverein mit angeblich 1500 Mitgliedern als Theilnehmer aufgeführt worden; an den Leipziger Vereinstag richteten nun die beiden einzigen Arbeitervereine in Solingen einen scharfen Protest, worin sie erklärten, es sei eine „infame Lüge“, daß sie „je mit den ehrenwerthen Herren Löb Sonnemann und Max Wirth in einem Briefwechsel gestanden haben sollten“, die Solinger Arbeiter ständen zu Lassalle, und die 1500 Anhänger, die Schulze-Delitzsch dort haben solle, seien Geschöpfe der Phantasie. Der Leipziger Vereinstag, der am 22. und 23. Oktober tagte, war angeblich von 40 Arbeiterbildungsvereinen beschickt, unter deren Vertretern nur verhältnißmäßig wenige Arbeiter waren.

Am ersten Tage wurde über Freizügigkeit verhandelt, und die üblichen Redensarten über dieses angebliche Heilmittel der Arbeiterbeschwerden spannen sich in der üblichen Weise ab. Dann aber erhob sich Fritzsche, der einen Leipziger

Zigarrenarbeiterverein vertrat, und wies nach, daß die Freizügigkeit zwar ein natürliches, allen Menschen angeborenes Recht sei, das als solches durchgesetzt werden müsse, aber mit sozialen Reformen nicht das Geringste zu thun habe. Was den Arbeitern allein helfen könne, sei das allgemeine Wahlrecht. Fritzsches beredte Ausführungen entfesselten den Beifall der anwesenden Arbeiterdelegirten und der Zuhörer auf den Tribünen. Es mußte schon mit Hilfe der Geschäftsordnung künstliche Vorsorge getroffen werden, um Fritzsche nicht zum zweiten Male zum Worte kommen zu lassen. Am nächsten Tage sprach Albert Lange über Konsumvereine. Er führte aus, daß sie durchaus kein Universalmittel, aber doch ganz nützliche Einrichtungen seien, vorausgesetzt, daß sie von Arbeitern begründet und verwaltet würden, und nicht von den gelehrten Männern der Bourgeoisie, die überhaupt gut daran thun würden, sich nicht so viel in Arbeiterangelegenheiten zu mischen, in denen die Arbeiter selbst viel besser Bescheid wüßten. Den Drahtziehern des Vereinstags wurde immer schwüler zu Muthe, und als Fritzsche in einer Verhandlung über Produktivgenossenschaften sprechen wollte, schnitten sie ihm durch einen rechtzeitig apportirten Schlußantrag das Wort vom Munde ab. Darüber entstand ein heftiger Streit, den der auf beiden Seiten gleich angesehene Albert Lange nur mühsam beschwichtigen konnte. Zu einer wirklichen Versöhnung vermochte er es freilich auch nicht zu bringen; vielmehr verließ Fritzsche den Vereinstag, unter schriftlichem Proteste gegen den „unwürdigen Terrorismus", der an der Redefreiheit verübt worden sei. Erfolglos war sein Vorstoß nicht gewesen. In den Ausschuß des Vereinstages wurde zwar wieder Löb Sonnemann und Max Hirsch, aber neben ihnen Albert Lange und Bebel gewählt. Der gegen die revolutionäre Fluth aufgeworfene Damm zeigte die ersten Risse.

Und nun platzte auch die Bombe im Maingau. Auf einem Arbeitertage, der zum 27. November nach Frankfurt a. M. berufen wurde, um den Bericht über den Leipziger Vereinstag entgegenzunehmen, waren die Anhänger Lassalles in entschiedener Mehrheit. Sie setzten das alte Komite des Maingaues ab und wählten erst vorläufig, dann auf einem neuen stark besuchten Arbeitertage am 18. Dezember endgiltig ein neues Komite, dessen neun Mitglieder zum Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein gehörten. Welcker wurde zum Vorsitzenden, Ellner und Oberwinder zu Schriftführern dieses Komites ernannt. Zugleich erklärte der Arbeitertag Schulze-Delitzsch, Faucher, Löb Sonnemann und Max Wirth für unfähig, Führer der Arbeiter zu sein, weil sie nicht die wahren Interessen des Proletariats verfolgt hätten, sondern mit Lügen umgegangen seien.

Während so die Prinzipien Lassalles immer tiefer in die Arbeiterklasse eindrangen und sich unaufhörlich neue Gemeinden bildeten, stand es anders um die Frage, ob die Organisation der Arbeiterpartei in derselben Weise aufrecht erhalten und ihre Taktik in derselben Weise fortgeführt werden könne, wie zu Lassalles Lebzeiten. Die eine wie die andere war je länger je mehr auf seine Person zugeschnitten gewesen, und diese Person konnte durch Niemanden ersetzt werden,

am wenigsten durch den Mann, den Lassalle als seinen Nachfolger empfohlen hatte. Bernhard Becker ragte weder durch Bildung noch durch Talent über das bescheidenste Mittelmaß empor, und das Einzige, was ihn empfahl, war der Ruf der Ehrlichkeit, den er damals genoß.

Es läßt sich wohl erklären, weshalb Lassalle auf ihn verfallen war. Lassalles Hoffnungen auf die schnelle Entwicklung der deutschen Arbeiterklasse zu einer großen politischen Partei waren arg herabgestimmt worden, und so mochte er es noch nicht an der Zeit halten, einen Arbeiter an die Spitze des Vereins zu stellen. Verzichtete er aber darauf, so war seine Auswahl sehr beschränkt. Mit Liebknecht stand er auf gespanntem Fuße, und an Schweitzer, den er sonst wohl gewählt haben würde, durfte er nicht denken bei der großen Unbeliebtheit Schweitzers in den Kreisen der Arbeiter. Dammer hatte sich als Leipziger Bevollmächtigter lässig und träge erwiesen. Es blieb kaum ein anderer als Becker, der die Frankfurter Gemeinde in guter Ordnung gehalten und Vahlteichs Opposition entschieden verworfen hatte. So weit Lassalle die Dinge vor seinem Tode übersehen konnte, durfte er glauben, die verhältnißmäßig beste Wahl getroffen zu haben, aber die Folge lehrte, daß es dennoch eine sehr unglückliche Wahl war.

Zunächst achtete der Verein die letzten Willensmeinungen seines Stifters. Vahlteich wurde vom Vorstande gegen die Stimmen Metzners und Yorks ausgestoßen. War Vahlteichs Opposition nicht frei gewesen von einem gewissen faktiösen Eigenwillen, so ehrte es ihn jetzt, daß er sich schweigend in sein trotzdem unverdientes Schicksal fügte und keine feindselige Handlung gegen den Verein unternahm. Die Präsidentenwahl machte noch einige formale Schwierigkeiten, doch war sie bis zum 1. November in den meisten Gemeinden vollzogen. Alle abgegebenen Stimmen fielen auf Bernhard Becker, und zwar für die Zeit, für welche Lassalles Präsidium noch gedauert haben würde. Am 2. November legte der Vizepräsident Dammer, der sich von nun an aus der Agitation zurückzog, die Leitung des Vereins in Beckers Hände.

Aber damit begannen erst die eigentlichen Schwierigkeiten. Der Streit um Organisation und Taktik brach aus, als um die Jahreswende von 1864 auf 1865 die erste Generalversammlung in Düsseldorf stattfand und die ersten Nummern des neuen Vereinsorgans erschienen.

I. Die vorhandenen Gegensätze.

Nach der bürgerlichen Auffassung ist die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie in den nächsten Jahren nach Lassalles Tode ein wildes Gewirr persönlichen Haders und kleinlichen Gezänks gewesen. Und wenn man an der Oberfläche der Dinge haften bleibt, so scheint diese Auffassung auch ganz zutreffend zu sein. Es ist nicht leicht, sich in den gegenseitigen Anklagen und Beschuldigungen zurechtzufinden. Lebt man sich aber in die Dinge selbst ein, und anders wird

der Historiker nie zu einem richtigen Urtheile gelangen, so erkennt man bald das vernünftige Gesetz der Entwicklung, das sie beherrschte.

Die Frage, wie Lassalles politische Erbschaft liquidirt werden sollte, ließ eine verschiedene Beantwortung zu. Die nächstliegende Ansicht war, die Agitation genau in den Geleisen fortzuführen, in denen sie sich bei Lassalles Tode befand. Diese Ansicht hatte in der Gräfin Hatzfeldt ihre eifrigste Befürworterin. Für sie war die Bewegung Lassalle, und Lassalle die Bewegung. In ihrer Trauer um den todten Freund lag eine wilde Größe der Leidenschaft, die menschlich tief ergriff, aber politisch schlecht berieth. Die Gräfin machte jedes Wort Lassalles zu einem Evangelium, an dem nicht gerüttelt werden dürfe, und dieser Buchstabenglaube mußte sie um so eher irreleiten, als sie nicht durch die Sozialdemokratie zu Lassalle, sondern durch Lassalle zur Sozialdemokratie gekommen war. Sie hätte nicht eine geborene Aristokratin sein müssen, wenn die taktische Wendung Lassalles in ihr nicht Neigungen und Sympathien erweckt hätte, von denen Lassalle selbst sehr weit entfernt gewesen war. Der „große Minister", den Lassalle als Schachfigur betrachtet hatte, wurde ihr zum Ideal.

Als der „beste und einzige Freund" Lassalles hielt die Gräfin sich für seinen berufenen Nachfolger. Deshalb war ihr die Wahl Beckers gerade recht. Sie hoffte, den beschränkten Mann leiten zu können, wie sie wollte. Und aus diesem Grunde hielt sie ebenso streng an Lassalles Organisation fest, wie an seiner Taktik. Der Verein sollte das Werkzeug Beckers bleiben, wie Becker ihr Werkzeug war. Becker selbst verherrlichte die Gräfin „in tiefster Ehrfurcht und Dankbarkeit" als die Retterin des Vereins, der ohne ihre Hilfe aus den Fugen gegangen sein würde. Daran war so viel wahr, daß die Gräfin sich eifrig bemühte und auch ihre reichen Geldmittel nicht schonte, um die Schöpfung Lassalles am Leben zu erhalten. Aber es war ebenso richtig, daß wenn ihre Absichten durchgingen, aus der Arbeiterpartei, die Lassalle hatte schaffen wollen, eine fanatisch-religiöse Sekte werden mußte.

Dagegen wollte Schweitzer den Verein als sozialdemokratische Partei erhalten, und er war klug genug, einzusehen, daß mit dem Herzog auch der Mantel des Herzogs gefallen sei. Schweitzer hatte sich mit überraschender Schnelligkeit in den sozialistischen Theorien zurecht gefunden; ohne ein selbständiger Theoretiker zu sein, hat er doch, so lange er in der revolutionären Arbeiterbewegung wirkte, den wissenschaftlichen Kommunismus richtiger und schärfer vertreten, als irgend wer sonst in den deutschen Grenzen. Worin er aber selbst den großen sozialistischen Theoretikern überlegen war, das war seine genaue Kenntniß der damaligen deutschen Zustände und der klare politische Blick, womit er sie zu würdigen verstand. Ein geborener Süddeutscher, fand er sich sofort in der altpreußischen Kaserne mit einer Umsicht zurecht, um die ihn die altpreußischen Demokraten hätten beneiden können. Schweitzer besaß nicht die mächtigen Leidenschaften Lassalles, aber so konnte er sich von ihnen auch nicht hinreißen lassen. Selten hat ein Politiker so gut wie er begriffen, daß der Groll in der Politik nichts

zu suchen habe. Er hatte wenig vom Feuer des Agitators, und in seinen agitatorischen Kundgebungen klingt manchmal ein gequälter Ton durch, aber er war unübertroffen in der Fähigkeit, den Arbeitermassen eine politische Situation oder ein soziales Problem in faßlicher, lichtvoller und dabei doch niemals flacher Weise auseinanderzulegen.

Vor den Illusionen, denen Lassalle sich in den letzten Monaten seines Lebens hingegeben hatte, war Schweitzer hinlänglich geschützt. Er hielt daran fest, daß die politische Organisation der Arbeiterklasse eine unbedingte Nothwendigkeit sei, ebenso daran, daß sie unter den gegebenen Verhältnissen nur auf dem Wege möglich sei, den Lassalle beschritten hatte. Er ging noch weiter und erkannte an, daß Lassalles taktische Wendung durch die Gewalt der Umstände erzwungen worden sei. Er gab sie nicht völlig auf, beschränkte sie aber in einer Weise, die alle Mißverständnisse ausschloß. Trotz allen Drängens der Gräfin Hatzfeldt ließ sich Schweitzer nicht dazu herbei, die schleswig-holsteinische Resolution zu befürworten, die Lassalle in seiner letzten Zeit erwogen hatte. Er betonte mit aller Schärfe, daß die Arbeiter der Fortschrittspartei die unbedingteste Heeresfolge zu leisten hätten, sobald diese Partei irgend welche ernsthafte Anstalten mache, die bürgerlichen Freiheiten durchzusetzen. Aber solange die Fortschrittspartei die bürgerlichen Klasseninteressen einfach verrieth und in wahnsinniger Verblendung wüthender auf das Proletariat losschlug, als auf die Regierung, solange vertrat Schweitzer den Standpunkt, daß die Arbeiterpartei sich in völliger Unabhängigkeit zu halten habe, sowohl gegenüber der Bourgeoisie als auch gegenüber dem Junkerthum, daß sie mit wachsamem Auge spähen solle, was sie für sich aus dem Zwiste der unterdrückenden Klassen herausschlagen könne.

In seiner kaltblütigen Weise bildete Schweitzer sich keinen Augenblick ein, der feudalen Reaktion bürgerliche Freiheiten ablisten oder abschmeicheln zu können. Aber er rechnete darauf, daß Bismarck gezwungen werden würde, das allgemeine Wahlrecht und vielleicht auch das Koalitionsrecht durchzudrücken, und er sah darin einen wesentlichen Vortheil für die Arbeiterklasse, der die gesetzlichen Mittel der Parteiorganisation noch so gut wie ganz fehlten. Dem Wahlrechte, das sie besaß, brach die Dreiklassenwahl jede Spitze ab, ein Koalitionsrecht bestand fast nirgends, Preß- und Vereinsrecht waren der schrankenlosesten Polizeiwillkür preisgegeben. Sollte die Arbeiterbewegung ein politisches Gewicht in die Wagschale werfen, so mußte sie vor allen Dingen erstarken, so mußte sie sich einen gesetzlich anerkannten Boden schaffen, auf dem sie sich bewegen konnte, und das war, so lange die bürgerliche Opposition versagte, nach Schweitzers Ansicht nur dadurch möglich, daß sie prinzipiell sich ihre volle Unabhängigkeit wahrte und taktisch den Kampf zwischen der Bourgeoisie und dem Junkerthum ausnützte, unbekümmert um das Gerede der Fortschrittspartei, daß sie der Reaktion diene, und unbekümmert um das Gerede der Reaktion, daß sie sich von der Fortschrittspartei nasführen lasse. So wollte Schweitzer fortbauen auf der Grundlage, die Lassalle gelegt hatte, zunächst den Boden behauptend, der einmal gewonnen war, und kühl rechnend

mit den praktischen Möglichkeiten einer sozialdemokratischen Agitation, aber gern bereit, die Worte Lassalles preiszugeben, um im Geiste Lassalles die proletarische Bewegung immer fester und tiefer zu begründen.

In diesem Bestreben suchte er sich mit Marx, Engels und Liebknecht zu verständigen. Um das neue Vereinsorgan herauszugeben, waren Schweitzer und Hofstetten nach der preußischen Hauptstadt übergesiedelt, wo sie das preußische Bürger- und das Berliner Heimathsrecht erwarben. Noch zu Lassalles Lebzeiten ging Schweitzer zu Liebknecht und brachte sofort das Gespräch auf die reservirte Haltung der „alten Sozialisten" gegenüber der Agitation Lassalles. Liebknecht setzte ihm die Bedenken auseinander, die Lassalles alte Freunde hegten, und so sagt Liebknecht in einer späteren Erklärung: „Herrn v. Schweitzer schien das einzuleuchten." Unmittelbar nach Lassalles Tode schlug Schweitzer vor, daß Marx das Präsidium des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins übernehmen sollte. Indessen Marx lehnte ab, weil er sich mit der Lassalleschen Bewegung nicht identifiziren und unter den herrschenden politischen Zuständen überhaupt nicht nach Deutschland zurückkehren wollte. Auf die dringenden Bitten Schweitzers erklärten sich Marx und Engels aber bereit, an dem neuen Vereinsorgane mitzuarbeiten, freilich nur mit dem größten Widerstreben und erst auf die ausdrückliche Versicherung Liebknechts hin, daß auf Schweitzers Loyalität zu bauen sei. Liebknecht selbst trat in die Redaktion ein.

Es war ein sehr ungleiches Paar, das da zusammengerieth, und es bedurfte keines großen Scharfsinns, um dieser Ehe ein unfriedliches Ende vorherzusagen. Liebknecht, der Revolutionär von 1848, der die Gegenrevolution mit der Waffe in der Faust bekämpft und in schwerem Exile den alten gerechten Haß genährt hatte, ein leidenschaftlicher Agitator, dem ein großes Ziel unwandelbar voranleuchtete: Schweitzer dagegen, um reichlich zehn Jahre jünger, das Kind einer ganz anderen Generation, als in der Liebknecht aufgewachsen war, ein Organisator und Politiker, der mit prüfendem Blicke alle die Hindernisse maß, die dem Vormarsche der Arbeiterklasse im Wege standen. Beide mochten sich wohl in einer akademischen Erörterung über allgemeine Gesichtspunkte verständigen, aber es war unmöglich, daß sie im praktischen Handeln des Tages gleichen Schritt und Tritt halten sollten. Liebknecht wollte doch am liebsten Lassalles Werk über den Haufen stürzen und ohne jede Rücksicht auf die konkreten politischen Zustände, wie sie nun einmal in Deutschland bestanden, die sozialistische Agitation frisch aus radikaler Wurzel entwickeln. Er wollte, wie er neuerdings seine damaligen Absichten erläutert hat, als Rahmen der deutschen Arbeiterbewegung die Internationale an die Stelle des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins setzen, und das hieß, die politische Arbeiterpartei Lassalles und Schweitzers in eine sozialistische Propagandagesellschaft auflösen.

Schweitzer stellte sich keineswegs feindlich zur Internationalen, gleich in den ersten Nummern des neuen Vereinsorgans druckte er ihre Inauguraladresse ab. Auf eine Anfrage Fritzsches, der an dem neuen Bunde kein klares Pro-

gramm, kein einheitliches Ziel und kein bestimmtes Mittel entdecken konnte, antwortete er vollkommen sachgemäß, die Internationale sei ein Band, das durch alle europäischen Kulturstaaten geschlungen werden solle — durch eine Anzahl von Ländern, in denen die Verhältnisse zwar der Hauptsache nach gleichartig, nicht aber gleich seien. Welcher nächste Zweck aufzustellen und welche Mittel zu dessen Verwirklichung anzustreben seien, das richte sich nach den speziellen Verhältnissen eines gegebenen Landes, während die Internationale unter vollständiger Aufrechterhaltung der Selbständigkeit und Eigenthümlichkeit der sozialdemokratischen Arbeitervereine in den verschiedenen Ländern nur den Zweck verfolge, ein Zusammenwirken der sozialdemokratischen Elemente durch alle europäischen Kulturstaaten im Allgemeinen herzustellen: einen Zweck, der seine Begründung in der Gemeinschaftlichkeit der Volksinteressen in allen Kulturstaaten finde. An dieser Auffassung Schweitzers war in keiner Weise etwas auszusetzen. Der Anschluß an die Internationale, der für den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein als Korporation durch die deutschen Vereinsgesetze verhindert wurde, entschied noch nichts über die politische Organisation und Taktik einer nationalen Arbeiterpartei. Sobald sich die deutschen Arbeiter darauf beschränkten, als einzelne Personen — und anders konnten sie es nicht — der Internationalen beizutreten und für deren Prinzipien zu wirken, so hörten sie eben auf, eine politische Partei zu sein, die auf nationalem Boden zu kämpfen bereit und fähig war.

Irgend ein politisches Aktionsprogramm für die deutschen Zustände stellte Liebknecht nicht auf. Später hat er wohl den „Kultus des allgemeinen Wahlrechts“ verworfen und sein Bedauern ausgesprochen, daß Lassalle nicht die Steuerverweigerung verkündet habe, die das einzige Mittel gewesen sein würde, die feudale Reaktion zu Paaren zu treiben. Indessen hatte Lassalle bereits in seinen Verfassungsreden mit den schlagendsten Gründen nachgewiesen, daß mit der Steuerverweigerung unter den besonderen deutschen Verhältnissen nichts auszurichten sei. Dieser Nachweis ist auch niemals widerlegt, vielmehr von allen Kennern der deutschen Zustände als unwiderleglich anerkannt worden. Zu allem Ueberflusse hatte Johann Jacoby im Herbste 1863 den Versuch gemacht, in einer Wahlrede, die bedeutendes Aufsehen machte, zur Steuerverweigerung aufzufordern; die ganze Wirkung war gewesen, daß Jacoby selbst zu sechs Monaten Gefängniß verurtheilt wurde und gerade zwei Steuerzahler, John Reitenbach-Plicken in Ostpreußen und Albert Lange am Rhein, die Zahlung der Steuern verweigerten, worauf sie ihnen abgepfändet wurden. Ebenso wenig traf Liebknechts Vorschlag, den Präsidenten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins durch ein Direktorium von drei Männern zu ersetzen, den Punkt, auf den es ankam. Die ganze Organisation des Vereins war auf die diktatorische Leitung zugeschnitten; wenn diese beseitigt werden sollte, so mußte jene von Grund aus umgewälzt werden; die dreiköpfige Diktatur war unter Umständen noch verfehlter, als die einköpfige. Doch hat Liebknecht mit diesen hingeworfenen Gedanken schwerlich einen durchdachten Organisationsplan geben wollen, und an sich war seine Auffassung durchaus konsequent.

Lassalles Erwartung, das Klassenbewußtsein des deutschen Proletariats werde sich im Sturme als eine unwiderstehliche Macht wecken lassen, hatte sich als trügerisch erwiesen. Eine gemeinsame Aktion zwischen Bourgeoisie und Proletariat war unmöglich, das sprach auch Marx zu dieser Zeit mit dürren Worten aus. Beim Stiftungsfeste des Kommunistischen Arbeiterbildungsvereins in London sagte er, die deutsche Bourgeoisie sei zu feige, ihr eigenes Programm durchzuführen, und er habe allerdings erwartet, daß sie wenigstens so viel durchsetzen werde, wie die englische Bourgeoisie, als er im Kommunistischen Manifeste die Arbeiter aufforderte, gemeinsam mit der Bourgeoisie den Absolutismus zu stürzen. Verwarf es nun Liebknecht als eine unzulässige Taktik, die herrschenden Parteien gegen einander auszuspielen, so blieb in der That nichts übrig, als der deutschen Arbeiterbewegung die Form einer sozialistischen Propagandagesellschaft zu geben, wie ein halbes Menschenalter früher im Bunde der Kommunisten. Denn die gesetzlichen Mittel der Parteiorganisation, Preß- und Vereinsfreiheit, Koalitions- und Wahlrecht, besaß das deutsche Proletariat entweder immer noch nicht oder doch nur erst auf dem Papiere.

II. Der Kampf der Meinungen.

Die Gegensätze, die nach Lassalles Tode in der jungen Arbeiterbewegung erwachten, explodirten zunächst in einem Zerwürfnisse zwischen Becker und der Gräfin Hatzfeldt. Beckers übertriebene Devotion vor der Gräfin schlug in einen ebenso übertriebenen Haß um, als die Spöttereien der Bourgeoispresse über den „Schürzenpräsidenten“ und allerlei sonstige kleinliche Anlässe den armen Teufel aus den Träumen des Ehrgeizes erweckten, in denen sich sein enges Hirn eben zu berauschen begann. Becker suchte jetzt eine Stütze an Lassalles Mutter, von welcher er 200 Thaler für den Verein losbettelte, ein Schritt, der nach dem schnöden Benehmen der Familie Lassalle nicht nur die Gräfin Hatzfeldt, sondern Alle erbitterte, die Lassalles Andenken in Ehren hielten. Becker hatte wohl noch eine weitere Absicht, als er die alte Frau Lassalle für sich zu gewinnen suchte. Sie focht das Testament ihres Sohnes an, und für Becker hatte ihre Gunst um so größeren Werth, als er für sich auf die Rente von 500 Thalern spekulirte, die Lassalle dem Vereinssekretär Willms auf fünf Jahre zur Agitation für den Verein vermacht hatte.

Unter allen testamentarischen Bestimmungen Lassalles war diese wenn nicht die unglücklichste, so doch die unbegreiflichste. Er wußte, daß Becker arm wie eine Kirchenmaus sei und daß vom Verein ein Präsidentengehalt noch nicht aufgebracht werden könne; wenn er trotzdem nicht dem von ihm empfohlenen Präsidenten, sondern dem schon mit 400 Thalern Jahresgehalt honorirten Vereinssekretär eine dauernde persönliche Rente von 150 Thalern und dazu jenes Legat für Vereinszwecke vermachte, so mußte er sich sagen, daß er damit dem Vereinssekretär ein gefährliches Uebergewicht über den Präsidenten gab. Vielleicht ging

Lassalles Absicht dahin, daß der von ihm sehr geschätzte Willms thatsächlich den Verein leiten und Becker eine Art Ehrenstellung als Präsident erhalten sollte, gewissermaßen als Puffer, an dem sich die Eifersüchteleien anderer Arbeiter gegen Willms brechen könnten. Aber selbst dann war der größten Verwirrung Thür und Thor geöffnet, und sie verfehlte nicht sich einzustellen, als die erste Generalversammlung des Vereins am 27. Dezember 1864 in Düsseldorf zusammentrat.

Auf dieser Generalversammlung waren 34 Orte durch 20 Delegirte vertreten, Berlin durch Metzner, Frankfurt durch Ellner, Elberfeld durch Hillmann, Düsseldorf durch Levy, Hamburg durch Perl, Harburg durch York, Dresden durch Försterling, Leipzig durch Fritzsche. Die Vereinskasse hatte einen Bestand von 39 Thalern. Eine Reihe von Anträgen wurde ohne wesentliche Debatte angenommen. Sie gingen dahin, Lassalles Todestag in allen Gemeinden feierlich zu begehen, den Mitgliedern in den schlesischen Weberdistrikten wegen ihrer Armuth die Hälfte der Beiträge zu erlassen, die Kassenorganisation Lassalles auf den ganzen Verein auszudehnen, mit gewissen Vereinfachungen für die kleineren Gemeinden. Der wichtigste Beschluß war, das Sekretariat mit dem Präsidium zu verschmelzen und dem Präsidenten ein Jahresgehalt von 500 Thalern auszuwerfen. Er wurde auf Antrag Fritzsches gefaßt, nachdem ihn Metzner, York, Perl, Levy und Försterling als eine unabweisbare Nothwendigkeit befürwortet hatten.

Und eine solche Nothwendigkeit war er ohne Zweifel. Es wäre völlig unerträglich gewesen, den Präsidenten auf die Gnade der Gräfin Hatzfeldt oder der Frau Lassalle anzuweisen. Vor diesem Gesichtspunkte mußten alle anderen Bedenken zurücktreten, so groß sie sein mochten. Es gab ihrer gewiß viele und wichtige. Der Beschluß war ein handgreiflicher Bruch der Statuten, die nach ihrem Wortlaut die Vereinigung des Sekretariats mit dem Präsidium nicht zuließen und vor drei Jahren nicht geändert werden durften. Die Macht des Präsidenten wurde noch erhöht, der Abstand zwischen Beckers Fähigkeiten und den Aufgaben, denen er genügen sollte, noch vergrößert. Die Gräfin Hatzfeldt gewann einen bequemen Vorwand, auf die schwere Verletzung der Organisation hin Becker als unrechtmäßigen Usurpator zu behandeln. Endlich zerrüttete der Beschluß die Solinger Gemeinde, eine der ältesten und festesten Burgen des Vereins. Willms konnte sich zwar über kein formelles Unrecht beklagen; er war nach Ablauf seiner Amtszeit als Sekretär eben nicht wiedergewählt worden, unter ausdrücklicher Anerkennung, daß ihm damit kein Mißtrauensvotum ertheilt, sondern nur einem unerbittlichen Zwange der Umstände nachgegeben werden sollte. Aber er besaß nicht die Selbstverleugnung, die Vahlteich in viel schwierigerer Lage bewährt hatte, und da sein Freund Klings auf seine Seite trat, so entwickelte sich in der Solinger Gemeinde eine heftige Opposition, die sich dann auch nach Hamburg, Leipzig und anderen Gemeinden verpflanzte.

Viel schärfer noch brachen die vorhandenen Gegensätze in dem neuen Vereinsblatt aus. Die erste Probenummer erschien am 15. Dezember 1864 unter dem Titel: Der Sozialdemokrat, Organ des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins.

Eigenthümer und Redakteure waren Hofstetten und Schweitzer, als Mitarbeiter wurden Bernhard Becker, Johann Philipp Becker, Engels, Herwegh, Heß, Liebknecht, Marx, Rüstow und Wuttke genannt. Das Programm beschränkte sich auf drei große Gesichtspunkte: Solidarität der Völkerinteressen und der Volkssache durch die ganze zivilisirte Welt; das ganze gewaltige Deutschland Ein freier Volksstaat; Abschaffung der Kapitalherrschaft. Die zweite Probenummer wurde am 21., die dritte am 30. Dezember ausgegeben. Vom 4. Januar ab erschien dann das Blatt regelmäßig, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.

Der leitende Kopf der Redaktion war Schweitzer, und er ging in seinem Sinne vor. Der erste Leitartikel schilderte Lassalles Verdienste um die Arbeiterklasse, der zweite aber behandelte die schleswig-holsteinische Angelegenheit in dem Sinne, daß jede im Rahmen der bestehenden Zustände mögliche Lösung dieser Frage für die Nation gleich traurig sei, möchte nun Oesterreich oder Preußen das eroberte Land behalten oder möchte Schleswig-Holstein ein selbständiger Staat werden. In jenem Falle würde der Krebsschaden Deutschlands, der Dualismus der beiden Großmächte gestärkt, in diesem die kleinstaatliche Misere von Neuem verbrieft werden. Annektire Preußen das Land, so sei wenigstens ein Trost in all dem Elend: dem Bundestage, dem einzigen Organe der Gesammtnation, würde der letzte Lebensnerv getödtet, und dann würden die Verhältnisse zur entscheidenden Umwälzung, zur endlichen Ermannung der Nation drängen.

In der inneren Politik betonte Schweitzer die völlige Unabhängigkeit der sozialdemokratischen Partei. Zwar ständen der Bourgeoisie im Kampfe gegen Junker- und Pfaffenthum die Fäuste des Proletariats mit Recht zur Verfügung, aber wenn sich die liberale Bourgeoisiepartei nicht freundlicher, ja vielleicht noch feindlicher zur Volkspartei stelle, als die monarchisch-absolutistische Partei, so bliebe der Volkspartei nur übrig, je nach den obwaltenden Umständen, zu einzelnen Zwecken und in bestimmten konkreten Fragen mit der einen oder mit der anderen Partei zusammenzuwirken, immer vorausgesetzt, daß „die selbständige prinzipielle Stellung der Volkspartei durch ein derartiges Kooperiren zu einzelnen Zwecken niemals auch nur im Geringsten“ berührt werde. Das Geschrei der liberalen Presse über „Zusammenhang mit der Reaktion“ wies Schweitzer mit den Worten zurück, daß dieses nichtsnutzige Gerede überhaupt nicht ernst gemeint sei, „indem diese zahmen Professoren und aufgedunsenen Geldsäcke zusammt ihren Lohnschreibern sehr gut wissen, was wir sind und was sie sind“; die deutsche Sozialdemokratie sei ihre eigene Partei, und ihre Grundsätze würden Fleisch und Blut im Leben der Nation sein, wenn der eherne Gang der Weltgeschichte längst in den Staub getreten habe, was sich jetzt aufblähe.

Das liberale Geschrei über „Zusammenhang mit der Reaktion“ wurde am lebhaftesten erweckt durch fünf Leitartikel über das Ministerium Bismarck, die Schweitzer in der Zeit vom 27. Januar bis zum 1. März veröffentlichte. Thatsächlich bewiesen sie nur, daß Schweitzer an Klarheit des politischen Blicks thurmhoch über der fortschrittlichen Presse stand. Liest man die Artikel heute, so erscheinen

sie in gewissem Sinne als sehr trivial, in dem Sinne nämlich, daß die Ereignisse längst bestätigt haben, was Schweitzer zu einer Zeit voraussah, wo nur sehr wenige Köpfe in Deutschland sich zu einer gleich eindringenden Auffassung der politischen Lage emporschwingen konnten.

Schweitzer untersuchte in den Bismarckartikeln historisch, welche Faktoren in der deutschen Frage überhaupt aktionsfähig seien. Er fand deren nur zwei: preußische Bajonette und deutsche Proletarierfäuste. Er wies nach, daß der Bundestag, Oesterreich, die Mittel- und Kleinstaaten sich der deutschen Frage gegenüber schlechthin ohnmächtig erwiesen hätten — im Guten wie im Schlimmen. Zu lösen sei diese Frage nur noch auf zwei Wegen. Entweder dadurch, daß die deutsche Nation durch eine Revolution sich selbst helfe, und dies sei die für jeden Demokraten selbstverständliche Lösung der deutschen Frage im deutschen Sinne. Oder aber dadurch, daß der preußische Staat, getreu seiner historischen Ueberlieferungen, das übrige Deutschland verspeise, und an dieser Lösung der deutschen Frage arbeite Bismarck augenblicklich mit großem Erfolge. „Von diesem Streben ist fundamental unterschieden dasjenige, worauf die Gesammtnation hinarbeitet: einen deutschen, wesentlich auf modernen Ideen beruhenden Volksstaat herzustellen. Aeußerlich haben beide Bestrebungen das Gemeinsame, daß bisher getrennte Theile der Nation einheitlich zusammengefaßt werden sollen; innerlich unterscheiden sie sich dadurch, daß in dem einen Falle die Vereinigung bloßes Mittel im Dienste dynastisch-partikularistischer Interessen, im anderen Falle höchster nationaler Selbstzweck sein würde.“ Aber wie das Preußenthum der Feind des Deutschthums, so sei es auch der Feind der „bestehenden Gewalten“ in Deutschland.

Aus der preußischen Geschichte legte Schweitzer dar, daß der preußische Partikularismus der für die nationale Entwicklung gemeinschädlichste, weil mächtigste Partikularismus sei, daß er ganz etwas anderes bedeute, als der lichtensteinische und der lippe-detmoldische und selbst als der baierische und schwäbische Partikularismus. Ein preußischer Minister, der einmal die alten Ueberlieferungen des preußischen Staats aufnehme, werde durch die Wucht der Dinge selbst vorwärts gerissen werden und könne auf diesem Wege nicht umkehren. Die deutsche Politik der Fortschrittspartei leide an dem Fehler, weder preußisch noch deutsch zu sein. Sie verlange die deutsche Einheit mit der preußischen Spitze, ohne zu begreifen, daß die deutsche Einheit nur durch die deutsche Revolution zu haben sei, und daß die preußische Spitze nur ein Großpreußen schaffen könne. Den Scharfsinn dieser historischen Untersuchung heute noch beweisen wollen, hieße Wasser in die Spree tragen.

Dennoch war an Schweitzers Bismarckartikeln etwas nicht in der Ordnung. So recht er darin hatte, daß der preußische Partikularismus ein besonderes Ding sei, das nach seinen historischen Ursprungs- und Daseinsbedingungen begriffen sein wolle, so schilderte er das eigenthümliche Wesen dieser Bedingungen doch mit einer Lebendigkeit, die manchmal einer Verherrlichung zum Verwechseln ähnlich sah. Es war noch das Wenigste, daß Schweitzer von der „bedeutenden Politik“

Bismarcks sprach. Derselben Politik erkannte Albert Lange zur selben Zeit die „Grundzüge der Kühnheit und einer gewissen großartigen Einfachheit“ zu; diese Reaktion kluger Köpfe auf die einfältigen Kindereien, womit der Nationalverein den preußischen Minister aus dem Sattel zu heben gedachte, war begreiflich genug. Aber die Art, wie Schweitzer den preußischen Staat zu einem Werke „tüchtiger Regenten“ machte, wie er das „mächtige Genie“ des alten Fritz pries, „eines in jeder Hinsicht bewundernswürdigen Mannes“, und Anderes mehr war historisch ebenso anfechtbar wie politisch. Böswillige Gegner, und Schweitzer mußte wissen, daß er mit sehr böswilligen Gegnern zu kämpfen hatte, brauchten nur einzelne Sätze aus dem Zusammenhange zu reißen, um den Anschein zu erwecken, als ob die junge Arbeiterbewegung borussifizirt werden sollte. Namentlich in den beiden ersten Bismarckartikeln machte sich dieser Mißgriff Schweitzers sehr bemerkbar, viel weniger in den drei letzten. Zwischenein hatte er eine sehr empfindliche Lektion erhalten, seine Politik war öffentlich von Marx und Engels verleugnet worden.

Das Widerstreben dieser beiden Männer, am Sozialdemokraten mitzuarbeiten, hatte seine guten Gründe gehabt. Hegten sie schwere Bedenken gegen Lassalles Agitation und wollten sie nicht selbst die Leitung der deutschen Arbeiterbewegung übernehmen, so war es für sie am gerathensten, die Dinge ihren Lauf nehmen zu lassen, wie sie schon bei Lassalles Lebzeiten gethan hatten. Die halbe Verantwortung einer bloßen Mitarbeiterschaft am Vereinsorgan mußte zu allerlei Reibereien führen. Daß Schweitzer die ehrliche Absicht hatte, die Agitation auf die breitere prinzipielle Grundlage zu stellen, die den Anschauungen des Kommunistischen Manifestes entsprach, hat er dadurch bewiesen, daß er diese Absicht ausführte, auch nachdem er von den Verfassern des Manifestes eine bittere Absage erhalten hatte. Marx und Engels trauten ihm aber nicht, und die Berichte Liebknechts verstärkten bald dies Mißtrauen. Hat Liebknecht ebenso, wie er gleich darauf sich öffentlich aussprach, nach England geschrieben, so haben Marx und Engels, bei aller subjektiven Wahrhaftigkeit des Berichterstatters, kein objektiv zutreffendes Bild von den damaligen Personen und Zuständen in Deutschland empfangen. Ohnehin haben sie in ihrer Auffassung ostelbischer Dinge die geborenen Rheinländer nie ganz verleugnet, was sich an ihrem Urtheil über Lassalle und Lassalles Agitation ebenso spüren ließ, wie im Jahre 1848 an ihrem Urtheil über Born und die damalige Arbeiterbewegung in Berlin und Leipzig.

Gleich den ersten Leitartikel des Sozialdemokraten über Lassalle verurtheilte Marx als eine „servile Lobhudelei“, was ein unbillig hartes Urtheil war, mag man auch gern zugeben, daß nicht jedes Wort dieses Artikels auf die Goldwage gelegt werden durfte. Schweitzer bat um Geduld, es werde schon nach und nach besser werden. Auf seinen Wunsch schrieb Marx dann sofort einen Nachruf auf Proudhon, als dieser im Januar 1865 gestorben war; nicht jedoch, ohne in dem vortrefflichen Aufsatze „jeden Scheinkompromiß mit der bestehenden Gewalt“ als Verletzung des „einfachen sittlichen Taktes“ zu kennzeichnen. Gleichzeitig sandte Engels die Uebersetzung eines altdänischen Bauernliedes ein, um in

einer Randglosse den deutschen Arbeitern die Nothwendigkeit des Kampfes gegen das Krautjunkerthum ans Herz zu legen. Natürlich druckte Schweitzer diese Beiträge ohne jede Aenderung ab. Dann aber hatte Marx wieder neue Ausstellungen zu machen: über einen Pariser Brief von Heß und über Schweitzers Stellung zur Koalitionsbewegung, die sich damals in Deutschland zu entwickeln begann. Schweitzer bat wiederholt um Geduld. Am 15. Februar schrieb er an Marx, jede theoretische Aufklärung werde er dankbar als Belehrung annehmen, aber um praktische Fragen momentaner Taktik zu beurtheilen, müsse man im Mittelpunkte der Bewegung stehen. Er fügte hinzu: „Auch vergessen Sie nicht, daß der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein ein konsolidirter Körper ist und bis zu einem gewissen Grade an seine Traditionen gebunden bleibt. Die Dinge in concreto schleppen eben immer irgend ein Fußgewicht mit sich herum.“ Hierauf antworteten Marx und Engels mit einer öffentlichen, aus London und Manchester vom 23. Februar datirten Erklärung, daß die vom Sozialdemokraten befolgte Taktik ihre weitere Mitarbeit an dem Blatte ausschließe. Sie hätten keinen Augenblick seine schwierige Stellung verkannt und keine für den Meridian von Berlin unpassenden Ansprüche erhoben. Aber sie hätten wiederholt gefordert, daß dem Ministerium und der feudal-absolutistischen Partei gegenüber eine mindestens ebenso kühne Sprache geführt werde, wie gegenüber der Fortschrittspartei. Ihre Ansicht vom königlich preußischen Regierungssozialismus und die richtige Stellung der Arbeiterpartei zu solchem Blendwerk hätten sie bereits 1847 in der Deutschen Brüsseler Zeitung entwickelt und unterschrieben heute noch jedes Wort ihrer damaligen Erklärung. Gleichzeitig trat Liebknecht aus der Redaktion aus, und einige Tage darauf sagten Herwegh, Rüstow und Johann Philipp Becker ab. Von den angekündigten Mitarbeitern blieben nur Heß und Wuttke dem Blatte treu.

Die Bourgeoisie jubelte über das Zerwürfniß, und Löb Sonnemanns Börsenblatt wies vom erhabenen Standpunkte seiner antiken Sittlichkeit die „demokratisch gesinnten Arbeiter“ darauf hin, was sie von „solchen Chefs“, wie Marx und Engels, zu halten hätten, die sich mit dem Sozialdemokraten überhaupt erst eingelassen hätten, obgleich doch schon Lassalle mit der Reaktion geliebäugelt habe. Schweitzer knüpfte an diesen geistreichen Ausfall die Bemerkung, daß die giftigsten Gegner der Lassalleschen Agitation das Verfahren von Marx und Engels dennoch für inkonsequent hielten, und mit dieser taktischen Deckung brauchte man es nicht genau zu nehmen. Sehr ungehörig war aber die verdächtigende Unterstellung Schweitzers, man habe sich zurückgezogen, weil man eingesehen habe, daß man nicht die erste Rolle in der Partei spielen könne. Marx antwortete darauf scharf und schlagend in der Berliner Reform, die Guido Weiß in jener Zeit leitete. Sonst bemühte sich Schweitzer, über „diese persönlichen Geschichten“ möglichst schnell zur politischen Tagesordnung überzugehen. Leider aber war seine Rechnung ohne den unglückseligen Bernhard Becker gemacht, der den unmöglichen Versuch unternahm, sich als ebenbürtiger Nachfolger Lassalles zu bewähren und die Gegner

des Vereins mit Keulenschlägen niederzuwerfen. Er hielt den Hamburger Arbeitern am 22. März eine lange Rede, die von den nichtswürdigsten persönlichen Ausfällen gegen die Gräfin Hatzfeldt, sowie gegen Marx, Engels und Liebknecht strotzte.

In der Berliner Gemeinde kam es darüber zu den heftigsten Auftritten. Liebknecht vertheidigte die Gräfin, mit welcher er prinzipiell schon gebrochen hatte, ritterlich gegen Beckers Gemeinheiten und widerlegte all den verleumderischen Unrath, den Becker aus Vogts Pamphlet und ähnlichen schmutzigen Quellen gegen ihn, Marx und Engels zusammengefegt hatte. Auf seinen Antrag beschloß die Berliner Gemeinde fast einstimmig, den Bernhard Becker „als Lügner, Verleumder und unheilbaren Idioten" aus dem Vereine zu stoßen. In der Hitze des Gefechts trug Liebknecht dann aber auch dazu bei, die Verwirrung zu steigern. Er veröffentlichte in der Rheinischen Zeitung, einer gehässigen Gegnerin der Arbeiterbewegung, eine Erklärung, worin er unter Anderem sagte, daß die Lehre Lassalles nichts sei, als ein „abgeschwächter und verwischter Abklatsch" der von ihm und seinen Freunden seit Jahren vertretenen Prinzipien. Kurz vorher hatte Marx den öden Schwätzer Blind, der gegenüber der Arbeiterklasse ganz am gleichen Strange zog, wie die Rheinische Zeitung, mit den Worten abgefertigt: „Es liegt mir durchaus fern, einen Mann wie Lassalle und die wirkliche Tendenz seiner Agitation einem grotesken Klown, hinter dem nichts steht als sein eigener Schatten, verständlich machen zu wollen. Ich bin im Gegentheil überzeugt, daß Herr Karl Blind nur seinen von Natur und Aesop ihm auferlegten Beruf erfüllt, wenn er nach dem todten Löwen tritt." Und gewiß war damit in musterhafter Weise die Grenze gezeichnet, die unter allen Umständen inne gehalten werden mußte, sobald es sich der Bourgeoisie gegenüber um Lassalles Person und Werk handelte.

Mitten in dem unerfreulichen Hader erschien eine kleine Schrift über die preußische Militärfrage und die deutsche Arbeiterpartei, die Engels schon vor dem öffentlichen Zusammenstoße entworfen und auch wohl ausgeführt hatte. Jedenfalls ist sie ganz frei von Polemik, wenn auch in ihrem letzten Abschnitte unter fortlaufendem Hinblick auf Schweitzers Taktik verfaßt. In den beiden ersten Abschnitten beleuchtete Engels die preußische Militärfrage vom Standpunkte der Regierung und der Bourgeoisie aus, mit der historischen Unbefangenheit des wissenschaftlichen Forschers, die selbst für Männer wie Heß und Rüstow, geschweige denn für die liberalen Kannegießer unverständlich war. Der dritte Abschnitt untersuchte die Stellung des Proletariats zu dem Streite der Regierung und der Bourgeoisie um die Verfassung. Er mündete in den Sätzen: die Arbeiterpartei vor Allem organisirt halten, soweit es die jetzigen Zustände zulassen; die Fortschrittspartei voran treiben zum wirklichen Fortschreiten, soweit das möglich, sie nöthigen, ihr eigenes Programm radikaler zu machen und daran zu halten, jede ihrer Inkonsequenzen und Schwächen unnachsichtlich züchtigen und lächerlich machen; die eigentliche Militärfrage gehen lassen, wie sie geht, in dem Bewußtsein, daß die Arbeiterpartei auch einmal ihre eigene deutsche „Armeereorganisation" machen wird; der Reaktion aber auf ihre heuchlerischen Lockungen mit den stolzen Worten des

alten Hildebrandliedes antworten: Mit dem Speere soll man Gabe empfangen, Spitze gegen Spitze.

In diesem Programm lag genau genommen nichts, was der Auffassung Schweitzers widersprach. Schweitzer hätte sich sogar auf Engels berufen können gegen den lärmenden Vorwurf Herweghs, daß der Sozialdemokrat einen ihm von Rüstow eingesandten Aufsatz über die preußische Militärfrage nicht aufgenommen habe. Rüstow stand in dieser Frage auf einem zwar radikaleren, aber doch wesensgleichen Standpunkte mit der Bourgeoisie. Herwegh schlug auch ganz konsequenter Weise auf Engels nicht viel weniger heftig los als auf Schweitzer. Will man die wirkliche Meinungsverschiedenheit zwischen Engels und Schweitzer entdecken, so muß man etwas näher auf die Ausführungen eingehen, durch die Engels zu seinen Schlußsätzen gelangte.

Er schilderte die bonapartistischen Grimassen der preußischen Regierung und meinte, wenn sie das allgemeine Wahlrecht oktroyire, so werde sie es so verklausuliren, daß es eben kein allgemeines Wahlrecht mehr sei. Er wies auf die französischen Erfahrungen hin, die sich in Deutschland noch verschlimmern würden. Das deutsche Proletariat sei nicht so konzentrirt und habe nicht eine so lange Erfahrung im Kampfe wie das französische. Dann aber sei in Deutschland nicht der kleine Parzellenbauer, sondern der große Grundbesitz die Regel; wenn ein Drittel der deutschen Proletarier unter dem Kommando der Kapitalisten stände, so ständen ihrer zwei Drittel unter dem Kommando der Feudalherren. „Solange das Landproletariat nicht in die Bewegung mit hineingerissen wird, solange kann und wird das städtische Proletariat in Deutschland nicht das Geringste ausrichten, solange ist das allgemeine direkte Wahlrecht für das Proletariat keine Waffe, sondern ein Fallstrick." Hier lag die wirkliche Meinungsverschiedenheit zwischen Engels und Schweitzer. Was Engels dann weiter ausführte darüber, daß die ganze Arbeiterbewegung in Deutschland erst geduldet sei, daß die Regierung ihr jeden Augenblick den Garaus machen könne, bestritt Schweizer nicht nur nicht, sondern diese unanfechtbare Thatsache war gerade die Triebfeder seiner Taktik. Ebenso wenig hatte er je etwas dagegen eingewandt, daß die Arbeiterklasse der Reaktion keinen Dank schulde, wenn diese aus Haß gegen die Bourgeoisie soziale Zugeständnisse mache, wie Koalitionsrecht, Fabrikaufsicht, Normalarbeitstag und so weiter, oder dagegen, daß wenn die bürgerliche Klasse die bürgerlichen Freiheiten verrathe, die Arbeiter dennoch die Agitation für Preßfreiheit und Vereinsrecht trotz der Bürger fortführen müßten.

Schweitzer hatte sich aus der überaus peinlichen Lage, in die ihn Beckers ungewaschene Rede in Hamburg gebracht hatte, so gut er konnte herauszuhelfen gesucht. Er durfte Becker nicht verleugnen, wenn nicht Alles, was noch zusammenhielt, aus Rand und Band gehen sollte, und so beeiferte er sich wieder, den persönlichen Streit so schnell als möglich aus der Welt zu schaffen. Sobald der Verein die Krisis überstanden hatte, hielt er sich von allen persönlichen Angriffen fern, stellte Marx und Engels immer hoch als bedeutende Theoretiker und sprach

ihnen nur das zutreffende Urtheil über die praktischen Möglichkeiten der deutschen Agitation ab. Während der Krisis selbst hatte Heß, der den Abschnitt des Kommunistischen Manifestes über den deutschen Sozialismus nicht vergessen konnte, in einem Pariser Briefe einen beiläufigen Ausfall gegen die Schrift von Engels gemacht, den Schweitzer passiren ließ. Er selbst antwortete dann nach der Krisis in durchaus sachlicher und würdiger Weise, ohne Engels zu nennen, wie Engels ihn nicht genannt hatte.

Schweitzer sagte, gegen das allgemeine Wahlrecht würden zwei Einwendungen gemacht. Der erste gehe dahin, daß es selbst in ehrlicher und richtiger Handhabung bei dem thatsächlichen Bildungsgrade des Volkes, besonders der Landbevölkerung, eine Stütze der reaktionären Gewalten werden könne. Hierauf sei hauptsächlich zu erwidern, daß es vorerst weniger darauf ankomme, Majoritäten in die Volksvertretung zu schicken, als darauf, die Volksstimme überhaupt in den anerkannten und mit formeller Autorität ausgestatteten Staatskörperschaften geltend zu machen, was unter der Dreiklassenwahl nahezu unmöglich sei. Es wäre schon viel, sehr viel gewonnen, wenn die Arbeiterpartei im Parlamente vertreten wäre, sei es auch nur schwach an Zahl.

Der zweite Einwand, daß nämlich das allgemeine Wahlrecht ohne die entsprechende Ergänzung durch volle Preßfreiheit und volle Vereinsfreiheit nicht die Sache des Volkes, sondern die Sache seiner Unterdrücker fördere, sei in Wirklichkeit gar kein Einwand. Die Arbeiterpartei fordere das allgemeine Wahlrecht selbstverständlich nur als den konsequenten Ausbau der sämmtlichen, im Begriff eines freien Staats liegenden Rechte; ein allgemeines Wahlrecht ohne diese Rechte würde das elende Danaergeschenk einer unter volksthümlichem Deckmantel verborgenen volksfeindlichen Despoten- und Willkürherrschaft sein. Allerdings wäre dann noch die Frage, ob nicht selbst ein solches Wahlrecht gegenüber dem bestehenden Wahlgesetze als ein vergleichungsweiser Fortschritt, als ein geringeres Uebel zu begrüßen sei.

Man könne diese Frage mit Ja und mit Nein beantworten. Mit Ja, wenn man erwäge, daß in solchem Wahlrecht doch immer bei besonderer Beharrlichkeit der Massen eine wichtige Handhabe gewonnen sei. Mit Nein, wenn man erwäge, daß der Besitz eines Rechtes, von dem größtentheils nur der Schein vorhanden sei, für die Entwicklung der Massen gefährlicher werden könne, als die unumwundene Vorenthaltung eines wichtigen Rechts. „Wir glauben auch wirklich, daß innerhalb unserer Partei die Meinungen über dieses Ja oder Nein getheilt sind. Darin aber — und dies ist hier die Hauptsache — sind wir jedenfalls alle einig, daß wenn irgendwo das allgemeine Stimmrecht von einer Regierung gegeben würde, ohne daß zugleich die entsprechenden sonstigen Volksrechte sicher gestellt wären: der erste, ja alleinige Gebrauch jenes Stimmrechts zunächst auf Erringung und Sicherstellung jener anderen Rechte gerichtet werden müßte. Denn die Freiheit — die Freiheit brauchen wir vor Allem." Hatte Engels also gemeint, daß die Verleihung des allgemeinen Wahlrechts durch die

preußische Regierung keine Waffe, sondern ein Fallstrick sein würde, so meinte Schweitzer, daß sie zwar ein Fallstrick sein solle, aber eine Waffe werden könne. Und dies war der Kern der Meinungsverschiedenheit, die zwischen Engels und Marx auf der einen, und Schweitzer auf der anderen Seite bestand.

Vierthalb Jahre später, am 13. Oktober 1868, schrieb Marx an Schweitzer: „Ich erkenne unbedingt die Intelligenz und Energie an, womit Sie in der Arbeiterbewegung wirken. Ich habe diese meine Ansicht keinem meiner Freunde verhehlt." Und indem Marx hinzufügte: „Ich verkenne die Schwierigkeiten Ihrer Stellung nicht und vergesse nie, daß Jeder von uns mehr von den Umständen als seinem Wollen abhängt", bekannte er sich mit anderen Worten zu demselben Gedanken, mit dem Schweitzer am 15. Februar 1865 seine Nachsicht erbeten hatte: zu dem Gedanken, daß die Dinge in concreto eben immer irgend ein Fußgewicht mit sich herumschleppen. In seiner überaus schwierigen Stellung hat Schweizer nicht immer die richtigen Grenzen seiner Taktik innegehalten, wie beispielsweise nicht in einzelnen Sätzen der Bismarckartikel, aber die Taktik selbst hat der historische Verlauf der Dinge als richtig bestätigt.

Ein letzter Meinungskampf über die Aufgaben der Arbeiterpartei spann sich zu derselben Zeit zwischen Albert Lange und Schweitzer ab. Die vermittelnde Haltung, die Lange auf dem Leipziger Vereinstage eingenommen hatte, in Verbindung mit seiner Wahl in den Ausschuß, war für ihn der Anstoß, sich im Zusammenhange über die Arbeiterfrage zu äußern, um nicht den Vorwurf einer zweideutigen Haltung auf sich zu laden. Seine kleine Schrift war ungemein reich an feinen und treffenden Bemerkungen über die Arbeiterbewegung, litt aber an dem Grundfehler, daß Lange an dem Malthusschen Bevölkerungsgesetze festhielt, das durch die eben sich ausbreitende Theorie Darwins eine endgiltige Bestätigung zu erhalten schien. Die naturwissenschaftliche Bildung Langes legte seinem sozialwissenschaftlichen Denken doch einen letzten Schlagbaum vor, so fern Lange den korrupten Schlußfolgerungen blieb, welche die Vulgärökonomen aus Malthus gezogen hatten und zogen.

In seinen praktischen Forderungen stand Lange viel näher an Lassalle, als an Schulze. Er verlangte die völlige Selbständigkeit der Arbeiterbewegung, die unabhängige Aktion der Arbeiterklasse zuerst auf politischem, dann auf genossenschaftlichem Gebiete, die dienende Unterordnung der Bildungsbestrebungen unter diese dringenderen Zwecke, die Demokratisirung des Staats durch unumschränkte Assoziations- und Preßfreiheit, durch allgemeinen und unentgeltlichen Volksunterricht in allen für die Staatsbürger gemeinsamen und nothwendigen Gegenständen, durch finanzielle und gesetzliche Beförderung von Produktivgenossenschaften, besonders auch für den Großbetrieb der Landwirthschaft. Ueber die Wirkungen des allgemeinen Wahlrechts dachte Lange skeptischer als Lassalle, aber er gab zu, daß es gewährt werden müsse, sobald die Massen es forderten, und erkannte auch an, daß es kein besseres, gerechteres und aussichtsreicheres Agitationsmittel für die Durchsetzung sozialer Ideen gebe. Mit diesem Programm war Lange für

die Bourgeoisie unmöglich geworden, und um so bitterer empfand er die „totale Nichtbeachtung der Schrift in den Kreisen der Arbeiter und ihrer Stimmführer“. In der That besprach Schweitzer die Schrift in einer ziemlich wegwerfenden Weise, die ihrer geistigen Bedeutung nicht entfernt gerecht wurde, und es scheint auch, daß Lange keine besonders freundliche Aufnahme gefunden hat, als er seine Ansichten der Duisburger Gemeinde des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins in einem Vortrage entwickelte.

Zum Theil mag dies unverdiente Schicksal Langes sich daraus erklären, daß seine Schrift gerade erschien, als die Gemüther durch die Krisis des Vereins tief aufgeregt waren. Zum anderen Theile lag es aber doch auch daran, daß Lange vermitteln wollte, wo nichts mehr zu vermitteln war, so sehr er in gutem Glauben versicherte, daß ihm alle vermittelnden Absichten fern lägen. Er hat damals von der „neupreußischen verfälschten Sozialdemokratie in Berlin“ gesprochen, um dann doch wieder in seiner gerecht abwägenden Weise zu einer Verständigung mit Schweitzer zu gelangen, soweit sie überhaupt möglich war.

Im Boten vom Niederrhein, einem dreimal wöchentlich erscheinenden Blatte, das Lange vom Herbste 1865 bis zum Sommer 1866 in Duisburg herausgab, tadelte er es als einen Fehler, wenn auch als einen nach Lage der Umstände sehr entschuldbaren Fehler, daß Lassalle das Genossenschaftswesen zu einseitig unter Schulzes kleinbürgerlich-philiströsen Gesichtspunkten betrachtet und den echt sozialistischen Geist übersehen habe, der in englischen und französischen, theilweise auch schon in deutschen Arbeitergenossenschaften seine Wurzeln geschlagen habe. „Als die aus der Verbannung heimkehrenden Juden ihren Tempel bauten, führten sie in der einen Hand das Schwert, in der anderen die Mauerkelle. So müßten sich der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein und die Genossenschaften zu einander verhalten. Ihre Aufgabe ist nicht dieselbe, aber sie ergänzen sich.“ Wie schon aus seiner Schrift über die Arbeiterfrage hervorging, war dies der eigentliche Stein des Anstoßes, den Lange an Lassalles Agitation nahm. Lange wollte durchaus keine charakterlose Verwischung der Gegensätze, sondern eine Vereinigung von Dingen, die sich sehr wohl vereinigen ließen. Aber er verkannte das Recht jener Einseitigkeit, ohne die kein großes praktisches Handeln zu haben ist.

Schweitzer gab bereitwillig zu, daß Lassalles angeblicher Fehler seine Nachtheile gehabt habe. Aber deshalb sei er doch ein entschiedener Vorzug seines Agitationsprogramms. „Der entgegengesetzte Fehler wäre höchstens geeignet gewesen, eine doktrinäre Polemik einiger Fachleute, aber keine zündende Arbeiteragitation hervorzurufen.“ Der Uebelstand, den Lange beklage, werde sich in der Praxis bald ausgleichen und beginne schon, sich auszugleichen. Jedoch dürfe dadurch in keiner Weise die noch lange nicht genug bekämpfte und beseitigte Illusion genährt werden, daß die auf sogenannter „Selbsthilfe“ beruhenden Genossenschaften eine dauernde und gründliche Verbesserung der proletarischen Klassenlage herbeizuführen geeignet seien. Worauf Lange erwiderte, daran möge wohl etwas Wahres sein, nur sei zu beachten, daß die große Masse der Arbeiter nicht

etwa an Ueberschätzung der Selbsthilfe leide, sondern an einfacher Theilnahmlosigkeit. Gerade die Arbeiter, die in das echte Genossenschaftswesen gezogen würden, ständen dadurch den Bestrebungen des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins schon näher als die theilnahmlose Masse.

Zugleich aber wandte sich Lange gegen einige naseweise Bemerkungen, mit denen sich Löb Sonnemann in die Diskussion gemischt hatte. Dieser Biedermann behauptete nämlich, der Vereinstag der deutschen Arbeitervereine sei die wahre Sozialdemokratie, die mit den Sozialdemokraten Englands, Frankreichs und Amerikas völlig übereinstimme, während der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein in der Luft schwebe mit seiner phantastischen Zukunftspolitik, die auf der einen Seite das allgemeine Stimmrecht, also die Herrschaft der Mehrheit fordere, und auf der anderen Seite dieser Mehrheit schon ein bestimmtes sozialistisches Programm vorschreiben wolle. Lange fertigte das Gewäsche damit ab, daß die Uebereinstimmung der deutschen Arbeitervereine mit den amerikanischen, englischen und französischen Sozialdemokraten noch nicht weit gediehen sei, daß sie erst mit der Emanzipation von Schulzes ängstlicher und einseitiger Leitung anfange und insoweit dem indirekten Einflusse der Lassalleschen Agitation zu danken sei. Die Politik des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins sei nichts Unerhörtes. Die Anhänger Lassalles rechneten schwerlich auf einen totalen Sieg, wenn ein Parlament durch das allgemeine Wahlrecht gewählt würde. „Es läßt sich aber behaupten, daß der ganze Charakter der Versammlung sich ändern wird, wenn auch nur ein halbes Dutzend entschiedener Sozialdemokraten hineinkommt. Von Stund' an würde auch die ganze Behandlung der sozialen Frage in der Presse eine andere werden." Das sei aber doch schon etwas, zumal die Dreiklassenwahl keinen Mann dieser Richtung durchlassen würde, die Wahlen möchten sonst ausfallen wie sie wollten.

Diese Bemerkungen Langes konnte Schweitzer mit Genugthuung registriren. Seine Diskussion mit Lange landete an demselben Punkte, an dem seine Diskussion mit Engels gelandet war, ein Beweis mehr, daß dieser Punkt der Schwerpunkt des ganzen Streits war, der nach Lassalles Tode entbrannte und von den Arbeitern längst praktisch entschieden worden war, ehe er theoretisch ausklang.

III. Die Entscheidung der Arbeiter.

Die Erklärung, worin Marx und Engels dem Sozialdemokraten absagten, erschien in der 29. Nummer des Blattes. Die kurze Zeit hatte genügt, das Bäumchen so fest wachsen zu lassen, daß es den heftigen Sturm bestand.

Die Triumphe, die der Schluß des Jahres 1864 der Arbeitersache gebracht hatte, setzten sich im Anfange des Jahres 1865 ununterbrochen fort. Bernhard Becker war kein geschickter Agitator, aber als er im Januar die schlesischen Weberbezirke besuchte, genügte sein Erscheinen, um mehr als tausend Mitglieder für den Verein zu gewinnen; es gab dort bald 10 Gemeinden, von denen eine

500, eine andere 400, die meisten über 200 Köpfe musterten. Das neue Komite des Maingaues berief für den ersten Sonntag im Februar eine große Versammlung nach Mainz in den kurfürstlichen Marmorsaal, wo sich 2000 Arbeiter jubelnd für Lassalles Prinzipien erklärten. Vorher schon hatte Hillmann einen kecken Vorstoß nach Remscheid, Hagen, Iserlohn mit glänzendem Erfolge ausgeführt, unter den neu gewonnenen Mitgliedern befanden sich Hasenclever und Tölcke.

Die Entwicklung in Iserlohn fesselte einige Monate die öffentliche Aufmerksamkeit weit über die Vereinskreise hinaus. Sobald sich ein Bureaukrat entschied, die Polizeiwillkür auszudehnen, so weit ihm beliebte, zeigte sich auch, daß seinem Belieben keine Grenzen gesetzt waren. Der Bürgermeister Hülsmann war einfach entschlossen, die Arbeiterbewegung in Iserlohn nicht aufkommen zu lassen; wo er einen Schimmer von ihr zu sehen glaubte, verbot, verfolgte, verhaftete er darauf los. Unter Anderem hatte er angeordnet, daß die überwachenden Polizeibeamten jede Versammlung aufzulösen hätten, in der von „Arbeitern" oder „Arbeitervereinen" gesprochen würde. Die Blicke der höheren Bureaukratie ruhten natürlich mit Wohlgefallen auf dem gesinnungstüchtigen Streber. Jedoch Tölcke verstand es, den Lümmel zahm zu kriegen, mochte er mitunter auch dem verzweifelten Uebel mit verzweifelten Heilmitteln auf den Leib rücken.

So ließ er am 22. März den „Arbeiterverein in Iserlohn" einen telegraphischen Glückwunsch zum Geburtstage des Königs Wilhelm absenden und berief für den Abend eine „fröhliche Zusammenkunft" der Mitglieder, um die königliche Antwort zu empfangen. Sie traf pünktlichst und huldvollst ein, aber die Polizeibeamten verboten ihre Verlesung, da sie an einen „Arbeiterverein" adressirt sei und dies Wort laut bürgermeisterlichen Befehls nicht öffentlich ausgesprochen werden dürfe. Nun mußte der Landrath heran, der die Verlesung nicht zu verbieten wagte und damit wider Willen dem getreuen Knechte Hülsmann einen derben Nasenstüber gab. Es ist unmöglich, alle Schachzüge aufzuzählen, durch die Tölcke den Bürgermeister in die Enge trieb; im September 1865 war dieser arme Tropf so weit, daß er völlig überschnappte und einen Ukas an die Gast- und Schankwirthschaften in Iserlohn erließ, der sie mit der Entziehung der Konzession zum Gewerbebetriebe bedrohte, „sobald in den Räumen des Gewerbetreibenden der frühere Privatschreiber, jetzige gewerblose Karl Wilhelm Tölcke geduldet oder demselben in irgend welcher Art Speise oder Getränke verabreicht" werde. Etwaige Entschuldigungen wegen der Unbekanntschaft mit der Person des p. Tölcke würden nicht berücksichtigt werden. Der Beschwerdeweg gegen diese Verfügung stände zwar offen, aber denjenigen, die sich beschwert fühlten, würde „als Persönlichkeiten, die nicht genügende Bürgschaft für einen ordnungsmäßigen Gewerbebetrieb gewährten", die Erlaubniß zum ferneren Gewerbebetrieb untersagt werden. An diesem Uebermaße von Lächerlichkeit starb selbst die preußische Polizei. Tölcke konnte bald im Sozialdemokraten über den Empfang mächtiger westfälischer Würste und anderer Liebesgaben quittiren, die ihm von bürgerlichen Freunden des Humors zum Schutze gegen den Hungertod zugesandt worden waren.

Vor allem aber begann die Agitation sich jetzt in Berlin auszudehnen. Lassalle hatte schon in seiner Ronsdorfer Rede gesagt, daß der Berliner Arbeiterverein gegen die Fortschrittspartei schwierig zu werden beginne. Es war ihm als Prahlerei ausgelegt worden, aber nach seinem Tode zeigte sich, daß es keine Prahlerei war. Je mehr sich die große Industrie entwickelte, um so dringender machte sich für die Arbeiter das Bedürfniß der Koalitionsfreiheit geltend; wäre die Fortschrittspartei gut berathen gewesen, so wäre sie rechtzeitig für diese Konsequenz ihrer eigenen Freihandelslehre eingetreten. In gewohnter Halbheit wollte sie aber, wie jener Philister von 1848, die Republik mit dem Großherzoge. Der famose Zentralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen, den die Manchesterleute beherrschten, beschloß im Oktober 1864 eine Agitation für die Koalitionsfreiheit, jedoch für die Koalitionsfreiheit mit einem Maulkorbe: besondere Strafbestimmungen sollten gegen ihren Mißbrauch erlassen werden. Die zu den Berathungen zugezogenen Arbeiter merkten wohl die Absicht, aber ehe sie ihre Verstimmung ausdrücken konnten, überrumpelte sie der würdige Gneist durch einen Geschäftsordnungskniff, und der Zentralverein befürwortete eine Koalitionsfreiheit, die thatsächlich keine war. Der Verdruß darüber fraß in der Arbeiterwelt weiter, und der Berliner Arbeiterverein berief zum 22. Januar 1865 eine Massenversammlung in die Tonhalle, um gegen die Beschlüsse des Zentralvereins und besonders gegen jede, nicht durch allgemeine Landesgesetze bestimmte Beschränkung der Koalitionsfreiheit zu protestiren.

An diese Bewegung knüpfte der Sozialdemokrat mit großem Geschick an. Ohne zu verhehlen, daß die Koalitionsfreiheit eine einfache Konsequenz der liberalen Wirthschaftsordnung sei und mit dem Sozialismus nichts zu thun habe, vertrat er sie als ein unveräußerliches Recht der Arbeiterklasse. Zu der Arbeiterversammlung am 22. Januar waren die fortschrittlichen Abgeordneten eingeladen worden, jedoch erschienen von ihnen nur etwa zwanzig, und unter diesen großen Volksmännern fand auch nicht einer auch nur ein Wort, das die Herzen der Arbeiter erwärmt hätte. Sie suchten die Macher des Zentralvereins als edle Menschenfreunde herauszuhauen, und meinten, die Arbeiter dürften sich nicht wundern, wenn von der Fortschrittspartei auch noch andere Interessen vertreten würden als Arbeiterinteressen. Die Arbeiter bekundeten in ihren Reden deutlich, daß sie der fortschrittlichen Führerschaft nachgerade satt würden. Der Berichterstatter Dittmann erklärte, der Kultus edler Volksfreunde sei Götzendienerei, die Arbeiter wollten nicht länger unter Ausnahmegesetzen stehen, das allgemeine Wahlrecht möge von Lassalle überschätzt worden sein, aber es sei doch das Recht der Arbeiterklasse, und Recht müsse Recht bleiben. So sprach derselbe Arbeiter, der nicht ganz zwei Jahre früher dem Vehmgericht über Lassalle präsidirt hatte. Die Versammlung nahm einstimmig den von Dittmann vorgeschlagenen Protest an, und Schulze zusammt Faucher ließen sich nun wirklich dazu herbei, im Abgeordnetenhause zu beantragen, daß die Paragraphen 181 und 182 der preußischen Gewerbeordnung von 1845 aufgehoben werden sollten, von denen

der erste die Koalition der Unternehmer, der zweite die Koalition der Arbeiter verbot.

Nun aber erhob sich der Sozialdemokrat und deckte das frivole Spiel auf, das dieser Antrag mit den Arbeitern trieb. Schulze und Faucher unterschlugen die Paragraphen 183 und 184 der Gewerbeordnung, von denen jener die Verbindung von Fabrikarbeitern, Gesellen, Gehilfen oder Lehrlingen, dieser den zivilrechtlichen Kontraktbruch der Arbeiter, sowie ihren groben Ungehorsam und ihre beharrliche Widerspenstigkeit mit Geld- und Gefängnißstrafen bedrohte. Bernhard Becker wies die Bevollmächtigten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins an, überall große Arbeiterversammlungen zu berufen und sie beschließen zu lassen, daß der Antrag Schulze-Faucher die berechtigten Ansprüche der Arbeiterklasse nicht befriedige, daß die Arbeiter die unbeschränkte Koalitionsfreiheit beanspruchen und die Beseitigung aller ausnahmerechtlichen Bestimmungen verlangen müßten, welche die Gewerbeordnung gegen sie enthalte.

Der Versuch der Antragsteller, ihren hinterhaltigen Streich zu rechtfertigen, goß nur neues Oel ins Feuer. Schulze sagte, Paragraph 183 sei schon durch die Verfassung aufgehoben worden, die alle Vereine zulasse, deren Tendenz nicht den Strafgesetzen zuwiderlaufe; ihn ausdrücklich aufheben, heiße die Rechtsbeständigkeit der Verfassung anzweifeln und die heiligsten Grundrechte des Volkes antasten. Diese Ausrede war oberfaul und höchstens ein trauriger Beweis dafür, was diese Leute den Arbeitern zu bieten wagten. Nach der gleichviel wie verächtlichen, aber formell rechtsgiltigen Rechtsprechung des Obertribunals wurden einschränkende Spezialgesetze durch die allgemeinen Grundsätze der Verfassung nicht aufgehoben. Die Beseitigung des Paragraphen 183 tastete kein „heiliges Grundrecht“ an, sondern entfernte nur eine Fußangel, die das Vereinsrecht des Proletariats noch illusorischer machte, als das Vereinsrecht der Bourgeoisie. Ferner sagte Schulze, der Paragraph 184 möge ja gehässig sein, aber er lasse sich nicht gelegentlich aufheben, sondern nur zusammen mit denjenigen Beschränkungen, die sonst noch der persönlichen Freiheit entgegenständen. War Schulze wirklich beschränkt genug, dies abgeschmackte Gerede ehrlich zu meinen, so war die Volkszeitung jedenfalls noch ehrlicher, indem sie erklärte, daß die Fortschrittspartei die kriminelle Bestrafung des Kontraktbruchs beibehalten wolle, natürlich nur für die Arbeiter. Sie gab gnädig zu, daß der Paragraph 184 in seinen Strafbestimmungen gemildert werden könne, aber ein kontraktbrüchiger Arbeiter begehe Unrecht, und Unrecht müsse bestraft werden. Nur „unwissende Hetzer“ könnten behaupten, daß die kriminelle Bestrafung des Kontraktbruchs irgend etwas mit der Koalitionsfreiheit zu thun habe „und sehet, sehet, sehet, ihr Arbeiter; von solchen, solchen Leuten werdet ihr gehetzt gegen Männer, die kenntnißreich, besonnen und sorgsam eure Sachen vertreten.“

Am selben Tage, wo sich diese sittliche Entrüstung entlud, beschlossen die „kenntnißreichen, besonnenen und sorgsamen Männer“, das zu thun, was die „unwissenden Hetzer“ verlangten: die Kommission des Abgeordnetenhauses, welcher der Antrag Schulze-Faucher überwiesen worden war, dehnte ihn auch auf die

Paragraphen 183 und 184 aus. Die Peitsche des Sozialdemokraten knallte die fortschrittlichen Tribunen vom kapitalistischen Lotterbette auf; Faucher gestand seufzend, die „bedenkliche Ausdehnung der Bewegung" lasse kein längeres Zögern zu. Mitte Februar kam es dann im Abgeordnetenhause zu der berühmten dreitägigen Koalitionsdebatte, die in dieser Geldsackvertretung den Sprachenwirrwarr des Thurmbaus von Babel hervorrief. Schulze schrie: Entfesseln Sie die Bestie nicht, Faucher erklärte die Trade Unions für reaktionäre Ueberbleibsel der mittelalterlichen Zünfte, Leonor Reichenheim spielte sich als verfolgte Unschuld auf und feierte die schlesischen Textilfabrikanten als die liebreichsten Gönner der duldenden Menschheit. Ein vierter Fortschrittsheld verhieß, daß Schulzes Genossenschaften die Arbeiter Mann für Mann zu wohlhabenden Bürgersleuten machen würden, ein fünfter meinte umgekehrt, den einzelnen Arbeitern könne geholfen werden, aber nicht der Arbeiterklasse, ein sechster erweckte wiehernde Heiterkeit durch den anmuthigen Witz, Albert Lange verhalte sich zu Lassalle wie Knipperdolling zu Mohamet. Trunken von diesen rednerischen Triumphen wollte die fortschrittliche Mehrheit dann den Antrag der Kommission annehmen, aber als sie ihr Werk näher besah, stellte es sich heraus, daß sie, die ganz klare Fragestellung des Präsidenten mißverstehend, nur die Aufhebung der Paragraphen 181 und 182 beschlossen hatte. Nichts natürlicher, als daß die Arbeiter in dem lächerlichen Unfall einen heimtückischen Umfall argwöhnten, indessen der Sozialdemokrat beruhigte sie. Er schrieb, in einer Arbeiterversammlung könne ein solcher Bock freilich nicht geschossen werden, aber der böse Wille sei den Fortschrittlern diesmal durch das energische Auftreten der Arbeiter gründlich ausgetrieben worden. Die großen Parlamentarier hätten nur zeigen wollen, daß wo einmal ihr böser Wille aufhöre, ihre Unfähigkeit anfange.

Die konservative Partei und die Regierung schlossen in der Koalitionsdebatte nicht besser ab als die Fortschrittler. Wagener ritt sein klapperiges Steckenpferd des allgemeinen, aber ständisch verkrüppelten Wahlrechts und brachte den famosen Antrag ein, die Regierung zur Initiative in der Lösung der sozialen Frage aufzufordern. Bismarck schwafelte von den Königen der Geusen, als welche sich die Hohenzollern von Anbeginn erwiesen haben sollten. Der Handelsminister v. Itzenplitz aber gab die offizielle Erklärung ab, die Regierung sei bereit, die Koalitionsfreiheit zu gewähren, doch damit sei noch lange nicht genug gethan; unter Zuziehung von Unternehmern und Arbeitern solle eine Kommission niedergesetzt werden, um zu berathen, inwieweit durch Förderung des neuzeitlichen Genossenschaftswesens, der Konsum-, Vorschuß- und Produktivvereine, die „Lage der arbeitenden Klasse materiell in erheblichem Belange verbessert" werden könne. Der Sozialdemokrat nahm diese Erklärung ernsthaft oder that so als ob er sie ernsthaft nehme, um sie gegen die Fortschrittler auszuspielen, und dies wird der Punkt gewesen sein, der für Marx an Schweitzers Stellung zur Koalitionsbewegung anstößig war. Sonst entsprach diese Stellung durchaus den Anschauungen, die Marx oft kundgegeben hatte.

Von irgend einer Sektentendenz ist in dem damaligen Sozialdemokraten nicht die Spur zu entdecken. Er knüpfte überall an die thatsächlichen Regungen der Arbeiterklasse an, um die proletarischen Interessen energisch zu vertreten. Den Tuchmachern in Burg, den Strumpfwirkern in Apolda, den Schriftsetzern in Leipzig und wo immer der Kampf um bessere Arbeitsbedingungen erwachte, stand er mit Rath und That zur Seite. Namentlich der Leipziger Setzerstreik im Frühjahr 1865 machte großes Aufsehen; er war die erste Arbeitseinstellung in Deutschland, die sich einigermaßen entfalten konnte, da es im Königreiche Sachsen seit einigen Jahren eine Art Koalitionsfreiheit gab. Die Setzer kämpften um eine Lohnerhöhung, welche sie nach zehnwöchentlichem Ringen nur halb erreichten; ihre Kraft wurde dadurch gebrochen, daß es den Buchdruckereibesitzern gelang, Streikbrecher in genügender Zahl heranzuziehen. Der Sozialdemokrat war fast das einzige Blatt in Deutschland, das die streikenden Setzer nicht bekämpfte und beschimpfte, und schlechthin das einzige, das ihre Sache mit Ausdauer und Geschick vertrat. In beredtester Weise schärfte das Blatt den Arbeitern ein, wie verwerflich die Handlungsweise der Streikbrecher sei, und das wollte etwas bedeuten zu einer Zeit, wo Löb Sonnemann und ähnliche Arbeiterfreunde das Streikbrechen als eine höchst verdienstliche Sache priesen, beispielsweise Frankfurter Hufschmiede belobten, die als Schwarzbeine einen Streik der Pariser Hufschmiede lahmgelegt hatten.

Diese Entwicklung der Dinge erklärt es in erschöpfender Weise, weshalb die Masse des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins sich für Schweitzers Taktik entschied. Irgend eine Vorliebe für seine Person spielte dabei in keiner Weise mit. Schweitzer war nach wie vor bei den Arbeitern sehr wenig beliebt; von der Düsseldorfer Generalversammlung wurde er nicht wieder in den Vorstand gewählt, nachdem das Loos ihn ausgeschieden hatte, und auch die Anerkennung des Sozialdemokraten als Vereinsorgans war nicht ohne Weitläufigkeiten erfolgt. Die Arbeitermassen wurden einzig von ihrem natürlichen Klasseninstinkt geleitet, indem sie Schweitzers Taktik als die den proletarischen Interessen förderlichste anerkannten. Das angebliche „Kokettiren mit der Reaktion“ schreckte sie am wenigsten. Die beispiellose Perfidie der liberalen Bourgeoisie hatte im Proletariat einen solchen Abscheu und Ekel vor dieser Partei erzeugt, daß Schweitzer damals und später mit Recht den Vorwurf abweisen konnte, er verhetze die Arbeiter gegen die bürgerliche Opposition, daß er mit Recht sagen konnte, er schüre den Haß gegen die Fortschrittspartei so wenig, daß er ihn vielmehr oft genug aus politischen Vernunftgründen zügele.

Die erste Entscheidung zu Gunsten seiner Taktik gab ein rheinisch-westfälischer Arbeitertag, der am 12. März in Barmen stattfand und von Düsseldorf, Elberfeld, Wermelskirchen, Solingen, Iserlohn, sowie von einigen kleineren Gemeinden beschickt worden war. Es wurde beschlossen, daß die Arbeiter mit der Haltung des Sozialdemokraten wohl zufrieden sein könnten, da er die Unabhängigkeit der Arbeiterpartei vollständig wahre: auch sei es zu billigen, die Vor-

schläge der Regierung in der Arbeiterfrage erst abzuwarten, ehe man darüber urtheile, es sei keineswegs unmöglich, daß die Regierung die Dreiklassenwahl aufhebe und an ihre Stelle das allgemeine Wahlrecht setze. Von den drei Rednern, welche diese Resolution befürworteten, gehörten zwei zu den alten Revolutionären aus den Tagen der Neuen Rheinischen Zeitung: Hillmann und dann Röser, der nicht wie Becker und Bürgers, mit denen er im Kommunistenprozesse verurtheilt worden war, die kommunistische Sache preisgegeben hatte. Die Resolution des rheinisch-westfälischen Parteitags fand nach und nach die Billigung aller Gemeinden. Das zweite Stiftungsfest des Vereins, das am 23. Mai 1865 in Frankfurt gefeiert und von 32 Gemeinden durch Delegirte beschickt wurde, verlief in erhebender Weise, zu gleicher Zeit kündigte der Sozialdemokrat an, daß er vom 1. Juli ab täglich erscheinen werde.

Freilich gab es noch eine Opposition, aus der sich in Berlin, Altona, Köln, Solingen, Mainz und manchen anderen Orten besondere Oppositionsgemeinden entwickelten. Sie fanden ein gemeinsames Organ im Nordstern, der sich der Gräfin Hatzfeldt zur Verfügung gestellt hatte. Will man noch heute einen sozusagen körperlichen Beweis dafür haben, weshalb die Taktik Schweitzers siegen mußte, so braucht man nur den Sozialdemokraten und den Nordstern von 1865 neben einander zu legen. Aus jenem tritt alles, was in der damaligen Arbeiterwelt lebte und webte, voll sprudelnder Frische hervor, in diesem erkennt man davon nur einige düster verschwommene Schattenrisse. Es lag ein tiefer Sinn in Lassalles Worte, daß der Geist der Massen, ihrer Massenlage angemessen, immer auf objektive, auf sachliche Zwecke gerichtet sei, daß die Stimmen unruhiger, persönlichkeitssüchtiger Einzelner in diesem Stimmenakkord verklingen, ohne nur gehört zu werden. Wie viele solcher Stimmen verhallten spurlos im Nordstern! Um nur die bekannteren Namen zu erwähnen, so fielen die Erklärungen Herweghs und Rüstows um so pompöser aus, je weniger dahinter steckte. Ob Martiny, der sich nie um den Verein gekümmert hatte, jetzt zum ersten Male die Feder eintauchte, um seinen Rücktritt zu erklären, konnte den Arbeitern gleichfalls sehr gleichgiltig sein. Und selbst das „Unumwundene Wort“, womit der brave Johann Philipp Becker eine Reihe von Nummern hindurch „das Bernhardchen“ zudeckte, mußte auf die Dauer ermüden. Dieser alte Kämpfer versuchte wenigstens, die Oppositionsgemeinden zu organisiren. Jedoch war der einzige Erfolg seines Bemühens, daß sie nun gänzlich zerfielen. Gegen seinen Plan, das Präsidium des Vereins in ein Direktorium von drei Mitgliedern zu verwandeln, das der Kontrolle eines Ausschusses von elf Mitgliedern unterworfen sein sollte, erhob sich die Gräfin Hatzfeldt mit äußerster Heftigkeit, und die Sache verlief im Sande, nach einer oder zwei Delegirtenversammlungen, die in Leipzig stattfanden, ohne etwas vor sich zu bringen. Die Trümmer der Opposition fanden sich dann meistens bald zum alten Stamme zurück.

Marx und Engels hatten mit alledem nichts zu schaffen. Liebknecht aber stieß in der Berliner Oppositionsgemeinde sehr bald mit den Anhängern der

Gräfin Hatzfeldt zusammen, mit denen er sich natürlich in keiner Weise einigen konnte. Daneben hielt er im Buchdruckergehilfenvereine Vorträge über den Bauernkrieg, von denen der Sozialdemokrat anerkennende und sachliche Notiz nahm. Im Sommer 1865 wurde Liebknecht aus dem preußischen Staat ausgewiesen, mit ihm ziemlich zu gleicher Zeit Bernhard Becker. Die feudale Reaktion verwendet immer eine mütterliche Sorgfalt darauf, der Arbeiterbewegung durch gleiche Brutalität gegen ihre verschiedenen Richtungen die Nothwendigkeit festen Zusammenschlusses klar zu machen.

IV. Taktik und Organisation.

Nicht allein in der Koalitionsdebatte bedeckte sich die bürgerliche Opposition des Abgeordnetenhauses mit eigenthümlichen Lorbeeren. In der schleswig-holsteinischen Sache hatte sie überhaupt kein Programm mehr, und in dem Verfassungsstreit erst recht nicht. Selbst mit ihren überhitzten Worten kam sie nicht mehr vom Flecke. Als Gneist den Kriegsminister mit dem „Kainszeichen des Eidbruches“ regalirt und Roon trocken erwidert hatte, Gneist sei ein „unverschämter“ Patron, da kroch der Uebelthäter demüthig zu Kreuze, und der gerade amtirende Vizepräsident v. Unruh begnügte sich, ein verdutztes Gesicht zu schneiden, wie eine Katze, die donnern hört.

In all dem Jammer überlief es den alten Ziegler, der sich dahinein hatte locken lassen, einmal siedend heiß, und in der erschütterndsten Rede, die je in diesen Räumen gehört worden ist, rief er der Fortschrittspartei das bittere Wort Armand Marrasts zu: „Euch ist die Perversität ins Gehirn gestiegen, ihr könnt nicht mehr gehörig denken.“ In der Berliner Reform schrieb Guido Weiß über die Rede: „Harmlos beginnend, behaglich sich ergehend, selbst abschweifend in den bunten Bildern des Erlebten, sprang sie plötzlich auf und über den lächelnden Hörer her und schlug ihm eine scharfe Klaue — wir wissen nicht, ob in die Brust oder nur in den Wanst.“ Ach, es war nur in den Wanst. Die Volkszeitung schwieg die Rede mit sieben unverständlichen Zeilen todt, und in der Elberfelder Zeitung ließ sich ein offiziös-parlamentarischer Korrespondent dahin vernehmen, Ziegler sei die lustige Person des Hauses, dabei komme zwar nicht viel heraus, aber es sei doch unterhaltend. Dieser Sumpf war nicht mehr zu bewegen, auch nicht, wenn man ihn mit Ruthen peitschte.

Nachdem die Session des Landtags im Juni unter dem hergebrachten Hader geschlossen worden war, wollte die Fortschrittspartei, wie üblich, beim Gläserklingen die Thaten feiern, welche sie nicht gethan hatte. Diesmal machte ihr aber Bismarck einen Strich durch die Rechnung, sei es weil er die angeborene Brutalität nicht bändigen konnte, was bei ihm immer vorausgesetzt werden durfte, oder sei es, wie damals manche Leute meinten, weil er selbst unter der Kläglichkeit dieser Opposition litt und sie etwas antreiben wollte, um seine Staatsretterei dem Könige unentbehrlicher zu machen. Am 11. Juli verbot der Polizeipräsident von Köln

ein Abgeordnetenfest, das am 22. und 23. Juli in der rheinischen Hauptstadt gefeiert werden sollte. Das Verbot war die reine Polizeiwillkür, es entbehrte jedes rechtlichen Grundes oder auch nur Scheingrundes. Und es schien nun so, als ob die Fortschrittspartei sich endlich einmal ermannen wollte. Das Kölner Festkomite, an dessen Spitze der Stadtverordnete Classen-Kappelmann stand, erklärte öffentlich, das Fest werde unter allen Umständen stattfinden, und von 250 eingeladenen Abgeordneten sagten 160 ihr Erscheinen zu, zum Theil in sehr geharnischten Briefen.

Der Sozialdemokrat aber beeilte sich, die Arbeiter zur kräftigen Unterstützung der Fortschrittspartei aufzufordern, in einem Falle, wo diese Partei praktisch ein bürgerliches Recht vertreten wolle. Auf Anordnung Bernhard Beckers fanden am 23. Juli überall in Deutschland, wo der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein vertreten war, große Arbeiterversammlungen statt, in denen die Arbeiter der Fortschrittspartei in der Wahrung des gesetzlich bestehenden Vereinsrechts ihre volle Sympathie und ihre thatkräftige Unterstützung versprachen. In der Berliner Versammlung wurde auf Schweitzers Antrag ein ständiges Komite niedergesetzt, um weitere Schritte zu berathen, und dies Komite, in welchem alle Berliner Arbeitervereine vertreten waren, berief auf den 30. Juli eine Massenversammlung nach der Alhambra. Zwischenein verfiel der Sozialdemokrat fast jeden Tag der polizeilichen Beschlagnahme, wurden die Gemeinden in Berlin und Magdeburg wegen angeblichen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz aufgelöst, und erhielt Bernhard Becker den Befehl, innerhalb 24 Stunden das preußische Gebiet zu verlassen. Um so stärkeren Zulauf hatte die Massenversammlung am 30. Juli; sie protestirte energisch gegen die Ausweisung Beckers und Liebknechts, sowie gegen jede Beeinträchtigung des Vereinsrechts.

Von einer ähnlichen Energie war die bürgerliche Opposition weit entfernt. Statt der 160 Abgeordneten, die ihr Kommen zugesagt hatten, erschienen in Köln nur 80. Namentlich fehlten die Präsidenten des Abgeordnetenhauses, als Ersatz hatte Grabow seine 45 Pfund schwere Büste zum Anhochen und Antoastiren gesandt. Und wie den Gästen, so fehlte den Gastgebern das Haupt: Classen-Kappelmann war für die beiden Festtage über die belgische Grenze gegangen, aus Angst vor der Möglichkeit einer Verhaftung. Oeffentlich wurde das heldenmüthige Ausreißen damit beschönigt, daß die Einsperrung des beliebten Volksmannes einen blutigen Krawall verursachen könne, der unter allen Umständen vermieden werden müsse; im Geheimen waren sich die Auguren darüber einig, daß nach der Verhaftung Classen-Kappelmanns auch die paar Dutzend Abgeordneten verduften würden, die noch erschienen waren. Die Schmauserei in Köln wurde dann von Militär und Polizei gehindert. Am nächsten Tage dampften die Festtheilnehmer nach Oberlahnstein, wo sie ihr Gelage abhielten, ungehindert von der nassauischen Kriegsmacht, die zu spät anrückte. Zu einem Proteste gegen die Polizeiwirthschaft langte es aber nicht, sondern nur zu einem Dankschreiben an den Ausreißer Classen-Kappelmann, dessen Unterzeichnung auch nur 46 Ab-

geordnete wagten. Professor Eckardt, ein süddeutscher Demokrat, der sich in Köln eingefunden hatte, um die verheißenen Heldenthaten der Fortschrittler zu bewundern, schrieb halb belustigt, halb empört: „Bismarck, schlummere ruhig! Diese Herren machen keine Revolution, die wollen harmlos gefeiert sein, ruhig essen, schön reden, in den Zeitungen stehen, aber dir Widerstand leisten — nein, wenigstens nie mit Rüstung, eher mit Entrüstung." Und bitterer noch schrieb der liberale Historiker Baumgarten, der damals im Auslande lebte: „Ich wünschte, die Herren, welche dieses Fest arrangirt hatten, wären in den nächsten Wochen im Auslande Zeugen der Geringschätzung gewesen, mit der die Nationen Europas von Deutschland redeten." Von Deutschland, das heißt von der deutschen Bourgeoisie.

Denn die deutschen Arbeiter hatten in vollem Maße ihre Schuldigkeit gethan, unbekümmert um den Dank der Bourgeoisie, den sie so wenig beanspruchten wie erhielten. In Berlin nergelte die Volkszeitung daran herum, daß die Anhänger Schulzes unter den Arbeitern mit den Anhängern Lassalles in einem gemeinsamen Interesse auch gemeinsam handelten, in Köln rissen die biederen Bürger die Plakate von den Straßenecken, in denen zur Protestversammlung der Arbeiter eingeladen wurde, und in Frankfurt schrieb Löb Sonnemann mit schadenfrohem Grinsen: „Die Sozialdemokraten spielen va banque und werden das Spiel verlieren." Für die bürgerlichen Aengsterlinge, die um nichts mehr zitterten, als um das in ihren Zeitungen angelegte Kapital, mochte es ein verlorenes Spiel sein, wenn der Sozialdemokrat zwölfmal kurz hintereinander polizeilich beschlagnahmt wurde und etwa ebenso viele Anklagen auf Grund aller möglichen Kautschukparagraphen erhielt, die dem verantwortlichen Redakteur Schweitzer sechzehn Monate Gefängniß und einjährigen Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte eintrugen. Politisch war das Spiel aber gewonnen, sehr gewonnen. Kein Blatt in Deutschland hatte das bedrohte Vereinsrecht auch nur entfernt mit gleicher Konsequenz und Kourage vertheidigt, wie der Sozialdemokrat; in diesem Kampfe, wie vordem schon im Kampfe um das Koalitionsrecht, hatten die Arbeiter im Sozialdemokraten einen Führer gefunden, auf den ganz anderer Verlaß war, als auf die gesammte Fortschrittspresse. Der Umschwung in ihren Anschauungen trat so scharf hervor, daß Schulze-Delitzsch, als ihn der Berliner Arbeiterverein aufforderte, am 1. Oktober einen öffentlichen Vortrag in der Alhambra zu halten, nur unter der Bedingung zusagte, daß sich keine Diskussion an seine Ausführungen knüpfen dürfe.

Gesichert vor jedem unbequemen Widerspruche, schloß Schulze seinen Vortrag mit dem feinen Worte, daß alle Sozialisten ins Narrenhaus gehörten. Hieran anknüpfend, berief Schweitzer die Berliner Arbeiter am 8. und 15. Oktober gleichfalls in die Alhambra, um ihnen, unter vollständiger Freigabe der Diskussion, das sozialistische Programm zu entwickeln, zum Beweise, daß es just nicht so närrisch sei, wie Schulze behaupte. Die Arbeiter kamen nun schon in hellen Haufen. Sie merkten bald, daß ihnen eine ganz andere geistige Kost vorgesetzt wurde, als Schulzes abgeleierte Phrasen, und ihr Interesse wuchs so schnell, daß jenes ständige Arbeiterkomite, das in der Kölner Festangelegenheit niedergesetzt

worden war, zum 6. November eine Massenversammlung in die Alhambra berief, um über „die beiden Hauptrichtungen in der sozialen Frage“ zu diskutiren. Das Komite lud einerseits Schulze-Delitzsch, Faucher, Prince-Smith und Michaelis, andererseits Schweitzer und Wuttke ein. Schulze und Faucher waren verreist, Wuttke aber anderweitig verhindert, während Michaelis und Prince-Smith in hochnäsiger Weise ablehnten zu kommen. Schweitzer fand in der überfüllten Versammlung gar keinen Gegner mehr, der ihm auch nur halbwegs gewachsen gewesen wäre. Er schätzte seinen Erfolg ganz richtig mit den Worten ein, daß es zwar gegenüber dem Wuste der von den herrschenden Klassen verbreiteten Vorurtheile schwer sei, die sozialistischen Prinzipien in geordneter Weise zur Kenntniß der Arbeiter zu bringen, aber daß, sobald es einmal geschehen könne, diese Prinzipien mit unbesieglicher Gewalt zu immer entschiedenerer Herrschaft gelangten. Neben diesen allgemeinen Arbeiterversammlungen hielt Schweitzer als Ersatz für die von der Polizei aufgelöste Gemeinde freie Versammlungen sozialdemokratischer Arbeiter ab, zu denen 400 bis 500 Personen kamen. Leider wurde die aussichtsreiche Agitation bald durch Schweitzers Verhaftung abgeschnitten, die in den letzten Novembertagen gleich nach seiner ersten Verurtheilung erfolgte.

Ueber alledem wurde der Fortschrittspartei nun doch angst und bange. Gleich nach Lassalles Tode hatten ihre Führer, wie Albert Lange bezeugt, die Parole ausgegeben, die Arbeiterbewegung todtzuschweigen, aber damit waren sie nicht weit gekommen. Dann sollte der tiefe Eindruck, den die Vertheidigung des Vereinsrechts durch die Arbeiterpartei in ganz Deutschland hervorgerufen hatte, durch das Gerücht ausgeglichen werden, in feudalen Kreisen werde eine Geldsammlung für Schweitzer und Hofstetten veranstaltet. Von anonymen Schubiaks zweimal in fortschrittliche Blätter lanzirt, fiel die infame Verleumdung zweimal platt zu Boden. Zum dritten Male nahm sie nach Schweitzers Verhaftung der brave Eugen Richter auf und braute sie mit abgerissenen Sätzen aus den persönlichen Erklärungen, die bei der Krisis des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins gewechselt worden waren, zu einem wüsten Klatsche zusammen, den er als „Geschichte der sozialdemokratischen Partei in Deutschland seit dem Tode Ferdinand Lassalles“ anonym herausgab. Das Pamphlet war so hämisch und schäbig, wie der Charakter seines Urhebers, wurde aber von der Fortschrittspartei mit beträchtlichen Unkosten an alle ihr zugänglichen Arbeitervereine versandt. Friedrich Stephany, heute ein würdiger Kumpan Eugen Richters im Beschimpfen der Arbeiterklasse, weigerte sich damals, als Vorsitzender des Vorstädtischen Handwerkervereins, den ihm gratis zugesandten Packen der Schmutzschrift unter die Mitglieder zu vertheilen; neben anderen Schmeicheleien an den Verfasser sagte er in einer öffentlichen Erklärung: „Diese sogenannte Geschichte der sozialdemokratischen Partei charakterisirt sich als eine höchst unerquickliche, wenn nicht geradezu ekelerregende Schmähung gegen einzelne Personen der sozialdemokratischen Partei, insbesondere gegen den Redakteur v. Schweitzer, der jetzt im Gefängnisse sitzt und sich deshalb nicht einmal zu rechtfertigen vermag.“ Wenn so schon ein Talmifreund der

Arbeiter sprach, so begreift sich leicht, welches Schicksal dem Wische beschieden war, wo er in wirkliche Arbeiterhände gerieth.

Es half nichts: der „König im sozialen Reiche“ mußte mit einer „wissenschaftlichen“ Widerlegung des Sozialismus heraus, wenn den Arbeitern noch imponirt werden sollte. Unter dem Titel: Die Abschaffung des geschäftlichen Risiko durch Herrn Lassalle, veröffentlichte Schulze-Delitzsch jetzt seine Antwort auf Lassalles Bastiat-Schulze, fast zwei Jahre nach dem Erscheinen dieser Schrift. Und was lange gewährt hatte, wurde diesmal nicht gut. Zwar tiftelte Schulze den einen oder den anderen Widerspruch an den Produktivassoziationen mit Staatskredit heraus, soweit diese Forderung Lassalles noch mit einem letzten Reste des kleinbürgerlichen Sozialismus behaftet war, aber selbst einen so kleinen Erfolg erreichte der Sparapostel nur durch die jämmerliche Fiktion, daß Lassalle seine Forderungen überhaupt für die kapitalistische Gesellschaft, für die Welt der auf Kapital und Spekulation gebauten Einzelwirthschaften berechnet habe. Sonst bedienten sich die beiden „Gedanken“, auf denen Schulzes dürftiges Geschreibsel beruhte, wie zwei Klowns im Zirkus, mit schallenden Maulschellen. Um seine Selbsthilfe anzupreisen, erklärte Schulze, das ökonomische Schicksal des Einzelnen hänge weit überwiegend von seiner persönlichen Fähigkeit und Tüchtigkeit ab; um den Unternehmergewinn zu retten, erklärte er umgekehrt, wer Arbeit und Vermögen an ein Geschäft wage, laufe stets Gefahr, Beides zu verlieren, und müsse für dies niemals zu beseitigende Risiko durch den Kapitalprofit entschädigt werden. Natürlich quittirte die Bourgeoispresse das kindische Gefasel als „glänzende Widerlegung“ Lassalles, aber wo es eigentlich wirken sollte, da erfuhr es eine niederschmetternde Kritik.

Unter dem geistigen Einflusse der sozialdemokratischen Agitation waren die Arbeiterbildungsvereine immer schwieriger geworden. Sie hatten bereits auf ihrem dritten Vereinstage, der im August 1865 in Stuttgart zusammengetreten war, den Beschluß gefaßt, daß jeder Arbeiter für das allgemeine Wahlrecht wirken müsse. Und nun kam ihr Organ, die Koburger Arbeiterzeitung, die immer so tapfer auf Lassalle geschmählt hatte und auf Schulze immer so gut zu sprechen gewesen war, um dessen neueste Schrift als einen traurigen Wirrwarr von unverbesserlicher Beschränktheit und hinterhaltiger Täuschung zu zerzausen. Sie schloß ihre Besprechung: „Fürwahr, auch der nicht persönlich betheiligte Kritiker muß streng an sich halten, um nicht in ungemessenen Ausbrüchen des verdientesten Unwillens, um nicht in dem Vorwurfe berechneter Treulosigkeit seinem beleidigten Gerechtigkeitsgefühle Luft zu machen. Aber wie kommt denn nur Herr Schulze zu solchen, tief ins menschliche Gewissen hinein reichenden Dingen? Wie erklärt es sich, daß ein bis dahin geachteter Mann so gewissenlos erscheint? Das muß ein Fehler im Kopfe sein, der sein Herz in Verwirrung bringt. Wir sehen nur eine Lösung dieses Räthsels: Herr Schulze steht blindlings auf dem Standpunkte der Unternehmer und kann sich gar keinen Zustand vorstellen, in welchem die heutige Wettbewerbung der Einzelkapitale, das Spekuliren von Geschäft zu Geschäft,

der Krieg aller Millionen Thaler unter sich, jemals aufhören sollte. Vom Arbeiter kann Herr Schulze nichts wissen, aber auch kein Sterbenswort, obgleich er merkwürdiger Weise immer zu Arbeitern spricht. . . . Von der riesigen Frage des Großkapitals im Kampfe mit der Lohnarbeit weiß er nicht das erste Wort; er versteht von der ungeheueren Krise des 19. Jahrhunderts nicht den Anfangsbuchstaben. Er häkelt und tipfelt an der Nebenfrage herum: wie kann sich das Handwerk gegen die übergreifende Großindustrie halten? Das ist seine Spezialität, dort sollte man ihn gehen lassen, dort genirt er Niemanden. Wenn Herr Schulze sich nur bei seinem Leisten hielte, wenn er nur nicht immer behauptete, von der ‚Arbeiterfrage‘ zu reden, oder gar die Arbeiterfrage zu lösen! Wir hoffen, ihm durch diese Beurtheilung den Dienst zu erweisen, daß er sich endlich selbst kennen lernt und künftig nur bei staatspolizeilichen Nützlichkeits- und Zweckmäßigkeitsmaßregeln mitredet, aus der sozialen Frage aber vorsichtig seine Finger herausläßt. Denn wenn selbst Lassalle der größte Faselhans seines Jahrhunderts wäre, so würde dadurch Schulze-Delitzsch noch um kein Jota gescheidter." So begannen sich die getreuesten Vasallen gegen den „König im sozialen Reiche" zu empören.

Nach dieser Vorarbeit von bürgerlicher Seite ging Schweitzer selbst daran, zu dem Tänzlein aufzuspielen, das „der todte Schulze gegen den lebenden Lassalle" gewagt hatte. Es geschah in einer Reihe glänzender Aufsätze, die Schweitzer im Gefängnisse schrieb, der einzigen, und leider der einzigen, seiner ökonomischen Abhandlungen, die heute noch durch einen besonderen Abdruck weiteren Kreisen bekannt ist. Er legte in dieser Arbeit das Hauptgewicht auf die praktische Durchführbarkeit, auf die ungeheueren Vorzüge der vergesellschafteten Produktion und behandelte die Produktivassoziationen mit Staatskredit als bloßes Uebergangsmittel; er fußte mit anderen Worten weit mehr auf dem Bastiat-Schulze, als auf dem Offenen Antwortschreiben Lassalles. Und so war er immer bestrebt, im Geiste Lassalles alles Anfechtbare und Mißverständliche auszuschließen, was die Worte Lassalles enthalten mochten. Die Ansicht, als ob Schweitzer ein Epigone Lassalles in dem Sinne gewesen sei, daß er über der Hülse den Kern verkannt habe, ist völlig hinfällig; man braucht nur die alten Jahrgänge des Sozialdemokraten zu durchblättern, um sie in ihr Nichts zusammenfallen zu sehen.

Nicht als ob Schweitzer theoretisch über Lassalle hinausgekommen wäre, als ob er schon Gesichtspunkte erfaßt gehabt hätte, die Marx erst später im Kapital entwickelt hat. In dieser Beziehung läßt sich nur sagen, daß Schweitzer aus den früheren Schriften von Marx manches richtiger zu erkennen wußte, als Lassalle. In einer längeren Polemik mit der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung druckte er einmal das klassische Programm des historischen Materialismus ab, das Marx in der Vorrede seiner Schrift von 1859 niedergelegt hatte, und wußte es vortrefflich zur historischen Kennzeichnung der großen französischen Revolution zu verwerthen. So auch führte er im Sinne von Marx aus, daß der von Lassalle vielfach noch gebrauchte Ausdruck: Arbeiterstand ungenau sei, daß die alten historischen Stände in der modernen bürgerlichen Gesellschaft verschwunden und an ihre

Stelle Klassen getreten seien. In den Fragen aber, die Marx erst später in seinem Hauptwerke klar gestellt hat, in den Fragen des ehernen Lohngesetzes, der moralisch-rechtlichen Auffassung des Mehrwerths und ähnlichen, blieb Schweitzer auf den Pfaden Lassalles, nur daß er sie immer geradeaus auf ihr revolutionäres Endziel verfolgte, auf das Endziel, welches schon im Kommunistischen Manifeste gesteckt worden war.

Die Produktivassoziationen mit Staatskredit behandelte Schweitzer als einen Keil, der die kapitalistische Gesellschaft sprengen, der sozialistischen Gesellschaft die Bahn brechen solle. Er beugte sorgfältig dem Mißverständnisse vor, als ob durch sie eine neue Klasse behäbiger Kleinbürger geschaffen werden solle, und betonte nachdrücklich, daß die Produktivassoziationen nach Lassalles und Schulzes Prinzipien sich nicht graduell, sondern prinzipiell unterschieden. Die Produktivassoziationen, welche die Bourgeoisie für die Arbeiter wolle, seien gewöhnliche Erwerbsunternehmungen und Geldspekulationen ohne tiefere Bedeutung, die Produktivassoziationen aber, die das Proletariat für sich erstrebe, seien soziale, den ganzen Menschen ergreifende Versuche zur Verwirklichung einer großen zivilisatorischen Idee.

In einer Polemik gegen ein konservatives Blatt schrieb Schweitzer über Lassalles Hundertmillionenplan: „Jeder Vernünftige und ehrlich Urtheilende weiß, daß Lassalle damit nur nachgewiesen haben wollte, mit wie verhältnißmäßig geringen Mitteln die neue Produktionsweise angebahnt werden könne. Niemals und an keinem Orte aber hat er ausgesprochen, daß er jetzt, wenn man ihm diese hundert Millionen zur Verfügung stellte, dieselben angenommen hätte und zu solchen Zwecken angewandt wissen wollte.“ Demgemäß hielt Schweitzer auch immer auf eine richtige Erklärung des allgemeinen Wahlrechts und der Staatshilfe, die Lassalle gefordert hatte. Er machte weder ein Hehl daraus, daß allgemeines Wahlrecht und allgemeines Wahlrecht, je nachdem es von der bürgerlichen oder der sozialen Demokratie gefordert werde, noch auch daraus, daß Staat und Staat, je nachdem es sich um den Staat der besitzenden oder den Staat der nichtbesitzenden Klasse handle, völlig verschiedene Dinge seien. Für die bürgerliche Demokratie, die Demokratie der besitzenden Klassen, sei das allgemeine Wahlrecht eine Forderung der Rechtsgleichheit, der freien Persönlichkeit, für die soziale Demokratie, die Demokratie der arbeitenden Klassen, sei es die unmittelbare Herrschaft über alle Organe der Staatsgewalt. Für die besitzenden Klassen sei der Staat ein Mittel, die nichtbesitzenden Klassen zu bändigen, für die nichtbesitzenden Klassen aber ein Mittel, alle sozialen Ungleichheiten aufzuheben. Deshalb hätten wohl die besitzenden Klassen ein großes Interesse an einer starken Staatsgewalt, aber keineswegs die arbeitenden Klassen. Deren Interesse ginge dahin, keinen Präsidenten und am allerwenigsten einen unverantwortlichen Präsidenten an der Spitze der Staatsgewalt zu dulden, vielmehr selbst durch verantwortliche Organe die Staatsgeschäfte zu besorgen und den Staat sich vollkommen decken zu lassen mit der Gesellschaft. Das konstitutionelle Königthum und die bürgerliche Republik seien die mit den Interessen der besitzenden Klassen verträglichsten Staatsformen; im Interesse der nichtbesitzenden Klasse liege die soziale Republik, in der das

Volk und nicht blos eine einzelne bevorzugte Gesellschaftsklasse souverän sei, oder ein starkes selbstherrschendes Königthum, das, eifersüchtig auf die Uebermacht des Besitzes, seine Stütze in den Massen suche. Freilich könne ein solches Königthum die Grundlage des Klassengegensatzes nicht aufheben und nicht politische Freiheit gewähren. Dies sei nur möglich durch die Herstellung des reinen sozialen Volksstaats, des Idealstaats, den die arbeitende Klasse erkämpfen müsse.

In einem einzigen Falle hat Schweitzer die geistige Erbschaft Lassalles nicht vor mißverständlichen Schlagworten behütet, sondern um ein mißverständliches Schlagwort vermehrt. Zur ersten Wiederkehr von Lassalles Todestage druckte er das Konzept einer Rede ab, die Lassalle vor Berliner Arbeitern gehalten hatte, worin es hieß: „Wie sehr ich gerade der Reaktion am feindlichsten gegenüberstehe, wie ich auch der Fortschrittspartei nur insofern feindlich gegenüberstehe, als sie selbst noch mit der Reaktion auf gemeinschaftlichem Boden steht, das mögen Sie am kürzesten aus der Erklärung entnehmen, die neulich ein reaktionärer Abgeordneter, der Graf Wartensleben, in der Kammer abgegeben hat. Herr Virchow hatte nämlich bis in die Räume der Kammer hinein die Verleumdung getragen, daß ich mit der Reaktion im Bunde stehe. Hierauf erklärte Graf Wartensleben wörtlich: ‚Lassalle ist ebenso wenig unser Verbündeter, wie ich ihn für den Verbündeten der Fortschrittspartei halte. Er steht als unser gemeinsamer Feind vor dem Thore.' Gegen die Wahrheit dieser Erklärung läßt sich nichts einwenden. Ihren, der Reaktionäre und der Fortschrittspartei, gemeinsamen Feind, der bereits vor den Thoren stehe, und den sie also gemeinsam abwehren müßten, nennt mich Graf Wartensleben. Vor mir also verschwinden die Unterschiede und Gegensätze, welche sonst die reaktionäre Partei und die Fortschrittspartei trennen. Vor mir also sinken sie trotz dieser Unterschiede zu Einer gemeinsamen reaktionären Partei zusammen." Auf diese Worte Lassalles bezog sich der Sozialdemokrat häufig in der nächsten Zeit, als ihm fast jeder neue Tag eine neue fortschrittliche Verleumdung und eine neue polizeiliche Plackerei ins Haus brachte. Daraus entwickelte sich dann allmälig das Schlagwort von der „reaktionären Masse", welche alle anderen Parteien gegenüber der Arbeiterpartei bilden sollten, ein Schlagwort, das später, als sein eigentlicher Ursprung vergessen war, sehr mit Unrecht als ein prinzipieller Theil der Lassalleschen Politik aufgefaßt worden ist, und in diesem Sinne mancherlei Mißverständnisse hervorgerufen hat. Freilich mehr in der Theorie als in der Praxis, denn der bürgerliche Liberalismus hat kaum jemals darauf verzichtet, der Arbeiterbewegung eine mindestens ebenso verbissene Feindschaft zu zeigen, wie ihr die feudale Reaktion nur immer zeigen konnte.

Ohne dem sozialdemokratischen Prinzip irgend etwas zu vergeben, hatte Schweitzer mit seiner Taktik innerhalb eines Jahres bedeutende Erfolge erzielt. Das Proletariat des Maingaues wie des bergisch-märkischen Industriebezirks war ganz von sozialistischen Tendenzen erfüllt. Von Hamburg drang die Propaganda nach Schleswig-Holstein, von Dresden und Leipzig nach Chemnitz, Glauchau, ins Erzgebirge vor. In Braunschweig entwickelte sich eine kleine Gemeinde hoffnungs-

voll unter der sorgsamen Pflege Wilhelm Brackes, eines jungen Kaufmanns, der, in reinstem Idealismus für die Sache der Armen und Enterbten erglühend, schwärmerische Begeisterung mit praktischer Rührigkeit zu verbinden verstand. In der preußischen Provinz Sachsen verzweigte sich der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein nach Magdeburg, Naumburg, Erfurt, und von hier aus in die thüringischen Kleinstaaten, nach Apolda, Weimar, Jena. In Ostelbien wuchsen die schlesischen Gemeinden zu einer immer stärkeren Stütze des Vereins heran, in Stettin sammelte der Schuhmacher Armborst die ersten Anhänger, namentlich aber in Berlin eröffneten sich die erfreulichsten Aussichten. Und fast noch bedeutungsvoller als die unmittelbare Ausbreitung des Vereins war die Strömung, welche die proletarische Bewegung immer stärker auf die sozialistische Seite drängte.

Praktisch wurde den Arbeitermassen die Nothwendigkeit des Klassenkampfes durch den hartnäckigen Widerstand eingepaukt, auf den jeder Anlauf zur Besserung ihrer Lebenshaltung bei der Bourgeoisie stieß, theoretisch wurden sie aufgeklärt durch den Kampf mit ihren sozialdemokratischen Kameraden, in den die Bourgeoisie sie zu hetzen bemüht war. Die fortschrittliche Behauptung, daß nur der untüchtige Bodensatz des Proletariats nach dem Goldregen Lassallescher Staatsgelder schmachte, erwies sich immer mehr als lächerliche Lüge. Was Albert Lange sofort erkannt hatte, das mußte jetzt auch schon dies und jenes einsichtigere Bourgeoisblatt zugeben, daß nämlich gerade die intelligentesten und kräftigsten Proletarier in der sozialdemokratischen Bewegung thätig seien, daß in dem Allgemeinen Deutschen Arbeitervereine eine ganz andere Macht heranwachse, als in Schulzes harmlosen Bildungs- und Konsumvereinen. Nicht zuletzt erwiesen sich die sozialdemokratischen Feste als kräftige Agitationsmittel; das klassenbewußte Proletariat wußte schon in seinen Anfängen der altersschwachen Bourgeoisie zu zeigen, wie politische Parteien ihre Feste feiern müßten. In den Festreden einfacher Arbeiter brach eine Fülle aufkeimender Geisteskraft hervor; die Rede, welche der Tuchscherergeselle Wahl, ein ganz junger Mann noch, der leider schon im nächsten Jahre am Magenkrebse starb, im Herbste 1865 bei einer Todtenfeier Lassalles in Augsburg hielt, machte auch in bürgerlichen Kreisen bedeutendes Aufsehen.

Trotz aller dieser Fortschritte war aber die durch Lassalles Tod gestellte Aufgabe erst halb gelöst. Die Taktik der jungen Arbeiterpartei hatte sich bewährt, aber noch nicht ihre Organisation. Zwar die straffe Zentralisation des Vereins hatte bei den politischen Aktionen für die Koalitionsfreiheit und für das Vereinsrecht so große Vorzüge gezeigt, daß Niemand daran denken konnte, sie anzutasten. Sie hatte moralische Wirkungen hervorgebracht, die weit hinausgingen über das Gewicht, das der Verein schon thatsächlich in die Wagschale zu werfen vermochte. Aber moralische Wirkung, so groß sie sein mag, ist noch lange nicht politische Macht; neben dem Geiste, der aufzuklären und zu überzeugen wußte, bedurfte die Arbeiterbewegung eines Körpers, der handeln und schlagen konnte.

Und hiermit sah es sehr trübe aus. Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein stand als politischer Körper immer noch nicht auf festen Füßen, ihm fehlte

namentlich nach wie vor der Rückgrat einer guten Finanzverwaltung. Der Sozialdemokrat wurde aus den privaten Mitteln Hofstettens unterhalten, er hatte nur erst einige hundert Abonnenten und deckte noch lange nicht seine Unkosten. Die persönliche Diktatur Lassalles war in Bernhard Beckers Händen zu einem widrigen Zerrbilde entartet. Die paar verständigen Anordnungen, die Becker verfügt hatte, waren ihm von Schweitzer vorgeschrieben worden; wo er selbständig zu handeln versuchte, richtete er fast immer nur Unheil an. Sein einziges Verdienst um den Verein blieb die Agitationsreise, die er im Januar 1865 in den schlesischen Weberbezirken unternommen hatte. Wie er den Streit zwischen Marx und Schweitzer durch sein persönliches Eingreifen außerordentlich vergiftete, so machte er den Verein auch sonst lächerlich, sei es, daß er sich als „Präsident der Menschheit" aufspielte, sei es, daß er einen unerquicklichen Lokalskandal in Frankfurt dadurch hervorrief, daß er sich als ungebetener Gast bei einer fortschrittlichen Kneiperei einfand, sei es, daß er in Braunschweig, wie Bracke bezeugt, durch taktloses Auftreten die kaum gewonnenen Arbeiter wieder stutzig machte. So konnten die Dinge unmöglich fortgehen. Der mühsam eroberte Boden ließ sich nur sichern, wenn dem Verein alles Sektenhafte abgestreift, wenn er zu einer wirklichen Arbeiterpartei erweitert wurde, die bei aller straffen Zentralisation doch so organisirt war, daß sie durch die zufällige Unfähigkeit des Präsidenten nicht lahmgelegt werden konnte. Das war die Ansicht Schweitzers, der eine Reihe der tüchtigsten Mitglieder, wie Audorf, Bracke, Fritzsche, York und Andere mehr oder weniger zustimmten.

Der Gegensatz zwischen dem Präsidenten des Vereins und der Redaktion des Vereinsorgans kam zum öffentlichen Ausbruch, als Becker darauf bestand, die zweite Generalversammlung zum 25. November 1865 nach Frankfurt einzuberufen, wo er sich seit seiner Ausweisung aus Berlin aufhielt. Er war formell berechtigt, diese Anordnung zu treffen, aber thatsächlich war sie ein weiterer Schritt zur sektenhaften Verkrüppelung des Vereins. Die erste Generalversammlung hatte in Düsseldorf stattgefunden, dann war das Stiftungsfest, gewissermaßen eine formlose Generalversammlung, in Frankfurt gefeiert worden, nun sollte auch noch die zweite Generalversammlung im Südwesten berathen, während sich im Nordosten eine große politische Katastrophe vorbereitete und an ihrem Zentralpunkte Berlin zugleich die Arbeiterbewegung hohe Wellen zu schlagen begann. Das hieß den Verein gewissermaßen aus der Schußweite der politischen Entscheidungen bringen und zugleich die unfähige Wirthschaft Beckers mindestens auf ein Jahr verlängern. Gerade in Frankfurt hatte er aus seinen besseren Tagen einigen Anhang, und es war vorherzusehen, daß die Generalversammlung, wenn sie hier stattfand, von Auswärts schwach besucht werden würde. Besonders den armen sächsischen und schlesischen Gemeinden konnte nicht zugemuthet werden, ihre Delegirten zum dritten Male binnen Jahresfrist auf eine verhältnißmäßig kostspielige und weite Reise zu schicken. Zur Reorganisation des Vereins war aber eine möglichst zahlreich beschickte Generalversammlung nothwendig, und so verlangte Schweitzer, daß sie

in Leipzig tagen solle, einem Orte, der sich in jeder Beziehung besser empfahl als Frankfurt.

Jedoch hatten die brieflichen Vorstellungen, die er bei Becker erhob, keinen Erfolg. Becker antwortete erst mit leeren Ausflüchten und dann mit Drohungen. Nun ging der Sozialdemokrat öffentlich vor und verlangte am 19. November die Verlegung der Generalversammlung nach Leipzig, wobei er allein die Rücksichten der Billigkeit und Gerechtigkeit geltend machte, die für Leipzig sprachen. Seine Forderung fand in vielen Gemeinden lebhafte Zustimmung. Becker aber vertagte am 21. November die Generalversammlung auf unbestimmte Zeit und legte das Präsidium nieder, indem er seine Befugnisse auf Fritzsche als Vizepräsidenten übertrug.

Ob Becker damit bezweckte, die Flinte ein= für allemal ins Korn zu werfen, oder eine Verwirrung zu schaffen, aus welcher er dennoch als Sieger hervorzugehen hoffte, läßt sich um so weniger mit Bestimmtheit sagen, als er überhaupt nicht der Mann klarer Entschlüsse war. Jedenfalls richtete er eine große Verwirrung an, die noch dadurch gesteigert wurde, daß Schweitzer in diesen Tagen verhaftet wurde. Fritzsche, der mit Schweitzers Plänen übereinstimmte, ging am 26. November nach Frankfurt, um die Vereinsakten von Becker zu übernehmen, fand hier aber einige Delegirte vor, die zu der inzwischen vertagten Generalversammlung eingetroffen waren und nunmehr durchsetzten, daß Fritzsche eine neue Generalversammlung zum 30. November nach Frankfurt einberief. Das Verfahren war sehr tumultuarisch, denn der von Fritzsche einberufenen Generalversammlung fehlte selbst die formelle Rechtsgiltigkeit, welche die von Becker ursprünglich einberufene Generalversammlung immer noch hatte für sich beanspruchen können. Die Gründe, welche die in Frankfurt erschienenen Delegirten zu ihrem Vorgehen bestimmten, waren wohl verschieden: die Einen, wie Hasenclever und Tölcke, meinten und sagten, daß die Sorge für die gefährdete Existenz des Vereins jeder anderen Forderung vorangehen müsse; Andere, wie Hillmann, scheinen nach ihrem späteren Verhalten aus weniger anerkennenswerthen Motiven gegen eine gründliche Reorganisation des Vereins und die damit verbundene Beseitigung der finanziellen Mißwirthschaft eingenommen gewesen zu sein. Mit seinen Andeutungen über eine nothwendige Aenderung der Statuten stieß Fritzsche auf taube Ohren, und als er am 30. November die von ihm einberufene Generalversammlung eröffnete, erhielt er sofort eine Art Mißtrauensvotum, indem ein Antrag auf Bestallung eines anderen Vorsitzenden einlief. Fritzsche verließ darauf die Generalversammlung, nachdem er seine Befugnisse als Vizepräsident auf Hillmann übertragen hatte, und reiste nach Leipzig zurück, um dort auch sein Amt als Bevollmächtigter niederzulegen. Er widmete sich jetzt vorwiegend der Gründung eines Gewerkvereins von Zigarrenarbeitern, zu dem die Vorbereitungen schon seit einiger Zeit im Gange waren.

Die Frankfurter Generalversammlung tagte am 30. November und 1. Dezember. Auf ihr waren 9421 Mitglieder in 58 Orten durch 20 Delegirte ver=

treten, die in ihrer Mehrheit aus dem Maingau und dem bergisch-märkischen Industriebezirke kamen. Nach stürmischen Debatten wurde eine Reihe von Beschlüssen gefaßt, die zugleich ein Kompromiß und ein Provisorium darstellten. Die Generalversammlung sprach dem Sozialdemokraten ihre „entschiedene Mißbilligung“ aus, weil er das durchaus berechtigte Verfahren Beckers in der Anordnung der Generalversammlung öffentlich kritisirt habe, wählte aber Tölcke an die Stelle Beckers zum Präsidenten, für die Dauer eines Jahres und vorbehaltlich der Bestätigung seiner Wahl durch die Urversammlungen der Vereinsmitglieder. Bis dahin sollten die Geschäfte des Vereins durch den Vizepräsidenten Hillmann besorgt werden. Zum Vereinskassirer wurde Försterling an Stelle Levys ernannt. Diese Beschlüsse führten noch zu heftigen Auseinandersetzungen in vielen Gemeinden, namentlich weil ihre rechtliche Giltigkeit sehr anfechtbar war. Jedoch siegte der Wunsch, zunächst einmal die Existenz des Vereins zu sichern, über alle Bedenken, und am 1. Januar 1866 konnte Tölcke die Leitung des Vereins übernehmen, da die Urversammlungen seine Wahl bestätigt hatten.

Auch der Sozialdemokrat räumte ein, daß die Beschlüsse der Frankfurter Generalversammlung bis auf Weiteres anerkannt werden müßten, um den Verein vor jeder Zersplitterung zu bewahren. Aber er fügte hinzu, daß sobald als möglich eine neue Generalversammlung einzuberufen sei, um die Reorganisation des Vereins zu berathen, und er fuhr fort, diese Reorganisation im Sinne einer Sammlung aller sozialdemokratischen Elemente vorzubereiten. Albert Lange, der jetzt in freundlichstem Einvernehmen mit den Duisburger Vereinsmitgliedern stand, erläuterte die ganze Krisis im Boten vom Niederrhein zutreffend so, daß der Sozialdemokrat auf die Bildung einer sozialdemokratischen Partei und auf die Beseitigung derjenigen Einseitigkeiten hinarbeite, die diesem Streben im Wege ständen, während seine Gegner die sektenähnliche Abschließung des Vereins für nöthig hielten. Deshalb von einem Solinger Sektirer als „Arbeiterfeind“ denunzirt, erhielt Lange von einer Versammlung rheinisch-westfälischer Vereinsmitglieder, die am 17. Dezember in Duisburg tagte, eine schöne Ehrenerklärung. In ähnlicher Weise, wie Lange, faßte Vahlteich die Sachlage auf und sandte dem Sozialdemokraten einige Zeilen zu, worin er sich bereit erklärte, sein Verhalten in dem Konflikte mit Lassalle vor der nächsten Generalversammlung oder auch im Vereinsorgane zu rechtfertigen. Die Aufnahme dieser kurzen und durchaus würdig gehaltenen Erklärung glaubte Hillmann, der sich auf der Duisburger Versammlung weder für noch gegen Lange erklärt hatte, als eine „gemeine Beschimpfung unseres großen Meisters Lassalle“ gegen den Sozialdemokraten ausspielen zu können, erhielt aber eine so treffende Antwort über „Präsidialterrorismus und Sektenfanatismus“, daß er auf eine weitere Diskussion verzichtete. Dagegen entzog er kurzweg am vorletzten Tage seiner Vizepräsidentschaft dem Sozialdemokraten das Recht, sich Vereinsorgan zu nennen. Das kam dem Blatte aber durchaus gelegen, von seiner letzten Nummer des Jahres 1865 an nannte es sich „Organ der sozialdemokratischen Partei“.

Der Amtsantritt Tölckes versprach ein Ende dieser Wirren. Ein energischer und gescheidter Mann, war Tölcke aus anderem Holze geschnitzt als Becker; strammer Lassalleaner und ganz durchdrungen von dem Werthe einer straffen Zentralisation, war er den weiteren Auffassungen Schweitzers doch nicht unzugänglich. Er versprach gleich in seiner ersten Kundgebung, außer in dringlichen Fällen stets die Zustimmung des Vorstandes zu wesentlichen Anordnungen einzuholen. Er ging auch willig auf den Plan der Statutenrevision ein und erkannte bis zur näheren Entscheidung des Vorstandes den Sozialdemokraten als Vereinsorgan an. Es war nun doch alle Aussicht vorhanden, daß eine Organisation geschaffen wurde, welche die Früchte der Taktik in die Scheuern zu bringen gestattete. Nur schade, daß sehr viel zu thun war, um den Verein zu einer politischen Macht zu entwickeln; in der Vereinskasse befanden sich ganze sechs Thaler, als Tölcke die Leitung übernahm. Viele Monate mußten vergehen, ehe ausgeglichen werden konnte, was unter Becker versäumt worden war, und das zu einer Zeit, wo jeder Tag kostbar zu werden begann.

Denn am politischen Horizonte hatten sich schwere Wetterwolken aufgethürmt, und ehe die jungen Saaten der Revolution von Unten durch feste Schranken gesichert werden konnten, brach die Revolution von Oben wie ein verschlammender Strom über sie herein.

Sechstes Kapitel.

Die Revolution von Oben.

I. Der habsburgisch-hohenzollernsche Konflikt.

Sobald der Wiener Friede im Oktober 1864 die Elbherzogthümer in den gemeinsamen Besitz Oesterreichs und Preußens gebracht hatte, begann zwischen diesen Mächten der Hader um die Beute. In absolutistisch-staatsstreichlerischen Gelüsten und in gänzlichem Mangel an nationaler Gesinnung waren das Berliner und das Wiener Kabinet einander würdig; in der schleswig-holsteinischen Frage aber besaß Bismarck stärkere Trümpfe, als seine gleich reaktionären Nebenbuhler an der Donau.

Aus Angst vor der „Revolution“ und aus Eifersucht gegen Preußen hatte sich der habsburgische Despotismus in der schleswig-holsteinischen Sache ins preußische Schlepptau nehmen lassen. Er hatte dadurch den mittel- und kleinstaatlichen Partikularismus vor den Kopf gestoßen und die sicherste Stütze seiner Vorherrschaft über den deutschen Bund gefährdet. Dafür konnte ihm der schleswig-holsteinische Mitbesitz um so weniger eine Entschädigung sein, als er mit der unwillkommenen Bescherung überhaupt nichts anzufangen vermochte. So blieb ihm nichts übrig, als reumüthig zu seiner alten Politik zurückzukehren und sich dahin zu entschließen, daß er die Entscheidung der schleswig-holsteinischen Frage

dem Bundestage übertragen und, was auf dasselbe hinauslief, die Elbherzogthümer dem augustenburgischen Prätendenten ausliefern wollte.

Das ging nun nicht an ohne die Zustimmung des preußischen Mitbesitzers, und Bismarck dachte nicht daran, den Großmüthigen zu Gunsten des Augustenburgers zu spielen. Höchstens wollte er das unglückliche Wurm als preußischen Vasallen zulassen, richtete aber diese Suppe, die er in den Februarbedingungen von 1865 kredenzte, so mager an, daß sie für die österreichische Eifersucht, und würzte sie durch seine offiziösen Sauhirten so mit Hohn und Spott, daß sie für den dynastischen Dünkel des Prätendenten und der sonstigen Zaunkönige von Gottes Gnaden ungenießbar wurde. Die preußische Diplomatie arbeitete für die hohenzollernsche, wie die österreichische Diplomatie für die habsburgische Hausmacht; deutsch-nationale Gesichtspunkte waren der einen so fremd wie der anderen, und die Vorwürfe, mit denen sie sich gegenseitig wegen Förderung der „Revolution" bombardirten, durften auf beiden Seiten nur im pickwickischen Sinne verstanden werden. Der Vortheil Bismarcks war nur, daß die Erhaltung der bundestäglichen Schandwirthschaft und die Etablirung eines ohnmächtigen Zwergstaats in den Elbherzogthümern mit allen ökonomischen Interessen Deutschlands in schreiendem Gegensatze stand, wodurch die preußische Annexions- und Gewaltpolitik mehr hinter sich bekam.

Im Sommer 1865 waren die Dinge schon zum völligen Bruche zwischen Oesterreich und Preußen gediehen. Aber einstweilen fühlten sich die beiden Gegner noch nicht stark genug zum entscheidenden Waffengange. Sie verkleisterten den Riß noch einmal nothdürftig durch den Vertrag von Gastein, der unter Vorbehalt des gemeinsamen Besitzrechts das Herzogthum Holstein in österreichische, und das Herzogthum Schleswig in preußische Verwaltung gab. Jedermann wußte, daß damit nur eine Galgenfrist gewonnen sei, und Niemand wußte es besser, als die hohen Vertragschließenden selbst. Beide suchten nach Bundesgenossen, wobei Bismarck aber wieder die stärkeren Trümpfe in der Hand hatte. Rußland war durch die am polnischen Aufstande geübten Schergendienste der preußischen Regierung gewonnen, und Bonaparte wurde durch peinliche Verlegenheiten seiner äußeren und inneren Politik dazu gedrängt, der italienischen Bewegung einen neuen Brocken in Gestalt Venetiens hinzuwerfen, auf das Oesterreich weder gegen Geld noch gegen gute Worte verzichten wollte. Im September 1865 reiste Bismarck an den Hof Bonapartes, um von diesem erhabenen „Beschützer der Nationalitäten" die gnädige Erlaubniß zur „deutschen Einigung" zu erhalten. Konspiration mit dem Auslande für dynastische Eroberungszwecke war altpreußische Politik, und Bismarck wurde den glorreichen Ueberlieferungen des alten Fritz durchaus nicht untreu, als er sich zum „nationalen Heros" aufzuschwingen gedachte durch ein preußisch-italienisches Angriffsbündniß gegen Oesterreich unter Bonapartes wohlwollendem Schutze. Die damals weit verbreitete Meinung, daß er bestimmte Verpflichtungen eingegangen sei, im Falle des Erfolges deutsches Gebiet an Frankreich abzutreten, mag in dieser Form übertrieben gewesen sein; sicher ist, daß er Bonapartes Appetit auf

deutsche Landfetzen hinhaltend nährte, was zur Kennzeichnung seines „deutschen Patriotismus" vollkommen genügt. Freilich darf nicht übersehen werden, daß alle anderen „deutschen Staatsmänner", mochten sie in Wien, München, Dresden oder sonstwo hausen, in gleichem Falle nicht anders gehandelt hätten. Deutsche Interessen dynastischen Zwecken zu opfern, war ihr altgewohntes und gern geübtes Metier, höchstens hätte ihnen die Fähigkeit Bismarcks gefehlt, Bonaparte schließlich doch übers Ohr zu hauen. Moralisch waren sie alle von gleichem Kaliber; worin Bismarck ihnen und ebenso seinem guten Freunde an der Seine über war, das waren zwei Eigenschaften, die in der Politik gar viel bedeuten: er hatte erstens einen Willen und zweitens ein Ziel.

Mit dem bonapartistischen Protektorate und dem italienischen Bündnisse hing aufs engste der Bundesreformplan Bismarcks zusammen. Er sagte zum General Govone, der als italienischer Unterhändler nach Berlin kam, aus der schleswig-holsteinischen Frage lasse sich leicht ein Kriegsfall machen, aber für einen großen Krieg sei diese Frage ein zu kleiner Anlaß. Die allgemeine deutsche Frage müsse ins Spiel gezogen werden; handle es sich um ein großes nationales Interesse, so werde Europa um so ruhiger zusehen. Europa hieß in diesem Falle Bonaparte, und auf bonapartistischem Pferdefuße hinkte Bismarcks Bundesreform einher. Nachdem am 8. April 1866 das preußisch-italienische Angriffsbündniß gegen Oesterreich abgeschlossen worden war, richtete die preußische Regierung am 9. April den Antrag an den Bundestag: eine aus direkten Wahlen und allgemeinem Stimmrechte der ganzen Nation hervorgehende Versammlung für einen noch näher zu bestimmenden Tag zu berufen, um die Vorlagen der deutschen Regierungen über eine Reform der Bundesverfassung entgegenzunehmen und zu berathen, in der Zwischenzeit aber durch Verständigung der Regierungen unter einander diese Vorlagen herzustellen.

Die offizielle Begründung des Antrags enthielt den üblichen Phrasenbrei, womit aller Bonapartismus seine ideenlose, aber ränkevolle Politik zu verkleiden pflegt. Das allgemeine direkte Wahlrecht wurde als konservatives Prinzip empfohlen, das vom konservativen Standpunkt aus jedem anderen, auf künstlichen Kombinationen beruhenden Wahlmodus vorzuziehen sei. Die gegenwärtige Bundesverfassung überliefere Deutschland in großen europäischen Krisen entweder der Revolution oder der Fremdherrschaft; um beides zu vermeiden, sei eine Bundesreform nothwendig, die nach den Erfahrungen von 1848 weder durch das einseitige Vorgehen der Regierungen, noch durch das einseitige Vorgehen der Nation erreicht werden könne; nur durch das Zusammenwirken beider Faktoren könne auf dem Grunde und innerhalb des Rahmens des alten Bundes eine neue lebensfähige Schöpfung entstehen. Bismarck empfahl also das famose Prinzip der Vereinbarung, an dem die Parlamente des Revolutionsjahres gescheitert waren, als das unfehlbare Heilmittel der deutschen Wirren. Entweder unterlag er wirklich einem jener drolligen Mißverständnisse, denen sein interessirter Verstand bei der Analyse historischer Ereignisse zu unterliegen pflegte; oder es kam ihm, wofür sich

gleichfalls zahlreiche Beispiele aus seiner Politik beibringen lassen, auf einen Gallimathias mehr oder weniger nicht an, um seine wirklichen Zwecke zu verhüllen.

Diese wirklichen Zwecke gingen unzweideutig aus den Kundgebungen seiner offiziellen und offiziösen Presse hervor. Nach bonapartistischem Muster spielte Bismarck ein Doppelspiel und zwar ein doppeltes Doppelspiel: einmal ein Doppelspiel zwischen den Dynastien und der Nation, und dann ein Doppelspiel zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat. Die Kreuzzeitung sagte den mittel- und kleinstaatlichen Regierungen: Nehmt, was ihr noch bekommen könnt; was euch Bismarck bietet, wird euch niemals wieder geboten werden. Für euch allein werdet ihr niemals mit der bürgerlich-nationalen Bewegung fertig werden; wollt ihr den Parlamentarismus mit seinen eigenen Waffen schlagen, so braucht ihr ein deutsches Parlament. Freilich wird darin der parlamentarische Spektakel erst recht losgehen, aber „gegen alle derartigen Ausschreitungen giebt es ein sehr einfaches Rezept — man kehrt sich nicht daran. Daß dies möglich ist, dafür liefern die letzten sechs Jahre preußischer Geschichte den schlagendsten Beweis." Umgekehrt sagte die Norddeutsche Allgemeine Zeitung: „Preußen bedauert, die Wahrnehmung machen zu müssen, daß einstweilen der Anschein entstanden ist, als ob die deutschen Regierungen gegen die nationale Reform unter die Waffen treten. Daß Württemberg, Hannover, Sachsen, Hessen-Darmstadt und andere Bundesstaaten sich nicht aus Liebe zum Prinzen von Augustenburg in einen Existenzkampf stürzen wollen, liegt auf offener Hand. Man wird der Wahrheit sehr nahe stehen, wenn man behauptet, daß die Regierungen, welche sich rüsten, indem sie einen gewaltigen Kampf gegen Preußen heraufbeschwören, zugleich gegen die Verwirklichung auch der bescheidensten nationalen Forderungen Truppen aufbieten." Und dann drohte das offiziöse Hauptblatt, kaum noch verblümt, mit der „Revolution", will sagen, mit der Depossedirung widerspenstiger Zwergdespoten durch preußische Gewalt.

Neben diesem Doppelspiele zwischen den Dynastien und der Nation lief das Doppelspiel zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat einher. Die halbamtliche Provinzialkorrespondenz lockte die Fortschrittspartei mit dem Schwindel, die sogenannte Bundesreform werde durch die einheitliche Zusammenfassung der deutschen Streitkräfte die preußischen Militärlasten auf ganz Deutschland abwälzen und dadurch den Verfassungsstreit beseitigen. Und der ganz amtliche Staatsanzeiger tischte ein für die Bourgeoisie sehr leckeres Gericht auf, indem er als die Grundzüge der Bundesreform eine Reihe ökonomischer Reformen aufzählte, wie Freizügigkeit, Gewerbefreiheit, einheitliches Münz-, Maß- und Gewichtssystem, Schutz des deutschen Handels im Auslande, deutsche Konsulate und manches andere noch, das die hemmenden Schranken der kapitalistischen Produktionsweise ziemlich gründlich abzutragen versprach.

Versagte die Bourgeoisie aber dennoch, so sollte das Proletariat durch das allgemeine direkte Wahlrecht geködert werden. Bismarck glaubte, es jetzt mit diesem Trumpfe wagen zu können. Er rechnete mit den Massen der ostelbischen Land-

bevölkerung, in deren geistiger Nacht noch kein Morgenroth politischer Erkenntniß dämmerte; er hoffte, das passive Wahlrecht durch Versagung der Diäten ebenso einzuschränken, wie er das aktive Wahlrecht durch Beseitigung der Klassenwahl erweiterte, und dann lebte er noch immer in dem holden Traum von dem „Monarchisten" Lassalle. Es hatte zwar schon manche Weckeruhr geschlagen, die diesen angenehmen Schlummer stören konnte; das Berliner Polizeipräsidium gestand später in einem amtlichen Berichte mit dürren Worten, es habe anfangs den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein für eine „besonnene und gesetzliche Agitation" gehalten und ihn deshalb geduldet „trotz des Verstoßes gegen § 8 des Vereinsgesetzes" (Verbindung politischer Vereine), aber bei der Kölner Festangelegenheit seien ihm die Augen aufgegangen, und es habe sich beeilt, die Berliner Gemeinde zu schließen. Allein was der gemeine Polizeiverstand begriff, das kapirte der geniale Staatsmann noch lange nicht. Einstweilen glaubte Bismarck, mit dem Feuer spielen zu können.

Die Kommission zur Berathung der Arbeiterfrage, deren Niedersetzung die Regierung bei der Koalitionsdebatte versprochen hatte, war im Sommer 1865 einberufen worden, aber nach einigem weitläufigen Gerede wieder auseinander gegangen, ohne etwas Anderes zu hinterlassen, als einen Haufen werthloser Makulatur oder, wie es in der preußischen Bureaukratensprache heißt, „schätzbaren Materials". Das rothe Gespenst mußte härter beschworen werden. Im Oktober 1865 schrieb Bucher an Marx, um ihm die Mitarbeiterschaft am amtlichen Staatsanzeiger anzutragen. Als er damit bei Marx abblitzte, wandte er sich mit demselben Anliegen an den Privatdozenten Eugen Dühring, der damals gerade durch einige nationalökonomische Arbeiten bekannt geworden war. Dühring nahm die alte Idee Sismondis von der Unterkonsumtion der arbeitenden Klasse als dem Hauptgebrechen der kapitalistischen Produktionsweise wieder auf, wollte das Uebel aber nicht, wie Rodbertus, durch einen staatlich eingeführten Normalwerkarbeitstag kuriren, sondern durch die selbständige Initiative der Arbeiter, die sich in freien Koalitionen bessere Arbeitsbedingungen erkämpfen sollten. Dühring ging auf die Mitarbeiterschaft am Staatsanzeiger ein, um sich bald mit der Redaktion zu überwerfen. Trotzdem erschien im April 1866 Wagener bei ihm, und bestellte für den „intimen Gebrauch" des Staatsministeriums eine Denkschrift über die Frage, wie „etwas für die Arbeiter gethan" werden könne. Dühring lieferte auch dies Pensum ab. Dann wurde Schweitzer am 9. Mai aus der Haft beurlaubt, nachdem alle ärztlichen Zeugnisse, die er im Laufe des Winters über seinen leidenden Gesundheitszustand beigebracht hatte, bis dahin ohne jede Wirkung geblieben waren. Und endlich nahm die Gräfin Hatzfeldt seit dem Anfange des Jahre 1866 ihre niemals völlig eingeschlafenen Wühlereien mit verzehnfachter Kraft wieder auf. In ihrer thörichten Verblendung faßte sie die preußische Bundesreform als die Erfüllung von Lassalles nationalem Programm auf, und ihr demagogisches Treiben lief darauf hinaus, den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein zu einem Werkzeuge Bismarcks zu machen, mochte sie nun mit dem „großen Minister" in näherer

oder fernerer Verbindung stehen und die reichen Geldmittel, welche sie aus dem Fenster warf, aus ihrem eigenen Vermögen oder aus anderen Fonds schöpfen.

So sah die Revolution von Oben aus. Gegen die Misere der Bundestagswirthschaft war sie ungemein stark gewaffnet. Sollte sie noch niedergeschlagen werden, so konnte es nur durch die Revolution von Unten geschehen. Aber die Revolution von Unten war ein Ding der Unmöglichkeit. Die Arbeiterklasse, welche sie machen wollte, konnte sie noch nicht machen, und die bürgerliche Klasse, welche sie machen konnte, wollte sie längst nicht einmal mehr in Worten, geschweige denn in Thaten machen. Sobald sich die Dinge auf die Spitze des Schwertes hinauszuspielen begannen, löste sich die bis über den Schellendaus gepriesene Geschlossenheit der Fortschrittspartei in ein wildes Durcheinander auf. Bei den Einen schlug der preußische Partikularismus durch alles Schaumgold nationaler Redensarten durch. Twesten erklärte, daß „jede Alternative der Niederlage der preußischen Politik vorzuziehen" sei, und Ziegler rief seinen Breslauer Wählern zu, das Herz der Demokratie sei stets bei den Fahnen des Landes. Die Anderen wieder erschöpften sich in ohnmächtigem Friedensgewinsel über die Gefährdung der materiellen Bourgeoisinteressen durch den drohenden Krieg und in ebenso ohnmächtigen Flüchen über den Bruch des Landfriedens. Darin that sich besonders der Nationalverein hervor, der auch die Bismärckische Bundesreform feierlich verdammte. Die Kumpanei Bennigsen hatte so viel für die „preußische Spitze" gethan, daß ihr zu thun fast nichts mehr übrig blieb, und nun schrie sie Zetermordio, da sich die „preußische Spitze" enthüllte, so wie sie war und wie sie nicht anders sein konnte.

Eine dritte Gruppe bildete die Deutsche Volkspartei, die sich, an den Erfolgen der fortschrittlichen und nationalvereinlichen Politik verzweifelnd, seit Jahr und Tag von ihr zu trennen begonnen hatte. Es waren manche ehrliche und tüchtige Demokraten darunter, wie Büchner, Eckardt, Ladendorf, Pfau, aber auch sehr zweifelhafte Elemente, Frankfurter Geldjuden vom Schlage Löb Sonnemanns, augustenburgische und welfische Partikularisten, die über die gefährdeten Gerechtsame ihrer angestammten Fürsten ebenso blutige, wenn nicht noch blutigere Thränen vergossen, als über alle sonstigen Verruchtheiten Bismarcks. Als die Deutsche Volkspartei im September 1865 ihre konstituirende Zusammenkunft in Darmstadt hielt, stellte sich sofort heraus, daß über die beiden entscheidenden Probleme der Zeit, die nationale und die soziale Frage, keine Einigung möglich sei. Die Partikularisten klammerten sich an ihr geliebtes Föderativprinzip, von dem es obendrein unentschieden blieb, ob es in monarchischem oder republikanischem Sinne gemeint sein solle, und an der Forderung sozialer Reformen, durch die Büchner und Eckardt eine Annäherung an den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein anbahnen wollten, stießen sich die Börsendemokraten. Das Deutsche Wochenblatt in Mannheim, das Organ der Deutschen Volkspartei erklärte, die nationale wie die soziale Frage als offene Fragen behandeln zu wollen!

In der zunächst brennenden Frage kam es dann doch zu einer Art Verständigung, insofern als eine „Konföderation der Mittel- und Kleinstaaten" den Keim

der deutschen Einheit und Freiheit bilden sollte. Ludwig Pfau erläuterte in einem besonderen Flugblatte, damit solle nicht die alte Triasidee aufgewärmt werden, die Auftheilung Deutschlands zwischen Oesterreich, Preußen und dem Bunde der Mittel- und Kleinstaaten; diese Triasidee sei „eine dreiköpfige Mißgeburt, von Professorendünkel und Fürstendienerei im geschändeten Bette der Revolution erzeugt.“ Die Koalition der Mittelstaaten, welche die Deutsche Volkspartei erstrebe, solle kein Ziel, sondern ein Anfang, kein Zweck, sondern ein Mittel sein, ein erster Kern, um den sich die übrigen Stämme gruppiren könnten. Und Eckardt führte im Deutschen Wochenblatte aus, man würfe der Deutschen Volkspartei vor, daß sie zugleich die legitimistische und die republikanische Fahne trüge. Das sei jedoch nur ein scheinbarer Widerspruch. Die Mitglieder der Partei seien Republikaner, aber trotzdem meinten sie es ehrlich mit der Konföderation der Mittel- und Kleinstaaten, die das letzte Anerbieten des deutschen Volkes an seine Fürsten sei. Wollten die Fürsten den monarchischen Bundesstaat, so würde die Deutsche Volkspartei das Volk zu ihrer Unterstützung aufrufen; wollten sie ihn nicht, so müßten sie sich gefallen lassen, von Bismarck verspeist zu werden. Wenn schon die ehrlichsten und klarsten Köpfe der Deutschen Volkspartei sich in solchen gewiß ehrlich gemeinten, aber unglaublich unklaren Vorstellungen bewegten, so war sie nicht eben zur Lösung der deutschen Frage berufen.

In diesem wüsten Chaos widerstreitender Interessen und Meinungen mußte sich nun die junge Arbeiterpartei ihren Weg suchen.

II. Die Arbeiterklasse vor dem deutschen Kriege.

Seit den Bismarckartikeln hatte der Sozialdemokrat konsequent dieselbe deutsche Politik verfolgt, nur daß er sich vor den mißverständlichen Arabesken hütete, mit denen die Bismarckartikel verziert gewesen waren. Hatte er in ihnen von Bismarcks „bedeutender“ Politik gesprochen, so glossirte er Bismarcks Pilgerfahrt an den Hof Bonapartes mit einem beißenden Stoßseufzer über das „arme Preußen“, das „seiner großen Pläne voll, fürsichtiglich gen Paris“ eile, um sich die Gunst Bonapartes durch den „Kaufpreis deutschen Landes“ zu erwerben. Von der altpreußischen Demokratie der Waldeck und der Ziegler hielt sich der Sozialdemokrat völlig fern. Er sagte, die preußische Spitze sei nun einmal die preußische Spitze, und die herrschende Konfusion würde noch viel größer werden, wenn sie sich als verhüllte Reaktion, als Scheinliberalismus geberdete. Preußen sei seinem inneren Wesen nach ein absolutistischer Staat, ein liberales Preußen habe nie existirt und könne nie existiren. „Erwarten, daß dies sich je ändern könne, heißt etwas innerlich Unmögliches erwarten.“ Mit demselben Rechte könne man hoffen, daß jemals die Muftis und Ulemas der Türkei den christlichen Glauben predigen würden.

Ebenso scharf wie gegen den „preußischen Absolutismus“ wandte sich der Sozialdemokrat gegen die „österreichische Konkordatswirthschaft“. Oesterreich sei

der Hort der deutschen Zerrissenheit, und deshalb ständen die reaktionären Regierungen der Mittel- und Kleinstaaten auf seiner Seite. Sei aber die Verösterreichung und die Verpreußung Deutschlands gemeinschädlich und hassenswerth, so sei die „Triäselei“ in jeder Form lächerlich und verächtlich. Der Sozialdemokrat begrüßte die Deutsche Volkspartei als einen an sich anerkennenswerthen Organisationsversuch der bürgerlich-demokratischen Elemente, die es noch in Deutschland gab, erklärte sich auch gern bereit, taktisch mit ihr zusammenzugehen, sobald es die Interessen der Arbeiterklasse erforderten, deckte aber rücksichtslos ihre Unklarheit in der nationalen und der sozialen Frage auf. Er hob hervor, daß die Beust und Dalwigk und die sonstigen mittel- und kleinstaatlichen Diplomaten, die sich jetzt als „rein deutsche Staatsmänner“ aufspielen wollten, „Minister aus der Zeit der blutigsten und krassesten Reaktion, Fürstenknechte durch und durch“ seien, und die „Konföderation der Mittel- und Kleinstaaten“, welche die Deutsche Volkspartei erstrebte, that er mit dem einfachen Satze ab, daß „wenn es Ernst würde und irgend welche Fürsten z. B. endgiltig und unwiderruflich zu entscheiden hätten, ob sie zu Gunsten des Volkes oder zu Gunsten eines großen Fürstenhauses auf ihre volle Souveränetät verzichten wollten, diese Fürsten sich lieber winselnd ihrem Kollegen zu Füßen werfen, als unter dem Jubel des Volkes durch die Straßen ihrer Hauptstadt ziehen“ würden.

Den einzigen Weg zur deutschen Einheit und Freiheit erblickte der Sozialdemokrat in der deutschen Revolution. Und weil die letzte Aussicht auf eine solche Revolution in den Möglichkeiten gegeben war, die durch den gewaltsamen Zusammenstoß der deutschen Großmächte hervorgerufen werden konnten, stimmte das Blatt nicht in das Friedensgeschrei der Bourgeoisie ein. Ebenso schrieb Albert Lange im Boten vom Niederrhein, wer aus tiefer liegenden Gründen wirklich wünsche, daß Bismarck durch den Versuch zur Ausführung seines Programms der republikanischen Partei Luft mache, der werde ihn jetzt am liebsten still gewähren lassen, bis er nicht mehr zurück könne. Und in einer Versammlung Leipziger Fortschrittler und Nationalvereinler, wo über den drohenden Krieg herzbrechend gejammert wurde, erklärte Bebel als einziger Opponent, man solle doch nicht so furchtsam sein, aus dem Kriege könne ganz etwas anderes hervorgehen, als die Kriegführenden dächten, das Volk werde sich zur rechten Zeit erheben und den Krieg in seinem Sinne beendigen. Schlagfertig auf der Lauer stehen, kampfgerüstet und thatbereit, jedem mißtrauend, sich selbst aber vertrauend: das war die Politik, die der Sozialdemokrat in der Krisis des Jahres 1866 der Arbeiterklasse empfahl.

Eine erste Möglichkeit praktischen Eingreifens sah er in Bismarcks Schachzuge mit dem allgemeinen Wahlrechte. Er täuschte sich natürlich nicht über Bismarcks Beweggründe und erwiderte auf die Lockungen der offiziösen Presse: „Was uns betrifft, so wissen wir, daß wir weder ein Großpreußen noch ein Großösterreich wollen, sondern ein freies und einiges Deutschland, frei und einig durch den Willen der Nation. Will Preußen dieses verwirklichen helfen — gut, so

mag es den Versuch machen, das gerade Gegentheil von dem zu werden, was es bisher war. In diesem Sinne, wenn es seine Sache zu der unserigen gemacht hat, wollen wir bis auf Weiteres zusammengehen, aber in keinem anderen. . . . So, nicht mehr und nicht weniger günstig für das Großpreußenthum, scheint uns die Stimmung der Arbeiter beschaffen zu sein, dies die Stellung zu bezeichnen, die ihnen der preußischen Regierung und ihren Machtgelüsten gegenüber geziemt. Alles Uebrige gehört ins Gebiet offiziöser Wünsche und Illusionen." Der Sozialdemokrat sprach offen aus, daß Bismarck zu seiner „halben und unkräftigen Parlamentsberufung" „nicht aus freiem Willen, sondern gezwungen durch die Lage der Dinge" geschritten sei; er sprach ebenso offen aus, daß es das „Erbärmlichste von Allem" sein würde, wenn sich die Arbeiter dadurch täuschen ließen. Aber er rieth, die Verlegenheit des preußischen Ministers auszunützen. Durch den guten Willen der Machthaber sei noch nie ein historischer Fortschritt vollbracht worden, aber oft genug durch ihre klug benützte Verlegenheit. Die Arbeiterklasse müsse die dargebotene Waffe gebrauchen, „nicht wie jene wollen, sondern wie wir wollen". Darum gab der Sozialdemokrat die Parole aus: „Wir wählen! Wir wählen nicht, weil Bismarck dies Parlament berufen hat, wir wählen aber auch ebenso wenig, obschon er es berufen hat. Wir wählen darum, weil wir die ohnmächtige Politik des thatenlosen Zusehens verwerfen, weil wir uns betheiligen wollen an Allem, was in öffentlichen Angelegenheiten geschieht, und weil nur wir, die Arbeiterpartei, es zu hindern vermögen, daß der feige Bourgeoisliberalismus neuerdings die Sache des Volkes verrathe." Und zugleich empfahl der Sozialdemokrat die kräftigste Agitation für das allgemeine Wahlrecht, um Bismarck auf dem widerwillig betretenen Wege vorwärts zu treiben.

Diese hier kurz zusammengefaßte Taktik zieht sich wie ein rother Faden durch alle Artikel, welche der Sozialdemokrat über die deutsche Frage veröffentlichte, vor und nach Schweitzers Haft. Mögen bei seiner Beurlaubung aus dem Gefängnisse gewisse Hintergedanken der Regierung mitgewirkt haben, so hat Schweitzer den gewünschten Preis so wenig gezahlt, wie sich Marx auf Buchers Werbung einließ. Aus all dieser Zeit ist auch nicht ein Satz des Sozialdemokraten aufzufinden, der mittel- oder unmittelbar auf eine Förderung der preußischen Gewaltpolitik abzielte. Die Politik, die Schweitzer der Arbeiterklasse empfahl, war zweifellos dieselbe Politik, die Lassalle, wenn er noch gelebt hätte, ihr empfohlen haben würde.

Nicht in der damaligen Taktik des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins lag der wunde Punkt, sondern in seiner damaligen Organisation. Er war noch kein so festgeschlossener Körper, daß ihn das hereinbrechende Kriegsgewitter nicht in allen Fugen erschüttert hätte. Die große Masse der deutschen Arbeiter war noch nicht zum Klassenbewußtsein erwacht, und wo sie es schon war, noch nicht so klar über ihre Klasseninteressen, um nicht in den Strudel gerissen zu werden, in dem die deutschen Dinge einer allgemeinen Katastrophe entgegentrieben. Eine alte Kerntruppe des Vereins hielt sich tapfer genug, aber sie war nicht stark

genug, um den empörten Wogen gebieten zu können, welche die Revolution von Oben aufwarf.

Nirgends in Deutschland prallten auf gleich engem Raume die nationalen und die sozialen Gegensätze so schroff aufeinander, wie im Königreiche Sachsen. Bourgeoisie und Proletariat standen sich unvermittelt gegenüber in dem industriell hoch entwickelten Ländchen, das jetzt, eingekeilt zwischen Preußen und Oesterreich, zum Schauplatze des Krieges zu werden drohte. Die sächsische Politik leitete der österreichische Parteigänger Beust, vielleicht der gewandteste und jedenfalls der ruchloseste jener Zwergdiplomaten, die, noch triefend von allem Blute und Schmutze des weißen Schreckens, mit deutsch-nationalen Schlagworten um sich warfen. Seine Kriegsrüstungen erregten den Unwillen der sächsischen Bourgeoisie, die um keinen Preis die Geschäfte gestört sehen wollte, theilweise auch, wie namentlich in den großen Handels- und Industrieplätzen des Landes, der kleinstaatlichen Verzopftheit müde war und von Preußen verspeist zu werden wünschte. Das sächsische Proletariat kam dadurch in eine sehr schwierige Lage. Es konnte sich weder für Bismarck noch für Beust begeistern; es konnte keine Revolution machen, aber es konnte auch nicht so leicht, wie etwa das rheinisch-westfälische Proletariat, eine abwartend-schlagfertige Stellung einnehmen, denn das Kriegsfeuer brannte ihm allzu dicht auf den Fingern.

An und für sich befand sich das sächsische Proletariat gerade zu dieser Zeit in einer sehr erfreulichen Entwicklung. Die sächsischen Arbeiterbildungsvereine bildeten den Kern und Stamm der deutschen Arbeiterbildungsvereine überhaupt; der Dresdener Verein blühte unter dem Schuhmacher Knöfel, den Leipziger Verein hielt Bebel auf alter Höhe, unter den Lehrern dieses Vereins war Liebknecht besonders thätig, der sich nach seiner Ausweisung aus Berlin in Leipzig niedergelassen hatte. Zwischen den Arbeiterbildungsvereinen und den sächsischen Gemeinden des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins bestand schon ein sehr freundliches Einvernehmen; beide Richtungen pflegten gemeinsam große Volksversammlungen abzuhalten, und eben jetzt hatte der Leipziger Arbeiterbildungsverein einen sehr entschiedenen Bruch mit der fortschrittlich-manchesterlichen Agitation der Volkszeitung vollzogen. Zunächst gab auch die nationale Frage keinen Anlaß zu Meinungsverschiedenheiten. Am 28. April tagte in Dresden eine von 2500 Arbeitern besuchte Versammlung, die von Försterling und Knöfel einberufen worden war und unter ihrem gemeinsamen Vorsitze berieth. Sie forderte die Einberufung eines konstituirenden deutschen Parlaments, auf Grund des gleichen und direkten Wahlrechts, mit geheimer Abstimmung und unbeschränkter Wählbarkeit, nicht allein zur Regelung der politischen Verhältnisse, sondern auch zur Inangriffnahme der sozialen Frage, und sie forderte ferner zur Unterstützung dieses Parlaments die allgemeine Volksbewaffnung. Prinzipiell stimmte dieser Beschluß durchaus mit der Haltung des Sozialdemokraten überein; er sprach unumwunden aus, daß nur die deutsche Revolution die deutsche Einheit und Freiheit retten könne. Aber freilich war damit noch nichts gesagt über die taktische Stellung des Proletariats zu den streitenden Mächten.

Diese Frage wurde praktisch, als die Leipziger Bourgeoisie unter der Führung der städtischen Behörden vom sächsischen Ministerium die sofortige Abrüstung verlangte und damit eine preußenfreundliche Agitation eröffnete. Um ihr entgegenzuwirken, fand am 8. Mai eine von nahezu 6000 Personen besuchte Volksversammlung in Leipzig statt, an der ebenso wie an der Dresdener Versammlung beide Richtungen des sächsischen Proletariats gleichermaßen betheiligt waren. Fritzsche, Wuttke, Bebel und Liebknecht wohnten der Versammlung bei; den Vorsitz führte Steinert, der als Nachfolger Fritzsches die Leipziger Gemeinde des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins leitete. In ihrem berechtigten Widerstande gegen die Bismärckischen Tendenzen der bürgerlichen Geldsäcke ging diese Versammlung über die Grenze hinaus, welche der Sozialdemokrat inne zu halten trachtete. Alte Demokraten von 1848 meinten, gegen Beusts Vergangenheit lasse sich ja Manches sagen, aber jetzt stehe er wie Oesterreich auf dem deutschen Standpunkte. Eine von Bebel eingebrachte Resolution hielt in ihrem Kerne noch an der Dresdener Resolution fest, erklärte sich aber auch schon einseitig gegen die preußische Eroberungspolitik und billigte die Rüstungen des Ministeriums Beust als „Vertheidigungsmaßregeln", während eine von Wuttke eingebrachte Resolution so gut wie vorbehaltlos die Politik Beusts ermunterte. Beide Resolutionen wurden einstimmig angenommen, nachdem außer den Antragstellern und Anderen auch Fritzsche und Liebknecht dafür gesprochen hatten; damit vollzog sich eine erste bedeutende Abweichung von der Politik des Sozialdemokraten.

Aehnlich wie im Königreiche Sachsen lagen die Verhältnisse im Maingau, nur daß hier der Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat noch lange nicht so entwickelt war. Der Sturm, der die deutschen Zustände bis auf den Grund aufwühlte, deckte im südwestlichen Deutschland einen noch kleinbürgerlichen Grund auf. Eine von 3000 Personen besuchte Volksversammlung, die am 20. Mai in Frankfurt stattfand, wurde von den Matadoren der Deutschen Volkspartei beherrscht, wenn auch Arbeiter daran theilnahmen, wie Bebel von den Arbeiterbildungsvereinen und Welcker vom Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein. Die Beschlüsse dieser Versammlung unterschieden sich in sehr bezeichnender Weise von den Dresdener und auch den Leipziger Resolutionen. Sie erklärten sich ausschließlich gegen die friedensbrecherische Politik Bismarcks und nannten jede Neutralität Feigheit und Verrath. Indem sie die preußische Bundesreform unbedingt verwarfen, forderten sie die sofortige Konstituirung Schleswig-Holsteins als eines besonderen Staats, ferner ohne Erwähnung irgend eines Wahlrechts „ein konstituirendes, mit der nöthigen Macht ausgestattetes Parlament" und endlich als hölzernes Eisen „von den Regierungen die gesetzliche Einführung der allgemeinen Volksbewaffnung". Gegen diese Beschlüsse sprach sich Welcker bereits sehr entschieden aus, während Bebel sie noch billigte und in den volksparteilichen Ausschuß eintrat, der ein Programm des Widerstandes gegen die preußische Herrschsucht ausarbeiten sollte. Dies bald darauf veröffentlichte Programm hielt sich an die Beschlüsse der Frankfurter Versammlung, lenkte aber insofern etwas ein, als es

neben der preußischen auch ausdrücklich die österreichische Spitze verwarf. Es wollte die deutsche Einheit als föderative Verbindung der deutschen Staaten auf Grund der Selbstbestimmung herstellen und die Gefahr eines Krieges an der Seite Oesterreichs dadurch mildern, daß die Bundesgenossen im Kampfe keine dynastische, sondern eine nationale Politik verfolgen sollten. Eine Aufforderung, die an und für sich vortrefflich war, aber, an die Beust und Genossen gerichtet, praktisch keine andere Wirkung haben konnte, als die Aufforderung an Hyänen, nicht die Grüfte zu entweihen, sondern sich wie die Lämmlein auf der Weide zu nähren.

Ein Vereinstag der deutschen Arbeitervereine fand in diesem Jahre wegen der unruhigen Zeitläufte nicht statt, doch trat der Ausschuß am 10. Juni in Mannheim zusammen, wo sich ergab, daß eine Minderheit dem preußenfreundlichen, die Mehrheit aber dem volksparteilichen Standpunkte zuneigte. Sonst wurden viele Klagen über die Theilnahmlosigkeit der Arbeiterbildungsvereine laut, die große Mehrheit von ihnen war mit ihren Kassenbeiträgen rückständig. Die Verwirrung in den Kreisen des deutschen Proletariats erschien so groß, daß Albert Lange die Hoffnung eines ersprießlichen Wirkens aufgab. Er ließ den Boten vom Niederrhein eingehen und sagte in der letzten Nummer vom 29. Juni, er habe stets darnach gestrebt, die Arbeiter zur Einigkeit, zum Nachdenken und zum geregelten Gebrauch ihrer Macht zu bewegen. Jetzt würden die Massen durch Agenten aufgeregt, die ganz andere Zwecke verfolgten und über reichliche Mittel zu gebieten schienen. Im Herbste siedelte Lange dann nach der Schweiz über, von wo er leider erst wieder als todtkranker Mann nach Deutschland zurückkehren sollte.

Ueber die Agenten mit den reichen Mitteln erhob auch der Sozialdemokrat lebhafte Klage. Jedoch nannte er das Kind beim richtigen Namen und beschuldigte die Gräfin Hatzfeldt, hinter diesen Agenten zu stehen. Sie suche die Arbeiter durch die illusorische Hoffnung auf goldene Berge und mächtige Beschützer zu gewinnen, aber der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein dürfe nie vergessen, daß er eine deutsch-demokratische Partei sei, der die Freiheit so viel gelte, wie die Gleichheit, die ohne die Freiheit nie zur Gleichheit gelangen könne. Da die Gräfin mit ihren wahren Absichten den Arbeitern nicht kommen durfte, so schlug sie ihre Haken an zwei äußerlichen Umständen ein. Einmal daran, daß die Polizeibehörde in Leipzig, wo der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein seinen Sitz hatte, die Wahl Tölckes zum Präsidenten nicht eher anerkennen wollte, als bis Tölcke nachgewiesen habe, daß er durch den Verlust der preußischen Nationalkokarde nicht um die bürgerlichen Ehrenrechte gekommen sei, und zweitens daran, daß die Statuten des Vereins durch die Verschmelzung des Präsidiums mit dem Sekretariat verletzt worden seien. Am 12. März hatte die Gräfin mit Tölcke in Vohwinkel bei Elberfeld eine Unterredung, worin sie ihn zu einem „rettenden Staatsstreich" aufforderte. Tölcke sollte durch einen Machtspruch Alles für null und nichtig erklären, was seit der Düsseldorfer Generalversammlung im Vereine geschehen sei, sich als unmittelbaren Nachfolger Lassalles und Willms als Sekretär

des Vereins proklamiren. Dafür versprach die Gräfin, den Widerstand des Leipziger Polizeiamts gegen seine Wahl zu beseitigen. Tölcke blieb fest, erließ aber, um der Gräfin möglichst jede Handhabe neuen Haders zu entziehen, am 29. März eine Verordnung, die das Sekretariat vom Präsidium wieder trennte und Hasenclever zum Vereinssekretär ernannte. Am 1. Mai sollte Hasenclever an den Wohnort Tölckes, nach Iserlohn, übersiedeln; wegen der Besoldung war zwischen Beiden eine „die Kassenverhältnisse nicht berührende Einigung" getroffen worden. Ferner ernannte Tölcke, bis zur polizeilichen Anerkennung seiner Wahl, den Hamburger Bevollmächtigten Perl zum Vizepräsidenten.

Mit alledem war der Gräfin Hatzfeldt natürlich nicht gedient. Obgleich sie in ihren Verhandlungen mit Tölcke besonders Hillmann als einen Träger der finanziellen Mißwirthschaft im Verein angeklagt hatte, machte sie den so schwer Beschuldigten jetzt mit einer kühnen Schwenkung zu ihrem Mann und Hillmann ging auf die traurige Rolle ein. So lange Tölckes Wahl zum Präsidenten nicht die behördliche Anerkennung gefunden hatte, konnte Tölcke als Präsident auch keine rechtsgiltigen Anordnungen treffen; der einzige berechtigte Vertreter des Vereins war dann immer noch Hillmann, den die Frankfurter Generalversammlung mit der Leitung der Urwahlen betraut hatte, aus denen Tölcke als Präsident hervorgegangen war; so zogen Hillmann, die Gräfin Hatzfeldt und das Leipziger Polizeiamt ihre Schlüsse.

Das Verhalten dieser Behörde war in hohem Grade zweideutig. Die infame Justiz des preußischen Novemberstaatsstreichs hatte manchem ehrlichen Manne die Nationalkokarde abgesprochen, so auch dem alten Ziegler, der gern über den Verlust dieses kostbaren Schmucks zu spaßen pflegte. Wenn ihn aber preußische Junker baten, sie doch nicht gar so oft mit der ollen Kamelle zu necken, an welche sie ungern erinnert seien, so drehte eine bürgerlich-städtische Behörde, wie das Leipziger Polizeiamt, für Tölcke daraus einen moralischen Strick. Vergebens wies Tölcke durch gerichtliche Erkenntnisse nach, daß er längst wieder im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sei, falls er wirklich jemals nicht darin gewesen sein sollte: das Leipziger Polizeiamt verlangte eine Bescheinigung der Iserlohner Polizeibehörde, und die verweigerte Tölckes intimer Feind, der Bürgermeister Hülsmann. Und damit nicht genug! Je eifriger die Leipziger Polizei nach dem Splitter in Tölckes Auge suchte, um so eifriger übersah sie den Balken in Hillmanns Auge. Seit etwa einem Jahre befand sich Hillmann im Konkurs und konnte nach dem sächsischen Vereinsgesetze nicht einmal Mitglied, geschweige denn Vorsitzender eines politischen Vereins sein. Vermuthlich erklärt sich das sonderbare Verhalten des Leipziger Polizeiamts aus demselben Umstande, der es auf den ersten Blick doppelt sonderbar erscheinen läßt; es war als städtische Behörde abhängig von dem Stadtrathe und den Stadtverordneten, die zu eben dieser Zeit der Bismärckischen Politik ihr Wohlwollen zuwandten, just wie die Gräfin Hatzfeldt, die mit ihrem Einfluß auf die Leipziger Polizei nicht genug zu prahlen wußte.

Am 10. Mai machte Hillmann den Staatsstreich, den Tölcke abgelehnt hatte. Er beraumte für den 20. Mai die Wahl eines neuen Präsidenten durch Urabstimmung in den Gemeinden an, berief zum 3. Juni eine außerordentliche Generalversammlung nach Barmen und ernannte Willms zum Vereinssekretär, wobei er das nun endlich an Willms auszuzahlende Legat Lassalles in goldenen Lichtern spielen ließ. Tölcke antwortete auf den Staatsstreich mit der Berufung des Vorstands nach Hamburg zum 21. Mai. Nun brach ein heilloser Wirrwarr herein. Die alten Mitglieder hielten zwar treu zur Fahne und die von Hillmann angeordnete Präsidentenwahl wurde am 20. Mai nur in einzelnen Gemeinden vollzogen. Aber es zeigte sich jetzt wieder, wie sehr die traurige Finanzwirthschaft die Aktionskraft des Vereins geschwächt hatte. Der Sozialdemokrat hatte schon zum 1. April sein tägliches Erscheinen einstellen müssen, und kam wieder nur dreimal wöchentlich heraus, weil die Klagen der Mitglieder über den zu hohen Abonnementspreis nicht aufhörten. In der Vereinskasse war völlige Ebbe, während die Gräfin Hatzfeldt das Gold mit vollen Händen ausschüttete; Tölcke konnte nicht einmal die Reisekosten aufbringen, um bei der von ihm einberufenen Vorstandssitzung in Hamburg zu erscheinen. Der Vorstand kam überhaupt nicht in beschlußfähiger Zahl zusammen, nur etwa sechs seiner Mitglieder waren zugegen, die meisten aus Hamburg selbst oder aus nahegelegenen Orten: neben Audorf und Perl noch York aus Harburg, Deckwitz aus Bremen, Bracke aus Braunschweig und Försterling aus Dresden.

Von Berlin fand sich Schweitzer als Vertreter des Vereinsorgans ein, zugleich aber auch die Gräfin Hatzfeldt Sie rückte jetzt offen mit ihren Plänen heraus. Sie versprach, den Verein aus allen Nöthen zu reißen und den Präsidenten wie den Sekretär aus ihrer Tasche zu besolden, vorausgesetzt, daß Hillmann zum Präsidenten gewählt würde. Die Mehrzahl der anwesenden Vorstandsmitglieder antwortete ihr mit Lionel in der Jungfrau von Orleans: „Madame, geht nur nach Haus zurück! Wir wollen mit guten Waffen, nicht mit Weibern siegen.“ Aber die Gräfin gewann doch Deckwitz für sich und namentlich den Vereinskassirer Försterling, der sich sofort ins Rheinland zu Hillmann und Willms verfügte. Die Organisation des Vereins war nun insofern völlig aufgelöst, als er keinen einzigen Beamten von unangefochtenem Rechtstitel mehr besaß.

Unter diesen Umständen einigten sich Schweitzer und die treu gebliebenen Vorstandsmitglieder dahin, der Auffassung des Leipziger Polizeiamts nachzugeben. Sie rechneten darauf, daß die Mehrheit der Mitglieder sich unmöglich durch das durchsichtige Spiel der Gräfin Hatzfeldt bethören lassen könne. Lehnte die Generalversammlung aber ab, eine Kreatur der Gräfin Hatzfeld zum Präsidenten zu wählen, so war der eingerissenen Verwirrung am kürzesten gesteuert. Da Tölcke nicht in Hamburg erschienen war und also eine Verständigung mit ihm nicht erreicht werden konnte, so wurde beschlossen, durch den Sozialdemokraten öffentlich Perl als den Kandidaten vorzuschlagen, auf den sich die Stimmen aller Mitglieder vereinigen sollten, die den Verein nicht in die Hände der Gräfin

Hatzfeldt und ihrer Hintermänner gerathen lassen wollten. Indem der Sozialdemokrat diesen Auftrag erfüllte, führte er den Arbeitern eindringlich vor, daß sie endlich für eine vernünftige Finanzwirthschaft des Vereins sorgen müßten. Es sei ihrer nicht würdig, sich auf Geschenke und Legate zu verlassen. So begreiflich es sei, daß sie bei der „unerhörten Geldwirthschaft", die bisher im Verein geherrscht habe, ihre Groschen und Pfennige nicht hätten opfern mögen, so nothwendig sei es, daß sie eine gute Finanzorganisation schüfen und unterhielten. Die deutsche Arbeiterbewegung dürfe nicht an einem so elenden Hindernisse scheitern, an dem englische und französische Arbeiterververeine noch nie gescheitert seien.

Das energische Eingreifen wirkte. Die Gräfin Hatzfeldt und ihre Strohmänner suchten nun noch neue Zeit zum Intriguiren zu gewinnen; sie verlegten die Generalversammlung vom 3. auf den 17. Juni, und dann auch noch, als sich die rheinisch-westfälischen Arbeiter in ihrer Masse von Hillmann lossagten, von Barmen nach Leipzig. Aber alle Kreuz- und Quersprünge halfen nichts: am 17. Juni trat die dritte Generalversammlung in Leipzig zusammen und wählte für den Rest des Jahres Perl mit 6082 gegen Hillmann mit 3140 Stimmen zum Präsidenten. Vertreten waren 34 Orte durch 12 Delegirte. Die Mehrheit für Perl wäre noch viel größer gewesen, wenn nicht bereits die Eisenbahnverbindungen nach dem Westen unterbrochen gewesen wären, so daß von den rheinisch-westfälischen Gemeinden, die fast durchweg für ihn gestimmt hatten, nur Barmen auf der Generalversammlung vertreten war. Hillmann versprach, sich dem Beschlusse der Mehrheit zu fügen, und erhielt den Dank der Generalversammlung für seine Haltung, was ihn und seine Beschützerin freilich nicht hinderte, schon am nächsten Tage neue Wühlereien zu beginnen.

Der Streit um das Amt des Schriftführers hatte dadurch seine praktische Spitze verloren, daß sowohl Hasenclever wie Willms als Landwehrmänner eingezogen worden waren. Provisorisch wurde J. Levien in Hamburg zum Schriftführer und J. M. Hirsch in Erfurt zum Kassirer ernannt. Hirsch war Geschäftsführer in einer Weinhandlung, aber trotz seines Berufs und Namens ein echtes Proletarierkind, eines Leinewebers Sohn, der schon mit vier Jahren ans Spulrad gesetzt worden war, und alles Elend der durch den Maschinenbetrieb proletarisirten Weberklasse gründlich durchgekostet hatte, bis ihn ein Zufall, zuerst als Laufburschen, ins Weingeschäft verschlug.

So war vorläufig der Verein neu gefestigt und konnte wieder an politische Aktionen denken. Während der wochenlangen Wirren war auch der Sozialdemokrat politisch lahmgelegt gewesen; eine Artikelreihe über „Habsburg, Hohenzollern und die deutsche Sozialdemokratie" brach er mit der bittern Bemerkung ab, es sei lächerlich, sozialdemokratische Politik zu treiben, so lange der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein aus einem Spiel- und Zankvereine nicht wieder eine ernsthafte Aktionspartei geworden sei. Die Legende, daß Schweitzer nach seiner Beurlaubung aus dem Gefängnisse theils im Sozialdemokraten, theils auf Agitationsreisen durch ganz Deutschland verrätherische Zettelungen für Bismarcks

Politik betrieben habe, ist eben eine Legende. Aus dem Monat Juni liegen von ihm drei Kundgebungen vor, ein Aufsatz in den Nummern des Sozialdemokraten vom 6. und 8. Juni, ein Vortrag, den er am 11. Juni vor 1500 Arbeitern in Erfurt, und endlich ein Vortrag, den er am 16. Juni, am Vorabend der Generalversammlung, in Leipzig hielt. Und alle drei zeugen sowohl für seine Ehrlichkeit, wie für sein Talent.

Der Aufsatz im Sozialdemokraten behandelte die Darlehenskassen, welche die preußische Regierung Mitte Mai eingerichtet hatte, zu dem Zwecke, Scheine im Betrage von 25 Millionen Thalern auszugeben, die bei allen öffentlichen Kassen zu ihrem vollen Nennwerthe angenommen werden sollten, ohne daß im Privatverkehr ein Zwang zu ihrer Annahme bestand. Als Zweck der Kassen wurde „Abhilfe des Kreditbedürfnisses" angegeben, das sich namentlich für die Kleinbürger um so drückender fühlbar machte, je mehr die politische Krisis eine wirthschaftliche Krisis nach sich zog. Insofern waren die Darlehenskassen unzweifelhaft ein Hilfsmittel der Bismärckischen Politik. Die konservative wie die liberale Presse übertrieben ihre Bedeutung aber nach zwei entgegengesetzten Richtungen. Die konservativen Blätter thaten so, als ob die Errichtung der Darlehenskassen ein wunderbarer Geniestreich der Regierung sei, die damit den ökonomischen Leiden der Massen von Grund aus abhelfen wolle. Die liberalen Blätter aber warnten vor der Annahme des „falschen Geldes", da das verfassungsmäßige Recht der Regierung zur Errichtung der Darlehenskassen mindestens sehr zweifelhaft sei und die unter allen Umständen nothwendige nachträgliche Genehmigung des Abgeordnetenhauses niemals zu erhalten sein werde. Sie behaupteten außerdem, die Darlehenskassen sollten nur dem großen Kapital helfen, worin die biederen Manchesterleute jetzt mit einem Male den Greuel aller Greuel erblicken wollten.

Gegenüber dieser von rechts und links her betriebenen Demagogie erfüllte Schweitzer die erste Pflicht des Publizisten, Humbug aufzudecken und die Massen über die für sie äußerst wichtige Frage aufzuklären, was es mit dem neuen Gelde auf sich habe. Er untersuchte zunächst die finanztechnischen Bedingungen seiner Ausgabe und kam zu dem Ergebnisse, daß ein Fetzen Papier zwar niemals Geld sei, sondern nur die Stelle des Geldes vertreten könne, aber daß die Darlehenskassenscheine so sicher seien, wie preußisches Staatspapiergeld überhaupt. Ob das eine Papier verfassungsmäßig ausgegeben sei und das andere nicht, kümmere den Geldverkehr nicht, der mehr als irgend ein anderes Element in der menschlichen Gesellschaft die reale Sachlage ins Auge fasse, nicht aber ein doktrinär-theoretisches Gezänk, als zu welchem der preußische Verfassungsstreit längst entartet sei. Gingen die Dinge für Preußen gut, so sei keine Gefahr bei der Annahme der Darlehenskassenscheine, im umgekehrten Falle fehle freilich alle Garantie, denn in Zeiten der Noth machten die Staatsregierungen kurzen Prozeß mit den von ihnen eingegangenen Verpflichtungen.

Ueber die Darlehenskassen selbst sagte Schweitzer, sie seien nichts weniger als eine geniale Offenbarung, sondern ein schon öfters von den Regierungen an-

gewandtes Mittel, um in großen Krisen eine geringe Linderung zu schaffen. An den ökonomischen Zuständen im Ganzen und Großen änderten sie gar nichts. Die gegenwärtige wirthschaftliche Krise verschuldeten diejenigen, die um dynastischer Zwecke willen die Kriegsgefahr beschworen hätten; durch die Darlehenskassen würde die Krisis nicht beseitigt, sondern nur ein wenig abgeschwächt. Dem großen Kapital kämen diese Kassen aber nur insoweit zu Gute, als diesem Kapital in der kapitalistischen Gesellschaft schließlich Alles zu Gute komme; unter dieser allgemeinen Voraussetzung nützten sie vorzugsweise dem kleinen Kapital, „nur freilich in der unter den jetzigen Verhältnissen einzig möglichen, nicht sehr trostvollen Weise". Was die Arbeiter betreffe, so würden sie vom Kapital ausgebeutet, einerlei ob vom Groß- oder Kleinkapital; für sie hätten die Darlehenskassen den etwaigen Nutzen, daß die Möglichkeit fernerer Ausbeutung immer noch dem einfachen Verhungern vorzuziehen sei. Könnte durch die fortschrittliche Agitation gegen die Darlehenskassen das Budgetrecht der Volksvertretung gesichert werden, so müßten die Arbeiter gewiß in den ersten Reihen der Kämpfer stehen, aber dazu sei nicht die geringste Hoffnung vorhanden, nachdem die Feigheit der liberalen Bourgeoisie die richtige Zeit für ein entscheidendes Auftreten längst verfehlt habe.

Der Vortrag, den Schweitzer am 11. Juni in Erfurt hielt, handelte über den Sozialismus und das Privateigenthum am Grund und Boden. In der faßlichsten Weise erläuterte er das Wesen der Bodenrente und löste die chimärischen Einbildungen auf, in denen sich die Bodenbesitzreformer heute noch bewegen. Er wies nach, daß nur die vergesellschaftete Produktion die furchtbaren Uebel heilen könne, die das Privateigenthum am Grund und Boden über die arbeitenden Klassen verhänge. Der Vortrag gehört nicht nur zu Schweitzers besten Leistungen, sondern auch zu dem Besten, was die sozialistische Literatur über die Grund- und Bodenfrage aufzuweisen hat; in gleich engem Rahmen ist diese Frage vielleicht niemals sonst mit gleich durchsichtiger Klarheit behandelt worden.

Endlich behandelte Schweitzers Vortrag in Leipzig die gegenwärtige Aufgabe der sozialdemokratischen Partei. Er rekapitulirte die im Sozialdemokraten entwickelte Auffassung der deutschen Frage. Das unendlich Traurige, der namenlose Fluch der Lage sei, daß es sich allein darum handle, ob Preußen oder ob Oesterreich in Deutschland herrschen solle, daß ein Drittes in diesem Augenblick und bis auf Weiteres nicht mehr möglich sei. Die junge Arbeiterpartei, die erst seit etlichen Jahren bestehe, könne diese Lage nicht mit einem Zauberschlage umändern, sie könne in diesem verhängnißvollen Augenblicke nur feststellen, daß, wenn ein Aufschwung des Volkes gegen seine Dynastien unmöglich sei, die liberale, besonders die kleindeutsche Bourgeoisie, der Gothaismus, die Schuld daran trage. Weder für den preußischen Absolutismus, noch für die österreichische Verdummungswirthschaft könne die Arbeiterpartei sich begeistern, sie könne nur ihre Kraft daran setzen, die Konzession an die Arbeiterklasse, welche der preußischen Regierung durch die Schwere der politischen Lage abgezwungen worden sei, zu einer wirk-

lichen Errungenschaft zu machen. „Im ganzen preußischen Staat und in zweiter Reihe durch ganz Deutschland, so weit unser Einfluß reicht, müssen Massenversammlungen gehalten werden, die das allgemeine Stimmrecht als ein unveräußerliches, als ein selbstverständliches Recht des Volkes gebieterisch, ja drohend von der preußischen Regierung verlangen." Und wenn man schließlich frage, ob die Arbeiter nicht doch noch in dem Streite zwischen Oesterreich und Preußen Partei ergreifen sollten, so sei die Antwort: „Noch nicht! Wenn es uns aber gelingt, die preußische Regierung weiter zu treiben auf dem Wege der Konzessionen an uns — wenn die Dinge sich so gestalten, daß in Preußen allein unsere Operationsbasis sein kann, während in Oesterreich uns wie bisher die Hände gebunden bleiben — dann, ja dann werden wir Partei ergreifen, nicht, wie Lügner und einfältige Schwätzer sagen, gegen das Recht und die Freiheit der Nation, wohl aber gegen die österreichische Regierung und die Bundeswirthschaft; dann werden wir hoffen und wünschen, dann werden wir, so viel wir können, das Unsere thun, daß der Sieg nicht bei den Fahnen Oesterreichs, sondern bei den Fahnen Preußens, nicht bei den Fahnen Benedeks, sondern bei den Fahnen Bismarcks und Garibaldis sei." Und gemäß dieser Auffassung beschloß den Tag darauf die Generalversammlung, ungesäumt mit allen Kräften die Agitation für das allgemeine Stimmrecht aufzunehmen, nach welchem nicht nur das deutsche Parlament, sondern auch die einzelstaatlichen Landtage gewählt werden müßten.

Als dieser Beschluß gefaßt wurde, rollten bereits die eisernen Würfel über die Geschicke des deutschen Volkes.

III. Die Arbeiterklasse nach dem deutschen Kriege.

Binnen weniger Wochen war eine völlig veränderte Sachlage geschaffen. In raschen Schlägen warf das preußische Heer die österreichische Kriegsmacht und die Truppen der Mittelstaaten nieder, die sich im entscheidenden Augenblick alle auf die habsburgische Seite geschlagen hatten. Die besiegten Regierungen, einschließlich des Wiener und ausschließlich des Karlsruher Hofes, bekundeten ihren deutschen Patriotismus dadurch, daß sie sich hilfesuchend in Bonapartes Arme warfen. Der französische Einspruch hielt den Siegeslauf der preußischen Waffen auf, und der Friede wurde nach den französischen Vorschlägen abgeschlossen. Die Revolution von Oben bewährte auch darin ihren Charakter, daß sie auf halbem Wege stillstehen mußte, aufgehalten durch den Machtspruch eines auswärtigen Despoten.

So blieben die Dinge in der Schwebe. Oesterreich verzichtete auf jede Einmischung in die deutschen Angelegenheiten, aber damit waren auch seine deutschen Provinzen für Deutschland verloren. Die Staaten nördlich des Mains bildeten einen Bundesstaat, so zwar, daß die preußische Hausmacht, die sich durch Einverleibung Schleswig-Holsteins, Hannovers, Kurhessens, Nassaus und

Frankfurts noch beträchtlich verstärkt hatte, mit erdrückendem Gewichte über einer Menge kleiner Vasallen stand. Die Staaten südlich des Mains aber, Baiern, Württemberg, Baden und ein Theil von Hessen-Darmstadt hingen in der Luft; es stand bei ihnen, einzeln oder gemeinsam, europäische Macht zu spielen oder auch in eine „nationale Verbindung" mit dem norddeutschen Bunde zu treten, alles ganz wie es ihnen beliebte.

Von vornherein lag auf der Hand, daß dieser Zustand unmöglich dauern konnte, und thatsächlich glaubte auch Niemand an seine Dauer. Zwar das ganze Deutschland, einschließlich der deutsch-österreichischen Provinzen, war nach wie vor nur durch eine Revolution von Unten zu haben, durch eine Revolution, die nach dem überwältigenden Erfolge der preußischen Waffen in weitere Ferne gerückt war, als jemals seit den Märztagen von 1848. Aber die Mainlinie, so sehr sie den Ueberlieferungen der preußischen Staatskunst entsprach und welche Rolle sie immer in den Unterhandlungen Bismarcks mit Bonaparte gespielt haben mochte, hatte ihren alten vaterlandsverrätherischen Sinn verloren, seitdem Oesterreich aus Deutschland hinausgeworfen worden war. Nicht der preußische Schulmeister hatte bei Königgrätz gesiegt, wie ein schönrednerisches Schlagwort die Siege der Zündnadel erklären wollte, sondern der Zollverein, der seit dreißig Jahren ein großes Wirthschaftsgebiet geschaffen hatte. Die ökonomischen Bedürfnisse dieses Wirthschaftsgebiets, von dem die kapitalistische Produktionsweise täglich neue Striche eroberte, waren der reale Boden, aus dem die nationalen Einheitsbestrebungen emporwuchsen. Die politischen Bande, die dieses Wirthschaftsgebiet mit Oesterreich verknüpften, konnten um so leichter zerrissen werden, je mehr sie zu drückenden Fesseln seiner ökonomischen Konsolidirung geworden waren, aber um so weniger ließen sich seine eigenen ökonomischen Zusammenhänge durch staatsrechtliche Tifteleien lösen. Die süddeutschen Staaten konnten nicht europäische Macht spielen, sie konnten auch nicht zu französischen oder österreichischen Vasallen werden, es sei denn, daß ein großes, seit dreißig Jahren zusammengewachsenes Wirthschaftsgebiet, welches sich im aufsteigenden Aste der kapitalistischen Entwicklung befand, in tausend Trümmern zerschlagen wurde, und das gehörte zu den historischen Unmöglichkeiten.

Bismarck begriff die Lage und wußte ihr seine Politik mit unleugbarem Geschick anzupassen. Er war jetzt mitten in der Ausführung des Programms, das er im Jahre 1864 dem russischen Staatsrath Ewert entwickelt hatte oder entwickelt haben sollte: „Ich werde die Einen erkaufen, die Anderen einschüchtern, noch Andere schlagen, und zuletzt Alle für mich gewinnen, indem ich sie gegen Frankreich führe." Bismarck bändigte den Heißhunger des Königs, der mit aller Gewalt hatte in den Krieg getrieben werden müssen, aber jetzt mit seiner Abdankung drohte, wenn er nicht nach altpreußischer Manier so viel Land und Leute verschlingen konnte, als in seiner augenblicklichen Gewalt waren. Wie Oesterreich selbst, so erhielten die süddeutschen Staaten den Frieden zu sehr milden Bedingungen; die vorerst geheim gehaltenen Schutz- und Trutzbündnisse, die

Bismarck dafür von ihnen einhandelte, waren ihm mehr werth, als etwelche Geviertmeilen bairischen oder schwäbischen Landes. Den biederen Bonaparte aber, der jetzt leise wegen etwaiger „Kompensationen" anklopfte, behandelte Bismarck nach der Losung: Auf einen Schelmen anderthalbe! Er spielte von nun an den strengen Hüter der deutschen Ehre, nicht aus deutscher Gesinnung, die ihm und seinem Könige so fremd war wie je, sondern aus dem wohlverstandenen Interesse der preußischen Politik. Er bekam es nach wie vor über sich, Bonapartes Appetit auf deutsches Gebiet „dilatorisch" zu behandeln, aber diese Behandlung war ihm nur noch ein Köder, um den Fuchs ins Tellereisen zu locken.

In ihrer Art begriff auch die Bourgeoisie die Lage, aber eben auch nur in ihrer Art. Ehe der Krieg ausbrach, hatte Bismarck das Abgeordnetenhaus aufgelöst, und seine Spekulation auf den nationalen Nerv glückte diesmal besser, als im Jahre 1863. An demselben 3. Juli, an dem die entscheidende Hauptschlacht des deutschen Krieges geschlagen wurde, schmolz in den Urwahlen die fortschrittliche Mehrheit des Abgeordnetenhauses dahin. Und nun spaltete sich obendrein die bis dahin herrschende Partei. Wie sich aus der alten Feudalpartei eine freikonservative Fraktion absonderte, die endlich begriff, daß ohne gewisse Zugeständnisse an den Kapitalismus die Verpreußung Deutschlands nicht zu haben sei, so sonderte sich aus der Fortschrittspartei die nationalliberale Fraktion ab, die endlich ohne alles Brimborium auf die politischen Herrschaftsansprüche der Bourgeoisie verzichtete, vorausgesetzt, daß die materiellen Interessen dieser Klasse befriedigt würden. Sie war tief gerührt, als Bismarck um Indemnität für die budgetlose Finanzwirthschaft der letzten Jahre einkam; ohne zu begreifen oder begreifen zu wollen, wie nothwendig die Regierung diese Indemnität brauche, ohne einen Versuch, den Artikel 99 der Verfassung so zu ändern, daß für die Zukunft das Budgetrecht des Abgeordnetenhauses unzweideutig sicher gestellt wurde, bewilligte die große Mehrheit des Abgeordnetenhauses das Indemnitätsgesetz, um sich dann vom Könige sagen zu lassen, daß er in gleicher Lage stets ebenso handeln würde, wie in den Jahren des Verfassungsstreits. Nicht mit Unrecht legte Wagener diese Sorte Indemnität dahin aus, daß sie nicht ein Unrecht der Regierung ausgleiche, sondern das Recht der Regierung besiegele.

Hätte sich nun wenigstens aus dem Reste der Fortschrittspartei, der an dem alten Namen und dem alten Programm festhielt, eine kleinbürgerliche Demokratie entwickelt! Aber auch davon war keine Rede. In der zusammengeschmolzenen Fortschrittspartei befanden sich sehr verschiedene Elemente; neben kleinbürgerlichen Demokraten saßen konstitutionelle Hasen, wie Classen-Kappelmann, fanatische Preußen, wie Waldeck und Ziegler, gerissene Sykophanten des großen Kapitals, wie Eugen Richter, der zum Prokuristen bei Bleichröder geboren und in der Pein eines verfehlten Berufs auf den unglücklichen Gedanken verfallen war, den Parteiführer und Politiker zu spielen, wozu er taugte, wie der Esel zum Lautenschlagen. Nur ein Mann aus der alten Fortschrittspartei dachte ehrlich und tapfer genug, die bürgerlichen Ideale nach wie vor hochzuhalten,

den siegreichen Machthabern zum Trotze; Johann Jacoby sagte mit dem römischen Zwölftafelgesetze: contra hostem aeterna auctoritas esto, gegen den Feind der Freiheit erlischt nie der Rechtsanspruch des Volkes.

Einer so kläglichen Politik, wie die Bourgeoisie trieb, war das Proletariat unfähig. Seine großen Endziele wurden durch die deutsche Umwälzung überhaupt nicht berührt, es konnte sich nur fragen, ob der Weg zu diesem Ziele verändert sei. Und auch diese Frage fand insofern sofort ihre Erledigung, als der Sieg des Preußenthums auch ein Sieg der Reaktion war, als der Kampf um die politische Freiheit, ohne welche die Arbeiterklasse ihre sozialen Ziele nicht zu erreichen vermag, um so schwieriger und also auch um so nothwendiger geworden war. Es blieb dann nur noch das Eine zu entscheiden übrig, wie sich der Emanzipationskampf des Proletariats am wirksamsten führen lasse: ob vom Boden der neu geschaffenen Zustände aus, oder außerhalb dieses Bodens. Es handelte sich um die richtige Würdigung der historischen Frage, ob der Tag von Königgrätz eine historische Entscheidung oder der plumpe Glückszufall einer abenteuerlichen Politik gewesen sei, ob er der deutschen Entwicklung eine neue Bahn angewiesen oder sie in eine Sackgasse verrannt habe, aus welcher sie vor allen Dingen erst wieder herausgebracht werden müsse. Die verschiedene Beantwortung dieser Frage warf einen jahrelangen Zwist in die deutsche Arbeiterklasse, die damit dem Elend der deutschen Zerrissenheit einen letzten Tribut zahlte.

Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein entschied sich dafür, auf dem Boden der neuen Zustände zu kämpfen. Während des Krieges selbst hatte die auf der Leipziger Generalversammlung beschlossene Agitation für das allgemeine Wahlrecht einen stattlichen Umfang angenommen. Auf Anordnung des neuen Präsidenten, der zeitweilig nach Berlin übergesiedelt war, gingen zuerst die schlesischen Mitglieder mit großen Versammlungen vor, die während der ersten Juliwoche in Ernsdorf, Dreißighuben, Langenbielau, Peterswaldau, Steinseifersdorf, Stollbergsdorf, Wüste-Giersdorf stattfanden und mit einem schlesischen Arbeitertage in Wüste-Waltersdorf schlossen. In der zweiten Juliwoche beriefen die norddeutschen Gemeinden in Hamburg, Altona, Kiel, Pinneberg, Elmshorn, Glückstadt, Itzehoe, Bremen, Harburg, Hannover, Braunschweig, Magdeburg, Stettin die Arbeiter ein; diese Reihe von Versammlungen gipfelte in einem norddeutschen Arbeitertage, der in Hamburg zusammentrat. In der zweiten Hälfte des Julis gingen in gleicher Weise die mittel- und süddeutschen Gemeinden vor: Leipzig, Thonberg, Stötteritz, Neustadt, Oberkändler, Grüna, Plauenscher Grund, Großenhain, Glauchau, Dresden, Leißnig, Böhlen, Naumburg, Apolda, Beerfelden, Erfurt, Mainz, Frankfurt a. M., Offenbach, Augsburg, Asch in Böhmen; ein mittel- und süddeutscher Arbeitertag in Leipzig machte den Beschluß. Endlich kamen die rheinisch-westfälischen Gemeinden an die Reihe: Köln, Barmen, Elberfeld, Ronsdorf, Remscheid, Solingen, Wald, Wermelskirchen, Düsseldorf, Gerresheim, Hilden, Derendorf, Duisburg, Meyderich, Dünnwald, Mühlheim, Altena, Hagen, Iserlohn, Hörde und manche andere noch; ein rheinisch-westfälischer

Arbeitertag in Barmen beendete die ganze, in ihrer Weise großartige Kundgebung im Monat August.

Zu dieser Zeit hatte sich der Pulverdampf genugsam verzogen, um einen Ueberblick über die Ergebnisse des Krieges zu gestatten. Kein anderes Blatt in Deutschland übersah sie so klar und weit, wie der Sozialdemokrat. Er geißelte unbarmherzig das verächtliche Kriechen des österreichischen Kabinets und des kleinen „Staatengesindels“ vor Bonaparte, aber er züchtigte nicht minder, in einer Nummer, die dreimal hintereinander von der Polizei beschlagnahmt wurde, die Agitation für die Mainlinie, welche die Kreuzzeitung und die Nationalzeitung in holder Eintracht betrieben. „Wenn ihr Blut und Eisen nur gefordert habt, um aus einer schmachvollen Zersplitterung unseres Vaterlandes seine noch schmachvollere Zerreißung zu machen, so ist klar, daß ihr gewissenlos waret, für elende dynastische Interessen das Herzblut unseres Volkes zu vergießen.“ Am Vorabend des Friedensschlusses dämpfte der Sozialdemokrat sowohl das preußenfeindliche Geschrei über die nunmehr geschaffene Mainlinie, als auch das preußenfreundliche Geschrei über die nunmehr geschaffene Einheit Deutschlands. „Das neue Deutschland ist nicht das Deutschland der Mainlinie. . . . Der beabsichtigte süddeutsche Bund kann nach Lage der Dinge der konsolidirten norddeutschen Macht gegenüber nur ein so schattenhaftes Dasein führen, daß an eine ernstliche Gegenstellung gegen Preußen kaum zu denken ist, ja, daß mit innerer Nothwendigkeit die nationalen Bestrebungen auch dort lediglich um Preußen gravitiren werden. Der ganze Süden wird ein Nebenland sein, das den beständigen Hang, sich mit dem Hauptlande zu vereinigen, in sich trägt.“ Aber wenn auch von einer Mainlinie in hergebrachtem Sinne nicht gesprochen werden könne, so verdiene die preußische Regierung nicht weniger schweren Tadel. Sie könne das verflossene Blut nicht verantworten, wenn nicht aus diesem Kriege eine wahrhaft nationale Schöpfung hervorgehe. Das offizielle Blatt der preußischen Regierung fordere die Einstellung der Agitation für eine das gesammte Vaterland umfassende Staatsschöpfung gleichsam als patriotische Pflicht. „Allein, nicht was der preußischen Regierung und ihrem Staatsanzeiger angenehm oder unangenehm ist, sondern das bleibende und unverjährbare Recht der Nation kommt hier in Betracht. Es ist wahr, daß wir keine Mainlinie bekommen, aber es ist ebenso wahr, daß wir auch kein einiges Deutschland errungen haben. Früher aber darf die nationale Agitation nicht ruhen, als bis das ganze und große Deutschland vollendet im Herzen Europas steht.“

Am bezeichnendsten fast trat der Standpunkt des Sozialdemokraten in seiner Kritik der Rede hervor, durch die Johann Jacoby im preußischen Abgeordnetenhause gegen die neue Gestaltung der deutschen Zustände protestirt hatte. Der Sozialdemokrat druckte die Rede an der Spitze des Blattes ab, was ihm wieder eine polizeiliche Beschlagnahme eintrug, und fügte hinzu: „Wie sollte diese Rede nicht unsere Bewunderung erwecken! Inmitten eines Zustandes verzweifelnder Fahnenflucht und wirrer Auflösung hören wir die markige Stimme

eines Mannes ertönen, der unbeirrt von dem wuchtigen Eindrucke des Stückes Weltgeschichte, das vor seinen Augen gespielt hat, unbeirrt von Verrath und Abfall im eigenen Lager, den alten Ruf der Freiheit erhebt — den Kampfruf seines ganzen langen Lebens." Jedoch gegen Jacobys Bemerkung, er könne sich über die preußischen Siege nicht freuen, sie hätten das ersehnte Ziel deutscher Einheit und Freiheit weiter hinausgerückt, als selbst der frühere Bundestag und die vor dem Kriege vorhandenen Zustände, wandte der Sozialdemokrat ein, hier sei ein Mißverständniß abzuwehren. Gewiß seien die preußischen Siege beklagenswerth, weil durch einen dynastischen Krieg, nicht durch die selbständige und volksthümliche Erhebung der Nation die Herstellung der deutschen Einheit begonnen worden sei. „Aber entscheidende Ereignisse haben stattgefunden, wir können die Weltgeschichte nicht rückgängig machen. Die beiden Großmächte Deutschlands haben um die Beherrschung unseres Vaterlandes gekämpft — der Sieg war bei Preußen — es giebt fortan nur noch eine deutsche Großmacht. Dies ist nicht die Lösung, die wir wollten — aber es ist eine Lösung — und diese Lösung ist thatsächlich da. Wenn aber einmal die Sache so lag, daß die Frage nur noch zwischen Oesterreich und Preußen stand, nicht mehr zwischen der Nation und diesen, so müssen die liberalen Elemente Deutschlands, muß insbesondere die Arbeiterklasse sich freuen, daß die Preußen vor Wien und nicht die Oesterreicher vor Berlin standen. Man verstehe uns recht: daß die Frage nur zwischen Habsburg und Hohenzollern stand, dies war tief zu bedauern, und nicht uns, die neue, kaum gegründete Arbeiterpartei, trifft die Schuld. Aber nachdem einmal die Frage thatsächlich so lag, war es besser, daß Preußen siegte als Oesterreich. Was hätte ein Sieg Habsburgs uns gebracht? Die erneute Bundeswirthschaft mit der alten Schwäche und Wehrlosigkeit Deutschlands dem Auslande gegenüber, mit den lächerlich kleinlichen Zuständen im Innern, dazu Jesuitenthum, eisernen Druck und entmannende Korruption. Wir wissen wohl, daß auch, was Preußen uns bringt, des Guten nicht allzuviel ist, aber hier ist doch Hoffnung zum Besseren und darauf gerade, diese Hoffnung zu verwirklichen, muß die Agitation aller demokratischen Elemente in Deutschland sich jetzt richten. Nein, wir sind nicht weiter von der deutschen Einheit entfernt, als zur Zeit der Bundeswirthschaft."

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß diese Auffassung den Anschauungen entsprach, die in den Arbeitermassen, namentlich in den norddeutschen, aber theilweise auch in den mittel- und süddeutschen vorherrschten. Nach all dem blutigen Elend, das die Schandwirthschaft des Bundestags gerade über das Proletariat gebracht hatte, war es nur natürlich, daß diese Klasse eine Wendung der Dinge, die ihr wenigstens etwas freiere Luft zu verschaffen versprach, als ein geringeres Uebel empfand, wenn nun einmal nichts Besseres zu haben war. Aus dem Allgemeinen Deutschen Arbeitervereine wurde kein Laut des Protestes gegen die Stellung des Sozialdemokraten laut, wohl aber manche Kundgebung, die viel weiter nach der preußischen Seite ging, als der Sozialdemokrat gehen wollte. Hasenclever, der als Landwehrmann eingezogen worden war und auf dem Stamm-

schlosse des Augustenburgers im Quartier lag, veröffentlichte in einer Flensburger Zeitung ein Gedicht an den Einheitsmacher Bismarck, und Tölcke entwickelte in einer langen Reihe von Artikeln ein Parteiprogramm, das auf eine „vollständige Einigung Deutschlands unter einem hohenzollernschen Kaiserreiche mit voller politischer und gewerblicher Freiheit" lossteuerte. Schweitzer griff auch hier, wie bei der Abneigung der Arbeiter gegen die Fortschrittspartei, nicht aufstachelnd, sondern zügelnd ein.

In einer Artikelreihe über „Unser Parteiprogramm" führte er gegen Tölcke aus, daß die soziale Forderung des Proletariats, die Emanzipation der Arbeit aus den Fesseln des Kapitals, über allem Wechsel der politischen Zustände stehe. Ebenso klar sei es, daß die deutsche Sozialdemokratie die Lösung der Arbeiterfrage nur von einem Volksstaate verlangen könne, daß die deutschen Arbeiter niemals zu Werkzeugen herrschsüchtiger Junker werden dürften. Der Sieg Preußens über Oesterreich habe die reaktionären Elemente in Preußen mächtiger als je gemacht, in Sachen der Freiheit bleibe es also ganz bei dem alten Kampfe. In Sachen der Einheit sei aber insofern eine Aenderung eingetreten, als der deutsche Dualismus fortgefallen sei. „Preußens Regierung hat das Verdienst, daß sie einen Kern nationaler Kraft geschaffen hat, der die Grundlage der Macht und Größe zwar noch nicht ist, aber werden kann, werden soll, und, wenn die Nation das Ihre thut, auch werden wird." Man dürfe sich deshalb nicht darüber täuschen, daß die preußische Regierung im Interesse des spezifischen Preußenthums handle, daß ihr angebliches Interesse an der deutschen Einheit nur eine leere Versicherung sei. Aber solche Vorspiegelungen seien in der Politik verhängnißvoll, etwas müsse doch geschehen, um sie glaubhaft zu machen. So habe die preußische Regierung ein deutsches Parlament nach dem allgemeinen Stimmrechte vorgeschlagen, von diesem Plane seien durch den Gang der Ereignisse nur Trümmer übrig geblieben, aber selbst das norddeutsche Parlament, ein so schwaches Mittel es gegenüber der so mächtig gewordenen preußischen Regierung sei, müsse von der Arbeiterklasse im Dienste der nationalen Sache benutzt werden, unter Umständen könne es doch eine Macht werden. Nicht aber könne die nationale Aufgabe darin liegen, die Ereignisse des Jahres 1866 rückgängig zu machen, den alten Dualismus wiederherzustellen oder an die Stelle der reaktionären preußischen Kreise die noch weit reaktionäreren österreichischen Kreise zu setzen.

In Berlin sei das Machtzentrum, auf das eingewirkt werden müsse, um die deutsche Einheit zu schaffen. „Nicht nur die süddeutschen Staaten müssen zu dem jetzt vorhandenen Kerne herangezogen werden — auch Deutschösterreich gehört zu uns und wird zu uns gehören, so lange dort deutsche Zunge klingt." Nothwendig sei aber ein Einheits-, nicht ein Bundesstaat. Ein Bundesstaat, in dem ein einzelner Staat mächtiger sei, als alle übrigen zusammengenommen, sei ein beständiger Widerspruch in sich selbst, eine offene Lüge, besonders für die Sache der Freiheit gefährlicher, als ein Einheitsstaat. Denn die Regierung des einen

übermächtigen Staates habe thatsächlich alle Macht in der Hand, während die ihr gegenüberstehende Volkskraft unnatürlich zertheilt und zerklüftet sei. „Möglich freilich — und dies macht Viele irre —, daß man in einem Winkelstaate vielleicht etwas lauter sprechen darf, als im Hauptstaate selbst, aber man bedenke, daß Alles, was dort gesprochen und getrieben wird, überhaupt keine Bedeutung hat." Demgemäß habe die Arbeiterklasse die preußische Regierung zu unterstützen gegen partikularistische und habsburgisch-dualistische Bestrebungen, vor Allem auch — und hier mit der vollen Liebe und Gluth vaterländischen Gefühls — in etwaigen Konflikten mit dem einmischungssüchtigen Auslande. Aber sie müsse bei alledem stets festhalten, daß sie nicht einer freiheitlichen Volksregierung gegenüberstehe, und auf Schritt und Tritt, unbeirrt von trügerischen Lobpreisungen der Machthaber, wach und rege erhalten jenes Palladium aller echten Volksparteien: das demokratische Mißtrauen.

Als Schweitzer dies Programm veröffentlichte, hatten sich die sächsischen Arbeiter unter dem Eindrucke des Krieges bereits auf ein anderes Programm geeinigt, das am 19. August 1866 auf einer „Landesversammlung der sächsischen Demokratie" in Chemnitz berathen und beschlossen wurde. Die Versammlung bestand ausschließlich oder doch ganz überwiegend aus Delegirten der sächsischen Arbeitervereine, von denen die Mehrheit, wie Roßmäßler, Bebel, Liebknecht, Knöfel, die Advokaten Schraps und Gebrüder Freytag von Arbeiterbildungsvereinen, die Minderheit aber von den Gemeinden des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins in Dresden, Leipzig, Glauchau, Limbach und Chemnitz abgeordnet worden war. Nach sechsstündiger Berathung wurde ein Programm angenommen, das zwar auch die Betheiligung an den Wahlen zum norddeutschen Parlament empfahl, aber nur zu dem Zwecke, die durch den Krieg geschaffenen Zustände unversöhnlich zu bekämpfen, die großdeutsch-demokratische Einheitstendenz ungeschmälert aufrecht zu erhalten und die Zusammenberufung eines konstituirenden Parlaments zu erstreben, das von allen deutschen Staaten, mit Einschluß Deutsch-Oesterreichs zu beschicken sei.

Die sonstigen Forderungen des Chemnitzer Programms liefen auf die völlige Demokratisirung des Staats hinaus, auf das allgemeine Stimmrecht für die Wahl zu allen öffentlichen Körperschaften, Volkswehr statt der stehenden Heere, freie Presse und freies Versammlungs- und Vereinsrecht, Selbstverwaltung der Gemeinden, Unabhängigkeit der Gerichte, Trennung der Schule von der Kirche und der Kirche vom Staate, Reform der Volksschulen und Aehnliches. Für das Proletariat wurde verlangt Befreiung der Arbeit und der Arbeiter von jeglichem Druck und jeglicher Fessel, Verbesserung der Lage der arbeitenden Klasse, Freizügigkeit, Gewerbefreiheit, allgemeines deutsches Heimathsrecht, Förderung und Unterstützung des Genossenschaftswesens, namentlich der Produktivgenossenschaften, damit der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit ausgeglichen werde. Alle diese Forderungen entsprachen äußerlich dem Programm des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, unterschieden sich von ihm aber wesentlich dadurch, daß

sie in bürgerlich-demokratischem Sinne gestellt wurden. Weder verstanden sie unter dem allgemeinen Stimmrechte die Herrschaft der Arbeiterklasse über die Staatsgewalt, noch unter der staatlichen Förderung der Produktivgenossenschaften die revolutionäre Umwälzung der kapitalistischen Produktionsweise. Unter dem Vorsitze desselben Roßmäßler, der dem Programm Lassalles einen so heftigen Widerstand entgegengesetzt hatte, wurde das Chemnitzer Programm berathen, und die neue Partei nannte sich selbst Sächsische Volkspartei, betrachtete sich als einen Zweig der Deutschen Volkspartei.

Freilich konnte sie, da sie aus einem Stamme von Arbeitern bestand, von vornherein nicht in solche Konfusion verfallen, wie die Deutsche Volkspartei, die nach ihren verworrenen Anläufen in Darmstadt und Frankfurt noch immer nicht wußte, weder was sie in der nationalen, noch was sie in der sozialen Frage wollte. In Württemberg allein hatte sie sich einigermaßen organisirt, und hier trieb ihr schwäbischer Partikularismus gar wundersame Blüthen. So benutzte der Stuttgarter Beobachter, ihr Hauptorgan, die beiläufige Thatsache, daß der Landtag in Weimar ein paar tausend Thaler an der Zivilliste des Herzogs gestrichen hatte, um „seiner treuen Eckartrolle gemäß“ die süddeutschen Fürsten darauf hinzuweisen, was ihnen vom norddeutschen Bunde drohe; entschlössen sie sich, mit der Deutschen Volkspartei gemeinsame Sache zu machen und einen parlamentarisch-militärischen Südbund zu gründen, so würde das Volk dadurch in einem Grade verpflichtet werden, daß „bei dessen ganzer Denkungsweise eine Erschütterung der ökonomischen Grundlage der Throne außer den Kreis aller Wahrscheinlichkeit fiele.“ Vor solchen „Triäseleien“ war die Sächsische Volkspartei natürlich gefeit. Ihren Standpunkt in der deutschen Frage gaben vollkommen klar die Programmsätze wieder: „Einigung Deutschlands in einer demokratischen Staatsform. Keine erbliche Zentralgewalt — kein Kleindeutschland unter preußischer Führung, kein durch Annexion vergrößertes Preußen, kein Großdeutschland unter österreichischer Führung, keine Trias. Diese und ähnliche dynastisch-partikularistische Bestrebungen, welche nur zur Unfreiheit, Zersplitterung und Fremdherrschaft führen können, sind von der demokratischen Partei auf das Entschiedenste zu bekämpfen.“ Im Prinzip war diese Auffassung dieselbe, welche auch der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein vertrat. Der Unterschied lag nur in der Frage, ob die Umwälzungen des Jahres 1866 eine veränderte Taktik geböten. Das Chemnitzer Programm verneinte diese Frage, während der Sozialdemokrat sie bejahte.

Die Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, die an der Berathung des Chemnitzer Programms theilgenommen hatten, berichteten darüber an das Vereinsorgan, das in einigen redaktionellen Anmerkungen zu den Berichten „Vorsicht“ anrieth; wer es gut mit den Arbeitern meine, könne sich einfach der sozialdemokratischen Partei anschließen. Jedoch kam es zu keiner offenen Fehde. Auch konnten beide Organisationen sehr gut nebeneinander bestehen. Die sozialistische Arbeiterbewegung hatte zwar im Königreiche Sachsen ihren Ur-

sprung genommen, sich aber gerade hier nicht im Verhältniß zur industriellen Blüthe des Landes und lange nicht so stark entwickelt, wie in Hamburg und Rheinland-Westfalen. Es stimmt nicht mit den Thatsachen, wenn man diese Erscheinung dadurch hat erklären wollen, daß die sächsischen Arbeiter zu aufgeklärt gewesen seien, um nicht durch den angeblich preußenfreundlichen und angeblich sektenhaften Charakter des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zurückgestoßen zu werden; gerade die wirklich preußenfreundliche und wirklich sektenhafte Form der deutschen Arbeiterbewegung, der orthodoxe Lassalleanismus der Gräfin Hatzfeldt, nistete sich um diese Zeit in Sachsen ein und fand hier ein fruchtbareres Rekrutirungsgebiet als irgendwo anders. Man wird der Wahrheit näher kommen, wenn man annimmt, wofür auch manches Andere spricht, daß einerseits der bürgerliche Radikalismus in Sachsen noch so gesund war, um die vorgeschritteneren Arbeiterschichten an seine Fahne zu fesseln, andererseits aber bedeutende Theile des sächsischen Proletariats, namentlich in der hausindustriellen Arbeiterbevölkerung, noch verhältnißmäßig unentwickelt waren.

Traf diese Annahme zu, so war es ein erfreulicher Fortschritt, daß sich die demokratischen Elemente des sächsischen Proletariats auf Grund eines Programms organisirten, das seinem Inhalte nach schon mit proletarischem Geiste erfüllt war und nur die bürgerliche Form abzustreifen brauchte, um mit dem Programm des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zusammenzufallen. Die abweichende Taktik in der nationalen Frage mußte als ein nothwendiges Uebel hingenommen werden, da die Auffassung des Chemnitzer Programms unzweifelhaft den Anschauungen der sächsischen, wie überhaupt vieler mittel- und süddeutscher Arbeiterkreise entsprach. Wirklich bedenklich war jedoch, daß die Sächsische Volkspartei, wohl wissend, daß sie von sich aus keine großdeutsche Revolution machen konnte, ihren Anschluß an die Deutsche Volkspartei suchte, mit der sie im Grunde nichts gemein hatte, als die rein negative Eigenschaft des Preußenhasses. Eines Hasses, der obendrein hüben und drüben ganz verschiedenen Quellen entsprang: bei der Sächsischen Volkspartei überwiegend demokratisch-revolutionären Gesinnungen, bei der Deutschen Volkspartei überwiegend partikularistischer Krähwinkelei oder anderen Triebfedern, die das großdeutsche Programm als eine schimmernde Maske für sehr dunkle Zwecke mißbrauchten. Vor einer Fahne, unter der Löb Sonnemann und ähnliche giftige Feinde des klassenbewußten Proletariats sich sammelten, hatten die Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins eine ebenso ausgesprochene, wie berechtigte Abneigung.

Zwei Wochen nach der Chemnitzer Versammlung hielt die Internationale ihren ersten Kongreß ab. Er tagte in Genf, wo Johann Philipp Becker für ihre deutschen Sektionen einen Mittelpunkt der Organisation geschaffen hatte und seit Anfang des Jahres 1866 den Vorboten, eine Monatsschrift, als Zentralorgan der Sektionsgruppe deutscher Sprache herausgab. In Deutschland bestanden erst kleine und vereinzelte Sektionen des Bundes, in Schlesien, Sachsen, Schleswig-Holstein, am Rhein. Im Ganzen war der Kongreß, der während

der ersten Septemberwoche tagte, von 60 Delegirten besucht, 3 Deutschen, 7 Engländern, 7 Franzosen; die Mehrheit bildeten, wie es in der Natur der Sache lag, schweizerische Delegirte.

Der Generalrath wurde namentlich durch Odger, Eccarius und den Uhrmacher Jung vertreten, von ihnen leitete Jung die Verhandlungen des Kongresses. Das Programm und die Statuten der Internationalen fanden mit unwesentlichen Aenderungen ihre endgiltige Bestätigung, wobei ein Antrag der französischen Delegirten, nur Handarbeiter als Mitglieder der Assoziation zuzulassen, mit großer Mehrheit abgelehnt wurde. Doch gehört eine ausführliche Darstellung der Kongreßverhandlungen in die Geschichte der Internationalen; hier kann es sich nur um diejenigen Beschlüsse des Kongresses handeln, und in ihnen lag ohnehin sein Schwergewicht, die dem gemeinsamen Emanzipationskampfe des internationalen Proletariats gemeinsame Ziele steckten.

Der Beschluß, eine allgemeine Statistik über die Lage der modernen Arbeiterklasse zu veranstalten, konnte vorerst nicht mehr als den akademischen Werth einer fruchtbaren Anregung beanspruchen. Ueber die Kooperativgesellschaften beschloß der Kongreß im Sinne der Inauguraladresse: ihr großer Werth bestehe darin, zu zeigen, daß die Unterjochung der Arbeit durch das Kapital für die Zwecke der Produktion überflüssig sei, aber sie vermöchten nicht durch sich selbst die kapitalistische Gesellschaft umzuwälzen. Um ihrer Entartung in bürgerliche Schachergeschäfte vorzubeugen, empfahl der Kongreß den Kooperativgesellschaften, einen Theil ihres Gesammteinkommens in einen Fonds für die Propaganda zu verwandeln, und allen von ihnen beschäftigten Arbeitern, gleichviel ob sie Aktionäre seien oder nicht, den gleichen Antheil am Gewinne zu gewähren; als bloß zeitweiliges Mittel gab er den Aktionären eine niedrig bemessene Verzinsung ihrer Geschäftsantheile zu.

Am wichtigsten waren die Beschlüsse des Genfer Kongresses über die Arbeiterschutzgesetzgebung und die Gewerkvereine, über diejenigen Waffen des proletarischen Emanzipationskampfes, welche die englischen Arbeiter zu über-, die französischen und die deutschen Arbeiter zu unterschätzen geneigt waren. Der Kongreß stellte den Grundsatz auf, daß die Arbeiterklasse sich Arbeiterschutzgesetze erkämpfen müsse. „Indem die Arbeiterklasse solche Gesetze durchsetzt, befestigt sie nicht die regierende Macht. Im Gegentheil wandelt sie jene Macht, die jetzt gegen sie gebraucht wird, in ihr eigenes Werkzeug um.“ Sie bewirke durch ein allgemeines Gesetz, was durch isolirte individuelle Anstrengungen bewirken zu wollen ein nutzloser Versuch sein würde. Der Kongreß empfahl die Beschränkung des Arbeitstages als eine Bedingung, ohne welche alle anderen Bestrebungen des Proletariats um seine Emanzipation scheitern müßten. Sie sei nöthig, um die körperliche Energie und Gesundheit der Arbeiterklasse wiederherzustellen, um ihr die Möglichkeit geistiger Entwicklung, gesellschaftlichen Umgangs, sozialer und politischer Thätigkeit zu gewähren. Als gesetzliche Grenze des Arbeitstags schlug der Kongreß acht Stunden vor, die in eine bestimmte

Tagesperiode gelegt werden müßten, so zwar, daß diese Periode die acht Stunden Arbeit und die Unterbrechungen für Mahlzeiten umfasse. Der Achtstundentag solle gelten für alle volljährigen Leute, Männer wie Frauen, die Volljährigkeit vom Schlusse des achtzehnten Lebensjahres an gerechnet. Nachtarbeit sei grundsätzlich zu verwerfen, unerläßliche Ausnahmen müßten von der Gesetzgebung festgestellt werden. Frauen seien mit aller möglichen Strenge von der Nachtarbeit auszuschließen, sowie von aller anderen Arbeit, die für den weiblichen Körper gesundheitsgefährlich oder für das weibliche Geschlecht sittenwidrig sei.

In der Tendenz der modernen Industrie, Kinder und junge Personen beiderlei Geschlechts zur Mitwirkung an der gesellschaftlichen Produktion heranzuziehen, sah der Kongreß einen heilsamen und rechtmäßigen Fortschritt, so abscheulich die Form sei, in welcher er sich unter der Herrschaft des Kapitals verwirkliche. In einem rationellen Zustande der Gesellschaft müßte jedes Kind ohne Unterschied vom neunten Lebensjahre an produktiver Arbeiter werden, ebenso wie keine erwachsenen Personen von dem allgemeinen Naturgesetze ausgenommen werden dürften: nämlich zu arbeiten, um essen zu können, und zu arbeiten nicht bloß mit dem Gehirne, sondern mit den Händen. In der gegenwärtigen Gesellschaft empfehle es sich, die Kinder und jugendlichen Personen in drei Klassen zu theilen und verschieden zu behandeln: in Kinder von 9 bis 12, in Kinder von 13 bis 15, in Jünglinge und Mädchen von 16 und 17 Jahren. Die Arbeitszeit der ersten Klasse in irgend einer Werkstätte oder häuslichen Arbeit solle sich auf 2, der zweiten auf 4, der dritten auf 6 Stunden beschränken, wobei der dritten Klasse eine Unterbrechung der Arbeitszeit auf wenigstens eine Stunde für Mahlzeiten und Erholung vorbehalten bleiben müsse. Jedoch dürfe die produktive Arbeit von Kindern und jugendlichen Personen nur gestattet werden, wenn sie mit Bildung verbunden werde, worunter drei Dinge zu verstehen seien: geistige Bildung, körperliche Gymnastik und endlich technische Erziehung, welche die allgemeinen wissenschaftlichen Grundsätze aller Produktionsprozesse mittheile und zugleich das heranwachsende Geschlecht in den praktischen Gebrauch der elementarischen Werkzeuge aller Arbeitszweige einweihe.

Ueber die Gewerkvereine beschloß der Genfer Kongreß, daß ihre Thätigkeit nicht nur rechtmäßig, sondern auch nothwendig sei. Sie seien das Mittel, die einzige soziale Gewalt, welche die Arbeiterklasse besitze, nämlich ihre Zahl, der konzentrirten sozialen Gewalt des Kapitals entgegenzusetzen. So lange die kapitalistische Produktionsweise bestehe, könnten die Gewerkvereine nicht entbehrt werden, sondern müßten vielmehr ihre Thätigkeit durch internationale Verbindung verallgemeinern. Indem sie sich bewußt den unaufhörlichen Uebergriffen des Kapitals widersetzten, würden sie unbewußt Schwerpunkte der Organisation für die arbeitende Klasse, ähnlich wie die mittelalterlichen Kommunen zu solchen Schwerpunkten für die bürgerliche Klasse geworden seien. Unaufhörliche Guerillagefechte in dem täglichen Kampfe zwischen Kapital und Arbeit liefernd, würden die Gewerkvereine noch weit wichtiger als organisirte Hebel für die Aufhebung der Lohnarbeit.

Bisher hätten die Gewerkvereine zu ausschließlich den unmittelbaren Kampf gegen das Kapital ins Auge gefaßt, in Zukunft dürften sie sich nicht der allgemeinen politischen und sozialen Bewegung ihrer Klasse fern halten. Sie würden sich am stärksten ausbreiten, wenn die große Masse des Proletariats sich überzeuge, daß ihr Ziel, weit entfernt begrenzt und selbstsüchtig zu sein, sich vielmehr auf die allgemeine Befreiung der niedergetretenen Millionen richte.

So bereiteten die ersten internationalen Assisen der modernen Arbeiterklasse sicheren und weiten Blicks die Befreiung der Menschheit vor, während Europa noch wiederhallte von dem Donner der Schlachten, die ein neues Zeitalter von „Blut und Eisen" heraufbeschworen.

IV. Die erste Probe des allgemeinen Wahlrechts.

Bei aller Größe seiner Erfolge konnte Bismarck nicht daran denken, den Trumpf zurückzuziehen, den er vor dem Kriege mit dem allgemeinen Wahlrecht ausgespielt hatte. Er brauchte einen Tropfen demokratischen Oels, um sich vor Europa als den Vollstrecker des nationalen Willens zu salben, um das mißtönende Knarren der Thüren zu dämpfen, durch welche die kleinen norddeutschen Dynasten in den Tempel der deutschen Einheit wallfahren sollten.

Auch rechnete er nicht ohne Grund darauf, daß ihm das allgemeine Wahlrecht unter dem Eindrucke des siegreichen Krieges ein noch willfährigeres Parlament beschaffen werde, als er jetzt in dem preußischen Abgeordnetenhause besaß. Diese würdige Volksvertretung war der gleichen Ansicht und suchte sich dadurch zu sichern, daß sie die Befugnisse des norddeutschen Reichstags noch mehr beschnitt, als Bismarck sie beschneiden wollte; sie nahm ihm das Recht der „Vereinbarung" und ließ ihm nur das Recht der Begutachtung, indem sie den einzelstaatlichen Landtagen das Recht vorbehielt, die Beschlüsse des Reichstags zu bestätigen oder zu verwerfen. Bismarck ging darauf mit doppeltem Vergnügen ein. Er war nun um so freier gegenüber dem norddeutschen Reichstage gestellt und wußte als gewitzter Politiker natürlich sehr gut, daß, wenn sich einmal die Regierungen mit einem durch das allgemeine Wahlrecht gewählten Parlamente über die Verfassung des norddeutschen Bundes geeinigt hatten, die Geldsackvertretungen der Einzelstaaten daran nichts mehr zu ändern vermochten.

Für die Arbeiterklasse konnte es sich nur um die Frage handeln, ob sich das allgemeine gleiche direkte und geheime Wahlrecht, so wie es Bismarck gewährte, zu einer brauchbaren Waffe für ihre Zwecke schmieden lasse. Der Sozialdemokrat hob hervor, daß der norddeutsche Reichstag, wehrlos, ohne Aussicht, revolutionäre Volkskräfte um sich zu konzentriren, einer Regierung gegenüberstehe, die, siegreich nach Innen und nach Außen, ein großes Heer und alle anderen Machtmittel eines großen Staates zu ihrer Verfügung habe. Es habe nicht leicht schon ein Parlament so ohne alle reale Macht gegeben. Dennoch müßten die Arbeiter

wählen, einmal weil aus dem einfachen Nichtsthun und bloßen Zusehen überhaupt nichts herauskomme, zweitens weil es von großer Wichtigkeit sei, daß die Arbeiter in einer regelmäßigen staatlichen Körperschaft ihre Forderungen begründen und so das Todtschweigungs- oder Verleumdungssystem ihrer Gegner durchbrechen könnten, und drittens weil es zwar nicht wahrscheinlich, aber doch möglich sei, daß die Umstände, die das Parlament machtlos machten, sich änderten. Die Parole sei also Wählen und nicht nur Wählen, sondern auch Wählen nach tüchtiger Vorbereitung.

An dieser Vorbereitung ließ es Schweitzer nicht fehlen. Die Amnestie, die nach dem Kriege erlassen worden war, befreite ihn von dem Reste seiner Gefängnißstrafe und einer Masse neuer Anklagen. Er hatte die Arme wieder frei und gebrauchte sie rührig. Wo die Gemeinden des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins polizeilich aufgelöst worden waren, wie in Berlin, richtete er sozialdemokratische Arbeitervereine ein, und um der Vereinskasse etwas aufzuhelfen, hielt er gegen ein Eintrittsgeld von einem Thaler in einem vornehmen Hotel Unter den Linden sechs Vorträge über Kapital und Arbeit, die von bürgerlichen Kreisen auch zahlreich besucht wurden. Indessen diese und andere Hilfsmittel waren doch nur Tropfen auf einen heißen Stein. Die verheerenden Folgen des Krieges lasteten am schwersten auf der Arbeiterklasse, und es war unmöglich, daß sie große Geldopfer für die Wahlen aufbringen konnte. Die Zeit war für eine Reorganisation des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins so ungünstig wie möglich, und dazu kam, daß die Gräfin Hatzfeldt ihre Wühlereien mit ungeschwächter Kraft fortsetzte. Sie erklärte die Wahl Perls zum Präsidenten für ungiltig, weil sie auf der Generalversammlung und nicht durch Urabstimmung der Mitglieder vorgenommen sei. Sie hatte dabei zwar den klaren und unzweideutigen Wortlaut der Statuten gegen sich, aber es kam ihr auf die lächerlichsten Auslegungen nicht an, um diesen Sinn in sein gerades Gegentheil zu verkehren. Heute wäre jedes Wort über ihre kindischen Deuteleien und Tifteleien verschwendet; worum es der Gräfin thatsächlich zu thun war, das war die Wahl einer ihrer Kreaturen zum Präsidenten des Vereins, und um diesen Zweck zu erreichen, besaß sie leider noch viel wirksamere Mittel, als Interpretationskünste, um welche sie jeder orthodoxe Theologe hätte beneiden können.

Ihre Macht bestand in dem Ansehen, das sie als alte Freundin Lassalles und angeblich genaueste Kennerin seines Willens in den Augen vieler Arbeiter umgab, und in ihrer stets gefüllten Kriegskasse, wodurch sie einzelne einflußreiche Agitatoren in den Mittelpunkten der Bewegung für sich gewann: Hillmann am Rhein, Försterling in Sachsen, Florian Paul in Schlesien, auch einzelne Mitglieder in Hamburg. Mit deren Hilfe ließ sie ein Wahlprogramm in die Massen werfen und von Arbeiterversammlungen genehmigen, das in orthodoxer Anknüpfung an einzelne Worte Lassalles halb utopistisch-revolutionär und halb bornirt-national war, in seiner praktischen Spitze: Durch Einheit zur Freiheit! aber dem nationalliberalen Programm glich, wie ein Ei dem anderen. Die

Gräfin hoffte jetzt, auf der ordentlichen Generalversammlung, die von Perl auf den 27. Dezember nach Erfurt berufen worden war, endlich das Ziel ihrer Wünsche zu erreichen und die Wahl Försterlings zum Präsidenten durchzusetzen.

Jedoch zeigte sich auf der vierten Generalversammlung, daß der alte Stamm des Vereins nicht zu erschüttern war; 12 Delegirte, die 26 Orte vertraten, darunter Audorf, Ellner, Tölcke, dachten nicht daran, nach der Pfeife der Gräfin zu tanzen. Von den gräflichen Schildträgern erschienen 6, darunter Försterling und Deckwitz. Sie sahen sofort, daß ihr Spiel verloren sei und weigerten sich, ihre angeblich aus Bremen, Hamburg, Dresden und Chemnitz stammenden Mandate zur Prüfung einzureichen, indem sie behaupteten, Perl könne gar keine rechtsgiltige Generalversammlung einberufen. Die Gräfin Hatzfeldt war selbst in Erfurt erschienen, und Schweitzer hatte schon vor dem Zusammentritt der Generalversammlung mit ihr gütliche Verhandlungen angeknüpft, in denen er ihren Ansprüchen außerordentlich weit entgegenkam. Er gab zu, daß der Präsident fürderhin kein Gehalt beziehen und das Gehalt des Sekretärs wie zu Lassalles Zeit auf 400 Thaler festgesetzt werden sollte; namentlich aber wurde das von der Gräfin in die Massen geworfene Programm auf Betreiben Schweitzers von der Generalversammlung angenommen, nur mit einigen unzweifelhaften, wenn auch nicht durchgreifenden Verbesserungen. Dann traten die 12 Delegirten mit den 6 Anhängern der Gräfin zu einer Berathung zusammen, und Audorf machte den Vorschlag, daß die Wahl des Präsidenten, an der die Opposition nach Einreichung und Prüfung ihrer Mandate theilnehmen sollte, noch der bestätigenden oder nicht bestätigenden Urabstimmung aller Vereinsmitglieder zu unterbreiten sei. Nach mehrstündiger Berathung gingen Försterling und seine Genossen mit diesem Vorschlage zur Gräfin, kamen aber bis Mitternacht nicht wieder, worauf die Generalversammlung Perl zum Präsidenten, Audorf zum Schriftführer und J. M. Hirsch zum Kassirer wählte. Da die Wahl Försterlings zum Präsidenten von vornherein aussichtslos war, so ließ sich die Gräfin Hatzfeldt auf nichts ein.

Die von Schweitzer empfohlene Taktik der Generalversammlung war zweifellos sehr gewagt. Sie kostete dem Sozialdemokraten die Mitarbeiterschaft des letzten der „alten Sozialisten", der ihm bis dahin noch treu geblieben war; Moses Heß verwarf das Erfurter Wahlprogramm. Und in der That hatte dessen erster Satz, der jede Föderation, jeden Staatenbund beseitigen, alle deutschen Stämme durch eine innerlich und organisch durchaus verschmolzene Staatseinheit vereinigen und durch Einheit zur Freiheit marschiren wollte, eine bedenkliche Anziehungskraft für allerlei merkwürdige Arbeiterfreunde, die in „dieser Hauptsache" ein Herz und eine Seele mit dem Proletariat sein wollten. Sie meinten auch, die übrigen Punkte des Wahlprogramms — allgemeines Wahlrecht mit Diätenzahlung für alle deutschen Parlamente, Sicherstellung der freiheitlichen Volksrechte, beschließende und nicht blos berathende Befugnisse für den norddeutschen Reichstag, freie Arbeiterassoziationen nach den Prinzipien Lassalles, um die Lösung der sozialen Frage anzubahnen — „im Wesentlichen" annehmen zu können, höchstens machten sie

den Vorbehalt, daß es mit der Staatshilfe für die Arbeiterassoziationen wohl nicht besondere Eile habe. Gewiß lag hier eine große Gefahr vor, wie es an sich schon unerfreulich war, daß die junge Arbeiterpartei mit einer fragwürdigen Fahne in ihre erste Wahlschlacht marschirte. Aber Schweitzer sah eine noch größere Gefahr darin, durch Aufstellung eines hieb- und stichfesten Wahlprogramms am Vorabend der Wahlschlacht den Bruderkrieg im Schooße des Proletariats zu entzünden, und er hielt es für noch unerfreulicher, mit aufgelösten Reihen den Kampfplatz zu betreten. War erst die Gräfin Hatzfeldt auf ihrem eigenen Programm festgenagelt, so ließ sich erwarten, daß die bürgerlichen Verführungskünste, die mit diesem Programm getrieben werden konnten, an der geschulten Kerntruppe des Vereins von selbst scheitern würden. Obendrein gab Schweitzer den Arbeitern den probaten Rath, bürgerliche Arbeiterfreunde erst in zweiter Reihe nach ihrer Stellung zu dem Erfurter Wahlprogramm, in erster Reihe aber darnach zu fragen, ob sie das Proletariat als Klasse vertreten wollten, und im Falle irgend welcher ausweichenden Antwort ihnen sofort den Rücken zu kehren.

Glücklicher Weise bewährte sich Schweitzers Vertrauen auf den gesunden Sinn der Arbeiter. Irgend welche praktische Mißgriffe verursachte das Erfurter Wahlprogramm nicht, dagegen legte es die Agitation der Gräfin Hatzfeldt für die Zeit der Wahlen vollständig lahm. Ihrer Wuth darüber gab sie den unwürdigen Ausdruck, daß sie in den beiden Wahlkreisen, in denen Schweitzer mit einiger Aussicht auf Erfolg kandidirte, diese Aussicht zu zerstören suchte, zum Gaudium der fortschrittlichen unbd er reaktionären Gegner. In Elberfeld-Barmen hetzte sie Hillmann gegen Schweitzer und überschwemmte den Wahlkreis mit einem in Genf gedruckten Pamphlet, das die verlogensten Beschuldigungen gegen den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein richtete; in Reichenbach-Neurode wirkten ihre Agenten sogar unverhohlen gegen Schweitzer für den Landrath Olearius. Schweitzer wurde dadurch kaum geschädigt, aber die Gräfin Hatzfeldt vernichtete selbst den Rest des Ansehens, das sie bisher noch bei den rheinischen und schlesischen Arbeitern genossen hatte.

Dank ihren ewigen Intriguen zog der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein fast ungerüstet in die Wahlschlacht, mit nackten Leibern sich den Spießen und Stangen der Regierungsgewalt, den tausend unsichtbaren, aber desto gefährlicheren Waffen der Geldmacht entgegenwerfend. Was ihnen an äußeren Mitteln fehlte, das suchten die Arbeiter durch einen wahren Feuereifer zu ersetzen. Der Wahltermin wurde erst sehr spät von der Regierung auf den 12. Februar 1867 anberaumt, und in wenige Wochen drängte sich das entscheidende Ringen zusammen. Den verhältnißmäßig größten Erfolg hatte die Sozialdemokratie im bergisch-märkischen Industriebezirke, wo sie etwa 18 000 Stimmen musterte. In Altena-Iserlohn fielen 1124 Stimmen auf Hasenclever, in Hagen 1589 Stimmen auf den Arzt Reincke, der sich durch opferbereites Wirken große Liebe bei den Arbeitern erworben hatte und seine humane Gesinnung für sozialistische Ueberzeugung versah. Der Schriftsteller Rittinghausen, ein alter Demokrat von 1848 her, der noch

etwas von dem utopistischen Hange des vormärzlichen Sozialismus bewahrt hatte und in der direkten Gesetzgebung durch das Volk den einzigen Hebel der sozialistischen Gesellschaft erblickte, erhielt in Köln 1095, Schweitzer in Düsseldorf 664, der Schneider Schob in Mülheim a. Rh. 1059, der Eisenarbeiter Böhm in Duisburg 1686, Martiny in Solingen 1437, Audorf in Lennep-Mettmann 4034 und Schweitzer in Elberfeld-Barmen 4668 Stimmen.

In Elberfeld-Barmen kämpfte Schweitzer mit Bismarck als konservativem, und mit Forckenbeck, dem Präsidenten des preußischen Abgeordnetenhauses, als liberalem Gegenkandidaten. 70 Prozent der Wahlberechtigten betheiligten sich an diesem Kampfe, der in ganz Deutschland großes Aufsehen erregte. Die Beschimpfungen, welche die konservativen und mehr noch die liberalen Blätter über Schweitzer ergossen, überstiegen alles Maß; nicht nur wurde ihm die geschlechtliche Verirrung seiner Jugendjahre bis zum Ekel vorgeritten, sondern er wurde auch als Betrüger und als Dieb denunzirt. Und alle Gehässigkeit seiner bürgerlichen Gegner wurde fast noch überboten durch die verleumderischen Angriffe der Gräfin Hatzfeldt und ihrer Werkzeuge. Die Arbeiter in Elberfeld-Barmen ließen sich aber keinen Augenblick verblüffen; sie erklärten einfach: wir wählen Schweitzer, und wenn er Mörder und Räuber wäre. Sie wußten recht gut, weshalb ihr Kandidat diese Angriffe erfuhr. Hillmann, der zwei Jahre lang der beliebteste Agitator des Rheinlands gewesen war, erhielt als sozialdemokratischer Gegenkandidat gerade 52 Stimmen. Den Sieg freilich konnten die Arbeiter noch nicht an ihre Fahne fesseln; Schweitzer kam nicht einmal zur Stichwahl, da Bismarck 6523 und Forckenbeck 6123 Stimmen erhalten hatte.

Nächst dem Rheinlande erzielte die sozialdemokratische Wahlagitation im nordwestlichen Deutschland ihre größten Erfolge. In den beiden Kreisen der Stadt Hamburg erhielt Perl zusammen 3223, in Harburg York 3660, in Braunschweig der sächsische Schriftsteller Walster 2267 Stimmen. Nach diesen 9000 Stimmen kam Schlesien mit deren 4000, von denen auf Schweitzer in Reichenbach-Neurode 3109, und auf den Weber Heinrich Schnabel, ein altes eifriges Mitglied des Vereins, in Waldenburg 891 fielen.

Im Königreiche Sachsen trugen Würkert als Kandidat der Stadt Leipzig und Fritzsche als Kandidat des Landkreises Leipzig jeder etwa 1000 Stimmen davon, Würkert etwas mehr, Fritzsche etwas weniger. Sonst wurden noch etwa 6000 sächsische Stimmen für den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein abgegeben, davon 800 in Dresden, 1300 in Chemnitz und 3081 in Freiberg, aber sie vereinigten sich nahezu ausschließlich auf Anhänger der Gräfin Hatzfeldt. Von den Kandidaten der Sächsischen Volkspartei siegten Bebel in Glauchau-Meerane und Schraps in Zwickau-Crimmitschau, beide erst in der Stichwahl. Liebknecht unterlag für diesmal noch in Stollberg-Schneeberg, vermuthlich deshalb, weil er an ausgiebiger Agitation dadurch gehindert wurde, daß er die erste Frucht der „deutschen Einheit" bitter genug zu kosten bekommen hatte. Er hatte nach Erlaß der preußischen Amnestie einen Besuch in Berlin abgestattet und im Buchdrucker-

gehilfenvereine gesprochen; deshalb wegen Bannbruchs verhaftet und angeklagt, wurde er zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt, die er bis auf den letzten Tag abbüßen mußte. Selbst die Richter schämten sich ein wenig des skandalösen Urtheils und stotterten in der Begründung einige entschuldigende Redensarten, aber dadurch wurde der Wanzengeruch der Stadtvogtei für Liebknecht nicht in die Morgenluft deutscher Freiheit umgewandelt. In den drei Wahlkreisen, wo Liebknecht, Bebel und Schraps kandidirten, rang die Hausindustrie ihren entsetzlichen Todeskampf mit der Maschinenarbeit; in der Glauchau-Meeraner Handweberei arbeiteten im Jahre 1863 30 700, im Jahre 1880 nur noch 3194 Handwebstühle; mindestens 40 000 Personen hatten die mechanischen Webstühle in diesem einen Kreise innerhalb eines halben Menschenalters „überflüssig“ gemacht. Wie viele Stimmen überhaupt bei den Februarwahlen von 1867 auf die Sächsische Volkspartei fielen, läßt sich nicht mit annähernder Sicherheit sagen, da die Partei damals noch über kein eigenes Organ verfügte, das ihre Entwicklung genau registrirt hätte; soweit verstreute Notizen ein Urtheil zulassen, mögen 12 000 bis 15 000 Stimmen für sie abgegeben worden sein.

Sie besaß aber zwei Mandate, während der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein mit seinen 40 000 Stimmen auch nicht einen Sitz erobert hatte. Zur Stichwahl stand nur Audorf in Lennep-Mettmann, während in einigen anderen Kreisen, Düsseldorf, Elberfeld-Barmen, Reichenbach-Neurode, die sozialdemokratischen Wähler die Entscheidung zwischen den konservativen und den liberalen Kandidaten zu treffen hatten. Für die Wahlen hatte der Sozialdemokrat die Parole ausgegeben, unter keinen Umständen Wahlkompromisse abzuschließen, lieber in der kleinsten Minderheit und ohne alle Aussicht auf Erfolg nach den eigenen Prinzipien und für den eigenen Kandidaten zu stimmen, als auf Kosten der Prinzipien eine unnatürliche Verbindung einzugehen. Was er dagegen je nach den örtlichen Verhältnissen für erlaubt erklärte, waren Transaktionen mit anderen Parteien, so zwar, daß unbeschadet der beiderseitigen Prinzipien die Arbeiter in einem Wahlkreise für den Kandidaten einer bürgerlichen Partei eintreten könnten, vorausgesetzt, daß sich diese Partei verpflichte, in einem anderen Wahlkreise den Sieg eines sozialdemokratischen Kandidaten zu sichern. Diese Möglichkeit kam bei den Hauptwahlen überhaupt nicht, wohl aber bei den Stichwahlen in ernsthaften Betracht. Und im Februar 1867 lag die Sache sehr einfach. Unterstützten die Fortschrittler in Lennep-Mettmann den sozialdemokratischen Kandidaten gegen den Bismärcker Sybel, so konnten die Sozialdemokraten in Düsseldorf, Elberfeld-Barmen und Reichenbach-Neurode die fortschrittlichen gegen die konservativen Kandidaten heraushauen. Indessen die biederen Fortschrittler bekannten sich damals schon, wie seitdem fast immer, zu der kuriosen Anschauung, daß ihre „unentwegten Mannesbrüste“ durchaus nicht befleckt würden, wenn sie bei Stichwahlen lieber für den unvernünftigsten Reaktionär als für den vernünftigsten Sozialdemokraten stimmten, daß dagegen sozialdemokratische Wähler, die bei Stichwahlen nicht die fortschrittliche Schleppe trügen, sich als „Söldlinge der

Reaktion" brandmarkten. Sie entschieden in Lennep=Mettmann gegen Ahdorf und für Sybel.

So mußten die sozialdemokratischen Wähler bei den Stichwahlen auf eigene Faust vorgehen. In Düsseldorf stimmten sie für den fortschrittlichen Kandidaten, da die politische Freiheit sowohl für das Volkswohl von höchster Wichtigkeit, als auch besonders die unerläßliche Grundlage für die Bestrebungen der Arbeiterklasse sei. Dagegen beschlossen sie in Elberfeld=Barmen, sich bei der Stichwahl der Abstimmung zu enthalten, da die Arbeiterpartei aus prinzipiellen Gründen nicht für den Kandidaten der konservativen Partei stimmen, aber wegen des beispiellos gehässigen Verhaltens der Fortschrittspartei für dieses Mal auch mit ihr nicht zusammengehen könne. Beide Beschlüsse waren von Schweitzer vorgeschlagen und durchgesetzt worden, in Düsseldorf wie in Elberfeld gegen den heftigen Widerstand der Arbeiter, die unter den Streichen der Hungerpeitsche, welche die fortschrittlichen Fabrikanten über sie schwangen, am liebsten für die konservativen Kandidaten gestimmt hätten. Uebrigens war auch der Elberfelder Beschluß durchaus gerechtfertigt. Ob Bismarck oder sein „guter Freund" Forckenbeck, der ihm schließlich in Allem zu Willen war, im norddeutschen Reichstag saß, das war verhältnißmäßig gleichgiltig; wohl aber war es für die Arbeiterpartei eine dringende Nothwendigkeit, endlich einmal das Lügensystem zu zerbrechen, durch das die Fortschrittspartei noch immer einen großen Theil der Arbeiterklasse über die sozialdemokratische Agitation verblendete. Aehnlich wie in Elberfeld=Barmen lagen die Dinge in Reichenbach=Neurode, doch verliefen sie in beiden Kreisen insofern nicht gleich, als die schlesischen Arbeiter sich wirklich der Abstimmung enthielten oder vielleicht selbst dem liberalen Kandidaten Twesten eine Hilfsmannschaft stellten, so daß er über Olearius siegte, während die rheinischen Arbeiter für Bismarck und gegen Forckenbeck entschieden.

Neben der tiefen Erbitterung über die fortschrittlichen Lügen und Wahlpraktiken wurde diese Entscheidung wohl durch die Erwägung beeinflußt, daß durch den Sieg Bismarcks, der bereits in einem altmärkischen Wahlkreise gewählt worden war, ein neuer Wahlkampf nothwendig werden würde. Schweitzer nannte die Entscheidung der Arbeiter einen „verhängnißvollen Schritt", erklärte sie aber als „eindringliche Lehre" für die Fortschrittspartei, sei es als Quittung über die unfläthigen Schmähungen und nichtswürdigen Verkümmerungen des Wahlrechts, welche die Bourgeoisie dem Proletariat zugefügt habe, sei es als eine Huldigung nicht zwar für den Kandidaten der konservativen Partei, wohl aber für den Minister, der aus eigenem Antriebe ein Volksrecht zurückgegeben habe, das die liberale Opposition zu fordern so hartnäckig vergessen hatte. Wirklich lehnte Bismarck das Mandat ab, und es kam zu einem zweiten Wahlkampfe, in welchem Schweitzer mit 4919 und der liberale Kandidat Gneist mit 4291 Stimmen zur Stichwahl gelangten. Die Konservativen dämpften jetzt selbst alle Illusionen über ihre etwaige Arbeiterfreundlichkeit, indem sie den Sieg Gneists entschieden. Damit schwand die letzte Aussicht auf eine Vertretung des klassenbewußten Prole=

tariats im ersten norddeutschen Reichstage. Aber umsonst hatten die Arbeiter in Elberfeld-Barmen nicht acht Wochen lang alle Fibern angestrengt; sie hatten, wie Schweitzer in einem Abschiedswort an seine Wähler sagte, zweierlei gelernt, einmal daß die Fortschrittspartei mit äußerster Heftigkeit, unter Anwendung aller, selbst der verwerflichsten Mittel, die Arbeitersache niederzuhalten suchte, und dann, daß die konservative Partei trotz aller schönen Redensarten im entscheidenden Augenblick auch versagte.

Ueber den allgemeinen Ausfall der Wahlen schrieb der Sozialdemokrat: „Der lang erwartete, lang ersehnte zwölfte Februar ist vorüber — und wir sind geschlagen auf allen Punkten. Das haben wohl wenige der Unseren erwartet, und sicherlich steht Mancher vor diesem Ergebniß wie vor einem unlösbaren Räthsel. Alle diese großen rauschenden Versammlungen mit ihrer Begeisterung und ihren Triumphen, diese stürmische Bewegung in den Massen — und doch unterlegen, an wenigen Orten ehrenvoll, an manchen Orten schmachvoll unterlegen.“ Dies Gefühl bitterer Enttäuschung war nur zu berechtigt. Entsprachen die Wahlerfolge selbst da, wo die Niederlage ehrenvoll war, nicht berechtigten Erwartungen, so gab es breite Strecken Deutschlands, wo die sozialdemokratische Agitation sich schon seit Jahren eingewurzelt hatte, wo noch gewaltige Wahlversammlungen den sicheren Sieg zu verbürgen schienen und wo der Partei doch am Wahltage selbst der Boden unter den Füßen wich wie loser Flugsand. So in den thüringischen Bezirken, so im Maingau, der Stätte so vieler Triumphe. In Frankfurt erhielt Welcker armselige 150 Stimmen, während sich eine vierzigfache Ueberzahl auf das goldene Kalb vereinigte, das ihm der bürgerliche Parteienmischmasch in der Person Rothschilds entgegengestellt hatte. Und noch kläglicher war die Niederlage in Berlin, dessen Arbeiterbevölkerung sich doch schon vor zwei Jahren um die Fahne der Sozialdemokratie zu schaaren begonnen hatte. Auf den Buchdruckergehilfen Feistel, den gemeinsamen Kandidaten aller Berliner Arbeiterkreise, die sich nicht mehr ins Schlepptau der Fortschrittspartei nehmen lassen wollten, fielen in allen sechs Wahlkreisen zusammen etwa 75 Stimmen.

Gewiß ließen sich viele Entschuldigungs- und Erklärungsgründe der Niederlage anführen. In Berlin, unter dessen Philistern ein arger Chauvinismus grassirte, hatte die Reaktion als ihre Kandidaten die Minister und Generale aufgestellt, die wegen des Krieges von 1866 dotirt worden waren; um wenigstens deren Sieg zu hindern, entschlossen sich viele Arbeiter im letzten Augenblick dazu, ihre Stimmen den fortschrittlichen Kandidaten zu geben. Am Rhein und auch anderwärts hatte eine schlaue Wahlkreisgeometrie das Ihre gethan; Audorfs Sieg in Lennep-Mettmann war besonders deshalb gescheitert, weil die Weberdörfer des Wupperthals nicht, wie bei den Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhause, mit Solingen, sondern mit Remscheid zusammengelegt worden waren, wo das Handwerk noch einigermaßen festen Boden hatte. Dazu kamen die großen Lücken der Wahllisten, die Drangsalirungen der Polizei, die Aushungerungsmethoden der Fabrikanten und was sonst in das schmutzige Kapitel bureaukratischer und kapi-

talistischer Wahlpraktiken gehört. Aber umgekehrt wie die bürgerliche Opposition, welche die Ursachen ihrer Wahlniederlagen überall zu suchen pflegt, nur nicht bei sich selbst, hat die proletarische Opposition stets den preiswürdigen Grundsatz befolgt, immer zuerst vor der eigenen Thüre zu kehren, wenn sie nicht erreichte, was sie wollte. Sie mußte sich ehrliche Rechenschaft abzulegen über ihre Fehler, sich klar zu machen, daß sie vor einem Entweder Oder stände.

Die zahlreichen Erfolge, welche sie seit vier Jahren errungen hatte, waren ihr immer wieder unter den Händen zerronnen, weil sie kein Gewölbe besaß, in dem sie die gewonnenen Schätze bergen konnte. Die konservative Partei gebot über die alt und fest begründete Organisation der Staatsmacht, die liberale Partei über die unsichtbare, aber überall gegenwärtige Wirksamkeit der sozialen Geldmacht; wollte die Arbeiterpartei mit so starken Gegnern erfolgreich kämpfen, so mußte sie sich auch ein festes Gefüge dauernder Kraft schaffen. Es ging so nicht weiter, daß ein einziger großer Geldbeutel, wie ihn die Gräfin Hatzfeldt besaß, die Arbeiterbewegung jahrelang zum Gespötte der Welt machte. Ohnehin drohte die Fahne zu sinken, um welche sich die alte Garde noch immer wieder gesammelt hatte; die geringen Mittel des Sozialdemokraten waren nahezu erschöpft, und er mußte eingehen, wenn sich der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein nicht endlich auf feste finanzielle Füße stellte. Es konnte sich nicht darum handeln, Lassalles Organisation zu zerstören, denn ihr verdankte der Verein mindestens noch seine moralische Macht, sondern vielmehr sie zu verwirklichen, um hinter die moralische Macht auch politische Macht zu setzen.

Aus dem Sachlichen ins Persönliche übersetzt, hieß das aber nichts anderes, als die moralische Diktatur, die Schweitzer seit dem Tode Lassalles besessen hatte, in eine politische Diktatur zu verwandeln. Die Abneigung der Arbeiter gegen Schweitzer war allmälig geschwunden; in dieser Beziehung hatten die Verleumdungen, mit denen die bürgerliche Presse ihn überschüttete, das Gegentheil der beabsichtigten Wirkung gehabt. Schweitzer war viel zu klug, um sich je einzubilden, daß eine proletarische Massenbewegung dauernd unter der Diktatur eines Einzelnen stehen könne, aber die Vereinsmitglieder waren auch zu einsichtig, um nicht zu erkennen, daß eine zeitweilige Diktatur unter den damaligen, nach den verschiedensten Seiten hin kritischen Zuständen noch immer nothwendig sei. Wie Tölcke bezeugt, hat sogar York, ein Demokrat durch und durch, dem schon Lassalles Diktatur wider den Strich gegangen war, die vorläufige Nothwendigkeit der Diktatur auf noch längere Zeit bemessen, als selbst Schweitzer. Jede Diktatur ist das schlimmste Verhängniß für den Diktator selbst; diesem Verhängniß ist auch Schweitzer unterlegen, und er hat seine Schuld theuer genug mit seinem ehrlichen Namen gebüßt. Aber das ändert nichts an der Thatsache, daß im Jahre 1867 die ältesten und treuesten Mitglieder des Vereins seine Diktatur für nothwendig gehalten haben.

Er war schon der thatsächliche Leiter der Wahlbewegung gewesen und ließ nach ihrem Schlusse durch den Präsidenten Perl zum 19. Mai eine außerordent-

liche Generalversammlung nach Braunschweig einberufen. Sie wurde von 18 Delegirten besucht, die 45 Orte mit 2508 Mitgliedern vertraten. Die Mitgliederziffer war äußerst gering, sie betrug kaum den vierten Theil der Mitglieder, die ein Jahr früher auf der Generalversammlung in Leipzig vertreten gewesen waren, doch hatten diese Zahlen, so lange keine strenge Kontrolle über die Zahlung der Mitgliederbeiträge geübt wurde, überhaupt nur einen sehr problematischen Werth.

Die fünfte Generalversammlung beschloß zunächst ein Programm, das den Anhängern der Gräfin Hatzfeldt die Thüre wies. Seine Hauptpunkte waren der einheitliche und freie Volksstaat, die gemeinsame gesellschaftliche Produktion und zur Anbahnung des neuen Gesellschaftszustandes Produktivassoziationen mit Staatskredit nach den Grundsätzen Ferdinand Lassalles, die Gemeinsamkeit der Arbeiterinteressen in allen Kulturvölkern, Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts, mit direkter geheimer Abstimmung und Diätenzahlung, zur Beeinflussung der öffentlichen Gewalten. An der Hand dieses Programms sollten die Vereinslisten durchgesehen und alle Mitglieder ausgeschieden werden, die ihm nicht vorbehaltlos zustimmten. Dann sollte eine Neuwahl sämmtlicher Bevollmächtigten stattfinden, deren Amtsdauer von einer ordentlichen Generalversammlung zur anderen beschränkt wurde. Die Bestätigung ihrer Wahl blieb dem Präsidenten vorbehalten, ja formell erhielt der Präsident das unbeschränkte Recht, die Bevollmächtigten zu ernennen, da die Polizei in ihrer Wahl ein Kennzeichen „selbständiger Vereine" entdeckt hatte. Doch wurde eine Kommission niedergesetzt, die etwaige Beschwerden über den Präsidenten entgegennehmen und der nächsten Generalversammlung übermitteln sollte. Um den polizeilichen Verfolgungen einen Riegel vorzuschieben, wurden auch sonst alle Ansätze zur „Zweigvereinsbildung" beseitigt, die Bezeichnung der örtlichen Mitgliedschaften als Gemeinden ausgemerzt, der einheitliche und geschlossene Charakter des **Vereins** in der Weise festgestellt, daß er in Leipzig seinen Sitz habe und dem sächsischen Vereinsgesetze unterliege, während an den einzelnen Orten nur **Versammlungen** der Mitglieder stattfinden dürften: Vorsichtsmaßregeln, die in Berlin und anderen Orten einen augenblicklichen Erfolg hatten, aber bei der Dehnbarkeit und Lückenhaftigkeit der deutschen Vereinsgesetze keinen dauernden Schutz vor polizeilicher Willkür gewähren konnten. Zur Sicherung einer guten Finanzverwaltung wurde unter Anderem angeordnet, daß mindestens die Hälfte der örtlichen Beiträge an die Vereinskasse abgeführt werden müßten und der Kassirer alle Monate die Namen der mit ihren Beiträgen rückständigen Orte im Sozialdemokraten veröffentlichen sollte. Das Kassireramt behielt J. M. Hirsch, doch da er bald darauf wegen Veröffentlichung des ersten sozialdemokratischen Liederbuchs verhaftet und zu mehrmonatlicher Gefängnißstrafe verurtheilt wurde, so ging es auf Bracke über. Zum Präsidenten wurde Schweitzer gewählt, und das Sekretariat an seinen Wohnort verlegt; an Stelle Audorfs, der im Jahre darauf nach Rußland ging, trat der Stenograph Roller.

Die erste Wirkung dieser Reorganisation bestand darin, mit der Gräfin Hatzfeldt reinen Tisch zu machen. Sie stiftete jetzt eine besondere Sekte unter

dem Namen des Lassalleschen Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. Es gelang ihr, etwa den sechsten Theil des alten Vereins abzusprengen, die Hauptmasse der Mitglieder im Königreiche Sachsen und einzelne Splitter in Kiel, Bremen und anderen Orten. Zum Präsidenten ließ sie Försterling wählen, neben ihm war ihre rechte Hand der junge Fritz Mende, ein kindischer und ganz unreifer Mensch, den die Berliner Bourgeoispresse als stümperhaften Reporter und die Berliner Polizei als gewitzten Zechpreller kannte. Es giebt keine Entschuldigung für die Art, in welcher sich die Gräfin an dem Andenken ihres todten Freundes versündigte. Ihr Treiben war nicht mehr gefährlich, denn es ließ sich vorhersehen, was sich auch wirklich erfüllte, daß die paar tausend ehrliche Arbeiter, welche sie mit Lassalles Namen verblendete, bald zu besserer Erkenntniß erwachen und dann zum alten Vereine zurückkehren oder sich der Sächsischen Volkspartei anschließen würden. Aber es war im höchsten Grade peinlich, daß die Bourgeoisie ein paar Jahre lang ihren stumpfen Witz an dem Unfuge schärfen konnte, den die Gräfin trieb.

Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein hatte mit den Beschlüssen der Braunschweiger Generalversammlung wieder die Spitze der sozialistischen Bewegung in Europa genommen. Ein Prüfstein dafür war der zweite Kongreß der Internationalen, der einige Zeit darauf, während der ersten Septemberwoche, in Lausanne tagte. Er war von 64 Delegirten besucht, der Mehrzahl nach Schweizern, dann 6 Deutschen, 6 Engländern, 17 Franzosen, 2 Italienern und 2 Belgiern. Unter den deutschen Delegirten befanden sich Albert Lange, Ludwig Büchner und Ladendorf.

Der Kongreß beschloß, daß die soziale Emanzipation der Arbeiterklasse unzertrennlich von ihrer politischen Emanzipation, daß die Eroberung der politischen Freiheit die erste und absolute Nothwendigkeit sei. Das stimmte ganz mit dem Braunschweiger Programm überein. Aber dann zeigten sich auf dem Kongresse der Internationalen tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten über das Gemeineigenthum am Grund und Boden, über das sich der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein längst klar war. Diese sozialistische Forderung stand nicht unmittelbar auf der Tagesordnung des Lausanner Kongresses, aber sie brach bei mehreren Anlässen durch, sowohl bei der nochmals aufgenommenen Frage der Kooperativgesellschaften, über welche der Kongreß beschloß, daß sie, auf die kapitalistische Gesellschaft beschränkt, einen ganz elenden fünften Stand bilden würden, als auch bei der von dem Kongresse bejahten Frage, ob die Transport- und Verkehrsmittel verstaatlicht werden sollten. Namentlich die Franzosen traten leidenschaftlich für das individuelle Eigenthum am Grund und Boden ein, während Andere, die das Gemeineigenthum befürworteten, wie Ladendorf, von der kommunistisch-revolutionären Auffassung des Gedankens weit entfernt waren. Fast nur Eccarius und Leßner, die alten Mitglieder des Kommunistenbundes, die jetzt im Generalrathe der Internationalen saßen, behandelten die Frage so gründlich und klar, wie Schweitzer sie schon anderthalb Jahre früher in seiner Erfurter Rede behandelt hatte.

Einen Monat später trat in Gera der vierte Vereinstag der deutschen Arbeitervereine zusammen. In seinen Verhandlungen begannen sich jetzt die Geister immer schärfer zu scheiden. Uhlich brachte eine Reihe von Resolutionen ein, wonach die Volksschule den „ewigen Gesetzen der Menschenseele“ gemäß eingerichtet werden solle, und Löb Sonnemann überraschte den Vereinstag durch die interessante Mittheilung, daß er nun endlich die soziale Frage gelöst und in der Frankfurter Sozietätsdruckerei eine Produktivgenossenschaft eingerichtet habe, worin er einfacher „Mitarbeiter“ der Setzer sei, die in brüderlicher Gemeinschaft mit ihm nach fünf Jahren das Geschäft besitzen würden. Wie sich von selbst versteht, handelte es sich um einen greulichen Schwindel, die Frankfurter Sozietätsdruckerei ist heute ein Millionenunternehmen, in welchem der „Arbeiterfreund“ Löb Sonnemann „seine“ Setzer nach Noten ausbeutet. Gegenüber diesen widerlichen Hänswurstereien schilderte Bebel in seiner beredten Weise das furchtbare Unglück im Lugauer Steinkohlenbergwerke, wo über hundert Arbeiter der verbrecherischen Profitgier des Kapitals und der schuldvollen Pflichtvergessenheit der sächsischen Bergpolizei zum Opfer gefallen waren, während der Tuchmacher Motteler in einem ergreifenden Berichte das namenlose Elend der fabrikmäßigen Kinderarbeit entrollte. Beide verlangten das rücksichtslose Einschreiten der Staatsgewalt gegen die Ausbeutungswuth des Kapitals. Die kräftigeren Elemente der Arbeitervereine drängte es unaufhaltsam zu engerem Zusammenschlusse, als er bisher durch den über ganz Deutschland zerstreuten Ausschuß hergestellt worden war. Die Schlingen der deutschen Vereinsgesetze mußten auch hier durch allerlei subtile Unterscheidungen umgangen werden. Einer der größeren Vereine wurde damit betraut, die allgemeinen Angelegenheiten des Vereinstags zu besorgen; der Sitz dieses Vereins wurde der Vorort des Vereinstags; seinen Ausschuß bildeten fortan sieben Mitglieder, von denen sechs Beisitzer von dem leitenden Verein aus seiner Mitte gewählt werden sollten, der Vorsitzende aber von dem Vereinstage selbst. Im Wesen der Sache handelte es sich um die Frage, ob der Vereinstag unter kapitalistischer Vormundschaft bleiben oder in proletarischer Selbständigkeit sich entwickeln wolle. Bei der Wahl des Vorsitzenden standen sich Bebel und Max Hirsch als Kandidaten gegenüber. Bebel siegte mit namhafter Mehrheit, ein großer Schritt vorwärts war gethan.

Inzwischen ging die Reorganisation des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins rüstig voran. Am 22. November tagte in Berlin die sechste Generalversammlung, auf der 3408 Mitglieder durch 20 Delegirte vertreten wurden. Die Mitgliederzahl schwankte noch immer etwas im Ungewissen; die Generalversammlung stand für diesmal noch von der praktischen Ausführung des Braunschweiger Beschlusses ab, wonach nur die Delegirten solcher Orte zugelassen werden sollten, die ihren Verpflichtungen gegen die Vereinskasse nachgekommen seien. Aber die Kassenverhältnisse waren durch Bracke schon in musterhafte Ordnung gebracht worden, die Abonnenten des Sozialdemokraten hatten sich seit dem Anfange des Jahres nahezu verdreifacht. Sie waren von 450 auf 1200

gestiegen; bis zu 10 Exemplaren bezogen 83, bis zu 25 Exemplaren 25 Orte, voran marschirten Frankfurt mit etwa 50, Elberfeld-Barmen mit etwa 175 und namentlich Hamburg mit etwa 375 Exemplaren. Die einstimmige Wiederwahl Schweitzers zum Präsidenten war von selbst gegeben. Jedoch nahm die Generalversammlung eine tiefgreifende, schon in Braunschweig geplante, aber damals noch verschobene Aenderung an den Statuten vor: der Präsident sollte fortan durch Urabstimmung der Mitglieder mindestens sechs Wochen vor jeder ordentlichen Generalversammlung gewählt werden. Der Beschluß wurde mit 2264 gegen 838 Stimmen gefaßt, während 306 Stimmen, die Schweitzer führte, sich der Abstimmung enthielten. In der Opposition befanden sich besonders die Hamburger und die Iserlohner Mitglieder. Bestimmt, die thatsächliche Diktatur des Präsidenten möglichst zu demokratisiren, war der Beschluß doch sehr zweischneidig, er verstärkte die Macht des Präsidenten gegenüber den anderen Beamten und Behörden des Vereins.

Einstweilen trübte noch keine Wolke die wiederhergestellte Eintracht. Schweitzer, der immer darauf bedacht war, das selbständige Denken der Arbeiter zu befördern, veranstaltete bei dieser Generalversammlung zum ersten Male eine öffentliche Sitzung, in der eine Reihe von wichtigen Problemen debattirt wurde. Die Tagesordnung war etwas zu reichlich besetzt: über Preußen und die deutsche Frage, das allgemeine Wahlrecht, die Aufhebung der Wuchergesetze, die Frauenarbeit, die Zuchthausarbeit, die Verfälschung der Lebensmittel und die Reklame, den Normalarbeitstag und die englische Fabrikgesetzgebung sollte verhandelt werden. Es konnte nicht fehlen, daß dabei manches einseitige und oberflächliche Urtheil laut wurde, aber die eiserne Ausdauer der Redner und Hörer imponirte deshalb nicht weniger den einsichtigeren Organen der bürgerlichen Presse. Sie schrieben: Allen Respekt vor diesen Sozialdemokraten! Wo haben bisher Männer aus dem Volke elf Stunden eines einzigen Tages in sehr mäßig erwärmten Räumen ausgeharrt, um Reformfragen zu diskutiren? Auf den großen Kongressen der verschiedenen Wissenschaften wissen sich's die Leute bequemer zu machen und die geistigen Anstrengungen durch zeitgemäße leibliche Erquickung zu mildern.

Zu der gehobenen Stimmung dieser Generalversammlung trug nicht wenig bei, daß der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein eben seinen ersten parlamentarischen Feldzug nicht ohne Verlust, aber doch mit Ehren bestanden hatte.

V. Die parlamentarischen Anfänge der Sozialdemokratie.

Die Verfassung, welche der am 12. Februar gewählte Reichstag mit den verbündeten Regierungen des norddeutschen Bundes berathen hatte, war ganz nach Bismarcks Vorschriften ausgefallen. Die Hauptschuld daran trug die Bourgeoisie der annektirten oder auch noch nicht annektirten Mittel- und Kleinstaaten, die alle Finger nach den Herrlichkeiten eines einheitlichen und großen Wirthschafts-

gebiets schleckte; wie sie dem seligen Nationalvereine die lautesten Schreier gestellt hatte, so stellte sie jetzt in denselben „Staatsmännern“ dem preußischen Absolutismus die kläglichsten Ueberläufer. Die Reste der alten Fortschrittler jammerten in einem offiziellen Aktenstücke mit berechtigtem Zorne, wenn auch konfus wie immer: „Die neue Verfassung hat der Regierung mehr Rechte gegeben, dem Volke mehr Rechte genommen, als sie besaßen.“ Aber das allgemeine Wahlrecht war wenigstens erhalten geblieben, mochte auch Bismarck die dauernde Versagung von Diäten zur Kabinetsfrage gemacht und durchgesetzt haben. Wir werden unsere Abgeordneten schon nicht verhungern lassen, sagten die Arbeiter und gingen frischen Muthes von Neuem ans Werk, als am 31. August 1867 der norddeutsche Reichstag gewählt wurde, für den in der neuen Bundesverfassung eine dreijährige Gesetzgebungsperiode vorgesehen worden war.

Die ziffernmäßigen Wahlerfolge der Sozialdemokratie blieben diesmal noch ziemlich weit hinter dem zurück, was sie in den Februarwahlen erreicht hatte. Mit Ausnahme des Kreises Essen und der Stadt Hannover, die zum ersten Male mit je 1100 Stimmen auf den Kampfplatz traten, wurde kein neuer Boden erobert, und mit Ausnahme der Städte Elberfeld-Barmen, wo Schweitzer auf den ersten Schlag 6110 Stimmen gewann, wurde nirgends eine gleich hohe Stimmenzahl erreicht, wie sechs Monate vorher. Selbst die stets erprobte Veste Hamburg, wo diesmal der Buchhändler August Geib kandidirte, brachte nur wenig über 2000 Stimmen auf. Jedoch mitten in den frischen Hoffnungen seiner kräftig fortschreitenden Reorganisation empfand der Verein diesmal keine besondere Enttäuschung, und zwar um so weniger, als alle übrigen Parteien über eine noch weit größere Abspannung zu klagen hatten. Wie in Elberfeld-Barmen, so kam Schweitzer auch in Reichenbach-Neurode zur Stichwahl, obgleich er in diesem Kreise kaum halb so viele Stimmen erhalten hatte, wie im Februar. Ferner standen Hasenclever in Essen gegen den konservativen Landrath Devens und Reincke in Lennep-Mettmann gegen die alte Ruine Ludolf Camphausen zur engeren Wahl. Reincke, der während des Sommers mit dem Fortschrittler Harkort in westfälischen Blättern eine lange Fehde über die Berechtigung des Sozialismus ausgefochten und dadurch die dankbare Anerkennung der Arbeiter gewonnen hatte, war in einer ganzen Reihe rheinisch-westfälischer Wahlkreise als sozialdemokratischer Kandidat aufgestellt worden, außer in Lennep-Mettmann auch in Düsseldorf, Müllheim, Duisburg, Solingen und Hagen. Vergebens machte Schweitzer, dem die Braunschweiger Generalversammlung die Leitung der Wahlen anvertraut hatte, die Arbeiter darauf aufmerksam, daß sie nicht so zimperlich vor Arbeiterkandidaturen zurückscheuen sollten; die Meinung, daß ein Arbeiter nicht genug Ansehen zum Parlamentskandidaten habe, sei ein „verfluchtes Vorurtheil“, das mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden müsse, da es die herrschenden Klassen nur in ihrem eigenen Interesse den Arbeitern eingeflößt hätten. Wie so oft, sollte sich auch in diesem Falle erst die praktische Erfahrung als wirksame Lehrmeisterin erweisen.

Für die Stichwahlen hatte Schweitzer die Parole ausgegeben, daß die Arbeiter sich an ihnen unter allen Umständen betheiligen sollten, wenn es sich auch nur um zwei bürgerliche Kandidaten handle: aus dem prinzipiellen Grunde, weil die Arbeiter bei dem unlöslichen Zusammenhange des Politischen und Sozialen doch immer irgend ein Interesse daran hätten, ob dieser oder jener Kandidat siege, aus dem praktischen Grunde, weil eine politische Partei sich bei jeder Gelegenheit geltend machen müsse. Für die Frage, welche der streitenden Parteien die Arbeiter unterstützen sollten, sei in erster Reihe maßgebend, wie sich diese Parteien, besonders während der Hauptwahl, gegen die Arbeiter verhalten hätten. Als junge Partei habe die Sozialdemokratie vor allem festen Fuß zu fassen und das Verleumdungssystem zu zerbrechen, durch das die alten Parteien sie niederhalten wollten. In Düsseldorf hätten beispielsweise bei den Februarwahlen die Arbeiter den Sieg der Fortschrittspartei entschieden, gleichwohl habe die in Düsseldorf erscheinende Rheinische Zeitung den ganzen Sommer hindurch nichts als hämische Schimpfartikel über die Arbeiterbewegung gebracht. Diese infame Kampfweise müsse den Liberalen abgewöhnt werden; wo sie sich ihrer schuldig machten, hätten die Arbeiter bei Stichwahlen unbedingt für den gegnerischen Kandidaten zu stimmen; die Förderung der Parteisache gehe jeder anderen Rücksicht vor. Wo aber die Liberalen in ehrlicher und sachlicher Weise die Arbeiterpartei befehdeten, was selbstverständlich ihr Recht sei, da hätten die Arbeiter bei Stichwahlen für die liberalen Kandidaten zu stimmen, wobei jedoch die sogenannten Nationalliberalen nicht zu den Liberalen gerechnet werden dürften. Sie seien weiter nichts als scheinheilige Reaktionäre im liberalen Schafspelze und noch gemeinschädlicher als offene Konservative.

Nach diesen Gesichtspunkten wurden die Stichwahlen im bergisch-märkischen Industriebezirke behandelt. In Düsseldorf halfen die Arbeiter dem Bismärcker Michaelis zum Siege über den fortschrittlichen Kandidaten Bürgers, während ein Theil der konservativen und nationalliberalen Wähler in Elberfeld-Barmen den Sieg Schweitzers gegen den fortschrittlichen Kandidaten Löwe-Kalbe durchsetzte. Diese von der sozialdemokratischen Partei beobachtete Taktik ist damals von verschiedenen Seiten heftig getadelt worden, und gewiß hatte sie ihre Bedenken. Nur war es falsch, zu sagen, daß sie auf irgend welchen heimlichen und verrätherischen Abmachungen mit der konservativen Partei oder der Regierung beruhen sollte. Sie war vielmehr lange vor der Hauptwahl öffentlich im Sozialdemokraten proklamirt worden, nicht als eine grundsätzlich richtige, sondern im Gegentheile als eine grundsätzlich unrichtige, aber in bestimmten Nothfällen durch die prinziplos unwürdige Politik der Fortschrittspartei erzwungene Taktik. Und jedenfalls hatte sie den Vorzug, den Zweck zu erreichen, den sie erreichen sollte. Sobald die Fortschrittspartei sah, daß die Arbeiter sich nicht als willenloses Stimmvieh mit Fußtritten abspeisen ließen, bequemte sie sich zu anständigen Manieren. Nach gegenseitigem Uebereinkommen stimmten die sozialdemokratischen Wähler in Hagen und Solingen für die fortschrittlichen, die fortschrittlichen Wähler aber in Essen und Lennep-Mettmann für die sozialdemokratischen Kandidaten. Das thatsächliche

Ergebniß war, daß Harkort in Hagen und Reincke in Lennep-Mettmann siegten, während Hasenclever in Essen und Eugen Richter in Solingen durchfielen. In Reichenbach-Neurode unterlag Schweitzer dem liberalen Kandidaten Twesten.

Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein hatte somit zwei Sitze im norddeutschen Reichstage erobert. Die Sächsische Volkspartei aber behauptete nicht nur die Wahlkreise Glauchau-Meerane und Zwickau-Crimmitschau, sondern gewann noch zwei neue Sitze dazu; Liebknecht siegte in Stollberg-Schneeberg und der Arzt Götz im Leipziger Landkreise. Unter nicht ganz zweifelsfreien Umständen gewann Försterling den Wahlkreis Chemnitz. Er kämpfte mit einem großdeutschen Demokraten in der Stichwahl, und es hieß damals, daß die 3500 Stimmen, die Försterling bei der engeren Wahl mehr erhielt, als bei der allgemeinen Wahl, theilweise von arbeiterfeindlicher Seite herrührten, die durch das voraussichtliche Auftreten Försterlings im Reichstage die sozialdemokratische Sache schädigen zu können hofften.

Ob dem nun so war oder nicht, jedenfalls machte sich Försterling, als der Reichstag am 10. September zu seiner ersten Session zusammentrat, gleich bei der Adreßdebatte durch ein gedankenloses Herplappern einzelner Brocken aus Lassalles Schriften parlamentarisch unmöglich. Aber auch der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein verlor einen seiner Abgeordneten, indem Reincke die erste beste Gelegenheit benützte, um den proletarischen Klassenkampf zu verleugnen, um zu erklären, daß die Aufgabe des Sozialismus durchaus nicht sei, Bourgeoisie und Proletariat auseinander zu hetzen, sondern zu versöhnen. Es blieb dem Verein nichts übrig, als zwischen sich und diesem parlamentarischen Vertreter einfach das Tischtuch zu zerschneiden, was auf der Berliner Generalversammlung geschah. Götz und Schraps waren im Wesentlichen bürgerliche Demokraten, die sich mit der schärferen Zuspitzung des proletarischen Klassenkampfes bald zu erbitterten Gegnern der Sozialdemokratie entwickelten, während Bebel sich noch in der Mauserung von bürgerlich-radikalen zu sozialdemokratischen Anschauungen befand. So lag die parlamentarische Vertretung des proletarisch-revolutionären Standpunkts vorwiegend in Liebknechts und Schweitzers Händen, und zwischen ihnen flammte sofort der alte Streit über die richtige Taktik auf.

Liebknecht sah in dem norddeutschen Bunde ein reaktionäres Werk der Gewalt und des Unrechts, das unter allen Umständen zertrümmert werden müsse; um es nicht noch zu stärken, verwarf er jede praktische Mitarbeit an den gesetzgeberischen Aufgaben des Reichstags; die parlamentarische Tribüne war ihm nur eine Stätte, von wo er seinen Protest gegen die neue Gestaltung der deutschen Dinge in die Massen schleudern konnte. Schweitzer dagegen faßte den norddeutschen Bund als eine sehr unerfreuliche und sehr unwillkommene, aber dennoch unwiderrufliche Thatsache auf, mit welcher die Sozialdemokratie sich abzufinden, auf deren Boden sie sich als äußerste Opposition einzurichten habe, wenn sie eine politische Partei bleiben wolle. Während Liebknecht ihn als „Doppelgänger Wageners" verspottete, sagte Schweitzer nicht, daß Liebknecht im Dienste oder im Interesse der depossedirten Fürsten und der österreichischen Regierung arbeite, wohl aber sagte er, daß er

den Standpunkt Liebknechts nicht theilen könne, weil die Zertrümmerung des norddeutschen Bundes nach der Ausreißerei der Bourgeoisie ins Bismärckische Lager nicht mehr möglich sei, es sei denn durch die Gewalt des Auslandes, was aus dem Regen unter die Traufe kommen heiße. Gegenüber den bonapartistischen Umtrieben und den Revanchegelüsten des zum österreichischen Premier avanzirten Beust mußte nach Schweitzers Ansicht die Arbeiterklasse mit allen anderen Klassen der Nation zusammenstehen, während Liebknecht in der Bedrängung Bismarcks durch Bonaparte und Beust das logische Schicksal einer gewaltthätigen Eroberungspolitik sah.

Dem entsprechend ergriff Liebknecht am 17. Oktober das Wort, bei der Berathung des neuen Bundesgesetzes über die Verpflichtung zum Kriegsdienste, um auszuführen, daß die Geschichte hinwegschreiten werde über das Gewaltwerk des norddeutschen Bundes, das nichts anderes bedeute als die Theilung, Schwächung und Knechtung Deutschlands, daß sie hinwegschreiten werde über den norddeutschen Reichstag, der nichts sei als ein Feigenblatt des Absolutismus. Liebknecht protestirte gegen die stehenden Heere als die Werkzeuge solcher Gewaltpolitik, wie Bismarck sie betrieben habe; eine Resolution auf Einrichtung einer Volkswehr nach schweizerischem Muster brachte er nur deshalb nicht ein, weil er sich bei dem Versuche, sie einzubringen, in den Schlingen der Geschäftsordnung verfangen hatte. Die Rede Liebknechts traf mit unbarmherziger Geißel alle wunden Stellen der Revolution von Oben, und das wahnsinnige Geheul, womit die satten Patrioten der herrschenden Klassen um den Redner tobten, ehrte seinen Muth doppelt. Aber die Lauterkeit und Schärfe einer Kritik verbürgt noch nicht in jedem Punkte ihre Richtigkeit. Sah Liebknecht voraus, daß Bismarck sich mit Bonaparte zu messen haben und das Schicksal des norddeutschen Bundes dann in der Wage des Kriegsglückes ruhen werde, so sah Schweitzer noch etwas weiter voraus, daß sich diese Wage zu Gunsten Bismarcks senken müsse, nach dem ganzen Stande der historischen Entwicklung.

Schweitzer meldete sich nach Liebknechts Rede zum Worte, um das hervorzuheben, was ihn von Liebknechts Auffassung trennte. Damals bestand noch die Rednerliste, in welche sich Schweitzer gegen die Vorlage einschreiben ließ. Als dann ein Schlußantrag einlief, wurde vor der Abstimmung darüber die Rednerliste verlesen, und es ergab sich, daß Schweitzer unter den gegen das Gesetz eingezeichneten Rednern an neunter Stelle stand, während für das Gesetz nur noch zwei Redner eingetragen waren. Schweitzer ließ sich nun, um überhaupt noch zum Worte zu kommen, auf die Seite der Redner übertragen, die für das Gesetz sprechen wollten, eine parlamentarische Praxis, die, so lange die Rednerliste bestand, bei allen Parteien gang und gebe war, wenn es sich um die Abgabe irgend einer kurzen Berichtigung oder Erklärung handelte, die den eigentlichen Gegenstand der Berathung nicht berührte. Die völlig gleichgiltige Episode würde heute nicht mehr der geringsten Erwähnung werth sein, wenn sie nicht von jeher einen Hauptbeweis für Schweitzers angeblichen Verrath gebildet hätte. Er war „für“ den preußischen Militarismus eingetreten, die amtliche Rednerliste des Reichstags lieferte ja den urkundlichen Beweis.

Thatsächlich hat Schweitzer für das Bundesgesetz über die Verpflichtung zum Kriegsdienste weder gesprochen noch gestimmt. Er gab einfach eine kurze Erklärung ab, von welcher er mit Recht sagen durfte, daß er sie im Namen der Tausende von Arbeitern abgebe, die ihn zu ihrem Führer erwählt hätten: eine Erklärung des Sinnes, daß er mit Liebknecht zwar in der Opposition gegen die inneren Zustände des norddeutschen Bundes, aber nicht in dem Bestreben übereinstimme, diesen Bund selbst zu zertrümmern. Er betonte namentlich, daß er und die Arbeiter seiner Richtung dem Auslande gegenüber auf preußischer Seite ständen. Wenn er dabei den bedenklichen Ausdruck gebrauchte, er wolle nicht die Eigenschaften Preußens bemäkeln, die im vorigen Jahre eine feindliche Welt bewundernd anerkannt habe, so war diese Uebertreibung hervorgerufen durch Liebknechts Uebertreibung, daß der norddeutsche Bund im Auslande noch verachteter sei, als der Bundestag seligen Angedenkens. Heute wo diese Gegensätze längst der Geschichte angehören, wäre es unbillig, an den Worten des Einen oder des Anderen zu klauben. Jedoch Liebknechts Ansicht, daß jeder, der mit Schweitzer das Werk der Blut- und Eisenpolitik anerkenne, durch eine breite unübersteigliche Kluft von der Sozialdemokratie getrennt sei, stimmte nur so, daß damals eine breite, aber nicht unübersteigliche Kluft mitten durch das klassenbewußte Proletariat lief. Sie war eingeebnet, ehe noch ein Jahrzehnt ins Land ging.

Im Grunde lief der neue Zwist zwischen Liebknecht und Schweitzer auf ihre alte Meinungsverschiedenheit hinaus. Liebknechts Rede war eine rein propagandistische Kundgebung; als in der Konfliktszeit radikale Demokraten für eine schweizerische Volkswehr schwärmten, schrieb Engels achselzuckend: „Wie man sich die Sache vorstellt, ist sie heute für ein Land von 18 Millionen Einwohnern und sehr exponirten Grenzen unmöglich, und selbst für andere Verhältnisse nicht in dieser Weise möglich.“ Gewiß wußte das auch Liebknecht sehr gut, ihm kam es eben nur auf die Propaganda demokratischer Ideale an. Dagegen vertrat Schweitzer die Ansicht, daß eine politische Arbeiterpartei eine praktische Politik treiben müsse, praktische Politik natürlich nicht im Sinne irgend einer bürgerlichen Rechnungsträgerei, sondern von prinzipiell-proletarischem Boden aus. Er stimmte gegen das Militärgesetz, aber er glaubte nicht an ihm, sondern an einer anderen Stelle den parlamentarischen Hebel ansetzen zu sollen, um etwas für die Arbeiterklasse zu erreichen.

Nicht auf militärischem, sondern auf wirthschaftlichem Gebiete lag der Schwerpunkt des norddeutschen Reichstags. Dies schwache Parlament konnte nichts daran ändern, daß die militärischen Einrichtungen Preußens auf den Mittelstaat Sachsen und die paar Dutzend Kleinstaaten erstreckt wurden, die zum norddeutschen Bunde gehörten. Wohl aber konnte es einen Ton mitreden bei der wirthschaftlichen Gesetzgebung, die einigermaßen mit dem feudal-zünftigen Schutt aufräumen sollte. Die Befriedigung ihrer materiellen Interessen war der Preis, um den die Bourgeoisie ihre politischen Ideale an Bismarck verschachert hatte, der Preis, den Bismarck zahlen mußte und auch zahlen wollte. Der Bour-

geoisie, die den Boden ebnete, auf dem sie das Proletariat um so gründlicher auszubeuten gedachte, sofort mit den unverjährbaren Ansprüchen der Arbeiterklasse in den Weg zu treten, das war nach Schweitzers Ansicht die praktische Politik, welche die sozialdemokratischen Abgeordneten im norddeutschen Reichstage befolgen mußten.

Bei der Aufhebung der Wuchergesetze brachte Schweitzer nach dem Muster der englischen Gesetzgebung den Antrag ein, daß der Wucher bei Darlehen unter hundert Thalern verboten bleiben sollte und begründete ihn in einer vortrefflichen Rede, die zum ersten Male in einem deutschen Parlamente einige Hauptgesichtspunkte des wissenschaftlichen Kommunismus entwickelte. Nicht minder gut vertheidigte er einen Antrag der Fortschrittspartei auf Beseitigung der Koalitionsverbote. Seine parlamentarische Hauptarbeit in der kurzen Session war jedoch ein Gesetz zum Schutze der Arbeit gegen das Kapital. Der Entwurf bestand aus 47 Paragraphen, die theilweise nur zusammenstellten, was die preußische Gesetzgebung bereits über das Verbot der Kinderarbeit und des Trucksystems verfügt hatte, darüber hinaus aber den zehnstündigen Arbeitstag für alle erwachsenen Arbeiter, die Einsetzung von Fabrikinspektoren mit ausgiebig bemessenen Befugnissen und endlich auch ständige Parlamentskommissionen „zur Erhebung und Feststellung der im Gebiete des norddeutschen Bundes vorhandenen städtischen und ländlichen Arbeiterverhältnisse“ forderten. Das Gesetz sollte sich auf alle Unternehmungen erstrecken, die mindestens zehn Lohnarbeiter beschäftigten, und zwar nicht nur auf die Fabriken im engeren Sinne, sondern auch auf landwirthschaftliche Güter, Schiffswerften, Eisenbahnen, Dampfschiffe, endlich auch auf die Hausindustrie. Fußend auf den Erfahrungen der englischen Fabrikgesetzgebung, legte Schweitzer das Hauptgewicht auf die Einrichtung einer wirksamen Fabrikaufsicht, womit viel mehr erreicht war, als mit den weitgreifendsten Verboten und Strafandrohungen, die auf dem geduldigen Papiere der Gesetzsammlung ein beschauliches Dasein führten. Einzelne fortschrittliche Abgeordnete, denen Schweitzer seinen Entwurf vorlegte, meinten überlegen, das sei ja gar nichts, und sie würden verschärfende Amendements stellen. Worauf Schweitzer, der diese Pappenheimer kannte, trocken erwiderte: Soll mich freuen.

Zunächst suchte er die 15 Unterschriften, deren er zur Einbringung seines Entwurfs bedurfte, bei den Abgeordneten, die von Arbeitern gewählt worden waren. Jedoch lehnten Försterling und Reincke ab, während Liebknecht für sich und seine engeren Gesinnungsgenossen erklärte, sie könnten keinen Antrag unterschreiben, der den norddeutschen Bund durch wichtige Einrichtungen stützen wolle. Schweitzer wandte sich nun an die weisen Kritiker der Fortschrittspartei, die ihre Unterschriften auch zusagten, aber schon am nächsten Tage auf Grund eines Fraktionsbeschlusses ihre Zusagen zurücknahmen. Genau dasselbe Spiel wiederholte sich bei den Nationalliberalen: erst Zusage, dann Fraktionsbeschluß und endlich Ablehnung. Williger zeigten sich die Konservativen, aber nur unter der Bedingung, daß die ländlichen Arbeiter ausgeschieden würden, worauf Schweitzer natürlich nicht einging. Endlich nach unsäglicher Mühe setzte Schweitzer durch,

daß die Fortschrittler, die Nationalliberalen und die Konservativen sich verpflichteten, je 5 Mann aufstehen zu lassen, wenn der Präsident die Unterstützungsfrage stelle. Aber der Präsident Simson, ein öliger Schönredner und eingefleischter Bourgeois, der sich immer der ungeschminktesten Parteilichkeit gegen die parlamentarischen Vertreter des Proletariats befliß, erklärte nunmehr, das genüge ihm nicht, er wolle 15 Unterschriften sehen. Nun neue Versuche Schweitzers, neue Ausflüchte der Parteien und neue Halsstarrigkeit des Präsidenten, bis der Schluß der kurzen Session die angstschwitzenden Patrioten erlöste.

Von Liebknecht und Anderen ist später der Vorwurf erhoben worden, Schweitzer habe durch diesen Entwurf die Arbeiterbewegung in Bismarcks Hände spielen wollen und dabei mit Wagener unter einer Decke gesteckt. Nun fußte der Entwurf durchaus auf der englischen Fabrikgesetzgebung und enthielt nichts, was nicht ganz ebenso in späteren sozialdemokratischen Arbeiterschutzgesetzentwürfen wiedergekehrt wäre. Bismarck für seine Person gehörte damals wie immer zu den wüthendsten Gegnern jedes gesetzlichen Arbeiterschutzes, und der neue Bundesrath, die Vertretung der Regierungen, kümmerte sich nicht im Mindesten um Schweitzers Entwurf, ja warf selbst den vom Reichstage angenommenen Antrag der Fortschrittspartei auf Beseitigung der Koalitionsverbote vorläufig in den Papierkorb. Daß Schweitzer wie mit den Fortschrittlern und Nationalliberalen, so auch mit den Konservativen über die Unterstützungsfrage verhandelt hat, ist richtig und von ihm selbst sofort mit aller Ausführlichkeit im Sozialdemokraten berichtet worden, auch ist es wahrscheinlich genug, daß er bei dieser Gelegenheit mit Wagener gesprochen hat. Aber er verzichtete lieber auf die konservative Unterstützung, als daß er sie durch ein prinzipwidriges Zugeständniß erkaufte, und so ist nicht abzusehen, welcher Vorwurf ihn treffen soll. Er hatte einfach nach der Auffassung gehandelt, die der Genfer Kongreß der Internationalen im vorigen Jahre mit den Worten kundgegeben hatte, daß Arbeiterschutzgesetze nicht die regierende Macht stärkten, sondern sie vielmehr in ein Werkzeug der Arbeiterklasse verwandelten.

Siebentes Kapitel.

Das Hauptwerk des wissenschaftlichen Kommunismus.

Das Jahr 1867 macht auch dadurch Epoche in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, daß es den ersten und auf lange hinaus einzigen Band des großen Werkes erscheinen sah, durch das Marx seine Kritik der politischen Oekonomie zu klassischer Vollendung brachte. Indem Marx den Produktionsprozeß des Kapitals schilderte, erklomm er die Höhe, von der aus das ganze Gebiet der modernen sozialen Verhältnisse klar und übersichtlich dalag, wie die niederen Berglandschaften vor dem Bergsteiger, der auf der höchsten Kuppe steht.

Im ersten Abschnitte seines neuen Werkes faßte Marx noch einmal zusammen, was er in der Schrift von 1859 über Waare und Geld dargelegt hatte. Und zwar in einer noch ungleich reicheren Darstellung, in einem weltenweit gespannten Rahmen und in einem Bilde voll haarscharfer Schattirungen. Weniges in der Weltliteratur läßt sich an literarischer Meisterschaft mit diesen Kapiteln vergleichen. Ihre vielverschriene Schwerverständlichkeit gilt nur für den Leser, der noch nicht dialektisch geschult ist; bei ernsthafter Bemühung erschließt sich jedem gesunden Verstande diese Quelle der Erkenntniß, die aus der Tiefe des menschheitlichen Werdeprozesses sprudelt nnd dabei so klar und rein ist, daß man jedes Sandkorn auf ihrem Grunde zählen kann.

Marx ging dann zu der Untersuchung über, wie sich Geld in Kapital verwandelt. Tauschen sich in der Waarenzirkulation gleiche Werthe gegeneinander aus, wie kann der Geldbesitzer Waaren zu ihrem Werthe kaufen und zu ihrem Werthe verkaufen, dennoch aber mehr Werth herausziehen, als er hineinwarf? Er kann es deshalb, weil er unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnissen auf dem Waarenmarkt eine Waare von so eigenthümlicher Beschaffenheit vorfindet, daß ihr Verbrauch eine Quelle von neuem Werth ist. Diese Waare ist die — Arbeitskraft. Damit löste Marx das Räthsel, an dem die klassische Oekonomie gescheitert war und der kleinbürgerliche Sozialismus sich vergebens abgequält hatte, damit erklärte er den Unterschied zwischen dem Arbeits l o h n und dem Arbeits p r o d u k t, der dem kapitalistischen Werthgesetze so schreiend zu widersprechen schien.

Die Arbeitskraft existirt in der Gestalt des lebendigen Arbeiters, der zu seiner Existenz sowie zur Erhaltung seiner Familie, welche die Fortdauer der Arbeitskraft auch nach seinem Tode sichert, einer bestimmten Summe von Lebensmitteln bedarf. Die zur Hervorbringung dieser Lebensmittel nöthige Arbeitszeit stellt den Werth der Arbeitskraft dar. Dieser im Lohne gezahlte Werth ist aber weit geringer, als der Werth, den der Käufer der Arbeitskraft aus ihr zu pumpen vermag. Die Mehrarbeit des Arbeiters über die zur Ersetzung seines Lohnes nöthige Zeit hinaus ist die Quelle des Mehrwerths, der stets wachsenden Anschwellung des Kapitals. Die unbezahlte Arbeit des Arbeiters erhält alle nichtarbeitenden Mitglieder der Gesellschaft, aus ihr werden die Grundrenten der Grundbesitzer, die Profite der Kapitalisten, die Staats- und Gemeindesteuern bestritten, die von den besitzenden Klassen aufgebracht werden; auf ihr beruht der ganze gesellschaftliche Zustand, in dem wir leben.

Zwar ist die unbezahlte Arbeit an sich keine Eigenthümlichkeit der modernen bürgerlichen Gesellschaft. So lange es besitzende und besitzlose Klassen giebt, hat die besitzlose Klasse stets unbezahlte Arbeit liefern müssen. So lange ein Theil der Gesellschaft das Monopol der Produktionsmittel besitzt, muß der Arbeiter, frei oder unfrei, der zu seiner Selbsterhaltung nöthigen Arbeitszeit überschüssige Arbeitszeit zusetzen, um die Lebensmittel für die Eigner der Produktionsmittel zu produziren. Die Lohnarbeit ist nur eine besondere historische Form des seit

der Klassenscheidung herrschenden Systems unbezahlter Arbeit, eine besondere historische Form, die als solche untersucht werden muß, um richtig verstanden zu werden.

Zur Verwandlung von Geld in Kapital muß der Geldbesitzer den freien Arbeiter auf dem Waarenmarkte vorfinden, frei in dem Doppelsinn, daß er als freie Person über seine Arbeitskraft als seine Waare verfügt und daß er andere Waaren nicht zu verkaufen hat, daß er los und ledig ist von allen zur Verwirklichung seiner Arbeitskraft nöthigen Sachen. Es ist kein naturgeschichtliches Verhältniß, denn die Natur produzirt nicht auf der einen Seite Geld- oder Waarenbesitzer und auf der anderen Seite bloße Besitzer der eigenen Arbeitskraft. Es ist aber auch kein gesellschaftliches Verhältniß, das allen Geschichtsperioden gemeinsam wäre, sondern das Ergebniß einer langen historischen Entwicklung, das Produkt vieler ökonomischer Umwälzungen, des Untergangs einer ganzen Reihe älterer Formationen der gesellschaftlichen Produktion.

Die Waarenzirkulation ist der Ausgangspunkt des Kapitals. Waarenproduktion, Waarenzirkulation und entwickelte Waarenzirkulation, Handel, bilden die historischen Voraussetzungen, unter denen es entsteht. Von der Schöpfung des modernen Welthandels und Weltmarktes im 16. Jahrhundert datirt die moderne Lebensgeschichte des Kapitals. Die Illusion der Vulgärökonomen, als habe es einmal eine fleißige Elite gegeben, die Reichthum akkumulirte, und eine Masse faullenzender Lumpen, die schließlich nichts zu verkaufen hatten, als ihre eigene Haut, ist eine fade Kinderei: eine ebenso fade Kinderei, wie das Halbdunkel, in dem die bürgerlichen Historiker die Auflösung der feudalen Produktionsweise ausschließlich darstellen als Emanzipation des Arbeiters statt zugleich als Verwandlung der feudalen in die kapitalistische Ausbeutungsweise. Indem die Arbeiter aufhörten, unmittelbar zu den Produktionsmitteln zu gehören, wie Sklaven und Leibeigene, hörten die Produktionsmittel auf, ihnen zu gehören, wie beim selbstwirthschaftenden Bauern und Handwerker. Durch eine Reihe gewaltsamer und grausamer Methoden, die Marx im Kapitel über die ursprüngliche Akkumulation an der englischen Geschichte ausführlich schildert, wurde die große Volksmasse vom Grund und Boden und Lebensmitteln und Arbeitswerkzeugen expropriirt. So entstanden die freien Arbeiter, deren die kapitalistische Produktionsweise bedarf; vom Kopf bis zur Zehe, aus allen Poren, blut- und schmutztriefend kam das Kapital zur Welt. Sobald es einmal auf eigenen Füßen stand, erhielt es nicht nur die Scheidung zwischen dem Arbeiter und dem Eigenthum an den Verwirklichungsbedingungen der Arbeit, sondern reproduzirte sie auf stets wachsender Stufenleiter.

Von den früheren Arten unbezahlter Arbeit unterscheidet sich die Lohnarbeit dadurch, daß die Bewegung des Kapitals maßlos, sein Heißhunger nach Mehrarbeit unersättlich ist. In ökonomischen Gesellschaftsformationen, wo nicht der Tauschwerth, sondern der Gebrauchswerth des Produkts überwiegt, wird die Mehrarbeit durch einen engeren oder weiteren Kreis von Bedürfnissen beschränkt,

aber aus dem Charakter der Produktion entspringt kein schrankenloses Bedürfniß nach Mehrarbeit. Anders wo der Tauschwerth vorwiegt. Als Produzent fremder Arbeitsamkeit, als Auspumper von Mehrarbeit und Ausbeuter von Arbeitskraft übergipfelt das Kapital an Energie, Maßlosigkeit und Wirksamkeit alle früheren, auf direkter Zwangsarbeit beruhenden Produktionsprozesse. Es kommt ihm nicht auf den Arbeitsprozeß, die Erzeugung von Gebrauchswerthen an, sondern auf den Verwerthungsprozeß, die Erzeugung von Tauschwerthen, aus denen es mehr Werth herausschlagen kann, als es hineingesteckt hat. Der Hunger nach Mehrwerth kennt kein Gefühl der Sättigung; die Produktion von Tauschwerthen besitzt die Schranke nicht, welche der Produktion der Gebrauchswerthe in der Befriedigung der Bedürfnisse gezogen ist.

Wie die Waare Einheit von Gebrauchs- und Tauschwerth, so ist der Produktionsprozeß der Waare Einheit von Arbeits- und Werthbildungsprozeß. Der Werthbildungsprozeß dauert bis zu dem Punkte, wo der im Lohne gezahlte Werth der Arbeitskraft durch einen gleichen Werth ersetzt ist. Ueber diesen Punkt hinaus wird er zum Erzeugungsprozeß von Mehrwerth, zum Verwerthungsprozesse. Als Einheit von Arbeits- und Verwerthungsprozeß wird er kapitalistischer Produktionsprozeß, kapitalistische Form der Waarenproduktion. Im Arbeitsprozesse wirken Arbeitskraft und Produktionsmittel zusammen; im Verwerthungsprozesse erscheinen dieselben Kapitalbestandtheile als konstantes und variables Kapital. Das konstante Kapital setzt sich in Produktionsmittel um, in Rohmaterial, Hilfsstoffe, Arbeitsmittel, und verändert seine Werthgröße nicht im Produktionsprozesse. Das variable Kapital setzt sich in Arbeitskraft um und verändert im Produktionsprozesse seinen Werth; es reproduzirt seinen eigenen Werth und einen Ueberschuß darüber, Mehrwerth, der selbst wechseln, größer oder kleiner sein kann. So schafft sich Marx klare Bahn für die Untersuchung des Mehrwerths, von dem er zwei Formen findet, den absoluten und den relativen Mehrwerth, die eine verschiedene, aber jeder eine entscheidende Rolle in der Geschichte der kapitalistischen Produktionsweise gespielt haben.

Absoluter Mehrwerth wird produzirt, indem der Kapitalist den Arbeitstag über die zur Reproduktion der Arbeitskraft nothwendige Zeit ausdehnt. Ginge es nach seinem Wunsche, so hätte der Arbeitstag 24 Stunden, denn je länger der Arbeitstag ist, desto größeren Mehrwerth produzirt er. Umgekehrt hat der Arbeiter das richtige Gefühl, daß jede Stunde Arbeit, die er über die Ersetzung des Arbeitslohnes hinaus arbeitet, ihm unrechtmäßig entzogen wird, er hat an seinem eigenen Körper durchzumachen, was es heißt, überlange Zeit zu arbeiten. Der Kampf um die Länge des Arbeitstages dauert vom ersten geschichtlichen Auftreten freier Arbeiter bis auf den heutigen Tag. Der Kapitalist kämpft für seinen Profit, und die Konkurrenz zwingt ihn, mag er persönlich ein edler Mensch oder ein schlechter Kerl sein, den Arbeitstag bis zur äußersten Grenze menschlicher Leistungsfähigkeit auszurecken. Der Arbeiter kämpft für seine Gesundheit, für ein paar Stunden täglicher Ruhe, um außer Arbeiten, Essen und Schlafen sich

auch sonst noch als Mensch bethätigen zu können. Marx schildert in eindrucksvollster Weise den halbhundertjährigen Bürgerkrieg, den die Kapitalisten- und die Arbeiterklasse in England um den Arbeitstag kämpfte, von der Geburt der großen Industrie, welche die Kapitalisten antrieb, jede Schranke zu zertrümmern, die Natur und Sitte, Alter und Geschlecht, Tag und Nacht der Ausbeutung des Proletariats setzten, bis zum Erlaß der Zehnstundenbill, welche die Arbeiterklasse erkämpfte, als ein übermächtiges gesellschaftliches Hinderniß, das sie selbst verhindert, durch freiwilligen Kontrakt mit dem Kapital sich und ihr Geschlecht in Tod und Sklaverei zu verkaufen.

Relativer Mehrwerth wird produzirt, indem die zur Reproduktion der Arbeitskraft nothwendige Arbeitszeit zu Gunsten der Mehrarbeit verkürzt wird. Der Werth der Arbeitskraft wird dadurch gesenkt, daß die Produktivkraft der Arbeit in denjenigen Industriezweigen gesteigert wird, deren Produkte den Werth der Arbeitskraft bestimmen. Dazu ist nothwendig eine fortwährende Umwälzung der Produktionsweise, der technischen und gesellschaftlichen Bedingungen des Arbeitsprozesses. Die historischen, ökonomischen, technologischen und sozialpsychologischen Ausführungen, die Marx hierüber macht in einer Reihe von Kapiteln, welche die Kooperation, die Theilung der Arbeit und die Manufaktur, die Maschinerie und die große Industrie behandeln, gehören zu dem Bedeutendsten, was er je geschrieben hat. Selbst einer seiner bürgerlichen Biographen macht sich darüber lustig, daß die akademischen Leitfäden der politischen Oekonomie, statt aus dieser reichen Fundgrube der Wissenschaft zu schöpfen, noch immer oberflächlich nachbeten, was Adam Smith vor mehr als hundert Jahren über Arbeitstheilung geschrieben hat. Jedoch gereicht ihnen zur Entschuldigung, daß sich eher dem Herkules seine Keule entwinden läßt, als einem revolutionären Denker, wie Marx war, ein Gedanke, der so ohne Weiteres in der Krippe universitärer Stallfütterung aufgeschüttet werden könnte.

Marx zeigt nicht nur, daß die Maschinerie und große Industrie ein so furchtbares Elend geschaffen hat, wie keine andere Produktionsweise vor ihr, sondern er zeigt auch, daß sie in ihrer unausgesetzten Revolutionirung der kapitalistischen Gesellschaft eine höhere Gesellschaftsform vorbereitet. Die Fabrikgesetzgebung ist die erste, bewußte und planmäßige Rückwirkung der Gesellschaft auf die naturwüchsige Gestalt ihres Produktionsprozesses. Indem sie die Arbeit in Fabriken und Manufakturen regulirt, erscheint sie zunächst nur als Einmischung in die Ausbeutungsrechte des Kapitals. Aber die Gewalt der Thatsachen zwingt sie alsbald, auch die Hausarbeit zu reguliren und in die elterliche Autorität einzugreifen, damit aber anzuerkennen, daß die große Industrie mit der ökonomischen Grundlage des alten Familienwesens und der ihr entsprechenden Familienarbeit auch die alten Familienverhältnisse selbst auflöst. „So furchtbar und ekelhaft die Auflösung des alten Familienwesens innerhalb des kapitalistischen Systems erscheint, so schafft nichtsdestoweniger die große Industrie mit der entscheidenden Rolle, die sie den Weibern, jungen Personen und Kindern beiderlei Geschlechts in gesell-

schaftlich organisirten Produktionsprozessen jenseits der Sphäre des Hauswesens zuweist, die neue ökonomische Grundlage für eine höhere Form der Familie und des Verhältnisses beider Geschlechter. Es ist natürlich ebenso albern, die christlich-germanische Form der Familie für absolut zu halten wie die altrömische Form, oder die altgriechische, oder die orientalische, die übrigens untereinander eine geschichtliche Entwicklungsreihe bilden. Ebenso leuchtet ein, daß die Zusammensetzung des kombinirten Arbeitspersonals aus Individuen beiderlei Geschlechts und der verschiedensten Altersstufen, obgleich in ihrer naturwüchsig brutalen, kapitalistischen Form, wo der Arbeiter für den Produktionsprozeß, nicht der Produktionsprozeß für den Arbeiter da ist, Pestquelle des Verderbs und der Sklaverei, unter entsprechenden Verhältnissen zur Quelle humaner Entwicklung umschlagen muß." Die Maschine, die den Arbeiter zu ihrem bloßen Anhängsel entwürdigt, schafft zugleich die Möglichkeit, die Produktivkräfte der Gesellschaft auf einen Höhegrad zu steigern, der eine gleich menschenwürdige Entwicklung für alle Glieder der Gesellschaft möglich machen wird, wozu alle früheren Gesellschaftsformen zu arm waren.

Nachdem Marx die Produktion des absoluten und des relativen Mehrwerths untersucht hat, giebt er die erste rationelle Theorie des Arbeitslohns, welche die Geschichte der politischen Oekonomie kennt. Der Preis einer Waare ist ihr in Geld ausgedrückter Werth, und der Arbeitslohn ist der Preis der Arbeitskraft. Nicht die Arbeit erscheint auf dem Waarenmarkte, sondern der Arbeiter, der seine Arbeitskraft feil bietet, und Arbeit entsteht erst durch den Verbrauch der Waare Arbeitskraft. Die Arbeit ist die Substanz und das immanente Maß der Werthe, aber sie selbst hat keinen Werth. Dennoch scheint im Arbeitslohne die Arbeit bezahlt zu werden, weil der Arbeiter erst nach gethaner Arbeit seinen Lohn erhält. Die Form des Arbeitslohns löscht jede Spur der Theilung des Arbeitstags in bezahlte und nicht bezahlte Arbeit aus. Es ist umgekehrt wie beim Sklaven. Der Sklave scheint nur für seinen Herrn zu arbeiten, auch in dem Theile des Arbeitstages, in dem er nur den Werth seiner eigenen Lebensmittel ersetzt, alle seine Arbeit erscheint als unbezahlte Arbeit. Bei der Lohnarbeit erscheint umgekehrt selbst die unbezahlte Arbeit als bezahlt. Dort verbirgt das Eigenthumsverhältniß das Fürsichselbstarbeiten des Sklaven, hier das Geldverhältniß das Umsonstarbeiten des Lohnarbeiters. Man begreift daher, sagt Marx, die entscheidende Wichtigkeit der Verwandlung von Werth und Preis der Arbeitskraft in die Form des Arbeitslohns oder in Werth und Preis der Arbeit selbst. Auf dieser Erscheinungsform, die das wirkliche Verhältniß unsichtbar macht und gerade sein Gegentheil zeigt, beruhen alle Rechtsvorstellungen des Arbeiters wie des Kapitalisten, alle Mystifikationen der kapitalistischen Produktionsweise, alle ihre Freiheitsillusionen, alle apologetischen Flausen der Vulgärökonomie.

Die beiden Grundformen des Arbeitslohns sind der Zeitlohn und der Stücklohn. An den Gesetzen des Zeitlohns weist Marx namentlich die interessirte Hohlheit des Geredes nach, mit dem sich unersättliche Ausbeuter, allen voran der

brave Bismarck, gegen die gesetzliche Beschränkung des Arbeitstags zu sträuben pflegen: des Geredes nämlich, als ob durch eine solche Beschränkung der Lohn gesenkt werde. Genau das Gegentheil ist richtig. Vorübergehende Verkürzung des Arbeitstags senkt den Lohn, aber dauernde Verkürzung hebt ihn; je länger der Arbeitstag, desto niedriger der Lohn.

Der Stücklohn ist nichts als eine verwandelte Form des Zeitlohns, er ist die der kapitalistischen Produktionsweise entsprechendste Form des Arbeitslohns. Er gewann größeren Spielraum während der eigentlichen Manufakturperiode und diente in der Sturm- und Drangperiode der englischen Großindustrie als Hebel zur Verlängerung der Arbeitszeit und Verkürzung des Arbeitslohns. Der Stücklohn ist sehr vortheilhaft für den Kapitalisten, da er großentheils die Arbeitsaufsicht überflüssig macht und obendrein die mannigfaltigste Gelegenheit zu Lohnabzügen und sonstigen Prellereien bietet. Für die Arbeiter bringt er dagegen große Nachtheile mit sich: Abrackerung durch Ueberarbeit, die den Lohn steigern soll, während sie ihn thatsächlich zu senken strebt, gesteigerte Konkurrenz unter den Arbeitern und Abschwächung ihres Solidaritätsbewußtseins, Dazwischenschiebung von Schmarotzerexistenzen zwischen Kapitalisten und Arbeitern, von Mittelspersonen, die dem gezahlten Lohne ein erkleckliches Stück abzwacken, und Anderes mehr.

Das Verhältniß von Mehrwerth und Arbeitslohn bedingt, daß die kapitalistische Produktionsweise nicht nur dem Kapitalisten sein Kapital stets neu produzirt, sondern daß sie auch immer wieder die Armuth der Arbeiter produzirt: auf der einen Seite die Kapitalisten, welche die Eigenthümer aller Lebensmittel, aller Rohprodukte und aller Arbeitsinstrumente sind, und auf der anderen Seite die große Masse der Arbeiter, die gezwungen ist, ihre Arbeitskraft diesen Kapitalisten für ein Quantum Lebensmittel zu verkaufen, das im besten Falle eben hinreicht, sie in arbeitsfähigem Zustande zu erhalten und ein neues Geschlecht arbeitsfähiger Proletarier heranzuziehen. Aber das Kapital reproduzirt sich nicht blos, sondern es vergrößert und vermehrt sich beständig; diesem „Akkumulationsprozesse" widmet Marx den letzten Abschnitt in der Darstellung, die er vom Produktionsprozesse des Kapitals giebt.

Mehrwerth entspringt nicht nur aus Kapital, sondern Kapital auch aus Mehrwerth. Ein Theil des jährlich produzirten Mehrwerths wird von den besitzenden Klassen, unter die er sich vertheilt, als Revenue verzehrt, ein anderer Theil aber als Kapital akkumulirt. Die unbezahlte Arbeit, die der Arbeiterklasse ausgepumpt worden ist, dient jetzt als Mittel, ihr immer mehr unbezahlte Arbeit auszupumpen. Im Strome der Produktion wird überhaupt alles ursprünglich vorgeschossene Kapital eine verschwindende Größe, verglichen mit dem direkt akkumulirten Kapital, d. h. dem in Kapital rückverwandelten Mehrwerth oder Mehrprodukt, ob nun funktionirend in der Hand, die akkumulirt hat, oder in fremder Hand. Das auf Waarenproduktion und Waarenzirkulation beruhende Gesetz des Privateigenthums schlägt durch seine eigene, innere, unvermeidliche Dialektik in sein direktes Gegentheil um. Die Gesetze der Waarenproduktion schienen das

Eigenthumsrecht auf eigene Arbeit zu gründen. Gleichberechtigte Waarenbesitzer standen sich gegenüber, das Mittel zur Aneignung fremder Waare war nur die Veräußerung der eigenen Waare, und die eigene Waare konnte nur durch Arbeit hergestellt werden. Jetzt erscheint Eigenthum, auf Seite des Kapitalisten, als das Recht fremde unbezahlte Arbeit oder ihr Produkt, auf Seite des Arbeiters, als Unmöglichkeit, sich sein eigenes Produkt anzueignen.

Als die modernen Proletarier hinter diesen Zusammenhang zu kommen begannen, als das städtische Proletariat in Lyon die Sturmglocke läutete, und das ländliche Proletariat in England den rothen Hahn fliegen ließ, erfanden die Vulgärökonomen die „Abstinenztheorie", wonach das Kapital durch freiwillige „Enthaltung" der Kapitalisten besteht, eine Theorie, die Marx ebenso unbarmherzig geißelt, wie Lassalle sie schon im Bastiat-Schulze gegeißelt hatte. Was aber wirklich zur Akkumulation des Kapitals beiträgt, das ist die erzwungene „Enthaltung" der Arbeiter, die gewaltsame Herabdrückung des Lohns unter den Werth der Arbeitskraft zu dem Zweck, den nothwendigen Konsumtionsfonds der Arbeiter theilweise in einen Akkumulationsfonds von Kapital zu verwandeln. Hier haben die Jammerschreie über das „luxuriöse" Leben der Arbeiter, die endlosen Litaneien über jene Flasche Sekt, welche Berliner Maurer einmal getrunken haben sollen, die wohlfeilen Kochrezepte christlicher Sozialreformer und was sonst in dies Gebiet augenverdreherischen Humbugs gehört, ihren thatsächlichen Ursprung.

Das allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation ist nun dieses. Wachsthum des Kapitals schließt Wachsthum seines variablen oder in Arbeitskraft umgesetzten Bestandtheils ein. Bleibt die Zusammensetzung des Kapitals unverändert, erheischt eine bestimmte Masse Produktionsmittel stets dieselbe Masse Arbeitskraft, um in Bewegung gesetzt zu werden, so wächst offenbar die Nachfrage nach Arbeit und der Subsistenzfonds der Arbeiter verhältnißmäßig mit dem Kapital, und um so rascher, je rascher das Kapital wächst. Wie die einfache Reproduktion fortwährend das Kapitalverhältniß selbst reproduzirt, so reproduzirt die Akkumulation das Kapitalverhältniß auf erweiterter Stufenleiter, mehr Kapitalisten oder größere Kapitalisten auf diesem Pol, mehr Lohnarbeiter auf jenem. Akkumulation des Kapitals ist also Vermehrung des Proletariats, und zwar erfolgt sie in dem vorausgesetzten Falle unter den für die Arbeiter günstigsten Bedingungen. Von ihrem eigenen anschwellenden und schwellend in neues Kapital verwandelten Mehrprodukt strömt ihnen ein größerer Theil in der Form von Zahlungsmitteln zurück, so daß sie den Kreis ihrer Genüsse erweitern, ihren Konsumtionsfonds von Kleidern, Möbeln u. s. w. besser ausstatten können. Jedoch wird dadurch das Abhängigkeits- und Ausbeutungsverhältniß, in dem sie stehen, so wenig berührt, wie ein gut gekleideter und genährter Sklave aufhört, Sklave zu sein. Immer müssen sie ein bestimmtes Quantum unbezahlter Arbeit liefern, das zwar abnehmen kann, aber nie bis zu dem Punkte, wo der kapitalistische Charakter des Produktionsprozesses ernsthaft gefährdet werden würde. Steigen die Löhne über diesen Punkt, so stumpft der Stachel des Gewinnes ab, und die

Akkumulation des Kapitals erschlafft, bis die Löhne wieder auf ein seinen Verwerthungsbedürfnissen entsprechendes Niveau gesunken sind.

Jedoch nur dann, wenn sich bei der Akkumulation des Kapitals das Verhältniß zwischen seinem konstanten und seinem variablen Bestandtheile nicht verändert, spannt sich die goldene Kette, welche der Lohnarbeiter sich selbst schmiedet, loser nach Umfang und Wucht. Thatsächlich tritt aber mit dem Fortgange der Akkumulation eine große Revolution in der, wie Marx sie nennt, organischen Zusammensetzung des Kapitals ein. Das konstante Kapital wächst auf Kosten des variablen Kapitals, die wachsende Produktivität der Arbeit bewirkt, daß die Masse der Produktionsmittel verhältnißmäßig schneller wächst, als die Masse der ihnen einverleibten Arbeitskraft, die Nachfrage nach Arbeit steigt nicht gleichmäßig mit der Akkumulation des Kapitals, sondern sinkt verhältnißmäßig. Dieselbe Wirkung hat in anderer Form die Konzentration des Kapitals, die sich, unabhängig von seiner Akkumulation, dadurch vollzieht, daß die Gesetze des kapitalistischen Konkurrenzkampfs zur Verschlingung des kleinen Kapitals durch das große Kapital führen. Während das im Fortgange der Akkumulation gebildete Zuschußkapital, im Verhältniß zu seiner Größe, weniger und weniger Arbeiter anzieht, stößt das in neuer Zusammensetzung reproduzirte alte Kapital mehr und mehr früher von ihm beschäftigte Arbeiter ab. So entsteht eine relative, das heißt für die Verwerthungsbedürfnisse des Kapitals überschüssige Arbeiterbevölkerung, eine industrielle Reservearmee, die während schlechter oder mittelmäßiger Geschäftszeiten unter dem Werth ihrer Arbeitskraft bezahlt und unregelmäßig beschäftigt wird, oder der öffentlichen Armenpflege anheimfällt, unter allen Umständen aber dazu dient, die Widerstandskraft der beschäftigten Arbeiter zu lähmen und ihre Löhne niedrig zu halten.

Ist die industrielle Reservearmee nothwendiges Produkt der Akkumulation oder der Entwicklung des Reichthums auf kapitalistischer Grundlage, so wird sie umgekehrt zum Hebel der kapitalistischen Akkumulation, ja zu einer Existenzbedingung der kapitalistischen Produktionsweise. Mit der Akkumulation und der sie begleitenden Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit wächst die plötzliche Expansionskraft des Kapitals, die großer Menschenmassen bedarf, um sie plötzlich und ohne Abbruch der Produktionsleiter in anderen Sphären auf neue Märkte oder in neue Produktionszweige zu werfen. Der charakteristische Lebenslauf der modernen Industrie, die Form eines durch kleinere Schwankungen unterbrochenen, zehnjährigen Zyklus von Perioden mittlerer Lebendigkeit, Produktion unter Hochdruck, Krise und Stagnation, beruht auf der beständigen Bildung, größeren oder geringeren Absorption, und Wiederbildung der industriellen Reservearmee. Je größer der gesellschaftliche Reichthum, das funktionirende Kapital, Umfang und Energie seines Wachsthums, also auch die absolute Größe der Arbeiterbevölkerung und die Produktivkraft ihrer Arbeit, desto größer die relative Uebervölkerung oder industrielle Reservearmee. Ihre verhältnißmäßige Größe wächst mit den Potenzen des Reichthums. Je größer aber die industrielle Reservearmee im Verhältniß zur aktiven Arbeiterarmee, desto massenhafter die Arbeiterschichten, deren Elend

im umgekehrten Verhältniß zu ihrer Arbeitsqual steht. Je größer endlich die Lazarusschicht der Arbeiterklasse und die industrielle Reservearmee, desto größer der offizielle Pauperismus. Dies ist das absolute allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation.

Und aus ihm ergiebt sich auch ihre geschichtliche Tendenz. Hand in Hand mit der Akkumulation und Konzentration des Kapitals entwickelt sich die kooperative Form des Arbeitsprozesses auf stets wachsender Stufenleiter, die bewußte technologische Anwendung der Wissenschaft, die planmäßig gemeinsame Ausbeutung der Erde, die Verwandlung der Arbeitsmittel in nur gemeinsam verwendbare Arbeitsmittel, und die Oekonomisirung aller Produktionsmittel durch ihren Gebrauch als gemeinsame Produktionsmittel kombinirter gesellschaftlicher Arbeit. Mit der beständig abnehmenden Zahl der Kapitalmagnaten, welche alle Vortheile dieses Umwandlungsprozesses usurpiren und monopolisiren, wächst die Masse des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Degradation, der Ausbeutung, aber auch die Empörung der stets anschwellenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschulten, vereinten und organisirten Arbeiterklasse. Das Kapitalmonopol wird zur Fessel der Produktionsweise, die mit und unter ihm aufgeblüht ist. Die Konzentration der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit erreichen einen Punkt, wo sie unverträglich werden mit ihrer kapitalistischen Hülle. Die Stunde des kapitalistischen Privateigenthums schlägt, die Enteigner werden enteignet. Das individuelle, auf eigener Arbeit gegründete Eigenthum stellt sich wieder her, aber auf Grundlage der Errungenschaft der kapitalistischen Aera: als Kooperation freier Arbeiter und als ihr Gemeineigenthum an der Erde und den durch die Arbeit selbst produzirten Produktionsmitteln. Natürlich ist die Verwandlung des faktisch bereits auf gesellschaftlichem Produktionsbetriebe beruhenden kapitalistischen Eigenthums in gesellschaftliches Eigenthum bei Weitem nicht so langwierig, hart und schwierig, wie die Verwandlung des auf eigener Arbeit der Individuen beruhenden, zersplitterten Eigenthums in kapitalistisches Eigenthum war. Hier handelte es sich um die Enteignung der Volksmasse durch wenige Usurpatoren, dort wird es sich um die Enteignung weniger Usurpatoren durch die Volksmasse handeln.

Es ist natürlich unmöglich, auf dem Umfange weniger Seiten einen annähernden Begriff von dem Reichthum der Gedanken und Thatsachen zu geben, den der erste Band des Kapitals enthält. Was in einer solchen Zusammenfassung doch mehr oder weniger nur als unbewiesene Behauptung auftritt, das baut sich in dem Buche selbst Stein um Stein auf, ungemörtelt und ungeputzt, fest gefugt durch die Schlagkraft der Logik, sicher ruhend in der Schwerkraft der Thatsachen. Und in der Fülle geistiger Schätze, die mit fast verschwenderischer Hand über das Werk ausgestreut sind, trägt es den echtesten Stempel des Genius: immer bleibt in dem Leser die Empfindung wach, daß der Meister größer ist, als sein Werk.

Indem Marx die politische Oekonomie kritisirte, vollendete er sie. Er baute auf dem Grunde, den Adam Smith und Ricardo gelegt hatten, er setzte die Erforschung der kapitalistischen Produktionsweise fort, wo jene selbständigen Denker

sie abgebrochen hatten oder richtiger sie hatten abbrechen müssen, weil das Spiel ihrer immanenten Gesetze noch nicht so weit entwickelt war, um bis auf den Grund erkannt werden zu können. Die bürgerlichen Nachfolger der klassischen Oekonomen waren den umgekehrten Weg gegangen; je mehr die kapitalistische Produktionsweise ihr wahres und gewiß nicht schönes Gesicht enthüllte, um so mehr hatten sie aufs Erforschen und Erklären verzichtet, und sich aufs Beschönigen und Vertuschen geworfen, was sie dann „Fortbildung der Wissenschaft" nannten. Als das Buch von Marx erschien, versuchten sie es zunächst mit dem beliebten System des Todtschweigens, und als es damit nicht mehr ging, erhoben sie ein mörderliches Geschrei über unwissenschaftliche Tendenz. Höchst bezeichnend dafür ist eine Kritik, die der erste Band des Kapitals noch acht Jahre nach seinem Erscheinen in der Augsburger Allgemeinen Zeitung erfuhr, und zwar nicht von einem beliebigen Manchestermanne, sondern, wie aus dem Inhalte hervorgeht, von irgend einem großen Denker der historischen Schule.

Der kundige Thebaner führte aus, wer dem Wesen des Kapitals auf den Grund kommen wolle, der solle sich daran machen, die wirkliche Geschichte des Kapitals wissenschaftlich zu erforschen. Dazu gehöre die Kraft eines Riesen und die Geduld eines Zwerges. Wer über die Ungerechtigkeit der heutigen Gütervertheilung reden wolle, der solle die Thatsachen der heutigen Gewinne und Löhne, des Eigenthums, seines Wachsthums und seines Untergangs untersuchen. Damit allein könne er sachkundigen Lesern etwas beweisen. Nun sollte man die Schlußfolgerung erwarten, alle diese Forderungen habe Marx erfüllt. Aber nein! „Marx stellt sich bewußt und absichtlich, jede andere Fortentwicklung der Wissenschaft geringschätzig ignorirend oder vielmehr wirklich nicht kennend, auf den Standpunkt der englischen Nationalökonomie vor fünfzig Jahren. Er bemüht sich, den David Ricardo in dessen abstrakter Manier fortzuentwickeln und zu vervollständigen, gleichsam dessen letztes Wort, das unausgesprochen geblieben, zu ergänzen. Mit dem ganzen Stolze des Autodidakten stellt er sich auf Voraussetzungen, die er für selbstverständlich hält, die Andere längst für widerlegt halten. Ricardo und die älteren Autoren haben ihr Verdienst, das ihnen nicht bestritten werden darf, die ökonomische Logik geübt und verbessert zu haben, aber dies ist längst geschehen und hat seine Zeit gehabt. Wer heutzutage die Wissenschaft zu fördern glaubt, indem er die brennenden Fragen, die sich an das Kapitaleigenthum knüpfen, durch jene alte Logik zu erledigen unternimmt, der täuscht sich — und hat ein volles Menschenalter des Lebens der Wissenschaft verschlafen." Dies „volle Menschenalter", das Marx verschlafen haben sollte, war ausgefüllt einerseits durch die elenden Sophismen, womit Bastiat und die Bastiatiden die Lehren der Adam Smith und Ricardo verfälschten, andererseits durch die Aengstesprünge, womit Roscher und die sonstigen Meister der „historischen Methode" über die unbequemen Konsequenzen der klassischen Oekonomie hinwegzuhüpfen versuchten.

Es mag genug sein an dieser einen Probe, die in all ihrem Unverstande klassisch war für das Maß von Verstand, womit die bürgerliche Oekonomie jahre-

und jahrzehntelang das Werk von Marx zu besprechen wußte. Auf die Dauer konnte auch sie sich seinem Einflusse nicht entziehen. Die Entwicklung der Dinge selbst bestätigte die Schlußfolgerungen, die Marx gezogen hatte, viel zu schlagend, als daß sich diese Beweisführung nicht auch kurzsichtigen Augen hätte aufdrängen müssen. Kein bürgerlicher Oekonom wagt heute mehr, den fossilen Blödsinn in den Mund zu nehmen, womit der erste Band des Kapitals vor zwanzig Jahren von dieser Seite her begrüßt wurde, und man mag selbst ohne Uebertreibung sagen, daß alle reelle Arbeit, welche die bürgerliche Oekonomie noch leistet, mittelbar oder unmittelbar unter dem Einflusse dieses Buches steht. Soweit sie nicht blos mit Strohhalmen, sondern mit halbwegs handfesten Waffen den wissenschaftlichen Kommunismus bekämpft, hat sie diese Waffen in seinem Feuer geschmiedet. Ihrem Schicksal entgeht sie deshalb doch nicht, so wenig wie Barbarenhorden ihrem Schicksal entgehen, selbst wenn sie schließlich mit den Waffen der Zivilisation ihre überlebten Gesellschaftszustände zu vertheidigen suchen.

Jedoch bedurfte auch die Arbeiterklasse der Erziehung durch die ökonomische Entwicklung, ehe ihr das Werk von Marx in Fleisch und Blut überzugehen begann. Die Schuld daran trug jener Stand der Dinge, den Marx selbst in der Vorrede andeutete mit den Worten, Deutschland werde, wie das ganze übrige kontinentale Westeuropa, nicht nur durch die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise, sondern auch durch den Mangel ihrer Entwicklung gequält. Die lange Reihe ererbter Nothstände, die aus der Fortvegetation alterthümlicher überlebter Produktionsweisen mit ihrem Gefolge von zeitwidrigen, gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen entsprangen, verdunkelte den Arbeitern noch den inneren Zusammenhang der modernen Nothstände, den das Werk von Marx enthüllte. Johann Philipp Becker taufte es als die Bibel der Arbeiterklasse, was theoretisch ein ungeschickter, aber historisch ein zutreffender Vergleich war. Es wurde zunächst mehr angestaunt als gelesen, mehr bewundert als verstanden, mehr mit orthodoxem Eifer als mit kritischer Einsicht ausgelegt. Damals hatte der Vorwurf des Dogmenfanatismus einen besseren Sinn als heute, wo der unaufhaltsame Fortschritt der deutschen Großindustrie jeden neuen Tag erläutert, wie richtig Marx das vorbildliche Wesen der englischen Großindustrie erkannt hat, wie sehr sein Werk kein dogmatisches, sondern ein historisches Werk ist.

Ein historisches Werk, das eine bestimmte Periode des menschheitlichen Entwicklungsprozesses schildert, kann kein unfehlbarer Weisheitsborn für alle Zukunft sein, und von solchem Anspruche war Niemand weiter entfernt, als Marx. Seit dreißig Jahren hat die kapitalistische Produktionsweise manche Erscheinungen gezeitigt, die er so nicht gekannt und vorhergesehen hat; der charakteristische Lebenslauf der modernen Industrie besteht nicht mehr in der Form jenes zehnjährigen Zyklus, von dem Marx sprach. Jede Abweichung in den Thatsachen hat aber bisher nur die Richtigkeit der Tendenz verstärkt, die Marx in der kapitalistischen Produktionsweise historisch walten sah. Vergebens sucht man die Verelendung, welche die kapitalistische Produktionsweise für die Arbeiterklasse mit

sich führt, dadurch zu widerlegen, daß man auf die Fortschritte hinweist, welche diese Klasse am ehesten da macht, wo jene Produktionsweise am höchsten entwickelt ist. Eben das ist ja die von Marx nachgewiesene Tendenz der kapitalistischen Akkumulation, daß die große Industrie mit ihrer Frohn- und Hungerpeitsche je länger je mehr das Arbeiterheer drillt und schult, das ihre kapitalistischen Wurzeln ausrotten wird. Und die famose Weisheit, die der Arbeiterklasse den ökonomischen und politischen Klassenkampf verleiden will, indem sie ihr als angebliche Früchte der großen Industrie aufschwatzen möchte, was dieser Industrie in schwerem Ringen vom proletarischen Klassenkampfe abgezwungen worden ist, mag im günstigsten Fall als der Galgenhumor passiren, womit sich die kapitalistische Produktionsweise die Leidensstationen ihres unaufhaltsamen Niedergangs verkürzt.

Wenn gut Ding Weile haben wollte und der erste Band des Kapitals nur allmälig zum geistigen Eigenthum des deutschen Proletariats wurde, so begann doch dieser erfreuliche Assimilationsprozeß sofort nach seinem Erscheinen. Zuerst besprach Schweitzer das Werk im Sozialdemokraten mit völligem Verständniß seines Inhalts, in einer langen Reihe von Aufsätzen, die Marx für sehr beachtenswerth erklärte. Dann erschien im Demokratischen Wochenblatte, das Liebknecht seit dem Anfange des Jahres 1868 als Organ der Sächsischen Volkspartei herausgab, eine anonyme Anzeige, die sich durch zwei Nummern zog und zweifellos von Engels verfaßt ist. Der erste deutsche Arbeiter, dem die Ehre gebührt, das Hauptwerk des wissenschaftlichen Kommunismus geistig bewältigt zu haben, war Josef Dietzgen, ein Lohgerber, der damals in Petersburg lebte und von hier aus dem Demokratischen Wochenblatte eine Kritik des Kapitals einsandte, die in jeder Zeile den Geist des gewaltigen Werkes athmete.

Daran hatte Marx die größte Freude; in den Zeichen des Verständnisses, das seine riesenhafte Arbeit in der Arbeiterklasse selbst fand, sah er ihren „besten Lohn". Er pflegte Dietzgen, der ein Jahr darauf in einer Schrift über das Wesen der menschlichen Kopfarbeit die materialistische Geschichtsauffassung selbständig entwickelte, „unseren Philosophen" zu nennen.

Achtes Kapitel.

Deutsche Gewerkschaften.

Hatte die Krisis von 1857 den ersten, wenn auch zunächst nur mittelbaren Anstoß zum Wiedererwachen der europäischen Arbeiterbewegung gegeben, so übte die Krisis von 1866 schon weit stärker und unmittelbarer die gleiche Wirkung aus. Große Bankbrüche englischer Häuser führten zu einer völligen Lähmung der Spekulation. Während eine allgemeine Stockung des Verkehrs eintrat, zahlreiche Fabriken ihre Produktion einschränken oder ganz einstellen

mußten, die Arbeitslöhne sanken und die Arbeitslosigkeit wuchs, schnellten die Preise der für die Arbeiterklasse nothwendigen Lebensmittel durch die schlechten Ernten von 1866 und 1867 beträchtlich in die Höhe.

Unter diesem ökonomischen Drucke schwoll die europäische Arbeiterbewegung mächtig an. Je nach dem Stande, den sie in den einzelnen Ländern erreicht hatte, gab sich die menschliche Empörung des Proletariats gegen unmenschliche Zustände in verschiedener Form kund. In Irland herrschte der Fenierschrecken und in Belgien erhoben sich die Grubenarbeiter gegen den fürchterlichsten Nothstand in einem Hungeraufruhr, den der bürgerliche Musterstaat nur mit Pulver und Blei niederzuschlagen wußte. In Oesterreich, wo die Niederlage von 1866 die deutsche Bourgeoisie ans Ruder gebracht hatte, entfaltete sich sofort eine proletarische Opposition, deren innere Stärke freilich noch nicht in richtigem Verhältnisse zu dem imponirenden Schein ihres äußeren Auftretens stand.

In den Ländern, wo die Arbeiterbewegung bereits auf eine gewisse Höhe gelangt war, bekundete sich der Widerstand gegen die Geißelschläge der Krisis in zahlreichen Arbeitseinstellungen, womit ein engerer Anschluß an die Internationale Hand in Hand ging. Eine Delegirtenkonferenz der Trade Unions, die 1866 in Sheffield stattfand, ermahnte diese Verbände „aufs eindringlichste", sich der Internationalen anzuschließen, deren Unterstützung sich bei Streiks der Londoner Maschinenbauer, Bronzearbeiter, Schneider, Korbmacher und anderer Gewerke von großem Nutzen erwies. Bei einer Aussperrung der Pariser Bronzearbeiter im Frühjahr von 1867 sicherte die Hilfe der Internationalen diesen Arbeitern die eben gewährte Koalitionsfreiheit, und ebenso verschaffte sie im Frühjahr 1868 den Genfer Bauarbeitern den Sieg, als sie in einem großen Streik um Erhöhung des Arbeitslohns und Verkürzung der Arbeitszeit kämpften.

In Deutschland wurden die Wirkungen der ökonomischen Krisis bis zu einem gewissen Grade durchkreuzt und verdeckt durch die Wirkungen der politischen Krisis, welche dasselbe Jahr 1866 mit sich brachte. Die junge Freundschaft zwischen der deutschen Bourgeoisie und dem preußischen Absolutismus bekam ihren ersten Stoß durch ein erbauliches Gezänk darüber, wer die Schuld an dem herrschenden Nothstande trage, der sich in einzelnen Landestheilen, wie in der Provinz Ostpreußen, zu einer Hungersnoth im schrecklichsten Sinne des Wortes steigerte. Die offiziöse Presse erklärte der unglückseligen ökonomischen Doktrin der liberalen Bourgeoisie den Krieg auf Leben und Tod, denn sie verschulde alles Unheil, während die liberalen Blätter nicht weniger emphatisch behaupteten, daß die Regierungen mit ihren ewigen Rüstungen und der dadurch stetig gesteigerten Kriegsgefahr die allgemeine Nothlage schüfen, indem sie die Produktion und den Verkehr lahm legten. Die Organe der Arbeiterklasse sagten den streitenden Brüdern, jeder von ihnen könne sich an seiner eigenen Nase zupfen, jedoch fanden sie, daß die nächste Ursache der Arbeitslosigkeit für dieses Mal von den Regierungen verschuldet sei. Die bürgerliche Produktionsweise, so führte der Sozialdemokrat aus, ermöglicht überhaupt erst Produktionsstockungen, die zum Massen=

elend führen, aber die Regierung ist schuld daran, daß auf jener Grundlage diese heutige spezielle Stockung eingetreten ist, und ähnlich sagte das Demokratische Wochenblatt, die Saat der Blut- und Eisenpolitik reife in der Geschäftslosigkeit, Hungersnoth und Volksverarmung.

I. Demokratisches Wochenblatt und Sozialdemokrat.

Trotz dieser gleichmäßigen Auffassung wurde der Gegensatz zwischen dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein und der Sächsischen Volkspartei seit dem Erscheinen des Demokratischen Wochenblattes nicht gemildert, sondern beträchtlich geschärft.

Nur lag der Grund nicht etwa in einer schlafferen politischen Haltung des Sozialdemokraten. Gerade in dieser Zeit ging Schweitzer gegen die preußische Regierung mit einer Schärfe vor, die ihn in ein Kreuzfeuer von Anklagen und Gefängnißstrafen, das Blatt selbst aber in ein Kreuzfeuer von polizeilichen Beschlagnahmen brachte, mit einer Schärfe, die sogar von der Volkszeitung rückhaltlos anerkannt wurde. Freilich mußte sich der Sozialdemokrat, um überhaupt mit einiger Regelmäßigkeit erscheinen zu können, in persönlichen Angriffen auf die Träger der Berliner Regierung eine Reserve auferlegen, die das Demokratische Wochenblatt in Leipzig nicht zu nehmen brauchte. Diese nothgedrungene Vorsicht gereichte dem Sozialdemokraten aber durchaus nicht zur Unehre, und zwar um so weniger, als er die einzelnen Fragen, die auf der politischen Tagesordnung standen, weit eindringlicher und faßlicher behandelte, als das Demokratische Wochenblatt. Ohnehin hatte er nicht Unrecht, über die damalige sächsische Preßfreiheit ungefähr in demselben Tone zu sprechen, in welchem Lessing hundert Jahre früher über die preußische Preßfreiheit unter dem alten Fritz gesprochen hatte. Wegen Beleidigung Bismarcks wurde das Demokratische Wochenblatt nicht angeklagt, sondern nur wegen Beleidigung Bonapartes. Im Allgemeinen aber genoß es eine beneidenswerthe Preßfreiheit, während der Sozialdemokrat das verfolgteste Preßorgan in Deutschland blieb, und so wenig das Leipziger Blatt einen Tadel verdiente, weil es seine günstige Lage ausnützte, so wenig verdiente das Berliner Blatt einen Tadel, weil es sich nicht den Kopf an der Mauer einrannte.

Die wirklichen Unterschiede zwischen den beiden Blättern bestanden erstens darin, daß der Sozialdemokrat seine Opposition vom Boden des Norddeutschen Bundes aus führte, während das Demokratische Wochenblatt diesen Bund zertrümmern wollte, und zweitens darin, daß der Sozialdemokrat in sozialwissenschaftlicher Erkenntniß dem Demokratischen Wochenblatte bedeutend voraus war. Das Organ der Sächsischen Volkspartei rechnete mit der Möglichkeit, daß in nächster Zukunft schon das Werk von 1866 vernichtet werden würde. Gegen Bismarck spielte es den Beust aus, der con amore seine „Revanche für König-

grätz" nehme, indem er in Oesterreich das parlamentarische Regiment einführe, die Presse befreie, das Vereinsrecht herstelle, das Heer dem Reichstage unterordne, die Axt an das Konkordat anlege, und selbst für die berufene Welfenlegion hatte das Demokratische Wochenblatt entschuldigende Worte. Dagegen fehlte ihm fast jedes Verständniß für den politischen und namentlich auch den sozialen Standpunkt, den der Sozialdemokrat einnahm. Das Blatt sagte, daß der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein keine andere Grundlage habe, als „die paar ewig wiederholten Lassalleschen Redensarten von Staatshilfe", eine Behauptung, deren Härte nur von ihrer Ungerechtigkeit übertroffen wurde. Der Fülle lehrreicher Aufsätze, die der Sozialdemokrat unausgesetzt über die Probleme des wissenschaftlichen Kommunismus veröffentlichte, hatte das Demokratische Wochenblatt wenig mehr Gleichwerthiges entgegenzusetzen, als die beiden Besprechungen, die es über den ersten Band des Kapitals veröffentlichte. Um der „gegenwärtigen Theuerung und Geschäftsstockung" abzuhelfen, brachte es sogar noch einmal das papierene Arbeitsgeld des kleinbürgerlichen Sozialismus aufs Tapet, und in einer Artikelreihe über „Staatshilfe und Selbsthilfe" vertrat es zwar die grundsätzlich richtige Auffassung, schliff ihr aber eine sehr schiefe polemische Spitze an, indem es behauptete, Lassalle habe das Stichwort der Staatshilfe in die Massen geworfen, ohne sich klar zu machen, welcher Staat denn helfen könne und solle, und indem es hinzufügte, daß Lassalle „freilich nie ein Politiker" gewesen sei.

Günstiger als über Lassalle urtheilte das Demokratische Wochenblatt über Johann Jacoby, von dessen eingreifender Thatkraft es eine Wiedergeburt der deutschen Demokratie erwartete. Im Januar 1868 hatte Johann Jacoby eine Ansprache an seine Berliner Wähler über das Ziel der deutschen Volkspartei gehalten und diese Rede bald darauf durch einen Brief an einen seiner Anhänger ergänzt. Beide Kundgebungen zeigten ihn als das was er war, als einen edlen und reinen Charakter, aber auch als einen ideologischen Formalpolitiker, dem die Klassenkämpfe der modernen bürgerlichen Gesellschaft verschlossen blieben. Seine allgemeinen Formeln konnten, angewandt auf die konkreten Tagesfragen, etwas sehr Revolutionäres, aber auch etwas sehr Reaktionäres bedeuten. Seine Forderung, daß jedes Volk, jeder einzelne Volksstamm den gleichen Anspruch auf Freiheit und Selbstbestimmung habe, mochte mit einigem guten Willen als die nationale Revolution aufgefaßt werden; so wie Jacoby selbst sie auffaßte, als das Selbstbestimmungsrecht der Schleswig-Holsteiner und sonstiger Bruderstämme, war die Forderung entschieden reaktionär, lief sie auf eine Anschauung hinaus, die nicht wenig dazu beigetragen hatte, die Märzrevolution zu verfahren, und die von wirklichen Revolutionären, wie Marx, Engels und Lassalle, stets in der rücksichtslosesten Weise bekämpft worden war.

Ebenso zweideutig war Jacobys soziales Programm. Er forderte gerechte Vertheilung des Produktionsertrages zwischen Kapital und Arbeit, Schranken gegen den Machtmißbrauch des Großkapitals und Großgrundbesitzes, für den Arbeiter aber statt des kärglichen, zum Leben kaum ausreichenden Arbeitslohns den ihm gebühren-

den Antheil an dem Produktionsertrage, die volle Arbeitsrente. Das waren ideologische Redewendungen, die alles Mögliche bedeuten konnten, eben deshalb aber die größte Konfusion anrichten mußten und auch wirklich anrichteten. Bracke, ein edler und reiner Charakter, wie Jacoby, legte sie dahin aus, daß die gerechte Vertheilung des Produktionsertrags zwischen Kapital und Arbeit und der Anspruch des Arbeiters auf die volle Arbeitsrente nicht die gleichen Dinge seien; das Kapital habe keinen Anspruch auf die weitere Ausnützung der Arbeitskraft, sondern der Arbeit, die allein alle Werthe schaffe, gebühre der volle Arbeitsertrag. Dagegen erläuterte ein geriebener Börsenwolf, wie Löb Sonnemann, Jacobys Programm so, daß Lohn und Rente die gleichen Dinge seien, daß der Lohn ein Minimum der Arbeitsrente garantire, und daß es darauf ankomme, dem Arbeiter außer dem Lohne einen Antheil an dem Ueberschusse des Ertrages zu sichern; das liege ebenso im Interesse des Fabrikanten wie des Arbeiters, denn die Produktion steige dadurch, daß der Arbeiter wisse, warum er arbeite. Und es ging über Menschenwitz zu sagen, wer die Schlagworte Jacobys richtig auffaßte, der ehrliche Sozialrevolutionär Bracke oder der profitmacherische, auf eine intensivere Ausbeutung der Arbeiter bedachte Börsendemokrat Sonnemann.

Das Demokratische Wochenblatt verkannte nun keineswegs, daß Johann Jacoby noch kein Sozialdemokrat sei. Aber es meinte, er komme der Sozialdemokratie weit entgegen und seine Hand müsse ergriffen werden, um eine große demokratische Partei zu bilden und den politischen Vorkampf gegen den Bismärckischen Zäsarismus auf dessen eigenstem Gebiete einzuleiten. Abgesehen von der grundsätzlichen Seite der Frage, irrte diese Auffassung schon darin, daß sie Jacobys politischen Einfluß weit überschätzte. Jacoby hatte nichts hinter sich, als eine Hand voll bürgerlicher Ideologen, die in der neugegründeten Zukunft von Guido Weiß ein Organ besaßen, das ehrlichste und geistreichste, aber auch das am wenigsten gelesene Blatt der bürgerlichen Presse. Das Berliner Kleinbürgerthum hielt sich entweder zur Volkszeitung, die im Fahrwasser der Bourgeoisie segelte, oder soweit ihm die Augen über die kapitalistische Produktionsweise aufzugehen begannen, verbiß es sich in den quacksalberischen Köder, den ihm der wieder aufgetauchte Demagoge Held in der Staatsbürgerzeitung zuwarf. Vor einem ehrlichen Bündniß mit dem klassenbewußten Proletariat hegte es das alte Grauen.

Schweitzer, der mitten in diesen Verhältnissen lebte und Helds Wühlereien in geschickter Weise lahm zu legen wußte, indem er sich sogar zu öffentlichen Redekämpfen mit dem windigen Schwätzer herabließ, stand dem Programm Jacobys viel nüchterner, als das Demokratische Wochenblatt, jedoch keineswegs unfreundlich gegenüber. Er deckte seine Halbheit auf, stimmte aber der Aeußerung Jacobys: „Volkspartei und Arbeitervereine müssen vereint Hand in Hand mit einander gehen; so nur ist das Beiden gemeinsame Ziel, die Veredelung des Menschen zu erreichen“, „aus vollstem Herzen“ bei und fügte nur hinzu: „Ja, Hand in Hand wollen wir mit den entschiedeneren Elementen des Bürgerthums gehen, aber als selbständige Arbeiterpartei mit eigenen Prinzipien.“ Erst als

am 19. Juli 1868 eine zahlreich besuchte Volksversammlung in der Nähe von Wolfenbüttel auf Antrag Brackes und mit dessen Interpretation eine Resolution annahm, wonach in den Zielen kein prinzipieller Unterschied zwischen dem Programm Jacobys und dem Programm der Sozialdemokratie bestände, fuhr der Sozialdemokrat grobes Geschütz auf. Indem er, an und für sich vollkommen zutreffend, darlegte, daß die Annahme von Jacobys verschwimmenden Redewendungen den europäischen Sozialismus um Jahrzehnte zurückwerfen würde, nannte er sie „albernes, hohles Geschwätz eines wichtigthuenden Bourgeois“, was dann das Kind mit dem Bade verschütten hieß. Alle Wichtigthuerei war einem Manne wie Jacoby völlig fremd. Gewiß meinte er es ehrlich mit seiner Arbeiterfreundlichkeit, wenn er auch nicht verstand, worauf es ankam; angesichts der diametral entgegengesetzten Auslegungen, die sein Programm erfuhr, hüllte er sich in tiefes Schweigen.

Es mag an diesen Ausführungen genug sein, um die Meinungsverschiedenheiten zu kennzeichnen, die zwischen dem Demokratischen Wochenblatt und dem Sozialdemokraten bestanden. Heute darüber von oben herab abzusprechen, wäre ebenso wohlfeil, wie es wohlfeil sein mag, auf der einen Seite lauter Verrath und auf der anderen Seite lauter Weisheit zu erblicken. Vielmehr handelte es sich um historische Gegensätze, die als solche durchgekämpft werden mußten, ehe sie ihre historische Ausgleichung finden konnten. Einstweilen hätte die Masse der sächsischen und süddeutschen Arbeiter so wenig den Sozialdemokraten verstanden, wie die Masse der Berliner, Elberfelder, Hamburger und überhaupt der norddeutschen Arbeiter das Demokratische Wochenblatt.

II. Hamburger Generalversammlung und Nürnberger Vereinstag.

Das Anschwellen der Arbeiterbewegung förderte ebenso den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein, wie die Sächsische Volkspartei. Wie weit immer das Demokratische Wochenblatt und der Sozialdemokrat in ihren Ansichten auseinandergingen, so waren sie doch die beiden einzigen Organe, an denen die deutschen Arbeiter in ihrer harten Bedrängniß kräftige Stützen fanden. Nicht mit „demagogischen Redensarten“ gewannen sie, wie die kapitalistischen und offiziösen Federhelden einträchtiglich meinten, ihren wachsenden Einfluß, sondern in der legitimsten Weise von der Welt, durch den treuen Beistand, den sie der Arbeiterklasse in Allem und Jedem leisteten.

Wie im Jahre 1867, so verdreifachte sich der Leserkreis des Sozialdemokraten nahezu im Jahre 1868; er stieg von 1200 auf mehr als 3400 zahlende Abonnenten, die sich über 215 Orte verbreiteten. Nach wie vor marschirte Hamburg weit voran mit 807, dann kam aber schon Berlin mit 224, darauf Elberfeld-Barmen mit 161, Hannover mit 154, Essen mit 107, Braunschweig mit 89, Harburg mit 61, Altona mit 60, Kassel mit 58, Frankfurt

mit 53, Paris mit 50 Abonnenten. In Paris bestand seit Jahren ein fester und treuer Stamm von Anhängern Lassalles, unter denen Petersen, der alte Genosse Weitlings, und Leo Frankel, der spätere Arbeitsminister der Pariser Kommune, durch Eifer und Einsicht hervorragten.

Von jeder beschränkt-nationalen Tendenz hielt sich der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein vollkommen frei. Er wußte sich nur auch hier zu sagen, was schon möglich und was noch nicht möglich war. Als die österreichische Arbeiterbewegung um die Jahreswende von 1867 auf 1868 einen gewaltigen Aufschwung nahm, richtete Schweitzer ein vortreffliches Manifest an die Arbeiter Wiens, worin er die Aufgaben und Ziele darlegte, die den Arbeitern aller Kulturländer gemeinsam seien. Er betonte die innere Einheit, welche die deutschen und die österreichischen Arbeiter verband. „Wir wissen, daß wir Eine Nation sind und Eine Nation bleiben wollen. Niemals, niemals wird man uns einreden, wir seien im Auslande, wenn wir im Prater zu Wien oder auf den Bergen Tirols stehen. Soweit deutsche Zunge klingt, ist deutsches Vaterland." Aber Schweitzer verhehlte sich nicht, daß unter den obwaltenden Umständen jeder Versuch zur Herstellung einer äußeren Einheit die innere Einheit gefährden würde. Leider dachte Hofstetten darin phantastischer. Indem er nach Wien ging, um dort ein Arbeiterblatt zu gründen, richtete er eine Verwirrung an, die sowohl der deutschen wie der österreichischen Arbeiterbewegung geschadet hat. In der ganz richtigen Voraussicht, daß die Wiener Bourgeoisie gegen ihn als einen „Bismärcker" und „Preußen" hetzen würde, führte sich Hofstetten unter falschem Namen in den Wiener Arbeiterbildungsverein ein, ein Schritt, der natürlich, als die Maske fiel, nicht nur in verstärkter Weise das bewirkte, was er vermeiden sollte, sondern auch die Wiener Arbeiter mißtrauisch machte. Wenn Schweitzer dies Vorgehen Hofstettens tadelte, in der persönlich schonendsten Weise für seinen „treuesten und bewährtesten Freund" und unter voller Anerkennung der Verdienste Hofstettens um das Vereinsorgan, so erfüllte er eine unabweisbare Pflicht.

Die innere Organisation des Vereins war jetzt vollkommen hergestellt und funktionirte vortrefflich. Zwar die alte Hoffnung Lassalles, alle klassenbewußten Arbeiter in dem Vereine zusammenfassen zu können, zerrann mehr und mehr; selbst in Elberfeld-Barmen und in Hamburg, wo die sozialdemokratisch gesinnten Arbeiter nach Tausenden zählten, gab es nur etwa je 500 Vereinsmitglieder; einzig in Iserlohn gelang es der rastlosen Energie Tölckes, so ziemlich alle Arbeiter zu organisiren, die den sozialdemokratischen Grundsätzen anhingen; in der verhältnißmäßig kleinen Stadt zählte der Verein 700 Mitglieder. Der Verein bildete nur den Kern der Partei, aber einen Kern, an den sich, sobald es darauf ankam, eine sechs-, zehn-, zwölfmal so starke Masse leicht angliederte. Als im März 1867 eine Nachwahl in Essen stattfand, wo es etwa 300 Vereinsmitglieder gab, erhielt Hasenclever im ersten Wahlgange 2065 Stimmen; er unterlag dann in der Stichwahl mit dem konservativen Kandidaten, da die fortschrittlichen Wähler den reaktionären Polizeipräsidenten von Köln für einen ihrer würdigeren Ver-

treter erachteten, als den alten Demokraten Hasenclever. Dagegen gelang es im Juli 1868, als Reincke sein Mandat niederlegte, den Wahlkreis Lennep-Mettmann zu behaupten, wo Fritzsche im ersten Wahlgange 3223 Stimmen erhielt und in der Stichwahl über den konservativen Kandidaten siegte, den Schulze-Delitzsch empfahl und die Mehrheit der fortschrittlichen Wähler mittelbar durch Stimmenthaltung unterstützte.

Auch die Finanzen des Vereins waren unter Brackes umsichtiger Pflege gut geordnet. Die Beiträge der Mitglieder beliefen sich nach wie vor auf einen halben, in besonders armen Gegenden, wie den schlesischen und sächsischen Weberbezirken, auf einen viertel Silbergroschen wöchentlich, doch mußte überall die Hälfte der einlaufenden Beiträge an die Vereinskasse abgeführt werden. Die Verwaltung war äußerst sparsam; die Berliner Generalversammlung setzte das Gehalt des Sekretärs, des einzigen besoldeten Vereinsbeamten, auf 20 Thaler monatlich fest, und bewilligte für das halbe Jahr, in welchem Roller das Amt seit der Braunschweiger Generalversammlung schon geführt hatte, nur eine summarische Entschädigung von 25 Thalern. Konnte der Präsident Mitte 1867 über monatlich etwa 25 Thaler für Vereinszwecke verfügen, so anderthalb Jahre später bereits über monatlich 300 bis 400 Thaler.

Ein großer Theil der Einnahmen ging vorläufig darauf, den Fehlbetrag des Vereinsorgans zu decken, das sich mühsam auf eigene Füße emporarbeiten mußte, nachdem es durch die Erschöpfung von Hofstettens Geldmitteln mehrmals dicht an den Rand des Abgrunds gekommen war. Um es zu halten, mußte sich Schweitzer im Februar 1868 zu einem eindringlichen Aufruf um außerordentliche Geldsammlungen an die Vereinsmitglieder entschließen. Da er der Bourgeoisie nicht das Vergnügen machen durfte, öffentlich zu sagen, worum es sich handle, so gab er nur an, daß wichtige Vereinsinteressen auf dem Spiele ständen und daß er der nächsten Generalversammlung die nöthige Rechenschaft über die Verwendung der einlaufenden Gelder ablegen werde. Trotzdem hatte der Aufruf guten Erfolg. Eine Besoldung bezog Schweitzer als Redakteur des Vereinsorgans so wenig wie als Präsident. Jedoch stellte er, als Hofstetten nach Wien gegangen war und die mit der Leitung des Vereins verbundenen Geschäfte immer mehr anwuchsen, Wilhelm Hasselmann als Hilfskraft in die Redaktion ein, einen jungen Studenten der Chemie, der, in Bremen geboren und früh verwaist, von Kindesbeinen an auf die Wohlthätigkeit reicher Verwandten angewiesen gewesen war und reichlich alle Bitterkeit gekostet hatte, die von solchem Schicksal unzertrennlich zu sein pflegt. Aus diesen traurigen Erfahrungen seines jungen Lebens rührte jener Ausdruck feindseliger Verschlossenheit her, der schon äußerlich Hasselmanns Auftreten kennzeichnete. Ein bitterer Hasser des Kapitalismus und dabei ein aufgeweckter Kopf, fand er sich bald auf sozialpolitischem Gebiete zurecht. An Schweitzers Fähigkeiten reichten die seinen nicht heran, aber er war ein tüchtiger Journalist, der eine kraftvolle, wenn auch mehr auf-, als anregende Feder führte.

Nach dreijährigem schwerem Ringen war Schweitzer nun doch an das Ziel gelangt, das er sich nach Lassalles Tode gesteckt hatte. Indem er an Lassalles Organisation und Taktik festhielt, hatte er die deutsche Arbeiterbewegung in die breiteren und freieren Bahnen des Kommunistischen Manifestes zu leiten verstanden. Mit Marx stand er in freundlichen Beziehungen. Als im Sommer 1868 eine Herabsetzung der Eisenzölle geplant wurde, und die Eisenindustriellen durch demagogische Redensarten die rheinisch-westfälischen Arbeiter dagegen aufzuwiegeln versuchten, wandte sich Schweitzer an Marx mit der Bitte um Rath. Er setzte dann den Arbeitern auseinander, daß die deutsche Eisenindustrie nach der Lage des Weltmarkts eine Herabsetzung der Eisenzölle wohl ertragen könne, aber durch deren Aufrechterhaltung auch nicht in ihrem Fortschritte behindert würde. Es handle sich um einen Konflikt innerhalb der Kapitalistenklasse, der so oder so entschieden werden könne, ohne daß die nationale Entwicklung dadurch beeinträchtigt würde. Somit hätten die Arbeiter einzig auf die Förderung ihrer Klasseninteressen zu sehen. Wenn die schutzzöllnerischen Eisenindustriellen ihre Unterstützung verlangten, so sollten sie einfach erwidern: Gut, wir sind dazu bereit, wir werden dafür eintreten, daß eine Enquete über die Lage der Eisenproduktion stattfinde, ehe die Eisenzölle herabgesetzt werden, wir stellen nur die Bedingung, daß sich diese Enquete nicht blos auf die Interessen der Kapitalisten, sondern auch auf die Interessen der Arbeiter, besonders auf den Lohn, die Arbeitszeit, die Lebensverhältnisse der in der Eisenproduktion beschäftigten Arbeiter erstrecke. Auf diese Fingerzeige Schweitzers hin berief Tölcke einen rheinisch-westfälischen Arbeitertag nach Hagen, zu dem die Eisenindustriellen eingeladen wurden. Aber keiner der falschen Brüder erschien, worauf der Arbeitertag beschloß, daß die Herabsetzung der Eisenzölle die Gesammtinteressen der Arbeiterklasse in keiner Weise gefährde und somit kein Anlaß für die Arbeiter vorliege, den schutzzöllnerischen Eisenindustriellen die erbetene Hilfe zu gewähren.

Beiläufig war dieser Fall der einzige, in dem Schweitzer aus seiner diktatorischen Vollmacht heraus die sozialpolitische Haltung des Vereins bestimmte. Er berief sich ausdrücklich darauf, daß die richtige Beurtheilung der Eisenzollfrage spezielle fachwissenschaftliche Kenntnisse voraussetze und daß er die „bedeutendste wissenschaftliche Autorität unserer Richtung" um ihre Ansicht befragt habe. Eine Diktatur in irgend einem subjektiv willkürlichen Sinne hat er nie zu handhaben versucht; er wußte sehr gut, daß moderne Proletarier keine Hammelherde sind, die sich blindlings leiten läßt. Freilich arbeiteten die nicht abreißenden polizeilichen und staatsanwaltlichen Verfolgungen verwerflichen Diktaturgelüsten eifrig in die Hände, indem sie auf eine immer straffere Zentralisation drängten. Doch hat Schweitzer stets entscheidenden Werth darauf gelegt, wie mit der Generalversammlung und dem Vorstande, so auch mit der Masse der Mitglieder in einem vollkommenen Einverständnisse zu bleiben. Trotz seiner formellen Befugniß hat er niemals einen Bevollmächtigten ernannt, der ihm nicht von den Mitgliedern des betreffenden Orts vorgeschlagen worden wäre. Er verstand seine Diktatur

nur im Sinn eines energischen, klaren und raschen Handelns, er faßte sie auf wie einen Hammer, der zwar in der einzelnen Faust am kräftigsten geschwungen werden könne, aber der von der Gesammtheit geschmiedet sein müsse.

Indessen auch einer so beschränkten Diktatur begannen die Dinge über den Kopf zu wachsen. Als sich im Jahre 1865 die ersten Anfänge der Streikbewegung in Deutschland kundgaben, hatte sich der Sozialdemokrat fördernd und wohlwollend zu ihr gestellt, doch noch ganz gemäß der Auffassung Lassalles, wonach die Koalitionsfreiheit ein gutes Recht der Arbeiterklasse sei, aber kein Mittel, ihren Beschwerden in nennenswerthem Umfange abzuhelfen. Die zahlreichen Streiks, die 1867 in England und Frankreich ausbrachen, führten das Blatt dann schon zu einer tieferen Ergründung des Problems. Es sagte sich: überall, wo die moderne Industrie eine gewisse Höhe erreicht hat, brechen die Streiks mit Macht hervor, trotz aller Abmahnungen der bürgerlichen und der sozialistischen Oekonomen, trotz der bitteren Erfahrungen, welche die Arbeiter praktisch mit der Einstellung der Arbeit zu machen pflegen; unmöglich können die Arbeiter sich so hartnäckig und so völlig über ihre eigenen Interessen täuschen, die Streiks müssen eine innere Berechtigung haben. Und diese Berechtigung fand der Sozialdemokrat darin, daß sich das Proletariat zuerst am Lohnverhältniß als eine benachtheiligte und unterdrückte Klasse erkennen lerne und hier zuerst den Hebel seiner Emanzipation ansetze, daß die Streiks somit die ausgezeichnete, nicht hoch genug zu veranschlagende Eigenschaft besäßen, eine Arbeiterbevölkerung, die bisher noch nicht zur Erkenntniß ihrer Klassenlage gelangt sei, aus ihrem Schlummer aufzurütteln, ihr ihre Zurücksetzung in der Gesellschaft und zugleich die Gemeinsamkeit ihrer Interessen zum Bewußtsein zu bringen. Aber da der Sozialdemokrat an der Ansicht festhielt, daß die Streiks ökonomisch nothwendig erfolglos bleiben müßten, und eben nur ein Mittel seien, das Klassenbewußtsein des Proletariats zu reifen, so folgerte er daraus, daß sie in der Regel nicht zu billigen seien, wo die Arbeiterklasse bereits offen für ihre letzten Ziele wirke.

Aber auch über diese Auffassung ging Schweitzer im Jahre 1868 einen Schritt hinaus. Theoretisch mag er aus dem Werke von Marx gelernt haben, daß es mit dem ehernen Lohngesetze doch seinen Haken habe, praktisch zeigte ihm die tägliche Erfahrung, daß auch die klassenbewußten Arbeiter keineswegs aufs Streiken verzichteten und daß die ökonomische Erfolglosigkeit der Streiks kein unanfechtbares Dogma sei. Fritzsche hatte schon Ende 1865 den Zigarrenarbeiterverein gegründet, dann war um die Mitte des nächsten Jahres der Verband der Buchdruckergehilfen entstanden, jetzt gründete auch Schob einen Gewerkverein der Schneider und Lübkert einen Gewerkverein der Zimmerleute. In alten sozialdemokratischen Sitzen, wie Elberfeld-Barmen, Essen, Hamburg, brachen zahlreiche Streiks aus, mit wechselnden, aber im Allgemeinen wenigstens nicht ungünstigen Erfolgen. Die erkämpften Lohnerhöhungen glichen meistens wohl nur die gestiegenen Preise der Lebensmittel aus, und insofern bestätigten sie mehr das eherne

Lohngesetz, als daß sie es widerlegten, aber auch dann zeigten sie eben doch, daß die Streiks je nachdem eine sehr nothwendige Sache seien.

Besonders lehrreich waren die Vorgänge in Berlin, wo der herrschende Nothstand die letzten Nebel des chauvinistisch-patriotischen Rausches zerstreute und die Arbeiterbewegung sich wieder mächtig zu regen begann, ähnlich wie zum ersten Male in Breslau, der Vaterstadt Lassalles, die sich ihr allzu lange versagt hatte. In Berlin erreichte die gewerkschaftliche Organisation der Buchdrucker wie der Zigarrenarbeiter beträchtliche Erfolge: die Buchdrucker setzten die Beseitigung der regelmäßigen Sonntagsarbeit durch, die Zigarrenarbeiter wehrten in mehrmonatlichem, rühmlich geführtem Kampf eine entwürdigende Fabrikordnung ab, die ihnen von den Fabrikanten aufgehalst werden sollte. Die Bäcker, Maurer, Zimmerer begannen sich gegen jämmerliche Löhne und endlose Arbeitszeit aufzulehnen, und zum ersten Male lüftete sich ein wenig der Schleier von den entsetzlichen Geheimnissen der Konfektionsindustrie, die in Berlin einen großen Aufschwung genommen hatte und schon damit prahlte, hier die erste der Welt zu sein.

Die Ausbeutung in dieser Industrie hatte einen so hohen Grad erreicht, daß die übermüthig gewordenen Kapitalisten nicht einmal mehr davor zurückscheuten, ihre gaunerischen Praktiken selbst ans Tageslicht zu ziehen. Sie pflegten ihren Hausarbeiterinnen feuchte Wolle zu liefern, die bei der Verarbeitung eintrocknete, und dann beim Abliefern der fertigen Waare das Gewichtsmanko zu Lohnabzügen oder Einbehaltung der gestellten Kautionen zu benützen. Eine Firma Schulz und Siebenmark ging in ihrer Frechheit so weit, eines ihrer Opfer, das sich nicht geduldig betrügen lassen wollte, wegen Unterschlagung beim Staatsanwalt zu denunziren. Jedoch wurde die angeklagte Arbeiterin vom Gerichte glänzend freigesprochen, da die Beweisaufnahme ergab, daß die Firma Schulz und Siebenmark das Betrügen ihrer bis aufs Blut ausgebeuteten Arbeiterinnen systematisch betrieben hatte. Das Aufsehen, das diese Gerichtsverhandlung machte, lenkte die allgemeine Aufmerksamkeit auf die Zustände in der Berliner Konfektionsindustrie, und es ergab sich, daß ihre Blüthe einzig und allein auf dem moralischen und physischen Ruin beruhte, durch den sie Zehntausende und aber Zehntausende von jungen Arbeiterinnen hinschlachtete.

Vom ersten Morgengrauen bis tief in die sinkende Nacht hinein mußten die armen Geschöpfe thätig sein, wenn sie genug verdienen wollten, um nicht allzu rasch zu verhungern. Versagten ihre müden Augen endlich bei der trostlosesten Beleuchtung, bei welcher der verwöhnte Blick der Wohlhabenden keinen Faden mehr erkennen konnte, so waren einige Stunden unruhigen Schlafes ihre einzige Erquickung, der einzige Genuß, den sie vom Leben hatten. Mit all' dieser Qual verdienten sie beim Düffel- und Tuchnähen höchstens zehn, beim Weißwaarennähen etwa acht, bei Tapisseriearbeiten etwa drei, höchstens fünf Silbergroschen täglich. Und aus dem grauenvollen Elend gab es für die Arbeiterinnen nur den einen Ausweg in die Prostitution, der sie unter die polizeiliche Kontrolle, ins Arbeitshaus, ins Gefängniß, in einen Tod der Schande führte.

Es ist anzuerkennen, daß durch die bürgerlichen Kreise ein Schauer des Entsetzens flog, als diese Zustände offenbar wurden. Sogar die eingefleischtesten Manchesterleute schwangen sich wenigstens zu einem Tadel der betrügerischen Praktiken auf, wodurch die Arbeiterinnen der Konfektionsindustrie noch um die paar elenden Pfennige ihrer Hungerlöhne gebracht werden sollten. Nur die preußische Polizei stand ganz auf der Höhe der kapitalistisch-kriminalistischen Plünderungsmethoden. Sie löste die Arbeiterversammlungen auf, in denen die Lage der Konfektionsarbeiterinnen besprochen werden sollte, weil diese Arbeiterinnen selbst daran theilnahmen. Ein Recht dazu hatte sie nicht einmal nach dem jämmerlichen preußischen Vereinsgesetze; ihre einzige Triebfeder war die reine Wollust am Weißbluten der „Aermsten der Armen"; das „soziale Königthum" offenbarte sich so, wie es sich nicht anders offenbaren konnte.

Wieder trat der Sozialdemokrat, wie drei Jahre früher, mit äußerster Energie und unbekümmert um alle polizeilichen Beschlagnahmen, für das bedrohte Vereinsrecht ein. Die fortschrittlichen Weltweisen lahmten erst hinterher, ebenso wie sie dem energischen Betreiben Schweitzers, den vorjährigen Antrag auf Erlaß der Koalitionsfreiheit von Neuem im Reichstag einzubringen, nur in schlaffer Weise nachkamen. Die konservativ-nationalliberale Mehrheit des Reichstags wollte sich vorläufig auf Nichts einlassen, doch stand fest, daß die Koalitionsfreiheit im nächsten Jahre beschlossen werden würde, sei es auch nur in verklausulirter Weise. Wie sehr immer die Polizei die streikenden Arbeiter mit allerlei Chikanen verfolgte, so erhob die Staatsanwaltschaft keine Anklagen mehr wegen Uebertretung des Koalitionsverbots, seitdem die Gerichte 1865 bei dem Tuchmacherstreik in Burg 278 wegen verbotenen Koalirens angeklagte Arbeiter freigesprochen hatten. Es war vorherzusehen, daß die gesetzliche Anerkennung der Koalitionsfreiheit die Streikbewegung noch mächtig anschwellen, daß die nächste Zukunft der Arbeiterklasse dem gewerkschaftlichen Kampfe gehören würde.

Hierüber täuschte sich Schweitzer nicht. Er nannte es nach wie vor eine grobe, für jeden Sozialisten unmögliche Täuschung, anzunehmen, daß die kapitalistische Produktionsweise durch Arbeitseinstellungen gebrochen werden könne, aber er sah ein, daß die Masse der Arbeiterschaft nicht eher zum Klassenbewußtsein gelange, sich nicht eher von der Bevormundung des Polizeistaats und der Geldmacht befreie, bis sie durch praktische Erfahrungen lerne, welcher Erbitterung, welchen unglaublichen Hasses die herrschenden Klassen fähig seien, sobald die Arbeiter auch nur die geringste Verbesserung ihrer Lage verlangten. „Die Streiks — mit einem Worte — sind ein geschichtlich nothwendiges Uebergangsstadium zur vollen Herrschaft der sozialistischen und kommunistischen Bewegung." Und daraus ergab sich von selbst die Schlußfolgerung, durch eine richtige Organisation der Streiks dies Uebergangsstadium möglichst abzukürzen, die in der Arbeitermasse vorhandene Strömung vor Verzettelung und Zersplitterung zu schützen, sie wenigstens so stark als möglich gegen die kapitalistische Produktionsweise zu waffnen und ihren engen Zusammenhang mit der politischen Agitation zu wahren.

So weit ging Schweitzer, wenn auch nicht weiter. Als gleichberechtigt und selbständig neben der politischen Bewegung erkannte er die gewerkschaftliche Bewegung nicht an. Sie war ihm vielmehr nur ein Hebel, der politischen Bewegung einen desto stärkeren Nachdruck zu geben; er betrachtete sie gewissermaßen als Festung, hinter deren Wällen neue Rekruten einexerzirt werden und im Nothfalle auch die kämpfenden Heersäulen des Proletariats eine Zuflucht finden konnten. Wenn sich auch mehr und mehr herausstellte, daß die politische Organisation nur eine Elite der Arbeiterklasse umfasse, so wurde sie deshalb nicht weniger heftig von der Polizei und Staatsanwaltschaft verfolgt, die immer neue Handhaben suchten und fanden, dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein etwas am Zeuge zu flicken. Ungefähr ein Drittel seiner örtlichen Mitgliedschaften wurde schon wieder wegen „Zweigvereinsbildung" angefochten; an einzelnen Orten, wie in Berlin selbst, hatte der Verein in erster Instanz zwar freisprechende Erkenntnisse erstritten, aber die Staatsanwälte gingen sofort an die höheren Instanzen, deren Entscheidung mindestens unberechenbar war. Als Schweitzer im Sommer 1868 die Generalversammlung des Vereins nach Hamburg berief, geschah es in der bösen Ahnung, daß diese siebente Generalversammlung wohl die letzte sein werde.

Sie tagte vom 22. bis zum 26. August. Schweitzer hatte sie nach Hamburg berufen, um die dortigen Mitglieder „für ihre sowohl durch strengste Ordnung, wie durch Prinzipientreue, Thatkraft und Opferwilligkeit ausgezeichnete und für den ganzen Verein mustergiltige Haltung" zu ehren. Zum Danke für sein großes Werk war Karl Marx durch ein offizielles Schreiben des Vorstandes als Ehrengast eingeladen worden. Dringende Geschäfte verhinderten ihn, zu kommen; er entschuldigte sich in einem Schreiben, worin er „mit Freude" feststellte, daß die Generalversammlung auf die Tagesordnung ihrer öffentlichen Sitzungen die Punkte gesetzt habe, von denen jede ernste Arbeiterbewegung ausgehen müsse: Agitation für volle politische Freiheit, Regelung des Arbeitstages und planmäßige internationale Kooperation der Arbeiterklasse in der großen weltgeschichtlichen Aufgabe, welche sie für die ganze Gesellschaft zu lösen habe. Die Generalversammlung beschloß, mit allen gesetzlichen Mitteln für die Erringung der politischen Freiheit zu kämpfen; sie erklärte die gesetzliche Einführung des zehnstündigen Arbeitstages für nothwendig und verdammte die Sonntagsarbeit, die den Arbeitern den letzten Ruhetag und das letzte Familienglück raube, als den Gipfel der sozialen Tyrannei; endlich faßte sie den Beschluß, daß die Bestrebungen der Arbeiter nur dann erfolgreich sein könnten, wenn sie einheitlich in allen Kulturländern zusammengingen, und daß es somit die Pflicht der deutschen Arbeiterpartei sei, gemeinsam vorzugehen mit den Arbeiterparteien aller Kulturländer, die von gleichen Prinzipien geleitet würden.

Die drei öffentlichen Sitzungen der Generalversammlung waren imposante Kundgebungen. Die Hamburger Arbeiter erwiesen sich ihres alten Rufes würdig, sie stellten eine dankbare und intelligente Hörerschaft von sechstausend Köpfen. In den vier geschlossenen Sitzungen wurden die eigentlichen Geschäfte des Vereins

erledigt. Vertreten waren 83 Orte mit 7274 regelmäßig zahlenden Mitgliedern durch 36 Delegirte, während 50 bis 60 Orte, die zumeist erst im Laufe des Jahres gewonnen worden waren, noch keine Vertreter gesandt hatten. Die Generalversammlung billigte, daß der Präsident die finanziellen Ueberschüsse zunächst auf die Erhaltung des Vereinsorgans verwandt habe, wofür Schweitzer als Eigenthümer des Sozialdemokraten dem Verein mit 1000 Thalern haftbar blieb. Ferner beschloß die Generalversammlung, bis der Etat des Sozialdemokraten balanzire, von Vereinswegen die fehlenden Abonnements zu beziehen und diese Exemplare zur Agitation zu verwenden. Dagegen lehnte sie einen Antrag Wolfenbütteler Mitglieder, den Sozialdemokraten als Vereinseigenthum zu übernehmen, und ebenso den Antrag eines Düsseldorfer Mitgliedes, die Redaktion von dem Präsidium zu trennen, als unzweckmäßig ab. Sobald der Sozialdemokrat seine Kosten decke, worauf man etwa in zwei Quartalen rechnete, sollten die finanziellen Mittel des Vereins zur systematischen Propaganda durch Aussendung besoldeter Agitatoren, zunächst im Königreiche Sachsen und in Süddeutschland, verwandt werden. Zur Organisation dieser Propaganda erhielt der Präsident die nöthigen Vollmachten. Das Gehalt des Sekretärs wurde auf 25 Thaler monatlich erhöht.

Die wichtigste Verhandlung der geschlossenen Sitzungen bezog sich aber auf die Stellung des Vereins zur Streikbewegung. Braunschweiger Mitglieder hatten den Antrag gestellt, die Arbeitseinstellungen zu organisiren. Dazu beantragte Perl Uebergang zur Tagesordnung, während Fritzsche zwei Anträge einbrachte, wonach die Generalversammlung erstens erklären sollte, daß die Streiks kein Mittel seien, die Grundlagen der kapitalistischen Produktionsweise zu ändern, wohl aber ein Mittel, das Klassenbewußtsein der Arbeiter zu fördern, die Polizeibevormundung zu durchbrechen und unter Voraussetzung richtiger Organisation einzelne soziale Mißstände drückender Art, wie übermäßig lange Arbeitszeit und Sonntagsarbeit, aus der heutigen Gesellschaft zu entfernen, und wonach sie zweitens den Präsidenten beauftragen sollte, einen allgemeinen deutschen Arbeiterkongreß zur Begründung von allgemeinen Gewerkschaften zu berufen. Nach lebhaften Debatten wurde Perls Antrag mit 3417 gegen 2583 Stimmen verworfen, der erste Antrag Fritzsches mit gleicher Mehrheit angenommen, sein zweiter Antrag mit 3255 gegen 3044 Stimmen abgelehnt. Die Generalversammlung hatte also eine prinzipiell freundliche Stellung zu den Streiks eingenommen, aber ihre praktische Organisation von Vereinswegen für unnöthig erklärt.

Nach diesem Ausfalle der Abstimmung erklärten Schweitzer und Fritzsche, daß sie nunmehr als Reichstagsabgeordnete einen Gewerkschaftskongreß einberufen würden. Ihre Erklärung rief wieder eine heftige Debatte hervor, in welcher darüber gestritten wurde, ob die Absicht Schweitzers und Fritzsches gegen die Parteidisziplin verstoße. Schweitzer selbst führte aus, daß die Generalversammlung ohne Zweifel das Recht besitze, dem Präsidenten Alles zu untersagen, was sie für eine Schädigung des Vereins halte; wolle er sich nicht fügen, so habe

er aus dem Vereine auszutreten. Nun habe die Generalversammlung abgelehnt, die Organisation der Streiks von Vereinswegen in die Hand zu nehmen, woran sie vielleicht wohlgethan habe, aber prinzipiell habe sie die Streiks gebilligt. Daraus scheine ihm hervorzugehen, daß sie kein Verbot, sich daran zu betheiligen, habe aussprechen wollen, indem sie ablehnte, den Vereinspräsidenten zur Einberufung eines Gewerkschaftskongresses zu verpflichten. Sie möge sich jetzt näher erklären, aber er verhehle nicht, daß er sofort sein Amt niederlegen und aus dem Vereine scheiden müsse, wenn ihm die Generalversammlung die Einberufung des Kongresses verbiete. Nach seiner Auffassung müsse die sozialdemokratische Partei, als das vorgeschrittenste Element unter den Arbeitern, die Streikbewegung organisiren; er dürfe die verantwortliche Leitung nicht weiter führen, wenn er das Bewußtsein habe, daß die Agitation durch ein wesentliches Versäumniß lebensunfähig werden könne. Daraufhin erklärte die Generalversammlung fast einstimmig, daß sie ein Verbot nicht habe aussprechen wollen, als Reichstagsabgeordnete könnten Schweitzer und Fritzsche den Kongreß berufen.

Leider ist über diese Verhandlungen kein ausführlicher Bericht erhalten, aus dem sich ersehen ließe, inwieweit die Opposition von praktischen Bedenken oder von orthodoxem Lassalleanismus geleitet gewesen ist. Mitgespielt hat Beides: Perl hob in den kurzen Motiven, womit er seinen Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung begründete, nur finanzielle und formelle Einwände hervor, während Schweitzer sich in einem Artikel des Sozialdemokraten sehr entschieden gegen den Vorwurf vertheidigte, mit der Einberufung des Kongresses die Ueberlieferungen Lassalles verlassen zu haben. Als den entscheidenden Gesichtspunkt betonte er ganz richtig die Thatsache, daß eine Streikbewegung in den Massen vorhanden sei, die zu Lassalles Lebzeiten gefehlt habe. Eine solche Bewegung ins Leben zu rufen, sei so wenig Lassalles Sache gewesen, wie es jemals die Sache eines Sozialisten sein könne, aber wenn sie einmal da sei, müsse jeder Sozialist, und würde also auch Lassalle, wenn er noch lebte, darauf bedacht sein, ihr das richtige Ziel anzuweisen. Sofort nach Schluß der Generalversammlung, noch von Hamburg aus, richteten Schweitzer und Fritzsche einen Aufruf an die Arbeiter Deutschlands, worin sie einen allgemeinen deutschen Arbeiterkongreß zum 27. September nach Berlin einberiefen, zur Besprechung und Einrichtung alles dessen, was mit den Arbeitseinstellungen zusammenhänge, zur Begründung einer umfassenden Organisation der gesammten Arbeiterschaft Deutschlands durch und in sich selbst, zum Zwecke gemeinsamen Vorschreitens vermittelst der Arbeitseinstellungen.

Zehn Tage darauf trat in Nürnberg der fünfte Vereinstag der deutschen Arbeitervereine zusammen. Seit dem Geraer Vereinstage hatte Bebel mit energischer und geschickter Hand die Leitung des Verbandes geführt, um bald zu erkennen, daß eine reinliche Scheidung zwischen den vorwärtsdrängenden und den rückwärtsziehenden Elementen zur unumgänglichen Nothwendigkeit geworden sei. Lieber zehn sichere, als dreißig schwankende Vereine, schrieb er an Albert Lange. Die Entwicklung des proletarischen Klassenbewußtseins vollzog sich innerhalb des

Verbandes in durchaus ursprünglicher Weise, gefördert durch die zwingende Beredtsamkeit der ökonomischen Thatsachen, und nicht, wie die landläufige Erzählung wissen will, durch die angeblichen Ueberredungskünste Liebknechts, der ebenso wie das Demokratische Wochenblatt dem Verbande als solchem noch ferne stand. In der Arbeiterhalle, die in Mannheim erschien, hatte der Verband ein eigenes Organ. Je klarer sich aber die proletarischen Elemente der Arbeitervereine darüber wurden, daß der Verband, wenn er überhaupt noch etwas bedeuten wollte, eine bestimmte Stellung zu den brennenden Fragen auf politischem und sozialem Gebiete einnehmen müsse, um so eifriger rüsteten sich ihre bürgerlichen Elemente, die letzte Position zu vertheidigen, welche die Bourgeoisie noch im Proletariat besaß. Sobald der Vorort Leipzig den Vereinstag zum 5. September nach Nürnberg einberufen und seine Absicht ausgesprochen hatte, als Programm des Verbandes die Hauptsätze aus den Statuten der Internationalen vorzuschlagen, wurde von beiden Seiten mit Macht für die eifrige Beschickung des Tages agitirt, wobei es die bürgerliche Seite nicht an allerlei Mitteln fehlen ließ, die Zahl der ihr noch anhänglichen Arbeiter und Arbeitervereine künstlich hinaufzuschrauben.

Jedoch hatten sie damit kein Glück gegenüber der elementaren Strömung, welche durch die Arbeitermassen ging. Der Nürnberger Vereinstag entschied sich für die Annahme des Programms, das der Vorort Leipzig ihm vorgeschlagen hatte, und für die Begründung zentralisirter Gewerksgenossenschaften, unter Ablehnung eines von Löb Sonnemann eingebrachten Antrags, der Altersversorgungskassen für Arbeiter, unter Vermittlung der Post und demnach als Anstalten, die unter staatlicher Aufsicht ständen, eingerichtet haben wollte. Bei der entscheidenden Programmfrage stimmten 72 Vereine mit 69 Stimmen gegen 37 Vereine mit 46 Stimmen. Die bürgerliche Minderheit machte noch einen Versuch, ihre Sache zu retten, indem sie behauptete, hinter der Mehrheit ständen kaum 1800, hinter der Minderheit aber 8800 Mitglieder der Arbeitervereine. Bebel deckte den Schwindel sofort in einer bündigen Erklärung auf. Zwar rechnete er auch noch 5876 Mitglieder für die Minderheit und nur 6480 Mitglieder für die Mehrheit heraus, aber es zeigte sich alsbald, daß die Minderheit, die sofort aus dem Verbande schied, überhaupt keine Aktionsfähigkeit mehr besaß. Sie versuchte einen Deutschen Arbeiterbund zu gründen, ohne über die ersten Ansätze hinaus zu kommen. Die Vereine der Minderheit schlossen sich entweder bald der Mehrheit an oder sie gingen ein; von ihnen allen besteht heute nur noch der Berliner Arbeiterverein, der sich damals übrigens auch in zwei Vereine spaltete, von denen der eine unter dem alten Namen an dem fortschrittlichen Programm festhielt, während der andere sich als Demokratischer Arbeiterverein aufthat und dem Verbande der Arbeitervereine anschloß.

Wie der Geraer, so bedeutete auch der Nürnberger Vereinstag einen großen Schritt vorwärts, aber zur Gründung einer sozialdemokratischen Arbeiterpartei führte er noch nicht. Formell wurde der Verband aufrecht erhalten, Bebel wieder zum Vorsitzenden und Leipzig zum Vorort gewählt. Der Vereinstag war von

den österreichischen und schweizerischen Arbeitervereinen beschickt worden, der Generalrath der Internationalen wurde durch Eccarius vertreten, und einige Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, die eben der Hamburger Generalversammlung beigewohnt hatten, Kirchner aus Hildesheim und Karl Hirsch aus Berlin, sprachen kräftig im Sinne der Mehrheit. Trotzdem befanden sich in der Mehrheit noch mancherlei Elemente, die mit dem proletarischen Klassenkampfe so viel gemein hatten, wie das Wasser mit dem Feuer: ehrliche Kerle wie Ladendorf, falsche Brüder wie Löb Sonnemann, allerlei Schlauköpfe aus der Deutschen Volkspartei, die das internationale Programm zur Noth annehmen mochten, weil es noch nichts über eine nationale Politik der Arbeiterklasse besagte. Die Deutsche Volkspartei hatte den Nürnberger Vereinstag offiziell beschickt, und so beschickte der Nürnberger Vereinstag offiziell eine Konferenz der Deutschen Volkspartei, die am 19. und 20. September in Stuttgart tagte und nach dreijährigen Wehen nun endlich mit einem Programm in der nationalen und der sozialen Frage niederkam.

Die Deutsche Volkspartei war zu einer süddeutschen Partei zusammengeschrumpft, abgesehen von einigen augustenburgischen und welfischen Anhängseln, die in Schleswig-Holstein und Hannover ein hinsterbendes Dasein führten, sowie von den paar Anhängern Jacobys und namentlich von der Sächsischen Volkspartei, die überwiegend aus Arbeitern bestehend, sich rüstig in sozialdemokratischem Sinne entwickelte. Gerade aber in ihrer örtlichen Beschränkung hätte die Deutsche Volkspartei in den Jahren zwischen Königgrätz und Sedan eine historische Bedeutung gewinnen können, wenn sie gegenüber der Ohnmacht und Unfähigkeit der süddeutschen Regierungen, unter dem Schutze der Eifersucht von ganz Europa, eine energische demokratische Propaganda entfaltet hätte, die zugleich das sicherste Mittel gewesen wäre, der Berliner Reaktion das Leben sauer zu machen. Allein der günstige Augenblick verrann nutzlos, weil, ähnlich wie in den Tagen der deutschen Revolution, der krähwinkelhafte Partikularismus über alle demokratischen und republikanischen Redensarten siegte, weil, wie Albert Lange bitter sagte, ein blinder, dem Feinde in die Hände arbeitender Haß gegen Preußen die einzige Triebfeder der Deutschen Volkspartei war.

Das nationale Programm, das sie im Herbste 1868 endlich aufs Papier brachte, war denn auch weiter nichts, als ein öder, mit leeren Redensarten über Freiheit und Selbstbestimmung verkleisterter Partikularismus, und ihr soziales Programm war etwas noch Schlimmeres. Die Deutsche Volkspartei erklärte grundsätzlich ihren „Anschluß an das vom Nürnberger Vereinstage angenommene Programm“ und stellte eine Reihe sozialer Forderungen auf, die, wie Hebung der Volksschule, Freizügigkeit, Gewerbefreiheit, nirgends über den bürgerlichen Horizont hinausgingen, wenn sie auch in einzelnen Punkten, wie Abschaffung der stehenden Heere und Betheiligung der Arbeiter am Reingewinne, die kapitalistischen Konsequenzen etwas radikaler oder etwas verschmitzter zogen, als die norddeutschen Liberalen es thaten. Mit dem Programm der Internationalen, dem sie sich

„anschlossen", standen diese Forderungen auf demselben friedlichen Fuße, wie das Kapital mit der Arbeit. Man begreift nach solchen Leistungen, daß Marx den Konflikt zwischen nationalliberalen Norddeutschen und volksparteilichen Süddeutschen eine „kleine Lumperei" nannte. Aehnlich sagte Engels, die Geschichte der nächsten Jahre werde beweisen, daß Nationalliberale und Volksparteiler sich nur deshalb so heftig befehdeten, weil sie die entgegengesetzten Pole einer und derselben Bornirtheit seien.

Während die Nürnberger Mehrheit noch mit der Deutschen Volkspartei zusammenhing, stimmten die Beschlüsse der Hamburger Generalversammlung weit mehr überein mit den Beschlüssen, die gleichzeitig der dritte Kongreß der Internationalen faßte. Er tagte vom 6. bis zum 12. September in Brüssel und war von 97 Delegirten besucht, deren größere Hälfte aus Belgiern bestand; Frankreich wurde durch 18, England durch 11, die Schweiz durch 8 und Deutschland durch 4 Delegirte vertreten. Ueber die Nothwendigkeit der politischen Aktion und die Bedeutung der Streiks für die Arbeiterklasse beschloß der Brüsseler Kongreß ganz ebenso, wie die Hamburger Generalversammlung darüber beschlossen hatte, und zum ersten Male erklärte sich der Kongreß der Internationalen für das Gemeineigenthum am Grund und Boden, allerdings nur gegen eine starke Minderheit, deren Rückgrat die französischen Delegirten bildeten. Schweitzer hatte eine offizielle Einladung zu dem Brüsseler Kongresse erhalten, konnte aber nicht erscheinen, weil er, unaufhörlich von der Staatsanwaltschaft verfolgt, mehrere Gerichtstermine wahrzunehmen hatte. In seiner Antwort auf das Einladungsschreiben sagte er, daß der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein vollkommen auf dem Boden der Internationalen stehe und von seinem formellen Eintritt in den Bund nur durch die deutschen Vereinsgesetze zurückgehalten werde.

Diese Gesetze wurden eben jetzt wieder benützt, um den Verein auch als nationale Organisation zu zerstören. Das Kammergericht entschied in zweiter Instanz, daß die örtliche Mitgliedschaft in Berlin als selbständiger Zweigverein aufzulösen sei. Hiergegen war zwar noch die Berufung an das Obertribunal möglich, aber am 16. September verfügte das Leipziger Polizeiamt die Auflösung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins überhaupt. Als Vorwand wurde diesmal die Bestimmung genommen, daß die Hälfte der von den Mitgliedern gezahlten Beiträge für Lokalzwecke in den einzelnen Orten verwandt werden dürfe, „solchem nach die Vereinsmitglieder der einzelnen Ortschaften nicht blos als Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, sondern als Mitglieder eines Lokalvereins mit eigener Kassenverwaltung" erschienen. Da es sich um einen bloßen Vorwand handelte, so legte Schweitzer kein Rechtsmittel gegen die Verfügung der Leipziger Polizei ein, sondern ordnete einfach an, daß sich der Verein sofort aufzulösen habe, nicht „aus Gehorsam gegen die Obrigkeit", wie er den Mitgliedern auseinandersetzte, sondern „weil es nach Lage der Dinge das Vernünftigste ist, was wir thun können". Schweitzer erkannte und sprach es auch offen aus, daß der in Leipzig geführte Schlag aus Berlin kam; er wollte vermeiden, daß

ein rechtskräftiges und dann für alle preußischen Gerichte maßgebendes Urtheil des Obertribunals in Sachen der „selbständigen Zweigvereine" erginge; mit der freiwilligen Auflösung des Vereins hielt er sich die Möglichkeit offen, ihn sofort wieder in neuen, alle denkbaren Einwände ausschließenden Formen zu eröffnen.

III. Die Zersplitterung der gewerkschaftlichen Bewegung.

Bei aller sonstigen Verschiedenheit hatten sich die Hamburger Generalversammlung und der Nürnberger Vereinstag doch in zwei Beschlüssen gefunden, die ein gemeinsames Aktionsfeld für das gesammte klassenbewußte Proletariat in Deutschland zu öffnen schienen: in dem Anschluß an die Internationale und in der Gründung der Gewerksgenossenschaften. So auch faßte das Demokratische Wochenblatt die Lage auf. In seiner Nummer vom 12. September schrieb es: „In Hamburg, Nürnberg und Brüssel dieselben Bestrebungen, dieselben Ziele: Befreiung der Arbeit von den Fesseln des Kapitals, Beseitigung der Klassenherrschaft und der Lohnsklaverei, Schaffung eines auf Freiheit und Gleichberechtigung gegründeten Staats." Und gleichzeitig erschien in der Zukunft eine Leipziger Korrespondenz, welche ausführte, daß eine mehr oder minder vollständige Verschmelzung der demokratischen Arbeitervereine mit dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein nur eine Frage der Zeit sei.

Wie anerkennenswerth diese Einheitsbestrebungen waren, so wurden sie doch auf Wegen verfolgt, die von dem erstrebten Ziele weitab führten. In der Leipziger Korrespondenz der Zukunft hieß es, „Dieser und Jener" stemme sich aus persönlichen Gründen gegen die Einigung der deutschen Arbeiter. Und noch deutlicher wurde das Demokratische Wochenblatt, indem es auf der zweiten Seite derselben Nummer, auf deren erster Seite die demokratischen Beschlüsse der Hamburger Generalversammlung anerkannt worden waren, den „Präsidenten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins" kategorisch aufforderte, ein Hamburger Mitglied des Vereins zu maßregeln, den Schuhmacher Praast, der nach der Behauptung eines volksparteilich-welfischen Blattes bei einer Todtenfeier Lassalles in Hannover die preußischen Annexionen gelobt haben sollte. Dabei stand nicht einmal fest, ob von Praast, der sich beiläufig ein Jahr später von Schweitzers auf Liebknechts Seite schlug, wirklich ein prinzipienwidriger Verstoß begangen worden war; die bloße Versicherung eines Blattes, das im Schatten der Welfenhofe für die deutsche Einheit und Freiheit kämpfte, konnte unmöglich als überführender Beweis gelten. Und auch dieser Artikel des Demokratischen Wochenblatts wurde sofort von der Zukunft übernommen.

Schweitzer hatte bis dahin alle Angriffe des Demokratischen Wochenblatts gegen seine persönliche und politische Integrität unbeachtet gelassen. Jetzt antwortete er der Zukunft, der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein könne unmöglich für irgend eine Aeußerung eines einzelnen Mitglieds verantwortlich gemacht

werden; auch stehe der Präsident nicht als Polizeibüttel und Zensor hinter jedem Redner; wolle man jedoch wissen, wie er selbst sich zu der angeblichen Ausführung des Hamburger Mitgliedes stelle, so sage er, „daß der von uns erstrebte Eine deutsche Volksstaat weder durch das preußische Annexions-, Militär- und Polizeigetriebe, noch durch den in den Mittel- und Kleinstaaten von der ‚Volkspartei‘ und den Werkzeugen der verjagten Fürsten geschürten, stupiden und widerlichen Preußenhaß näher gebracht“ werde. Und auf die Leipziger Korrespondenz der Zukunft erklärte Schweitzer, der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein werde mit der Mehrheit der Nürnberger Vereine ebenso Hand in Hand gehen, wie mit allen ähnlich gesinnten und befreundeten Parteien. Aber von Verschmelzung könne keine Rede sein, es sei denn, daß die Nürnberger Vereine in den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein träten, wo sie willkommen sein würden. Niemals aber könne die von Lassalle gegründete straffe Organisation geändert werden, um einem „verschwommenen Wischiwaschi“ Platz zu machen.

Dieser Ausdruck war gewiß sehr unhöflich, obgleich nur eine winzige Grobheit, verglichen mit den bösen Dingen, die sich Schweitzer seit neun Monaten vom Demokratischen Wochenblatte hatte sagen lassen müssen. Jedenfalls war nicht gut mißzuverstehen, was Schweitzer unter dem „verschwommenen Wischiwaschi“ verstand. Er meinte nicht das Programm der Internationalen, dem er sich eben selbst angeschlossen hatte, sondern die verschwommenen Beziehungen der Nürnberger Vereine zur Deutschen Volkspartei. Trotzdem verfiel das Demokratische Wochenblatt dem Mißverständnisse, daß Schweitzer mit dem unhöflichen Worte „nur“ die Lehre von Marx gemeint haben könne, von der sich die Lehre Lassalles allein dadurch unterscheide, daß sie ihr die Spitze abbreche. Und so wurde Schweitzer abermals für einen „Verräther an der Sache des Sozialismus und der Demokratie“ erklärt.

Darnach blieb nur noch die Gewerkschaftsbewegung als ein Feld gemeinsamen Wirkens übrig. Indessen die Nürnberger Vereine beschickten den Arbeiterkongreß nicht, den Schweitzer und Fritzsche zum 27. September einberufen hatten. Und zwar, wie Liebknecht später angegeben hat, deshalb nicht, weil es ihrer Ehre zu nahe gegangen sei, nachdem Schweitzer erklärt habe, die Nürnberger Vereine würden zu dem Kongresse nicht zugelassen werden. Hiermit hatte es nun aber folgende Bewandtniß. Nachdem der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein durch das Leipziger Polizeiamt aufgelöst worden war, erklärte der Sozialdemokrat, daß mit Rücksicht auf die Bestimmung des Vereinsgesetzes, wonach politische Vereine sich nicht miteinander verbinden dürften, „Arbeitervereine, die ein politisches Programm haben, wie der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein und die Nürnberger Majorität als solche“, nicht auf dem Kongresse vertreten sein könnten. Bei der ganzen Anordnung handelte es sich einfach um eine Formfrage, die den Kongreß vor polizeilichen Uebergriffen schützen sollte; einen Grund zur Beschwerde hätten höchstens die Vereine der Nürnberger Minderheit gehabt, die kein politisches Programm besaßen, gleichwohl aber, wie der Sozialdemokrat in einer Anmerkung

hinzufügte, als solche auch nicht auf dem Kongresse vertreten sein könnten, da sonst thatsächlich eine politische Partei bevorzugt werden würde. Allen Vertretern bereits bestehender Gewerkschaften, allen Delegirten von Versammlungen der verschiedenen Gewerke, ja von Arbeiterversammlungen überhaupt, war der Kongreß ohne jede Einschränkung geöffnet.

Eher läßt sich der ebenfalls gegen Schweitzer und Fritzsche erhobene Vorwurf hören, daß sie die Einberufung des Kongresses überstürzt, daß sie nicht erst den Verlauf des Nürnberger Vereinstags abgewartet und dann gemeinsam mit dem Vororte der siegreichen Mehrheit die Organisation der gewerkschaftlichen Bewegung angegriffen hätten; besondere Eile habe die Sache nicht gehabt, da die Verleihung der Koalitionsfreiheit doch erst in Jahr und Tag zu erwarten gewesen sei. Jedoch hatten Schweitzer und Fritzsche triftige Gründe, das Eisen zu schmieden, so lange es heiß war. Sie wollten ihre Bataillone bereits organisirt und ihre Kriegskasse bereits gefüllt haben, ehe das Signal zum Kampfe erscholl; dann mußte ihnen auch viel daran liegen, gegenüber dem Widerstande in der eigenen Partei, der aus einer sehr problematischen Spekulation auf die Ergebnisse des Nürnberger Vereinstages nur neue Nahrung gesogen haben würde, möglichst bald eine vollendete Thatsache zu schaffen, und ganz besonders kam es darauf an, ein hinterhaltiges Spiel der Fortschrittspartei zu durchkreuzen, die eben daran ging, sich der proletarischen Streikbewegung zu bemeistern und sie in falsche Bahnen zu leiten.

Es ist ein ganz alberner Schwindel, zu sagen, daß Liebknecht und Schweitzer zur Gründung von Gewerksgenossenschaften geschritten seien, nachdem Max Hirsch eine Reise nach England unternommen habe, um die Trade Unions zu studiren und nach Deutschland zu verpflanzen. Liebknecht kannte die Trade Unions aus der Zeit seines englischen Exils sehr genau und hatte seit seiner Rückkehr nach Deutschland durch zahlreiche Vorträge die Aufmerksamkeit der deutschen Arbeiter auf sie gelenkt, während Schweitzer sich mindestens schon seit Jahr und Tag im Sozialdemokraten mit den einschlägigen Fragen befaßt hatte, lange ehe Max Hirsch auf den sauberen Einfall verfiel, die noch fortschrittlich gesinnten Arbeiterkreise durch eine verpfuschte Nachahmung der Trade Unions über ihre wahren Interessen zu täuschen. Er ist erst in England selbst, wohin er sich begeben hatte, um die Kooperativgesellschaften kennen zu lernen, auf die Trade Unions aufmerksam gemacht worden und zwar durch Lujo Brentano, der die englischen Gewerkschaften wirklich studirte; von den „Studien", die Max Hirsch trieb, giebt es eine zutreffende Probe, daß er sich, nachdem er schon wochenlang den deutschen Arbeitern die Schieds- und Einigungsämter als die Allheilmittel der sozialen Frage angepriesen hatte, hilfeflehend an Brentano wandte, dieser möge ihm doch aus seinen Sammlungen aushelfen, da er selbst „leider gar kein Material" über die englischen Schieds- und Einigungsämter besäße. Schloß diese grandiose Unwissenheit aus, daß Liebknecht und Schweitzer etwas von Max Hirsch gelernt haben können, so machte es die frivole Leichtfertigkeit, womit Max Hirsch dennoch

an die Gründung von deutschen Gewerkvereinen zu gehen gedachte, um so wünschenswerther, sein demagogisches Treiben so schnell wie möglich zu durchkreuzen.

Inzwischen hatte der Aufruf Schweitzers und Fritzsches in den deutschen Arbeiterkreisen gezündet. Zu dem Arbeiterkongresse, der am 26. September eröffnet wurde, erschienen 206 Delegirte, die 142 008 Arbeiter in 110 Orten vertraten und zwar Arbeiter der verschiedensten Gewerke. Am stärksten betheiligten sich, wie es in der Natur der Sache lag, die Hauptsitze des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, Berlin durch 27 und das benachbarte Brandenburg eingerechnet, sogar durch 42, Hamburg-Altona durch 22, Elberfeld-Barmen durch 11, Braunschweig durch 7 Abgeordnete. Doch auch aus Süddeutschland fand sich eine nicht unbeträchtliche Zahl Delegirter ein, so aus Offenbach, Mannheim, Heidelberg, Freiburg, Speyer, Stuttgart, Augsburg, Würzburg, und ebenso wenig fehlten Delegirte aus dem Königreiche Sachsen, aus Dresden, Freiberg, Glauchau und Leipzig.

Somit hatte die Fortschrittspartei das Nachsehen. Sie konnte nur noch zwei Tage vor der Eröffnung des Kongresses den letzten Rest der ihr noch anhänglichen Maschinenbauer zusammenberufen, etwa 400 bis 500 Mann, unter denen aber auch schon die Meinung laut wurde, man dürfe sich nicht deshalb von einer guten Sache ausschließen, weil sie von sozialdemokratischer Seite angeregt würde. Schulze-Delitzsch selbst mußte sich in die Bresche werfen mit einer Rede, worin er sich als den geborenen Arbeiterführer ausprahlte und über die „müßigen Schwätzereien unnützer Buben" schimpfte. Die Versammlung wählte 12 Delegirte, die unter Führung von Max Hirsch den Arbeiterkongreß besuchen und „gegen die Organisirung des sozialen Krieges" protestiren sollten. Natürlich scheiterte dieser Versuch, den Kongreß zu vereiteln; als Max Hirsch in der ersten Sitzung einige unnütze Stänkerei machte, wurde er sammt seinem Anhange entfernt, während Schulze, durch einen Abgesandten Schweitzers gestellt, mehr vorsichtig als wahrheitsliebend ableugnete, mit „den müßigen Schwätzereien unnützer Buben" den Aufruf Schweitzers und Fritzsches gemeint zu haben. Dieses Gegentheil von Heldenmuth trug ihm noch eine sehr derbe Resolution des Kongresses ein, der zugleich erklärte, daß er in den Berliner Maschinenbauern seine Brüder erkenne und daß die Entfernung ihrer Delegirten sich nur gegen absichtliche Störenfriede gerichtet habe. Leider beschwichtigte die gutgemeinte Erklärung den verletzten Korpsgeist der Berliner Maschinenbauer nicht, die sich nun wieder enger an die Fortschrittspartei anschlossen.

Sonst verlief der Arbeiterkongreß in voller Harmonie und führte nach viertägigen Verhandlungen zur Gründung von zehn Arbeiterschaften und eines Arbeiterschaftsverbandes. Man hatte sich für das Wort Arbeiterschaft entschieden, weil die Mehrheit der Delegirten fürchtete, das Wort Gewerkschaft könne bei vielen Arbeitern unliebsame Erinnerungen an zünftlerische Bestrebungen erwecken. Die zehn Arbeiterschaften, die sich sofort bildeten, waren die Schuhmacher, die Schneider, die Maurer, die Bäcker, die Metallarbeiter, die Holzarbeiter, die

Hand- und Fabrikarbeiter, die Buchbinder, Sattler und Riemer, die Berg-, Hütten- und Salinenarbeiter, endlich die Färber, Weber und Manufakturarbeiter. Für die einzelnen Gewerkschaften entwarf der Kongreß Musterstatuten, deren Annahme oder Abänderung oder Ablehnung ganz in ihrem Belieben stand; verpflichtet waren sie nur als Mitglieder des Verbandes auf die Satzungen des Verbandes, in den sie eintreten konnten, sobald sie fünfhundert Mitglieder zählten. Der Verband selbst war nach dem Muster des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins organisirt als eine Kampfgenossenschaft für die siegreiche Durchführung von Arbeitseinstellungen. Das Präsidium, das aus drei Mitgliedern und zwei Ersatzmännern bestand, wurde durch allgemeines Stimmrecht aller Mitglieder erwählt, die Generalversammlung wurde von den einzelnen Arbeiterschaften durch örtliche Delegirte beschickt, deren jeder so viele Stimmen führte, als die Arbeiterschaft in den von ihm vertretenen Orte Mitglieder zählte, im Ausschuß endlich wurde jede Arbeiterschaft durch je einen Bevollmächtigten vertreten, der für jede volle Anzahl von fünfhundert Mitgliedern seiner Arbeiterschaft je eine Stimme zu führen hatte. Immerhin standen dem Ausschusse ungleich größere Befugnisse zu als dem Vorstande, der entsprechenden Behörde des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. Er hatte namentlich allein darüber zu entscheiden, ob ein Streik zur Verbandssache erklärt werden sollte, er sollte die beschließende und das Präsidium nur die ausführende Behörde sein.

Von den bereits bestehenden Gewerkschaften traten die Schneider provisorisch in den Verband ein, unter dem Vorbehalte, daß ihre Generalversammlung zustimmen würde, während die Delegirten der Zigarrenarbeiter und Zimmerer erklärten, ihren Generalversammlungen dringend den Eintritt empfehlen zu wollen. Dagegen lehnte der Vertreter des Buchdruckerverbandes den Anschluß ab, da er nur für eine föderalistische, nicht aber für eine zentralistische Verbindung der einzelnen Gewerkschaften zu stimmen berechtigt sei. Ein Antrag, mit der Konstituirung des Verbandes zu warten, bis sich die einzelnen Arbeiterschaften organisirt hätten, und dann eine neue Generalversammlung einzuberufen, wurde mit dem Hinweis auf „andere sozialistische Elemente" begründet, die man nicht vor den Kopf stoßen solle, aber nach eingehender Debatte abgelehnt, wobei die Redner der Mehrheit geltend machten, daß alle Richtungen der deutschen Arbeiterklasse sich auf dem Kongresse hätten vertreten lassen können, daß eine neue Generalversammlung große Unkosten verursachen würde, und daß den bürgerlichen Gegnern der Arbeitersache jede Möglichkeit neuer Umtriebe abgeschnitten werden müsse. Der Kongreß that sich als erste Generalversammlung auf und setzte das erste Präsidium ein, das aus Schweitzer, Fritzsche und dem Fabrikarbeiter Klein in Elberfeld bestand. Ebenso konstituirte sich sofort der erste Ausschuß, indem die Delegirten der Gewerke, die sich in Arbeiterschaften organisiren wollten, je einen Bevollmächtigten wählten. Zum Verbandsorgane wurde der Sozialdemokrat erkoren.

Schweitzer hatte in Sachen des Kongresses am 15. September und am 8. Oktober an Marx geschrieben. Der Wortlaut seiner Briefe ist bisher nicht

bekannt geworden, wohl aber der Wortlaut der Antwort, die Marx am 13. Oktober an Schweitzer richtete. Soweit sich daraus schließen läßt, hatte Schweitzer gewünscht, daß Marx seine Vorlagen an den Kongreß begutachten und in der gewerkschaftlichen Bewegung zwischen dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein und den Nürnberger Vereinen vermitteln solle. Marx erklärte sich zu dieser Vermittlung bereit und versprach volle Unparteilichkeit; er fügte hinzu, daß er, als Sekretär der Internationalen für Deutschland, schon wiederholt zum Frieden gemahnt habe; auf die ihm gewordene Antwort, daß Schweitzer selbst den Krieg provozire, wozu ihm Belegstellen aus dem Sozialdemokraten gesandt seien, habe er erklärt, daß er sich nothwendig auf die Rolle des Unparteiischen beim Duell beschränken müsse. Man kann nicht loyaler sprechen, als Marx hier spricht, doch ist er auch diesmal über die Verhältnisse in Deutschland nicht zutreffend unterrichtet worden. Provozirt hat Schweitzer den Krieg nicht, und das mag Marx auch aus den ihm eingesandten „Belegstellen" ersehen haben, in denen Schweitzer nur Provokationen abwehrte; sonst hätte er schwerlich so freundlich an Schweitzer geschrieben. In eben diesem Briefe erkennt er „unbedingt die Energie und Intelligenz" an, womit Schweitzer in der deutschen Arbeiterbewegung wirke, sehr im Unterschiede von dem Demokratischen Wochenblatte, das ein paar Wochen vorher Schweitzer wegen Verraths an der Demokratie und am Sozialismus zum so und so vielten Male angeklagt hatte.

Indessen loyal wie Marx gegen Schweitzer war, so war er auch ehrlich gegen ihn. Er verhehlte nicht, daß die Statuten des Arbeiterschaftsverbandes prinzipiell verfehlt seien. So sehr die gewählte Organisation für geheime Gesellschaften und Sektenbewegungen tauge, so sehr widerspreche sie dem Wesen der Trade Unions. Er halte sie für unmöglich, aber selbst wenn sie möglich wäre, so wäre sie nicht wünschenswerth, am wenigsten für Deutschland. Hier, wo der Arbeiter von Kindesbeinen an bureaukratisch gemaßregelt werde und an die Autorität, die vorgesetzte Behörde glaube, gelte es vor Allem, ihn selbständig gehen zu lehren. Auch seien die Statuten nicht geeignet, die „rasche Aktion" zu fördern, die Schweitzer beabsichtige; die Generalversammlung, der Ausschuß, das ganz überflüssige Präsidium, drei unabhängige Mächte verschiedenen Ursprungs, würden überall in Kollision gerathen; bei den Trade Unions handle es sich großentheils um Geldfragen und in denen höre alles Diktatorenthum auf. Bei alledem gab Marx die Möglichkeit zu, daß die Fehler der Organisation vielleicht durch rationelle Praxis mehr oder minder ausgemerzt werden könnten.

Marx tadelte, daß Schweitzer an die Klassenbewegung die Forderung stelle, sich einer Sektenbewegung unterzuordnen. Dieser Tadel war vollkommen berechtigt, insofern als Schweitzer die gewerkschaftliche Bewegung als ein Hilfsmittel zweiter Ordnung der politischen Organisation einspannen wollte. Aber er war unberechtigt, insofern als Marx in diesem Briefe von Lassalle wie von einem Sektenstifter und vom Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein wie von einer Sektenbewegung sprach, und er wäre doppelt unberechtigt gewesen, wenn Marx, was er nicht aus-

sprach und vielleicht auch nicht meinte, aber was sich zwischen den Zeilen seines Briefes herauslesen ließ, unter den Nürnberger Vereinen und der Sächsischen Volkspartei die ausschließliche Klassenbewegung des deutschen Proletariats verstanden hätte. So lagen die Dinge in Deutschland nicht. Sie lagen vielmehr so, daß der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein eine ungleich entwickeltere Form der Klassenbewegung war, als die Nürnberger Vereine und die Sächsische Volkspartei. An demselben 13. Oktober, an dem Marx seinen Brief in London schrieb, veröffentlichte der Sozialdemokrat in Berlin aus Schweitzers Feder einen Artikel, der Begriff und Wesen der Internationalen ganz im Sinne von Marx erläuterte. Es wurde darin gesagt, wer zum Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein gehöre, der gehöre auch zur Internationalen, etwa wie ein Bürger des Kantons Uri auch ein Bürger der Schweiz sei. Die nationalen Organisationen der Arbeiter seien nothwendig, weil und so lange in den einzelnen Kulturnationen große Verschiedenheiten beständen, mit denen der proletarische Emanzipationskampf zu rechnen habe, aber die Entwicklung gehe dahin und müsse in dem Sinne gefördert werden, daß die Zentralleitung der Internationalen mehr und mehr die Wirksamkeit der nationalen Zentren der Arbeiterbewegung ersetzen könne. Das waren gewiß nicht die Ansichten eines Sektenhäuptlings, und Schweitzer mußte dadurch, daß Marx ihm Irrthümer vorhielt, von denen er sich frei wußte, unwillkürlich verleitet werden, das Gewicht des Tadels zu unterschätzen, den Marx ihm mit Recht aussprach. Blieb er aber einmal bei der Ansicht, daß die gewerkschaftliche Bewegung ein untergeordnetes Hilfsmittel der politischen Bewegung sei, so waren seine Arbeiterschaften vollkommen konsequent und logisch gedacht, und auch deshalb wird er über die Mißbilligung von Marx leichter hinweggekommen sein, weil seine fortschrittlichen Gegner anerkannten, käme es auf den Krieg zwischen Kapital und Arbeit an, so sei sein Arbeiterschaftsverband vortrefflich organisirt.

Die Fortschrittler selbst gingen gleich nach dem Schlusse des Arbeiterkongresses daran, Gewerkvereine nach dem famosen Prinzip zu gründen, daß zwischen Kapital und Arbeit eine Harmonie der Interessen bestände. Der Harmonieapostel Hirsch sollte den vollständig abgewirthschafteten Sparapostel Schulze ablösen. Unter Vertuschung der Thatsache, daß die in den Trade Unions organisirten Arbeiter es ihren jahrzehntelangen, mühevollen, mit den kolossalsten Opfern durchgeführten Kämpfen verdankten, wenn sie in den Schieds- und Einigungskammern von den Fabrikanten als gleichberechtigte Männer behandelt wurden, bildete Max Hirsch sich ein oder that so, als ob er sich einbildete, daß der Krieg, dem die Trade Unions einzig und allein ihre Erfolge verdankten, ein kolossaler Irrthum gewesen sei, daß der leidliche Zustand sozialen Friedens, zu dem sich die englischen Fabrikanten aus Respekt vor der Macht der Trade Unions bequemten, der natürliche Zustand zwischen Kapital und Arbeit sei. Die Musterstatuten der fortschrittlichen Gewerkvereine ahmten die Statuten der großen Trade Unions nach, nur daß sie ihnen das Rückgrat ausbrachen; sie luden die Unternehmer ebenso zu freundlichem Beitritt ein, wie die Arbeiter, und Max Hirsch erklärte,

daß „seine“ Gewerkvereine keineswegs „ausschließlich das Recht und die Interessen der Arbeiter“, sondern ebenso das Recht und die Interessen ihrer Ausbeuter sichern sollten. Die praktischen Aussichten des Humbugs beruhten auf der lächerlichen Annahme, daß die deutschen Unternehmer den „gutgesinnten“ Gewerkvereinen freiwillig gewähren würden, was die Trade Unions den englischen Unternehmern abgetrotzt hatten. Der erste Fabrikant, mit dem die Probe aufs Exempel gemacht werden sollte, war Borsig. Er sollte auf Verlangen des fortschrittlichen Gewerkvereins der Maschinenbauer einen Werkmeister entlassen, der einen Arbeiter geohrfeigt hatte; aber als Schultze-Delitzsch und Max Hirsch den Lokomotivkönig deshalb antraten, beschränkte er sich darauf, sie mit moralischen Ohrfeigen hinauszuweisen.

Es war vorherzusehen, daß die fortschrittlichen Gewerkvereine bald auf den Sand gesetzt sein würden, und auch der Widerstand, den die Fraktion der Gräfin Hatzfeldt, in ihrer orthodoxen Weise an Lassalles Worten klebend, gegen die gewerkschaftliche Bewegung überhaupt richtete, hatte nicht viel zu bedeuten. Sollte die Zersplitterung dieser Bewegung vermieden werden, so kam es darauf an, ob sich der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein mit den Nürnberger Vereinen und der Sächsischen Volkspartei einigen werde. Marx hatte sein Versprechen gehalten und vermittelnd eingegriffen; das Demokratische Wochenblatt besprach den Berliner Arbeiterkongreß in seiner Weise verhältnißmäßig freundlich. In diesem Blatte veröffentlichte dann Bebel als Vorsitzender des Verbands deutscher Arbeitervereine von ihm entworfene Statuten für deutsche Gewerksgenossenschaften, welche die Mitte und zwar die richtige Mitte zwischen den Wegen hielten, die Schweitzer und Max Hirsch eingeschlagen hatten. Sie begannen den Bau nicht beim Giebel, sondern beim Fundament, und verzichteten auf jede diktatorische Zentralisation der Gewerkschaften, während sie die einzelnen Gewerkschaften als kräftige Verbände organisirten, welche die Interessen und die Rechte ihrer Mitglieder gegenüber dem Kapital wahren sollten. Sie machten durch ihre einfache Anspruchslosigkeit einen günstigeren Eindruck, als der kunstvoll gethürmte Bau Schweitzers oder gar als das doktrinär verwaschene Gerede der fortschrittlichen Statuten; verglichen mit diesen, seien sie much more workmanlike, meinte ein englischer Kenner der Trade Unions.

Zugleich nahm eine Versammlung von Delegirten Leipziger Gewerke, die am 26. November unter Bebels Vorsitz tagte, einstimmig eine von Liebknecht beantragte Resolution an, wonach, unter Ausschluß jeder Gemeinschaft mit den fortschrittlichen Gewerkvereinen, die Arbeiterschaften Schweitzers und die Gewerksgenossenschaften der Nürnberger Vereine nach gegenseitiger Verabredung eine gewerkschaftliche Generalversammlung zum Behuf der Einigung und Verschmelzung einberufen, bis dahin aber in ein Vertragsverhältniß zu einander treten, sich namentlich mit ihren Kassen gegenseitig unterstützen und womöglich einen gemeinsamen provisorischen Ausschuß wählen sollten. Auf dies Angebot, das ihnen wieder zuerst durch die Zukunft bekannt wurde, antworteten das Präsidium und

der Ausschuß des Arbeiterschaftsverbandes am 29. November gleichfalls durch einstimmigen Beschluß schroff ablehnend. Die Einigkeit der Arbeiter sei das erste Erforderniß für das Gedeihen der Gewerkschaften. Die Gründung einer dritten Gruppe von Gewerkschaften fördere aber die Uneinigkeit, die Herren Bebel und Liebknecht könnten sich also sparen, durch das Angebot eines Vertragsverhältnisses die von ihnen gestörte Einigkeit wieder herzustellen. Wollten sie wirklich nicht die Einigkeit der gewerkschaftlichen Bewegung stören, so sei es ihre Pflicht, in den Arbeiterschaftsverband einzutreten, innerhalb dieses Verbandes für die ihnen gut scheinenden Aenderungen zu wirken und unter allen Umständen sich der Mehrheit zu fügen.

Damit war die Zersplitterung der gewerkschaftlichen Bewegung entschieden. Eine ausschließliche Schuld fällt weder auf die eine, noch auf die andere Seite, was mit anderen Worten nur heißt, daß die Zersplitterung in all ihren beklagenswerthen Wirkungen doch durch die Verhältnisse gegeben war. Wären die Einigungsversuche auch weiter gediehen, als sie thatsächlich gediehen sind, so wären sie doch früher oder später auf einen Punkt gestoßen, wo sie scheitern mußten. Der Riß, der durch die deutsche Arbeiterklasse ging, klaffte noch zu tief, als daß ihn ärztliche Kunst von heute auf morgen schließen konnte. Er mußte sich erst völlig ausbluten, ehe er gründlich von Innen heraus heilte.

Neuntes Kapitel.

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei.

Nach dem Schlusse des Berliner Arbeiterkongresses, am 10. Oktober 1868, hatte Schweitzer, gemeinsam mit einigen Parteifreunden, den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein wieder eröffnet, und zwar, um den Behörden möglichst alle formalen Handhaben zur Drangsalirung der Arbeiterbewegung zu entwinden, mit denjenigen Aenderungen des Geschäftsreglements, welche durch die verschiedenen gerichtlichen und polizeilichen Entscheidungen nothwendig geworden waren. Zugleich verlegte Schweitzer den Sitz des Vereins nach Berlin. Auch das ist ihm zum schweren Vorwurfe, ja als „Schurkenstreich", als Auslieferung der Arbeiterbewegung an Bismarck angerechnet worden, doch war es zweifellos die richtigste Taktik, die Schweitzer befolgen konnte. In Leipzig oder Hamburg war der Verein nicht sicherer als in Berlin, gerade in Leipzig begann jetzt die Polizei einen unsäglich boshaften und kleinlichen Feldzug gegen die beginnende Gewerkschaftsbewegung, wohl aber konnte er sich, wenn er sich am Zentralpunkt der deutschen Politik in voller Oeffentlichkeit unter peinlicher Beobachtung der Vereinsgesetze immer kräftiger entfaltete, besser gegen Angriffe schützen, als irgendwo anders.

Möglich; daß die preußische Regierung den Sitz des Vereins in Berlin haben wollte, um ihn je nach den Bedürfnissen ihrer Politik zu dulden oder zu unterdrücken; wenigstens läßt darauf schließen, daß sie bei allen sonstigen Chikanen den Verein als solchen einige Jahre hindurch nicht auflöste. Seitdem die Bourgeoisie seine ergebene Dienerin geworden war, hatte sich Bismarcks demagogisches Interesse an der Arbeiterbewegung bedeutend abgekühlt. Dührings Denkschrift war von einer staatsmännischen Aktion zu einer privaten Spekulation herabgesunken; Wagener hatte sie unter seinem eigenen Namen herausgegeben, ohne Genehmigung des Verfassers, der ihm deshalb jetzt einen ärgerlichen Prozeß machte. Immer aber wußte Bismarck, daß ihm die schwerste Prüfung seiner Politik noch bevorstand, und die systematische Verfolgung der Arbeiterbewegung, wie sie seinen Herzensgelüsten entsprach, hat er am Ende der sechziger Jahre noch nicht betrieben. Es war ein Zwitterzustand, in den Schweitzer sich fügte, wie Liebknecht und Bebel sich in den Zwitterzustand der sächsischen Preßfreiheit fügten; sein Endziel blieb nach wie vor, durch die Gunst und Ungunst der Zeitumstände hindurch die Arbeiterbewegung zu einer Macht zu entwickeln, die mit aller Gewaltpolitik des reaktionären Polizeistaats auch nicht mehr zeitweise unterdrückt werden konnte.

Er durfte es wohl als einen schönen Erfolg betrachten, daß die Auflösung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins keine Verwirrung in den Reihen der Partei hervorgebracht hatte. Nach der dreiwöchentlichen Stockung floß ihr Blut desto heißer und schneller um. Als Schweitzer am 1. Dezember 1868 eine dreimonatliche Strafhaft antrat, konnte er in einer Finanzansprache verkünden, daß mit dem Beginne des neuen Jahres die systematische Agitation durch besoldete Agitatoren eröffnet werden würde, womit endlich ein Ziel erreicht war, das sich Lassalle schon im Offenen Antwortschreiben gesteckt hatte. Während Schweitzers Haft übernahm Tölcke, der zu diesem Zwecke nach Berlin übersiedelte, die Leitung des Vereins, Fritzsche die Leitung des Verbandes, Hasselmann die Leitung des Sozialdemokraten. Im Anfange des neuen Jahres zeigten einige Nachwahlen die wachsende Kraft der Partei. In Duisburg erfocht sie zum ersten Male gleich im ersten Wahlgange einen Sieg; Hasenclever schlug mit 6792 Stimmen sowohl den konservativen wie den nationalliberalen Gegenkandidaten. In Celle fielen bei der Hauptwahl 2336 Stimmen auf York, während er in der Stichwahl mit 5259 Stimmen nur um ein Geringes unterlag.

Um die Jahreswende erhielt Schweitzer einen mehrwöchentlichen Urlaub aus dem Gefängnisse, zum Begräbniß seines Vaters und zur Ordnung von Erbschaftsangelegenheiten. Er benützte die wiedererlangte Freiheit, um die Präsidentenwahl anzuordnen und die Generalversammlung zum Osterfeste nach Elberfeld-Barmen einzuberufen, auch um die Agitation in Süddeutschland und im Königreiche Sachsen ins Werk zu setzen. Das Demokratische Wochenblatt machte darüber sehr böse Bemerkungen: Schweitzer habe in „Familienangelegenheiten" Urlaub erhalten, um Zwietracht in der Demokratie zu säen, jetzt wo sich Bis-

marcks Schöpfung vor einer schweren Krisis befinde. Einen thatsächlichen Grund hatten die argen Andeutungen nicht. Weder befand sich Bismarcks Werk vor einer schweren Krisis, noch auch that Schweitzer etwas anderes, als was die Interessen des Vereins geboten. Die Einberufung der Generalversammlung und die Anordnung der Präsidentenwahl sollten die Wiederherstellung der Organisation beglaubigen, sie waren Zugeständnisse an das demokratische Prinzip. Mit der Agitation in Süddeutschland und Sachsen aber führte Schweitzer einen Beschluß der Hamburger Generalversammlung aus.

Und nicht einmal mit der praktischen Ausführung dieses Beschlusses ging er einseitig vor. Er benützte seinen Aufenthalt in Frankfurt, um die Agitation in Süddeutschland mit 25 Vorstandsmitgliedern und Bevollmächtigten zu berathen. Auf deren Vorschlag übertrug er sie an den Techniker v. Bonhorst in Wiesbaden, den Schuhmacher Kölsch in Mainz und den Metallarbeiter Haustein in Offenbach, ordnete ihre Dauer auf sechs Wochen an und warf 200 Thaler aus der Vereinskasse für sie aus. In Berlin regelte er dann in ähnlicher Weise die Agitation im Königreiche Sachsen, die dem Schneider Liebisch in Hamburg und dem Schuhmacher Schumann in Berlin übertragen wurde.

I. Agitationen in Süddeutschland und Sachsen.

In Süddeutschland war die Arbeiterbewegung seit dem Tode Lassalles nur in sehr langsamem Flusse vorwärts gekommen. Der alte Preußenhaß, den die Ereignisse des Jahres 1866 neu aufgefrischt hatten, griff aus den kleinbürgerlichen in die proletarischen Kreise über, die dadurch dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein entfremdet wurden.

Namentlich in Württemberg hatte die sozialdemokratische Agitation bis zum Jahre 1869 nirgends festen Fuß zu fassen vermocht. Wohl waren die Illusionen Schulzes in dem Verbande der württembergischen Arbeitervereine ausgestorben; die Geschwindigkeit, womit das große Kapital allerlei kleine Anstalten der Selbsthilfe, Weberassoziationen, Banken für den Handwerker, Genossenschaften für den Bau von Arbeiterwohnungen vom Erdboden fegte, öffnete den Arbeitern bald die Augen. Während des deutschen Krieges hatte der Verband eine Jahresversammlung in Biberach abgehalten, wo sich die entschiedenste Neigung zur Beschäftigung mit politischen Fragen kundgab, zum höchsten Verdruß der Eduard Pfeiffer, Kilian Steiner, Gustav Siegle und anderer Stuttgarter Börsen- und Fabrikmagnaten, die bisher das große Wort in den Arbeiterbildungsvereinen geführt hatten. Ihr Groll bewirkte nur, daß der Sitz des Verbandes auf der Jahresversammlung von 1867 von Stuttgart nach Göppingen verlegt wurde, wo er fortan blieb und wo auch eine kleine Monatszeitung als sein Organ herauskam. Die Pfeiffer und Genossen behielten nur den Stuttgarter Arbeiterverein unter ihrer Fuchtel, den sie durch die Vorarbeiter und Werkmeister der Siegleschen Farbenfabriken

beherrschten. Daneben bestand in Stuttgart ein demokratischer Arbeiterverein, den erst der Buchbinder Notz und dann der Korbmacher Lorenz leitete. Wenn nun aber auch der Verband mit Schulze gebrochen hatte, so hielt er sich doch nur erst zur schwäbischen Volkspartei, aus deren Landeskasse auch die Kosten für seine Vertretung auf dem Nürnberger Vereinstage bestritten wurden. Im Anfange des Jahres 1869 zählte der Verband 21 Vereine mit 1564 Mitgliedern, die nächst den sächsischen Vereinen die stärkste Stütze der Nürnberger Mehrheit bildeten; in der Januarnummer des Verbandsorgans wurde den Agitatoren Schweitzers der Krieg erklärt, falls sie irgendwo auf schwäbischem Boden erscheinen sollten.

Aehnlich wie in Württemberg lagen die Dinge in dem größten Theile Süddeutschlands. Ja theilweise war selbst in hochentwickelten Industrieplätzen die proletarische Bewegung noch nicht einmal so weit gediehen. Die alten Arbeitervereine von Fürth und Nürnberg blieben auch nach dem Nürnberger Vereinstage im fortschrittlichen Fahrwasser, und erst die vorgeschrittensten Arbeiter standen hier auf dem volksparteilichen Standpunkte. In Fürth waren sie in dem Arbeiterverein Zukunft organisirt, der sich mehr mit politischen, als mit sozialen Fragen beschäftigte und sich feindlich zur Lassalleschen Bewegung stellte, weil er ihren Klassencharakter noch nicht begriff. Bürgerliche Demokraten hatten in ihm eine gewichtige Stimme, doch fand ihr Einfluß bald ein Gegengewicht an dem Bortenmacher Gabriel Löwenstein, dem Vorsitzenden des Vereins, der neben Bebel dem Nürnberger Vereinstage präsidirt hatte und, ein ungemein praktisches und rühriges Talent, an den nächstliegenden Fragen des Gemeindewesens, im Kampfe gegen den städtischen Klüngel, sich selbst und seine Kameraden über die proletarischen Klasseninteressen aufzuklären verstand. In Nürnberg splitterte sich nach dem Vereinstage ein kleiner Bruchtheil von dem alten Arbeiterverein ab, um sich unter dem Namen der Pioniere und später unter dem Namen des Arbeiterbildungsvereins selbständig zu organisiren. Es war ein kleines Häuflein, das zunächst ein recht idyllisches Parteidasein führte, immer voll guten Muthes und immer ohne Geld war. Aber allmälig setzten sie dem alten Arbeiterverein hart zu, der seinerseits dahinter kam, daß die fortschrittlichen Bonzen sich nur um ihn kümmerten, wenn sie ihn brauchten. Ohnehin gab ihm der Krach eines mit ihm eng verbundenen Konsumvereins einen unverwindlichen Stoß.

Ganz ohne Erfolg war indessen auch der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein jenseits des Mains nicht geblieben. Von Mainz aus drang seine Propaganda nach Worms, Heidelberg und namentlich nach Mannheim vor, wo sich bald 400 Mitglieder um seine Fahne sammelten. In Augsburg hielt sich ein kräftiger und zäher Stamm von Anhängern, an deren Spitze jetzt der Schriftsetzer Tauscher stand. Im Vereine mit dem Schriftsetzer Neff hatte Tauscher auch in München agitirt, wohin Neff bald übersiedelte, um gemeinsam mit dem Schriftsetzer Franz in dem Proletariat der baierischen Hauptstadt zu wirken. Dem unermüdlichen Eifer dieser Männer gelang die Ausbreitung des Vereins nach

Ansbach, Würzburg, Schweinfurt, Hof, Kaufbeuren und Kolbermoor, dagegen vermochten sie ihn in Fürth und Nürnberg nicht einzubürgern.

Derweil rannte die ökonomische Entwicklung die papierenen Wälle über den Haufen, hinter denen sich der grimmige Preußenhaß des süddeutschen Partikularismus verschanzt hatte. Der nüchterne Zollverein ließ sein nicht spotten. Seine Erneuerung lag so sehr im Interesse der Bourgeoisie und des Proletariats, daß diese großen Klassen der modernen bürgerlichen Gesellschaft, wo sie sich bereits klar herausgebildet hatten, rücksichtslos über alle kindischen Schmerzen der monarchischen und auch republikanischen Krähwinkelei hinwegschritten. Als die baierische Reichsrathskammer sich gegen die Erneuerung der Zollvereinsverträge sperrte, berief Tauscher am 29. Oktober 1867 in den Saal zu den drei Königen eine Versammlung, in der Tausende von Arbeitern unter der Ermunterung ihrer Ausbeuter erschienen. Tauscher verlas mit mächtiger Stimme und unter stürmischem Beifall den Entwurf einer Adresse an die Reichsrathskammer, worin kategorisch die Genehmigung der Zollvereinsverträge verlangt wurde. Obgleich er selbst schon die Frakturschrift gewählt hatte, die zur Erleuchtung von Junkerschädeln nothwendig ist, so erschien einigen liberalen Redakteuren die Adresse doch noch als „zu solide" abgefaßt, und sie beantragten die Einfügung eines Satzes, worin der Reichsrathskammer verheißen wurde, daß sie bei längerem Sperren die Fäuste der Arbeiter an ihrer Thüre hören solle. Mit dieser gern genehmigten Verschönerung ging die Adresse nach München ab, und zwei Tage später sprangen die Junker über den Stock.

Auf Grund der Zollvereinsverträge fanden im Frühling 1868 in Süddeutschland die Wahlen zum Zollparlamente statt. Es fielen nur erst wenige hundert Stimmen auf Arbeiterkandidaten, auf Tauscher in Augsburg ihrer 152, aber der praktische Gebrauch des allgemeinen Wahlrechts blieb nicht ohne nachhaltige Wirkung auf die süddeutschen Arbeiter. Ebenso wenig wie die gewerkschaftliche Bewegung, die im nördlichen Deutschland begann. Der Zigarrenarbeiterverein breitete sich in Mannheim und selbst in Stuttgart aus, wo auch die Buchdrucker eine stramme, fast sämmtliche Gehilfen umfassende Organisation hatten; in Augsburg gab es binnen kürzester Frist 1500 organisirte Arbeiter, darunter 800 Manufaktur- und 400 Metallarbeiter; auch in Nürnberg begannen sich die Metallarbeiter, die Schuster und Schneider zusammenzuschließen. An den verschiedensten Orten regte sich das süddeutsche Proletariat, und so waren die Vorzeichen günstig genug, unter denen Bonhorst, Kölsch und Haustein ihre Agitation begannen.

Indessen die süddeutsche Bourgeoisie wußte auch die Gefahr zu würdigen und bot Alles auf, um die gefürchteten Eindringlinge zurückzuschlagen. Es gelang ihr in Karlsruhe und Pforzheim, aber dafür unterlag sie um so schmählicher in Freiburg, wo die alte Mumie Venedey und der junge Streber Adolf Wagner mit einer nach dem glaubwürdigen Zeugniß der bürgerlichen Presse „vernichtenden" Beredsamkeit den „Hetzaposteln" entgegentraten. Auf der anderen Seite blieb

dieser Sieg aber der einzige große Erfolg, den die Agitatoren auf noch jungfräulichem Boden errangen. Sonst gaben sie nur der Agitation da, wo sie schon bestand, einen neuen Anstoß: in Worms, Heidelberg, Mannheim, dann in Augsburg, München und Würzburg. In Fürth und Nürnberg, wohin Tauscher sie begleitete, mußten sie sowohl mit den Fortschrittlern, als auch mit den Volksparteilern pauken. Die Fürther Versammlung wurde polizeilich aufgelöst, in der Nürnberger Versammlung siegten die Volksparteiler. Das württembergische Gebiet umgingen die Agitatoren, mit Ausnahme eines kleinen Abstechers nach Ulm, doch wurde auch hier gleich darauf das Eis gebrochen. Um Pfingsten 1869 kehrte der Schreiner Leickhardt, ein geborener Stuttgarter, der zwei Jahre unter den Hamburger Mitgliedern des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins gewirkt hatte, in seine Vaterstadt zurück und begann die sozialistische Agitation.

Für einen ersten Anlauf hatten die süddeutschen Agitatoren genug vor sich gebracht; der Lärm der bürgerlichen Presse verrieth, wie bange ihren Patronen bei den paar Pyrrhussiegen war, welche sie noch erfochten hatten. Ungünstiger verlief die Agitation im Königreiche Sachsen, obgleich Liebisch und Schumann bis zu völliger Erschöpfung ihrer körperlichen Kräfte ihre Aufgabe gerecht zu werden suchten. Sie sollten die Einheit der deutschen Arbeiterbewegung wieder herstellen, die „Sonderbestrebungen“ der Gräfin Hatzfeldt, sowie der „Herren Bebel und Liebknecht“ lahm legen, allein das war mehr als sie leisten konnten. Der Verein der Gräfin Hatzfeldt war freilich schon mitten in seiner inneren Auflösung, allein der Kampf gegen die Gewerkschaften entflammte gerade jetzt noch einmal den Fanatismus der Sekte, und im März 1869 wurde Mende bei einer Nachwahl in Freiberg gegen einen konservativ-partikularistischen Kandidaten in den Reichstag gewählt. Trotzdem wäre dieser Gegner leicht zu überwinden gewesen, wenn die sächsischen Agitatoren nur nicht ihre beste Kraft in dem Kampfe mit den Arbeiter- und Volksvereinen hätten aufreiben müssen, die sich um das Demokratische Wochenblatt schaarten.

Politisch hielt dies Organ noch immer den preußenfeindlich-volksparteilichen Kurs inne; in seiner Neujahrsnummer von 1869 begrüßte es das „verjüngte“ Oesterreich, das kriegsgerüstet dastehe, den treulosen Ueberfall von 1866 zu rächen. In schroffem Gegensatze hierzu schrieb der Sozialdemokrat gleichzeitig von dem „liberalen Bourgeoisschwindel“ in Oesterreich, der rücksichtsloser, willkürlicher und gehässiger gegen die Arbeiter verfahre, als es in Preußen jemals geschehen sei. Und nicht lange darauf sagte auch Marx, wenn irgendwo, so stelle in Oesterreich die liberale Mittelklasse ihre selbstsüchtigen Instinkte, ihre geistige Inferiorität und ihren kleinlichen Groll gegen die Arbeiterklasse zur Schau, während Albert Lange sich nicht bitter genug über die erbärmliche Sorte von Liberalismus auslassen konnte, wodurch Beust die jämmerlichsten Reaktionsstreiche zu verheucheln suchte. Aber neben dem einseitigen Preußenhasse trat der proletarische Charakter des Demokratischen Wochenblattes viel schärfer hervor, seitdem der Verband der deutschen Arbeitervereine es im Dezember 1868 zu seinem

Organe erkoren hatte. Geschwächt durch die Nürnberger Spaltung, hatte er die Arbeiterhalle in Mannheim eingehen lassen müssen; im Demokratischen Wochenblatte redigirte jetzt Bebel die „Vororts- und Arbeiterangelegenheiten“, wobei er sich wenig mit hoher Politik, aber um so eindringlicher und geschickter mit der strafferen Organisation des noch immer sehr lose zusammenhängenden Verbandes beschäftigte. Kräftig unterstützt wurde er dabei durch Motteler, der ihm an organisatorischer Begabung gleichkam, und in Crimmitschau gewerkschaftlich wie politisch eine sehr erfolgreiche Propaganda entwickelte, namentlich im Proletariat der Textilindustrie.

Von den 72 Vereinen der Nürnberger Mehrheit schieden nach und nach 5 aus verschiedenen Ursachen aus, dagegen kamen im Laufe eines Jahres 42 neue hinzu, so daß der Verband 109 Vereine mit 10 000 Mitgliedern zählte. Trotzdem hatte er mit den größten und namentlich mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen. Da jedes Mitglied nur einen Silbergroschen Jahresbeitrag an den Verband zu zahlen hatte, so beliefen sich die Jahreseinnahmen auf wenig über 300 Thaler, wovon nicht nur die Agitations- und Organisationskosten, sondern auch die beträchtlichen Fehlbeträge des Demokratischen Wochenblattes gedeckt werden mußten. In einem Rundschreiben an die Verbandsmitglieder forderte Bebel im März 1869 zu außerordentlichen freiwilligen Beiträgen auf, indem er hervorhob, daß die Verbandskasse bisher noch auf die „Unterstützung anderer, außerhalb unseres engeren Kreises stehender Freunde“ angewiesen gewesen sei. Diese Freunde waren der Hofbaurath Demmler in Schwerin, ein so wackerer Demokrat, wie er ein namhafter Künstler war, und namentlich der Revolutionsfonds, den einst Kinkel und Willich in den Vereinigten Staaten gesammelt hatten, und den jetzt Ladendorf und andere Flüchtlinge in Zürich verwalteten. Aus diesem Fonds erhielt der Verband der deutschen Arbeitervereine nach und nach 3500 Francs, die zu einem bedeutenden Theile auf das Demokratische Wochenblatt verwandt wurden.

Mitten in diese schwere Reorganisationsarbeit brach nun die feindliche Agitation des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins herein, und ihre Abwehr verschlang die an und für sich geringen Summen, die für nützlichere Zwecke hätten verwandt werden können. So erklärt sich die heftige Erbitterung, womit sich Bebel und Liebknecht gegen Schweitzer wandten, und der Erfolg, den sie mit ihren Anklagen bei den sächsischen Arbeitern fanden. Sie betonten dabei selbst, daß sie mit dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein auf dem gleichen prinzipiellen Boden ständen, und in der That endete am 11. Februar die erste Versammlung Leipziger Arbeiter, in der Bebel und Liebknecht gegen Schumann kämpften, mit dem Beschlusse, zum 7. März im Anschluß an eine Landesversammlung der Sächsischen Volkspartei einen sächsischen Arbeitertag nach Hohenstein-Ernstthal einzuberufen, um gegen die sächsische Reaktion zu agitiren, die jetzt ihre Krallen vorzustrecken begann. Zur Einberufung dieses Arbeitertags wurde ein Komite niedergesetzt, in dem neben einem Anhänger der Gräfin Hatzfeldt je drei Mit-

glieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins und der Sächsischen Volkspartei saßen. Auch drei Tage darauf endete eine zweite Versammlung Leipziger Arbeiter, in der Liebisch sprach, mit einer Art Einigungsversuchs, mit der Einbringung des Antrags, daß Liebknecht und Schweitzer sich in einer öffentlichen Versammlung über ihre gegenseitigen Anschuldigungen auseinandersetzen sollten.

Freilich zeugte es auch von großer Verwirrung, daß niemals völlige Klarheit darüber geschaffen werden konnte, ob der Antrag abgelehnt oder angenommen worden war. Jedoch machte sich Liebknecht, der so wenig wie Bebel der Versammlung selbst beigewohnt hatte, in einer öffentlichen Erklärung anheischig, allein oder mit Bebel, sei es in Leipzig oder Berlin oder in der nächsten Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins oder in einem Schiedsverfahren vor dem Generalrathe der Internationalen zu beweisen, daß Schweitzer, für Geld oder aus Neigung, seit dem Ende des Jahres 1864 die Organisation der Arbeiterpartei systematisch hintertreibe, das Spiel des Bismärckischen Zäsarismus spiele und alle Bemühungen vereitele, die Einigung der Partei herzustellen. Diese Herausforderung nahm der Sozialdemokrat an und zwar in der Form, daß Bebel und Liebknecht eine offizielle Einladung zur Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins erhielten, um dort ihre Anklagen gegen Schweitzer zu begründen.

II. Der Eisenacher Kongreß.

Schweitzer saß wieder im Gefängnisse, als sich diese Vorgänge abspielten. Doch durfte Tölcke sicher sein, daß er durch die Annahme von Liebknechts Herausforderung in Schweitzers Sinne handelte. Diesem konnte nichts willkommener sein, als der Versuch Liebknechts, ihn vor der Generalversammlung anzuklagen. Er hatte eben durch seine so gut wie einstimmige Wiederwahl zum Präsidenten ein Vertrauensvotum des Vereins erhalten, der Liebknechts bekannte Anklagen nicht bestätigen konnte, ohne seine sechsjährige Geschichte zu verleugnen. So erklärte Schweitzer denn, als er am 5. März wegen Zusammentritts des norddeutschen Reichstags wieder aus dem Gefängnisse entlassen wurde, er werde seinen Einfluß dafür einsetzen, daß Nichtmitglieder in der Generalversammlung erscheinen und ihn anklagen könnten. Aber er fügte hinzu, daß er nicht daran denke, sich mit Jedem herumzuzanken, der es für gut befinde, ihn anzugreifen. Seine Haltung und seine Thätigkeit lägen so offen da, daß jedes Vereinsmitglied, welches eine Vertheidigung für nöthig halte, sie selbst führen könne.

Der hochmüthige Ton, den Schweitzer damit anschlug, war keineswegs der Deckmantel eines bösen Gewissens. Schweitzer durfte sich bei einem Rückblick auf das letzte Jahrfünft sagen, daß er die deutsche Arbeiterbewegung kräftiger entwickelt und gefördert habe, als sonst irgend ein Einzelner, und es war begreiflich genug, wenn er dem ewigen Gerede von seiner Verrätherei ein starkes Selbstbewußtsein entgegensetzte. Immerhin aber hätte er sich des hausbackenen

Sprichworts erinnern sollen, daß Hochmuth vor dem Falle kommt. Es ist der Fluch jeder Diktatur, daß der Diktator niemals zu erkennen vermag, wann seine Diktatur überflüssig zu werden beginnt. Nicht nur Schweitzer selbst, sondern ebenso die große Masse der Mitglieder hielt die diktatorische Leitung des Vereins noch für nothwendig, und für diese Auffassung ließen sich einstweilen sehr triftige Gründe anführen. Gleichwohl entzog sich die Arbeiterbewegung, je mehr sie erstarkte und über je weitere Gebiete sie sich erstreckte, um so mehr der Leitung eines Einzelnen. Der Hochmuth, den Schweitzer herauszuhängen begann, war thatsächlich der Anfang vom Ende, sowohl weil er unwillkürlich verrieth, daß die Diktatur innerlich überlebt war, als auch weil Schweitzer damit auf eine schiefe Bahn gerieth, worauf es unaufhaltsam bergab gehen sollte.

Eine gewisse Opposition gegen seine Diktatur war lange im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein erwacht. Männer, wie Bracke und York, und ebenso Geib, der sich durch opferbereite und rastlose Thätigkeit für die Arbeiterklasse ein großes Ansehen bei den Hamburger Arbeitern erworben hatte, sahen an der Sächsischen Volkspartei und dem Verbande der deutschen Arbeitervereine weniger die volksparteilichen Eierschalen, als das muntere Erwachen des proletarischen Klassenbewußtseins, und sie bewährten darin einen schärferen Blick, als Schweitzer. Noch entschiedener näherten sich die thüringischen Mitgliedschaften den sächsischen Arbeitern, deren preußenfeindlicher Pessimismus ihnen dadurch sehr verständlich gemacht wurde, daß sie zu dem gewohnten Elende der Kleinstaaterei noch den preußischen Exekutor und Feldwebel aufgehalst bekamen. In Berlin selbst führte Schweitzers Diktatur zu mancherlei persönlichem Hader in seiner nächsten Umgebung, namentlich mit dem Vereinssekretär Roller und noch mehr mit Hofstetten, der, nach seinem völligen Fiasko in Wien, wieder das Mitverfügungsrecht über den Sozialdemokraten beanspruchte, auf das er bei seinem Abgange nach Wien nur provisorisch verzichtet haben wollte, nicht aber, wie Schweitzer behauptete, definitiv.

In dem häßlichen Zanke, der daraus entstand, läßt sich heute noch nicht klar sehen. Es war lächerlich, von einem Betruge Schweitzers in kriminalistischem Sinne zu reden, denn erstens ist der Sozialdemokrat niemals ein Vermögensobjekt gewesen, und zweitens erkannte Schweitzer den Anspruch Hofstettens auf die Hälfte eines etwaigen Reinertrages vollkommen an. Zudem war das Blatt als geistige Potenz nicht das Werk Hofstettens, sondern Schweitzers, und da Hofstetten offen erklärte, daß er jetzt ein Gegner von Schweitzers Politik sei, so wäre durch das Wiederaufleben seines Mitverfügungsrechts das Vereinsorgan völlig lahm gelegt gewesen. Hat Schweitzer unkameradschaftlich gegen seinen alten Kameraden gehandelt, was sich heute so wenig wie damals entscheiden läßt, da die Verabredungen, um die es sich handelte, unter vier Augen getroffen worden waren, so hat er es nicht um des Geldes, sondern um seines politischen Einflusses willen gethan, aber eben deshalb verstärkten Hofstettens Klagen das Mißtrauen gegen Schweitzers Diktatur bei Allen, in denen es schon aus anderen Gründen erwacht war.

Nach einer anderen Seite sicherte Schweitzer sein Eigenthumsrecht an dem Vereinsorgan, indem er seit der Neubegründung des Vereins auf jede Aushilfe der Vereinskasse verzichtete und den wieder gewachsenen Fehlbetrag des seit Gründung der Gewerkschaften beträchtlich vergrößerten Blattes aus eigener Tasche deckte, aus der Erbschaft, die ihm durch den Tod seines Vaters zugeflossen war. Damit lud er aber auch das Odium der Klagen über die Redaktion auf sich, die von vielen Seiten beschuldigt wurde, in der Aufnahme von Berichten parteiisch und rücksichtslos zu verfahren.

Durch alle diese Mißstimmungen war Schweitzers Stellung aber noch nicht ernstlich gefährdet, und er sah der Generalversammlung mit voller Zuversicht entgegen. Er hatte sie, wie im Vorjahre nach Hamburg, so diesmal nach Elberfeld-Barmen berufen, wo auf Schritt und Tritt der rauchende Schlot, das Wahrzeichen der großen Industrie, die brennende Frage des Jahrhunderts verkünde: um die dortigen Arbeiter zu ehren, die zuerst mit beispielloser Ausdauer, mit unbeugsamem Muthe die Waffe des allgemeinen Wahlrechts zu führen verstanden hätten. Er selbst brachte nur einen Antrag an die Generalversammlung, auf engen Anschluß des Vereins an die Internationale, so weit es die deutschen Vereinsgesetze gestatteten; in der Begründung hob er den internationalen Zusammenhang der reaktionären und volksfeindlichen Elemente, des offenen und verhüllten Absolutismus, der Militär-, Adels- und Priesterherrschaft, der Kapitalmacht als den für die internationale Verbindung des Proletariats entscheidenden Gesichtspunkt hervor. Um so zahlreicher waren die Anträge, die aus der Mitte des Vereins angemeldet wurden. Die meisten beschäftigten sich mit Einzelfragen der Agitation und Propaganda, aber einige suchten die Diktatur des Präsidenten einzuschränken, sei es durch die Konzentrirung des Vorstandes an einem Orte, sei es durch die Einsetzung einer Preßkommission, sei es durch die Trennung des Präsidiums vom Vereinsorgane. Am weitesten ging der Pharmazeut Vogel und drei andere Mitglieder aus Berlin, welche die „Führerschaft bestimmter Personen“ für entbehrlich erklärten und die Einberufung eines Kongresses beantragten, auf dem sich alle sozialdemokratischen Elemente in Deutschland über ein gemeinsames Programm und eine gemeinsame Organisation verständigen sollten.

Die achte Generalversammlung wurde am 28. März 1869 eröffnet; auf ihr waren 126 Orte durch 57 Delegirte vertreten, hinter denen 12053 regelmäßig zahlende Mitglieder standen. Liebknecht und Bebel, die gleich am ersten Tage gehört wurden, brachten gegen Schweitzer die aus dem Demokratischen Wochenblatte bekannten Anklagen vor: Schweitzer habe im Reichstage Verrath geübt, den norddeutschen Bund anerkannt, für das Militärgesetz das Wort ergriffen, das Nürnberger Programm ein Wischiwaschi genannt, die Nürnberger Vereine vom Arbeiterkongresse ausgeschlossen und so weiter. Ein Duisburger Delegirter beantragte sofort, dem Vereinspräsidenten das volle Vertrauen der deutschen Arbeiter auszusprechen, da in Liebknechts und Bebels Ausführungen nichts Neues und Erhebliches enthalten gewesen sei, und dieser Antrag wäre

einstimmig oder so gut wie einstimmig angenommen worden, wenn Schweitzer nicht durch sein unzeitiges Diktatorspielen die für ihn sehr günstige Lage verfahren hätte.

Er blieb auf seinem alten Standpunkte stehen: eine Verschmelzung mit anderen Parteien sei unmöglich, wer Sozialdemokrat sein wolle, habe sich dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein anzuschließen. Wohl aber sei ein friedliches und freundliches Verhältniß mit anderen Parteien möglich, die ähnliche Ziele verfolgten, und dazu sei er gern bereit, sobald Liebknecht und Bebel ihm als dem erwählten Vereinspräsidenten ihre Wünsche vortragen wollten, statt ihn beständig anzugreifen und an der Organisation des Vereins zu rütteln. Auf die gegen ihn erhobenen Anklagen ließ sich Schweitzer aber nicht sachlich ein, sondern beanspruchte einfach ein Vertrauensvotum, nicht für seine Verwaltung überhaupt, deren Prüfung die Generalversammlung noch erst vorzunehmen habe, sondern als Nichtigkeitserklärung der von Bebel und Liebknecht vorgebrachten Beschuldigungen. Dazu konnten sich nun manche Delegirte nicht entschließen, und zwar wieder nicht, weil sie das Vertrauensvotum überhaupt verweigern, sondern weil sie sich erst darüber schlüssig machen wollten, wenn der Gesammtzustand des Vereins geprüft worden sei. Nach einer langen Geschäftsordnungsdebatte wurde das Vertrauensvotum von 42 Delegirten mit 7400 Stimmen bewilligt, während 14 Delegirte mit 4635 Stimmen sich der Abstimmung enthielten. In der Mehrheit befanden sich Bonhorst, Ellner, Fritzsche, Hasenclever, Tölcke, in der Minderheit Bracke, Geib, J. M. Hirsch, Perl, Vogel, York.

Die Abstimmung war für Schweitzer ein empfindlicher Schlag, aber keine warnende Lehre. Am zweiten Tage der Berathungen, denen Liebknecht und Bebel nun nicht mehr beiwohnten, erklärte er, die Minderheit der Delegirten habe ihn der Außenwelt gegenüber im Stiche gelassen, und so werde er die Mitglieder der Orte, von denen diese Delegirten abgesandt seien, zu einer Urabstimmung darüber veranlassen, ob sie ihm ferner ihr Vertrauen schenkten oder nicht. Die Delegirten der Minderheit erwiderten darauf, zum Theil unter heftigen Angriffen auf Liebknecht und Bebel, daß sie mit ihrer Stimmenthaltung durchaus kein Mißtrauensvotum beabsichtigt hätten, sie hätten nur keiner Pression nachgeben wollen und hielten es überhaupt nicht für ihre Aufgabe, bei jeder Gelegenheit heranzuhüpfen und den Präsidenten zu schützen. Aus ihren Reden ging hervor, daß ein wirkliches Mißtrauen gegen Schweitzer höchstens bei einzelnen Delegirten bestand, so bei J. M. Hirsch, der die thüringischen Mitglieder vertrat, und bei Vogel, der trotzdem seine Anträge zurückzog, da sie keine Aussicht auf Annahme hatten. Wohl aber verriethen auch die Reden der Minderheit, daß Schweitzers diktatorisches Gebahren denjenigen Anträgen den Weg bereitet hatte, die das Präsidium unter schärfere Kontrolle zu nehmen bezweckten.

So beschloß denn die Generalversammlung eine Redaktionskommission von drei Mitgliedern als Beschwerdeinstanz über den Sozialdemokraten zu stellen, und dem Vorstande einen größeren Spielraum zu schaffen, als er bisher jemals in dem

Vereinsleben gehabt hatte. Die Zahl seiner Mitglieder wurde von 25 auf 15 herabgesetzt, von denen 12, d. h. alle außer dem Präsidenten, dem Sekretär und dem Kassirer, an einem und demselben, aber jährlich wechselnden Orte wohnen und sich als eine Art Kontrollkommission über jenen drei eigentlichen Vereinsbeamten konstituiren sollten. Zu diesem Behufe wurde die Frist von drei Monaten, innerhalb deren der Präsident die Zustimmung des Vorstandes zu den von ihm selbständig getroffenen Anordnungen einzuholen hatte, auf acht Tage herabgesetzt; auch erhielt der Vorstand das Recht, „in Fällen einer politischen Unredlichkeit oder eines groben Kassenvergehens" den Präsidenten, Sekretär und Kassirer vom Amte zu entheben. Doch unterlag ein solcher Beschluß der innerhalb vierzehn Tagen einzuholenden Bestätigung durch eine außerordentliche Generalversammlung oder durch Urabstimmung aller Mitglieder, der übrigens auch alle diese Bestimmungen, soweit sie Statutenänderungen enthielten, noch unterbreitet werden sollten. Schweitzer fügte sich darein, ja, der Vorschlag, dem Vorstande ein vorläufiges Absetzungsrecht der Beamten einzuräumen, ging sogar von ihm aus. Aber schwerlich war er dabei ohne Hintergedanken. Es sei schon recht, meinte er, der großen Macht des Präsidenten dadurch ein Gegengewicht zu geben, daß der Präsident im Falle eines Mißbrauchs statutenmäßig abgesetzt werden könne, aber so lange der Präsident im Amte sei, dürfe seine freie und kräftige Wirksamkeit nicht behindert werden. Dies war jedoch nicht eigentlich der Sinn, den die Generalversammlung mit den neuen Bestimmungen verband, die vielmehr auch und in erster Reihe auf eine schärfere Kontrolle der laufenden Verwaltung abzielten.

Nach fünftägigen Verhandlungen ging die Generalversammlung in leidlichem Frieden auseinander. An Stelle Rollers wurde Tölcke zum Sekretär gewählt, und wie Tölcke, so zählten auch die Mitglieder der neuen Redaktionskommission, Fritzsche, Lübkert und Schumann, zu Schweitzers treuen Anhängern. Der neue Vorstand wurde fürs erste Jahr nach Hamburg verlegt, wo Geibs durch und durch loyaler Charakter nicht minder als der klare Blick und die sturmfeste Haltung der inzwischen auf 1300 Köpfe angewachsenen Vereinsmitglieder die sicherste Bürgschaft gegen jede unzeitige Chikanirung des Präsidenten boten. In dem Streite zwischen Hofstetten und Schweitzer erklärte die Generalversammlung sich für unzuständig, wie es in der Natur der Sache lag, doch wurde Vogel, der Hofstettens Aussagen durch eine grobe Beschimpfung Schweitzers zu stützen suchte, durch einstimmigen Beschluß der Delegirten aus dem Vereine gestoßen. Ja, auch mit Liebknecht und Bebel fand eine gewisse Annäherung statt, die Generalversammlung nahm Schweitzers Antrag auf engen Anschluß an die Internationale an, und Schweitzer erklärte, Liebknecht und Bebel nicht angreifen zu wollen, vorausgesetzt, daß sie ihn nicht behelligen würden. Unter der entsprechenden Voraussetzung stellte auch das Demokratische Wochenblatt seine Angriffe auf Schweitzer ein, da nun gegründete Aussicht auf Einigung, wenn auch nicht Verschmelzung der sozialdemokratischen Richtungen sei.

Leider aber erschien gleichzeitig mit dieser Notiz des Demokratischen Wochenblattes in dem Frankfurter Journal, einem volksparteilichen Organe, eine Korrespondenz, die zwar von Bebel gemißbilligt, aber von der kapitalistischen Presse deshalb nicht weniger ausgebeutet wurde, um Schweitzer bloßzustellen. Es hieß darin, daß Schweitzer auf Liebknechts „durchaus objektiv gehaltene“ Anklage sich nicht vertheidigt, sondern viermal um ein Vertrauensvotum gebeten habe, das ihm von 6500 Stimmen bewilligt, von 4500 Stimmen aber versagt worden sei; äußerst betreten, habe Schweitzer sein Amt dennoch nicht niedergelegt, trotz seiner Erklärung, zurücktreten zu wollen, wenn ihm eine nennenswerthe Minderheit ihr Vertrauen entzöge. Gereizt durch diese neue Attacke, deren thatsächliche Darstellung sich allerdings nur durch die in Kriegszeiten herkömmliche Einseitigkeit der Auffassung erklären ließ, kam Schweitzer nun auf seine frühere Absicht zurück und verfügte für alle Orte, deren Delegirte sich in Elberfeld-Barmen der Abstimmung enthalten hatten, eine Urabstimmung der Mitglieder über die Vertrauensfrage. Er hatte die Genugthuung, daß ihm, mit Ausnahme von Braunschweig-Wolfenbüttel und Eisenach, die Mitglieder über die Köpfe ihrer Delegirten fort ihr Vertrauen aussprachen, doch war sein Erfolg etwas theuer erkauft durch die neuen Reibungen und Verstimmungen, die davon unzertrennlich waren. Immerhin ging dieser erste Windstoß vorüber, ohne großen Schaden anzurichten; in der Mitte des Aprils erklärten das Demokratische Wochenblatt und der Sozialdemokrat, daß eine Vereinbarung getroffen worden sei, wonach das Kriegsbeil zwischen dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein und der Sächsischen Volkspartei begraben sein solle.

Und wirklich war dringender Anlaß genug vorhanden, gemeinsame Front gegen die gemeinsamen Feinde zu machen. Der norddeutsche Reichstag berieth in diesem Frühjahr die neue Gewerbeordnung, wobei die parlamentarischen Vertreter der Bourgeoisie in wahren Orgien schwelgten. Es war eine ganz unglaubliche Gesellschaft: der Witzbold Braun, der mit den Späßchen eines rheinischen Schoppenstechers die Arbeiterfrage aus der Welt schaffte, der Tugendbold Lasker, der sich aus der Hefe des polnischen Schacherjudenthums zu spießbürgerlicher Ehrbarkeit emporgearbeitet hatte und von dieser erhabenen Warte aus mit unerträglicher Schwatzhaftigkeit in seinem fürchterlichen Judendeutsch den Moralprediger für alle Welt, aber besonders für das Proletariat spielte, der Profitbold Stumm, der die Sozialdemokratie zum Frühstück verspeiste, ohne zu ahnen, welch schmerzliches und unheilbares Magendrücken er sich dadurch für die nächsten dreißig Jahre holte, und wer sie sonst noch waren. Selbst Miquel, der gescheidteste Kopf dieser Gesellschaft, der sich vom kommunistischen Organisator von Bauernaufständen zum schmatzenden Kostgänger an den gründerischen Fleischtöpfen der Diskontogesellschaft abgewandelt hatte, wußte den angeblichen Arbeiterfreund Wagener nur dadurch todtzuschlagen, daß er die Argumente des Kommunistischen Manifestes gegen den feudalen Sozialismus nachbetete, mit der vorsichtigen Randglosse, er habe die vortrefflichen Gedanken in einem „englischen Schriftsteller“ gefunden.

Schweitzer hatte sich zeitig gerüstet, in diese kapitalistischen Orgien dreinzufahren. Bereits in der Generaldebatte hielt er eine ausgezeichnete Rede über die allgemeinen Gesichtspunkte des modernen Arbeitsverhältnisses, an der Hand des Kapitals von Marx, wie er selbst hervorhob; in der Spezialdebatte brachte er eine große Zahl von Amendements ein, die sich wie sein früherer Arbeiterschutzgesetzentwurf an die englische Fabrikgesetzgebung anlehnten, aber sich wiederum in durchaus bescheidenen Grenzen hielten. Er forderte in Sachen der Sonntags- und Nachtarbeit, der Frauen- und Kinderarbeit, des Normalarbeitstags nicht mehr, als die Bourgeoisie in ihrem eigenen wohlverstandenen Interesse bewilligen konnte. Lehnte sie dennoch in hergebrachter Stupidität ab, so trat die Oekonomie der Arbeiterklasse intellektuell und moralisch um so glänzender der Oekonomie der Bürgerklasse gegenüber. Schulter an Schulter mit Schweitzer führten diesen Kampf Fritzsche, Hasenclever und auch Bebel, dessen gewinnende Beredsamkeit die Stumm und Konsorten trefflich abzutrumpfen verstand.

Praktische Erfolge hatte die proletarische Opposition fast gar nicht; nur ein Antrag Bebels, die gesetzliche Verpflichtung zur Führung von Arbeitsbüchern aufzuheben, wurde mit geringer Mehrheit angenommen. Mit Mühe und Noth gelang es, die kärglichen Bestimmungen der preußischen Gesetzgebung über Kinderarbeit und Truckwesen in die neue Gewerbeordnung zu retten, doch lehnte der Reichstag hartnäckig die Anstellung von Fabrikinspektoren ab, die aus so kümmerlichen Keimen vielleicht doch noch eine Spur gesetzlichen Arbeiterschutzes hätten entwickeln können. Schweitzer beantragte vergebens die Einführung von Fabrikinspektoren, die von der Regierung zu ernennen, aber vom Reichstage zu bestätigen seien. Nur bei den Konservativen fand sich ein sehr verdächtiges Interesse für dies erste Erforderniß einer wirksamen Arbeiterschutzgesetzgebung vor. Die Fortschrittspartei eiferte durch den Sparapostel Schulze und den Harmonieapostel Max Hirsch dagegen, und der nationalliberale Witzbold Braun meinte, er habe in seinem Leben auch oft mehr als fünfzehn Stunden täglich arbeiten müssen, ohne daran umzukommen, das Hausrecht müsse gegen polizeiliche Eingriffe nicht geschwächt, sondern gestärkt werden, Niemand werde Nächtens in seinem Bette vor den Fabrikinspektoren sicher sein, denn sie brauchten bei ihrem Eindringen ja nur zu erklären, daß sie geglaubt hätten, hier sei ein industrielles Unternehmen; aus der amtlichen Fabrikaufsicht werde eine spanische Hermandad, eine Art Vehmgericht entstehen. Diesen entsetzlichen Gallimathias begrüßten die „Vertreter von Besitz und Bildung" mit lebhaftem Beifall, reichlich ein Menschenalter nach der Einführung der englischen Fabrikinspektoren, über deren Wirksamkeit längst eine reiche Literatur vorlag. Man glaubt manchmal zu träumen, wenn man in den damaligen Verhandlungen liest, mit welcher nonchalanten, ihnen seitdem freilich gründlich ausgeräucherten Schnoddrigkeit die frechen Dachse des Kapitalismus die bescheidensten Forderungen der Arbeiterklasse abzufertigen versuchten.

Von einem selbstverständlich ganz verschiedenen Standpunkt aus verwarf Liebknecht das „Parlamenteln“ Schweitzers. Er sah darin eine Opferung des Prinzips, die Herabwürdigung des ernsten politischen Kampfes zu parlamentarischer Spiegelfechterei, in dem Antrage Schweitzers auf Anstellung von Fabrikinspektoren argwöhnte er die Absicht, die Arbeiterbewegung in die Hände Bismarcks zu spielen. Am 31. Mai sprach Liebknecht in einer öffentlichen Versammlung des Demokratischen Arbeitervereins über die politische Stellung der Sozialdemokratie, insbesondere mit Bezug auf den Reichstag. Der Demokratische Arbeiterverein hatte unter den Berliner Arbeitern nur einen spärlichen Anhang, dagegen waren unter seinen Mitgliedern junge Literaten und Kaufleute, Adolf Hepner, Karl Hirsch, Paul Singer und Andere, verhältnißmäßig stark vertreten, und unter ihnen wog das jüdische Element vor; als „Intelligenzen“ und „Mühlendammer“ verspotteten die Anhänger Schweitzers diese nicht zahlreiche, aber rührige und unbequeme Opposition. Indem Liebknecht das „Parlamenteln“ als einen Ausfluß von „Kurzsicht oder Verrath“ verwarf, erklärte er den Sozialismus für eine Machtfrage, die in keinem Parlamente, sondern nur auf der Straße, auf dem Schlachtfelde zu lösen sei. Er befürwortete engeren Anschluß der Sozialdemokratie an die bürgerliche Demokratie, wie sie Jacoby vertrat. Die ungeheure Mehrzahl der Arbeiter verhalte sich deshalb gleichgiltig zur Sozialdemokratie, weil diese nur erst den Klassenkampf gegen die Bourgeoisie, aber nicht den politischen Vorkampf führe, weil die Reaktion den „nationalliberalen Sozialismus“ ausbeute, dessen Widersinn schon daraus hervorgehe, daß er politisch an demselben Strange ziehe, wie die nationalliberale Bourgeoisie, deren soziale Herrschaft er brechen wolle.

Liebknecht hat später über die „unverbesserlichen Kindsköpfe“ gespottet, die diese Rede gegen ihn zu zitiren pflegten, weil sich mit veränderten Umständen auch seine Ansicht über die politische Stellung der Sozialdemokratie geändert habe. Und sicherlich kommt es für das historische Urtheil einzig und allein darauf an, ob Liebknechts Taktik den Umständen angemessen war, unter denen er sie empfahl. Allein diese Frage bejahen, hieße einem Todten bitteres Unrecht thun, um einem Lebenden unwürdig zu schmeicheln. Das „Parlamenteln“, so wie Schweitzer und mit ihm Bebel es trieb, war vom Genfer Kongreß der Internationalen, ja, im Demokratischen Wochenblatte selbst von Engels empfohlen worden. Engels schrieb in seiner Anzeige des Kapitals: „Der nächste norddeutsche Reichstag wird auch eine Gewerbeordnung zu berathen haben und damit die Regelung der Fabrikarbeit. Wir erwarten, daß keiner der Abgeordneten, die von deutschen Arbeitern durchgesetzt worden sind, an die Berathung dieses Gesetzes geht, ohne sich vorher mit dem Buche von Marx vertraut gemacht zu haben. Es ist da Vieles durchzusetzen. . . . Vier oder fünf Vertreter des Proletariats sind unter diesen Umständen schon eine Macht, wenn sie ihre Stellung zu benutzen wissen, wenn sie vor allen Dingen wissen, um was es sich handelt, was die Bürger nicht wissen.“ Genau so, mit dem ersten Bande des Kapitals in der Hand, hatte Schweitzer sein „Parlamenteln“ betrieben.

Aber auch den „politischen Vorkampf" führte der Sozialdemokrat mindestens ebenso entschieden, wie die Zukunft. In Fragen der politischen Opposition bestand ein Unterschied zwischen beiden Blättern höchstens darin, daß Schweitzer die partikularistische Demokratie wegwerfender behandelte, als Guido Weiß. Und selbst dieser Unterschied war nicht sehr groß, denn Guido Weiß kannte die deutschen Verhältnisse viel zu gut, um zu hoffen, daß die sieben Schwaben der Deutschen Volkspartei den norddeutschen Bund über den Haufen rennen würden. Hiervon abgesehen, führte Schweitzer den „politischen Vorkampf" sogar viel entschiedener, als Johann Jacoby. Als Liebknecht seine Rede im Demokratischen Wochenblatte abdruckte, richtete Leo Frankel aus Paris einen Offenen Brief an ihn, worin er gegen diese Angriffe die entschiedenste Partei für Schweitzer nahm. Es war gewiß ein schwerer Irrthum Schweitzers, in Liebknecht und Bebel die Dupes einer rein politischen Bourgeoispartei zu sehen, aber die Art, wie Liebknecht ihn immer wieder angriff, mußte ihn in seinem verhängnißvollen Irrthum bestärken.

Dies anzuerkennen gebietet die Gerechtigkeit, so wenig damit Schweitzers nunmehriges Vorgehen gerechtfertigt werden kann. Er empfand die Einschränkung seiner Diktatur als einen unleidlichen Zwang, und wie er in ihr das Ergebniß einer heimlichen Verschwörung sah, so scheute er nicht davor zurück, sie sich wieder vom Halse zu schaffen, sei es so oder so. Die Umstände gestalteten sich für ihn günstig genug. Die Urabstimmung über die Aenderung der Statuten war auf eine starke Gleichgiltigkeit der Mitglieder gestoßen, kaum 50 Orte hatten es überhaupt der Mühe für werth gehalten, abzustimmen. Dabei hatten die Beschlüsse der Generalversammlung zwar eine überwiegende Mehrheit gefunden, doch nicht ohne energischen Widerspruch, den große Mitgliedschaften des Rheinlandes, wie Barmen, Elberfeld, Düsseldorf, dagegen erhoben. Als Schweitzer nach Hamburg ging, um den neuen Vorstand einzurichten, empfingen ihn hier die alten Kerntruppen des Vereins mit lautem Jubel, und ebenso lebhaft wurde er in Hannover begrüßt, wo der Verein mächtig aufblühte und schon tausend zahlende Mitglieder musterte. In demselben Monat Mai, wo Liebknecht vor vielleicht sechzig Mitgliedern des Demokratischen Arbeitervereins das „Parlamenteln" Schweitzers verwarf, jauchzten sechstausend Berliner Arbeiter in der Alhambra eben diesem „Parlamenteln" zu; der Sozialdemokrat konnte den Bericht über die imposante Massenversammlung mit den stolzen Worten schließen: Berlin gehört uns! Große Streiks der Berliner Bauarbeiter, von Lübkert geschickt und kraftvoll geleitet, trugen den proletarischen Klassenkampf in die immer noch breiten Schichten der Berliner Arbeitermasse, die von der politischen Bewegung noch nicht berührt worden waren. Und zum 22. Mai berief Schweitzer die Generalversammlung des Arbeiterschaftsverbandes nach Kassel, um das Heer zu mustern, das nunmehr die Waffe des Koalitionsrechts schwingen konnte.

Freilich hatte die norddeutsche Gewerbeordnung absichtlich manche Scharte in diese Waffe geschliffen. Die gehässige Arbeiterfeindlichkeit des norddeutschen Reichstags ließ sich nicht einmal da bändigen, wo es sich um einfache Kon-

sequenzen der Freihandelslehre handelte, die den Arbeitern nützen konnten. An und für sich war der deutsche Liberalismus schon so schwachherzig, daß er sogar die Freizügigkeit und Gewerbefreiheit nur in den der Büreaukratie wohlgefälligen Schranken zu beschließen wagte und die Hauptchikane, das bureaukratische Konzessionswesen, ruhig fortbestehen ließ. Um so mehr war er darauf bedacht, die Koalitionsfreiheit so zu verstümmeln, daß, wie Lasker sagte, eine „mächtige und durchgreifende“ Polizei jede Streikbewegung in den Grenzen der Gesetzlichkeit, will sagen in den Grenzen halten konnte, die den herrschenden Klassen bequem waren. Nicht nur wurde den ländlichen Arbeitern das Koalitionsrecht vorenthalten, sondern auch ein besonderer Strafparagraph eingefügt, der den sogenannten Terrorismus streikender Arbeiter bändigen sollte und kautschukartig genug abgefaßt war, um bei einem nur geringen Aufwande des bösen Willens, über den die Polizei allemal verfügt, jede proletarische Lohnbewegung zu lähmen. Diesem gehässigen Vorrechte für klassenbewußte Arbeiter fügte der norddeutsche Reichstag ein günstiges Vorrecht für Schwarzbeine hinzu; gegen Verletzung von Verabredungen, die auf Grund des Koalitionsrechtes getroffen worden waren, sollte weder Klage noch Einrede stattfinden.

Trotz alledem war ein Stück Koalitionsfreiheit gerettet, und so beseelte eine kampffreudige und siegesfrohe Stimmung die Generalversammlung des Arbeiterschaftsverbandes in Kassel. Zugegen waren 100 Delegirte, die 220 Orte mit 35 232 zahlenden Verbandsmitglieder vertraten; für den ganzen Verband wurden mehr als 50 000 steuerzahlende Mitglieder berechnet. Am stärksten waren in Kassel die Zigarrenarbeiter mit 10 000, die Zimmerer mit 5585, die Maurer mit 3955, die Hand- und Fabrikarbeiter mit 3666, die Metallarbeiter mit 3281, die Holzarbeiter mit 2137, die Schuhmacher mit 1808, die Manufakturarbeiter mit 1742, die Berg- und Hüttenarbeiter mit 1558, die Schneider mit 671 Mitgliedern vertreten; andere Arbeiterschaften, wie die Bäcker, die Buchbinder, die Maler und Lackirer waren noch nicht aus den ersten Anfängen der Entwicklung heraus. Die Generalversammlung beschäftigte sich überwiegend mit Agitations- und Organisationsfragen. Ins Präsidium trat neben Schweitzer und Fritzsche an die Stelle Kleins, der nicht nach Berlin übersiedeln konnte, Lübkert ein. Die Mitglieder des Präsidiums erhielten als solche keine Besoldung, doch wurden um diese Zeit für Schweitzer als Präsidenten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins 45 Thaler Monatsgehalt ausgeworfen, von einer Kommission, die von der Generalversammlung in Elberfeld-Barmen für diesen Zweck eingesetzt worden war. Wie es scheint, war die Besoldung des Präsidenten auch als eine Beschränkung seiner Diktatur gedacht; jedenfalls sträubte sich Schweitzer dagegen, setzte die ihm ausgeworfenen 45 auf 25 Thaler herab und erhob auch diese nicht. In Kassel machte sich übrigens kaum etwas von der Mißstimmung bemerkbar, die in Elberfeld-Barmen unter einem Theile der Delegirten geherrscht hatte; das Vertrauensvotum für Schweitzer wurde von einem thüringischen Delegirten beantragt und mit allen gegen sechs Stimmen angenommen. Im Ganzen und Großen

gestalteten sich die fünftägigen Verhandlungen zu einem neuen Triumphe für Schweitzer, der auf dem gewerkschaftlichen Gebiete ebenso glücklich organisiren zu können schien, wie auf dem politischen.

Zu alledem fügte sich, daß er die Anhänger der Gräfin Hatzfeldt für sich günstig zu stimmen wußte. Mende, der jetzt als Präsident des Lassalleschen Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins fungirte, war in München-Gladbach verhaftet worden, als angeblicher Rädelsführer eines Tumults, den die Polizei durch die ungesetzliche Auflösung einer Arbeiterversammlung hervorgerufen hatte. Jedoch versagte der Reichstag auf Schweitzers sofort eingebrachten Antrag seine verfassungsmäßig nothwendige Zustimmung zu Mendes Verhaftung, und damit waren freundliche Beziehungen zwischen den beiden sozialdemokratischen Fraktionen angebahnt, die sich auf Lassalle beriefen. Gleich darauf aber hielt Liebknecht jene Rede in dem Demokratischen Arbeitervereine, die in Schweitzer die Ansicht hervorrufen mußte, daß mit diesem Gegner kein dauerndes Einvernehmen möglich sei, und unternahm Bebel eine Agitationsreise in die thüringischen Bezirke, wo er in Gera, Pößneck, Apolda, Jena, Weimar, Gotha und Erfurt mit großem Erfolge sprach. Bebel hielt sich dabei von allen Angriffen auf Schweitzer frei und befürwortete nur die Einigung aller sozialdemokratischen Fraktionen, womit er auch bei den thüringischen Mitgliedern des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins lebhaften Anklang fand. Entsprechende Resolutionen wurden in den meisten dieser Versammlungen angenommen, in einzelnen freilich nicht, ohne zugleich eine Einigung der sozialdemokratischen Fraktionen mit der bürgerlichen Demokratie zu befürworten. Jedenfalls hielt Schweitzer an seinem Anspruche fest, daß Einigungsversuche dieser Art nur mit ihm als dem erwählten Vertreter des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins geführt werden dürfen. Er sah in Bebels thüringischer Agitation einen „Vertragsbruch“ und hielt den Augenblick für günstig genug, um loszuschlagen.

Am 18. Juni veröffentlichten der Sozialdemokrat in Berlin und die Freie Zeitung in Leipzig, das Organ der Gräfin Hatzfeldt, eine pomphafte Proklamation Mendes und Schweitzers, worin dem „souveränen Volke“ die „Wiederherstellung der Einheit der Lassalleschen Partei“ vorgeschlagen wurde. Und zwar auf folgende Bedingungen hin. Die beiden bisher getrennten Vereine sollten am 24. Juni von den beiderseitigen Präsidenten aufgelöst und an demselben Tage ein neuer Gesammtverein mit dem alten Statut vom 23. Mai 1863 gegründet werden. Der Präsident dieses Vereins sollte dann sofort nach allgemeinem Stimmrechte in sämmtlichen Mitgliedschaften gewählt und das Ergebniß der Wahl am 3. Juli verkündet werden. Dann sollte auf gleiche Weise die Wahl eines neuen Vorstandes stattfinden, der bis zur nächsten Generalversammlung zu fungiren habe, und endlich sollte Mende in der Zeit vom 24. Juni bis zum 3. Juli provisorisch den neuen Gesammtverein leiten. Diese Vorschläge wurden von Mende und Schweitzer den Mitgliedern beider Vereine mit der Verfügung unterbreitet, daß über sie bis einschließlich des 22. Juni mit Ja oder Nein abgestimmt werden müßte.

Es war ein regelrechter Staatsstreich Schweitzers, dem von nun an seine Diktatur nicht mehr blos Mittel zum Zwecke, sondern selbst Zweck war. Der Verein der Gräfin Hatzfeldt litt an unheilbarer Schwindsucht. Die Lebenszeichen, die er noch von sich gab, waren die krampfhaften Zuckungen einer absterbenden Sekte, wie sein verbissener Widerstand gegen die gewerkschaftliche Organisation und die gewaltthätige Rohheit, womit er im März die Landesversammlung der Sächsischen Volkspartei in Hohenstein-Ernstthal gesprengt und damit auch den geplanten gemeinsamen Kongreß der sächsischen Arbeiter vereitelt hatte. Schweitzer, der ein Jahr vorher mit seinem Rücktritte gedroht hatte, wenn ihm die Hamburger Generalversammlung nicht die Organisation der Gewerkschaften gestatte, verbündete sich jetzt mit den geschworenen Gegnern dieser Organisation, und während er selbst auf jedes Zugeständniß an die höhere Entwicklung seines Vereins verzichtete, machte er dem sektenhaften Lassalleanismus des anderen Vereins das weittragende Zugeständniß, das alte Statut Lassalles wiederherzustellen. Worauf es ihm ankam, war darnach freilich klar: auf die Erneuerung seiner uneingeschränkten Diktatur. Nicht zum wenigsten ging seine geheime Absicht aus seiner Forderung hervor, daß das „souveräne Volk" innerhalb dreier Tage die Gesammtheit seiner Vorschläge annehmen oder ablehnen solle. Allerdings berief er sich darauf, daß große Eile geboten sei, da die Polizei sonst beide Vereine auflösen könne, weil sie in Verbindung mit einander getreten seien, aber diese formelle Schwierigkeit hatte er selbst erst durch die Art seines Vorgehens geschaffen. Er rechnete darauf, daß der Ueberdruß aller tüchtigen Arbeiter an dem Fraktionsgezänk, ihr aufrichtiger und dringender Wunsch nach Einheit ihnen über alle Bedenken hinweghelfen würde, und diese Rechnung trog ihn im Allgemeinen auch nicht.

Seine Vorschläge wurden in beiden Vereinen mit überwältigender Mehrheit durch Urabstimmung angenommen. Der neue Vorstand in Hamburg stellte nur zwei Bedingungen: erstens sollte die Gräfin Hatzfeldt nicht in die Einigung aufgenommen werden, und zweitens sollte Schweitzer sich verpflichten, auf der ersten Generalversammlung des neuen Vereins für die Wiederherstellung der Beschlüsse einzutreten, die in Elberfeld-Barmen gefaßt worden waren. Als Tölcke, der persönlich nach Hamburg herübergekommen war, im Auftrage Schweitzers beide Bedingungen einräumte, gab der Vorstand seine Zustimmung und löste damit sich selbst auf. Offenen Widerspruch erhoben zunächst nur einige Mitglieder in Braunschweig, Celle, Harburg, Magdeburg, Erfurt, Gotha, Frankfurt, darunter Bracke, York, Bonhorst, Ellner. In einem Aufrufe vom 22. Juni schlugen sie einen allgemeinen Kongreß der gesammten sozialdemokratischen Arbeiter Deutschlands vor, um eine wirklich demokratische Organisation zu schaffen: Schweitzers Staatsstreich sei die reinste Ueberrumpelung, der Argwohn, daß Schweitzer den Verein zur Befriedigung seines Ehrgeizes mißbrauche, ihn zum Werkzeug einer arbeiterfeindlichen reaktionären Politik herabwürdigen wolle, sei nunmehr zur Gewißheit erhoben. Den Tag darauf erklärten Liebknecht und Bebel, denen

Schweitzer nun auch öffentlich wegen der thüringischen Agitation „Vertragsbruch“ vorgeworfen hatte: sie seien zum Kampfe bereit, es werde sich zeigen, ob die „Korruption, die Gemeinheit, die Bestechlichkeit auf jener Seite, oder die Ehrlichkeit und Reinheit der Absichten auf unserer Seite“ den Sieg davontragen werde. Dann aber brach Schweitzer sein durch Tölcke verpfändetes Wort; er sagte im Sozialdemokraten, weder dürfe die Gräfin Hatzfeldt von der Einigung ausgeschlossen werden, noch sei eine Aenderung des Statuts von 1863 wünschenswerth, und nun sagten ihm auch zehn Mitglieder in Hamburg ab, an ihrer Spitze Geib und andere Mitglieder des ehemaligen Vorstandes.

Begleitet wurden diese Kundgebungen durch eine heftige Kanonade zwischen dem Demokratischen Wochenblatt und dem Sozialdemokraten. Wie immer in solchen Fällen, wurde dabei hüben und drüben gesündigt. Von der einen Seite wurde Schweitzer als Söldling Bismarcks und Tölcke als ein unheimlicher Verbrecher hingestellt, der nicht einmal die bürgerlichen Ehrenrechte besitze, von der anderen Seite wurde Liebknecht als ein heimlicher Verbündeter der Bourgeoisie und Bebel als ein Stipendiat des Exkönigs von Hannover angeklagt. An solchen gegenseitigen Beschuldigungen hatte die Bourgeoisie ihre helle Freude, wobei sie dann glücklich wieder den großen Fortschritt übersah, der sich in dieser schweren Krisis der deutschen Arbeiterbewegung vollzog. Am 17. Juli veröffentlichte das Demokratische Wochenblatt einen Aufruf an die „deutschen Sozialdemokraten“, worin ein „allgemeiner deutscher sozialdemokratischer Arbeiterkongreß“ zum 7., 8. und 9. August nach Eisenach berufen wurde. Unterzeichnet war der Aufruf von 63 ehemaligen Mitgliedern des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, 3 ehemaligen Anhängern der Gräfin Hatzfeldt, einem Ausschusse der österreichischen Arbeiter, dem Zentralkomite der deutschen Arbeitervereine in der Schweiz, der deutschen Sektion der Internationalen in Genf, dem deutsch-republikanischen Verein in Zürich und endlich dem Verbande der deutschen Arbeitervereine, für den etwa 100 Mitglieder unterschrieben hatten, darunter Bebel, Liebknecht, Vahlteich, Metzner, Hugo Hillmann, Motteler, Stolle, Gabriel Löwenstein, Karl Hirsch, J. M. Hirsch, Hepner, Vogel und Wilhelm Eichhoff.

Als dieser Aufruf veröffentlicht wurde, stand schon fest, daß die Masse des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zu ihrem neugewählten Präsidenten Schweitzer halten und der Eisenacher Kongreß somit die Zersplitterung der deutschen Sozialdemokratie gewissermaßen unwiderruflich machen werde. Insofern mochte die Schadenfreude der Bourgeoisie einen gewissen Sinn haben. Aber in Wirklichkeit lagen die Dinge ganz anders. So lange die realen Ursachen fortdauerten, die das deutsche Proletariat zersplitterten, war eine getrennte Organisation beider Richtungen allen Einigungsversuchen vorzuziehen, die immer wieder an jenen Ursachen scheitern und immer neue Erbitterung hervorrufen mußten. Besser als dies schleichende und zerrüttende Fieber war ein offener Krieg, der neben allen Nachtheilen doch auch große Vortheile hatte, der die wirklich vorhandenen Gegensätze klar hervortrieb, sie gewissermaßen auf ihre knappste und

kürzeste Formel brachte, der die Propaganda mächtig anspornte und zwei kraftvolle Organisationen schuf, die, sobald die historische Entwicklung die wirklichen Hindernisse der Einigung beseitigt hatte, einen Frieden schließen konnten, in dem es keine Sieger und keine Besiegten gab.

Der Krieg begann schon auf dem Eisenacher Kongresse. Schweitzer entschloß sich ihn zu beschicken, in der Hoffnung, die neue Organisation noch im Keime zu ersticken oder doch durch eine imposante Kraftentfaltung von vornherein in den Schatten zu stellen. Da er selbst noch eine zweimonatliche Gefängnißstrafe zu verbüßen hatte, so erschien Tölcke an der Spitze von 110 Delegirten, die 102 000 Arbeiter vertraten, die Kosten der Delegation wurden je zur Hälfte aus den Kassen des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins und des Arbeiterschaftsverbandes bestritten. Von der Gegenseite aber erschienen 262 Delegirte, hinter denen 140 000 Arbeiter standen. Man begann damit, sich gegenseitig „Mandatsschwindel" vorzuwerfen, von beiden Seiten mit gleichem Unrecht oder in gewissem Sinne auch mit gleichem Rechte. Da die ganze Krisis eine lebhafte Bewegung in der deutschen Arbeiterwelt hervorgerufen hatte, und die Mandate zum großen Theil von Massenversammlungen ausgestellt worden waren, so mochten die Ziffern an und für sich nicht unrichtig sein, aber wenn sie kein Schwindel waren, so waren sie doch auch kein sicherer Maßstab für die Kraft der streitenden Theile. Schweitzer hatte in der gewerkschaftlichen und politischen Organisation noch lange nicht 102 000 Köpfe zusammengebracht, und ebenso wenig traten 140 000 Mitglieder in die neue Organisation ein, die in Eisenach gegründet wurde.

Zunächst waren die österreichischen und schweizerischen Hilfstruppen rein dekorativ. Schweitzer behielt darin Recht, daß eine organisatorische Verbindung der deutschen und der österreichischen Arbeiter eine Illusion sei, sie war es höchstens nicht in der traurigen Wirkung, daß die Betheiligung der österreichischen Arbeiter an dem Eisenacher Kongreß von der österreichischen Reaktion zum Vorwande genommen wurde, um die junge Arbeiterbewegung an der Donau durch tückische Verfolgungen so schnell niederzuwerfen, wie sie schnell aufgeblüht war. Thatsächlich setzte sich die neue Organisation aus zwei Elementen zusammen: aus dem Verbande der deutschen Arbeitervereine und den abgefallenen Mitgliedern des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. Wie stark diese waren, läßt sich mit ziffernmäßiger Genauigkeit nicht angeben; Tölcke schätzte sie auf 300, Liebknecht aber auf 5000, wobei die Wahrheit nicht sowohl in der Mitte, als ziemlich nahe bei Tölckes, und recht weit von Liebknechts Schätzung liegen mochte. Es waren ihrer schwerlich auch nur tausend, aber es befanden sich darunter verhältnißmäßig viele, im organisirten Klassenkampfe trefflich erprobte und geschulte Kräfte. Der Verband der deutschen Arbeitervereine aber zählte 10 000 Mitglieder, die nach einer damaligen Aufstellung Bebels in 58 sächsischen, 25 württembergischen, sowie einigen badischen, hessischen und bairischen Orten organisirt waren, wozu dann noch einzelne schwache Absenker in Berlin und am Rheine kamen.

Nach einer tumultuarischen Verhandlung, in welcher sich ein Zusammenarbeiten als unmöglich erwies, hielt jede der beiden Richtungen ihren besonderen Kongreß in Eisenach ab, der für die Delegirten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins natürlich nur eine demonstrative Kundgebung war. Dagegen konstituirte sich die Gegenseite als Sozialdemokratische Arbeiterpartei, im Wesentlichen nach den Plänen, die Bebel schon von langer Hand für die Reorganisation des von ihm geleiteten Verbandes vorbereitet hatte. Dem prinzipiellen Theile des Eisenacher Programms wurden die Sätze des Nürnberger, seinen „nächsten Forderungen" die Sätze des Chemnitzer Programms zu Grunde gelegt. Dabei zeigte sich sofort, daß es grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten zwischen den Eisenachern und den Lassalleanern, wie sich von nun an, unholderer Kriegsnamen zu geschweigen, die gegnerischen Fraktionen zu nennen pflegten, gar nicht bestanden. Wenn Liebknecht mit Recht sagte, daß in dem Eisenacher Programm die letzten Konsequenzen des Kommunismus stäken, so sagte Tölcke mit gleichem Rechte, das Eisenacher Programm sei wesentlich das Lassallesche Programm. Es enthielt auch nicht einen Punkt, der seit fünf Jahren nicht vom Sozialdemokraten vertreten worden war. Ja, der wirklich anfechtbare Satz des Lassalleschen Programms gelangte in das Eisenacher Programm in noch anfechtbarerer Fassung. Indem auf Antrag von Karl Hirsch unter die „nächsten Forderungen", die alle schon auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft erreicht werden konnten, auch aufgenommen wurde: Staatliche Förderung des Genossenschaftswesens und Staatskredit für freie Produktivgenossenschaften unter demokratischer Garantie, wurde der revolutionäre Sinn der Lassalleschen Produktivassoziationen mit Staatskredit, den Schweitzer oft genug aufgedeckt hatte, wieder verschleiert.

Wesentlicher waren die Verschiedenheiten in der Organisation. Bebel war selbst ein viel zu guter Organisator, um nicht die Vorzüge der Lassalleschen Organisation zu würdigen, aber da sowohl die Diktatur vermieden, als auch der Polizei möglichst alle Chikanen abgeschnitten werden sollte, so hatte er eine gebundene Marschroute. Die Leitung der Partei wurde einem Ausschusse von fünf Mitgliedern übertragen, über dem eine Kontrollkommission von elf Mitgliedern stand, beide Behörden sollten von den Parteimitgliedern der Orte gewählt werden, an die der Parteikongreß ihren Sitz verlegen würde. Sie fungirten auch als obere Instanzen des Parteiorgans, unterstanden aber selbst dem Parteikongreß, der mindestens einmal im Jahre zusammentreten sollte. Jeder Delegirte sollte auf dem Kongreß eine Stimme führen, doch durften die Parteimitglieder eines Ortes nicht mehr als fünf Delegirte absenden. Als Parteisteuer hatte jedes Parteimitglied einen Groschen monatlich an den Ausschuß zu entrichten oder auf das Parteiorgan zu abonniren. Die Parteimitglieder jedes Ortes waren verpflichtet, auf Grund des Parteiprogamms sozialdemokratische Arbeitervereine zu gründen, die monatlich einen Groschen auf den Kopf jedes Mitgliedes für allgemeine Agitationszwecke zu zahlen hatten. Zum Parteiorgane wurde das Demokratische Wochenblatt ernannt, das vom 1. Oktober ab zweimal wöchentlich

erscheinen, sich Volksstaat nennen und der Partei gehören sollte. Der Sitz der Partei wurde nach Eisenach, der Ausschuß nach Braunschweig-Wolfenbüttel, die Kontrollkommission nach Wien verlegt. Es ist klar, daß diese Organisation viel demokratischer, aber auch viel loser und zerbrechlicher war, als die Organisation Lassalles.

Ueber die Stellung zur Internationalen konnte der Eisenacher Kongreß auch nichts anderes beschließen, als schon die Generalversammlungen in Hamburg und Elberfeld-Barmen beschlossen hatten. Bebel sprach nun auch aus, was Schweitzer so oft betont hatte: „Unter allen Umständen muß zunächst die sozialdemokratische Partei in Deutschland sich selbst konstituiren, da neben der internationalen auch die nationale Organisation unentbehrlich ist und jene ohne diese nur ein Schatten wäre." Allerdings empfahl der Eisenacher Kongreß den Parteimitgliedern den persönlichen Eintritt in die Internationale, aber dieser Beschluß mußte die ohnehin schwerfällige Organisation noch schwerfälliger machen, wenn er anders nicht blos auf dem Papier stehen blieb. Auch den Gewerkschaften, die sich auf Grund von Bebels Statuten gebildet hatten, empfahl der Kongreß die internationale Organisation, und sie nannten sich von nun an Internationale Gewerksgenossenschaften. Es waren ihrer erst wenige: die Buchbinder hatten sich in Leipzig, die Berg- und Hüttenarbeiter in Zwickau, die Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter in Crimmitschau organisirt; die Metallarbeiter schritten eben jetzt in Nürnberg, die Maurer und Zimmerer in Dresden, die Schuhmacher in Leipzig zu ihrer gewerkschaftlichen Organisation. Vorerst waren diese Verbände noch schwach; die Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter, die zu Pfingsten ihren ersten Kongreß in Leipzig abgehalten hatten, zählten etwa 3000 Mitglieder, und sie hatten sich unter Mottelers geschickter Leitung verhältnißmäßig am stärksten entwickelt.

Als der Eisenacher Kongreß seine Sitzungen geschlossen hatte, trat der Verband der deutschen Arbeitervereine zu seinem letzten Vereinstage zusammen. Vor sechs Jahren gegründet als Bollwerk der Bourgeoisie gegen die eben erst anrollenden Wellen der proletarischen Bewegung, war er jetzt schon von der steigenden Fluth überschwemmt und unterwaschen. Er löste sich auf in die Sozialdemokratische Arbeiterpartei.

III. Die ersten Fraktionskämpfe.

Hatte sich schon bei der Abfassung des Eisenacher Programms gezeigt, daß keine grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten innerhalb des klassenbewußten Proletariats in Deutschland bestanden, so begannen gleich die Kämpfe der nächsten Monate mit den praktischen Hindernissen der Einigkeit aufzuräumen. Sie zerrieben die Diktatur, welche die Lassalleaner beherrschte, und zerrissen die Bande, welche die Eisenacher mit der Deutschen Volkspartei verknüpften.

Zunächst nahmen die Dinge eine für Schweitzer günstige Wendung. Der vierte Kongreß der Internationalen, der vom 5. bis zum 12. September in Basel tagte, hatte sein Schwergewicht in der Berathung der Grund- und Bodenfrage. Zwar war die Frage schon ein Jahr vorher auf dem Brüsseler Kongresse im Sinne des wissenschaftlichen Kommunismus entschieden worden, aber gegen eine starke Minderheit der französischen Delegirten, und um völlige Klarheit zu schaffen, hatte sie den Generalrath auf die erste Stelle der Tagesordnung für den Baseler Kongreß gesetzt. Dieser Kongreß wurde von 78 Delegirten besucht, von denen gerade der dritte Theil aus Frankreich kam, darunter Varlin, der edle Märtyrer der Kommune. Der Generalrath hatte Applegarth, Lucraft, Cowell Stepney, Eccarius, Jung und Leßner gesandt, von Deutschen waren außer Liebknecht, der die Eisenacher vertrat, Moses Heß, Rittinghausen, der Lehrer Spier aus Wolfenbüttel und der Professor Jannasch aus Magdeburg, von Schweizern Johann Philipp Becker, Bürkli und Greulich zugegen, als Vertreter neapolitanischer Arbeiter kam Bakunin. Es war eine sehr stattliche Versammlung, und ihre Entscheidung fiel über die Hauptfrage der Verhandlungen wie in Brüssel. Der Kongreß erklärte mit 54 Stimmen, die Gesellschaft habe das Recht, den Grund und Boden in Gemeineigenthum zu verwandeln, und mit 53 Stimmen, diese Verwandlung sei im Interesse der Gesellschaft nothwendig. Die Minderheit enthielt sich überwiegend der Abstimmung; gegen den zweiten Beschluß stimmten nur 8, gegen den ersten nur 4 französische Delegirte. Aber wenn die Auffassung des wissenschaftlichen Kommunismus damit einen entschiedenen Erfolg über die kleinbürgerlichen Illusionen des Proudhonismus davongetragen hatte, so kam die Schlacht doch noch einmal zum Stehen bei der Frage des Erbrechts, die auf der zweiten Stelle der Tagesordnung stand. Eccarius vertrat die konsequente Auffassung des Generalraths, wonach das Erbrecht mit dem Privateigenthum steht und fällt, während Bakunin den ideologischen Ueberbau mit der ökonomischen Unterlage verwechselte und das Erbrecht aus Gründen der Gerechtigkeit als selbständige Quelle der Ungleichheit beseitigen wollte. Keine der beiden Auffassungen gewann die Mehrheit und die Frage blieb in der Schwebe.

Die Baseler Beschlüsse über das Grundeigenthum riefen nun eine allgemeine Aufregung in dem deutschen Bürgerthum hervor. Nicht nur patriotische „Männer der Wissenschaft", wie Adolf Wagner, verfluchten sie als leichtfertig, nichtswürdig und wüst, sondern auch die tapferen Mannen der Deutschen Volkspartei zogen alle Schimpfregister über das „herrschsüchtige Knotenthum" der Internationalen und denunzirten die Baseler Mehrheit als heimliche Helfershelferin der frauken Männer in Berlin und Paris. Der eben aus dem Gefängnisse entlassene Schweitzer hatte die Genugthuung, den Arbeitern sagen zu können: sowie die Internationale unzweideutig den sozialistischen Standpunkt vertritt, wird sie genau so von der bürgerlichen Opposition verleumdet, wie die Lassallesche Agitation. Ueber das Gemeineigenthum am Grund und Boden brauchte Schweitzer nicht mehr viele Worte zu verlieren, da er diese Frage längst mit erschöpfender Klar-

heit im Sozialdemokraten behandelt hatte. Aber er schrieb nunmehr zwei ausgezeichnete Artikel über das Erbrecht, die in bemerkenswerther Weise zeigten, wie vollkommen er den wissenschaftlichen Kommunismus beherrschte. Seine Auffassung stimmte aufs Haar mit dem Berichte, den der Generalrath über das Erbrecht an den Baseler Kongreß gerichtet hatte, nur daß dieser Bericht erst im Oktoberhefte des Vorboten erschien, während Schweitzer seine Artikel auf die ersten flüchtigen Zeitungsberichte über die Baseler Verhandlungen in den Nummern vom 17. und 19. September veröffentlichte. Schweitzer führte darin eingehend aus, daß die Abschaffung des Erbrechts in der kapitalistischen Gesellschaft eine utopische und in der sozialistischen Gesellschaft eine überflüssige Forderung sei, aber daß sie für die Diktatur des Proletariats in der Uebergangszeit von der kapitalistischen zur sozialistischen Gesellschaft ihre große praktische Bedeutung habe.

Natürlich schmiedete Schweitzer das Eisen, so lange es heiß war. Er konnte sich nunmehr darauf berufen, daß der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein nicht nur die organisatorisch geschlossenste, sondern auch die prinzipiell vorgeschrittenste Arbeiterpartei sei. Mit der Internationalen bemühte er sich in Frieden zu bleiben, und erkannte die Bedeutung der Baseler Beschlüsse an, wenn er auch meinte, daß die „Schule von Karl Marx“ auf den internationalen Kongressen mit dem „Halbsozialismus“ ihre „liebe Noth“ habe. Um so bitterer ließ er sich über die Sozialdemokratische Arbeiterpartei aus, die nicht für die Baseler Beschlüsse einzutreten wage; die ehemaligen Lassalleaner, die den Braunschweiger Ausschuß bildeten, seien die reinen Strohpuppen, sie dürften nicht gegen die Bourgeois der Volkspartei aufmucken.

In Wirklichkeit beabsichtigte der Braunschweiger Ausschuß, in dem Bracke, Bonhorst und Spier saßen, eine offizielle Kundgebung zu Gunsten der Baseler Beschlüsse. Aber er stieß damit auf den Widerstand Liebknechts. Bereits in Basel hatte Liebknecht praktische Bedenken dagegen geltend gemacht, das Gemeineigenthum am Grund und Boden zum Gegenstand eines programmatischen Beschlusses zu machen, so entschieden er selbst sich zu dieser Konsequenz des wissenschaftlichen Kommunismus bekannte. Er wollte jetzt, wie er dem Braunschweiger Ausschusse schrieb, nicht vorzeitig mit der Deutschen Volkspartei in Krakehl gerathen, und hielt es für genügend, wenn das Parteiorgan die Baseler Beschlüsse nicht verleugne. Auf die Frage, welche Stellung die Sozialdemokratische Arbeiterpartei zu diesen Beschlüssen nehme, antwortete das Demokratische Wochenblatt in seiner letzten Nummer: „Gar keine. Jedes einzelne Parteimitglied kann und soll Stellung nehmen; der Partei als solcher steht dies nicht zu, zumal sie nach keiner Seite hin durch die Beschlüsse gebunden ist, ebenso wenig wie die Internationale Arbeiterassoziation selbst.“ Diese Auffassung ließ sich aber unter den verschiedensten Gesichtspunkten anfechten, und nicht zum wenigsten unter dem taktischen Gesichtspunkte, der für Liebknecht maßgebend war. Schweitzer sagte nunmehr, die Eisenacher wagten sich nicht zu dem Kardinalsatze des wissenschaftlichen Kommunismus zu bekennen, zu der Vergesellschaftung der Produktions-

mittel, und die Deutsche Volkspartei verlangte eine ausdrückliche Verleugnung der Baseler Beschlüsse.

So kam es doch zu dem Bruche, den Liebknecht vorläufig vermeiden wollte. Einzelne Häupter der Volkspartei hatten noch in Eisenach mitgetagt, wie Löb Sonnemann, der die Thatsache zwar vor ein paar Jahren auf Tod und Leben abzustreiten versuchte, aber nur mit dem Erfolge, daß er von der Frankfurter Volksstimme an die dreiste Lüge genagelt wurde, wie die Eule ans Scheunenthor. Daß sich die mit allen kapitalistischen Wassern gewaschenen Börsendemokraten über die Tragweite des Nürnberger und des Eisenacher Programms getäuscht haben sollten, ist schwer anzunehmen; vermuthlich haben sie eine Hand im Spiele behalten wollen, um bis in die zwölfte Stunde hinein zu versuchen, ob sich die Arbeiter nicht doch noch nasführen ließen. Eher darf man zu Gunsten der schwäbischen Kleinbürger annehmen, daß sie einfach nicht verstanden haben, was in Nürnberg und Eisenach beschlossen worden war; nun da ihnen die Baseler Beschlüsse ein Licht angezündet hatten, geberdeten sie sich wie von der Tarantel gestochen. Besonders bemühten sie sich, die süddeutschen Mitglieder der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei abzusprengen; sie spekulirten auf die Reste des Kantönligeistes namentlich unter den schwäbischen Arbeitern, und auch nicht ganz ohne Erfolg. Der Landesverband der württembergischen Arbeitervereine löste sich trotz seines Anschlusses an die Eisenacher nicht auf, und sein Schriftführer Bronnenmeyer, der von je die Seele dieses Verbandes gewesen war, äußerte sich im Stuttgarter Beobachter sehr mißtrauisch gegen die Diktatur von Marx, die er in dem ganz unverfänglichen Beschlusse des Baseler Kongresses sah, wonach der Generalrath der Internationalen im Bedürfnißfalle die internationale Verbindung der Gewerksgenossenschaften vermitteln sollte.

Jedoch Bebel fuhr den volksparteilichen Machenschaften geschickt und schnell durch die Parade. Er unternahm vom 5. bis zum 30. November eine Agitationsreise nach Süddeutschland, die ihn über Koburg, Bamberg, Erlangen, Fürth, Nürnberg, Regensburg, Augsburg und München in eine Reihe württembergischer Orte führte und die süddeutschen Arbeiter vollständig aufklärte. Der schwäbische Landesverband verzichtete auf eine fernere Sonderexistenz, und in Stuttgart, wo Bebel im großen Saale der Liederhalle sprach, wäre es schon zum völligen Bruche mit der Volkspartei gekommen, wenn nicht noch der Redakteur des Stuttgarter Beobachters vermittelnd eingegriffen hätte. Aber gerade der Stuttgarter Beobachter brachte dann aus der Feder Julius Freeses, eines volksparteilichen Preußenfressers, der bald darauf habsburgisches Reptil wurde, gegen Bebels Rede drei lange Artikel, die an stupender Unwissenheit in sozialen Fragen womöglich noch unter der Weisheit von Schulze-Delitzsch standen. Bebel antwortete im Volksstaate mit einer Reihe von Aufsätzen, die er auch gesammelt unter dem Titel: Unsere Ziele herausgab. Es war seine Erstlingsschrift; frisch und kräftig geschrieben, bekundete sie an mehr als einer Stelle ein fleißiges Studium des Kapitals von Marx, fußte im Wesentlichen aber noch auf den Agitationsschriften

Lassalles. Liebknecht gab jetzt auch die Volkspartei auf; am 13. Januar 1870 schilderte er sie den Leipziger Arbeitern ungemein treffend mit den Worten: „Sie ist eine durch den Zufall entstandene Gelegenheitspartei; völlig machtlos, kann sie nimmermehr den Nordbund zerstören. Sie kann poltern, nichts weiter. In Norddeutschland, das ökonomisch entwickelter ist als Süddeutschland, besteht sie blos aus ein paar Namen. Nur in Süddeutschland, und auch hier nur in Schwaben, hat sie Massen hinter sich, aber dort ist sie ein Mischmasch der verschiedenartigsten, augenblicklich durch den Kampf gegen die ‚Verpreußung' zusammengehaltenen Elemente." Und ein paar Monate später hielt Liebknecht im Schützenhause zu Meerane einen Vortrag über die Grund- und Bodenfrage, der die Baseler Beschlüsse gegen die lächerlichen Angriffe der Volkspartei wirksam vertheidigte und, später in erweiterter Form gedruckt, ebenso wie Bebels Streitschrift eine vortreffliche Agitationswaffe der Eisenacher wurde.

Ohne Frage aber hatte die anfängliche Zurückhaltung dieser Fraktion gegenüber den Baseler Beschlüssen dazu beigetragen, Schweitzers Stellung wieder zu befestigen. Das Abonnement auf den Sozialdemokraten nahm im Oktober zwar nicht zu, wie seit zwei Jahren in jedem neuen Quartal, aber doch auch nicht ab. In 16 Orten war es gesunken, aber in 12 Orten gestiegen; wie immer marschirte Hamburg voran mit 1214, dann kam Berlin mit 765, Elberfeld-Barmen mit 176, Hannover mit 130 Abonnenten. Im Ganzen hielt sich der Sozialdemokrat mit 5000 Abonnenten, während der Volksstaat ihrer erst 2000 zählte. Indem der Sozialdemokrat eine genaue Abrechnung über das Abonnement veröffentlichte, fügte er triumphirend hinzu, der ganze Ansturm der „bürgerlichen Demokratie" habe also nicht mehr erreicht, als eine augenblickliche Stockung in dem Siegesmarsche der Arbeiterklasse. Gewiß war die Behauptung der Eisenacher, daß Schweitzer nur noch eine fanatisirte Herde hinter sich habe, vollkommen unrichtig. Die geschulten Arbeitermassen in Hamburg und am Rhein wußten sehr wohl, weshalb sie an der alten Fahne festhielten, und die Ersatzmänner, die an die Stelle der Bracke, Geib und York traten, waren nicht minder rege und tüchtige Kräfte: der Weber Harm in Elberfeld, der Tischler Dreesbach in Düsseldorf, der Zigarrenarbeiter Reimer in Altona, der Maschinenbauer Frohme und der Zigarrenarbeiter Meister in Hannover, der Tischler Pfannkuch in Kassel, der Tischler Reinders in Breslau, die Zimmerer August und Otto Kapell in Berlin und viele andere noch. Schweitzer unternahm jetzt eine siebenwöchentliche Organisationsreise durch Deutschland, um die letzten Spuren der Verwirrung innerhalb des Vereins zu beseitigen. Er ging erst nach Stettin, von da nach Breslau und Peterswaldau, dann ins Königreich Sachsen nach Dresden, Limbach und Leipzig, darauf über Staßfurt, Egeln, Magdeburg nach Hamburg, Altona, Kiel, Neumünster, Harburg, Lüneburg, Hannover, Bremen, Kassel. Am Rhein besuchte er Elberfeld, Barmen, Düsseldorf, Essen, Remscheid, Köln, und schließlich in Süddeutschland Frankfurt, Offenbach, Karlsruhe, Stuttgart, Augsburg, München und Würzburg. In allen diesen Orten hielt er ge-

schlossene Mitgliederversammlungen ab und stellte jedem Mitgliede frei, ihn über die persönlichen Vorwürfe zu interpelliren, die gegen ihn erhoben würden; an Honorar für die anstrengende Reise bezog er den für die Agitatoren des Vereins ausgeworfenen Satz: Fahrgeld dritter Klasse und anderthalb Thaler täglicher Diäten.

Noch während seiner Abwesenheit eroberte Tölcke nun auch endlich Berlin. Die Fortschrittspartei verstand seit 1866 die Welt nicht mehr; sie wollte um keinen Preis an dem Tische der materiellen Vortheile fehlen, den Bismarck der Bourgeoisie deckte, aber sie wollte ihre politischen Ideale auch nicht so unbekümmert, wie die Nationalliberalen, unter diesen Tisch vor die Hunde werfen, sondern sie etwa noch als harmlosen Tafelschmuck verwenden, was Bismarcks Nerven nun einmal nicht vertrugen. In diesem jammervollen Dilemma schwand sie dahin; als sie im Sommer 1869 ein kleines Spektakelchen gegen die Gründung eines Klösterchens in der „Stadt der Intelligenz" anzurichten versuchte, zeigte sich in erbarmenswürdiger Weise, wie altersschwach und lendenlahm sie geworden war; ein energischer Schlossermeister sammelte die paar ultramontanen Elemente, die es in Berlin gab, und schlug regelmäßig ein Loch in die Kulturpauke, auf der die Fortschrittler ihr Bumbum zu schlagen versuchten. Sie probirten es nun mit einem anderen Streiche; ihre Landtagsabgeordneten forderten die preußische Regierung durch einen feierlichen Antrag auf, für eine allgemeine Abrüstung der europäischen Großstaaten auf diplomatischem Wege thätig zu sein. Der Antrag war nicht Fisch und nicht Fleisch: am Vorabend des deutsch-französischen Krieges, den jeder denkfähige Europäer voraussah, hatte er nicht einmal einen Sinn von dem Standpunkt aus, den der zahme Bürgersmann „praktische Politik" zu nennen pflegt, während er als prinzipieller Protest gegen den Militarismus eine schwächliche Halbheit war; obendrein wurde er im preußischen Abgeordnetenhause gestellt, wo die konservativ-nationalliberale Mehrheit den bequemen Vorwand der Unzuständigkeit hatte, da die diplomatischen und militärischen Angelegenheiten auf den norddeutschen Bund übergegangen waren. Aber eben weil ihr der Antrag keine ernsthafte politische Verantwortlichkeit auflud, war die Fortschrittspartei auf ihn verfallen als ein Agitationsmittel, um die unter dem wachsenden Drucke des Militarismus ächzenden Massen wieder an ihre Fahne zu fesseln.

Sie berief am 7. November, an einem Sonntagvormittage, eine Volksversammlung in den mächtigen Saal des Konzerthauses und setzte ihren Abrüstungsantrag auf die Tagesordnung. Nicht nur lautete die offizielle Bekanntmachung auf eine Volksversammlung, sondern die fortschrittlichen Blätter betonten noch ausdrücklich, es solle keine Partei-, sondern eine Volksversammlung sein, obgleich sie wußten, daß sich an einer Volksversammlung, die ohne Unterschied der Partei berufen wurde, auch die sozialdemokratischen Arbeiter betheiligen würden. Die Volkszeitung sagte siegesbewußt, das einladende Komite, in dem so ziemlich alle fortschrittlichen Größen saßen, habe die nöthigen Vorkehrungen gegen „etwaige Störungsversuche" der „großartigen Demonstration" getroffen.

Es wurde eine „großartige Demonstration“, aber nicht zu Ehren der Fortschrittspartei. Nach Eröffnung der überfüllten Versammlung stellte sich bei der Wahl des Vorsitzenden sofort heraus, daß die weit überwiegende Mehrzahl der Anwesenden aus sozialdemokratischen Arbeitern bestand. Tölcke wurde zum Vorsitzenden gewählt, worauf der fortschrittliche Stab, der sich schon behäbig auf dem Bureau eingerichtet hatte, spurlos über eine Hintertreppe verschwand. Nun versuchte die fortschrittliche Minderheit im Saale selbst die Verhandlungen durch tobenden Lärm zu stören, aber sie wurde, sanfter oder unsanfter, je nachdem sie es trieb, sofort entfernt, worauf die Verhandlungen unter Tölckes Vorsitz in völliger Ruhe verliefen. Nicht nur Lassalleaner, sondern auch Eisenacher und Anhänger Schulzes, die sich zum Worte meldeten, wurden aufmerksam angehört. Die Versammlung schloß mit einer Resolution, die den fortschrittlichen Antrag für eine unverzeihliche Halbheit erklärte; was die europäischen Völker brauchten, sei Beseitigung der stehenden Heere und Einrichtung von Volkswehren, die sich auf eine kriegerische Jugenderziehung gründeten; die fortschrittlichen Abgeordneten seien Vertreter der Bourgeoisie; den Arbeitern könnten nur Abgeordnete nützen, die der sozialdemokratischen Partei angehörten.

Die Fortschrittspartei erhob nun ein betäubendes Geschrei über Vergewaltigung des Vereinsrechts. Dieselben Leute, die Lassalles geschlossene Parteiversammlungen in der pöbelhaftesten Weise gesprengt oder zu sprengen versucht hatten, spielten jetzt die gekränkte Unschuld, weil die Kraftprobe, welche sie selbst provozirt hatten, gegen sie ausgefallen war. Sie und sie allein hatten die Vereinsfreiheit geschädigt, indem ihre Bonzen sich weigerten, die rechtmäßige Wahl Tölckes anzuerkennen, und indem ihr Troß die Fortsetzung der Verhandlungen unter Tölckes Vorsitz zu stören suchte. Der Standpunkt des Sozialdemokraten war ebenso einfach wie klar: „Wenn man allgemeine Volksversammlungen einberuft, zu denen Jeder ohne Unterschied der Parteirichtung erscheinen kann, so hat man zu gewärtigen, daß in allen Fällen, wo es uns gut scheint, auch unsere Partei am Platze ist. Man hat in allen solchen Versammlungen nach allgemeinem und demokratischem Brauche den Vorsitzenden durch die Mehrheit wählen zu lassen. Will man keine Sozialdemokraten haben, so berufe man Versammlungen von bestimmter Parteifarbe ein. In Versammlungen der Fortschrittspartei und Volkspartei werden wir nicht kommen.“ Deshalb war es auch durchaus nicht angebracht, daß der Demokratische Arbeiterverein, der im Konzerthause durch mehrere seiner Mitglieder völlig unbehelligt zum Worte gekommen war, „sämmtlichen Parteien“ ein Bündniß zum Schutze der Vereinsfreiheit anbot, obendrein noch unter ausdrücklicher Berufung auf seine Zugehörigkeit zur Internationalen. Die bürgerlichen Parteien sahen ihn deshalb nicht weniger über die Achsel an, während Tölcke mit Recht fragte, was wohl der Generalrath der Internationalen zu einer solchen Taktik sagen werde. Eine häßliche Polemik zwischen den „Sprenggarden“ und den „Judenjüngelchen“ war die leider unausbleibliche Folge des sehr verfehlten Vorgehens. Der Volksstaat seinerseits sagte ehrlich, den Fortschrittlern

sei nicht mehr als ihr Recht geschehen, wenn er auch bedauerte, daß die Früchte des Sieges zunächst dem „Hofsozialismus“ in den Schoß gefallen seien.

Jedoch wollte sich die racheschnaubende Bourgeoisie nicht blos mit schwindelhaften Verdächtigungen trösten. Sie stifteten die ihr noch anhänglichen Maschinenbauer auf, wieder auf einen Sonntagvormittag, am 28. November, eine allgemeine Arbeiterversammlung ins Universum zu berufen, wo „die Berliner Arbeiter in ihrer Majorität das wüste und skandalöse Treiben Schweitzers mit Entschiedenheit verdammen“ sollten. Eine widerliche Hetze in den fortschrittlichen Vereinen und Zeitungen leitete die heimtückische Aktion ein, die darauf hinauslief, einen kleinen Putsch unter den Berliner Arbeitern zu veranstalten. Der Beginn der Versammlung war auf elf Uhr angesetzt, aber schon um neun Uhr sollten sich die fortschrittlichen Arbeiter durch eine Hinterthür ins Universum schleichen, so daß die sozialdemokratischen Arbeiter, wenn sie um elf Uhr einträfen, den Saal bereits besetzt finden sollten. Die fortschrittlichen Macher hofften, dann werde Mord und Todtschlag entstehen, und mit wie innigem Verständniß die Polizei diese Blüthe bürgerlichen Gemüthes würdigte, zeigte das Aufgebot der gesammten Polizeimannschaft, die an dem entscheidenden Morgen unter dem Befehle des Polizeipräsidenten selbst die Plätze und Straßen um das Universum besetzt hielt. Aber Tölcke war ein umsichtiger Feldherr. Als etwa tausend fortschrittliche Arbeiter um neun Uhr anrückten, fanden sie das Universum von viertausend sozialdemokratischen Arbeitern umstellt, die in aller Kälte des Wintermorgens schon seit sieben Uhr am Platze waren. Kaum war ein kleiner Vortrab der fortschrittlichen Truppen unter dem Schutze des Nebels durch die Hinterthür geschlichen, als die sozialdemokratischen Arbeiter diese Thür entdeckten und sofort verrammelten. Und als sich nun die feindlichen Schaaren auf offener Straße gegenüberstanden, da erwachte in den fortschrittlichen Arbeitern mächtig das Klassenbewußtsein. Um keinen Preis eine Prügelei unter den Arbeitern zum Gaudium der Bourgeoisie und der Reaktion: in diesem Gedanken fanden sich die Herzen. Als sich um elf Uhr die Pforten des Universums öffneten, strömten die Massen ruhig hinein. Der fortschrittliche Maschinenbauer Andreack eröffnete die Verhandlungen mit einer herzlichen Mahnung zu Eintracht und Frieden unter den Arbeitern, dann wurden Tölcke und Lübkert zu Vorsitzenden erwählt, und nach bewegten, aber friedlichen Debatten beschloß die Versammlung, daß die Unruhen im Konzerthause durch die Fortschrittspartei veranlaßt worden seien, weil sie den Beschluß der Mehrheit nicht habe anerkennen wollen, und daß Jeder, der durch Lärm oder unreelle Geschäftsführung eine Versammlung störe, dadurch ein ehrloses Attentat auf das Versammlungsrecht unternehme. Mit der Herrschaft der Fortschrittspartei über die Berliner Arbeiter war es für immer vorbei.

So schienen Schweitzers Sterne heller zu strahlen als je. Aber die moderne Arbeiterbewegung kann nie zum Fangball diktatorischer Gelüste werden; sie rächt unerbittlich jeden Versuch, mit ihr ein selbstsüchtiges Spiel zu treiben. Bereits auf seiner Rundreise, so erfolgreich sie im Allgemeinen war, hatte Schweitzer

einen empfindlichen Nackenschlag erhalten. Die bairischen Mitglieder gehörten auch noch nach dem Eisenacher Kongresse zu seinen treuesten Anhängern; gegen einen Annäherungsversuch, den die Eisenacher auf einem Nürnberger Arbeitertage machten, verhielten sie sich ablehnend. Sie waren jetzt schon so weit, ein kleines Wochenblatt, den Proletarier, in München halten zu können. Aber hiermit war Schweitzer unzufrieden; als er nach Augsburg kam und die Mitglieder durch eine packende Rede elektrisirt hatte, forderte er das Eingehen des Proletariers, da es wie eine Organisation, so auch nur ein Blatt geben dürfe. Er wollte die Herausgeber des Proletariers dadurch entschädigen, daß Franz und Tauscher je 400 Exemplare des Sozialdemokraten zum Vertriebe für ihre Taschen erhalten sollten. Indessen die Baiern weigerten sich, obgleich Schweitzer drohte, lieber alle süddeutschen Mitgliedschaften daran geben zu wollen, als das fernere Erscheinen des Proletariers zu dulden. Er nahm sich dann noch Tauscher allein vor, um ihn heftig zu bearbeiten, jedoch Tauscher erklärte, daß er sich von seinen Genossen nicht trennen werde. Schweitzer wollte nun am nächsten Tage in einer Versammlung der Münchener Mitglieder das Eingehen des Proletariers beschließen lassen, aber er scheiterte auch damit. Das Gerücht von seiner Absicht verbreitete sich wie ein Lauffeuer unter den Münchener Arbeitern, denen der Proletarier lieb geworden war. Als Schweitzer kam, wurde er unfreundlich empfangen. Er sprach kein Wort vom Eingehen des Proletariers und verschwand, um niemals wiederzukehren.

Die Folge dieser Vorgänge war die Lostrennung sämmtlicher bairischer Mitgliedschaften vom Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein. Sie beriefen für den 23. Januar 1870 einen allgemeinen Arbeiterkongreß nach Augsburg, um eine „Lassalleanische Arbeiterpartei“ zu gründen, die sich einerseits aller „Führerschaften“ entledigen, andererseits scharf von der Deutschen Volkspartei scheiden sollte. Der Kongreß wurde fast nur von bairischen Arbeitern beschickt. Im Auftrage des Braunschweiger Ausschusses erschien Bebel, um für den Anschluß der Baiern an die Sozialdemokratische Arbeiterpartei zu plaidiren. Seine Rede machte einen guten Eindruck und würde wahrscheinlich ihren Zweck erreicht haben, wenn Bonhorst nicht ein Pamphlet im Saale verbreitet hätte, worin Tauscher als eine, durch Sektgelage trunken gemachte Kreatur Schweitzers verdächtigt wurde. Erbittert durch diese völlig unwahren Behauptungen, beschlossen die Baiern, vorläufig die weitere Entwicklung der Dinge abzuwarten. Sie konstituirten sich als vierte Fraktion.

Als vierte Fraktion, denn inzwischen hatte sich die Gräfin Hatzfeldt schon wieder mit Schweitzer überworfen. Sie beschuldigte Schweitzer des Vertragsbruchs: er halte nicht die bei der Einigung eingegangene Verpflichtung, die gewerkschaftliche Bewegung mehr und mehr im Hintergrunde verschwinden zu lassen und organisirte Arbeitseinstellungen möglichst zu hindern. Schweitzer bestritt, jemals eine solche Verpflichtung eingegangen zu sein; er habe den Gewerkschaften und Arbeitseinstellungen im Vergleiche zur politischen Bewegung stets eine unter-

geordnete Stellung angewiesen, aber er habe nie versprochen, sie noch unter diese Stellung herabzudrücken. Es ist schwer anzunehmen, daß er sich so bloßgestellt haben sollte, wie die Gräfin Hatzfeldt behauptete, aber ebenso wenig hat er bewiesen oder auch nur zu beweisen gesucht, daß er die Anhänger der Gräfin je zu seiner Auffassung der gewerkschaftlichen Bewegung bekehrt habe. War er dennoch die Verschmelzung eingegangen, so hatte er eine Schuld auf sich geladen, die er jetzt schwer büßen mußte. Ein halbes Jahr nach der pomphaft verkündigten Einigung der deutschen Arbeiterpartei war sie vierfach zersplittert, und dies klägliche Ergebniß einer diktatorischen Politik gab dem politischen Ansehen des Diktators einen harten Stoß. Wohl sagte Schweitzer nicht mit Unrecht, daß der Gräfin Hatzfeldt bei dem neuen Abfalle nur ein kleiner Theil ihrer früheren Anhänger folge; wirklich verschwindet diese Sekte nun bis auf ein paar gespensterhafte Lebenszeichen aus der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. Aber vorläufig hatte sie noch so viel Kraft, eine Art Generalversammlung nach Halle zu berufen, wo die heftigsten Anklagen gegen Schweitzer laut wurden, die ihn fast noch mehr kompromittirten, wenn sie unrichtig, als wenn sie richtig waren. Denn wie hatte er sich bei auch nur einigem Scharfblick über die Unzuverlässigkeit dieser Bundesgenossen täuschen können?

Und was noch weit schlimmer war: die gewerkschaftliche Bewegung wurde wirklich durch Schweitzers Taktik schwer geschädigt. An und für sich befand sie sich in einem erfreulichen Aufschwunge. Eine ganze Reihe von Streiks wurde in großen Industrieplätzen immer mit Ehren und oft auch mit Erfolg durchgefochten. In Berlin erkämpften sich die Maurer und Zimmerer eine Erhöhung des Lohnes und eine Verkürzung der Arbeitszeit. In Hamburg wehrten die Holz- und Metallarbeiter der Lauensteinschen Wagenfabrik eine Herabsetzung ihrer Akkordsätze um 33⅓ Prozent, welche die Fabrikleitung mit der anmuthigen Begründung angeordnet hatte, daß die Arbeiter keinen Speck aufs Brot brauchten, durch einen hartnäckigen Streik voll aufregender Zwischenfälle ab. In Augsburg richteten sich zwei große Streiks gegen die Entfernung despotischer Vorgesetzter; die Eisengießer in der Maschinenfabrik Augsburg siegten nach einer Woche durch das einmüthige Zusammenhalten der Arbeiter, dagegen unterlagen die Arbeiter in der Weberei von Kraus nach zwei Wochen, da es dem Fabrikbesitzer gelang, 500 Weber in Böhmen anzuwerben und durch Extrazug nach Augsburg zu schaffen; mit welchem Opfermuth diese Streiks durchgeführt wurden, beweist die Thatsache, daß allein in zwei Versammlungen, von denen die eine in Augsburg und die andere in München stattfand, 700 Gulden an Unterstützungsgeldern gesammelt wurden. Wenn aber die sozialdemokratischen Arbeiter immer mit Ehren und oft auch mit Erfolg ihre gewerkschaftlichen Kämpfe durchfochten, so erhielten die fortschrittlichen Gewerkvereine durch den Waldenburger Streik den Todesstoß. Um der sozialdemokratischen Agitation ein Paroli zu bieten, hatte sich Max Hirsch mit seiner Agitation im Waldenburger Bezirke anzusiedeln versucht, aber die geschundenen Bergarbeiter nahmen sein frivoles Spiel für bitteren Ernst und

legten, 6500 Köpfe stark, die Arbeit nieder, während die großentheils liberalen Grubenbesitzer den Harmonieapostel als einen böswilligen Unruhestifter behandelten und mit der Hungerpeitsche die Auflösung „seines“ Gewerkvereins diktirten. Der Streik endete mit einer vollständigen und, soweit es sich um Max Hirsch und dessen fortschrittliche Helfershelfer handelte, überaus schimpflichen Niederlage. Die schlesischen Bergarbeiter mußten ihren Irrthum theuer bezahlen und gingen als verständige Leute zur Sozialdemokratie über, ähnlich wie die Forster Fabrikarbeiter, die bald darauf mit Max Hirsch ähnliche traurige Erfahrungen machten. Das Spiel der Fortschrittspartei war lahmgelegt, kaum daß es begonnen hatte.

Alle diese günstigen Aussichten der gewerkschaftlichen Bewegung wurden durch Schweitzers selbstsüchtige Diktatorpolitik schwer geschädigt. In fast alle Arbeiterschaften drang der politische Hader, nur die Maurer und Zimmerer hielten unter Lübkert geschlossen zu Schweitzer. Die anderen Arbeiterschaften spalteten sich und zwar so, daß ihre Präsidenten einschließlich Fritzsches von Schweitzer abfielen, während ein mehr oder minder beträchtlicher Theil der Mitglieder ihm treu blieb. In der gewerkschaftlichen Organisation wirkte der Streit der Fraktionen weit vergiftender, als in der politischen, weil er ihrem Wesen nach ihr fremd war, die schon gewonnenen Kräfte nutzlos zersplitterte und die noch nicht gewonnenen Massen um so mehr abschreckte, als er den Verlust manches Streiks verschuldete, so namentlich eines Zigarrenarbeiterstreiks in Leipzig. Schweitzer war aber jetzt schon so verblendet, daß er erst recht auf dem Wege des Diktatorspielens vorwärts schritt; von seiner Organisationsreise zurückgekehrt, schlug er vor, sämmtliche Arbeiterschaften in einen Allgemeinen Unterstützungsverband zu verschmelzen, was die Fehler der von ihm begründeten Gewerkschaftsorganisation einfach verdoppeln hieß.

Auf der neunten Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, die am 5. Januar 1870 in Berlin zusammentrat und von 8062 zahlenden Mitgliedern durch 39 Delegirte beschickt wurde, zeigte sich, daß die Opposition gegen Schweitzers Diktatur keineswegs erloschen war. Es kam zu manchen unerquicklichen Auseinandersetzungen. Schweitzer klagte über die „Aristokratie des Vereins“ und die „Intelligenzen“, die immer neue Verwirrung stifteten; er verstände nicht, wie sich Männer tagelang mit Altweibergeklatsch befassen könnten; er habe es satt, sich in dieser Weise erst mit den Vereinsgegnern und dann mit den Vereinsmitgliedern herumzustreiten. Worauf Pfannkuch treffend erwiderte, Schweitzer habe durch sein Bündniß mit der Gräfin Hatzfeldt dem Vereine das Altweibergeklatsch aufgehalst. Im Ganzen und Großen freilich verliefen die sechstägigen Verhandlungen noch günstig genug für Schweitzer. Namentlich die immer wiederholte Behauptung der Eisenacher, daß Schweitzer die Agitation aus den geheimen Fonds der preußischen Regierung bestreite und dabei seinen persönlichen Vortheil nicht vergesse, wurde nach eingehendster Prüfung der Kassenverhältnisse für vollkommen unrichtig erklärt; auch vermochte Schweitzer seine Diktatur ziemlich unversehrt aufrecht zu erhalten. Der Präsident sollte nach wie

vor durch die Urabstimmung der Mitglieder gewählt werden, nur nicht mehr vor, sondern nach jeder Generalversammlung; die Uebernahme des Sozialdemokraten als Vereinseigenthum wurde abgelehnt und die Preßkommission nicht wieder erneuert; nur der Vorstand erhielt etwas verstärkte Befugnisse. Es blieb bei seiner Zerstreuung über ganz Deutschland, aber er sollte in geregeltem Schriftenverkehr stehen und einige Male im Jahre zusammentreten. Er war befugt, gegen „jeden Machtmißbrauch" des Präsidenten einzuschreiten, dem sonst jedoch die „volle Macht" nicht verkürzt werden sollte. Zum Sekretär wurde Tölcke gewählt und zum Kassirer Hasenclever, der zugleich in die Redaktion des Sozialdemokraten eintrat.

Unmittelbar an diese Generalversammlung schloß sich die Generalversammlung des Arbeiterschaftsverbandes, auf der 20674 zahlende Mitglieder durch 89 Delegirte vertreten wurden. Sie endete nach dreitägigen Verhandlungen gleichfalls mit einem Erfolge Schweitzers. Die Kassenverhältnisse befanden sich in guter Ordnung, und Schweitzers Antrag auf Verschmelzung aller Arbeiterschaften in einen einzigen Verband wurde mit etwa 12000 gegen etwa 9000 Stimmen angenommen. Aus Rücksicht auf die starke Minderheit beschloß die Generalversammlung, die thatsächliche Ausführung des Beschlusses bis zum 1. Juli 1870 zu verschieben, doch lag darin kein Mißtrauen gegen Schweitzer. Wie aus den Verhandlungen hervorging, war die Minderheit dem Antrage Schweitzers keineswegs abgeneigt, sondern wollte ihn nur allmälig ausgeführt wissen, aus Rücksicht auf die „zünftigen" Vorurtheile vieler Arbeiter.

Gleich nach diesen Versammlungen erfocht Schweitzer noch einen Sieg über Johann Jacoby. Der Wahlvorstand des zweiten Landtagswahlbezirks von Berlin berief die Wähler zum 20. Januar ins Neue Gesellschaftshaus am Kottbuser Thor, um den Bericht ihrer Abgeordneten, des Stadtraths Runge und eben Johann Jacobys, entgegenzunehmen. Unter diesen Wählern befanden sich viele Sozialdemokraten. Sie erschienen unter Führung Schweitzers und Hasenclevers, die gleichfalls in dem Bezirke wohnten, und bei der Wahl des Vorsitzenden ergab sich, daß sie die große Mehrheit hatten. Die fortschrittlichen Gevattern spielten wieder die gekränkten Biedermänner und trabten mit Runge an der Spitze davon; Jacoby aber dachte logisch genug, das demokratische Prinzip nicht nur mit dem Munde, sondern auch mit der That zu bekennen. Er blieb unter Schweitzers Vorsitze und sprach, trotz seiner leisen Stimme achtungsvoll von den Arbeitern angehört, über die Ziele der Arbeiterbewegung. Seine Rede enthielt das berühmt gewordene Wort: „Die Gründung des kleinsten Arbeitervereins wird für den künftigen Kulturhistoriker von größerem Werthe sein, als der Schlachttag von Sadowa"; sie näherte sich dem wissenschaftlichen Kommunismus so weit, wie es für einen bürgerlichen Ideologen möglich war, und jedenfalls weit genug, um die Berliner Philister und die Frankfurter Geldjuden mit gleichem Entsetzen zu schlagen. Aber sie hütete sich, theoretisch wie praktisch, den letzten Schritt zu thun. Weder bekannte sie sich theoretisch zum Gemeineigenthum an den Produktionsmitteln, das

jede Ausbeutung unmöglich macht, noch auch bekannte sie sich praktisch zum Klassenkampfe, im Einklange mit der Thatsache, daß Jacoby kurz vorher einen Aufruf der fortschrittlichen Manchesterleute für die Waldenburger unterzeichnet hatte, worin es hieß, daß in Deutschland kein Raum für einen Klassenkampf sei. Jacoby wollte die soziale Frage durch ein Handinhandgehen des Staates, der Unternehmer und der Arbeiter gelöst wissen, und so war es vollkommen zutreffend, wenn die Versammlung auf Antrag Hasenclevers beschloß, daß Jacoby manche sozialistische Wahrheit in sich aufgenommen habe, aber auf halbem Wege stehen geblieben sei.

Jedoch wenn Schweitzer damit einen großen Schlag gegen die Eisenacher geführt zu haben glaubte, so überschätzte er seinen Erfolg beträchtlich. Praktisch hatte Jacobys Rede keine besondere Bedeutung; der Volksstaat druckte sie zwar in ihrem Wortlaut ab und vertheidigte sie auch gegen Schweitzers Angriffe, aber er war viel zu tief in allen Sturm und Drang des Klassenkampfes verwickelt, als daß er sich von Jacoby hätte beirren lassen. Sowohl die sächsische Regierung wie die sächsischen Fabrikanten zerstörten durch ihre gehässigen Verfolgungen die Utopie eines friedlichen Zusammenwirkens zwischen den Ausbeutern und den Ausgebeuteten, und sie hätten es selbst dann gethan, wenn diese Utopie irgend wo anders entstanden wäre, als in Jacobys gelehrter Stubenluft. Die Eisenacher hatten sehr schwer zu kämpfen, namentlich mit der Finanznoth; der Revolutionsfonds, dessen bürgerlich-republikanische Verwalter nun auch schwierig zu werden begannen, half mit 3500 Francs noch einmal über die ersten Hindernisse fort, aber sie kämpften sich redlich durch und schufen sich namentlich im sächsischen Proletariat eine uneinnehmbare Festung. Im April 1870 wurde Plauen, die wichtigste Fabrikstadt des Voigtlandes, wo Max Hirsch 1869 in einer Nachwahl durchgeschlüpft war, durch Bebel erobert; wie Max Hirsch selbst verzweifelt klagte, verdankte er es nur der Großmuth Bebels, daß er als erwählter Vertreter des Wahlkreises überhaupt noch zum Worte kam. Mit Ausnahme Zittaus und Frankenbergs hatte die fortschrittlich-manchesterliche Herrschaft über die Arbeiter jetzt überall in Sachsen ausgespielt. Die Abonnentenzahl des Volksstaats stieg bis zur Mitte des Jahres 1870 auf etwas über 3000 Abonnenten; er zählte deren in Leipzig 198, in Dresden 159, in Köln 128, in Crimmitschau 124, in Glauchau 119, in Mainz 96, in Zwickau 93, in Meerane 91, in Breslau 88, in Chemnitz 85, in Braunschweig 78, in Hamburg 75, in Stuttgart 71, in Berlin 63, in Werdau 61, in Pest 55, in Augsburg 40 und ebensoviel in Nürnberg.

Aeußerlich spielten sich die Kämpfe der beiden Fraktionen in sehr unerfreulichen Formen ab. In der Presse warf man sich gegenseitig Verrath an der Arbeitersache vor, und in den Arbeiterversammlungen kam es oft zu tumultuarischen Auftritten. In jenem Punkte traf die Eisenacher, in diesem die Lassalleaner der größere Theil der Schuld. Aber trotz dieses Kampfes und in gewissem Sinne auch durch ihn vollzog sich eine wachsende Annäherung der Fraktionen. Typisch dafür war der Verlauf des zweiten Kongresses, den die Eisenacher zu Pfingsten 1870

in Stuttgart abhielten. Nach der Feststellung der Mandatsprüfungskommission betheiligten sich daran 74 Delegirte von 111 Orten; nicht vertreten waren 47 Orte, in denen die Partei Anhänger zählte. Die Gesammtzahl der in Stuttgart vertretenen Parteigenossen belief sich auf 15 398, also nur auf den zehnten oder neunten Theil der Arbeiter, die in Eisenach vertreten gewesen waren, und selbst diese Ziffer war sehr anfechtbar, da sie sich nicht ausschließlich auf zahlende Mitglieder beschränkte und auch noch mehrere tausend österreichische und schweizerische Arbeiter umfaßte. Der Volksstaat, dem sich keine pessimistische Auffassung der eigenen Parteierfolge vorwerfen ließ, schätzte die Zahl der aktiven Parteigenossen nach der Uebersicht, die der Stuttgarter Kongreß gewährte, auf 10 000 ein.

Die Lassalleaner versuchten nun den Kongreß zu stören. Durch Leickhardts eifrige Agitation hatten sie auf dem ungünstigen Boden der schwäbischen Hauptstadt dennoch festen Fuß gefaßt; ein paar Wochen vor der Eröffnung des Kongresses reisten noch einige Agitatoren von Auswärts zu, und es gelang ihnen, etwa 250 Arbeiter in einer strammen Organisation zusammenzufassen, welche die Stuttgarter Organisation der Eisenacher in öffentlichen Versammlungen lahm zu legen wußte. Als dann der Kongreß der Eisenacher selbst zusammentrat, beschloß er in einer geschlossenen Vorberathung, für seine öffentlichen Versammlungen zwar Nichtmitglieder zuzulassen, aber von der Debatte auszuschließen, was in der ersten öffentlichen Versammlung zu stürmischen Szenen und zum vorzeitigen Abbruche der Verhandlungen führte. Der Kongreß konnte sein ungestörtes Forttagen nur dadurch sichern, daß er Nichtmitglieder auch von seinen öffentlichen Versammlungen ausschloß.

Trotz dieses häßlichen Anfangs trugen die Verhandlungen des Stuttgarter Kongresses viel dazu bei, die Beziehungen zwischen den beiden Fraktionen zu klären. Sowohl was die Organisation, als auch was die Prinzipien, als auch was die Taktik anbetraf. Es hatte sich bald herausgestellt, daß die in Eisenach beschlossene Organisation zu schwerfällig war. Man beließ den Ausschuß in Braunschweig-Wolfenbüttel, verlegte aber die Kontrollkommission von Wien nach Hamburg-Altona-Harburg. Ferner ließ sich nicht durchführen, daß jeder Eisenacher Parteigenosse zugleich Mitglied der Internationalen, der Partei und eines Lokalvereins sein sollte. Die Forderung, persönlich in die Internationale einzutreten, war nur von einer geringen Zahl der Mitglieder befolgt worden und blieb auf sich beruhen. Dagegen hob der Stuttgarter Kongreß die Verpflichtung der Mitglieder auf, Lokalvereine zu gründen. Er beschloß, daß die örtlichen Mitgliedschaften Vertrauensmänner und Revisoren wählen sollten, um durch sie mit dem Ausschusse zu verkehren, womit eine bedeutende Annäherung an die Organisation der Lassalleaner vollzogen wurde. In einer anderen Beziehung vertiefte sich der Unterschied zwischen der Organisation beider Fraktionen zwar noch, jedoch so, daß die richtigere Auffassung der Eisenacher klar hervortrat. Der Sozialdemokrat war an folgerichtiger Auffassung des wissenschaftlichen Kommunismus dem Volksstaate noch immer sehr überlegen, aber der weite Raum, den das Organ der Eisenacher der Selbstverständigung der Parteigenossen einräumte, hatte doch auch eine gute

Seite, indem er ihr geistiges Interesse wirksam anregte. In Stuttgart wurde die Gründung eines literarischen Aktienunternehmens zur Verbreitung der Parteiliteratur beschlossen, und der bairischen Fraktion, die sich nunmehr endgiltig mit den Eisenachern verschmolz, die Fortführung des Proletariers gestattet. Gleich darauf gründete Karl Hirsch in Crimmitschau den Bürger- und Bauernfreund, das erste täglich erscheinende Lokalblatt der Partei. Allerdings hatte auch Schweitzer, um den Proletarier zu erdrücken und die Massen namentlich in Süddeutschland besser zu packen, im Einverständniß mit dem Vorstande am 1. April 1870 den Agitator ins Leben gerufen, ein kleines Wochenblatt mit so billigem Abonnementspreise, daß es, wenn überhaupt, so doch nach der günstigsten Berechnung erst mit 50 000 Abonnenten auf seine Kosten kommen konnte. Aber es gewann nicht mehr als 15 000 Abonnenten und schädigte obendrein den Sozialdemokraten, von dem es bei aller geschickten Redaktion nur ein Ableger war, so sehr, daß dies Hauptorgan der Lassalleaner vom 1. Juli ab wieder in kleinerem Format erscheinen mußte. Die allzu straffe Zentralisation hatte eben auch ihre Schattenseiten.

Was die Prinzipienfragen anbetraf, so erklärte der Stuttgarter Kongreß auf einen Antrag Bebels, „daß die ökonomische Entwicklung der modernen Gesellschaft es zu einer gesellschaftlichen Nothwendigkeit machen werde, das Ackerland in gemeinschaftliches Eigenthum zu verwandeln". Damit war die Einigkeit beider Fraktionen in einer wichtigsten Frage des wissenschaftlichen Kommunismus festgestellt. Eine andere Uebereinstimmung ergab sich in der Gewerkschaftsfrage, wenngleich zunächst mehr in der Unklarheit, als in der Klarheit. Die Verschmelzung der Gewerkschaften in einen einzigen Verband wurde auch in Stuttgart lebhaft befürwortet und nur aus demselben Grunde abgelehnt, aus welchem eine starke Minderheit auf der Generalversammlung des Arbeiterschaftsverbandes sie bekämpft hatte: weil es sich empfehle, an die den Arbeitern aus früherer Zeit bekannten und vertrauten Einrichtungen, an die Innungen und Zünfte anzuknüpfen. So führte der Berichterstatter York aus, und auf seinen Antrag erklärte der Stuttgarter Kongreß die Bildung und Förderung gemeinsamer Produktivgeschäfte für die Hauptaufgabe der Gewerkschaften.

Nicht mit Unrecht sagt ein bürgerlicher Schriftsteller, es sei aus den Debatten nicht zu ersehen, wie der Stuttgarter Kongreß gerade zu diesem Beschlusse gekommen sei. Anscheinend spielten dabei zwei Triebfedern mit. Man war kopfscheu geworden durch die Streiks, die in der ersten Hälfte des Jahres 1870 etwas wild ins Kraut geschossen waren, im umgekehrten Verhältniß zu der stockenden Entwicklung der Gewerkschaften. Wie sich dies Verhältniß gestaltete, geht aus einer Abrechnung hervor, die Schweitzer im September 1870 veröffentlichte; darnach belief sich in den ersten acht Monaten 1870 das Verwaltungskonto des Arbeiterschaftsverbandes auf 637, sein Agitationskonto auf 217 und sein Streikkonto auf nur 395 Thaler, womit 11 Streiks in Hamburg, Kiel, Lüneburg, Uelzen, Magdeburg, Elberfeld, Solingen, Münster und München unterstützt worden waren. Allerdings berechnete Schweitzer die Beiträge, welche die Kassen der ein-

zelnen Arbeiterschaften und die freiwilligen Sammlungen auswärtiger Parteigenossen, ungerechnet der örtlichen Sammlungen, für jene 11 Streiks aufgebracht hatten, auf etwa 22 500 Thaler, aber auch das wollte nicht allzu viel sagen, und dabei waren die Gewerkschaften der Lassalleaner unzweifelhaft die stärkeren. Wie das Präsidium des Arbeiterschaftsverbandes, so hatte auch der Volksstaat schon gegen das „unsinnige Streikmachen" protestirt, und York warnte in Stuttgart davor, die „unbedingte Aufgabe" der Gewerkschaften in den Streiks zu sehen, bei denen die „meiste Kraft erfolglos vergeudet" werde. Dann aber unterschied man noch nicht genügend zwischen Genossenschaften und Gewerkschaften, die selbst ein so vorgeschrittener Proletarier wie York unterschiedslos durcheinander warf. In der Partei wurde nur vereinzelter Widerspruch gegen den Beschluß des Stuttgarter Kongresses in der Gewerkschaftsfrage laut; bezeichnender Weise erhoben ihn zwei ehemalige Lassalleaner, Hugo Hillmann und der Sattler Kräcker in Breslau. Sie führten im Volksstaat aus, daß der Beschluß die bedenklichsten Mißdeutungen zulasse und das historische Wesen der Gewerkschaften verkenne, wozu die Redaktion die nicht sowohl abwehrende als ausweichende Bemerkung machte, die von den Gewerkschaften zu gründenden Produktivgeschäfte sollten nur experimentalen Werth haben, wie die englischen Kooperativgesellschaften.

In den Fragen der Taktik beschloß der Stuttgarter Kongreß auf einen Bericht Liebknechts, sich an den im Herbste bevorstehenden Reichstags- und Zollparlamentswahlen „lediglich aus agitatorischen Gründen" zu betheiligen. Die gewählten Vertreter der Partei sollten sich im Ganzen und Großen negirend verhalten und jede Gelegenheit benutzen, um die Verhandlungen beider Körperschaften als Komödienspiel zu entlarven, immerhin aber auch „soweit es möglich, im Interesse der arbeitenden Klassen wirken", womit sich wieder eine starke Annäherung an den Standpunkt der Lassalleaner vollzog. Etwa zu gleicher Zeit präzisirte Schweitzer im Agitator die Aufgaben der sozialdemokratischen Abgeordneten dahin, daß für sie Reichstag und Zollparlament „im Wesentlichen nichts weiter als Agitationsmittel" seien. Sie hätten bei guter Gelegenheit die sozialistischen Prinzipien zu verkündigen, das reaktionäre, nur scheinparlamentarische Treiben öffentlich zu entlarven und bei wichtigen Abstimmungen (z. B. gegen alle Steuern) mitzuwirken. Thatsächlich gestaltete sich der Unterschied im Frühjahre 1870 so, daß Bebel und Liebknecht sich sehr wenig an den parlamentarischen Verhandlungen betheiligten und, wenn sie es thaten, den bürgerlichen Parteien in scharf provozirender Weise den Fehdehandschuh vor die Füße warfen, während Schweitzer regelmäßiger an den Sitzungen theilnahm und in sachlicherer, wenn auch keineswegs weniger einschneidender Kritik der einzelnen Vorlagen die sozialdemokratische Auffassung vertrat.

Verfolgte Schweitzer hierin eine Taktik, die von der historischen Erfahrung der nächsten Jahrzehnte als die richtige bestätigt werden sollte, so gab er sich in einer anderen taktischen Frage eine Blöße, die klar vor aller Welt enthüllte, daß er mit seinem Diktatorspielen nun wirklich auf den beschränkten Sektenhäuptling

herabkam. Der Stuttgarter Kongreß hatte beschlossen, bei den Wahlen mit keiner anderen Partei Allianzen oder Kompromisse einzugehen, aber da, wo die Partei keine eigenen Kandidaten aufstelle, solchen Kandidaten, die wenigstens in politischer Hinsicht wesentlich ihren Standpunkt einnähmen, namentlich aber von anderen Arbeiterparteien aufgestellten wirklichen Arbeiterkandidaten ihre Stimmen zu geben. Dagegen beschloß der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins unter Schweitzers Vorsitz einen Monat später in Hannover, überall da, wo sich Parteimitglieder befänden, eigene Kandidaten aufzustellen und bei engeren Wahlen für den fortgeschrittensten liberalen Kandidaten, niemals aber für einen Reaktionär oder einen Eisenacher zu stimmen; für Stichwahlen zwischen Reaktionären und Eisenachern wurde Stimmenthaltung, für Stichwahlen zwischen Eisenachern und Liberalen Abstimmung für den Liberalen angeordnet. So daß bei einer Stichwahl zwischen Bebel und Lasker die Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins für Lasker zu stimmen hatten. Begründet wurde dieser ausschweifende Beschluß mit der angeblichen Heuchelei der Eisenacher, welche die Arbeitersache viel mehr schädige, als ihr durch die Erringung der politischen Forderungen des Eisenacher Programms genützt werden könne. Aber treffend antwortete der Braunschweiger Ausschuß der Eisenacher auf die traurige Sophisterei, das heiße Arbeiter gegen Arbeiter, Sozialdemokraten gegen Sozialdemokraten hetzen, und die Sozialdemokratische Arbeiterpartei werde daran festhalten, jedem Arbeiterkandidaten vor jedem bürgerlichen Kandidaten den Vorzug zu geben.

Auf den Wegen, auf die sich Schweitzers Diktatur mehr und mehr verirrte, mußte sie elend untergehen. Es war noch ein Glück für sie, daß sie vor ihrer völligen Abwirthschaftung in einem gewaltigen Gewitter zusammenbrach, und dies Gewitter schwemmte mit ihr zugleich den tiefsten Grund des Haders fort, der das klassenbewußte Proletariat in Deutschland spaltete.

Zehntes Kapitel.

Die Reichsgründung und die Sozialdemokratie.

Seit dem Jahre 1866 hatte der Zank zwischen Bismarck und Bonaparte ununterbrochen fortgedauert. Immer aber so, daß die stärkeren Trümpfe in Bismarcks Hand waren. Hinter ihm stand eine ökonomische Nothwendigkeit, die nationale Konsolidirung eines großen Wirthschaftsgebiets, das auf eigenen Füßen zu stehen fähig war, während Bonaparte durch die wachsenden Verlegenheiten eines verkommenden Despotismus vorangetrieben wurde, und etwa noch durch die profitgierige Scheelsucht der französischen Bourgeoisie, die nach „Rache für Sadowa" schrie. Der Bonapartismus war jenseits des Rheins längst in absteigender, diesseits des Rheins aber noch in aufsteigender Bewegung; Bismarck konnte noch

einigermaßen aus dem Vollen wirthschaften, während Bonaparte es mit den kläglichen Künsten eines halb kindisch gewordenen Glücksritters versuchen mußte. Daraufhin mochte es aber Niemand wagen, weder Dänemark, Italien und Oesterreich, die Bonaparte zu einem Angriffsbündniß gegen den norddeutschen Bund gewinnen wollte, noch auch Bismarck, dem Bonaparte zwischenein allerlei Schachergeschäfte mit Land und Leuten vorschlug.

Deshalb war Bismarcks Politik natürlich noch keine ehrliche, reinliche, volksthümliche oder gar revolutionäre Politik. Wenn er den freiwillig angebotenen Eintritt Badens in den norddeutschen Bund abschlug, weil dadurch der Kriegsfall mit Frankreich gegeben sei, so war der eigentliche Grund seines Widerstrebens nicht der Kriegsfall als solcher, sondern der allzu ehrliche und volksthümliche Kriegsfall. Hätte Bonaparte den Krieg vom Zaune gebrochen, um sich in rein deutsche Angelegenheiten zu mischen, so konnten die nationalen Leidenschaften in Deutschland bis zu einem Grade entflammen, den Bismarck mit gutem Fug scheute. Er wollte den Krieg mit Frankreich, aber er wollte ihn als einen dynastischen und kontrerevolutionären Krieg, und so zimmerte er die Falle, die er dem alten Freunde an der Seine stellte, aus den Trümmern einer längst überlebten Kabinetspolitik. Er betrieb heimlich die Kandidatur eines Prinzen aus einer hohenzollernschen Nebenlinie für den spanischen Thron, der im Jahre 1868 durch eine Revolution erledigt worden war. Hätte Bonaparte ihn ruhig gewähren lassen, so wären die Konsequenzen dieser diplomatischen Intrigue für die deutschen Interessen verhängnißvoller geworden, als für die französischen. Aber Bonaparte tappte täppisch in die plumpe Falle und erklärte den Krieg wegen der angeblichen Beleidigung, welche die spanische Thronkandidatur des Hohenzollern der französischen Ehre zufüge. Als der geschicktere der beiden Schwarzkünstler verstand es dann Bismarck, der bonapartistischen Kriegserklärung vollends das Gepräge eines ruchlosen Ueberfalles aufzudrücken: durch die Fälschung der Emser Depesche, durch die staunenswerth eiserne Stirn, womit er seine Betheiligung an der hohenzollernschen Kandidatur in einer Reihe offizieller Erklärungen abstritt und ähnliche Dinge mehr.

Die Bourgeoisie taumelte hüben und drüben ihren Bonapartes nach, während das klassenbewußte Proletariat diesseits wie jenseits des Rheins sich über den eigentlichen Charakter des Krieges klar war. Die französischen Mitglieder der Internationalen erließen im Reveil vom 12. Juli einen Aufruf an die Arbeiter aller Nationen, worin es hieß: „Krieg wegen einer Frage des Uebergewichts oder wegen einer Dynastie kann in den Augen aller Arbeiter nichts sein als eine verbrecherische Thorheit", und zahlreiche ähnliche Adressen französischer Arbeiter verurtheilten den „ausschließlich dynastischen" Krieg. Diese Kundgebungen fanden einen lebhaften Wiederhall im deutschen Proletariat; Massenversammlungen in Chemnitz, Leipzig, Fürth, Nürnberg, München schlossen sich ihnen unbedingt an. Dagegen machten andere Massenversammlungen, so namentlich in Braunschweig, wo Bracke, und in Berlin, wo Schweitzer sprach, bei aller grundsätzlichen Zustimmung doch den thatsächlichen Vorbehalt, daß der Friedensstörer für diesesmal Bonaparte

sei und daß Deutschland den Vertheidigungskrieg als ein unvermeidliches Uebel hinnehmen müsse, es sei denn, daß Bonaparte rechtzeitig durch die französische Nation beseitigt würde. Beide Versammlungen fanden am 16. Juli statt, und um 23. Juli sagte auch der Generalrath der Internationalen in einer Adresse über den Krieg, bei aller scharfen Verurtheilung sowohl der bonapartistischen wie hohenzollernschen Politik, daß der Krieg auf deutscher Seite ein Vertheidigungskrieg sei, dem die deutschen Arbeiter nur nicht erlauben dürften, seinen streng defensiven Charakter abzustreifen, während Johann Philipp Becker im Vorboten mit kernigem Verstande den kläglichen Chauvinismus geißelte, der auch in der bürgerlichen Demokratie Frankreichs sein Unwesen trieb.

Kein Zweifel, daß wie in den deutschen Volksmassen überhaupt, so auch in der Masse des deutschen Proletariats das Verlangen vorwog, mit gewaffneter Hand den bonapartistischen Angriff zurückzuweisen. Und es wäre schwerlich viel anders gewesen, wenn Bismarcks diplomatische Machenschaften damals schon so bekannt gewesen wären, wie sie es heute sind. Mochte Bismarck was immer gesündigt haben und der norddeutsche Bund wie wenig immer mit einem nationalen Idealstaate gemein haben, so galt es, dem Auslande endlich einmal zu zeigen, daß Deutschland entschlossen und fähig sei, seinen eigenen Willen zu haben. Durch alle diplomatischen Lügen hindurch sah das Volk nur die eine Thatsache, daß der Krieg geführt werden müsse, um die nationale Existenz sicher zu stellen. Die süddeutschen Dynastien und Volksvertretungen wurden von dem unwiderstehlichen Strome fortgerissen, und in kampffreudiger Begeisterung strömten Reserven und Landwehren zu den Fahnen. Soweit der Krieg der Abwehr eines bonapartistischen Angriffs galt, war er im höchsten Grade populär, und die offiziellen Gewalten des norddeutschen Bundes beeiferten sich, ihn für rein defensiv, für einen Krieg gegen die französische Regierung, aber nicht gegen das französische Volk zu erklären.

Der norddeutsche Reichstag, der am 19. Juli zu einer außerordentlichen Session zusammentrat, bewilligte einstimmig die geforderte Kriegsanleihe. Jedoch enthielten sich Liebknecht und Bebel der Abstimmung, weil sie weder der preußischen Regierung, die durch ihr Vorgehen im Jahre 1866 den gegenwärtigen Krieg vorbereitet habe, ein Vertrauensvotum geben, noch auch die frevelhafte und verbrecherische Politik Bonapartes billigen könnten. Es war eine demonstrative Kundgebung, die als solche durchaus logisch war, denn an und für sich waren Bismarcks Ränke genau ebenso verwerflich, wie Bonapartes Ränke. Aber praktische Politik wäre diese moralische Demonstration erst dann gewesen, wenn es eine Möglichkeit gegeben hätte, den Bismarcks und den Bonapartes das Handwerk zu legen. So lange diese Möglichkeit fehlte, kam es darauf an, wessen Sache die schlechtere sei und wessen Sieg der verhängnißvollere sein würde. Diese Entscheidung konnte aber nicht zweifelhaft sein. Mit Recht sagte der Sozialdemokrat: „Sieg Napoleons bedeutet Niederlage der sozialistischen Arbeiter in Frankreich, bedeutet die Allmacht der bonapartistischen Soldateska in Europa,

bedeutet vollständige Zerstückelung Deutschlands." Deshalb stimmten die parlamentarischen Vertreter der Lassalleaner für die Bewilligung der Kriegsanleihe, und zwar nicht nur Schweitzer und Hasenclever, sondern auch Fritzsche, der sich den Eisenachern angeschlossen hatte, während die ehemaligen Lassalleaner des Braunschweiger Ausschusses mit Liebknechts und Bebels Stimmenthaltung im höchsten Grade unzufrieden waren.

Ebenso unzufrieden waren sie mit der Haltung des Volksstaats, der in diesen Tagen allerdings bewies, daß mit moralischen Wallungen allein keine konsequente Politik getrieben werden kann. In seiner Nummer vom 17. Juli erklärte das Blatt, der „großmächtige Nordbund" streiche vor der bonapartistischen Herausforderung die Segel; wer nicht in der Welt nationalliberaler Dichtung lebe, habe dies Resultat voraussehen müssen; „hätte Preußen die französische Herausforderung angenommen, es wäre Wahnsinn gewesen." In seiner nächsten Nummer vom 20. Juli mußte der Volksstaat diese irrthümliche Auffassung preisgeben und sagte nun vollkommen zutreffend: „Bonaparte will durch Demüthigung Preußens seinen schwankenden Thron befestigen, der sozialrepublikanischen Bewegung in Frankreich ein ‚inneres Sadowa' bereiten. Der Dezemberthron ist der Eckstein des reaktionären Europas. Fällt Bonaparte, so fällt der Hauptträger der modernen Klassen- und Säbelherrschaft. Siegt Bonaparte, so ist mit der französischen die europäische Demokratie besiegt. Unser Interesse erheischt die Vernichtung Bonapartes. Unser Interesse steht in Harmonie mit dem Interesse des französischen Volkes." Aber in der darauffolgenden Nummer vom 23. Juli hieß es wieder: „Mag sich deutscher und französischer Zäsarismus in Begleitung des Geldprotzenthums allein schlagen, wir Proletarier haben mit dem Kriege nichts gemein." Aus dieser Haltung des Parteiorgans ergab sich ein schwerer Konflikt mit dem Braunschweiger Ausschusse, der in einem Manifeste vom 24. Juli bei vollkommener Aufrechterhaltung des demokratischen und sozialistischen Prinzips dennoch die Auffassung vertrat, daß der Krieg, weil und so lange er ein Vertheidigungskrieg sei, von den deutschen Arbeitern unterstützt werden müsse.

In den nächsten Wochen kam es zu einer sehr scharfen Spannung dieser Gegensätze. Bracke sprach mit bitteren Worten von der „Monarchie Liebknecht" und den „Strohpuppen", welche die Mitglieder des Ausschusses darstellen sollten, während Liebknecht meinte, unmöglich könnten fünf Personen in Braunschweig ihre individuelle Auffassung als Norm für die Partei aufstellen; das würde ebenso lächerlich sein, wie jenes über Galilei zu Gericht sitzende Kardinalskollegium. Nun waren aber die „fünf Personen in Braunschweig" die vom Parteikongresse bestellte Leitung der Partei, und ihre Auffassung hatte unstreitig den weitaus größeren Theil des klassenbewußten Proletariats hinter sich, war also weit weniger „individuell", als die Auffassung Liebknechts. Nochmals drohte ein Konflikt in der nationalen Frage die deutsche Arbeiterklasse zu zerreißen, aber es war endlich der letzte seiner Art.

I. Sedan, Lötzen, Versailles.

Er fand seine Lösung in der verrätherischen Politik der herrschenden Klassen. Der rasche Siegeslauf der deutschen Heere hatte in kurzer Frist den Thron Bonapartes zertrümmert; am Tage von Sedan war jenseits des Rheins die bürgerliche Republik gesichert, diesseits des Rheins aber die deutsche Einheit, soweit sie für absehbare Zeit zu erreichen war. Deutschland konnte jetzt einen Frieden diktiren, der seine Ehre und seine Interessen vollauf gewahrt, zugleich aber den beiden vornehmsten Kulturvölkern des Kontinents ein freundliches Zusammenleben ermöglicht und damit eine entscheidende Voraussetzung für die friedliche Entwicklung der europäischen Zivilisation gesichert hätte.

Jedoch eben dies paßte durchaus nicht in den reaktionären Kram der deutschen Fürsten und Junker. Wie war von ihnen eine großmüthige und weitsichtige Politik zu erwarten in dem Augenblicke, wo sie der französischen Nation eine unheilbare Wunde schlagen konnten, dieser Nation, die der feudal-romantischen Herrlichkeit so viel gebranntes Herzeleid angethan hatte! Allerdings hatte der König von Preußen wiederholt in feierlichster Weise erklärt, er führe den Krieg nicht gegen die französische Nation, sondern gegen den französischen Kaiser, der jetzt unschädlich gemacht war, aber die deutsche Bourgeoisie übernahm gern die schäbige Rolle der Ratte, die mit geschäftigem Zahne das Pentagramma auf der Schwelle des Eroberungskrieges zernagte. „Diese Mittelklasse, die in ihren Kämpfen für die bürgerliche Freiheit von 1846 bis 1870 ein nie dagewesenes Schauspiel von Unschlüssigkeit, Unfähigkeit und Feigheit gegeben hat, war natürlich höchlichst entzückt, die europäische Bühne als brüllender Löwe des deutschen Patriotismus zu beschreiten.“ Bereits am 30. August traten fortschrittliche und nationalliberale „Notabilitäten“ in Berlin zusammen, um in einer Adresse an den preußischen König und in einem Aufrufe an das deutsche Volk die Annexion von Elsaß-Lothringen und damit den Eroberungskrieg vorzubereiten. Neben einem „einigen Reiche“ forderten sie „geschützte Grenzen“, die Welt müsse erfahren, daß „Herrscher und Volk“ entschlossen seien, nachzuholen, was 1815 versäumt worden sei; diese Schuld der Diplomatie habe Europa ein halbes Jahrhundert im bewaffneten Frieden gebüßt, und sie dürfe sich nicht wiederholen. Die bürgerlichen Abrüstungshelden erklärten mit biedermännischer Zuversicht, Europa könne entwaffnen, wenn Deutschland in einem Eroberungskriege Elsaß-Lothringen an sich gerissen habe. Sie verließen sich aber keineswegs allein auf die überzeugende Kraft dieser tiefsinnigen Beweisführung, sondern verhängten in der bürgerlichen Presse einen schamlosen Terrorismus über Alle, die sich dem Eroberungskriege widersetzten. Allerlei schwindsüchtige Tintenkulis schrieen über „Vaterlandsverrath“, sie riefen das „Volk“ auf, solche Bösewichte „entschlossen von seinem Leben, von seinen Versammlungen in Stadt und Staat auszuschließen“, und fügten zu besserer Deutlichkeit in jenen Tagen der Pariser Deutschenaustreibung hinzu: „Wären wir Franzosen, wie schnell würde ihnen das Handwerk gelegt werden.“ Heute

erscheinen diese Ausbrüche eines blödsinnigen Fanatismus ungleich mehr grotesk als fürchterlich, aber in der Gluthitze eines großen Krieges waren sie nicht ganz so harmlos, und die Regierung zögerte nicht, sie durch eine Reihe rechtloser Gewaltthaten zu krönen.

Gegenüber dem nunmehrigen Eroberungskriege waren der Braunschweiger Ausschuß und der Volksstaat sofort einig, und auch die Lassalleaner schwenkten in die Front gegen den Aberwitz des Afterpatriotismus. Während sich aber der Sozialdemokrat darauf beschränkte, die Politik der herrschenden Klassen scharf zu kritisiren, rief der Braunschweiger Ausschuß in einem Manifeste vom 5. September die deutschen Arbeiter auf, in Massenversammlungen großartige Kundgebungen gegen die Annexion von Elsaß-Lothringen und für einen ehrenvollen Frieden mit der französischen Republik zu veranstalten. Dem Aufrufe waren einige briefliche Aeußerungen von Marx einverleibt, dessen Rath die Braunschweiger in ihrem Konflikt mit Liebknecht eingeholt hatten. Darin sagte Marx haarscharf alles Unheil voraus, das die Annexion thatsächlich gehabt hat: die tödtliche Verfeindung Deutschlands und Frankreichs, die europäische Hegemonie Rußlands; er nannte sie das unfehlbarste Mittel, den kommenden Frieden in einen bloßen Waffenstillstand zu verwandeln. Und nicht minder hat sich seine andere Prophezeiung bewährt: dieser Krieg, in welchem Deutschland bewiesen habe, daß es selbst mit Ausschluß von Deutsch-Oesterreich fähig sei, unabhängig vom Ausland seine eigenen Wege zu gehen, werde den Schwerpunkt der kontinentalen Arbeiterbewegung von Frankreich nach Deutschland verlegen. Noch ausführlicher geißelte eine zweite Adresse, die der Generalrath der Internationalen am 9. September über den Krieg erließ, den historischen Widersinn der Annexionspolitik; der Volksstaat schrieb von nun an in jeder Nummer: Ein billiger Friede mit der französischen Republik! Keine Annexionen! Bestrafung Bonapartes und seiner Mitschuldigen!

Nationalliberale Heldenseelen denunzirten das Braunschweiger Manifest dem General Vogel v. Falckenstein, der in Hannover als Generalgouverneur der Küstenlande schaltete und bereits einige harmlose Dänen und Welfen wider Gesetz und Recht ins Gefängniß gesteckt hatte. Auf Befehl Falckensteins wurden die Mitglieder des Braunschweiger Ausschusses, Bracke, Bonhorst, Spier, der Schneider Kühn und der Zimmermann Gralle verhaftet und in Ketten nach der Veste Boyen bei Lötzen an der russischen Grenze geschleppt. Dasselbe Schicksal theilten noch an demselben Tage der Gelbgießer Ehlers, ein früheres Mitglied des Ausschusses, und der Buchdruckereibesitzer Sievers, ein halb gelähmter Greis von sechzig Jahren und dazu ein politischer Gegner der Sozialdemokratie, dessen Verbrechen darin bestand, daß sein Geschäftsführer ohne sein Vorwissen den Druck des Manifestes aus Geschäftsrücksichten übernommen hatte. An dem dreitägigen Transport der Gefangenen durch die Gaue des hoffnungsvoll der Gottesfurcht und frommen Sitte entgegendämmernden Vaterlands hatte der patriotische Janhagel seinen heillosen Spaß. Bald wurden Bracke und seine Genossen als Leichenräuber und

Marodeure geneckt, bald als die frisch gefangene französische Regierung angestaunt, bald mit sittlicher Entrüstung empfangen, weil sie sich Essen und Trinken, so viel sie dessen habhaft werden konnten, gut schmecken ließen. Sie ertrugen die holde Kritik der patriotischen Empörung mit einem Galgenhumor, der sie auch dann nicht verließ, als der Etappenkommandant des Potsdamer Bahnhofs in Berlin, ergriffen vom heiligen Grimme des Krieges, in ihnen „Lümmel, Lumpen und Ruppsäcke“ begrüßte, die „in Lötzen etwas hinten drauf kriegen“ würden. In Lötzen selbst wurden sie anfangs sehr hart, dann etwas besser behandelt.

Eine Reihe anderer Verhaftungen, darunter auch Yorks in Harburg, vervollständigte die patriotische Haupt- und Staatsaktion, doch blieben diese Verhafteten in den Gefängnissen ihrer Heimathsorte. Dagegen wurde Geib gleichfalls in Ketten nach Lötzen geschleppt, als die Kontrollkommission in Hamburg auf Liebknechts und Bebels Aufforderung einen neuen Ausschuß niedergesetzt hatte, und zwar in Dresden, das Falckensteins Befehlen nicht unterstand. Die Versammlungen, in denen gegen die Annexion protestirt werden sollte, hinderte Falckenstein, und ebenso verbot er den Volksstaat im Bereiche der Küstenlande. All diese rechtlose Willkür begleitete der liberale Philister mit heimlichem Schmunzeln oder mit lautem Jubel. Erst als auch Johann Jacoby verhaftet und nach Lötzen transportirt wurde, weil er am 14. September in einer Königsberger Versammlung gegen die Annexion protestirt hatte, wurde in fortschrittlichen Kreisen einiger Widerspruch laut.

Irgend eine rechtliche Finte, womit sich Falckensteins Wüthen hätte beschönigen lassen, gab es nicht. Allerdings war der Kriegszustand in den Küstenlanden proklamirt worden, aber nicht zugleich die Aufhebung des gesetzlich verbürgten Maßes von Preß- und Versammlungsfreiheit oder der verfassungsmäßigen Vorschrift, wonach Niemand seinem ordentlichen Richter entzogen werden durfte. In seiner Antwort auf einen Protest der städtischen Behörden von Königsberg verkroch sich Bismarck hinter die Ausrede: die Bewegung gegen die Annexion bestärke die Franzosen in ihrem Widerstande, und die militärische Gewalt dürfe deshalb die Urheber der Proteste unschädlich machen, kraft ihres Rechtes, Alles zu beseitigen, was die Erreichung des Kriegszwecks zu hindern geeignet sei. Eine Behauptung, die, von ihrer staatsrechtlichen Unhaltbarkeit abgesehen, schon an der Schwäche litt, zwei Lügen in einem Athemzuge zu enthalten. Erstens nämlich bestärkten die deutschen Proteste gegen die Annexion keineswegs den Widerstand der neuen französischen Regierung, deren Organe vielmehr ganz richtig ausführten, Bismarck werde sich dadurch in seinem Eroberungskriege nicht beirren lassen, und zweitens war, als die Proteste erfolgten, die Annexion noch keineswegs als Kriegszweck anerkannt. Die Arbeiter, die dagegen protestirten, geleitet von hohen Gesichtspunkten humaner Kultur, hatten genau dasselbe verfassungsmäßige Recht der freien Meinungsäußerung, wie die Mastbürger, die dafür demonstrirten, geleitet von der Profitgier nach einem neuen Absatzmarkte. Die paar schüchternen Proteste, die aus dem Schoße der Bourgeoisie gegen die Annexion

laut wurden, gingen beiläufig von Baumwollindustriellen aus und wurden mit der Angst vor der Konkurrenz der elsässischen Baumwollindustrie begründet.

Einzelne Umstände deuten darauf hin, daß Bismarck, nicht aus Gründen des Rechts, sondern aus Gründen der Politik, die Paschawirthschaft des Generals Falckenstein unter den obwaltenden Umständen nicht besonders gern gesehen hat. Aber einen preußischen General wegen gesetzwidriger Handlungen zu verleugnen, ging, wenn nicht über seinen Willen, so doch über seine Macht; der Moloch des Militarismus ließ sich auch von ihm nicht am Barte zupfen. Er benutzte dann die preußischen Landtagswahlen, die im November stattfanden, um durch königlichen Befehl vom 24. Oktober die „preußischen Unterthanen“ unter den Lötzener Gefangenen, „soweit nicht inzwischen die gerichtliche Haft gegen sie beschlossen sei und vorbehaltlich des etwa gegen sie einzuleitenden gerichtlichen Verfahrens“, in Freiheit zu setzen. Unter den Braunschweiger Ausschußmitgliedern war Bonhorst als annektirter Nassauer der einzige Preuße; die anderen mußten bis zum 14. November ausharren, worauf sie, da das Braunschweiger Kreisgericht inzwischen ihre gerichtliche Untersuchungshaft „wegen Verdachts des Hochverraths“ angeordnet hatte, mit Stricken gefesselt in das Braunschweiger Gefängniß abgeliefert wurden. In den ersten Tagen des Dezembers ermannte sich dann auch der Hamburger Senat soweit, um Geib zu reklamiren, und in Lötzen blieb nur noch Sievers. Da bei ihm selbst jeder Schein einer Schuld fehlte, so mußte er nach der bezaubernden Logik preußischer Gerechtigkeit besonders schwer büßen; er wurde erst zu Weihnachten entlassen, nachdem seine bürgerliche Existenz durch die von Falckenstein verfügte Schließung seiner Druckerei zerstört worden war. Wenigstens aber ist diese Schandthat nicht ganz ungesühnt geblieben; nach jahrelangem Prozessiren erstritt Sievers ein Urtheil des Braunschweiger Kassationshofs, das den Falckenstein zur Leistung einer Entschädigung verurtheilte.

Derweil hatten die deutschen Fürsten die deutsche Einheit zurecht gezimmert, so schlecht sie irgend konnten. Wäre es auf ihre Herzenswünsche angekommen, so wäre die deutsche Einheit auch nicht um einen Schritt gefördert worden; der preußische König war, wie er an seine Gemahlin schrieb, in einer „morosen Emotion“, weil er in diesen Pott steigen sollte, und der bairische, damals schon halb oder ganz wahnsinnige König knirschte in den Zügel, der einem Wittelsbacher von einem Hohenzoller angelegt werden sollte. Fast allein der preußische Kronprinz, ein liebenswürdiger, zwar nicht geistig bedeutender, aber mit moderner Bildung so weit vertrauter Mann, daß er mit aufrichtigem Grauen auf die Greuel der Schlachtfelder blickte, schwärmte für die deutsche Einheit, freilich auch er mehr aus dynastischem Ehrgeiz, als aus nationaler Gesinnung. Es war wieder, wie einst bei der Gründung des Zollvereins, eine eherne ökonomische Nothwendigkeit, die das neue deutsche Gemeinwesen schuf. Sie beugte die „großen Helden“ unter ihre starke Faust, und vor ihrem nüchternen Muß zerstob aller souveräne Trutz. Delbrück, ein trockener preußischer Bureaukrat, aber einer von

jener Sorte, welche die Nothwendigkeit der kapitalistischen Entwicklung begriffen hatte, leitete die Verhandlungen mit den süddeutschen Regierungen, deren Ergebnisse dann im Versailler Hauptquartier niet- und nagelfest gemacht wurden. Soweit sich darin ein historischer Fortschritt vollzog, war er den namenlosen Todten der Schlachtfelder geschuldet, deren stromweise vergossenes Blut der feste Kitt des neuen Baues wurde, den die Fürsten und Minister nicht dürftig, kläglich und zerbrechlich genug herstellen konnten.

Die Verfassung des norddeutschen Bundes, die an gesicherten Volksrechten nicht einmal so viel enthielt, wie die preußische Verfassung, und die von dem getreuen Patrioten Miquel dahin gekennzeichnet worden war, daß sie höchstens als „zeitweilige Aufhelfung eines kurzlebigen Militärstaats Norddeutschland" passiren könne, wurde die Grundlage der deutschen Verfassung, nur noch mit wesentlichen Verschlechterungen. Die süddeutschen Dynastien, auf welche die Deutsche Volkspartei ihre Freiheitshoffnungen gesetzt hatte, bestätigten jetzt Schweitzers Wort, daß sie sich lieber noch einem von Ihresgleichen unterwerfen, als den nationalen Interessen die geringsten Zugeständnisse machen würden. Ja mehr noch: sie bekräftigten selbst Bismarcks Hohn, daß die preußische Politik für die süddeutschen Staaten zu liberal sei. Namentlich der bairische Partikularismus hatte jetzt einmal eine große Gelegenheit, dem „protzigen, übermüthigen Preußenthum" einen schweren Schlag zu versetzen, die Interessen der bürgerlichen Klassen, vom Proletariat ganz zu geschweigen, gegenüber dem ostelbischen Junkerthum kräftig zu fördern. Von der Macht, die er damals durch die Gunst der Umstände besaß, giebt es einen zutreffenden Begriff, daß er von den neunundsiebzig Paragraphen der norddeutschen Bundesverfassung sechsundzwanzig durchlöcherte, einige davon allerdings nur formell, und andere fünfundzwanzig für sich ganz oder theilweise aufhob. Aber auch nicht eine seiner Forderungen ging darauf hinaus, die Volksrechte auch nur um Strohhalmsbreite zu erweitern. Vielmehr beeiferte er sich, die deutsche Einheit, die vom preußischen Partikularismus schon genügend vermurkst worden war, noch weiter zu vermurksen. Ein besonderer Dorn im Auge war ihm die vorgeschrittene Gesetzgebung des norddeutschen Bundes über Niederlassung und Verehelichung; daß der bairische Staatsbürger, der in Preußen oder Sachsen ohne Genehmigung seines Königs eine Ehe schloß, auch fernerhin den Genuß haben sollte, seine ehelichen Kinder innerhalb der blauweißen Grenzpfähle von Rechtswegen als Bastarde behandelt zu sehen, das war eins jener erhabenen Ziele, für die der bairische Partikularismus seinen kostbaren Schweiß in Strömen vergoß. Für die Volksmassen fielen bei den Versailler Verhandlungen nur die feudal-romantischen Titel Kaiser und Reich ab, wobei es auch noch zu mancherlei tragikomischen Zwischenfällen kam. Der preußische König erklärte, sich „nicht ein Haar breit" daraus zu machen, und der bairische König mußte, mit der Pistole auf der Brust, gezwungen werden, jenes „hochherzige", von Bismarck verfaßte Schreiben zu unterzeichnen, durch das dem preußischen König die deutsche Kaiserkrone angeboten wurde.

Von vornherein hatten die deutschen Dynastien entscheidenden Werth darauf gelegt, daß die Stimme des Volkes bei der Gestaltung seiner künftigen Geschicke nicht gehört werde. Wohl aber waren sie gezwungen, die Genehmigung ihrer Versailler Abmachungen einerseits vom norddeutschen Reichstage, andererseits von den süddeutschen Volksvertretungen einzuholen. Es geschah mit der anmuthigen Drohung: Annehmen oder Ablehnen; wird auch nur ein Titelchen daran geändert, so ist es mit der deutschen Einheit wieder einmal Essig. Von den süddeutschen Kammern verstand es sich von vornherein, daß sie sich trotz allen Sperrens und Zerrens fügen mußten, aber auch der norddeutsche Reichstag, dessen Zuständigkeit in seiner Julisession bis zum Schlusse des Jahres verlängert worden war, wagte keinen wirksamen Widerspruch. Er wurde am 24. November mit einer Thronrede eröffnet, die in schneidendem Widerspruche mit der Thronrede vom Juli erklärte, daß Bonaparte den Krieg „mit Zustimmung der ganzen französischen Nation" unternommen habe. Sie verkündete jetzt die Annexion von Elsaß-Lothringen als den Zweck des Krieges, für dessen Fortführung sie eine neue Anleihe verlangte. Liebknecht und Bebel brachten dazu den Verbesserungsantrag ein, daß der Reichstag die Anleihe verweigern und den Bundeskanzler auffordern solle, unter Verzichtleistung auf jede Annexion französischen Gebiets mit der französischen Republik schleunigst Frieden zu schließen, doch stimmten außer ihnen für diesen Antrag nur noch Schweitzer und Hasenclever. Bei der Abstimmung über die Anleihe selbst votirten außerdem noch Fritzsche, Mende, Schraps und der welfische Partikularist Ewald mit Nein; Försterling hatte sein Mandat schon im Frühjahr niedergelegt. Ebenso hielten die sechs sozialdemokratischen Abgeordneten zusammen in der Opposition gegen die Versailler Verträge und gegen die Titelverzierung Kaiser und Reich; nur bei der Abstimmung über den bairischen Vertrag fanden sich die fortschrittlichen und selbst ein paar national-liberale Stimmen dazu.

Bei alledem vollzog sich die Wiedergeburt von Kaiser und Reich keineswegs unter erhebenden Vorzeichen. Delbrück legte die neugebackene Kaiserkrone auf den Tisch des Hauses wie eine unbekannte Waarenprobe, von der er nicht recht im Klaren war, in welche Rubrik des Zolltarifs sie eigentlich gehöre. Der Kronprinz grollte über dies geschäftsmäßige Gebahren, und auch Bismarck gab zu, daß Delbrück für eine bessere Inszenirung hätte sorgen sollen. Es fragt sich nur, ob die „weltgeschichtliche Szene" durch eine komödiantenhafte Aufstutzung viel gewonnen hätte. So wie sie sich abspielte, brachte sie wenigstens die wirkliche Lage der Dinge zum ungeschminkten Ausdruck. Der freikonservative Führer Friedenthal, der in seiner Person den großen Grundbesitzer und den großen Industriellen vereinigte, fragte in dürrem Geschäftston an, ob das deutsche Volk nicht ein Oberhaupt bekommen werde, und Delbrück verlas mit seiner blechernen tonlosen Stimme als Antwort jenes „hochherzige" Schreiben, das Bismarck dem bairischen Könige abgezwungen hatte. Die bürgerlichen Mehrheitsparteien sagten ihr Ja und Amen zu den Abmachungen der Fürsten, wohl wissend, daß sie kein

Reich der Freiheit, sondern ein Reich der Bourgeoisie schüfen; sie verschacherten abermals ihre politischen Ideale an die materiellen Interessen ihrer Klasse und fielen mit wüthendem Gefauche über Liebknecht und Bebel her, die als Sprecher der sozialdemokratischen Opposition mit tapferer Entschiedenheit die unveräußerlichen Rechte des Volkes vertreten hatten. Es entsprach denn auch der wirklichen Lage der Dinge, daß nach Schluß der Reichstagssession am 17. Dezember Liebknecht und Bebel und mit ihnen Hepner, der in die Redaktion des Volksstaats eingetreten war, wegen Vorbereitung zum Hochverrath verhaftet wurden: zur selben Zeit, wo sich eine dreißigköpfige Deputation der Reichstagsmehrheit nach Versailles begab, mit einer von Lasker in seinem kauderwälschesten Deutsch begründeten Adresse, die den preußischen König himmelhoch anflehte, im Interesse des Vaterlands die deutsche Kaiserkrone anzunehmen.

Im Schloßhofe von Versailles standen die Vertreter der deutschen Nation wie weiland Kaiser Heinrich im Schloßhofe von Canossa. Hohn und Spott regnete auf sie herab. Hofleute und Krautjunker variirten in allen Tonarten das verächtliche Wort des preußischen Königs: „Ei, da verdanke ich ja Herrn Lasker eine rechte Ehre." Jedoch fand die Deputation in Versailles auch ein fühlendes Herz und dies Herz schlug in der Brust Stiebers, den Bismarck in richtiger Schätzung seines eigenen Regierungssystems wieder zum Leiter der politischen Polizei gemacht hatte. Der meineidige Faiseur des Kölner Kommunistenprozesses hatte den guten Instinkt, daß solche Hallunken, wie er einer war, im Reiche der Bourgeoisie noch bessere Aussichten auf gute Verköstigung hätten, als im absolutistisch-feudalen Staate, und er schwänzelte wohldienerisch um die Deputation des Reichstags. Sie war auch nicht undankbar, und in einem feierlichen Schreiben empfing Stieber ihren „verbindlichsten Dank" und ihre „vollkommene Ergebenheit". Er sandte den Brief nach Berlin, damit er den spätesten Stiebern noch als ein Ehrenzeugniß ihres Ahnherrn aufbewahrt werde, und schrieb dazu: „Mir hat die Deputation viel Arbeit gemacht, um ihr einen anständigen Empfang zu bereiten. Die Hof- und Militärpartei war ziemlich kühl, ich vertrat hier die Zivilpartei und das deutsche Volk. Wunderbare Zeiten!" Ja, die „Zeiten" waren „wunderbar", und es begreift sich, daß selbst dieser hartgesottene Sünder über sie erstaunte.

Der deutsche Eroberungskrieg weckte den hartnäckigen und zähen Widerstand der französischen Nation. Die Franktireurs führten den Krieg, als hätten sie das preußische Landsturmgesetz von 1813 studirt, und Bismarck schäumte vor Wuth über diese „Mörder", die alle aufgeknüpft zu werden verdienten, ganz wie einst Napoleon Schills Offiziere als brigands hatte erschießen lassen. Erst nach halbjährigem Ringen, das beiden Völkern unermeßliche Opfer kostete, konnte der französische Widerstand gebrochen werden. Am 26. Februar wurde der Präliminarfriede in Versailles geschlossen, in dem Frankreich sich verpflichtete, Elsaß-Lothringen abzutreten und fünf Milliarden an Deutschland zu zahlen.

Unter dem frischen Eindruck des endlich geschlossenen Friedens, der zugleich ein Sieg der Reaktion war, fanden am 3. März die Wahlen zum deutschen Reichstage statt. Es war der denkbar ungünstigste Zeitpunkt für die Sozialdemokratie, die einzige Partei, die mit unerschütterlicher Konsequenz dem Eroberungskriege widerstanden, diejenige Partei, die am schwersten unter dem Drucke des Krieges gelitten hatte, von der ein großer Theil noch unter den Waffen in Frankreich stand, ein verhältnißmäßig viel größerer Theil, als von jeder bürgerlichen Partei. Dennoch fielen 101 927, gegen 3 Prozent aller abgegebenen Stimmen, auf sozialdemokratische Kandidaten, und zwar 62 952 auf Lassalleaner, 38 975 auf Eisenacher. Die Lassalleaner hatten ihren Hauptrekrutirungsbezirk (46 313) im Königreiche Preußen, und hier wieder im Rheinlande (14 821), in Schleswig-Holstein (11 182) und in Hannover (6805), die Eisenacher im Königreiche Sachsen (31 043). Die Lassalleaner zählten in Sachsen nur 2246, die Eisenacher in Preußen nur 2544 Stimmen. Ueberwiegend vertreten waren die Eisenacher in Baiern mit 2519 und in Braunschweig mit 2486, die Lassalleaner in Hessen mit 3973, in Lübeck mit 543, in Bremen mit 1506, in Hamburg mit 5071 Stimmen. Alle diese Ziffern haben aber nur einen relativen Werth, in Anbetracht der außerordentlichen Umstände, unter denen die Wahlen von 1871 stattfanden. In Berlin, wo noch kurz vor dem Kriege 4000 Lassalleaner, in geschlossener Reihe unter Führung Schweitzers, an dem Begräbniß Waldecks theilgenommen hatten, fielen in allen sechs Wahlkreisen auf den Zimmergesellen Grau nur 2058 Stimmen. In Württemberg wieder, wo die Eisenacher entschieden viel stärker waren als die Lassalleaner, kamen die 491 sozialdemokratischen Stimmen, die überhaupt abgegeben wurden, aufs Konto der Lassalleaner, die in Stuttgart einen eigenen Kandidaten aufgestellt hatten. In Süddeutschland überhaupt wirkten die Neuheit der Wahl und die überaus miserable Aufstellung der Wählerlisten hindernd auf die Wahlbetheiligung der Arbeiter. Je größer aber die Schwierigkeiten waren, mit denen die sozialdemokratische Wahlagitation zu kämpfen hatte, um so bemerkenswerther war der doch sehr beträchtliche Fortschritt der Stimmenzahl, den sie seit 1867 verzeichnen konnte. Nur fielen die meisten sozialdemokratischen Mandate aus. Von den Lassalleanern kamen nicht mehr als drei in die Stichwahl, in der alle unterlagen; der Schneider Bräuer in Altona, Hasselmann in dem hannöverschen Wahlkreise Goslar, und Schweitzer in Elberfeld-Barmen, wo er mit 8477 Stimmen unterlag gegen eine Koalition aller bürgerlichen Parteien, die 9540 Stimmen aufbrachte. Von den Eisenachern ging nur Bebel in Glauchau-Meerane schlank durch gegen Schulze-Delitzsch, den die Bourgeoisie als demonstrativen Gegenkandidaten aufgestellt hatte; daneben siegte Schraps in Zwickau-Crimmitschau, und in Mittweida unterlag Spier erst in der Stichwahl einem nationalliberalen Gegenkandidaten.

Am 24. März erklärte Schweitzer, daß er von der Leitung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zurückzutreten beabsichtige. Als Grund gab er an, daß er lange Jahre hindurch Zeit, Arbeitskraft, Seelenruhe und Geld der Partei

geopfert habe; Niemand könne ihm zumuthen, diese Opfer weiter fortzusetzen, er dürfe verlangen, daß Ablösung stattfinde. Inwieweit Schweitzer innerlich die Ueberzeugung von der Unhaltbarkeit seiner Diktatur gewonnen hatte, läßt sich nicht feststellen; äußerlich war ihr schon dadurch ein Ziel gesetzt, daß Schweitzer den Sozialdemokraten nicht mehr halten konnte, der in Folge des Krieges auf 2700 Abonnenten gesunken war. Er konnte das Blatt nicht einmal mehr fortsetzen, bis die von ihm einberufene Generalversammlung in der Mitte des Mais zusammentrat, die letzte Nummer erschien am 26. April. Mußte aber die Partei selbst das Blatt übernehmen, so konnte Schweitzers Diktatur nicht mehr in der bisherigen Weise fortdauern. Möglich, daß auch seine Wahlniederlage bestimmend auf seinen Entschluß eingewirkt hat. Er selbst gab es sogar in dem Sinne zu, daß er nun nicht mehr seinen Wählern gegenüber gebunden sei; thatsächlich schlug aber auch der Verlust der überlegenen Stellung, die er sich durch seine parlamentarische Wirksamkeit zu sichern gewußt hatte, seiner Diktatur eine andere wichtige Stütze fort. Während des Krieges war seine politische Haltung durchaus richtig, aber schwächlicher gewesen, als die Haltung Liebknechts und Bebels; die Einsicht, daß er sich den Eisenachern gegenüber völlig verrannt habe, daß seit Sedan die Verschmelzung der beiden Fraktionen nur eine Frage der Zeit und für seine Diktatur überhaupt kein Platz mehr in der deutschen Arbeiterbewegung sei, mag ihn nach und nach überkommen, mag nicht wenig dazu beigetragen haben, seinen Entschluß zu reifen.

Die zehnte Generalversammlung, die am 18. Mai in Berlin zusammentrat und von 5356 zahlenden Mitgliedern in 74 Orten durch 34 Delegirte beschickt wurde, drückte ihr Bedauern aus, daß Schweitzer „durch persönliche Verhältnisse“ behindert sei, die Parteileitung ferner beizubehalten, sprach ihm durch ein einstimmiges Vertrauensvotum ihren Dank für seine „langjährige umsichtige Leitung“ aus und empfahl den Mitgliedern, Hasenclever als neuen Präsidenten zu wählen. Bis zum 1. Juli wurde Schweitzer mit der Fortführung der Geschäfte betraut. Wie schon auf der vorjährigen Generalversammlung wurden die Kassenverhältnisse aufs eingehendste geprüft und durchaus richtig befunden. Das Eigenthumsrecht an den beiden bisherigen Parteiorganen trat Schweitzer an die Partei ab, wogegen die Generalversammlung die Schulden des Sozialdemokraten bis zum Betrage von 1000 Thalern übernahm. Es wurde bestimmt, daß der Agitator bis zum 1. Juli als Parteiorgan dienen, dann aber eingehen und der Sozialdemokrat wieder als alleiniges Parteiorgan dreimal wöchentlich erscheinen solle. Auf der Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Unterstützungsverbands, die am 25. Mai zusammentrat, waren nur noch 4257 Mitglieder in 27 Orten durch 19 Delegirte vertreten; einen großen Theil an dem schnellen Zusammensinken der gewerkschaftlichen Organisation trug zweifellos der Krieg, aber auch die Durcheinanderwürfelung der einzelnen Arbeitszweige war den Mitgliedern bedenklich geworden; die Generalversammlung beschloß, sie wenigstens so weit zu beseitigen, daß Arbeitern eines und desselben Gewerbes gestattet wurde,

überall, wo sie es für nöthig hielten, eine eigene Mitgliedschaft des Verbandes zu gründen und nach dem Gewerke zu benennen. Die Maurer hatten sich eine solche Sonderstellung von vornherein vorbehalten.

Am 1. Juli übernahm der neugewählte Präsident Hasenclever das Präsidium und an demselben Tage erschien die erste Nummer des Neuen Sozialdemokraten.

II. Bismarcks Erleuchtung.

Am 18. März 1848 war der Prinz von Preußen als der beschränkteste und gehässigste Vertreter des vormärzlichen Absolutismus von der Revolution aus Berlin vertrieben worden. Am 17. März 1871 zog derselbe Mann als deutscher Kaiser in Berlin ein, siegreich heimkehrend aus Versailles, umjubelt von den herrschenden Klassen als der würdige Erbe der Ottonen und der Hohenstaufen. Er durfte sich sagen, daß er am 17. März 1871 kein anderer war, als am 18. März 1848. Und so mag sich selbst seinem engen Geiste die Vorstellung aufgedrängt haben, daß die inneren Kämpfe um die Freiheit, die sich seit mehr als zwei Jahrzehnten auf deutschem Boden abgespielt hatten, eitel Lug und Trug gewesen seien, daß seine Krone von Gottes Gnaden so ewig sei, wie jener himmlischer Herr sein soll, von dessen Tische er sie genommen haben wollte.

Hat er sich diesem Traume hingegeben, so erschien schon am nächsten Tage an der Wand seines Palastes die unsichtbare Hand, die ihr Mene Mene Tekel Upharsin schrieb. Am 18. März 1871 erhob sich das Pariser Proletariat und bewies, daß die europäische Geschichte seit 1848 einen großen Sinn gehabt hatte, wenn auch einen von den Völkern theuer erkauften. Ueberall, wo es in deutschen Landen ein klassenbewußtes Proletariat gab, antwortete ein heller Jubelruf der revolutionären Erhebung der Pariser Arbeiter. Weder die Lassalleaner noch die Eisenacher schwankten auch nur einen Augenblick; Massenversammlungen in Berlin, Hamburg, Bremen, Hannover, Elberfeld, wie in Dresden, Leipzig und Chemnitz erklärten der sozialen Revolution in Paris ihre huldigende Sympathie, entboten ihren Kämpfern die brüderlichen Grüße der deutschen Arbeiter. Sozialdemokrat und Volksstaat verspotteten mit gleicher Verachtung die „naive Unverschämtheit“ einiger Bourgeoisblätter, die von der deutschen Sozialdemokratie die Verleugnung der Pariser Kommune oder doch ihrer „Greuel“ verlangten. Möglich, daß durch solche pfiffige Taktik dieser oder jener kleine Vortheil zu erlangen gewesen wäre, aber es wäre eine Taktik zum Speien gewesen, und die Sozialdemokratie wäre der Erbkrankheit des deutschen Liberalismus verfallen, um ein paar zweifelhafter Profitchen willen nicht nur die eigene Ehre und Würde, sondern auch einen großen und dauernden Gewinn zu verscherzen. Das rückhaltlose Bekenntniß zur Pariser Kommune hat sich der deutschen Sozialdemokratie reich gelohnt. Heute sind die „Greuel der Kommune“ zum Kinderspott geworden; jeder halbwegs unterrichtete Bourgeois weiß ebenso gut, wie die deutschen Arbeiter von Anfang an gewußt haben,

daß die wirklichen Greuel von den Feinden der Kommune, von den Vorkämpfern der bürgerlichen Ordnung begangen worden sind, daß die Schwäche der Kommune nicht ihre Unmenschlichkeit, sondern ihre Scheu vor durchgreifenden Maßregeln war.

So entschieden wie die deutsche Sozialdemokratie, trat der Generalrath der Internationalen für die Pariser Kommune ein. In der von Marx verfaßten Adresse über den Bürgerkrieg in Frankreich richtete er sofort das leuchtende Banner auf für das streitende Heer der Arbeiterklasse, dessen französischer Flügel eben eine so furchtbare Niederlage erlitten hatte. Niemand wußte besser als Marx, daß er damit die Existenz der Internationalen gefährdete, die in der That zum Theil an den Folgen und Wirkungen dieser meisterhaften Adresse untergegangen ist. Nicht alle europäischen Arbeiterparteien waren politisch schon so reif, wie die deutsche Sozialdemokratie, und namentlich die englischen Trade Unions schreckten vor dem Schreckgespenste zurück, das die europäische Bourgeoisie aus der Pariser Kommune zu machen beflissen war. Aber für Marx kam nichts auf die Form der Sache an, wo es ihr Wesen zu retten galt. Und schlagender konnte seine Politik nicht gerechtfertigt werden, als durch die Adresse selbst, die, niedergeschrieben unter dem frischen Eindrucke der Thatsachen, noch heute weit voran an der Spitze der ganzen massenhaften Literatur steht, die seitdem über die Pariser Kommune entstanden ist. Obgleich sie die Rechtfertigung der Kommune bezweckte und in einem Augenblick, wo ein Für und ein Wider nur galt, ihr Für nicht dadurch abschwächte, daß sie bei den Fehlern des Aufstandes verweilte, so hob sie doch die entscheidenden Gesichtspunkte mit solcher Klarheit und Schärfe hervor, daß sie bis auf den heutigen Tag die klassische Schrift über die Pariser Kommune geblieben ist.

Von Bismarck aber ging damals das Wort um, daß die Kommune ihm wieder die „erste schlaflose Nacht" verursacht habe. Ein Wort, das in jedem Falle seine damalige Lage gut kennzeichnete, mag er es nun gesprochen haben oder nicht. Der Aufstand der Pariser Arbeiter zeigte ihm, daß seine Diplomatie einem Beust oder Bonaparte gegenüber geistreich genug sein mochte, aber gegenüber den großen Massenbewegungen des Jahrhunderts ein kindischer Scherz von vorgestern war. Als Ergebniß seiner nächtlichen Denkübungen trug er dem Reichstage die verblüffende Entdeckung vor, der berechtigte Kern der Pariser Kommune sei die Sehnsucht nach der preußischen Städteordnung gewesen, dieser verhunzten Parodie auf unabhängige Verwaltung der Gemeinden. Bebel, der einzige Sozialdemokrat, der im ersten deutschen Reichstage saß, drückte sein Erstaunen aus, daß eine Versammlung ernsthafter Männer darüber nicht in die größte Heiterkeit ausgebrochen sei und fügte seinerseits hinzu: „Seien Sie fest überzeugt, das ganze europäische Proletariat und Alles, was noch ein Gefühl für Freiheit und Unabhängigkeit in der Brust trägt, sieht auf Paris. Und wenn auch im Augenblicke Paris unterdrückt ist, so erinnere ich Sie daran, daß der Kampf in Paris nur ein kleines Vorpostengefecht ist, daß die Hauptsache in Europa uns noch bevorsteht, und daß, ehe wenige Jahrzehnte vergehen, der Schlachtruf des Pariser Proletariats: Krieg den Palästen, Friede den Hütten,

Tod der Noth und dem Müßiggange der Schlachtruf des gesammten europäischen Proletariats sein wird.“ Die hohe Versammlung glaubte diesen Worten die unbändige Heiterkeit spenden zu sollen, welche sie dem skurrilen Einfalle Bismarcks versagt hatte; seitdem ist ihr das Lachen freilich gründlich vergangen.

Später hat Bismarck selbst gestanden, diese Rede Bebels sei der „Lichtstrahl“ gewesen, der ihn über das Wesen der sozialdemokratischen Bewegung erleuchtet habe; von nun an habe er sie zu bekämpfen und zu unterdrücken gesucht als einen Feind, gegen den der Staat und die Gesellschaft sich im Zustande der Nothwehr befinde. Man braucht nicht an der Aufrichtigkeit dieses Bekenntnisses zu zweifeln, schon deshalb nicht, weil es für einen sogenannten Staatsmann demüthigend genug war. In der That begann jetzt der offene Kampf Bismarcks gegen die Sozialdemokratie, anfangs ruck- und stoßweise geführt mit dem lässigen Hochmuth eines größenwahnsinnig gewordenen Junkers, dann in dem verzweifelten Kampf um die eigene Existenz immer verzweifelter, bis diese Existenz ehr- und ruhmlos zusammenbrach.

Hatte Bismarck die gesetzwidrigen Gewaltthaten Falckensteins anscheinend nicht mit ungetrübtem Wohlgefallen betrachtet, so erschienen sie ihm jetzt gut genug zu einem ersten Schlage gegen das klassenbewußte Proletariat. Sowohl die Braunschweiger wie die Leipziger Gefangenen waren Ende März entlassen worden, nachdem jene etwa 200, diese etwa 100 Tage um Nichts und wieder Nichts hinter den Kerkermauern verbracht hatten. Derweil war alles Material, das durch zahlreiche Haussuchungen in den Wohnungen der Verhafteten oder ihrer Gesinnungsgenossen errafft worden war, von Polizei, Staatsanwaltschaft und Untersuchungsrichter auf Hochverrath und Majestätsverbrechen gesiebt worden, jedoch ohne jeden Erfolg. Dies Endresultat so vieler Mühen mußte um so mehr beschämen, als das erbeutete Material an erschöpfender Ergiebigkeit nichts zu wünschen übrig ließ; der plötzliche Ueberfall des Falckenstein hatte alle Briefschaften und Bücher der Eisenacher Parteileitung in die Hände ihrer Verfolger gebracht. Weder die Gerichte in Braunschweig, noch die Gerichte in Sachsen verriethen eine besondere Neigung, sich mit der faulen Sache noch weiter zu befassen, wobei die Art, wie diesen Gerichten zugemuthet worden war, die demüthigen Helfershelfer militärischer Gewaltthaten zu spielen, auch wohl dämpfend mitwirken mochte. Der Oberstaatsanwalt in Wolfenbüttel beantragte selbst, das Verfahren gegen die Braunschweiger Verhafteten wegen Vorbereitung zum Hochverrath einzustellen, und der Anklagesenat des Obergerichts trat dem Antrage bei. Zwar blieb dabei vorbehalten, wegen anderweitiger Vergehen, die nicht zur Kompetenz des Kriminalsenats, sondern zur kreisgerichtlichen Kompetenz gehörten, gegen Bracke und Genossen vorzugehen, doch lag auf der Hand, daß mit dieser anmuthigen Redewendung nur einigermaßen die blamable Thatsache verhüllt werden sollte, daß vollkommen schuldlose Leute monatelang ihrer Freiheit beraubt worden waren.

Allein diese Braunschweiger Rechnung war ohne den Berliner Wirth gemacht. Bismarck drängte darauf, die Verheißung des Oberstaatsanwalts in

Wolfenbüttel einzulösen, und am 10. Oktober 1871, mehr als ein halbes Jahr nach der Entlassung der Verhafteten, hatte der Staatsanwalt Koch in Braunschweig das saure Stück Arbeit fertig gebracht, wenigstens gegen Bracke, Bonhorst, Spier und Kühn eine Anklage zurechtzuzimmern. Einige Kautschukparagraphen des alten braunschweigischen und des neuen norddeutschen Strafgesetzes dienten als nebelhafte Stützen der Anklage, die auf Vergehen gegen die öffentliche Ordnung gerichtet war. Wirklich verurtheilte auch das Kreisgericht nach dreitägigen Verhandlungen Bracke und Bonhorst zu 16, Spier zu 14 und Kühn zu 5 Monaten Gefängniß, unter Anrechnung der Untersuchungshaft, aber das Obergericht kassirte dies Urtheil soweit, daß für Bracke und Bonhorst nur noch 3, für Spier 2 Monate und für Kühn 6 Wochen Haft übrig blieben, wegen Betheiligung an einem Vereine mit angeblich gesetzwidrigem Zwecke. Auch dies Urtheil war noch sehr anfechtbar, zumal es sich auf eine alte vormärzliche Verordnung stützte, aber wieviel sich theoretisch dagegen sagen ließ, so lief es praktisch auf die Freisprechung der Angeklagten hinaus, da das Obergericht die verhängte Strafe durch die Untersuchungshaft für verbüßt erachtete.

Williger als die gelehrten Gerichte in Braunschweig erwiesen sich die bürgerlichen Geschworenen in Leipzig den Berliner Zumuthungen. Liebknecht, Bebel und Hepner standen im März 1872 zwei Wochen lang vor dem Leipziger Schwurgericht, angeklagt wegen Vorbereitung zum Hochverrath. Das Belastungsmaterial war wesentlich dasselbe, wie in dem Braunschweiger Verfahren, nur noch vermehrt durch einen Haufen „Beweise“, die nichts bewiesen, als daß den Angeklagten um jeden Preis ein Tendenzprozeß gemacht werden sollte. Nicht weniger als 140 Beweisstücke wurden den Geschworenen vorgelegt, Briefe, Reden, Zeitungsartikel, Programme, eine verworrene Masse der unterschiedlichsten Kundgebungen aus der revolutionären Literatur seit 1848, verfaßt nicht nur von den Angeklagten und ihren Gesinnungsgenossen, sondern auch von ihren politischen Gegnern. Und auch nicht eins dieser Schriftstücke lieferte auch nur den Schatten eines Beweises dafür, daß die Angeklagten im Sinne des Strafgesetzes ein hochverrätherisches Unternehmen vorbereitet hätten. Dafür half der Präsident v. Mücke aus mit einer parteiischen Leitung der Verhandlungen, die damals in deutschen Landen noch ziemlich ungewohnt war und fast ausnahmslos von der unabhängigen Presse aller bürgerlichen Parteien scharf verurtheilt wurde. Auch sonst fehlte es nicht an allerlei Druck auf die Geschworenen, von denen sich dann wirklich acht, genau die zur Verurtheilung nothwendige Anzahl, dazu hergaben, Liebknecht und Bebel schuldig zu sprechen. Der Gerichtshof verurtheilte sie zu je 2 Jahren Festung, unter Anrechnung von 2 Monaten Untersuchungshaft, während Hepner frei ausging.

Mit Recht aber sagten Liebknecht und Bebel, der Prozeß habe so unendlich viel für die Ausbreitung der sozialdemokratischen Grundsätze gethan, daß sie gern die paar Jahre Festung hinnähmen. Sie hatten nicht nur die persönlichen Sympathien gewonnen, die alle rechtlich denkenden Menschen unschuldig Verurtheilten zu spenden pflegen, sondern darüber hinaus eine höchst wirksame Propaganda für

ihre politischen und sozialen Ziele gemacht. Während Hepner, der von vornherein zu einer Nebenrolle in diesem gerichtlichen Drama bestimmt war, sich mit gutem Takte begnügte, durch drastischen Witz die gegen ihn gerichtete Anklage zu verspotten, vertraten Liebknecht und Bebel die Sache, die in ihren Personen getroffen werden sollte, mit würdigem Ernste, und dabei so eindringlich und schlagfertig, daß sie die tölpelhaften, fast mehr noch von kläglicher Unwissenheit, als von schnöder Perfidie zeugenden Angriffe des Präsidenten und des Staatsanwalts spielend zurückschlugen. Liebknecht zumal, der den Arbeitermassen bisher ferner gestanden hatte als Bebel, entfaltete jene prächtige Eigenart, die dem „Soldaten der Revolution" im Fluge die Proletarierherzen gewann. So hatten die Prozeßverhandlungen einen hohen agitatorischen Werth; sie räumten mit weitverbreiteten Vorurtheilen über die Arbeiterbewegung auf; ihr Frage- und Antwortspiel gestaltete sich zu einer anregenden Einführung in die Gedankenwelt der Sozialdemokratie.

Im Juli 1872 wurde Bebel dann nochmals das Opfer der Klassenjustiz. Das Leipziger Bezirksgericht verurtheilte ihn wegen Majestätsbeleidigung, weil Bebel in einer öffentlichen Versammlung die unanfechtbare Wahrheit ausgesprochen hatte, daß der preußische König nicht das Versprechen gehalten habe, die Frucht des Krieges solle die einheitliche und freiheitliche Gestaltung Deutschlands sein. Das Urtheil lautete auf 9 Monate Gefängniß und „Verlust der aus öffentlichen Wahlen hervorgegangenen Rechte". Das Gericht kassirte Bebels Reichstagsmandat und dieses war der Humor davon. In der ersten Session des deutschen Reichstags war Bebel schnell zu einem gefürchteten Kämpfer geworden; ohne den Rückhalt einer Partei, ganz allein stehend, hatte er auf dem Parkett des bürgerlichen Parlamentarismus ein paar renommirteste Tänzer platt niederzusetzen gewußt. Sowohl den braven Lasker, der von Bebel in die Enge getrieben, mit dem „Knüppel" des Philisters gedroht und dann den stenographischen Bericht gefälscht hatte, weil ihm diese furchtbare Drohung selbst allzu lächerlich erschienen war, als auch den braven Simson, der von Bebel auf einer groben Verletzung der Geschäftsordnung ertappt und nur dadurch gerettet wurde, daß ihn die bürgerliche Mehrheit wider ihr besseres Wissen von Schuld und Fehle freisprach. Nun rächte das Leipziger Bezirksgericht nicht nur den König von Gottes Gnaden, sondern auch den bürgerlichen Parlamentarismus an dem Missethäter.

Aber die wackeren Weber des Wahlkreises Glauchau-Meerane verstanden sich schlecht auf den patriotischen Spaß und schickten Bebel, mit dreitausend Stimmen mehr, als er vordem erhalten hatte, in den Reichstag zurück. Die hohe Versammlung mußte sich nun doch selbst zum Henkersamte bequemen, sie lehnte den von Schraps gestellten Antrag ab, Bebel zu reklamiren, der inzwischen seine Festungshaft in Hubertusburg angetreten hatte. Und welcher Patriot konnte ihr verdenken, daß sie nicht mehr die helle und klingende Stimme hören mochte, die ihr so überzeugend darzulegen wußte, wie thönern des neuen deutschen Reiches Herrlichkeit sei!

Elftes Kapitel.

Die Hochfluth der Milliarden.

I. Gründungsschwindel und Kulturkampf.

Wie die Revolution von Oben durch ein Kompromiß zwischen dem preußischen Militärstaate und der deutschen Bourgeoisie gesichert worden war, so hatten diese Mächte den Eroberungskrieg nach Sedan geführt und so theilten sie sich in die Beute. Die närrischen Vorspiegelungen der liberalen „Notabilitäten“, wonach die Annexion Elsaß-Lothringens zur europäischen Entwaffnung führen sollte, that Moltke mit den kühlen Worten ab: „Was wir in einem halben Jahre mit den Waffen errungen haben, das mögen wir ein halbes Jahrhundert mit den Waffen schützen, damit es uns nicht wieder entrissen werde.“ Der Militarismus trat in seiner Sünden Blüthe, er schwoll zu Dimensionen an, die den ärgsten Pessimisten der sechziger Jahre unglaublich erschienen wären, und die liberale Bourgeoisie mußte sich mit dieser einen Folge ihrer genialen Politik abfinden, so gut oder so schlecht sie konnte.

Besser fuhr sie mit der anderen Folge des Eroberungskrieges. Die Kolbenstöße der deutschen Heere hatten ihr die Thore des Weltmarkts weit geöffnet. Zwar kam der Milliardenregen ganz überwiegend dem Militärstaate zu Gute, um Schulden abzutragen, Dotationen und Pensionen zu zahlen, Festungen und Kasernen zu bauen, die Bestände von Waffen und Militäreffekten zu erneuern, aber die enorme Vermehrung des disponiblen Kapitals und der zirkulirenden Geldmenge gab der jungen Großindustrie einen mächtigen Aufschwung. Die Konzentration des Kapitals ergriff alle Zweige des gewerblichen Lebens; die Jahre 1871 bis 1873 schufen an Aktienkapitalien mehr als 1200 Millionen Thaler, fast so viel, wie die französische Kriegsentschädigung betrug; Bankinstitute und Industriegesellschaften schossen in den buntesten Formen aus dem Boden hervor. Eisen- und Kohlenwerke wurden in großer Zahl gegründet, Eisenbahnlinien massenhaft entworfen. Es war ein wilder Taumel der Spekulation, worin die Bourgeoisie den letzten Rest von politischer Haltung verlor.

Sie warf sich platt auf den Bauch vor dem „Säkularmenschen“, der ihr all die goldene Herrlichkeit beschert hatte. Ihr politisches Programm faßte Ludwig Bamberger, der sich nach seiner Flucht aus dem badisch-pfälzischen Aufstande in der aufgeschwemmten Schmutzerde des zweiten Kaiserreichs als gescheidter Schatzgräber bewährt hatte, in den bündigen Worten zusammen: Hunde sind wir ja doch! Und auf dem Gebiete der wirthschaftlichen Gesetzgebung ließ Bismarck der liberalen Bourgeoisie vorläufig noch freie Hand. Er war durch reiche Dotationen aus einem Vertreter des halb bankerotten Kleinadels zu einem Vertreter des kapitalistisch-industriell wirthschaftenden Großgrundbesitzes geworden, einer Klasse, die ein

lebhaftes Interesse an dem Wegräumen der feudal-zünftigen Ruinen hatte. Ohnehin mußten seine bonapartistischen Instinkte angenehm gekitzelt werden von dem Gründungsschwindel, der die ganze Nation in eine Spielhölle verwandelte, um sie en masse beschwindeln zu können. Bismarck hatte nichts einzuwenden, wenn Delbrück, der einstweilen seine rechte Hand in der Wirthschaftspolitik blieb, vom Regierungstische mit zynischem Behagen verkündete, es sei das Geheimniß der Zeit, keine Zinsen zu verlieren, und keine Gesetzgebung könne die Dummen daran hindern, ihr Geld loszuwerden. Gewiß waren die neuen Gesetze über gemeinsames Bürgerrecht und Freizügigkeit, über Gewerbefreiheit, über gemeinsame Maße, Münzen und Gewichte, über Handelsschutz im Auslande und so weiter, wie viel sie im Einzelnen zu wünschen übrig ließen, als Ganzes ein historischer Fortschritt, aber es war ein thörichtes Gerede, wenn Treitschke, der Prophet des neuen Reichs, in seiner pomphaften Weise versicherte, die Bourgeoisie habe diese Gesetzgebung „aus Pflichtgefühl der höheren Stände", „in richtiger Erkenntniß ihrer sozialen Pflichten" der Arbeiterklasse geschenkt. Selten oder nie haben herrschende Klassen einen längst nothwendigen Fortschritt der ökonomischen Entwicklung in so beschränkt-selbstsüchtiger Weise protokollirt, wie in diesem Falle; das zeigte sich sofort, als sie entdeckten, daß die Bourgeoisie nicht vorwärts marschiren kann, ohne daß auch das Proletariat vorwärts marschirt.

Und es zeigte sich selbst schon früher, als nur erst die partikularistische Opposition gegen die Reichsgründung sich zu einer großen parlamentarischen Partei zusammenballte. Die deutschen Waffen hatten mittelbar auch die weltliche Herrschaft des Papstes gestürzt und dadurch alle streitbaren Kräfte des Katholizismus mobil gemacht. Unter dem Namen des Zentrums trat eine spezifisch katholische Fraktion von 57 Mitgliedern in den ersten deutschen Reichstag ein. Sie kam nicht eigentlich schon mit feindseligen Absichten gegen Bismarck, der noch kurz vor dem deutsch-französischen Kriege die Jesuiten als schätzenswerthe Bundesgenossen gefeiert und sich allen Zumuthungen widersetzt hatte, durch diplomatisches Einschreiten die Verkündung des Unfehlbarkeitsdogmas auf dem Vatikanischen Konzile von 1870 zu hindern. Aber es lag in der Natur der Dinge, daß die neue Fraktion der Sammelplatz aller partikularistischen Elemente wurde. In den altkatholischen Gegenden am Rhein, in Schlesien, in Baiern war von jeher die Antipathie gegen das spezifische Preußenthum am stärksten gewesen; dazu kamen die katholischen Polen und etwas später auch die katholischen Elsässer; ja der partikularistische Charakter des Zentrums überwog von vornherein so sehr seinen religiösen Charakter, daß sich ihm auch die orthodox-protestantischen Welfen anschlossen. Unter dem gemeinsamen Banne des Ultramontanismus fand sich Alles zusammen, was aus partikularistischen Gründen der neu-reichsdeutschen Herrlichkeit widerstrebte, eine Masse der politisch und sozial verschiedensten Elemente, die nach den verschiedensten Richtungen auseinandergingen, von den Auffassungen kleinbäuerlicher und kleinbürgerlicher Demokratie bis zu den Auffassungen feudaler Romantik und zünftlerischer Krähwinkelei; es war bezeichnend, daß der ehemals

welfische Minister Windthorst, kein Prinzipienmann, sondern ein Diplomat der alten Schule wie Bismarck, aber ein ungleich gewitzterer Diplomat, der Führer des bunt gemischten Haufens wurde.

Für einen Staatsmann, der gar nicht einmal genial, sondern nur ein wenig mit dem modernen Kulturleben vertraut zu sein brauchte, konnte nichts einfacher sein, als diese Opposition lahm zu legen. Sie mußte sich in ihre heterogenen und alles in allem historisch rückständigen Bestandtheile auflösen, sobald das neue Reich nicht mehr mit dem preußischen Korporalstocke, sondern wie ein moderner Kulturstaat regiert wurde. Aber was Bismarck nach 1866 bis zu einem gewissen Grade geleistet hatte, das leistete er nach 1870 nicht mehr; er verstand die gegebene Lage nicht mit einigem Geschick auszunützen, der Weihrauch, der dem „Herkules des neunzehnten Jahrhunderts" verbrannt wurde, hatte ihm jede Aussicht über den alten beschränkten Junkerhorizont hinaus vernebelt. Er glaubte erst recht an der Spitze des Jahrhunderts zu marschiren, wenn er mit dem preußischen Korporalstock auf Alles losschlug, was nicht gleich nach seiner Pfeife tanzen wollte. Wer sich seinen Launen und Nerven nicht fügsam anschmiegte, war ein „Reichsfeind" und wurde in den Reichsbann gethan. Im Besonderen wirkte der Anschluß der Polen an das Zentrum auf seinen blinden Polenhaß, wie das rothe Tuch auf den Puterhahn. Das Zentrum selbst stieß ihn gewissermaßen mit der Nase auf die richtige Fährte, indem es von den beiden Forderungen seines im Frühjahr 1871 veröffentlichten Programms den partikularistischen Gesichtspunkt, die Selbständigkeit und Selbstbestimmung der einzelnen Staaten, an die erste, und den religiösen Gesichtspunkt, den Schutz der Religionsgesellschaften vor Eingriffen der weltlichen Gesetzgebung, erst an die zweite Stelle setzte. In tragikomischer Verkennung dieser Sachlage bildete Bismarck sich ein, die partikularistische Opposition bändigen zu können, indem er mit der katholischen Kirche anband. Er setzte ihr mit allerlei Ausnahmegesetzen und gewaltsamen Eingriffen in ihr inneres Leben zu, obgleich er selbst es in seinen jungen Jahren miterlebt hatte, wie trefflich der römische Priester den preußischen Gendarmen abzutrumpfen versteht. Statt selbst mit den Waffen bürgerlicher Freiheit zu kämpfen, drängte er diese Waffen dem Zentrum auf und machte es dadurch für seine vermuffte Staatskunst unüberwindlich, mochte er sich auch als ein rechter Prahlhans vermessen, daß er nicht nach Canossa gehen werde.

Konnte freilich seine Thorheit noch übertroffen werden, so wurde sie von der Thorheit der liberalen Bourgeoisie übertroffen, die ihm auch auf diesem Wege durch Dick und Dünn nachstampfte, obgleich sie nicht einmal den mildernden Umstand angeerbter Junkerverbohrtheit für sich geltend machen durfte. Sogar ein Mann von Virchows Bildung hielt sich nicht für zu schlecht, das Satyrspiel mit dem ehrwürdigen Namen eines Kulturkampfes zu taufen. Immerhin war für die gerissene Gründersippe dieser „Kulturkampf" nur eine Kulisse, um die Massen desto bequemer zu plündern; man konnte mit tödtlicher Sicherheit darauf rechnen, daß wer in Parlament und Presse am heftigsten „gegen Rom" donnerte

und am feierlichsten den Schatten des armen Ulrich Hutten beschwor, auch den meisten Gründerdreck am Stecken hatte. Viele Dutzende kulturkämpferischer Reichstagsabgeordneter schlugen ihre Mandate an die Schandsäulen fauler Gründungsprospekte, um deren betrügerische Verheißungen zu vergolden, und begaben sich in den Dienst der „patriotischen Geldmächte“, namentlich der Diskontogesellschaft und des Hauses Bleichröder, der beiden Riesen unter den Schröpfköpfen, die den Wohlstand der Mittelklassen aufsogen. In der parlamentarischen Kohorte der Diskontogesellschaft ragte Miquel hervor, der ehemalige Kommunist und nunmehrige nationalliberale Parteiführer; als Mitdirektor der Diskontogesellschaft bezog er in vier Jahren ein Einkommen von 1 338 730 Mark 10 Pfennig, beklagte sich aber mit thränenden Augen als verleumdete Unschuld, wenn irgend ein vorwitziger „Reichsfeind“ auf den Gedanken verfiel, er könne eine diesen Bezügen entsprechende Thätigkeit bei den schauerlichen Gründungen der Diskontogesellschaft entfaltet haben; Miquel wollte das niedliche Einkommen nur erhalten haben für nebensächliche juristische Gutachten, die jeder arme Schlucker von Assessor für ein paar tausend Mark Jahresgehalt mit Wonne gemacht haben würde. Nicht minder hübsch redete sich der schlesische Junker und freikonservative Parteiführer v. Kardorff aus, der in Bleichröders parlamentarischer Kohorte hervorleuchtete; er hatte eine Reihe der blutigsten Gründungen nur verfaßt, um ohne Vermögensverluste der parlamentarischen Thätigkeit obliegen und seine unersetzliche Kraft als Gesetzgeber dem Vaterlande erhalten zu können.

Den parlamentarischen Vorkämpfern der liberalen Bourgeoisie entsprachen ihre publizistischen Vorkämpfer. An die Stelle Gustav Freytags mit seinen Grenzboten trat jetzt Paul Lindau mit seiner Gegenwart, ein literarisches Talent sechsten Ranges, das nicht einmal die Literatur des zweiten Kaiserreichs, sondern nur ihren Abhub nach Deutschland zu importiren verstand. Ruge, der nach 1866 zu Bismarck übergelaufen war, schrieb jetzt, aus allen Träumen gerissen: „Bluntschli ist leitender Schriftsteller und Redwitz angekündigt. Ist dies die ‚Gegenwart‘? Ist dies unsere Zeit? . . . Lindau hat alle Berühmtheiten ohne jeden Unterschied der Richtung zusammengemauschelt und die Geschichte scheint reine Spekulation zu sein.“ Sie war wirklich reine Spekulation. Guido Weiß machte in der Wage den letzten Versuch, ein Banner der bürgerlichen Demokratie aufzuwerfen, aber wie hoch die kleine Wochenschrift an Charakter, Geist und Wissen über Lindaus Gegenwart stand, so brachte sie es nicht über ein langsames Siechthum von wenigen Jahren.

In der bürgerlichen Tagespresse wimmelten die Schmocks wie die Würmer in einem Leichnam. Ganz zu geschweigen der Börsen- und Handelspresse, von der nur ein Narr Anderes erwarten konnte, so watete auch die „große“ und „vornehme“ politische Presse im Gründersumpfe, wo er am tiefsten war. Bis in die Spalten der frommen Kreuzzeitung verirrten sich Börsenreklamen, die Handelsredakteure der nationalliberalen Nationalzeitung und der fortschrittlichen Vossischen Zeitung, Schweitzer und Ebeling, mißbrauchten ihre öffentliche Stellung zu schamloser Prellerei des Publikums, und der demokratische Freiheitsheld Sonnemann

spielte als Besitzer der Frankfurter Zeitung den mittelalterlichen Schnapphahn, der erkleckliche Trinkgelder von jeder Gründung erhob, die das Weichbild der Frankfurter Börse passirte. Sein Handelsredakteur und Spießgeselle Bernhard Doktor aber schrieb an die Times: „Hätten wir nicht den stänkernden Geist extravaganter Demagogen, welche die Arbeiter gegen ihre Meister aufwiegeln und sie mit Hoffnungen kitzeln, die nie verwirklicht werden können, so würden sich alle Klassen der Gesellschaft wohlbefinden, und das Land würde eine bis jetzt nicht gekannte Glückseligkeit genießen." Dafür zauste Marx ihn derbe ab, ohne doch bei all seinem Scharfsinn zu ahnen, daß nicht ein Jahrfünft ins Land gehen sollte, bis das ganze offizielle Deutschland, vom genialen Staatsmann Bismarck bis zum nicht minder genialen Oppositionsführer Eugen Richter auf denselben Ton gestimmt sein würde, den jener dunkle Revolvermann zuerst angeschlagen hatte.

II. Agrar- und Kathedersozialismus.

Inmitten des kapitalistischen Gründerschwindels entwickelten sich zwei Arten des bürgerlichen Sozialismus, die, ihrem Wesen nach nicht neu, unter den damals in Deutschland gegebenen Verhältnissen ihre besondere Form annahmen, in welcher sie die Klassenkämpfe der Zeit zu beeinflussen suchten.

Der Agrarsozialismus entsprang aus der „Kreditnoth" der preußischen Landjunker, deren Grundbesitz, sei es wegen liederlicher Wirthschaft, sei es wegen Besitzveränderungen, Veräußerungen oder Erbtheilungen, sei es aus anderen Gründen, stark mit Hypotheken belastet war. Zwar hatte auch diese Klasse trotz ihres rückständigen Betriebes ihren Antheil an der großindustriellen Entwicklung, denn mit der wachsenden Bevölkerung stiegen die Getreidepreise. Aber der Kapitalprofit stieg noch schneller als die Grundrente, und dadurch wurde der junkerliche Grundbesitz entwerthet. Der Grund und Boden hat als solcher keinen selbständigen Tauschwerth, da er kein Produkt menschlicher Arbeit ist; sein scheinbarer Tauschwerth entsteht dadurch, daß im gesellschaftlichen Verkehre die Grundrente, die ein Grundstück abwirft, als der Zins eines Kapitals betrachtet und nach dem laufenden Zinsfuße kapitalisirt wird. Der Tauschwerth eines Gutes, das 4000 Mark Grundrente abwirft, beläuft sich zur Zeit, wo der Zinsfuß vier Prozent beträgt, auf 100 000 Mark. Nun regulirt sich der Zinsfuß nach dem Kapitalprofit; steigt dieser schneller als die Grundrente, so sinkt der Tauschwerth des Grund und Bodens. Wenn in dem angezogenen Beispiele die Grundrente auf 4500, zugleich aber der Zinsfuß von vier auf fünf Prozent steigt, so ist das Gut nur noch 90 000 Mark werth; sein Ertragswerth ist um mehr als zwölf Prozent gestiegen, aber sein Tauschwerth um zehn Prozent gefallen. Von der Mitte der fünfziger bis zum Anfange der siebziger Jahre war nun der Zinsfuß in der That von vier auf fünf Prozent gestiegen, während die Grundrente nur um so viel entsprechend langsamer wuchs, daß sich der Werth des landwirthschaftlich

bebauten Bodens um nahezu ein Fünftel verminderte. Damit war aber dem ostelbischen Krautjunkerthum, das sich schon seit den Tagen des alten Fritz nur durch verschämte oder auch unverschämte Staatshilfe über Wasser gehalten hatte, abermals die Lebensfrage gestellt.

Wohlgemerkt dieser Fraktion der besitzenden Klassen, nicht aber, wie die Junker zu behaupten liebten, der landwirthschaftlichen Produktion selbst. Die Junker kamen nicht um, weil die landwirthschaftliche Produktion versiegte, sondern die landwirthschaftliche Produktion schien zu versiegen, weil sie sich in den Händen einer feudal beschränkten und tief verschuldeten Klasse befand. Sie harrte der kapitalkräftigen Hände, die sie der großen modernen Produktionsweise anpassen und dadurch auf eine noch nie dagewesene Höhe bringen konnten. Diese Entwicklung ergab sich so unbedingt aus den Lebensbedingungen der modernen bürgerlichen Gesellschaft, daß auf kapitalistischem Boden kein Kraut dagegen gewachsen war. Die Heilmittel, die dennoch probirt oder vorgeschlagen wurden, hatten das Schicksal aller Anläufe, die sich einer historischen Nothwendigkeit entgegenstemmen: sie verstärkten den Druck, den sie schwächen wollten. Die zahlreichen Hypothekenbanken, die der „Kreditnoth" der Junker dadurch abzuhelfen versuchten, daß sie die Hypotheken in börsen- und weltmarktfähige Papiere verwandelten, quälten sich vergebens ab, wie Rodbertus sagte, aus dem Roß einen Vogel zu machen; halfen die künstlichen Flügel dem Rosse für einen Augenblick in die Höhe, so stürzte es um so sicherer im nächsten Augenblicke nieder und zerbrach erst recht alle Glieder. Aber um die Kur, die Rodbertus anrieth, war es nicht besser bestellt. In echt utopistischer Weise wollte er das kündbare Hypothekenkapital durch den unkündbaren Rentenbrief ersetzen; die Waare sollte als Waare produzirt, aber nicht als Waare ausgetauscht werden; Rodbertus wollte die Grundrente, die überhaupt erst durch die bürgerliche Produktionsweise entsteht, durch den mittelalterlichen Rentenbrief, die Verschuldungsform der feudalen Produktionsweise, vor allen unangenehmen Abenteuern schützen, die ihr in der bürgerlichen Welt zustoßen können. Wäre diese Absicht so ausführbar gewesen, wie sie aus einem Dutzend Gründe nicht war, so hätte sie die Junker erst recht in die Tinte gebracht, denn auf unkündbare Rentenbriefe hätten sie das Kapital, das sie brauchten, von der Bourgeoisie nur unter noch viel ungünstigeren Bedingungen erhalten, als auf kündbare Hypotheken.

Unmittelbar ging nun diese ganze Sache das Proletariat nichts an. Die Arbeiter hatten keinen Anlaß, den „historischen Geschlechtern" des alten Preußens, die seit manchem Jahrhundert die kleinen Bauern gelegt hatten, um nun selbst von dem modernen Großbürger gelegt zu werden, eine Thräne nachzuweinen, und die Umwandlung der patriarchalischen in die großindustrielle Landwirthschaft brachte das ländliche Proletariat zwar nicht aus dem Regen in den Sonnenschein, aber doch aus der Traufe in den Regen. Gleichwohl gab es einen Gesichtspunkt, aus dem sich eine Interessengemeinschaft zwischen Junkern und Proletariern konstruiren ließ. Die „Kreditnoth" der Junker entstand dadurch, daß der Kapital-

profit schneller wuchs als die Grundrente; wie nun, wenn der Antheil des Kapitals an dem Nationalprodukte durch den steigenden Antheil des Lohnes gesenkt wurde, wobei der vermehrte Konsum von Brot und Fleisch durch die Arbeiter auch die Grundrente in die Höhe schnellte? Auf diesem Gedanken beruhte der Agrarsozialismus, der in Rodbertus und Rudolf Meyer seine beredtesten Vorkämpfer fand.

Rudolf Meyer war reichlich dreißig Jahre jünger als Rodbertus. Seine Geburt und Erziehung wiesen ihn in die Interessenkreise der ostelbischen Landwirthschaft, während ihn sein kräftiges bürgerliches Selbstbewußtsein und die reichen Kenntnisse, die er sich auf historischem und ökonomischem Gebiete erworben hatte, hinlänglich davor schützten, auf die Irrwege feudaler Romantik zu gerathen oder gar ein literarischer Bedienter des Junkerthums zu werden. Er war ein engerer Landsmann Wageners, unter dessen Leitung er in der konservativen Presse emporkam. Aber weder Wagener noch auch nur Rodbertus bestimmten ihn ausschließlich. Rudolf Meyer war schon das Kind einer neuen Zeit, die der proletarische Klassenkampf zu beherrschen begann. Für die Utopien, in denen Rodbertus lebte und webte, empfand er mehr akademische Bewunderung, als wirkliches Interesse; dafür verstand er um so besser, was für Rodbertus im letzten Grunde doch immer unverständlich blieb. Eine echte Kampfnatur, hatte Rudolf Meyer ein wahlverwandtes Empfinden für den „Emanzipationskampf des vierten Standes", dessen Zeugnisse er mit fleißiger und kundiger Hand erst in der Berliner Revue, dann auch in einem umfangreichen Werke sammelte. Während er dem liberalen Manchesterthum einen überlegenen Krieg machte, erschien er gern in sozialdemokratischen Versammlungen, und ehrlicher Kerl, wie er auf seinem besonderen Standpunkt war, wurde er von den Arbeitern als willkommener Gast betrachtet. Wenn er nicht schon zu ehrlich gewesen wäre, so war er viel zu klug, um soziale Demagogie zu treiben: er verhehlte den Arbeitern nicht, daß ihre und seine Wege schließlich weit auseinander gingen, aber die Strecke, die er mit ihnen gehen wollte, führte nicht abseits in die Sümpfe, sondern lag wirklich auf ihrem Wege, so etwa bis zum Meilensteine des Normalarbeitstages.

Bei den Arbeitern fand Rudolf Meyer das bedingte Verständniß, das seiner bedingten Freundschaft für sie entsprach. Die Junker aber, denen er unbedingt helfen wollte, versagten ihm unbedingt jedes Verständniß. Waren sie schon mißtrauisch gegen Rodbertus, der ihnen seine Pillen doch immer in diplomatisch verzuckerter Form eingab, so entsetzten sie sich je länger je mehr vor dem „konservativen Barrikadenstile" Rudolf Meyers. „Rustikus ist zu dumm", klagte Rodbertus. Gewiß konnte auch der Agrarsozialismus auf die Dauer den Junkern nicht helfen, aber er konnte ihnen historisch ein anständiges Begräbniß sichern nach einem Tagewerke, dem jeder Begriff historischen Anstandes mehr und mehr abhanden gekommen war. Lieber griffen die Braven nach alt beliebter Art zur „Klinke der Gesetzgebung", um sich durch noch ärgere Auspressung und Unterdrückung der Massen eine Galgenfrist zu erkaufen, und so lange die Grundrente noch stieg, fühlten sie das Messer auch noch nicht so recht an ihrer Kehle.

Politisch zerfielen sie in den Tagen des Gründerschwindels und des Kulturkampfs in drei Fraktionen. Die Freikonservativen rekrutirten sich aus den Großgrundbesitzern, die zugleich Großkapitalisten waren, und die Landwirthschaft schon industriell betrieben. Sie gründeten heftig in holdem Wetteifer mit der Bourgeoisie; wie Kardorff das parlamentarische Mundstück Bleichröders war, so spannten sich die Herzöge Ujest und Ratibor vor den Triumphwagen des kapitalistischen Abenteurers Strousberg; zu Klassengenossen der Bourgeoisie geworden, genirten sich die Junker dieser Richtung sogar nicht, die „Kreditnoth“ ihrer Standesgenossen auszubeuten. Gegen eine mäßige Provision bildeten sie den ornamentalen Verwaltungsrath jener berufenen Zentralbodenkreditgesellschaft, die von sechs großen Gründerfirmen: Rothschild, Oppenheim, Fould, Fremy, Bleichröder und Hansemann-Miquel ins Leben gerufen und von der Regierung mit außergewöhnlichen, theilweise selbst gesetzlich anfechtbaren Privilegien ausgestattet worden war, angeblich um den Grundbesitz zu retten, und wirklich, um ihn in die Gewalt des Kapitals zu liefern. Die Neukonservativen aber bestanden aus den Junkern, die überhaupt keinen oder doch so geringen Grundbesitz hatten, daß sie mit Haut und Haaren von der Regierung abhängig waren, aus dem „Chor der Landräthe“, der den Mantel nach dem Winde hing, der von Oben wehte. Endlich die Altkonservativen waren der eigentliche Schlachthaufen des Krautjunkerthums, das noch immer nicht begriff, was in der Welt vorging. Durch Beten und Fluchen glaubten sie die Wiederkehr der patriarchalischen Zeit ertrotzen zu können; sie nahmen, wie Rudolf Meyer spottete, das Schnurren der Räder und das Fauchen der Dampfmaschine für das sinnige Summen des Spinnrades und die Töne des Kuhhorns, und die Arbeiter wollten sie durch „Strafen bessern“, um so der sozialdemokratischen Bewegung den Garaus zu machen.

Bedenklicher und zaghafter, als der Agrarsozialismus eines Rodbertus und eines Rudolf Meyer, geberdete sich der Kathedersozialismus, der im akademischen Treibhause heranwuchs. In seinem Ursprunge war er eine Gelehrtenrevolte gegen die manchesterliche Weisheit, die, da sich nun alles so herrlich erfüllte, nachgerade überschnappte. Sie posaunte die bedenklichsten Profitinteressen des Kapitals als heilige Errungenschaften der Menschheit aus, und das ödeste Sykophantengewäsch, das in England und Frankreich kaum noch ein mitleidiges Achselzucken erregte, tummelte sich als „nationalökonomische Wissenschaft“ auf den deutschen Märkten und Gassen. Hatte Lassalle in geißelnder Uebertreibung gesagt, die deutschen Manchesterleute würden am liebsten allen Staat abschaffen und die Justiz an den Mindestfordernden verganten, so erklärte jetzt der Witzbold Braun in bitterbösem Ernste, der Staat spiele den auftraglosen Geschäftsführer der bürgerlichen, will sagen kapitalistischen Gesellschaft, wenn er die Justiz administrire; das Finden und Fällen der Urtheile sei Sache der Rechtstechniker, die jene Gesellschaft mit ihrem Vertrauen beehre; deren Urtheile habe der Staat einfach zu vollstrecken. Bamberger aber pries die Börse als eine gigantische Arbeitsstätte; er meinte, andere Daseinsformen der Gesellschaft als die gegen-

wärtigen seien der menschlichen Vorstellung so unzugänglich wie die Vorstellung einer außerweltlichen Existenz, und selbst die Erforschung der gegenwärtigen Gesellschaft durch die Statistik erklärten die Manchesterleute für überflüssiges Kopfzerbrechen, da die Volkswirthschaft durch ewige Naturgesetze beherrscht werde.

Gegen diesen Hexensabbath erhob sich eine Anzahl meist jüngerer Gelehrter, die durch historische und statistische Studien gebildet waren. Die Statistik flößte ihnen ketzerische Zweifel an den ewigen Naturgesetzen der Manchesterei ein, und aus der Geschichte kannten sie noch andere Daseinsformen der Menschheit, als die kapitalistische Produktionsweise. Um sie für solchen Frevel den Regierungen zu denunziren und den Spießbürgern zu verdächtigen, wurden sie von den zürnenden Manchesterleuten als Kathedersozialisten getauft, und eines dieser gereizten Gemüther zwang seinem prosaischen Geschäftssinne sogar das schöne Verschen ab: Zum Liebknecht und zum Bebel fehlt ihnen nur der Muth. In Wirklichkeit hatten die Kathedersozialisten weder etwas mit dem wissenschaftlichen Kommunismus, noch mit dem Klassenkampfe des Proletariats zu thun. Sie waren überhaupt keine geschlossene Schule. Ihr rechter Flügel, wie ihn etwa Held vertrat, hegte eine „prinzipielle Abneigung gegen Prinzipien" und unterschied sich sehr wenig von den etwas vernünftigeren Manchesterleuten. Ihr linker Flügel aber, wie ihn etwa Adolf Wagner vertrat, kopirte wohl gelegentlich mit plumpem Ungeschick Lassalles polemische Art oder kokettirte auch mit Rodbertus, um dann wieder in die lächerlichste Muckerei zu verfallen oder den Apportenträger für Bismarcks arbeiterfeindliche Demagogie zu spielen.

Es war kein Zufall, daß der Schwerpunkt des Kathedersozialismus in seine mittlere Richtung fiel. In ihr reagirte die bürgerliche Ideologie, so viel es davon noch in Deutschland gab, gegen das Auseinanderklaffen der bürgerlichen Gesellschaft in die auf Leben und Tod ringenden Klassen der Bourgeoisie und des Proletariats. Schmollers Buch über das deutsche Kleingewerbe und Brentanos Buch über die englischen Gewerkvereine, zwei historische Leistungen von bleibendem Werthe, enthielten den Kern des Kathedersozialismus, so weit er eine geschichtlich bemerkenswerthe Erscheinung war. Er befürwortete Fabrikgesetze und Gewerkvereine, aber nicht im Sinne des wissenschaftlichen Kommunismus, nicht als Etappen des proletarischen Emanzipationskampfes, sondern gerade umgekehrt, im Sinne der bürgerlichen Oekonomie, welche die bürgerliche Gesellschaft erhalten will unter den Bedingungen, unter denen sie logischer Weise erhalten werden kann. Diese Kathedersozialisten waren so wenig Gegner der bürgerlichen Klassen, daß sie vielmehr ihre verständigsten Freunde waren. Sie irrten darin, daß sie die dauernde Rettung der bürgerlichen Gesellschaft überhaupt für möglich hielten, aber wenn diese Rettung noch möglich gewesen wäre, so allerdings nur auf den Wegen, die Brentano und Schmoller vorschlugen. Wäre ihr Rath rechtzeitig gehört worden, so wäre die revolutionäre Arbeiterbewegung in Deutschland zwar nicht erstickt, aber bedeutend verlangsamt worden.

Was aber immer die Kathedersozialisten geleistet haben, das leisteten die Einzelnen als Einzelne. Ihr Versuch, sich zu organisiren und als höhere In-

stanz über den kämpfenden Klassen zu etabliren, war von vornherein mit völliger Unfruchtbarkeit geschlagen. Sie hatten kein gemeinsames Prinzip und konnten die verschiedenen Köpfe nur unter die nebelhafte Kappe des „ethischen Pathos" bringen. Damit war aller möglichen Konfusion das Thor geöffnet, und sie verfehlte nicht, sich pünktlich einzustellen, so daß der Kathedersozialistenkongreß schon nach wenigen Jahren mit dem Volkswirthschaftlichen Kongresse ein Kartell auf Du und Du einging. Sein Einfluß auf die Klassenkämpfe der letzten Jahrzehnte ist gleich Null gewesen.

Die Bourgeoisie ihrerseits zeigte im Frühjahre 1873 praktisch, was sie unter „ethischem Pathos" verstand. Wagener, der seit dem Jahre 1866 wieder in den Staatsdienst getreten war, hatte sich von alten Neigungen bethören lassen, ein wenig am Gründerschwindel zu naschen. Er war kein Sünder vor Anderen und nur an der Pommerschen Zentralbahn betheiligt, einem an sich nützlichen Unternehmen, bei dessen Gründung eher geringere denn ärgere Gesetzesverletzungen vorgekommen waren, als bei hundert anderen Gründungen; verglichen mit den Bahnen Hannover=Altenbeken und Löhne=Vienenburg, die Bennigsen gegründet hatte, sah die Pommersche Zentralbahn beinahe noch so sauber aus, wie ein Kind unter dem Badeschwamm. Auch waren die paar tausend Thaler Gründergewinn, die sich Wagener ausbedungen hatte, in der Milliardenzeit eine solche Lappalie, daß die Börse später spottete, Wagener sei mit Recht gestraft worden, weil er mit derartigen Lumpereien das Geschäft verdorben habe. Aber Wagener, der von den Liberalen schon als der böse Genius Bismarcks gefürchtet wurde, stand seiner Anciennetät nach vor der Ernennung zum ersten Rath im Staatsministerium, als welcher er den persönlichen Vortrag beim Kaiser gehabt haben würde. Dieser einflußreiche Posten, den bisher ein Vertrauensmann der Diskontogesellschaft inne gehabt hatte, durfte auf keinen Fall an einen abgesagten Gegner und zugleich gründlichen Kenner des Kapitalismus übergehen, und so brach denn Lasker, in dessen Fraktion mindestens drei Dutzend dreimal so schuldige Gründer saßen, im preußischen Abgeordnetenhause mit „ethischem Pathos" gegen Wagener los, indem er ihn als das Urbild aller Gründerkorruption niederdonnerte.

Es war eine unbeschreiblich freche Komödie, aber sie gelang. Bismarck opferte seinen alten Freund den „patriotischen Geldmächten", und an die Stelle, von der Wagener fern gehalten werden sollte, trat wieder ein Vertrauensmann der Diskontogesellschaft. Auch wurde eine königliche Untersuchungskommission niedergesetzt, die sich in der Ausrottung der Gründerei als ein gar kurioser Kehrbesen entpuppen sollte. So wenig wie der Agrarsozialismus vom Junkerthum, so wenig wurde der Kathedersozialismus von der Bourgeoisie erhört; diesen Geldprotzen war guter Rath viel zu wohlfeil; lieber ließen sie ihr Lehrgeld aufsummen, bis es unerschwinglich wurde, selbst für ihre tiefen Geldkasten, die nun schon der große Krach auszufegen begann.

Zwölftes Kapitel.

Lassalleaner und Eisenacher.

I. Das Proletariat im Milliardenregen.

Die Arbeiterbewegung erholte sich schnell von den Schlägen des Krieges. Hatte die Krisis nach 1866 sie denken gelehrt, so lehrte der industrielle Aufschwung nach 1870 sie handeln. Durch den Milliardensegen wurde das Geld billiger und der nothwendige Lebensbedarf der Arbeiterklasse theurer; wollte sie ihren Reallohn auf derselben Höhe halten, so mußte sie ihren Geldlohn steigern; eine große Streikbewegung ging durch das deutsche Proletariat.

Diese durchaus unerläßliche Abwehr verschrie die bürgerliche Presse als einen frivolen Angriff. Sie bewegte sich dabei in einem eigenthümlichen Widerspruche. Da nach der manchesterlichen Theorie jeder Streik an den ewigen Naturgesetzen der Volkswirthschaft scheitern mußte, so wurde an jedem noch so siegreichen Streik mit haarsträubender Mißhandlung der Thatsachen nachgewiesen, daß die Arbeiter ihn verloren hätten, aber da auch bewiesen werden mußte, daß die Arbeiter durchaus keinen Anlaß zum Streiken hätten, so wurden sie, trotz aller angeblich verlorenen Streiks, als Schlemmer dargestellt, die zum Frühstücke den Sekt in Weißbiergläsern verpraßten. Die sittliche Empörung darüber nahm sich in den Organen der Bourgeoisie besonders anmuthig aus neben dem Behagen, womit in der nächsten Spalte geschildert wurde, wie auf den Zauberfesten der Gründer Goldfischbecken mit Sekt gefüllt wurden, um die Gäste durch die Todeszuckungen der Thierchen zu ergötzen.

In gewissem Sinne lag die Sache gerade umgekehrt, wie die Manchesterblätter behaupteten. Eines von ihnen sagte denn auch einmal in einem unbewachten Augenblicke speziell über die Berliner Streiks, sie seien häufig siegreich, möge manchmal auch die Lohnerhöhung in dieser oder jener verschämten Form gewährt werden, aber sie verbesserten die gedrückte Lage der Arbeiter nicht, die, was sie heute dem Profite des Kapitalisten entrungen hätten, morgen der Grundrente des Hausbesitzers ausliefern müßten; im Allgemeinen hätten die gestiegenen Löhne der Berliner Arbeiter noch nicht einmal die Steigerung der Wohnungsmiethen ausgeglichen. Damit wurde auf die Wohnungsnoth angespielt, die nach dem Kriege in einer Reihe älterer Städte und namentlich in Berlin allen sozialen Quacksalbern viel Kopfzerbrechen verursachte, obgleich sie eine alte Begleiterscheinung der großindustriellen Revolution war. Wo sich die große Industrie in alten Städten niederläßt, lockt sie ein Heer von Arbeitern an und reißt die engen winkligen Gassen nieder, um dem modernen Verkehre breite Straßen zu schaffen; während die Nachfrage nach Arbeiterwohnungen wächst, sinkt ihr Angebot. In Berlin, Breslau, Köln hatte die Wohnungsnoth in chronischer Form schon seit

den vierziger Jahren bestanden; nach 1870 nahm sie nur durch den reißend schnellen Aufschwung der großen Industrie eine akute Form an. Auch war sie keineswegs das einzige Symptom der drängenden Arbeiternoth; die Vertheuerung der nothwendigsten Lebensbedürfnisse machte sich überall geltend, nur daß sie hier mehr an unerschwinglichen Wohnungsmiethen und dort mehr an unerschwinglichen Brot- oder Fleischpreisen hervortrat; in Berlin irrten Hunderte von Obdachlosen umher, ohne zu wissen, wohin sie ihr Haupt legen sollten, in Nürnberg zogen Hunderte von Hungernden durch die Straßen, um den Bäcker- und Metzgerläden die Fenster einzuwerfen. In Berlin wurde damals berechnet, daß die Wohnungsmiethe um 114, der Haushalt um 67 und die Kleidung um 18 Prozent, die gesammte Haushaltung also um 66 Prozent im Preise gestiegen sei. Von den Berliner Arbeitern hatten aber nur die Maurer und Zimmerer mehr als 90, die Tischler und vielleicht auch noch die Maler etwa 70 Prozent Lohnerhöhung erkämpft, alle übrigen Arbeiter waren mit den Lohnerhöhungen, welche sie durchgesetzt hatten, mehr oder weniger weit hinter den Preissteigerungen zurückgeblieben.

Gelang es nun einem Theile der deutschen Arbeiter wirklich, seine Lebenshaltung etwas zu erhöhen, konnte ein anderer Theil die Steigerung der Lebensmittelpreise durch Erhöhung der Löhne wenigstens einigermaßen ausgleichen, so scheiterte ein dritter Theil überhaupt daran, seine Arbeitsbedingungen zu verbessern. Und wenn der zweite Theil schon zahlreicher war, als der erste, so mochte der dritte Theil zahlreicher sein, als die ersten beiden zusammengenommen. Gerade in den maßgebenden Zweigen der großen Industrie kam es entweder wegen allzu großer Entkräftung der Arbeiter überhaupt nicht zu Massenstreiks, wie in der Textilindustrie, oder die Massenstreiks verliefen überwiegend unglücklich, wie bei den Bergleuten und den Metallarbeitern. 16 000 Bergleute des Ruhrthals mußten im Sommer 1872, nachdem sie mehrere Wochen hindurch tapfer um die achtstündige Schicht und 25 Prozent Lohnerhöhung gekämpft hatten, bedingungslos die Waffen strecken. Dasselbe Schicksal hatten im November 1871 etwa 8000 Maschinenbauarbeiter in Chemnitz, und gleich resultatlos verlief zu gleicher Zeit eine Lohnbewegung unter den 3000 Arbeitern der großen Maschinen- und Waggonfabrik Cramer-Klett in Nürnberg, obgleich diese Arbeiter, in sicherer Voraussicht ihrer Niederlage, die Arbeit nicht erst niederlegten; auch in Berlin verunglückten zwei Maschinenbauarbeiterstreiks. Im Allgemeinen brachte die Milliardenzeit der deutschen Arbeiterklasse eine entschiedene Verschlechterung ihrer Klassenlage; der Minderzahl, der sie eine vorübergehende Erleichterung ermöglichte, stand die Mehrzahl gegenüber, deren Lebenshaltung durch die Vertheuerung der Lebensmittel gesenkt wurde, ohne daß sie die Löhne entsprechend oder auch überhaupt nur zu steigern vermochte.

Erhielten die Arbeiter dadurch eine eindringliche Lehre über das Wesen der kapitalistischen Gesellschaft, die nicht einmal unter den denkbar günstigsten Umständen dem Proletariat ein erträgliches Dasein zu bieten vermag, so zeigte ihnen die Haltung der herrschenden Klassen gegenüber den Streiks, was sie von diesen

ihren „besten Freunden“ zu erwarten haben. Wenn die Unternehmer selbst mit Aussperrungen und Maßregelungen vorgingen, Gegenkoalitionen bildeten und schwarze Listen einführten, so war das auf bürgerlichem Boden ein mehr oder minder legitimer Krieg; auch war es keine neue Erscheinung, daß die Staatsgewalt, wo sie irgend konnte, zu Gunsten der Unternehmer in die Lohnkämpfe eingriff, daß bei einem großen Maurerstreik in Berlin das „soziale Königthum“ den Maurermeistern die Kontrakte für Staatsbauten verlängerte und die Maurergesellen, die ihrer Militärpflicht genügten, den Meistern zur Verfügung stellte. Eher konnte es verwundern, daß die bürgerlichen Parteien ohne Unterschied der politischen Richtung mit gleich blindem Hasse auf die streikenden Arbeiter einschlugen. Keine von ihnen schwang sich auch nur zu einer objektiven Würdigung der Gründe auf, welche die Lohnbewegung der Arbeiter hervorriefen und hervorrufen mußten. Der höchste Grad ihrer Weisheit bestand darin, die Streiks als „sozialdemokratische Machenschaften“ zu denunziren, ein Pfiff, der alles andere eher als pfiffig war.

Denn er drängte den Arbeitermassen unabweisbar die Erkenntniß auf, daß sie unter allen politischen Parteien allein in der Sozialdemokratie eine allezeit zuverlässige Freundin besäßen. Nicht als ob die sozialdemokratischen Fraktionen der Streiklust der Arbeiter irgendwie geschmeichelt hätten. Sie unterstützten die Lohnbewegung der Arbeiter, indem sie ihre Berechtigung nachwiesen, und sie traten auch mit aller Kraft für die siegreiche Durchführung der Streiks ein, wenn sie einmal ausgebrochen waren, aber nichts lag ihnen ferner, als Streiks zu provoziren, und sie wurden nicht müde, den Arbeitern einzuschärfen, daß sie für eine tüchtige Organisation sorgen müßten, ehe sie zu dem zweischneidigen Mittel der Arbeitseinstellung griffen. Selbst ein unruhiger Kopf, wie der Buchbinder Johann Most aus Augsburg, der früher in der österreichischen Arbeiterbewegung thätig gewesen war und sich im Jahre 1871 der Eisenacher Fraktion angeschlossen hatte, nicht ohne von Anfang an durch manche Extravaganzen in der eigenen Partei anzustoßen, bemühte sich doch in Chemnitz bis zum letzten Augenblicke, den Ausbruch des Maschinenbauarbeiterstreiks zu hindern. Besser als ihm glückte es dem Schlosser Karl Grillenberger, der die Lohnbewegung in der Cramer-Klettschen Fabrik umsichtig geleitet hatte, den unvermeidlichen Rückzug ohne die Verluste eines Streiks anzutreten; den Dank dafür zahlten die bürgerliche Presse und der fortschrittliche Magistrat, der zugleich Polizeibehörde war, durch die blödsinnige Behauptung, Grillenberger und die paar Sozialdemokraten, die es sonst erst in Nürnberg gab, hätten den gleichzeitigen Brotkrawall angestiftet. Darüber gingen den Nürnberger Arbeitern, die noch bis nach dem Kriege zu den treuesten Anhängern der Fortschrittspartei gehört hatten, die Augen auf, und sie kamen in hellen Haufen zur Sozialdemokratie.

Wie den Streiks, so stellten sich die Regierungen und die bürgerlichen Parteien mit gehässiger Feindseligkeit der gewerkschaftlichen Bewegung entgegen, die sich aus den Streiks entwickelte. Am gehässigsten im Königreiche Sachsen,

wo sich die politische Szenerie gänzlich geändert hatte seit dem Eisenacher Kongreß und seit dem Tage von Sedan, seitdem der sächsische Partikularismus eingesehen hatte, daß er mit den Arbeitern nicht spielen und gegen die preußische Hegemonie nicht mehr aufkommen könne. Sobald sich die sächsischen Arbeiter offen zum proletarischen Klassenkampfe bekannt hatten, schmolz auch der bürgerliche Radikalismus in Sachsen wie Schnee an der Sonne; schon bei den Reichstagswahlen von 1871 war er großentheils zum verwaschensten Nationalliberalismus übergelaufen, und der Leipziger Polizeidirektor Rüder, ein alter Genosse Robert Blums, gehörte schon zu den ärgsten Peinigern der sächsischen Arbeiter. Das ganze polizeiliche Rüstzeug, das einst der ränkevolle Geist eines Beust ausgeklügelt hatte, um die bürgerliche Opposition zu mißhandeln, wurde jetzt von der bürgerlichen Opposition in trauter Gemeinschaft mit allen rückständigen Elementen dazu gemißbraucht, die Arbeiterbewegung lahm zu legen, und die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung fast mehr noch als die politische. In einem Lande, wo eine große Konzentration der gesundheitsgefährlichen Textilindustrie mit ihren Riesenetablissements, ihrer Frauen- und Kinderarbeit, ihrer seit Jahrzehnten hinsiechenden Hausindustrie, mit ihrer Abhängigkeit von auswärtigen Märkten, Krisen und Stockungen über eine schwächliche, schlechtgelohnte, zu 8000 Köpfen auf die Geviertmeile dicht zusammengedrängte Arbeiterbevölkerung ein wahres Hungerdasein verhängte, arbeiteten die herrschenden Klassen, von der reaktionären Regierung bis zu den bürgerlichen Freiheitshelden, im Schweiße ihres Angesichts daran, jeden Weg aus diesem Hungerdasein zu versperren. Im Anfang des Jahres 1872 schilderte Motteler die Chikanen, wodurch die gewerkschaftliche Bewegung in Sachsen unterdrückt wurde, mit den Worten: „Bald nennt man uns eine Verbindung von Vereinen, die das Gesetz verbiete, bald stempelt man uns zu politischen Vereinen, um uns unter gewisse Gesetzesparagraphen bringen zu können. Bald stehen wir im Geruche, mit der Londoner Internationalen zu gehen, und bald bedrohen wir die Ordnung dadurch, daß wir uns mit öffentlichen Angelegenheiten befassen.“ Und wenn die sächsische Regierung in diesem polizeilichen Kleinkriege vorläufig voran marschirte, so ging die preußische Regierung gleich aufs Ganze; im Jahre 1873 brachte sie an die gesetzgebenden Körperschaften des Reichs einen Entwurf über die kriminelle Bestrafung des Arbeitsvertragsbruchs, der die kaum gewährte Koalitionsfreiheit wieder aufheben sollte.

Alle die wehleidigen Klagen darüber, daß die deutschen Arbeiter, im Unterschiede von ihren englischen Kameraden, lieber revolutionären Utopien nachjagen, als auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft ihre Klassenlage verbessern, erledigen sich durch die einfache Thatsache, daß die deutschen Arbeiter immer durch ein raffinirtes System polizeilicher Unterdrückung aufs politische Gebiet zurückgeworfen worden sind, wenn sie sich auf gewerkschaftlichem Gebiete anzusiedeln gedachten. An und für sich giebt es wenige Dinge auf der Welt, die sich so wenig über einen Kamm scheren lassen, wie die gewerkschaftliche Organisation der modernen Arbeiterklasse. Die Möglichkeit dieser Organisation und damit das Interesse der

Arbeiter für sie wechselt in der verschiedensten Weise; sie ist um so stärker, je mehr die einzelnen Gewerbe noch handwerks- oder manufakturmäßig betrieben werden; sie sinkt tief in der kapitalistisch ausgebeuteten Hausindustrie und auch in den maschinenmäßig betriebenen Großindustrien, in denen die Frauen- und Kinderarbeit eine große Rolle spielt; sie steigt wieder, wo im Maschinenbetriebe die Konkurrenz der Arbeiterhände durch besondere Ansprüche an physische Kraft oder technische Ausbildung beschränkt wird oder wo eine einschneidende Fabrikgesetzgebung die Arbeiter vor schrankenloser Ausbeutung schützt. Alle diese und andere Gesichtspunkte komplizieren sich zu einer bunten Musterkarte von Möglichkeiten und Unmöglichkeiten, und bekanntlich haben auch die englischen Gewerkschaften Jahre und Jahrzehnte hindurch schweres Lehrgeld zahlen müssen, ehe sie zu einer Macht herangewachsen sind.

Wenn sie aber dennoch zu einer Macht heranwachsen konnten, so nur, weil sie wenigstens die allerunerläßlichste Voraussetzung einer gewerkschaftlichen Organisation besaßen. Gewiß haben die englischen Koalitionsverbote schwerere Strafen angedroht und in manchen Fällen auch verhängt, als die deutschen, aber die englischen Arbeiter hatten, was die deutschen Arbeiter noch nie gehabt haben: Preß- und Vereinsfreiheit. Mit der Koalitionsfreiheit verhält es sich ähnlich wie mit dem allgemeinen Wahlrechte: ohne Preß- und Vereinsfreiheit wird sie zum Messer, dem der Griff fehlt. Ihre volle Wirksamkeit kann sie erst entfalten, wenn sie sich auf leistungsfähige Verbände stützt, und solche Verbände lassen sich nicht ohne Preß- und Vereinsfreiheit erhalten. Werden die Anfänge gewerkschaftlicher Verbände durch die chikanöse Handhabung reaktionärer Preß- und Vereinsgesetze erstickt, so bleibt den Arbeitern nichts übrig, als der politische Kampf gegen eine Reaktion, die ihnen alle Vorbedingungen ihrer Klassenorganisation abschneidet.

Von vornherein waren deshalb die deutschen Arbeiter auf den politischen Kampf angewiesen, und es kann gewiß nicht bestritten werden, daß ihr Blick für die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation dadurch manchmal getrübt worden ist. Ganz ähnlich, nur umgekehrt, wie die gewerkschaftliche Organisation den Blick der Trade Unions für die Bedeutung der politischen Organisation getrübt hat, und zwar noch viel andauernder. Denn im Anfange der siebziger Jahre war das Interesse der deutschen Arbeiter fast ebenso sehr, wenn nicht noch mehr, auf ihre gewerkschaftliche, wie auf ihre politische Organisation gerichtet. Natürlich machten sich auch da die Möglichkeiten und Unmöglichkeiten geltend, die in der Natur der gewerkschaftlichen Organisation liegen. Wenn von den beiden ältesten deutschen Gewerkschaften die Schriftsetzer erfolgreichere Lohnkämpfe führten, als die Tabakarbeiter, so war damit nicht gesagt, daß die Tabakarbeiter ihre Sache schlechter gemacht hätten, als die Schriftsetzer. Auch daß sie stärker als diese in die politischen Fraktionskämpfe verwickelt waren, gab nicht den Ausschlag, da Fritzsche als Gewerkschaftsführer geschickt genug zu laviren verstand. Der wirkliche Grund ihrer geringeren Erfolge war vielmehr, daß den Tabakarbeitern die hausindustrielle und die weibliche Arbeit als ein Dorn im

Fleische saß. Die Schriftsetzer und Tabakarbeiter hatten je ein eigenes Organ, und ebenso weit brachten es die Hutmacher, die Gold- und Silberarbeiter, die Porzelliner. Kräftige Ansätze zu gewerkschaftlichen Bildungen entwickelten sich auch bei den Bauhandwerkern, den Maurern, Zimmerern, Tischlern, Putzern. Schlechter kamen die Metallarbeiter vorwärts, theilweise weil sie sich ohne genügende Sonderung der Branchen organisirten, wodurch sehr verschiedene und sogar gegensätzliche Interessen zusammengesperrt wurden. Die Weber tagten 1871 in Glauchau und 1872 in Berlin; so wenig es ihnen an gutem Willen zur gewerkschaftlichen Organisation gebrach, so große Schwierigkeiten hatten sie zu überwinden.

In den politischen Organisationen der Arbeiterklasse gab es noch immer eine Richtung, die der gewerkschaftlichen Organisation mehr oder weniger ablehnend gegenüberstand. Sie trat bei den Lassalleanern stärker hervor, als bei den Eisenachern, aber auch die Lassalleaner stellten tüchtigste Gewerkschaftsmänner, wie den Maurer Grottkau und die Zimmerer Kapell, von denen nach Lübkerts Auswanderung jener den Bund der Maurer, diese den Bund der Zimmerer leiteten. Von den Eisenachern begann der Sattler Ignaz Auer, ein geborener Baier, in Berlin seine Berufsgenossen zu organisiren, in Sachsen war Motteler unermüdlich thätig, und fast am unverdrossensten von allen bemühte sich der damalige Parteisekretär York um die Förderung der Gewerkschaften. Er in erster Reihe brachte auch im Juni 1872 einen Gewerkschaftskongreß in Erfurt zusammen, der von 9920 gewerkschaftlich organisirten Arbeitern beschickt wurde. Davon gehörten 6152 den Internationalen Gewerksgenossenschaften, 3768 lokalen Fachvereinen an. Diese Ziffern waren nicht bedeutend und der Kongreß hatte auch keine einschneidenden Folgen; je schwerer aber die Hindernisse zu bewältigen waren, die in der Sache selbst lagen, um so entscheidender wurde es, daß die sorgsam gepflegten Keime, wo es irgend anging, von der rohen Gewalt der Polizei ausgerottet wurden.

Vergebens suchten die herrschenden Klassen ihre feindselige Gesinnung hinter der Behauptung zu verstecken, daß sie nicht den Gewerkschaften selbst, sondern dem Mißbrauche an den Kragen wollten, den die sozialdemokratische Agitation mit den Gewerkschaften triebe. Mit dieser Heuchelei mochten sie dumme Spießbürger, aber konnten sie nicht die Arbeitermassen täuschen. Sicherlich wollten die sozialdemokratischen Förderer der Gewerkschaftsbewegung durch sie nicht etwa den Emanzipationskampf des Proletariats verflachen, aber ebenso wenig wollten sie mit ihr ein frivoles Spiel treiben. Ein so eifriger Parteimann wie York führte immer wieder aus, die gewerkschaftliche und die politische Arbeiterbewegung müßten auseinander gehalten werden; beide seien gleichberechtigt, aber jede habe ihre besondere Berechtigung; solle die gewerkschaftliche Bewegung gedeihen, so dürfe sie nicht zum bloßen Schwanze der politischen Bewegung werden. Was York und seine Genossen mit den Gewerkschaften wollten, das war die selbständige und unabhängige Organisation der Arbeiterschaft auf ökonomischem Gebiete. Sie verstanden

die Trade Unions viel besser als die bürgerlichen Zeitungsschreiber, viel besser auch als die kathedersozialistischen Professoren, die sich zunächst für die fortschrittlichen Gewerkvereine begeisterten, um dann nach einigen Jahren durch den Mund Brentanos zu gestehen, daß diese Mißgebilde überhaupt keine Gewerkschaften seien, sondern reine Kranken-, Invaliden- und Begräbnißkassen, deren Mitglieder eine platonische Liebe für gewisse Gewerkvereinsideale hegten. Die Regierung und die Bourgeoisie ertrugen aber selbst die fortschrittlichen Gewerkvereine nur mit schlecht verhehltem Widerwillen; schon eine scheinbare Organisation der ökonomischen Arbeiterinteressen war ihnen fatal, und indem sie mit politischen Waffen auf die wirklichen Ansätze einer gewerkschaftlichen Organisation losschlugen, machten sie den Arbeitern klar, daß vor allem anderen die politische Macht der besitzenden Klassen gebrochen werden müsse, gaben sie der revolutionären Arbeiterbewegung einen gewaltigen Anstoß.

Einen nicht minder kräftigen Anstoß empfing diese Bewegung aber auch auf rein politischem Gebiete. Das altpreußische Regierungssystem, das unverändert im neuen deutschen Reiche fortbestand, machte aller schwärmerischen Begeisterung für Kaiser und Reich ein sehr schnelles Ende. Die Militär- und Steuerlasten nahmen nicht ab, und sie wirkten doppelt abschreckend überall in Deutschland, wo die Bevölkerung noch nicht an diese angenehme Fuchtel gewöhnt war. Neben dem Soldatwerden und Steuerzahlen blieb auch das Maulhalten in altpreußischen Ehren. In dem neuen norddeutschen Strafgesetze waren die Kautschukparagraphen des alten preußischen Strafgesetzes ein wenig schärfer gefaßt worden; nun ging dem Reichstage im Jahre 1873 ein neuer Preßgesetzentwurf zu, in dessen § 20 mit Gefängniß oder Festungshaft bis zwei Jahren bedroht wurde, „wer in einer Druckschrift die Familie, das Eigenthum, die allgemeine Wehrpflicht oder sonstige Grundlagen der staatlichen Ordnung in einer die Sittlichkeit, den Rechtssinn oder die Vaterlandsliebe untergrabenden Weise angreife, oder Handlungen, welche das Gesetz als strafbar bezeichne, als nachahmungswerth, verdienstlich oder pflichtmäßig darstelle, oder Verhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise angreife". Wie das Kontraktbruchgesetz auf ökonomischem, so war dieser Paragraph auf politischem Gebiete Bismarcks erstes Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie, aber in seiner kautschukenen Fassung, gegen die Manteuffels Kautschukparagraphen die reinen Waisenkinder waren, konnte er auch jede bürgerliche Opposition erschlagen, und so ging er den bürgerlichen Parteien doch über den Spaß. Da die neuen Wahlen herannahten, so wagte Lasker sogar einmal ein schüchternes Wort von den „Rechten des Volks" zu murmeln, aber das bekam ihm sehr schlecht. Bismarck schnarrte ihn an: „Zum Volke gehören wir Alle, zum Volke gehöre ich ebenso gut wie Sie, ich habe auch mein Volksrecht, ich verbitte es mir, den Namen Volk zu monopolisiren und mich davon auszuschließen. Das verbitte ich mir." Auf diese schnöde Herausforderung fand die liberale Opposition nicht die gebührende Antwort. Die Fortschrittler unterschieden sich

kaum noch von den Nationalliberalen; der von Virchow verfaßte Wahlaufruf, den sie im Jahre 1873 für die nächsten Reichstagswahlen erließen, wurde von dem offiziösen Hauptblatte mit dem sehr verdienten Lobe geehrt, auch der konservativste Mann könne ihm seinen Beifall nicht versagen, und als ein anderes Regierungsblatt die immerhin wohlwollende Voraussetzung machte, der linke Flügel der Fortschrittspartei werde mit Virchows überloyaler Stilübung nicht einverstanden sein, spielten diese Braven noch die beleidigten Patrioten; sie versicherten, keiner ihrer Wahlaufrufe habe je eine so einstimmige Billigung aller Parteimitglieder gefunden, wie dieser.

So förderte das stete Anwachsen der politischen Unzufriedenheit diejenigen Parteien, die gegenüber Bismarck noch ein festes Rückgrat zu bewahren wußten, die rothe und die schwarze Internationale, wie sie im reichspatriotischen Jargon hießen, die sozialdemokratische und die ultramontane Partei. Die katholische Kirche hatte ihre alte und noch immer mächtige Organisation auf den Kriegsfuß gesetzt, seitdem Bismarck und die liberalen Kulturkämpfer in ihr inneres Leben griffen, und schlangenklug, wie sie in den Händeln dieser Welt ist, wußte sie die Waffen der bürgerlichen Freiheit zu schwingen, die Bismarcks Gendarmenpolitik ihr aufnöthigte. In den katholischen Gegenden des Reichs leitete sie den wachsenden Strom des politischen Grolls in ihre Kanäle und kreuzte selbst bis zu einem gewissen Grade die Arbeiterbewegung. Am Rhein und in Schlesien nahm die sozialdemokratische Agitation nach dem Jahre 1870 ein entschieden langsameres Tempo an, und in Baiern verschob sich ihr leitender Standort von den katholischen Städten Augsburg und München auf das protestantische Nürnberg-Fürth. Der Ultramontanismus war durchaus nicht blöde, die in seinem Geistesbanne aufgewachsene Arbeiterbevölkerung mit sozialistischen Forderungen zu födern; sein weitverzweigtes Vereinswesen, das er geschickt auszubauen wußte, bot namentlich den Handwerksgesellen mancherlei Anziehungspunkte; das sozialpolitische Programm, das der Domkapitular Moufang in Mainz aufstellte, sah von Weitem beinahe so aus, wie das Programm Lassalles. Und die brutale Verfolgung, deren Opfer sie waren, beglaubigte die katholischen Priester bei den katholischen Arbeitern noch weit besser, als aller irdische und himmlische Segen, den sie verhießen.

In den protestantischen Gegenden aber, wo die preußische Fuchtel bisher nicht bekannt gewesen war, nahm die sozialdemokratische Agitation einen Aufschwung, der mehr oder minder weit über die Grenzen hinausging, die ihr nach den historisch gegebenen Bedingungen gesteckt waren. So im protestantischen Baiern, so in Hannover, so namentlich in Schleswig-Holstein. Dies verwöhnte Lieblingskind teutscher Nation machte gar verwunderte Augen, als es nun endlich die Milch frommer Denkungsart aus dem mütterlichen Busen trinken durfte. Neben einigen industriellen Orten, Altona, Ottensen, Pinneberg, Kiel, Neumünster, wo der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein von jeher Mitgliedschaften gehabt hatte, schien Schleswig-Holstein mit seiner ackerbautreibenden Bevölkerung,

seiner behäbigen Bauernklasse, seinem eingewurzelten Partikularismus und nicht zuletzt auch seinem plattdeutschen Dialekt der sozialdemokratischen Agitation verschlossen zu sein, und doch machten hier die Lassalleaner nach 1870 verhältnißmäßig noch größere Fortschritte, als die Eisenacher im Königreiche Sachsen. Allerdings spielten dabei auch soziale Gesichtspunkte mit. Auf den Latifundien des östlichen Holsteins entstand dadurch eine tiefe Aufregung des ländlichen Proletariats, daß die Junker die Tagelöhner, die an und für sich schon in den erbärmlichsten Verhältnissen lebten, massenhaft auf die Straße warfen, und zwar deshalb, weil die neue deutsche Gesetzgebung schon nach zweijährigem Aufenthalte den Unterstützungswohnsitz gab, während das holsteinische Recht erst nach fünfzehnjährigem Aufenthalte das Armenrecht gegeben hatte. Aber im Allgemeinen schwellte doch der Zorn über die politischen Bescherungen der Berliner Vorsehung die Segel der sozialdemokratischen Agitation in den Elbherzogthümern, und das Uebrige that dann die schleswig-holsteinische Polizeiwirthschaft, die auch nur in Sachsen ihres Gleichen hatte.

Es waren noch einigermaßen verschobene Verhältnisse. Viele Proletarier, die ihrer Klassenlage nach zur Partei der sozialen Revolution gehörten, schworen einstweilen zur Fahne des innerlich reaktionären Ultramontanismus, während sich unter den Anhängern der Sozialdemokratie in den neupreußischen Landstrichen viele unsichere Kantonisten befanden. Der Besitzstand der Partei in Schleswig-Holstein blieb jähen Schwankungen unterworfen. Aber zahlreiche Mitläufer wurden doch treue Parteigenossen und was die Hauptsache war: die Sozialdemokratie konnte leisten, was der Liberalismus überhaupt nicht mehr und der Ultramontanismus nur vorübergehend leisten konnte: auf sie war auch in rein politischen Fragen steter Verlaß. Indem die leidenden und unterdrückten Klassen der Bevölkerung, weit über das Proletariat hinaus, auf sie blicken lernten als auf eine immer zuverlässige Stütze, erschloß sich ihr eine neue Quelle der Macht, die um so reicher strömen mußte, je mehr die Ausbeutungs- und Unterdrückungspolitik Bismarcks sich übertrumpfte.

II. Der Haager Kongreß.

Die Pariser Kommune hatte Bismarck nicht nur über die deutsche Sozialdemokratie, sondern ihn und seinesgleichen auch über die Internationale aufgeklärt. Die europäische Reaktion waffnete sich gegen den Bund der Arbeiter und verfolgte ihn in allen Ländern des Kontinents. Einer gemeinsamen polizeilichen Razzia, welche die spanische Regierung vorschlug, widersetzte sich die englische Regierung zwar noch, zum Verdrusse Bismarcks, der in seiner offiziösen Presse den britischen Boden als die Freistatt denunzirte, von welcher aus die heilige Sache der Ordnung untergraben würde. Aber auch die englische Regierung schritt gegen die Sektionen der Internationalen in Irland ein und ließ durch

ihre auswärtigen Vertreter Informationen über Verzweigungen des Bundes einziehen, während die republikanische Regierung der Schweiz nur mit Mühe gehindert werden konnte, Flüchtlinge der Kommune an die Rachsucht der französischen Bourgeoisie auszuliefern.

Hand in Hand mit den Unterdrückungsmaßregeln, die der vereinigte Regierungsverstand von Europa auszuklügeln wußte, ging der Verleumdungskrieg, den die Lügenkraft der zivilisirten Welt dem Bunde machte. Apokryphe Geschichten und Geheimnisse der Internationalen, Lärmtelegramme und dreiste Fälschungen öffentlicher Urkunden jagten einander. Den großen Brand von Chicago kündete der elektrische Funke rings um die Erde als die höllische That der Internationalen an, und es war noch ein Wunder, wie ihr Generalrath mit treffendem Spotte sagte, daß nicht auch ein Orkan, der damals Westindien verwüstete, ihrem dämonischen Wirken zugeschrieben wurde. Ihren Gipfelpunkt erreichte diese europäische Hetze, als im September 1872 die Dreikaiserzusammenkunft in Berlin stattfand, von welcher die patriotischen Zinkenisten ein neues Zeitalter des Weltfriedens und des Weltenglücks datirten. Nach ihrer Behauptung war der alte feudalreaktionäre Bund der Ostmächte wiederhergestellt zur Rettung der modernen Gesittung, und uneingedenk der Erfahrung, daß Vögel, die Morgens zu früh singen, Abends von der Katze gefressen zu werden pflegen, erläuterten sie Väterchens Erscheinen in Berlin als endgiltige Absage an alle französischen Revanchegelüste.

Scheinbar ertönten ihre Triumphgesänge auch nicht ganz ohne Grund. Denn in derselben Herbstwoche, wo der deutsche, der österreichische und der russische Kaiser im Schlosse an der Spree tagten, beendete die Internationale auf ihrem fünften Kongreß ihr historisches Dasein. Durch den Fall der Kommune war der Bund in eine sehr schwierige Lage gekommen. Engels, der sich im Jahre 1870 aus der kaufmännischen Thätigkeit zurückgezogen hatte und gemeinsam mit Marx im Generalrath arbeitete, sagt darüber: „Die Internationale wurde in den Vordergrund der europäischen Geschichte gedrängt in einem Augenblicke, wo ihr die Möglichkeit aller erfolgreichen praktischen Agitation abgeschnitten war. Die Ereignisse, die sie zur siebenten Großmacht erhoben, verboten ihr gleichzeitig, ihre Streitkräfte mobil zu machen und thätig zu verwenden, bei Strafe der unfehlbaren Niederlage und Zurückdämmung der Arbeiterbewegung auf Jahrzehnte." In der That, so und nicht anders lag die Sache. Die „respektablen" Trade Unions hatten sich von der Internationalen zurückgezogen, wegen der Parteinahme des Generalraths für die Kommune, und das französische Proletariat bedurfte nach dem erschöpfenden Kriege, der Aushungerung von Paris und dem furchtbaren Aderlaß der Kommune einer geraumen Zeit, um neue Kräfte zu sammeln. Für die Stütze, welche die Internationale in ihren französischen Sektionen verlor, war es ein sehr zweifelhafter Ersatz, daß die Flüchtlinge der Kommune den Generalrath in London überschwemmten und in den endlosen Streit rissen, der den unausbleiblichen Niederschlag jeder gescheiterten Revolution bildet. Eine Ahnung von diesen Wirren gab es, wenn Frau Marx an Johann Philipp

Becker schrieb, man gelte schon für preußisch, wenn man nicht auf all den französischen Firlefanz von Lug und Trug schwören wolle, was ihr platterdings unmöglich sei.

Während so die Internationale in England und Frankreich mehr oder weniger den Boden unter den Füßen verlor, wurde sie in einer Reihe ökonomisch oder politisch weniger entwickelter Länder, in Belgien, Holland, Italien, Spanien, einem Theile der Schweiz, durch inneren Hader zerrüttet. Das Proletariat dieser Länder befand sich theilweise noch in einem Entwicklungsprozeß, den die englischen, französischen und deutschen Arbeiter schon in vormärzlicher Zeit durchgemacht hatten: in der Periode des Sozialismus, der von Politik nichts wissen will, weil die Arbeiter in den politischen Kämpfen der besitzenden Klassen stets die Betrogenen gewesen sind. Dieser Sozialismus versteht die kapitalistische Gesellschaft noch nicht nach ihren historischen Existenzbedingungen; er begreift weder die Nothwendigkeit ihres Entstehens noch die Nothwendigkeit ihres Vergehens; er ist sich deshalb auch völlig unklar über die Mittel, durch die das Proletariat befreit werden kann. In dem politischen Kampfe der Arbeiterklasse sieht er einen Rückfall in alte Irrthümer, eine neue Täuschung, die eine neue Macht der Unterdrückung heranzüchte. Er will die bürgerliche Gesellschaft bis auf den letzten Stein niederreißen, jede Spur ökonomischer und politischer Herrschaft vernichten, aber er will dies Ideal der Zukunft auch schon in der Gegenwart verwirklichen, indem er dem Proletariat die „politische Enthaltung", den Verzicht auf seine Organisation und damit den Verzicht auf die einzige Waffe empfiehlt, die ihm den Sieg über die konzentrirten Machtmittel der herrschenden Klassen verschaffen kann.

Der unpolitische Sozialismus ist ein Durchgangsstadium in der historischen Entwicklung des proletarischen Klassenbewußtseins. Er mußte deshalb auch in der Internationalen vertreten sein, deren Aufgabe gerade darin bestand, die verschiedenen Arbeiterparteien der einzelnen Länder über die weltgeschichtliche Aufgabe des modernen Proletariats aufzuklären und dadurch ihre nothwendigen Entwicklungsstadien abzukürzen. Jedoch wurde er eine Gefahr für die Internationale, als Bakunin ihn am Ende der sechziger Jahre unter dem Stichworte des Anarchismus zu sammeln begann und mit seiner Hilfe die Herrschaft über den großen Arbeiterbund an sich zu reißen versuchte. Daß Bakunin ein Agent der russischen Regierung gewesen sei, ist oft behauptet, aber nie bewiesen worden, und die Gründe, die dafür zu sprechen scheinen, lassen sich sehr wohl aus Bakunins panslavistischen Neigungen erklären, wegen deren er schon in den Revolutionsjahren von seinen alten Freunden Marx und Engels bekämpft worden war. Es wäre auch zu viel gesagt, wenn man Bakunins anarchistische Theorie einzig und allein auf das Konto seines persönlichen Ehrgeizes setzen wollte. Ein geborener Russe, stammte er aus einem Lande, das den proletarischen Klassenkampf noch nicht einmal in seinen ersten Anfängen kannte, und über ein Jahrzehnt lang dem europäischen Geistesleben fern gehalten, bewegte er sich noch ganz in den Anschauungen des vormärzlichen Sozialismus, als er im Jahre 1860 seinem sibirischen

Eiskerker entflohen war. Theoretisch knüpfte er mit seinem Anarchismus an Proudhon und Stirner an, und praktisch berührte er sich mannigfach mit Weitling: in der wachsenden Verelendung der Masse sah er den wirksamsten Hebel der sozialen Revolution und in den Deklassirten ihre stärksten Vorkämpfer. Aber soviel ist auch richtig, daß persönlicher Ehrgeiz und persönliche Eifersucht auf Marx mitspielte bei Bakunins Versuchen, die Herrschaft über die Internationale zu gewinnen, zu diesem Zweck ihre Organisation zu zerrütten und die europäische Arbeiterbewegung auf eine längst überwundene Stufe ihrer historischen Entwicklung zurückzuwerfen.

Es ist klar, daß der unpolitische Sozialismus einen Januskopf trägt, der auf der einen Seite ein sehr harmloses, auf der anderen Seite ein sehr blutdürstiges Gesicht zeigt. Ein Sozialismus, der die politische Enthaltung empfiehlt, aber doch die bürgerliche Gesellschaft umwälzen will, verläuft entweder in die harmloseste Selbsthilflerei, Sektenstifterei und Utopisterei, oder in geheime Verschwörungen, Attentate und Putsche. Und es ist ebenso klar, daß er in den vierziger Jahren, wo noch so viel Utopismus im Schwange ging, mehr sein harmloses, und in den sechziger Jahren, wo der naturwüchsige Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat schon so schroff ausgeprägt war, mehr sein blutdürstiges Gesicht hervorkehrte. Durch die „Propaganda der That" gewannen die Anarchisten eine gewisse Fühlung mit den Blanquisten, dem entschlossensten Flügel der Kommuneflüchtlinge. Beide gingen sehr weit in ihren Zielen auseinander, denn die Anhänger Blanquis wollten sich gerade der politischen Gewalt durch einen raschen Handstreich bemächtigen, um durch sie eine revolutionäre Diktatur auszuüben, aber beide kamen überein in der Praxis der revolutionären Handstreiche. Einer Praxis, die den Regierungen die willkommene Gelegenheit bieten mußte, gegen die arbeitenden Klassen eine Praxis der reaktionären Handstreiche einzuleiten, und zwar mit einer zermalmenden Wucht, gegenüber der alle Attentate und Putsche, welche die Bakunisten und Blanquisten, einzeln oder gemeinsam, ausrichten konnten, nur als unreife Knabenspiele erschienen.

Der Generalrath der Internationalen und Marx als sein leitender Kopf widersetzten sich Bakunins Wühlereien mit äußerster Kraft, und würden sie unter gewöhnlichen Verhältnissen bald bewältigt haben. Wurden sie ihrer doch sogar Herr unter den außergewöhnlichen Verhältnissen, die nach dem Falle der Pariser Kommune eingetreten waren. Aber eine andere Frage war, ob die Aufrechterhaltung der von Außen und Innen gleich sehr bedrängten Internationalen der europäischen Arbeiterbewegung nicht unverhältnißmäßig große Opfer auferlegte. Marx bejahte diese Frage, und entschloß sich, die von dem internationalen Proletariat für sein praktisches Handeln und Schlagen geschmiedete Waffe vom anarchistischen Roste zu säubern und sie dann bis zur Wiederkehr günstigerer Zeiten auf dem Fechtboden niederzulegen. Und auf dem Haager Kongresse führte er seinen Entschluß aus.

Die internationale Ausdehnung der Arbeiterbewegung trat auf diesem Kongresse noch klarer und schärfer hervor, als auf den früheren Kongressen des

Bundes. Nach ihren Geburtsländern berechnet befanden sich unter den 64 Delegirten 20 Franzosen, 16 Deutsche, 8 Belgier, 6 Engländer, 3 Holländer, 3 Spanier, 2 Schweizer, 2 Ungarn, 1 Pole, 1 Irländer, 1 Däne und 1 Korse. Und es stellte sich alsbald heraus, daß der bisherige Generalrath über eine starke Mehrheit verfügte; namentlich die Deutschen und — mit einer Ausnahme — auch die Franzosen standen zu ihm, während die Engländer getheilt und ungleich stimmten. Das Bestreben der Bakunisten, entsprechend ihrer anarchistischen Doktrin den Generalrath zu einem bloßen „Briefkasten", zu einem „Bureau für Korrespondenz und Statistik" herabzudrücken, wurde vereitelt, der Generalrath in seinen Befugnissen als vollziehender Ausschuß der Assoziation bestätigt und gesichert. Der Kongreß sagte sich durch einen feierlichen Beschluß von jeder Verantwortlichkeit für das Treiben der Bakunisten los und stieß Bakunin nebst einem seiner Helfershelfer aus dem Bunde.

Um so schwerer wurde es der siegreichen Mehrheit, den Generalrath nach New York zu verlegen, wie die Mehrheit seiner bisherigen Mitglieder beantragte, und darunter auch Marx, der mit Engels dem Kongresse persönlich beiwohnte. Namentlich die deutschen Delegirten widersetzten sich dem Antrage, der schließlich nur mit einer schwachen Mehrheit durchging. Den Ausschlag gab, daß die Mehrheit des bisherigen Generalraths eine Wiederwahl ablehnte, Marx und Engels speziell, weil ihnen sonst die Fortführung ihrer wissenschaftlichen Arbeiten unmöglich sei, ein Grund, der natürlich nicht in subjektivem, sondern in objektivem Sinne verstanden sein sollte und auch verstanden wurde. Wie Marx allemal willig seine wissenschaftliche Arbeit unterbrach, wo sich eine Möglichkeit praktischen Handelns für die Arbeiterklasse bot, so nahm er sie gern wieder auf, wo diese Möglichkeit nicht mehr vorhanden war. Trat aber die bisherige Mehrheit des Generalraths zurück, so konnte die oberste Leitung des Bundes nicht in London bleiben, ohne die dringende Gefahr, entweder den französischen Blanquisten mit ihrer Putschtaktik oder den englischen Arbeiterführern mit ihren „respektablen" Tendenzen in die Hände zu fallen. Und wenn London fortfiel, so war New York der einzige Ort, der die beiden nöthigen Bedingungen vereinte: Sicherheit der Archive und internationale Zusammensetzung des Generalraths.

Ohne Zweifel ging es bei diesen Berathungen und Beschlüssen des Haager Kongresses ein wenig diplomatisch her, was durch die damalige Lage der Internationalen zur Genüge erklärt und gerechtfertigt wurde. Ein paar Jahre später schrieb Engels kürzer und offener: „Angesichts der Unmöglichkeit, gegenüber der allgemeinen Reaktion den an sie gestellten gesteigerten Forderungen zu entsprechen und ihre volle Wirksamkeit anders aufrecht zu erhalten, als durch eine Reihe von Opfern, an denen die Arbeiterbewegung hätte verbluten müssen, — angesichts dieser Lage zog sich die Internationale vorläufig von der Bühne zurück, indem sie den Generalrath nach Amerika verlegte." Und nicht nur vorläufig zog sie sich zurück, sondern für immer. Die Internationale hielt im Jahre 1873 noch einen Kongreß in Genf ab, aber thatsächlich stellte sich heraus, daß ihre historische

Aufgabe vollbracht war. Der Gedanke der internationalen Solidarität hatte in dem modernen Proletariat so tiefe Wurzeln geschlagen, daß er keiner äußeren Stütze mehr bedurfte, und die nationalen Arbeiterparteien entwickelten sich durch die industriellen Umwälzungen der siebziger Jahre so eigenthümlich und kräftig, daß sie über den Rahmen der Internationalen hinauswuchsen, ähnlich wie die europäische Arbeiterbewegung durch die industriellen Umwälzungen der fünfziger Jahre über den Rahmen des Kommunistenbundes hinausgewachsen war.

III. Die letzten Fraktionskämpfe.

In die deutsche Arbeiterbewegung griff die Krisis der Internationalen gar nicht oder so gut wie gar nicht ein. Der Generalrath des Bundes machte in einer gegen Bakunin gerichteten Veröffentlichung die beiläufige und ziemlich vom Zaune gebrochene Bemerkung, daß die Lassalleaner zu einfachen Werkzeugen der Polizei geworden seien, nachdem sie jahrelang die Organisation der deutschen Arbeiter gehindert hätten, und dieser ungerechte Ausfall reizte den Neuen Sozialdemokraten zu nicht weniger ungerechten Ausfällen gegen Marx und die Internationale. Aber mit Bakunins anarchistischer Theorie und Praxis hatten die Lassalleaner so wenig zu thun wie die Eisenacher.

Seit dem Tage von Sedan waren die beiden Fraktionen in der nationalen Frage einig. Sie standen im gemeinsamen Kampfe gegen das Berliner Regierungssystem. Auch in der prinzipiellen Auffassung des wissenschaftlichen Kommunismus hielten sie eine gemeinsame Höhe inne, insofern als beiden die historisch-materialistische Dialektik noch immer fremd war. Hasselmann entwickelte im Neuen Sozialdemokraten auf „naturrechtlichem“ Wege, daß den Arbeitern die Produkte gehörten, welche sie allein geschaffen hätten, und der Versicherungsbeamte C. A. Schramm, der im Volksstaat eine Reihe bemerkenswerther Artikel über die ökonomischen Grundbegriffe veröffentlichte, folgerte in ganz ähnlicher Weise, aus der Werththeorie von Marx ergebe sich die Berechtigung der sozialistischen Forderungen, der Anspruch der Arbeiter auf die von ihnen geschaffenen Werthe. Selbst Liebknecht stellte Buckle, den Historiker des Manchesterthums, als den bahnbrechenden Geist auf geschichtswissenschaftlichem Gebiete hin, wie es Marx auf sozialwissenschaftlichem und Darwin auf naturwissenschaftlichem Gebiete sei.

Der einzige der damaligen Parteischriftsteller, der in seiner Weise den historischen Materialismus erfaßt hatte, war Dietzgen, der fleißigste Theoretiker der Eisenacher, doch bewegten sich seine trefflichen Aufsätze zu eng im philosophischen Geleise, als daß sie auf die mitten im praktischen Kampfe stehenden Arbeiter wirksamen Eindruck hätten machen können. Eine Reihe älterer und neuerer Arbeiten von Marx und Engels, die der Volksstaat veröffentlichte, die Abhandlungen über den Bauernkrieg, die Adresse über die Pariser Kommune, setzten zu viel voraus, um den Arbeitern schon in Fleisch und Blut überzugehen,

und in die praktischen Tagesfragen, an denen sich die historisch-materialistische Auffassung am anschaulichsten hätte erläutern lassen, griffen die Altmeister des wissenschaftlichen Kommunismus selten ein. Die Anhänger der Eisenacher Fraktion klagten oft über die allzu gelehrten und schwerfälligen Artikel des Volksstaats, und selbst der Parteiausschuß hielt der Redaktion die Schreibweise des Neuen Sozialdemokraten als Muster vor. Die geistige Hauptnahrung blieben auch für die Arbeiter dieser Richtung die Agitationsschriften Lassalles; „der Organisation nach waren wir Eisenacher, dem Prinzip und der Agitation nach Lassalleaner", schrieb später bei einem Rückblick auf diese Zeit Karl Grillenberger, der Tüchtigsten einer aus dem Nachwuchse der Eisenacher.

Unzweifelhaft war auch der Neue Sozialdemokrat nicht blos in der populären Darstellung, sondern auch in der scharfen Auffassung der ökonomisch-sozialistischen Probleme dem Volksstaat überlegen. Als die Frage der Wohnungsnoth alle Welt beschäftigte, knüpfte Hasselmann an sie an, um in einer Reihe musterhaft klarer Artikel die Grund- und Bodenfrage auseinander zu legen, während der Volksstaat über dieselbe Frage dem Proudhonisten Mülberger das Wort gab zu allerlei konfusen Ausführungen, die dann Engels durch seine klassischen Abhandlungen über die Wohnungsfrage ins Reine brachte. Zu dem überhebenden Tone, den die Eisenacher gerade in theoretischen Fragen gern gegen die Lassalleaner anschlugen, hatten sie durchaus keinen Anlaß. Der Krieg, den Bracke gegen den „Lassalleschen Vorschlag" der Produktivassoziationen mit Staatshilfe eröffnete, zeigte den trefflichen Mann auf einem Holzwege; das Zerrbild, das er von Lassalles Vorschlag entwarf, indem er ihn den „vergeblich nach Hoffähigkeit strebenden königlich preußischen Regierungssozialismus" nannte, existirte nur in seiner Phantasie; Hasselmann vertrat, wie schon Schweitzer vor ihm, die Produktivassoziationen mit Staatskredit immer in dem Sinne, daß sie nach dem Siege des Proletariats die erste praktische Handhabe zur Vergesellschaftung der Produktionsmittel sein sollten. Der Drang zur gründlichen Revision ihres Programms machte sich unter den Eisenachern stark geltend, aber in einer Form, die eben nur die noch große theoretische Unklarheit dieser Fraktion verrieth. Bodenreformerei, Abschaffung des Erbrechts und sonst allerlei eklektischer Sozialismus, der bei den Lassalleanern schon von Schweitzer abgethan worden war, machte sich in ihren besten Köpfen noch sehr breit, und sogar bei Bracke war noch nicht die Neigung erstorben, durch zeitweilige Verhüllung des prinzipiellen Kommunismus dem radikalen Kleinbürgerthum entgegenzukommen.

Nur in einer Frage, und zwar in der sehr wichtigen Gewerkschaftsfrage, war die theoretische Klarheit bei den Eisenachern entschieden größer als bei den Lassalleanern. Im Mai 1873 veröffentlichte der Volksstaat mehrere vorzügliche Artikel über die Gewerkschaften, die heute noch mit Genuß und Nutzen gelesen werden können. In diesen „praktischen Emanzipationswinken" wurde nachgewiesen, daß die gewerkschaftliche Bewegung eine gleich bedeutsame und gleich berechtigte Waffe des proletarischen Emanzipationskampfes sei, wie die politische Bewegung,

aber daß zwischen beiden Bewegungen eine scharfe Trennung durchgeführt werden müsse. In lichtvoller Weise wurden die einzelnen Aufgaben der Gewerkschaften erörtert, wurde gezeigt, was sie als wirksame Hebel der proletarischen Klassenlage, als Uebungsfelder demokratischer Selbstverwaltung, als Keime der zukünftigen Gesellschaftsorganisation, genug als Organe des bewußten Kampfes für die Emanzipation des Proletariats leisten können, immer unter der Voraussetzung, daß die gewerkschaftliche Bewegung das ihr mit der politischen Bewegung gemeinsame Ziel auf anderem selbständigen Wege verfolge. Die anonym erschienenen Artikel waren von dem Schriftsetzer Karl Hillmann verfaßt und bekundeten einen bedeutenden Fortschritt gegen die Verhandlungen des Stuttgarter Kongresses über die Gewerkschaftsfrage. Allerdings erhob sich im Volksstaate sofort eine protestirende Stimme gegen sie, doch war die Auffassung Hillmanns unverkennbar die herrschende in der Eisenacher Fraktion. Dagegen hatten die Gewerkschaftsmänner der Lassalleaner einen schweren Stand, und sie würden einen noch schwereren Stand gehabt haben, wenn nicht die Berliner Bauhandwerker mit ihren erfolgreichen Streiks im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein eine beherrschende Stellung eingenommen hätten. Der Allgemeine Unterstützungsverband hatte sich einer ernsthaften Streikbewegung gegenüber als ohnmächtig erwiesen, und der Versuch, ihn auf lokaler Stufenleiter als Berliner Arbeiterbund zu erneuern, hatte keinen besseren Erfolg. Die fachlich gegliederten Gewerkschaften, wie den Maurer- und Zimmererbund, hielt die Macht der Thatsachen aufrecht, aber der doktrinäre Widerstand verstummte nicht. Auf jeder Generalversammlung erhob er seine Stimme, und erzielte auch immer Beschlüsse, welche die bestehenden Gewerkschaften auflösen oder mindestens zu Filialen des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins herabdrücken wollten.

In der Organisation hatten wieder die Lassalleaner den Vortritt. Ihr Heer war gerüsteter, schlagfertiger, zahlreicher. Auf ihren Generalversammlungen, die wie 1871, so auch 1872 in Berlin, 1873 aber in Frankfurt a. M. stattfanden, musterten sie in ansteigender Zahl bis zum zweiten Zehntausend aktiver Mitglieder, während die Eisenacher, die ihre Kongresse 1871 in Dresden, 1872 in Mainz und 1873 in Eisenach abhielten, eben nur knapp ans erste Zehntausend herankamen. Freilich hatte die Organisation der Lassalleaner auch ihre bedenklichen Seiten. Zugeschnitten auf eine diktatorische Leitung, mußte sie zu bösen Rivalitäten um den beherrschenden Einfluß führen, wenn der Präsident ein Mann war, wie Hasenclever, dem im Guten und Schlimmen das Zeug zu einem Diktator fehlte. Neben ihm standen Hasselmann als Redakteur des Vereinsorgans, der Hutmacher Derossi aus Düsseldorf als Sekretär und der Kassirer Grüwel, die alljährlich durch die Generalversammlung gewählt wurden, wie der Präsident durch Urabstimmung aller Mitglieder. Im Vereinsorgan wachte Hasselmann eifersüchtig darüber, daß keine schriftstellerische Kraft neben ihm aufkam; das geistige Leben des Vereins erhielt dadurch, so wenig es sektenhaft war, doch eine sektenhafte Färbung. Auch die übrigen Mitglieder des Vorstandes kamen unter Hasen-

clever zu weit größerem Einfluß, als sie unter Schweitzer besessen hatten, Grottkau, die Kapells, namentlich auch der nach Iserlohn zurückgekehrte Tölcke. Das wäre ein unzweifelhafter Fortschritt gewesen, wenn die Parteileitung eine demokratische Verfassung gehabt hätte, in der die einzelnen Kräfte nebeneinander hätten arbeiten können; da ihnen dieser legitime Spielraum fehlte, so stießen sie feindlich aufeinander. Der Kultus, den die Lassalleaner mit ihrer Organisation trieben, hatte seine triftigen Gründe, aber er wurde sehr übertrieben; seinen starrsten Vertreter fand er in Tölcke, dem die Berliner Leitung immer noch nicht genug zentralisirte, obgleich er selbst in der Provinz saß.

Die Eisenacher hatten ihren Ausschuß seit 1871 in Hamburg, wo Geib und York die leitenden Köpfe waren, die Kontrollkommission wurde 1871 nach Berlin, 1872 nach Breslau, 1873 nach Frankfurt a. M. verlegt. Ihre Organisation war viel loser als die Organisation der Lassalleaner, die Mitglieder zahlten ihre Beiträge saumseliger und spärlicher, gegenüber den blühenden Finanzen der Lassalleaner kamen die Eisenacher nicht aus der Schuldennoth heraus. Aber bei allen unverkennbaren Schattenseiten hatte ihre Organisation doch auch ihre Vorzüge. Schon daß die unvermeidlichen Reibungen zwischen den verschiedenen Organen der Parteileitung immer offen und sachlich ausgetragen werden konnten, war nicht hoch genug zu schätzen.

Besonders aber hatten die Eisenacher eine reichere Literatur und Presse als die Lassalleaner. Schon im Jahre 1871 entstanden neben dem Crimmitschauer Bürger- und Bauernfreund der Dresdener Volksbote, die Chemnitzer Freie Presse, der Braunschweiger Volksfreund als Lokalblätter der Partei, bald auch in Nürnberg-Fürth das Demokratische Wochenblatt, das 1873 ins Eigenthum der Partei überging. In fast überreicher Fülle erwuchsen dann neue Lokalblätter in Hof, Gera, Eisenach, Mainz, München, wo der Proletarier inzwischen eingegangen war. Aus dem geplanten literarischen Aktienunternehmen war die Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig geworden, die neben dem Volksstaat eine schnell anwachsende Broschürenliteratur pflegte. Auch Bracke, der den Braunschweiger Volksfreund verlegte, gab eine Reihe Parteischriften heraus.

Die „Intelligenzen“ erwiesen sich für die Eisenacher keineswegs als so verhängnißvoll, wie die Lassalleaner behaupteten. Nur in Nürnberg-Fürth führte ein häßlicher Krakehl zwischen den sonst sehr begabten Literaten Memminger und Mook zu peinlichen Störungen der fränkischen Bewegung, die dann aber nach Beseitigung der beiden Störenfriede unter den treuen Händen der Arbeiter Grillenberger, Gabriel Löwenstein, Scherm, Wörlein um so gedeihlicher emporwuchs. Auch mochte es ein Erfolg von zweifelhaftem Werthe sein, daß Bernhard Becker sich bei den Eisenachern einfand; seine Redaktionsführung in dem Braunschweiger Volksfreund und seine gehässigen Schriften über Lassalles Agitation und Lebensende trugen viel zur Verhetzung mit den Lassalleanern bei. Aber sonst bewährten sich die jungen literarischen Kräfte der Eisenacher durchaus: Bruno Geiser und Max Reißer in Breslau, Johannes Wedde in Hamburg,

Wilhelm Blos, der von der süddeutschen Volkspartei kam und bald neben Hepner den Volksstaat redigirte, während Liebknecht seine Festungshaft abbüßte. Im fernen Königsberg gab der Referendar Kokosky eine Monatsschrift, die Demokratischen Blätter heraus, die sich freilich nicht lange halten konnten, Kokosky ging dann an den Braunschweiger Volksfreund.

Auch die Arbeiter betheiligten sich bei den Eisenachern viel eifriger an der Broschüren- und Zeitungsliteratur, als bei den Lassalleanern, bei denen die mündliche Agitation überwog. Die historische Entwicklung brachte es mit sich, daß die Arbeiterbewegung in den siebziger Jahren nicht solche Theoretiker stellen konnte, wie in den vierziger Jahren, wo der Bund der Kommunisten die Kämpfe der deutschen Philosophen- und der englisch-französischen Sozialistenschulen mit theilnehmendem Verständniß begleitet hatte; der einzige, der an die Weitling, Eccarius, Pfänder erinnerte, war Dietzgen. Die neue Arbeiterbewegung war von vornherein mit praktischen Aufgaben über und über belastet, und die theoretische Arbeit hatten vorläufig die großen Denker des wissenschaftlichen Kommunismus vollbracht. Ihre Untersuchungen zu popularisiren und den Tageskampf mit den bürgerlichen Oekonomen zu führen, das war die bescheidene, aber nützliche und mit gutem Erfolge gelöste Aufgabe der Arbeiter, die in der Eisenacher Fraktion zur Feder griffen. Den Vogel schoß der Schriftsetzer Franz ab, der sich im Jahre 1870 einem gegen ihn als Redakteur des Proletariers eingeleiteten Hochverrathsprozesse der baierischen Regierung mit Zustimmung seiner Parteigenossen durch die Flucht nach Zürich entzogen hatte. Hier war Viktor Böhmert, ein deutscher Manchestermann, zum Professor an der Universität avancirt, und da er zu den verständigeren Vertretern seiner Schule gehörte, so hielt er sich für verpflichtet, das „ewige Naturgesetz" von manchesterlichen Gnaden, wonach mit der Akkumulation des Kapitals auch der Wohlstand des Kleinbürgerthums und des Proletariats wachsen soll, einmal durch die offizielle Statistik des Kantons Zürich zu beweisen und daneben den Sozialismus aus freier Faust abzuthun. Franz bewies nun in einer etwas derben und grobschlächtigen, aber inhaltlich vortrefflichen Schrift, daß der beamtete Lehrer der Statistik aus den von ihm beigebrachten Zahlen das Gegentheil von dem herauslese, was thatsächlich darin stehe. Ernst Engel, der bedeutendste deutsche Statistiker, der mit seiner charakteristischen Ehrlichkeit ehedem schon zu Lassalles Eideshelfer geworden war, erkannte jetzt in der Zeitschrift des königlich preußischen statistischen Bureaus an, daß Böhmert von Franz gründlich geschlagen worden sei; Franz habe unwiderleglich nachgewiesen, daß eine Verminderung des Mittelstandes und somit eine Vermehrung des Proletariats, und zwar in absolutem wie relativem Sinne, stattgefunden habe, und daß selbst im idyllischen Schweizerlande, in einer freien Republik, „eine wahnsinnige Konzentration des Kapitals in immer weniger Hände" eine unleugbare Thatsache sei.

Die Unterschiede zwischen den beiden sozialdemokratischen Fraktionen wurzelten in der Verschiedenheit ihrer historischen Entwicklung. Die Lassalleaner waren

die ältere Fraktion und hatten eine sechsjährige Kriegserfahrung vor den Eisenachern voraus; die günstigsten Quartiere waren schon in ihren Händen, als die Eisenacher begannen. Die Lassalleaner waren weit überwiegend in dem einzigen Großstaate des neuen Reichs vertreten; sie hielten die Reichshauptstadt und eroberten von ihr aus die Mark Brandenburg, das Stammland der neuen Kaiser. Sie beherrschten den Lauf der Oder von Breslau bis Stettin. Ihre Fahne wehte über dem alten mächtigen Hamburg mit dem schleswig-holsteinischen Vorlande, über Bremen und Lübeck und Hannover, alten Hansestädten, in denen moderner Handel und moderne Industrie kräftig emporblühten. Im Westen besaßen sie Elberfeld-Barmen mit dem bergisch-märkischen Industriebezirk, im Südwesten Frankfurt a. M. mit dem Maingau. Dagegen beherrschten die Eisenacher zwar auch ein altes Vorland deutscher Kultur, aber das Königreich Sachsen war seit dem Anfange des Jahrhunderts politisch sehr ins Hintertreffen der nationalen Entwicklung gekommen, worunter mit der einzigen Ausnahme Leipzigs namentlich auch seine großen Städte litten. In der Residenzstadt Dresden hatten die langen Jahre Beustischen Regiments das öffentliche Leben schauerlich verkümmert, und die Fabrikstadt Chemnitz war weit und breit verrufen wegen der geistigen Verlotterung ihrer ungebildeten Emporkömmlinge von Fabrikanten; der Volksstaat selbst wies einmal drastisch nach, daß keine Stadt in Deutschland unter sonst gleichen Verhältnissen auf einer so unglaublich niedrigen Kulturstufe stände, wie das sächsische Manchester. Dann erstreckten sich die hauptsächlichen Besitzungen der Eisenacher über die kapitalistisch ausgebeutete Hausindustrie der mitteldeutschen Klein-, über die erst wie Inseln aus dem handwerksmäßigen Betriebe emporragenden Industriebezirke der süddeutschen Mittelstaaten. Der Drang nach landsmannschaftlicher Gruppirung, der bei den Eisenachern stark hervortrat, war in den Verhältnissen begründet, und wenn die Blätter dieser Fraktion manchmal im Uebermaß für Dezentralisation schwärmten, so mochten sie mehr aus der Noth eine Tugend machen, als daß sie die Vorzüge der Zentralisation verkannt hätten.

Soviel zeigte sich auf den ersten Blick, daß die Unterschiede der beiden Fraktionen mehr auf ihre Ergänzung, als auf ihre Bekämpfung hinwiesen. Auf jede besondere Stärke der Lassalleaner kam eine besondere Schwäche der Eisenacher, und umgekehrt. Die gegenseitige Unterstützung bei Streiks, die gemeinsame Arbeit in Gewerkschaften, der praktische Kampf gegen die gemeinsamen Feinde führte die Mitglieder beider Fraktionen an manchen Orten auch schon zusammen; in Württemberg, wo die Lassalleaner allerdings nur in der Hauptstadt einen starken Posten hatten, war sogar schon ein völliges Einvernehmen hergestellt; die Süddeutsche Volkszeitung, die im Jahre 1873 unter der Redaktion Karl Hillmanns in Stuttgart zu erscheinen begann, wurde von Lassalleanern und Eisenachern begründet. Aber die praktisch angesponnenen Fäden der Versöhnung zerrissen doch meistens wieder bei den unvermeidlichen Grenzfehden; besonders übel nahmen es die Eisenacher, als Frohme und der Schuhmacher Hartmann aus Hamburg im Sommer 1872 eine umfassende Agitation in Süddeutschland unter-

nahmen. Eine wirkliche Versöhnung war nur auf offiziellem Wege möglich und damit hatte es eine eigenthümliche Bewandtniß.

Die Lassalleaner spielten ein wenig den älteren Sohn vom Hause, dem sich der jüngere Sohn zu fügen habe; sie ließen die Einigungsfrage sehr an sich kommen, aber soweit sie sich darüber äußerten, hatte die Sache wenigstens Hand und Fuß: ihre Ansichten über die unpraktische Organisation und den „Halbsozialismus" der Eisenacher, dem es mit dem proletarischen Klassenkampfe kein rechter Ernst sei, mochten übertrieben oder ganz unrichtig sein, aber sie ließen eine aufklärende Diskussion zu. Umgekehrt waren die Eisenacher die viel eifrigeren Friedensprediger, aber die viel ungeschickteren Friedensstifter. Sie warfen den Lassalleanern hauptsächlich deren angebliche, bewußte oder unbewußte Abhängigkeit von der preußischen Regierung vor, und damit waren natürlich alle sachlichen Verhandlungen von vornherein abgeschnitten. Selbst Lassalle wurde von der Presse der Eisenacher als ein ganz guter Poet, aber ein sehr schlechter Politiker behandelt; in den Volksstaat verirrte sich sogar einmal das böse Wort: Wäre Lassalle nicht von selbst gekommen, so hätte Bismarck ihn erfinden müssen.

Der einzige Beweis für alle solche Unterstellungen war die Behauptung, daß die Lassalleaner von Polizei und Staatsanwaltschaft so gut wie unbehelligt blieben, während die Eisenacher die schwersten Verfolgungen zu ertragen hätten. Mit der Richtigkeit dieser Behauptung war es aber nicht zum Besten bestellt. In Schleswig-Holstein wurden die Lassalleaner ebenso drangsalirt, wie die Eisenacher in Sachsen. Frohme, der angeblich als „Polizeiagent" in Süddeutschland agitirt hatte, wurde wegen dieser Agitation unter eine Reihe von Anklagen gestellt, von seinem Wohnorte Bremen wie ein gemeiner Verbrecher und öfter mit gemeinen Verbrechern zusammengefesselt, von einem Gefängniß ins andere geschleppt; den Weg von Bensheim nach Lorsch an der Bergstraße, wo er das Verbrechen des „Hochverraths" begangen haben sollte, mußte er mit Ketten an Händen und Füßen zu Fuß zurücklegen, obgleich er an einer schweren Beinwunde krankte; schließlich wurde er wegen absoluter Nichtigkeit der gegen ihn erhobenen Anklagen aus der Untersuchungshaft entlassen, was alles für einen „Polizeiagenten" doch höchst wunderbare Schicksale waren. Richtig war immerhin, daß der Volksstaat schwerer mit Preßprozessen bedrängt wurde, als der Neue Sozialdemokrat, aber das war ein sehr vorübergehender Zustand und bewies ebenso wenig, als die verhältnißmäßige Preßfreiheit, die das Demokratische Wochenblatt seiner Zeit in Leipzig genossen hatte. Ohnehin rühmte sich der Neue Sozialdemokrat nicht ganz ohne Grund, daß er den Fußangeln der reaktionären Preß- und Strafgesetze besser auszuweichen wisse, als der Volksstaat.

Jedoch gereichte der aussichtslosen Versöhnungstaktik der Eisenacher zur Entschuldigung, daß die Lassalleaner ihr einen Schein von Berechtigung gaben. Tölcke wollte an die Generalversammlung des Jahres 1872 einen Antrag bringen, der allen Gewerkschaften der Lassalleaner das Lebenslicht ausblasen sollte. Aber Hasselmann weigerte sich, den Wortlaut des Antrags im Vereinsorgane zu ver-

öffentlichen, und die Preßkommission stimmte ihm auf eine Beschwerde Tölckes zu. Unzweifelhaft hatte sie dazu ihre sachlichen Gründe; es war ganz zwecklos, einen solchen Zankapfel in die Arbeiterwelt zu werfen, während die Streikbewegung am höchsten ging. Nun witterte Tölcke in seinem Eifer für die reine und unversehrte Organisation Lassalles hinter dem ablehnenden Bescheide eine Intrigue Schweitzers, und in einer Sitzung des Vorstandes, die am 3. März 1872 in Hannover stattfand, richtete er gegen Hasselmann die Beschuldigung, unter einer Decke mit Schweitzer zu spielen, der im Dienste der preußischen Regierung für die Gewerkschaften eingetreten sei, um die Kraft der Arbeiterbewegung durch ihre Vertheilung in verschiedene Kanäle zu brechen. Schweitzer stehe mit dem Berliner Polizeipräsidium in Verbindung und hinterbringe dieser Behörde alles, was in der Arbeiterbewegung vorfalle. Tölcke erzählte aus der Zeit, wo er die stellvertretende Leitung des Vereins gehabt hatte: „Schweitzer sagte mir kurz vor dem Antritte seiner Haft, daß ich mich zu jeder Zeit, wenn etwas passire, an das Polizeipräsidium wenden könne. Schweitzer ist mit mir dorthin gegangen und hat mich vorgestellt, wobei er eine große Kenntniß der Räumlichkeiten entwickelte.“ Zu alledem erklärte Tölcke weiter, daß Schweitzer die einlaufenden Beiträge der Mitglieder in seinem Interesse verwandt habe; auch aus der Kasse des Unterstützungsverbandes habe Schweitzer 500 Thaler entnommen und zu seinem Bankier getragen.

Der erste Eindruck dieser Enthüllungen auf die Hörer war der sehr natürliche Ausruf: Wenn das alles wahr ist, wenn du das alles gewußt und dennoch immer die Partei Schweitzers genommen hast, so bist du ja ein noch viel ärgerer Verräther als Schweitzer. Diese Schlußfolgerung war ganz unabweisbar. Entweder verhielten sich die Dinge so, wie Tölcke behauptete, und dann hatte er seit dem Herbste 1868 eine ebenso schimpfliche, aber noch viel kläglichere Rolle gespielt, als Schweitzer, oder Tölcke hatte sich durch seinen fanatischen Organisationskultus in allerlei Wahngebilde hineingelebt, um den ihm unbegreiflichen Widerstand gegen die strenge Wiederherstellung der Lassalleschen Organisation zu erklären. Heute, wo sich alle einschlägigen Verhältnisse klar übersehen lassen, kann kein Zweifel daran bestehen, daß der zweite Fall vorlag. Tölcke war ein ehrlicher Mann und glaubte an seine Einbildungen; moralisch entlastet es ihn, daß er sich selbst darin die allerschlechteste Rolle zuertheilte, aber ihre völlige Grundlosigkeit tritt dann nur um so schärfer hervor. Ueber die Annahme, daß Schweitzer im Dienste der preußischen Regierung die gewerkschaftliche Bewegung eingeleitet habe, ist überhaupt kein Wort zu verlieren, aber auch der Besuch auf dem Polizeipräsidium verliert alles Anstößige, wenn man sich die Umstände vergegenwärtigt, unter denen Tölcke von Schweitzer nach Berlin gerufen wurde. Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein war damals gerade in Leipzig verboten und in Berlin etwas formlos wieder eröffnet worden; wenn Schweitzer, der immer großen Werth darauf legte, die formelle Vereinsorganisation so lange als möglich aufrecht zu erhalten, mit Tölcke aufs Polizeipräsidium ging, um sich zu

vergewissern, daß Tölckes Stellvertreterschaft von der Polizeibehörde anerkannt werden würde, so that er nichts Schlimmeres, als ein Jahr später Bracke, der sich gleichfalls auf die Polizeidirektion in Braunschweig begab, um nachzuforschen, ob dem nach dieser Stadt verlegten Ausschusse der Eisenacher polizeiliche Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden würden. Schweitzer wäre ja auch nicht nur ein Schuft, sondern ein kompleter Narr gewesen, wenn er sich, um während seiner Haft die Arbeiterbewegung in verrätherischen Händen zu lassen, den ungefähr gescheidtesten und gewitztesten seiner Anhänger hundert Meilen weit verschrieben hätte, um ihn dann als Zuträger beim Polizeipräsidium anzustellen. Und sicherlich hätte der alte Barrikadenkämpfer Tölcke sofort Lärm geschlagen, wenn die Dinge sich wirklich so abgespielt hätten, wie er fünf Jahre später sich einbildete.

Auch die angeblichen Unterschlagungen Schweitzers lösen sich in leeren Dunst auf, wenn man ihnen auf den Leib rückt. Allerdings hatte er 500 Thaler aus der Verbandskasse genommen und zu seinem Bankier getragen, aber dieser Bankier war auch der Bankier des Verbandes, an den die Einnahmen, sobald sie eine gewisse Höhe überschritten hatten, abgeführt werden mußten; Schweitzer hatte nur den formellen Fehler begangen, bei der Hinterlegung der Summe nicht zwei Mitglieder des Verbandsausschusses zuzuziehen, wie die Statuten vorschrieben. Unterschlagungen konnte er überhaupt nicht machen ohne Mitschuld des Vereins- und des Verbandskassierers; zudem hatten, gerade mit Rücksicht auf die schon von den Eisenachern gegen Schweitzer erhobenen Vorwürfe, die Generalversammlungen von 1870 und 1871 die Kassenverhältnisse aufs eingehendste untersucht und durch einstimmigen Beschluß ihre völlige Ordnung anerkannt.

Im Verlaufe dieser Streitigkeiten ist Schweitzer dann beschuldigt worden, die Vereinskasse zwar nicht widerrechtlich geplündert, aber kraft seiner diktatorischen Vollmachten in aller Form Rechtens geschröpft zu haben. Allein Schweitzer hatte alle seine Arbeit für den Verein unentgeltlich gethan, bis ihm im Jahre 1869 wider seinen Willen 45 Thaler Monatsgehalt aufgedrungen wurden, die er selbst auf 25 Thaler herabsetzte und zunächst überhaupt nicht erhob; hat er sie später erhoben, so kann es nur im letzten Jahre seines Präsidiums geschehen sein, wie er denn auch für seine letzte große Rundreise im November und Dezember 1869 die gewöhnlichen Agitatorendiäten angenommen hat. Die sonstigen Tausende von Thalern, die er geschluckt haben soll, sind allein im Interesse des Vereinsorgans aufgebracht worden und übersteigen wenig die Höhe der Gerichtskosten und Geldstrafen, die der Sozialdemokrat während seines mehr als sechsjährigen Bestehens zu leisten hatte. In den ersten Jahren seines Bestehens wurden die Fehlbeträge des Blattes aus Hofstettens Mitteln gedeckt, nach Erschöpfung dieser Mittel half die Vereinskasse aus, bis Schweitzer durch den Tod seines Vaters zu einigem Vermögen kam. Dann kam er selbst für die Unterbilanz des Sozialdemokraten auf, bis die Partei das Blatt und zum Theil auch die Verbindlichkeiten des Blattes übernahm. Die Summen, die nominell Schweitzer, thatsächlich aber das Vereinsorgan auf diese Weise erhalten hat, bestanden hauptsächlich aus den

1000 Thalern, welche die Generalversammlung von 1868, und den 1000 Thalern, welche die Generalversammlung von 1871 bewilligte; dazu kamen noch kleinere Beträge, wie ein paar hundert Thaler, welche die Berliner Mitglieder während des deutsch-französischen Krieges für den Sozialdemokraten aufbrachten. Von Gegnern Schweitzers ist die Gesammtsumme einmal auf 2500 Thaler angegeben worden; mag sie so hoch oder höher oder niedriger gewesen sein, immer handelte es sich um Aufwendungen für einen wichtigen, um nicht zu sagen den wichtigsten Parteizweck, um Aufwendungen, die Wucherzinsen getragen haben, und in der Geschichte der Partei ehrenvoll gebucht sind: der Sozialdemokrat war für die sechziger Jahre ein so klassisches Organ des Proletariats, wie die Neue Rheinische Zeitung für die Revolutionsjahre gewesen war und wie der Züricher Sozialdemokrat für die achtziger Jahre werden sollte.

Eine dritte Behauptung geht dahin, daß Schweitzer der Kasse des Vereins kein Leid gethan, sie im Gegentheil aus den geheimen Fonds der Regierung gespeist und aus dieser Quelle zugleich für sich die Mittel zu einem luxuriösen Leben geschöpft habe. Aber die Generalversammlungen von 1870 und 1871 haben nach sorgfältigster Prüfung einstimmig erklärt, daß nie ein Pfennig unrechtmäßigen Gutes in die Vereinskasse geflossen sei, und die Behauptungen über Schweitzers verschwenderische Lebensführung sind auch nur in der Zeit laut geworden, wo er seinen Vater beerbt hatte: vorher hat er durchaus eine bescheidene Existenz geführt, und nach seinem Rücktritte von der Agitation hat er sich mühsam als Bühnendichter durchgeschlagen.

Diese Einzelheiten sind etwas ausführlicher klargelegt worden, weil sie einmal eine große Rolle in der sozialdemokratischen Parteigeschichte gespielt haben und weil die Ehre eines Mannes an ihnen hängen geblieben ist: für die historische Frage nach Schweitzers Schuld oder Unschuld sind sie natürlich ohne jede Bedeutung. Diese Frage löst sich in die beiden anderen Fragen auf: Hat Schweitzer eine konsequente und wohldurchdachte Politik getrieben, die bei aller Anfechtbarkeit im Einzelnen sich im Ganzen nur aus den Interessen der Arbeiterklasse, nicht aber aus den Interessen der Regierung erklären ließ? Und konnte eine mächtig anschwellende, von den kräftigsten und vorgeschrittensten Schichten des Proletariats getragene Bewegung lange Jahre hindurch von einem Polizeiagenten genasführt werden? Die Antwort auf diese Fragen geben die historischen Thatsachen.

Die Debatten der Vorstandssitzung fanden ihre Fortsetzung in der Generalversammlung, die im Mai 1872 in Berlin zusammentrat. Wieder wurden die lebhaftesten Anklagen gegen Tölcke laut, und ein Delegirter beantragte seine Ausschließung, was vollkommen berechtigt war, wenn sich alles so verhielt, wie Tölcke behauptete. Damit drohte aber auch eine neue Krisis über den Verein hereinzubrechen, und nun zeigten sich die bedenklichen Seiten des Kultus, der mit der straffen Zentralisation getrieben wurde. Bei den Eisenachern wäre der Konflikt bis in seine letzten Konsequenzen ausgetragen worden, welcher Art sie immer sein mochten, bei den Lassalleanern entschied das Vereinsinteresse. Noch

während der Verhandlung wurde Schweitzer, der als Zuhörer zugegen war, zum Verlassen des Saales aufgefordert, da er nicht Mitglied des Vereins sei. Dann wurde die Sache einer Kommission zur Prüfung übergeben, die mit dem Entscheide zurückkam, gegen Schweitzer lägen große gewichtige, aber durch ganz bestimmte Thatsachen nicht erweisbare Gründe zum Mißtrauen vor, dagegen habe Hasselmann sich von allem Verdachte gereinigt und Tölcke habe früher nicht anders handeln können, da er keine genügende Beweise gehabt habe. Beide hätten sich verständigt, womit der Antrag auf Ausstoßung Tölckes erledigt sei, die Generalversammlung müsse Beiden ihr Vertrauen schenken. Diese Entscheidung der Kommission wurde mit allen gegen eine Stimme genehmigt, dann faßte die Generalversammlung noch den Beschluß, daß Schweitzer nicht mehr in den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein aufgenommen werden könne. 5595 Stimmen waren dafür, 1177 dagegen, 1219 enthielten sich der Abstimmung.

Sobald diese Vorgänge durch das Protokoll der Generalversammlung ruchbar wurden, riefen sie unter den Eisenachern natürlich eine große Aufregung hervor. Der Volksstaat sagte nicht nur: So ist Alles bestätigt, was von unserer Seite gegen Schweitzer eingewandt worden ist, sondern er sagte auch, wie so viele Lassalleaner: Ist Schweitzer schuldig, so sind es Hasenclever, Hasselmann, Tölcke auch. Es war den Eisenachern nicht zu verdenken, wenn sie in schärfster Weise namentlich gegen Tölcke vorgingen, der im Jahre 1869 Liebknecht und Bebel als falsche Brüder angeklagt hatte, während er nach seiner jetzigen Behauptung damals schon gewußt haben wollte, daß Schweitzer in heimlichen Beziehungen zur preußischen Polizei stehe. Die Lassalleaner erkannten zu spät ihren schweren Fehler und suchten nun einzulenken. Der Neue Sozialdemokrat sagte, bei Schweitzers Verurtheilung habe es sich nicht um seine Beziehungen zur preußischen Regierung, die ihm nicht nachgewiesen und nicht einmal vorgeworfen seien, sondern um „ganz andere Dinge" gehandelt. Nachgewiesen waren ihm solche Beziehungen gewiß nicht, aber vorgeworfen allerdings, und die „ganz anderen Dinge" entpuppten sich als einige unverfängliche Notizen über die Geschichte des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, die Rudolf Meyer auf seinen Wunsch für seine historischen Arbeiten über die Arbeiterbewegung von Schweitzer erhalten hatte. Schweitzer selbst hatte die harmlose Sache gelegentlich auf der Redaktion des Neuen Sozialdemokraten erzählt, und die kleine literarische Gefälligkeit, die er einem konservativen, aber unabhängigen und mit der Arbeiterbewegung sympathisirenden Schriftsteller erwiesen hatte, konnte nur dadurch zu einem „Verrathe" aufgebauscht werden, daß der Neue Sozialdemokrat die Form, die Meyer den Mittheilungen Schweitzers gegeben hatte, auf Schweitzers Konto schrieb.

So waren die Versöhnungsversuche der beiden Fraktionen vollständig verfahren. Die Bemühungen des Volksstaats, sie dennoch fortzusetzen, indem er darauf drang, daß die Lassalleaner auch die Schweitzer absägen müßten, nachdem sie den Schweitzer losgeworden seien, konnten nur das Gegentheil der be-

absichtigten Wirkung erzielen. In einer scharfen Verfügung, die der Volksstaat an der Spitze des Blattes abdrucken mußte, machte die Kontrollkommission in Breslau dieser Einigungstaktik ein Ende, die nach ihrer richtigen Bemerkung den Riß immer noch erweitern mußte, statt ihn zu schließen.

Inzwischen hatte die Notiz, daß Schweitzer nun auch von den Lassalleanern verworfen worden sei, die Runde der bürgerlichen Presse gemacht, und in seiner ersten Aufregung richtete Schweitzer an die Organe dieser Presse ein Schreiben, worin er sagte, daß solche Erscheinungen „des Undanks oder des Blödsinns“ nicht verwundern könnten „bei Leuten, von denen nur ein sehr kleiner Theil durch die Begeisterung für eine neue Idee bewegt werde, während die weitaus Meisten nur durch den Neid gegen die höheren Gesellschaftsklassen oder durch andere unschöne Motive angetrieben würden“, wozu dann noch ihr beschränkter Horizont komme. Das war ein sehr häßliches Wort, das Schweitzer schon um seiner selbst willen nicht hätte sprechen sollen, aber es war nicht sein letztes Wort. Als wegen des ihm zugefügten Unrechts der Hamburger Bevollmächtigte Bräuer mit einigen hundert Anhängern vom Verein abfiel, weigerte sich Schweitzer, ihre Führung zu übernehmen und der Arbeiterbewegung um seiner Person willen einen Stein in den Weg zu werfen. Statt neuer Zersplitterung empfahl er dringend in einem „an die Arbeiter Deutschlands“ gerichteten Flugblatt die Einigung der beiden Fraktionen. Ueber die erlittene Kränkung ging er mit den Worten hinweg: „Bin ich schuldlos, dann hat die Generalversammlung an mir ein schändliches Unrecht begangen. Bin ich schuldig, dann that die Generalversammlung ein schändliches Unrecht am Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein, indem sie diejenigen Personen im Amt der Parteileitung ließ, die jahrelang in meiner nächsten Umgebung waren, jeden meiner Schritte beobachten konnten, bei jeder meiner Amtshandlungen die ausführenden Werkzeuge waren und somit als meine Mitschuldigen dastanden.“ Dann begründete Schweitzer in durchsichtig-klarer, an seine besten Tage erinnernden Weise die Nothwendigkeit wie die Möglichkeit der Einigung: „mit den Führern, wenn diese wollen, ohne sie, wenn sie unthätig bleiben, trotz ihnen, wenn sie widerstreben, Einheit um jeden Preis.“ Man liest nicht ohne Bewegung die vergilbten Blätter, das ehrliche und kluge Abschiedswort eines Mannes, der in schwierigsten Zeiten das Steuer der Sozialdemokratie mit sicherer Hand geführt und dem klassenbewußten Proletariat unvergängliche Dienste geleistet, der dann, verstrickt in die Folgen seines besten Thuns, manches Unrecht gethan und schlimmeres Unrecht erduldet hat. Noch nicht drei Jahre später, im Juli 1875, ist Schweitzer in der Schweiz gestorben.

Eine praktische Wirkung hatte sein Flugblatt nicht, selbst die „Bräuerschen“ blieben als einflußloses Sonderfraktiönchen bestehen. Zwischen den beiden großen Fraktionen dauerte der Krieg im Jahre 1873 fort, in unerträglicheren Formen fast als jemals früher. Der Volksstaat stimmte zu, als Löb Sonnemann im Frühjahr dieses Jahres einen Bierkrawall in Frankfurt a. M. dahin erläuterte, daß die Lassalleaner ihn im Auftrage der preußischen Regierung angestiftet hätten,

um den ehernen Felsen aller Bürgertugend, Menschenfreundschaft und Volksherrschaft, nämlich die Frankfurter Börsen- und Gründerdemokratie zu erschüttern, und Tölcke veröffentlichte eine Broschüre, worin er nachweisen wollte, daß die Gräfin Hatzfeldt, Liebknecht und Schweitzer immer geheime Verbündete gewesen wären, die durch ihre öffentlichen Scheinkämpfe die Arbeiterbewegung hätten ruiniren wollen. Es war, als ob jede der Fraktionen dafür sorgen wollte, daß am nahenden Tage der Versöhnung keine der anderen etwas vorzuwerfen habe.

IV. Die Aera Tessendorff.

Die neuen Wahlen zum Reichstage, die am 10. Januar 1874 stattfanden, deckten vor aller Welt die Thatsache auf, daß Bismarck im Laufe dreier kurzer Jahre eine unvergleichlich günstige Situation in unglaublich kurzsichtiger Weise verfahren hatte. Er wurde nunmehr gestraft, womit er gesündigt hatte. Durch seine Preßsöldlinge war jeder Widerstand gegen seinen Despotismus als „Reichsfeindschaft" denunzirt worden, und nun ergaben die Wahlen, daß, ohne Anrechnung der halben Million fortschrittlicher Stimmen, die nach Bismärckischer Rechnung halb „reichsfreundlich" und halb „reichsfeindlich" einzuschätzen waren, 2 408 549 unbedingt „reichsfreundlichen" Stimmen gegenüber standen 2 339 936 unbedingt „reichsfeindliche" Stimmen. Die „Reichsfreunde" hatten also nur noch die bescheidene Mehrheit von 74 613 Stimmen, und diese Mehrheit war thatsächlich schon eine bedenkliche Minderheit, wenn man erwog, wie manches Hunderttausend „reichsfreundlicher" Stimmen durch die bekannten Wahlmittelchen erpreßt worden war.

Günstiger, als das Verhältniß der abgegebenen Stimmen, stellte sich für Bismarck freilich die Vertheilung der Mandate. Die Nationalliberalen und die Ultramontanen hatten in runder Summe je anderthalb Millionen Stimmen davongetragen, jene aber etwa 150 und diese etwa 100 Mandate. Am ungünstigsten fuhren in dieser Beziehung die Sozialdemokraten. Sie hatten die ansehnliche Zahl von 351 670 Stimmen erobert, über sechs Prozent aller abgegebenen Stimmen, die Lassalleaner 180 319, die Eisenacher 171 351. Aber die Lassalleaner hatten im ersten Wahlgange nur zwei Wahlkreise in Schleswig-Holstein gewonnen, Altona (Hasenclever) und Plön-Segeberg (Reimer), die Eisenacher nur sechs Wahlkreise im Königreiche Sachsen, Freiberg (Geib), Mittweida (Vahlteich), Chemnitz (Most), Glauchau-Meerane (Bebel), Zwickau-Crimmitschau (Motteler) und Stollberg-Schneeberg (Liebknecht). Zur Stichwahl standen noch 11 sozialdemokratische Kandidaten: in Berlin VI und Westhavelland, in Hamburg I und II, in Itzehoe und Kiel, in Dresden-Altstadt, Leipzig-Land und Borna, im Fürstenthum Reuß ä. L. und in Elberfeld-Barmen. Von ihnen allen siegten nur Hasselmann in Elberfeld-Barmen und Johann Jacoby im Leipziger Landkreise. Aber Jacoby lehnte die Wahl ab, und sein Wahlkreis ging in der Nachwahl wieder verloren.

Jacoby hatte sich nach dem Leipziger Hochverrathsprozesse den Eisenachern durch eine öffentliche Erklärung angeschlossen, praktisch wollte er nun aber doch nicht mitthun, da er den Rechtsbruch nicht anerkennen könne, auf dem das neue Reich beruhe. Darauf antwortete der Volksstaat mit aller Achtung vor Jacoby, so gesetzlich wie die preußische Verfassung und der preußische Landtag, wo Jacoby doch so lange mitgethan habe, sei das neue Reich noch alle Tage, und wenn Jacoby einmal auf diesem Standpunkte stehe, so hätte er sich nicht in einem aussichtsreichen Wahlkreise aufstellen lassen dürfen. Wie anders klang diese Sprache schon, als die Sprache des Demokratischen Wochenblattes, das sechs Jahre früher auf Jacobys verstimmte Protestpolitik die größten Hoffnungen gesetzt hatte!

Trotz der geringen Zahl von nur neun eroberten Mandaten konnten die sozialdemokratischen Wähler mit höchster Genugthuung auf das Ergebniß ihrer Anstrengungen blicken. Im Königreiche Sachsen, in Schleswig-Holstein, in den Hansestädten Hamburg, Bremen und Lübeck war schon mehr als der dritte Theil aller abgegebenen Stimmen auf ihre Kandidaten gefallen, in den nord- und mitteldeutschen Kleinstaaten, namentlich in Braunschweig und im Thüringischen, hatten sie die stattlichsten Ziffern auf den Tisch geworfen; von allen preußischen Provinzen war Posen die einzige, wo sie noch keine Anhänger zählten, in Ostpreußen hatten sie schon 3262, in Pommern 4918 Stimmen gemustert. Die 11 279 Stimmen Berlins erreichten nicht ganz die erwartete Höhe, doch kam Hasenclever in der fortschrittlichen Hochburg des Maschinenbauerviertels mit Schulze-Delitzsch in die Stichwahl, und der panische Schreck der Bourgeoisie über dies symptomatische Vorzeichen kommender Dinge entschädigte für die leichte Enttäuschung. Verhältnißmäßig langsam war der Fortschritt in Rheinland-Westfalen, in Schlesien und in Baiern, den drei Hauptrekrutirungsbezirken des Ultramontanismus. Doch machte in Baiern das protestantische Franken mit 11 029 Stimmen eine rühmliche Ausnahme. In Württemberg war noch nicht ganz klare Bahn geschaffen; in mehreren Wahlkreisen schloß die Sozialdemokratie von vornherein Kompromisse mit der Volkspartei, und in Stuttgart selbst flammte durch die Wahl noch einmal der Hader zwischen Eisenachern und Lassalleanern auf. Diese gewannen 1977, jene 434 Stimmen, im ganzen Lande wurden 8954 sozialdemokratische Stimmen gezählt. In Baden leiteten die Agitation von Mannheim aus für die Lassalleaner Dreesbach, und für die Eisenacher der Tapezierer Ehrhart; auf beide Fraktionen zusammen fielen 3516 Stimmen. In Rheinbaiern, wo sich seit dem Kriege die große Industrie in Kaiserslautern und namentlich in der Vorderpfalz anzusiedeln begann, fehlte dem Proletariat noch die nöthige Schulung; als sich die gänzlich verarmten Weber des Städtchens Lambrecht bei einer Gemeindewahl mit jähem Entschluß aufrafften und das ganze Fabrikantenthum vom Rathhause fegten, wurden die neuen proletarischen Gemeinderäthe mit leichter Hand wieder beseitigt, da sie den Kniffen und Maßregelungen ihrer Ausbeuter nicht gewachsen waren.

Die sozialdemokratischen Fraktionen waren getrennt in die Wahlschlacht marschirt. Anscheinend zu ihrem Schaden, denn wenn sie von vornherein gemein-

sam operirt hätten, so würden sie vielleicht ein paar Mandate mehr gewonnen haben. Thatsächlich zu ihrem Vortheile, denn die fast gleiche Zahl von Stimmen, die jede Fraktion aufgebracht hatte, wirkte abkühlend auf die gegenseitige Ueberreizung. Die Lassalleaner sahen, daß die Eisenacher mehr als ein Anhängsel der bürgerlichen Demokratie seien, und die Eisenacher erkannten, daß die Regierungsfreundlichkeit der Lassalleaner ein Märchen sei. Die politische Haltung der Lassalleaner in dem Wahlkampf war geradezu tadellos gewesen; in Frankfurt a. M., wo sie in der Stichwahl zwischen Lasker und Sonnemann entscheiden mußten, hieben sie trotz alledem ihren alten giftigen Gegner Sonnemann heraus. Bei ihren eigenen Stichwahlen unterstützten die beiden Fraktionen sich gegenseitig, und thatsächlich datirt ihre Einigung vom 10. Januar 1874. Die äußere Bedrängniß gab den letzten Anstoß zur völligen Verschmelzung, aber ihr erster und treibender Grund war sie nicht. Die Solidarität des Proletariats, seine unbedingt wirksame, aber auch seine einzige Waffe, hat die elementare Gewalt einer Naturkraft; sie kann verwüstend und zerstörend wirken, wo sie sich noch über ihre Ziele unklar ist, wo sie selbst gefährdet zu sein scheint; so erklären sich die überaus heftigen Fraktionskämpfe, die gegenseitigen Beschuldigungen von Männern, die sich all ihr Lebtag als gleich treue Vorkämpfer der Arbeiterklasse bewährt haben, die harten Schicksale Schweitzers. Aber wo die Solidarität des Proletariats Weg und Steg klar vor sich sieht, da drängt sie auch mit unwiderstehlicher Gewalt hinein, wie ein Strom, der sich schäumend und sprudelnd durch felsigen Grund zwängen mußte, ruhig in ein breites und tiefes Bette strömt. Dem bürgerlichen Verstande ist diese Erscheinung freilich unfaßbar, er würde sich sonst nicht seit Jahrzehnten in hoffnungslosem Irrsal über die Frage bewegen, wann Spaltungen innerhalb des klassenbewußten Proletariats möglich sind und wann nicht.

Gleich nach den Wahlen wurde der Reichstag einberufen und nun traten sich die sozialdemokratischen Abgeordneten auch persönlich näher. Der neue Präsident v. Forckenbeck war womöglich noch parteiischer als sein Vorgänger Simson, und Bamberger erdreistete sich, die parlamentarischen Vertreter der Arbeiterklasse zu manierlichem Benehmen aufzufordern, damit sie sich als Gäste nicht die Ungnade der Hausherren zuzögen. Natürlich weigerte sich die bürgerliche Mehrheit auch, die Beurlaubung Liebknechts und Bebels, die noch in Hubertusburg saßen, für die Dauer der Session zu verlangen. So waren die sieben sozialdemokratischen Abgeordneten auf ein enges Zusammenhalten angewiesen. Anfangs kam es noch zu einigen Meinungsverschiedenheiten, aber sie wurden durchaus schon in parteigenössischem Geiste erledigt, und sie zeigten obendrein, wie sehr sich die alte feindselige Gruppirung der Fraktionen zu verschieben begann. Die Lassalleaner brachten jetzt zum neuen Militärgesetze den demonstrativen Antrag auf Einführung einer Volkswehr ein, den Liebknecht im Jahre 1867 hatte einbringen wollen, und als Motteler das Reich als nationales Gemeinwesen anerkannte, wandte Hasselmann ein, ohne die Deutsch-Oesterreicher sei das neue Reich kein nationales

Gemeinwesen, die Sozialdemokratie müsse das ganze Deutschland wollen, das freilich nur in der Freiheit einig werden könne. In allen praktischen Fragen der Politik standen die beiden Fraktionen Schulter an Schulter; sie verwarfen gleich energisch die Gendarmenpolitik gegen die katholische Kirche und geißelten mit gleicher Schärfe das pöbelhafte Gebahren, womit die elsaß-lothringischen Abgeordneten bei ihrem ersten Eintritt in den Reichstag von der chauvinistischen Mehrheit empfangen wurden.

Bismarck brachte an den neuen Reichstag sofort wieder die beiden Ausnahmegesetze gegen das Proletariat, womit er im vorigen Reichstag gescheitert war, sowohl das Kontraktbruchgesetz, als auch den § 20 des Preßgesetzes, diesen in etwas gemilderter Form. Glück hatte er damit aber auch jetzt noch nicht. Das Kontraktbruchgesetz blieb in der Kommission hängen, nachdem Hasselmann es in der ersten Lesung als „Kriegserklärung gegen die Arbeiterklasse" gebrandmarkt hatte, und vom § 20 des Preßgesetzes wollten die liberalen Parteien einstweilen noch nichts wissen. Sonst freilich bewilligten sie das Preßgesetz nach Bismarcks Diktaten, als einen Abklatsch des altpreußischen Preßgesetzes, der für Preußen selbst geringe Verbesserungen enthielt, für viele Mittel- und Kleinstaaten aber ein entschiedener Rückschritt war. Bei diesem Umfalle waren die preußischen Liberalen die Hauptschuldigen, die Bismarck mit dem kapitalistischen Profit geködert hatte; um die Beseitigung der Kautionen und der Stempelsteuer verschacherten sie ihr politisches Ideal einer freien Presse. Die Fortschrittspartei hätte neben dem Profit freilich auch gern die Konsequenz gerettet, aber als sie eben ihren ersten erschrecklichen Bannfluch auf die nationalliberale Verrätherei losgelassen und jede Verantwortung für eine solche Mißgeburt von Preßgesetz abgelehnt hatte, erklärte ihnen Lasker trocken: Gleiche Brüder, gleiche Kappen, und so nützlich es im Allgemeinen sein mag, daß ihr Fortschrittler das Banner des Prinzips in unentwegter Faust schwenkt, während wir Nationalliberale die praktischen Geschäfte der Bourgeoisie besorgen, so habt ihr diesmal die Rederei doch allzu heftig übertrieben und müßt nun schon mit uns für das Preßgesetz stimmen, wenn wir nicht mit euch gegen das Preßgesetz stimmen sollen. Auf diesen freundschaftlichen Rippenstoß ließen die Fortschrittler die Konsequenz fahren und retteten nur den Profit. Es waren sehr runde Summen, die dabei in die Taschen der liberalen Zeitungsbesitzer fielen, aber die liberale Bourgeoisie machte doch ein sehr schlechtes Geschäft. Wenigstens ein bürgerlicher Publizist sah dem Handel auf den Grund; Guido Weiß sagte in der Wage richtig voraus, wenn der politische Druck auf der Presse bliebe und nur ihre materiellen Existenzbedingungen erleichtert würden, so würde sie noch weit mehr, als bisher schon, einen industriellen Charakter annehmen und auch die Gesinnung sich in steigendem Maße den Gesetzen des Marktes bequemen. Der bürgerliche Freisinn, der heute so herzbrechend über die Konkurrenz der gesinnungslosen Schacherpresse jammert, hat sich selbst diese Ruthe gebunden.

Wichtiger noch, als das Preßgesetz, war das Militärgesetz, das der Reichstag im Frühjahre 1874 zu berathen hatte. Es berührte die Lebensfrage des

bürgerlichen Parlamentarismus, die in der preußischen Konfliktszeit nicht gelöst, sondern durch die Revolution von Oben nur vertagt worden war. Die Einrichtung des norddeutschen Bundes und der deutsch-französische Krieg hatten bequeme Gelegenheiten geboten, durch Bewilligung mehrjähriger Pauschquanten die Beantwortung der Frage hinauszuschieben, ob das Parlament alljährlich das Militärbudget zu bewilligen habe; nun aber half kein Maulspitzen mehr, und es mußte gepfiffen sein. Der Entwurf des Militärgesetzes, den die Regierung vorlegte, verlangte in seinem ersten Paragraphen, daß die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres in der Höhe von 401 659 Mann für immer gesetzlich festgelegt werde. Damit war nach der Auffassung, welche die schwächlichsten Liberalen noch im Jahre 1867 bekundet hatten, der „nackte Absolutismus" proklamirt; verzichtete der Reichstag auf das weitaus wirksamste seiner wenigen Machtmittel, so war der Scheinkonstitutionalismus verewigt.

Nun hatte die liberale Bourgeoisie im Frühjahre 1874 weder große Einsicht noch großen Muth nöthig, um Bismarcks Attentat auf ihren geliebten Konstitutionalismus zurückzuschlagen. Die Fortschrittler und die Nationalliberalen zusammen besaßen schon eine knappe Mehrheit, und da sie in der Wahrung des parlamentarischen Budgetrechts sämmtliche „Reichsfeinde" hinter sich hatten, so verfügten sie über eine erdrückende Mehrheit. Allein Bismarck kannte diese Leute, denen er schon einmal mit herber Verachtung das Wort hingeworfen hatte, sie wüßten gar nicht, wie viel sie ihm 1867 hätten abzwingen können, wenn sie nur festgestanden hätten. Nicht minder verächtlich sagte er jetzt den Nationalliberalen, sie seien „auf seinen Namen gewählt" und hätten einfach zu pariren. Diese Drohung und ein lächerlicher Entrüstungsrummel, den Bismarck durch seine Soldschreiber inszeniren ließ, genügten denn auch, die große Masse der Nationalliberalen umzuwerfen, und ihr Führer Bennigsen that noch ein Uebriges, indem dieser ehemalige Leiter des Nationalvereins seiner immerhin besseren Vergangenheit den Hohn anthat, zu sagen, seit 1848 sei noch keine so primitive Bewegung durch die Volksmassen gegangen, wie der offiziöse Spektakel gegen das Budgetrecht des Reichstags. Ein kleiner Rest der Nationalliberalen unter Laskers Führung versuchte zwar stehen zu bleiben, aber als er bei der Fortschrittspartei anfragen ließ, ob auf diese Reserve zu rechnen sei, kam die Schreckenskunde zurück, daß auch unter den Unentwegten die Ausreißerei in vollem Gange sei. So bekam Bismarck das Septennat, die gesetzliche Festlegung der Friedenspräsenzstärke auf sieben Jahre, die seinen Wünschen sogar noch mehr entsprach, als ihre dauernde Festlegung. Denn die Hof- und Militärpartei, die auf sein Hausmeierthum mit scheelen Augen sah, hätte ihn leichter abhalftern können, wenn das Militärbudget ganz aus der parlamentarischen Machtbefugniß gebracht worden wäre, während das parlamentarische Budgetrecht durch seine einmalige Verschacherung auf sieben Jahre doch schon einen unverwindlichen Stoß erhielt. Bismarck hatte ein wenig früh auf ein „Plebiszit" zurückgreifen müssen, aber er hatte auch gesehen, daß dies letzte Hilfsmittel des Bonapartismus bei den biderben Deutschen

weit kräftiger anschlug, als bei den wetterwendischen Franzosen. Er räumte ihm fortan den Ehrenplatz in seiner diplomatischen Hausapotheke ein.

In allen diesen Fragen hielten die sozialdemokratischen Abgeordneten den Fuß beim Male. Es ist auch nicht wahr, daß sie immer nur die „eine sozialdemokratische Rede" gehalten hätten. Ohne nach den zweifelhaften Lorbeeren parlamentarischer Geschwätzigkeit zu trachten, sprachen sie einfach und klar und sachlich über jede Frage, bei der sie zum Worte kamen; höchstens Hasselmanns sonst durchaus anerkennenswerthe Reden hatten manchmal eine etwas stark agitatorische Form. Der Haß der Feinde machte auch durchaus keinen Unterschied mehr zwischen den beiden Fraktionen; er schlug auf die Eisenacher wie auf die Lassalleaner los, mit der Feder wie mit dem Knüppel.

Seit den Wahlen spukte das rothe Gespenst von dem Schreibtische des Säkularmenschen bis zum Biertische des Philisters. Ueber blöde Angst und über blödes Schimpfen kam aber weder der Säkularmensch noch der Philister hinaus. Und dabei fehlte es ihnen nicht einmal an verständigem Rathe. Nach der albernen Makulatur des Manchesterthums über die Arbeiterbewegung war die agrar- und die kathedersozialistische Richtung ihrem historischen Verständnisse schon näher gerückt, und im Jahre 1874 erschienen ein paar Schriften, welche die herrschenden Klassen eindringlich genug vor den Konsequenzen ihrer selbstmörderischen Verblendung warnten.

Die bedeutendste dieser Schriften war die dritte Auflage von Albert Langes Büchlein über die Arbeiterfrage. Manche Umstände hatten dazu beigetragen, Lange der bürgerlichen Weltanschauung wieder zu nähern. Er war bereits ein todtkranker Mann, als er im Jahre 1872 an die Universität Marburg berufen wurde; in der Schweiz hatte er rühmliche Kämpfe an der Spitze einer kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Demokratie von noch ungebrochener Kraft geführt; auch war Brentanos Werk über die Trade Unions nicht ohne Einfluß auf ihn geblieben. Lange meinte, Brentanos „bedeutende Arbeiten" hätten die „extremen Ansichten" von Marx erschüttert, wonach eine kräftige Gewerkschaftsorganisation und eine wirksame Fabrikgesetzgebung gegenüber der Nothwendigkeit einer sozialen Revolution bedeutungslos seien. Aber wenn sich Lange nicht mehr speziell an die Adresse der Arbeiter wandte, so hatte er deshalb nicht aufgehört, der alte treue Freund der Arbeiterklasse zu sein. Immer stellte er die „wirkliche und vollständige Emanzipation der Arbeiter aus ihrer unwürdigen Abhängigkeit von den Unternehmern" als das oberste Ziel jeder ernsthaften Sozialreform hin, und mit deutlicher Anspielung auf den kathedersozialistischen Schwätzer Adolf Wagner meinte er, daß wer in besonderen Broschüren Franklin zitire, um zu beweisen, daß die Arbeiter ihr Loos einzig durch Fleiß und Sparsamkeit verbessern könnten, überhaupt nicht mitzähle. Auch sagte Lange bei aller Achtung vor Brentanos Arbeiten, es sei mindestens zweifelhaft, ob nicht alle mühevollen Errungenschaften der Arbeiter, die so oft wieder durch die Macht des Kapitals durchbrochen und zurückgeworfen würden, nicht dennoch blos als Vorbereitungen zu einer durch-

greifenden Umgestaltung der Verhältnisse zu betrachten seien, die auch das Staatswesen und die Form des Besitzes ergreife. Er kam dadurch der Auffassung von Marx sehr nahe, der die Gewerkschaftsorganisation und die Fabrikgesetzgebung niemals für bedeutungslos erklärt, aber allerdings stets nur als „Vorbereitungen zu einer durchgreifenden Umgestaltung" aufgefaßt hat. Jedoch im Wesen der Sache sprach Lange in der dritten Auflage seiner Schrift zur bürgerlichen, wie in ihrer ersten Auflage zur proletarischen Leserwelt. Er löste die Fälschungen interessirter Bourgeoisökonomen in ihr Nichts auf und trat den Vorurtheilen der gebildeten Philister mit einleuchtenden Gründen entgegen: einen getreueren Eckardt konnte sich die bürgerliche Kultur nicht wünschen, die überhaupt noch ihren Namen verdiente.

Beträchtlich tiefer stand schon die andere Schrift, die im Frühjahr 1874 als mahnende und warnende Stimme im bürgerlichen Lager laut wurde: Schäffles Quintessenz des Sozialismus. Politisch ein sehr unklarer Kopf, ehedem partikularistisch-demokratischer Preußenfresser im Schwabenlande, dann österreichischer Handelsminister in einem feudalen Ministerium, endlich Egeria bei Bismarcks Bettelreformen, hat Schäffle die historische Berechtigung der Arbeiterbewegung, die Lange in hohem Grade verstand, niemals verstanden. Er faßte den wissenschaftlichen Kommunismus als ein utopisches System auf, das auf der Grundlage des kapitalistischen Werthbegriffes die Vergesellschaftung der Produktionsmittel durchführen wolle, und kam so zu einer Reihe grober Mißverständnisse. Was er aber wirklich geleistet hat und was zu leisten im Jahre 1874 ein wirkliches Verdienst war, das war die offene Opposition „gegen den wüsten Einfluß der Schlagworte, der Vorspiegelungen, der Leidenschaften, der Vorurtheile, der Selbstbelügung und der Denunziationen", womit sich die Bourgeoisie über die angeblichen „Theiler" von Sozialisten erheben zu können glaubte. Schäffle erklärte die Vergesellschaftung der Produktionsmittel für ein Ziel, dessen Erreichung sehr zweifelhaft sei, aber er wies nach, daß sie, wenn sie möglich sei, dem kapitalistischen Privatbetriebe, der „besten der Welten", unendlich überlegen sein würde. Seine Beweisführung blieb so wenig, wie Langes Beweisführung ganz ohne Eindruck auf die bürgerliche Ideologie, jedoch ehe diese Wirkung sich irgend erweitern und vertiefen konnte, kam schon der Herold und Prophet des neuen Reichs mit mächtigen Tamtamschlägen heran, um die Köpfe der Philister wieder zu betäuben.

Im Sommer 1874 veröffentlichte Treitschke die Aufsätze über den Sozialismus und seine Gönner, worin er allen Patrioten die kathedersozialistische Limonade und nun gar den unverfälschten Wein des wissenschaftlichen Kommunismus als gefährliche Gifttränke denunzirte. Nach seinem Bildungs- und Entwicklungsgange hätte Treitschke selbst zur kathedersozialistischen Richtung gehört, aber als der ehrlichste und geistreichste unter den Einheitsfanatikern der Bourgeoisie sah er mit richtigem Instinkte voraus, daß in der Sozialdemokratie die Macht heranwachse, die über alle seine mühsam mit Blut und Eisen gekitteten Ideale siegenden Fußes

hinwegschreiten werde. So wurde er der leidenschaftlichste und gehässigste aller Sozialistentödter. Ohne je ernsthafte ökonomische Studien getrieben zu haben, mußte er mit den abgedroschensten Gemeinplätzen des Manchesterthums hantiren, die er so feierlich einherdröhnte, als brächte er eine frische Sendung göttlicher Geheimnisse vom Berge Sinai heim. Indem er behauptete, seine sozialpolitische Weisheit aus der sozialen Statistik der Freihändler geschöpft zu haben, also aus einer Quelle, die nie und nirgends gesprudelt hat, bescheinigte er selbst seine bodenlose Unwissenheit in ökonomischen Fragen, und er opferte auch gern seinen Ruf als Historiker auf dem Altare des Vaterlandes, durch die verblüffende Behauptung, daß die englischen Freihändler die Urheber der englischen Fabrikgesetze seien. Wo ihn aber doch die freihändlerische Doktrin im Stiche ließ, da rettete er sich durch die naturwissenschaftliche Doktrin. Kam die alleinseligmachende Konkurrenz als Regulator der menschlichen Gesellschaft in Mißkredit, so segelte es sich ebenso bequem unter der Flagge des Kampfes ums Dasein. Die Entwicklung des menschlichen Geschlechtes hängt von der ewigen Ungleichheit der Menschen ab, denn sie nährt sich vom Elend der Massen und sie verjüngt sich im Blutbade der Schlachtfelder. Was Darwin in aller Gewissenhaftigkeit des Forschers als unbewußten Erhaltungstrieb des thierischen Daseins nachgewiesen hatte, das rief Treitschke als Sittengesetz der Menschheit aus. Treffend bemerkte Guido Weiß dazu: die Bestialität hat sich ihres Namens fürder nicht zu schämen, gehet hin und lernet vom Raubthier.

Sie gingen hin und lernten vom Raubthier. Wie hoch die konservative und die liberale Presse den endlich gefundenen Drachentödter Treitschke pries, so war Bismarck doch ein viel zu praktischer Politiker, um an ein biblisches Wunder zu glauben, um zu hoffen, daß die Mauern von Jericho durch eine noch so mächtige Posaune umgeblasen werden könnten. Er rechnete mit handgreiflichen Machtmitteln, und da ihm der Reichstag noch Ausnahmegesetze gegen die Arbeiterklasse verweigerte, so war er der plausiblen Meinung, daß sich das Handwerkszeug der Manteuffelschen Reaktion weit ausgiebiger gegen die Sozialdemokratie verwenden lasse, als bisher geschehen sei. Sein Hauptwerkzeug bei dieser staatsmännischen Aktion wurde der Staatsanwalt Tessendorff, ein verbohrter Bureaukrat und stümperhafter Jurist, aber eine jener servilen Naturen, die vor keinem Handlangerdienste zurückschrecken. Tessendorff, der sich als Staatsanwalt in Magdeburg durch die wüthende Verfolgung der sozialdemokratischen Agitation hervorgethan hatte, wurde nach Berlin berufen und fand in der siebenten Deputation des Berliner Stadtgerichts ein Dreimännerkollegium, das eines solchen Staatsanwalts würdig war.

Bereits im Januar 1874 erwarb sich Tessendorff seine ersten staatsretterischen Sporen an dem Schriftsetzer Heinsch, dem Berliner Vertrauensmann der Eisenacher, der sich weder durch Rede noch Schrift versündigt hatte, aber als ausgezeichneter Organisator der Arbeiterklasse eine gründliche Abstrafung verdiente. Heinsch wurde der Aufreizung und sonstiger Verbrechen angeklagt, weil

er bei einem Arbeiterfeste Karten vertheilt hatte, auf deren Rückseite ein weitverbreitetes und niemals angefochtenes Arbeiterlied abgedruckt war. Tessendorff beantragte zwei Jahre, und die siebente Deputation erkannte auf ein Jahr Gefängniß. Dabei verkündete Tessendorff, er werde demnächst auch mit Most ein „Hühnchen pflücken", der jenes Gedicht in eine von ihm veranstaltete Liedersammlung aufgenommen hatte. Gleich nach Schluß der Reichstagssession wurde Most in Mainz verhaftet, nach Berlin transportirt, mit Dieben und Gaunern zusammengesteckt, endlich angeklagt, in einer Rede über die Pariser Kommune aufgereizt zu haben durch die Bemerkung, daß eine Revolution unvermeidlich sei, wenn die herrschenden Klassen sich nicht zu rechtzeitigen Reformen entschlössen. Wegen dieser „frechen Drohung", die thatsächlich ein selbst den zahmsten Kathedersozialisten geläufiger Gemeinplatz war, beantragte Tessendorff dritthalb Jahre und erkannten die würdigen Richter, die es in Berlin gab, auf anderthalb Jahre Gefängniß.

Jedoch beschränkten sich Tessendorff und die Staatsanwälte ähnlichen Schlages keineswegs auf die Verfolgung der Eisenacher. In den ersten sieben Monaten des Jahres 1874 wurden, ungerechnet die mit Geldstrafen erledigten Bagatellsachen, allein im preußischen Staate nicht weniger als 87 Lassalleaner in 104 Prozessen zu insgesammt 211 Monaten und 3 Wochen Gefängniß verurtheilt, durchweg auf Grund von Kautschukparagraphen, wegen Schmähung von Staatseinrichtungen, wegen Aufreizung verschiedener Bevölkerungsklassen gegen einander, wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt, wegen Majestäts- und sonstiger Beleidigung, nicht zum wenigsten wegen Bismarckbeleidigung, die neben vielen Anderen Hasenclever mit 3 Monaten Gefängniß zu büßen hatte. Der Säkularmensch hatte endlich auch einmal einen originalen Gedanken, auf den sein alter Gönner Manteuffel noch nicht verfallen war; er ließ sich Tausende von Strafantragsformularen lithographiren, die er in seinen Mußestunden mit seiner eigenhändigen Namensunterschrift verzierte, um sie gegen die Kritiker seines Systems als gegen angebliche Beleidiger seiner Person abzufeuern. Die Urtheile, durch welche die angeklagten Lassalleaner verdonnert wurden, waren durchweg von demselben juristischen Kaliber, wie die über Heinsch und Most gefällten Urtheile, und der Ruhm der siebenten Deputation, in ihrer Art einzig zu sein, verblich sehr schnell. Abermals bestätigte sich, was Helvetius einst über besoldete Richter gesagt und ein namhafter Jurist, wie Twesten, in etwas höflicheren Worten bestätigt hatte: Hätte die Pest Orden und Pensionen zu vergeben, so würden die Juristen beweisen, daß die Pest von Gottes und Rechtswegen bestehe, und daß sich ihr zu entziehen Hochverrath sei.

Die gleichmäßig harte Verfolgung der Lassalleaner und der Eisenacher räumte wieder ein tüchtig Theil des alten Schuttes fort, der noch zwischen den beiden sozialdemokratischen Fraktionen lagerte. Dennoch lehnte die Generalversammlung der Lassalleaner, die zu Pfingsten in Hannover tagte, einen Antrag auf Einigung mit den Eisenachern ab, während der Kongreß der Eisenacher, der ein paar Monate später in Koburg zusammentrat, zwar seine Geneigtheit zur

Einigung aussprach, aber die praktische Erörterung ihrer Möglichkeit aufs nächste Jahr verschob. Das einzige Hinderniß der völligen Verschmelzung war jetzt nur noch die Organisationsfrage. Die Eisenacher wollten sich der allzu strammen Organisation nicht fügen, während die Lassalleaner nicht von ihr lassen wollten, obgleich gerade die Generalversammlung in Hannover von Neuem gezeigt hatte, daß ihre peinlichste Wirkung, die Reibereien unter den Führern, immer wieder auftauchte. Da verfiel Tessendorff auf den rettenden Gedanken: Zerstören wir die sozialdemokratische Organisation, und die sozialdemokratische Partei ist nicht mehr. Nichts war verdienter, als der Lorbeer, den die sozialdemokratischen Blätter der siebziger Jahre diesem Helfer in der Noth zu spenden pflegten.

Gleich nach der Generalversammlung in Hannover wurden bei den bekannten Lassalleanern in Berlin massenhafte Haussuchungen gehalten, und Körbe voll ihrer Papiere aufs Polizeipräsidium geschleppt. Sie erkannten, worauf es abgesehen war, und Hasenclever verlegte den Sitz des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins sofort nach Bremen. Doch die Zeiten waren vorüber, in denen die Reaktion wenigstens Sinn und Wortlaut ihrer eigenen Gesetze geachtet hatte. Tölcke versuchte noch einmal im Neuen Sozialdemokraten nachzuweisen, daß der Organisation des Vereins selbst mit dem preußischen Vereinsgesetze nicht beizukommen sei, und in der That war sie diesem Gesetze strenger angepaßt, als die Organisation irgend einer anderen politischen Partei. Aber die Redaktion machte zu Tölckes Ausführungen die ebenso kurze wie treffende Bemerkung, wenn der Verein aufgelöst werden solle, so würden juristische Skrupel das allerletzte Hinderniß sein. Bereits am 25. Juni konnte Tessendorff einen gerichtlichen Beschluß produziren, der die vorläufige Schließung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins anordnete. Als Vorwand mußte, wie bei den früheren Schließungen, der § 8 des Vereinsgesetzes wegen Bildung von Zweigvereinen dienen. In ähnlicher Weise wurde gegen die Gewerkschaften der Lassalleaner und gegen den Arbeiterinnenverein eingeschritten, in dem sich die proletarische Frauenbewegung zu organisiren begonnen hatte, auch die Berliner Organisation der Eisenacher kam bald an die Reihe. Wie das Vereins-, so wurde auch das Versammlungsrecht für die Arbeiter illusorisch, indem ihre Versammlungen als angebliche Fortsetzung der geschlossenen Vereinsorganisation aufgelöst wurden. Genug, die Aera Tessendorff zeigte, daß die reaktionären Vereinsgesetze der Gegenrevolution gegen das Proletariat noch ganz anders mißbraucht werden könnten, als sie dermaleinst gegen das Bürgerthum mißbraucht worden waren.

Damit wurde aber die Vereinigung der beiden sozialdemokratischen Fraktionen zur unaufschiebbaren Nothwendigkeit. Waren die äußeren Stützen der Organisation fortgeschlagen, so stand die Partei um so fester, je größer sie war. Das wußten sich die Lassalleaner zu sagen und darnach zu handeln. Bis zu einem gewissen, aber doch nur nebensächlichen Grade wirkten auch die Eifersüchteleien unter ihren Führern auf die schnellere Verschmelzung mit den Eisenachern hin; in der Hauptsache entschied, daß Tessendorff den letzten Zankapfel

aus der Welt geschafft und durch seine brutalen Verfolgungen die einheitlich geschlossene Phalanx aller klassenbewußten Proletarier zurecht gehämmert hatte. Tölcke, bis dahin der starrste Organisationsfanatiker der Lassalleaner, wandte sich im Herbste 1874 an Geib und Liebknecht, die ohne Zögern in die dargebotene Hand der Versöhnung schlugen.

Ueber die Einzelheiten der Vereinigung beriethen die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten zum ersten Male am 15. Dezember 1874. Auf Geibs Frage nach den Bedingungen der Lassalleaner erklärte Hasselmann als die entscheidende Forderung die beiderseitige rückhaltlose Anerkennung des proletarischen Klassenkampfes. Davon scheinen die Eisenacher etwas überrascht gewesen zu sein, weil sie eine spezifische Forderung des Lassalleschen Programms, etwa die Produktivassoziationen mit Staatskredit, erwartet haben mochten, doch konnte Hasselmann nach der ganzen historischen Entwicklung der Lassalleaner eben nur diese Forderung als das A und O der Vereinigung stellen. Natürlich waren die Eisenacher damit sofort einverstanden. Am Abend desselben Tages fand eine Massenversammlung statt, in der die Abgeordneten beider Fraktionen von den Berliner Arbeitern mit stürmischem Jubel begrüßt wurden.

Drei Wochen später flossen auch in Hamburg die beiden Ströme der Arbeiterbewegung in einander. Am 1. Januar 1875 war der treue York gestorben, im frischesten Mannesalter, frühzeitig aufgerieben von Arbeiten und Kämpfen. Lassalleaner und Eisenacher gaben ihm gemeinsam das letzte Geleit, in einem stattlichen Zuge von fünftausend Mann, über dem zwanzig Fahnen wehten. Als ein alter Freund Yorks am Holstenthore in die Reihen trat und einen Fahnenträger fragte, welchem Gewerke die schöne Fahne gehöre, antwortete ihm der junge kräftige Arbeiter: Das ist gleichgiltig, wozu die Frage? Wir sind alle eins.

Dreizehntes Kapitel.

Der Gothaer Einigungskongreß.

Die eingehenden Berathungen über die Frage, wie die Verschmelzung der beiden Fraktionen durchgeführt werden könne, fanden am 14. und 15. Februar 1875 in Gotha statt. Von jeder Seite waren je neun Mitglieder zugegen, von den Lassalleanern Hasenclever, Hasselmann, Hartmann, die beiden Kapells, Reinders, von den Eisenachern Liebknecht, Motteler, Vahlteich, Geib, dazu Eduard Bernstein, ein junger Bankbeamter aus Berlin, Wilhelm Bock aus Gotha, der sich um die gewerkschaftliche Organisation der Schuhmacher verdient gemacht, und Ignaz Auer, der als Leiter der sächsischen Wahlschlacht hervorragende Talente bekundet und seit dem Sommer 1874 als Ersatzmann Yorks die Stelle des Parteisekretärs übernommen hatte. Bebel saß noch im Gefängnisse.

Das Protokoll dieser Vorkonferenz wurde nicht veröffentlicht, wohl aber ihr Ergebniß, zwei Vorlagen über Organisation und Programm der neuen Gesammtpartei. Der Organisationsentwurf verzichtete nach den reaktionären Verfolgungen auf jede Vereinsbildung; der Partei konnte Jeder angehören, der sich zum Parteiprogramm bekannte und für die Förderung der Parteiinteressen thatkräftig, auch durch Geldopfer, eintrat. Die diktatorische Spitze wurde abgestoßen, dagegen im Interesse einer starken Zentralisation die Wahl aller Parteibehörden durch den jährlichen Parteikongreß angeordnet. Als Parteibehörden fungirten neben den Redaktionen der beiden offiziellen Organe, die vorläufig neben einander fortbestehen sollten, ein Vorstand von fünf, eine Kontrollkommission von sieben und ein Ausschuß von achtzehn Mitgliedern. Die Mitglieder des Vorstandes und der Kontrollkommission mußten je an einem und demselben Orte, die Mitglieder des Ausschusses konnten auch an verschiedenen Orten wohnen. Seine Aufgabe sollte sein, Meinungsverschiedenheiten zwischen Vorstand und Kontrollkommission zu entscheiden.

Die Programmvorlage war ein Kompromiß zwischen den bisherigen Programmen der Lassalleaner und der Eisenacher, ein Kompromiß jedoch weit mehr der Form als dem Wesen nach. Von ihren Ueberzeugungen brauchte keine der beiden Fraktionen etwas preiszugeben, aus dem einfachen Grunde, weil diese Ueberzeugungen sich im Wesentlichen deckten. Soweit darin überhaupt noch ein Unterschied bestand, waren die Lassalleaner die entwickeltere Fraktion, und es gelang ihnen denn auch, alle ihre Sturmworte in das neue Programm zu bringen, den unverkürzten Arbeitsertrag für die Arbeiter, das eherne Lohngesetz, die Produktivassoziationen mit Staatskredit, die Eine reaktionäre Masse, aber alle so, daß damit den Eisenachern kein Opfer ihrer besseren Einsicht zugemuthet wurde. Die einzige dieser Forderungen, die nicht auch den Eisenachern geläufig war, die Produktivassoziationen mit Staatskredit, wurde ausdrücklich in dem Sinne erläutert, in dem sie stets von den Lassalleanern aufgestellt worden war, und in dem sie von den Eisenachern ohne jedes Bedenken unterzeichnet werden konnte.

Gleich der erste grundlegende Satz: „Die Arbeit ist die Quelle alles Reichthums und aller Kultur, und da nutzbringende Arbeit nur in der Gesellschaft und durch die Gesellschaft möglich ist, gehört der Ertrag der Arbeit unverkürzt, nach gleichem Rechte, allen Gesellschaftsgliedern", war Gemeingut beider Fraktionen. Er war die getreue Formulirung des Gedankens, daß da die gesellschaftlich nothwendige Arbeit alle Werthe schaffe, diese Werthe auch unverkürzt allen Arbeitern gehören. Der Anspruch des Arbeiters auf den „vollen Ertrag seiner Arbeit" war ein moralisch-rechtlicher, ein „naturrechtlicher" Protest gegen die Grundrente und den Kapitalprofit, gegen die Aneignung des Mehrwerths durch die herrschenden Klassen. Die Auffassung des Mehrwerths aber als eines Hebels, der die kapitalistische und die sozialistische Gesellschaft umwälzt, die Auffassung, daß die sozialistische Gesellschaft als solche produzirt, der Ertrag der gemeinsamen Arbeit also auch der Gesellschaft gehört, und unter die einzelnen Gesellschaftsglieder nur „verkürzt",

nur so weit vertheilt werden kann, als er für die gemeinsamen Zwecke der Gesellschaft nicht beansprucht wird, war beiden Fraktionen noch verschleiert. Sonst kamen in den prinzipiellen Theil des Programms, unbeschadet einzelner anfechtbarer und ungenauer Ausdrücke, die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft, die gänzliche Beseitigung der Lohnarbeit, der proletarische Klassenkampf als das einzige Mittel zur Befreiung der Arbeiterklasse, zu vollkommen klarem Ausdruck. Nicht minder klar wurde die Nothwendigkeit betont, zunächst im nationalen Rahmen zu wirken, aber auch den Aufgaben und Pflichten der internationalen Arbeiterbewegung gerecht zu werden.

Die praktischen Forderungen, die der Programmentwurf an die kapitalistische Gesellschaft richtete, liefen auf die möglichste Demokratisirung des Staats, auf unbeschränkte Koalitionsfreiheit und eine durchgreifende Arbeiterschutzgesetzgebung hinaus. Als Uebergangsmittel von der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaft figurirten die Produktivassoziationen mit Staatskredit, die unter der demokratischen Kontrolle des arbeitenden Volkes und für Ackerbau wie Industrie in solchem Umfange ins Leben gerufen werden sollten, daß aus ihnen die sozialistische Organisation der Gesammtarbeit entstehen mußte.

Wie bekannt, unterwarf Marx diesen Programmentwurf einer sehr scharfen Kritik, die er von London aus am 5. Mai an Bracke, Geib, Auer, Bebel und Liebknecht sandte. Sie ist heute noch überaus lesenswerth wegen ihrer prinzipiell-positiven Gesichtspunkte; ihre negative Auffassung aber traf vielfach daneben, und zwar deshalb, weil sie von thatsächlich unrichtigen Voraussetzungen ausging. Marx verkannte, daß der Programmentwurf die theoretischen Anschauungen beider Fraktionen getreu wiederspiegelte; er glaubte, daß die Eisenacher den wissenschaftlichen Kommunismus bereits in allen seinen Konsequenzen erfaßt hätten, während die Lassalleaner eine zurückgebliebene Sekte seien, die, von der historischen Entwicklung auf den Sand gesetzt, sich den Eisenachern ergeben müsse. Aus diesem Irrthum erklärt sich vollkommen der heftige Unmuth, in dem Marx schrieb. Er übertrieb keineswegs den Werth von Programmen, sondern sagte ganz offen: Jeder Schritt praktischer Bewegung ist wichtiger als ein Dutzend Programme. Aber er wollte keinen „Prinzipienschacher“ und meinte, ehe man sich darauf einlasse, solle man sich lieber mit einer Uebereinkunft für Aktion gegen den gemeinsamen Feind begnügen. An und für sich war diese Ansicht ganz unanfechtbar; hätte eine der beiden Fraktionen auch nur ein Titelchen ihrer Prinzipien geopfert, so wäre die neue Gesammtpartei dadurch allerdings „demoralisirt“ worden; es wäre dann auch sehr bald zu neuen Spaltungen gekommen, und zwar zu um so gefährlicheren Spaltungen, als die Zeit herannahte, wo sich der Mangel einer erschöpfenden theoretischen Auffassung praktisch sehr fühlbar machen sollte.

Marx irrte darin, daß er theoretisch die Eisenacher über- und die Lassalleaner unterschätzte. Wie er zu dem Irrthum über die Eisenacher gekommen ist, läßt sich nicht mit voller Bestimmtheit sagen. Hat er den Volksstaat aufmerksam und regelmäßig gelesen, so konnte er schwer verkennen, wie breit sich noch mancherlei

eklektischer Sozialismus in den Spalten des Eisenacher Organs machte. Es scheint, daß Marx in Männern wie Dietzgen die Masse der Eisenacher Partei verkörpert gesehen hat und daß er durch den Kampf des Volksstaats gegen das angebliche Sektenthum der Lassalleaner unwillkürlich zu der Meinung verleitet worden ist, die Eisenacher seien theoretisch entwickelter, als sie thatsächlich waren. Leichter ist zu verstehen, weshalb Marx die Lassalleaner unterschätzte. Wie der Volksstaat zur Zeit der Fraktionskämpfe zu versichern pflegte, las Marx den Neuen Sozialdemokraten überhaupt nicht, und wenn er sich die Lassalleaner so vorstellte, wie sie im Volksstaat abkonterfeit wurden, so mußte er sich allerdings ein grundfalsches Bild von ihnen machen.

So wenig die Eisenacher bei dem Gothaer Programmentwurfe ihre Prinzipien verschacherten, so wenig machten die Lassalleaner dabei die Vorbehalte, wegen deren Marx sie im Verdacht hatte. Sonst gewöhnt, die Arbeiterbewegung immer nach ihrem großen Wurfe zu beurtheilen, nahm er für dieses Mal die Dinge allzu sehr unters Mikroskop und suchte hinter kleinen Unbehilflichkeiten, Unebenheiten, Ungenauigkeiten des Ausdrucks hinterhaltige Absichten, die wirklich nicht dahinter steckten. Auch läßt sich nicht leugnen, daß seine Antipathie gegen Lassalle in diesem Briefe sein Urtheil beeinflußt hat. Es war ein ebenso harter, wie ungerechter Vorwurf, wenn er sagte, Lassalle habe das Kommunistische Manifest grob verfälscht, um seine Allianz mit den absolutistischen und feudalen Gegnern der Bourgeoisie zu beschönigen. Lassalle hat weder diese Allianz abgeschlossen, noch das Kommunistische Manifest grob verfälscht. Beim ehernen Lohngesetz ging er nicht von Malthus aus, sondern faßte es genau so auf, wie es im Kommunistischen Manifest aufgefaßt worden war. Auch hat Lassalle das Schlagwort von der Einen reaktionären Masse nicht geprägt, sondern es war sozusagen von selbst entstanden, aus der zwölfjährigen Erfahrung der deutschen Arbeiterklasse, die, wenn sie die liberale Bourgeoisie im Kampfe gegen den Absolutismus und Feudalismus unterstützen wollte, die ersten und wüthendsten Schläge immer von der liberalen Bourgeoisie erhielt. Nicht minder irrte Marx, wenn er hinter dem Satze: In der heutigen Gesellschaft sind die Arbeitsmittel Monopol der Kapitalistenklasse, ein verwerfliches Erbe Lassalles sah, der nur die Kapitalisten, aber nicht die Grundeigenthümer habe angreifen wollen. Die „Kapitalistenklasse“ stammte gerade aus dem Eisenacher Programm, wo sie natürlich auch in dem allgemeinen, das Grundeigenthum einschließenden Sinne gemeint war, während gerade die Lassalleaner die Grund- und Bodenfrage viel prinzipieller zu erörtern gewußt hatten, als die Eisenacher. In diesen und ähnlichen Sätzen hat sich Marx zu weit fortreißen lassen von einem Unmuth, der, wenn seine thatsächlichen Voraussetzungen gestimmt hätten, durchaus berechtigt gewesen sein würde.

Sein Brief hatte die Wirkung, die er unter den obwaltenden Umständen überhaupt nur haben konnte. Er führte dazu, daß einzelne Sätze des Programmentwurfs klarer und schärfer gefaßt wurden, änderte aber nichts am Wesen der Sache. Ein neuer Beweis dafür, daß der Entwurf der theoretischen Erkenntniß

beider Fraktionen entsprach, war die fast ungetheilte Zustimmung, die er überall bei den klassenbewußten Arbeitern fand. Am einschneidendsten kritisirte ihn noch der Westdeutsche Arbeitertag, der am 15. April in Dortmund tagte. Die Ausstellungen, die hier gemacht wurden, berührten sich mannigfach mit den prinzipiellen Einwänden, die Marx einige Wochen später in seinem Programmbriefe erhob, und es war bezeichnend, sowohl daß der Westdeutsche Arbeitertag nahezu ausschließlich von Lassalleanern beschickt worden war, als auch daß der Volksstaat diese Kritik verdrießlich aufnahm. Am 18. Mai schrieb Tölcke begütigend an das Blatt, dem Westdeutschen Arbeitertag habe nichts ferner gelegen, als die Absicht, einen Zankapfel zwischen die Einigungsbestrebungen zu werfen; seine Theilnehmer würden, wenn die Einigung davon abhinge, jedes Programm annehmen, das nicht gegen die Parteiprinzipien verstieße, und wäre es nur ein weißes Blatt Papier mit einer geballten Faust darauf.

Die Einigung selbst vollzog sich dann auf dem Gothaer Kongresse, der vom 22. bis zum 27. Mai tagte. Vertreten durften nur solche Parteigenossen sein, die im letzten Vierteljahre für eine der beiden Fraktionen gesteuert hatten. Von den Lassalleanern waren 73 Delegirte mit 15 322, von den Eisenachern 56 Delegirte mit 9121 Stimmen zugegen. Die Verhandlungen wickelten sich glatt und rasch ab, ohne bemerkenswerthe Zwischenfälle. Den Bericht über die Programmfrage erstatteten Liebknecht und Hasselmann in vollkommenem Einvernehmen. Liebknecht focht zwar das eherne Lohngesetz an, aber nicht von den Gesichtspunkten aus, die Marx im Kapital dargelegt hatte, sondern weil ein „ehernes Gesetz" dem gewöhnlichen Sprachgebrauch nach ein unwandelbares und ewiges Gesetz sei, während das Lohngesetz doch nur in der kapitalistischen, nicht aber in der sozialistischen Gesellschaft bestehe. Selbstverständlich hatte Lassalle aber von einem „ehernen Gesetz" immer nur im Hinblick auf die kapitalistische Gesellschaft gesprochen, worüber niemals das geringste Mißverständniß bestanden hatte, und so blieb das eherne Lohngesetz im Programm. Ebenso blieben darin die Produktivassoziationen mit Staatskredit, von denen Hasselmann nicht mit Unrecht sagte, daß sie niemals von den Lassalleanern, sondern immer nur von den Eisenachern mißverständlich aufgefaßt worden seien. Ueber die „Eine reaktionäre Masse" wurde namentlich abgestimmt; 111 Delegirte mit 23 022 Stimmen waren dafür, 12 Delegirte mit 2191 Stimmen dagegen; die Minderheit bestand zumeist aus sächsischen und süddeutschen Delegirten, die keineswegs vom Standpunkte des Kommunistischen Manifestes aus das Schlagwort anfochten, sondern es nur als ein Hinderniß für ein taktisches Zusammengehen mit der Volkspartei beseitigen wollten. Dürftig, wie die Verhandlungen über das Programm waren, bestätigten sie eben dadurch, daß ernstliche theoretische Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Fraktionen nicht bestanden.

Auch die Organisationsfrage machte nicht besonderes Kopfzerbrechen. Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein war durch richterliches Erkenntniß vom 16. März für Preußen endgiltig aufgelöst worden, und ebenso die meisten Gewerkschaften

der Lassalleaner; man wußte aus den Erfahrungen des letzten Jahres, daß sich schließlich, auch nach anfänglichem Sträuben, immer Gerichte fänden, die jede beliebige Auslegung des Vereinsgesetzes durch die Polizeibehörden bestätigten. Im Wesentlichen wurde die Organisationsvorlage angenommen, auch die etwas schwerfällige Gruppirung der drei obersten Parteibehörden beibehalten, gegen den Rath Auers, der in der Organisationsfrage den Bericht erstattete. Ob sie sich bewährt haben würde, läßt sich nicht sagen, da die Gothaer Organisation bald durch Tessendorff zertrümmert wurde. Ueberhaupt traten die formellen Organisationsfragen von nun an ganz in den Hintergrund. Dank ihren Verfolgern konnte sich die Partei den Luxus eines Organisationskultus nicht mehr gönnen; sie warf einfach ihre Schanzen auf, wo immer der Feind anrückte, und die Solidarität des Proletariats sorgte dafür, daß diese Schanzen allemal von widerstandsfähiger Mannschaft besetzt wurden. Der Sitz des Vorstands wurde nach Hamburg verlegt, der Hauptstadt des sozialistischen Deutschlands, wie Bebel sagte; auf seinen Vorschlag wurden, entsprechend dem Stärkeverhältniß der beiden Fraktionen, drei Lassalleaner und zwei Eisenacher in den Vorstand gewählt: Hasenclever und Hartmann als Vorsitzende, Auer und Derossi als Sekretäre und Geib als Kassirer. Getauft wurde die neue Organisation als Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands.

Ueber die Fragen, die sich auf die Parteipresse bezogen, kam es gleichfalls zu schneller Einigung. Ein einziges Hauptorgan wurde von allen Seiten gewünscht, doch mußten vorläufig aus zwingenden, namentlich auch finanziellen Gründen der Neue Sozialdemokrat und der Volksstaat als Zentralorgane beibehalten werden. Lokale Parteiblätter sollten nur dann als Parteiorgane gelten und die materielle wie moralische Unterstützung der Partei beanspruchen können, wenn bei ihrer Gründung die Zustimmung der Parteibehörden eingeholt worden wäre. Es machte sich schon eine gewisse Reaktion gegen das allzu eifrige Gründen von Lokalblättern geltend, auch bei den Eisenachern, und gerade bei ihnen, die in diesem Punkte praktische Erfahrungen gesammelt hatten; das Für und Wider einer zahlreichen Lokalpresse wurde eben zu dieser Zeit in einer lehrreichen Polemik zwischen Karl Hirsch und Auer abgewogen. Damit hing noch eine andere Frage zusammen, die Gründung von Genossenschaftsbuchdruckereien, womit die Eisenacher in Leipzig vorangegangen waren, während die Lassalleaner bisher abgelehnt hatten, sich als Kampfpartei mit dem Gepäck konfiszirbaren Eigenthums zu beschweren. In dieser Frage siegte die Auffassung der Eisenacher. In den großen Zentren der Bewegung war das Bedürfniß nach eigenen Organen viel zu stark, als daß es sich hätte hintanhalten lassen, und die Genossenschaftsbuchdruckereien empfahlen sich, um den Parteigenossen ein möglichst breites und festes Eigenthumsrecht an den Parteiblättern zu sichern.

In der Gewerkschaftsfrage gab es keinen Streit mehr. Auf Antrag Fritzsches erklärte der Kongreß, daß, solange die Lohnarbeit bestehe, die Organisation der Gewerkschaften nothwendig sei und die Sache der Arbeiter fördere, soweit es

unter den wirthschaftlichen Verhältnissen der kapitalistischen Gesellschaft nothwendig sei. Die gewerkschaftlichen Organisationen, die auf beiden Seiten bestanden, verschmolzen sich; für einen großen Aufschwung der gewerkschaftlichen Bewegung war freilich die Zeit vorbei.

Der Gothaer Einigungskongreß schloß um die Mitternachtsstunde des 27. Mai zu allseitiger Befriedigung seiner Theilnehmer. Es waren genau zwölf Jahre verflossen, seitdem Lassalle den Allgemeinen deutschen Arbeiterverein gegründet hatte. Der Lassalleanismus erlosch in diesen Gothaer Tagen für immer, und doch waren sie die leuchtendsten Ruhmestage Lassalles. Wie recht immer Marx mit seinen positiven Einwendungen gegen das Gothaer Programm haben mochte, das Schicksal seines Programmbriefes zeigte klar, daß die Wege, auf denen sich in Deutschland eine mächtige und unbesiegbare Arbeiterpartei als Trägerin der sozialen Revolution entwickeln konnte, von Lassalle richtig erkannt worden waren.

Vierzehntes Kapitel.

Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands.

I. Beginnender Reichsbankerott.

Zur selben Zeit, wo sich die revolutionäre Arbeiterpartei zu einem fest geschlossenen Körper zusammenfaßte, begann in der „reaktionären Masse" der bürgerlichen Parteien eine reaktionäre Zersetzung. Der große Krach, dessen erste Schatten schon in die Reichstagswahlen von 1874 gefallen waren, hatte einen furchtbaren Umfang angenommen. Nach einem kurzen Rausch erfuhr das neue Reich in einem langen Katzenjammer, was es bedeute, als ebenbürtige Macht auf dem Weltmarkte konkurriren zu können. Aus dem Anfange des Jahres 1875 liegt eine Berechnung vor, wonach der Werth der Aktien von 556 Aktiengesellschaften, darunter 105 Eisenbahnen, von 6770 Millionen Mark Ende 1872 auf 4425 Millionen Mark Ende 1874 gesunken, somit eine Werthverminderung von 2345 Millionen Mark oder über 30 Prozent eingetreten war. Die Eisenindustrie allein berechnete ihren Verlust auf 455 Millionen Mark.

In ihrer Verzweiflung über die Absatzkrise erhoben die Großindustriellen ein mark- und beinzerschneidendes Geschrei nach Schutzzöllen. Diese Forderung hatte jetzt eine ganz andere Bedeutung als ein Menschenalter früher. Wenn in den dreißiger und vierziger Jahren Schutzzölle als vorübergehendes Erziehungsmittel der nationalen Industrie gefordert worden waren, so konnte davon nicht mehr die Rede sein. Der deutsche Gesammthandel stand in der Mitte der siebziger Jahre auf dem Weltmarkte nur noch dem englischen nach; er belief sich 1874 (Ausfuhr und Einfuhr addirt) in Millionen Mark: Großbritannien 13 380, Deutschland 9300, Frankreich 6800, Vereinigte Staaten 4980. In Industrie und

Transport hatte Deutschland mehr Dampfkraft im Betriebe, als irgend ein anderer Staat des europäischen Festlandes. Unter solchen Verhältnissen war es mit dem ursprünglichen historischen Sinne der industriellen Schutzzölle vorbei. Die Großindustriellen verlangten sie nunmehr zu dem edlen Zwecke, sich hohe Preise auf dem inneren Markte zu sichern, um auf dem Weltmarkte desto erfolgreicher durch Schleuderpreise konkurriren zu können. Die eigenen Volksgenossen sollten weißgeblutet werden, damit die überschüssigen Produkte der Großindustrie um so wohlfeiler an fremde Nationen abgesetzt werden könnten.

Eine mächtige Bundesgenossenschaft fanden die schutzzöllnerischen Großindustriellen an den schutzzöllnerischen Großgrundbesitzern. Im Laufe weniger Jahre wurden die ostelbischen Junker aus eingefleischten Freihändlern zu eingefleischten Schutzzöllnern. Der industrielle Aufschwung hatte die industrielle Bevölkerung relativ auf Kosten der landwirthschaftlichen Bevölkerung vermehrt, und in der Landwirthschaft die Produktion von Genußmitteln und Rohstoffen für die Industrie auf Kosten der Produktion von Nahrungsmitteln. Der Konsum von Nahrungsmitteln stieg rascher, als ihre Produktion im Inlande; Getreide und andere landwirthschaftliche Produkte konnten nicht mehr ausgeführt, sondern mußten eingeführt werden. Diese Einfuhr wurde außerordentlich erleichtert durch die kolossale Umwälzung der Verkehrsmittel, die treibhausartige Entwicklung der Eisenbahnen und der Dampfschiffahrt; namentlich die Landwirthschaft der Vereinigten Staaten wurde in der Mitte der siebenziger Jahre zu einer Exportindustrie, welche wie die europäischen Märkte überhaupt, so auch den deutschen Markt mit Fleisch und Getreide überschwemmte. Aber damit sanken auch die Fleisch- und Getreidepreise, und die Grundrente der preußischen Junker begann zu fallen. In solcher Noth hätten diese allemal bewährten Patrioten Gott, König und Vaterland verrathen, geschweige denn daß sie ihre freihändlerischen Grundsätze auf den Kehrichthaufen warfen. Wie die Großindustriellen entschlossen sie sich zum Weißbluten der Massen, um ihre sinkende Grundrente wieder zu steigern.

Bei der Regierung aber fand die schutzzöllnerische Agitation einen verständnißinnigen Wiederhall. Bismarck war sowohl Großindustrieller wie Großgrundbesitzer, und der Genius, der den Säkularmenschen beseelte, trauerte mit beiden so schwere Noth leidenden Klassen. Daneben hatte er noch seine besonderen Schmerzen. Die fünf Milliarden waren durch den Rauchfang gegangen, aber der Militarismus war geblieben und forderte von Jahr zu Jahr größere Opfer. Neue Steuerquellen mußten erschlossen werden, und zwar Steuerquellen, die massenhaft strömten und durch Parlamentsbeschlüsse nicht verstopft werden konnten. Die Wege dazu waren indirekte Steuern, Finanzzölle, Verstaatlichung großer Erwerbs- und Verkehrszweige. Im deutschen Reiche wurde das Tabaksmonopol das Ideal Bismarcks, im preußischen Staate die Verstaatlichung der Eisenbahnen. Der Säkularmensch entdeckte jetzt sein „sozialistisches“ Herz. Die Väter dieses glorreichen „Sozialismus“ waren beim Tabaksmonopol der alte Fritz, der erste Napoleon und Metternich, als seine Geburtshelferin aber diente bei der Ver-

staatlichung der preußischen Eisenbahnen die Diskontogesellschaft, die dem Reichsinvalidenfonds eine Unmasse von Eisenbahnaktien aufgehalst hatte, deren Marktwerth nach dem Krach in einem unangenehmen Mißverhältnisse zu ihrem Nominalwerthe stand. So wurde der preiswürdige Ankauf der preußischen Bahnen durch den Staat zu einem Ziele, für das jeder rechte Patriot im innersten Herzensgrunde erglühen mußte.

Die geplante Massenplünderung war bei alledem nicht wohl möglich, wenn die Kälber nicht selbst ihre Kehlen den Metzgern darboten. Zu diesem aufopfernden Liebesdienste erwiesen sich die kleinbürgerlichen Klassen gern bereit. Die Bauern ließen sich leicht von dem Schreckgespenste der amerikanischen Konkurrenz ins Bockshorn jagen, obgleich die große Mehrzahl der ländlichen Kleinbesitzer, die überhaupt nicht genug Lebensmittel für den eigenen Bedarf produzirte, von den Getreidezöllen direkten Schaden haben mußte, die kleine Minderzahl der wohlhabenderen Bauern aber höchstens einen geringen Nutzen, der durch die gleichzeitige Einführung von Finanz- und Industriezöllen sofort wieder aufgesaugt wurde. Bei den Handwerkern, welche die rapide Entwicklung der großen Industrie massenhaft deklassirt hatte, war auch keine große Ueberredungskunst nothwendig, um ihnen die Sehnsucht nach den Fleischtöpfen der alten Zoll- und Zunftschranken zu erwecken. Unfähig, die historische Entwicklung zu verstehen oder sich gar schon als rettungslos Ertrinkende an einen Strohhalm klammernd, ließ sich der kleine Besitz in Stadt und Land von den Schlaraffenbildern bethören, die ihm die agrarischen und industriellen Schutzzöllner vorgaukelten.

Ein besonders wirksamer Hebel der kleinbürgerlichen Reaktion wurde die biedermännische Entrüstung über die Schwindelgeschäfte des großen Kapitals. Je klarer der Krach die ruchlosen Gaunereien der Gründerjahre aufdeckte, um so klarer stellte es sich auch heraus, daß es in der großbürgerlichen Gesellschaft für solche großen Diebe keine Galgen gab. Die königliche Untersuchungskommission, die nach Laskers glorioser Verheißung „mit der Fackel bis in den letzten Winkel leuchten“ sollte, blies selbst das schwächste Nachtlicht aus, das einen „Edelsten und Besten“ zu streifen drohte; schon durch die eine wundersame Historie vom „unauffindbaren Zeugen“ Adickes nahm sie die französischen Panamaskandale vorweg. Adickes konnte und sollte über die Gründerprofite aussagen, die bei Hannover-Altenbeken gemacht worden waren, aber die Untersuchungskommission konnte ihn trotz krampfhaften Suchens nicht auffinden, zur selben Zeit, wo Adickes als nationalliberaler Reichstagsabgeordneter täglich auf derselben Bank sowohl mit Lasker als auch mit Bennigsen saß. Fast alle Versuche, eine gerichtliche Sühne für die offenkundigsten Betrügereien der Schwindeljahre zu erlangen, scheiterten von vornherein oder verliefen im Sande; im günstigsten Falle führten sie zu gerichtlichen Verhandlungen, bei denen bebrillte Aktenmenschen alsbald in einem todten Winkel des kapitalistischen Labyrinths festzufahren und in ihrer juristischen Verlegenheit ein moralisches Kauderwälsch über die „gewerbsmäßige Verleumdung“ der „angesehensten Männer“ herzustottern pflegten. Der altväterische Glaube des

Spießbürgers, daß Recht doch Recht bleiben müsse, wurde zur Seifenblase, und darüber wurden alle Spießbürger wüthend.

Sie ergänzten den „Sozialismus“ der Schutzzölle und des Tabakmonopols durch den „Sozialismus des dummen Kerls“, durch den Antisemitismus. Dem Bauern und dem Handwerker trat das sie vernichtende Kapital gewöhnlich in der Gestalt des Juden entgegen, und in ihrer beschränkt-rückständigen Auffassung nahmen sie den Träger der Sache für die Sache selbst. Das war um so erklärlicher, als das Geldjudenthum sich während der Schwindelperiode in einer Weise mausig gemacht hatte, die ihm unvermeidlich eine unliebsame Aufmerksamkeit zuziehen mußte; namentlich in Berlin hatte die Vermauschelung des öffentlichen Lebens einen Umfang angenommen, der die unerschrockensten Verehrer des weisen Nathan beunruhigen konnte. Der Antisemitismus fand eine Menge flinker Federn in dem „Proletariate der Intelligenz“, in dem kleinbürgerlichen Nachwuchse, der sich seit dem Versinken des Kleinbetriebes in die gelehrten Berufe gerettet hatte, aber schon in der eigenen Ueberfülle erstickte und wüthend auf die jüdische Konkurrenz losschlug, die ihm auch auf diesem Gebiete gemacht wurde. In der praktischen Politik war der Antisemitismus eine völlig sinn- und ziellose Bewegung, er war es doppelt unter der Aegide Bismarcks, der Großindustriellen und der Großgrundbesitzer. Diese Leute mochten im Stillen dem Geldjudenthum eine kleine Lektion gönnen, aber sie waren viel zu enge mit ihm verknotet, um ihm ein ernsthaftes Leid anzuthun; für sie war der „Sozialismus des dummen Kerls“ nur ein Mittel, den „dummen Kerl“ um so fester am Narrenseile zu halten.

Diese ganze rückläufige Bewegung fand nun aber doch einen Widerstand, an dem sie sich unter normalen Verhältnissen hätte brechen müssen. Ein namhafter Theil der deutschen Bourgeoisie ließ sich aus guten Gründen nicht von den Großindustriellen ins schutzzöllnerische Schlepptau nehmen, namentlich nicht der große Handel und die große Rhederei, auch nicht die freihändlerischen Theoretiker. Sie erkannten ganz richtig, daß diese Art Schutzzoll von der Hand in den Mund lebte und die Henne schlachtete, welche die goldenen Eier legte. Die staatliche Förderung der reichsdeutschen Schleuderpreise im Auslande mußte zu Repressalien der anderen Industriestaaten führen, zur Aufrichtung von Zollschranken, die den auswärtigen Markt für Deutschland sehr verengten; nicht weniger wurde die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie durch die Vertheuerung der Produktionskosten bedroht, die der Vertheuerung aller inländischen Waaren folgen mußte; die Industriezölle boten auf die Dauer keinen Ersatz für den Schaden, den die Lebensmittelzölle der Industrie zufügten. Und dazu kam, daß Bismarcks Finanz- und Steuerpolitik die so schon geringe politische Macht der Bourgeoisie beträchtlich schmälern sollte. Gerade ihre entschiedeneren, klareren und weitsichtigeren Köpfe hielten an ihren freihändlerischen Grundsätzen fest.

Ohne Zweifel war ihre Lage in der Mitte der siebziger Jahre sehr schwierig. Sie hatten den Feind im eigenen Lager, ihr kleinbürgerliches Gefolge schwand ihnen unter den Händen fort, die Bureaukratie machte gegen sie mobil und die

frisch bekehrten Junker drangen mit besonderem Zorne auf die verstockten Sünder ein. Es war überhaupt eine verzweifelte Aufgabe, die manchesterliche Fahne hochzuhalten, während das Märchen vom tausendjährigen Reiche des Freihandels in den tausend Ruinen der Schwindelperiode zerschmettert am Boden lag. Die freihändlerische Bourgeoisie mußte den großen Krach aus der Welt zu schwindeln, die nichtswürdigsten Gründungen als „korrekteste" Geschäfte darzustellen suchen, und das gelang ihr nur unvollkommen, trotz der massiven Verlogenheit, welche die Eugen Richter und Konsorten bei der Lösung dieser erhebenden Aufgabe entwickelten. Und am wenigsten entwaffnete sie den „Sozialismus des dummen Kerls" durch einen künstlich gezüchteten Philosemitismus, der mindestens ebenso dumm, aber noch ungleich widerlicher war, als der naturwüchsige Judenhaß der Bauern und der Handwerker.

Trotz alledem konnte sich die freihändlerische Bourgeoisie eine Position schaffen, aus welcher sie schwer hinauszumanövriren war. Sie mußte sich auf das klassenbewußte Proletariat stützen, in dem die drohende Massenplünderung von vornherein ihren entschlossensten und rücksichtslosesten Gegner hatte. Selbstverständlich war eine Verständigung zwischen beiden Theilen nur in der Beschränkung möglich, daß sie den Boden der modernen bürgerlichen Gesellschaft, auf dem sie beide standen, gemeinsam gegen den verwüstenden Einfall historisch rückständiger Gegner schützten. Gerade aber in dieser Beschränkung hätte auch die Kraft eines solchen Bündnisses gelegen, dessen Gefahr die Zöllner aller Arten wohl zu schätzen wußten. Sie suchten die Arbeitermassen mit allerlei sozialistelnden Schlagworten über den „Schutz der nationalen Arbeit" zu födern, ja sie stellten die Erhöhung der Löhne als den eigentlichen Zweck der Schutzzölle hin. Bismarck faselte von dem Tabaksmonopol als dem „Patrimonium der Enterbten"; er kramte seinen Almosen- und Lakaiensozialismus wieder hervor, und Hand in Hand mit seinen verstärkten Anläufen, die politisch entwickelten Schichten der Arbeiterklasse gewaltsam niederzuschlagen, ging sein Bestreben, ihre politisch noch unentwickelten Schichten durch das Linsengericht einer verbesserten Armenpflege über ihr politisches Erstgeburtsrecht zu täuschen.

Je geringere Aussichten diese plumpe Demagogie hatte, um so dringenderen Anlaß hatte die freihändlerische Bourgeoisie, im klassenbewußten Proletariat einen festen Stützpunkt ihrer wackeligen Lage zu suchen. In ihrer althergebrachten historischen Verblendung that sie aber das gerade Gegentheil. Sie fiel hemmend in den Arm, den das Proletariat gegen die ökonomische Reaktion erhob. Die Freihandelshausirburschen rühmten sich, auf dem „Ehrenposten" im Kampfe gegen die Sozialdemokratie zu stehen; im Lästern über die „Führer", welche „die Arbeitergroschen verpraßten", und ähnlichem Schwindel leisteten sie auch wirklich noch mehr, als die offiziösen und reaktionären Blätter. Während die schutzzöllnerischen Agitatoren mit ihren Vorspiegelungen über die beabsichtigte Erhöhung der Löhne doch wenigstens die Nothwendigkeit einer solchen Erhöhung anerkannten, wurde der preußische Finanzminister Otto Camphausen, neben Delbrück

das staatsmännische Ideal der liberalen Bourgeoisie und übrigens ein fetter Geldprotz, dem von der Ideologie seines älteren Bruders Ludolf kein Schimmer mehr geblieben war, nicht müde zu quäken, das einzige Heilmittel der Krise sei eine Herabsetzung der Arbeitslöhne. Die empfindlichen Niederlagen, welche sich die deutschen Unternehmer dadurch holten, daß sie trotz ihres wachsenden Reichthums nicht auf die schäbigen Geschäftskniffe ihrer Anfänge verzichten mochten, wurden von den freihändlerischen Tintenkulis auf die Schultern des Proletariats abzuwälzen gesucht; nach ihrer liebenswürdigen Darstellung verschuldete es die Faulheit und Ungeschicklichkeit der Arbeiter, daß der Reichskommissar Reuleaux der Vertretung der deutschen Industrie auf der Weltausstellung in Philadelphia das Brandmal: Billig und schlecht aufdrücken mußte, oder daß die deutsche Baumwollindustrie ihren Markt in China verlor, weil, wie Treitschke spottete, die Asiaten an die Echtheit der Waare strengere Ansprüche stellten, als die geduldigen Deutschen. Der Humbug Bismarcks, daß der proletarische Klassenkampf die Leistungsfähigkeit der deutschen Arbeiter verderbe, fand in Eugen Richter seinen getreuesten Nachplapperer. Mit dieser genialen Politik kapitulirte die freihändlerische Bourgeoisie schmachvoll genug vor ihren reaktionären Gegnern; sie ebnete den Weg der Gewaltpolitik, auf dem Bismarck seine Finanz-, Steuer- und Zollpläne durchsetzen sollte.

Selbstverständlich vollzog sich der ökonomisch-politische Krebsgang in Deutschland nicht im Laufe weniger Wochen oder Monate. Das ging um so weniger an, als er sich in der Gesetzgebung des Reichs nur durch ein vollständiges Herumwerfen der politischen Parteien durchsetzen konnte. Das ostelbische Krautjunkerthum hatte seit Jahr und Tag einen so bissigen und boshaften Kleinkrieg gegen Bismarcks kapitalistische und kulturkämpferische Politik geführt, daß sich die holde Eintracht zwischen diesen schönen Seelen nicht gleich auf den ersten Hieb wiederherstellen ließ. Von den beiden stärksten Fraktionen des Reichstags war das Zentrum mit seinen rheinischen Großindustriellen und schlesischen Großgrundbesitzern, mit seinem Gefolge von Bauern und Kleinbürgern und politisch noch unreifen Arbeitern sofort für eine reaktionäre Wirthschaftspolitik zu haben, während unter den Nationalliberalen die freihändlerische Bourgeoisie vorherrschte. Nun war aber das Zentrum bis an die Zähne gerüstet gegen den „diokletianischen Christenverfolger“ Bismarck, während die Nationalliberalen zu einer immer willenloseren Schutztruppe des Säkularmenschen herabgesunken waren, wie sie noch im Jahre 1876 durch das schmähliche Kompromiß in Sachen der Justizgesetze bewiesen. Es lohnte für Bismarck schon der Versuch, die Nationalliberalen für die wirthschaftliche Reaktion breitzuschlagen, ehe er den sauren Gang nach Canossa antrat. Denn soviel stand freilich für diesen genialen Staatsmann fest, daß der „weltgeschichtliche Kampf zwischen Kalchas und Agamemnon“ wie ein Schattenspiel von der Wand verschwinden müsse, wenn auf keinem anderen Wege die Steigerung der Grundrenten und der Kapitalprofite zu haben war.

Immerhin aber trieb der große Krach die Dinge doch verhältnißmäßig schnell voran. In der Mitte des Jahres 1875 gipfelte der krautjunkerliche Feld-

zug gegen Bismarck in den Aeraartikeln der Kreuzzeitung, aber in demselben Jahre begann auch die Grundrente zu fallen, und schon im Frühjahre 1876 organisirten sich die Junker unter stiller Förderung Bismarcks ökonomisch als Steuer- und Wirthschaftsreformer, politisch als deutsch-konservative Partei. Zur selben Zeit sah Delbrück ein, wie die Sachen standen, und ging, ehe er gegangen wurde. Bismarck aber erklärte in der Herbstsession des Reichstags von 1875, der Reichshaushalt müsse „möglichst ausschließlich durch indirekte Steuern" aufgebracht werden. Gleichzeitig enthüllte er die Grundzüge seiner künftigen Arbeiterpolitik, einerseits durch ein neues Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie, andererseits durch ein Hilfskassengesetz, das den Arbeitern einige Almosen spenden sollte, um sie dadurch zu Lakaien der Fabrikanten und Gemeindebehörden zu machen.

Die Sozialdemokratie täuschte sich nicht über den Ernst der Lage. Sie hatte ihre inneren Kämpfe nur abgeschlossen, um desto heftigeren Kämpfen mit der Außenwelt entgegenzugehen. Für sie gab es ringsum nichts als Feinde. Sie sah den Sturm heraufziehen und rüstete sich eifrig, ihn zu bestehen.

II. Praktische Agitationserfolge.

Nach der Verschmelzung ihrer beiden Fraktionen ging die sozialdemokratische Agitation doppelt rüstig voran. Die alten bewährten Kräfte arbeiteten einträchtig zusammen und neue Kräfte traten hervor: der Zigarrenarbeiter Molkenbuhr in Ottensen, der Schriftsetzer Oldenburg in Rendsburg, der Seemann Schwartz in Lübeck, der Gerber Schuhmacher in Solingen, der Tischler Tutzauer in Düsseldorf, der Kommis Kayser in Berlin, der Schneider Kühn in Langenbielau, der Zigarrenarbeiter Geyer in Großenhain, der Hutmacher Heine in Halberstadt, der Holzbildhauer Rödiger in Gera, der Schlosser Ulrich in Offenbach, der Kaufmann Wiemer in Nürnberg, der Schriftsetzer Richard Fischer in Augsburg. Auch aus den klar blickenden Ideologen der bürgerlichen Klassen erhielt die Partei neuen Zuwachs: den Referendar Viereck in Berlin, den Lehrer Sabor in Frankfurt a. M., den Dichter Dulk in Stuttgart und den ehemaligen Offizier Georg v. Vollmar, einen geborenen Münchener, der, als Postbeamter im deutsch-französischen Kriege schwer verwundet, in langen Jahren körperlichen Leidens sich in die sozialistische Weltanschauung eingelebt hatte.

Die Gegner sorgten reichlich dafür, daß es an packendem Agitationsstoffe nicht gebrach. In den ersten fünf Jahren des neuen Reiches hatten sich die besitzenden Klassen, da sie das Kreuz besaßen, reichlich mit Gesetzen zur Förderung ihrer Klasseninteressen gesegnet; während dieser ganzen Zeit war im Interesse oder vielmehr im angeblichen Interesse der arbeitenden Klassen nur ein überaus klägliches Haftpflichtgesetz verabschiedet worden, das durch seine halb lodbrigen, halb perfiden Bestimmungen den Unternehmern die bequeme und reichlich benützte Gelegenheit bot, sich der Haftpflicht für die Unglücksfälle in ihren Betrieben

zu entziehen. Ein ähnlicher Geist wehte durch das Hilfskassengesetz, das dem Reichstage im Herbst 1875 zuging. Die Vorlage der Regierung behandelte die Arbeiter, unter dem Scheine einer ihnen zu erweisenden Wohlthat, als unmündige Kinder, die auf Schritt und Tritt gegängelt werden müßten; sie bedrohte schwer die Freizügigkeit des Proletariats und verkümmerte ihm nicht minder schwer die Selbstverwaltung seiner eigensten Angelegenheiten; den freien Hilfskassen der Arbeiter machte sie das Leben auf Schritt und Tritt sauer. Der böse Wille der Regierung ging sogar den bürgerlichen Parteien des Reichstags zu weit. Immerhin waren auch sie reichlich genug mit diesem Artikel versehen. So schlossen sie von der kommissarischen Berathung der Vorlage die sozialdemokratischen Abgeordneten aus, die weitaus die erfahrensten Sachkenner waren.

Obgleich das Hilfskassengesetz im letzten Grunde nur den Zweck hatte, die Armenpflege der Gemeinden zu entlasten, so nahmen die parlamentarischen Vertreter der Arbeiterklasse die bürgerliche Gesellschaft wie sie ist, und verlangten nicht mehr, als daß in ihr den Arbeitern billig sein sollte, was allen anderen Klassen recht war. Sie stimmten dem Kassenzwange zu, aber sie verwarfen die Zwangskassen; sie verzichteten auf alle Almosen der Bourgeoisie, aber sie verlangten die unverkümmerte Selbstverwaltung der Arbeiterkassen durch die Arbeiter. Eine Unzahl Petitionen und Proteste aus den verschiedensten Arbeiterschichten bestätigte die Richtigkeit dieser Auffassung. Mußten doch auch den Arbeitern, die dem proletarischen Klassenkampfe noch fern standen, die Augen übergehen, wenn sie in der Verwaltung ihrer kümmerlichen Krankengroschen beaufsichtigt und behindert werden sollten von denselben gesetzgebenden Körperschaften, die es für ein Ding der Unmöglichkeit erklärten, die Raubzüge der kapitalistischen Aktiengesellschaften zu beaufsichtigen und zu verhindern. Trotzdem wurde das Gesetz in einer Form angenommen, die von den sozialdemokratischen Vertretern schlechthin verworfen wurde, mochte sie auch den freien Hilfskassen der Arbeiter etwas größeren Spielraum lassen, als die Regierung ihnen gewähren wollte.

Nicht weniger revolutionirend wirkte das politische Ausnahmegesetz, das die Regierung gegen die Arbeiterklasse einbrachte. In einer Novelle zum Strafgesetzbuche, das die paar kleinen Fortschritte des deutschen Strafrechts rückwärts zu revidiren versuchte, befand sich ein § 130, welcher lautete: „Wer in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung gegen einander öffentlich aufreizt, oder wer in gleicher Weise die Institute der Ehe, der Familie oder des Eigenthums öffentlich durch Rede oder Schrift angreift, wird mit Gefängniß bestraft.“ Zur Vertheidigung dieses Paragraphen vor dem Reichstage hatte Bismarck mit feinem Takte den preußischen Minister des Innern berufen, denselben Grafen Eulenburg, der ein Menschenalter früher als Zensor in rheinischen Bordellen heldenhafte Kämpfe mit Nachtwächtern geführt und seitdem als lebenslustiger Junggeselle so viele praktische Angriffe auf das Institut der bürgerlichen Ehe gemacht hatte, daß er als theoretischer Vertheidiger dieser heiligen Einrichtung besonders berufen erschien. Graf Eulenburg

verhehlte nicht, daß § 130 direkt auf die Sozialdemokratie gemünzt sei, und schleppte zum ersten Male den großen Zitatensack heran, der hinfort einen Ehrenplatz unter den Waffen deutscher Staatskunst einnehmen sollte. Durch einzelne Artikel oder auch durch einzelne, aus dem Zusammenhange gerissene Sätze der sozialdemokratischen Presse suchte er die Gemeinschädlichkeit des proletarischen Klassenkampfes zu erweisen; er meinte, daß die als besser situirt bezeichneten Klassen freiwillig niemals auf ihre Rechte verzichten würden, und daß die Gesellschaft niemals auf den Punkt kommen werde, sich freiwillig, ohne Zwang, zu egalisiren; § 130 sei also unbedingt nothwendig, wolle man es nicht dahin kommen lassen, daß die Flinte schieße und der Säbel haue.

Auf einer gleichen Höhe geistreicher Beredtsamkeit bewegte sich Bismarck selbst, indem er die sozialdemokratische Agitation für den großen Krach verantwortlich machte und mit bösen Sticheleien auf die „Gutmüthigkeit" der deutschen Richter eine noch größere Korruption der deutschen Strafrechtspflege vorbereitete. In komischer Verwechslung der Thatsachen verlangte er größeren Schutz der deutschen Polizeibeamten vor dem böswilligen Publikum, damit sie die allgemeine Achtung der englischen Polizeibeamten genössen, und erklärte übrigens dem Reichstage, er werde die Ablehnung des § 130 hinnehmen, aber es sei vielleicht einer der Würmer, die nicht stürben, und die Enkel der gegenwärtigen Abgeordneten, wenn er eine Gesetzgebungsperiode als eine Generation auffassen dürfe, würden sich noch mit denselben Fragen beschäftigen müssen. Und auf dem Gebiete solcher schmutzigen Reaktionsstreiche war Bismarck immer ein guter Prophet.

Vorläufig bewilligte ihm der Reichstag ein gutes Stück seiner reaktionären Strafgesetznovelle, aber noch nicht den § 130. Vielmehr wurde das Monstrum einstimmig abgelehnt und sogar unter allgemeiner Heiterkeit, so daß die staatsmännische Würde des hohen Hauses gefährdet gewesen wäre, wenn der fortschrittliche Führer Hänel sie nicht durch die pathetische Erklärung gerettet hätte, der § 130 sei ein schwerer, durch nichts begründeter Angriff auf die Grundlagen unserer verfassungsmäßigen Zustände im Reich und in jedem Einzelstaate, ein schwerer, durch nichts zu rechtfertigender Angriff auf diejenigen Grundsätze, die alle liberalen Parteien seit zehn und zwanzig Jahren als unverrücktes Ziel vor Augen gehabt hätten.

In der zweiten Gesetzgebungsperiode darauf sagte sich derselbe Herr Hänel, ganz nach Bismarcks prophetischem Worte: Weh' dir, daß du ein Enkel bist! und verfolgte das nicht mehr unverrückte, sondern sehr verrückte Ziel, durch die fast wörtliche Wiedereinbringung des § 130 die Sozialdemokratie todtzuschlagen. Tessendorff aber rächte das einstweilige Fiasko seines Gönners Bismarck dadurch, daß er Ende März 1876 einen Beschluß des Berliner Stadtgerichts beibrachte, der die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands wegen angeblicher „Zweigvereinsbildung" im preußischen Staate schloß.

Während so die herrschenden Klassen den trefflichsten Agitationsstoff heranschleppten, unterhielten sich die bürgerlichen Auguren von dem angeblichen „Rück-

gange" der Sozialdemokratie, den ihre Maulwurfsaugen, der Himmel weiß wo, entdeckten. Sicherlich hätte die Geschäftskrisis, die mit einer noch nie gekannten Schwere in erster Reihe auf dem Proletariat lastete, einen erlahmenden Einfluß auf die so zu sagen körperliche Kraft der revolutionären Arbeiterbewegung ausüben können, wenn sie nur nicht zugleich die Geister revolutionirt hätte. Dazu räumte die überaus feindselige Haltung der herrschenden Klassen, die infame Lüge, daß die Arbeiter den großen Krach verschuldet haben sollten, und ähnliche Ausbrüche eines tobsüchtigen Hasses mehr, mit den letzten Illusionen der vorgeschrittenen Arbeiterschichten auf. So wie die Dinge lagen, eroberte die sozialdemokratische Agitation täglich neues Terrain, und der vom 19. bis 23. August 1876 in Gotha tagende Parteikongreß zeigte einen „Rückgang" auf, der die Neunmalweisen der Bourgeoisie peinlich überraschte.

Der Kongreß war als allgemeiner Sozialistenkongreß einberufen worden, um auch den Parteigenossen aus denjenigen Staaten, wo die Parteiorganisation „geschlossen" worden war, die Theilnahme zu ermöglichen. Die meisten Mittel-, und manche Kleinstaaten dazu, in erster Reihe Baiern und Sachsen, hatten eifrig den Lorbeeren Tessendorffs nachgetrachtet; kaum noch in dem fünften Theile des Deutschen Reiches, in den Hansastädten, sowie in einigen thüringischen und süddeutschen Staaten, waren sozialistische Verbindungen möglich, deren Mitglieder an verschiedenen Orten wohnten.

Jedoch zeigte der Kongreß von 1876, daß Tessendorff und sein edles Gefolge zu spät aufgestanden war; die Zertrümmerung ihrer äußeren Organisation war längst kein Mittel mehr, die Entwicklung der Partei aufzuhalten, sondern nur noch ein Hebel, ihren Aufschwung zu beflügeln. Auf dem Kongresse erschienen 98 Delegirte, die 291 Orte mit 38 254 Mitgliedern vertraten; die Gesammteinnahme der Parteikasse belief sich für vierzehn Monate, für die Zeit vom 8. Juni 1875 bis zum 10. August 1876, auf 58 763 Mark, darunter 4330 Mark vom Verleger des Wählers, eines handgroßen Blättchens, das einmal monatlich erschien und für 20 Pfennig das Exemplar an „geschlossene" Parteigenossen verkauft wurde, um ihnen so die Zahlung ihrer Beiträge zu ermöglichen. Die Einnahmen der Parteikasse erschöpfte aber nicht entfernt die Summe, die deutsche Arbeiter trotz aller schweren Noth der Zeit für die Emanzipation ihrer Klasse aufzubringen wußten; Auer, der den Bericht des Vorstandes erstattete, schätzte die Aufwendungen für örtliche Parteizwecke mindestens auf das dreifache ein.

Auch sonst bot Auers Bericht ein sehr erfreuliches Bild. Der Partei standen 145 wohlgeschulte Redner zur Verfügung, die alle schon die Feuertaufe in Versammlungen rühmlich bestanden hatten, darunter 8 voll, sowie 14 zum Theil besoldete Agitatoren, und 46 Parteibeamte, hauptsächlich Redakteure und Expedienten der Parteiblätter. 12 politische Organe und ein belletristisches Unterhaltungsblatt, die Neue Welt, waren seit dem Einigungskongresse neu entstanden. Die Partei verfügte über nicht weniger als 23 politische Organe, von denen

15 in Genossenschaftsbuchdruckereien hergestellt wurden; 8 erschienen sechsmal, 8 dreimal, 4 zweimal und 3 einmal in der Woche. Der Broschürenvertrieb belief sich in die Hunderttausende, als Parteikalender wurde der Arme Konrad in vierzigtausend Exemplaren abgesetzt. Und so durfte Auer sagen, daß von dem ausposaunten „Rückgange" der Sozialdemokratie nichts übrig bleibe, als Schrecken in allen feindlichen Lagern vor der wachsenden Macht der Arbeiterpartei.

Der Verfolgungen gedachte er nur, um festzustellen, daß namentlich in Preußen und Baiern das Vereinsrecht für die Arbeiter durch rechtlose Willkür so gut wie völlig aufgehoben sei. Nicht über die reaktionären Vereinsgesetze beklage sich die Sozialdemokratie, denn mit ihnen wisse sie sich, bei aller Agitation für die gesetzliche Beseitigung solcher Machwerke, doch abzufinden; wogegen sie protestire, das sei die tendenziöse reaktionäre Manier, womit die bestehenden Gesetze gegen sie ausgelegt würden, während sie auf alle anderen politischen Parteien eine loyale Handhabung fänden. Ueber die Möglichkeit einer neuen Parteiorganisation sprach sich Auer sehr resignirt aus. Die preußischen Parteigenossen hätten mit peinlichster Genauigkeit die Klippen und Untiefen des Vereinsgesetzes umschifft, indessen wenn die preußische Regierung entschlossen sei, innerhalb ihrer Machtsphäre keine sozialistische Organisation zu dulden, so fände sie immer Staatsanwälte und Richter, die ihren Willen vollstreckten, unter freudiger Zustimmung der konservativen und der liberalen Parteien. Möge aber das offizielle Band zerrissen sein, so binde alle Parteigenossen fest und unlöslich das Bewußtsein, einer gemeinsamen großen Sache zu dienen, der Sache des Proletariats, des armen enterbten Volkes.

Der Kongreß hatte zwei Hauptaufgaben zu erledigen: einmal den Schlußstein ins Einigungswerk zu fügen und dann für die nächsten Reichstagswahlen mobil zu machen. Ganz leicht war es nicht, den Dualismus zu beseitigen, der in den beiden Zentralorganen der ehemaligen Fraktionen noch fortbestand; bei der Abstimmung über die entscheidende Frage, ob das neue Zentralorgan in Leipzig oder Berlin erscheinen solle, trat der alte Unterschied noch einmal ziemlich scharf hervor; überwiegend stimmten die ehemaligen Lassalleaner für Berlin, die ehemaligen Eisenacher für Leipzig. Als sich ergab, daß, bei 6 Stimmenthaltungen, für Leipzig 49 und für Berlin 38 Delegirte gestimmt hatten, wurde die Klage laut, daß die geographische Lage des Kongreßortes den sächsischen und thüringischen Delegirten ein unverhältnißmäßiges Uebergewicht gegeben habe, und die Spannung verschärfte sich noch durch die Weigerung Hasselmanns, in die Redaktion des neuen Zentralorgans in Leipzig einzutreten. Doch der redliche Wille, um jeden Preis die Einheit zu erhalten, siegte über alle Schwierigkeiten. Alte Lassalleaner, wie Rackow und Zielowsky, tadelten Hasselmanns Obstruktion scharf, während Hasenclever sich bereit finden ließ, die von Hasselmann verschmähte Stelle anzunehmen. Unter Liebknechts und Hasenclevers Redaktion sollte das neue Zentralorgan unter dem Titel Vorwärts vom Oktober 1876 ab in Leipzig erscheinen, dreimal wöchentlich, wie auch schon der Volksstaat

seit 1873 erschienen war. Hasselmann, der bisher eifrig an der Einigung der Fraktionen gearbeitet hatte, nahm von nun an eine frondirende Stellung in der Partei ein; nach dem Eingehen des Neuen Sozialdemokraten ging er in seinen Wahlkreis Elberfeld-Barmen und gab hier die Rothe Fahne heraus, angeblich ein regelmäßig erscheinendes Wahlflugblatt, thatsächlich ein schwach verhülltes Konkurrenzunternehmen des Vorwärts. Soweit der verschlossene Charakter Hasselmanns ein Urtheil zuließ, bestimmte ihn die Enttäuschung persönlichen Ehrgeizes. Seine Fronde war unbequem, aber nicht gefährlich; eine sachliche Handhabe zur Opposition fehlte ihm, und selbst wenn eine Sektenbildung noch möglich gewesen wäre, wie sie es nicht mehr war, so langte Hasselmanns ganze Persönlichkeit nicht zu einem fanatisirenden Sektenhäuptling.

Die zweite Hauptaufgabe des Kongresses war die Rüstung für die bevorstehenden Reichstagswahlen. Nach sorgfältiger Prüfung der Verhältnisse wurden etwa vierzig Wahlkreise für „offiziell" erklärt, das heißt für Kreise, in denen die Partei mit nennenswerther Aussicht auf Erfolg kandidiren könne und also von Parteiwegen in den Wahlkampf eingreifen müsse: zwölf sächsische und fünf schleswig-holsteinische Kreise, die beiden Stadtkreise und der Landkreis Hamburg, Berlin IV und VI, Braunschweig I, in Schlesien Reichenbach-Neurode und Waldenburg, im Rheinlande Elberfeld-Barmen, Lennep-Mettmann und Solingen, im Maingau Hanau und Offenbach, in Baiern Nürnberg, in Württemberg Eßlingen-Kirchheim, dazu einige Wahlkreise in mitteldeutschen Kleinstaaten, wie Anhalt-Bernburg, Sachsen-Meiningen und Reuß ä. L.

Zur Leitung der Wahl wurde ein Zentralwahlkomite von fünf Personen in Hamburg niedergesetzt, das zugleich alle sonstigen Aufgaben der Parteileitung übernehmen sollte; nach einem Erkenntnisse des preußischen Obertribunals stand eine Organisation, die eine bestimmte Wahl im Auge hatte, nicht unter dem preußischen Vereinsgesetze. In das Zentralwahlkomite wurden die Mitglieder des früheren Vorstandes gewählt, Hartmann, Derossi, Geib, Auer, an die Stelle Hasenclevers, der nach Leipzig übersiedelte, trat H. Brasch. Für die beiden Vorsitzenden wurden je 45, für die beiden Schriftführer je 150, für den Kassirer 135 Mark, für die beiden Redakteure des Zentralorgans je 195 Mark Monatsgehalt ausgeworfen. Die sozialdemokratischen Abgeordneten sollten an Diäten täglich 9 Mark erhalten, sofern sie nicht mit mindestens 100 Mark monatlichen Gehalts angestellte Parteibeamte waren, in diesem Falle erhielten sie nur 6 oder, falls sie in Berlin wohnten, nur 3 Mark täglich. Ein ständiger Agitator bezog monatlich 135 Mark, auf Reisen außerhalb seines Agitationsbezirks außerdem ein Lediger 1,50, ein Verheiratheter 3 Mark täglichen Zuschusses. Nicht fest angestellte Agitatoren bezogen, wenn ledig, täglich 6, wenn verheirathet, täglich 7,50 Mark Diäten. Diese Regelung der Parteigehälter auf dem Kongresse von 1876 zeigt zur Genüge, was es mit dem „Verwüsten der Arbeitergroschen" auf sich hatte, derjenigen Klopffechterei, an der sich die geistreiche Bourgeoisie neben dem angeblichen „Rückgange" zumeist ergötzte. Wenn die Partei ihren Angestellten

die Lohnsätze besser gestellter Arbeiter zahlte, so genügte sie einer Anstandspflicht, die sie ihrer eigenen Würde schuldete; Hungerlöhne, wie der erste beste Kapitalist, konnte sie nicht zahlen. Aber über diese Grenze ist sie nie hinausgegangen und Seide hat noch kein Mensch in ihrem Dienste gesponnen; unter den zahllosen Kräften, die sich in diesem Dienste aufgerieben haben, mögen wenige gewesen sein, die nicht, wenn sie einen bürgerlichen Erwerb gewählt hätten, auf einen höheren Entgelt ihrer Arbeitsleistung hätten rechnen können. Einfach und klar, wie dies Verhältniß ist, scheint es für die Tintenkulis, die im Solde der Bourgeoisie ihre sozialistentödterischen Phrasen dreschen, ein ewiges Geheimniß bleiben zu sollen.

Die Reichstagswahlen, die am 10. Januar 1877 stattfanden, erfüllten die Hoffnungen, die das klassenbewußte Proletariat auf sie gesetzt hatte. In 175 Wahlkreisen waren sozialdemokratische Kandidaten aufgestellt worden, auf die 493 447 Stimmen fielen, mehr als 9 Prozent aller abgegebenen Stimmen. Die Sozialdemokratie war nun schon die viertstärkste Partei im Reiche; beträchtlich stand sie nur noch den Nationalliberalen und den Ultramontanen, um ein Geringes den Konservativen nach; abgesehen von den kleinen Parteigruppen des Reichstags überflügelte sie von den eigentlichen Parteien schon die Fortschrittler und die Freikonservativen. Die Vertheilung der Stimmen zeigte die härtere und schärfere Ausprägung des Klassenkampfs. Die Bewegung war stehen geblieben oder selbst etwas abgeflaut, wo sie sich hauptsächlich aus der allgemeinen politischen Unzufriedenheit nährte; dafür hatte sie einen überraschenden Aufschwung in den großen Städten gewonnen, in Berlin, Hamburg, Altona, Breslau, Magdeburg, Braunschweig, Bremen, Dresden und vielen anderen. Berlin holte jetzt mit einem Schlage ein, was es bei den früheren Reichstagswahlen versäumt hatte; es brachte 31 522 sozialdemokratische Stimmen auf, fast 40 Prozent aller abgegebenen Stimmen; einen noch etwas günstigeren Prozentsatz stellten die 25 942 sozialdemokratischen Stimmen in Hamburg dar. Die Drehorgeln der bürgerlichen Demagogen mußten gänzlich umgestimmt werden. War nach den Wahlen von 1874 der sozialdemokratische Erfolg dem „verkommenen“ Fabrikproletariat und der ländlichen Industriebevölkerung geschuldet, während die großen Städte als Hort der Bildung und Gesittung gefeiert wurden, so wurden jetzt die großen Städte zu Stätten vaterlandslosen Gesindels, während der Landmann zu der Ehrenrolle gedieh, mit fester Hand die schwankende Wage ins Gleichgewicht gebracht und den rollenden Stein aufgehalten zu haben, der die bestehende Ordnung zu zertrümmern drohe.

Es gab keine preußische Provinz mehr und nur noch sechs preußische Regierungsbezirke, die noch nicht „verseucht“ waren. Freilich befanden sich darunter neben einem pommerschen (Stralsund) und einem westpreußischen (Marienwerder), ein schlesischer (Oppeln), ein westfälischer (Münster) und zwei rheinische Regierungsbezirke (Aachen und Koblenz), ein Beweis, daß die ultramontane Agitation noch immer stark die Arbeiterbewegung kreuzte. Aber es zeigte sich doch

auch, daß dieser Bann gebrochen zu werden begann; seit 1874 waren die sozialdemokratischen Stimmen in Rheinland-Westfalen von 28 824 auf 44 690, und in Schlesien von 9004 auf 23 449 gestiegen. Unter den Mittelstaaten stand Sachsen obenan mit prächtig ansteigenden Ziffern; hier hatte sich die sozialdemokratische Stimmenzahl in sechs Jahren nahezu vervierfacht; sie belief sich auf 123 978, auf 38 Prozent der abgegebenen Stimmen. In Baiern zeigte sich gleichfalls schon, doch schwächer als in Rheinland-Westfalen und Schlesien, eine rückläufige Bewegung gegen den ultramontanen Strom; unter den baierischen Provinzen stand Franken mit der sozialdemokratischen Hochburg Nürnberg weit im Vordertreffen. In Württemberg und Baden war die sozialdemokratische Stimmenzahl seit 1874 ziemlich stehen geblieben, doch machte sich auch in diesen Staaten die Konzentration der Bewegung in den größeren Städten geltend. In Stuttgart waren 4609 sozialdemokratische Stimmen abgegeben worden, und fast ebenso viel schon einen Monat früher bei den Erneuerungswahlen zum württembergischen Landtage, an denen sich die Sozialdemokraten zum ersten Male betheiligten. Viel Mühe und Sorge machte die Erhaltung der Süddeutschen Volkszeitung, in deren Redaktion und Verwaltung der Schriftsetzer Georg Baßler eintrat, nachdem Karl Hillmann an das Hamburger Parteiorgan übergesiedelt war; seit dem Erlaß des reaktionären Preßgesetzes und dem scharfen Winde vom Norden her begannen auch im Schwabenlande die Verfolgungen. Wie Stuttgart in Württemberg, so wurden Mannheim in Baden und Ludwigshafen in der Pfalz zu leitenden Orten der Bewegung. Mannheim brachte 1689 Stimmen auf, und noch im Laufe dieses Jahres gründete Dreesbach das Badisch-pfälzische Volksblatt, das wöchentlich einmal erschien und bald ein paar tausend Abonnenten zählte. Von Mannheim wurde vorläufig auch noch, namentlich durch Ehrhart, die Agitation in der Pfalz betrieben, wo nach der Vereinigung der beiden Fraktionen der erste, von zwanzig Orten beschickte Arbeitertag stattgefunden hatte. In den drei Wahlkreisen der Pfalz wurden 2500 Stimmen abgegeben. Ein Hauptherd der Agitation war die Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen, vom Volksmunde Knochenmühle genannt, die Tausende von Arbeitern beschäftigte, doch wurde die Bewegung dadurch sehr gehindert, daß die rheinbaierische Großindustrie weniger gelernte Handwerker anzog, als Kleinbauern und ländliche Taglöhner, die durch die immer schärfer sich zuspitzende Parzellenwirthschaft im Ueberschusse produzirt wurden. Diese bedürfnißlosen und noch vom Eigenthumsteufel besessenen Elemente waren ideale Arbeiter im Sinne der ausbeutenden Bourgeoisie, und deshalb dem proletarischen Klassenbewußtsein schwer zugänglich.

Bei der Vertheilung der Mandate schnitt die Partei wieder sehr schlecht ab. Mit ihren vierzig offiziellen Wahlkreisen hatte sie so ziemlich das Richtige getroffen; sechsunddreißig Mandate hätten ihr nach dem Verhältniß ihrer Stimmenzahl zur Gesammtzahl der abgegebenen Stimmen gebührt. Thatsächlich mußte sie sich mit zwölf Mandaten begnügen. Im ersten Wahlgang behauptete sie von ihren bisherigen neun Sitzen nur fünf: Altona (Hasenclever), Glauchau-Meerane

(Bebel), Stollberg-Schneeberg (Liebknecht), Zwickau-Crimmitschau (Motteler) und Chemnitz (Most). Sie gewann dazu Berlin IV und VI (Fritzsche und Hasenclever), die sächsischen Kreise Auerbach-Reichenbach (Auer) und Leipzig-Land (Demmler), endlich den Wahlkreis Reuß ä. L. (Blos). Von diesen zehn Sitzen ging aber Altona wieder in der Nachwahl verloren, die dadurch nöthig wurde, daß Hasenclever in Berlin VI annahm. Daneben war die Partei an zwanzig Stichwahlen betheiligt: in Berlin III, Breslau I und II, Magdeburg und Nürnberg, in den schleswig-holsteinischen Kreisen Itzehoe, Glückstadt, Plön-Segeberg, in den sächsischen Kreisen Dresden-Altstadt, Borna, Freiberg, Plauen und Zschopau, in den rheinischen Kreisen Elberfeld-Barmen und Solingen, in den schlesischen Kreisen Reichenbach-Neurode und Waldenburg, endlich in Gotha, Hanau und Offenbach. Von ihnen allen aber gewann sie nur drei: Dresden-Altstadt (Bebel), Reichenbach-Neurode (A. Kapell) und Solingen (Rittinghausen). Bebel nahm in Dresden-Altstadt an, in Glauchau-Meerane trat Bracke an seine Stelle.

Doch die Partei brauchte sich die Freude an ihrem großen Erfolge nicht durch die verhältnißmäßig geringe Zahl der Mandate trüben zu lassen. In den Wahlkreisen, welche sie verloren hatte, war ihre Stimmenzahl beträchtlich gestiegen, mit der einzigen Ausnahme Plön-Segebergs, wo die Großgrundbesitzer fürchterliche Musterung unter dem ländlichen Proletariat gehalten hatten, und bei den Stichwahlen brachte sie 62 368 Stimmen mehr auf, als ihre Kandidaten in diesen Kreisen bei den Hauptwahlen erhalten hatten. Von diesem Zuwachs entfiel nur eine verhältnißmäßig geringe Zahl auf volksparteiliche Elemente und katholische Arbeiter. Wo es galt, einen sozialdemokratischen Wahlsieg zu hindern, schlossen sich auf bürgerlicher Seite Krethi und Plethi unbedenklich zusammen, trotz allen sonstigen, noch so giftigen Haders, und dies schlagende Zeugniß der Furcht, das sie ihren Gegnern einflößte, konnte der Partei schon eine Hand voll Mandate ersetzen. Im Reichstage selbst empfing die sozialdemokratischen Abgeordneten eine noch viel gehässigere Gesinnung, als in der vorhergehenden Gesetzgebungsperiode; der nationalliberale Abgeordnete Valentin machte sich einen berüchtigten Namen durch die Schlußanträge, die den parlamentarischen Vertretern der Arbeiterklasse das Wort abschnitten.

Der Jahreskongreß für 1877 wurde von den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten einberufen, nach Gotha für die Zeit vom 27. bis 29. Mai. Vertreten waren 251 Orte durch 95 Delegirte, hinter denen, soweit ihre Mandate Angaben über die Stimmenzahl enthielten, 32 000 aktive Parteimitglieder standen. Auer erstattete wieder den Bericht im Auftrage des Zentralwahlkomites, diesmal für die Zeit vom 11. August 1876 bis zum 30. April 1877. In diesen noch nicht ganz neun Monaten waren 54 217 Mark in die Parteikasse eingelaufen, darunter 10 000 Mark vom Verleger des Wählers. Dazu kamen aber noch die gewaltigen Anstrengungen, welche die einzelnen Wahlkreise für den Wahlkampf gemacht hatten. Die Abrechnung für Altona ergab eine Ausgabe von 30 000 Mark, in Berlin hatten 307 Versammlungen mit Vorträgen und Diskussion, sowie

144 Wahlhilfsmännerversammlungen stattgefunden, waren 1346145 Exemplare von Drucksachen überwiegend unentgeltlich durch Parteigenossen verbreitet worden. Ferner hatte dieser kurze Zeitraum heißen Kampfes 18 neue Blätter hervorgerufen; die Partei zählte jetzt neben dem Vorwärts 41 Zeitungen, von denen 13 wöchentlich sechsmal, 13 wöchentlich dreimal, 3 wöchentlich zweimal, 12 wöchentlich einmal erschienen. 25 dieser Blätter wurden in Genossenschaftsbuchdruckereien hergestellt, deren 14 in Deutschland existirten. Unter den 44 Redakteuren der Partei befanden sich nach der Zusammenstellung Auers: zwölf Literaten mit fast durchgehends akademischer Bildung, elf Schriftsetzer, vier Kaufleute, drei Schlosser, ein Maurer, ein Lohgerber, ein Riemendreher, ein Mechaniker, ein Zigarrenarbeiter, ein Zimmerer, ein Böttcher, ein Schuhmacher, ein Goldarbeiter, ein Buchhändler, zwei Schneider, ein Lehrer, ein Zeichner. Auer brandmarkte durch diese Aufzählung das Märchen von den „verbummelten Genies", die sich angeblich durch Aufhetzung und Ausbeutung der Arbeiter ein Lotterleben verschaffen sollten. Wie es mit diesem Lotterleben thatsächlich stand, zeigten die Strafanträge und Strafurtheile, die mit dem Wachsthum der Parteipresse in wachsendem Maße auf sie herabhagelten; die Chemnitzer Freie Presse hatte im Laufe eines Jahres acht Jahre Gefängniß zudiktirt bekommen, und ähnlich ging es den meisten Parteiblättern. Aber in solchen Verfolgungen erstarkte die Partei, und sicher ihres unzerstörbaren Lebens konnte der alte Organisationsfanatiker Tölcke den einstimmig und ohne jede Debatte angenommenen Antrag stellen, daß der Kongreß „mit Rücksicht auf die von preußischen Behörden mit unerhörter Dreistigkeit förmlich proklamirte völlige Rechtlosigkeit sozialistischer Vereine in Preußen" auf jede Organisation der Partei verzichte, und den Parteigenossen überlasse, sich je nach den örtlichen Bedürfnissen und Verhältnissen zu organisiren.

Die deutsche Sozialdemokratie galt jetzt schon als die mächtige Vorhut der internationalen Arbeiterbewegung, und die Proletarier der verschiedensten Länder sandten ihren Kongressen brüderliche Grüße. Um die Solidarität der Sozialisten aller Länder zu bekunden, beschloß der Gothaer Kongreß von 1877 auf Vollmars Antrag einen Weltkongreß zu beschicken, der von bakunistischer Seite für den September nach Gent einberufen worden war. Auf diesem Weltkongresse fanden sich ungefähr 30 Delegirte der europäischen Arbeiterparteien ein; als Vertreter der deutschen Sozialdemokratie kam Liebknecht. Die anarchistische Richtung unterlag nach heftigen Debatten mit 13 gegen 16 Stimmen. Die siegreiche Mehrheit schloß einen Solidaritätspakt ab und erließ ein Manifest, das im Sinne der alten Internationalen die Nothwendigkeit der politischen Aktion als eines mächtigen Agitations-, Organisations- und Propagandamittels begründete. Doch warnte Liebknecht selbst im Vorwärts davor, diese Vorgänge zu überschätzen; ebenso zahlreiche wie zwingende Gründe verboten den Versuch, die Internationale in der alten Form zu erneuern.

In engeren Grenzen, als die politische, hielt sich die gewerkschaftliche Bewegung. Den neuen Anstoß, den auch sie durch die Einigung der Fraktion

empfing, machte die seit Jahren andauernde Geschäftskrise wett, und die polizeilichen Verfolgungen schädigten die gewerkschaftlichen Organisationen nicht nur äußerlich, sondern begannen sie auch innerlich zu lähmen durch den Streit um die beste Form der Organisation. Einen Streit beiläufig, der den Trade Unions, die niemals mit 21 verschiedenen Vereinsgesetzen in 26 verschiedenen Einzelstaaten zu thun gehabt haben, auch immer ferngeblieben ist. Wenn um die Jahreswende von 1877 auf 1878 reichlich 50000 Arbeiter in 1300 Orten gewerkschaftlich organisirt waren, so mochte diese Zahl an und für sich sehr gering sein, und wirklich betrug sie nur $1^1/_2$ Prozent der Arbeitermasse, die es in den betreffenden Industriezweigen überhaupt gab, aber trotz alledem legte sie ein ehrenvolles Zeugniß für den unverwüstlichen Trieb des deutschen Proletariats nach gewerkschaftlicher Organisation ab.

Eine Uebersicht über die damaligen Gewerkschaften giebt eine sorgfältige Statistik, die Geib veranstaltete und im Januar 1878 veröffentlichte. Er zählte 26 Zentralverbände und 5 Lokalvereine, diese entschieden zu niedrig. 9 Zentralverbände hatten ihren Sitz in Hamburg, wohin die von Tessendorff aufgelösten Gewerkschaften geflüchtet waren. In Hamburg erschien auch das größte und meistgelesene der 15 Gewerkschaftsblätter, der Pionier mit 9350 Abonnenten. Er diente den Böttchern, den Stellmachern, den Tischlern und den Zimmerern zum Organ, daneben auch den Manufaktur- und Handarbeitern beiderlei Geschlechts, von denen, bei einer Gesammtziffer von 400000 Köpfen, freilich nur erst 1250 organisirt waren. Die stärksten Organisationen, welche die Hälfte ihrer Berufsgenossen umfaßten und über ziemliche Geldmittel verfügten, waren die Buchdrucker mit 5500 und die Schiffszimmerer mit 3000 Mitgliedern; von 65000 Tabakarbeitern, die etwa je zur Hälfte aus Männern und Frauen bestanden, waren nur 8100 organisirt, aber auch sie waren pekuniär einigermaßen auf einen grünen Zweig gekommen. Die Gold- und Silberarbeiter, die sich zuerst in Pforzheim, dem Hauptsitze deutscher Juwelierarbeit, organisirt hatten und dann nach Schwäbisch-Gmünd übergesiedelt waren, verfügten nach sechsjährigem Bestehen über 18000 Mark in ihrer Invalidenkasse. Die Schuhmacher hatten in Gotha ihren Sitz mit 3585, die Metallarbeiter in Braunschweig mit 4000 Mitgliedern; von ihnen waren nun schon die Schlosser und die Schmiede als besondere, vorerst nur schwache Verbände getrennt. Die Maurer und Steinhauer zählten 2500 Köpfe und hatten den Grundstein in Hamburg als Organ. Der monatliche Ueberschuß sämmtlicher Gewerkschaften belief sich etwa auf 8000 Mark, wovon der Löwenantheil mit 3538 Mark auf die Buchdrucker entfiel. An eine Erhöhung der Beiträge war nicht zu denken, solange der Nothstand währte, um so weniger, als die Gewerkschaften sich beeilten, den mit dem Hilfskassengesetze gegen sie geführten Schlag zu pariren und sich auf dem engen Gebiete anzusiedeln, das jenes Gesetz der unabhängigen Krankenversicherung der Arbeiter noch gelassen hatte. 16 Gewerkschaften hatten eingeschriebene Hilfskassen. Geib empfahl als nächsten Fortschritt die Zentralisation der sehr zersplitterten Gewerkschaftspresse; über diese und andere

Organisationsfragen sollte zu Pfingsten 1878 ein Gewerkschaftskongreß in Magdeburg berathen.

Immer aber dröhnte der „Massenschritt der Arbeiterbataillone" erst in der politischen Bewegung wieder. „Das sind nicht mehr Bataillone, das sind Regimenter, Brigaden, Divisionen, das sind ganze Armeekorps", schrieb die Magdeburgische Zeitung voll tragikomischen Entsetzens, als die Berliner Arbeiter am 10. März dem Organisator ihrer Wahlsiege das letzte Geleit gaben. In der Blüthe seiner Jahre war August Heinsch der schleichenden Proletarierkrankheit erlegen; sein Leichenbegängniß gestaltete sich zu einer Kundgebung, wie sie Berlin seit dem Begräbniß der Märzgefallenen nicht wieder gesehen hatte. Da die Polizei, großsinnig wie immer, die Entfaltung von Fahnen und selbst das Tragen verhüllter Fahnen verboten hatte, so sammelten sich Tausende und aber Tausende, mit rothen Nelken im Knopfloche, vor dem Trauerhause; auf dem weiten Wege zum Friedhofe, mitten durch die Arbeiterquartiere des Ostens, flaggten schwarze Fahnen von den Dächern und aus den Fenstern; Hunderttausende säumten die Straßen und entblößten still ihre Häupter, sobald der Leichenwagen vorüberfuhr. In ähnlich feierlicher Weise wurde am 28. April Paul Dentler bestattet, ein Redakteur der Berliner Freien Presse, der, gleichfalls in hohem Grade schwindsüchtig, in der Untersuchungshaft gestorben war, obgleich der Gefängnißarzt seine Freilassung beantragt hatte.

Ein Heer, das seine gefallenen Kämpfer so zu ehren wußte, war nicht zu foppen, wie etwa die biedere Bourgeoisie: so viel begriffen Bismarck und die mit ihm auf die Plünderung der Massen sannen.

III. Theoretische Unsicherheit. Engels gegen Dühring.

Jedoch die Rüstung der deutschen Sozialdemokratie hatte noch eine große Lücke: ihre Praxis war ihrer Theorie weit vorausgeeilt, und für die schweren Kämpfe der nächsten Zukunft brauchte sie die Theorie ebenso nothwendig wie die Praxis. Sie hatte bisher das Manchesterthum bekämpft, das von der halbamtlichen Provinzialkorrespondenz bis zur Volkszeitung tausend Sprachrohre hatte, und nun stand eine Wendung bevor, welche sie oft genug an die Seite der konsequenten Manchestermänner führen mußte, gegen noch viel rückständigere Richtungen, die sich gleichwohl mit sozialistischen Schlagworten ausstaffirten. Eine so mächtige Volksbewegung, wie die sozialdemokratische Agitation geworden war, durfte sich nicht mehr auf die Propaganda für die sozialistischen Endziele beschränken, sie mußte in die politischen und sozialen Tagesfragen praktisch eingreifen, ohne jedoch prinzipiell zu verflachen: diese Aufgabe konnte sie nicht mit den Resultaten, sondern nur mit der Methode, nicht mit den letzten Gedanken, sondern nur mit der ganzen Denkweise, mit der materialistischen Dialektik des wissenschaftlichen Kommunismus lösen, und daran fehlte es noch so gut wie vollständig.

Gewiß war die Partei viel zu weit entwickelt, als daß sie so ohne Weiteres von den landläufigen Lockungen des reaktionären „Sozialismus“ hätte geködert werden können. Der Kongreß von 1876 faßte bereits Resolutionen gegen Bismarcks Schutzzöllnerei und Verstaatlichungspläne, und beschloß seinerseits, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten ein Arbeiterschutzgesetz im Reichstag einbringen sollten. Doch zeigten die Verhandlungen, daß sich der Kongreß über die Bedeutung des gesetzlichen Arbeiterschutzes keineswegs klar war. Der Antragsteller Hasselmann wollte das Gesetz nur als ein, zur Eroberung rheinischer Wahlkreise schlechterdings nothwendiges, Angriffsmittel gegen die Ultramontanen haben, während A. Kapell gar einen prinzipwidrigen Mißgriff darin sah; in dem Sinne, in welchem die Kongresse der Internationalen Fabrikgesetze befürwortet hatten, sprach in der kurzen Debatte kein einziger Redner. Der Gesetzentwurf, den die sozialdemokratischen Abgeordneten dann 1877 im Reichstage einbrachten, forderte den zehnstündigen Arbeitstag, die Wahl von Gewerbekammern und Gewerbegerichten, Anstellung von Fabrikinspektoren, gesundheitspolizeiliche Ueberwachung der Arbeitsräume, Befreiung der gewerkschaftlichen Organisation von den reaktionären Vereinsgesetzen. Er wurde der Regierung zur Berücksichtigung empfohlen, gemeinsam mit allerlei zahmen Anträgen zur Fortbildung der Arbeiterschutzgesetzgebung, die von der Mehrzahl der bürgerlichen Parteien gestellt worden waren.

Dank der sozialdemokratischen Agitation standen manche Elemente der Bourgeoisie und auch der Bureaukratie dem gesetzlichen Arbeiterschutze nicht mehr so ganz verständnißlos gegenüber, wie beim Erlaß der Gewerbeordnung, gleichviel ob die bessere Einsicht blasser Angst oder einem besseren Gefühle entsprang. Preußen hatte seit 1875, Sachsen schon ein paar Jahre früher mit der Anstellung einzelner Fabrikinspektoren begonnen, im preußischen Handelsministerium war sogar eine Novelle ausgearbeitet worden, welche die obligatorische Einführung von Fabrikinspektoren für das Reich anordnete. Sie wurde freilich in der Geburt erstickt durch die Großindustriellen, denen sie zur Begutachtung vorgelegt worden war, und namentlich von Bismarck, dessen Herz wenigstens für eine Freiheit, für die Freiheit der Ausbeutung, mit glühender Inbrunst schlug. Die Gewerbeordnungsnovelle, die dem Reichstage im Frühjahr 1878 zuging, enthielt nichts über die Anstellung von Fabrikinspektoren, sondern nur einige schwächliche Verbesserungsvorschläge zu den kümmerlichen Schutzvorschriften der Gewerbeordnung. Diese nahm der Reichstag an und fügte aus eigenem Antriebe die Einführung von Fabrikinspektoren hinzu, zwar nicht für das Reich, aber so, daß die Landesregierungen Fabrikinspektoren mit allen amtlichen Befugnissen der Ortspolizeibehörden anstellen sollten. Die Regierungen wagten nicht, diesen Beschluß des Reichstags offen abzuwerfen; sie brachen ihm nur heimlich die Spitze ab, indem sie in ihren Dienstanweisungen die neuen Beamten verpflichteten, von ihrem Rechte auf die amtlichen Befugnisse der Ortspolizeibehörden keinen Gebrauch zu machen.

Aehnlich wie mit dem sozialdemokratischen Arbeiterschutzgesetzentwurfe stand es mit den Resolutionen gegen die Schutzzölle und die Eisenbahnverstaatlichung.

Der Kongreß von 1876 ließ sich mehr von dem praktischen Instinkt des lebhaft erwachten Klassenbewußtseins auf den richtigen Weg stoßen, als daß er ihn in klarer Erkenntniß der Sachlage betreten hätte. Die Resolution gegen die Eisenbahnverstaatlichung bewegte sich etwas stark in dem kleinbürgerlichen Einerseits — Andererseits: einerseits sollten die Eisenbahnen in den Besitz des Staats übergehen, um dem Privateigenthum ein ungerechtfertigtes Monopol zu entreißen, andererseits würde der Besitz der Eisenbahnen dem Reiche ein neues Uebergewicht im volksfeindlichen Sinne verleihen; es fehlte der übergreifende Standpunkt, der diesen scheinbaren Widerspruch in eine konsequente Auffassung auflöste. In der Resolution gegen die Schutzzöllnerei stritten gar drei verschiedene Gesichtspunkte miteinander. Die rheinischen und namentlich auch die Berliner Delegirten, wie Fritzsche, Rackow, Hasselmann und Most, neigten dem Schutzzolle zu; so wurde in mühsamer Zangengeburt ein Kompromiß fertig, wonach erstens die Sozialdemokratie dem innerhalb der besitzenden Klassen ausgebrochenen Streite zwischen Freihandel und Schutzzoll fremd gegenüberstehe, zweitens aber die freihändlerischen Handelsverträge ungünstig für die deutsche Industrie abgeschlossen seien und eine Aenderung erheischten, drittens die Arbeiter davor gewarnt werden müßten, für die unter dem Verlangen nach Schutzzoll eine Staatshilfe erstrebende Bourgeoisie die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Demgemäß stimmten auch die sozialdemokratischen Abgeordneten dreifach getheilt, als gleich darauf die Regierung mit einer sogenannten Ausgleichsabgabe auf Eisen einen schutzzöllnerischen Anfang machte: die Einen enthielten sich der Abstimmung, die Anderen stimmten dafür, und die Dritten dagegen.

Die Presse der Partei war sehr in die Breite, aber nicht ebenso in die Tiefe gewachsen. Viele der neuen Blätter standen noch auf sehr schwachen Füßen und mußten mit äußerster Anstrengung ums nackte Dasein ringen. Ihren meist proletarischen Redakteuren fehlte jede Muße, sich in ihren Beruf einzuleben; wo es ihrer Beweisführung an sachlicher Kraft mangelte, halfen sie sich durch einen um so kräftigeren Ausdruck ihrer Ueberzeugungen darüber hinweg. Und auch ein leitendes Organ besaß die Partei nicht. Ein solches Organ innerhalb einer durch und durch demokratischen Arbeiterpartei zu schaffen, ist nicht leicht; es gilt da, immer mit großem Takte zwischen der Szylla eines militärischen Befehlbuchs und der Charybdis eines weitherzigen Briefkastens hindurchzusegeln; dennoch haben der Sozialdemokrat der sechziger und der Sozialdemokrat der achtziger Jahre gezeigt, daß die schwierige Aufgabe glänzend gelöst werden kann. In den siebziger Jahren und namentlich seit der Einigung der Fraktionen ward es der Partei nicht so gut. Dem Vorwärts fehlte nicht die demokratische Praxis, aber wohl die überlegene Theorie; so ließ er noch im Sommer 1878 in einer weitläufigen, sich durch viele Nummern hinziehenden Diskussion die kunterbuntesten Ansichten über die Werththeorie zu Worte kommen, aber er verzichtete darauf, das Fazit der ganzen Auseinandersetzung in einer klärenden Zusammenfassung zu ziehen, was gerade die eigentliche Aufgabe eines Zentralorgans war; nach dieser Diskussion mußte

sich die Werththeorie in den Köpfen der Arbeiter noch viel krauser darstellen, als vordem.

In den politischen und sozialen Tagesfragen gebrach es dem Vorwärts an genauer Kenntniß der Verhältnisse, an konkreter Schärfe in der Auffassung der deutschen Dinge; alles Unbequeme wurde mit einigen Schlagworten „abgefertigt", wodurch ein süffisanter und nicht eben erfreulicher Ton in die Partei kam. Und die Ausflüge des Vorwärts in die auswärtige Politik verdeckten nicht, was in seiner inneren Politik unzulänglich war; seine türkenfreundliche Haltung in dem russisch-türkischen Kriege war in ihrer Art kaum weniger anfechtbar, als die russenfreundliche Haltung der herrschenden Klassen. Nicht viel anders stand es um die Berliner Freie Presse, das einflußreichste Tageblatt der Partei. Hier sprach Most allzu oft über Dinge, die er wirklich auch nicht verstand. Zwar seine Polemik gegen Mommsens Römische Geschichte war keineswegs so abgeschmackt, wie die bürgerliche Presse behaupten wollte, obschon sie sehr viel zu wünschen übrig ließ, aber der populäre Auszug, den Most aus dem ersten Bande des Kapitals anfertigte, wimmelte von den ärgsten Mißverständnissen, und sein Vortrag über die Lösung der sozialen Frage riß die großen, bis dahin in der sozialistischen Literatur stets mit Achtung genannten Utopisten in häßlicher Weise herunter, um dann selbst in der Ausmalung des „Zukunftsstaats" einem sehr seichten Utopismus zu verfallen.

Allzu tragisch brauchte man diese Schatten großen Lichtes nicht zu nehmen. Es waren keine Symptome greisenhaften Verfalls, sondern im Gegentheil Symptome eines kräftig aufschießenden Wachsthums, einer Periode, die man im Leben des einzelnen Menschen als Flegeljahre zu kennzeichnen pflegt. Immer blieb die sozialistische Literatur siegreich in dem Streite mit ihrer bürgerlichen Gegnerin. Einen drastischen Maßstab dafür bieten die beiden Agitationsbroschüren Brackes für die Wahlen von 1877 und ihre liberalen Gegenschriften. Obgleich Bracke nur vom ideologisch-moralischen Standpunkt aus die Ungerechtigkeit und Unvernünftigkeit des bürgerlichen Eigenthums anfocht, so bewältigte er doch spielend sowohl die kindlichen Faseleien der Magdeburgischen Zeitung, als auch die ekelhaften Schmutzereien, mit denen der biedere Unruh seinen dreißigjährigen Verrath an der Arbeiterklasse würdig beschloß. Auf Liebknechts Frage, ob Europa kosakisch werden solle, antwortete H. Levy, ein Bankbeamter, der damals zu den schlagfertigsten Mitarbeitern des Vorwärts gehörte, in einer sehr lesenswerthen Schrift mit der Gegenfrage, ob die deutsche Arbeiterpartei türkisch werden solle. Das Gefühl der drohenden Verflachung war in der Partei sehr lebendig und führte, mittelbar und unmittelbar, zur Gründung zweier wissenschaftlicher Zeitschriften, die seit dem Oktober 1877 erschienen.

Die Neue Gesellschaft, eine Monatsschrift, die F. Wiede in Zürich herausgab, hing nur durch einen Theil ihrer Mitarbeiter mit der deutschen Sozialdemokratie zusammen, dagegen fügte sich die Zukunft, eine Halbmonatsschrift, die Karl Höchberg in Berlin herausgab, in den Rahmen der Partei ein. Höchberg,

der Sohn eines Frankfurter Lotteriekollekteurs, war ein opferwilliger Idealist, der die Kosten der Zukunft übernahm, ohne dabei irgendwelche Nebenzwecke zu verfolgen, und wären es nur die Zwecke persönlichen Ehrgeizes gewesen. Der Sozialismus war ihm eine Herzenssache, aber freilich nicht blos im guten, sondern auch im schlechten Sinne des Wortes. Ein Schüler Albert Langes, aus der Zeit, wo Lange sich mehr an die staatsmännische Einsicht der besitzenden, als an die revolutionären Instinkte der arbeitenden Klassen gewandt hatte, scheute Höchberg vor den rauhen Seiten des proletarischen Klassenkampfes zurück. Er glaubte, die Sache des Kommunismus zur Sache aller rechtlich und vernünftig denkenden Menschen machen zu können. Seine ideale Gesinnung wurde durch seine idealistische Philosophie irregeleitet; gleich in den ersten Heften der Zukunft erklärte er, daß der Sozialismus „seine Forderungen, Ziele und Zwecke nur aus der Idee entnehme“, daß „die einzige schöpferische Quelle des sozialpolitischen Ideals das von den gegebenen Zuständen unabhängige, ja denselben sich entgegenstellende, autonome Bewußtsein mit seinem Begriffe von dem Seinsollenden“ sei, daß die wichtigste Aufgabe der „Sozialistik“ darin bestehe, den „sozialistischen Staat“ auszumalen und seine Durchführbarkeit zu beweisen. Damit war der theoretische Sozialismus so ziemlich ein halbes Jahrhundert zurückgeworfen; Marx und Engels müssen diese programmatischen Kundgebungen, dreißig Jahre nach dem Erscheinen des Kommunistischen Manifestes, mit eigenthümlichen Empfindungen gelesen haben.

Sie hielten gute Disziplin und schwiegen. Und wenn der Zukunft ein längeres Leben beschieden gewesen wäre, so würde sie auch wohl bald von ihrem himmelblauen Sozialismus kurirt worden sein. Mancherlei Ansätze dazu finden sich sogar schon in ihrem einzigen Jahrgang, mag er auch bunt und verworren genug aussehen. Zu Höchbergs fleißigsten Mitarbeitern gehörte C. A. Schramm, der in den Kampf gegen das Manchesterthum gut eingefuchst war, so gut, daß er sich schon einen unleidlichen Unfehlbarkeitston zugelegt hatte, aber der darin nun auch den Sozialismus beschlossen wähnte und Bismarcks reaktionären Verstaatlichungsplänen, denen es auf eine Handvoll Flüche gegen das verwerfliche Manchesterthum durchaus nicht ankam, unsicher genug gegenüber stand. Auch Mülberger kam mit seinen proudhonistischen Quacksalbereien noch einmal angezogen, und ein allzu beträchtlicher Theil der Zukunft wurde wirklich den Erörterungen über die Einrichtung des „Zukunftsstaates“ gewidmet. Doch erhob sich dagegen auch schon eine Opposition; besonders Bebel machte kurzen Prozeß mit Mülbergers Verkehrtheiten und mit Schramms Unsicherheiten, während er zugleich in einem Aufsatze über das Reichsgesundheitsamt zeigte, daß er die Fähigkeit der kapitalistischen Gesellschaft, wirkliche Kulturaufgaben zu lösen, soweit diese Fähigkeit thatsächlich vorhanden war, wohl zu würdigen verstand. Alles in Allem freilich vermehrte die Zukunft vorläufig die theoretische Unsicherheit in der Partei, und das galt ebenso, wenn nicht noch in höherem Grade, von der Neuen Gesellschaft, deren Herausgeber nicht einmal das echte und tiefe Gerechtigkeitsgefühl

besaß, das Höchbergs verstiegenen Idealismus bis zu einem gewissen Grade ausglich.

Es waren überhaupt nicht Alle Höchbergs, die damals aus den besitzenden Klassen zur Sozialdemokratie kamen, um sich in den Strahlen dieser aufsteigenden Sonne zu wärmen. Verkannte Erfinder und Reformer, Impfgegner, Naturheilärzte und sonstige schrullenhafte Genies suchten in den arbeitenden Klassen, die sich so mächtig regten, die ihnen sonst versagte Anerkennung zu finden. In dem frischen Drange, eine verrottete Welt umzuwälzen, zeigte sich das klassenbewußte Proletariat auch nicht sehr spröde und sah mehr auf den guten Willen der Helfer, als auf die Kraft ihrer Lenden. Besonders stark war der Zustrom aus den akademischen Kreisen. Die Ueberlieferungen des bürgerlichen Radikalismus, die sich seit den Tagen der alten Burschenschaft in studentischen Kreisen erhalten hatten, erloschen in der gänzlichen Verwahrlosung der Fortschrittspartei; je nach Anlage, Herkunft und sozialem Milieu ergaben sich die Studenten entweder einem widrigen Strebertum, das sich höchstens noch mit antisemitischem Schwadroniren aufspielte, oder aber sie suchten sich mit der Sozialdemokratie anzufreunden.

Der weitaus bedeutendste unter den bürgerlichen Adepten des Sozialismus war der Privatdozent Eugen Dühring, der sich über seine alten Machenschaften mit Bismarck und Wagener weit hinaus entwickelt hatte. Er las unter großem Zulauf über die verschiedensten Fächer, und zugleich hatte er in mehreren, schnell aufeinander folgenden Werken ein eigenes, philosophisch-sozialistisches System aufgestellt, worin er eine Fülle von Wahrheiten letzter Instanz entdeckt zu haben behauptete. So hohen Ansprüchen entsprechend, behandelte er seine philosophischen und sozialistischen Vorgänger mit wenigen Ausnahmen sehr von oben herab; besonders über Marx und Lassalle ergoß sich sein Zorn in vollen Schalen. Trotzdem waren es nicht die schlechtesten Elemente der Sozialdemokratie, auf die Dühring durch Schrift und Wort einen ziemlichen Einfluß gewann; es gehörte immerhin mehr dazu, ihn zu verstehen, als ihn einfach wieder zu verdonnern, wie er seinerseits Marx und Lassalle verdonnert hatte. Ohne Zweifel besaß Dühring große Fähigkeiten. Anders als die Kathedersozialisten verwarf er jeden Sozialismus, der das Lohnsystem nicht völlig beseitigte, er befürwortete die Fabrikgesetzgebung und namentlich die Gewerkschaftsorganisation, aber nur als Mittel zum Zwecke, und er vertrat einen politischen Radikalismus, der in Byron und Shelley, in Marat und Babeuf und den Männern der Kommune seine Ideale sah. Gerade die geistig regen Elemente der Sozialdemokratie, denen Lassalles Agitationsschriften nicht mehr genügten, und das Kapital von Marx in allen seinen historischen Zusammenhängen noch nicht erschlossen war, mußten durch Dührings Lehre stark angezogen werden.

Auch war das Leben des Mannes nicht ohne Größe. Ein preußisches Beamtenkind, früh verwaist, in Waisenhäusern und Alumnaten erzogen, kurz nach seinem Eintritt in den Justizdienst völlig erblindet, hatte er sich aus so bedrängenden und beengenden Verhältnissen heraus zu einer freien und großen Welt-

anschauung emporgerungen, und hielt im schwersten Kampfe mit des Lebens Nothdurft daran fest. Freilich kannte er praktisch nur altpreußische Zustände; er mußte deshalb mit aller Energie und Kühnheit seiner Denkarbeit in luftigen Regionen bleiben, ohne doch den peinlichen Erdenrest des zurückgebliebenen Weltwinkels los zu werden, den er einmal wirklich mit eigenen Augen gesehen hatte. Dühring verneinte den spezifisch preußischen Sozialismus, aber er überwand ihn nicht, wenn er in der politischen Gewalt den Ursprung aller Knechtschaft sah. Ohne die moderne bürgerliche Gesellschaft zu kennen, knüpfte er an die Aufklärungsliteratur des revolutionären Bürgerthums an, wie einst die großen Utopisten, aber so kam er auch in die Utopie hinein, in die dürftige Nüchternheit seiner Zukunftskommune, durch deren Zeichnung er nun gar noch über Marx hinausgekommen zu sein glaubte. Er sprach verächtlich von den bloßen „Futterzwecken" der ökonomischen Klassenkämpfe, und dabei spielten die armseligen Futtertröge preußischer Universitätsprofessuren die gewaltigste Rolle in seinem Denken und Kämpfen. Dasselbe Mißverhältniß zwischen kleinlichsten Ausgangspunkten und utopistisch verschwommenen Zielen trat in anderer Weise hervor, wenn Dühring in seinem Krakehl mit dem offiziellen Universitätsklüngel zu einem unheimlichen Größenwahn kam, so daß er schließlich in allen möglichen Wissenschaften bahnbrechend auftreten wollte, ohne auch nur in einer bis auf den Grund zu bringen.

Unter solchen Umständen stand es bedenklich genug um den wachsenden Einfluß, den Dühring auf die revolutionäre Arbeiterbewegung gewann. Gerade das, was sie am meisten brauchte: die dialektisch-historische Methode der Auffassung, konnte sie am wenigsten von einem Manne lernen, der in seinem System, wie es denn nun war, für absehbare Zeit die wissenschaftliche Entwicklung abgeschlossen haben wollte. Die Sozialdemokratie war freilich viel zu groß geworden, als daß Dühring sie zum Fußschemel seines Größenwahns hätte machen können, aber wohl konnte er in der eben erst geeinigten Partei von Neuem eine verhängnißvolle Verwirrung hervorrufen. Dieser Gefahr trat Engels entgegen in einer Reihe von Aufsätzen, die seit dem Anfange des Jahres 1877 im Vorwärts erschienen. Sie beleuchteten das System Dührings von den verschiedensten Seiten und erprobten in seiner kritischen Auflösung die historisch-materialistische Dialektik in Geschichte und Natur an einer Reihe großer Probleme.

Was Dühring gegen Marx und Lassalle vorgebracht hatte, war wenig mehr als eine Sammlung von Schimpfereien gewesen, verbrämt mit einigen Mißverständnissen, deren guter Glaube gerechten Zweifeln unterlag. So war Engels jeder schonenden Rücksicht auf Dühring überhoben, die ohnehin, wie Engels nicht mit Unrecht sagte, für einen Mann von solchen Ansprüchen die tödtlichste Beleidigung gewesen sein würde. Dühring war für Engels „eine der bezeichnendsten Typen dieser vorlauten Pseudowissenschaft, die sich heutzutage in Deutschland überall in den Vordergrund drängt und alles übertönt mit ihrem dröhnenden höheren Blech". Engels verhehlte nicht, daß der deutsche Sozialismus

neuerdings auch erklecklich in höherem Blech mache; aus mehr als einer Stelle seiner Aufsätze geht hervor, daß er und Marx sich nicht mehr in den irrigen Voraussetzungen befanden, aus denen heraus Marx seinen Programmbrief geschrieben hatte. Sie haben schlimmere Angriffe, als Dührings Schimpfereien schließlich waren, mit gelassenem Schweigen beantwortet; wenn Engels diesmal eingriff, so handelte es sich für ihn um ganz andere Dinge, als um Dührings Person, die ohnehin sehr bald aus dem Handel schied.

Noch während die Aufsätze von Engels im Vorwärts erschienen, gelang es dem offiziellen Universitätsklüngel, dem Dühring um seiner guten Seiten willen längst ein Dorn im Auge war, den verhaßten Gegner durch ein schmähliches Ketzergericht lahm zu legen. Auf die fadenscheinigsten Gründe hin wurde Dühring vom Katheder vertrieben. Seine sozialdemokratischen Anhänger traten tapfer für ihn ein und entfachten eine lebhafte Studentenbewegung, die letzte in Deutschland, die einen idealen Schwung zu entfalten wußte. Dühring selbst machte sich aber unmöglich, indem er sich nunmehr offen als Sektenstifter aufthat und die unfehlbare Autorität eines Sektenhäuptlings beanspruchte. Das war für klassenbewußte Arbeiter zu dumm, und mit Dührings Einfluß auf die revolutionäre Arbeiterbewegung war es für immer vorbei.

Nicht aber mit der Polemik, die Engels gegen ihn führte. Sie ist heute noch lebendig und wirksam. Sie hat in ihrer meisterhaften Form das Verständniß des wissenschaftlichen Kommunismus dem deutschen und dann auch dem internationalen Proletariat erschlossen; eine umfangreiche Literatur ist von ihr ausgegangen und fußt auf ihr. So überaus werthvoll ihre positiven Resultate waren, deren überzeugender Beweiskraft sich zum großen Theile selbst die bürgerliche Gelehrsamkeit bei aller sonstigen Verstocktheit nicht hat entziehen können, so lag ihre epochemachende Bedeutung doch darin, daß sie durch Lehre und Vorbild dem dialektischen Denken zu seinem Rechte verhalf. Engels gab mit dieser Streitschrift der deutschen Sozialdemokratie genau das, was sie in jenem Augenblicke wie das liebe Brot brauchte; er gab einen Anstoß, der in seiner Art nicht minder bedeutungs- und wirkungsvoll werden sollte, als der Anstoß, den ein halbes Menschenalter früher Lassalles Offenes Antwortschreiben gegeben hatte.

Wie nothwendig die Schrift war, zeigte vielleicht am schlagendsten ihre etwas unwirsche Aufnahme durch die Partei. Most und Andere hatten nicht übel Lust, ihr den Vorwärts zu verschließen und über Engels ein ähnliches Ketzergericht zu halten, wie der offizielle Universitätsklüngel über Dühring gehalten hatte. Glücklicher Weise ließ sich der Kongreß von 1877 nicht darauf ein. Er beschloß nur aus agitatorisch-praktischen Gründen, die Veröffentlichung dieser rein wissenschaftlichen Polemik nicht im Hauptblatte, sondern in einer wissenschaftlichen Beilage des Zentralorgans fortzuführen. Böse Worte fielen freilich genug. Reißer wollte den Vorwärts damit entschuldigen, daß die Redaktion nicht genügende Kräfte gehabt habe, um die Arbeit von Engels gehörig

zu prüfen, und Vahlteich meinte in jener überhebenden Weise, die schon Lassalles Verdruß gewesen war, daß der Ton, den Engels anschlage, zu einer Geschmacksverirrung führen müsse, und daß Engels die geistige Speise des Vorwärts ungenießbar mache.

Im Sommer 1878 erschien die vollendete Streitschrift als besonderes Buch. Just da eine dunkle Gewitterwand den politischen Horizont verfinsterte, flammte das ruhig strahlende Licht dieses Leuchtfeuers auf.

Fünfzehntes Kapitel.

Das Sozialistengesetz.

Inzwischen hatte Bismarck seine Finanz-, Steuer- und Zollpläne mit zäher Hartnäckigkeit verfolgt. Bei den Wahlen von 1877 konnte er auch schon einen ersten Erfolg verzeichnen. Die Nationalliberalen verloren etwa 20 Mandate, die der konservativen Fraktion zufielen; die freihändlerische Richtung war etwas geschwächt und die schutzzöllnerische Richtung etwas gestärkt worden. Gleichwohl ließ sich noch keine schutzzöllnerische Mehrheit im Reichstage herstellen, Konservative und Ultramontane zusammen bildeten immer erst eine Minderheit, und Bismarck mußte, was ohnehin für ihn am bequemsten war, mit dem Versuche fortfahren, die Nationalliberalen kirre zu machen.

Es erübrigt, alle die Streiche aufzuzählen, die er zu diesem Behufe auslaufen ließ: drohende Abschiedsgesuche, schmollendes Zurückziehen auf seine Güter und was dergleichen Kram mehr war. Die entscheidenden Verhandlungen zwischen ihm und Bennigsen fanden zu Weihnachten 1877 in Varzin statt, und sie scheiterten. Bennigsen war damals noch nicht so weit, wie heute sein Freund Miquel ist; was Bismarck bot, war ihm zu wenig, und was Bismarck verlangte, war ihm zu viel. Die Nationalliberalen sollten einen oder ein paar Statisten ins Ministerium stellen dürfen, aber dafür das Tabaksmonopol und einen Haufen Finanzzölle bewilligen, ohne „konstitutionelle Bürgschaften“, ohne Sicherung des dadurch arg geschmälerten parlamentarischen Budgetrechts; sie sollten einen scheinbaren Antheil an der politischen Macht erhalten, den wirklichen Antheil daran aber, so weit sie ihn noch besaßen, zu gutem Theile preisgeben. Das war ihnen doch eine allzu bittere Zumuthung, und zwar um so mehr, als Bismarcks wachsende Intimität mit dem ostelbischen Junkerthum sie längst um ihre Gottähnlichkeit bange gemacht hatte.

In der Session des Reichstags, die im Februar 1878 begann, verschärften sich die Gegensätze noch bedeutend. Bismarck forderte unverhohlen das Tabaksmonopol; Camphausen, der sich allzu krampfhaft an sein Ministerportefeuille geklammert hatte, mußte über die Klinge springen; feudale Nullen, wie der Graf

Stolberg-Wernigerode, oder farblose Bureaukraten, wie Hobrecht, setzten sich auf die Ministerstühle, die Bennigsen verschmäht hatte. Um die Osterzeit führte die offiziöse Presse eine Sprache, die keinen Zweifel darüber ließ, daß Bismarck, der sich schulkrank oder wirklich krank nach Friedrichsruh zurückgezogen hatte, nur nach einem Anlaß spähe, um den Reichstag aufzulösen und durch irgend ein „Plebiszit" sich ein Parlament zu schaffen, das ihm ein paar hundert Millionen neuer Steuern entgegenbrächte und dabei todesmuthig seine eigenen Rechte verstümmelte.

Für Bismarcks alten und noch immer ungestillten Sozialistenhaß lag es nahe, an das rothe Gespenst als einen vortrefflichen Treiber für seine Treibjagd auf die Taschen des Volkes zu denken. Hätte er aber in dieser Beziehung noch eines Anstoßes bedurft, so lieferte ihn die Fortschrittspartei, die in dieser Zeit die Spitze der bürgerlichen Sozialistenhetze übernahm. Ihre älteren und immerhin gescheidteren Führer waren gestorben, und ihr Heft hatte jetzt ein so gewöhnlicher Kuli des Kapitalismus in der Hand, wie der brave Eugen Richter war. Es mochte bei einigem Wohlwollen als krankhafter, aber unschädlicher Blödsinn passiren, wenn dieser hervorragende Denker die Sozialdemokratie als „Nachgeburt des Polizeistaats" verfluchte, oder wenn er meinte, Niemand brauche das Kapital von Marx zu lesen, worin nichts bewiesen sei, als daß die kapitalistische Produktionsweise ihre Schattenseiten habe, so lange die Menschen noch keine Engel seien. Aber Eugen Richter erklärte auch im Namen seiner Partei den Kampf mit den reaktionären Parteien wörtlich für eine Neben-, den Kampf mit der Sozialdemokratie aber für die Hauptsache, und gab die Parole aus: Lieber Lucius, als Kapell! Die Volkszeitung hatte nämlich, nicht etwa thatsächlich gefordert, sondern nur hypothetisch gemeint, daß wenn es bei einer Nachwahl in Erfurt zur Stichwahl zwischen dem Bismärcker Lucius und dem Sozialdemokraten Kapell käme, die fortschrittlichen Stimmen für Kapell und gegen Lucius abgegeben werden müßten, worauf nicht nur alle anderen fortschrittlichen Blätter über das Schreckenskind herfielen, sondern auch das fortschrittliche Zentralwahlkomite feierlich die Bühne beschritt, um zu erklären, die Hypothese der Volkszeitung widerspräche allen heiligen Ueberlieferungen der Partei. Mit welchen nicht sowohl heiligen, als hündischen Ueberlieferungen diese bürgerliche Opposition denn auch mehr und mehr auf den Hund gekommen ist.

I. Die christlich-soziale Agitation.

Freilich konnte sie sich damit trösten, daß die christlich-soziale Agitation, die gleichzeitig mit beträchtlichem Gepolter auf die Bühne sprang, auch nur für die Katze war. Der Versuch der feudalen Reaktion, sich durch den christlichen Sozialismus der revolutionären Arbeiterbewegung zu bemächtigen, war ziemlich ebenso verwünscht gescheidt, wie die fortschrittliche Politik.

Der christliche Sozialismus des 19. Jahrhunderts hat zwei historische Wurzeln. Entweder ist er die Begleiterscheinung des naturwüchsigen Arbeiterkommunismus, der seiner theoretischen Form nach an das ihm vertraute Gedankenmaterial anknüpft, ganz ähnlich wie die großen Utopisten an das ihnen vertraute Gedankenmaterial der Aufklärung angeknüpft haben. In den ersten Anfängen seines Emanzipationskampfes erinnert sich das moderne Proletariat gern des Urchristenthums, und die historisch bedeutsamsten Formen des urwüchsigen Arbeiterkommunismus, die sich an die Namen Cabet und Weitling knüpfen, hatten beide die religiöse Färbung. Nur verwittert diese Tünche regelmäßig sehr schnell; je klarer sich die Massen über den proletarischen Inhalt ihrer Bewegung werden, um so rücksichtsloser zerbrechen sie ihre patriarchalische Form.

Oder der christliche Sozialismus entspringt in den besitzenden Klassen und ist eine Begleiterscheinung des feudalen Sozialismus. Deshalb braucht er nicht von vornherein bewußter Humbug zu sein. Religiöse Ideologen mögen in aller Ehrlichkeit glauben, auf religiösem Wege den Armen und Enterbten helfen zu können. In jedem Falle aber ist dieser Form des christlichen Sozialismus auch nur ein kurzer Kreislauf des Lebens beschieden; bei ihr zerbricht der reaktionäre Inhalt sehr bald die proletarische Form. Sie kämpft unter Umständen sehr heftig gegen die kapitalistische Ausbeutung, aber sobald sie der feudalistischen Ausbeutung auf die Zehen tritt, oder das Ausbeutungsverhältniß an und für sich anficht, muß sie so oder so kapituliren, bleibt ihren Bekennern nur die Wahl, in die Wüste zu fliehen oder zu Kreuze zu kriechen.

Die historische Entwicklung brachte es mit sich, daß die deutsche Arbeiterbewegung vom christlichen Sozialismus weder in dieser noch in jener Form lange behelligt worden ist. Die klassische Philosophie, die von den Handwerksburschen und vorgeschrittenen Arbeitern so lebhaft begrüßt worden war, hatte ihre Köpfe früh von allem überweltlichen Spuk gesäubert. Bei Weitling trat das religiöse Moment sogar schon in direkt rückständiger Form auf, und die vormärzliche Reaktion machte mit ihrem sozialistelnden Pietismus nicht die geringsten Eroberungen unter der Arbeiterklasse. Als die Arbeiterbewegung im Anfange der sechziger Jahre wieder anhob, verhielt sie sich vollkommen gleichgiltig gegen alle religiösen Fragen. Nur die Eisenacher traten zeitweise als theoretische Anhänger des Atheismus auf; Bebel bekannte sich einmal im Reichstage zum Atheismus auf religiösem, wie zum Republikanismus auf politischem und zum Kommunismus auf wirthschaftlichem Gebiete, und der Mainzer Kongreß lehnte 1872 zwar einen Münchener Antrag ab, den Parteimitgliedern den Austritt aus der Landeskirche zur Pflicht zu machen, empfahl ihnen aber den formellen Austritt aus den kirchlichen Genossenschaften, nachdem sie durch die Annahme des Parteiprogramms thatsächlich mit jedem religiösen Bekenntniß gebrochen hätten.

Jedoch gerade ihre eingehendere Beschäftigung mit religiös-philosophischen Problemen belehrte die Eisenacher darüber, wie gänzlich schon die religiösen von den ökonomischen Fragen verschlungen worden waren. Das Buch von David

Strauß über den alten und neuen Glauben predigte in seiner ersten Hälfte den entschlossensten Atheismus, in seiner zweiten Hälfte aber den reaktionärsten Reichspatriotismus. Bruno Bauer veröffentlichte seine epochemachenden Untersuchungen über die Entstehung des Christenthums in der Hauptzeitschrift des Manchesterthums, gründete mit Faucher zusammen die Post, das Organ Strousbergs, und schrieb zugleich für die Berliner Revue Rudolf Meyers die politischen Uebersichten. Der Modephilosoph v. Hartmann, der an Geist und Kenntnissen ebenso weit hinter Schopenhauer zurücktrat, wie er ihn an blöder Rückwärtserei noch übertraf, orakelte über die „Selbstzersetzung des Christenthums" und gehörte dabei zu den verbohrtesten Sozialistenhetzern. Eben dazu gehörten fast alle deutschen Darwinisten. Genug, die Thatsache, daß sich die ökonomischen Klassenkämpfe nicht mehr in religiöser Verkleidung durchsetzten, trat mit jedem Tage unzweideutiger hervor; sie war eine leicht erklärliche Folge der großen Industrie, die ohne eine weitreichende Herrschaft über die Natur und also auch ohne eine tiefgreifende Zerstörung aller übernatürlichen Vorstellungen nicht möglich ist.

In dem Gothaer Programm fand diese Erkenntniß einen noch halb unbewußten, aber gerade deshalb sehr drastischen Ausdruck. In dem ursprünglichen Entwurfe war „Gewissensfreiheit" gefordert, dann aber in der endgiltigen Fassung dies Wort durch „Erklärung der Religion zur Privatsache" ersetzt worden, zunächst aus dem rein äußerlichen Grunde einer schärferen Präzisirung des Begriffs, die sehr nothwendig erschien zu einer Zeit, wo die preußische Reaktion sich als Vorkämpferin der „Gewissensfreiheit" gegen die römische Kurie aufzuspielen liebte. Jedoch die „Erklärung der Religion zur Privatsache" erhielt praktisch sofort den übertragenen Sinn, daß die Religion auch für den proletarischen Klassenkampf eine Privatsache sei. Soweit die Religion als Machtmittel der herrschenden Klassen dient, war ihre Bekämpfung in anderen Punkten des Programms enthalten, so darin, daß alle Gesetze abgeschafft werden sollten, die das freie Denken und Forschen verböten und daß die Schule vom Staate verwaltet werden sollte. Aber gegen die Religion als solche zu kämpfen, entfiel mehr und mehr jeder Anlaß, da jeder Tag zeigte, sowohl daß zum Kampfe gegen den letzten preußischen Gendarmen größere Kourage gehörte, als zum Kampfe gegen den lieben Gott, den die verschrumpftesten Philister in aller Gemüthsruhe führten, als auch daß alle noch vorhandene religiöse Vernebelung das Erwachen des proletarischen Klassenbewußtseins durchaus nicht hindere.

Allerdings hatte der Kulturkampf der Arbeiterbewegung manche Steine in den Weg geworfen, indem er die katholischen Arbeiter wieder fester an die verfolgten Priester ihrer Kirche knüpfte. Aber wenn dadurch bewiesen wurde, daß die Bekämpfung rein kirchlicher Anschauungen eine unfruchtbare und zweischneidige Waffe sei, so zeigte sich auch seit der Mitte des Jahrzehnts, daß die Entwicklung der großen Industrie und die von ihr unzertrennliche Verschärfung des kapitalistisch-proletarischen Klassengegensatzes gründlicher, als alle Beredsamkeit, mit der religiösen Ideologie aufräume. Wo katholische Unternehmer und katholische Arbeiter

sich unvermittelt gegenüber standen, wo sich also die Ablenkung der proletarischen Rebellion auf die „liberalen“ und „protestantischen“ Kapitalisten von selbst verbot, da enthüllte sich der demagogische Charakter des katholischen Sozialismus, und die ultramontane Bourgeoisie erwies sich um kein Haarbreit besser, als die liberale Bourgeoisie. Eine klassische Stätte dieser Metamorphose war die große rheinische Fabrikstadt Aachen. Hier, wo es „liberale Kapitalisten“ nur in geringer Anzahl gab, verschärfte sich von Jahr zu Jahr der Kampf zwischen den katholischen Ausbeutern und den katholischen Ausgebeuteten, während die katholische Kirche zeigte, daß sie, sobald es zum Klappen kam, auf Seiten der herrschenden Klassen zu finden war. Der Widerstand, den die Kapläne Cronenberg, Laaf, Litzinger versuchten, wurde von ihren kirchlichen Oberen nicht minder als von profitgierigen Fabrikanten niedergeworfen. Die Einen, wie Laaf und Litzinger, mußten zu Kreuze kriechen, die Anderen, wie Cronenberg, wurden in die Wüste gestoßen. Und über sie hinweg hielt der revolutionäre Sozialismus seinen Einzug in die alte Kaiserstadt.

Die evangelische Geistlichkeit war in ihrer gänzlichen Abhängigkeit vom Staate von vornherein auf eine viel bescheidenere Rolle gegenüber der Arbeiterbewegung angewiesen, als die katholische. Der sogenannte „Muckerkongreß“, der 1871 in Berlin tagte, hatte sich von Adolf Wagner mit einem verlegenen Eiertanze über die soziale Frage erlustiren lassen, ohne daß sonst etwas dabei herauskam, und auch die Bemühungen Rudolf Meyers, der, in diesem Punkte viel unklarer, als sein Lehrer Rodbertus, die evangelischen Geistlichen für die agrarsozialistischen Ziele mobil machen wollte, hatten keinen besonderen Erfolg. Den etwa willigen Geistlichen wurde von Oben her „abgewunken“, wie Einer von ihnen zu Rudolf Meyer sagte. Bismarck war ein viel zu praktischer Ausbeuter, um auf eine religiöse Vergleißung der Ausbeutungsmethoden besonderen Werth zu legen; auch wollte er kein „evangelisches Zentrum“ haben, das möglicher Weise seinem Hausmeierthum in die Quere kommen konnte. Den Bemühungen Rudolf Meyers und Wageners, ihn für eine ernste Fabrikgesetzgebung zu gewinnen, hatte er sich längst verschlossen; als dann Rudolf Meyer in einer fulminanten, von bitteren Wahrheiten überfließenden Streitschrift einen wuchtigen Vorstoß gegen das System der kapitalistischen Korruption unternahm, von dem Bismarck nicht lassen wollte, wurde das Buch sofort beschlagnahmt und sein Verfasser wegen Bismarckbeleidigung vor Gericht gestellt. Rudolf Meyer zog das Exil der harten Gefängnißstrafe vor, zu welcher er verurtheilt wurde.

Jedoch hatte er einige evangelische Geistliche für sich gewonnen, in erster Reihe den märkischen Landpfarrer Rudolf Todt, der im Jahre 1877 mit einer umfangreichen Schrift über den radikalen deutschen Sozialismus und die christliche Gesellschaft hervortrat. Todt war ein durchaus ehrlicher Mann, dazu ein gescheidter Kopf und ein fleißiger Arbeiter, wie auch sein Buch eine sehr respektable Leistung war, namentlich wenn man erwog, daß es aus einer weltentlegenen Landpfarre kam. Es bekundete ein weitreichendes Verständniß der sozialdemo-

kratischen Weltanschauung und zeichnete sich dadurch sehr vortheilhaft vor den kleinlichen Kniffen und Pfiffen aus, womit sich die liberalen Federfuchser um die entscheidenden Gesichtspunkte herumzureden versuchten. Todt erklärte vom christlichen Standpunkt aus die wirthschaftlichen und bis zu einem gewissen Grade auch die politischen Ziele der Sozialdemokratie für unanfechtbar, unbedingt verwarf er nur ihren Atheismus. Darauf ließ sich nun freilich keine politisch-soziale Agitation gegen die Sozialdemokratie aufbauen, aber Todt wollte auch kein politisch-sozialer Agitator sein. An der Hand seines Buches gründete er vielmehr den Zentralverein für Sozialreform und als dessen Organ den Staatssozialisten, eine Wochenschrift, die sich hauptsächlich mit theoretischen Erörterungen befaßte.

Anders der Hofprediger Stöcker, der ebenfalls von Rudolf Meyer angeregt worden war, aber des trockenen Tones sehr bald satt wurde. Stöcker besaß nicht Todts Gründlichkeit und Wahrheitsdrang, aber dafür hatte er alles Zeug zu einem erfolgreichen Demagogen: derben Mutterwitz, eine kecke Schlagfertigkeit in Gedanke und Rede, eine unverwüstliche Laune, die er sich durch die ärgsten Bedrängnisse nicht trüben ließ. Wenngleich er über jenen glücklichen Leichtsinn im Behaupten und Widerrufen von Thatsachen verfügte, der zum rechten Demagogen gehört, war Stöcker keineswegs das Scheusal von Verlogenheit, das die liberale Presse in pfiffiger Berechnung aus ihm machen wollte; verglichen mit einem Eugen Richter oder einem Löb Sonnemann, konnte er immer noch als Muster von Wahrheitsliebe gelten. Es war selbst nicht so ganz uneben, wenn ihn seine Verehrer den „zweiten Luther“ nannten; nur daß ihm fehlte, was aus Luther trotz alledem eine große historische Gestalt gemacht hat: die revolutionäre Periode im Lebenslauf.

Die christlich-soziale Agitation, die Stöcker im Januar 1878 eröffnete, war auf die Interessen der herrschenden Klassen zugeschnitten, und nur auf sie. Zu Bismarcks Schützlingen hat Stöcker freilich niemals gehört, und gleich sein erstes sozialpolitisches Auftreten hatte eine merkbare Spitze gegen Bismarck; er begann seinen Feldzug gegen die Sozialdemokratie als ein angebliches Kind des Liberalismus zur selben Zeit, wo Bismarck mit Bennigsen über nationalliberale Ministerkandidaturen verhandelte. Stöcker wollte auf die Herrschaft der Orthodoxie in der Kirche hinaus, die mit der Herrschaft des absoluten König- und des feudalen Junkerthums im Staat eng zusammenhing; diesen Mächten die Arbeiterklasse dienstbar zu machen, war das Ziel seiner christlich-sozialen Agitation. Jede tiefere Auffassung ökonomischer Klassenkämpfe lag ihm fern; sein Arbeiterprogramm hatte er sich aus agrarsozialistischen und aus sozialdemokratischen, aus katholisch-sozialen und aus zünftlerischen Quellen zusammengetragen; es kam ihm gar nicht darauf an, den gesetzlichen Arbeiterschutz und die massenplündernde Schutzzöllnerei für eine und dieselbe herrliche Sache zu erklären. Todt hielt sich diesem Humbug fern, und Rudolf Meyer machte sich noch viel offenherziger über solch eine „Mißgeburt“ von christlichem Sozialismus lustig.

Die Mittel, die Stöcker anwandte, um namentlich auf den achtzigjährigen Kaiser zu wirken, waren durchaus seines erhabenen Zweckes würdig. Er warb einige faule Früchte an, welche die Sozialdemokratie abgeschüttelt hatte und berief mit ihrer Hilfe zum 3. Januar 1878 eine Volksversammlung in den Eiskeller, auf deren Tagesordnung die Gründung einer christlich-sozialen Arbeiterpartei stand. Wie er gehofft und gewünscht hatte, fanden sich ein paar tausend sozialdemokratische Arbeiter ein, um sich das Ding einmal anzusehen, und es kam zu einem lebhaften Wortgefechte zwischen Most und Stöcker, das sich dann noch in mehreren anderen Volksversammlungen fortsetzte. Es war ein von Stöcker nicht ungeschickt ausgenützter Glückszufall, daß er auf Most stieß, dessen unbesonnener Eifer an solchen oratorisch-spektakelhaften Wettkämpfen großes Gefallen fand, und sich selbst dazu hinreißen ließ, in einer jener Volksversammlungen, und zwar im Widerspruche mit der allgemeinen Parteitaktik, eine Agitation für Massenaustritt aus der Landeskirche einzuleiten. Sie verlief ziemlich im Sande, nicht aus Anhänglichkeit der Arbeiter an die Kirche, sondern aus dem entgegengesetzten Grunde, weil den Arbeitern die Kirche viel zu gleichgiltig geworden war, als daß ihnen der formelle Austritt noch die mancherlei Scherereien gelohnt hätte, die damit verbunden waren. Stöcker aber war nicht faul, diesen scheinbaren Mißerfolg eines sozialdemokratischen Vorstoßes für sich auszubeuten, und wußte auch sonst gehörig die Trommel zu rühren. Obgleich Rudolf Meyer manches Mal vor Berliner Arbeitern gesprochen hatte und keinem konservativen Redner in sozialdemokratischen Volksversammlungen Schlimmeres drohte, als etwa ausgelacht zu werden, so spielte Stöcker den Ritter ohne Furcht und Tadel, der zum ersten Male in die Höhle des Löwen zu dringen wage, und blähte Mosts banales Zitat: Macht eure Rechnung mit dem Himmel, eure Uhr ist abgelaufen, in öffentlichen Sendschreiben als angebliche Aufforderung zum Meuchelmorde auf. Der alters- und geistesschwache Kaiser war von diesem „Lanzenbrecher" denn auch sehr erbaut und half als oberster Bischof der protestantischen Landeskirche der orthodoxen Richtung wieder auf die im Kulturkampf etwas lahm gewordenen Beine.

Das klassenbewußte Proletariat fiel aber natürlich auf Stöckers christlich-soziale Agitation nicht hinein. Die sozialdemokratische Parteileitung nahm vielmehr Most an den Zügel und hinderte die Fortsetzung der Redewettkämpfe, die dem Treiben Stöckers eine thatsächlich gar nicht vorhandene Bedeutung zu geben schienen. Als die Arbeiter sich nicht mehr darum kümmerten, klappte die christlich-soziale Schwindelblase sofort zusammen. Stöcker blieb nur noch der Magnet für allerlei Lumpenproletariat, das bei ihm nach den gefüllten Fleischtöpfen schnupperte, die es bei der Sozialdemokratie nicht gab, und in dieser schwefligen Gesellschaft schwehlte denn auch der Schwefelfaden auf, nach dem Bismarck auslugte, um seine Minen zu entzünden.

II. Die Attentate und der weiße Schrecken.

Am 11. Mai 1878 gab der Klempnergeselle Hödel in Berlin Unter den Linden einige Revolverschüsse ab, als gerade der Kaiser in einer offenen Kalesche vorüberfuhr. Die Behauptung des gänzlich verkommenen, aber durchaus nicht lebensmüden Menschen, daß er sich selbst habe erschießen wollen, um dadurch die Aufmerksamkeit des Kaisers auf das Elend der Massen zu lenken, war sicherlich unwahr, aber mit der Glaubwürdigkeit der Behauptung, daß er den Kaiser habe treffen und tödten wollen, stand es um nichts besser. Hödels Revolver gehörte zu jenen Mordwerkzeugen, die um die Ecke schießen; er hatte einen schiefen Lauf und schoß, nach dem Zeugniß eines als Sachverständigen vereidigten Hofbüchsenmachers, auf neun Schritte einen Fuß zu hoch und ebensoviel nach links.

Hödel selbst war nichts weniger als ein politischer Fanatiker. Bei seinen zwanzig Jahren schon ein menschliches Wrack, trug er die Striemen und Wunden an sich, mit denen die bürgerliche Gesellschaft die Unglücklichen zu strafen pflegt, die sich ungeladen zu ihren Gastmahlen einfinden. Unehelich geboren, mit vererbter Syphilis behaftet, im Kindesalter schon als Taschendieb gepeitscht und als Vagabund in eine Korrektionsanstalt gesteckt, dann bei einem Klempnermeister als wehrloses Ausbeutungsobjekt untergebracht, war er all sein Lebtag herumgeknufft und herumgepufft worden. Krank an Geist und Körper, besaß er nicht die Kraft einer revolutionären Entwicklung, und kämpfte als Gauner und Tagedieb gegen die feindlichen Gewalten, die ihn auf ein halb thierisches Dasein herunterdrückten. Er war nicht mehr zu retten, als er sich in Leipzig, wo seine Mutter als Wäscherin und sein Stiefvater als Flickschuster lebten, der sozialdemokratischen Bewegung anzuschließen versuchte. Seine lumpenproletarischen Gewohnheiten machten ihn in dem klassenbewußten Proletariat sehr bald unmöglich, und nachdem ihn die Leipziger Parteigenossen schon im März abgeschüttelt hatten, war er am 9. Mai durch ausdrücklichen Beschluß des Hamburger Zentralwahlkomites aus der sozialdemokratischen Partei gestoßen worden. Zwischenein hatte Hödel den „Anarchisten vom reinsten Wasser“ gespielt und sich mit dem Schriftsetzer Werner eingelassen, einem der zwei oder drei Anhänger Bakunins, die es in Deutschland gab, dann hatte er sich dem nationalliberalen Lokalhäuptling Sparig in Leipzig offenbart, der ihn für sogenannte „Enthüllungen“ aus der sozialdemokratischen Partei baar entlohnte, und endlich hatte ihn Stöckers schmetternde Reklametrompete nach Berlin gelockt, wo Hödel übrigens auch noch einmal mit den Sozialdemokraten anzubändeln versuchte, aber nur um von ihnen abermals unzweideutig die Thür gewiesen zu bekommen.

So hatte Hödel bei der Sozialdemokratie wiederholt einen ungastlichen Empfang gefunden, während der anarchistische Wirrkopf, der nationalliberale Prozentpatriot und der christlich-soziale Hofprediger ihn mit offenen Armen aufgenommen hatten. Immerhin wäre es unbillig, den verlotterten Burschen irgend einer politischen Richtung aufzuhängen, wie verkehrt sie sonst sein mochte. Hödels

Herandrängen an politische Parteien hatte für ihn nur den Zweck, sich ein möglichst bequemes und faules Dasein zu sichern, und eben hierauf zielte seine Revolverschießerei Unter den Linden ab. Sie war ein grober Unfug, durch den Hödel sich interessant machen wollte, in der Hoffnung, daß dabei Mancherlei für ihn abfallen werde; als er verhaftet wurde, hatte er keinen Pfennig mehr in der Tasche. Die Posse ist dem armen Tropfe schlecht bekommen, aber bis an die Stufen des Blutgerüstes, die er mit leiblichem Muthe betrat, hat er geleugnet, auf den Kaiser geschossen zu haben, und das hätte, wenn es nicht wahr gewesen wäre, um so geringeren Sinn gehabt, als Hödel herostratische Eitelkeit genug besaß, sich kokettirend auf den „Attentäter Seiner Majestät" hinauszuspielen.

Selbst aber wenn man annehmen wollte, daß Hödel dem Kaiser nach dem Leben getrachtet habe, so war dies Attentat ein mit idiotischen Mitteln gemachter Mordversuch eines Idioten, der nicht aufs Schaffot oder auch nur ins Zuchthaus, sondern ins Irrenhaus gehörte. Alle mündlichen und schriftlichen Kundgebungen Hödels zeigen handgreiflich, daß er juristisch und moralisch gleich unzurechnungsfähig war, und diese Thatsache wäre auch medizinisch über jeden Zweifel hinaus festgestellt worden, wenn die Regierung Virchows Wunsch, ihm den Kopf des Hingerichteten zur anatomischen Untersuchung zu überlassen, nicht rundweg abgeschlagen hätte. Die Verhandlung, die gegen Hödel vor dem Staatsgerichtshofe geführt wurde, bewies in allen ihren Theilen nichts, als daß die Regierung ihn schlechterdings als ernsthaften Hochverräther behandelt wissen wollte, von der krampfhaft tendenziösen Anklageschrift an bis zur überaus kläglichen Vertheidigung und dem widerspruchsvollen Urtheil, das „den geistig und körperlich zerrütteten Menschen" gleichwohl für zurechnungsfähig genug hielt, um ihn zum Tode zu verurtheilen.

In jedem Falle gehörte dies Attentat, wenn es denn wirklich ein Attentat war, zu den harmlosesten Attentaten des Jahrhunderts. Trotzdem machte der Byzantinismus und Servilismus, der die besitzenden Klassen seit dem deutsch-französischen Kriege verheerte, eine große Haupt- und Staatsaktion daraus; der patriotische Mob zog vor das Palais des Kaisers und sang: Nun danket alle Gott; der Kaiser selbst, der zunächst auch an kein Attentat glauben wollte, ließ sich dann doch überreden, daß er einer furchtbaren Gefahr entronnen sei und erklärte, daß dem Volke die Religion erhalten werden müsse, um solche Greuelthaten zu vermeiden. Von den bürgerlichen Blättern behielten nur wenige den Kopf oben, die meisten delirirten mit, etwa wie die Nationalzeitung: „Welch große inhaltschwere Entscheidung ist heute über dem Haupte der nichts ahnenden Welt dahingerauscht! Eine kleine Hebung oder Senkung der Pistole mehr, ein kaum zu berechnendes Etwas", und dann kam eine lange Litanei darüber, daß die ganze Weltgeschichte umgekrempelt worden wäre, ohne die „so wunderbare" Rettung des Kaisers. Und wie die politische, so die belletristische Presse. Sie füllte ganze Nummern mit der Beschreibung des „Attentats" und verewigte den „Attentäter" in so prächtigen Holzschnitten, wie sie gewöhnlichen Unsterblichen

nicht zu widmen pflegte. Natürlich zischten durch all den Paroxysmus mehr oder minder hämische Denunziationen gegen die Sozialdemokratie als angebliche Nährmutter Hödels. Es versteht sich, daß die sozialdemokratische Presse für den albernen Spuk nichts übrig hatte, als was ihm gebührte: beißenden Hohn und Spott. Sie war ganz unschuldig daran, wenn eine künstliche Attentatsmanie herangezüchtet wurde in derselben kapitalistischen Gesellschaft, die so viele verlorene Existenzen heranzüchtet. Das widerliche Treiben konnte nicht einmal die Entschuldigung harmloser Naivetät für sich geltend machen. Die englische und französische Geschichte bot warnende Beispiele genug dafür, daß Attentate ansteckend wirken und dreimal ansteckend, wenn der Verbrecher, mag er selbst ein so armseliger Patron sein, wie Hödel war, mit allen Ehren eines Luzifer gefeiert wird.

Bismarck seinerseits faßte den grotesken Zwischenfall weniger von der sentimental-pathetischen, als von der demagogisch-praktischen Seite auf und telegraphirte auf die erste Kunde von Hödels Revolverschüssen umgehend aus Friedrichsruh: Ausnahmegesetze gegen die Sozialdemokratie! Wenige Tage darauf war denn auch schon ein solches Machwerk fertig, das Bucher nach einer Angabe seines offiziösen Biographen verbrochen haben soll. Es hob in sechs Paragraphen die Preß- und Vereinsfreiheit für die Sozialdemokratie auf, so viel davon für diese Partei überhaupt noch bestand. Der Bundesrath sollte befugt sein, „Druckschriften und Vereine, welche die Ziele der Sozialdemokratie verfolgen", zu verbieten, doch blieb dem Reichstage das Recht vorbehalten, die ergangenen Verbote „bei seinem nächsten Zusammentritte" zu beseitigen. Die Dauer des Gesetzes war auf drei Jahre beschränkt.

Dieser Entwurf hatte schon im Bundesrath einigen Widerspruch erfahren, im Reichstage war er seiner Ablehnung von vornherein sicher. Bei der Verhandlung, die am 23. und 24. Mai stattfand, stimmten nur die beiden konservativen Fraktionen dafür. Ihr Hauptsprecher war Moltke, der die unsäglichsten Gemeinplätze über die „Gütertheilung" der Sozialisten ausbot und „Elend und Noth" als „zwingende Elemente" in „Gottes Weltordnung" verherrlichte. Die anderen bürgerlichen Parteien scheuten noch davor zurück, der Polizei ins Blaue hinein diktatorische Vollmachten zu übertragen. Die Nationalliberalen, auf die es in erster Reihe ankam, wußten trotz all ihres byzantinischen Zeitungsgetrātsches recht gut, daß Hödels Attentat der Dummejungenstreich eines, wie Bennigsen sagte, „nichtsnutzigen jugendlichen Subjekts" gewesen sei; sie waren durch das Scheitern der Varziner Verhandlungen kopfscheu geworden und wollten „bei den jetzigen verworrenen ministeriellen Zuständen in Preußen und im Reiche" keine Diktatur der Verwaltung. Solche Gewalt, meinte Bennigsen, dürfe man nur einräumen, wenn man wisse, wer sie ausübe, und an diesem Grundsatze müsse man um so fester halten, wenn keine Gefahr sichtbar sei, die eine Diktatur erheische. Der nationalliberale Redner fand manche glückliche Wendungen; er wollte die bürgerlichen Freiheiten auf dem Boden des für Alle gleichen Rechtes erhalten und protestirte gegen Ausnahmemaßregeln, die Hunderttausende deutscher

Mitbürger träfen. Freilich ganz vermochte Bennigsen mit der wallenden Toga seiner feierlichen Beredsamkeit den reaktionären Pferdefuß nicht zu verstecken; er fand unglaublicher Weise, daß die bestehende Gesetzgebung noch nicht bis zur äußersten Grenze des Zulässigen gegen die Sozialdemokratie ausgebeutet worden sei und erklärte sich bereit, ihre etwaigen Lücken auf dem Boden des gemeinen Rechtes auszufüllen.

Die Ultramontanen waren natürlich noch viel mißtrauischer als die Nationalliberalen gegen die polizeiliche Diktatur; so lange sie selbst unter Ausnahmegesetzen standen, konnten sie überhaupt nicht gleich mit beiden Füßen in die Ausnahmegesetzgebung gegen eine andere Partei springen. Von der Fortschrittspartei sprach Eugen Richter, ähnlich wie Bennigsen, nur viel keifender und kleinlicher. Während Bennigsen doch eine gewisse historische Auffassung der Sozialdemokratie bekundet hatte, sah der seichte Fortschrittsschwätzer in ihr „wesentlich und in der Hauptsache ein Kunstprodukt“ der preußischen Regierung; er warf der Polizei ungeschickte Handhabung der Preß- und Vereinsgesetze vor, die doch selbst Manteuffel für genügend zur Aufrechterhaltung der Ordnung gehalten habe, und die auch er, der große Freiheitsheld, „geschickt gehandhabt für vollkommen ausreichend“ halte. Nur zur Ausfüllung ihrer „Lücken“ erklärte er sich noch nicht bereit, das sollte erst etwas später kommen. Die sozialdemokratische Fraktion fand es, wie sie in einer von Liebknecht verlesenen Erklärung sagte, „mit ihrer Würde nicht vereinbar“, an der Debatte theilzunehmen, wenn sie auch „zur Verhütung eines beispiellosen Attentats auf die Volksfreiheit“ gegen die Vorlage stimmen werde; der Versuch, die That eines Wahnwitzigen, noch ehe die gerichtliche Untersuchung geschlossen sei, zur Ausführung eines lange vorbereiteten Reaktionsstreiches zu benutzen und die „moralische Urheberschaft“ eines unerwiesenen Mordattentats auf den deutschen Kaiser einer Partei aufzuwälzen, die den Mord in jeder Form verurtheile und die politische wie wirthschaftliche Entwicklung als von dem Willen einzelner Personen ganz unabhängig auffasse, richte sich selbst in den Augen jedes vorurtheilslosen Menschen. Die Vorlage der Regierung wurde mit 251 gegen 57 Stimmen abgelehnt. Die Parteien stimmten fast ganz geschlossen; nur von den Freikonservativen gingen drei zur Opposition über, während von der nationalliberalen Opposition ein Professorenkleeblatt abblätterte: Treitschke und Beseler stimmten mit Ja, während Gneist sich der Abstimmung enthielt. Noch an demselben Tage wurde die Session des Reichstags geschlossen.

Am neunten Tage darauf, am 2. Juni, reifte die Saat, die der patriotische Mob und das politische Drahtzieherthum vom Schlage Bismarcks ausgestreut hatten: eine verlorene Existenz, diesmal aus den besitzenden Klassen, ein Doktor Karl Nobiling, der Sohn eines Domänenpächters, schoß aus einem Hause Unter den Linden mit einer Schrotbüchse auf den vorüberfahrenden Kaiser und verwundete ihn schwer. Ehe Nobiling ergriffen werden konnte, hatte er sich selbst eine Kugel durch den Kopf gejagt, und die erste authentische Meldung, die wieder über ihn in die Oeffentlichkeit drang, war die Nachricht seines Todes,

der am 10. September erfolgte. Ob und was er in der Zwischenzeit über die That und ihre Beweggründe ausgesagt hat, darüber hat die Regierung immer sorgsam geschwiegen, ein negativer, aber durchschlagender Beweis dafür, daß sie für einen Zusammenhang Nobilings mit der Sozialdemokratie auch nicht die entfernteste Spur hat entdecken können.

Nach dem, was sonst über Nobiling bekannt geworden ist, gehörte der ebenso eitle, wie unfähige Mensch seinen geistigen Anlagen und Neigungen nach etwa in die Region nationalliberaler Sozialistentödter. Er war noch dümmer als Hödel, wie der Untersuchungsrichter zu einem ultramontanen Redakteur sagte, und der Gefängnißarzt, der ihn behandelte, theilte einem Kollegen brieflich mit, angeregt durch eine historische Bemerkung Schillers über die französischen Capets, habe Nobiling nach seiner eigenen Behauptung den Kaiser erschießen wollen, weil dieser sich zum Schaden des Volkes von Anderen leiten lasse, und der Kronprinz selbständiger regieren würde. Diese idiotische Auffassung stimmt zu der Thatsache, daß Nobiling erblich belastet war, wozu noch kam, daß er an derselben geschlechtlichen Krankheit wie Hödel litt. Er hatte sich keine Stellung erringen können, die seinen Ansprüchen entsprach, und als er vor dem Nichts stand, wollte er nicht ruhmlos aus der Welt scheiden, wie andere Selbstmörder, von denen er einmal gesagt hatte, er begreife nicht, wie sie gehen könnten, ohne einen Großen mitzunehmen. Hödels Glorie zeigte seiner Eitelkeit den Weg, nur daß er bei seinem höheren Bildungsgrade den Fluch der Lächerlichkeit erkannte, der dem Attentate Hödels trotz alledem anhing. Dagegen schützte er sich durch die bösartige Ausführung seines Mordplans.

Ueber das hinterlistige Abschießen eines mehr als achtzigjährigen Mannes, der politisch längst allen Haß überlebt hatte, empörten sich die weitesten Volkskreise. Auch die sozialdemokratische Presse war weit davon entfernt, das zweite Attentat so spöttisch zu behandeln, wie sie das erste mit vollem Recht behandelt hatte; sie verkannte keinen Augenblick den Ernst der Lage, der durch Nobilings Schrotschüsse geschaffen worden war. Nur der „churbrandenburgische Vasall" Bismarck hatte keinen anderen Gedanken, als daß die Gelegenheit günstig sei, einen bonapartistischen Schalksstreich auszuführen. Noch am Abend desselben Tages, an dessen Mittag Nobilings Schüsse gefallen waren, versandte der offiziöse Telegraph eine angeblich „amtliche", thatsächlich ihrem ganzen Inhalt nach erfundene Depesche, wonach der mit einer Kugel im Kopfe darniederliegende Nobiling bei seiner „gerichtlichen Vernehmung" ausgesagt haben sollte, daß er sozialistischen Tendenzen huldige, daß er auch wiederholt in Berlin sozialistischen Versammlungen beigewohnt habe, und daß er schon seit acht Tagen mit der Absicht umgegangen sei, den Kaiser zu erschießen. Dieser mitten in die gährende Menge geworfene Funke entzündete jene Stimmung, von der ein Gedicht im Vorwärts treffend sagte: Ein ganzes Volk in Haß und Wahn, Von tollem Grimm entstellt die Züge, und von der Guido Weiß in der Wage noch epigrammatischer schrieb: Der Kaiser hat die Wunden und die Nation das Wundfieber.

Die nationalliberalen Abgeordneten und Preßorgane erklärten jetzt mit allen Zungen, daß sie bereit seien, das verlangte Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie zu bewilligen. Aber sie fanden bei Bismarck taube Ohren. Der Biedermann wollte gerade die Nationalliberalen „an die Wand drücken, daß sie quietschten", und führte dies Programm mit der ihm eigenen Skrupellosigkeit aus. Unter der Regentschaft, die der Kronprinz mit gebundenen Händen für den darniederliegenden Kaiser führte, hatte der Hausmeier womöglich noch freiere Bahn als vordem. Er überwand leicht den Widerstand, den er sowohl im preußischen Staatsministerium als auch im Bundesrathe fand, und bereits am 11. Juni war der Reichstag aufgelöst, der 30. Juli als Termin für die Neuwahlen anberaumt. Für die Wahlzeit verhängte Bismarck ein System des weißen Schreckens, das denn auch den Zweck erfüllte, die aufgeregten Spießbürger blind und toll vor Angst zu machen, so daß sie sich voll brünstigen Eifers an die Schlachtbank drängten. Am sinnlosesten geberdete sich wieder die Fortschrittspartei, die sehr gut wußte und auch offen aussprach, wohinaus Bismarck wollte, nichts desto weniger aber in wüthenden Schmähungen auf das klassenbewußte Proletariat die reaktionärsten Parteien noch zu überbieten versuchte.

Anklagen und Haussuchungen, Verhaftungen, Versammlungsauflösungen und Zeitungsbeschlagnahmen brachen über die sozialdemokratische Partei mit einer bis dahin doch immer noch nicht erhörten Heftigkeit herein. Der nach Gotha einberufene Parteikongreß wurde verboten, ebenso der nach Magdeburg und dann nach Hamburg einberufene Gewerkschaftskongreß. Mit allen denkbaren Chikanen drückte die Polizei auf die Wirthe, ihre Säle nicht mehr für sozialdemokratische Versammlungen zu öffnen; mit welcher Frivolität das darnach noch vorhandene Versammlungsrecht der Arbeiter niedergetreten wurde, mögen einige der „Gründe" erläutern, aus denen polizeiliche Auflösungen von Arbeiterversammlungen erfolgten: weil der Mittelgang im Saale nicht frei war; weil ein Fenster offen stand und die Versammlung also unter freiem Himmel tage; weil Menschen hinter einer verschlossenen Glasthür standen und in den Saal hineinsahen, möglicher Weise also eine Scheibe eingedrückt werden könne; weil ein Anwesender während eines Vortrages: Lächerlich! gerufen hatte; weil einzelne Anwesende über die Aeußerung eines Redners gelacht hatten; weil sich ein Hund in die Versammlung verlaufen hatte. Im Königreiche Sachsen wurde grundsätzlich jede Versammlung aufgelöst, in der die Attentate erwähnt wurden. Und nicht besser als der Versammlungs-, ging es der Preßfreiheit der Arbeiterklasse. Selbst vogelfrei für die nichtswürdigsten Verleumdungen, durfte sie durch ihre Presse nicht Schlag mit Schlag erwidern; Staatsretter Tessendorff sühnte, wie es Staatsretter Eugen Richter verlangt hatte, selbst jede „Beleidigung" von Privatpersonen mit einem Strafantrage von Amtswegen. In Halle wurde jeder Redakteur des dortigen Parteiblattes sofort verhaftet, so daß schließlich genau so viele Redakteure im Gefängnisse saßen, wie Nummern des Blattes erschienen waren.

Hand in Hand mit der politischen ging die wirthschaftliche Bedrängung des klassenbewußten Proletariats. Treitschke schrie wie ein rasender Schamane: „Warum erklären unsere großen Unternehmer nicht, daß sie in ihren Werken keinen Arbeiter beschäftigen werden, der an der sozialdemokratischen Wühlerei theilnimmt?“ In dieselben Kerbe hieben viele Organe der bürgerlichen Presse, und bald konnten sie lange Listen von Firmen veröffentlichen, die sich verpflichteten, keinen Sozialdemokraten mehr anzustellen. Es waren besonders solche Firmen, die sich in der Gründerzeit durch die infamsten Schwindeleien hervorgethan hatten; die Gauner drängen sich immer vor, wenn es ehrliche Leute zu verfehmen gilt. Offiziell wurde dies noble Aechtungsverfahren durch einen Erlaß des preußischen Handelsministers Maybach an die Handels- und Gewerbekammern geweiht. Gegenüber einem solchen Gewissenszwange, der in der Geschichte gesitteter Völker beispiellos dastand, forderten die sozialdemokratischen Blätter die bedrohten Arbeiter auf, Alles zu versprechen und Nichts zu halten; Unternehmer, die mit der Hungerfolter drohten, müßten sich gefallen lassen, angelogen zu werden, auf ihr Haupt kämen die Folgen. Und es hat nie ein unantastbareres Recht der Nothwehr gegeben, als die Arbeiterpresse in diesem Fall anrieth.

Aber nicht nur in der Geschichte der gesitteten Völker, sondern selbst in der Geschichte des byzantinischen Reichs beispiellos waren die Majestätsbeleidigungsprozesse, in denen der patriotische Wahnsinn ausschäumte. Eine gemeingefährliche Denunziantenpest tobte durch alle Schichten des deutschen Volkes, mit alleiniger Ausnahme des klassenbewußten Proletariats: in München denunzirte der berühmte Maler Piloty den ihm bekannten siebzigjährigen Arzt Trettenbach wegen einer, im Privatgespräche über den geisteskranken König von Baiern gethanen Aeußerung, in Berlin gaben sich die Spitzbuben in den Spelunken des Lumpenproletariats gegenseitig an. Bis in den Schoß der Familie drang die ekelhafte Seuche; der Gatte war nicht mehr vor der Gattin, der Vater nicht mehr vor dem Sohne sicher. Ein beliebter Trick der Denunzianten bestand darin, in Arbeiterversammlungen oder in Wirthshäusern, wo Arbeiter verkehrten, plötzlich ein Hoch auf den Kaiser auszubringen; wer dann nicht aufstand oder nicht das Haupt entblößte, war wegen Majestätsbeleidigung geliefert. Es kam so weit, daß der amerikanische Gesandte in Berlin den Staatssekretär in Washington ersuchte, die amerikanischen Staatsbürger, die nach Deutschland herüberkämen, vor jedem politischen Gespräche zu warnen.

Bei manchen Beamten und Behörden in Deutschland regte sich das Gewissen, und sie suchten, den schmutzigen Strom zu stauen. Doch ohne nennenswerthen und namentlich ohne dauernden Erfolg. Der ehemals hannöversche und nunmehr preußische Justizminister Leonhardt, dem die Elastizität seines Gewissens gestattet hatte, von dem unterlegenen Welfen Georg zu dem siegreichen Hohenzollern Wilhelm herüberzuwechseln, wies die Staatsanwälte zur schärfsten Verfolgung der Majestätsbeleidiger an, und diesem Druck erlagen die Gerichte, wie immer in solchen Fällen. Die berüchtigte siebente Deputation des Berliner Stadtgerichts erkannte an einem einzigen Tage, am 8. Juni, gegen 7 Personen wegen Majestäts-

beleidigung auf 22 Jahre 6 Monate Gefängniß, darunter gegen einen Angeklagten auf 2 Jahre 6 Monate, weil er beim Nachhausegehen in angetrunkenem Zustande vor sich hingemurmelt hatte: „Wilhelm ist todt, er lebt nicht mehr.“ Eine Frau in Brandenburg a. H. erhielt 1 Jahr 6 Monate Gefängniß, weil sie auf die erste Nachricht von Nobilings Attentat geäußert hatte: „Der Kaiser ist wenigstens nicht arm, er kann sich pflegen lassen.“ Wegen einer ähnlich harmlosen Aeußerung kam ein Mann in Bonn in erster Instanz mit 3 Monaten Gefängniß davon, wurde dann aber auf die Berufung des Staatsanwalts in zweiter Instanz zu 3 Jahren Gefängniß verurtheilt. Liberale Blätter, die mit einer Statistik der Majestätsbeleidigungsprozesse begonnen hatten, hörten schon Anfangs Juli damit auf, überwältigt von Ekel und Scham; in einem einzigen Monate war auf weit über 500 Jahre Gefängniß wegen Majestätsbeleidigung erkannt worden.

In solchen Delirien „genas“ die teutsche Nation von dem „Gifte“ der sozialdemokratischen Theorien.

III. Die Entrechtung der Arbeiterklasse.

Von den beiden Zielen, die Bismarck durch den weißen Schrecken verfolgte, erreichte er das eine vollständig: er drückte die Nationalliberalen so an die Wand, daß ihnen die Ueberbleibsel eines politischen Rückgrats zerbrochen wurden. Die liberalen Fraktionen verloren etwa 40 Sitze, und ebensoviel gewannen die konservativen Fraktionen. Mit ihren 115 Mandaten konnte Bismarck, je nachdem es ihm paßte, eine konservativ-nationalliberale oder eine konservativ-ultramontane Mehrheit bilden, insoweit stand die Bahn für seine reaktionären Pläne offen.

Nicht aber erreichte er sein zweites Ziel, die Zerschmetterung der Sozialdemokratie, trotz der selbstmörderischen Beihilfe, die ihm dabei die liberalen Parteien leisteten. Zwar als in den Hauptwahlen sieben von den bisherigen zwölf sozialdemokratischen Reichstagssitzen verloren gingen: Chemnitz, Leipzig-Land, Zwickau-Crimmitschau, Auerbach-Reichenbach, Berlin VI, Reuß ä. L. und Reichenbach-Neurode, und nur zwei behauptet wurden: Glauchau-Meerane (Bracke) und Stollberg-Schneeberg (Liebknecht), da erhob sich ein verfrühtes Triumphgeschrei der „Ordnungsparteien“. Aber es verstummte sehr schnell, als die „Sieger“ ihre Herrlichkeit näher besehen wollten, und nur ihren eigenen Schaden besahen.

Unter bedrängteren Umständen, als diesmal, hatte die sozialdemokratische Partei noch nie einen Wahlkampf geführt. Die gesetzlichen Waffen, die allen bürgerlichen Parteien zur unbeschränkten Verfügung standen, wurden ihr zerbrochen oder wenigstens aufs äußerste verkümmert, ein Versammlungsrecht hatte sie in weiten Strecken des Reiches überhaupt nicht, in anderen Gebieten nur im beschränktesten Maße; ihre Flugblätter wurden unter den nichtigsten Vorwänden beschlagnahmt, und ebenso ihre Zeitungen durch einen ununterbrochenen Guerillakrieg der Polizei und Staatsanwaltschaft lahmgelegt; mindestens die Hälfte ihrer Vorkämpfer in Schrift und Wort saß hinter Gefängnißgittern. Gegen Sozial-

demokraten ist der Polizei Alles erlaubt, sagte ein liberales Blatt, und ein konservatives Blatt bestätigte, daß die Polizei „in jeder denkbaren Weise“ die sozialdemokratische Wahlagitation behindere. Doch solche Geständnisse wurden nur gelegentlich in dem inneren Hader der bürgerlichen Parteien gemacht; weder Konservative noch Liberale genirten sich, die polizeiliche Drangsalirung der Arbeiterklasse für ihre Zwecke auszunützen, auch die Fortschrittspartei kämpfte, unentwegt wie immer, unter dem mütterlichen Schutze der Polizei gegen das klassenbewußte Proletariat. Dazu kam der unerhörte Nothstand, der nun schon ins fünfte Jahr die Arbeiter niederdrückte, die wirthschaftliche Maßregelung zahlloser Parteigenossen und nicht zuletzt der Wirbelsturm des Hasses und der Wuth, den die angebliche moralische Verantwortung für die Attentate gegen die Sozialdemokratie entfesselte. Der Vorwärts übertrieb nicht, wenn er sagte: „Es war kein ehrlicher Kampf mit gleichen Waffen und mit gleicher Sonne. Der Feind vom Kopfe bis zum Fuße gepanzert und gerüstet. Die Sozialdemokratie wehrlos, an Händen und Füßen gefesselt.“ Und selbst der Hamburgische Korrespondent, damals dasjenige bürgerliche Blatt, das verhältnißmäßig noch das größte Verständniß für die revolutionäre Arbeiterbewegung hatte, meinte dennoch, daß die von allen Seiten angegriffene, unter dem Eindruck der schwierigsten Verhältnisse stehende Partei einen erheblichen Rückschlag erleiden, vielleicht gar die Flinte ins Korn werfen und sich nur der Ehre wegen schlagen werde.

In der That verkannte das Hamburger Zentralwahlkomite keinen Augenblick, daß unter solchen Verhältnissen keine Angriffs-, sondern nur eine Vertheidigungsschlacht möglich sei. In seinem Wahlaufrufe vom 18. Juni sagte es: „Wie groß die Partei ist, hat uns der vorige Wahlkampf gezeigt; wie widerstandsfähig sie sein kann, soll uns der 30. Juli zeigen.“ Laute der gemeinsame Schlachtruf der Gegner: Fort mit der Sozialdemokratie aus dem Reichstage! so gelte es, die im Reichstage eroberte Position mit allen Kräften zu behaupten. Deshalb sei der Kampf auf die aussichtsreichsten Wahlkreise zu konzentriren; in anderen Wahlkreisen solle agitatorisch da vorgegangen werden, wo es sich, wie in Städten und industriereichen Gegenden, ohne große Kosten und Mühen thun lasse; wo aber die Agitation sehr erschwert sei, viel koste und wesentliche Vortheile nicht verspreche, sei auf sie zu verzichten. Als offizielle Kreise, in denen die Partei mit höchstem Nachdruck vorgehen müsse, nannte das Zentralwahlkomite 29: Berlin IV und VI, Hamburg I und II, in Schleswig-Holstein Altona, Glückstadt, Kiel, im Rheinlande Elberfeld-Barmen und Solingen, im Maingau Hanau und Offenbach, in den mitteldeutschen Kleinstaaten Gotha und Reuß ä. L., in Schlesien Breslau I und II, Reichenbach-Neurode und Waldenburg, in Baiern Nürnberg, im Königreiche Sachsen Auerbach-Reichenbach, Borna, Chemnitz, Dresden-Altstadt, Freiberg, Glauchau-Meerane, Leipzig-Land, Mittweida, Stollberg-Schneeberg, Zschopau und Zwickau-Crimmitschau.

Die Haltung der Arbeiter in dem Wahlkampfe war gleich musterhaft durch Besonnenheit wie durch Energie. Der Vorwärts veröffentlichte wochenlang an

der Spitze seiner Nummern die Mahnung: „Parteigenossen! Laßt euch nicht provoziren! Man will schießen! Die Reaktion braucht Krawalle, ihr Spiel zu gewinnen!" Zu dieser Mahnung hatte die Parteileitung die gewichtigsten Gründe; Bismarck verfolgte damals schon den Plan, zu dem er sich seither mit zynischer Gemeinheit auch öffentlich bekannt hat: die Sozialdemokratie bis aufs Blut zu reizen, damit sie losschlage und um so gründlicher ausgerottet werden könne. Aber die klassenbewußten Arbeiter setzten allen noch so brutalen Herausforderungen kaltblütige Verachtung entgegen und warfen ihre ganze Kraft in den Wahlkampf. In die Kasse des Hamburger Zentralwahlkomites liefen vom 1. Februar bis zum 18. Oktober 1878 64 218 Mark ein, etwa die Hälfte davon für den Wahlfonds. Nach einer eher zu niedrigen, als zu hohen Schätzung wurden einschließlich der örtlichen Kosten 150 000 Mark für den Wahlkampf aufgebracht. Dänische, belgische, englische, französische, österreichische und schweizerische Arbeiter sandten etwa 8000 Mark ein, eine Unterstützung, die moralisch noch wirksamer war als materiell. Auch Marx warf aus London eine Bombe ins feindliche Lager, die eine nicht geringe Verwirrung anrichtete. Als die Nachricht auftauchte, daß der Diplomatenkongreß, der im Sommer 1878 in Berlin zusammentrat, um die Ergebnisse des russisch-türkischen Krieges zu ratifiziren, von Bismarck zu einer internationalen Arbeiterhetze mißbraucht werden sollte, enthüllte Marx mit beißendem Sarkasmus die anmuthigen Angebote, die ihm Bucher, der offizielle Sekretär des Kongresses, im Herbste 1865 für die Mitarbeiterschaft am amtlichen Blatte der preußischen Regierung gemacht hatte. Durch seine verlegenen Ausreden machte sich Bucher vor aller Welt nur lächerlich.

Die Wahltaktik der sozialdemokratischen Partei glich dem Verfahren eines Festungskommandanten, der beim Heranrücken einer überwältigenden Feindesmacht die Vorstädte abbrennt, um sich desto sicherer hinter seinen Mauern und Wällen zu verschanzen. Von vornherein verzichtete die Partei darauf, eine so große Stimmenzahl zu mustern, wie im Jahre 1877, und es war thatsächlich schon ein beträchtlicher Erfolg, daß sich trotzdem 437 158 Stimmen, gegen acht Prozent der abgegebenen Stimmen, auf ihre Kandidaten vereinten, nur 56 289 Stimmen weniger als im Vorjahre. Viel schwerer aber fiel natürlich in die Wagschale, daß sich die feindlichen Sturmkolonnen an ihren verschanzten Lagern wirklich die Schädel eingerannt hatten. In den 29 offiziellen Wahlkreisen war die Stimmenzahl von 220 000 auf 240 000 gestiegen. Und wenn auch dieser große Erfolg eine Schattenseite hatte, wenn sich das Wachsthum der Stimmenzahl nicht gleichmäßig über alle jene Wahlkreise vertheilte, so trat viel stärker noch die Lichtseite hervor, daß die Stimmenzahl in allen größeren Städten mit der Ausnahme Nürnbergs bedeutend gewachsen war, und zwar wieder um so bedeutender, je heißer das Feuer war, in dem die Wähler dieser Städte gestanden hatten. In Berlin, wo der weiße Schrecken in all seiner Weißgluth brannte, waren die sozialdemokratischen Stimmen von 31 522 auf 56 147 gestiegen. Den biederen Fortschrittlern blieb das heisere Geschrei über den „Sieg", den sie an

der mütterlichen Hand der Polizei erfochten hatten, in der Kehle stecken, wenn sie auf die 15 000 Stimmen blickten, mit denen Hasenclever in Berlin VI unterlegen war, oder auf die 20 000 Stimmen, mit denen Fritzsche in Berlin IV zur Stichwahl gelangte. Der Hamburgische Korrespondent erkannte ehrlich an, daß solche Wahlerfolge reichlich ein Dutzend Reichstagsmandate werth seien.

Selbst in ihrer dürrsten Form blieb die famose Wahlparole: Fort mit der Sozialdemokratie aus dem Reichstage! wenig mehr als ein frommer Wunsch. Außer den beiden Sitzen, welche die Partei behauptet hatte, war sie an 16 Stichwahlen betheiligt, in Hannover und in 15 ihrer offiziellen Wahlkreise: in Berlin IV, in Breslau I und II, in Altona und Glückstadt, in Elberfeld-Barmen und Solingen, in Hanau und Offenbach, endlich in den sächsischen Kreisen Auerbach-Reichenbach, Borna, Dresden-Altstadt, Freiberg, Mittweida und Zschopau. Die Stichwahlen vollzogen sich schon unter beträchtlicher Ernüchterung der „Ordnungsparteien". Der heilige Eifer für die Rettung des Vaterlandes war bei den Konservativen wie bei den Liberalen verdampft, als der Ausfall der Hauptwahlen sie mit der Nase auf ihre Klasseninteressen gestoßen hatte; die Liberalen wollten die siegreichen Konservativen nicht noch mehr stärken, und die Konservativen wollten den geschlagenen Liberalen nicht wieder neuen Muth einflößen; der zähe Ordnungsbrei zerfloß einigermaßen bei den Stichwahlen, und die sozialdemokratische Agitation hatte etwas freiere Hand.

So gewann die Partei in ihren 16 Stichwahlen noch 7 Sitze: Berlin IV (Fritzsche), Breslau I (Reinders), Elberfeld-Barmen (Hasselmann), Dresden-Altstadt (Bebel), Mittweida (Vahlteich), Freiberg (Kayser) und Zschopau (Wiemer). Mit besonderer Begeisterung begrüßte sie die Wahlerfolge in Berlin und Breslau, den beiden größten preußischen Städten; über Breslau flatterte zum ersten Male die rothe Fahne, und in Berlin hatte Fritzsche mit 22 000 Stimmen die größte Stimmenzahl auf sich vereint, die noch je auf einen Reichstagskandidaten gefallen war. Es gab nun doch wieder 9 sozialdemokratische Reichstagsmandate, so viel wie im Reichstage von 1874, und wie damals 3 preußische und 6 sächsische. 3 Mandate und noch nicht 60 000 Stimmen waren die kümmerliche Beute der Hetzjagd, in der sich der sogenannte „Rechtsstaat" bis auf die Knochen prostituirt hatte; die Panduren hatten ein wenig auf den freiwillig preisgegebenen Außenwerken der Partei geheert, während ihre geschlossene Phalanx so ungebrochen wie je das Schlachtfeld behauptete.

Jedoch war dieser schwere Mißerfolg der Schreckenskampagne weder für Bismarck noch für die bürgerlichen Parteien eine Warnung. Mitte August veröffentlichte die Regierungspresse den Entwurf eines neuen Sozialistengesetzes, zu dessen Berathung der Reichstag am 9. September zusammentrat. Gemäß dieser Vorlage sollten die Landespolizeibehörden befugt sein, Vereine, Verbindungen jeder Art, insbesondere genossenschaftliche Kassen, sowie Druckschriften, „welche sozialdemokratischen, sozialistischen oder kommunistischen, auf Untergrabung der bestehenden

Staats- und Gesellschaftsordnung gerichteten Bestrebungen dienen", zu verbieten. Das Verbot sollte für das ganze Reichsgebiet giltig, eine Beschwerde dagegen, ohne aufschiebende Wirkung, an den Bundesrath zulässig sein. Versammlungen, bei denen gleiche Tendenzen vorauszusetzen seien, sollten gleichfalls verboten, oder falls diese Tendenzen erst in ihrem Verlaufe hervorträten, aufgelöst werden, eine Beschwerde nur an die Aufsichtsbehörden stattfinden. Ferner sollte das Einsammeln von Beiträgen für sozialdemokratische Zwecke verboten sein. Verstöße gegen alle diese Verbote, die Theilnahme an verbotenen Vereinen, die Fortsetzung und Verbreitung verbotener Druckschriften und so weiter wurden mit schweren Geld- und Gefängnißstrafen bedroht. Berufsmäßigen Agitatoren oder auf Grund dieses Gesetzes rechtskräftig verurtheilten Personen sollte die Polizei den Aufenthalt in bestimmten Bezirken und Orten untersagen, unter gleichen Voraussetzungen auch Buchdruckern, Buchhändlern, Leihbibliothekaren und Inhabern von Lesekabinetten, sowie Gast- und Schankwirthen die Erlaubniß zum Gewerbebetriebe entziehen können. Endlich sollte über Bezirke und Ortschaften, welche durch sozialdemokratische Bestrebungen mit Gefahr für die öffentliche Sicherheit bedroht seien, „von den Zentralbehörden der Bundesstaaten mit Genehmigung des Bundesraths für die Dauer von mindestens Einem Jahre" ein kleiner Belagerungszustand verhängt werden können, so zwar, daß der öffentliche Vertrieb von Druckschriften, das Versammlungsrecht, das Recht zum Besitze oder zum Tragen von Waffen von polizeilicher Genehmigung abhängig gemacht, namentlich aber der Polizei die Befugniß ertheilt wurde, Personen, von denen eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit zu befürchten sei, den Aufenthalt in diesen Bezirken und Ortschaften zu versagen. Eine Begrenzung in der Zeitdauer des Gesetzes war nicht vorgesehen.

Wie hart immer alle diese Bestimmungen waren, so waren sie für Bismarck noch lange nicht hart genug. Da er wußte, wie gehörig er die Massen schröpfen wollte, so konnten die Vorkämpfer der Massen für ihn nicht fest genug geknebelt werden. In einem Schreiben aus Kissingen rüffelte dieser Gemüthsmensch seine Kanzlei, weil sie den Entwurf zu früh veröffentlicht habe, so daß nunmehr wohl weitere Verschärfungen nicht durchzusetzen sein würden. Als Verschärfungen nach seinem Herzen bezeichnete Bismarck namentlich zweierlei: erstens den erweislichen Sozialdemokraten das Wahlrecht und die Wählbarkeit zum Reichstage zu entziehen, und zweitens jedem sozialdemokratisch gesinnten Beamten die Entlassung ohne Pension anzudrohen; er wollte dadurch den „schlecht bezahlten Subalternbeamten", den „Bahnwärtern, Weichenstellern und ähnlichen Kategorien", die nach seiner ganz richtigen Annahme in ihrer Mehrzahl schon Sozialdemokraten waren, patriotische Gesinnung einpauken. Er kam nun aber wirklich mit diesen schöpferischen Gedanken zu spät; vorläufig hatte die Oeffentlichkeit an dem veröffentlichten Entwurfe genug.

Die sechswöchentlichen Verhandlungen des Reichstags über die Vorlage gestalteten sich zu einer Komödie der Irrungen. Die 115 Mitglieder der beiden

konservativen Fraktionen waren bereit, mit Haut und Haaren Alles anzunehmen, was die Regierung verlangte. Dagegen wollte eine bürgerliche Opposition von etwa 160 Mitgliedern, in der Hauptmasse die Ultramontanen nebst ihren Anhängseln, und daneben die Fortschrittler, von der Vorlage nichts wissen. Prinzipiell ablehnend gegen eine ärgere Bedrückung der Arbeiter verhielt sich diese Opposition aber keineswegs. Obgleich seit der Aera Tessendorff und besonders seit dem Attentate Nobilings handgreiflich gezeigt worden war, was alles mit dem „gemeinen Rechte" gegen die sozialdemokratische Partei ausgerichtet werden konnte, jedenfalls unendlich viel mehr, als die bürgerliche Demokratie in der „schamlosen Reaktionszeit" Manteuffels und die ultramontane Partei in der „diokletianischen Christenverfolgung" Bismarcks zu ertragen gehabt hatte, so erklärten sich sowohl die Fortschrittler wie die Ultramontanen bereit, die „Lücken" des „gemeinen Rechts" auszufüllen. Und zwar durch den wenig veränderten §. 130, den der ganze Reichstag drei Jahre früher unter allgemeiner Heiterkeit abgelehnt hatte. Natürlich war dieser Paragraph, wenn auch in der Form eines allgemeinen Gesetzes, thatsächlich auch nur ein gegen die arbeitenden Klassen gerichtetes Ausnahmegesetz, wie seine ursprünglichen Väter Bismarck und Eulenburg immer ganz unverhohlen bekannt hatten. Umgekehrt richteten sich die fortschrittlich-ultramontanen Angriffe in der Form zwar gegen den ausnahmegesetzlichen Charakter der Regierungsvorlage, ihre wirkliche Sorge aber war, daß die schrankenlosen Polizeibefugnisse, welche sie forderte, nicht nur gegen die Arbeiterpartei, sondern auch gegen bürgerliche Oppositionsparteien angewandt werden könnten. Sobald die Fortschrittler und die Ultramontanen hierüber beruhigt waren, haben sie das Sozialistengesetz nicht gestürzt, als sie es stürzen konnten, und somit war der ebenso reichliche wie volltönende Tiradenschwall, den sie bei der ersten Berathung losließen, ohne jede ernsthafte Bedeutung.

Die Entscheidung lag bei den Nationalliberalen, für welche die Vorlage immerhin auch ein sehr harter Bissen war. Lasker nannte sie „eine juristische und politische Monstrosität" und erklärte sie für „völlig unannehmbar". Und besser noch als der ideologische „Strangschläger" dieser Bourgeoispartei sahen ihre geriebeneren Geschäftsleute ein, daß wenn Bismarck mit solcher Gewaltpolitik die Sozialdemokratie wirklich zerschmettere, die liberale Bourgeoisie der leidtragende Theil sein würde. Vollends wurden sie beunruhigt durch die unaufhörliche Versicherung der Regierung, daß es mit der polizeilichen Unterdrückung allein freilich nicht gethan sei, sondern auch auf „positivem" Wege für das Wohl der arbeitenden Klassen gesorgt werden müsse; der „Sozialismus" Bismarcks konnte ihnen sehr viel unbequemer werden, als für absehbare Zeit der Sozialismus des Proletariats. Sie tanzten wie die Bären auf glühenden Platten; wer diese wunderlichen Sprünge noch heute bewundern will, der lese die damaligen Reden Bambergers. Aber freilich konnte an einen wirklichen Widerstand dieser Partei, die, immer feige, eben eine so gehörige Tracht Prügel in den Wahlen besehen hatte, nicht gedacht werden, und es war kaum noch nöthig, daß Bismarcks Hauptblatt sie durch die

drohende Frage einschüchterte, ob die Nation sich bei Herrn Lasker für einen nochmaligen Wahlkampf bedanken solle.

Aber natürlich ging es bei dem nationalliberalen Umfalle nicht ohne die übliche Portion politischer Heuchelei ab. Die würdigen Männer wollten nicht der Sozialdemokratie an den Kragen, sondern nur ihren gemeingefährlichen Bestrebungen und ihrem revolutionären Charakter. Das Gesetz, das sie schufen, sollte nicht „eine Anzahl Bürger wegen ihrer politischen Gesinnungen in Acht und Bann thun"; „wir haben", so sagte Lasker, „so deutlich als möglich das Gegentheil ausgedrückt; nicht die Sozialdemokratie und ihre Tendenzen, sondern die friedengefährdende Agitation soll unter das Gesetz fallen." Die Nationalliberalen brachten dies gesetzgeberische Kunststück durch eine Reihe von „Verbesserungen" fertig, die mit einigen juristischen Zwirnsfäden die mörderischen Tatzen der polizeilichen Diktatur fesseln sollten. An das kautschukene Kleid der Vorlage wurden noch ein paar kautschukene Knöpfe genäht, das Wort „Untergrabung" mußte dem Worte „Umsturz" weichen, statt des Bundesraths sollte als Beschwerdeinstanz eine Reichskommission von neun Mitgliedern fungiren, von denen der Bundesrath vier aus seiner Mitte und fünf aus den höchsten Gerichtshöfen wählte, einige neu eingestellte Paragraphen waren dazu bestimmt, eingetragene Genossenschaften und eingeschriebene Hilfskassen besser vor der polizeilichen Willkür zu schützen. Von allen diesen und ähnlichen „Verbesserungen" hatten nur zwei eine etwas größere Bedeutung: die Begrenzung des Gesetzes auf die Dauer von $2^1/_2$ Jahren und die Bestimmung, daß nicht durch eine polizeiliche Verfügung, sondern nur durch ein gerichtliches Erkenntniß berufsmäßigen Agitatoren oder auf Grund des Gesetzes bestraften Personen der Aufenthalt beschränkt oder der Gewerbebetrieb untersagt werden dürfe, wobei dann auch noch festgesetzt wurde, daß sich die Aufenthaltsbeschränkung nicht auf den Wohnsitz des Verurtheilten erstrecken dürfe, vorausgesetzt, daß er ihn schon sechs Monate inne habe.

Von diesen beiden Punkten abgesehen, waren die „Milderungen" der Nationalliberalen nichts als Kartenhäuser, die große Kinder aufbauten. Minder harmlos stand es um die treuherzige Fuchsmiene, womit Bismarck und seine Leute auf das kindliche Spiel eingingen. Sie wußten recht gut, daß wenn sie nur erst den Aeolusschlauch dieses Gesetzes öffnen durften, der erste Windstoß alle nationalliberalen Kartenhäuser spurlos vom Tische fegen würde. Es paßte ihnen aber ganz gut in den Kram, so zu thun, als ob sie die Arbeiterklasse nur aus lauter Liebe auffressen wollten, und weshalb sollten sie an dem hänfenen Strick, den sie ihr um den Hals legten, nicht ein paar unschuldige Zwirnsfäden flattern lassen? Der neue preußische Minister des Innern, wieder ein Graf Eulenburg, war ganz damit einverstanden, wenn Lasker für Schonung der Genossenschaften und Hilfskassen plädirte, und Bismarck selbst brach eine Lanze für das Koalitionsrecht und die Streiks der Arbeiter, die er in vortheilhaften Gegensatz brachte zu den dunklen Zukunftsbildern der Sozialdemokratie. Von Bebel wegen seiner Verhandlungen mit Lassalle in die Enge getrieben, wollte Bismarck sogar stets

für das Wohl der Arbeiterklasse geschwärmt haben, wobei ihm nur das kleine Pech zustieß, seine lächerliche Unwissenheit in der größten Frage des Jahrhunderts allzu kraß zu bekunden. Die Quelle der revolutionären Arbeiterbewegung sah er, darin ein Herz und eine Seele mit seinem intimen Feinde Eugen Richter, in dem unwiderstehlichen Zauber, den das kunstvoll verschleierte Bild des „Zukunftsstaats" auf die Massen ausübe. Wer sich freilich auf die Finessen preußischer Staatskunst verstand, konnte sich durch Bismarcks Reden nicht bethören lassen; seine wehmüthigen Klagen über die nicht hinlänglich scharfen Bestimmungen des Gesetzes, die elende Perfidie, womit er wieder gegen „die gutmüthigen Richter und die milden Gesetze" hetzte, seine Henkersfreude an der Hinrichtung des Idioten Höbel zeigten den Wolf auf seinem wirklichen Pfade.

Die sozialdemokratische Fraktion, die unanständiger Weise von der kommissarischen Berathung der Vorlage ausgeschlossen worden war, kämpfte im Plenum tapfer um jeden Paragraphen. In überzeugender Weise legten ihre Redner dar, daß die Attentate auch nicht in dem entferntesten Zusammenhange mit der sozialdemokratischen Agitation gestanden hätten, deckten sie das treulose Spiel auf, das Bismarck von jeher mit der Arbeiterklasse gespielt hatte, wiesen sie nach, daß der „revolutionäre Charakter" der proletarischen Bewegung noch lange nicht an das heranreiche, was die bürgerliche Bewegung in ihren revolutionären Zeiten an herzerfrischender Deutlichkeit gegenüber allen himmlischen und irdischen Autoritäten geleistet habe. Sie sagten voraus, daß die praktische Wirkungslosigkeit der Vorlage so groß sein werde, wie ihre himmelschreiende Ungerechtigkeit, und Bracke that den Schuß ins Schwarze: Wir pfeifen auf das Gesetz. Das Kern- und Treffwort fuhr den Patrioten so in die Glieder, daß sie im ersten Augenblicke vermeinten, es sei in der Form so unhöflich gewesen wie im Inhalte; der Präsident von Forckenbeck schickte einen Schriftführer auf die Journalistentribüne, der den Berichterstattern der Zeitungen einprägen mußte, Bracke habe nur auf das Gesetz „pfeifen" — und nicht noch ganz etwas Anderes wollen.

Am 19. Oktober wurde das Sozialistengesetz mit 221 gegen 149 Stimmen angenommen. Außer ihm war in der Session nur noch eine politische Machenschaft zurechtgezettelt worden; 204 Mitglieder verschiedener Parteien, mehr als die absolute Mehrheit des Hauses, erklärte eine „Reform des deutschen Zolltarifs" für nothwendig, nach der angeblich die „weitesten Kreise des deutschen Reichs" schrieen. Das Signal zur Massenplünderung erscholl in demselben Augenblicke, wo das Siegel auf die Knebelakte des Proletariats gedrückt wurde. Jedoch hatte die feine Rechnung ein großes Loch. Die Entrechtung der deutschen Arbeiterklasse war vollbracht, aber ihr Heldenzeitalter hob an.

Vierter Abschnitt.

Unter dem Sozialistengesetze.

Erstes Kapitel.

Ein Jahr der Verwirrung.

Die moderne Arbeiterbewegung ist frei von aller bürgerlichen Romantik. Nichts fällt dem kämpfenden Proletariate mühelos in den Schoß; Schritt für Schritt muß es sich Alles erringen, das Geringste wie das Größte, nach mancherlei Wirrniß erst führt sein Pfad ans gewollte Ziel. Das Sozialistengesetz hatte die deutsche Sozialdemokratie vor eine völlig neue Aufgabe gestellt; so mußte sie sich prüfend und tastend neue Wege suchen, und fand nicht immer gleich den richtigen Weg. Nur daß sich mit ihrer höheren Entwicklung die Etappen ihrer Aufklärung entsprechend abkürzten; nicht mehr ein Jahrzehnt, sondern nur noch ein Jahr innerer Wirren steht am Eingang ihrer zweiten großen Lebensperiode.

Am 21. Oktober 1878 wurde das Sozialistengesetz im Reichsanzeiger veröffentlicht, und sofort begann die Niedermetzelung der sozialdemokratischen Blätter, Schriften und Vereine. Den Reigen der Verbote eröffnete Leopold Jacobys Gedichtsammlung: Es werde Licht; es schien, als ob der Polizeipräsident v. Madai, in dessen Händen sich die Handhabung des Gesetzes für ganz Deutschland zusammenfaßte, seiner selbst mit einem schäbigen Witze spotten wolle. Von den 47 politischen Blättern der Partei retteten nur 2 ihr Dasein, eines in Nürnberg und eines in Offenbach. Sie hatten rechtzeitig ihre Titel geändert und schrieben ganz zurückhaltend, bei anderen Blättern versagten auch diese Hilfsmittel. Der Versuch, an die Stelle der verbotenen Zeitungen farblose Blätter zu setzen, gelang auch nicht überall, namentlich nicht in Berlin. Zugleich wurden die zahlreichen Arbeitervereine verboten, die seit der Auflösung der Parteiorganisation entstanden waren, ebenso alle Gewerkschaften, mit wenigen Ausnahmen, unter denen der, übrigens auch stark geschuriegelte, Buchdruckerverband die namhafteste war. In demselben Umfange, wie die Gewerkschaften, verschwanden die Gewerkschaftsblätter. Die Hauptschläge fielen gleich in den ersten Wochen; der Vorwärts, die Berliner Freie Presse und das Hamburg-Altonaer Volksblatt, die drei namhaftesten Blätter der Partei mit zusammen etwa 45 000 Abonnenten,

mußten schon in den ersten Tagen daran glauben. In den nächsten Monaten wurde dann gründliche Nachlese gehalten; bis zum 30. Juni 1879 waren 217 Vereine, 5 Kassen, 127 periodische und 278 nicht periodische Druckschriften verboten.

Der Brutalität dieses Massenmordens entsprach seine Perfidie. Mochte man noch so verächtlich von der Kurzsichtigkeit der Nationalliberalen denken, die sich durch Bismarcks und Eulenburgs Redensarten über die „loyale Handhabung" des Gesetzes hatten täuschen lassen, so wurde dadurch natürlich der Wortbruch der Regierung in keiner Weise entschuldigt. Sie trat alle ihre halben und ganzen Versprechungen mit Füßen, unterdrückte nicht die „gemeingefährlichen Bestrebungen" der Sozialdemokratie, sondern Alles, was zu ihr gehörte, schonte weder die wissenschaftliche Literatur des Sozialismus, noch die gewerkschaftlichen Organisationen mit ihren eingeschriebenen Hilfskassen, fegte die „Schutzmaßregeln" der Nationalliberalen wie Spinneweben fort. Die Reichskommission, um deren „richterliche Garantien" wochenlang gestritten worden war, erwies sich als das reine Schattenspiel an der Wand; von den 627 Verboten, die bis zur Mitte des Jahres 1879 ergangen und mindestens zu drei Vierteln nach dem Sinne und Wortlaut selbst dieses Gesetzes unzulässig waren, hob sie gerade 6 auf, meist nur solche, welche die bürgerliche Literatur betroffen hatten, wie Schäffles Quintessenz des Sozialismus und eine Nummer eines fortschrittlichen Blattes; von allen irgend nennenswerthen Erzeugnissen der sozialistischen Literatur gab sie nur Lassalles Assisenrede von 1849 wieder frei.

Während der Berathung des Sozialistengesetzes war innerhalb der sozialdemokratischen Partei selbstverständlich schon die Frage erwogen worden, was nach seinem Erlasse zu thun sei. Ein gewaltsamer Widerstand gegen die Entrechtung der Arbeiterklasse wäre einfacher Wahnsinn gewesen, aber auch der naheliegende Gedanke einer geheimen Organisation wurde sofort und für immer verworfen. Für eine breite und mächtige Volksbewegung war alle Geheimbündelei unmöglich, und wäre sie dennoch versucht worden, so würde sie nur ein der Polizei erwiesener Liebesdienst gewesen sein. Es blieb nichts übrig, als vorläufig abzuwarten, wie das Gesetz gehandhabt werden würde. Am Tage seiner Veröffentlichung erklärte der Vorwärts, die „schwere saure Leistung" einer den Bestimmungen des Gesetzes entsprechenden Schreibweise auf sich nehmen zu wollen.

Die polizeiliche Praxis übertraf dann freilich die schlimmsten Erwartungen. Die Vorkämpfer des heiligen Eigenthums gaben ein erbauliches Vorbild, Eigenthum zu vernichten. An den 16 Genossenschaftsbuchdruckereien waren 400 Personen als Drucker, Setzer, Expedienten und Redakteure angestellt, über 2500 Arbeiter und Kleinmeister mit ihren paar Ersparnissen und — mittelbar durch die Solidarhaft — mit ihrer ganzen Habe betheiligt. Die Berliner Genossenschaftsbuchdruckerei, der selbst die farblosesten Blätter und auch die Zukunft verboten wurden, mußte sofort liquidiren; da es ihr gelungen war, mit ihrem Schriftenlager fast ganz aufzuräumen, so kamen die Genossenschafter mit dem Verlust ihrer Einlagen

davon. Für die meisten Genossenschaftsdruckereien wäre die sofortige Liquidation gleichbedeutend mit dem Konkurse gewesen, und es lag gar nicht einmal im Interesse der Partei, sofort alle diese Schanzen zu räumen. Der Versuch, sich so oder so auf das Sozialistengesetz einzurichten, mußte bis zum letzten Ende durchgeführt werden; hinderte die Verblendung der Gegner jede mildere Kampfmethode, so konnte eine härtere Kampfmethode um so nachdrücklicher angewandt werden. Viele Parteimitglieder glaubten, wenn nur der erste Sturm ausgetobt habe, würde wieder ein aktives Vorgehen möglich sein; bis dahin, so hofften sie, würden die farblosen Blätter, womit die Genossenschaftsbuchdruckereien sich zu halten suchten, den geschulten Genossen als „Erkennungszeichen und Legitimation" dienen.

Allerdings sprach dabei auch eine gewisse Entmuthigung mit. Nach den heißen Kämpfen der letzten Jahre und der letzten Monate, in denen jeder Nerv angespannt worden war, machte sich eine natürliche Abspannung geltend. Sie wurde durch das Gefühl der absolutesten Rechtlosigkeit beträchtlich verstärkt, und dazu kamen der immer noch andauernde Nothstand, die immer noch andauernden Maßregelungen und Verfolgungen. Nicht alle Führer, die bisher ihren Mann gestanden hatten, waren der neuen und um so schwierigeren Lage gewachsen, und das Heer von Spitzeln, das an ihre Fersen gehängt wurde, zwang auch die Entschlossensten zu behutsamer Vorsicht. Das Hamburger Zentralwahlkomite hatte sich am 19. Oktober aufgelöst, und mancherlei Personenverhältnisse brachten es mit sich, daß es seine Verbindungen vollständiger preisgab, als vielleicht nöthig und jedenfalls wünschenswerth gewesen wäre. Geib war todtkrank; ein Herzleiden, dem sein blühendes Leben sonst wohl noch lange widerstanden hätte, entwickelte sich schnell unter den furchtbaren Aufregungen der Sozialistenjagd, die den edel denkenden und fein empfindenden Mann täglich erschütterten; Auer war schon vor längerer Zeit nach Berlin gesandt worden, um die zerfahrenen Redaktionsverhältnisse der Berliner Freien Presse zu ordnen; Hartmann, der bald darauf der Partei völlig untreu wurde, besaß nicht die nöthige Festigkeit und Umsicht. So fehlte jede Leitung, während sich von allen Seiten vernichtende Schläge über die Partei entluden; was Wunder, daß mancherlei Unsicherheit und Verwirrung in ihren Reihen einriß.

Die erste Wendung zum Besseren gab Bismarck dadurch, daß er zum letzten vernichtenden Schlage gegen die Sozialdemokratie ausholte. Am 28. November, kurz vor der Rückkehr des von seinen Wunden genesenen Kaisers nach Berlin, wurde über diese Stadt, die Stadtkreise Charlottenburg und Potsdam, sowie die Kreise Teltow, Niederbarnim und Osthavelland der kleine Belagerungszustand verhängt, der in § 28 des Sozialistengesetzes vorgesehen worden war. Und zwar in zwei seiner vier Bestimmungen: in der lächerlichsten, die das Waffentragen ohne Erlaubnißschein verbot und die nur allerlei komische Zwischenfälle veranlaßt hat, und in der gehässigsten, die der Polizei die Ausweisung aller ihr mißliebigen Personen gestattete. Am nächsten Tage erhielten bereits 67 Partei-

mitglieder, an der Spitze Auer und Fritzsche, die lithographirten Ausweisungsbefehle; den meisten war eine zwei-, anderen nur eine ein-, wenigen eine dreitägige Frist gelassen; alle Gesuche um weiteren Aufschub wies Madai in rohester Form zurück. Manche der Ausgewiesenen hatten sich schon seit Jahren von der Agitation zurückgezogen, viele besaßen ein kleines Geschäft, alle mit einer einzigen Ausnahme waren Familienväter. In einem würdig gehaltenen Flugblatte, das sofort verboten, aber doch in Tausenden von Exemplaren vertrieben wurde, verabschiedeten sie sich von ihren Parteigenossen. Sie wiesen darauf hin, daß ihr erstes und letztes Wort immer gewesen sei: Keine Gewaltthätigkeiten, achtet die Gesetze, innerhalb ihres Rahmens vertheidigt euere Rechte. So auch forderten sie jetzt: Seid ruhig, laßt euch nicht provoziren, an unserer Gesetzlichkeit müssen unsere Feinde untergehen. Und zum Schlusse die Bitte: Keiner von uns vermag seinen Angehörigen mehr als den Unterhalt der nächsten Tage zurückzulassen, gedenkt unserer Weiber und Kinder! Viele Ausgewiesene gingen nach Hamburg und nach Leipzig, andere ließen sich in märkischen Städten an der Grenze des Belagerungsgebiets nieder, um ihren Angehörigen möglichst nahe zu bleiben.

Von allen schnöden Wortbrüchen Bismarcks war die Verhängung des kleinen Belagerungszustandes über Berlin der schnödeste. Den § 28 des Sozialistengesetzes hatten die Nationalliberalen nur für den äußersten Nothfall bewilligt: wenn ein Bezirk von der sozialdemokratischen Agitation so unterwühlt wäre, daß jeden Augenblick ein gewaltsamer Ausbruch erwartet werden könnte, sollte der Paragraph angewandt werden, um der Verhängung des wirklichen Belagerungszustandes zu entgehen. Von alledem gab es damals in Berlin nichts. Ohne den geringsten Versuch eines Widerstandes waren die harten Bestimmungen des Sozialistengesetzes ausgeführt worden; auch nicht ein Berliner Arbeiter dachte daran, Bismarcks Spiel zu spielen, ein Attentat oder einen Putsch zu provoziren. Selbst die bürgerliche Presse war einstimmig darin, daß alle thatsächlichen Voraussetzungen fehlten, unter denen § 28 angewandt werden könne; nur die reaktionären Blätter stotterten einige verlegene Redensarten über das „theuere Haupt" des Kaisers, das geschützt werden müsse. Dahinter versteckte sich auch Graf Eulenburg, als ihn die Fortschrittler im preußischen Abgeordnetenhause wegen der Maßregel interpellirten. Wäre es mehr als bloßer Vorwand gewesen, so hätte dieser Polizeiminister an einer wahrhaft polizeiwidrigen Beschränktheit gelitten. Männer, wie Auer und Fritzsche, sollten des Meuchelmords verdächtig und die rechtlose Vernichtung von 67 Existenzen sollte geeignet sein, Attentate nicht etwa zu züchten, sondern im Keime zu ersticken! Aber das ganze Gerede vom „theueren Haupte" war eitel Vorwand. Bismarck selbst gestand bald darauf im Reichstage, seine Absicht sei eigentlich gewesen, den kleinen Belagerungszustand über alle Hauptorte der sozialdemokratischen Agitation zu verhängen. Nach seinen Andeutungen scheinen die anderen Regierungen noch vor diesem Henkersdienste zurückgescheut zu sein; er selbst machte jedenfalls kein Hehl daraus, daß er beabsichtigt habe, den Reichstag mit dem § 28 zu übertölpeln.

Aber wie der schnödeste unter seinen schnöden Wortbrüchen, so war die Verhängung des kleinen Belagerungszustandes über Berlin auch der dümmste unter seinen dummen Gewaltstreichen. Er zeigte der sozialdemokratischen Partei sonnenklar, daß ihr keine Ruhepause gestattet sei, daß ein Kampf auf Leben und Tod gegen sie geführt werde. Ueberall, wo die Parteimitglieder einen Augenblick ermattet waren, kehrten sie nun massenhaft auf ihre alten Posten zurück. Die Sammlungen für die Ausgewiesenen und ihre Familien knüpften die ersten Fäden einer neuen Organisation, und die Ausgewiesenen selbst, ja mehr noch ihre hungernden Weiber und Kinder wurden Agitatoren, wie sie das klassenbewußte Proletariat noch nicht besessen hatte. Ergraute Kämpfer, die jahrelang im Gefängniß gesessen hatten, ohne mit der Wimper zu zucken, haben oft gesagt, daß keine Folter der Unterdrückung sie so mit kochendem Ingrimm erfüllt habe, wie die Ausweisung, die launenhafte Vernichtung ihrer menschlichen Existenz in der Wurzel. Und nicht der geringste Vortheil, den die Partei als solche, bei aller tödtlichen Verwundung der Einzelnen, aus dem kleinen Belagerungszustande zog, war die allmälige Lösung des moralischen Bannes, der seit den Attentaten in der Vorstellung weiter Volkskreise auf ihr gelastet hatte. Die beschränktesten Spießbürger, die schon in der Schule von der Vertreibung der protestantischen Salzburger als von einer infamen Schandthat sprechen gelernt hatten, sahen mit Schaudern ihren bewunderten Nationalheros nach den Lorbeeren des Erzbischofs Firmian trachten, und ihre Sympathie begann sich unwillkürlich dem verfolgten Proletariat zuzuwenden. Lasker und der Fortschrittler Ludwig Löwe sammelten unter ihren Parteigenossen und führten namhafte Summen an den Unterstützungsfonds für die Ausgewiesenen ab; in der bürgerlichen Presse wagte nur Julius Stettenheim, ein Possenreißer des Börsenpöbels, die Opfer des kleinen Belagerungszustandes zu verhöhnen.

Und noch eine andere bedeutsame Folge hatte Bismarcks ebenso tölpelhafter wie boshafter Streich. Karl Hirsch, der seit einiger Zeit in Paris gelebt hatte, wurde von dort ausgewiesen; in solchen kleinen Gefälligkeiten gegen Sozialdemokraten wuschen die offiziellen „Erbfeinde" an der Seine und an der Spree sich gegenseitig gern die Hände. Hirsch beabsichtigte, nach Berlin zurückzukehren, als ihn die dortigen Ausweisungen eines Besseren belehrten. Er ging nun nach Brüssel und gründete die Laterne, eine kleine Wochenschrift im Format und Stile von Rocheforts Laterne. Am 9. Dezember aber wurde Most aus Plötzensee entlassen und sofort aus Berlin ausgewiesen. Er siedelte nach London über, wo er mit Hilfe des kommunistischen Arbeiterbildungsvereins die Freiheit gleichfalls als Wochenschrift herausgab. Die Laterne erschien von Mitte Dezember 1878, die Freiheit von Anfang Januar 1879 ab.

So hatte die deutsche Sozialdemokratie auf einen Schlag zwei ausländische Organe, die in dem von der Reaktion gedüngten Boden gewissermaßen wild gewachsen waren. Beide Blätter vertraten die Interessen der Partei mit derjenigen Offenheit, die ihnen die Preßfreiheit des Auslandes gestattete. Ihre Einschmugge-

lung nach Deutschland gelang erst sehr unvollkommen, aber die Hast, womit Bismarck diese neuen Waffen der Sozialdemokratie zu zerbrechen suchte, zeigte genugsam, wie sehr er sie fürchtete. Der Generalpostmeister mußte eine Verfügung erlassen, welche die Postbeamten zu Helfershelfern der politischen Polizei degradirte und sehr stark mit dem verfassungsmäßig gewährleisteten Briefgeheimniß karambolirte, was in Deutschland, dem klassischen Lande der Schwarzen Kabinette, freilich nichts Neues war. Im März wurde Karl Hirsch vom belgischen Ministerium ausgewiesen. Damit waren Bismarcks Schmerzen aber nicht gelindert, denn Hirsch ging nach England und führte die Laterne weiter. Sie war geistreicher und geschickter geschrieben, als die Freiheit, aber mehr aufs politische Pamphlet angelegt; die Freiheit hatte in höherem Grade das Wesen eines politischen Parteiblattes, wurde aber durch die persönlichen Eigenschaften ihres Herausgebers weit subjektiver, als die Laterne. Most, dessen exzentrischer Charakter der Partei schon vor dem Sozialistengesetze manche Noth gemacht und manche Ungelegenheiten geschaffen hatte, war nach der Art und Weise, wie Justiz und Polizei ihm zehn Jahre lang mitgespielt hatten, in einem Grade aufgeregt und verbittert, die sich psychologisch sehr wohl erklären ließ, aber das Bewußtsein seiner politischen Verantwortlichkeit stark herabminderte. In seiner fahrigen und hastigen Art hatte er es für überflüssig gehalten, sich mit der deutschen Parteileitung wegen der Herausgabe der Freiheit ins Einvernehmen zu setzen. Seine Entschuldigung, daß es eine solche Parteileitung ja gar nicht gegeben habe, war doch nur formell zutreffend; in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gab es immer noch eine Parteiorganisation, und für Most als ehemaligen Abgeordneten hätte es doppelt nahe gelegen, ihren Rath einzuholen.

Für die deutsche Partei entstand nun die Frage, wie sie sich zu den beiden ausländischen Preßorganen stellen solle. Die Laterne vermied sorgfältig, die Partei zu engagiren oder zu kritisiren, die Freiheit aber drang unausgesetzt auf eine revolutionäre Taktik. Damals jedoch noch nicht im „Heugabelsinne“, sondern in dem Sinne, in dem vor dem Sozialistengesetze agitirt worden war. Most wollte die Freiheit mit derselben Tinte schreiben, mit welcher einst der Volksstaat und der Vorwärts geschrieben worden war. Eine grundsätzliche Einigung mit ihm, geschweige denn mit Karl Hirsch war keineswegs ausgeschlossen, mochte sie auch durch das eigenmächtige Vorgehen namentlich Mosts sehr erschwert sein. Allein die leitenden Parteikreise in Deutschland wollten überhaupt nichts von beiden Blättern wissen. Sie richteten ihr Hauptaugenmerk darauf, den unnatürlichen Haß, der in den neutralen Schichten der Nation gegen die Sozialdemokratie herangezüchtet worden war, durch kluge Zurückhaltung zu entwaffnen, und sie fürchteten, daß er aus der rücksichtslosen Sprache ausländischer Blätter neue Nahrung saugen würde. Bismarck lebe von den Attentaten und müsse kapituliren, wenn ihm dieser Proviant ausgehe. Die Nothwendigkeit und Nützlichkeit eines ausländischen Blattes wurde deshalb nicht eigentlich bestritten, aber man meinte, es sei noch viel zu früh, damit vorzugehen. Seine erste Folge würden

neue Verfolgungen sein, und die beträchtlich geschmälerten Mittel der Partei reichten so schon nicht hin für die genügende Unterstützung der Ausgewiesenen und Gemaßregelten. Nach der aufreibenden langjährigen Agitation könnten die Parteigenossen eine Ruhepause wohl ertragen; für die sozialistische Propaganda sei noch reichlich gesorgt durch die zahllosen, ins Proletariat geschleuderten, aber noch nicht zum vierten Theile gelesenen und geistig verdauten Agitationsschriften.

Diese Auffassung hatte im Februar 1879 nicht mehr die relative Berechtigung, die sie im Oktober 1878 gehabt hatte. Als der Reichstag am 12. Februar zusammentrat, brachte Bismarck sofort einige Vorlagen an ihn, welche die Sozialdemokratie gänzlich zerschmettern sollten. Bismarck lebte nicht allein von dem sinnlosen Sozialistenhaß des Philisters, und die Sozialdemokratie brauchte gegen ihn noch andere Waffen, als die moralische Sympathie neutraler Zuschauer. In der That drängten denn auch die Massen wieder auf den Kampfplatz, auf dem sie dem Feinde ins Weiße des Auges schauen konnten. Am 5. Februar fand für den verstorbenen Fortschrittler Bürgers in Breslau II, dem westlichen Wahlkreise der Stadt, in dem die schlesische Aristokratie und Plutokratie hauste, eine Nachwahl statt, und in ihr brachten die Arbeiter trotz polizeilicher Unterdrückung aller und jeder Wahlagitation, trotz des Verbots ihrer Flugblätter und der Auflösung ihrer Versammlungen, trotz der ganz ungerechtfertigten Verhaftung ihres Kandidaten Kräcker 5175 Stimmen auf. Kräcker kam in die Stichwahl, in welcher er zwar unterlag, aber nicht ohne daß die für ihn abgegebenen Stimmen auf 7544 gestiegen wären. Ein ähnlich glänzendes Ergebniß hatte am 27. Februar eine Nachwahl im sächsischen Wahlkreise Waldheim-Döbeln, bei der 4322 Stimmen auf den sozialdemokratischen Kandidaten fielen.

Die Verhandlungen des Reichstags waren bis zu den Osterferien gewissermaßen ein Nachklang zu den Debatten über das Sozialistengesetz. Bismarck wollte nachholen, was er damals noch versäumt hatte: den Ausschluß der Sozialdemokratie aus dem Reichstage. Er spannte gleich zwei Stränge auf seinen Bogen: einmal sollte der Reichstag genehmigen, daß Fritzsche und Hasselmann, die als Berliner Ausgewiesene sich zu den Berathungen des Reichstags eingefunden hatten, wegen Bannbruchs strafrechtlich verfolgt würden, und dann sollte die Disziplinargewalt des Reichstags dahin erweitert werden, daß er seine Mitglieder wegen ungebührlicher Reden ausschließen, ja ihnen die Wählbarkeit entziehen, und die ungebührlichen Reden selbst aus den stenographischen Berichten entfernen könne. Der Reichstag ging weder auf das Eine oder das Andere ein; sogar die nationalliberalen Redner fanden kräftige Worte, um ein solches Maß der Selbstentwürdigung abzuweisen. Sie handelten dabei aber vielmehr in ihrem eigenen Interesse, als im Interesse des Prinzips oder gar der verfolgten Sozialdemokratie; gleich darauf zeigten sie bei einer anderen Angelegenheit, ein wie wohlfeiler Artikel bürgerliche Sympathie überhaupt war. Ueber die praktische Anwendung des § 28 war dem Reichstage alljährlich Bericht zu erstatten, und auch diese „Schutzmaßregel" löste sich bei der ersten Probe in blauen Dunst auf.

Man ließ einen sozialdemokratischen Redner sprechen und dann stimmten nicht nur die Nationalliberalen, sondern auch mit einigen Ausnahmen die Fortschrittler und die Ultramontanen für einen konservativen Schlußantrag. Bei der Interpellation im preußischen Abgeordnetenhause war Virchow ein wenig dreister gewesen und hatte gemeint, die Polizei dürfe doch „gute Revolutionäre" nicht gleich mit Königsmördern in einen Topf werfen. Aber seitdem hatte Bismarck seine offiziöse Meute auf die „revolutionäre" Fortschrittspartei gehetzt und nun schwiegen die Unentwegten fein vorsichtig zu den gröbsten Mißbräuchen des Sozialistengesetzes, um sich dafür zur Abwechslung als „konservativste aller Parteien" aufzuspielen.

Von den sozialdemokratischen Abgeordneten sprach Bebel am 4. März zu dem sogenannten Maulkorbgesetze, Liebknecht am 17. März zur Verhängung des kleinen Belagerungszustandes über Berlin. Bebel fertigte sehr glücklich das Geschwätz Bismarcks ab, der wegen sogenannter „Beleidigung" seiner Person mit seinen lithographirten Strafanträgen tausende von Menschen, selbst alte Spittelweiber, ins Gefängniß gebracht und nun mit wehleidiger Miene gemeint hatte, als Mitglied des Bundesrathes müsse er sehr vorsichtig sein, da er nicht die verfassungsmäßige Redefreiheit der Abgeordneten besäße. Der Einbruch in dieses Volksrecht stand einem Manne vortrefflich an, der für sich die unbeschränkteste Verleumdungsfreiheit nicht nur besaß, sondern auch wirklich ausnützte, indem er, wenn ein von ihm Verleumdeter ihn einmal belangte, sofort einen heroischen Rückzug unter die Schöße seiner Offiziersuniform antrat. Liebknechts Rede war auf die Taktik der deutschen Parteiführer zugeschnitten. Sie zerpflückte unbarmherzig die paar faulen Redensarten des Rechenschaftsberichts, und dann sagte Liebknecht, er würde ein Feigling sein, wenn er formell desavouiren wollte, was Parteigenossen im Auslande schrieben, aber die Partei habe damit absolut nichts gemein und er könne sagen, daß viele der einflußreichsten Parteimitglieder die Gründung der Freiheit und der Laterne gemißbilligt hätten. Die Partei werde das Sozialistengesetz beobachten, weil sie eine Reformpartei im strengsten Sinne des Wortes und gewaltsames Revolutionsmachen überhaupt ein Unsinn sei; Brackes Pfeifen auf das Gesetz habe nicht bedeutet, daß sich die Partei dem Gesetze nicht fügen werde, sondern habe nur die geschichtliche Wahrheit festgestellt, daß sie durch das Gesetz nicht unterdrückt werden würde; die unparlamentarische Form seiner Aeußerung habe Bracke nachträglich bedauert, und er, Liebknecht, wolle sie auch nicht gutheißen.

Diese Rede Liebknechts rief eine, nicht von Most persönlich, sondern von Mielke, einem alten Berliner Parteimitgliede, entworfene Denkschrift des kommunistischen Arbeiterbildungsvereins in London hervor, in der es hieß: „Nicht umsichtige Taktik unter dem Sozialistengesetze, sondern eine schlaue Taktik gegen das Gesetz ist nöthig und auch zu ermöglichen. Noch giebt es glücklicher Weise einige Länder, in denen das freie Wort gestattet ist, auch ist um das deutsche Reich noch keine Mauer gezogen. Und selbst Mauern lassen sich übersteigen, wenn man muthig und entschlossen ist. Wenn jede Propaganda im Innern abgeschnitten ist, dann ist noch die Propaganda des gedruckten Wortes aus dem

Auslande möglich." Viel anfechtbarer waren andere Theile der Denkschrift, die sich mit gutem Fuge so auslegen ließen, als werde darin eine Geheimbündelei nach dem Muster der russischen Nihilisten und eine parlamentarische Enthaltungspolitik empfohlen. Hiergegen erhob sich sofort die Laterne, wenn sie auch sonst ihre vielfache Uebereinstimmung mit der Denkschrift bekundete. Auf ihren Protest erklärte die Freiheit zwar, daß sie weder eine geheime Organisation, noch eine parlamentarische Enthaltungspolitik empfehlen wolle, aber sie war dennoch auf dem besten Wege dazu. Most fing an, von einer „neuen Partei" zu sprechen und traktirte die parlamentarischen Vertreter der deutschen Sozialdemokratie in einem Stile, der mehr und mehr jede Verständigung ausschloß.

Und doch wurde eine Verständigung über die nunmehrige Taktik immer nothwendiger. Nach den Osterferien begann der Reichstag an die berufene „Finanz- und Wirthschaftsreform" zu gehen. Er wurde dabei zur Börse, an der Bismarck mit den Großindustriellen und den Großgrundbesitzern um den Antheil schacherte, den jeder dieser drei edlen Verbündeten aus der Haut der konsumirenden Massen schneiden könne. Nach langen und widerlichen Verhandlungen hatten die Großindustriellen ihre Eisen- und Textil-, die Großgrundbesitzer ihre Getreide- und Vieh-, Bismarck seine Finanzzölle in der Tasche, dem Volke aber kostete der Spaß eine Vertheuerung aller Lebensmittel und 130 Millionen Mark neuer Steuern. Politisch vollzog sich dabei eine völlige Parteiverschiebung. Die gebrochenen Nationalliberalen gaben ihren Mitgliedern die Abstimmung in allen wirthschaftlichen Fragen frei; ein Theil blieb mit den Fortschrittlern bei der freihändlerischen Fahne, ein anderer Theil lief zu den Schutzzöllnern über. Aber an ihren „konstitutionellen Garantien" hielten sie fest, das Einnahmebewilligungsrecht des Reichstags wollten sie nicht ganz in der Versenkung verschwinden lassen; so mußte Bismarck mit den Ultramontanen abschließen, die sich mit „föderativen Garantien", mit der Ueberweisung aller Ueberschüsse an die Einzelstaaten und — als angenehmer Beigabe — der Entlassung des kulturkämpferischen Kultusministers Falk begnügten. Einen großen Geist, wie Bismarck war, genirte das nicht; wo solche Summen heimzuramschen waren, lohnte nicht nur der Gang nach Canossa, sondern auch eine Reverenz vor dem Partikularismus.

Um sich in diesem Wirrwarr zurechtzufinden, konnten den Arbeitern weder die farblosen Blätter, noch die früheren Agitationsschriften etwas nützen. Und auch die parlamentarische Tribüne erwies sich als ein sehr unzulängliches Sprachrohr. In den langen Wochen, in denen um den neuen Zolltarif gestritten wurde, gelangten die sozialdemokratischen Abgeordneten fast gar nicht zum Worte, trotz unzähliger Meldungen. Sie konnten ihre Auffassung nicht entfernt in erschöpfender Weise entwickeln. Ihre Stellung wurde noch dadurch erschwert, daß Kayser sich für einzelne industrielle Schutzzölle zu begeistern begann. Und die Arbeitermassen der großen Städte drängten immer stärker vor. Als Reinders, der den Breslauer Ostkreis vertrat, am 22. Mai gestorben war, bereiteten ihm die Breslauer Arbeiter ein großartiges Leichenbegängniß, dann wählten sie Hasenclever in zweimaliger

Wahlschlacht als seinen Ersatzmann. Fünfmal im Laufe weniger Monate hatte das Breslauer Proletariat die kräftigsten Lebenszeichen gegeben; es war gar kein Zweifel, daß die Berliner, die Hamburger, die Leipziger, genug, die Arbeiter in den großen Zentren der Bewegung sich gleich mächtig geregt hätten, wenn ihnen gleiche Gelegenheiten geboten worden wären. Dagegen zeigte eine Nachwahl in dem märkischen Wahlkreise Kottbus-Spremberg einen bedenklichen Rückgang der sozialdemokratischen Stimmen. Die Gefahr einer Spaltung stieg drohend auf: das vorgeschrittene Proletariat konnte der Führung der unberechenbaren Freiheit verfallen, das weniger entwickelte an den farblosen Blättern versumpfen.

Nun ging auch die Laterne schärfer vor. So sehr sie gegen Most das treue Festhalten an der Partei vertrat, so verhehlte sie nicht, daß die Vorgänge in London unmöglich gewesen sein würden, wenn nicht in Deutschland böse Fehler begangen worden wären. Sie sagte: Keine Organisation ohne Organe; taugen die ausländischen Organe nicht, so schafft neue, aber zögert nicht länger, denn es ist höchste Zeit. Sie geißelte Kaysers schutzzöllnerische Sprünge und wies überzeugend die Gemeinschädlichkeit des neuen Zolltarifs nach, so wie er lag und stand. Sie druckte einen Brief Liebknechts ab, worin gegen Most gesagt war, Losschlagen oder Verbleiben auf dem Boden des Sozialistengesetzes, ein Drittes gebe es nicht, aber sie veröffentlichte auch eine Zuschrift „Aus Berlin", worin es hieß, mit dem Glauben, daß die Sozialdemokratie tief genug in den Massen eingewurzelt sei, um ganze Jahre äußerer Ruhe ertragen und jedes materiellen Bandes entbehren zu können, sei ebenso wenig ausgerichtet, wie mit Theatereffekten; es gebe wohl noch ein Drittes: eine energische Haltung, defensiv und offensiv, unter Benutzung der Umstände innerhalb und außerhalb des deutschen Reichs.

Endlich griffen auch Marx und Engels in die unklaren Verhältnisse ein. Höchberg hatte sich nach dem Sozialistengesetze wie vor ihm als der treue Freund der Partei erwiesen; er half und unterstützte, wo er immer konnte, sein Vermögen galt ihm nur noch als Eigenthum der Partei. Aber über seinen Schatten vermochte er nicht zu springen; er hielt an der Hoffnung fest, namhafte Kreise der herrschenden Klassen durch Belehrung und Berufung auf ihr Gerechtigkeitsgefühl für die Sozialdemokratie zu gewinnen; er wünschte, daß die Partei solchen Elementen den Uebertritt möglichst erleichtere, ihr wirthschaftliches Programm mehr betone, ihre politisch-revolutionären Ueberlieferungen mehr in den Hintergrund dränge. So ließ er zu Ostern 1879 von Brüssel aus zehntausend Exemplare von Schäffles Quintessenz des Sozialismus an Beamte, Juristen, Lehrer in Deutschland versenden, und in gleichem Sinne begründete er als Ersatz für die verbotene Zukunft ein paar neue wissenschaftliche Zeitschriften, die Staatswirthschaftlichen Abhandlungen unter dem Pseudonym eines Dr. R. F. Seyfferth in Leipzig und das Jahrbuch für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik unter dem Pseudonym eines Dr. Ludwig Richter in Zürich. Die Leipziger Zeitschrift, die in unregelmäßigen Zwischenräumen erschien, entging den Krallen des Sozialisten-

gesetzes; sie beschäftigte sich vorwiegend mit Fragen der praktischen Sozialpolitik und stellte dem schutzzöllnerischen Trugbilde des Schutzes der nationalen Arbeit eine internationale Arbeiterschutzgesetzgebung als das wirkliche Interesse der Arbeiterklasse entgegen. Nicht so glücklich fuhr das Züricher Jahrbuch, das sofort verboten wurde, trotz seiner sehr vorsichtigen Haltung. Die erste Hälfte des ersten Jahrgangs, die im Sommer 1879 herauskam, enthielt ein paar Aufsätze von Greulich und Vollmar, eine Anzahl von Rezensionen und eine Reihe von Berichten über die sozialistische Bewegung in den modernen Kulturländern, zum großen Theile treffliche Arbeiten, die einen nicht unwesentlichen Fortschritt über die Haltung der Zukunft hinaus bekundeten.

Aber dieses Heft enthielt auch in einem besonderen Aufsatze „Rückblicke auf die sozialistische Bewegung in Deutschland", die sich als „kritische Aphorismen" gaben. Die Verfasser waren Höchberg und C. A. Schramm; Eduard Bernstein, der als literarischer Beirath Höchbergs in die Schweiz übergesiedelt war und als dritter Verfasser galt, hatte nur einige nebensächliche Zeilen beigesteuert. War eine Selbstkritik der Sozialdemokratie im Augenblick ihrer härtesten Unterdrückung an sich schon bedenklich und schwierig, so gelang sie diesem Aufsatze nicht entfernt in halbwegs befriedigender Weise. Die bisherige Agitationsweise wurde einer bitteren, nicht einmal immer zutreffenden, geschweige denn taktvollen Kritik unterzogen; vor den „unfruchtbaren Debatten über den Zukunftsstaat" wurde gewarnt, aber keineswegs im Sinne einer alle Utopien ausschließenden revolutionären Aktion, sondern nur im Sinne der bürgerlich-reformatorischen Praxis, und endlich wurde die Nothwendigkeit betont, zahlreiche Anhänger aus den besitzenden und gebildeten Klassen zu gewinnen, wenn anders die mit so vielen Opfern an Kraft und Familienglück betriebene Agitation greifbare Erfolge erreichen solle. Hiergegen protestirten Marx und Engels in einem Rundschreiben an Bebel, Bracke und Andere; sie forderten, daß solche Ansichten nicht an leitender Stelle ausgesprochen werden sollten, wenn man sie überhaupt in der Partei dulden wolle.

Nun war das Züricher Jahrbuch freilich nicht zur Leitung der Partei berufen, aber neben der Laterne und der Freiheit vertrat es jetzt schon eine dritte taktische Richtung, ohne daß sich die berufene Stimme der Partei hören ließ. Die Nothwendigkeit eines offiziellen, im Auslande erscheinenden Parteiorgans war nicht länger abzuweisen; das sah auch Geib ein, der sich am längsten dem Plane widersetzt hatte. Er selbst sollte das Erscheinen des neuen Blattes nicht mehr erleben. Am 1. August endeten seine Leiden; seinem Sarge folgten die Hamburger Arbeiter in einem gewaltigen Zuge, den bürgerliche Blätter auf 30 000 Köpfe schätzten, und an seiner offenen Gruft gelobten sich seine alten Freunde, unermüdlich im Geiste des unvergeßlichen Mannes weiter zu wirken.

Als Erscheinungsort des Parteiorgans wurde Zürich gewählt, wo die schweizerische Arbeiterbewegung eine eigene Druckerei besaß und auch sonst die günstigsten Bedingungen für das Gedeihen des Unternehmens vorhanden waren.

Die Laterne hatte bereits Ende Juni ihr Erscheinen eingestellt, da Karl Hirsch selbst erkannte, daß die von ihm gewählte Form eines politischen Pamphlets den Bedürfnissen der Partei nicht genüge. Die Freiheit konnte aber nach allem Vorangegangenen um so weniger zum offiziellen Organ ernannt werden, als Most sich immer mehr in eine sinnlose Revolutionsspielerei verlor. In Zürich gab „Der Sozialdemokrat, Internationales Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge“ am 28. September seine Probenummer heraus.

Er bekannte sich selbst als ein Kind des Sozialistengesetzes. Die farblosen Blätter, die in Deutschland noch von Parteigenossen herausgegeben würden, könnten bei mancherlei sonstigen Vortheilen doch kein Ersatz für die frühere Parteipresse sein; sie müßten nicht nur jede, auch die leiseste Kritik der kapitalistischen Gesellschaftsorganisation vermeiden, sondern dürften sich nicht einmal, ohne die Gefahr der sofortigen Unterdrückung zu laufen, den dritten Theil der Offenheit erlauben, womit die bürgerliche Presse bisweilen gesellschaftliche oder staatliche Einrichtungen bespreche. Prinzipiell und taktisch stellte sich der Sozialdemokrat auf den Boden des Gothaer Programms; als Organ der deutschen Sozialdemokratie, die nach wie vor eine revolutionäre Partei im wahren und besten Sinne des Wortes sei, werde er für die allmälige Aufklärung und Organisation der Massen wirken und alle scheinbar eher zum Ziele führende, in Wahrheit aber thörichte und verderbliche Revolutionsmacherei bekämpfen. Obgleich er sich nicht im Machtbereiche der deutschen und österreichischen Partei befinde, gedenke er in der Form nach Möglichkeit jede Verletzung des gemeinen Rechts zu vermeiden, was seiner Rücksichtslosigkeit in der Sache keinen Eintrag thun solle.

Damit löste sich ein peinlicher Bann, und durch die Reihen der Partei lief wieder der alte bewährte Schlachtruf: Vorwärts auf der ganzen Linie!

Zweites Kapitel.

Der neue Aufmarsch.

I. Die Musterung im Schlosse Wyden.

Gleich in seiner Probenummer konnte der Sozialdemokrat einen bedeutsamen Erfolg verzeichnen, den die Partei bei den sächsischen Landtagswahlen errungen hatte.

Die Entstehungsgeschichte der Lassalleschen Agitation erklärte zur Genüge, weshalb die sozialdemokratische Wahlthätigkeit sich zunächst auf die Wahlen nach allgemeinem Wahlrecht, also auf die Reichstagswahlen konzentrirt hatte. Aber mit ihrem stärkeren Wachsthum hatte die Partei begonnen, sich auch an den Zensuswahlen für die einzelstaatlichen Landtage und die Gemeinden zu betheiligen, unbeschadet aller prinzipiellen Bedenken, in dem unverwüstlichen Drange, sich wo

es irgend anging einen neuen Platz zum Handeln und zum Schlagen zu erobern. Dieser Drang wurde nur da gezügelt, wo die Möglichkeit jedes selbständigen Erfolges ausgeschlossen war, wie bei den Wahlen zum preußischen Landtage. Wo sich in den deutschen Mittel- und Kleinstaaten günstigere Aussichten boten, waren sie vielfach, und oft genug mit Erfolg, ausgenützt worden, nicht zuletzt im Königreiche Sachsen. In den sächsischen Gemeindevertretungen saßen zahlreiche Sozialdemokraten, und auch die Betheiligung an den sächsischen Landtagswahlen, die alle zwei Jahre stattfanden, um je ein Drittel der zweiten Kammer zu erneuern, hatte allmälig so zugenommen, daß Crimmitschau 1877 den Anwalt Freytag als ersten sozialdemokratischen Abgeordneten in den sächsischen Landtag sandte. Immerhin war vor dem Sozialistengesetze kein allzu großes Gewicht auf die Betheiligung an den Zensuswahlen gelegt worden; als nun aber am 10. September 1879 neue Wahlen für den sächsischen Landtag stattfanden, und zwar besonders in solchen Bezirken, die wie Leipzig-Land, Chemnitz, Zwickau bei den Reichstagswahlen von 1878 verloren gegangen waren, beschlossen die sächsischen Parteimitglieder eine Kraftprobe zu unternehmen.

Etwa zwei Drittel der sozialdemokratischen Reichstagswähler wurden durch den Zensus von der Landtagswahl ausgeschlossen, trotzdem gelang es, Liebknecht in der westlichen Hälfte von Leipzig-Land und den Rechtsanwalt Puttrich in Zwickau durchzubringen. Auch in den Bezirken, wo die Parteikandidaten unterlagen, war die eroberte Stimmenzahl verhältnißmäßig sehr günstig, und besonders hatte sich die private Organisation von Mann zu Mann, die unter dem Sozialistengesetze allein noch möglich war, vortrefflich bewährt. Bis zum dritten Tage vor der Wahl befanden sich die Regierung und die bürgerlichen Parteien in vollständigem Dunkel über die sozialdemokratischen Absichten. Zwar schwante ihnen eine Ueberrumpelung, und die Polizei hatte den strengsten Befehl, jede sozialdemokratische Wahlbewegung sofort zu unterdrücken; um ihren patriotischen Heldenmuth vorläufig zu kühlen, verbot sie drei Blätter in Dresden, Chemnitz und Glauchau, von denen keines auch nur im entferntesten gegen das Sozialistengesetz verstoßen hatte. Aber der Ueberfall gelang vollkommen: in der Frühe eines Herbstsonntages schwärmten Hunderte von Parteigenossen aus den verschiedenen Zentren der Wahlbewegung aus, und am Abend desselben Tages hatte jeder Wähler seinen sozialdemokratischen Wahlaufruf und Stimmzettel. Nur in Chemnitz, wo der Polizeier Siebdraht wie ein türkischer Pascha wüthete, wurden zwanzig Personen, darunter die Reichstagsabgeordneten Vahlteich und Wiemer, beim Falzen der Wahlaufrufe und Stimmzettel überrascht und alle, wie ein Bündel Zigarren mit einem Stricke zusammengebunden, auf das Polizeigebäude geschleppt. Sie mußten freilich bei gänzlichem Mangel eines auch nur scheinbar verbrecherischen Thatbestandes sofort wieder entlassen werden, nur den Kandidaten Vahlteich behielt man bis nach vollzogener Wahl in Haft, mit welchem widergesetzlichen Streiche denn auch der Sieg von „Gesetz und Ordnung" in Chemnitz gesichert wurde.

Der Treueid, den Liebknecht und Puttrich bei ihrem Eintritt in den sächsischen Landtag leisten mußten, wirbelte einigen Staub in der Partei auf, obgleich er nichts als eine leere Formalität war. Der gehässigen Polemik Mosts zu geschweigen, so focht auch Karl Hirsch deshalb eine scharfe Fehde mit Hasenclever aus. Doch schlief der Streit sehr schnell ein. Machten die besitzenden Klassen die Erfüllung staatsbürgerlicher Rechte und Pflichten von dem Hersagen einiger schwülstigen Sätze abhängig, so durften sich die arbeitenden Klassen dadurch nicht einen Augenblick beirren lassen; Most selbst hatte bei seiner Aufnahme in den sächsischen Staatsverband einen ganz gleichen Treueid geleistet. Ein trauriges Ereigniß zeigte all zu bald und all zu gründlich, wie nützlich eine Vertretung der Arbeiterklasse im sächsischen Landtage war. Kaum hatte Liebknecht am 27. November im Dresdener Landhause die gemeingefährliche Ausbeutung der sächsischen Bergarbeiter kräftig gegeißelt, als am 2. Dezember eine furchtbare Explosion im Zwickauer Brückenbergschachte 89 Menschenleben vernichtete, einzig durch die Schuld des ausbeuterischen Kapitals, das trotz der gestörten Ventilation die Kohlenförderung nicht auf ein paar Stunden aussetzen wollte. Unter dem Eindrucke dieser entsetzlichen Katastrophe fand eine Woche später in Magdeburg eine Nachwahl zum Reichstage statt, die der Sozialdemokratie einen großen Erfolg einbrachte. Auf ihren Kandidaten Viereck fielen in der Hauptwahl 4721, in der Stichwahl 7312 Stimmen. Gleich darauf kamen bei einer Gemeindewahl in Eßlingen von sieben zu wählenden Gemeinderäthen fünf Sozialdemokraten durch, und im pfälzischen Städtchen Lambrecht eroberten die blutarmen Weber abermals das Rathhaus. Allerdings mußten sie wieder weichen, da die fünfzehn zu Stadträthen gewählten Arbeiter von ihren Ausbeutern mit sofortiger Entlassung bedroht wurden, aber welcher Ruhm für die Gesellschafts- und Staatsretter, wenn ihre „Siege" noch schmählicher waren, als ihre Niederlagen!

Derweil hatte der Sozialdemokrat seine klärende und sammelnde Wirksamkeit begonnen. Für Redaktion und Verlag zeichnete der schweizerische Parteigenosse Herter, und an der finanziellen Sicherung des Blattes, das vorerst nur mit Fehlbeträgen arbeiten konnte, betheiligte sich Höchberg mit gewohnter Opferwilligkeit. Aber der Sozialdemokrat wurde doch von vornherein, was er werden sollte: ein Organ der Gesammtpartei. Die enge und nahe Verbindung mit der deutschen Partei schützte ihn vor den Gefahren der Emigrantenliteratur. In seinem ersten Jahrgange machte sich eine gewisse theoretische Unsicherheit geltend, nicht mehr jedoch, als in der Partei selbst davon noch vorhanden war; die eiserne Nothwendigkeit des Kampfes drängte zunächst alle Theorie in den Hintergrund. Die Sprache des Blattes war ernst und würdig, gewiß nicht frei von kräftigen Ausdrücken, sobald es infame Handlungen richtig zu kennzeichnen galt, aber frei von allem vulgären Zynismus.

Die Beschuldigung, daß der Sozialdemokrat damit begonnen habe, den im Dienste der Partei geleisteten Meineid zu rechtfertigen, beruht auf einer nichts-

würdigen Fälschung. In Frankfurt a. M. war der Parteigenosse Ibsen von den Geschworenen wegen angeblichen Meineids schuldig gesprochen und vom Gerichtshofe zu dreijähriger Zuchthausstrafe verurtheilt worden, weil er durch eine falsche Zeugenaussage einen, wegen Verbreitung einer verbotenen Schrift angeklagten Freund gedeckt haben sollte. Wegen angeblichen Meineids, denn Ibsen war vollkommen unschuldig verurtheilt worden. Hiervon abgesehen, billigte der Sozialdemokrat in einem von Hasenclever verfaßten Artikel mit keiner Silbe den Meineid, wenn er geleistet worden wäre; er stellte nur die damals landesübliche Gewissensfolter an den Pranger, die einen Mann entweder zum Verrath an einem Freunde oder zum gerichtlichen Meineide zwinge; er beanspruchte menschliches Erbarmen mit dem Unglücklichen, der in solchem Konflikt strauchele und gegen das Gesetz verstoße: „Für uns ist der Mann ein Märtyrer, kein Verbrecher.“ Es war dieselbe Anschauung, aus welcher heraus Schiller seinen Verbrecher aus verlorener Ehre geschrieben hatte; daraus eine Rechtfertigung des Meineids im Dienste der Partei zu konstruiren, bewies und beweist nichts als die geistige und sittliche Verwahrlosung derer, die sich mit der schmutzigen Lüge besudelten und besudeln.

Was sich, wenigstens dem äußeren Anscheine nach, eher gegen den Sozialdemokraten einwenden ließ, war der beträchtliche Raum, den er auf das Ausreuten des in der Partei aufgeschossenen Unkrauts verwenden mußte. Es wollte nicht viel besagen, ja es war ein entschiedener Vortheil, wenn der scharfe Wind des Sozialistengesetzes sehr schnell die Spreu von dem Weizen sonderte und alle unsicheren Elemente wegblies, die sich dem raschen Siegeszuge der Partei nach dem Gothaer Vereinigungskongresse angeschlossen hatten. Viel beklagenswerther war es schon, daß manche altbewährte Genossen ermattet die Waffen von sich warfen oder selbst der Versuchung unterlagen, sobald die Polizei sie vor die Wahl stellte, entweder ihre und ihrer Familien Existenz vernichtet zu sehen oder zu Verräthern an ihrer Sache zu werden. Aber auch diese Fälle verschwanden in der Fülle aufopfernder Treue, und der Jubel der Gegner über die Proskriptionslisten des Sozialdemokraten bestätigte nur, daß die Partei eiserne Zucht in ihren Reihen aufrecht zu erhalten entschlossen war. Wirklich bedenklich war dagegen der Einfluß, den Most in dem ersten Jahre der Verwirrung gewonnen hatte. Es waren nicht immer die schlechtesten und nicht immer die zurückgebliebensten Elemente, sondern auch kühne und trotzige Naturen, die auf die Stimme der Londoner Freiheit hörten, die um so mehr darauf hörten, je härter sie unterdrückt wurden. Namentlich in Berlin, wo der kleine Belagerungszustand im November 1879 erneuert worden war und fortdauernd dazu benutzt wurde, das klassenbewußte Proletariat zu zehnten, hatte Most einen gewissen Anhang gewonnen, und auch unter den Berliner Ausgewiesenen herrschte eine entzündliche, jedem Argwohn und Verdacht leicht zugängliche Stimmung. Da die Polizei die Sammlungen für die Ausgewiesenen verboten hatte, mußten sie im Geheimen fortgesetzt, und mußte ihr Ergebniß auch im Geheimen vertheilt werden, woraus allerlei Klatschereien und Reibungen entstanden. Most erklärte diese Samm=

lungen überhaupt für eine philisterhafte Thätigkeit. Seitdem ihm mit dem Erscheinen eines ausländischen Parteiorgans jeder ernsthafte Grund zur Beschwerde genommen worden war, verrannte er sich ganz und gar, warnte die Arbeiter vor der Theilnahme an den Wahlen, feierte die Attentate Hödels und Nobilings, arbeitete mit wenig ehrenhaften Mitteln auf die Bildung einer neuen „sozialrevolutionären" Partei hin. In allen diesen Dingen freie Bahn zu schaffen, war eine oft unerfreuliche, mit vielem kleinlich-persönlichem Hader verknüpfte, aber nothwendige Aufgabe.

Im Allgemeinen wurde ihr der Sozialdemokrat mit großem Takte gerecht. Er drang von Woche zu Woche tiefer ins deutsche Proletariat ein, trotz aller polizeilichen Spürkünste, trotz der Hunderte von Haussuchungen, die an den verschiedensten Orten Deutschlands stattfanden, trotz aller postalischen Briefstiebereien. In diesem Guerillakriege schürzten sich die neuen Fäden der Organisation, die mit den Sammlungen für die Ausgewiesenen angeknüpft worden waren, zu einem Gewebe, das, wie ein Staatsanwalt in Magdeburg schon 1880 klagte, wohl in einzelnen Maschen aufgelöst, aber niemals zerrissen werden könne. Das hungernde und verachtete Proletariat erwies sich als der wirkliche Herr der modernen Produktions- und Verkehrskräfte, mit deren Waffen es die historisch längst überlebte Polizeiwirthschaft spielend überwand. Alles Ding will gelernt sein, und gelegentlich wurde eine Sendung des Sozialdemokraten oder anderer verbotenen Schriften abgefangen, aber bald arbeitete die „rothe Feldpost" mit einer Genauigkeit und Pünktlichkeit, vor der die reklamenhaft aufgebauschte „Findigkeit" der offiziellen Reichspost ruhig die Segel streichen konnte. Neben dem Sozialdemokraten erwies sich die Verbreitung von Flugblättern als ein wirksames Agitationsmittel; ehe ein Verbot hinterher hinken konnte, waren die Flugblätter gewöhnlich vertheilt. Als die Dresdener Polizei eine mündliche Berichterstattung Bebels an seine Wähler verbot, erstattete Bebel den Bericht in einem Flugblatte, das an einem Sonntagmorgen zwischen 7 und 9 Uhr von 700 Mann in 30000 Exemplaren so geschickt und schnell vertheilt wurde, daß die Polizei, als sie dahinter kam, nur noch ein paar einzelne Exemplare erwischte.

So sicher wurden die Arbeiter bald ihrer unbezwinglichen Kraft, daß sie mit ihren Verfolgern spielen lernten, wie die Katze mit der Maus. Im Februar 1880 ging ein Züricher Parteigenosse, den der Polizeiinspektor Kaltenbach in Mülhausen über die Expeditionsweise des Sozialdemokraten ausholen wollte, scheinbar darauf ein, jagte den biederen Staatsretter mit seinem Gefolge von Spitzeln an die belgische Grenze, während dessen eine große Sendung verbotener Schriften über die schweizerische Grenze ging, und lieferte den erhaltenen Sündensold an die Kasse des Sozialdemokraten ab, der darüber als „von Schnüffel und Langohr im Deutschen Reiche" quittirte. Einen Monat darauf wurde in Lindau von der Zollbehörde ein großes Kolli angehalten, das, aus einem kleinen Orte in Vorarlberg in ein Mainstädtchen in Franken adressirt, angeblich Papierabfälle, unter solchen Abfällen verpackt aber eine Sendung des

Sozialdemokraten enthielt. Stolz auf ihren Fang bargen die Zöllner ihn in ihrem Keller, aber am nächsten Morgen war er verschwunden, und die Sendung gelangte in die richtigen Hände. Im Reiche selbst wurde zu gleicher Zeit der Magdeburger Polizei ein lustiger Streich gespielt. Mit ihrer Genehmigung hatte ein patriotischer Buchhändler eine Schrift in rothem Umschlage veröffentlicht, unter dem verlockenden Titel: Der Sieg der Sozialdemokraten oder die Idee Deutschland als Republik, von einem Parteifreunde. Die Schrift begann mit radikalen Phrasen, um dann in eine dringliche Empfehlung polizeifrommer Gesinnung auszulaufen. Flugs erschien eine zweite Schrift, genau in der gleichen Ausstattung, mit dem gleichen Titel und der gleichen Einleitung, aber darnach mit einem Inhalte, der des Sozialistengesetzes spottete. An 25 000 Exemplare wurden unter der fördernden Mitwirkung der hohen Polizei verbreitet, die erst nach zwei Monaten dahinter kam, welches Kuckucksei sie ausgebrütet hatte. Nun war guter Rath theuer. Sollte sie ihr eigenes Machwerk mitverbieten oder die Kontrebande mitlaufen lassen? Das schwierige Dilemma schärfte ihre trüben Sinne, und am 9. Mai 1880 verfügte die königliche Regierung in Magdeburg, die Schrift mit dem blaßrothen Umschlage sei polizeilich erlaubt, aber die Schrift mit dem hellrothen Umschlage sei polizeilich verboten. Also zu lesen im Deutschen Reichsanzeiger und nicht etwa im Amtsblatte von Schilda.

Ueber solchen ergötzlichen Scherzen verkannte die Sozialdemokratie nicht den Ernst der Lage. Für alle moralischen Niederlagen entschädigte sich die Polizei durch den gehässigen Gebrauch, den sie von den materiellen Machtmitteln ihrer schrankenlosen Diktatur machte. Und im Frühjahre 1880 brachte Bismarck den Antrag an den Reichstag, das noch auf ein Jahr laufende Sozialistengesetz auf fünf weitere Jahre zu verlängern. Der Säkularmensch konnte nicht mehr ohne den Belagerungszustand regieren, mit dem nach Cavours bekanntem Worte jeder Esel regieren kann.

Die schönen Früchte, die nach Bismarcks Versicherung das Sozialistengesetz zeitigen sollte, hatten sich als eitel Staub und Asche erwiesen. Der Nothstand, den angeblich die sozialdemokratische Agitation verschuldet hatte, war nach ihrer Unterdrückung fast noch unerträglicher geworden, als vorher. Seinen Höhepunkt erreichte er um die Jahreswende von 1879 auf 1880. An den verschiedensten Orten Deutschlands, im Spessart, in Thüringen, im sächsischen Erzgebirge, in Oberschlesien herrschte selbst nach den Berichten der bürgerlichen Presse eine grauenhafte Hungersnoth. Ein überaus strenger Winter und verheerende Ueberschwemmungen im Frühjahre kamen hinzu. Wenn aber selbst dadurch die Kraft der sozialdemokratischen Partei nicht gebrochen wurde, so wurden um so weiter die Augen der armen Bevölkerung geöffnet, die bisher noch an den Erlöser Bismarck geglaubt hatte. Bis auf den Tod entkräftet, wie sie war, fühlte sie doppelt scharf die neuen Schröpfköpfe der Finanz- und Schutzzölle. Die Lohnerhöhung, welche die Schutzzölle den industriellen Arbeitern bescheren sollten, blieb natürlich aus; vielmehr wurden die Löhne, wo es irgend anging, noch

gedrückt; waren die Arbeiter doch auch in dieser Beziehung durch die Zerstörung ihrer gewerkschaftlichen Organisationen wehrlos gemacht worden! Das ländliche Proletariat wurde aufgeklärt durch das Feld- und Forstpolizeigesetz, womit die preußische Geldsackvertretung in ihrer unstillbaren Profitgier die Blaubeeren und Fichtennadeln verschlang, die der blutigen Armuth noch vom alten Gemeineigen am Walde geblieben waren. Unter so bewandten Umständen wußte ein erleuchteter Staatsmann, wie Bismarck, nichts Besseres zu thun, als den Belagerungszustand zu verschärfen: in der Frühjahrssession 1880 verlangte er vom Reichstage die Verlängerung des Sozialistengesetzes und die Erneuerung des im nächsten Jahre ablaufenden Septennats, zugleich mit einer Erhöhung der Friedenspräsenzstärke um 25 615 Mann.

Die Militärvorlage wurde von der konservativ-nationalliberalen Mehrheit ohne viel Federlesens bewilligt. Einzelne Nationalliberale jammerten allerdings ein wenig über Molochs Unersättlichkeit, aber einiges Säbelgerassel Moltkes machte sie bald verstummen. Seit dem russisch-türkischen Kriege hatte das Dreikaiserbündniß einen unverwindlichen Stoß erhalten; die widerstreitenden Interessen Oesterreichs und Rußlands in der Orientfrage waren scharf auf einander gestoßen, und wie eifrig immer Bismarck in den siebenziger Jahren und namentlich auf dem Berliner Kongresse die zarischen Interessen vertreten hatte, so klagte Väterchen doch bitter über die Undankbarkeit des getreuen Vasallen. Die neue Gruppirung der europäischen Mächte stellte Deutschland, Oesterreich und bald auch Italien dem Zweibunde Rußland-Frankreich gegenüber. Die Annexion Elsaß-Lothringens reifte jetzt ihre bitteren Früchte. Die sozialdemokratische Politik nach Sedan konnte nicht bündiger gerechtfertigt werden, als durch die steigenden Militärforderungen, die nach der Versicherung der Regierung nothwendig seien, um gegen „zwei Fronten", gegen Frankreich und Rußland gerüstet zu sein. Eben das hatte der Braunschweiger Ausschuß in seinem Manifeste vorausgesagt. Von gleichem Standpunkt aus kritisirte Bebel die Militärvorlage, ohne zu verhehlen, daß auch die Sozialdemokratie bereit sei, den vaterländischen Boden gegen fremde Eroberungsgelüste zu vertheidigen. Er begründete diese von Most, aber auch von einzelnen treuen Parteimitgliedern angefochtene Auffassung ausführlich im Sozialdemokraten: die international gesinnte Sozialdemokratie sei nicht vaterlandslos, ihr dürfe nicht gleichgiltig sein, ob Deutschland unter Fremdherrschaft komme oder ausländische Eroberer Fetzen deutschen Landes an sich rissen, auch das Proletariat brauche die nationale Unabhängigkeit, um seinen Emanzipationskampf mit Kraft und Nachdruck führen zu können. Es war die alte Auffassung, die 1859 von Marx, Engels und Lassalle bethätigt, in den Anfängen der deutschen Partei von Lassalle und Schweitzer vertreten und nur in den wirrenreichen Jahren des norddeutschen Bundes hier und da verdunkelt worden war.

Die Sozialistenvorlagen der Regierung enthielten nichts als einige dürftige und nichtssagende Redensarten, sowohl der Rechenschaftsbericht über die Handhabung des kleinen Belagerungszustandes in Berlin, als auch der Gesetzentwurf,

der die Verlängerung des Sozialistengesetzes auf fünf Jahre verlangte. Sie waren, wie alle Vorlagen ähnlicher Art, die dem Reichstage im nächsten Jahrzehnte zugingen, nach dem Schema gearbeitet, das Macaulay einmal als die Logik aller schlechten Regierungen in die Formel gebracht hat: „Wenn das Volk unruhig ist, so ist es für die Freiheit nicht reif; wenn es ruhig ist, so verlangt es nicht nach Freiheit.“ So sagte das brave System Bismarck entweder: das Sozialistengesetz hat Ruhe im Proletariat geschaffen, und deshalb muß es verlängert werden, oder aber es sagte: das Sozialistengesetz hat noch keine Ruhe im Proletariat geschaffen, und deshalb muß es erst recht verlängert werden. Zwischen diesen beiden genialen Gesichtspunkten taumelten seit 1880 die „Begründungen“ aller Sozialistenvorlagen wie betrunken einher; vielleicht haben die Tintenkulis, die sie auszuarbeiten hatten, wirklich beim Frühschoppen ausgeknobelt, ob sie ihre Redensarten mehr auf diesen oder auf jenen Leisten schlagen sollten, jedenfalls war niemals irgend ein Zusammenhang mit der konkreten Entwicklung der Dinge in diesen Schriftstücken zu entdecken. Die unabhängigen Organe der bürgerlichen Presse erklärten bald genug, es lohne nicht, die Wische erst abzudrucken, und um so weniger darf sich eine historische Darstellung damit befassen. Im Jahre 1880 war die Frage des Sozialistengesetzes, die 1878 noch für viele seiner Befürworter mit mancherlei ideologisch-moralischem Ballast bepackt gewesen war, längst zur simplen Machtfrage geworden, die allein nach den Bedürfnissen des praktischen Klassenkampfes entschieden wurde.

Die konservativ-nationalliberale Mehrheit war bereit, das Gesetz zu verlängern. Die Nationalliberalen stellten nur zwei Bedingungen: die Verlängerung sollte sich nicht auf 5, sondern nur auf 3½ Jahre, bis zum 30. September 1884 erstrecken, und die polizeiliche Ausweisungsbefugniß nach § 28 sollte Mitglieder gesetzgebender Körperschaften während deren Sessionen nicht berühren. Beides bewilligte die Regierung; auf die kleine Abkürzung der Frist kam es ihr nicht an, und mit der Verfolgung Fritzsches und Hasselmanns wegen Bannbruchs war sie inzwischen auch bei den Gerichten abgeblitzt. Von allen Nationalliberalen stimmte nur Lasker unbedingt gegen jede Verlängerung; damals schon ein sterbender Mann, der seine politischen Sünden erkannte und sie an seinem Theile zu sühnen versuchte, sprach er die Wahrheit aus, daß die Regierung die ihr gegen die Sozialdemokratie übertragenen Befugnisse, entgegen ihren Versprechungen, in grober Weise mißbraucht habe. Seine Parteigenossen halfen sich über das unbequeme Geständniß mit der schnöden Bemerkung fort, wenn Unkraut ausgejätet werde, lasse es sich nicht vermeiden, daß auch gesunde Pflanzen mit ausgerissen würden.

Von den bürgerlichen Oppositionsparteien waren die Ultramontanen jetzt darüber beruhigt, daß sie von dem Ausnahmegesetze nicht behelligt würden, und also auch bereit, es zu verlängern, nur sollten um des lieben Scheins willen ihnen einige „Milderungen“ zugestanden werden. Der alte Fuchs Windthorst verlangte, daß der kleine Belagerungszustand auf Berlin beschränkt, Sammlungen

für Ausgewiesene nicht verboten, Wahlversammlungen nicht den Beschränkungen des Gesetzes unterliegen sollten, und Anderes mehr. Die Regierung und ihre konservativ-nationalliberale Mehrheit gingen nicht darauf ein: die bekehrten „Reichsfeinde" sollten ohne weiteres Flennen über den Stock springen; 14 Ultramontane waren auch dazu bereit. Da so die Mehrheit für das Gesetz reichlich gesichert war, konnten sich die Fortschrittler noch einmal den ungetrübten Genuß ihrer gesinnungstüchtigen Tiraden gönnen.

Von den sozialdemokratischen Abgeordneten sprach Vahlteich in der ersten Lesung sehr gut und kräftig. Gegenüber dem Gerede der Gegner, daß die Sozialdemokratie die Revolution im „Heugabelsinne" wolle, nach dem Muster des nihilistischen Terrorismus in Rußland, der damals in seiner Blüthe stand, legte er dar, daß die Revolution in altem Stile mit Barrikaden und dergleichen bei der Vervollkommnung der Waffen und der Ausbildung des modernen Militarismus schon aus rein technischen Gründen unmöglich sei; deutsche Sozialdemokraten und russische Nihilisten seien nach ihren Ursprüngen und Zielen ganz verschiedene Parteien und demgemäß auch auf eine ganz verschiedene Taktik angewiesen. Aehnlich stellte sich Bebel zum russischen Nihilismus. An der zweiten Lesung betheiligte sich die Fraktion durch Abänderungsanträge, natürlich nur zu dem Zwecke, ausreichend zum Worte kommen und die ungeheuerliche Polizeiwirthschaft nach den verschiedensten Seiten beleuchten zu können. Ohnehin waren ihre Anträge so abgefaßt, daß, wie ein nationalliberaler Redner sagte, bei ihrer Annahme nur das Schneckenhaus bleiben, die Schnecke selbst aber verschwunden sein würde. In der dritten Lesung sprach Hasselmann, im Ganzen nicht ungeschickt, aber mit der perfiden Wendung schließend: er bedauere, daß mehrere seiner Kollegen die Gemeinschaft mit den russischen Nihilisten abgelehnt hätten, er nehme sie an, die Zeit des parlamentarischen Geschwätzes sei vorüber, und die Zeit der Thaten beginne. Dann wurde die Vorlage der Regierung mit 191 gegen 94 Stimmen genehmigt.

Einen ungünstigeren Augenblick, als den Tag, an dem die Entrechtung der deutschen Arbeiterklasse auf eine Reihe von Jahren erstreckt wurde, hätte sich Hasselmann für sein Pronunziamento nicht wählen können. Seit dem Gothaer Kongresse von 1876 hatte er in seiner frondirenden und intriguirenden Haltung beharrt, ohne irgend ein erkennbares Prinzip, es sei denn, daß er mit der „schwieligen Faust" der Arbeiter kokettirte. Die unbestreitbaren Verdienste, die er sich als geistiger Leiter des Neuen Sozialdemokraten erworben hatte, erhielten ihm die Anhänglichkeit mancher Arbeiterkreise, besonders in Berlin und Elberfeld-Barmen, den Stätten seiner persönlichen Wirksamkeit, jedoch zu einer Fraktion Hasselmann brachte er es nicht. Nach dem Erlasse des Sozialistengesetzes waren von seinen Reichstagskollegen die verschiedensten Versuche gemacht worden, ihn wieder zur rückhaltlosen Mitarbeit für die Parteiinteressen heranzuziehen, aber sie scheiterten an seinem mißtrauischen und verschlossenen Wesen. Er schürte vielmehr alle Verstimmungen, die irgendwo in der Partei auftauchten,

und die parlamentarische Fraktion hatte längst die Frage erwogen, ob diesem heimlichen Verdächtigungskriege nicht ein offenes Zerschneiden des Tischtuches vorzuziehen sei. Um so besser, daß Hasselmann jetzt selbst brach und sich freiwillig zu einem politisch todten Manne machte.

Seine hartnäckige Absonderung scheint seinen politischen Blick vollständig getrübt zu haben; sonst hätte er aus einer Reihe von Nachwahlen, die in der ersten Hälfte des Jahres 1880 stattfanden, erkennen müssen, wie wenig das klassenbewußte Proletariat die politische Thätigkeit mit der „Propaganda der That“ zu vertauschen gedachte. Am 2. März wurde Auer in Glauchau-Meerane mit 8225 gegen 7288 Stimmen gewählt, an Stelle Brackes, der wegen schwerer Krankheit sein Mandat niedergelegt hatte. Der Wahlkreis war freilich ein altes Besitzthum der Partei, aber gerade damals herrschte in ihm ein furchtbarer Nothstand, dessen lähmenden Einfluß zu überwinden eine hohe geistige Energie der hungernden Weber erforderte. Viele dieser Braven verzichteten auf jede Unterstützung aus öffentlichen Mitteln, um nur ja ihr Wahlrecht nicht zu verlieren. Scheinbar nicht ganz so günstig verlief am 15. April eine Nachwahl in Berlin II, wo auf den sozialdemokratischen Kandidaten nur etwa 3000 Stimmen fielen, um die Hälfte weniger als im Attentatsjahre. Erwog man aber, daß in Berlin jeder sozialdemokratische Wähler vor der Gefahr sofortiger Ausweisung stand, so war auch dies Ergebniß aller Ehren werth, und den Jubel der Gegner über eine so „segensreiche“ Wirkung des kleinen Belagerungszustandes dämpfte selbst ein konservatives Blatt mit der skeptischen Frage, wie viele liberale oder konservative Stimmen wohl unter den Umständen aufgebracht worden wären, unter denen die Sozialdemokratie doch immer noch 3000 Stimmen gemustert habe. Und wenn es eine kleine Scharte gewesen wäre, so wurde sie am 27. April glänzend ausgewetzt durch die Wahl Hartmanns in Hamburg II, wo 13155 sozialdemokratische Wähler gleich im ersten Anlauf 6451 fortschrittliche und 3583 nationalliberale Wähler schlugen. Damit war der erste Wahlkreis unter dem Sozialistengesetze neu erobert worden; mitten in die Berathungen des Reichstags über die Verlängerung des Sozialistengesetzes schleuderte das alte treue Hamburg diesen schneidenden Protest. Der Sieg wurde unter den schwierigsten Umständen erfochten, trotz der Unterdrückung jeder Wahlagitation, trotz der Verhaftung des Wahlkomites und der Beschlagnahme des Wahlfonds, trotz der Konfiskation selbst eines harmlosen Flugblattes, das die Wähler zur Einsicht der Wahllisten aufforderte. Nur ein Schatten fiel auf den schönen Erfolg; an demselben Tage starb Bracke, durch einen Blutsturz dahingerafft; wie Geib, hatte er noch nicht sein vierzigstes Lebensjahr erreicht.

Auch für die inneren Parteiverhältnisse war diese Wahl von Bedeutung. In Hamburg gab Hasselmann einige farblose Wochenblätter heraus, und wenn irgendwo, so mußte er hier seine „Thaten“ beginnen. Er dachte aber nicht daran, wagte sogar seine Brandrede nur verstümmelt in seinen eigenen Blättern abzudrucken und stänkerte blos in der alten Weise weiter, nur daß seine Ver-

dächtigungen ihr Gift verloren hatten, seitdem er offen damit hervorrücken mußte. Sein kleiner Anhang schmolz vollständig zusammen, und der große Revolutionär wurde der willenlose Spielball preußischer Spitzel. Als ein gewisser Neumann, ein angeblicher „Sozialrevolutionär“ aus Berlin, auf der Reise nach London bei Hasselmann vorsprach, gab dieser dem falschen Bruder einen blutdürstigen Artikel für die Freiheit mit. Als dann verlautete, daß Neumann wahrscheinlich ein Spitzel sei, wie er es denn wirklich war, hielten Hasselmann und sein Helfershelfer Karl Schneidt, ein ehemaliger Privatlehrer, schleunige Flucht für um so gerathener, als sie bei den deutschen Arbeitern nichts mehr zu verlieren hatten. Gefördert und unterstützt wurde ihre Ausreißerei durch einen anderen Spitzel, den Blaufärber Wichmann, und zwar im Auftrage des Polizeikommissars Engel in Altona, der vor Hasselmann so große Angst hatte, daß er den „Mann der That“ zur Ausspionirung der ausländischen Anarchistenparteien mißbrauchte. Hasselmann, der erst nach Belgien, dann nach England und endlich nach Amerika ging, empfahl den Helfer seiner Flucht überall als einen treuen Gesinnungsgenossen; Wichmann wurde ein geschätzter Korrespondent der Freiheit und erhielt von den ausländischen Anarchisten die vertraulichsten Mittheilungen, die er brühwarm zu Engel trug. Ebenso kläglich, wie Hasselmanns Pronunziamento, verlief der Versuch zweier Berliner Ausgewiesenen, des Maurers Körner und des Zimmerers Finn, der Partei von rechts her in den Rücken zu fallen; kaum hatten sie sich für die „Sozialreformer“ Bismarck und Stöcker begeistert, als sie abgethane Leute waren; es hat sich niemals auch nur ein dritter Mann zu ihnen gefunden, um wenn nicht eine reichsfreundliche Arbeiterreformpartei, so doch einen reichsfreundlichen Arbeiterreformskat zu bilden.

Mit Most war im Monat Mai noch ein letzter Versuch der Verständigung gemacht worden. Um diese Zeit sollte in Rorschach am Bodensee ein geheimer Parteikongreß stattfinden, zu dem Most als Delegirter mit Mandaten von Berlin und Crimmitschau in der Schweiz erschienen war. Der Kongreß mußte verschoben werden, da die Polizei hinter seine Vorbereitungen gekommen war, und Most agitirte nun in den schweizerischen Städten. Dabei kam es in Zürich mit den dortigen Anhängern der Partei zu eingehenden Auseinandersetzungen und zur einstimmigen Annahme einer Resolution, wonach alle persönlichen Angriffe auf beiden Seiten eingestellt und die sachlichen Meinungsverschiedenheiten in sachlicher Weise ausgetragen werden sollten. Jedoch als Most nach London zurückgekehrt war, verleugnete er diese Abmachung und setzte die alten Hetzereien fort. Sie wurden den Arbeitern nun bald so widerlich, wie Hasselmanns Brandreden. Als in Berlin V, wo im Attentatsjahre 3615 sozialdemokratische Stimmen abgegeben worden waren, im Juni eine Nachwahl stattfand, bei der die Partei wegen absoluter Aussichtslosigkeit einer Parteikandidatur demonstrative Wahlenthaltung angeordnet hatte, ließ sich Most von seinen Anhängern als Kandidaten aufstellen und erhielt gerade 203 Stimmen. Unter den Berliner Parteigenossen herrschte mancherlei Mißstimmung, und die schmerzende Geißel des kleinen Be-

lagerungszustandes machte sie noch am ehesten empfänglich für eine Taktik, die Auge um Auge und Zahn um Zahn forderte. Aber sie waren viel zu erprobte und geschulte Parteigenossen, um ihrer Parteipflicht nicht in vollem Umfange nachzukommen, und alle separatistischen Bestrebungen lagen ihnen durchaus fern.

Der geplante Kongreß tagte dann vom 20. bis zum 23. August auf dem alten Schlosse Wyden, das bei Ossingen im Kanton Zürich etwas abseits von der Heerstraße liegt. Er wurde von 56 Delegirten besucht, die in ihrer überwiegenden Mehrzahl aus den verschiedenen Theilen Deutschlands gekommen waren; außerdem waren Vertreter der deutschen Sozialisten in der Schweiz, in Frankreich und in Belgien, sowie je zwei österreichische und schweizerische Parteigenossen zugegen. Die Sozialisten aller Länder schickten zahlreiche Begrüßungsschreiben und Sympathiezuschriften. Obgleich der Sozialdemokrat seit dem 20. Juni wiederholt zur Beschickung des Kongresses aufgefordert hatte, war das Geheimniß von Ort und Zeit so gut gewahrt worden, daß die viertägigen Berathungen völlig ungestört verliefen. Most und Hasselmann hatten sich nicht eingefunden, und sonst befanden sich unter den 56 Theilnehmern nur 3 „Sozialrevolutionäre", ein rheinischer Delegirter und die beiden Delegirten für Berlin.

Die acht Sitzungen des Kongresses führten zu manchem kräftigen Aufeinanderplatzen der Geister, aber zuletzt doch zu vollkommener Einigung. Die Kritik der im ersten Jahre des Sozialistengesetzes begangenen Fehler hatte jetzt nur noch ein historisches Interesse; mochten die Einen die überaus schwierige Lage und die drückende Verantwortlichkeit der Führer nicht gebührend veranschlagen, so übertrieben die Anderen mit der Frage, was die Führer denn hätten ausrichten können, wenn die Massen versagten. Zweifellos war die Situation nicht durch die Führer, sondern durch die Massen gerettet worden. Aber an der seit Jahr und Tag eingeschlagenen Taktik ließ sich grundsätzlich nichts mehr aussetzen. Man fügte sich nicht mehr dem Sozialistengesetze, sondern setzte die alte Agitation in der alten Weise fort, trotz des Ausnahmegesetzes und gegen dieses Gesetz. Das klassenbewußte Proletariat nahm die ihm geraubten Rechte aus eigener souveräner Kraft zurück, sicher, daß seine Todfeinde eher die Stürme des Himmels mit ihren Händen greifen, als seine Riesenglieder mit ihren rostigen Ketten fesseln könnten.

So beschloß der Kongreß, das Gothaer Programm dahin zu ändern, daß die Partei ihre Ziele mit allen Mitteln und nicht mehr blos mit allen gesetzlichen Mitteln erstrebe, die Reichstagsfraktion als Parteileitung und den Sozialdemokraten als offizielles Parteiorgan anzuerkennen, in der Regel alle Jahre, spätestens aber alle drei Jahre einen Parteikongreß abzuhalten, die Organisation an den einzelnen Orten den Parteigenossen zu überlassen, an den Wahlen für Reichstag, Landtag und Gemeinde aus agitatorischen und propagandistischen Rücksichten theilzunehmen, insbesondere aber für die Reichstagswahlen von 1881 die allgemeinste und kräftigste Propaganda zu entfalten. So zwar, daß die Parteigenossen in allen Wahlkreisen, ohne Rücksicht auf ihre Zahl, selbständig vorgehen

und eigene Kandidaten aufstellen, bei Stichwahlen aber im Allgemeinen sich der Stimme enthalten sollten. Die Stimmenthaltung bei Stichwahlen war ein altes Erbstück von den Gothaer Kongressen der siebenziger Jahre her; durch die jämmerliche Haltung der bürgerlichen Oppositionsparteien veranlaßt, hatte dieser Beschluß gewöhnlich nur ein papiernes Dasein geführt; war der vorgeschrittenere der beiden bürgerlichen Kandidaten, zwischen denen die Entscheidung lag, kein gar zu kläglicher Patron, so konnte er im Allgemeinen auf die sozialdemokratischen Stimmen rechnen.

Auch die internationale Stellung der Partei wurde durch einige Beschlüsse bestimmt. Der Kongreß sprach dem Befreiungskampfe der russischen Nihilisten seine Sympathie aus, wenn ihre durch die russischen Verhältnisse bedingte Taktik auch nicht für die deutschen Verhältnisse geeignet sei, und beschloß einen, von den belgischen Sozialisten für das Jahr 1881 geplanten Weltkongreß zu beschicken. Auf Anregung eines mit den amerikanischen Verhältnissen vertrauten Delegirten sollten ein paar bekanntere Parteigenossen noch vor den nächsten Reichstagswahlen in den Vereinigten Staaten öffentliche Vorträge über die politischen Verhältnisse Deutschlands zum Besten des Unterstützungs- und Wahlfonds halten.

In den inneren Parteiwirren beschloß der Kongreß die Ausstoßung Hasselmanns und Mosts. Die drei „sozialrevolutionären" Delegirten enthielten sich der Abstimmung, doch nur aus formalen Gründen, sie erkannten das falsche Spiel, das Hasselmann und Most gespielt hatten; namentlich ergab die sorgsame Prüfung der Rechnungen, daß alle Beschuldigungen wegen Verschleuderung der Parteigelder aus der Luft gegriffen worden waren. Eingelaufen waren von Beginn des Sozialistengesetzes bis zum 1. August 1880 rund 37 310 Mark, und davon für die verschiedensten Unterstützungszwecke ausgegeben 27 650 Mark. Ungerechnet die örtlichen Aufwendungen, die sich mindestens ebenso hoch beliefen.

Schloß das erste Jahr des Sozialistengesetzes mit einem Signale zum Sammeln, so schloß sein zweites Jahr mit der Musterung der gesammelten Truppen. Das Heer war marschbereit, und seine Fahnen wehten voran zu neuen Siegen.

II. Der entscheidende Kampf.

Als Antwort auf die Hamburger Wahl und den Wydener Kongreß führte Bismarck einen Schlag, den er schon lange geplant hatte: am 28. Oktober 1880 wurde über Hamburg-Altona und Umgegend, über ein Gebiet von 20 Geviertmeilen mit 600 000 Einwohnern, der kleine Belagerungszustand verhängt. Der Hamburger Senat hatte lange mit seiner Einwilligung gezögert; die Bourgeoisie der großen Handelsstadt lag damals in heftigem Zwiste mit Bismarck, der im Interesse seiner schutzzöllnerischen Politik den Eintritt Hamburgs in den Zollverein betrieb; für ihn war es natürlich ein doppeltes Vergnügen, mit dem revolutionären

Proletariat zugleich die widerhaarige Bourgeoisie zu treffen, die bald darauf denn auch die Waffen streckte.

Mit der Bourgeoisie waren die Hamburger Arbeiter für die Freihafenstellung der Stadt gegen Bismarck eingetreten, und wesentlich wohl diesem Umstande hatten sie es zu danken gehabt, daß sie in den beiden ersten Jahren des Sozialistengesetzes nicht übermäßig gequält worden waren. Nicht als ob es ihnen an mancherlei Drangsalirung gefehlt hätte; war doch das Hamburg-Altonaer Volksblatt so schnell verboten worden, wie der Vorwärts und die Berliner Freie Presse. Aber noch vor der Verkündigung des Sozialistengesetzes hatte Heinrich Dietz, ein geborener Lübecker, der Leiter der Hamburger Genossenschaftsbuchdruckerei, dies Geschäft käuflich erworben, um es vor den Klauen der Polizei zu schützen, und es gelang, die ersten Schläge durch die Gründung der Gerichtszeitung zu pariren, die von Blos, Karl Hillmann, Heinrich Oldenburg, dann auch von Auer redigirt wurde und schnell 12 000 Abonnenten gewann. Vorsichtig gehalten, wurde sie in Hamburg geduldet, dagegen in Altona in ihren ersten 42 Nummern fortgesetzt konfiszirt. Die preußische Polizei wollte darin eine Fortsetzung des verbotenen Volksblatts sehen, und es entspann sich zwischen ihr und den Altonaer Kolporteuren, die um ihr tägliches Brot kämpften, ein wochenlanger Krieg, der schließlich auf eine durch zwei Instanzen getriebene Anklage des Altonaer Polizeianwalts mit dem Siege der angeklagten Kolporteure endete. Auf Vorstellungen, die Dietz bei dem Polizeikommissar Engel erhob, erwiderte dieser christliche Biedermann: „Sie haben Berliner Ausgewiesene in Ihrem Geschäfte angestellt, das genügt.“ Die Hamburger Wahl vom 27. April zeigte dann, daß auch in den Sammethandschuhen der Hamburger Polizei scharfe Nägel steckten, aber sie zeigte auch, daß den Hamburger Arbeitern nichts ferner lag, als gewaltsames Losschlagen. Damit fehlte jede Voraussetzung für die Anwendung des § 28, die Verhängung des kleinen Belagerungszustandes über Hamburg und Umgegend war nichts als ein frivoler Racheakt.

Und nicht minder frivol war seine Ausführung. Ausweisungsbefehle erhielten sofort 75 Personen, darunter 67 Familienväter, ein paar Monate darauf folgten noch 30 Personen. Dem Gastwirth Fahl in Pinneberg, der seit einem Jahre an der Schwindsucht darniederlag und das Bett nicht verlassen konnte, wurde ein Gesuch um vorläufige Fristverlängerung rundweg abgeschlagen; es war ein echtestes Stücklein preußischen Christenthums, daß Fahl in seinem schwer leidenden Zustande forttransportirt werden mußte. Unter den Hamburger Ausgewiesenen befanden sich Auer, Blos, Dietz, Hartmann, Karl Hillmann, die Brüder Kapell, Oldenburg, Praast, Reimer; die Mehrzahl von ihnen ging nach Amerika. Dietz begab sich mit Auer und Hillmann nach Harburg, um die Gerichtszeitung aufrecht zu erhalten, doch wurde sie schon am 30. März 1881 verboten, angeblich wegen einer Notiz über — russische Polizeiwirthschaft, thatsächlich wegen ihrer Opposition gegen den Hamburger Zollanschluß. Sie wurde zwar sofort durch die Bürgerzeitung ersetzt, an der Johannes Wedde in erster

Reihe thätig war, doch hatte das Hamburger Geschäft, wie Dietz von einer Kommission bürgerlicher Fachmänner feststellen ließ, durch die Unterdrückungen und Verfolgungen seit dritthalb Jahren 100 000 Mark an Werth verloren. Zudem sperrte die Ausdehnung des kleinen Belagerungszustandes auf Stadt und Amt Harburg bald auch diesen Zufluchtsort.

Die Hamburger Ausweisungen kosteten der Partei manche alten Kämpfer; Hartmann, Karl Hillmann, Oldenburg, die beiden Kapells zogen sich von der Bewegung zurück. Aber die geschlossenen Reihen schwankten nicht einen Augenblick, und als der Reichstag am 30. und 31. März 1881 die Denkschriften über den Berliner und Hamburger Belagerungszustand diskutirte, gestand selbst die bürgerliche Presse, so kühn wie diesmal sei die Sozialdemokratie noch niemals im Reichstage aufgetreten. Und wohl verdienten die Reden Auers und Bebels das Lob des Sozialdemokraten: Kein Zugeständniß, aber auch kein kindisches Drohen, kein Appell an die guten Herzen, aber auch kein theatralisches Gepolter. Es war in den Tagen, wo die russischen Terroristen den Zaren Alexander hingerichtet hatten und eine neue Heulmeierei unter den deutschen Spießern im Schwange ging. Die sozialdemokratischen Redner verschmähten jede wohlfeile Entrüstung darüber, daß der Fluch schwerer Thaten ihren Thäter getroffen habe; sie lehnten die Taktik der russischen Revolutionäre für die deutschen Verhältnisse ab, aber für ihr gutes Recht sprachen sie, wie noch in keinem Parlamente der Welt dafür gesprochen worden war. Auer schloß: Thun Sie was Sie wollen, wir sind auf Alles gefaßt, und Bebel: Ihre Waffen werden in diesem Kampfe zersplittern, wie Glas am Granit.

Am Tische des Bundesraths trat ihnen zum ersten Male ein neuer preußischer Polizeiminister entgegen, jener hinterpommersche Grande v. Puttkamer, dessen Name für die Tage des Sozialistengesetzes so sprichwörtlich werden sollte, wie die Namen Kotzebue, Kamptz, Tzschoppe für die Tage der Demagogenhetze sprichwörtlich geworden sind. Ein Junker ohne jede historische und ökonomische Bildung, alt geworden in der gedankenlosen Routine der preußischen Bureaukratie, auf die gewöhnlichsten Polizeikniffe dressirt, nur begabt mit einer gewissen theatralischen Fähigkeit, große Worte um sich zu schleudern, trotz des zerknirschenden Bewußtseins, daß nichts, aber auch rein gar nichts dahinter stecke. Er machte der sozialistischen Feldpost das schmeichelhafte Kompliment, daß sie den Sozialdemokraten „mit wahrhaft infernalischer Geschicklichkeit“ nach Deutschland einzuschmuggeln wisse, und schleppte seinen großen Zitatensack heran, den er fortan bei jeder Sozialistendebatte den bürgerlichen Angstmeiern um die Ohren schlagen sollte. Einen Grund oder auch nur den Schatten eines Grundes für den über Berlin und Hamburg verhängten kleinen Belagerungszustand konnte er natürlich nicht vorbringen. Trotzdem begnügte sich der Reichstag, die Denkschriften zur Kenntniß zu nehmen; Bismarck wußte, was er den bürgerlichen Parteien bieten durfte.

Er mußte nun aber endlich mit seinen „positiven Reformen“ heraus, in der letzten Session des Reichstags, der in den Attentatswahlen gewählt worden

war. In den drei ersten Sessionen war das altpreußische Thema Soldatwerden, Steuerzahlen und Maulhalten gründlich durchgedroschen worden; wurde nicht noch im letzten Augenblicke irgend ein Augenverblenden angerichtet, so konnte es bei den neuen Wahlen im Herbst 1881 böse ausschauen. Ein Gesetzentwurf über Unfallversicherung der Arbeiter war die Bescherung, die Bismarck den geknechteten und hungernden Massen aufbaute. An die Stelle des elenden Haftpflichtgesetzes, das den Unternehmern nur ermöglichte, sich der Entschädigung für Unfälle der von ihnen beschäftigten Arbeiter zu entziehen, sollte eine Versicherung aller Unfälle durch eine Reichsbank treten. Die Kosten der Versicherung sollten die Unternehmer zu zwei Dritteln, die Arbeiter zu einem Drittel tragen, mit der Einschränkung, daß für Arbeiter, deren Jahresverdienst 750 Mark nicht übersteige, die Reichskasse das zu leistende Drittel übernehmen solle. Jedoch sollte die Unfallversicherung im Falle der Arbeitsunfähigkeit erst in der vierten Woche nach geschehenem Unfall eintreten, und bis dahin hatten die Krankenkassen die Last zu tragen. Die Begründung der Vorlage troff von arbeiterfreundlichen Redensarten, von „sozialistischen Momenten" und Christenthum und Humanität. Bei ihrer Berathung im Reichstage that Bismarck dann noch ein Uebriges, ganz nach der Art plumper Demagogen, die, wenn sie einmal den Mund aufthun, ihn nicht voll genug zu nehmen wissen. Dieser Mensch, der eben Hunderte von Arbeiterfamilien seinen sultanischen Launen geopfert hatte, vergoß heuchlerische Thränen über die Enterbten und die Arbeitergreise, die langsam auf dem Kehricht verhungern müßten.

Jetzt zeigte sich, ein wie trauriger Stümper er war, selbst nur verglichen mit einem Disraeli oder Louis Bonaparte. Er brachte die ganze Bourgeoisie gegen sich auf, ohne auch nur einen einzigen Arbeiter zu gewinnen. Seine nationalliberale Schutztruppe hatte sich schon im Sommer 1880 gespalten; die allzu heftig „geärgerten Freihändler" waren ausgeschieden und trieben unter dem Namen der Sezessionisten eigene Politik. Aber auch die schutzzöllnerische Bourgeoisie war keineswegs mit „sozialistischen Experimenten" einverstanden. Besonders die Börse, deren Matadore die schutzzöllnerische Politik heftig unterstützt und auch schon ihren Rahm in einem neuen kleinen Aktienschwindel abgeschöpft hatten, wurde täglich wüthender über die Judenhetze. Nachdem Stöcker mit seiner christlich-sozialen Agitation bei den Arbeitern abgeblitzt war, hatte er sich mit gar nicht unebenem Instinkt auf die antisemitisch-kleinbürgerliche Agitation geworfen und jetzt wenigstens in Berlin ganz ansehnliche Haufen zusammengebracht. Bismarck war kurzsichtig genug, diesem konfusen Spektakel wohlwollenden Schutz zu gewähren. Freilich als Stöcker im Juni 1880 seinen Leibjuden Bleichröder angetastet hatte, wollte der Säkularmensch den zweiten Luther aus Berlin ausweisen lassen, „wie andere Sozialdemokraten auch", eine Absicht, die daran scheiterte, daß der Kaiser von seinem „Lanzenbrecher" nicht lassen mochte und ihn mit einem derben Rüffel davonkommen ließ. Aber öffentlich verleugnete Bismarck die antisemitische Agitation nicht, ließ sich vielmehr unter dankender

Erwiderung von ihr anhochen und erkannte gar nicht, daß die feurigsten Huldigungen der sinnlosen Lärmmacher ihm die wachsende Erbitterung der jüdischen Hochfinanz nicht aufwiegen konnten. Diese geriebene Klasse begann ihn zu kitzeln, wo er am empfindlichsten war. Sie plagte den Kronprinzen, der, von seinem liebevollen Vater überaus knapp gehalten, auf ihr Wohlwollen angewiesen war, so lange, bis er etwas von der „Schande des Jahrhunderts" murmelte oder gemurmelt haben sollte, denn sicher ist dieses Wort, das die ganze kapitalistische Presse fortan als die herrlichste Blüthe menschlichen Geistes gegen den antisemitischen Schutzpatron Bismarck ausspielte, niemals festgestellt worden.

Das Unfallversicherungsgesetz war nun der Tropfen, der den massenhaft angehäuften Groll der Bourgeoisie zum Ueberlaufen brachte. Sie nahm Bismarcks „Sozialismus" viel ernster, als er gemeint war, sah in der Reichsbank für Unfallversicherung einen Anfang, das gesammte Versicherungswesen der privaten Spekulation zu entreißen, und in dem Reichszuschuß einen Versuch, einen Bruchtheil des Staatskredits, den die Bourgeoisie ungeschmälert für sich beansprucht, der Arbeiterklasse zuzuwenden. So in Herz und Nieren angegriffen, bewies die deutsche Bourgeoisie etwas von der Kourage, welche sie für ihre politischen Ideale niemals zu erproben vermocht hat, und sie schwang sich zu dem heroischen Entschluß auf, ihren genialen Helden bei den nächsten Wahlen für seine rollenwidrigen Seitensprünge ein wenig zu zausen.

Die Arbeiter aber durchschauten Bismarcks Spiel sofort. Liebknecht traf den Nagel auf den Kopf, indem er von der „unübersteiglichen Kluft" sprach, die zwischen der deutschen Sozialdemokratie und dem Urheber des Sozialistengesetzes gähne. Gleichwohl lag es nicht im Interesse der Partei, unbesehen in das Anathem der Bourgeoisie gegen das Unfallversicherungsgesetz einzustimmen. Indem sie den falschen Bruder Sozialismus abwies, durfte sie sich nicht von dem falschen Bruder Manchestermann umgarnen lassen. Selbst in dem antisemitisch-philosemitischen Froschmäusekriege, in dem die Arbeiter noch am ehesten neutral bleiben konnten, nahmen sie sofort eine entschiedene und klare Stellung *über* den Parteien. Sie hatten nicht den geringsten Anlaß, sich für das Geldjudenthum zu begeistern, aber durften sie sich deshalb von der christlich-germanischen Schachererpolitik nasführen lassen, die nichts als das Geldjudenthum in höchster Potenz war und von Stöcker durch Dick und Dünn vertheidigt wurde? Als die Berliner und die Breslauer Polizei im Januar 1881 den Arbeitern ein wenig Luft ließ, in der Hoffnung, daß sie auf den antisemitischen Leim gehen würden, warnten große Versammlungen „alle ländlichen und städtischen Lohnarbeiter vor den Bethörungsversuchen gewisser angeblicher Volksfreunde der verschiedensten Art". Die Arbeiter sollten sich nicht aktiv an der sie gar nichts angehenden Antisemitenbewegung betheiligen und bei den Reichstagswahlen nur solche Kandidaten wählen, die *alle* Ausnahmegesetze verwürfen. Worauf in Berlin wie in Breslau wieder die strengste Sperre über die Arbeiterversammlungen verhängt wurde.

Von gleich überlegenem Standpunkt aus faßte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion Bismarcks Unfallversicherungsgesetz auf. Sie kritisirte den Entwurf im Interesse der Arbeiterklasse ungleich einschneidender und sachlicher, als die bürgerliche Opposition, aber sie deckte zugleich die Schwäche dieser Opposition auf. Die sozialdemokratischen Redner wiesen spöttisch darauf hin, daß gerade diejenigen Liberalen, die am eifrigsten für die kapitalistische Reichsbank zur Regelung der Geldzirkulation eingetreten waren, jetzt am heftigsten die sozusagen proletarische Reichsbank zur Regelung der Unfallversicherung bekämpften. Eine solche Bank habe ihre unbestreitbaren Vorzüge, indem sie billiger als die private Versicherung verwalte und eine große Kontrollinstanz bilde, um Schutzmaßregeln zur Verhütung von Unfällen zu treffen, was schließlich doch der Hauptzweck aller Unfallversicherung sei. Gegen den Reichszuschuß sprachen sich die sozialdemokratischen Abgeordneten auch aus, aber aus ganz anderen Gründen, als die Manchesterleute. Sie stellten sich auf die unanfechtbare, gerade von der bürgerlichen Oekonomie anerkannte Thatsache, daß die Kosten der Unfallversicherung zu den Produktionskosten gehörten und also allein von den Unternehmern getragen werden müßten. Das Reich habe den Unternehmern keine Geschenke zu machen, aber freilich noch viel weniger die Arbeiterklasse, und wenn zwischen Beidem die Wahl stände, sei der Reichszuschuß allerdings noch ein geringeres Uebel, als die Beitragspflicht der Arbeiter. Im Einzelnen präzisirte die Fraktion ihre Auffassung in einer Reihe von Abänderungsanträgen, die selbstverständlich abgelehnt wurden, zum abermaligen Beweise, daß die Arbeiterinteressen nur in den sozialdemokratischen Abgeordneten kundige und willige Vertreter hatten. Die bürgerlichen Parteien begnügten sich, die Reichsbank und den Reichszuschuß als frevle Attentate auf den heiligen Geist des Kapitalismus zu streichen und im Uebrigen den Entwurf so zu verballhornen, daß er vom Bundesrath als unausführbar abgelehnt wurde.

In der allgemeinen Stellung der sozialdemokratischen Fraktion zu Bismarcks „sozialistischer" Schwenkung machte sich die theoretische Unsicherheit der Partei noch einigermaßen fühlbar. In agitatorisch wirksamer, auch praktisch zutreffender, aber theoretisch mindestens mißverständlicher Weise wurde der Unfallversicherungsentwurf als Kapitulation Bismarcks vor der Sozialdemokratie ausgelegt. Und zwar so, daß Bismarck nicht die Sozialdemokratie, sondern die Sozialdemokratie ihn habe, daß er im sozialistischen Schlepptau schwimme und mit seiner Vorlage in die kapitalistische Gesellschaftsorganisation die dünne Spitze eines Keils treibe, dessen dickes Ende folgen müsse. So weit dachte Bismarck aber gar nicht; sein Entwurf wollte weder den Boden der bürgerlichen Gesellschaft verlassen, noch verließ er ihn. Ohne Zweifel sind damals in diesem Zusammenhange manche anfechtbaren Sätze ausgesprochen worden, doch hatten sie gegenüber der praktisch durchaus richtigen Haltung der sozialdemokratischen Fraktion durchaus nicht die Bedeutung, zu der sie bei späteren Gelegenheiten aufgebauscht worden sind, um wenn möglich einige Verwirrung in der Partei zu stiften.

Nach Schluß der Reichstagssession, am 27. Juni 1881, wurde der kleine Belagerungszustand über die Stadt und die Amtshauptmannschaft Leipzig verhängt. Puttkamer hatte schon im März darauf angespielt, aber wie der Hamburger Senat, so hatte sich die Dresdener Regierung eine Weile dagegen gesträubt. Es fehlte eben auch hier jede Spur eines Grundes für die Anwendung des § 28, und der Polizeidirektor Rüder, ein alter Peiniger der Sozialdemokratie, der bisher auch das Sozialistengesetz roh genug angewandt hatte, legte sein Amt nieder, da er sich zu den nunmehr von ihm geforderten Henkersdiensten doch nicht bequemen mochte. Die ersten Ausweisungsbefehle aus Leipzig ergingen nicht ganz so zahlreich, wie sie in Berlin und Hamburg ergangen waren; sie trafen 31 Personen, 6 Ledige und 25 Familienväter, darunter Liebknecht, Bebel und Hasenclever. Freilich folgten bald 22 Ausweisungen nach, namentlich in der östlichen Hälfte des Leipziger Landkreises, wo eben die Wahl zum sächsischen Landtage anstand. Jedoch das Schreckensmittel verfing nicht; die Wahl Bebels war die tapfere und trotzige Quittung der Leipziger Industriedörfer über die ihnen angethane Gewalt.

Besonders zahlreich waren unter den Ausgewiesenen die Gemeinderathsmitglieder von sozialdemokratischer Gesinnung, deren es in 25 Orten der Amtshauptmannschaft Leipzig 76 gab. Keiner von ihnen hatte daran gedacht, in Stötteritz, Thonberg oder Volkmarsdorf blutige Putsche zu veranstalten; es waren fleißige und tüchtige Leute, die nach dem Zeugniß der Gemeindevorstände, ihrer politischen Gegner, ihr Amt unverweislich verwaltet hatten, einzelne von ihnen trugen das eiserne Kreuz aus dem deutsch-französischen Kriege. Der wahre Grund der empörenden Maßregel war Bismarcks Absicht, in Leipzig, wie schon in Berlin und Hamburg, ein Hauptzentrum der sozialdemokratischen Agitation lahm zu legen. Als Bebel, der sich mit Liebknecht in dem Dorfe Borsdorf, hart an der Grenze des Belagerungsgebiets, niedergelassen hatte, nach seinem Eintritt in den sächsischen Landtag von dem Minister v. Nostitz-Wallwitz Rechenschaft forderte, wußte dieser Handlanger der Berliner Gewaltpolitik nur ein paar, nicht gehauene und nicht gestochene Redensarten vorzubringen, worauf ihn die bürgerliche Mamelukenmehrheit durch die schleunige Annahme eines Schlußantrags vor einer noch gründlicheren Abstrafung rettete.

Im Hochsommer und Frühherbst entbrannte dann der Wahlkampf mit großer Heftigkeit. Die bürgerlichen Parteien verhetzten einander „in einer den öffentlichen Frieden, besonders die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise“ dermaßen, daß sie von Rechtswegen alle unter das Sozialistengesetz gehört hätten, wenn dies Gesetz sonst nur etwas mit dem Rechte zu thun gehabt hätte. Der größte Hetzer aber war Bismarck selbst. Er hatte es diesmal nicht auf die längst mürbe gewordenen Nationalliberalen, sondern auf die Fortschrittler und die Sezessionisten abgesehen, die er als „Republikaner“ denunzirte, wogegen sich die harmlose Gesellschaft mit tragischen Geberden des Entsetzens komisch genug wehrte.

Doch war Bismarcks Hauptziel, und von seinem Standpunkt aus auch mit Recht, die neuen Heersäulen der Sozialdemokratie zu zertrümmern. In seinen Söhnen stieg er selbst „zum Volke herab", wie ein verrückter Schulmeister preisend zur Harfe sang; einer dieser hoffnungsvollen, aber unfähigen Jünglinge erklärte in einer Berliner Radauversammlung, die Hundesperre sei schwerer zu ertragen, als der kleine Belagerungszustand, für welches freche Junkerwort die Berliner Arbeiter dem Erzeuger des „Reichshundejungen" gebührend heimgeleuchtet haben. In den Provinzen reiste Adolf Wagner als Bismarcks Kommis und versprach den Arbeitern das Tabaksmonopol als „Patrimonium der Enterbten", wenn sie nur an den „Sozialismus" des Säkularmenschen glauben wollten. Ein gründlicher Durchfall in den vier Wahlkreisen, wo er kandidirte, belehrte den akademischen Großmogul, daß man nicht ungestraft solche, intellektuell und moralisch gleich klägliche Rolle spielt.

Wie immer aber vertraute Bismarck weit mehr noch als allen Demagogenkünsten der nackten Gewalt. In den Belagerungsgebieten folgten die Ausweisungen Schub auf Schub, die sozialdemokratischen Wahlflugblätter wurden beschlagnahmt, mochte ihr Inhalt noch so harmlos sein, die Wahlversammlungen der Arbeiter unterlagen einem allgemeinen Verbote. Wer sozialdemokratische Flugblätter oder auch nur Stimmzettel verbreitete, wurde verhaftet, tage- und selbst wochenlang in Untersuchungshaft gehalten. Nicht weniger als 600 solcher vollkommen ungerechtfertigter Verhaftungen konnten in den letzten Wochen vor der Wahl gezählt werden. Hilfreiche Hand fand die Polizei bei der Bourgeoisie, die trotz aller sonstigen Feindschaft doch darin mit der Regierung einig war, jeden sozialdemokratischen Wahlerfolg zu hindern. Sie verbreitete das Gerücht, jedem Wahlkreise, der einen Sozialdemokraten wähle, drohe der kleine Belagerungszustand oder gar, jeder auf einen sozialdemokratischen Kandidaten abgegebene Stimmzettel sei ungiltig. Besonders die sächsische Bourgeoisie war unerschöpflich in der Erfindung von schmutzigen Fallstricken, über welche die Arbeiter bei Ausübung ihres Wahlrechts stolpern sollten. In Stollberg-Schneeberg vertrieb sie Stimmzettel in Viertelfolioformat, die durch ihre Größe leicht kenntlich waren, im Leipziger Landkreise Stimmzettel aus Hanfpapier mit Wasserzeichen und rauhen Rändern, wobei zur Verhütung jeder Nachbildung der ganze Vorrath dieses nur in einer Fabrik vorhandenen Papiers aufgekauft wurde, in Glauchau-Meerane überwiesen die „ordnungsfreundlichen" Gemeindevorstände die Steuerrückstände der halb verhungerten Weber den Armenkassen und rechneten sie den Schuldnern als Armenunterstützung an, wodurch viele Hunderte von Arbeitern um ihr Wahlrecht kamen. In diesem Kreise übertraf auch die Polizei sich selbst, indem sie den sozialdemokratischen Kandidaten für die ganze Wahlzeit unter ihre fürsorgende Obhut nahm. Auf den Dörfern wurde Auer stets von einem Gensdarmen, in den Städten von zwei uniformirten Polizisten begleitet, die ihm vom frühen Morgen bis zum späten Abend auf zehn Schritt Entfernung folgten. Nicht weniger als sechs sächsische Wahlen, in denen „Gesetz und Ordnung" ge-

siegt hatten, wurden später sogar von der bürgerlichen Mehrheit des Reichstags wegen des unverschämtesten Wahldrucks beanstandet.

Doch die Arbeiter wußten, was es galt, und sie waren entschlossen, die Generalprobe des Sozialistengesetzes als Männer zu bestehen. Die Vortragsreise, die Fritzsche und Viereck gemäß dem Beschlusse des Wydener Kongresses durch die Vereinigten Staaten gemacht hatten, brachte der sozialdemokratischen Wahlkasse das hübsche Handgeld von 13 000 Mark ein; sonst waren die proletarischen Massen auf ihre eigene Kraft angewiesen, gegen alle Gewalt und List der übermächtigen Gegner. Eine heiße Kampflust trieb sie über alle Hindernisse voran; als Fritzsche und Vahlteich nicht lange vor der Wahl nach Amerika auswanderten, wurden die bittersten Urtheile laut über diese ältesten Parteigenossen, die doch fast zwei Jahrzehnte immer im Vordertreffen gestanden haben. Viele der alten Führer waren in der einen oder der anderen Weise dem Sozialistengesetze zum Opfer gefallen; an ihre Stelle traten neue Männer, die wie von selbst aus den Massen emporwuchsen und, vor wenigen Monaten noch ganz unbekannt, den schwierigsten Aufgaben gerecht zu werden verstanden. Niemals noch war das Märchen von den „verführten Massen“, den Opfern „leichtfertiger Verführer“, so gründlich zerstört worden, wie bei dieser Wahl.

Am 27. Oktober gewann die Partei in der Hauptwahl 311 961 Stimmen. Es waren immerhin 125 197 Stimmen weniger, als bei den Attentatswahlen, aber auch nicht einem Gegner fiel es ein, den Unterschied gegen die Sozialdemokratie auszubeuten. Mehr als dreimalhunderttausend Stimmen für die seit drei Jahren mit allen Gewaltmitteln gehetzte, unterdrückte, verfolgte Sozialdemokratie, das hieß mit anderen Worten: das Sozialistengesetz ist ein Schlag ins Wasser gewesen. Der Berliner Korrespondent der Times meldete nach London die große Bestürzung, die „in den hohen und höchsten Regionen“ über den sozialdemokratischen Wahlerfolg herrsche. Engels aber schrieb erfreut aus London: „So famos hat sich noch kein Proletariat benommen.“

In der Hauptwahl war nur ein Mandat gewonnen worden: der Gärtner Stolle, ein alter Streiter noch von der Sächsischen Volkspartei her, hatte in Zwickau-Crimmitschau gesiegt. Doch verstanden es die „Ordnungsfreunde“, den Sieg zu eskamotiren, indem sie eine Anzahl sozialdemokratischer Stimmzettel mit Unrecht für ungiltig erklärten, so daß auch in diesem Kreise noch eine Stichwahl stattfinden mußte. Im Ganzen war die Sozialdemokratie an 22 Stichwahlen betheiligt. Voran standen in der Größe des Erfolges die drei Belagerungsgebiete: Stichwahlen in Berlin IV und VI, in Hamburg II und Altona, in der Stadt Leipzig, die noch nie zuvor so nachdrücklich berannt worden war: 30 171 Stimmen im Berliner, 30 087 Stimmen im Hamburg-Altonaer, 17 006 Stimmen im Leipziger Belagerungsbezirke. Nicht minder rühmlich hatte sich Breslau, das unter dem Sozialistengesetze zuerst die Fahne vorangetragen hatte, mit Stichwahlen in seinen beiden Wahlkreisen gehalten. Weiter standen zwei andere preußische Provinzialhauptstädte, Hannover und Magdeburg, zur Stich-

wahl, und im Rheinlande die Industriezentren Elberfeld=Barmen und Solingen. Im Königreiche Sachsen waren Glauchau=Meerane, Stollberg=Schneeberg und Leipzig=Land den infamen Wahlpraktiken der Gegner gerade noch knapp unterlegen. Stichwahlen standen, außer in Leipzig=Stadt und Zwickau=Crimmitschau, in Dresden=Altstadt, Freiberg, Mittweida und dem wichtigen Chemnitz an. In den mitteldeutschen Kleinstaaten war Reuß ä. L. halb erobert. Glänzend hatte sich der Maingau herausgepaukt mit Stichwahlen in Mainz, Frankfurt, Hanau, Offenbach, in Baiern wankte Nürnberg, das Hauptzentrum der bairischen Industrie.

Von den verlorenen Stimmen fiel ziemlich der dritte Theil auf das Königreich Sachsen. Es hatte ihrer seit den Attentatswahlen etwa 40 000 eingebüßt und war fast genau auf die Ziffer von 1874 zurückgeworfen worden. Doch dieser Theil der Verlustliste zählte keine Todten und keine Ueberläufer, sondern nur lauter Gefangene und Verwundete; sie kamen alle wieder, die Aermsten der Armen, die für den Augenblick der Hunger gelähmt und die Hungerpeitsche zerschlagen hatte. Aehnlich lag es mit den 6000 in Schlesien verlorenen Stimmen. Gründlicher hatte sich die Bewegung in den vorwiegend ländlichen Distrikten verschoben: in Schleswig=Holstein, wo die sozialdemokratische Stimmenzahl seit 1874 in dauerndem Abschwellen um mehr als zwei Drittel gesunken war, von 44 933 auf 14 109, in den ostelbischen Provinzen des preußischen Staats und in den Kleinstaaten nördlich des Mains. Dagegen hatte sich, wie der Maingau, so ganz Süddeutschland ausgezeichnet gehalten, obgleich die Polizeiwirthschaft in den süddeutschen Staaten längst in eine erfolgreiche Konkurrenz mit ihren preußischen und sächsischen Vorbildern getreten war. Hätte das Gesammtergebniß der Wahl den Stimmenverlust nicht schon in den Hintergrund gedrängt, so würde die feste Haltung des süddeutschen Proletariats und die Konzentration der Bewegung in den großen Industrieplätzen ihn ohnehin ausgeglichen haben. In diesem Sinne meinte Engels, die ihrer ökonomischen Lage nach revolutionäre Klasse sei jetzt der Kern der Partei geworden, die, über das ganze industrielle Deutschland gleichmäßig vertheilt, nun erst eine nationale Bewegung werde.

Die Bourgeoisie ihrerseits hatte ihrem ehemaligen Abgotte den zugedachten Denkzettel wirklich ertheilt. Die Fortschrittler und die Sezessionisten rückten über 100 Mann stark in den Reichstag ein; sowohl die konservativ=nationalliberale wie die konservativ=ultramontane Mehrheit war zertrümmert. Bismarcks Bestürzung verrieth sich zum Erbarmen in dem rathlosen Irrlichteriren, womit er für die Stichwahlen zu retten suchte, was noch zu retten war. Er schwatzte davon, als konstitutionell denkender Mann einem fortschrittlich=ultramontanen Koalitionsministerium das Feld räumen zu wollen und berief schleunigst einen seiner Geschäftsjuden, um ihm zu offenbaren, wie warm sein Herz stets für das Volk Israel geschlagen habe. Dann aber klagte er auch, die Bourgeoisie lohne ihn mit Undank, auf ihr Drängen habe er das Sozialistengesetz gemacht, das die Arbeiterklasse gegen ihn erbittere, ihm liege gar nichts daran, und er verzichte lieber heute als morgen darauf. Gleichzeitig bot sein Kommis Adolf

Wagner, in Verbindung mit Stöcker, den Berliner Sozialdemokraten ein politisches Geschäftchen an. Liebknecht, Bebel und Hasenclever sollten erklären, daß sie die arbeiterfreundliche Absicht der Regierung in ihrer Reformpolitik anerkännten, daß sie ernstlich gewillt seien, gemeinsam mit den sozialreformerischen Parteien in Frieden an der Besserung der wirthschaftlichen Verhältnisse zu arbeiten, und daß sie hofften, durch energische soziale Reformen die Revolution zu überwinden. Dafür versprachen Wagner, Stöcker und Genossen, bei den Stichwahlen in Berlin IV und VI für die sozialdemokratischen gegen die fortschrittlichen Kandidaten einzutreten und im gegebenen Falle für die Aufhebung des Sozialistengesetzes zu stimmen.

Wenn diese Verhandlungen nicht schon mit Vorwissen Bismarcks geführt worden sind, so fanden sie jedenfalls bei ihm verständnißinnigen Wiederhall. Das offiziöse Hauptblatt schlug den Takt dazu: Dank dem Sozialistengesetze finde die Bourgeoisie politische Verbündete in der Klasse der Arbeiter, ihrer wirthschaftlichen Erbfeinde, deren unbequeme Ansprüche auf ökonomischem Gebiete sie nach wie vor zu vereiteln suche. Dagegen hindere das Sozialistengesetz die Arbeiter, die wohlwollenden Absichten der Regierung zur Hebung ihrer Lage zu würdigen. Das sei für die Bourgeoisie eine angenehme Lage — so lange sie vorhalte. Von der staatsmännischen Auffassung der Regierung dürfe aber erwartet werden, daß sie durch Befriedigung der gerechten Arbeiterforderungen den gesunden Kern der sozialistischen Ideen verwirkliche, und dann sei das Sozialistengesetz überflüssig. Ungeschminkter konnte nun schon gar nicht geschachert werden.

Liebknecht, Bebel und Hasenclever antworteten, wie es der Ehre der Partei entsprach. Sie wiesen jeden Stimmenkauf zurück, dreitausend ehrlich gewonnene Stimmen seien ihnen lieber, als dreißigtausend erkaufte, sie könnten nicht die mit Erlaß des Sozialistengesetzes inaugurirte Wirthschaftspolitik der Regierung, die Vermehrung und Erhöhung der indirekten Steuern und Zölle auf nothwendige Lebensmittel, die Erhöhung der Militärlast und dergleichen mehr als arbeiterfreundlich anerkennen. Sie hätten nie abgelehnt, wie noch zuletzt ihre Haltung gegenüber dem Unfallversicherungsgesetze gezeigt habe, Reformvorschläge der Regierung ernsthaft zu prüfen und den Arbeiterinteressen gemäß umzugestalten, aber sie müßten ablehnen, mit reaktionären und deshalb volksfeindlichen Parteien gemeinsame Sache zu machen. Es sei eine ganz willkürliche Annahme, daß sie die gewaltsame Revolution *wollten*; sie hätten stets erklärt, daß gleichmäßige, gründliche und ganze Reformen einer Revolution, die andernfalls eine nothwendige Folge unserer politischen und ökonomischen Entwicklung sei, vorbeugen *könnten*; sie seien nicht verantwortlich für Dinge, die nicht von ihrem Willen und ihrer Macht, sondern vom Willen und von der Macht ihrer Gegner abhingen. Die Wirkung dieser mannhaften Erklärung war bezeichnend; die konservativen Schacherhelden proklamirten Stimmenthaltung für ihre Leute, trotzdem schnellten bei den Stichwahlen die Stimmen für Bebel in Berlin IV von 13 573 auf 18 979, für Hasenclever in Berlin VI von 10 629 auf 17 378 empor. Der fortschritt-

liche Gegenkandidat siegte in Berlin VI mit 569, in Berlin IV gar nur mit 51 Stimmen, wobei noch mancherlei Wahlmachenschaften der Unentwegten eine sehr fragwürdige Rolle spielten.

Sonst verliefen die Stichwahlen verhältnißmäßig günstig für die Partei. Das liberale Geschrei über massenhafte Unterstützung der sozialdemokratischen Kandidaten durch konservative Stimmen war im Ganzen ein Schwindel, wenn es auch in einzelnen Kreisen nicht ohne thatsächlichen Anhalt war. Ganz so dumm wie der liberale Spießer, der sich bei Stichwahlen die Finger an der eigenen Hand abhackt, blos um seinen moralischen Abscheu vor den kommunistischen „Theilern" zu bekunden, sind die ans Herrschen gewöhnten Konservativen nie gewesen. Im Wesentlichen waren es doch neue, durch den Ausfall der Hauptwahl elektrisirte Arbeitermassen, die bei den Stichwahlen ins Feld rückten. Gewonnen wurden 13 Sitze: Breslau I (Hasenclever), Breslau II (Kräcker), Hamburg II (Dietz), Solingen (Rittinghausen), Mainz (Liebknecht), Hanau (Frohme), Offenbach (Liebknecht), Nürnberg (Grillenberger), Mittweida (Vollmar), Freiberg (Kayser), Chemnitz (Geiser), Zwickau-Crimmitschau (Stolle) und Reuß ä. L. (Blos). Liebknecht nahm für Offenbach an, und Mainz ging in der Nachwahl verloren, so daß die sozialdemokratische Fraktion, 12 Köpfe stark, in den Reichstag eintrat.

Am Schlusse seines dritten Jahres war das Sozialistengesetz als gesetzgeberische Leistung ein zerrissener Fetzen Papier. Es kamen noch schwere Tage, aber das Schwerste war überwunden.

III. Der anarchistische Spuk.

Der sozialdemokratische Wahlerfolg beseitigte nun auch die letzten Zweifel an der Richtigkeit der eingeschlagenen Taktik. Unter der scheinbar alles zermalmenden Härte, womit das Sozialistengesetz gehandhabt wurde, waren solche Zweifel doch wieder hier oder da aufgetaucht; Berlin I und V, die beiden Wahlkreise der deutschen Hauptstadt, wo die Wahlaussichten am niedrigsten standen und Most den verhältnißmäßig größten Anhang gehabt hatte, waren sogar dem Wahlkampfe fern geblieben. Zudem fügte sich, daß gleichzeitig mit der Wahlschlacht der erste Hochverrathsprozeß vor dem Leipziger Reichsgerichte verhandelt wurde, der die ganze Hoffnungslosigkeit der „sozialrevolutionären" Aktion aufdeckte und übrigens jeden klassenbewußten Arbeiter anspornte, die unsägliche Korruption des Systems Bismarck mit jedem politischen Mittel zu bekämpfen.

Most war seit seiner Ausstoßung aus der Partei tiefer und tiefer gesunken. Er bekannte sich äußerlich zur anarchistischen Richtung, ohne auch nur ihr in irgend einem ernsten Sinne anzugehören. Den Inhalt der Freiheit bildete von der ersten bis zur letzten Zeile ein sinnloses Wuthschäumen, und die Agitationsschrift: Taktik kontra Freiheit, die Most im Herbst 1880 gegen die deutsche Sozialdemokratie richtete, war, in nicht ganz so tobender Sprache, doch nur ein konfuses

Durcheinander. Der Belgier Dave, ein gebildeter Schüler Proudhons und Bakunins, der selbst zur friedlich-harmlosen Richtung des Anarchismus gehörte und in diesem Sinne auf Most einzuwirken suchte, sagte von jener Schrift in seinem gebrochenen Deutsch: „Das hat keine Ahnung von anarchistischen Ideen. Die Broschüre ist ganz und gar eine jakobinistische, gemildert mit Blanquismus, mit Ideen von Blanqui." Der „Blanquismus" war aber auch nicht eigenes Fabrikat von Most, sondern ihm durch Hasselmann soufflirt worden, und zwar in dem Artikel der Freiheit, den der Spitzel Neumann nach London überbracht hatte.

Most hatte diesen Artikel am Schlusse seiner Broschüre gewissermaßen als ihren praktischen Fünftelsaft abgedruckt, und es hieß darin: „Es fällt uns nicht ein, den Arbeitern Deutschlands ‚Verschwörungsspielerei' zu empfehlen, mit geheimen Zentralleitungen und so weiter, denn dieses nützt nur dem finstern Treiben der Geheimpolizei. Aber vollkommen wirksam können wir uns organisiren, wenn in den vertrauten Kreisen je zehn und zwanzig genau bekannte Freunde zusammentreten, ohne durch Mitgliederverzeichnisse, Statuten und so weiter Anhaltspunkte zu Verfolgungen zu bieten, wenn diese freigebildeten Gruppen mit aller Energie durch Wort und Schrift die revolutionäre Idee verbreiten, wenn sie mit ihren Freunden und Gesinnungsgenossen im Militär stete Fühlung halten, wenn sie sich schließlich, Jeder auf eigene Hand, mit einem guten Hinterlader versehen. Viertausend derart organisirte und bewaffnete Sozialisten in der Reichshauptstadt Berlin und eine entsprechende Anzahl in den Hauptindustrieplätzen gesammelt — und Moltke soll die Nuß nicht leicht knacken." Hasselmann hatte, ehe er nach Amerika ging, die Adressen seiner spärlichen Anhänger an Most übergeben. Darunter waren namentlich einige Arbeiter in Frankfurt und Darmstadt, mit denen Most sofort anknüpfte; auch adressirte er seinen Freund Dave an sie, als sich dieser im November 1880 nach Deutschland begab, um literarische Beziehungen für ein Korrespondenzbureau zu suchen, das er zu gründen beabsichtigte, daneben auch wohl, um sich den deutschen Anarchismus einmal in der Nähe anzusehen. Er war peinlich überrascht, nichts davon zu entdecken, als ein paar geistig zurückgebliebene und politisch vollkommen unklare Arbeiter.

Nicht so kurzsichtig, wie der anarchistische Ideologe, war die preußische Polizei. Sie deutete Mosts blutdürstige Prahlereien viel richtiger und beeilte sich, ihn in ein dichtes Spitzelnetz einzuspinnen. In der Expedition der Freiheit saß der Spitzel Neumann als Mosts Vertrauensperson, während die Spitzel Wichmann und Wolff von Altona aus für das Blatt korrespondirten. Sie verfolgten mit dieser „schriftstellerischen" Thätigkeit verschiedene Zwecke: sie hoben die Nachsicht der „republikanisch gesinnten" Polizei in Hamburg gegen die Sozialdemokratie hervor, sie verleumdeten die sozialdemokratischen Abgeordneten in der schamlosesten Weise als Betrüger und Diebe an den Parteigeldern, sie entwarfen ein ungeheuerliches Schreckbild von der anarchistischen Bewegung in Deutschland, und endlich, aber nicht in letzter Reihe lieferten sie reiches Material für Puttkamers großen Zitatensack. So schrieb Wichmann nach dem gelungenen Attentat auf den

russischen Zaren: „Möge der Tag nicht mehr fern sein, wo ein gleiches Ereigniß uns von allen Tyrannen befreit! Wir bedauern nur, daß den andern Schuften ihr verdienter Lohn nicht gleichzeitig ausgezahlt worden ist.“ Und das war noch lange nicht der „sozialrevolutionärste“ Ausbruch. Wer begriffe da nicht „den sittlichen Abscheu und die tiefste Indignation“, womit Puttkamer im Reichstage an solche Perlen seines Zitatensacks nur zu denken wagte! Später haben Wolff und Wichmann ihre „schriftstellerischen“ Fähigkeiten gegen ihre eigenen Patrone gekehrt. Wolff bot seine „Memoiren“ der preußischen Polizeibehörde zu einem Honorar an, das nicht einmal für die erlesensten Meisterwerke der Weltliteratur gezahlt zu werden pflegt; er wurde von den Berliner Gerichten unter strengstem Ausschlusse der Oeffentlichkeit wegen Erpressung zu einem Jahre Gefängniß verurtheilt, nach seiner Entlassung aus Plötzensee in Altona wegen angeblicher Majestätsbeleidigung wieder verhaftet und am nächsten Morgen in seinem Gefängniß erhängt gefunden. Wichmann aber fing an zu plaudern, als ihm, nach seiner Entlarvung durch die Altonaer Arbeiter die Polizei keine Pension gewähren wollte, weil er nun für sie unbrauchbar geworden war. Auf diese Weise ist über die beiden Lumpen Genaueres bekannt geworden; selbstverständlich bildeten sie nur einen kleinen Bruchtheil der Spitzelbande, die nach dem Sozialistengesetze losgelassen wurde und im Verborgenen ihr schuftiges Handwerk betrieb.

Ehe noch Dave nach Deutschland kam, war sein Signalement in den Händen aller deutschen Polizeibehörden, und ebenso kannte die Frankfurter Polizei die paar Anhänger Mosts im Maingau. Dies halbe Dutzend armer Teufel bildete in Frankfurt, Darmstadt und noch ein paar Orten „Gruppen“, nicht etwa, um sich gute Hinterlader anzuschaffen, sondern um gemeinsam auf die Freiheit zu abonniren und Geld für Most zu sammeln; ganze fünf Mark führten sie wirklich nach London ab. Ihre größte That bestand darin, daß sie in der Nacht vom 18. auf den 19. Oktober 1880, kurz vor einem Besuche des Kaisers in Frankfurt, ein verbotenes Flugblatt in ein paar hundert Exemplaren verbreiteten. Nach seiner eigenen eidlichen Angabe kannte der Polizeirath Rumpf, der Leiter der politischen Polizei in Frankfurt und Umgegend, die Thäter, aber er verfolgte sie nicht, sondern warb den Schneider Horsch als Spitzel, der sich ins Vertrauen der „Verschwörer“ einschleichen sollte. Natürlich warnte Rumpf seinen „Vertrauensmann“ davor, sich aktiv an Mord- und Umsturzplänen zu betheiligen, wie das so die heitere Einleitung jeder polizeilichen Spitzelei ist, setzte ihn aber, ebenfalls nach altbewährter polizeilicher Methode, nicht auf Tage-, sondern auf Stücklohn, je nach der „Wichtigkeit“ der gemachten „Enthüllungen“. Horsch, ein bestrafter Dieb, der seine zahlreiche Familie hungern ließ und seinen Sündenlohn mit liederlichen Dirnen verpraßte, brauchte natürlich Geld, viel Geld, und rapportirte täglich „wichtigere“ Nachrichten: ein Mordattentat auf Rumpf selbst und einen geheimen Kongreß in Darmstadt oder Eberstadt, wo die gewaltsame Schilderhebung berathen werden sollte. Am 1. Dezember 1880 zog Rumpf dann das Netz zusammen; in Frankfurt und Umgebung wurden einige fünfzig

Personen verhaftet, in Augsburg Dave und auch in Berlin einige Freunde Mosts. Unter den Verhafteten befand sich Horsch, den Rumpf mit einsteckte, angeblich um ihn vor der Rache der Sozialisten zu schützen. Daß Rumpf damit ein in § 341 des deutschen Strafgesetzes mit Zuchthaus bedrohtes Verbrechen beging, scheint diesen sorgsamen Wächter der Gesetze nicht weiter gegrämt zu haben.

Schon in Frankfurt wurden in die Zellen der Verhafteten gemeine Verbrecher gesteckt, um sie auszuspioniren, und dies schöne System fand seine Fortsetzung in Berlin, wohin bald alle Verhafteten zusammengebracht wurden. Dem betrügerischen Bankerotteur Schnitzer, der namentlich auf Dave gehetzt wurde, sagte der Polizeikommissar Graf Stillfried, es komme auf 1000, ja auf 10 000 Mark nicht an, wenn Wichtiges entdeckt würde, und der Untersuchungsrichter Hollmann verhieß demselben Patrioten eine Herabminderung seiner Strafe im Gnadenwege. Die Verhafteten führten auch bittere Beschwerde über die Art, wie Hollmann ihre Aussagen protokollirte. Ihre große Mehrzahl mußte aber nach längerer Untersuchungshaft entlassen werden, da nicht einmal der Schein einer strafbaren Handlung gegen sie aufzufinden war, und dritthalb Monate nach dem großen Schlage erklärte auch Horsch, der Unrath witterte, eines schönen Morgens dem Untersuchungsrichter, er wolle entlassen werden, da er ja gar kein Verbrecher, sondern ein großer Patriot sei. Auf eine Anfrage Hollmanns antwortete Rumpf in drei Briefen von demselben Tage, worin er zwar die Spitzelei des Horsch zugestand, aber seinen „Vertrauensmann" wegen aktiver Betheiligung an der „Verschwörung" verdächtigen wollte und dabei bemerkte, daß ihm die Vernehmung des Horsch als Zeugen „mindestens nicht angenehm" sein würde. Das wurde dem Untersuchungsrichter nun doch allzu brenzlich, und er ließ den Horsch frei.

Die Verhandlungen dieses großen Hochverrathsprozesses, der inzwischen monatelang zum Frommen des Sozialistengesetzes ausgebeutet worden war, fanden vom 10. bis zum 21. Oktober 1881 statt. Vor den Schranken des Reichsgerichts erschienen noch 15 Angeklagte, und zwar 11 Süddeutsche, 3 Berliner und Dave. Von den Belastungszeugen, die mit Horsch an der Spitze aufmarschirten, sagte selbst die Magdeburgische Zeitung: Ist seit den Tagen der schwärzesten Reaktion je ein Prozeß vorgekommen, der unter den Belastungszeugen eine solche Fülle widerlicher bestrafter Subjekte, offenkundiger Spione der Polizei aufzuweisen hätte? Gegen Dave zeugte im Besonderen noch der Polizeirath Krüger, indem er über das Vorleben dieses Angeklagten Angaben machte, die Dave sofort Punkt für Punkt widerlegen konnte. „Sehen Sie, das ist Ihre Kunst und Wissenschaft", rief er dem Berliner Polizeigenie zu, und nachdem er noch ein paar nebensächliche Angaben Krügers berichtigt hatte, schloß er: „Es ist nur um zu beweisen, daß er gar nichts weiß." Krüger berief sich auf seine „Vertrauensmänner", die er im Staatsinteresse nicht nennen dürfe; die gloriose Methode, daß die Polizeibeamten auf ihren Eid nahmen, was ihnen Geister wie Horsch, Wichmann und Wolff gegen Stücklohn je nach der „Wichtigkeit" mit-

getheilt hatten, ging in diesem Prozeß aus ihrer altpreußischen Vergangenheit in ihre neudeutsche Gegenwart über.

Die Anklage „wegen Vorbereitung eines hochverrätherischen Unternehmens“ fiel natürlich platt zu Boden. Ein Theil der Angeklagten hatte verbotene Druckschriften verbreitet und somit gegen das Sozialistengesetz, vielleicht auch wegen des Inhalts dieser Druckschriften gegen einen oder den andern Kautschukparagraphen des Strafgesetzes verstoßen, aber das alles war keine Vorbereitung eines hochverrätherischen Unternehmens. Und ebenso wenig wäre es eine solche Vorbereitung gewesen, wenn die Angeklagten sich von dem Lockspitzel Horsch wirklich hätten verleiten lassen, ein Attentat gegen Rumpf oder einen geheimen Kongreß zu planen. So viel erkannte das Reichsgericht auch an, jedoch verurtheilte es 9 Angeklagte, und unter ihnen Dave, zu einer Gesammtstrafe von 19 Jahren Zuchthaus, indem es die „Vorbereitung eines hochverrätherischen Unternehmens“ daraus folgerte, daß die Verurtheilten im Sinne Mosts gehandelt hätten. Most aber plane das hochverrätherische Unternehmen, die moderne Gesellschaft mittelst Gewalt umzustürzen und also auch die Verfassung des Deutschen Reichs gewaltsam zu ändern. Von allem andern abgesehen, beruhte dies Urtheil auf einem groben juristischen Schnitzer. Der angezogene § 86 des deutschen Strafgesetzes war wörtlich aus dem preußischen Strafgesetze übernommen worden, und der preußische Staatsgerichtshof hatte Lassalle noch 1864 ohne Zögern freigesprochen auf den sonnenklaren Nachweis, daß ein hochverrätherisches Unternehmen nach Sinn und Wortlaut dieses Paragraphen eine nach Ort, Zeit und Umständen greifbare Realhandlung sein müsse, nicht aber nur irgend eine allgemeine, irgendwann, irgendwie und irgendwo auszuführende Absicht sein dürfe. Bei dem ersten Hochverrathsprozesse, den das deutsche Reichsgericht zu entscheiden hatte, übertraf es an unrichtiger Auslegung des Strafgesetzes schon den preußischen Staatsgerichtshof Manteuffelischen Ursprungs.

Das Urtheil erregte auch in bürgerlichen Kreisen peinliches Aufsehen. Da es aber dem bürgerlichen Klasseninteresse wider den Strich ging, zuzugestehen, daß der oberste Gerichtshof des Deutschen Reichs gleich bei der ersten Probe eines politischen Strafprozesses neun im Sinne der Anklage vollkommen unschuldige Männer zu entehrender Zuchthausstrafe verurtheilt habe, so half sich die liberale Presse damit, das Reichsgericht zu feiern, weil es den Zeugen Horsch für unglaubwürdig erklärt und daneben einen leisen Tadel der polizeilichen Machenschaften mehr angedeutet als ausgesprochen hatte. Jedoch als sich einige keckere Organe unterstanden, auf die Autorität des Reichsgerichts hin den Rumpf etwas schärfer anzufassen, wurden sie sofort wegen Beleidigung eines, wie Puttkamer im Reichstage sagte, „sehr ausgezeichneten und über jeden Verdacht erhabenen Beamten“ angeklagt und zu schweren Strafen verurtheilt.

Bei aller Sympathie mit den unschuldig Verurtheilten zeigte der Prozeß den Arbeitern klar, was bei der „sozialrevolutionären“ Taktik herauskam. Most selbst war inzwischen von den englischen Gerichten zu 16 Monaten Zwangs-

arbeit verurtheilt worden, weil er sich über die Tödtung des Zaren ungefähr in demselben Stile ausgelassen hatte, wie der preußische Polizeiagent Wichmann. Die Freiheit konnte sich in London nicht mehr halten und suchte eine Zuflucht in der Schweiz. Im Jahre 1882 erschien sie bei dem Drucker Wilhelm Bührer in Schaffhausen; die Druckkosten zahlte der Schreiner Schröder-Brennwald, der nach einer unbestrittenen Feststellung der Züricher Polizeibehörde im Dienste der Berliner Polizei stand und seine Kiste Dynamit mit sich führte, wie ein Probereiter seinen Musterkoffer.

Drittes Kapitel.

Frage und Antwort.

Die erste Periode des Sozialistengesetzes erstreckt sich über seine drei ersten Jahre. Sie enthält den siegreichen Widerstand der Partei, der in drei Etappen gleichmäßig und unwiderstehlich heranwächst. Die zweite Periode des Gesetzes währt fünfthalb Jahre und zerfällt gleichfalls in drei Abschnitte von ziemlich gleicher Länge. Es ist die Zeit der „milden Praxis", der Versuche, die Sozialdemokratie nicht mehr blos mit der Peitsche, sondern auch mit dem Zuckerbrote zu zähmen, die Zeit, wo auf dem Wege der Korruption erreicht werden soll, was auf dem Wege der Gewalt mißlungen war. Der erste Abschnitt dieser Periode reicht von der kaiserlichen Botschaft im Herbst 1881 bis zum Kopenhagener Kongreß im Frühjahr 1883, von der Frage des Kaisers an das Proletariat bis zur Antwort des Proletariats an den Kaiser.

I. Die kaiserliche Botschaft.

Am 17. November 1881 wurde der neue Reichstag durch eine Thronrede eröffnet, die in die feierliche Form einer kaiserlichen Botschaft gekleidet war.

Darin hieß es, daß die Unterdrückung sozialdemokratischer Ausschreitungen nicht genüge, sondern auch das positive Wohl der Arbeiter gefördert werden müsse. Die Unfallversicherungsvorlage werde, umgearbeitet an der Hand der früheren Verhandlungen, dem Reichstage von Neuem zugehen, und als Ergänzung eine Vorlage zur gleichmäßigen Organisation des gewerblichen Krankenkassenwesens. Aber auch die Erwerbsunfähigkeit durch Alter oder Invalidität bedürfe eines höheren Maßes staatlicher Fürsorge, als sie bisher gefunden habe. Der engere Anschluß an die realen Kräfte des christlichen Volkslebens und deren Zusammenfassung in der Form korporativer Genossenschaften unter staatlichem Schutz und staatlicher Förderung werde die Lösung von Aufgaben möglich machen, denen die Staatsgewalt allein in gleichem Umfange nicht gewachsen sei. Immer-

hin würde auch dabei die Aufwendung erheblicher Mittel nöthig sein, und ebenso weise die Durchführung der begonnenen Steuerreform auf die Erschließung ergiebiger Einnahmequellen aus indirekten Reichssteuern hin, wofür drückende direkte Landessteuern abgeschafft und die Gemeinden entlastet werden könnten. Der sicherste Weg dazu sei das Tabaksmonopol und die stärkere Besteuerung der Getränke, Bestrebungen, die nicht nur von fiskalischen, sondern auch von reaktionären Hintergedanken frei seien.

Diese „Staatsschrift von weltgeschichtlicher Bedeutung" war thatsächlich ein ziemlich plumpes Verlegenheitsmanöver Bismarcks. Ihn schmerzten noch alle Glieder von den Schlägen, die ihm die Bourgeoisie und weit mehr noch das Proletariat applizirt hatte. Er that Reu' und Leid vor den kapitalistischen Interessen, indem er diesen „realen Kräften des christlichen Volkslebens" eine neue Organisation versprach und ihr Händchen zuließ bei den „Sozialreformen", die der Staat auf eigene Faust nicht ausführen könne. Das Proletariat aber wollte er durch die für den alten, kranken und verunglückten Arbeiter verheißene Fürsorge über die furchtbaren Leiden hinwegtäuschen, welche die kapitalistische Produktionsweise über den gesunden und kräftigen Arbeiter verhängt. Und beiden Klassen suchte er reichlich strömende Finanzquellen abzulocken, wodurch er nach wie vor Herr der politischen Situation bleiben könnte. In gleichem Geiste war eine Vorlage gedacht, welche die Gewerbeordnung rückwärts revidiren sollte, halb im zünftlerischen und halb im polizeilichen Sinne, um das Kleinbürgerthum zu födern und die Machtmittel der Regierung zu stärken.

In diesem Rahmen bewegte sich für die nächste Zeit die praktische Politik Bismarcks. Bei der ersten Gelegenheit erklärte er sich gegen den gesetzlichen Arbeiterschutz und gab dadurch den kapitalistischen Interessen eine weitere Bürgschaft seines Wohlverhaltens. In dieser Beziehung heuchelte er wenigstens nicht, denn sein Haß gegen die Fabrikgesetzgebung entsprang der echtesten Profitsucht und entlud sich in den abgeleierten Tiraden, deren halbwegs unterrichtete Manchesterleute sich längst schämten. Die Provinzialkorrespondenz ging in der Erfüllung ihres Auftrags, dem Kapital ja nicht auf die Zehen zu treten, sogar soweit, daß sie im September 1882 der überraschten Mitwelt verkündete, der „wahre Sozialismus" bestehe darin, das Kapital zu schonen; wolle der Staat seinen Bedarf überwiegend dem großen Kapital entnehmen, so würde er den größten materiellen Hebel aller Zivilisation vernichten. Wegen dieses allzu kompromittirenden „Mißverständnisses" mußte sich das halbamtliche Blatt dann freilich acht Tage später selbst ohrfeigen. Die „lieben Brüder" Stöcker und Adolf Wagner dämpften ihren antisemitischen Zorn zu ebenso giftigen wie kindischen Ausfällen gegen die „Juden" Lassalle und Marx, die den arbeitsamen, fleißigen und uneigennützigen Fabrikanten als faulenzenden Ausbeuter verschrieen, aber den wahren Sitz der Ausbeutung, den spekulirenden Handel, sorgsam verschleiert hätten. Die Arbeiter selbst erhielten etwas freiere Bewegung in Schrift und Wort, um die neuen Heilsbotschaften zu vernehmen und auf sie zu schwören. Und um diesen

Botschaften die Weihe der Wissenschaft zu geben, wurde Rodbertus als ihr Schwurzeuge angerufen. Der Aermste hätte sich im Grabe umgedreht, wenn er den frivolen Mißbrauch seines Namens hätte hören können; Rudolf Meyer handelte durchaus im Geiste seines Lehrers mit den energischen Protesten, die er vom Auslande her gegen das Sozialistengesetz und die Bismärckische Wirthschaftspolitik richtete. Aber wer daran zweifelte, daß Rodbertus aus dem Jenseits diese menschenfreundliche Aera segne, wurde von Adolf Wagner niedergedonnert: Rodbertus habe erklärt, die Volkswirthschaft müsse Staatswirthschaft werden, und eben dies erfülle sich glorreich.

In der ersten Session des neuen Reichstags wurden die laufenden Geschäfte erledigt. Da die sozialdemokratische Partei sich als wirkliche Macht erwiesen hatte, so fand ihre parlamentarische Fraktion, obgleich sie nur ein Dutzend Köpfe zählte, im Reichstage einen ganz anderen Empfang als früher. Die Rücksichtslosigkeiten gegen sie, die bisher an der Tagesordnung gewesen waren, hörten auf, und ihre Redner kamen ausreichend zum Worte. Alle bürgerlichen Parteien begannen in „Arbeiterwohl" zu machen. Die liberalen Fraktionen brachten einen Antrag auf Revision des Haftpflichtgesetzes ein, der im Grunde zwar nur bezweckte, die Arbeiterversicherung der privaten Spekulation zu erhalten, aber der schon um des lieben Scheins willen wirkliche Verbesserungen jenes verpfuschten Gesetzes vorschlagen mußte; die Ultramontanen interpellirten die Regierung wegen Fortbildung der Fabrikgesetzgebung; nur die Konservativen, die von Wagener auf Stöcker gekommen waren, wußten nichts Besseres zu ersinnen, als eine obligatorische Wiedereinführung der Arbeitsbücher. Die sozialdemokratische Fraktion half gern dazu, die bürgerliche Arbeiterfreundlichkeit in die richtige Schmiede zu geleiten. Sie brachte den Antrag ein, die Regierung zur Beseitigung aller Ausnahmegesetze aufzufordern, und der Mehrheit des Reichstags, die jetzt aus lauter pathetischen Gegnern jeder Ausnahmegesetzgebung bestand, hätte dieser Antrag so willkommen sein müssen, wie er der politischen Lage angemessen war. Merkwürdiger Weise hämmerte diese Mehrheit aber das glühende Eisen nicht, sondern ging in weitem Bogen daran vorbei; keine bürgerliche Partei, auch die Fortschritts- und die Volkspartei nicht, wollte den sozialdemokratischen Antrag unterstützen; mit Mühe und Noth fanden sich ein Volksparteiler und ein paar Fortschrittler, um die fünfzehn Stimmen voll zu machen, die zur Einbringung eines selbständigen Antrags nothwendig waren. Dann wurde der Antrag auf die lange Bank geschoben.

In der Debatte über die Jahresberichte, die den kleinen Belagerungszustand in Berlin, Hamburg und Leipzig begründen sollten, sprachen diesmal Hasenclever und Blos als Redner der Partei. Sie schnitten nicht so gut ab, wie neun Monate früher Auer und Bebel, einzelne ihrer Aeußerungen führten zu lebhaften und scharfen Auseinandersetzungen im Sozialdemokraten. Immer aber gelang es ihnen, den Fechterkunststückchen Puttkamers durch die Parade zu fahren. Es war so recht in der Manier dieses Poseurs, daß er seine Nieder-

lage mit der Klage verdecken wollte, Hasenclever habe die Frage nicht aus „großen Gesichtspunkten“ aufgefaßt. Das fehlte gerade noch, die Polizeischurkereien der Horsch und Rumpf zu besingen, wie Vater Homer die Thaten Achills und Hektors besungen hat.

In der Frühjahrssession 1882 ging der Reichstag dann an seine „großen Geschäfte“. Bismarck pries das Tabaksmonopol, das selbst im willigen Bundesrathe nur mit 36 gegen 22 Stimmen angenommen worden war, über den grünen Klee. Er fürchte sich nicht vor dem sozialistischen Gedanken, der wie Goethe vom braven Reiter und vom guten Regen sage, überall seinen Weg finde. Wie großes Heil habe der Sozialismus dem Lande schon gebracht! Sozialistisch sei die Bauernemanzipation gewesen, sozialistisch sei jede Enteignung zu Gunsten der Eisenbahn- oder Wassergesetzgebung, sozialistisch sei die ganze Armenpflege, der Schulzwang, der Wegebau. Diese unglaubliche Unwissenheit, wenn es anders nichts Schlimmeres war, hatte nur einen mildernden Umstand und zwar darin, daß Bamberger und ähnliche liberale Weltweise begierig darauf eingingen, um das „sozialistische“ Tabaksmonopol „im Interesse der bürgerlichen Freiheit“ zu bekämpfen. „Sagen Sie richtig: im Interesse der bürgerlichen Ausbeutung“, warfen die sozialdemokratischen Abgeordneten dazwischen. Hauptredner der Fraktion war Vollmar, dessen in ihrer Art meisterhafte Jungfernrede den bürgerlichen Freunden wie den bürgerlichen Gegnern des Tabaksmonopols die Wege wies. Mit 276 gegen 43 Stimmen wurde der Entwurf abgelehnt.

Zugleich hatte die Regierung ein Kranken- und ein Unfallversicherungsgesetz vorgelegt. Beide standen in engem Zusammenhange, denn in noch weit höherem Maße, als in dem ersten Entwurfe, sollte die Unfallversicherung auf die Krankenkassen abgewälzt werden; nicht mehr eine vier-, sondern eine dreizehnwöchentliche Karenzzeit war vorgesehen. Die Reichsbank für Unfallversicherung ließ Bismarck fallen, an ihre Stelle sollten Betriebsgenossenschaften der Unternehmer treten. Wohl aber hielt er am Reichszuschusse fest, in der Höhe von 25 Prozent der zu leistenden Entschädigungen. Es war immer noch mehr, als die Bourgeoisie sich bieten lassen mochte. Zunächst beschäftigte sich der Reichstag mit der Vorlage über die Krankenversicherung, die nicht viel mehr als eine Verallgemeinerung des Hilfskassengesetzes von 1876 bedeutete. Eine Kommission gewerkschaftlich und politisch geschulter Arbeiter hätte in acht Tagen das Gesetz hieb- und stichfest hergestellt. Der Reichstag aber verhebdderte sich so, daß er nach zahllosen Kommissionssitzungen noch nicht fertig war. Kam es doch für die bürgerlichen Parteien darauf an, den Arbeitern möglichst sorgfältig jede Möglichkeit einer neuen Organisation zu versperren! Das Haus war nicht mehr zusammenzuhalten, ehe auch nur das Krankenversicherungsgesetz verabschiedet war, und um nicht wieder von vorn anfangen zu müssen, wurde die Session nicht geschlossen, sondern bis zum nächsten Winter vertagt.

Im Dezember 1882 trat der Reichstag wieder zusammen. Die sozialdemokratische Fraktion wollte diesmal die bürgerlichen Parteien in der fälligen

Debatte über § 28 des Sozialistengesetzes nicht so wohlfeilen Kaufes davonkommen lassen, wie bisher; sie beantragte eine Resolution, worin der Reichstag erklären sollte, daß die Verlängerung des kleinen Belagerungszustandes in Berlin, Hamburg und Leipzig nicht gerechtfertigt sei. Vollmar eröffnete die Debatte mit einer durchschlagenden Rede, die von dem stolzen Kehrreime wiederhallte: Wir sind die Sieger und ihr seid die Besiegten. Puttkamer antwortete unsäglich schwach, indem er ein paar Schnitzel aus dem großen Zitatensack ablas; die Ausweisungen aus Berlin, Hamburg und Leipzig sollten dadurch begründet werden, daß der Sozialdemokrat ketzerische Aeußerungen über das Gottesgnadenthum gemacht oder die Freiheit über Ehe und Familie in einer der bürgerlichen Heuchelei mißfälligen Weise geschrieben hatte. Mit all seinem leeren Pathos lockte Puttkamer nicht einmal die bürgerlichen Parteien hinter dem Ofen hervor; so raffte er sich zu dem Verzweiflungsstreich auf, die „kühnen" Anarchisten als die stärkere Arbeiterpartei herauszustreichen und alle holden Geheimnisse seiner schönen Polizistenseele in dem Trumpfe zu enthüllen: Most ist mir lieber als Sie.

Die bürgerlichen Parteien hätten nun gern die Debatte geschlossen. Aber sie mußten ihre Armesündersprüchlein herstottern, so gut oder so schlecht es ging, denn die sozialdemokratische Fraktion drohte, einen Schlußantrag mit einem Antrag auf Auszählung des beschlußunfähigen Hauses zu beantworten. Einigermaßen mannhaft sprach der Volksparteiler Köhl und neben ihm der Fortschrittler Wendt, ein Hamburger Lehrer, der sich offen als Republikaner bekannte. Die preußischen Fortschrittler, denen Bismarck eben in den Landtagswahlen eine böse Schlappe beigebracht hatte, schwatzten matt und nichtssagend, wenn sie sich auch nicht offen der sozialdemokratischen Resolution zu widersetzen wagten. Der Syrupsredner Hänel bot wieder verschämt eine Verschärfung des gemeinen Rechts als Ersatz für das Sozialistengesetz an, und der königstreue Patriot Eugen Richter verleugnete heftig das republikanische Bekenntniß seines Fraktionskollegen Wendt. Die Sezessionisten verkrochen sich hinter formale Ausreden, ebenso der ultramontane Redner Windthorst, der, selbst beschämt über diese klägliche Rolle, sich zu der komischen Drohung verstieg, die soziale Revolution mit dem Schwerte niederschlagen zu wollen. Noch erbärmlicher geberdete sich der polnische Junker Czarlinski, der sich bereit erklärte, die „Verirrungen" der Arbeiter an die Polizei zu verrathen. Die konservativen und die nationalliberalen Pagoden nickten einfach ihr Ja zu allen Puttkamereien, nur Stöcker that ein Uebriges und verlangte womöglich eine Verschärfung des Sozialistengesetzes. Gegen die fortschrittlichen und die volksparteilichen Stimmen wurde die sozialdemokratische Resolution abgelehnt.

Vorher hatte Grillenberger noch mit festem Griffe das sophistische Spinnengewebe Puttkamers zerrissen. Er fertigte die heuchlerischen Redensarten über die Heiligkeit der bürgerlichen Ehe und Familie so derbe wie treffend durch einen drastischen Hinweis auf die Mätressenwirthschaft der oberen Zehntausend ab; dann langte er sich einen von Bismarcks Söhnen, der damals eine verheirathete Frau entführt und auf eine Drohung des Alten mit dem dieser Familie eigenen

Heldenmuthe das verführte Weib verlassen hatte, um zu den väterlichen Fleischtöpfen zurückzukehren. Die in all ihrer Heiligkeit gekränkte Familie Bismarck schnob fürchterliche Rache, und auf eine telegraphische Depesche aus Berlin wurde umgehend ein harmloser Arbeiternotizkalender verboten, den die Nürnberger Genossenschaftsbuchdruckerei herausgab. Sie kam dadurch an den Rand des Konkurses, aber nur Thoren konnten sich einbilden, mit solchen Mitteln einen Mann, wie Grillenberger, zu schrecken. Ein Bild urwüchsiger Manneskraft, hatte sich der Führer der Nürnberger Arbeiter zu einem trefflichen Kämpfer auf parlamentarischem Boden entwickelt. Kundig, wie wenige, in allen Fragen der Arbeitergesetzgebung, immer bereit und fähig, in sachlichster Weise zu prüfen, was selbst von dieser Regierung dem Proletariate Gutes kommen konnte, war Grillenberger nicht minder voran, die Schlingen des Sozialistengesetzes zu zerreißen. Sein besonderes Interesse widmete er den berüchtigten Zwanziggroschenjungens, die den sozialdemokratischen Abgeordneten auf Schritt und Tritt, bei Tage und bei Nacht, ja bis in die Räume des Reichstags nachspitzelten. Als Grillenberger einmal die Regierung wegen dieses unwürdigen Treibens interpellirte, drückte sich Puttkamer, und der Staatssekretär v. Bötticher sagte mit der unschuldigsten Miene von der Welt: Mein Name ist Hase und ich weiß von gar nichts. Grillenberger verhieß, wenn der Unfug nicht aufhöre, einen der schmutzigen Spione leibhaftig auf dem Tische des Hauses niederzulegen, und er war der Mann, sein Wort zu halten; mehr als einmal sind die feigen Kanaillen vor seinen kräftigen Fäusten ausgerissen.

Hatte sich ein Theil der bürgerlichen Opposition noch dazu bequemt, die mißbräuchliche Anwendung des § 28 zu tadeln, so fiel auch dieser Theil fast vollzählig um, als am 11. Januar 1883 endlich der sozialdemokratische Antrag auf Beseitigung aller Ausnahmegesetze verhandelt werden mußte. Die Sezessionisten erfanden die alberne Finte, daß die Behandlung verschiedener Rechtsmaterien in einer und derselben Vorlage sich nicht empfehle, und auf diesem Seitenpfade trabten so ziemlich alle „prinzipiellen Gegner jeder Ausnahmegesetzgebung“ in die Büsche, an der Spitze der fortschrittliche Bullenbeißer Eugen Richter und der ultramontane Fuchs Windthorst. Auch die Frankfurter Zeitung, das Organ der Volkspartei, faselte von einer „verlorenen Schlacht“ der Sozialdemokratie, als ob die sozialdemokratische Fraktion von der Annahme ihres Antrags die sofortige Beseitigung der kirchen- und sozialpolitischen Ausnahmegesetze erwartet hätte! Was sie beanspruchte und beanspruchen konnte, war vielmehr nur, daß die Mehrheit des Reichstags ihren angeblichen Abscheu vor Ausnahmegesetzen offiziell bekunde. „Wir stehen auf dem Boden des Prinzips“, sagte Liebknecht in den ausgezeichneten Reden, womit er den sozialdemokratischen Antrag begründete, „wir verlangen, daß Sie sich auch auf diesen Boden stellen. Wer gegen unseren Antrag stimmt, bekennt sich als prinzipiellen Anhänger von Ausnahmegesetzen.“ Es gehörte eine schon sehr weit gediehene Verblödung des Geistes dazu, in der prinzipiellen Ausreißerei der bürgerlichen Opposition eine „gewonnene Schlacht“ zu erblicken.

Soviel hatte Bismarck mit dem Sozialistengesetz allerdings erreicht, daß zwar nicht der proletarische Sozialismus, aber wohl der bürgerliche Liberalismus und Radikalismus gelähmt war. Die Unentwegten, und in erster Reihe die Frankfurter Zeitung, bekamen alle den Staatsmannskoller, der durch die possierlichsten Sprünge die heimliche Angst um den geliebten Geldsack zu verdecken suchte.

II. Der Kongreß in Kopenhagen.

Die innere Kräftigung der deutschen Sozialdemokratie hatte seit den Reichstagswahlen von 1881 ununterbrochene Fortschritte gemacht. Das Bewußtsein, daß die Partei so kräftig lebe wie je, wirkte anfeuernd auf die Arbeitermassen, und in den Spalten des Sozialdemokraten fochten Vollmar und Bebel schon eine kleine Fehde über die Frage aus, ob das Ausnahmegesetz Alles in Allem nicht dem gemeinen Rechte vorzuziehen sei. Vollmar meinte, die Frage bejahen zu sollen, wogegen Bebel doch eine Reihe triftiger Einwände geltend machte.

Dieser Streit war vorläufig noch Zukunftsmusik; für die Gegenwart genügte, daß die Entwicklung der Partei von dem Sozialistengesetze unabhängig war. Sie besaß jetzt im Auslande einen starken Außenposten, der ihr völlige Freiheit der Bewegung gestattete. Die deutschen Sozialdemokraten in der Schweiz hatten sich zu einer festen Organisation zusammengefaßt, nachdem sie sich im Herbste 1880 auf einem Kongresse in Olten von ihren schweizerischen Gesinnungsgenossen friedlich-schiedlich getrennt hatten, und auch die Schweizerische Vereinsbuchdruckerei und Volksbuchhandlung, in welcher der Sozialdemokrat hergestellt wurde, war in den Besitz deutscher Parteigenossen übergegangen. Das Geschäft stand unter der technischen Leitung eines tüchtigen Fachmannes, des schweizerischen Buchdruckers Conzett, die deutsche Partei hatte darin fünf Vertreter. Es waren Eduard Bernstein, der seit dem Herbste 1880 die Redaktion des Sozialdemokraten führte, Julius Motteler, der die Expedition besorgte, der bisher in Dresden agitatorisch thätig gewesene Kaufmann Hermann Schlüter als Verwalter der Buchhandlung, endlich Leonhard Tauscher als Faktor und Richard Fischer als Metteur der Druckerei.

Seitdem Bernstein die Redaktion führte, hielt das während seines ersten Lebensjahres mitunter etwas schwankende Parteiorgan eine streng konsequente Richtung inne, mit einer Schärfe, die den Verfolgungen der Partei entsprach. Ob es in urkräftigen Ausdrücken des Zornes nicht manchmal mehr leistete, als gerade nothwendig war, das mochte fraglich sein; Bernstein selbst hat später einmal ehrlich gestanden, daß er, von den heimischen Verhältnissen losgerissen und der Atmosphäre des Exils überwiesen, durch den Konkurrenzkampf mit Mosts Freiheit in der Form seiner Polemik beeinflußt worden sei. Doch handelte es sich dabei allein um die Frage, ob nicht, wie Engels an Bernstein schrieb, die vorwiegende Anwendung des Hohnes und des Spottes die Gegner schärfer

verwunde, als die heftigsten Worte der Entrüstung sie verwunden könnten. Sonst war mit den stärksten Ausdrücken, die der Sozialdemokrat je gebraucht hat, der deutschen Polizeiwirthschaft gerade nur ihr Recht geschehen, und dies war auch die sehr entschiedene Ansicht der deutschen Arbeiter. Als Hasenclever und Blos Ende 1881 im Reichstage einige Redewendungen gebraucht hatten, die halb und halb als eine Verleugnung des Sozialdemokraten gedeutet werden konnten, entspann sich eine lebhafte Auseinandersetzung über die Schreibweise des Zentralorgans, die mit dem nahezu einstimmigen Votum des klassenbewußten Proletariats endete: Je kräftiger, desto besser! Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, auch Hasenclever und Blos, erkannte bei dieser Gelegenheit nochmals den Sozialdemokraten als offizielles Parteiorgan an, wobei sie nur den ganz selbstverständlichen Vorbehalt machte, nicht für jeden einzelnen Artikel oder Ausdruck haftbar zu sein.

In der Expedition des Sozialdemokraten bewährte Motteler als „rother Feldpostmeister" seine alten Organisationstalente. Was noch niemals in der Geschichte gelungen war, das gelang jetzt mit unübertrefflicher Leichtigkeit und Sicherheit: ein verbotenes Emigrantenblatt, dessen Verbreitung mit schweren Strafen bedroht war und dessen Wege von dem polizeilichen Heerbanne eines großen Staates besetzt waren, wurde allwöchentlich in vielen Tausenden von Exemplaren bis in die entlegensten Orte dieses großen Staates pünktlich vertrieben. Die Möglichkeit eines so beispiellosen Erfolges schufen freilich erst die modernen Produktions- und Verkehrsverhältnisse. Die Napfkuchen, die Schweizerkäse, die Kürbisse, die Gipsfiguren, die Zuckerhüte, in die gestopft der Sozialdemokrat angeblich die deutsche Grenze passiren sollte, gehörten in das Reich der Fabel. Die modernen Transportmittel und die moderne Technik machten solche altväterischen, für die zu transportirenden Mengen auch ganz unzulänglichen Methoden überflüssig. Der Schmuggel ins Reich bot überhaupt nicht die größten Schwierigkeiten. Viel wichtiger war die Weiterverbreitung und an den einzelnen Orten die Vertheilung an die Abonnenten und Leser. Das erforderte ein ganzes Heer energischer, geschickter, unbedingt zuverlässiger Parteigenossen, und ohne ein Massenaufgebot der pflichttreuen Soldaten, die durch die moderne Produktionsweise geschult waren und aus der Solidarität des modernen Proletariats ihre Kraft schöpften, hätte der Sozialdemokrat seine historische Aufgabe nicht vollbringen, hätte auch die Verbreitung von Flugblättern sich nicht zu einer immer schärferen Waffe der Partei entwickeln können. Jeder Einzelne dieser Tapferen bewährte einen Opfermuth und eine Ueberzeugungstreue, die um so fleckenloser strahlten, als sie nicht einmal durch die edelste menschliche Leidenschaft, die Begierde nach Ruhm, getrübt wurden. Die namenlosen Kämpfer wußten, daß „kein Lied, kein Heldenbuch" künden würde, wie sorgsam sie ihre, im Dienste ihrer Klasse übernommene Pflicht erfüllt hätten.

Solche Phalanx zu sprengen, war für die offizielle Polizei des Deutschen Reiches unmöglich; trotz der krampfhaftesten Anstrengungen. In Berlin allein

verzehnfachten sich die etatsmäßig angestellten Beamten der politischen Polizei innerhalb dreier Jahre, ungerechnet das ungezählte Heer der Spitzbuben, die gegen Stücklohn für die Vertheidigung der heiligsten Güter kämpften. Diese Bande überschwemmte namentlich auch die Schweiz, aber so leicht sie in die anarchistischen Konventikel eindrang, so sicher prallte sie an der sozialdemokratischen Organisation ab. Die schmähliche Methode der Polizei, arme, gehetzte, hungernde Arbeiter so lange zu martern, bis sie sich zu Verrätherdiensten bequemten, half auch nicht weit. Wurde gelegentlich ein Posten verbotener Schriften „geschnappt", so rückte sofort Ersatz nach, und es dauerte nie lange, bis der Verräther in der schwarzen Liste des Sozialdemokraten prangte und aller Schande Müh' umsonst war.

Ein Hauptfang gelang den Zürichern im November 1882, als sie mit dem Spitzel Schmidt auch dessen „amtliche" Korrespondenz ergriffen. Schmidt war ein betrügerischer, von den ordentlichen Gerichten steckbrieflich verfolgter Bankerotteur aus Dresden, den die Schweiz nach den bestehenden Verträgen ausliefern mußte, wenn die deutschen Behörden seine Auslieferung verlangten. Das Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte trug danach aber kein Verlangen, sondern benützte den Gauner als Lockspitzel unter den deutschen Sozialdemokraten in Zürich. Schmidt empfahl Attentate mit vergifteten Nadeln und überhaupt die Stiftung eines Attentatsfonds, was allein schon genügte, ihn denen verdächtig zu machen, die er bespitzeln wollte. Bei seiner Entlarvung fanden sich die zärtlich-vertraulichen Briefe vor, die der Kriminalrath Weller und der Polizeikommissar Paul in Dresden, sowie der Polizeiinspektor Kaltenbach mit dem notorischen Verbrecher als ihrem „Vertrauensmanne" gewechselt hatten, theilweise unter der Deckadresse eines höheren Postbeamten in Mülhausen. Aus diesen Schriftstücken erhellte dann auch die Art, wie Lockspitzel gezüchtet wurden, unbeschadet der feierlichen Verwarnung an alle polizeilichen „Vertrauensmänner", ja nicht zu Verbrechen aufzureizen. Nachdem der Appetit des Schuftes durch reichliche Vorschüsse gereizt war, wurde er an die Hungerkandare genommen, mit dem Bedeuten, daß neue Gelder nur „locker gemacht" werden könnten, wenn er „Wichtiges" zu melden habe. Es war nicht die Schuld des dummen Teufels, wenn all seine Lockspitzeleien keine „wichtigen" Attentate gezeitigt hatten. Aus Zürich hinausgepeitscht, floh er ins Deutsche Reich zurück, wo ihn die ordentlichen Gerichte, die sich nun nicht mehr unter die höheren Bedürfnisse der Polizei zu ducken brauchten, wegen betrügerischen Bankerotts zu vierjährigem Zuchthause verurtheilten.

Der Sozialdemokrat konnte nun schon den Spieß umkehren und ein „Verbrecheralbum" anlegen, worin er die in der deutschen Polizei herrschende Korruption aufdeckte. In Elberfeld-Barmen allein brachen darüber ein halb Dutzend polizeilicher Sozialistenhetzer so oder so den Hals, und der Oberbürgermeister klagte, daß sich Niemand mehr zu dem gefährlichen Amte der Staatsrettung hergeben wolle. Um dem Mangel abzuhelfen, wurden „bewährte Kräfte" von Auswärts gesandt, ein Polizeiinspektor Oehlschläger aus Altona mit noch einem

Komplizen, aber auch sie mußten schleunigst aus dem Wupperthale retiriren, da ein Berliner Ausgewiesener, den sie zu Spitzeldiensten ködern wollten, ihre Uriasbriefe sofort im Sozialdemokraten veröffentlichte. Dabei kamen gleich noch ein paar Lockspitzel an den Pranger, die seit längerer Zeit im bergisch-märkischen Proletariat gewühlt hatten.

Die politische Organisation der deutschen Arbeiterklasse war zertrümmert worden, aber ihre ökonomische Organisation konnte nicht vernichtet werden, es sei denn, daß die moderne Zivilisation aufgehoben wurde, der Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses, der die Arbeiterklasse vereint, schult und organisirt. Mit ihm waren tausend Wege der schnellen Verständigung eröffnet, ohne daß zu dem gefährlichen und zweischneidigen Mittel einer hierarchisch gegliederten Geheimorganisation gegriffen zu werden brauchte. Jeder gemeinsame Arbeitstag in den großen Werkstätten der modernen Industrie, jede Form geselliger Vereinigung, jeder Bildungs- und Leseverein, jeder Rauch- und Tanzklub, jeder sonntägliche Ausflug in Feld und Wald, jeder Spaziergang am Feierabend spottete der polizeilichen Anstrengungen, die sozialdemokratische Organisation zu zerbrechen. Geheim war diese Organisation, die sich je nach den örtlichen Verhältnissen in der verschiedensten Weise gestaltete und jeder Form des Angriffs ihren siegreichen Widerstand anzupassen wußte, nur insoweit, als sie geheim sein mußte, um dem Proletariat gleiches Recht mit den übrigen Bevölkerungsklassen zu sichern. Eben deshalb war sie moralisch so unüberwindlich, wie sie ökonomisch unzerbrechlich war.

Mit der neuen Wendung seiner Politik war Bismarck nun aber auch gezwungen, den Arbeitermassen größeren Spielraum zu lassen, als sie in den ersten Jahren des Sozialistengesetzes gehabt hatten. Sie mußten sprechen können, sei es auch nur, um ihm für seine „Wohlthaten" zu danken, um ihren „Verführern" zu fluchen, und nicht zuletzt, um die Bourgeoisie ins Bockshorn zu jagen. Bismarck spann denselben Faden, aber eine andere Nummer der polizeilichen Willkür. In seiner täppischen Weise bildete er sich ein, damit die Arbeiter fangen zu können. In der That statteten sie ihm ihren Dank ab, indem sie sofort jeden Fußbreit des ihnen eingeräumten, noch so schwankenden Bodens besetzten, aber nicht den Dank, den er beanspruchte, sondern den Dank, den er verdiente.

Mit dem Jahre 1882 nahm die gewerkschaftliche Bewegung einen neuen Aufschwung. Ganz hatte sie selbst durch das Sozialistengesetz nicht unterdrückt werden können. Den ersten größeren Lohnkampf unter dem Gesetze führten die Berliner Tischler im Frühjahr 1880, seit dem Ende dieses Jahres waren auch einzelne Fachvereine entstanden, und noch früher, fast unmittelbar nach dem Verbot der alten Gewerkschaftsblätter, einzelne Fachblätter. So der Wecker, den Bock in Gotha für die Schuhmacher gründete, so die Neue Tischlerzeitung und der Schiffbauerbote in Hamburg, der Gewerkschafter für die Tabaksarbeiter in Leipzig und andere mehr. Dann gab ein gewisser Aufschwung der Industrie, der sich im Anfange der achtziger Jahre bemerklich machte, der gewerkschaftlichen Bewegung einen starken Anstoß.

Als im März 1882 der Vergolder Ewald die Vorstände der Berliner Fachvereine zusammenberief, um eine Petition zu berathen, die der Regierung die Beschwerden und Wünsche der Arbeiter vortragen sollte, gab es solcher Vereine schon 18. Aus ihnen entstand das Generalkomite der Berliner Gewerkschaften, das eine lebhafte Agitation für den gesetzlichen Arbeiterschutz entfachte. Gleich in der ersten Arbeiterversammlung, die darüber berieth, wurde beschlossen, die Petition nicht an die Regierung, sondern an den Reichstag zu senden, auch ohne Bismarck werde sie an den parlamentarischen Vertretern der Arbeiterklasse kräftige Befürworter finden. Noch deutlicher trat der Geist, der die Berliner Arbeiter beseelte, in späteren Versammlungen hervor, in denen Hasenclever, Frohme und andere sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete mit stürmischem Jubel begrüßt wurden. Immerhin lavirte Ewald sehr vorsichtig, und die gehässigen Angriffe der fortschrittlichen Presse, die mit ihren abgetakelten Manchesterphrasen gegen die Petition ins Feld rückte, boten ihm auch einen ungezwungenen Anlaß, zunächst mit der Fortschrittspartei abzurechnen. So hofften Stöcker und Konsorten monatelang sich der Bewegung bemeistern zu können, sie schwangen sich sogar zu Angriffen gegen die Polizei auf, die mit der Auflösung der Arbeiterversammlungen gar zu schnell bei der Hand sei.

Lange währte der süße Traum natürlich nicht. Als die konservative Partei um die Jahreswende mit ihrem Antrag auf Einführung obligatorischer Arbeitsbücher ans Tageslicht kam, schoben die klassenbewußten Arbeiter die lahmen Proteste der fortschrittlichen Worthelden gleichmüthig bei Seite und brandmarkten den reaktionären Streich in geziemender Frakturschrift. In zwei großartig besuchten Versammlungen nannten die Berliner Arbeiter die Behauptung, daß die Arbeitsbücher vom Proletariat gewünscht würden, eine bewußte Lüge und erklärten, daß die Urheber dieses Antrags die Verachtung aller Arbeiter verdienten und an den Schandpfahl der Geschichte gehörten. Aehnliche Resolutionen faßten etwa hundert Arbeiterversammlungen, die von Rendsburg und Wilhelmshaven bis Nürnberg, München und Stuttgart stattfanden. Wo sich Stöcker und seine Kumpane vor Arbeitern blicken ließen, wurden sie mit lautem Gelächter weggefegt. Die Polizei wußte jetzt, woran sie war, und am 15. Februar 1883 bekam das Generalkomite der Berliner Gewerkschaften eine Anklage angehängt, weil die Fachvereine als politische Vereine durch ihre Verbindung das Vereinsgesetz übertreten haben sollten.

Trotz der „milden Praxis“ hatten die Verfolgungen der sozialdemokratischen Partei überhaupt nicht aufgehört. Der kleine Belagerungszustand in Berlin, Hamburg und Leipzig wurde am Tage seines Ablaufs regelmäßig erneuert, die Ausweisungen aus den drei Belagerungsgebieten dauerten ununterbrochen fort, die Arbeiterversammlungen wurden nach der Laune der Polizei ebenso gut aufgelöst wie gestattet, die Verbote von Druckschriften und Vereinen rissen nicht ab, und die Beschwerdekommission handhabte ihre „richterlichen Garantien“ so lustig wie je zuvor, wenn die Arbeiter, was seit geraumer Zeit nur noch in irgend

welchen Ausnahmefällen geschah, der Mühe für werth hielten, die „Reichsgalgenkommission" zu behelligen. Auch die Aufruhrs-, Hochverraths-, Majestätsbeleidigungs-, Aufreizungs- und sonstige Kautschukprozesse blieben auf der Tagesordnung. Es gehörte zum Wesen der „milden Praxis", daß die Arbeiter keinen Augenblick vergessen durften, unter welchem Damoklesschwerte sie lebten. Im Einzelnen wäre es auch zu viel behauptet, wenn man sagen wollte, daß die Justiz der Polizei erst nachgehinkt sei. Das würde namentlich nicht auf das Reichsgericht zutreffen, dessen politische Rechtsprechung seit dem ersten großen Hochverrathsprozesse bis tief in die bürgerlichen Kreise hinein ein immer peinlicheres Aufsehen erregte. Nur so viel darf gesagt werden, daß zwar nicht alle, aber viele Gerichte in den ersten Jahren des Sozialistengesetzes eine gewisse Reserve beobachteten. Es kamen manche Urtheile vor, die an die Attentatsperiode erinnerten, so wurden vom Juli 1880 bis zum Januar 1882 in Dresden über 90 Parteigenossen gegen 18 Jahre Gefängniß verhängt, aber in vielen Fällen blitzten die Polizeibehörden mit ihren Denunziationen bei den Gerichten ab, wie denn in Berlin bis Ende 1881 von 359 polizeilich denunzirten Sozialdemokraten nur 26 gerichtlich bestraft wurden.

Mochte sich nun aber auch die Partei gegenüber der neuen Taktik Bismarcks schnell zurecht finden, so machte sich doch in ihren Reihen das Bedürfniß geltend, auf einem neuen Kongresse eine völlig unzweideutige Stellung zu der seit dem Wydener Kongresse mannigfach verschobenen Lage der Dinge zu nehmen. Gab es keine prinzipiellen, so immerhin mancherlei taktische Meinungsverschiedenheiten, wie sie namentlich in dem Streit über die Haltung des Sozialdemokraten hervorgetreten waren. Zudem mußten die nächsten Reichstagswahlen vorbereitet werden, und das dritte Jahr, in dem nach dem Wydener Beschlusse spätestens ein neuer Kongreß zusammentreten sollte, war bereits angebrochen. Im August 1882 traten die Reichstagsabgeordneten und eine Anzahl Vertrauenspersonen zu einer dreitägigen Konferenz in Zürich zusammen, wobei die gesammte Lage der Partei einer gründlichen Erörterung unterzogen, und die Einberufung eines allgemeinen Kongresses fürs nächste Frühjahr festgesetzt wurde. Am 4. Januar 1883 forderte der Sozialdemokrat zur Wahl von Delegirten auf, die bis Ende Februar erfolgt sein müsse, worauf den Delegirten weitere Mittheilungen zugehen würden. Obgleich der Natur der Dinge nach sehr viele Personen Ort und Zeit des Kongresses erfuhren, wurde die deutsche Polizei doch vollständig getäuscht. Unter dem Befehle des Polizeiraths Krüger hielt ein Kordon von Spitzeln die schweizerische Grenze von Lindau bis Basel besetzt; als dann in deutschen Blättern die Nachricht auftauchte, daß der Kongreß im Norden tage, preschte Krüger nach London, um hier zu erfahren, daß der Kongreß in Kopenhagen getagt habe und bereits geschlossen sei. Die Polizei konnte ihre ohnmächtige Wuth über ihre greuliche Blamage nur noch dadurch bekunden, daß sie in Kiel und Neumünster mehrere heimkehrende Delegirte, darunter einige Reichstagsabgeordnete, wider Gesetz und Recht auf ein paar Stunden sistirte.

Der Kongreß hatte vom 29. März bis zum 2. April in sieben Sitzungen seine Geschäfte zur allseitigen Befriedigung seiner sechzig Delegirten erledigt. Von einem Mitgliede, das seit 1872 sämmtlichen Kongressen der Partei beigewohnt hatte, konnte festgestellt werden, daß noch auf keinem früheren Kongresse alle Parteibezirke so gleichmäßig vertreten gewesen seien, wie auf diesem. Die Gesammtlage der Partei erwies sich als in hohem Grade befriedigend. Innerhalb Deutschlands waren vom 5. August 1881 bis zum 28. Februar 1883 in den Sammelstellen 95 000 Mark eingelaufen, daneben nach Zürich für die verschiedensten Zwecke 20 729 Franken gesandt worden. In den drei Belagerungsgebieten war der Geist der Partei am ausgezeichnetsten, opferten die Genossen am großartigsten und besaß das Parteiorgan die stärkste Verbreitung. Ueber den Stand des Sozialdemokraten berichtete Richard Fischer: die Abonnentenzahl war seit dem Wydener Kongreß aufs Vierfache gestiegen, das Blatt deckte nicht nur seine Kosten, sondern konnte schon mit der Rückzahlung der ihm gemachten Vorschüsse beginnen.

Die Leitung der nächsten Reichstagswahlen wurde der Reichstagsfraktion übertragen, mit dem Rechte der Kooptation und der Befugniß, ein Subkomite zur Besorgung der Geschäfte einzusetzen. Sie erhielt den Auftrag, ein allgemeines Wahlmanifest und eine Instruktionsbroschüre zum Schutze gegen ungesetzliche Uebergriffe der Behörden und der herrschenden Klassen auszuarbeiten. Als Ziel der Wahlbetheiligung wurde nicht die Eroberung möglichst vieler Mandate, sondern möglichst zahlreicher Stimmen aufgestellt, demgemäß unter Beseitigung der offiziellen Wahlkreise die regste Wahlagitation empfohlen, wo immer es Parteigenossen gab. Die prinzipielle Haltung bei der Wahl blieb nach den Wydener Beschlüssen geordnet; ein Antrag auf absolute Stimmenthaltung bei Stichwahlen zwischen bürgerlichen Kandidaten fiel mit 24 gegen 34 Stimmen. Mit dem System, bekannte Kandidaten in möglichst vielen Wahlkreisen aufzustellen, sollte gebrochen werden; alle Kandidaten mußten nicht nur das Parteiprogramm unbedingt anerkennen, sondern sich auch verpflichten, an allen durch Gesammtbeschluß der Parteivertretung herbeigeführten Aktionen theilzunehmen.

Die Haltung des Sozialdemokraten wurde im Ganzen gebilligt, ebenso nach eingehender Aufklärung einzelner Punkte die Gesammthaltung der Reichstagsfraktion. In einer besonderen Resolution forderte der Kongreß ein „rücksichtsloses Vorgehen" der Partei und verwarf jede Nachgiebigkeit gegenüber den Verfolgungen der herrschenden Klassen, jede auf die Nachsicht der Behörden spekulirende Rücksichtnahme. Ueber die sogenannte Sozialreform im deutschen Reiche erklärte der Kongreß einstimmig ohne Debatte, daß er nach dem bisherigen Verhalten der herrschenden Klassen weder an ihre ehrlichen Absichten noch an ihre Fähigkeiten glaube. Vielmehr sei er überzeugt, daß die angebliche Sozialreform nur als taktisches Mittel benützt werde, um die Arbeiter vom richtigen Wege abzulenken. Wohl aber halte es der Kongreß für die Pflicht der Partei und ihrer parlamentarischen Vertreter, bei allen auf die ökonomische Lage des

Volks gerichteten Vorschlägen, gleichviel welchen Motiven sie entsprängen, die Interessen der Arbeiterklasse energisch wahrzunehmen, selbstverständlich ohne dabei auch nur einen Augenblick auf die Gesammtheit der sozialistischen Forderungen zu verzichten.

Dies war, klar, nett und rund, die Antwort des Proletariats auf die Botschaft des Kaisers.

Viertes Kapitel.

Wissenschaftliche Sammlung.

Noch eine traurige Pflicht war in Kopenhagen erfüllt worden, durch die Huldigung, die dem Andenken des Mannes gespendet wurde, der seit vier Jahrzehnten die proletarische Bewegung zweier Welten mit seinen gewaltigen Gedanken befruchtet hatte. Karl Marx war am 14. März 1883 gestorben. In seinem letzten Lebensjahrzehnt hatte er mit schweren Leiden zu kämpfen gehabt; vor ihm sanken seine Frau und seine älteste Tochter ins Grab; ernst und erschütternd klang dies große Leben aus. Doch es erlosch nicht in hoffnungsloser Nacht, wie einst das Leben eines Lessing oder eines Fichte, sondern im aufdämmernden Frühroth der besseren Zeit; die fortschreitenden Erfolge der deutschen Arbeiterklasse erhellten die Lebensneige von Karl Marx.

Sein Erbe übernahm Engels, der noch zwölf Jahre lang unermüdet für das internationale Proletariat gearbeitet und geschafft hat. Aus den von Marx hinterlassenen Manuskripten gab er den zweiten und dritten Band des Kapitals heraus, die den Mechanismus des Kontors und des Markts zerlegten, wie der erste Band den Mechanismus der Fabrik. Doch konnten diese Bände ihrem Inhalte nach nicht so tief und unmittelbar in die Arbeiterbewegung eingreifen, wie ehedem der erste Band; die Fülle neuer Erkenntniß, die in ihnen erschlossen war, ließ sich nur von theoretisch durchgebildeten Lesern bewältigen. Gemeinverständlicher war die Schrift, die Engels im Anschluß an Morgans Forschungen und an Vorarbeiten von Marx, doch im Wesentlichen als selbständige Arbeit über den Ursprung der Familie, des Privateigenthums und des Staats herausgab; sie füllte die eine große Lücke in der welthistorischen Auffassung des Kommunistischen Manifestes aus und gab dem wissenschaftlichen Kommunismus mit der lichtvollen Aufdeckung der menschheitlichen Urgeschichte eine neue Stütze. Immer aber gehörte der größere Theil der fruchtbaren und reichen Arbeit, die Engels in seinem letzten Lebensjahrzehnt vollbracht hat, den praktischen Bedürfnissen des proletarischen Klassenkampfes. In unzähligen Aufsätzen, Briefen und Unterhaltungen berieth er die Arbeiterparteien aller Länder; alle Mühsal, die ihm daraus erwuchs, war ihm eine unabweisliche, augenblicklich zu er-

füllende Pflicht. Hatte er sein Lebenlang etwas im Schatten von Marx gestanden, so lohnte ihn jetzt ein frisch blühendes Greisenalter in reicher, wie er selbst mit der echten Bescheidenheit des großen Denkers meinte, überreicher Fülle.

Seine Schrift gegen Dühring hatte mitten in dem tobenden Kampflärm, der die ersten Jahre des Sozialistengesetzes erfüllte, langsam in einzelnen hellen Köpfen zu wirken begonnen; eine populäre Zusammenstellung ihrer wichtigsten Kapitel, die Engels zur Zeit des Kopenhagener Kongresses herausgab, um die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft in ihren großen Zügen darzulegen, wurde nun schon in einer starken Auflage heißhungrig von den Massen verschlungen, bald auch mit ähnlicher Wirkung in die Sprache aller Länder übersetzt, wo es eine Arbeiterbewegung gab. Höchbergs wissenschaftliche Zeitschriften waren eingegangen, obgleich namentlich das Züricher Jahrbuch in seinen späteren Bänden eine fortschreitende Entwicklung bekundet hatte; so lange die Partei um ihr politisches Dasein ringen mußte, schob sie alle Theorie zurück. Nach den Wahlen von 1881 drängte die wundervolle Spannkraft, die in der modernen Arbeiterbewegung lebt, um so stärker zur wissenschaftlichen Sammlung. Das Heer, dem noch ein langwieriger Krieg bevorstand, bedurfte der Rüst- und Zeughäuser, um alte Waffen zu schärfen und neue Waffen zu schmieden; die Gründung eines Parteiarchivs war schon in Wyden erwogen, in Kopenhagen mit verstärktem Nachdruck beschlossen worden; es fand in Schlüter einen sehr findigen Pfleger.

In dieser Beziehung, wie in allen anderen, täuschte das Sozialistengesetz die verblendeten Erwartungen seiner Urheber. Nicht mit Unrecht klagten die Manchestermänner, der verfolgte Sozialismus sei ein „großer Herr" geworden, dem alle Welt den Hof mache. Gewiß lief dabei viel Schwindel mit unter, wofür schon die Verbeugungen Bismarcks vor dem Sozialismus hinlänglich zeugten. Jede schäbige Maßregel der fiskalischen Plusmacherei oder der bürgerlichen Profitwuth wurde als Sozialismus verherrlicht, sobald nur der Arm des Staates dazu diente, sie durchzuführen. Aber ungestraft spielt Niemand mit diesem Feuer, und was noch an wissenschaftlichem Gewissen in der bürgerlichen Gelehrsamkeit lebte, empörte sich gegen den Humbug. Manche junge Forscher veröffentlichten verdienstliche Arbeiten über die Lebenslage des deutschen Proletariats; einzelne davon, wie Emanuel Hans Sax und Schnapper-Arndt, bekannten sich ehrlich zu den Anregungen, die sie durch Engels und Marx empfangen haben. Mit tiefen Einblicken in die historische Entwicklung und das typische Wesen der kapitalistisch ausgebeuteten Hausindustrie schilderte Sax thüringische Bezirke, Schnapper-Arndt fünf Dorfgemeinden auf dem Hohen Taunus; ihre Bilder waren bei aller Sorgfalt der Untersuchung mit der schöpferischen Kraft entworfen, die den wissenschaftlichen Forscher von dem gelehrten Handwerkspöbel trennt. Aber auch das Spiel dieses Pöbels mit Rodbertus erwies sich als zweischneidig. Ueber einen so harten Knorren, wie Rodbertus doch immer gewesen war, stolperte die akademische Jugend, die auf ihn dressirt wurde: die feilen Streber plumpsten lieber gleich

in den Bismärckischen Sumpf, indem sie fanden, daß Rodbertus mehr als Marx sein möge, aber Bismarck entschieden noch viel mehr als Rodbertus sei, die wirklichen Talente aber retteten sich auf die ebene Erde des wissenschaftlichen Kommunismus. So namentlich Max Schippel, ein geborener Chemnitzer, der gleich in seinem literarischen Erstling über das moderne Elend und die moderne Ueberbevölkerung eine werthvolle Arbeit gab und schnell die materialistische Geschichtsauffassung beherrschen lernte.

Mehr als ihren begabtesten Nachwuchs konnte der wissenschaftliche Kommunismus der offiziellen Gelehrsamkeit nicht entreißen, die eben weil sie offizielle Gelehrsamkeit ist, sich nicht vom Boden des bürgerlichen Klassenstaats zu lösen vermag. Nur wenige Jahre, und die deutschen Universitäten erklärten sich noch unter dem Sozialistengesetze zu Werkzeugen der Klassenherrschaft. Als Konrad Schmidt, ein junger Königsberger aus altdemokratischer Familie, sich als Privatdozent mit einer Schrift einführen wollte, die ein Problem des wissenschaftlichen Kommunismus in rein spekulativ-theoretischer Form mit großem Scharfsinne behandelte, wurde ihm überall bedeutet, daß ein „Marxist“ an deutschen Hochschulen nicht geduldet würde. Die sozialdemokratische Partei brauchte nicht erst bei diesem Anlasse zu erfahren, daß die Freiheit der Wissenschaft auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft eine sinnlose Redensart ist. Sie hatte sich längst ihre wissenschaftlichen Waffenschmieden im eigenen Lager errichtet. Nach bewährter Gewohnheit war sie dabei von ihren nächsten Bedürfnissen ausgegangen; ihre erste Stätte theoretischer Erörterung wurde ihr Züricher Zentralorgan, dessen Aufgaben sich wandelten, seitdem den deutschen Arbeiterblättern einige Bewegungsfreiheit eingeräumt worden war.

Es kam jetzt nicht mehr in erster Reihe darauf an, den brutal gehetzten, unterdrückten und verfolgten Arbeitern die Leidenschaft des Kampfes einzuflößen und eine revolutionäre Sprache zu führen, die der reaktionären Verfolgungswuth entsprach. Vielmehr trat die andere Aufgabe in den Vordergrund, das Spiel der offiziellen Sozialdemagogie zu durchkreuzen, die Partei über die ökonomisch-sozialen Strömungen in Gesellschaft und Staat aufzuklären, mißverständliche Schlagworte in das richtige Licht zu stellen, wie den „Kampf gegen das Manchesterthum“, der einmal seinen guten Sinn gehabt hatte und wieder seinen guten Sinn haben konnte, damals aber die deutsche Arbeiterklasse in eine bedenkliche Waffenbrüderschaft mit den schmutzigsten Elementen des herrschenden Ausbeuterthums zu bringen drohte. Ueber alle diese Fragen konnten die deutschen Arbeiterblätter nicht mit der nöthigen Offenheit sprechen, ohne sofort dem Beile des Sozialistengesetzes zu verfallen. So zerfetzte der Sozialdemokrat in einer Reihe lehrreicher Artikel das Märchen vom sozialen Königthum, die jammervollen Gaukeleien der Stöcker und Wagner, die unsinnige Vorstellung, als ob jede „Verstaatlichung“ ein Schritt zum Sozialismus sei. Er wies nach, daß die ökonomische Aufgabe der Sozialdemokratie zur Zeit, wo sich der Staat in den Händen der schlimmsten Arbeiterfeinde befinde, nicht darin bestehen könne, den

Einfluß des Staates zu verstärken und sein Machtgebiet zu erweitern, sondern nur darin, die proletarischen Klasseninteressen zu fördern und zu wahren. Sein Hauptaugenmerk aber müsse das klassenbewußte Proletariat unter den obwaltenden Umständen darauf richten, politische Macht und politische Rechte zu erobern.

Für diese aufklärende Thätigkeit war Eduard Bernstein mindestens ebenso geeignet, wie für die revolutionirende Thätigkeit des Sozialdemokraten. Er stammte aus einer armen jüdischen Familie in Berlin, sein Vater war Lokomotivführer auf der Anhalter Bahn, sein Oheim der politische Leiter der Volkszeitung, in geistig angeregter und anregender Umgebung wuchs er auf, in einem Milieu, in dem sich politische, religiöse, soziale Interessen verschiedenster Art kreuzten. Die Mittel seiner Eltern gestatteten ihm den Besuch des Gymnasiums nur bis zum Zeugniß für den einjährigen Militärdienst, dann war er zwölf Jahre lang in einem Bankgeschäfte thätig. Im Jahre 1872, im Alter von 22 Jahren, schloß sich Eduard Bernstein nach manchem Tasten der sozialdemokratischen Partei an, sofort als praktischer Agitator, der Eifrigsten einer unter den damaligen Eisenachern in Berlin. Er theilte die theoretische Unklarheit dieser Fraktion und kam in nahe Beziehungen zu Dühring und Höchberg; über den wissenschaftlichen Kommunismus wurde er sich erst klar, als er im Winter von 1878 auf 1879 die Streitschrift von Engels gegen Dühring studirte. Im Herbst 1880 machte ihn eine Reise nach London persönlich mit Marx und Engels bekannt; nach Zürich zurückgekehrt, übernahm er vorläufig die Redaktion des Sozialdemokraten, um sie dann endgiltig zehn Jahre lang zu führen.

Bernstein hat es verstanden, das Blatt als Organ der Gesammtpartei zu erhalten und ihm zugleich eine bestimmte, feste, klare Richtung zu geben, die allen taktischen Anforderungen gerecht wurde, ohne doch das Prinzip zu verletzen. Fast in keiner, jedenfalls in keiner entscheidenden Frage, die der politische Tageskampf eines Jahrzehnts aufwarf, ist der Sozialdemokrat auf einen Seitenweg abgeirrt. Aus seiner agitatorischen Zeit war Bernstein viel zu vertraut mit den Bedingungen des proletarischen Klassenkampfes, um sie je zu verkennen, aber gründlich und langsam schaffend, eine nachdenkliche Natur, selbst mit einem leisen Anfluge von Skepsis, der das relative Recht der Gegner eher zu hoch, als zu niedrig einschätzte, liebte er den Kampf nicht um des Kampfes willen, war er stets zu jeder fruchtbaren Diskussion bereit. Berathen von Engels, hat Bernstein durch seine Leitung des Sozialdemokraten mindestens ebensoviel zur theoretischen Aufklärung der deutschen Arbeiterklasse beigetragen, wie zu ihrer praktischen Schulung.

Ergänzt wurde diese theoretische Aufklärung durch die Neue Zeit, eine wissenschaftliche Monatsschrift, die vom Januar 1883 ab in Stuttgart erschien. Hierher hatte sich Dietz nach seiner Vertreibung aus Hamburg-Harburg zurückgezogen und die Trümmer der Leipziger Genossenschaftsbuchdruckerei übernommen, die durch die polizeilichen Verfolgungen auf einen Werth von 10000 Mark herunter drangsalirt worden war, von einem zehnfach so hohen Werthe, den sie

beim Erlaß des Sozialistengesetzes gehabt hatte. Auch im Schwabenlande, das sich seit der Attentatsperiode eine recht niedliche Polizeiwirthschaft zugelegt hatte, wurde Dietz mit argen Schereien empfangen, doch ganz konnte sein neues Unternehmen nicht todtgeschlagen werden.

Die Redaktion der Neuen Zeit übernahm Karl Kautsky, ein geborener Prager. Er stammte aus einer internationalen Künstlerfamilie, in seinen Großeltern von väterlicher Seite mischte sich polnisches und tschechisches, von mütterlicher Seite italienisches und deutsches Blut, sein Vater war ein bekannter Maler, seine Mutter hat sich durch eine Reihe trefflicher sozialer Romane einen rühmlichen Namen gemacht. Dank seiner tschechischen Abstammung wurde Karl Kautsky durch die Quälereien seiner deutschen Schulkameraden früh in die Opposition gedrängt, in der Benediktinerabtei Melk, wo er einen Theil seiner Erziehung erhielt, lernte er die Pfaffenwirthschaft kennen und hassen, dann ergriff ihn mächtig die Erhebung und der Fall der Pariser Kommune. Als er in der Mitte der siebziger Jahre zur Universität abging, stand sein Entschluß fest, daß sein Leben der Partei gehören solle. Sein Lieblingsfach war die Geschichte, daneben trieb er eifrig Naturwissenschaften und studirte den Sozialismus, zunächst an den französischen Quellen. Das Stück Utopismus, das er von daher überkommen hatte, seine genaue Kenntniß des Darwinismus und der Einfluß Albert Langes veranlaßten ihn zu seiner ersten Schrift, über die Bevölkerungsfrage im Zukunftsstaate. Sie war gerade druckfertig, als Hödel in die Luft schoß. Das Sozialistengesetz schädigte die österreichische Arbeiterbewegung, die nach ihren ersten stürmischen Anläufen verkümmert war und mühsam im Schlepptau der deutschen Bewegung segelte, ärger als diese; im österreichischen Proletariat fand Most ein verhältnißmäßig ergiebiges Rekrutirungsfeld. Trotz wiederholter Versuche gewann Kautsky auf seinem heimathlichen Boden nicht den nöthigen Spielraum für eine Thätigkeit, die seinen Fähigkeiten und Neigungen entsprochen hätte. Sein Leben nahm dann die entscheidende Wendung, als Höchberg ihn im Januar 1880 nach Zürich berief, zum Mitarbeiter an seinen Zeitschriften. Wie Bernstein, so befreite sich nun auch Kautsky von allen Resten theoretischer Unsicherheit durch das Studium des zwischen Dühring und Engels geführten Streits. Höchberg hatte einen guten Blick gehabt, als er Bernstein und Kautsky zu seinen literarischen Gehilfen wählte, nur dies Eine hatte er übersehen, daß sie nicht wie er als Philanthropen, sondern als Rebeller zur Partei gekommen waren. Beide wuchsen ihm schnell über den Kopf, die Trennung erfolgte in persönlich freundschaftlicher, aber grundsätzlich entschiedener Weise.

Unter der Redaktion Kautskys vertrat die Neue Zeit von vornherein den „Marxismus", die einheitliche und geschlossene Weltanschauung, die von Marx und Engels begründet worden war. Nicht jedoch in irgend einem dogmatisch-ausschließlichen Sinne, der am wenigsten „marxistisch" gewesen sein würde. Weit entfernt zu sagen, daß der „Marxismus" überhaupt das letzte Wort der Menschheit sei, hielt Kautsky nur darauf, daß der „Marxismus" in der Neuen Zeit

sein letztes Wort sprechen könne. Ehe eine Weltanschauung überwunden werden kann, muß sie sich historisch ausgelebt haben, und wie relativ immer die Wahrheit sein mag, die ihr innewohnt, so steht eine solche relative Wahrheit hoch über der absoluten Unwahrheit der Konfusion, die überhaupt nicht logisch zu denken vermag. Geschult durch vielseitige Studien und ganz frei von der herkömmlichen Literateneitelkeit, die um gegenseitigen Lobhudelns willen mantscht und mantschen läßt, schied Kautsky in mühsamen Arbeiten, mit unerbittlicher Kritik den „Marxismus“ in seiner historischen Eigenthümlichkeit aus dem Wuste des Allerweltssozialismus, der sich um ihn gehäuft hatte. Des Rathes von Engels erfreute er sich in noch höherem Grade als Bernstein; seit 1884 leitete er die Neue Zeit von London aus.

Hatte diese Monatsschrift ihr Schwergewicht in der historischen und ökonomischen Forschung, so beschäftigte sich das Recht auf Arbeit, eine Wochenschrift, die Louis Viereck in München herausgab, vorwiegend mit praktischer Sozialpolitik, mit den Fragen der Arbeiterschutzgesetzgebung und der Gewerkschaftsorganisation. Seit dem Jahre 1882 bemühte sich Viereck in der bairischen Hauptstadt einen belebenden Mittelpunkt für die Parteipublizistik innerhalb der deutschen Grenzen herzustellen; in der Süddeutschen Post und einer Reihe von Kopfblättern, die vom Rheine bis zum Pregel an den verschiedensten Orten erschienen, schuf er einen kleinen Blätterwald, den die Nachtfröste des Sozialistengesetzes oft genug verheerten, aber doch nicht zerstörten. Die geistig leitende Kraft dieser Unternehmungen war Bruno Schönlank, ein junger Thüringer, der auf deutschen Universitäten gelernt hatte, was sie lehren konnten, und daneben vieles, was sie nicht lehren konnten, ein rascher und rüstiger Arbeiter, den ein glänzendes Formtalent und eine reiche Bildung vor aller Verflachung des publizistischen Kleinkriegs schützten.

Aus unscheinbaren Anfängen, in Wetterschein und Regenguß, erwuchs der Partei eine wissenschaftliche Literatur, die einen bedeutenden Fortschritt über ihren geistigen Stand in den siebenziger Jahren bekundete. Man konnte diesen Fortschritt messen, wenn man Kautskys populären Auszug aus dem ersten Bande des Kapitals mit Mosts entsprechender Pfuscherei verglich, die zehn Jahre früher vollgiltigen Kurs in der Partei gehabt hatte. Die Pächter der bürgerlichen Weisheit glaubten die junge Saat mit stupiden Redensarten über „fanatische Epigonen“ niederhageln zu können; als ob ein anmaßliches und unfähiges Epigonenthum nicht vielmehr das naturnothwendige Erbe der Klasse wäre, die ihre Ideale auf dem Trödelmarkte verschachert hatte.

Fünftes Kapitel.

Peitsche und Zuckerbrot.

Der zweite Abschnitt in der zweiten Periode des Sozialistengesetzes dauerte ebenfalls anderthalb Jahre. Er reichte vom Frühjahr 1883 bis zum Herbste 1884 und erledigte praktisch, was im ersten Abschnitte dieser Periode durch die Frage des Kaisers und die Antwort des Proletariats prinzipiell erledigt worden war: Bismarck machte seine „Sozialreform" und die Sozialdemokratie quittirte darüber in den Wahlen.

Die Handhabung des Sozialistengesetzes war in diesem Zeitraum ungefähr dieselbe, wie in dem vorhergehenden, höchstens daß die Peitsche noch etwas lässiger regiert und das Zuckerbrot noch etwas reichlicher ausgestreut wurde. Die Anklage gegen das Generalkomite der Berliner Gewerkschaften nahm einen glimpflichen Ausgang, Ewald und seine Genossen wurden zu kleinen Geldstrafen verurtheilt, die Fachvereine aber nicht geschlossen. Und als sich die Berliner Arbeiter im Jahre 1883 zum ersten Male an den Gemeindewahlen betheiligten, die zwar auch nach dem Dreiklassenwahlsystem stattfanden, aber sich dadurch von den Landtagswahlen unterschieden, daß jede Klasse ihre eigenen Vertreter wählte, wurden sie wenig behindert. Die jämmerlich-unwürdigen Klagen der Fortschrittler darüber beschied Puttkamer in seiner pompösesten Attitüde: „Wer giebt uns das Recht, wenn hier bei den Kommunalwahlen, sagen wir einmal der vierte Stand sich zusammenthut und ganz bestimmte Beschwerden vorzubringen hat, solche Leute unter die Paragraphen 1 und 9 des Sozialistengesetzes zu subsumiren? Das würde eine flagrante Gesetzesverletzung sein." Seit dem Januar 1884 konnte auch ein Arbeiterorgan, das Berliner Volksblatt, täglich erscheinen. Daneben aber wurden 1883 in Berlin 46, 1884 gar 80 Arbeiterversammlungen aufgelöst. Aehnlich wie in der Hauptstadt stellte sich das System von Peitsche und Zuckerbrot im ganzen Reiche dar.

Auf die Arbeiter machte es einen Eindruck, der den Wünschen Bismarcks und Puttkamers schnurstracks widersprach. Der Sozialdemokrat kennzeichnete es mit den Worten, die Regierung wolle die Arbeiter dressiren, daß sie einmal gegen den Liberalismus als Wadenkneifer losführen und dann wieder, wenn ihnen gepfiffen würde, gehorsam kuschten. Aber gerade dieses launenhafte Willkürregiment erbittere die Arbeiter noch mehr, als eine konsequent durchgeführte, wenn auch noch so harte Verfolgung. An einem schonungslosen Gegner könne man wenigstens die Ehrlichkeit achten. „Aber wenn der Gegner uns nicht zu vernichten, sondern zu korrumpiren sucht, wenn er uns rechtlos macht und unsere Familien dem Elende preisgiebt, nicht weil unsere Ziele ihm unsittlich und verderblich erscheinen, sondern weil wir uns nicht korrumpiren lassen, dann wird

nicht nur unser Haß ein tieferer, es gesellt sich zu ihm auch die Verachtung: wir verachten Bismarck und seinen Troß, wir verachten ihn in seiner Strenge, und wir verachten ihn noch viel mehr in seiner Milde." Und in den sozialdemokratischen Flugblättern wurde es zum geflügelten Worte: Sein Zuckerbrot verachten wir, seine Peitsche zerbrechen wir.

Für diese Sprache von Männern fehlte dem von Hundeseelen umschwärmten Säkularmenschen jedes Verständniß. Er hielt an der Hoffnung fest, durch seine Bettelreformen die „verführten Massen" gewinnen und durch seine Lockspitzeleien die „verbrecherischen Führer" aufs Glatteis locken zu können. Die oppositionelle Bourgeoisie aber drängte er in die Zwickmühle, sich entweder vor ihrer eigenen Klasse zu kompromittiren, indem sie mit dem „Umsturze" gemeinsame Sache machte, oder allen Kredit bei den Massen zu verlieren, indem sie über den Stock des Sozialistengesetzes sprang. Dieser plumpe Taschenspieler, mit dem verglichen selbst ein Louis Bonaparte in den unverdienten Ruf eines staatsmännischen Genies gelangen konnte, war jetzt schon verloren, wenn die oppositionelle Bourgeoisie so festen Stand hielt, wie das klassenbewußte Proletariat. Um die Frage, ob sie so festen Stand halten würde, drehte sich der zweite Abschnitt in der zweiten Periode des Sozialistengesetzes.

I. Bettelreformen und Lockspitzeleien.

Nach dem Kopenhagener Kongresse brachte der Reichstag das Krankenversicherungsgesetz endlich fertig, das Unfallversicherungsgesetz verschleppte er noch einmal, trotz einer neuen kaiserlichen Botschaft, womit Bismarck es durchzudrücken versuchte. Erst im Jahre 1884 wurde ein dritter Entwurf dieses Gesetzes verabschiedet, der auf den Reichszuschuß verzichtete und auch sonst nach den Diktaten der Großindustriellen zurechtgeschustert war. Eine ganze Gesetzgebungsperiode hatten Regierung und Reichstag gebraucht, um ein paar „sozialreformatorische" Gesetze fertig zu stellen, von denen es schwer war zu sagen, welches stümperhafter ausgefallen sei.

Die sozialdemokratische Fraktion nahm in den langwierigen Berathungen die von der Kopenhagener Resolution gebotene Haltung ein. Prinzipiell hatten diese Gesetze mit sozialen Reformen überhaupt nichts zu thun. Sie berührten auch nicht ein Problem der modernen Arbeiterfrage, sondern bewegten sich auf dem Gebiete der Armenpflege, die lange vor der modernen Industrie und überhaupt so lange bestanden hat, als es Klassengesellschaften giebt, die Arme produziren. Etwaige Verbesserungen der Armenpflege als „Sozialreformen" auszuspielen, war ein längst sogar schon von bürgerlicher Seite gebrandmarkter Humbug; zehn Jahre früher hatte Albert Lange geschrieben: „Jede politische Maßregel ist zu verwerfen, welche die Tendenz hat, etwa gegen kleine materielle Verbesserungen in der Lage der Arbeiter ihre Abhängigkeit oder ihre moralische Unterordnung unter die höheren Klassen zu erhalten und zu befestigen." Genau diese, von

Albert Lange als „unbedingt verwerflich“ gekennzeichnete Tendenz hatten das Kranken- und das Unfallversicherungsgesetz. Sie waren keine „Sozial-“, sondern Bettelreformen, indem sie die Arbeiterklasse wieder unter das Joch des Kapitals drücken wollten, gegen die fragwürdige Verheißung, die kranken oder verunglückten Arbeiter vor dem Bettel zu schützen. Jede Selbsttäuschung hierüber war für die deutschen Arbeiter längst ausgeschlossen, und die Vorhersage der sozialdemokratischen Abgeordneten, daß diese und ähnliche Gesetze im Sinne ihrer Urheber auch nicht den leisesten Einfluß auf die revolutionäre Arbeiterbewegung haben würden, ist seitdem durch die Erfahrungen eines halben Menschenalters bestätigt worden.

Damit war aber eine praktische Mitarbeit insofern nicht ausgeschlossen, als die Armenpflege auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft je nachdem besser oder schlechter eingerichtet sein kann. Die sozialdemokratische Fraktion stellte sich auf diesen Boden, indem sie verlangte, daß die Unfallversicherung Sache der Unternehmer sein solle, die sich dafür weder an den Kassen des Staats noch an den Taschen der Arbeiter zu erholen hätten, die Krankenversicherung aber Sache der Arbeiter, die weder vom Staat noch von den Unternehmern irgend ein Almosen beanspruchten, sondern nur verlangten, was für alle übrigen Klassen der Gesellschaft selbstverständlich sei: die selbständige Verwaltung ihrer Krankenkassen. So einleuchtend die sozialdemokratischen Redner ihre Auffassung im Einzelnen begründeten, mit einer Sachkenntniß, die den Rednern sowohl der bürgerlichen Parteien, als auch des Regierungstisches weit überlegen war, so wurden ihre Vorschläge dennoch abgeworfen.

Den herrschenden Klassen war die Verbesserung der Armenpflege nicht Zweck, sondern Mittel. Ihnen kam es auf ein Schaugericht an, das die Arbeiter über die proletarischen Klasseninteressen täuschen und möglichst auch noch von den Arbeitern bezahlt werden sollte. Auch in der unfähigsten Bureaukratie fehlt es nie ganz an tüchtigen Elementen, welche die Arbeit leisten, die schließlich von jeder regierenden Klasse geleistet werden muß. Die paar Geheimräthe im preußischen Handelsministerium, die wirklich etwas von der Arbeiterversicherung verstanden, suchten sie in ihrer Weise vernünftig einzurichten, so besonders der Geheimrath Lohmann. Er drang auf eine kräftige Ausbildung der staatlichen Fabrikaufsicht, auf die obligatorische Verpflichtung der Unternehmer, alle Unfälle in ihren Betrieben sofort anzuzeigen, und auf den Erlaß technischer Schutzvorschriften. Das waren in der That die unerläßlichen Vorbedingungen einer ernsthaften Unfallversicherung. Aber eben deshalb „belästigten sie die Industrie“ und waren für Bismarck ein Greuel. Er unterdrückte die schwachen Anfänge der staatlichen Fabrikaufsicht, wo er irgend konnte, ließ einen im preußischen Handelsministerium ausgearbeiteten Gesetzentwurf über die obligatorische Anzeigepflicht der Unternehmer vom Bundesrath eskamotiren und ebenso eine Reihe ziemlich schüchterner Schutzvorschriften, die ein Ausschuß von Sachverständigen ausgearbeitet hatte. Klarer konnte der eigentliche Kern der offiziellen „Sozialreform“ gar nicht beleuchtet werden. Die Regierung und die bürgerliche Reichstagsmehrheit

verkoppelten die Kranken- und die Unfallversicherung in der zweckwidrigsten Weise, um ein bourgeois-bureaukratisches Ungethüm von Organisation zurechtzubasteln, in dem die Beamten und die Unternehmer fast alles, die Arbeiter fast nichts zu sagen hatten. Seitdem es eine moderne Arbeiterfrage gab, hatte die „korporative Organisation" im sozialreformatorischen Sinn immer und überall als eine Organisation der Arbeiterklasse gegolten; es war die epochemachende That des Säkularmenschen, die „realen Kräfte des Volkslebens" mit seinen „sittlichen Fundamenten", worüber die kaiserliche Botschaft so feierlich gedröhnt hatte, in dem ausbeuterischen Kapital zu entdecken und ihm unter dem Schutze der Bureaukratie eine neue Organisation zu schaffen.

Hätten sich die sozialdemokratischen Abgeordneten dadurch bethören lassen, so würden sie um einiger Silberlinge willen die unveräußerlichen Rechte des Proletariats verrathen haben. Sie stimmten sowohl gegen das Kranken-, als auch gegen das Unfallversicherungsgesetz, und die wiederholten Versuche Bismarcks, ihnen daraus einen Strick zu drehen, haben nie auch nur bei einem Arbeiter verfangen. Ebenso wenig erreichten die Denunziationen ihren Zweck, die an die Opposition der sozialdemokratischen Fraktion gegen jede polizeiliche oder zünftlerische Rückwärtsrevidirung der Gewerbeordnung geknüpft wurden. Alle angeblichen oder wirklichen Auswüchse des Manchesterthums reichten nicht an den einen großen Auswuchs der rückständigen Polizeiwirthschaft heran, und für den biedern Handwerksmeister, der sich redlich vom Schweiße seiner Gesellen und Lehrlinge nähren will, hat die deutsche Arbeiterklasse nie etwas übrig gehabt.

Während die deutsche Sozialdemokratie immer mehr über die bürgerlichen Parteien hinauswuchs, wurde der deutsche Anarchismus immer mehr vom Lockspitzelthum genarrt. Nicht als ob die deutschen Anarchisten durchweg aus Lumpen und Maulhelden oder auch nur aus zurückgebliebenen Arbeitern bestanden hätten; es befanden sich feurige, leidenschaftliche Naturen darunter, die dem psychologisch erklärlichen, aber politisch verhängnißvollen Irrthum verfielen, daß die gewaltsame Unterdrückung der Arbeiterklasse nur gewaltsam gebrochen werden könne. Die eigentliche Gefahr der anarchistischen Bewegung lag gerade in solchen Männern, wie dem holsteinischen Tischler Neve, die jeden Augenblick bereit waren, ihre Freiheit und ihr Leben an ihre Ueberzeugung zu setzen. Ihr zuverlässiger Charakter verschaffte ihnen Vertrauen bei den Arbeitern, während ihre fanatische Beschränktheit sie den Einflüsterungen der Lockspitzel zugänglich machte. Dennoch gelang es der anarchistischen Agitation nicht, eine irgend nennenswerthe Ausbreitung unter den deutschen Arbeitern zu gewinnen. Most hatte sich seit seiner Entlassung aus dem englischen Gefängnisse nach New York zurückgezogen, wo nun auch die Freiheit erschien, tobsüchtiger geschrieben als je und um so einflußloser in der deutschen Arbeiterwelt. Die anarchistischen Kassen blieben leer, und da auch zur anarchistischen Kriegführung Geld gehörte, so entwickelte sich eine neue Form der „sozialrevolutionären" Taktik: der gemeine Raubmord, der sofort von den polizeilichen Lockspitzeln sorgfältig gepflegt wurde.

Bereits im Juli 1882 wurde der Schuhwaarenfabrikant Merstallinger in Wien von Anarchisten mit Chloroform betäubt und um tausend Gulden beraubt. Zu den intellektuellen Urhebern des Anschlags gehörte ein gewisser Hotze, der nach Amerika flüchten durfte, ohne daß die österreichische Regierung seine Auslieferung verlangte. Ihre Besorgniß, Hotze werde nicht ausgeliefert werden, da der von ihm angestiftete Raub einen politischen Hintergrund habe, wurde allerdings durch die Regierung in Washington zerstreut, die sich bereit erklärte, den gemeinen Verbrecher auszuliefern, jedoch die Staatsretter an der Donau beharrten bei ihren zartfühlenden Bedenken. Einen größeren Aufschwung nahm die Raubmordtaktik aber erst im Herbste 1883, gleich nach einer anarchistischen Konferenz, die in Zürich getagt hatte. Unter ihren Theilnehmern befanden sich der Schuhmacher Stellmacher aus Schlesien, der die Freiheit während ihres Erscheinens in der Schweiz redigirt hatte, der Buchbinder Kammerer und der Schreiner Kumics, zwei geborene Oesterreicher, dann aber auch der Lockspitzel Schröder-Brennwald und der Mechaniker Kaufmann, ein anderer Lockspitzel der deutschen Polizei. Schnell hinter einander folgten nun am 22. Oktober der Raubmord an dem Apotheker Lienhard und einer Schildwache in Straßburg, am 29. Oktober eine Dynamitexplosion im Frankfurter Polizeigebäude, am 21. November das Raubmordattentat auf den Bankier Heilbronner in Stuttgart, endlich in Wien am 15. Dezember die Erschießung des Polizeibeamten Hlubeck, am 10. Januar 1884 der Raubmord an dem Wechselagenten Eisert und dessen zwei Söhnen, und am 25. Januar die Erschießung des Polizeiagenten Blöch.

Die Urheberschaft dieser Verbrechen ist nicht durchweg klar gestellt worden. So mag die ziemlich harmlose Explosion im Frankfurter Polizeigebäude ein Privatvergnügen des biederen Rumpf gewesen sein. Jedoch an den meisten waren nachweislich Kumics, Kammerer und Stellmacher betheiligt. Als Stellmacher in Wien prozessirt wurde, ergab sich noch eine andere Variante der anarchistischen Taktik. Stellmacher hatte an den Polizeiinspektor Kaltenbach in Mülhausen und den österreichischen Gesandten in Bern geschrieben, um sich zu Spitzeldiensten anzubieten. Nicht in der Absicht, diese Dienste wirklich zu leisten, sondern im Einverständnisse mit seinen Gesinnungsgenossen, um auf solche Art Geld zu erschwindeln. Stellmacher hat bis an den Fuß des Galgens eine trotzige Haltung bewahrt und ist in festem Glauben an seine Sache gestorben, aber was war aus dieser Sache geworden, wenn ihre Grenzen vollständig in das gemeinste Verbrechen und die schuftigste Spitzelei verliefen! Nach Stellmachers Hinrichtung erschienen blutrünstige Plakate in der Schweiz, die ihn zu rächen aufforderten und von dem Klempner Weiß aus Dresden angeschlagen wurden. In Liestal deshalb vor Gericht gestellt, entpuppte sich auch dies Früchtchen als deutscher Lockspitzel. Seine Entlarvung zog dem Polizeiinspektor Kaltenbach in Mülhausen einen tödtlichen Schlaganfall zu, der arme Patriot hatte im Kampfe für die heiligsten Güter auch allzu großes Pech gehabt. Zur selben Zeit stöberten die deutschen Sozialdemokraten in Zürich noch den deutschen Lockspitzel Friedemann

auf, der auf anarchistischen Festen mit henkerhaftem Pathos zu deklamiren pflegte: Mein Kaiser, mein Kaiser muß hangen.

Eine andere Reihe anarchistischer „Thaten“ ging im Herbste 1883 von Elberfeld-Barmen aus. Ihr leitender Kopf war der Schriftsetzer August Reinsdorf, der aus einem Leipziger Vororte stammte und schon im Jahre 1877 von den Sozialdemokraten wegen seiner anarchistischen Umtriebe ausgeschlossen worden war. Er war kein Polizeispitzel, wofür er lange Zeit galt, und er gab sich auch nicht, wie die Kammerer und Stellmacher, mit gemeinen Verbrechen ab, aber über einen Verschwörer nach dem Geschmacke der Polizei brachte er es doch nicht hinaus. Er hatte fünf oder sechs Anhänger um sich gesammelt, fast durchweg junge und unreife Menschen, die er zu Dynamitattentaten anstiftete. Drei solcher Versuche wurden gemacht, ohne daß ein Menschenleben geschädigt wurde, bei dem wichtigsten explodirte auch nicht das Dynamit. Reinsdorf, der an weit vorgeschrittener Schwindsucht litt und im Hospitale lag, hatte den Sattler Rupsch und den Schriftsetzer Küchler nach Rüdesheim gesandt, um am 27. September den deutschen Kaiser und dessen fürstliches Gefolge bei der Enthüllung des Germaniadenkmals auf dem Niederwalde in die Luft zu sprengen. Nach Reinsdorfs eigener Behauptung flossen die Kosten der Expedition zum größten Theil aus polizeilichen Fonds, und diese Behauptung wurde nur deshalb nicht urkundlich festgelegt, weil der Weber Palm, der die fraglichen 40 Mark beigesteuert hatte, gleichwohl aber nicht mitangeklagt worden war, sondern als Zeuge vernommen wurde, jede Angabe über die Herkunft des Geldes verweigerte. Das Reichsgericht sah von der Vereidigung dieses „Zeugen“ ab, der nach dem Prozesse notorisch polizeiliche Dienste gethan hat. Das Attentat war in so kindischer Weise versucht worden, daß es nicht die geringsten Spuren hinterließ. Wie es dennoch „entdeckt“ wurde und weshalb seine „Entdeckung“ nicht gleich an die große Lärmglocke gehängt wurde, die unaufhörlich über die „sozialistischen Attentate“ tönte, blieb auch bei den späteren Verhandlungen vor dem Reichsgerichte sehr im Unklaren.

Anscheinend sollte es in der Hinterhand bleiben, als großer Wahlpuff, wenn der Reichstag sich weigerte, das Sozialistengesetz zu verlängern, und deshalb aufgelöst werden mußte. Um die nöthige Stimmung für die Verlängerung des Gesetzes zu machen, hatten die Lockspitzel genügend zahlreiche Attentate geliefert.

II. Die Kronprinzenpartei und ihr Krach.

Das Sozialistengesetz lief am 30. September 1884 ab, und wenige Wochen später das Mandat des Reichstags. Bismarcks Absicht, dies Zusammentreffen für seine Pläne auszunutzen, erhielt einen neuen Sporn, als ein halbes Jahr vorher, an einem schönen Märzmorgen, die Freisinnige Partei unvermuthet auf dem Plane erschien. Sie war von den Fortschrittlern und den Sezessionisten hinter den Kulissen gegründet worden, ohne daß es eine der beiden Fraktionen

der Mühe für werth gehalten hätte, die Ansicht ihrer Wähler einzuholen. Was sie bedeutete, war freilich kein Geheimniß, und am wenigsten für Bismarck. Die neue Partei erhielt ihren ersten Glückwunsch vom Kronprinzen, und der Volkswitz taufte sie sofort als die Kronprinzenpartei. Das Ableben des bald neunzigjährigen Kaisers wurde damals in naher Zukunft erwartet, und der Kronprinz wollte eine „große liberale Partei" haben, auf die er sich bei seinem Regierungsantritte stützen könne.

Schade nur, daß diese große Partei sich selbst auf nichts stützte, als auf den „liberalen" Kronprinzen! Die liberale Opposition hatte seit 1881 eine ungemein schwächliche Politik getrieben. Das galt selbst von der süddeutschen Volkspartei, die sich höchstens durch noch größere Phrasenhaftigkeit von den engbrüstigen Fortschrittlern unterschied; man brauchte nicht die Finger einer Hand, um in beiden Parteien die paar Leute herzuzählen, die zur Noth als bürgerliche Demokraten passiren konnten, und übrigens von den eigentlichen Parteiführern sehr scheel angesehen wurden. Die Sezessionisten waren überhaupt nichts als „geärgerte Freihändler". Das einzige Verdienst dieser Opposition hatte denn auch darin bestanden, neue Erhöhungen des Zolltarifs abzuwehren, die Sezessionisten waren nicht einmal in der Frage neuer Finanzzölle sattelfest. Das Programm der neuen Partei formulirte die Klasseninteressen des mobilen Kapitals und verbrämte sie mit einigen allgemeinen Redensarten über Freiheit, Volkswohlfahrt und dergleichen; um hoffähig zu werden, hatten die Fortschrittler die paar Spitzen ihres alten Programms abgebrochen oder doch so umgebogen, daß sie keinen Hofmarschall stechen konnten. Darüber erhob sich etwelches Murren in der fortschrittlichen Wählerschaft, das von den Führern mit der Versicherung beschwichtigt wurde, eine kostbare Mitgift bringe die sezessionirte Schöne doch in die junge Ehe mit: die neuen Bundesgenossen würden nicht mehr für die Verlängerung des Sozialistengesetzes stimmen.

Wirklich hieß es in dem freisinnigen Programm: Gleichheit vor dem Gesetze ohne Ansehen der Person und der Partei. Es war auch nicht unglaubhaft, daß alle Liberalen, die noch einige Spannen weit über ihre Nasenspitze hinweg blicken konnten, mit dem Sozialistengesetze reinen Tisch machen wollten. In den gebildeten Kreisen der Bourgeoisie ächzte und stöhnte man schon über das „Unglücksgesetz"; seine „erzieherischen Wirkungen" wurden öffentlich nur noch von dem Modephilosophen v. Hartmann gepriesen, der an seinem Theil beweisen wollte, daß die bürgerliche Philosophie fünfzig Jahre nach Hegels Tode wirklich bis auf die letzten Knochen verfault sei. Niemand konnte von der liberalen Bourgeoisie verlangen, daß sie um des revolutionären Proletariats willen ihre Hoffähigkeit schädigen solle, aber unter der Versumpfung des öffentlichen Lebens, die das Sozialistengesetz hervorrief, litt sie am meisten. Sie hatte den Schaden von dem Ausnahmegesetze, während das Proletariat den Vortheil davon hatte. Gerade wenn sie hoffähig bleiben, wenn sie dem Kronprinzen einen sicheren Halt bieten wollte, mußte sie dem „Unglücksgesetze" lieber heute als morgen den Kehraus tanzen.

Bismarck war auch so galant, die neue Partei noch in ihren Flitterwochen zu diesem Tanze aufzufordern. Er verlangte vom Reichstage die Verlängerung des Sozialistengesetzes auf zwei Jahre. Die erste Lesung seiner Vorlage fand schon am 20. und 21. März statt, zugleich mit der Debatte über die Fortdauer des kleinen Belagerungszustandes in Berlin, Hamburg und Leipzig. Zu ihrem Haupttrumpfe hatte die Regierung natürlich die anarchistischen Verbrechen gemacht, für welche niemand anders verantwortlich war, als sie selbst. Bebel sagte: „Die Anarchisten sind nur möglich geworden durch das Sozialistengesetz, und die Väter des Sozialistengesetzes sind zugleich die Väter der Anarchisterei." In gleichem Sinne sprachen Hasenclever, Grillenberger und Liebknecht; es war ihnen leicht nachzuweisen, was jeder kundige Beobachter der Zeitgeschichte wußte, daß nämlich die Sozialdemokratie vielmehr der einzige Damm gegen ein gefährliches Ueberwuchern des verbrecherischen Anarchismus sei. Gegen die Sozialdemokratie selbst schleppte Puttkamer den großen Zitatensack heran, wußte aber aus dieser unerschöpflichen Fundgrube nichts weiter hervorzuzaubern, als einige, obendrein gefälschte Zitate aus Bebels Buch über die Frau und den Sozialismus. Sogar die getreue Nationalzeitung murrte darüber: sie meinte, wenn etwas bei Erlaß des Sozialistengesetzes niet- und nagelfest gemacht sei, so die Absicht, theoretische Spekulationen, wie Bebel in jener Schrift angestellt habe, nicht zu verbieten. Bismarck zankte sich mit Windthorst über die vorsintfluthliche Frage, ob die katholische Kirche der Sozialdemokratie einen unzerbrechlichen Widerstand entgegen stelle, und Hänel sah den Schaden des Sozialistengesetzes darin, daß die bürgerlichen Parteien vergäßen, eine „gewisse Verbindung" unter sich aufrecht zu erhalten gegen den gemeinsamen sozialdemokratischen Feind. Sehr glorios machte sich dies Bekenntniß der Kronprinzenpartei zur „einen reaktionären Masse" gerade nicht, und es war schon ein erster Schritt zum Umfall, daß die bürgerlichen Oppositionsparteien den Entwurf der Regierung, statt ihn kurzer Hand abzuwerfen, in eine Kommission abschoben. Trotzdem besah die Deputation des Reichstags, die am Tage darauf dem Kaiser zu seinem achtundachtzigsten Geburtstage gratulirte, einen derben Rüffel und die Drohung, der Kaiser werde die Ablehnung der Vorlage als einen Schlag gegen seine Person betrachten. Hätte noch irgend ein Zweifel an Bismarcks Absichten bestanden, so war er nun beseitigt; eine zweite Auflage der Attentatswahlen stand vor der Thür, wenn der Reichstag nicht zu Kreuze kroch.

Unter solchen Vorzeichen gestalteten sich die Verhandlungen der Kommission zu einer erbarmungswürdigen Komödie. Windthorst kam mit seinen „Milderungsanträgen", die der Polizei den Spaß gemacht hätten, noch ein paar juristische Zwirnsfäden mehr zu zerreißen, als sie schon zerrissen hatte, und Hänel präsentirte seine Verschärfung des gemeinen Rechts, die das Proletariat aus dem Regen unter die Traufe gebracht hätte. Sie wollten ja alles thun, die unerschütterlichen Gegner jeder Ausnahmegesetzgebung, wenn ihnen nur erlassen würde, dies so oft verfluchte Gesetz jetzt selbst zu bewilligen. Einen verhältnißmäßig geschickten Schach-

zug machten die Fortschrittler, indem sie das mysteriöse Niederwaldattentat ans Tageslicht zogen und so den Wahlkarren der Regierung etwas verfuhren, aber statt daran eine kräftige Kritik der Lockspitzelwirthschaft zu knüpfen, apportirten sie vielmehr das Dynamitgesetz, vermuthlich die dümmste Leistung, die je von der Gesetzgebung eines modernen Staats verbrochen worden ist. All das Flehen und Jammern hätte einen Stein erweichen können, aber Puttkamer hatte strengste Ordre von Bismarck und erklärte einfach: Hopla, meine Herren, hier ist der Stock, nun springen Sie!

Und so sprangen sie denn wirklich. Die offiziöse Wahlmaschine war schon in voller Thätigkeit, und diesen Druck hielt die Kronprinzenpartei nicht aus. Der innere Kampf ihrer Mannesseelen spiegelte sich getreulich in einem Briefe wieder, den Mommsen an seine Koburger Wähler richtete. Mit anerkennenswerthem Scharfsinne wies der berühmte Historiker darin nicht nur die Nutzlosigkeit, sondern auch die Verderblichkeit des Sozialistengesetzes nach, um dann zu schließen: besteht die Regierung auf dem Gesetze, so werde ich dafür stimmen, und alles Unheil komme über ihr Haupt. Von den Ultramontanen fielen 39, von den Freisinnigen 27 um; da aber Eugen Richter dem Frieden noch nicht traute, so ließ er durch seinen Tintenkuli Otto Hermes den ehemaligen Fortschrittlern schreiben, es sei nicht nöthig, daß sie zur entscheidenden Abstimmung im Reichstage erschienen. Der urkundliche Wortlaut der Briefe liegt vor und ebenso die Erklärung des Hermes, daß er sie im Auftrage Richters geschrieben habe. Wenn Richter sich hinter die Ausrede versteckt hat, die Abkommandirungen seien nicht „im Auftrage des Parteivorstandes" erfolgt, so steht diese Redensart auf derselben Höhe mit Puttkamers Redensart, „im Auftrage der Regierung" würden keine Lockspitzel gezüchtet. Als ob solche Geschichten jemals offiziell gemacht würden! Die beiden „großen Staatsmänner" mußten eigenthümliche Begriffe von der Ausdehnungsfähigkeit menschlicher Dummheit haben, wenn sie für ihre brünstigen Betheuerungen ein gläubiges Publikum zu finden hofften. Im Uebrigen entschuldigte Richter die Ausreißerei seiner 27 Parteigenossen etwa so, wie jenes Mädchen, die noch Jungfer sein wollte, weil sie nur ein ganz, ganz kleines Kind geboren habe. Er sagte: Einmal ist keinmal, und künftig werden wir um so unentwegter das fluchwürdige Ausnahmegesetz bekämpfen. Sie haben es auch wirklich gethan, da sie, Dank ihrer Verrätherei, niemals wieder in die Lage gekommen sind, die Entscheidung über das Gesetz zu geben. Am 10. Mai wurde die Verlängerung des Sozialistengesetzes auf zwei Jahre mit 189 gegen 157 Stimmen beschlossen.

Bei den Verhandlungen der zweiten und dritten Lesung trat das wirkliche Wesen der Machenschaft klar hervor. Bismarck sagte der Kronprinzenpartei grimmige Fehde bis zum letzten Athemzuge an, und Richter, der eben die Zukunft seiner Partei vernichtet hatte, antwortete nicht minder grimmig, die nächsten Wahlen würden die Zukunft des Liberalismus sichern. Vom Sozialistengesetze sprachen die beiden Kampfhähne nur ganz nebensächlich, doch warf Bismarck bei

dieser Gelegenheit den Köder aus von dem Rechte auf Arbeit, das dem Proletariat im preußischen Landrechte verbürgt sei. Während deutsche Professoren sofort tiefsinnige Abhandlungen über den Blödsinn schrieben, hatte die sozialdemokratische Fraktion nur ein verächtliches Achselzucken dafür übrig; sie stellte den spöttischen Antrag, Bismarck möge schleunigst einen Gesetzentwurf einbringen, der das Recht auf Arbeit verwirkliche. Sonst hielten es die sozialdemokratischen Abgeordneten unter ihrer Würde, sich sachlich an Debatten zu betheiligen, bei denen die Entrechtung der Arbeiterklasse den schnöden Deckmantel abgeben mußte für persönliche und politische Machtfragen, die mit dem Sozialistengesetz und dem Sozialismus nichts zu thun hatten. Sie beschränkten sich darauf, thatsächliche Unwahrheiten der Gegner zurückzuweisen und am Schlusse der dritten Lesung durch eine von Liebknecht verlesene Erklärung festzustellen das, was war.

Gleich nach der Verlängerung des Sozialistengesetzes wurde das Dynamitgesetz beschlossen, das die bürgerliche Opposition apportirt und Puttkamer in seiner stilvollen Weise verschönert hatte. Die Mehrheitsparteien, die sich eben noch giftig befehdet hatten, waren nun ein Herz und eine Seele, die sozialdemokratische Kritik ihres gemeinsamen Machwerks zu hintertreiben. Die Fraktion kam nicht zum Wort und enthielt sich, da sie ihre Auffassung nicht begründen konnte, der Abstimmung. In ihrem Namen gab Hasenclever eine kurze Erklärung ab, worin er die Unannehmbarkeit des monströsen Gesetzes feststellte und der Regierung überließ, wie sie mit dem von ihr gezüchteten Anarchismus fertig werden wolle. Bekanntlich hat das Dynamitgesetz nie einem anarchistischen Verbrecher ein Haar gekrümmt, wohl aber manchen harmlosen Gewerbetreibenden ins Unglück gestürzt.

Hatte die Kronprinzenpartei gehofft, mit ihrer politischen Prostitution wenigstens den Wahlschwindel Bismarcks zu vereiteln, so täuschte sie sich auch darin. Bismarck hatte sogar schon, als die Verlängerung des Sozialistengesetzes beschlossen wurde, einen neuen Trumpf ausgespielt, nämlich die Kolonialpolitik. Er war bis dahin ein abgesagter Gegner dieser Politik gewesen. Als im März 1871 das Gerücht ging, er wolle sich mit französischen Kolonien für die Kriegskosten bezahlt machen, meinte er: „Ich will gar keine Kolonien. Die sind blos zu Versorgungsposten gut. Für uns in Deutschland — diese Koloniegeschichte wäre für uns genau so, wie der seidene Zobelpelz in polnischen Adelsfamilien, die kein Hemd haben." Er blieb auch noch taub, als nach dem Krache der siebenziger Jahre in kapitalistischen Kreisen eine Kolonialschwärmerei erwachte. Ihr Ziel waren Ackerbaukolonien, um durch eine organisirte Auswanderung der Uebervölkerung als der Hauptquelle der sozialen Leiden zu steuern und gleichzeitig der deutschen Industrie einen neuen Stamm wohlhabender Käufer zu sichern. Davon wollte Bismarck nichts wissen; „ich bin kein Freund der Auswanderung", sagte er einmal im Reichstage, „ein Deutscher, der sein Vaterland abstreift, wie einen alten Rock, ist für mich kein Deutscher mehr." Wie konnte man auch diesem ostelbischen Junker, der von allen hartherzigen Grundherren stets der hartherzigste gewesen ist, die Auswanderung besitzloser Tagelöhner zumuthen, die den

Arbeitslohn des ländlichen Proletariats steigern mußte? Anders aber, als jetzt eine kapitalistische Agitation für Handelskolonien, für neue Stätten der ärgsten Ausbeutung begann.

Im April 1884 telegraphirte Bismarck zur Ueberraschung von aller Welt an den deutschen Konsul in Kapstadt, er solle Angra Pequena, die südwestafrikanische Niederlassung eines Bremer Kaufmanns, unter den Schutz des Deutschen Reiches stellen. Gleichzeitig sandte er den Generalkonsul Nachtigall auf einem deutschen Kriegsschiffe nach Kamerun und Togo, um dort die deutsche Flagge zu hissen. Dann aber begann die offiziöse und sonst dienstwillige Presse mit allem Hochdrucke jene „Schützenfeststimmung“ hervorzurufen, über die Bamberger nicht ohne inneres Grauen witzelte. In der That lockerte Bismarck ein paar Grundsäulen der Kronprinzenpartei: die große Rhederei und den großen Handel einer-, den Biertischphilister andererseits. Er sagte im Reichstage, die königlichen Kaufleute sollten die neuen Kolonien regieren, die dem Reiche sehr wenig kosten würden. Die Sorge des Philisters um seinen Geldbeutel war damit beschwichtigt, und seinen hinter dem Stammtische stets in unendlichen Massen vorhandenen Thatendrang reizte Bismarck durch den Spott, die Deutschen seien bisher Stubenhocker gewesen, sie hätten auf den Thüringer Bergen zusammengesessen und dem Meere den Rücken zugekehrt. Da widerstand der nationale Dusel nicht, den nicht zuletzt die liberale Opposition herangezüchtet hatte.

Die Lage der Kronprinzenpartei war um so übler, als sie keinen prinzipiellen Widerstand gegen die Kolonialpolitik wagen durfte. Sie war eine Kapitalistenpartei vom reinsten Wasser, und jeder kapitalistische Kater schnurrt behaglich, wenn er Profit wittert. Das ist seine Natur, die ihm nicht ausgetrieben werden kann. Die Bamberger und Richter mußten sich darauf beschränken, nachzuweisen, daß Bismarcks Kolonialpolitik ein unprofitables Geschäft sei, das nichts einbringen und viel kosten, die nationale Glorie nicht mehren, sondern mindern und der auswärtigen Politik des Reichs manche „Nasenstüber“ eintragen werde. Sie haben damit Recht behalten, aber im Sommer 1884 kurirten diese Wasserstrahlen den tollgewordenen Spießer nicht. Bismarcks Börsenfreunde, die Bleichröder und Konsorten, opferten ein paar lumpige Millionen, um Gesellschaften für die Ausbeutung der neuen Kolonien zu gründen, und mit schmatzenden Lippen schilderten unzählige Soldschreiber die unerschöpflichen Schätze, die in den afrikanischen Sand- und Sumpfwüsten verborgen sein sollten. Es gelang, in dem großen und namentlich auch in dem kleinen Bürgerthum einen Taumel hervorzurufen, als wäre eine neue Gründer- und Schwindelperiode angebrochen.

In dem Wahlkampfe selbst hütete sich Bismarck diesmal vor dem Tabaksmonopol und ähnlichen verfänglichen Parolen. Er schwärmte für die Sozialreform und die Kolonialpolitik, und bekämpfte den vaterlandsverrätherischen Freisinn, der die deutsche Nation um solche Herrlichkeiten bringen wolle. In dieselbe Posaune stießen die Konservativen und auch die Nationalliberalen, die sich nach

der Gründung der freisinnigen Partei auf ihrem Heidelberger Tage der Regierung unbesehen verschrieben hatten. Die nationalliberale Wahltaktik, die den fanatischen Treiber für Bismarck machte, war allerdings noch elender, als die freisinnige Wahltaktik, die schon elend genug war. Die Kronprinzenpartei vergalt nicht Schlag mit Schlag, sie schrieb nicht auf ihre Fahne: Fort mit Bismarck! sondern stöhnte nur herzbrechend: Wir sind ja so gute Patrioten, und wie kann man uns Vaterlandsverräther nennen! Den Gnadenstoß gab ihr, daß manche ihrer Koryphäen, wie Forckenbeck, sich vorbehielten, auch in der Zukunft für die Verlängerung des Sozialistengesetzes zu stimmen. Sie verlor etwa 40 Sitze, von denen über 30 an die Altkonservativen fielen. Die Nationalliberalen ernteten den verdienten Lohn der Verräther und erwischten von der Beute nur eine Kleinigkeit, so viel etwa ein eifriger Lakai an Trinkgeld verdienen mag. Der Liberalismus in seinen verschiedenen Schattirungen hatte einer konservativ-ultramontanen Mehrheit den Weg in den Reichstag geebnet.

Das war nicht Alles, was Bismarck wünschte, denn neben der konservativ-ultramontanen ließ sich noch keine konservativ-nationalliberale Mehrheit bilden. Aber eine schutzzöllnerische Mehrheit war doch schon ein hübsches Handgeld, und da der alte Kaiser ruhig weiter lebte, so konnte bald ein zweiter Anlauf mit noch besserem Erfolge gemacht werden. Die feste und kühne Haltung des Proletariats hatte den Junker so weit verkracht, daß die Bourgeoisie ihn nur noch umzuwerfen brauchte, aber statt ihn umzuwerfen, ließ sich die Bourgeoisie von dem halb verkrachten Junker ganz verkrachen. Es war die alte Geschichte, die seit den Märztagen so oft auf deutschem Boden spielen sollte.

III. Sozialdemokratische Wahlsiege.

Für die Sozialdemokratie wurde der 28. Oktober ein Tag des Triumphes. Bald nach dem Kopenhagener Kongresse hatte Bebel in einer Nachwahl Hamburg I erobert, so daß die Fraktion beim Schlusse dieser Gesetzgebungsperiode 13 Köpfe zählte. In den neuen Wahlen gewann sie 24 Sitze und, was für sie weit mehr galt, 549 990, also 238 029 Stimmen mehr als 1881. Von 6,1 war sie auf 9,7 Prozent aller abgegebenen Stimmen gestiegen.

Die Vorbereitungen der Wahl waren nach den Kopenhagener Beschlüssen getroffen worden. Die Fraktion hatte ein Zentralwahlkomite niedergesetzt, das aus Auer, Bebel, Grillenberger, Hasenclever und Liebknecht bestand. Das in anderthalb Millionen Exemplaren verbreitete Wahlmanifest war sehr gut gelungen; in knappem Rahmen wies es nach, daß die Pfuschversuche der Schutzzöllner, der Zünftler, der Kolonialschwärmer und wie diese Doktoren Eisenbart sonst noch heißen, die kranke Gesellschaft nicht heilen könnten, daß deren Gesundung nur auf den Wegen möglich sei, die der wissenschaftliche Kommunismus weise. Ohne alle Prahlerei, aber auch ohne alle Zweideutigkeit führte das Manifest eine klare,

ruhige, überzeugende Sprache. Nicht minder gute Dienste leistete die Instruktionsbroschüre, die alle widergesetzlichen Wahlschliche aufdeckte; ohnehin waren jetzt die Arbeiter an das Sozialistengesetz gewöhnt und ließen sich nicht mehr so leicht verblüffen.

Ganz so arg, wie 1878 und 1881, wurden sie bei diesen Wahlen nicht bedrängt. Bei den Wahlprüfungen hatte der Reichstag doch etwas wie Scham empfunden über die empörenden, allen Begriffen von Gesetz und Recht ins Gesicht schlagenden Wahlorgien der Polizei, und ihnen für die Zukunft ein paar Riegel vorgeschoben. So hatte er beschlossen, daß die Anmeldung einer Wahlversammlung durch einen Sozialdemokraten an sich, auch selbst in Verbindung mit der Ankündigung, daß in der Wahlversammlung ein Sozialdemokrat als Redner auftreten werde, noch nicht unter das Sozialistengesetz falle. Ferner hatte der Reichstag eine Bestimmung in die Gewerbeordnung aufgenommen, wonach Stimmzettel keine Druckschriften im Sinne des Sozialistengesetzes sein sollten. Damit wurde ein Urtheil des Reichsgerichts kassirt, das Stimmzettel für Drucksachen solcher Art erklärt hatte, nach einer beweglichen Klage Puttkamers über den Mangel an Mitteln, die Wahlagitation durch Stimmzettel zu verbieten. Freilich waren viele Polizeibehörden weit davon entfernt, diese Reichstagsbeschlüsse zu beachten; in einem Lande von bürgerlich-rechtlichen Gewohnheiten wären die polizeilichen und sonstigen Bedrängungen der Arbeiter bei den Wahlen von 1884 noch immer als himmelschreiende Willkür empfunden worden; nach preußisch-deutschen Begriffen hatte die sozialdemokratische Agitation aber eine Art freier Bewegung.

An der Spitze der sozialdemokratischen Wahlsiege marschirten wie immer die drei Belagerungsgebiete. Von den neun Sitzen, die in der Hauptwahl erobert wurden, stellten sie die fünf glänzendsten: Berlin IV (Singer) mit 25 386, Hamburg I (Bebel) mit 12 280, Hamburg II (Dietz) mit 14 276, Altona (Frohme) mit 10 266, Leipzig-Land (Viereck) mit 15 238 Stimmen. Im Ganzen warfen die sechs Berliner Wahlkreise 68 275, die drei Hamburger Wahlkreise und Altona 46 550, die beiden Wahlkreise Leipzig Stadt und Land 24 914 Stimmen auf den Tisch. Dabei hatten in Berlin die Sozialdemogogie Stöcker-Wagner all ihren trügerischen Hokuspokus losgelassen, waren in Hamburg alle Arbeiterversammlungen gehindert worden und gab es in Leipzig kein Blatt, das den Arbeitern auch nur einigermaßen unparteiisch gegenüber stand. Man weiß nicht, wem man den Preis zuerkennen soll, schrieb rühmend der Sozialdemokrat: dem geschlossenen Karree im nordwestlichen Deutschland, den gewaltigen Forts im Norden und Südosten der Reichshauptstadt oder den sozialistischen Arbeiterbataillonen in Leipzig Stadt und Land.

Die vier übrigen, in der Hauptwahl gewonnenen Mandate vertheilten sich auf Sachsen und Thüringen: es waren alte Sitze der Partei, Glauchau-Meerane (Auer), Zwickau-Crimmitschau (Stolle), Chemnitz (Geiser) und Reuß ä. L. (Blos). Daneben war die Partei an 24 Stichwahlen betheiligt: in Berlin VI und Hamburg III, dem Landkreise der großen Handelsstadt, in alten rheinischen und

sächsischen Sitzen: Elberfeld-Barmen, Solingen, Dresden-Altstadt, Auerbach-Reichenbach, in sieben preußischen Provinzialzentren: Breslau I und II, Königsberg, Magdeburg, Kassel, Hannover, Kiel, in drei nord- oder mitteldeutschen Kleinstaaten: Braunschweig I, Gotha, Reuß j. L., in fünf Maingaukreisen: Frankfurt, Darmstadt, Offenbach, Mainz, Hanau, endlich in drei süddeutschen Kreisen: Nürnberg, München II und Frankenthal-Speyer.

An vielen Orten war die Partei auch in der Lage, Stichwahlen zwischen bürgerlichen Kandidaten zu entscheiden. Die früheren Wahlen hatten häufig gezeigt, daß der Kampfeifer der Parteigenossen sich nicht zügeln ließ, wenn bei solchen Stichwahlen nur ein halbwegs präsentabler Kandidat der bürgerlichen Linken mit im Spiele war, trotz aller Kongreßbeschlüsse, die im Allgemeinen Wahlenthaltung in solchen Fällen empfahlen. Diesmal mußte auch das Zentralwahlkomite dem drängenden Strom nachgeben; am 30. Oktober erließ es einen Aufruf, worin es anordnete, daß wo sich die Parteigenossen für eine Betheiligung an Stichwahlen zwischen gegnerischen Parteien entschieden, jedenfalls nur Kandidaten in Frage kommen könnten, die sich bestimmt und unzweideutig verpflichteten, gegen die Verlängerung des Sozialistengesetzes, gegen die Verschärfung der Strafgesetze, gegen die Verkümmerung oder Einschränkung des allgemeinen Wahlrechts, gegen die Verlängerung der Gesetzgebungsperioden, gegen die Einführung der Arbeitsbücher und gegen neue Zölle und Steuern auf nothwendige Lebensbedürfnisse zu stimmen.

Mitte November waren die Stichwahlen beendigt. In ihnen hatte die sozialdemokratische Partei noch 15 Sitze gewonnen: Berlin VI (Hasenclever), Breslau I (Kräcker), Breslau II (Hasenclever), Magdeburg (Heine), Hannover (Meister), Solingen (Schumacher), Elberfeld-Barmen (Harm), Auerbach-Reichenbach (Kayser), Braunschweig (Blos), Gotha (Bock), Reuß j. L. (Rödiger), Frankfurt a. M. (Sabor), Offenbach (Liebknecht), Nürnberg (Grillenberger) und München II (Vollmar). Hasenclever nahm in Breslau II und Blos in Braunschweig an, bei den Ersatzwahlen wurde Berlin VI (Pfannkuch) und Reuß ä. L. (Wiemer) behauptet. Eingebüßt hatte die Partei die Wahlkreise Freiberg, Mittweida und Hanau, von altem Besitze zurückerobert Berlin IV und VI, Altona, Glauchau-Meerane, Auerbach-Reichenbach, Leipzig-Land und Elberfeld-Barmen, zum ersten Male besetzt Braunschweig I, Frankfurt a. M., Gotha, Hannover, Magdeburg, Reuß j. L. und München II.

Obgleich die sozialdemokratische Wahlleitung bei den Stichwahlen den Freisinnigen nach Möglichkeit beigesprungen war, so suchte die geschlagene Kronprinzenpartei doch in ihrer hämischen Art die Wahlerfolge der Arbeiterpartei dadurch zu verkleinern, daß sie behauptete, bei den Stichwahlen sei die Partei durch konservative und nationalliberale Stimmen unterstützt worden. In erster Reihe natürlich zu dem Zwecke, das eherne Bollwerk der Freiheit, das heißt die Kronprinzenpartei, zu überrennen; anders als durch „Verrath“ hat Eugen Richter die zahllosen Schläge, die er in seinem politischen Leben davongetragen hat, ja noch nie besehen, nämlich wenn man ihm selber glaubt. Nun ist so viel richtig,

daß bei den Stichwahlen von 1884 in manchen Wahlkreisen, so in Hannover, Magdeburg, München II, nationalliberale oder selbst konservative Stimmen für die sozialdemokratischen Kandidaten abgegeben worden sind. Auch erklärte die Kölnische Zeitung, ein sozialdemokratischer Abgeordneter sei unter Umständen ein kleineres Uebel, als ein fortschrittlicher, und in ähnlichem Sinne sprach sich der Magdeburger Polizeipräsident aus. Aber was immer daraus gegen die Nationalliberalen oder die Konservativen folgen mag, so ist nicht abzusehen, wie dadurch die sozialdemokratischen Wahlsiege verkleinert werden sollen. Selbst wenn dieser oder jener Sitz der nicht erbetenen und unerwünschten Hilfe der Reaktion zu danken gewesen wäre, so wäre damit noch nicht entfernt das krasse Mißverhältniß ausgeglichen worden, das damals, wie vorher und nachher stets zwischen der Zahl der sozialdemokratischen Mandate und der Zahl der sozialdemokratischen Stimmen bestanden hat und unendlich oft durch das schmachvolle Bündniß der freisinnigen Helden mit der „finstersten Reaktion" verursacht worden ist. In den Stichwahlen von 1884 hätte die Sozialdemokratie sich nur dann etwas vergeben, wenn sie irgendwie oder irgendwo mit den reaktionären Parteien kokettirt hätte. Das ist aber nirgends geschehen.

In der widerlichsten Weise bewährte sich dagegen bei diesen Stichwahlen die Gesinnungslosigkeit der „einen reaktionären Masse". In Offenbach, wo Liebknecht mit einem Nationalliberalen zur Stichwahl stand, hieß es in einem nationalliberalen Flugblatte: „Die Namen der Mordgesellen Hödel, Nobiling, Kammerer, Stellmacher tragen das Gepräge des Feindes, der Sozialdemokratie nämlich, die sich nicht scheut, offen zu erklären, daß ihr Weg nur über Blut und Leichen führt, recht deutlich an sich." In Hannover aber, wo Meister mit dem Welfen Brüel kämpfte, liefen die Nationalliberalen den Sozialdemokraten als echte Schmarotzer nach. Sie erklärten, Meister sei „eigentlich" ein Anhänger der Bismärckischen „Sozialreform", obgleich es in dem sozialdemokratischen Wahlaufrufe hieß: „Die nationalliberale Partei, die Partei der Charakterlosigkeit und der politischen Heuchelei, ist todt und bereits in Fäulniß gerathen . . . Sie ist nur noch eine Anzahl von Hanswursten . . . Ihrer erbärmlichen Feigheit und Charakterlosigkeit ist es zu verdanken, daß die Reaktion in Deutschland so stark geworden ist . . . Die bisher vom Reichstage fabrizirten sozialpolitischen Gesetze (Kranken- und Unfallversicherungsgesetz) sind so hundserbärmlich schlecht, daß unsere Vertreter nothgedrungen dagegen stimmen mußten . . . Der ganze Staatssozialismus, wie er heute von der Regierung und den Konservativen betrieben wird, ist der reinste Schwindel." Wenn dennoch nationalliberale Stimmen für Meister als einem „eigentlichen" Anhänger Bismarcks abgegeben wurden, so mag man zweifeln, ob man die Verlogenheit oder die Dickfelligkeit dieser Gentlemen mehr bewundern soll, aber derselbe Zweifel gilt auch von den freisinnig-volksparteilichen Brüdern, die angesichts solcher Thatsachen von einem Bündniß zwischen „Reaktion und Sozialdemokratie" schwatzten.

So veröffentlichte die Frankfurter Zeitung zur Stichwahl für ihren heißgeliebten, aber unrettbar verlorenen Sonnemann einen Wahlaufruf, von dem sie

in ihrem lokalen Theile preisend sagte, er gehe von den hervorragendsten Vertretern des Frankfurter Handelsstandes, der Industrie und des Gewerbes, der Advokatur u. s. w. aus, die zum guten Theile der nationalliberalen, zum Theil auch der konservativen und der ultramontanen Partei angehörten. Und in dem politischen Theile derselben Nummer erfrechte sich das Blatt, zu sagen, daß „der Konservative und der Sozialdemokrat eigentlich Brüder seien, nach gleichem Ziele strebend, Freud' und Leid mit einander theilend, ein edles Paar von Brüdern". Der Sozialdemokrat machte dazu die beißende Bemerkung, das Börsenorgan rechne wohl darauf, in seinem politischen Theile nur von den Dummen gelesen zu werden.

Ueberhaupt gehörte die beginnende Verekelung der Volksmassen an der bürgerlichen Parteiwirthschaft zu den hervorragenden Kennzeichen der Wahlen von 1884. Prüfte man die amtliche Wahlstatistik, so zeigte sich, daß die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen überall beträchtlich zugenommen hatte, wo die Arbeiterbewegung schon vor dem Sozialistengesetze tief eingewurzelt gewesen war. Im Königreiche Sachsen war mit 128124 Stimmen der Stand von 1878 erreicht worden; im bergisch-märkischen Industriebezirke, im Maingau, in Braunschweig und Hannover, in der Provinz Sachsen, in Schlesien und Thüringen zeigte sich ein gleich günstiges oder ein noch günstigeres Ergebniß. Aber auch in Gegenden, die von kleinbürgerlichen oder kleinbäuerlichen Vorstellungen beherrscht wurden, begann die rothe Fahne wieder lustig im Winde zu wehen.

Damit setzte eine Entwicklung von Neuem ein, die bis in die ersten Jahre des Deutschen Reichs zurückreichte. Sie war durch die jähen Gewaltstöße des Sozialistengesetzes und die verführerischen Lockungen der bürgerlichen Sozialdemagogie unterbrochen worden, denen von vornherein gleichmäßig einen unerschütterlichen Widerstand entgegenzustellen erst das moderne Proletariat der großen Industrie gereift genug war. Wenn die sozialdemokratische Propaganda nun aber wieder auf einem Boden vordrang, den der industrielle Kehrbesen noch nicht geebnet hatte, so geschah das unter viel günstigeren Umständen, als zehn Jahre früher. Die Enttäuschung der Volksmassen war gründlicher und nachhaltiger, als im Anfange der siebziger Jahre. Sie hatten alle bürgerlichen Heilmittel des sozialen Elends durchgekostet, den Freihandel und den Schutzzoll, die liberale Manchesterei und die reaktionäre Zünftlerei, und waren immer schlechter gefahren; ihre gesündesten und tüchtigsten Schichten begannen sich mit dem Gedanken vertraut zu machen, daß nur die Radikalkur der Sozialdemokratie ihnen helfen könne, oder doch mindestens einzusehen, daß alle Beschwerten und Unterdrückten nirgends als an dieser prinzipienklaren und prinzipientreuen Partei einen festen Halt hätten. Nicht allein das konservative und das liberale Blendwerk war gründlich verblaßt, sondern auch das ultramontane Blendwerk begann zu verblassen. Je mehr der Kulturkampf versumpfte um der Massenplünderung willen, desto greifbarer trat der innerlich reaktionäre Charakter des Zentrums hervor. Vielleicht kein Einzelergebniß der Wahlen erregte so großes Aufsehen,

wie die Erschütterung der ultramontanen Hochburgen Köln und München durch den Ansturm des klassenbewußten Proletariats.

Noch bedeutsamer wurde diese Ausdehnung der sozialdemokratischen Propaganda dadurch, daß sie gleichmäßig die verschiedensten Hindernisse überwand. In Brandenburg, Mecklenburg, Schleswig-Holstein warf sie das feudale Junkerthum zurück, in Baden und Württemberg das demokratische Kleinbürgerthum; in Elsaß-Lothringen hob sie sich mit 3111 Stimmen über den nationalen Gegensatz empor. Von Mannheim bis Königsberg zog sich quer durchs Reich fast schon eine ununterbrochene Postenkette der Partei. In Mannheim hatte Dreesbach über 5000 Stimmen erhalten und kam bald darauf in einer Nachwahl mit ziemlich 7000 Stimmen zur Stichwahl, auch saß er mit noch einem Genossen im Stadtrath, während im Bürgerausschusse die dritte Klasse durch 16 Sozialdemokraten vertreten war. Auf Königsberg waren überhaupt keine Hoffnungen gesetzt worden; nach der Berufszählung von 1882 hatte die Stadt unter allen deutschen Großstädten die verhältnißmäßig geringste Industrie, dagegen ein auffälliges Ueberwuchern kleiner selbständiger Betriebe aufzuweisen. Bis zum Jahre 1878 bestand die Königsberger Sozialdemokratie wesentlich aus einem Häuflein radikaler, von Johann Jacoby beeinflußter Ideologen, deren weitaus größten Theil das Sozialistengesetz zerstäubte. Bei den Wahlen von 1881 wurden nur 284 sozialdemokratische Stimmen gezählt, und diese kleine Truppe hatte der Schlossermeister Godau unter schweren Mühen gesammelt. Godau war von der Ostbahnwerkstätte wegen seiner sozialdemokratischen Gesinnung aufs Pflaster geworfen worden; aus demselben Grunde überall abgewiesen, wo er Arbeit suchte, mußte er sich als Kleinmeister aufthun und lernte allen Jammer des handwerksmäßigen Kleinbetriebs am eigenen Leibe kennen. Mit packender Beredtsamkeit wußte er die Klasse aufzuklären, in die ihn nicht seine Neigung, sondern die Noth gestoßen hatte. Die gelehrten Vorkämpfer der Bourgeoisie unterlagen diesem echten Proletarier, den ein eiserner Bildungstrieb und Wissensdurst beseelte, trotz der Proletarierkrankheit, die ihn unaufhaltsam aufrieb. In erster Reihe war es sein Verdienst, daß die Partei in Königsberg jetzt schon 4349 Stimmen musterte.

Jedoch die Thatsache, daß die unaufhaltsame Zersetzung der bürgerlichen Parteien mehr und mehr alle historischen Aufgaben, die zu lösen der historische Beruf der Bourgeoisie war, auf die breiten Schultern des klassenbewußten Proletariats wälze, trat nirgends so klar und unzweideutig hervor, wie in dem zweitgrößten Staate des Deutschen Reichs, wie in Baiern. So lange es eine deutsche Sozialdemokratie gab, hatte sie ihre Anhänger auch in Baiern gehabt, aber einen bairischen Flügel der Gesammtpartei, der in gesetzmäßiger Entwicklung seine Reihen und Rotten entfaltete, gab es erst seit den Wahlen von 1884.

IV. Die bairische Eroberung.

In Baiern war das Sozialistengesetz von Anfang an mit großer Härte gehandhabt worden, wenn auch nicht ganz in dem Berliner Stile. Es war mehr urwüchsige Brutalität, als hinterhaltige Berechnung dabei, oder so weit hinterhaltige Berechnung dabei war, zielte sie nach einer anderen Richtung, als nach der höheren Gaunerei der „milden Praxis". Das sozusagen liberale Ministerium in München hatte ein dringendes Interesse an der fortdauernden Sozialistenhetze, um sich dem geisteskranken König als erfolgreichen Bändiger des rothen Gespenstes unentbehrlich zu machen. Daneben spielte ein gewisser Antagonismus zwischen Berlin und München, den Viereck für seine publizistische Thätigkeit in der bairischen Hauptstadt auszunützen verstand. Die Kopfblätter, die er für das außerbairische Deutschland herstellte, betrachtete die bairische Regierung nach dem Grundsatze: Heiliger Florian, beschütz' mein Haus, zünd' andere an; wenn sie aber die Süddeutsche Post verbot, die ihr selbst im Nacken saß, so hob die Reichskommission, entgegen ihrer sonstigen Praxis, das Verbot wieder auf.

In der linksrheinischen Pfalz hatte das Sozialistengesetz die Arbeiterbewegung für den Augenblick vollständig zertreten. Jede ihrer Kundgebungen wurde rücksichtslos unterdrückt und es blieb ihr kein Mittel der Agitation, als die nächtliche Verbreitung von Flugblättern, die von Mannheim aus organisirt wurde. Bald aber zeigte die kräftige Minirarbeit die erfreulichsten Wirkungen. Im Jahre 1882 siedelte Ehrhart von Mannheim nach Ludwigshafen über, die Pfalz konnte sich als selbständiger Agitationsbezirk aufthun. Als sich das pfälzische Proletariat in der Wahlbewegung von 1884 durch gewaltige Kundgebungen das Versammlungsrecht zu erzwingen versuchte, wurden 800 Mann Soldaten nach Ludwigshafen verlegt, doch scheiterte die Provokation eines Blutbades an der ebenso besonnenen wie entschiedenen Haltung der Arbeiter. Sie kamen vielmehr im Wahlkreise Frankenthal-Speyer, worin Ludwigshafen liegt, mit 4822 Stimmen zur Stichwahl, und die „Strafbaiern" mußten mit langer Nase abziehen. Seitdem nahm die pfälzische Bewegung ihren stetigen Fortgang.

Im rechtsrheinischen Baiern blieb Nürnberg-Fürth der Mittelpunkt der Bewegung für die drei fränkischen Regierungsbezirke. Freilich mehr erst als rings umbrandeter Fels, denn als Knotenpunkt eines weit verzweigten Netzes. Ein anmuthiges Kleeblatt: die staatliche Bureaukratie, die freisinnig-kommunale Polizei und einzelne anarchistische Elemente machten den Nürnberger Arbeitern das Leben blutsauer. Da diese Arbeiter von Grillenbergers hartem Schlage waren, so hielten sie sich unerschütterlich, doch wurde es ihnen schwer, auch nur in Franken selbst erobernd vorzudringen. Als Grillenberger im Februar 1884 die oberfränkischen Hausarbeiter der Korbflechterei, die durch den infamsten Truckunfug bis auf die nackte Haut geplündert wurden, organisiren wollte und zunächst einen Fachverein der Korbmacher in Schney gründete, beeilte sich die oberfränkische Regierung, diesen Verein auf wahrhaft kindische Rabulistereien hin für

einen politischen Verein zu erklären, der weder Minderjährige noch Frauen zu Mitgliedern haben und mit anderen Vereinen in keine Verbindung treten dürfe, womit der gesetzliche Widerstand der Korbflechter gegen die ungesetzlichen Praktiken ihrer Ausbeuter von Obrigkeitswegen todtgeschlagen war. Immerhin wurde eine so empörende Mißhandlung wehrloser Arbeiter mittelbar die wirksamste Propaganda für die Sozialdemokratie, die unter den oberfränkischen Korbflechtern bald Tausende von Anhängern zählte; schwieriger war es, andere fränkische Wahlkreise, selbst mittelfränkische ganz in der Nähe Nürnbergs, anzugreifen, weil die Lebensbedingungen ihrer Bevölkerung, der Mangel an Industrie und Städten, die schroffen konfessionellen Gegensätze und Anderes mehr einem so hochentwickelten Proletariat der modernen Großindustrie, wie die Nürnberger Arbeiter waren, geringe Anknüpfungspunkte boten.

Für den schwäbischen Regierungsbezirk leistete Augsburg leider nicht oder noch nicht das, was Nürnberg für die fränkischen Regierungsbezirke leistete. Augsburg war ein typisches Beispiel dafür, wie schwer es die Arbeiterklasse zu büßen hat, wenn sie sich von der Höhe sozialistischer Erkenntniß noch einmal herabwerfen läßt. Aus dem sozialdemokratischen Vororte, der ehedem die bairische Reichsrathskammer mit kräftigen Hieben zu Paaren getrieben hatte, war eine Fabrikstadt traurigster Art geworden. Jedes Werk hatte seine Kassen-, Konsum- und Spareinrichtungen, die Arbeiter wurden elend bezahlt und standen völlig unter der Fuchtel ihrer Ausbeuter; ein Ausgesperrter bekam nirgends sonst Arbeit. Wohl fühlten sich die Arbeiter als Proletarier, aber sie hatten alle Fehler systematisch Unterdrückter und durch den Industrialismus Ausgesogener; in platten Vergnügungen, in Lärmen und Schreien unter sich erschöpften sie die Kraft, die sie ihren Vorgesetzten nicht zu zeigen wagten. Doch war auch in Augsburg die schlimmste Zeit schon überstanden; 1550 sozialdemokratische Stimmen bekundeten unzweideutig, daß Disziplin und Energie von Neuem im Augsburger Proletariat erwachten und nun wieder schnell erstarken würden.

Nicht aber die fränkischen und schwäbischen, sondern die altbairischen Landschaften, die Regierungsbezirke Oberbaiern, Niederbaiern und Oberpfalz konnten den Hebel bilden, der den größten süddeutschen Staat in den Malstrom der sozialdemokratischen Massenbewegung warf. Sie nährten den verhältnißmäßig ungebrochensten der alten deutschen Volksstämme und prägten den Charakter Baierns als eines Bauernlandes am schärfsten aus. Große Industrie gab es eigentlich nur in und um München, auch da neben einem ziemlich starken Handwerke, dazu kamen ein paar mittlere Bergwerke, sonst wuchsen in den Städtchen und auf dem platten Lande erst industrielle Anfänge, hier oder da Sägen, Zementhütten, Hammerwerke, Papiermühlen, langsam empor. Alles Uebrige war Land- und Forstwirthschaft, neben einem wenig umfangreichen und politisch machtlosen Großgrundbesitze hauptsächlich mittlere und kleine Bauernschaft. Die ägyptische Plage eines preußischen Junkerthums war unbekannt, nicht erst seit der französischen Revolution, sondern schon vom Mittelalter her, wo die Geistlichkeit der Hauptfeudalherr ge-

wesen war und an ihrem Theile die alte Erfahrung bestätigt hatte, daß sich unter dem Krummstabe besser leben ließ, als unter der Junkerpeitsche. Der oberbairische Adel entstand zumeist aus Ministerialen der Klöster; er konnte um so schwerer aufkommen, als ihm die bairischen Herzoge schon früh den Daumen aufs Auge drückten und die Bauern ein ebenso gerechtes wie gründliches Mißtrauen gegen den Baron hegten. So wenig wie das Junkerthum hatte das Großbürgerthum eine überwiegende Macht, der Liberalismus war eine reine „Gebildeten"partei, die der ländlichen Bevölkerung fern stand. Auch ließ sich wenig für die Antisemiten holen, da der jüdische Wucher die Bauern noch nicht so sehr geplündert hatte; höchstens unter den beschränktesten Kleinbürgern der Flecken und Märkte fand die antisemitische Agitation einigen Anklang. Den maßgebenden Einfluß besaß die katholische Geistlichkeit.

Die altbairischen Volksmassen lebten verhältnißmäßig reichlich. Sie kannten noch nicht das allein seligmachende Sparevangelium der kapitalistischen Sykophanten und führten jede Vermehrung ihres Einkommens sofort ihrer Lebenshaltung zu. Die Einkommensunterschiede waren weit geringer, als in dem kapitalistisch entwickelten Deutschland; es gab weniger Luxus und weniger Bettelarmuth, geringen Klassenhaß, keine gegenseitige Absperrung und Ueberhebung. Damit hingen die altbairischen Charaktereigenschaften zusammen: unerschütterte Volkskraft, Starrsinn, Steifnackigkeit, wenig Unternehmungsgeist, gar keine Profitgier, mäßige Arbeitslust, Genußfreudigkeit, keine Spur von Unterwürfigkeit. Ein wahres Bauernvolk, frei von Grübelei und mystischer Spekulation, fast ohne jeden Sinn für Theorien, mit geringem formalen Bildungstriebe. Die Religion wirkte unter diesen Massen als Gewohnheit und Kunst, in der Politik waren sie kernige Gefühlsdemokraten. Eine „starke" Regierung nach Berliner Muster konnte unter solchen Verhältnissen nicht gedeihen; die bairischen Beamten waren lange nicht so gebunden und unterwürfig, wie die preußischen. Dem widersprach auch nicht die wilde Sozialistenhetze; sie bewies nur, daß die bairischen Arbeiter noch nicht mitzählten unter den treibenden Kräften, zwischen denen die Münchener Vorsehung hin- und herschaukelte, unfähig wie sie war, einem wirklich starken Anstoße zu widerstehen.

Wie in Augsburg, so war auch in München die junge Arbeiterbewegung von der ultramontanen Fluth überschwemmt worden, und in der Hauptstadt des Landes arbeitete die Polizei natürlich mit dem höchsten Drucke, um den gestörten Geist des Königs Ludwig aus einem Sozialistenschrecken in den anderen zu jagen. Die gerichtlichen und polizeilichen Prozeduren gegen die klassenbewußten Arbeiter rissen nicht ab, der Polizeikommissar Michael Gehret organisirte ein nichtswürdiges Denunziationssystem und nahm die verlogensten Erfindungen seiner Lockspitzel so unerschrocken auf seinen Diensteid, daß er sich bis in die bürgerliche Welt hinein den schmeichelhaften Uebernamen des „Meineidsmichels" erwarb. Da an einen Entsatz der Hauptstadt durch das Land einstweilen nicht zu denken war, so galt München in der Partei als auf lange hinaus verloren, und um so mehr überraschten die hohen Ziffern, die es 1884 in seinen beiden Wahlkreisen aufbrachte.

In hohem Maße konnte Vollmar das Verdienst dieser glücklichen Wendung beanspruchen. Er war selbst ein echter Sohn des alten Baierns. In einer Beamten- und Offiziersfamilie aufgewachsen, mit 15 Jahren schon ein Hüne an Körperbau, mit 16 Jahren Lieutenant, war er mit 21 Jahren durch seine schwere Verwundung im deutsch-französischen Kriege auf ein langwieriges Krankenlager geworfen worden. Er hatte bereits einen bewegten Lebenslauf hinter sich, als ihn ernste wissenschaftliche Studien erst zur Demokratie und dann folgerichtig zum Sozialismus führten. Wie er, von Natur trotzig und aufbrausend, in schweren Erfahrungen das Maßhalten gelernt hatte, so schützte ihn die praktische Wucht dieser Erfahrungen vor der naheliegenden Gefahr, in der einsamen Denkarbeit des Krankenzimmers sich ins Absolute, Abstrakte, Dogmatische zu verlieren. Er studirte viel, aber alle Schablone blieb ihm verhaßt, und um so verhaßter, je mehr sie ins Riesenhafte ging. Seine Anlagen und sein Geschmack hätten ihn vielleicht eher auf den Beruf des Künstlers, als auf den Beruf des Politikers hingewiesen, aber da er diesen Beruf erwählte, so gaben sie ihm einen scharfen Sinn für Thatsachen, der sich schnell auf den verschiedensten Gebieten zurechtfand, und eine plastische Form der Darstellung, die sicher den springenden Punkt einer gegebenen Lage hervorzuheben wußte. Er besaß ein tüchtiges Stück der bairischen Kampflust, die keinem Gegner auswich, ein tüchtiges Stück der bairischen Gutmüthigkeit, die sich von aller verbissenen Gehässigkeit fern hielt, und nicht zuletzt auch ein tüchtiges Stück des bairischen Phlegmas, dem jeder unruhige Ehrgeiz fremd blieb. Alles Getümmel des öffentlichen Marktes erstickte nie seine Anhänglichkeit an die menschenarme Heimath; am liebsten lebte er an den Ufern des melancholisch-schönen Walchensees, in einer Berg- und Waldeinsamkeit, die ein moderner Großstädter auf die Dauer nicht ertragen könnte.

Sobald es die Wiederherstellung seiner Gesundheit gestattete, hatte Vollmar sich der sozialdemokratischen Agitation gewidmet. Beim Erlaß des Sozialistengesetzes verbüßte er eine lange Haft im Zwickauer Gefängnisse, wo er eine Schrift über den isolirten sozialistischen Staat verfaßte. Theoretisch in mancher Beziehung anfechtbar, bekundete die kleine Arbeit in eigenthümlicher Weise Vollmars Neigung, überall an praktische Verhältnisse anzuknüpfen. Deshalb war er für die Redaktion des ausländischen Parteiorgans, die er im ersten Jahre des Sozialdemokraten führte, vielleicht weniger geeignet, aber um so glücklicher fand er sich in den praktischen Kämpfen des Reichstags zurecht. Seine bekannte Rede über das Tabaksmonopol war die erste parlamentarische Kundgebung der Partei, die eine völlig unanfechtbare und unzweideutige Stellung in dem Wirrwarr der bürgerlichen, sich als angebliche Sozialreformen maskirenden Interessenkämpfe nahm.

Jedoch in sein eigentliches Fahrwasser kam Vollmar erst, als er im Jahre 1883 nach München zurückkehrte, um die Leitung der bairischen Agitation zu übernehmen. Er wußte sich zu sagen, daß eine schablonenmäßig auf das großindustrielle Proletariat zugeschnittene Taktik in München geringen, im übrigen Altbaiern so gut wie gar keinen Erfolg haben werde. Ohne den prinzipiellen

Standpunkt der Partei zu verleugnen, mußte er ihn doch den besonderen bairischen Verhältnissen anzupassen. Er blieb dem sozialdemokratischen Programm vollkommen treu, wenn er die Religion als solche aus dem Parteikampfe schied, eben deshalb aber die ultramontane Verquickung der Religion mit der Politik, die politische und soziale Unterdrückerrolle einzelner Geistlichen und der ganzen Kirche um so schärfer anfaßte. Indem er nachdrücklich auf die Gefühlsdemokratie des bairischen Stammes wirkte, klärte er sie über sich selbst auf, legte er den unversöhnlichen Widerspruch bloß, in dem sie zu der unheilbar reaktionären Wirthschaft der Pfaffenpartei stand. Weder auf kleinbürgerliche Vorurtheile spekulirte Vollmar, noch auch auf partikularistische: die zehntausend Münchener Arbeiter, die er schon nach der kurzen Thätigkeit eines Jahres gesammelt hatte, waren eine proletarische Kerntruppe. Sie konnte sich gut und gern mit den Berliner, Hamburger und Leipziger Arbeiterbataillonen messen.

Ebenso wenig gefährdete die eindringliche Beschäftigung mit den Beschwerden der bäuerlichen Bevölkerung, durch die der sozialdemokratischen Agitation der Weg in die bairische Landbevölkerung gebahnt wurde, die Prinzipien und das Programm der Partei. Gewiß mußte hier eine scharfe Grenzlinie gezogen werden zwischen den Bauern, die sich vom Schweiße ihrer paar Knechte und Tagelöhner so redlich nähren wollten wie der Zunftmeister von dem Schweiße seiner paar Gesellen und Lehrlinge, und den selbstwirthschaftenden Bauern, die sich von dem modernen Proletarier nur dadurch unterschieden, daß sie sich noch im Besitze ihrer Arbeitsmittel befanden. Mit jenen hatte das klassenbewußte Proletariat so wenig etwas zu schaffen, wie mit den Zünftlern, diese aber waren seine nächsten Bundesgenossen, und aus solchen selbstwirthschaftenden Bauern bestand die bairische Bauernklasse zu neun Zehnteln. Immer gehörte viel praktischer Schick und Takt dazu, die nothwendige Grenzlinie streng innezuhalten, aber die Schwierigkeit der Aufgabe war kein Grund, sie fallen zu lassen. Ihre Lösung drängte um so mehr, je gründlicher die Dummheiten und Verräthereien des Zentrums die selbstwirthschaftenden Bauern kurirten, genau so, wie die Dummheiten und Verräthereien des Freisinns den selbstwirthschaftenden Kleinmeister über seine Lage aufklärten.

Die stetig fortschreitenden Erfolge der bairischen Bauernagitation zeigten sehr bald, daß sie kein künstliches Pfropfreis, sondern eine wurzelechte Pflanze war. Wie die altbairischen Provinzen überhaupt die bairische Eigenart am ausgeprägtesten aufwiesen, so wies sie unter ihnen selbst Oberbaiern und in Oberbaiern wieder der Reichstagswahlkreis Rosenheim-Miesbach-Tölz am schärfsten auf. Ebenso dünn bevölkert wie räumlich ausgedehnt, lief dieser Kreis vom Walchensee bis zum Chiemsee die Tiroler Grenze entlang. Er enthielt fast gar keine Industrie, nur eine Stadt und ein paar Marktflecken, nicht einmal viele Dörfer von nennenswerther Einwohnerzahl. Das Einödsystem herrschte durchaus vor, die zerstreute Bauart, wobei jeder Hof oder Weiler seine ganzen Besitzthümer abgerundet um sich liegen hat. Eine Menge dieser Höfe waren von Alters her,

seit dem 16. Jahrhundert, und weiter selbst bis ins 11. Jahrhundert zurück, urkundlich in derselben Familie, besonders im oberen Isarthal, in der einsamen Jachenau und an den Seen, manche von ihnen waren einst Edelsitze gewesen. Konservative Neigungen und Sitten wurzelten tief in diesem Kreise, dem Hauptsitze des Almenlebens, des Haberfeldtreibens, des Wildschützenwesens; theoretisch ließ sich gar kein für die sozialdemokratische Agitation ungünstigerer Rekrutirungsbezirk denken. Dennoch ist dieser Kreis im Laufe eines kurzen Jahrzehnts der beste bairische Landkreis der Partei geworden, in regelmäßiger Stufenfolge stieg der sozialdemokratische Einfluß, wie der ultramontane Einfluß sank.

Die ganze Entwicklung, deren hervorragendstes Kennzeichen die bairische Eroberung bildete, war ein Produkt der deutschen Geschichte. Wollte man erklären, weshalb sich die gesunden Kräfte aller leidenden Volksklassen um das sozialdemokratische Banner zu sammeln begannen, so mußte man erklären, weshalb sich die große Industrie, die kapitalistische Produktion, die moderne bürgerliche Gesellschaft in Deutschland so reißend schnell entwickelt und weshalb der politische Fortschritt nicht die gleiche Höhe mit dem sozialen Fortschritt inne gehalten hatte, weshalb die Machtmittel der Regierung in den Händen rückständiger und verlebter Klassen geblieben, weshalb die verschiedenen Schichten der Bourgeoisie so feige und träge, die kleinbürgerlichen Klassen so zaghaft und zwiespältig waren. Unter solchen Voraussetzungen mußte es kommen, wie es nun kam. Das hatte Lassalle schon vorausgesehen, als er alle Enterbten in der sozialdemokratischen Partei sammeln wollte, deren Vorhut das großindustrielle Proletariat bilde, nur daß er die Schnelligkeit der historischen Entwicklung überschätzt hatte.

Die deutsche Sozialdemokratie war damit vor neue schwere Aufgaben gestellt. Ihre Gegner schwatzten wochenlang von ihrem „Damaskus“ und trösteten sich über das Wachsthum der sozialdemokratischen Stimmenzahl mit der Hoffnung, daß neue tiefgehende Spaltungen in der bisher so geschlossenen Partei eintreten würden. Wirklich schienen auch solche Spaltungen im Jahre 1885 einzutreten. Dennoch war der bürgerliche Hoffnungsrausch voreilig und endete mit dem üblichen Katzenjammer. Die Frage, vor welche die Partei mit dem Ausfalle der Wahlen von 1884 gestellt war, konnte für sie überhaupt keine Frage sein. Geflissentlich die Quellen abzusperren, woraus ihr täglich neues Leben zurann, wäre der erste Schritt zur sektenmäßigen Verkümmerung gewesen. An diesen langsamen Selbstmord hat die Partei keinen Augenblick gedacht; sie fühlte kraftvolles und ursprüngliches Leben genug in sich, um den Kampf und Streit nicht zu scheuen, der mit der Assimilirung neuer Elemente an ihre alten großen Ziele verbunden war. Gewiß sah die Partei in Gegenden mit überwiegend kleinbäuerlicher und kleinbürgerlicher Bevölkerung etwas anders aus, als in Gegenden mit großindustriell-proletarischer Bevölkerung. Man brauchte nur die beiden größten Mittelstaaten mit einander zu vergleichen, um den Unterschied sofort zu erkennen; während sich in Sachsen der Abgrund zwischen den „zwei Nationen“ täglich erweiterte und vertiefte, wurden Grillenberger und Vollmar in Baiern die populärsten Männer

des Landes, die allezeit willigen Berather und Helfer der allerverschiedensten Bevölkerungsschichten. Aber an der geschlossenen Einheit der Partei hatten alle ihre Theile das gleiche wie das höchste Interesse; jeder Zweig, der sich vom Stamme gelöst hätte, wäre vertrocknet, wäre ein dürres Holz geworden, nur noch gut genug, den Ofen der politischen und der sozialen Reaktion zu heizen.

Innerhalb des festen Rahmens, den die historische Entwicklung der deutschen Zustände zimmerte, konnten praktische und taktische Meinungsverschiedenheiten kein trennendes und zerstörendes, sondern nur ein belebendes und erfrischendes Element sein. Wie sie gleich nach den Wahlen von 1884 auftauchten, so sind sie manches Mal wiedergekehrt und werden noch manches Mal wiederkehren, aber nur um zu erweisen, daß die deutsche Sozialdemokratie ein lebendiger Organismus ist, geboren aus dem historischen Leben eines großen Volkes, gewachsen mit ihren wachsenden Aufgaben, treu dem Gebote des Dichterworts: Reif sein ist Alles.

Sechstes Kapitel.

Der Anfang vom Ende.

I. Worte und Thaten.

Die Hoffnung auf ein „Damaskus“ der Sozialdemokratie verlängerte die zweite Periode des Sozialistengesetzes noch um einen dritten Abschnitt, der wieder anderthalb Jahre, vom Herbste 1884 bis zum Frühjahre 1886 währte.

Nach seinem halben Wahlerfolge strebte Bismarck dahin, den neuen Reichstag auszuquetschen, soweit er für ihn Zitrone war, den Kolonialhumbug zu inszeniren und eine neue schutzzöllnerische Plünderung zu veranstalten, zugleich aber einen frischen Wahlkampf nach dem Muster bonapartistischer Plebiszite vorzubereiten für den Augenblick, wo der Reichstag sich fiskalischen Attentaten auf die Taschen des Volkes unzugänglich erweisen sollte. Einen ersten kleinen Entrüstungsrummel leitete er schon zu Weihnachten 1884 ein, aus ganz geringfügigem Anlasse, aber mit dem tröstlichen Erfolge, daß sich der deutsche Philister nach wie vor leicht übertölpeln ließ. Schwerer war es zu begreifen, daß Bismarck noch immer mit der Möglichkeit rechnete, das Proletariat gegen die Bourgeoisie auszuspielen. Allein es ging ihm, wie es den Machthabern zu gehen pflegt, die für ihre eigennützigen Zwecke die Presse zu korrumpiren trachten: sie glauben schließlich selbst an die Lügen ihrer Soldschreiber. Die Hoffnung der offiziösen Blätter auf das „zahme Hausthier“, in das sich wenigstens ein Theil der Sozialdemokratie verwandeln werde, um sich mit der „dünnen Milch“ der Arbeiterversicherung zu begnügen, fand seinen Wiederhall in Bismarcks Rede vom 26. November 1884, worin er der Sozialdemokratie noch ein Dutzend Mandate wünschte und sie „ein ganz nützliches Element“ nannte, ohne das die mäßigen Fortschritte, die bisher

in der Sozialreform gemacht seien, auch noch nicht existiren würden. Sogar Puttkamer schnitt der Partei, die „in weniger revolutionäre Bahnen eingelenkt“ sei, ein möglichst freundliches Gesicht und behauptete zur Abwechslung, das Sozialistengesetz richte sich nur gegen die anarchistische Gruppe, die vor keinen Uebelthaten zurückschrecke, um den unmittelbaren gewaltsamen Umsturz der bestehenden Gesellschafts- und Staatsordnung zu erreichen. Freilich als dies Debüt in einer neuen Rolle nur die Heiterkeit der sozialdemokratischen Fraktion erweckte, kletterte Puttkamer auf den kaum verlassenen Kothurn zurück und verschwor sich hoch und theuer, die Sozialdemokratie habe den Dolch geschliffen, womit eben, im Januar 1885, einer seiner Lieblinge, der Lockspitzelvater Rumpf in Frankfurt a. M., niedergestochen worden war.

Im Dezember 1884 hatte das Reichsgericht das mysteriöse Niederwaldattentat abgeurtheilt, ohne jedoch die Schleier zu lüften, die darüber lagen. Von den acht Angeklagten wurden drei freigesprochen, zwei zu langjähriger Zuchthausstrafe und drei, Reinsdorf, Küchler, Rupsch, zum Tode verurtheilt. Küchler und Rupsch reichten Gnadengesuche ein, und Rupsch wurde auch zu lebenslänglichem Zuchthause begnadigt, während Küchler als gebrochener Mann aufs Schaffot schwankte. Dagegen verschmähte Reinsdorf, um Gnade zu bitten; nicht in der Haltung eines politischen Märtyrers, aber gelassen und gleichmüthig, ein Schlemperlied auf den Lippen, verlebte er seinen letzten Tag, und ehe sein Haupt unterm Beile fiel, rief er: Nieder mit der Barbarei!

Vordem war Rumpf schon ein Opfer seiner Menschenjagd geworden. In diesem Attentat hatte kein Lockspitzel sein Händchen, und so hat die Polizei seine Urheber auch niemals entdeckt. Sie brachte nur einige schwache Indizien gegen den Schuhmachergesellen Lieske zusammen, Indizien, die etwa den Verdacht begründeten, daß Lieske irgendwie um die That gewußt haben könne, aber die ihn der That selbst nicht im entferntesten überführten. Gleichwohl sprachen ihn Frankfurter Geschworene schuldig, und Lieske wurde hingerichtet. Er starb als ein Mann, und sein Fluch jagte seinen Ankläger, den Staatsanwalt Frehse, ins Irrenhaus. Puttkamer aber ließ den preußischen Landtag in einem besonderen Gesetze beschließen, daß die Gehaltsbezüge des Rumpf seinen Erben unverkürzt gesichert bleiben sollten; welch' würdigeren Helden konnte die Aera Bismarck-Puttkamer auch auf dem Prytaneum speisen, als einen Lockspitzelvater, der in seinem schmutzigen Handwerk umgekommen war!

In beschämender Weise zeigte damals die kleine Schweiz dem großmächtigen preußisch-deutschen Reiche, wie das anarchistische Gespenst zu bannen sei. Ein angeblicher Plan, das Bundesrathshaus in Bern in die Luft zu sprengen, führte zu einer Untersuchung des eidgenössischen Generalanwalts über die „anarchistischen Umtriebe“ in der Schweiz, und ergab das Resultat, daß die anarchistische Bewegung, soweit von einer solchen überhaupt gesprochen werden konnte, in „rapidem Verfalle“ sei, daß Most gerade durch seine wahnwitzigen Hetzereien die Arbeiter immer stärker von der „Propaganda der That“ zurückstoße, daß die anarchistischen Umtriebe,

die überhaupt noch existirten, allein hervorgerufen würden durch die gehässigen Verfolgungen der Arbeiter in Deutschland und Oesterreich. „Die Ausnahmegesetze treiben uns die anarchistischen Agitatoren zu und führen sie bei uns zu agitatorischer Thätigkeit gegen ihr Vaterland.“ Da die bürgerliche Gesellschaft nicht ohne Polizei leben kann, so bleibt die Polizei immer bürgerliche Polizei: demgemäß wies die Schweiz ein Dutzend anarchistische Agitatoren aus ihrem Gebiete aus, neben deutschen Lockspitzeln wie Kaufmann und Weiß auch ehrliche Anarchisten wie Neve. Aber der Bundesanwalt warnte dringend davor, die anarchistische Gefahr durch das Mittel zu beschwören, das sie gerade hervorrufe, nämlich durch die Knebelung der politischen Freiheit, und wie die schweizerische Polizei darin das gerade Widerspiel der deutschen Polizei war, so auch in der Geschicklichkeit, das anarchistische Gewebe aufzudecken. Die Unfähigkeit der deutschen Polizei, wirkliche Attentate zu verhüten, wurde nur erreicht von ihrer Routine in der Anzettelung künstlicher Attentate.

Ein ähnliches Verhältniß bestand zwischen den sozialpolitischen Worten und den sozialpolitischen Thaten Bismarcks. Die platonische Liebeserklärung, die er im November 1884 der sozialdemokratischen Partei gemacht hatte, war der holde Anfang einer Schalmei, die sehr bald aus einem ganz anderen Loche blies. Wie 1881, so hatten auch 1884 die sozialdemokratischen Wahlerfolge das bürgerliche Gewissen geschärft, und zwar um so mehr geschärft, je größer sie waren: die Ultramontanen brachten nicht mehr blos eine Interpellation, sondern einen Antrag auf Fortbildung der Arbeiterschutzgesetzgebung ein. Sie forderten Verbot der Sonntags-, Einschränkung der Frauen- und Kinderarbeit, für die erwachsenen männlichen Arbeiter aber einen Maximalarbeitstag. Die anderen bürgerlichen Parteien kamen mit ähnlichen Anträgen vor, nur die Kronprinzenpartei wollte die Schrankenlosigkeit der kapitalistischen Ausbeutung nicht einmal scheinbar, geschweige denn ernsthaft angetastet wissen. Darin war sie mit Bismarck ein Herz und eine Seele.

Wie Don Quijote seine Rosinante, so spornte der Geniale den abgetriebenen Manchestergaul. Seine phänomenale Unwissenheit mochte ihn zur Noth entschuldigen, wenn er die praktisch und theoretisch tausendmal widerlegte Behauptung vortrug, daß die Verkürzung der Arbeitszeit auch eine Verkürzung des Arbeitslohnes nach sich ziehen müsse, aber sein böser Wille trat in grotesker Nacktheit hervor, wenn er sagte, der Maximalarbeitstag schädige die Interessen der Arbeiter; würde beispielsweise ein vierzehnstündiger Arbeitstag festgesetzt, so würden auch die Unternehmer, die sich bisher mit zehn oder elf Stunden begnügt hätten, vierzehn Stunden arbeiten lassen. Das schnöde Geschwätz erfüllte selbst die bürgerlichen Parteien mit gelindem Grauen, und wieder nur die Kronprinzenpartei empfing mit wollüstigen Schauern diese befruchtenden Gedanken des Säkularmenschen. Der ehemalige Fortschrittler Eugen Richter erklärte, der „Herr Reichskanzler“ könne, wenn er so vernünftig spräche, auf die Kerntruppe der Unentwegten zählen, und der ehemalige Sezessionist Baumbach fragte, was denn über die

Kinderarbeit viel zu reden sei, da die Kinder der Hohenzollern doch auch ein Handwerk erlernen müßten. Jedoch gebietet die Gerechtigkeit, anzuerkennen, daß eine freisinnige Minderheit, mit Ludwig Löwe und dem alten Virchow an der Spitze, gegen die allzu unbeschämte Profitwuth zu rebelliren begann.

Statt des gesetzlichen Arbeiterschutzes pflanzte Bismarck am 13. März 1885 in einer Debatte des Reichstags über die Kolonialpolitik die Züchtung von Millionären als sein Banner auf. Die Bleichröder und Hansemann seien sozusagen doch auch Menschen, ja sogar Deutsche, die Schutz für ihren Reichthum beanspruchen könnten; „ich wollte, wir könnten sofort ein paar Hundert Millionäre mehr im Lande schaffen." Wie Bismarck ein Jahr vorher im preußischen Landrechte das „Recht auf Arbeit" entdeckt hatte, so berief er sich jetzt auf die merkantilistische Politik der alten Hohenzollern; der „Herkules des 19. Jahrhunderts" war immer auf der Höhe seiner Bildung, wenn er in dem vermufften Kehricht vergangener Jahrhunderte schnüffelte. Praktisch beging er mit seiner Millionärzüchtung ein Plagiat an Guizots Enrichissez-vous, nur daß ihm Guizots persönliche Uneigennützigkeit fehlte. In der ersten Session des neuen Reichstags richtete er eine zweite Auflage der schutzzöllnerischen Orgie von 1879 an; da die Wölfe sechs Jahre gehungert hatten, so stürzten sie sich mit wilder Gier auf die konsumirenden Massen. Die Getreidezölle wurden verdreifacht, die Holzzölle verdoppelt, die Vieh- und Branntweinzölle erhöht und ebenso eine große Anzahl industrieller Zölle. Die Session, die unter dem Zeichen der „Sozialreform" begonnen hatte, endete mit einer allgemeinen Plünderung der Armen durch die Reichen, mit einem „Raubzuge am arbeitenden Volke", wie Auer als Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion sagte.

II. Fraktion und Partei.

Diese Fraktion war zum ersten Male stark genug, um im Reichstage selbstständig vorgehen zu können. Getreu den Ueberlieferungen der Partei und den Beschlüssen von Wyden und Kopenhagen legte sie das Hauptgewicht ihrer parlamentarischen Thätigkeit in die Agitation und Propaganda, aber daneben nahm sie mit, was für die proletarischen Interessen mitzunehmen war, ohne alle sonstigen Illusionen über die Leistungsfähigkeit des bürgerlichen Parlamentarismus. Sie betheiligte sich an manchen, wenn auch nicht an allen Kommissionen, nicht an der Budgetkommission, da sie das Budget des Militärstaats doch ein- für allemal verwerfen mußte, wohl aber an der Petitions- und der Wahlprüfungskommission, in denen wichtige Interessen der Arbeiterklasse geschützt werden konnten.

Zu den drei Hauptfragen der Session war die Stellung der Fraktion von selbst gegeben. Dem neuen schutzzöllnerischen Hexensabbath stand sie in unversöhnlicher Opposition gegenüber, während sie die verlegenen und verlorenen Anläufe der bürgerlichen Parteien zur Fortbildung der Fabrikgesetzgebung durch einen

umfassenden Arbeiterschutzgesetzentwurf auf die Höhe moderner Kultur hob. Die Kernpunkte ihres Entwurfs waren der zehnstündige Arbeitstag für erwachsene, der achtstündige für jugendliche Arbeiter, Verbot der Sonn- und Feiertagsarbeit mit den unumgänglichen Ausnahmen, der Kinderarbeit, der Frauenarbeit auf Hochbauten und unter Tag, der Nachtarbeit unter bestimmter Feststellung der zulässigen Ausnahmen, wöchentliche Lohnzahlung am Freitag und ein Minimallohn, ein umfassendes, reich gegliedertes System zur Ueberwachung der Arbeitsverhältnisse durch ein Reichsarbeitsamt, Arbeitsämter, Arbeitskammern und Schiedsgerichte. Der Entwurf war gerade nicht in jedem Punkte hieb- und stichfest, so nicht in der Forderung des Minimallohns, die schon in der Fraktion auf starken Widerspruch gestoßen war, aber im Allgemeinen zeigte er den bürgerlichen Parteien in vortrefflicher Weise, wie eine klare und konsequente Sozialreform auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft aussah. Natürlich fand er die landesübliche Aufnahme: nach einem fürchterlichen Geschrei darüber, daß die Sozialdemokratie durch diesen Entwurf ihren „revolutionären Utopien" entsagt habe, wurde jede seiner praktischen Forderungen als „revolutionäre Utopie" zurückgewiesen.

Der Kolonialpolitik setzte die sozialdemokratische Fraktion denselben Widerstand entgegen wie der Zollpolitik, und zwar nicht nur der unprofitablen, sondern der Kolonialpolitik überhaupt, deren Kosten die Arbeiter tragen und deren Profite die Kapitalisten genießen sollten. Neben kleineren Etatsposten präsentirte Bismarck die erste Rechnung der Kolonialpolitik in einer Forderung von jährlich 4 400 000 Mark, als einer Beihilfe für die Einrichtung und den Unterhalt von regelmäßigen, an Unternehmer zu übertragenden Postdampfschiffsverbindungen mit Ostasien, Australien und Afrika. Soweit diese Forderung die Kolonialpolitik fördern sollte, lehnte die sozialdemokratische Fraktion sie einstimmig ab. Jedoch ergab sich dabei eine Meinungsverschiedenheit zwischen einer durch Auer, Dietz, Frohme, Grillenberger vertretenen Mehrheit, und einer durch Liebknecht, Bebel, Vollmar vertretenen Minderheit der Fraktion. Die Mehrheit meinte, daß einzelne der vorgeschlagenen Dampferlinien mit der Kolonialpolitik nicht zusammenhingen, sondern nur dazu dienen würden, den internationalen Verkehr der Völker und damit die Werke des Friedens zu fördern, was auch im Interesse des Proletariats liege. Ohne diese grundsätzliche Auffassung zu bestreiten, wandte die Minderheit ein, die deutsche Handelsmarine sei ohne Subvention groß geworden und man solle deshalb die Steuerzahler aus dem Spiele lassen, die Subvention würde ungesunde Tarifverhältnisse schaffen, und sie hinge doch mit den Bismärckischen „Wirthschaftsreformen" zusammen, indem sie eine Schmutzkonkurrenz züchte; den Handelsverkehr durch Reichsbeihilfe fördern, heiße neue Krisen heraufbeschwören. Diese Bedenken berücksichtigte die Mehrheit dadurch, daß sie alle Hintergedanken, die Bismarck bei der Dampfersubvention haben mochte, zu vereiteln suchte.

Der Handel Deutschlands mit Ostasien und Australien war zu elf Zwölfteln in den Händen Hamburgs, während Bremen nur eine starke Reiseinfuhr hatte,

und es war ein offenes Geheimniß, daß Bismarck die Subvention dem Bremer Lloyd zuwenden wollte, wodurch der Hamburger Handel und nicht zuletzt das Hamburger Proletariat arg geschädigt werden mußte. Als das größte Rhedereigeschäft Deutschlands konnte der Bremer Lloyd sofort eine große Flotte älterer Schiffe einstellen, dagegen mußte die Hamburger Rhederei, wenn ihr die neuen Linien übertragen wurden, neue Schiffe bauen, womit den damals zu vielen Tausenden brotlosen Schiffsbauern Arbeit geschafft worden wäre. Aus diesen Erwägungen heraus entschloß sich die Mehrheit, für die ostasiatische und die australische Linie, für diese mit Ausnahme der Samoalinie, zu stimmen, in Konsequenz der Stellung zur Kolonialpolitik die afrikanische und die Samoalinie abzulehnen, jedoch auch ihre Zustimmung, so weit sie ging, davon abhängig zu machen, daß die einzustellenden Schiffe neue Dampfer ersten Ranges und auf deutschen Werften gebaut sein müßten, schließlich aber die ganze Vorlage zu verwerfen, falls diese Bedingung abgelehnt oder eine der zurückgewiesenen Linien vom Reichstage bewilligt werden sollte. Beide Fälle traten ein, indem der Reichstag die Vorlage annahm, wie sie Bismarck eingebracht hatte, und so stimmte die sozialdemokratische Fraktion geschlossen gegen die gesammte Dampfersubvention.

Eine prinzipielle Meinungsverschiedenheit war innerhalb der Fraktion nicht hervorgetreten, und das verschiedene Urtheil über eine thatsächliche Frage hatte zu keiner praktischen Trennung in der Abstimmung geführt. Dennoch erregte der Zwischenfall heftige Debatten in der Partei, die heftigsten, die überhaupt in ihrem Schoße vorgekommen sind, so lange das Sozialistengesetz bestand. Zuerst erhob sich die Züricher Mitgliedschaft gegen die Mehrheit der Fraktion, und im Einklange mit ihr auch der Sozialdemokrat, dann folgten die Genossen in Bern, London, Brüssel, Kopenhagen, in Deutschland selbst die Leipziger, Rostocker, Königsberger Parteimitglieder. Am 20. März erließ die Fraktion eine Erklärung, worin sie sich diese Angriffe als „durchaus ungehörig" verbat; das Parteiorgan dürfe sich unter keinen Umständen der Fraktion widersetzen, die für seinen Inhalt verantwortlich sei; „nicht das Blatt ist es, welches die Haltung der Fraktion zu bestimmen, sondern die Fraktion ist es, welche die Haltung des Blattes zu kontrolliren hat." Diese Erklärung goß Oel ins Feuer und rief neue Stürme hervor; am heftigsten protestirten Frankfurter Genossen gegen die „diktatorische Maßregelung", gegen den „Sumpf des Parlamentarismus", in den die revolutionäre Arbeiterbewegung nicht verlaufen dürfe. Glücklicher Weise einigten sich die Fraktion und das Parteiorgan schnell; am 23. April veröffentlichte der Sozialdemokrat den Friedenspakt: die Fraktion erkannte an, daß der Sozialdemokrat nicht ihr persönliches Organ, sondern das Organ der Gesammtpartei sei und bleiben müsse, dagegen stimmte ihr die Redaktion darin zu, daß die Einheit und Aktionsfähigkeit der Partei unter allen Umständen aufrecht erhalten werden, daß die Fraktion, so lange sie unter dem Kriegszustande des Ausnahmegesetzes die Leitung habe, unbedingt auf die Unterstützung aller Genossen zählen müsse, sobald sie einmal einen bestimmten Entschluß gefaßt habe. Damit waren freilich

die erregten Gemüther noch lange nicht besänftigt; bis in die Spalten der bürgerlichen Presse spann sich die innere Fehde fort; erst nach Monaten glätteten sich wieder die Wellen.

Auf beiden Seiten gab sich eine Empfindlichkeit und Ueberreizung kund, die in gar keinem Verhältnisse zu dem eigentlichen Gegenstande des Streites stand. Die Minderheit der Fraktion hatte die Dampfersubvention als echt Bismärckische Machenschaft schneller erkannt, als ihre Mehrheit, aber dieser Mehrheit ließ sich kein Vorwurf daraus machen, daß sie die Vorlage etwas genauer auf dem Schmelztiegel der Kritik prüfte, ehe sie ihr den Abschied gab. Eine so eminent zivilisatorische Partei, wie die Sozialdemokratie, hat allen Anlaß, die Keime der Zivilisation zu pflegen, die sich schon auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft entwickeln können; da alle solche Keime in dieser Gesellschaft kapitalistisch infizirt sind, so ist die richtige Grenze zwischen dem kapitalistischen und dem zivilisatorischen Interesse oft schwer zu unterscheiden; bei der Dampfersubvention war sie nicht so leicht zu erkennen, wie beim Nordostseekanal, dessen Bau die Fraktion bald darauf ohne irgend einen Widerspruch aus der Partei bewilligte, obgleich er zunächst auch nur kapitalistischen und militärischen Interessen dienen sollte.

In der That war die Dampfersubventionsfrage nur der Anlaß, nicht die Ursache des bitteren und langwierigen Streites. Die Behauptung, daß die Partei durch den „eisernen Reifen" des Sozialistengesetzes zusammengeschmiedet würde, gehörte zu den wohlfeilen Halbwahrheiten des Liberalismus; sie stand auf gleicher Stufe mit der Behauptung, daß geistige Bewegungen durch gewaltsame Mittel nicht unterdrückt werden könnten; die sehr relative Wahrheit dieser Behauptungen läßt sich nirgends so klar erkennen, wie aus der Geschichte des deutschen Liberalismus, der sie mit so großem Pathos zu predigen pflegt. Die sozialdemokratische Partei wurde durch ganz andere Reifen zusammengehalten, als durch das Sozialistengesetz. Um dies Gesetz zu entkräften, schloß sie sich gewiß um so enger und fester zusammen, aber die Kraft dazu schöpfte sie aus ihren historischen Existenzbedingungen, nicht aus einer brutalen Unterdrückung, die, soweit sie überhaupt wirkte, nur zerstörend und verwirrend wirken konnte. Wie sie wirkte, kam ganz auf das Wesen der Klassen an, die sie traf; sie wirkte erschlaffend und erlahmend auf die mittelbar betroffene Bourgeoisie, aufregend und erbitternd auf das unmittelbar betroffene Proletariat. Ein Symptom dieser Ueberreizung, die in dem nun schon ins siebente Jahr währenden Kampf um Leben und Tod von selbst entstehen mußte, war der Streit um die Dampfersubvention, die heftige Reibung zwischen der Fraktion und der Partei.

Das Sozialistengesetz erheischte, daß die Leitung der Partei der parlamentarischen Fraktion übertragen wurde, daß überhaupt der Reichstagstribüne, dem einzigen Orte in Deutschland, wo noch ein freies Wort möglich war, eine Bedeutung zufiel, die der bürgerliche Parlamentarismus an und für sich nicht beanspruchen konnte. Irgend eine ernsthafte Verfehlung ließ sich der Fraktion nicht nachweisen; noch vor den Wahlen von 1884 hatte sie den alten Rittinghausen,

der sich ihrer strammen Disziplin nicht fügte, rücksichtslos ausgeschlossen. Nach den Wahlen von 1887 that sie mit ihrer stärkeren Betheiligung an den parlamentarischen Arbeiten nur, was sie nicht lassen durfte; wie frei sie sich dabei vom parlamentarischen Kretinismus hielt, zeigte am schlagendsten das Schimpfen Eugen Richters über ihre angebliche Saumseligkeit im Reichstage. Eine gewisse Zwiespältigkeit der Auffassung lag freilich in der Natur der Dinge: einerseits enttäuschte nach den furchtbaren Anstrengungen der Wahlschlacht das fruchtlose Klappern der parlamentarischen Mühle, und diese Enttäuschung war schon nach den Wahlen von 1881, ja selbst schon nach den erfolgreichen Wahlen der siebziger Jahre in ganz ähnlicher Weise hervorgetreten, andererseits regte sich namentlich da, wo der Druck des Sozialistengesetzes am schwersten auf den Arbeitern lastete, doch immer wieder die Befürchtung, daß sich die Fraktion, um nur etwas zu erreichen, mit den bürgerlichen Parteien zu tief einlassen und im parlamentarischen Treiben versumpfen könne. Die souveräne Selbständigkeit der Partei hüteten gerade die ältesten und treuesten Mitgliedschaften als ihr köstlichstes Kleinod; obgleich im sächsischen Landtage nun schon fünf Sozialdemokraten saßen und im Frühjahr 1885 auch zwei in den hessischen Landtag gelangten, stießen Frohme und Hasenclever doch auf einen unbeugsamen Widerstand, als sie die Betheiligung an den preußischen Landtagswahlen befürworteten.

Am wenigsten ließ sich gegen das Arbeiterschutzgesetz einwenden, das die Fraktion im Reichstage eingebracht hatte, doch führte es auch zu mancherlei Reibungen in der Partei. Der ökonomische Zustand der achtziger Jahre war eine chronische Stagnation, unterbrochen durch einzelne Schwankungen, die am Anfange, in der Mitte und am Ende des Jahrzehnts eintraten, und zwar so, daß sich jedes Mal ein stärkerer Aufschwung der Industrie bemerkbar machte. Von der ersten dieser Hebungen datirte die neue Streik- und Gewerkschaftsbewegung, die von der Reaktion nicht ganz ungeschoren gelassen, aber im Allgemeinen nicht unterdrückt wurde. Sie dehnte sich kräftig aus, als in der Mitte des Jahrzehnts eine höhere Welle des industriellen Aufschwungs heranrauschte; zahlreiche Streiks brachen aus, und im Jahre 1885 hatten fast alle Berufe schon wieder gewerkschaftliche Organisationen, theils Lokal-, theils Zentralverbände, die zusammen über 80000 Mitglieder umfaßten. Sie entwickelten sich gewöhnlich naturwüchsig aus den Streiks, so der Verband der Bildhauer aus einem mißlungenen Streik in Berlin, der Verband der Tischler aus einem Streik in Stuttgart, den Karl Kloß mit großer Umsicht zu einem glücklichen Ende geführt hatte. Natürlich mußte bei der Gründung gewerkschaftlicher Verbände mit äußerster Vorsicht vorgegangen werden, die verschiedensten Formen der Organisation wurden durchgeprobt, um den Eingriffen der Behörden jede denkbare Handhabe zu nehmen, die Zentralverbände verlegten ihren Sitz mit Vorliebe in die kleineren Staaten mit etwas freierem Vereinsrechte, die Schneider nach Hamburg, die Tabakarbeiter nach Bremen, die Manufakturarbeiter nach Gera, die Metallarbeiter nach Mannheim. Mit den Versicherungsgesetzen war den gewerkschaftlichen Verbänden eine

kräftige Stütze fortgeschlagen worden, doch wußten auch hier die Arbeiter in ihrem unstillbaren Drange nach Organisation aus der Noth eine Tugend zu machen; sie drängten sich in die freien Hilfskassen, die das Krankenkassengesetz zugelassen hatte; im Jahre 1885 zählten diese Kassen 874 507 Mitglieder, vierzehnmal so viel, als sie fünf Jahre früher gezählt hatten.

In diesem Jahre erlebte auch die Arbeiterinnenbewegung, nach ihren sporadischen Anläufen in den sechziger und siebziger Jahren, ihre erste Hochfluth. Sie konnte sogar schon einen kleinen praktischen Erfolg verzeichnen; als die Regierung einen Zoll auf Nähfäden legen wollte, erhoben die Berliner Konfektionsarbeiterinnen einen so lebhaften Einspruch, daß der Reichstag zunächst die Lage der Arbeiterinnen in der Wäschefabrikation und Konfektionsbranche zu untersuchen beschloß. In ganz oberflächlicher und unzulänglicher Weise von der Regierung angestellt, deckte die Untersuchung doch ungeheuerliche Zustände auf diesem umfangreichen Ausbeutungsgebiete weiblicher Arbeitskraft auf. Sie entrollte eine bunte Musterkarte der verschiedensten Produktionsweisen und Wirthschaftsformen, die im Gange der ökonomischen Gesammtentwicklung eine die andere abgelöst hatten: nebeneinander fanden sich Handwerk, Hausindustrie, Kaufmannskapital, Schwitzmeisterschaft, Verleger und Fabrikant, Mittelbetrieb und Großunternehmen, Exporthäuser, die für den Weltmarkt produzirten, Firmen, die den lokalen und provinziellen Bedarf deckten, Zwerggeschäfte, die auf Bestellung arbeiteten, Handarbeit und Maschine, Thätigkeit im Fabriksaal und in der Werkstätte, im Keller und in der Dachkammer, aber allen gemeinsam war die Schröpfung der weiblichen Arbeitskraft bis auf das Mark der Knochen, so daß auch die amtlichen Berichterstatter ziemlich unverblümt zugaben, Hungers zu sterben oder sich zu prostituiren sei die einzige Wahl der Arbeiterinnen, die nicht von ihren Familien unterstützt werden könnten. Auf die offizielle „Sozialreform" machte das schauerliche Bild nicht den geringsten Eindruck; hatte Bismarck doch alle Hände voll damit zu thun, den „Nothstand" der Großgrundbesitzer und Großindustriellen zu heilen.

Um so mehr zündete das sozialdemokratische Arbeiterschutzgesetz in der Gewerkschafts- und Streikbewegung. Petitionen, die seine Annahme vom Reichstage forderten, bedeckten sich mit einer halben Million Unterschriften. Wie in jedem heißen Kampfe, erwachten aber auch diesmal in den Kämpfern manche Hoffnungen, die über das Ziel hinausschossen. Wie das Jahr 1885 mit dem Streit um die Dampfersubvention begonnen hatte, so endete es mit einer scharfen Polemik zwischen Liebknecht und Viereck über die Bedeutung des Normalarbeitstages: Viereck gab sich der Illusion hin, daß der Normalarbeitstag die industrielle Reservearmee mehr oder minder aufsaugen würde, während Liebknecht schlagend nachwies, daß der Normalarbeitstag, so sehr er eine große Etappe im Emanzipationskampfe des Proletariats sei, doch nicht die Uebel der kapitalistischen Produktionsweise an der Wurzel heilen könne. Auch hier schuf das Sozialistengesetz künstliche Gegensätze. Der Sozialdemokrat hielt der gewerkschaftlichen Bewegung gegenüber aus guten Gründen eine strenge Reserve inne, während das Recht auf

Arbeit ebenfalls aus guten Gründen ihr allzu ausschließlich seine Aufmerksamkeit zuwandte. So entstand ein gewisser Antagonismus zwischen beiden Blättern. Und er wurde nun wieder der Anlaß, daß Höchberg und C. A. Schramm noch einmal ihre besondere Auffassung der modernen Arbeiterbewegung durchzusetzen versuchten.

Höchberg hatte sich von den Schlagworten der Kolonialpolitik einfangen lassen und befürwortete im Recht auf Arbeit eine Börsensteuer, unter der Bedingung, daß ihre Erträgnisse zur Gründung von Produktivgenossenschaften für Arbeiter verwandt würden. Diesen Vorschlag that der Sozialdemokrat sofort ab, ohne darüber Höchbergs Verdienste um die Partei zu vergessen; als Höchberg im Sommer 1885 starb, widmete ihm das Parteiorgan einen Nachruf voll herzlichen Dankes. Härter gestaltete sich der Zusammenstoß mit Schramm, der gegen das „Dogma des Marxismus" anzurennen versuchte. Er brach einen ganz überflüssigen Streit vom Zaun, als Kautsky in der Neuen Zeit einen durchaus sachlichen und zutreffenden Artikel über ein nachgelassenes Werk von Rodbertus veröffentlicht hatte; schlagend zurückgewiesen, brachte Schramm dann noch in Viereck Verlage eine Broschüre über Rodbertus, Marx und Lassalle heraus, worin zur Abwechslung Lassalle auf den Schild gehoben wurde, freilich in einer Weise, die Lassalle selbst, wenn er noch gelebt hätte, sich sehr entschieden verbeten haben würde. Der Sozialdemokrat fertigte das Schriftchen in einer Reihe vortrefflicher Artikel ab, und Schramm verbesserte seine Sache nicht durch eine taktlose Spekulation auf den Groll, der in manchen Gemüthern der Fraktion noch gegen das Parteiorgan nachzittern mochte. Auch mit Schönlank, der sich um diese Zeit von Viereck trennte und ein fleißiger Mitarbeiter der Neuen Zeit wurde, zankte Schramm, um zum dritten Male abgeführt zu werden.

Trotz mancher taktischen Meinungsverschiedenheiten ließ sich die Partei von der mühsam erklommenen Höhe der theoretischen Erkenntniß nicht mehr herabwerfen. Sie marschirte vielmehr rüstig auf dem gewonnenen Hochlande vorwärts. Der Sozialdemokrat sammelte in der Sozialdemokratischen Bibliothek die hervorragenden Schriften der älteren sozialistischen Literatur, während sich die Internationale Bibliothek, die im Dietzischen Verlage in Stuttgart erschien, neuen sozialistischen Forschungen eröffnete; als Schäffle jetzt über die „Aussichtslosigkeit der Sozialdemokratie" zu orakeln begann, mochte er manche sorgenvolle Bourgeoisgemüther beruhigen, aber in der Partei erzielte er keine andere Wirkung, als daß sie sich über die Schwächen von Schäffles Quintessenz des Sozialismus klar wurde, die sie zehn und selbst noch fünf Jahre früher sehr bewundert hatte.

III. Bismarcks Enttäuschung.

So sehr die taktischen und theoretischen Auseinandersetzungen, die das Jahr 1885 für die Partei mit sich brachte, von der bürgerlichen Presse ausgebeutet wurden, um über die „Zerfahrenheit der Sozialdemokratie" zu jubeln, so wenig

täuschten sie auf die Dauer den praktischen Genius des Säkularmenschen. Viereck formulirte das Programm des sogenannten „rechten Flügels" einmal in den drei Forderungen: Beseitigung des Sozialistengesetzes, unbedingte Koalitionsfreiheit, Fabrikgesetzgebung nach englischem Muster, und das war für Bismarck ein noch größerer Greuel, als selbst das Gemeineigenthum, sintemalen diese Forderungen seinem geliebten Profit unmittelbar auf den Leib rückten. War doch die Abwehr „revolutionärer Ausschreitungen" nur der angebliche, die thatsächliche Knebelung der Arbeiterklasse aber der wirkliche Zweck des Sozialistengesetzes! In Bismarcks Denkerschädel dämmerte gemach die Erkenntniß auf, wie närrisch seine Einbildung gewesen sei, daß sich die deutsche Arbeiterklasse von einem hergelaufenen Junker mit Peitsche und Zuckerbrot kuranzen lassen würde.

Noch dauerte die „milde Praxis" an, aber es meldeten sich auch schon die Vorboten neuer Rücken und Tücken. In der gehässigsten Weise befehdete die offiziöse Presse jeden Streik, den freien Hilfskassen wurden Knüppel auf Knüppel zwischen die Beine geworfen, und mit dem Verbote des Metallarbeiterverbandes griff das Sozialistengesetz zum ersten Male tief in die Fachvereinsbewegung ein In Breslau verbot die Polizei die Buchdruckerei Silesia, deren einziger Besitzer Kräcker war, als einen angeblichen Verein, und die Reichskommission bestätigte die nackte widergesetzliche Vermögenskonfiskation, ohne mit der Wimper zu zucken. Ueber Bielefeld wurde sogar auf einige Tage der große Belagerungszustand verhängt, weil die streikenden Arbeiter einer Nähmaschinenfabrik, gereizt durch ihren „Brotgeber", vor dessen Wohnung demonstrirt hatten, und in Frankfurt a. M. ließ ein Polizeikommissär Meyer seine Mannschaften mit blanker Klinge auf das Leichengefolge eines braven Sozialdemokraten einhauen, ohne jeden Anlaß, aus purer Brutalität. Die greuelvolle Friedhofsmetzelei, bei der 30 bis 40 Personen verwundet wurden, brachte freilich selbst die schläfrigsten Philister auf; Meyer und ein paar seiner Komplizen wurden vor Gericht gestellt und im Höchstmaße zu 3 Monaten Gefängniß verurtheilt, zur selben Zeit, wo der Zigarrenarbeiter Kückelhahn in Altona wegen Verbreitung des Sozialdemokraten in einer Reihe von Fällen zu $3^1/_2$ Jahren Gefängniß verurtheilt wurde. Obendrein begnadigte die Krone den Meyer und seine Mitschuldigen sofort, auf daß ja kein Zweifel an der „Gerechtigkeit" dieses berühmten „Rechtsstaats" auftauche.

Auch sonst begann Bismarck jetzt von der Justiz zu beanspruchen, was ihm die Polizei nicht leisten konnte. Zur Feier seines siebzigsten Geburtstags wurde eine allgemeine Schnorrerei für irgend einen erhabenen nationalen Zweck veranstaltet, wobei auch Tausenden von armen Arbeitern ihre Pfennige von patriotischen Unternehmern abgezwackt wurden, aber als etwa zwei bis drei Millionen Mark beisammen waren, legte Bismarck seine Hand auf die größere Hälfte der Summe, um dafür einen Theil seines Stammguts wieder zu kaufen, der von seinen Ahnen verplempert worden war. Noch brannte die Scham darüber auf den Wangen seiner Bewunderer, als der Geniale gegen freisinnige und sozialdemokratische

Reichstagsabgeordnete eine Reihe von Prozessen einleiten ließ, um ihnen auf einen vermoderten Paragraphen des preußischen Landrechts hin die aus ihren Parteikassen bezogenen Diäten als „wider die Ehrbarkeit“ verstoßenden Gewinn abzuzwacken. Doch fällten die ersten Instanzen in sieben dieser Prozesse freisprechende Urtheile, und ebenso scheiterte ein anderes gerichtliches Verfahren, das sich seit Jahren gegen die ihrer Zeit in Kiel und Neumünster sistirten Delegirten des Kopenhagener Kongresses fortgeschleppt hatte. Ein Versuch, ihnen einen Hochverrathsprozeß anzuhängen, hatte der Reichsanwalt abgelehnt und ebenso waren die an mehreren Landgerichten versuchten Anklagen auf Geheimbündelei gescheitert. Endlich fand der sächsische Justizminister Abeken in Chemnitz, wo Vollmar 1883 seinen Wohnsitz gehabt hatte, freundliches Gehör beim Staatsanwalt, wenngleich auch hier noch nicht beim Gerichte. Vielmehr sprach das Landgericht in Chemnitz alle neun Angeklagten frei, da nicht der geringste Beweis für eine geheime Verbindung im Sinne des Strafgesetzes erbracht worden sei.

Im November 1885 trat der Reichstag zu seiner zweiten Session zusammen und Bismarck kam nun bald mit ihm hinter einander. In erster Reihe wegen eines Schnapsmonopols, das dazu bestimmt war, sowohl die Taschen des Fiskus, als auch die Taschen der Junker zu füllen. Die Rohproduktion des Branntweins sollte nämlich von der Monopolisirung ausgeschlossen sein und den Produzenten ein Durchschnittspreis von 35 Mark (im Minimum 30, im Maximum 40 Mark) für den Hektoliter gesichert werden, während der Marktpreis des Hektoliters 24 Mark betrug. Wie angenehme Schnitte dabei für die Junker abfielen, zeigte schon das eine Beispiel des Schnapsbrenners Bismarck, der auf seinen hinterpommerschen Brennereien monatlich 900 Hektoliter brennen konnte. Dies saubere Monopol ging aber der Mehrheit des Reichstags doch wider den Strich, und da seine Annahme ausgeschlossen war, so wagten nicht einmal die Junker dafür zu stimmen, aus Furcht, sich zwecklos vor der aufgeregten öffentlichen Meinung zu prostituiren. Am 27. März 1886 fiel das Schnapsmonopol im Reichstage mit allen gegen drei Stimmen.

Gleichzeitig hatte sich der Reichstag über die Verlängerung des Sozialistengesetzes schlüssig zu machen, und einzelne Umstände deuteten darauf hin, daß Bismarck aus diesem Anlasse gern eine sofortige Auflösung herbeigeführt hätte. Aber wenn er wirklich die Absicht gehabt haben sollte, so mußte er sich bald überzeugen, daß den bürgerlichen Oppositionsparteien in dieser Frage jede Konfliktsstimmung fehlte. Nicht als ob sich ihnen die Unerträglichkeit des Sozialistengesetzes nicht immer fühlbarer gemacht hätte; sprachen doch selbst schon Nationalliberale, wie Gneist, öffentlich von der Nothwendigkeit seiner Beseitigung! Aber der Sozialdemokrat hatte Recht, wenn er zu all solchem Gerede trocken bemerkte: die herrschenden Klassen werden das Sozialistengesetz beseitigen, wenn es ihnen wie Feuer auf den Nägeln brennt, jedoch keinen Augenblick früher. Die bürgerliche Opposition litt an greisenhafter Müdigkeit; im Hinblick auf die immer frische und kampfesmuthige Sozialdemokratie sagte damals Bamberger mit einem Seufzer

des Neides: Die haben noch den Glauben! Die Freisinnigen waren heilfroh, diesmal ihre alten Tiraden ungestraft ableiern zu können, und die Ultramontanen begnügten sich damit, die zur Verlängerung des Gesetzes nöthige Hilfsmannschaft unter einer betäubenden Kanonade über ihre „Milderungsanträge" abschwenken zu lassen. Die widerliche Komödie täuschte Niemanden mehr; wie üblich, flogen die „Milderungsanträge" unter den Tisch, und wie üblich, ließ sich die Regierung ein paar Jahre an der von ihr vorgeschlagenen Dauer der Verlängerung abhandeln.

Sonst nahm sie, da sich nun einmal keine große Haupt- und Staatsaktion herausschlagen ließ, auch mit dem vorlieb, was sie kriegen konnte. Puttkamer holte nur ein kleines Schnipfelchen aus dem großen Zitatensacke hervor, einen Artikel des Sozialdemokraten, der die Königin Luise, die preußische National-heilige, im Lichte der historischen Wahrheit zeigte, und deklamirte sonst über Arbeiterunruhen, die zwar nicht in Deutschland, aber doch in Belgien stattgefunden hatten, während Bismarck einen vollkommen zutreffenden Satz Bebels über russische Zustände so zu verdrehen suchte, als predige die deutsche Sozialdemokratie Mord und Todtschlag. Da er es als zweifelhaft hinstellte, ob Marx nicht „Mörder gezüchtet" habe, um sie gegen ihn, den großen Bismarck, auszusenden, so erklärten die überlebenden Töchter von Marx öffentlich: für ihren Vater sei Bismarck nur eine erheiternde Figur und höchstens noch ein stellenweise recht brauchbarer unfreiwilliger Helfershelfer an der proletarischen Revolution gewesen; die Schauerromanvorstellung, als ob ein Mann wie Marx sich damit abgeben könne, „Mörder zu züchten", zeige aufs Neue, mit wie großem Rechte Marx in Bismarck nur einen, bei aller Verschlagenheit höchst bornirten preußischen Junker gesehen habe, der total unfähig sei, irgend welche große geschichtliche Bewegung zu verstehen. Am 31. März wurde das Sozialistengesetz mit 169 gegen 137 Stimmen auf zwei Jahre verlängert, bis zum 30. September 1888.

Aber wenn die bürgerliche Opposition das System Bismarck-Puttkamer wohlfeilen Kaufs davon kommen ließ, so war die sozialdemokratische Fraktion anspruchsvoller. In den fälligen Debatten über den kleinen Belagerungszustand zog Singer einen Lockspitzel ans Tageslicht, den Schutzmann Ihring, der sich unter dem Namen eines Mechanikers Mahlow in einen Berliner Arbeiterverein geschlichen hatte, um hier durch grobe Majestätsbeleidigungen, durch den Vertrieb anarchistischer Schriften und durch Aufreizung zu Dynamitattentaten zu wirken. Alle schönen Ausreden, womit Puttkamer sich um die früheren Lockspitzeleien herumgeredet hatte, fielen diesmal fort: Ihring-Mahlow war ein etatsmäßig angestellter Beamter, der im Auftrage seiner Vorgesetzten, aber in direkter Uebertretung des Vereinsgesetzes unter falscher Maske in einem vom Sozialistengesetze geduldeten Arbeitervereine spionirt hatte. Das allein begründete schon den Verdacht verbrecherischer Absichten, der durch eine Reihe unanfechtbarer Zeugen zur unbedingten Gewißheit erhoben wurde.

Man begreift, daß sich Puttkamer in seine glorreichsten Posituren warf, um die Wucht dieser Enthüllung abzuschwächen: der reine Komödiant, wie ihm

ein freisinniger Abgeordneter zurief. Jedoch war er darin konsequent, daß er dem verunglückten Träger des Systems die sühnenden Machtmittel des Staates zur Verfügung stellte. Der Staatsanwalt mußte die Ankläger des Ihring-Mahlow, den Schriftsteller Christensen und den Maurer Berndt, wegen Verleumdung belangen, und in den gerichtlichen Verhandlungen zweier Instanzen traten die amtlichen Vorgesetzten des Lockspitzels begeistert für ihn ein. Nach ihrer eidlichen Versicherung hatte es nie einen untadelhafteren Ehrenmann gegeben; ehe sie etwas auf Ihring-Mahlow kommen ließen, ziehen sie sich lieber selbst der mangelhaften Umsicht. Denn wie hatten sie nur einen so durch und durch wahrhaftigen Mann zu einem Dienste kommandiren können, worin er von früh bis spät lügen, lügen und wieder lügen mußte! Mit schmatzenden Lippen sprachen sie von dem „kostbaren Material", das Ihring geliefert habe, während Ihring selbst wenigstens die kleine Schwäche zugab, in seinen klassischen Berichten immer Marx und Most verwechselt zu haben. Es machte nun doch einen tiefen Eindruck auch auf die bürgerliche Welt, daß von dem Gefasel solcher Jammerburschen die ganze Existenz ehrlicher Leute abhängig sein sollte. Nur das Schöffengericht unter dem Vorsitze des Amtsrichters Bardisius hielt noch patriotischen Stand und verurtheilte die beiden Angeklagten zu sechsmonatlichem Gefängniß; vor dem Landgerichte brach der ganze offizielle Apparat unter der erdrückenden Fülle des gegen Ihring beigebrachten Beweismaterials zusammen, und die Angeklagten wurden freigesprochen, da sie nichts als die reine Wahrheit gesagt hätten. Puttkamer aber blieb auch jetzt konsequent und verschaffte dem gerichtlich überführten Lockspitzel die „eklatante Genugthuung" des Allgemeinen Ehrenzeichens, zugleich mit dem Schutzmanne Naporra, der nicht lange nachher auf ähnlichen Schlichen ertappt worden war.

Gleichwohl gerann die Milch der „milden Praxis", die dem System Bismarck-Puttkamer schon sauer geworden war, in gährend Drachengift, als die Sozialdemokratie amtlich abgestempelte Lockspitzel anzutasten wagte. Trotz aller heroischen Stellungen in der Oeffentlichkeit sagte sich das System in seinem stillen Kämmerlein, daß im Frühjahr 1886 die Methode der Korruption so bankerott geworden sei, wie im Herbste 1881 die Methode der nackten Gewalt.

Siebentes Kapitel.

Die Todeskrämpfe des Sozialistengesetzes.

Die dritte und letzte Periode des Sozialistengesetzes währte, wie die zweite, fünfthalb Jahre und zerfiel auch in drei Abschnitte, nur in Abschnitte von ungleicher Länge. Vom Frühjahre 1886 bis zum Frühjahre 1888 dauerten die Todeskrämpfe des Ausnahmegesetzes, worin das von der kräftigen Faust des Proletariats an der Gurgel gepackte Ungethüm noch einmal wüthend um sich schlug;

vom Herbste 1888 bis zum Herbste 1890 vollzog sich sein endgiltiger Zusammenbruch, und mit ihm der Zusammenbruch des ganzen Systems Bismarck; dazwischen lagen die deutschen Thronwechsel, die 99 Tage des Kaisers Friedrich.

Die Todeskrämpfe des Sozialistengesetzes spielten sich ab, wie sich Todeskrämpfe abzuspielen pflegen. Die Nationalzeitung traf in ihrer Weise den Nagel auf den Kopf, wenn sie im Jahre 1886 sagte, ein Prinzip lasse sich in der Handhabung des Sozialistengesetzes nicht entdecken, aber die einzelnen Maßregelungen der Regierung bekundeten jene Gleichgiltigkeit in der Wahl der Mittel, die am Vorabend großer Erschütterungen von den Vertretern der bestehenden Ordnung bekundet zu werden pflege. Das nationalliberale Blatt bezog sich namentlich auf das Bestreben Bismarcks, die Justiz für die Dienste heranzuziehen, welche die Polizei nicht hatte leisten können. Das war ohne Zweifel vom bürgerlichen Standpunkt aus sehr bedenklich, um so bedenklicher, als die verhältnißmäßige Reserve der offiziellen Rechtspflege in den ersten Jahren des Sozialistengesetzes wieder eine Art grönländischen Sonnenscheins über sie ergossen hatte; Bebel meinte einmal, man möge sagen, was man wolle, aber die Justiz sei immer doch noch ein ander Ding, als die Polizei. Nun von Neuem die breitesten Massen des Volks über das Wesen der Klassenjustiz aufklären, hieß gewiß um der zweifelhaftesten Vortheile willen die nach einem bekannten Worte stärkste Stütze der Klassenherrschaft erschüttern. Aber was blieb den verzweifelten Trägern des Systems noch anderes übrig, nachdem sowohl die polizeiliche Gewalt wie die polizeiliche Korruption unrettbar gescheitert war?

Soweit die blinden Gewaltstöße, die gleich nach der dritten Verlängerung des Sozialistengesetzes einander folgten, einen inneren Sinn hatten, hat später Bismarck diesen Sinn mit den Worten enthüllt, die Sozialistenfrage sei für ihn nur noch eine „militärische" Frage gewesen. Genau dies war die Meinung des Sozialdemokraten, der im Frühjahr 1886 immer wieder aussprach, der neue Wolkenbruch brutaler Verfolgungen solle proletarische Aufstände hervorrufen, auf daß dem schlagflüssigen System durch einen Aderlaß großen Stils noch eine Galgenfrist verschafft werden könne.

I. Streikerlaß und Geheimbundsprozesse.

Am 11. April erschien Puttkamers Streikerlaß, einen Monat darauf wurde die Genehmigung öffentlicher Versammlungen in Berlin von der Erlaubniß der Polizei abhängig gemacht, noch etwas später auch der öffentliche Vertrieb von Druckschriften für Berlin und Altona verboten; in der Reichshauptstadt waren damit alle vier Vollmachten des § 28 aktiv geworden. In allen Belagerungsgebieten nahm die Ausweisungspraxis einen neuen Aufschwung; dazu wurde dem märkischen Landstädtchen Spremberg der kleine Belagerungszustand aufgehängt, weil gestellungspflichtige Rekruten die Flegeleien eines Polizeidieners mit dem Absingen der Arbeitermarseillaise beantwortet hatten.

Nichts bezeichnender für die offizielle „Sozialreform", als daß der erste Gewaltstoß der gewerkschaftlichen Bewegung galt. An und für sich enthielt der Streikerlaß nichts Neues; er machte nur die Polizeibehörden darauf aufmerksam, daß nach der zeitweiligen Schonung der Fachvereine wieder mit ihrer Drangsalirung vorzugehen, also die Praxis wieder aufzunehmen sei, die sofort nach Erlaß des Sozialistengesetzes beobachtet worden war. Die heuchlerische Aufforderung, dabei die Koalitionsfreiheit der Arbeiter zu achten, glich wie ein faules Ei dem anderen den heuchlerischen Versicherungen, womit Bismarck und Eulenburg bei der Berathung des Ausnahmegesetzes jene Freiheit zu respektiren versprochen hatten. Der Streikerlaß fand sofort die rücksichtsloseste Ausführung; um die Frühjahrsbewegung der Bauhandwerker lahm zu legen, wurden die Führer der Berliner Maurer ausgewiesen, obgleich sie nie den geringsten Zusammenhang mit der politischen Arbeiterpartei gehabt hatten, wurde der Fachverein der Maurer und die Preßkommission der Bauhandwerker aufgelöst. Dasselbe Schicksal theilten die drei Arbeiterinnenvereine und sämmtliche Arbeiterbezirksvereine, in deren einem der Lockspitzel Ihring-Mahlow entlarvt worden war. Im Monat Mai wurden in Berlin 47, darunter 33 gewerkschaftlichen Versammlungen die Genehmigung versagt; Maurer und Tischler konnten jahrelang keine Versammlung halten. Und wie in Berlin, so überall in den Provinzen, wo es eine gewerkschaftliche Bewegung gab.

Die bürgerlichen Klassen sahen diesem polizeilichen Wüthen mit schlecht verhehlter Genugthuung zu. Soweit sich vereinzelter Widerspruch erhob, kam er von einsichtigen Großindustriellen; namentlich die Zünftler hatten ihre helle Freude an der Treibjagd, wie denn auch eine Deputation der Bauinnungsmeister bei Puttkamer ausdrücklich um den Streikerlaß petitionirt hatte. Als die sozialdemokratische Fraktion im Reichstage wegen des Erlasses interpellirte, sprachen nur ihre Redner, wie es sich gehörte; von der bürgerlichen Opposition „hoffte" Bamberger, daß der Erlaß die Koalitionsfreiheit nicht abwürgen werde, während Windthorst ihn, so lange einmal das Sozialistengesetz bestehe, für nicht gesetzwidrig erklärte. Hierdurch üppig gemacht, schimpfte Puttkamer auf die Agitatoren, die sich vom Schweiße der Arbeiter „mästeten" und deren „sauer erworbene Spargroschen durch den Rachen jagten", und dann erklärte er, daß hinter jedem Streik die Hydra der Revolution laure. Dies geflügelte Wort war nicht ganz so dumm wie es aussah, denn allerdings sind die Streiks die ABC-Schule des proletarischen Klassenkampfs, aber natürlich sprach Puttkamer nicht in historisch-psychologischem, sondern in subaltern-polizeilichem und bourgeois-ausbeuterischem Sinne. Er hielt die Früchte des Koalitionsrechts für „äußerst beklagenswerth" und nannte den Werth dieses Rechts „im höchsten Maße zweifelhaft". Alles das nahm die bürgerliche Opposition schweigend hin, so daß selbst die Frankfurter Zeitung meinte, der Reichstag trage ein gehäuftes Maß der Mitschuld, wenn der Polizeistaat sich immer herrlicher entfalte.

Am Entfalten ließ er es denn auch nicht fehlen. Da die gewerkschaftliche Bewegung nach den früheren Erfahrungen mit dem Sozialistengesetze allein doch nicht

klein zu kriegen war, so sollte sie außerdem nach verschiedenen gerichtlichen Methoden erdrosselt werden. Zunächst wurde der Kautschukparagraph, den die Gewerbeordnung gegen Ausschreitungen bei Streiks enthielt, bis zur Menschenmöglichkeit ausgereckt; der Verurtheilungen auf Grund dieses Paragraphen gab es im Jahre 1886 nicht weniger als 179, gegen 5 im Jahre 1882. Wo aber dieser Paragraph nicht weiter zu recken war, da wurde er durch die Paragraphen des Strafgesetzbuchs über groben Unfug, über Nöthigung, über Erpressung ergänzt; fast die Krone dieser Leistungen war ein Erkenntniß des Reichsgerichts, wonach die Aufforderung zur Einstellung der Arbeit ohne Innehaltung der Kündigungsfrist unter § 110 des Strafgesetzbuchs fiel, der die, auch erfolglose, Aufforderung „zum Ungehorsam gegen Gesetze oder rechtsgiltige Verordnungen" mit dem Höchstmaße von zweijährigem Gefängniß bedroht, während § 111 auf die erfolglose Aufforderung zu einer strafbaren Handlung nur ein Höchstmaß von einjährigem Gefängniß setzt. Nach der Feststellung des obersten Gerichtshofs konnten Arbeiter, die zum Kontraktbruche gegen die Unternehmer aufreizten, mit zwei Jahren Gefängniß bestraft werden, während Verbrecher, die zu Mord und Raub aufreizten, höchstens ein Jahr Gefängniß erhalten durften! Ferner wurden die Gewerkschaften als angebliche Versicherungsanstalten, die nach einem Paragraphen des Strafgesetzbuchs der Genehmigung durch die Staatsbehörde bedurften, unter polizeiliche Kontrolle zu bringen gesucht. Ganz besonders mußte auch die Bestimmung der meisten deutschen Vereinsgesetze herhalten, die politischen Vereinen die Verbindung unter einander verbot. Der „politische" Charakter der Gewerkschaften wurde sehr einfach dadurch hergestellt, daß die Gerichte die Fragen des gesetzlichen Arbeiterschutzes für „politisch" erklärten. So hatte ein Tischlerverein in Altona um gesetzliche Regelung der Arbeitszeit an den Reichstag petitionirt und einige Petitionsbogen von einem Tischlervereine in Hamburg entnommen, der die gleiche Petition abgesandt hatte. Darauf erfolgte die polizeiliche Schließung des Altonaer Vereins unter der famosen Begründung, daß er durch die Entnahme der Petitionsbogen mit einem anderen „politischen" Verein „in Verbindung getreten" sei. Der Staatsanwalt beantragte je 4 Wochen Gefängniß gegen die Mitglieder des Vorstandes, und wenn das Landgericht auch nur auf je 30 Mark Geldstrafe erkannte, so bestätigte es doch die Schlußfolgerung der Polizei als richtig, und ebenso that das Reichsgericht als letzte Instanz.

Damit sind keineswegs alle, aber einige besonders schöne Foltern der gewerkschaftlichen Bewegung gekennzeichnet. Wenn es dennoch nicht gelang, sie auszurotten, so war dieser Erfolg der bewundernswerthen Ausdauer und Zähigkeit der Arbeiter geschuldet. Sie brauchten sich wahrlich nicht vor den Trade Unions zu verstecken, die mit solchen, in modernen Kulturstaaten unerhörten Hindernissen niemals zu kämpfen gehabt haben. Freilich hatten die raffinirten Verfolgungen der gewerkschaftlichen Bewegung auch eine Wirkung, die der Entwicklung des klassenbewußten Proletariats einen mächtigen Ruck nach Vorwärts gab: die unbeschämte Einseitigkeit, womit die Behörden des Klassenstaats an den Arbeiter-

verbänden verfolgten, was sie den Unternehmerverbänden gestatteten, womit sie geflissentlich die Augen zudrückten vor den gröbsten Verstößen der Unternehmer gegen die Koalitions- und Vereinsgesetze, während selbst dem behutsamsten und vorsichtigsten Verhalten der Arbeiter immer neue Schlingen gelegt wurden, säete eine Saat von Drachenzähnen, woraus geharnischte Männer erwachsen sind.

Wie die ökonomische, so sollte die Justiz auch die politische Organisation der Arbeiterklasse ausrotten helfen. Die offiziöse Presse hatte mit den unverschämtesten Drohungen auf die freisprechenden Urtheile erster Instanz in den Diätenprozessen geantwortet; sie konnte dann mit hoher Genugthuung die verurtheilenden Erkenntnisse zweiter Instanz verzeichnen. Auch kassirte das Reichsgericht das freisprechende Urtheil in dem Chemnitzer Geheimbundsprozesse und verwies die Sache zur nochmaligen Verhandlung vor das Freiberger Landgericht, nachdem es den Begriff der Verbindung so erläutert hatte, daß der Rechtsanwalt Munckel vor den Freiberger Richtern sagen konnte, glücklicher Weise habe der höchste Gerichtshof des Reichs erklärt, die „Verbindung“ müsse sich mit „öffentlichen Angelegenheiten“ beschäftigen, denn sonst wäre jede Familie in Gefahr, als eine Verbindung im Sinne des Strafgesetzbuchs angesehen zu werden. Am 4. August 1886 verurtheilte das Freiberger Landgericht Auer, Bebel, Frohme, Ulrich, Viereck und Vollmar zu je 9, Dietz, Heinzel und Müller zu je 6 Monaten Gefängniß, auf Grund von § 129 des Strafgesetzbuchs, wonach die Theilnahme an einer Verbindung, zu deren Zwecken und Beschäftigungen es gehört, Maßregeln der Verwaltung oder die Vollziehung von Gesetzen durch ungesetzliche Mittel zu verhindern, mit Gefängniß bis zu einem Jahre bedroht wird. Weil auf dem Kongresse in Kopenhagen über den Stand des Sozialdemokraten berichtet und die Gesammthaltung des Blattes einstimmig gebilligt worden war, sollten die Verurtheilten durch eine „konkludente Handlung“ einer verbotenen Verbindung beigetreten sein, deren Dasein zwar nicht bewiesen, aber vom Gericht vorausgesetzt wurde.

Das Freiberger Urtheil entfesselte eine wahre Fluth von Geheimbundsprozessen in allen bedeutenden Zentren der Arbeiterbewegung. An und für sich boten diese Prozesse, so wenig wie der Streikerlaß, den Reiz der Neuheit. Bis zum Freiberger Erkenntniß, also in ungefähr 8 Jahren, waren 24 Geheimbundsprozesse angestrengt worden, davon hatten 6 mit Freisprechung, 10 mit Einstellung des Verfahrens geendet, während in 8 Prozessen (Frankfurt 1880, München und Posen 1882, Stettin 1883, Breslau 1884, München, Altona, Augsburg 1886) Verurtheilungen erfolgt waren. Von Anfang August 1886 bis Ende Januar 1889, also in dritthalb Jahren, wurden nun aber 55 Geheimbundsprozesse eingeleitet, von denen nur 10 mit Einstellung des Verfahrens und nur 8 mit Freisprechung, dagegen 33 mit der Verurtheilung von insgesammt 236 Personen endeten, während 4 noch in der Schwebe waren. Unter diesen vieren stand obenan der Elberfelder Geheimbundsprozeß, der Ende 1889 nach langer Vorbereitung 87 Personen auf die Anklagebank brachte. Er war bestimmt, neben einem örtlichen Geheimbunde einen gesammtdeutschen Geheimbund

unter der obersten Leitung der Fraktion nachzuweisen, worauf dann als Krönung des ganzen Feldzugs ein Geheimbundsprozeß gegen sämmtliche Mitglieder der Fraktion geplant war. Jedoch brach an dem Elberfelder Prozesse nicht die Partei, sondern das System der Geheimbundsprozesse schmählich zusammen. Hatten schon alle diese Prozesse nichts enthüllt, als daß durch ein fluchwürdiges Spitzelsystem brave Arbeiter vor die Gerichte geschleppt wurden, um durch künstlich ausgeklügelte Auslegungen des Strafgesetzbuchs für Dinge bestraft zu werden, die zu thun jeder anderen Bevölkerungsklasse frei stand, so enthüllte das gerichtliche Verfahren in Elberfeld so arge Dinge, daß selbst zahme liberale Organe schaudernd riefen: Genug der Schande! Viel mehr noch an dieser moralischen Rebellion verkam die Aera der Geheimbundsprozesse, als an der juristischen Feststellung des Landgerichts in Elberfeld, daß eine allgemeine Verbindung in Deutschland, an deren Spitze die Fraktion stehe, trotz „schwerer Verdachtsmomente" nicht zu erweisen sei. Ohnehin wurden nur 43 Angeklagte freigesprochen, 44 aber wegen des angeblichen örtlichen Geheimbunds zu reichlich zehn Jahren Gefängniß verurtheilt.

Neben den Geheimbundsprozessen liefen auch die sonstigen, seit Erlaß des Sozialistengesetzes üblichen Prozesse in verstärkter Auflage einher. Als im September 1886 dem aus Leipzig ausgewiesenen Genossen Schumann eine Anzahl Freunde das Geleite gab, wobei ein rothes Tuch an einem Stocke getragen wurde, stürzten sich vier Polizisten in Zivil in den Zug, um sich dieses Tuches zu bemächtigen. Ein paar von den Häschern, die sich weder legitimirt noch auch nur gesagt hatten, daß sie Polizisten seien, wurden niedergeschlagen, ohne sonst einen Schaden an ihrer kostbaren Gesundheit zu nehmen. Schumann aber und seine Freunde mußten sich wegen angeblichen Aufruhrs verantworten und ihrer 11 wurden zu 10½ Jahren Zuchthaus und 12½ Jahren Gefängniß verurtheilt. Schumann starb nach einigen Monaten im Zuchthause, ein anderer der Verurtheilten wurde irrsinnig. Auch die alte, von Manteuffel in der preußischen Reaktionszeit erfundene Praxis, solche Angeklagte, denen nichts oder wenig nachzuweisen war, durch ausgiebige Untersuchungshaft zu martern, gelangte zu neuer Blüthe, und nicht blos in Preußen. In drei Hamburger Prozessen mußten die Angeklagten 15 Jahre Untersuchungshaft aushalten, um dann entweder freigesprochen oder zu Gefängnißstrafen verurtheilt zu werden, die in ihrem Gesammtbetrage noch nicht 6 Jahre erreichten.

In solchen Zuckungen verröchelte ein greulicher Wechselbalg, die deutschen Arbeiter aber wußten für alle Zukunft, was Klassenjustiz war.

II. Die Faschingswahlen.

Derweil hatte Bismarck die Frage zu entscheiden, was mit der ausgepreßten Zitrone von Reichstag anzufangen sei. Von allem anderen abgesehen, drängte nun auch der bevorstehende Thronwechsel. Der Kaiser konnte jeden Tag sterben, und wenn der Kronprinz zur Regierung kam, mußte Bismarck eine gefügige Reichstagsmehrheit haben.

Da der Reichstag sich in den Fragen der Schutzzöllnerei und des Sozialistengesetzes gehorsam erwiesen hatte, mit dem Schnapsmonopol aber keine Wahldemagogie getrieben werden konnte, und auch die Kolonialpolitik durch verschiedene „Nasenstüber“ schon etwas ruppig geworden war, so hatte Bismarck nur ein Mittel, die Wählermassen zu betölpeln, dasselbe Mittel, das ihm zu seinem ersten erfolgreichen „Plebiszite“ verholfen hatte, nämlich den Militärschrecken. Ein Jahr früher, als nöthig war, im November 1886, verlangte er die Erneuerung des erst im Frühjahr 1888 ablaufenden Septennats, zugleich mit einer Erhöhung der Friedenspräsenzstärke um 41 145 Mann und des Militäretats um 23 Millionen Mark. Dies Mittel hatte für ihn noch den Vortheil, daß die bürgerliche Opposition ihm schwer ausweichen konnte, denn in der Septennatsfrage waren sowohl die Freisinnigen wie die Ultramontanen festgenagelt.

Gleichwohl scheute die bürgerliche Opposition den Kampf und trat sofort die Retirade an. Als im Januar 1887 die zweite Lesung begann, hatte sie nicht nur jeden Mann und jeden Groschen bewilligt, sondern auch das Prinzip der jährlichen Etatsbewilligung verschachert, so zwar, daß sie nur noch das Triennat statt des Septennats, die Bewilligung auf drei statt auf sieben Jahre vertrat. In der gerechtfertigten Besorgniß, daß auch dieser Widerstand bis zur dritten Lesung verduften könne, löste Bismarck sofort nach der ersten Abstimmung der zweiten Lesung, die für das Triennat und gegen das Septennat entschieden hatte, den Reichstag auf und beraumte die Neuwahlen auf den Faschingstag, auf den 21. Februar an.

Die sozialdemokratische Fraktion war natürlich von den Schwachherzigkeiten der bürgerlichen Opposition frei und bewilligte „keinen Mann und keinen Groschen“. Sie verwarf das Septennatsgesetz, wie sie den ganzen Militäretat verwarf. Aber so weit der Streit zwischen Bismarck und der bürgerlichen Opposition, zwischen Regierung und Reichstag stand, unterstützte sie die bürgerliche Opposition, die dadurch die Mehrheit bekam, vertrat sie den prinzipiellen Standpunkt, daß der Reichstag, und nicht die Regierung über den Militäretat zu befinden habe. Sie nahm den Kampf auf, wie er geboten wurde, und verfocht das Recht der bürgerlichen Opposition energischer, als diese selbst. Die Freisinnigen spielten wie gewöhnlich die verfolgten Unschuldslämmer, denen der hartherzige Bismarck nicht einmal die drei statt der sieben Jahre zugestehen wolle, obgleich sie ihm alles Andere mit vollen Händen bewilligt hätten, und die Ultramontanen hatten nur ein parteitaktisches Interesse daran, die Rechte des bürgerlichen Parlamentarismus zu wahren. Immerhin hielten sie sich strammer, als die Freisinnigen. Als Bismarck sich soweit wegwarf, zu thun, was er im Kulturkampfe so oft als die ärgste nationale Schmach verflucht hatte, als er die Hilfe des Papstes gegen das Zentrum erbettelte und damit einen auswärtigen Souverän zum Schiedsrichter über innere deutsche Angelegenheiten berief, da wies Windthorst selbst dem heiligen Vater die Zähne, der sich zu dem kläglichen Liebesdienste hergegeben hatte. Der ultramontane Führer war von jeder Vorliebe für den modernen Konstitutionalismus frei;

er sah sein politisches Ideal etwa in der feudalen Verfassung des Herzogthums Arenberg-Meppen, und als ehemals welfischer Justizminister hatte er eine reiche Erfahrung in Staatsstreichaffären. Aber er wußte sich zu sagen, daß eine geborene Minoritätspartei, wie das Zentrum, die Rechte des Reichstags nicht völlig abbröckeln lassen dürfe, wozu dann noch kam, daß die Ultramontanen nach ihrer ausgiebigen Betheiligung an Bismarcks Plünderungszügen einer Auffrischung ihrer Reputation als angebliche Vorkämpfer „für Wahrheit, Freiheit und Recht" bei den katholischen Wählermassen dringend bedurften.

Auf der anderen Seite schlossen sich die beiden konservativen Fraktionen mit den Nationalliberalen zum Kartell zusammen, das sich um Bismarck als seinen Bannerträger scharte. Es war dasselbe Bündniß zwischen Großgrundbesitz und Großindustrie, das zehn Jahre früher die reaktionäre Wirthschaftspolitik eingeleitet hatte, jedoch mit dem Unterschiede, daß die nationalliberalen Großindustriellen mit ihrer jämmerlichen Drehscheibenpolitik ganz unter den Schlitten der konservativen Großgrundbesitzer gekommen waren. Die Kreuzzeitung gab das Signal zum Kartell, und Bamberger übersetzte dies Fremdwort sehr richtig mit den Worten: Die feudalen Junker des Ostens ziehen in die Reichsfestung ein, und die liberalen Bürger des Westens blasen die Trompeten dazu.

Der Wahlkampf war von vornherein durch die Schwäche der bürgerlichen Opposition verfahren worden. Mit der dünnen und prinzipiell verkröpften Halbheit: Triennat oder Septennat? ließen sich große Wählermassen schwer auf die Beine bringen. Bismarck fand einen viel zugkräftigeren Trumpf in der Wahlparole: Krieg oder Frieden? Während der ganze polizeiliche Apparat aufgeboten wurde, um die Wahlagitation der oppositionellen Parteien lahm zu legen, arbeitete der ganze Apparat der offiziellen und offiziösen Preßmache daran, bis in die entlegenste Hütte des Reichs die infame Lüge zu verbreiten, daß dem Siege der Oppositionsparteien eine französische Kriegserklärung an das nunmehr entwaffnete Deutschland auf dem Fuße folgen würde. Die Regierungsblätter verbreiteten falsche Nachrichten über französische Pferdeankäufe und Rüstungsmaßregeln, über die Anfertigung von Melinitbomben und Pikrinsäure; um diesem Schwindel den gehörigen Nachdruck zu geben, wurden deutsche Pferdeausfuhrverbote erlassen und zu ganz ungewöhnlicher Zeit, im Februar, zahlreiche Reserve- und Landwehrmänner zu Uebungen mit einem neuen Gewehr einberufen. Die Kartellbrüder erwiesen sich ihres Heros würdig. Sie verbreiteten massenhaft Karten, die durch gefälschte Darstellungen und Ziffern beweisen sollten, daß an den deutschen Grenzen französische Truppenmassen aufgehäuft seien, denen gleich starke deutsche Heereskörper nicht gegenüberstünden, sie verbreiteten dazu Bilderbogen im grellsten Jahrmarktstile, worauf zu sehen war, wie französische Rothhosen deutsche Frauen mißhandelten, Vieh wegtrieben, Ortschaften anzündeten. Der Sozialdemokrat schrieb: „Es war keine Wahl, es war ein Kesseltreiben, ein Ueberfall, eine moralische und physische Vergewaltigung, ein Plebiszit im schlechtesten napoleonischen Sinne — nur roher, heuchlerischer, verlogener, wie das der niedrigere

Bildungsstand unseres Junkerthums mit sich bringt. So plump und brutal konnte es Bonaparte der Kleine nicht treiben — die französische Durchschnittskultur, die der unserigen leider überlegen ist, setzte ihm kategorische Schranken." Eben auf diese französische Kultur spekulirten aber die Kartellpatrioten. Hätten sie nicht mit Recht die Chauvinisten der französischen Bourgeoisie für zehnmal so anständig und besonnen eingeschätzt, wie sich selbst, so wäre aus dieser aberwitzig-nichtswürdigen Wahlhetze ein deutsch-französischer Krieg entstanden.

Trotz seiner gelegentlichen großmäuligen Redensarten über den Appell an die Furcht, der in deutschen Herzen niemals ein Echo finde und über die Deutschen, die Gott fürchteten und sonst nichts auf der Welt, war sich Bismarck darüber klar, daß die Wurzel seines Despotismus in letzter Instanz die Dummheit und die Feigheit des deutschen Philisters sei, und nicht vergebens betete er zu diesen hilfreichen Beschützerinnen. Mit der Angst um die letzte Kuh, die von den Turkos geholt werden würde, brachte er die letzten Ochsen aus dem Hause; über anderthalb Millionen Stimmen mehr, als bei irgend einer früheren Reichstagswahl, wurden am 21. Februar abgegeben, und der Narrentag gebar eine Kartellmehrheit.

Einem wirklichen Staatsmanne, gesetzt, daß ein wirklicher Staatsmann je auf solche Streiche verfallen könnte, hätte freilich vor diesem Siege gegraut. Politisch unreife Wählermassen, die durch einen blinden Schrecken an die Urne gejagt werden, sind ein schwankes Rohr im Winde, und selbst sie hatten der Regierung nicht einmal die Mehrheit der überhaupt abgegebenen Stimmen gesichert. Für das Kartell waren in runder Summe $3^1/_2$ Millionen, gegen das Kartell 4 Millionen Stimmen abgegeben worden. Hätte die Vertheilung der Mandate in richtigem Verhältniß zur Stimmenzahl gestanden, so wäre trotz alledem nur eine Kartellminderheit in den Reichstag gezogen. Die ultramontanen Kandidaten hatten trotz Kaiser und Papst fast eine Viertelmillion Stimmen mehr erhalten, als 1884, und selbst der Verlust der Freisinnigen bezifferte sich gegen 1884 auf wenig über 20 000 Stimmen.

Vor allem aber trug die Sozialdemokratie, die einzige Oppositionspartei, die den Kampf mit voller prinzipieller Schärfe geführt hatte, einen großen Erfolg davon. Sie hatte 763 128 Stimmen auf ihre Kandidaten vereinigt, 10,1 Prozent der Gesammtzahl, 213 038 Stimmen mehr als 1884. In allen preußischen Provinzen, fast in allen Mittel- und Kleinstaaten war die Bewegung stark angewachsen, auch im südlichen und südwestlichen Deutschland, wo sonst die Kriegslüge am stärksten gewirkt hatte; nur in Hessen und in Elsaß-Lothringen, sonst nirgends im ganzen Reiche, war die sozialdemokratische Stimmenzahl nicht gestiegen, sondern etwas gesunken. Dabei hatte die Partei die Last des Wahlkampfs am schwersten zu tragen gehabt; sie mußte unter ganz ähnlichen Umständen kämpfen, wie 1878 und 1881. Am Vorabende der Schlacht war der kleine Belagerungszustand über Frankfurt und Umgegend verhängt worden, ohne den geringsten Anlaß, zu dem thatsächlichen Zwecke, den Maingau zu bändigen,

der sich bei den früheren Wahlen unter dem Sozialistengesetze so tapfer hervorgethan hatte; um von vornherein den nöthigen Schrecken zu verbreiten, wurden die ersten Ausweisungsbefehle ihren Opfern, darunter vielen Familienvätern, unter den Weihnachtsbaum bescheert, so recht im Geiste jenes „praktischen Christenthums“, womit Bismarck hausirte. Während des Wahlkampfs wurde der kleine Belagerungszustand, nach längerem Sträuben der hessischen Regierung, auf Offenbach ausgedehnt, und zu gleicher Zeit fiel er auf Stettin. Hier war eine Wahlversammlung von Arbeitern ohne jeden Grund aufgelöst worden, und dann hatten verkleidete Polizeispitzel vor dem Versammlungslokale einen kleinen Tumult hervorgerufen. Ein „schneidiger“ Bajonnetangriff der bewaffneten Macht rettete die pommersche Hauptstadt, viele Arbeiter wurden leicht oder schwer verwundet, einer getödtet, dann regnete es Ausweisungsbefehle. Aber die neuen Belagerungsgebiete erwiesen sich der alten würdig; eine reißende Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen war die Antwort, die sie ihren Quälern ins Gesicht warfen. 93 000 Stimmen in Berlin, 65 000 in Hamburg-Altona, 30 000 in Leipzig Stadt und Land, 9000 in Frankfurt, 7000 in Offenbach, 4000 in Stettin, 4000 in Kottbus-Spremberg: mehr als ein Viertel der sozialdemokratischen Stimmen kam aus den Belagerungsgebieten. In den 23 rein städtischen Wahlkreisen des Reiches musterte die Partei 36,7 Prozent aller abgegebenen Stimmen; einen tief ergreifenden Ausdruck fand die Aufopferung des deutschen Proletariats bei diesen Wahlen in dem Opfertode dreier Berliner Arbeiter, des Gürtlers Nauen, des Schlossers Hensel, des Formers Bachmann, die, aus einer nächtlichen Versammlung von Vertrauensmännern heimkehrend, auf dem Eise des Spandauer Schifffahrtkanals einbrachen und ertranken.

Nach ihrer Stimmenzahl hätte die Partei 40 Mandate beanspruchen können, thatsächlich erhielt sie nur 11, gegen 25, die sie im vorigen Reichstage gehabt hatte, nachdem der Wahlkreis Stollberg-Schneeberg 1886 in einer Nachwahl von Geyer erobert worden war. Von vornherein gingen in den Faschingswahlen alle sächsischen Wahlkreise verloren bis auf eine Stichwahl in Dresden-Altstadt. Die sächsischen Ordnungsfanatiker hatten ihre Leistungen von 1881 fast noch überboten, freilich nur mit einem viel geringeren Erfolge: sie hatten einen großen Haufen träger Philister an die Urne geschleppt, aber nicht mehr die sozialdemokratischen Heersäulen erschüttert, die in ganz Sachsen seit 1884 um 20 000 Köpfe gewachsen waren. In den Hauptwahlen gewann die Partei 6 Sitze: Berlin IV und VI (Singer und Hasenclever), Hamburg I und II (Bebel und Dietz), Altona (Frohme) und Nürnberg (Grillenberger). Stichwahlen hatte sie 18 zu bestehen: außer in Dresden-Altstadt in Berlin III, Breslau I und II, Königsberg, Kottbus-Spremberg, Magdeburg, Hannover, Gotha, Reuß ä. L., Hamburg III, Lübeck, Kiel, Glückstadt, Elberfeld-Barmen, Solingen, Frankfurt a. M. und München II.

Die Stichwahlen waren diesmal von besonderer Bedeutung. Hatte die Wahlkreisgeometrie den Sieg des Kartells gesichert, so konnte der Schaden durch

festes Zusammenhalten der Oppositionsparteien in den Stichwahlen bis zu einem gewissen Grade ausgeglichen, die Kartellmehrheit nicht mehr völlig verhindert, aber doch auf eine so geringe Stimmenzahl beschränkt werden, daß sie dadurch schwankend und unzuverlässig gemacht wurde. Das sozialdemokratische Zentralwahlkomite, Grillenberger, Hasenclever, Liebknecht, Meister und Singer, forderte schon am 23. Februar die sozialdemokratischen Wähler auf, in den Stichwahlen für alle Kandidaten der bürgerlichen Opposition zu stimmen, die sich bindend über ihre Stellung zum allgemeinen Wahlrecht und zu den Ausnahmegesetzen erklärten, und auch das Zentrum gab die Stichwahlparole aus: Wider den Mischmasch! Mit ultramontaner und namentlich mit sozialdemokratischer Hilfe wurden den Freisinnigen so viele Mandate gerettet, daß sie noch 32 Mann stark im Kartellreichstage antreten konnten. Aber die Unentwegten selbst rissen aus wie Schafleder; Eugen Richter, der den widerlichsten Kliquendespotismus in die freisinnige Partei eingeführt hatte, war nicht zu der Stichwahlparole heranzukriegen, die Ehre und Vernunft geboten; er mochte fürchten, dadurch seinen Ruf als bewährtester Organisator von Wahlniederlagen zu gefährden. In Berlin III und Kiel, wo Freisinnige und Sozialdemokraten stachen, bettelten die Freisinnigen in erbarmungswürdigster Weise um die Hilfe der Kartellbrüder; wo aber Kartell und Sozialdemokratie gegenüberstanden, liefen sie in schamlosem Verrath ihrer eigenen Sache zum Kartell über, am skandalösesten in Hamburg III, Glückstadt, Lübeck, Magdeburg und Königsberg. So spielte der Freisinn noch etwa zehn Wahlkreise in Bismarcks Hände und machte die Kartellmehrheit ganz schußfest. Die Sozialdemokraten eroberten in den Stichwahlen nur Breslau II (Kräcker), Elberfeld-Barmen (Harm), Solingen (Schumacher), Hannover (Meister) und Frankfurt a. M. (Sabor).

Für drei Jahre hatte Bismarck jetzt wieder freie Hand, und wie Don Philipp nutzte er diesen Abend aus. Das Kartell bewilligte ihm auf den ersten Hieb nicht nur die Septennatsvorlage, sondern auch eine Erhöhung der Branntweinsteuer um jährlich mehr als 100 und der Zuckersteuer um jährlich etwa 40 Millionen, daneben aber auch noch aus den Taschen der Steuerzahler eine jährliche Liebesgabe von 40 Millionen für die Schnapsbrenner und von 30 Millionen für die Zuckersieder. Der „moralische Aufschwung des Volksgeistes", wie das Kartell den blinden Schrecken der trägen Philister taufte, hatte allerdings so viel erreicht, daß die Plünderer der Massen keine imaginären Schreckgestalten in rothen Hosen waren.

III. Der Parteitag in St. Gallen.

Wie einer ehrlichen und konsequenten Politik alle Dinge zum Besten zu gerathen pflegen, so brauchte die sozialdemokratische Partei die Herabminderung ihrer parlamentarischen Mandate nicht zu bedauern. In dem Kartellreichstage durfte sie sich gut und gern mit einem starken Wachtposten begnügen, der bei

geeigneten Anlässen die volksfeindlichen Machenschaften vor allem Volk aufdeckte. Der Streit über das Maß der Betheiligung an den parlamentarischen Geschäften fiel nunmehr fort, und desto straffer konnte die Partei ihre Kraft zusammenfassen, um die neuen Angriffe des Systems Bismarck abzuwehren und ihrerseits erobernd vorzubringen.

Soweit die Geheimbundsprozesse darauf abzielten, das Parteiorgan und die Parteikongresse lahm zu legen, waren sie, wie in allem Uebrigen, ein Schlag ins Wasser. Nach der Bestätigung des Freiberger Urtheils durch das Reichsgericht hatte die Fraktion den offiziellen Charakter des Sozialdemokraten aufgehoben, wodurch sein Einfluß nicht um einen Deut geschwächt und sein Leserkreis nicht um einen Kopf gemindert wurde. Und im September 1887 veröffentlichte die Fraktion, gemeinsam mit den früheren Reichstagsabgeordneten und den parlamentarischen Vertretern der Partei in den Landtagen, einen Aufruf zur Beschickung eines Parteitags, zu dem jeder Genosse eingeladen wurde. Vorbehalten blieb dem Parteitage selbstverständlich nur, um die Ihring-Mahlow abzuhalten, der Beschluß über die Zulassung der einzelnen Theilnehmer. Der Aufruf theilte die Tagesordnung des Parteitags mit und hob ausdrücklich hervor, daß die geplanten Verhandlungen dem gemeinen Recht in Deutschland nicht widersprächen. Nur die Handhabung des Ausnahmegesetzes zwinge zu besonderen Schutzmaßregeln; deshalb könne Ort und Zeit vorläufig nicht bekannt gegeben werden.

Damit waren alle Fußangeln des Freiberger Urtheils umgangen und die edlen Brüder Bismarck-Puttkamer saßen wieder einmal mit langen Nasen da. Ihre Soldschreiber machten sich sogar in bürgerlichen Kreisen verächtlich mit der Frage, weshalb denn der Parteitag nicht in Deutschland tage, wenn seine Verhandlungen nicht dem gemeinen Rechte widersprechen sollten. Sie erhielten von Bebel die wohlgezielte Ohrfeige: „Wenn wir doch einmal von ‚fremder Gnade‘ in Bezug auf unsere innersten Parteiangelegenheiten abhängen sollen, so wollen wir lieber von der ‚Gnade‘ einer fremden Regierung, als von der Gnade der deutschen Polizei abhängen. Das mögen sich die offiziösen Blätter und ihre Hintermänner hinter die Ohren schreiben.“ Natürlich gelang es den Tolpatschen der deutschen Polizei diesmal so wenig, wie bei den früheren Gelegenheiten, Ort und Zeit des Parteitags vorzeitig zu entdecken.

Er hielt seine Berathungen vom 2. bis 6. Oktober in der Brauerei zu Schönenwegen bei Bruggen, eine halbe Stunde von St. Gallen. Im Ganzen hatten sich 79 Theilnehmer eingefunden, 74 davon aus Deutschland. Der Rechenschaftsbericht der Fraktion ergab, daß seit dem Kopenhagener Kongresse 135 748 Mark in die Parteikasse eingelaufen waren, dazu von ausländischen, namentlich amerikanischen und schweizerischen Genossen 52 907 Mark, ungerechnet die örtlichen Aufwendungen, von denen man mit Fug annehmen konnte, daß sie noch das Mehrfache dieser Summen erreichten. So ungebeugt und ungebrochen wie je trat die Partei ihren Verfolgern entgegen; gleich der erste Beschluß des Parteitags tadelte scharf die Flucht von Genossen wegen drohender Prozesse oder Gefängnißstrafen.

Ein nicht weniger scharfes Tadelsvotum erhielten Geiser und Viereck, weil sie sich aus unzureichenden Gründen geweigert hatten, den Aufruf zur Beschickung des Parteitags zu unterzeichnen. Ueber die parlamentarische Thätigkeit der Partei, über ihre Stellung zur Sozial- und Wirthschaftspolitik der Regierung wurde ebenso beschlossen, wie in Wyden und in Kopenhagen; nur für die Stichwahlen zwischen bürgerlichen Kandidaten empfahl der Parteitag, gestützt auf die Erfahrungen der Faschingswahlen, diesmal unbedingt Stimmenthaltung. Das Berliner Volksblatt urtheilte über die Verhandlungen: Hat es je einen „rechten Flügel" der Partei gegeben, so giebt es ihn nicht mehr.

Das schlagendste Zeugniß für die unerschöpfliche Kraft der Partei lag aber darin, daß sie sich inmitten aller Bedrängniß anschickte, die Leitung der internationalen Arbeiterbewegung zu übernehmen. Seit dem großen Krache der siebziger Jahre hatten sich die Uebel der kapitalistischen Produktionsweise in allen Kulturländern dermaßen gesteigert und waren allen Klassen der Bevölkerung dermaßen beschwerlich geworden, daß sich ein starkes Bewußtsein von der Nothwendigkeit sozialer Reformen weit über die Arbeiterkreise hinaus geltend zu machen begann. Es wurde immer klarer, daß die allgemeine Schutzzöllnerei jene Uebel nicht schwächte, sondern steigerte, daß auch die Kartelle, Ringe und sonstigen Unternehmerverbände, die sich im Laufe der achtziger Jahre zur Regelung der Produktion bildeten, thatsächlich auf eine Stärkung der kapitalistischen Macht gegenüber den Konsumenten wie gegenüber den Proletariern hinausliefen. Eine ungleich gründlichere Abhilfe verhieß der gesetzliche Schutz der Arbeiterklasse vor der kapitalistischen Ausbeutung. Dabei lief mancherlei Illusion und auch viel Heuchelei mit unter, aber eine starke Strömung drängte doch in allen industriell entwickelten Ländern nach dieser Richtung, und sie nahm eine internationale Wendung, sowohl aus Gründen, die in der Natur der Sache lagen, als auch weil die Klopffechter der kapitalistischen Ausbeutung, wie besonders der biedere Bismarck, stets auf die internationale Konkurrenz und die verschiedene Sozialgesetzgebung der konkurrirenden Länder hinwiesen, nicht zwar, um eine internationale Fabrikgesetzgebung zu fördern, aber um eine nationale Fabrikgesetzgebung zu hindern.

Die erste Anregung zu internationalen Verhandlungen auf diesem Gebiete hatte die Schweiz schon im Jahre 1881 gegeben, jedoch ohne jeden Erfolg. Seitdem hatte sich das Bedürfniß überall noch fühlbarer gemacht; vielleicht das sprechendste Zeugniß dafür war, daß sogar der deutsche Kartellreichstag gleich in seiner ersten Session auf eine Fortbildung der deutschen Fabrikgesetzgebung drängte. Wie er auf einen unerschütterlichen Widerstand Bismarcks stieß, so stieß der gesetzliche Arbeiterschutz in allen Ländern auf mächtige Gegnerschaften, ganz abgesehen von der Erfahrung, daß mit der wachsenden Popularität des Gedankens auch sehr unsichere Kantonisten sich seiner bemächtigten, darunter sogar kapitalistische Bauernfänger, wie Eugen Richter und seine Kohorte von fanatischen Manchesterleuten, die, als sie ganz sicher waren, daß Bismarck in dieser Frage nicht nachgeben werde, nicht üble Lust verriethen, „sozialreformerische" Demagogie

zu treiben. Um so näher lag es, daß die internationale Arbeiterklasse die Frage auf ihre volle Höhe hob, und das Spiel der hartnäckigen Gegner wie der halben oder heuchlerischen Freunde vereitelte.

Sie brauchte dabei nur an die Ueberlieferungen der alten Internationalen anzuknüpfen, auf deren Kongressen dieser Frage stets ein so bedeutender Raum gewährt worden war. War die Internationale an dem Abfalle des Anarchismus einer=, der Trade Unions andererseits untergegangen, so war jetzt die Zeit reif, sie auf höherer Stufenleiter zu erneuern. Die Anarchisten hatten überall abgewirthschaftet. Wie in Deutschland und der Schweiz, so waren sie auch in Oesterreich, Frankreich, Belgien, England von der verruchtesten Lockspitzelei durchsetzt; im Jahre 1887 wurde der ehrliche und uneigennützige Anarchist Neve von den Lockspitzeln Trautner, Peukert und Reuß in niederträchtigster Weise der deutschen Polizei ans Messer geliefert und vom Reichsgericht hinter verschlossenen Thüren zu fünfzehn Jahren Zuchthaus verurtheilt. Einzig in den Vereinigten Staaten hatte sich der Anarchismus zu einer gewissen Macht entwickelt, aber nur dadurch, daß er sich einer gewaltig anschwellenden Bewegung für den Achtstundentag bemächtigte, und nur mit der Wirkung, daß er diese aussichtsreiche Agitation auf lange hinaus verfuhr. Die von der anarchistischen Presse gepredigte Gewaltpolitik ermöglichte den amerikanischen Kapitalisten ein infam abgekartetes Spiel: den Bombenwurf auf dem Heumarkt in Chicago und die verächtliche Justizposse, durch die von acht anarchistischen Führern einer zu langjährigem Zuchthause und sieben zum Tode verurtheilt wurden. Diese Männer waren an dem Bombenattentate so unschuldig wie die deutschen Sozialdemokraten an Nobilings Schrotschüssen, aber Dank ihrer falschen Taktik unterlag die amerikanische Arbeiterbewegung dem künstlich entfachten Wirbelsturme des Hasses und der Wuth, den die deutsche Arbeiterbewegung Dank ihrer richtigen Taktik siegreich bestanden hatte.

Auf der anderen Seite wurden die Trade Unions aus ihrer exklusiven Zurückhaltung aufgeschreckt, als das englische Weltmarktmonopol mehr und mehr durch die deutsche, französische und namentlich amerikanische Konkurrenz gebrochen wurde. Sie verloren dadurch ihre bis zu einem gewissen Grade geschützte Stellung und wurden unsanft auf die Solidarität des internationalen Proletariats zurückgestoßen. Das ließ sich Schritt für Schritt an den internationalen Kundgebungen der Arbeiterklasse in den achtziger Jahren verfolgen. Der von belgischer Seite angeregte Weltkongreß, den die deutsche Partei in Wyden zu beschicken beschlossen hatte, war 1881 in Chur zusammengetreten, aber wie vier Jahre früher der Genter Weltkongreß ohne bemerkenswerthe Ergebnisse. Fast noch unfruchtbarer verlief 1883 eine internationale Arbeiterkonferenz in Paris; höchstens gab sie der bürgerlichen Presse durch ihre nichtssagenden Beschlüsse willkommene Gelegenheit, wohlfeile Triumphgesänge über eine „moralische Niederlage des Sozialismus“ anzustimmen. Die Konferenz wurde vollständig von den Trade Unions beherrscht, neben denen fast nur noch die Possibilisten vertreten waren; P. Brousse, der Führer dieser französischen Arbeiterfraktion, hatte sogar zu ver=

hindern gewußt, daß die deutschen Arbeiter überhaupt eingeladen wurden. Ganz anders sah es schon auf einer internationalen Arbeiterkonferenz aus, die 1886 gleichfalls in Paris stattfand. Zu ihr waren die Arbeiterparteien aller Länder eingeladen worden; die deutsche Sozialdemokratie wurde durch den in Paris wohnenden Genossen Grimpe vertreten, während Rackow als Delegirter des kommunistischen Arbeiterbildungsvereins in London erschien. Neben Deutschland, England und Frankreich hatten auch Oesterreich, Ungarn, Belgien, Schweden, Norwegen und Australien die Konferenz beschickt. Grimpe richtete einen vielleicht nicht sehr höflichen, aber sehr geschickten Vorstoß gegen die Politik der Trade Unions, wobei ihn Rackow wirksam unterstützte; es kam zu einer lebhaften zweitägigen Debatte, in der die sieben Delegirten der Trade Unions eine sehr erschütterte Haltung zeigten; schließlich stimmten sie dem sonst einstimmig angenommenen Beschlusse der Konferenz, die Regierungen der einzelnen Länder zu einer internationalen Fabrikgesetzgebung auf der Grundlage des Achtstundentags anzutreiben, nur aus dem formalen Grunde mangelnder Vollmacht nicht bei, in der Tendenz erklärten sie sich damit einverstanden. Ein Jahr darauf beschloß der Kongreß der Trade Unions in Swansea von sich aus die Einberufung eines internationalen Arbeiterkongresses, freilich noch unter Beschränkung auf Gewerkschaften und unter Zulassungsbedingungen, die für Länder mit polizeilicher Ausnahmegesetzgebung, wie Deutschland und Oesterreich, eine ausreichende Vertretung unmöglich machten.

Hier nun griff der Parteitag in St. Gallen ein. Er faßte eine Resolution gegen den Anarchismus, deren Schwergewicht in einer rücksichtslosen Verurtheilung der anarchistischen Taktik lag; in der Geschichte der Völker sei die Gewalt ebenso gut, ja sogar häufiger ein reaktionärer, als ein revolutionärer Faktor, ihre individuelle Anwendung führe nicht zum Ziele, sie sei vielmehr schädlich und verwerflich, weil sie das Rechtsgefühl der Masse verletze. „Für die individuellen Gewaltakte bis aufs äußerste Verfolgter und Geächteter machen wir die Verfolger und Aechter verantwortlich; wir begreifen die Neigung zu solchen als eine Erscheinung, die sich zu allen Zeiten unter ähnlichen Verhältnissen gezeigt hat und die gegenwärtig durch bezahlte Lockspitzel für die Zwecke der Reaktion gegen die arbeitende Klasse ausgenützt wird.“ Dieser Schlußsatz verwahrte den Parteitag vor dem Verdachte, in das Horn der bürgerlichen Angstmeierei zu stoßen; als einen Monat darauf die Hinrichtung der sieben in Chicago verurtheilten Anarchisten erfolgen sollte, richteten Bebel, Grillenberger, Liebknecht und Singer im Namen der deutschen Arbeiter ein Telegramm an den Gouverneur des Staates Illinois, worin sie um Menschlichkeit baten, unbekümmert darum, daß Puttkamer und die Puttkämerlinge diesen Schritt in gehässigster Weise ausbeuteten. Bekanntlich wurden nur zwei der Verurtheilten zu lebenslänglichem Zuchthause begnadigt, einer tödtete sich vor der Hinrichtung selbst, vier aber starben am Galgen als entschlossene und muthige Männer: seitdem ist ihre Unschuld auch offiziell anerkannt worden.

Mit der Abwehr der anarchistischen Taktik verband der Parteitag in St. Gallen die Abwehr des engherzigen Geistes, der noch immer in den Trade Unions spukte. Er beauftragte die Parteileitung, im Verein mit den Arbeiterverbindungen anderer Länder, für den Herbst 1888 einen allgemeinen internationalen Arbeiterkongreß einzuberufen, zu dem Zwecke, gemeinsame Schritte der Arbeiter aller Länder zur Verwirklichung einer internationalen Arbeiterschutzgesetzgebung herbeizuführen, und brach dadurch dem internationalen Klassenkampfe des modernen Proletariats eine neue Gasse.

IV. Das Aechtungsgesetz.

Als der Kartellreichstag im November 1887 zu seiner zweiten Session einberufen wurde, hatte der Säkularmensch neben neuen schweren Militärforderungen noch eine dreischwänzige Peitsche geflochten, um die Wähler dafür zu zerfleischen, daß sie sich am Narrentage hatten vergewaltigen lassen; die Erhöhung der Brotzölle von 3 auf 5 Mark, die Erstreckung der Gesetzgebungsperioden von 3 auf 5 Jahre und endlich die Verlängerung des Sozialistengesetzes auf 5 Jahre mit kannibalischen Verschärfungen. In all seiner bornirten Rückwärtserei war Bismarck nun schon wieder so weit, nicht einmal mit dem Kartellreichstage fertig zu werden. Nur bei der Verlängerung der Gesetzgebungsperioden als der ersten Attacke auf das allgemeine Wahlrecht machte die Kartellmehrheit gerne mit; gegen die Erhöhung der Brotzölle sträubten sich die meisten Nationalliberalen im Interesse der Industrie, und diese neue Plünderung der Massen gelang erst durch den Zuzug der ultramontanen Sippschaft, dagegen waren weder die Nationalliberalen noch die Ultramontanen für das Aechtungsgesetz gegen die Sozialdemokratie zu haben, und Bismarck saß damit auf.

Das Gesetz erhöhte die Strafe für die Verbreitung verbotener Druckschriften im Höchstmaße um das Doppelte, von sechs Monaten auf ein Jahr, und bedrohte die „geschäftsmäßige" Agitation für die Ziele der Sozialdemokratie mit Gefängniß nicht unter zwei Jahren. Da es vollständig im Belieben des Richters stand, was er für „geschäftsmäßig" erklären wollte und was nicht, so war mit diesem Kautschukparagraphen die Möglichkeit gegeben, jeden unbequemen Sozialdemokraten erst auf Jahre ins Gefängniß zu werfen und dann aus dem Lande zu treiben. Denn gegen die nach ihm Verurtheilten, sowie gegen alle wegen Geheimbündelei Verurtheilten sollte die Entziehung der Staatsangehörigkeit ausgesprochen werden können. Ebenso gegen Alle, die im Auslande an Versammlungen zur Förderung der sozialdemokratischen Bestrebungen theilnehmen würden. Außerdem wurde dieses neu geschaffene Verbrechen noch mit Gefängniß bedroht.

Die Vorlage war die einfache Bankerotterklärung des Sozialistengesetzes. Sie suchte mit der russischen Knute zu erreichen, was mit dem deutschen Polizeiknüppel nicht erreicht worden war. Nach § 22 des Sozialistengesetzes konnte

über geschäftsmäßige Agitatoren die Einschränkung des Aufenthalts verhängt werden; und diese schmähliche Waffe hatte reichliche Anwendung gefunden. Christensen war wie ein wildes Thier durch Deutschland gehetzt worden für das Verbrechen, den Lockspitzel Ihring-Mahlow entlarvt zu haben, ebenso Kayser für das Verbrechen, in der sozialdemokratischen Fraktion am weitesten nach Rechts zu stehen, und der Baumeister Keßler für das Verbrechen, an der politischen Agitation gar nicht, sondern nur an der gewerkschaftlichen Organisation der Bauhandwerker betheiligt gewesen zu sein. Jedoch hatten diese Hetzereien und die Ausweisungspraxis in den Belagerungsgebieten nichts anderes bewirkt, als eine um so kräftigere Ausbreitung der sozialdemokratischen Propaganda; die Begründung des Aechtungsgesetzes gestand selbst, daß die Ausweisungen häufig die Agitation in Gegenden verpflanzt hätten, die von ihr bis dahin noch wenig oder gar nicht berührt gewesen seien. Dieser selbstmörderischen Folge ihrer staatsmännischen Weisheit wollten die Bismarck und Puttkamer nun dadurch abhelfen, daß sie alle des Verdachts Verdächtigen gleich über die deutsche Grenze jagten. Daneben richtete das Aechtungsgesetz seine giftigste Spitze gegen den Sozialdemokraten, der in mehr als zehntausend Exemplaren allwöchentlich mit unübertrefflicher Pünktlichkeit durch ganz Deutschland verbreitet wurde, obgleich das Reichsgericht inzwischen noch die wunderbare Entdeckung gemacht hatte, daß schon das Bestellen, ja selbst das Annehmen und Aufbewahren von einzelnen Exemplaren als Beihilfe oder Anstiftung zur Verbreitung zu bestrafen sei; „der gewaltthätigste aller Raubvögel erklärt sich für unfähig, den Kampf mit dem Rothkehlchen zu führen, dessen unerschrockenes Lied ihn verdrießt", spottete das bedrohte Blatt. Bis in konservative Kreise hinein empfand man die blutige Schande, die diese Vorlage über den deutschen Namen brachte.

Puttkamer selbst war freilich sehr siegesgewiß. Seit dem Narrentage gefiel er sich in einer neuen närrischen Pose: in der stummen Dulderrolle des seiner Zeit weit voraus geeilten Denkers, der mit gelinder Verzweiflung, aber doch mit rührender Geduld die Verkennung seiner weisen Absichten durch das thörichte Volk ertrug. Wenn die sozialdemokratischen Abgeordneten über die Handhabung des Sozialistengesetzes sprachen, so betrachtete er lässig hingelehnt seine Lackstiefel oder strich seine flatternden Bartkoteletten, aber kein Wort entrann dem Zaune seiner Zähne, gleich als ermüde sein göttergleiches Ingenium, mit menschlicher Dummheit zu kämpfen. So auch hielt er es für überflüssig, die Berathung des Aechtungsgesetzes einzuleiten; er ließ den Sozialdemokraten den Vortritt, die ihn nun sofort von der sinnenden Bewunderung seiner Lackstiefel auf- und in seine letzte Rolle als Staatsretter hineinjagten, in die Rolle des Stiers im Porzellanladen, die er, eben weil sie die letzte war, nicht mit affektirter Kunst, sondern mit überzeugender Naturwahrheit spielte.

Die Sozialdemokratie setzte nach ihrem guten Brauch auf einen Schelmen anderthalbe: sie antwortete auf das Aechtungsgesetz mit einer umfassenden Enthüllung der Korruptions- und Spitzelwirthschaft, womit das System Bismarck-

Puttkamer nicht nur das ganze Deutschland, sondern auch das halbe Europa verpestete. Der Sozialdemokrat hatte bereits im Mai 1887 das schuftige Spiel enthüllt, das den braven Neve in die Hände der deutschen Polizei geliefert hatte; am Ende dieses Jahres schaufelte er nicht weniger als zwölf Polizeiagenten aus dem Sumpfe hervor: in London den Schriftsteller Sachs und den verkrachten Sänger Reuß, in Paris den Schriftsteller Oberwinder, der einst zu Lassalles ersten Anhängern gehört und dann zeitweise in der österreichischen Arbeiterbewegung gewirkt hatte, den Schriftsteller Trautner und den Sprachlehrer Nonne, in Zürich den Schreiner Schröder und den Weißbierwirth Heinrich, in Genf den Gießer Haupt, in Magdeburg den Schriftsteller Schwennhagen, in Altona den Blaufärber Wichmann, in Hamburg den Tischler Neumann, in Leipzig den Buchhändler Nebel. Einzelne davon, wie Oberwinder, mochten sich mit der Rolle moderner Kotzebues begnügt haben, die meisten waren Dynamit- und Lockspitzel der verworfensten Art, wie die Reuß und Wichmann, die Schröder und Haupt. Diese beiden hatte das geschickte und schnelle Eingreifen der Züricher Mitgliedschaft zu umfassenden Geständnissen veranlaßt; die gerichtliche Untersuchung, die gegen die überführten Lockspitzel eingeleitet wurde, bestätigte in vollstem Umfange ihre Schuld, was der Züricher Polizeihauptmann und Untersuchungsrichter Fischer auf eine Anfrage Bebels und Singers amtlich beglaubigte. Gleichzeitig wies der Bundesrath in Bern den ehemaligen badischen Generalstabsoffizier v. Ehrenberg aus der Schweiz, der sich seit Jahren vergebens abgequält hatte, die sozialdemokratische Partei in hoch- und landesverrätherische Unternehmungen zu verstricken. Ehrenberg war bis dahin als hirnloser Abenteurer betrachtet worden; aus der Schweiz gewiesen, stellte er sich jetzt dem Militärgericht in Karlsruhe, das die Untersuchung wegen Hoch- und Landesverraths gegen ihn eröffnete, aber ihn trotz der schwersten Inzichten nicht verhaftete; als dann seine krampfhaften Versuche mißlangen, die Sozialdemokratie dennoch hineinzulegen, die Untersuchung vielmehr für ihn und seine Gönner immer brenzlicher wurde, flüchtete er ungehindert aus dem Reiche.

Die Enthüllungen, die Bebel und Singer im Reichstage über die Lockspitzelwirthschaft machten, zerschmetterten das Aechtungsgesetz. Puttkamers wüthendes Gebahren setzte den Punkt aufs i der entblößten Schande. Er redete wie im Irrsinne: die Haupt und die Schröder seien freilich keine Gentlemen, aber ohne solche Staatsstützen könne die politische Sicherheit eines Kulturstaats nicht auf einen Tag aufrecht erhalten werden. Die ehrlichen Leute, die den Lockspitzeln die Maske abgerissen hatten, schimpfte Puttkamer „eine Bande von Strolchen", den Polizeihauptmann Fischer aber „ein vertrauensunwürdiges Subjekt"; der Schweiz drohte er mit einer diplomatischen Aktion, um sie an ihre Pflichten gegen die benachbarten Großmächte zu erinnern. In aller besinnungslosen Wuth hatte er noch einen lichten Augenblick, indem er ehrlich gestand, sich keine Vorstellung von einem Kulturzustande machen zu können, wie er in der Schweiz herrsche; gewiß war es sein und Bismarcks historisches Pech, sich in den Vorstellungen

feudaler Barbarei selig zu fühlen und von moderner Kultur nicht einmal etwas zu ahnen. Leider aber vernichtete Puttkamer die versöhnende Wirkung dieses mildernden Umstandes wieder durch die Dichtung, daß er aus den Reihen der Sozialdemokratie mit Angeboten von Spitzeldiensten überstürmt würde; mit wie großer Befriedigung er sonst auf die Ausdehnung seiner Korruptionsthätigkeit blicken mochte, so hat er die Arbeiterklasse doch niemals zu korrumpiren vermocht. Als er endlich alle Kraft zusammen nahm und pathetisch schwor, er müsse ja vor Scham in die Erde sinken, wenn er im Punkte der Lockspitzelei kein reines Gewissen hätte, antwortete ihm ein eisiges Schweigen des ganzen Hauses; nur ein paar Landräthe auf der äußersten Rechten würgten ein mühsames: Sehr richtig! hervor. Die klägliche Komödie war an ihr klägliches Ende gelangt.

Einzig die beiden konservativen Fraktionen waren bereit, sich selbst an den Pranger zu schmieden. Die Nationalliberalen erklärten als das äußerste Maß ihrer Bereitwilligkeit, das unveränderte Sozialistengesetz auf zwei weitere Jahre zu bewilligen, während die Ultramontanen, im sicheren Verlaß auf die Kartellmehrheit, bis auf einen kleinen Rest von acht Mann die Hilfsmannschaft einzogen, die sie bisher für die Verlängerung des Sozialistengesetzes gestellt hatten; Reichensperger, der Führer dieser Hilfsmannschaft, hielt sogar schon wieder eine donnernde Rede gegen Ausnahmegesetze. Am 18. Februar 1888 wurde das Sozialistengesetz mit 164 gegen 80 Stimmen zum vierten und letzten Male verlängert, bis zum 30. September 1890.

Achtes Kapitel.

Die neunundneunzig Tage.

Kurz darauf, am 9. März, starb Kaiser Wilhelm, über neunzig Jahre alt, und als todtkranker Mann bestieg sein Nachfolger den Thron.

Kein Genie und schwerlich auch nur ein Talent, sogar stark beherrscht von feudalem Fürstenbewußtsein, hatte Kaiser Friedrich doch einen Hauch modernen Geistes gespürt. In seinem Thronmanifeste verkündete er sich als einen Mann des Friedens; unbekümmert um den Glanz ruhmbringender Großthaten, wollte er zufrieden sein, wenn die Nachwelt seiner Regierung nachrühmen könne, daß sie dem Volke wohlthätig, dem Lande nützlich, dem Reiche ein Segen gewesen sei. Im Einzelnen freilich ließ das Manifest alle möglichen Auslegungen zu. Verfaßt von dem christlich-konservativen Professor Geffcken, wurde es von der freisinnigen Partei mit den tollsten Loyalitätssprüngen begrüßt; die Unentwegten vertheilten an ihren Kneiptischen unermüdlich alle Portefeuilles unter sich, während der Tod Kaiser Friedrichs fast schon auf Tag und Stunde berechnet werden konnte.

So närrisch war Bismarck nicht, aber dafür desto boshafter. Er hatte alle Trümpfe in der Hand; was konnte ihm der sterbende Kaiser anhaben oder

die Partei des sterbenden Kaisers, die noch nicht den zehnten Theil des Reichstags umfaßte? Wollte Bismarck, wie Stöcker als kundiger Mann sich ausdrückte, „für die voraussichtlich kurze Regierungszeit des kranken Kaisers ein System der Stabilität und Solidarität schaffen", mit anderen Worten, jede selbständige Handlung des Kaisers von vornherein lahm legen, so war das sehr wenig monarchisch gedacht, aber es war verständlich vom Standpunkt eines Hausmeiers aus. Allein damit begnügte sich Bismarck nicht. Der moderne Geist, der trotz alledem aus dem Thronmanifeste Kaiser Friedrichs wehte, der ohnmächtige, aber zähe Widerstand, auf den Bismarck seit Jahrzehnten beim Kronprinzen und bei der Kronprinzessin gestoßen war, erheischte blutige Rache, und indem Bismarck den patriotischen Pöbel in Seidenhüten gegen das ohnmächtige Kaiserpaar hetzte, zu einer der wildesten Orgien, worin menschliche Niedertracht sich jemals ausgetobt hat, bestätigte er gern Geffckens verzweifelte Frage: Wann wäre in dem Leben dieses Menschen ein Zug edelmüthiger Gesinnung zu entdecken gewesen?

Natürlich erstreckte sich Bismarcks „Stabilität" auch auf die Handhabung des Sozialistengesetzes, an dem Kaiser Friedrich kein Gefallen hatte. Um so größer war Bismarcks diabolisches Vergnügen, die Quälereien der Arbeiterklasse fortzusetzen, als lebte der alte Wilhelm noch. Ja, die einzige Aktion der auswärtigen Politik unter Kaiser Friedrich war die Vertreibung des Sozialdemokraten aus der Schweiz. Durch persönliche Anrempelung des schweizerischen Gesandten in Berlin, durch drangsalirendes Toben des deutschen Gesandten in Bern, nicht zuletzt auch durch Zugeständnisse, die den Geldprotzen der schweizerischen Industrie für die demnächstige Erneuerung des deutsch-schweizerischen Handelsvertrages versprochen wurden, ließ sich der Bundesrath in Bern dazu breitschlagen, im April 1888 Bernstein, Motteler, Schlüter und Tauscher aus dem eidgenössischen Gebiete zu weisen. Als Vorwand mußte die Schreibweise des Sozialdemokraten dienen, wodurch die schweizerische Gastfreundschaft gemißbraucht und die guten Beziehungen der Schweiz zu einem befreundeten Staate gefährdet sein sollten. Darüber sagte Otto Lang, ein schweizerischer Beamter, bei einem den Ausgewiesenen gegebenen Abschiedsfeste das gute Wort: „Es ist in der Weltgeschichte noch jedesmal etwas laut hergegangen, wenn große Dinge im Werden waren. Das Völkerglück ist keine Frucht, die im Sonnenscheine gedeiht; nein, in Sturm und Wetter ist sie gereift." Und die Vertriebenen selbst erklärten in einem Aufruf „an alle Freunde der Freiheit und des Rechts in der Schweiz", nicht eine einzige Handlung sei ihnen nachgewiesen worden oder könne ihnen nachgewiesen werden, die sich als ein Verstoß gegen das gemeine Recht qualifizire, weder Vorbereitung noch Aufforderung noch auch nur Ermunterung zu gewaltthätigen oder hochverrätherischen Unternehmungen. Was ihnen schuld gegeben werde, das bewege sich auf dem Gebiete der Meinungsäußerung durch die Presse, auf einem Gebiete, für welches die eidgenössische Verfassung volle Freiheit gewährleiste. Der wahre Grund ihrer Ausweisung seien die Enthüllungen des Sozialdemokraten über das schmachvolle Treiben des deutschen Lockspitzelwesens,

wofür Puttkamer seine Rache nehme. Durch die Ausweisung würde die Schweiz zum Büttel der Bismärckischen Polizei erniedrigt.

In allen aufrechten Bürgern der Schweiz rief der Gewaltakt tiefe Beschämung und Entrüstung hervor. Zahlreiche Kundgebungen der Sympathie begleiteten die Ausgewiesenen, und Schweizer Bürger, in erster Reihe der wackere Conzett, sicherten das ungestörte Weitererscheinen des Sozialdemokraten im bisherigen Geiste und Tone. Jedoch um auch den Schein eines äußeren Drucks zu vermeiden, wurde er vom Oktober 1888 ab in London herausgegeben. An seinem Wesen änderte sich dadurch nichts; er blieb genau, was er bisher gewesen war. Bismarck und Puttkamer hatten an ein paar Personen ihr Müthchen gekühlt, aber sonst nur nach alter lieber Gewohnheit einen klatschenden Schlag ins Wasser gethan. Die größere Entfernung vom deutschen Kriegsschauplatze stumpfte die Wirksamkeit des Parteiorgans in keiner Weise ab. Seine Aufgaben waren mit der dritten Periode des Sozialistengesetzes andere geworden, wie einst mit der zweiten; die deutsche Arbeiterbewegung hatte einen solchen Umfang angenommen und besaß so viele Organe innerhalb der deutschen Grenzen, daß sie ein ausländisches Organ bis zu einem gewissen Grade entbehren konnte. Aber eben nur bis zu einem gewissen Grade, denn die deutschen Arbeiterblätter lebten unter dem Damoklesschwerte, das von Zeit zu Zeit auch auf sie niederfiel. Sie mußten eine scharfe Selbstzensur üben, und diese Zensur ist die schlimmste, da sie sich nicht täuschen läßt; den beschränkten Spielraum, den sie besaßen, verdankten sie nicht zuletzt der gerechten Scheu der deutschen Gewalthaber vor den schmerzenden Geißelschlägen des Sozialdemokraten. Um dem ausländischen Parteiorgane möglichst die Wurzeln abzugraben, wurden die einheimischen Arbeiterblätter geduldet; so lange das Sozialistengesetz bestand, durfte der Sozialdemokrat nicht aufhören zu erscheinen. Seine nunmehrigen Aufgaben konnte er von London aus so gut erfüllen, wie von Zürich aus, namentlich den Spitzeln wurde er noch fürchterlicher als bisher; kaum hörte solch ein Lumpazius das erste Gold in seiner Tasche klingen, als ihn die „Eiserne Maske“ auch schon ans Tageslicht springen ließ.

Als „Erfolg“ Puttkamers waren die Züricher Ausweisungen so kläglich, wie alle seine „Erfolge“, und sie waren zugleich sein letzter „Erfolg“. Kaiser Friedrich sträubte sich, das noch unter seinem Vorgänger fertig gewordene Gesetz über die Verlängerung der Gesetzgebungsperioden zu vollziehen; er mochte seinen Namen nicht mit dem ersten Einbruch in das wichtigste Volksrecht verknüpfen. Aber als Kaiser hatte er kein Veto gegen ein Gesetz, das Bundesrath und Reichstag genehmigt hatten. Eher konnte er sich im preußischen Staate wehren, dessen Geldsackvertretung den reaktionären Streich des Reichstags sofort nachgeahmt hatte, doch kämpfte er auch hier vergebens gegen den Widerstand des Ministeriums. Indem er das preußische Gesetz vollzog, konnte er seinen guten Willen nur noch durch den Befehl bethätigen, Puttkamer solle die amtlichen Wahlbeeinflussungen unterlassen, deren schamlose Ausdehnung eben in einer Wahlprüfung des preußischen Abgeordnetenhauses von Neuem aufgedeckt worden war. Puttkamer antwortete in

dem komisch-patzigen Tone der gekränkten Unschuld, den die bürgerliche Opposition ihm erlaubt hatte, sich anzugewöhnen, allein diesmal kam er an den Unrechten und erhielt am 8. Juni seine Entlassung. Die schnelle Expedition machte den allmächtigen Hausmeier doch vorsichtig; er dehnte die „Solidarität“ nicht auf seinen getreuesten Helfershelfer aus, sondern begnügte sich, den verunglückten Kumpan durch ein Abschiedsessen zu trösten. Eine Woche darauf befreite ihn der Tod des Kaisers von aller Sorge.

Die Sozialdemokratie hatte in den 99 Tagen, da Kaiser Friedrich herrschte, eine ernste, männliche und würdige Haltung beobachtet. Sie blieb gleich fern den albernen Illusionen des Freisinns, wie der ekelhaften Fronde des Kartells. Ein von Auer verfaßter Nachruf des Berliner Volksblattes gab dem guten Willen des todten Kaisers das gebührende Recht und kennzeichnete doch scharf die Grenzen, die diesem Willen gesetzt gewesen wären, selbst wenn er freie Bahn gehabt hätte; von der „Engländerin“ aber, die damals schutzlos der kläffenden Meute Bismarcks preisgegeben war, sagte er mit einem einfachen Worte, das all den schwülstigen Bombast der freisinnigen Presse aufwog: „Das bis zum Tode getreue und hingebende Weib bleibt immer ein erhabener Anblick, ob es uns im Palast oder in der Hütte begegnet.“ Nicht nur in seiner klaren und kräftigen Politik wuchs das klassenbewußte Proletariat über die herrschenden Klassen empor, sondern auch in dem, worin diese Klassen von jeher ihr unveräußerliches Besitzthum gesehen hatten: in der Gesinnung des Gentleman, in dem echten Herzenstakte menschlichen Empfindens.

Neuntes Kapitel.

Der Zusammenbruch.

I. Es gelingt nichts mehr!

Bismarcks Hausmeierthum trat in eine neue Phase, als er nicht mehr mit einem neunzig-, sondern mit einem dreißigjährigen Kaiser zu thun hatte. Er selbst war schlechter Psycholog genug, bei der Thronbesteigung Kaiser Wilhelms II. an eine zweite Auflage der „wilhelminischen Tage“ zu glauben. Er überließ mehr, als in seinem Interesse lag, seinem ältesten Sohne, vermuthlich dem unfähigsten aller Nepoten, von denen die Geschichte zu erzählen weiß; in kaum noch verhüllten Anspielungen schwatzten die offiziösen Soldschreiber von einer „Dynastie Bismarck“, die neben den Hohenzollern stehen sollte, wie einst die Karolinger neben den Merowingern standen.

Einstweilen bekundete der junge Kaiser auch eine tiefe Verehrung für Bismarck. Ein Knabe von elf Jahren bei Gründung des Reichs, ein Jüngling von neunzehn Jahren bei Erlaß des Sozialistengesetzes, zum Manne herangereift in der Zeit, wo der Posaunenschall des sozialen Königthums von allen offiziellen

Thürmen ertönte, lebte und webte er in einer geistigen Atmosphäre, die vor jedem ketzerischen Gedanken gesichert zu sein schien. Allerdings fehlte es nicht ganz an warnenden Vorzeichen, daß es auch anders kommen könne. Der Geheimrath Hinzpeter, der den Kaiser erzogen hatte, nannte ihn eine eigenthümlich starke Individualität, in der sich welfischer, leicht in Energie umgesetzter Starrsinn und hohenzollernscher, mit Idealismus gepaarter Eigenwille verbinde, und Stöcker wollte bereits im August 1888 mit seinen leisen Hofpredigerohren den Kaiser sagen gehört haben: „Sechs Monate will ich den Alten verschnaufen lassen, dann regiere ich selbst.“ Aber es waren fast schon dreimal sechs Monate ins Land gegangen, als der Kaiser zu Neujahr 1890 die Bitte an Gott richtete, ihm den erprobten Rath Bismarcks noch viele Jahre zu erhalten. Inzwischen war er wiederholt für Bismarcks Kartellpolitik eingetreten, unter herber Abweisung der freisinnigen Loyalitätsfräcke.

Die „Dynastie Bismarck“ aber wurde von jener Verblendung ergriffen, die das sicherste Zeichen des unaufhaltsamen Untergangs ist. Als Geffcken aus den Tagebüchern Kaiser Friedrichs Bruchstücke veröffentlichte, die das Heroenthum der „großen Heroen“ von „Reichsgründern“ in all seiner Fadenscheinigkeit enthüllten, war Bismarck unsinnig genug, zu behaupten, der Verfasser des Tagebuchs habe in Versailles überhaupt nichts Wichtiges erfahren, auf Befehl des alten Kaisers Wilhelm, der von seinem Thronfolger landesverrätherische Zettelungen befürchtet habe. Bismarcks Nepote, der den noch lebenden Diplomaten Morier in das Lügengewebe verstrickte, mußte sich dafür von dem derben Engländer vor ganz Europa als boshafter Verleumder ohrfeigen lassen. Derselbe Nepote machte die deutsche Diplomatie gleichzeitig auf der Samoakonferenz zum europäischen Gespötte und verwickelte sie durch einen neuen Handel mit der Schweiz in einen europäischen Skandal.

Wie die Katze das Mausen nicht läßt, so konnte auch die deutsche Polizei das Lockspitzeln nicht lassen, trotz aller Prügelsuppen, die ihr unheilbares Ungeschick ihr schon eingebrockt hatte. Der Polizeiinspektor Wohlgemuth in Mülhausen schlich sich mit nichtswürdigen Verlockungen an den Schneider Lutz in Basel, um von diesem treuen Parteigenossen in der Falle gefangen zu werden. Die schriftliche Aufforderung Wohlgemuths: „Wühlen Sie nur lustig drauf los!“ machte alles Ableugnen unmöglich; der Biedermann wurde verhaftet und nach amtlicher Feststellung seiner Schuld aus der Schweiz verwiesen. Obgleich der schweizerische Bundesrath die nothgedrungene Abwehr mit der unschönen Liebedienerei gegen Bismarck verband, zugleich Lutz auszuweisen, so kannte die Wuth des Säkularmenschen doch keine Grenzen; sein Nepote erging sich wochenlang offiziell wie offiziös in so frechen Drohungen gegen das schweizerische Asylrecht, gegen die „wilde Schweiz“, wie sie die Metternich und die Bonaparte, gehindert durch einen Rest von Scham, niemals gewagt hatten. Obgleich der Bundesrath in Bern auch jetzt noch nicht sein gutes Recht so tapfer vertheidigte, wie möglich und nöthig gewesen wäre, so wußte er dem kindischen Bramarbas doch schlagend heimzuleuchten.

In Deutschland selbst wurde das Sozialistengesetz von Puttkamers Nachfolger, dem preußischen Polizeiminister Herrfurth, ziemlich ebenso gehandhabt wie von Puttkamer selbst. Als ehemaliger Unterstaatssekretär Puttkamers und Vorsitzender der Reichskommission kam Herrfurth wohlvorbereitet zu seinem hehren Berufe. Freilich waren ihm die Junker als einem bürgerlichen Eindringling in einen Junkerposten gram, und so suchte er eine gewisse bureaukratische Ehrbarkeit herauszubeißen, aber was er dadurch gewann, verlor er wieder durch seine Schwäche. Im März 1889 gelang ihm sogar, was selbst Puttkamer nicht zu thun gewagt hatte: er duldete, daß der Berliner Polizeipräsident v. Richthofen, der Nachfolger Madais, ein bürgerliches Blatt auf Grund des Sozialistengesetzes verbot. Seit der Mitte des Jahrzehnts hatte die Volkszeitung, nach einem Wechsel in ihrer politischen Leitung, die bürgerlich-demokratische Opposition mit derjenigen Konsequenz vertreten, die der politischen Lage angemessen war; sie hatte nach dem Urtheile des Sozialdemokraten eine so rücksichtslose Sprache geführt, wie sie seit Jahrzehnten kein bürgerliches Blatt in Deutschland gewagt hatte. Als sie nun gar dem widerlichen, mit dem alten Kaiser Wilhelm getriebenen Götzendienste zu widersprechen wagte, verfiel sie dem Sozialistengesetze und erhielt dazu einen Majestätsbeleidigungsprozeß angehängt, unter der bezaubernden Begründung, daß ein ungeschminktes historisches Urtheil über den todten Großvater eine blutige Beleidigung des lebenden Enkels sei.

Alle diese Streiche überspannten nun aber doch den Bogen. Es knisterte und krachte überall in dem morschen Bau des Bismärckischen Despotismus, der am Ende des 19. Jahrhunderts nach der Weise eines toll gewordenen Hamsters regieren wollte. Die sichersten Stützen begannen zu wanken. Eine Preßknebelakte, die Bismarck im Frühjahr 1889 an den Bundesrath brachte, verschwand spurlos in dieser sonst so willigen Körperschaft; die Reichskommission gab nicht nur die Volkszeitung, sondern auch manche verbotenen Arbeiterblätter frei; das Reichsgericht stellte nach hunderttägiger Untersuchungshaft das gegen Geffcken wegen Landesverraths eingeleitete Verfahren ein; die Majestätsbeleidigungsklage gegen die Volkszeitung blitzte in allen Instanzen ab und das Münchner Landgericht fegte den „Meineidsmichel" von der Bildfläche, nachdem er in einem Geheimbundsprozesse von den Angeklagten unter Auers geschickter Führung betäubend aufs Haupt geschlagen worden war. Ja, der Reichsgerichtsrath Mittelstädt, der wacker in den Hochverrathsprozessen gegen Dave und Neve mitgeholfen hatte, stellte sich schon auf den öffentlichen Markt, um über die Korruption der Rechtspflege zu greinen, und als gleich schlaue Ratte pfiff die Nationalzeitung dieselbe Melodie. Es gelingt nichts mehr, meinte die ultramontane Germania, und durch seine treffende Kürze wurde der Satz schnell ein geflügeltes Wort.

Nun sah man auch schon die Kartellratten in unruhiger Hast auf dem scheiternden Schiffe hin- und herrennen. Die Nationalliberalen fanden unter ernsthaftem Runzeln ihrer staatsmännischen Brauen, daß Bismarck alt werde, während die dreisteren Kreuzzeitungsleute ihn bereits in die Wade zwickten. Eine

wüthende Hetze, die Bismarck deshalb gegen den Grafen Waldersee, den Chef des Generalstabs, als den kommenden Mann des Junkerthums eröffnete, hatte keine andere Wirkung, als daß sie die Deroute der „maßgebenden Regionen" noch mehr enthüllte. Eine gleiche Deroute zeigte der Kartellreichstag in seiner dritten Session. Er bewilligte neue schwere Militärlasten, aber an die „Krönung des sozialen Gebäudes" wollte die Kartellmehrheit nicht mehr heran. Trotz allen Hochdrucks hielt sie Bismarck nicht zusammen, um das Alters- und Invaliditätsgesetz durchzudrücken, ein noch verpfuschteres Machwerk, als die früheren Versicherungsgesetze gewesen waren. Kein Mensch glaubte mehr an die Zauberkraft der offiziellen „Sozialreform". Hätte sich nicht ein Häuflein feudaler Ultramontaner erbarmt und eine schwache Mehrheit bilden helfen, so wäre das Gesetz gescheitert. Sicherlich entsprang der Widerstand der bürgerlichen Parteien zum großen Theile nichts weniger als ehrwürdigen Motiven, aber darin hatten die Kartellpatrioten doch einen schärferen Blick als Bismarck, daß sie sich nicht mehr einbildeten, durch so klägliche Almosen könne die Arbeiterklasse noch bethört werden.

Vielmehr trat mit jedem Tage klarer hervor, daß der tiefste Grund des Bismärckischen Zusammenbruchs eben der siegreich unaufhaltsame Vormarsch des klassenbewußten Proletariats sei. Während die bürgerliche Opposition, schlaff und träge wie immer, die Zeichen der Zeit nicht zu deuten verstand, rüstete sich die sozialdemokratische Partei mit starker Hand, das vernichtende Urtheil des Jahrhunderts an dem Säkularmenschen zu vollstrecken.

II. Der 20. Februar.

Nach einem wirthschaftlichen Rückschlage im Jahre 1887 trat ziemlich gleichzeitig mit den deutschen Thronwechseln eine Blüthe der Industrie ein, wie sie seit einem halben Menschenalter nicht mehr erlebt worden war. Sie täuschte die Arbeiterklasse nicht über das innere Wesen der kapitalistischen Produktionsweise, aber sie stählte ihre Muskeln und Sehnen zum Kampfe gegen eine Gesellschaftsordnung, die nur in dem wahnwitzigen Taumel zwischen Aufschwung und Niedergang leben konnte. „Die Zeiten sind uns günstig wie nie zuvor", hieß es in einem Aufruf, den die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags am 27. November 1888 erließ. Der Aufruf forderte zur Agitation bis in die entlegenste Hütte auf; eine Million Stimmen und eine entsprechende Anzahl Mandate müsse das Mindeste sein, was die Partei in den nächsten Wahlen erobere. Und am 24. Februar 1889 kündigte das Berliner Volksblatt einen Lohnkampf an, wie ihn Berlin noch nie gesehen habe.

Nicht aber nur durch die deutsche, sondern auch durch die europäische Arbeiterwelt ging ein frischer, gewaltiger Zug. Zwei große Thatsachen machen das Hundertjahr der großen französischen Revolution für immer denkwürdig in der Geschichte des internationalen Proletariats. Die eine dieser Thatsachen war

die Erneuerung der Internationalen auf erweiterter und vergrößerter Stufenleiter. Seit dem Parteitage von St. Gallen hatte sich die deutsche Parteileitung in langwierigen Verhandlungen mit den englischen Trade Unions und den französischen Possibilisten bemüht, erst für 1888, dann für 1889 einen allgemeinen internationalen Arbeiterkongreß zu berufen, der diesen Namen wirklich verdiente, der, von den sozialistischen Parteien aller Länder geladen, in der Prüfung der Mandate und der Festsetzung der Tagesordnung souverän war. Trotz des größten Entgegenkommens erreichte sie ihren unmittelbaren Zweck nicht, aber mittelbar trug ihr uneigennütziger Eifer gute Früchte. Von den beiden internationalen Arbeiterkongressen, die am 14. Juli 1889, dem Tage des Sturmes auf die Bastille, in Paris zusammentraten, war der bedeutendere und wichtigere derjenige, den die deutschen Sozialdemokraten zuerst angeregt, die französischen Marxisten und Blanquisten praktisch vorbereitet hatten. Er zählte allein so viele deutsche, wie der possibilistische Kongreß überhaupt ausländische Delegirte. Seine 395 Theilnehmer setzten sich zusammen aus 221 Franzosen, 81 Deutschen, 22 Engländern, 14 Belgiern, 10 Oesterreichern, 3 Ungarn, 4 Holländern, 6 Russen, 2 Schweden, 3 Norwegern, 3 Dänen, 6 Schweizern, 5 Polen, 2 Spaniern, 5 Rumänen, 5 Amerikanern, je 1 Böhmen, Bulgaren, Argentinier und Finnländer.

Von den Kongressen der alten Internationalen unterschied sich dieser Kongreß, wie die Mobilmachung eines großen Heeres von den vorbereitenden Arbeiten des Generalstabes. Auf den Wegen, die einst in Genf, Lausanne, Brüssel und Basel abgesteckt worden waren, strömten jetzt die Arbeitermassen der verschiedenen Länder dem gemeinsamen Ziele entgegen. Auf das thörichte Geschwätz der bürgerlichen Presse, daß der Kongreß die Fragen der Arbeiterschutzgesetzgebung nicht weitläufig berathen habe, konnte er mit Lassalles Worten erwidern: Solche Fragen diskutirt man nicht mehr, sondern man dekretirt sie. Der Pariser Kongreß proklamirte die absolute Nothwendigkeit einer wirksamen, auf den Achtstundentag begründeten Arbeiterschutzgesetzgebung überall, wo die kapitalistische Produktionsweise herrsche, und forderte die Arbeiter aller Länder auf, in diesem Sinne auf ihre Regierungen zu wirken, sie insbesondere zur Beschickung einer internationalen Arbeiterschutzkonferenz zu veranlassen, die im Mai 1889 wiederum von der Schweiz angeregt worden war. Der Kongreß erklärte weiter, es sei die Pflicht der Arbeiter, die Arbeiterinnen in ihre Reihen aufzunehmen; er forderte für die Arbeiter beider Geschlechter und ohne Unterschied der Nationalität gleiche Löhne für gleiche Arbeit, sowie unbeschränktes, vollkommen freies Koalitions- und Vereinsrecht. Endlich beschloß der Kongreß, daß jährlich am 1. Mai eine allgemeine Kundgebung des internationalen Proletariats für den Achtstundentag stattfinden solle.

Die zweite große Thatsache des Jahres 1889 war eine allgemeine Streikbewegung, die gewaltige Schichten des bisher von der Arbeiterbewegung noch nicht berührten Proletariats zum Klassenbewußtsein erweckte. Ihre Gipfelpunkte bildeten der Dockerstreik in England und der Bergarbeiterstreik in Deutschland. In der Mitte des Mai streikten 90000 Bergleute in Rheinland-Westfalen,

13000 im Saargebiete, 10000 im Königreiche Sachsen, 17 bis 19000 in Schlesien. Ultramontane Einflüsse veranlaßten die westfälischen Bergleute, ihre Führer Schröder, Bunte und Siegel nach Berlin zu schicken, um die Hilfe des Kaisers anzurufen. Der Kaiser versprach, ihre Forderungen durch die Behörden prüfen zu lassen, doch müsse er ihnen sein Wohlwollen versagen, wenn sich sozialdemokratische Tendenzen in die Bewegung mischen sollten; in diesem Falle würde er mit unnachsichtlicher Strenge einschreiten, denn für ihn sei jeder Sozialdemokrat gleichbedeutend mit Kaiser- und Vaterlandsfeind. Die Kaiserdeputation der Bergleute war an und für sich ein falscher Schritt, der den Riesenstreik verfahren mußte und wirklich verfuhr, aber sie hatte bedeutsame moralische Wirkungen. Mitten in die satte Selbstzufriedenheit der herrschenden Klassen trat aufrüttelnd ein ungeheures Schicksal. Was wollte dagegen die unbeholfene und widerwillige Pfuscherei des Kartellreichstags an dem Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetze besagen! Und selbst in die dumpfe Luft dieses Reichstags drang ein Hauch der mächtigen Bewegung, die durch das europäische Proletariat wogte. Er kam wiederholt auf die Forderung zurück, den gesetzlichen Arbeiterschutz auszubauen. Doch Bismarcks Antwort blieb immer ein kaltes und starres Nein. Der „Oedipus der sozialen Frage", den die offiziösen Trompeter prahlend ausbliesen, war thatsächlich der beschränkteste jener Profitwütheriche, die, ehe sie den Bruchtheil eines Pfennigs opferten, lieber alle Gebote der Menschlichkeit zertraten.

Neben ihren zahlreichen Lohnkämpfen vergaß die deutsche Arbeiterklasse nicht die Vorbereitung für die nahende Wahl, die zum ersten Male einen Reichstag für fünf Jahre schaffen sollte. Noch am Vorabend des Sieges verlor die Partei mehrere ihrer alten parlamentarischen Vertreter durch den Tod, Hasenclever, Kayser, Kräcker, von denen namentlich Kayser und Kräcker die ärgsten Bitternisse des Sozialistengesetzes durchzukosten gehabt hatten; Hasenclevers Sitz in Berlin VI wurde durch Liebknecht, Kräckers Sitz in Breslau II durch Kühn siegreich behauptet. In großem Maßstabe wandte die Partei eine neue Waffe an, um sich das Schlachtfeld zu ebnen; durch den Boykott sicherte sie sich die Säle für ihre Versammlungen, sicherte sie ihren Zeitungen überall eine Stätte, wo Arbeiter verkehrten. Wie der Streik, so ist der Boykott eine zweischneidige Waffe, und es fehlte nicht an Fällen, wo er die Arbeiter selbst schädigte, weil er mißbräuchlich angewandt wurde. Im Allgemeinen aber wurde er in durchaus berechtigter Weise gehandhabt, um der Arbeiterklasse gleiches Licht und gleiche Luft mit den übrigen Bevölkerungsklassen zu schaffen, um den Druck zu brechen, durch den die Behörden und die Unternehmer das Proletariat vom politischen Kampffeld absperren wollten, und so hatte er großen Erfolg.

Auch die sozialdemokratische Presse blühte trotz alledem fröhlich empor. Fast jeder Monat sah neue Arbeiterblätter entstehen, manchmal vielleicht in zu reicher Fülle, doch wuchs die Literatur der Partei nicht nur in die Breite. Die Neue Zeit vertiefte mit jedem Jahrgang ihre Forschungen, in der Internationalen Bibliothek veröffentlichte Kautsky seine Schrift über Thomas More, ein Werklein

historisch-materialistischer Forschung, das in erschöpfender Würdigung des Reformationszeitalters die dickleibigen Bände sowohl der katholischen wie der protestantischen Geschichtsbaumeister schlug, Blos gab den deutschen Arbeitern eine fesselnde Geschichte der großen französischen Revolution, J. Stern rechnete gründlich mit der bürgerlichen Halbheit des religiös-philosophischen Freidenkerthums ab. Neben der Neuen Zeit besaß die Partei nun auch zwei vortreffliche Wochenschriften. In Berlin gab Schippel die Volkstribüne heraus, zugleich mit der Berliner Arbeiterbibliothek, einer periodischen Folge populärer Flugschriften, in denen sich Klara Zetkin durch eine ausgezeichnete Abhandlung über die Frauenfrage als die begabteste Vorkämpferin der deutschen Arbeiterinnen ankündigte. In Nürnberg leitete Schönlank die Arbeiterchronik, nachdem er lange Gefängnißstrafen wegen unfindbarer Staatsverbrechen verbüßt hatte. Eine Frucht seiner erzwungenen Muße war die Studie über die Fürther Quecksilberspiegelbelegen und ihre Arbeiter, die auf dem einzigen Gebiete, wo die bürgerliche Oekonomie noch etwas leistete, die überlegene Auffassung des wissenschaftlichen Kommunismus bekundete und mit der brennenden Wahrheit ihrer Darstellung selbst die Münchener Vorsehung auf ihre lahmen Reformbeine brachte.

Während so die schaffende Lust des Frühlings die Arbeiterklasse beseelte, quälte sich ihr giftigster Feind in dem Winter seines Mißvergnügens mit der Frage, wie er sich abermals einen willfährigen Reichstag schaffen könne. Bismarck konnte nur noch von bonapartistischen Plebiszіten leben, aber woher einen neuen Köder für ein neues Plebiszit nehmen? Die Narretei der Faschingswahlen ließ sich nicht wiederholen, nicht nur weil sie sich als Narretei enthüllt, sondern auch weil jede Session des Kartellreichstags aus der Haut der Massen so breite und lange Riemen für den Moloch des Militarismus geschnitten hatte, daß daran selbst die allergrößten Kälber genug haben durften. Die Kolonialpolitik war durch die greuliche Blamage der Samoakonferenz kompromittirt, ebenso die „nationale Wirthschaftspolitik" durch die Branntwein- und Zuckersteuer mit ihren Liebesgaben, nicht zuletzt auch durch das rapide Anwachsen der kapitalistischen Kartelle, Ringe und Trusts. Sie stiegen im Jahre 1889 auf 95, wovon 20 auf die Textil-, 25 auf die Metallindustrie entfielen, ungerechnet 11 internationale Kartelle für Blei, Kupfer, Zink u. s. w. Selbst die Vereinigten Staaten, die in der Zahl der Kartelle gleich nach Deutschland kamen, zählten ihrer nur 62, das Deutsche Reich marschirte in der künstlichen Preistreiberei an der Spitze aller Nationen. Wie diese Prellerei ein wirksamstes Mittel war, die allgemeine Unzufriedenheit zu nähren, so brachte sie die „nationale Wirthschaftspolitik" um ihren letzten Glorienschein. Die Freihändler wurden nicht müde, die Schutzzöllnerei als die Ursache der Kartellbildung zu denunziren, was zwar nicht die ganze Wahrheit, aber doch ein gut Stück Wahrheit war. An und für sich wachsen die Kartelle aus der kapitalistischen Produktionsweise hervor, aus der Akkumulation und Konzentration des Kapitals; sie enthalten ähnlich, wie die Frauen- und Kinderarbeit, bei aller Gemeingefährlichkeit ihrer kapitalistischen Form den-

noch Keime der sozialistischen Gesellschaftsorganisation. Auch das freihändlerische England hatte seine Kartelle, aber obgleich es die entwickeltste Großindustrie besaß, rangirte es in ihrer Zahl erst an vierter Stelle, erst hinter den schutzzöllnerischen Staaten Deutschland, Amerika, Oesterreich-Ungarn: so viel war schon richtig, daß die Schutzzöllnerei gerade die gemeinschädlichste Form der Kartelle treibhausmäßig züchtete.

So war Bismarck für ein neues Plebiszit auf den Sozialistenschrecken beschränkt, was nun aber auch seine verschiedenen Haken hatte. Zur „militärischen Lösung" der Frage gehörten zwei, und die deutschen Arbeiter dachten nicht im Traume daran, sich vor die Kleinkalibrigen jagen zu lassen, um einen bankerotten Junker wieder zahlungsfähig zu machen. Auf der anderen Seite war der Kaiser nicht unberührt geblieben von der historischen Entwicklung, die sich seit seiner Thronbesteigung vollzogen hatte. Bei allem Abscheu, den er vor der Sozialdemokratie empfand, schien ihm ein System, das die raffinirtesten Ausbeutungstriebe der Bourgeoisie mit den brutalsten Unterdrückungstrieben des Junkerthums verband, immer weniger geeignet, eine moderne Monarchie sicher zu stützen. Er verschloß sich der Einsicht nicht, die sich den hellen Köpfen der herrschenden Klassen immer unwiderstehlicher aufdrängte, daß nämlich gerade im Interesse dieser Klassen die Beseitigung des Sozialistengesetzes und die Fortbildung des gesetzlichen Arbeiterschutzes dringend nothwendig sei. Die Thatsache, daß er selbst auf Wegen und Stegen von einer Spitzelwolke umgeben war, soll den Kaiser, als er sie aus einer sozialdemokratischen Reichstagsrede erfuhr, auch persönlich gegen das Sozialistengesetz eingenommen haben. Genug, wenn die Sozialdemokratie für die „militärische Lösung" der Frage nicht zu haben war, so war der Kaiser nicht für einen Streich vom Schlage der Attentatswahlen zu haben.

Schiffbrüchig geworden, dachte Bismarck in der Verblendung seines Größenwahns doch nicht daran, die Fleischtöpfe zu verlassen, woraus er sich so lange genährt hatte. Im Oktober 1889 brachte er in der vierten und letzten Session des Kartellreichstags einen Gesetzentwurf ein, der das Sozialistengesetz nicht mehr auf Zeit verlängern, sondern dauernd verewigen wollte, unter Verstärkung der „richterlichen Garantien" und mit ein paar anderen „Milderungen" desselben heiteren Kalibers. Welche Teufelei dahinter steckte, kann den glücklichen Biographen des Säkularmenschen zur Enträthselung überlassen bleiben; daß eine Teufelei dahinter steckte, zeigte der thatsächliche Verlauf der Dinge. Die Kartellmehrheit war bereit, das Gesetz zu verewigen, nur wollten die Nationalliberalen die polizeiliche Ausweisungsbefugniß des § 28 gestrichen haben, damit die „Milderungen" doch ein bischen nach was aussähen, während die Konservativen selbst ein verewigtes Gesetz ohne diese Befugniß für unannehmbar erklärten. Geschwindelt wurde dabei auf beiden Seiten. In der Begründung des Aechtungsgesetzes war von der Regierung überzeugend ausgeführt worden, daß die polizeiliche Ausweisungsbefugniß des § 28 die sozialdemokratische Agitation über das ganze Land verbreite, und gerade die Konservativen hatten beweglich gejammert, wie sehr

dadurch der idyllische Friede der junkerlichen Ausbeutungsdomänen bedroht würde, womit ihre nunmehrigen Tiraden darüber, daß Gesellschaft und Staat ohne diese Befugniß nicht bestehen könnten, im Voraus gekennzeichnet worden waren. Aber seit dem Scheitern des Aechtungsgesetzes war die Ausweisungspraxis namentlich in Berlin auch thatsächlich eingestellt worden, eben weil sie ihre Urheber schwerer traf als ihre Opfer, und somit war es ein nationalliberaler Schwindel, ihre nur noch formelle Beseitigung zu einer „Milderung" aufzubläben, um die das übrige Sozialistengesetz für immer in den Kauf genommen werden könne. Die Posse wurde bis zum Schlusse durchgespielt; in der zweiten Lesung setzten die Nationalliberalen ihre „Milderung" durch, worauf die Konservativen in der dritten Lesung gegen das so „gemilderte" Gesetz stimmten. Es fiel am 25. Januar 1890 mit 169 gegen 98 Stimmen, und die Ironie des Schicksals wollte, daß es nicht wieder auferstehen sollte. In einer grotesken Lüge geboren, starb das Sozialistengesetz in einer grotesken Lüge; es wäre auch ein zu schöner Tod für die Mißgeburt gewesen, wenn sie in einer Aufwallung ehrlicher Reue abgewürgt worden wäre.

Ein wirklicher Verzicht auf das Sozialistengesetz lag weder bei den Konservativen, noch bei den Nationalliberalen und am allerwenigsten bei Bismarck vor. Hat er die Kartellposse nicht selbst arrangirt, so förderte er sie wenigstens durch schweigende Zurückhaltung. Mit einer Verewigung des abgewirthschafteten Sozialistengesetzes war ihm um so weniger gedient, als sie ihm seinen letzten Plebiszittrumpf verdarb; wie ganz anders ließ sich der Sozialistenschrecken ausbeuten, wenn eine staatsmännische Aktion der Ihring-Mahlow oder Naporra die schmerzliche Klage gestattete: Gegenüber so furchtbaren Gefahren versagt der Reichstag die unerläßlichen Waffen der Nothwehr! Noch lief das Sozialistengesetz acht Monate und in dieser Frist ließ sich sehr viel machenschaften.

Jedoch vorläufig mußte sich Bismarck dem Willen des Kaisers fügen, der für die auf den 20. Februar anberaumten Neuwahlen das Panier sozialer Reformen aufgeworfen zu sehen wünschte. Am 5. Februar wurden zwei kaiserliche Erlasse veröffentlicht, deren einer die Fortbildung der Arbeiterschutzgesetzgebung, namentlich die Beschränkung der Arbeitszeit, versprach, während der andere die Einberufung einer internationalen Arbeiterschutzkonferenz anordnete. Beide Erlasse erschienen ohne ministerielle Gegenzeichnung, doch hat Bismarck später behauptet, daß er sie aus weiter gehenden Entwürfen zusammengestrichen, insbesondere die internationale Konferenz eingeschaltet habe, gleichsam als ein Sieb, um den „humanen, arbeiterfreundlichen Elan" des Kaisers zu hemmen. Die Erlasse erregten großes Aufsehen und verstärkten die hohe Fluth, die zu Gunsten der Sozialdemokratie lief, unter deren moralische Erfolge sie mit Recht von den Arbeitern gerechnet wurden.

Das sozialdemokratische Zentralwahlkomite, das diesmal aus Bebel, Grillenberger, Liebknecht, Meister und Singer bestand, veröffentlichte keinen Wahlaufruf. Seine Erlasse trafen nur praktische Anordnungen, über die Prüfung der Wählerlisten, über die Aufbringung der Wahlkosten; sie warnten vor Störungen gegne-

rischer Versammlungen, empfahlen strenge Sachlichkeit in der Führung des Wahlkampfs; „die Thaten der Gegner sind die wirksamsten Waffen für uns.“ Jeder klassenbewußte Arbeiter wußte, worauf es ankam, in ernstem Schweigen vollzog sich der Aufmarsch der Arbeiterbataillone. Sie waren entschlossen, einen harten Schlag zu thun und rechneten auf einen großen Erfolg, doch der 20. Februar übertraf weit ihre kühnsten Erwartungen. 1 427 298 Stimmen fielen auf die sozialdemokratischen Kandidaten, fast 20 Prozent aller abgegebenen Stimmen, 664 170 mehr als 1887. Das Königreich Preußen allein brachte fast eben so viele sozialdemokratische Stimmen auf, wie drei Jahre früher das Deutsche Reich, das Königreich Sachsen kam dicht an die Viertelmillion heran, das Königreich Baiern überschritt das erste Hunderttausend. Wollte man jede deutsche Landschaft nennen, deren Proletariat sich an diesem unvergeßlichen Tage mit Ruhm bedeckte, so müßte man alle deutschen Landschaften aufzählen. Drastischer noch, als in der ziffernmäßigen Aufrollung der Wahlstimmen, zeigte sich die Größe des sozialdemokratischen Wahlsieges bei einem Blick auf die 78 Wahlkreise, in denen die Partei entweder gesiegt hatte oder zur Stichwahl stand.

Man mochte dann sagen, daß der deutsche Boden von fünf verschanzten Heerlagern der Sozialdemokratie beherrscht werde. Das erste dieser Lager umklammerte das ostelbische Junkergebiet mit 17 Wahlkreisen. Um Berlin II, III, IV, V und VI gruppirten sich als Außenforts dieser sozialistischen Riesenveste 6 märkische Kreise: Niederbarnim, Westhavelland, Zauch-Luckenwalde, Teltow-Beeskow-Starkow, Frankfurt a. O., Kottbus-Spremberg, dann als vorgeschobene Posten 2 pommersche Kreise: Stettin und Randow-Greifenhagen, 1 ostpreußischer: Königsberg, 3 schlesische: die beiden Breslauer Kreise und Reichenbach-Neurode. Noch etwas stärker, als dies nordöstliche, war das nordwestliche Heerlager der Partei mit 18 Kreisen; an die 5 Wahlkreise der alten Hansestädte Hamburg, Bremen und Lübeck schlossen sich 3 mecklenburgische: Schwerin, Rostock, Güstrow, 4 schleswig-holsteinische: Altona, Kiel, Glückstadt, Flensburg, 5 hannöversche: Hannover, Hameln, Harburg, Stade, Geestemünde, dazu 1 braunschweigischer Kreis. Ein drittes sozialdemokratisches Heerlager mit 21 Kreisen zog sich durch das mittlere Deutschland; es bestand aus 9 Kreisen im Königreiche Sachsen: Leipzig Stadt und Land, Mittweida, Chemnitz, Glauchau-Meerane, Zwickau-Crimmitzschau, Stollberg-Schneeberg, Auerbach-Reichenbach, Plauen, aus 5 Kreisen in der Provinz Sachsen: Magdeburg, Halle, Erfurt, Naumburg, Kalbe-Aschersleben, 5 kleinstaatlichen Kreisen: den beiden Reuß, Gotha, Sonneberg, Sondershausen, und 2 neupreußischen Kreisen: Kassel und Marburg. Als viertes Heerlager liefen 13 Kreise die westliche Grenze des Reiches entlang; 2 westfälische: Bielefeld und Dortmund, 5 rheinische: Lennep-Mettmann, Elberfeld-Barmen, Solingen, Düsseldorf, Köln, 6 Maingaukreise: Frankfurt a. M., Höchst, Hanau, Offenbach, Mainz, Darmstadt. Endlich schloß ein fünftes Heerlager von 9 Kreisen im Süden die Kette: Mülhausen im Elsaß, Mannheim in Baden, Stuttgart in Württemberg, München I und II, Nürnberg, Fürth, Kronach und Würzburg in Baiern.

Nach dem Verhältniß der auf sie gefallenen Stimmen hätte die Partei gerade 78 Wahlkreise beanspruchen können; thatsächlich erhielt sie ihrer nur 35. In den Hauptwahlen gewann sie 20: Berlin IV. und VI (Singer und Liebknecht), Hamburg I, II und III (Bebel, Dietz und Metzger), Altona (Frohme), Leipzig Land (Geyer), Mittweida (A. Schmidt), Chemnitz (Schippel), Glauchau-Meerane (Auer), Zwickau-Crimmitzschau (Stolle), Stollberg-Schneeberg (Seifert), Magdeburg (Bock), Reuß ä. L. (Förster), Reuß j. L. (Wurm), Elberfeld-Barmen (Harm), Solingen (Schumacher), Mülhausen (Hickel), München II (Vollmar), Nürnberg (Grillenberger). Für die Stichwahlen war die Partei, wie gewöhnlich, auf ihre eigene Kraft angewiesen; in Breslau lief der edle Freisinn schon am Tage nach den Hauptwahlen zum Kartell über. Es fragte sich nur noch, wie sich die Partei bei denjenigen Stichwahlen verhalten solle, wo sie die Entscheidung zwischen zwei bürgerlichen Kandidaten zu geben hatte. In St. Gallen war für diesen Fall unbedingte Stimmenthaltung beschlossen worden, unter dem Eindrucke der bei den Faschingswahlen gemachten Erfahrungen; jetzt aber lag es in der Hand der sozialdemokratischen Wähler, durch die Unterstützung der bürgerlichen Opposition den gigantischen Volksbetrug der Faschingswahlen zu sühnen, durch die völlige Zerschmetterung des Kartells allem verrätherischen Spiele mit dem Sozialistengesetze ein Ziel zu setzen. Die klare politische Nothwendigkeit siegte über alle formellen Bedenken; bereits am 22. Februar gab das Zentralwahlkomite die Stichwahlparole aus: Nieder mit dem volksfeindlichen Kartell, nieder mit den Verewigern des Sozialistengesetzes! Es forderte die Genossen auf, bei Stichwahlen zwischen bürgerlichen Parteien für alle Kandidaten zu stimmen, die sich gegen jedes, wie immer geartetes Ausnahmegesetz, gegen jede Verschärfung der Strafgesetze, gegen jede Verkümmerung des allgemeinen Wahlrechts verpflichten würden. Ausdrücklich wurde auf Gegendienste anderer Parteien verzichtet, wurde hervorgehoben, daß nur im Interesse der Partei und des öffentlichen Wohls so verfahren werden müsse. Diesem Aufrufe kam die Kampflust der Arbeitermassen schon auf mehr als halbem Wege entgegen. Die Stichwahlen vollendeten die Vernichtung des Kartells, in der hoffnungslosen Minderheit von 135 Köpfen trat es in den neuen Reichstag ein, auch eine konservativ-ultramontane Mehrheit war unmöglich.

Für sich selbst hatte die Partei in den Stichwahlen nur 15 Sitze gewonnen: Niederbarnim (Stadthagen), Breslau I (Tutzauer), Königsberg (Schultze), Bremen (Bruhns), Lübeck (Schwartz), Glückstadt (Molkenbuhr), Hannover (Meister), Braunschweig (Blos), Halle (Kunert), Kalbe-Aschersleben (Heine), Frankfurt a. M. (W. Schmidt), Mainz (Joest), Offenbach (Ulrich), Mannheim (Dreesbach) und München I (Birk). Unter den parlamentarischen Vertretern der Partei befanden sich nun schon viele, die im Kampfe gegen das Sozialistengesetz ihre Sporen verdient hatten; die Minderzahl kam aus bürgerlichen Berufsschichten, die Schriftsteller Schippel und Wurm, der Rechtsanwalt Stadthagen, der Lehrer Kunert, der Gastwirth Birk, die Mehrzahl aus der Arbeiterklasse, wie die Zigarrenarbeiter

Bruhns und Förster, die Tischler Joest und Hickel, der Klempner Metzger, der Schriftsetzer A. Schmidt, der Lithograph W. Schmidt, der Schuhmacher Seifert.

Der 20. Februar schwemmte dem Hausmeier Bismarck den Boden unter den Füßen weg; an dem Tage, wo die geächtete und verfehmte Sozialdemokratie einen größeren Heerbann aufbot als irgend eine bürgerliche Partei, wurde über sein System der Stab gebrochen. In der Stunde der Noth fielen alle trügerischen Hüllen von seiner nackten Selbstsucht; würdelos schied er von der Macht, die er gewissenlos verwaltet hatte. Diesmal sollte ein großer Sünder nicht in die Grube fahren, ehe die Nemesis ihr Werk vollbracht hatte: lärmend und lügend, polternd und protzend nahm der Säkularmensch an sich eine Rache, wie sie grausamer sein grimmigster Gegner nicht hätte ersinnen können.

Zehntes Kapitel.

Die Liquidation.

Das Sozialistengesetz überlebte seinen Vater um ein halbes Jahr, doch gab es in dieser Frist kaum dieses oder jenes schwache Lebenszeichen von sich. Thatsächlich war der 20. Februar der Tag, an dem eine neue Periode in der Geschichte des Deutschen Reichs, wie in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie anhob, eine Periode, die bisher nicht abgeschlossen ist und bis zu ihrem Abschlusse sich der historischen Würdigung entzieht. Dagegen fällt noch in den Rahmen dieser Darstellung die Liquidation des Sozialistengesetzes, womit die Partei in den letzten Monaten seines Bestehens begann und womit sie ein Jahr nach seinem Ablaufe fertig war.

I. Die Bilanz des Sozialistengesetzes.

Eine erschöpfende Darstellung der Opfer, die das Sozialistengesetz der Arbeiterklasse gekostet hat, läßt sich nicht entwerfen. Als der Sozialdemokrat nach zehnjähriger Dauer des Gesetzes die Veröffentlichung einer Denkschrift anregte, die eine genaue Statistik aller Verbote geben, die Namen aller Ausgewiesenen mittheilen, alle zerstörten Existenzen der Reihe nach aufmarschiren lassen, die Haussuchungen, Verhaftungen, Verurtheilungen mit allen nöthigen Einzelheiten festnageln, von dem künstlich gezüchteten Denunziations- und Lockspitzelwesen ein umfassendes Bild liefern sollte, erwies sich damals schon die Lösung dieser Aufgabe als unmöglich. Die eifrigsten Genossen in den größeren Parteiorten erlahmten daran, und was sie dennoch zusammenbrachten, war so umfangreich, daß es sich in einer halbwegs handlichen und lesbaren Schrift nicht zusammenfassen ließ.

Nach einer ungefähren Statistik waren unter dem Sozialistengesetze 1300 periodische oder nicht periodische Druckschriften und 332 Arbeiterorganisationen der einen oder der anderen Art verboten worden. Ausweisungen aus den Belagerungsgebieten waren gegen 900 erfolgt, von denen über 500 die Ernährer von Familien betroffen hatten; auf Berlin fielen 293, auf Hamburg 311, auf Leipzig 164, auf Frankfurt 71, auf Stettin 53, auf Spremberg 1; in Offenbach hatte sich die hessische Regierung an der Ausweisung nicht ortsangehöriger Reichsbürger genügen lassen. Die Höhe gerichtlich verhängter Freiheitsstrafen belief sich auf etwa 1000 Jahre, die sich auf 1500 Personen vertheilten. Wenn alle diese Ziffern noch nicht entfernt an die Wirklichkeit heranreichten, so gaben sie auch an und für sich nur ein ganz ungenügendes Bild von der Fülle des vernichteten Menschenglückes und Menschenlebens, von den zahllosen Märtyrern, die durch kapitalistische oder polizistische Drangsalirungen von ihrem armen Herde vertrieben, ins Elend der Verbannung gejagt, in ein frühes Grab gestürzt worden waren.

Aber anders als einst die Todten des 18. März durch den Mund ihres Dichters, konnten die Opfer des Sozialistengesetzes von sich sagen: Hoch zwar war der Preis, doch echt auch ist die Waare. Keiner der Tapferen und Treuen, die von der Sense des Sozialistengesetzes dahingemäht worden sind, hat umsonst gelitten; auch aus den Knochen derer, die im Dunklen gestorben und verdorben sind, erstanden die Rächer. Beim Erlaß des Sozialistengesetzes besaß die Partei 437 158 Wahlstimmen und 42 politische Blätter, zählten die gewerkschaftlichen Organisationen 50 000 Mitglieder und 14 Organe, beim Erlöschen des Sozialistengesetzes musterte die Partei 1 427 298 Wahlstimmen und 60 politische Blätter, musterten die gewerkschaftlichen Organisationen über 120 000 Mitglieder und 41 Organe. In den drei Jahren seit dem Parteitage in St. Gallen hatte die Parteikasse 325 000 Mark eingenommen; als der Krieg erlosch, war die Kriegskasse der Partei noch reich gefüllt, mit nahezu 172 000 Mark.

Aber wie der Verlust, so läßt sich auch der Gewinn des Sozialistengesetzes nicht in einigen, sei es noch so rühmlichen Ziffern zusammenfassen. Nach dem bekannten dialektischen Gesetze war die Quantität auf einem gewissen Punkte in die Qualität umgeschlagen; die Partei war in dem zwölfjährigen Kampfe nicht nur größer und stärker geworden, sondern hatte sich auch in ihres Wesens Wesenheit reicher entwickelt. Sie hatte nicht nur gekämpft und geschlagen, sondern auch gearbeitet und gelernt; sie hatte nicht nur den Beweis der Kraft, sondern auch den Beweis des Geistes geliefert. Das waren unschätzbare Erfolge, die sich in Zahlen überhaupt nicht ausdrücken ließen, so wenig wie das Bewußtsein der Unbesieglichkeit, das die Partei durchdrang, seitdem sie den Krieg mit allen Machtmitteln eines modernen Großstaats zwölf Jahre hindurch siegreich bestanden hatte. Die Massen waren der Held des proletarischen Heldenzeitalters, gerade darin lag seine eigenthümliche Größe und Hoheit.

Vergebens quälten sich die bürgerlichen Neidbolde mit dem Nachweis ab, daß die herrschenden Klassen freiwillig auf das Sozialistengesetz verzichtet hätten,

daß die Partei ohne diesen freiwilligen Verzicht ihrer Feinde das Joch ruhig hätte weiter tragen müssen. Das war für einen Theil der herrschenden Klassen überhaupt nicht, und für den anderen Theil nur insoweit richtig, als er „freiwillig" seine Niederlage erkannt hatte. Dieser Theil verzichtete auf das Sozialistengesetz, weil das klassenbewußte Proletariat den Pfeil auf die Brust seiner Urheber zurückgelenkt hatte. Gewiß konnten die herrschenden Klassen das Sozialistengesetz noch aufrecht erhalten, aber nur um den Preis einer allgemeinen Verlumpung, die dem heiligen römischen Reiche deutscher Nation gestattet hätte, verächtlich auf das neu-deutsche Reich herabzusehen. Man mag es verständig nennen, wenn ein General aus einer hoffnungslos verlorenen Schlacht seine Truppen zurückzieht, ehe sie völlig aufgerieben werden, aber welcher Narr hätte einen solchen General je als einen Sieger gefeiert und nun gar als einen „freiwilligen" Sieger?

Nicht minder thöricht war die bürgerliche Spötterei, weshalb denn die Sozialdemokratie das Sozialistengesetz so heftig bekämpft habe, wenn es ihr doch so nützlich gewesen sei? In gewissem Sinne ist es ganz richtig, zu sagen: Je toller, desto besser, aber dieser Sinn ist niemals der Sinn der deutschen Sozialdemokratie gewesen und wird es auch niemals sein. Das klassenbewußte Proletariat ist seiner Zukunft sicher und überläßt gern seinen Gegnern den Vortritt, wenn es gilt, die Dinge mit Gewalt auf die Spitze zu treiben. Man kennt das mythische Erzählchen aus der Schlacht bei Fontenoy, wo ein englischer Offizier einem französischen Offizier zurief: Lassen Sie Ihre Leute schießen! und die Antwort erhielt: Wir feuern niemals zuerst. So auch antwortet die Sozialdemokratie auf die Herausforderungen ihrer Gegner, nicht zwar aus feudaler Galanterie, aber aus der wohlerwogenen Taktik ihres Emanzipationskampfes; erst wenn die Gegner die Dinge mit Gewalt auf die Spitze treiben, kann sie die Politik des Je toller, desto besser, mit reichstem Gewinn für sich selbst ausnützen, wie sie in den Tagen des Sozialistengesetzes gethan hat.

Sie war in den Kampf gezogen, ein Jüngling mit schnell aufgeschossenen Gliedern, mit manchen schwärmenden Gedanken im Kopf: als sie heimkehrte, war sie ein muskelkräftiger und wettergehärteter Mann, entschlossen, fertig, klar, gewachsen welch Höchstem immer.

II. Die Alten und die Jungen.

Bei der Abrüstung der Partei kam es zu inneren Reibungen, die an und für sich von keiner besonderen Bedeutung waren, aber nicht zum wenigsten durch den Lärm der bürgerlichen Presse zu einer großen Angelegenheit aufgebauscht wurden. Eben diese freundlichen Gevattern tauften den Streit als den Kampf zwischen den Alten und den Jungen; wie oft in solchen Fällen, bürgerten sich die Kriegsnamen ein, obgleich sie wenig zutrafen.

Im Wesen der Sache handelte es sich um eine gewisse Unzufriedenheit in einigen großen Städten, wie Dresden, Magdeburg und namentlich Berlin. Soweit diese Unzufriedenheit einen ernsthaften Hintergrund hatte, konnte man sie am ehesten mit der Stimmung kriegsgewohnter Veteranen vergleichen, die beim Aufhören des Krieges ungern ihre mit Geschick und Glück geführten Waffen ablegen. Gerade in Berlin war eine solche Stimmung sehr erklärlich. Nirgends hatte die Partei einen so schweren Stand gehabt, wie in der Reichshauptstadt, und unzweifelhaft war es von großem Nutzen gewesen, daß sich in Berlin ein fest und straff gegliederter Stamm radikal gesinnter Genossen gebildet hatte, an dem sich in erster Reihe alle Gewalt- und alle Korruptionsstreiche der Bismärckerei brachen. Dabei mochte freilich auch wohl einmal ein schärferer Ton angeschlagen werden als gerade nothwendig war, und besonders bei den Berliner Gemeindewahlen pflegten Streitereien zu entstehen, die den Genossen in den Provinzen nicht immer den angenehmsten Eindruck hinterließen. Aber wenn die Berliner Genossen reichlich brummten, so ließen sie es sich auch reichlich sauer werden, und es war wirkliche Sorge um die Partei, wenn sie von dem Aufhören des Sozialistengesetzes eine gewisse Verweichlichung befürchteten, umsomehr befürchteten, als die Partei jetzt wieder verhältnißmäßig stark im Reichstage vertreten war. Ein unbestimmtes Mißtrauen gegen die Fraktion machte sich geltend, ähnlich wie nach dem Wahlkampfe von 1884, in dem auch eine verhältnißmäßig große Zahl von Mandaten erobert worden war, und wie damals an der Frage der Dampfersubvention, so entbrannte die offene Fehde jetzt an den Fragen der Stichwahlen und der Maifeier.

Unzweifelhaft hatte das Zentralwahlkomite einen in St. Gallen gefaßten Beschluß übertreten, als es zur Unterstützung der bürgerlichen Opposition in den Stichwahlen aufforderte. Aber das Interesse der Partei daran lag so klar und die Zustimmung der weitaus meisten Parteigenossen war so zweifellos, daß der Streit hierüber bald einschlief. Nicht ganz so einfach stand die Sache bei der Maifeier. Unter dem erhebenden Eindruck des 20. Februar hatten zahlreiche, gewerkschaftliche und politische Arbeiterversammlungen beschlossen, den 1. Mai durch Einstellung der Arbeit zu feiern. Daß die Maifeier in dieser Weise begangen werden solle, war in Paris nicht beschlossen, im Gegentheil, jedem Lande je nach Lage der Verhältnisse die Art der Feier überlassen worden. Nun gab es jedenfalls auch große Kreise des deutschen Proletariats, die aus triftigen Gründen von einer allgemeinen Arbeitsruhe am 1. Mai nichts wissen wollten. Der industrielle Aufschwung war vorüber, die Geschäfte stockten von Tage zu Tage mehr, und der Versuch, trotzdem am 1. Mai die Arbeitsruhe zu erzwingen, konnte zu schweren wirthschaftlichen und selbst politischen Konflikten führen, deren siegreiche Durchführung unter den obwaltenden Umständen geradezu ausgeschlossen war. Die Unternehmer und die ihnen gesinnungsverwandten Behörden lauerten nur darauf, den Arbeitern den Sieg des 20. Februar durch eine Niederlage am 1. Mai zu entreißen; als diese schöne Hoffnung gescheitert war, gestand Bennigsens Organ,

der Hannoversche Kurier, naiv genug, nun erst sei dem Sozialistengesetze der Todesstoß versetzt worden.

Bei dieser Lage der Dinge schwieg die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wohl allzulange. Sie scheint, erschöpft von den Anstrengungen des Wahlkampfs, die Dringlichkeit der Frage nicht genügend geschätzt zu haben; ihre Absicht, sofort nach dem Zusammentreten des neuen Reichstags einen Fraktionsbeschluß über die Maifeier herbeizuführen, genügte schon deshalb nicht, weil gar nicht feststand, ob der Reichstag vor dem 1. Mai einberufen werden würde, wie er denn thatsächlich erst am 6. Mai zusammentrat. So veröffentlichte am 23. März ein Kreis Berliner Genossen einen Aufruf, der alle Industriestädte, wo starke Arbeiterorganisationen beständen, zur allgemeinen Arbeitsruhe am 1. Mai aufforderte. Von diesem eigenmächtigen Vorgehen wurde nun wieder die Fraktion unangenehm berührt, immerhin trat sie jetzt am 13. April in Halle zusammen und beschloß mit allen gegen eine Stimme, von der allgemeinen Arbeitsruhe zwar nicht unbedingt, aber überall da abzurathen, wo sie ohne Konflikte nicht zu erreichen sei. Der Beschluß war unzweifelhaft richtig und würde allgemeine Beachtung gefunden haben, wenn nicht schon viele Arbeiter für die Arbeitsruhe engagirt gewesen und daran durch hetzerische Bemerkungen der Bourgeoispresse über die „Feigheit" eines Rücktritts festgehalten worden wären. Namentlich in Hamburg wurde der Versuch gemacht, die Arbeitsruhe durchzusetzen, führte aber auch in diesem, gewerkschaftlich und politisch am besten gerüsteten Waffenplatze der Partei nur zu schweren und verlustreichen Kämpfen. Der Einwand der oppositionellen Stimmen, daß die Sache einen besseren Verlauf genommen und mit einem großen proletarischen Triumphe geendet haben würde, wenn die Fraktion nicht abmahnend eingegriffen hätte, war nun zwar an und für sich hinfällig; eher war der Vorwurf richtig, daß die Fraktion nicht früh genug abgemahnt habe; jedenfalls aber hinterließ diese Streitfrage mancherlei Mißstimmungen.

Die Oppositionselemente in Dresden, Magdeburg und Berlin bestanden aus praktisch vielfach sehr tüchtigen, aber in Rede und Schrift unbeholfenen Leuten, und so konnte es geschehen, daß sich einige junge Schriftsteller zu ihren Wortführern aufwarfen. Insoweit sprach Engels mit Recht von einer „Literaten- und Studentenrevolte", denn durch diese theilweise noch sehr jugendlichen Kräfte wurde der Streit um einige konkrete Fragen zu einem prinzipiellen Kampfe zwischen den Alten und den Jungen aufgeblasen. Einzelne von ihnen, wie Paul Ernst und Paul Kampffmeyer, besaßen Gaben und Kenntnisse; sie fehlten nur darin, daß sie, noch unerfahren in den praktischen Bedingungen politischer Kämpfe, das Kommunistische Manifest in zu einseitig-formalistischer Weise auffaßten. Andere aber, wie Hans Müller und Bruno Wille, forderten ein härteres Urtheil heraus. Müller phantasirte sich innerhalb der Partei einen fürchterlichen Klassenkampf zwischen Kleinbürgerthum und Proletariat zurecht, indem er, ganz nach Puttkamers Zitirmethode, wenn auch in umgekehrter Tendenz, aus den zwölf Jahren des Sozialistengesetzes etwa ebenso viele mündliche oder schriftliche Aeußerungen

hervorragender oder nicht hervorragender Parteigenossen zusammenscharrte, worin etwa ein kleinbürgerlich-radikaler Stich zu entdecken war, und daran geschmackvolle Redensarten über „eiternde Geschwüre" am Leibe der Partei knüpfte. Bruno Wille gar, ein öder Schwätzer des freigemeindlichen Schlages, gab die dummdreiste Albernheit von sich: das Schlimmste, was uns das Sozialistengesetz gebracht hat, ist die Korruption.

Von den Alten nahm Bebel den Kampf gegen diese Jungen auf. Taktisch wäre es gewiß richtiger gewesen, wenn er die Müller und Wille mehr von der humoristischen Seite aufgefaßt, wenn er nicht von „bubenhaften", sondern etwa von knabenhaften Angriffen gesprochen hätte; aber wer mochte es einem Manne, der zwölf Jahre lang in erster Reihe des Kampfes Last und Hitze getragen hatte, groß verdenken, wenn solche Anrempelungen ihm die Galle überlaufen ließen? Am wenigsten verdachten es ihm die Arbeiter; in großen Versammlungen, die am 10. August in Dresden und am 13. August in Magdeburg tagten, namentlich aber in einer Berliner Riesenversammlung am 25. August erklärten sie sich mit erdrückender Mehrheit für Bebel und gegen Müller-Wille, für die Alten und gegen die Jungen, zum herzbrechenden Kummer der bürgerlichen Presse, die statt sich über die Bekehrung der Alten zum „kleinbürgerlichen Possibilismus" zu freuen, merkwürdiger Weise ein rührendes Interesse für die „revolutionären" Tiraden der Jungen bekundet hatte.

III. Die Parteitage in Halle und in Erfurt.

Die wichtigsten Aufgaben, die der Partei nach dem Erlöschen des Sozialistengesetzes oblagen, bestanden darin, eine neue Organisation und ein neues Programm zu schaffen. Sie wurden auf den Parteitagen in Halle und in Erfurt gelöst.

Der Parteitag in Halle tagte vom 12. bis zum 18. Oktober 1890. Er verlief überaus glänzend und stattlich, 400 Delegirte wohnten ihm bei, 17 Gäste überbrachten die Glückwünsche und Grüße der österreichischen, schweizerischen, englischen, französischen, belgischen, holländischen, dänischen, schwedischen und polnischen Schwesterparteien. Die Debatten über die neue Organisation führten nach lebhaften Verhandlungen zu völligem Einverständnisse. Eine Vereinsorganisation, wie sie vor dem Sozialistengesetze bestanden hatte, wurde aufgegeben; dafür war die Partei viel zu groß geworden, ganz abgesehen von den polizeilichen Schwierigkeiten. Die nothwendige Zentralisation wurde durch den jährlichen Parteitag, den jährlich vom Parteitage zu wählenden Parteivorstand und das Zentralorgan hergestellt; an die Stelle des Sozialdemokraten, der nach rühmlich erkämpftem Siege freiwillig sein Erscheinen eingestellt hatte, trat das Berliner Volksblatt unter dem neuen Namen Vorwärts. Die Verbindung zwischen dem Parteivorstande und den örtlichen Mitgliedschaften stellten von diesen zu wählende Vertrauensmänner her. Der Parteivorstand wurde aus 12 Personen zusammengesetzt, von denen 5 die eigentlichen Geschäfte führen, 7 aber die Kontrolle haben sollten.

Die Opposition fand auf diesem Parteitage ihren Sprecher in dem Buchdrucker Werner, der sehr ungeschickt auftrat und sich in kleinlichen Klatsch verlor. Seine Beschuldigungen zerfielen in Nichts, als sie in einer Kommission geprüft wurden, und Werner versprach Ruhe zu halten, nachdem der Parteitag gesprochen habe. Es geschah auch bis in den Sommer 1891 hinein. Dann aber erweckte eine Rede, die Vollmar am 1. Juni in München gehalten hatte, die Opposition in Berlin und in Magdeburg von Neuem. Auf Vollmars Auffassungen hatte seine erfolgreiche Thätigkeit in Baiern ein wenig abgefärbt; er befürwortete keineswegs, die Endziele der Partei aufzugeben, aber doch, ihre Hauptkraft auf einige praktische Punkte zu konzentriren, wie Weiterführung des gesetzlichen Arbeiterschutzes, Sicherung des Koalitionsrechts, Beseitigung der Lebensmittelzölle. Er meinte: dem schlechten Willen die Faust, aber dem guten Willen die offene Hand! Schade nur, daß sich von dem „guten Willen" der herrschenden Klassen auch nach Bismarcks Sturze so verzweifelt wenig erkennen ließ. Die internationale Arbeiterschutzkonferenz war ausgegangen wie das Hornberger Schießen; die Novelle zur Gewerbeordnung, die in den Februarerlassen angekündigt worden war, hatte nicht einmal den mäßigsten Ansprüchen an eine Fortbildung der Fabrikgesetzgebung entsprochen und war obendrein mit einem schmählichen Attentat auf das Koalitionsrecht bepackt gewesen; an den Lebensmittelzöllen hielt Bismarcks Nachfolger so zähe fest, wie Bismarck selbst. Es war kein Wunder, daß Vollmars Rede von weiten Parteikreisen als bedenkliche Schwenkung empfunden wurde.

Viel bedenklicher aber stieß nun die Berliner Opposition nach der entgegengesetzten Seite vor. Nachdem sie in öffentlichen Versammlungen namentlich mit Bebel und Fischer heftig zusammengeprallt war, faßte sie ihre Ansichten in einem Flugblatte zusammen, das, vermuthlich von dem Tapezierer Wildberger verfaßt, einen Stamm erprobter Arbeiter hinter sich hatte, und als männliche Kundgebung unzweifelhaft über den faden Kindereien der Müller und Wille stand. Trotzdem litt es an dem schlimmsten Fehler, den eine programmatische Kundgebung haben kann; es hatte so wenig einen praktischen Griff, wie eine praktische Spitze. Seinen Hauptstoß richtete es gegen die parlamentarische Thätigkeit der Partei und behauptete, von einer solchen Thätigkeit habe keine Rede sein können, so lange die Partei jung gewesen sei und aus Proletariern bestanden habe. Nichts aber konnte unrichtiger sein, als diese Behauptung. Es war bezeichnend, daß ihre Urheber aus der ganzen Parteigeschichte nur ein einziges Zeugniß für sie beizubringen vermochten, nämlich jene Rede Liebknechts aus dem Jahre 1869, die von Liebknecht selbst längst als unhaltbar aufgegeben worden war und die zur Zeit, wo sie gehalten wurde, schon in vollkommenem Widerspruche mit der nicht nur von Lassalle und Schweitzer, sondern auch von Bebel und Engels empfohlenen Parteitaktik stand. In dem vergeblichen Versuche, einen ganz haltlosen Standpunkt zu stützen, verfielen die Wortführer der Opposition wieder auf gehässige Verdächtigungen der Parteileitung und allerlei ungreifbaren Klatsch. Das war ein gefundenes Fressen für die bürgerliche Presse, die den dunklen Anschuldigungen ein

hundertfaches Echo durch das ganze Land gab, und so wurde es zu einem unvermeidlichen Akte der Nothwehr, daß die Parteileitung den oppositionellen Elementen auf dem Parteitage in Erfurt die Schlacht anbot unter dem Zeichen: Beweist oder widerruft; könnt ihr das eine und wollt ihr das andere nicht, so scheidet aus der Partei.

Der Parteitag in Erfurt tagte vom 14. bis 20. Oktober 1891. Er war von 250 Delegirten besucht, von denen knapp ein Dutzend zur Opposition zählte. Die Debatten über die Taktik beanspruchten mehrere Tage. Mit Vollmar, der durchaus kein Pronunziamento beabsichtigt hatte, wurde eine völlige Verständigung erreicht, nicht so mit der Berliner und Magdeburger Opposition. Jeder ihrer Delegirten vertrat seinen eigenen Standpunkt, und nicht einmal Wildberger, geschweige denn Werner vermochte mit seinen Darlegungen einen tieferen Eindruck zu erzielen. Diese beiden, sowie drei Magdeburger Delegirte erklärten ihren Austritt aus der Partei, als eine Kommission niedergesetzt wurde, um ihre Anklagen zu prüfen; gleichwohl erledigte die Kommission ihre Arbeit und beantragte die Ausschließung Wildbergers und Werners, die vom Parteitage mit allen gegen elf Stimmen bestätigt wurde.

Die Opposition versuchte sich nunmehr als eine Partei der Unabhängigen zu organisiren, doch verlief der Versuch im Sande. Eine Minderzahl splitterte sich zu einem anarchistischen Fraktiönchen ab, die Mehrzahl fand sich wieder in der Partei zurecht. So auch Paul Ernst und Paul Kampffmeyer, während die Müller und Wille sich mit den schmerzlichen Enttäuschungen verkannter Genies abfanden, so gut oder so schlecht sie konnten.

IV. Das Erfurter Programm.

Die erfreuliche Seite des Erfurter Parteitags bildete die Feststellung eines neuen Parteiprogramms. Die Nothwendigkeit, das Gothaer Programm zu revidiren, war immer lebhafter hervorgetreten, je mehr sich die Partei unter dem Sozialistengesetze über ihr historisches Wesen und ihre historischen Ziele klar geworden war. In St. Gallen hatten Auer, Bebel und Liebknecht bereits den Auftrag erhalten, ein neues Parteiprogramm vorzubereiten. In dem heißen Drange der praktischen Kämpfe war es nicht dazu gekommen; um so eifriger wurde die Frage erörtert, als die Partei nach dem Falle des Sozialistengesetzes wieder einigen freien Spielraum besaß.

Irgend eine prinzipielle Meinungsverschiedenheit trat dabei nirgends hervor, auch nicht soweit sich die Opposition an der Debatte betheiligte; ein Magdeburger Entwurf, an dem wohl Paul Kampffmeyer den größten Antheil hatte, zeichnete sich sogar vor dem Entwurfe des Parteivorstandes durch theilweise geschicktere Fassung aus. Die noch zu leistende Arbeit war wesentlich redaktioneller Natur; es kam darauf an, die Gedankenwelt, auf deren Höhe sich die Partei empor-

gearbeitet hatte, in der klarsten und knappsten Form zusammenzufassen, einerseits die historische Aufgabe der Sozialdemokratie, das Endziel der proletarischen Klassenbewegung aus der historischen Entwicklung der modernen bürgerlichen Gesellschaft abzuleiten, andererseits die praktischen Wege der Partei auf dem Boden dieser Gesellschaft abzustecken. Eine solche Zweitheilung entsprach der Taktik des klassenbewußten Proletariats, das unter praktisch gegebenen Verhältnissen kämpfen muß, aber als sicheren Kompaß auf dem klippenreichen und stürmischen Meere moderner Klassenkämpfe nur sein Endziel besitzt. Der Entwurf, den der Erfurter Parteitag nach eingehender kommissarischer Berathung einstimmig genehmigte, war von Kautsky verfaßt.

Die Gegner sprachen von einem „Programmhumbug" in dem Sinne, daß die „Parteigelehrten" das Erfurter Programm zurecht geflickt hätten, um den wilden Zerstörungsappetiten der Massen ein schimmerndes Mäntelchen umzuhängen. Soweit damit gesagt sein sollte, daß nicht jeder der nahezu anderthalb Millionen Wähler, die am 20. Februar für sozialdemokratische Kandidaten gestimmt hatten, ein überzeugter Anhänger der sozialdemokratischen Bestrebungen sei, wurden offene Thüren eingerannt. In einer seiner letzten Nummern hatte der Sozialdemokrat darüber treffend geschrieben, ein dümmerer Trost sei nicht denkbar. So weit die sozialistischen Stimmen kein unbedingtes Mißtrauensvotum gegen die bürgerliche Gesellschaft seien, seien sie ein unbedingtes Vertrauensvotum für die Partei des „Umsturzes", deren Pläne von allen bürgerlichen Parteien als ausbündiger Wahnsinn geschildert würden. Was sei also mit dieser Beweisführung für die Gegner gewonnen? Damit war die eine Seite des „Programmhumbugs" schon im Voraus abgethan worden.

Seine andere Seite aber war ein wirklicher Humbug. Von der Partei selbst war jeder Satz des neuen Programms in jahrzehntelangem Ringen erarbeitet, erkämpft, erlebt worden; dies im Einzelnen nachzuweisen, hieße die innere Geschichte der Partei noch einmal erzählen von Lassalles Offenem Antwortschreiben bis zum Erfurter Programm.

Elftes Kapitel.

Kunst und Proletariat.

Zu den Mitteln der Jungen, die Arbeiterkreise zu gewinnen, gehörte nebenbei der Versuch, sie durch künstlerische Spiele an sich zu fesseln. Hatte der bürgerliche Emanzipationskampf, namentlich in Deutschland, eine Reihe seiner entscheidenden Schlachten auf künstlerischem Gebiete geschlagen, so vollzog sich der proletarische Emanzipationskampf, und zwar nicht zu seinem Schaden, von vornherein auf ökonomischem und politischem Gebiete. So wollte es die historische Entwicklung. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts fehlte noch so gut

wie ganz die ökonomische und die politische Freiheit, von der es in seiner zweiten Hälfte doch wenigstens ein Stück gab; das kämpfende Proletariat kam unmittelbar an den Feind und brauchte keinen künstlerischen Umweg einzuschlagen. Dann aber beruht die Kunst in der modernen bürgerlichen Gesellschaft durchaus auf kapitalistischen Voraussetzungen; so alle bildende Kunst, so Musik und Theater, nur in der lyrischen und epischen Dichtung war dem Proletariat überhaupt die Bethätigung seines Klassengeistes möglich, woran es denn auch nicht gefehlt hat.

Aber immer nur in dem Sinne, daß die Muse zu begleiten, doch zu leiten nicht versteht. Die „tendenziöse Kunst" des Proletariats war im Grunde offener und wahrer, als die „reine Kunst" der Bourgeoisie, die nie und nirgends existirt hat, die nur eine reaktionäre Erfindung ist, gerichtet gegen die großen revolutionären Dichter des Bürgerthums, die alle „tendenziös" im Sinne ihrer Klasse gewesen sind. Seit den zahlreichen Klageliedern, die um Lassalles frühen Tod erschollen, schlang sich ein Kranz schlichter und schmuckloser Weisen durch die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, „manch rund, manch rauh gestammelt, manch still, manch wild Gedicht": Audorf, Hasenclever, Frohme, Geib und wie viele noch schmiedeten ihren wackeren Reim in den Mußestunden des politischen Tageskampfs; andere, wie Max Kegel, Leopold Jacoby, Rudolf Lavant, standen der Politik ferner und der Dichtung näher, aber auch sie beanspruchten keine neue Aera der Kunst zu eröffnen. Sie wollten nur, wie sich der formvollendetste von ihnen einmal ausdrückte, allem Zorn, aller Trauer, allem Jubel Luft machen, womit sie der proletarische Befreiungskampf in seinen wechselnden Phasen erfüllte, sich den Ueberschwang der Empfindungen, der ihnen die Brust zu zersprengen drohte, vom Herzen singen; ob die zünftige Literaturgeschichte sie einmal in einem ihrer vielen Fächer unterbringen werde, das hat ihnen niemals eine schlaflose Stunde gemacht.

Ein literarisches Unterhaltungsblatt, das sich die Partei nicht lange vor dem Sozialistengesetze gegründet hatte, unterlag den mittelbaren Wirkungen dieses Gesetzes. Dann schuf Dietz unter Beihilfe von Rudolf Lavant und Blos im Wahren Jacob einen neuen Sammelplatz für das literarische Parteileben. Nach seiner ursprünglichen Anlage ein Witzblatt, erst vorsichtig einherschreitend auf schwankem Boden, gestaltete sich der Wahre Jacob mit den Jahren in Bild und Wort immer reicher aus, er gewann Hunderttausende von Lesern und wurde das verbreitetste Blatt der Partei: ein frischer und lustiger Bursch, der auf seinem mächtigen Rücken auch ein gut Stück ernster Parteiarbeit trug. Neben ihm gedieh der Süddeutsche Postillon in München. Dazu kamen die Parteikalender, um deren novellistischen Ausbau sich Robert Schweichel große Verdienste erwarb. Ein alter Achtundvierziger, dem als gereiftem Manne im Exil unter dem einfachen und einsamen Bauernvolke der Alpen die Dichtkunst, die sonst der Jugend lockige Scheitel liebt, als ernste Freundin zur Seite trat, blieb Schweichel den Idealen seiner Jugend immer treu; an einem bedeutsamen Tage der politischen Parteientwicklung, auf dem Nürnberger Kongresse von 1868, half er mit seiner ergreifenden Programmrede den Sieg entscheiden; er war der altväterischen

Meinung, daß zum ganzen Dichter nicht nur ein Kopf und ein Herz, sondern auch ein Stück Rückgrat gehöre. Immer anmuthig und klar in der Form, aus echt dichterischem Geiste geboren und gestaltet, athmeten seine zahlreichen Erzählungen für die Kalender der Partei, obenan die wundervollen Skizzen aus dem Bauernkriege, eine feste und männliche Gesinnung.

Davon war leider wenig zu spüren in der künstlerischen Rebellion, die sich während der achtziger Jahre innerhalb der deutschen Bourgeoisie erhob. Unzweifelhaft war sie ein Fortschritt gegenüber der Bedientenhaftigkeit, womit die Dichter und Künstler in den siebziger Jahren an den überladenen Tischen des Börsenpöbels schmarotzt hatten. Mit dem schamlosen Auswachsen des kapitalistischen Banausenthums war es nun doch zu viel der Erniedrigung geworden: wie die Impressionisten der bildenden, so rüttelten die Naturalisten der dichtenden Kunst an den Ketten, die ihre Glieder lähmten; von der vergiftenden Atmosphäre einer verfaulenden Gesellschaft wollten sie sich durch unbedingte Hingabe an die Natur retten. Dabei übersahen sie den entscheidenden Gesichtspunkt, daß es gegen gesellschaftliche Krankheiten nur gesellschaftliche Heilmittel giebt, daß aus dem kapitalistischen Sumpfe nur ein entschlossener Sprung auf den festen Boden der proletarischen Weltanschauung retten kann. Hierzu mochten sich die sogenannten Modernen nicht verstehen. Auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft wollten sie bleiben, als ob mit der möglichst naturgetreuen Wiedergabe des kapitalistischen Schmutzes eine neue Aera der Kunst eröffnet werden könne! Sie sahen nur die alte vergehende, aber nicht die neue entstehende Welt; sie fanden das Lumpenproletariat im Bordell und in der Schnapskneipe, aber sie wußten nicht, wo das klassenbewußte Proletariat arbeitet und kämpft. Daher blieben sie eine Dekadentenschule, die in der historischen Auflösung der bürgerlichen Klasse eine ähnliche Stellung einnahm, wie einst die romantische Dichterschule in der historischen Auflösung der feudalen Klasse.

Die romantische Dichterschule hatte ihren Kleist und ihren Uhland gehabt, so auch zählten die Modernen ein paar große Lyriker, wie Liliencron und namentlich Arno Holz, die im Kampfe für ihre künstlerischen Ideale mannhaft dem Hunger trotzten, sie besaßen auch einige dramatische Talente, wie Hauptmann und Halbe. Aber in ihrer Masse litten sie an ähnlichen Schwächen, wie einst die Romantiker: an der Abhängigkeit von größeren Meistern des Auslandes, an überstiegenem Größenwahn und widerlicher Reklamewirthschaft, an politischer Gesinnungslosigkeit, an der Ueberschätzung formeller Stilkünsteleien, die den Mangel an wirklicher Schöpferkraft mehr enthüllten als verdeckten. Typisch für sie war die Entwicklung ihrer anspruchsvollsten Größe. Als Hauptmann in seinen Webern, deren mächtiger Stoff für ihn gedichtet und gedacht hatte, wie mit revolutionärem Feuer getauft erschien, rannten seine Freunde klagend durch die Gassen der Bourgeoisie, so sei es nicht gemeint gewesen, Hauptmann habe nur ein christlich-mitleidig-sentimentales Melodrama schreiben wollen; dann zersplitterte die Kraft dieses Dichters gänzlich an den granitenen Massen des Bauernkrieges, und endlich wurde er mit der

Versunkenen Glocke, einer romantischen Lüge ganz im alten romantischen Stile, der gefeierte Liebling des Bourgeoispublikums. Den Dichtern dieser Schule entsprachen ihre Kritiker, die, angebliche Gegner der Lindauerei, sich sofort mit ihr verbündeten, sobald es die kapitalistische Korruption zu vertheidigen galt. Sie hatten ihre paar rasselnden Schlagworte von Nietzsche gelernt, dem Philosophen der großkapitalistischen „Uebermenschheit", der seinerseits die alten Hefte Leos und Treitschkes plünderte, um überhaupt etwas vom Sozialismus sagen zu können, und wäre es nicht mehr, als der erste beste Jobber oder das erste beste Reptil davon zu sagen hat. Begabte Jünger Nietzsches wurden Bismärckische Pack- und Preßknechte des gewöhnlichsten Schlages, feierten überschwänglich die russische Knute, härteten ihre Hand durch Begrüßung mit dem schlimmsten Polizeigesindel des Sozialistengesetzes.

Soweit sich in diesen Modernen wirkliches Leben und wirklicher Trotz gegen die kapitalistische Gesellschaft kundgab, fanden sie zunächst in den entwickeltsten Arbeiterschichten eine gewisse Beachtung. Eine tiefe Sehnsucht nach der Kunst lebt unausrottbar in dem klassenbewußten Proletariat, das alles große Vermögen gesitteter Menschheit für sich zu erobern entschlossen und fähig ist. Aber die Arbeiter erkannten schnell genug die unheilbaren Schwächen des dichterischen Naturalismus und kehrten lieber zu den bürgerlichen Klassikern zurück, in denen sie fanden, was ihnen die Modernen nicht geben konnten: den vorwärtsstürmenden Kampf wirklicher Kultur. Das Proletariat lehnte ab, sich für eine Kunst zu begeistern, die in sehr unkünstlerischer Tendenz nichts von dem wissen wollte, was sein eigenstes und ursprünglichstes Leben ist; sollte die Arbeiterklasse demüthiger sein, als die Bourgeoisie, die in ihren großen Tagen auch immer jede Kunst abgelehnt hatte, die nicht aus ihrem Geiste geboren war? Vergebens suchten sich die Modernen für diese Zurückweisung durch Spöttereien über die geistige Rückständigkeit der Arbeiter zu rächen: das Proletariat stand ihnen mit gelassener Kühle gegenüber, nicht weil es ihre hehren Geheimnisse nicht zu fassen wußte, sondern weil ihre Kunst nicht entfernt heranreichte an die historische Größe des proletarischen Emanzipationskampfes.

Die einzige Spur, die diese Dichterschule in der Arbeiterbewegung zurückließ, war die Gründung der Freien Volksbühne in Berlin. Das kleine Unternehmen trat mit dem Falle des Sozialistengesetzes ins Leben unter der „volkspädagogischen" Leitung der Jungen und der Modernen, doch dauerte es nicht lange, bis die Berliner Arbeiter sich die heitere Vormundschaft abschüttelten und selbst ihre Bühne leiteten, die nun nach kränkelnden Anfängen zu großer Blüthe gedieh und bald in Hamburg eine Schwester gewann. Gleichwohl darf der Werth dieser künstlerischen Organisationen für die moderne Arbeiterbewegung nicht überschätzt werden. Von vornherein auf einige große Städte beschränkt, fristen sie auch in ihnen nur ein unsicheres Leben, da das Theater zu den stärksten Burgen des Kapitalismus gehört; immer müssen sie sehr auf der Hut sein, nicht zu gleichgiltigen Spielereien herabzusinken, die wichtigere Aufgaben des Proletariats

schädigen, in der Weise etwa, wie ein Bismärckischer Offiziöser schon in den siebziger Jahren die Gründung einer königlich preußischen Volksbühne zur „Bildung“ und „Beruhigung“ des Proletariats empfahl. Die Kunst darf ihre Wiedergeburt erst von dem ökonomisch-politischen Siege des Proletariats erwarten; in seinen Befreiungskampf vermag sie nicht tief einzugreifen.

Zwölftes Kapitel.

Rück- und Vorblicke.

Die revolutionäre Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts blickt erst auf eine verhältnißmäßig kurze Spanne Zeit zurück; was bedeuten im Leben der Völker ein oder zwei Menschenalter! Dennoch hat ihr die flüchtige Frist genügt, sich zu einer Macht zu entwickeln, die nicht mehr niedergeworfen werden kann. Es ist übertrieben, zu sagen, daß sie nur noch mit Siegen zu rechnen brauche, denn die schwersten Kämpfe stehen ihr noch bevor. Sie kann in ihnen Niederlagen erleiden, wie sie deren in der Vergangenheit erlitten hat; ja, wenn sie Niederlagen in der Zukunft erleiden sollte, so werden sie schmerzlicher sein, als ihre Niederlagen in der Vergangenheit gewesen sind. Aber was durch keine Niederlage mehr, auch durch die schwerste nicht, gebrochen werden kann, das ist die revolutionäre Arbeiterbewegung selbst. Sie ist der Eckstein der menschheitlichen Kulturentwicklung geworden, und mit Recht sagt Rudolf Meyer von der deutschen Sozialdemokratie, ohne ihre Blüthe sei die Blüthe der deutschen Industrie undenkbar, was mit anderen Worten nur heißt, daß Deutschland aus dem Reigen der großen Kulturvölker verschwinden würde, wenn die Zerschmetterung seines klassenbewußten Proletariats gelänge, wie sie denn freilich niemals gelingen kann.

Eine weltgeschichtliche Massenbewegung ist wie ein großes Freskogemälde, das aus einer gewissen Entfernung betrachtet sein will; wer mit der Nase darauf liegt, sieht nichts anderes als einen wirren Haufen grober Klexe und Striche. Der kurzsichtige Blick interessirter Gegner läßt sich dadurch leicht irre führen; wie seltsam liest sich heute, was ein angesehener bürgerlicher Schriftsteller vor wenig mehr als zwanzig Jahren schrieb: man dürfe einen deutschkatholischen Wanderprediger nicht dem verächtlichen Hohne preisgeben, der einem in Wirthshäusern dozirenden reisenden Lassalleaner schon recht sei! Wer historisch zu denken und zu urtheilen vermag, wird die revolutionäre Arbeiterbewegung immer nur nach ihren großen historischen Zusammenhängen auffassen. Aber freilich wird sich auch ihm in anderer Weise empfindlich machen, wie klein der Einzelne gegenüber dieser ungeheuren Weltwende ist. Er wird den sieghaften Lauf des Stromes verfolgen, aber von dem, was in purpurner Tiefe lebt, von der geistigen und sittlichen Energie, von dem menschlichen Adel, von dem Thatendrang und

Wissensdurst, der in tausenden und tausenden von Einzelschicksalen die Wasser vorwärts treibt, wird er nur eine schwache Vorstellung geben können. Hier wäre eine unerschöpfliche Fundgrube des herrlichsten Stoffes für moderne Dichter, die dieses Namens würdig sein wollen.

Nicht als ob der Proletarier, der zum Klassenbewußtsein erwacht, dadurch ein vollkommener Mensch würde! Mag sich die verkommende Bourgeoisie mit „übermenschlichen“ Aeffereien über ihr jammerhaftes Schicksal trösten: die Arbeiterbewegung ist echt menschlich und rein menschlich. Wie sollten auch unter den unmenschlichen Zuständen, die der Kapitalismus über die Masse der Menschen verhängt, ideale Menschen entstehen können! Gerade aus den Tiefen menschlicher Erniedrigung ringt sich die Arbeiterklasse zu einem menschenwürdigen Dasein empor, aber in diesem Ringen entfalten sich alle jene Züge echter Menschlichkeit, die der kapitalistische Philosoph Nietzsche nicht genug zu schmähen weiß: Gemeinsinn, Wohlwollen, Rücksicht, Fleiß, Mäßigkeit, Bescheidenheit, Nachsicht. Nicht von einem Tage zum anderen, nicht überall gleichmäßig, auch nicht ohne Hemmnisse und Rückfälle, aber wer die moderne Arbeiterklasse kennt, wird einen mächtigen Fortschritt erkennen, der für die Kultur der Menschheit unendlich viel mehr bedeutet, als die Dogmen aller Religionen und die Lehren aller Philosophen je für sie bedeutet haben.

Deshalb ist es so ruch- wie sinnlos, deshalb zeugt es ebenso von abgrundtiefer Gemeinheit des Charakters, wie von schauerlicher Verblödung des Geistes, die revolutionäre Arbeiterbewegung niederkartätschen zu wollen. Aber auch die wohlmeinenden Ideologen, die dem proletarischen Klassenkampfe aus angeblich ethischen Gründen und mit angeblich ethischen Mitteln an den Kragen wollen, wissen im günstigsten Falle nicht, was sie thun. Als ob der noch so herausfordernde und unbequeme Trotz dieses Kampfes nicht immer eine rauhe und männliche Tugend wäre, wie die freiwillige Unterwerfung unter ein unwürdiges Joch ein feiges und weibisches Laster ist!

Nicht mehr darum handelt es sich für das moderne Proletariat, ob es den Klassenkampf führen soll, um sich aus den Fesseln der Lohnsklaverei zu befreien, sondern nur noch darum, wie es diesen Kampf am schnellsten zum sicheren Siege führen kann. Seit dem Erlöschen des Utopismus sind darüber alle wesentlichen Zweifel zerstreut; die Taktik der Sozialdemokratie ist heute dieselbe, die einst das Kommunistische Manifest und dann in besonderer Anwendung auf die deutschen Verhältnisse Lassalles Offenes Antwortschreiben empfahl. In dem rastlosen Umwälzungsprozeß der kapitalistischen Gesellschaft stellt jedes neue Jahr neue Aufgaben, über deren Lösung die Meinungen in der Partei oft auseinandergehen werden. Immer wird es eine Richtung geben, die mehr auf das revolutionäre Endziel, immer eine andere Richtung, die mehr auf die praktischen Wege zu diesem Ziele sieht: das liegt in der Natur der Dinge, wie in der Natur der Menschen. Aber wie Weg und Ziel untrennbar zusammenhängen, so ergiebt sich aus diesem Widerstreit nur die Diagonale der Kräfte, die den schnellen Vormarsch

der Partei bewirkt. Sie hat geirrt und kann wieder irren, aber keiner Macht der Welt ist es mehr gegeben, sie dauernd ihrem Ziel abwendig zu machen oder sie dauernd über die richtigen Wege zu ihrem Ziele zu täuschen.

Lohnt es sich noch, ein Wort über die Narren zu verlieren, die von den „Utopien" der Sozialdemokratie faseln, eben weil die moderne Sozialdemokratie allen Utopismus abgethan hat? Sie läßt sich daran genügen, daß jeder Schritt, den sie vorwärts thut, um die Lohnsklaverei zu zerbrechen, auch ein Schritt vorwärts ist, um die kommunistische Gesellschaft zu schaffen. So vollziehen sich weltgeschichtliche Befreiungskämpfe überhaupt, und anders können sie sich gar nicht vollziehen. Die Sozialdemokratie verhöhnen, weil sie kein Bild der kommunistischen Gesellschaft in der Tasche hat, heißt die großen Vorkämpfer der bürgerlichen Klasse verhöhnen, weil sie das feudale Joch zerbrachen, ohne eine Ahnung von der modernen bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Dampfschiffen und Eisenbahnen und tausend technischen Wundern zu haben. Vor gerade hundert Jahren entwarf Fichte, damals sicherlich der freieste Kopf in Deutschland und nebenbei einer der größten Denker aller Zeiten, ein Bild des bürgerlichen Zukunftsstaats, das heute selbst Junker und Pfaffen als eine reaktionäre Utopie zurückweisen würden. Deshalb war die Abschüttelung des feudalen Jochs keine bürgerliche Utopie, so wenig wie heute die Abschüttelung des kapitalistischen Jochs eine proletarische Utopie ist, weil das Proletariat ein- für allemal darauf verzichtet, Bilder einer Zukunft zu entwerfen, die kein Mensch vorhersehen kann.

In dem einen wie in dem anderen Falle vollzog und vollzieht sich eine historische Nothwendigkeit mit unerbittlicher Gewalt. Nur darin liegen wirkliche Unterschiede, daß die Schnelligkeit, womit sich die kapitalistische Gesellschaft in die sozialistische Gesellschaft umwälzt, zu der Schnelligkeit, womit sich die feudalistische in die kapitalistische Gesellschaft umgewälzt hat, etwa so verhält, wie die Schnelligkeit einer Lokomotive zur Schnelligkeit einer Postkutsche, daß mit dem kapitalistischen Joche das letzte Joch zerbrochen wird, das die Menschheit büttelt.

Der Emanzipationskampf der modernen Arbeiterklasse ist der glorreichste und größte Befreiungskampf, den die Weltgeschichte kennt, und Jahrhunderte deutscher Schmach löscht die Thatsache aus, daß die deutsche Sozialdemokratie diesen Kampf in der Vorhut führt.

Anmerkungen.

Die alte Erfahrung, daß jedes Buch sich selbst das Recht seines Daseins erkämpfen muß, trifft dreimal zu auf eine Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, die wissenschaftlichen Ansprüchen gerecht zu werden versucht. Ich habe deshalb darauf verzichtet, meiner Arbeit ein Vorwort beizugeben; ein solcher Geleitsbrief würde in dem einen Falle überflüssig, in dem anderen Falle wirkungslos sein. Jede Kritik, die ihre Sache so ernst nimmt, wie ich meine Sache genommen habe, wird mir willkommen sein; gegen die giftigen Bisse der kapitalistischen Presse oder ihr feines Todtschweigesystem bin ich längst immun. Gerade die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie zeigt auf jedem Blatte die klägliche Ohnmacht dieser Waffen.

Sollte ich nicht ganz umsonst gearbeitet haben, so brauche ich nicht zu entschuldigen, daß sich das Erscheinen des Bandes etwas hingezögert hat. Es war nicht leicht, den gewaltigen, in die verschiedensten Gebiete übergreifenden Stoff in eine durchsichtige und verhältnißmäßig enge Form zu schlagen. Ohnehin habe ich den ursprünglich geplanten Umfang weit überschritten, sehr gegen meinen Willen, aber unter einem Zwange, der sich nicht abweisen ließ. Es ist das Schicksal der modernen Sozialdemokratie, das Erbe einer Kultur von Jahrtausenden anzutreten; ihre Geschichte kann so wenig ganz kurz sein, wie ihr Programm.

Wer das Erfurter Programm versteht, wird hoffentlich auf keine Schwierigkeit in der Darstellung stoßen; eine Gemeinverständlichkeit, die darüber hinausginge und nothwendig zur Gemeinplätzlichkeit geworden wäre, habe ich nicht erstrebt. Ebenso wenig sind die nachfolgenden Quellennachweise auf Leser berechnet, die dem Gegenstande noch ganz fremd gegenüberstehen. Auch trachten sie durchaus nicht nach bibliographischer Vollständigkeit. Lessings bekanntes Wort: Das schlechte Buch solle rar sein, in das sich gar nichts Gutes, auch nicht von Ungefähr eingeschlichen hätte, ist an der zeitgenössischen Literatur über die deutsche Sozialdemokratie längst zu Schanden geworden. In ihr finden sich Hunderte von Schriften, die nichts enthalten, als plumpe Mißverständnisse, perfide Entstellungen, flache Plagiate. Es hat gar keinen Zweck, diesen Schund zu registriren. Ich gebe nur so viel, als zur Kontrolle meiner Darstellung genügen und anderen Arbeitern auf diesem Gebiete ein wenig vorwärts helfen mag.

Allgemeines.

Eine umfassende Geschichte der deutschen Sozialdemokratie fehlt bisher. Ansätze dazu bei **Herkner**, Arbeiterfrage, 2. Aufl., Berl. 97, und bei **Sombart**, Sozialism. u. soz. Bewegung i. 19. Jahrh., Jena 96. Jedoch liegen die Verdienste dieser Schriften nicht auf historischem Gebiete. Herkners geschichtliche Auffassung überschreitet nirgends den bürgerlichen Horizont, und Sombart versperrt sich selbst den Weg tieferer Erkenntniß durch die famose Unterscheidung zwischen den genialen Denkern Marx und Engels einer-, und den politischen „Welteneichhörnchen“ Marx und Engels andererseits.

Wo die Professorenliteratur über die allgemeine Geschichte des Jahrhunderts auf die Arbeiterbewegung zu sprechen kommt, wird sie einfach kindisch. Man lese in dem Onckenschen Sammelwerke **Flathe** über die Märzrevolution und **Oncken** selbst

über die Attentatsperiode. Oncken läßt den blutjungen Idioten Hödel als sozialdemokratischen Agitator in Italien, Frankreich und Spanien reisen, was im Sommer 1878 nicht einmal die ärgste Denunziantenpresse zu behaupten gewagt hat. Harmloser, aber wo möglich noch einfältiger behauptet Sybel in seinem vielbändigen Werk über die Reichsgründung, das „ganze sozialdemokratische System“ sei daran gescheitert, daß, nach der „praktischen“ Durchführung der Lassalleschen Produktivgenossenschaften mit Staatskredit, entweder „für Fabriken, deren Thätigkeit eine komplizirtere Technik voraussetzte, die republikanische Verwaltung durch die Arbeiter sich als unbrauchbar“ erwiesen habe, oder aber daß, wo sie „bei einfachen Betrieben gediehen“ sei, die „ursprünglichen Genossen“ in die „geächtete kapitalistische Wirthschaft zurückgefallen“ seien und sich geweigert hätten, neue Gehilfen in ihre Genossenschaft aufzunehmen. Das nennt sich heutzutage „archivalisch-wissenschaftliche“ Geschichtsforschung! Das brauchbarste Werk dieser historischen Literatur ist immer noch Treitschkes Deutsche Geschichte. Treitschke war wenigstens in seiner Art ein ganzer Mann; seine Schilderung des vormärzlichen Sozialismus ist zwar auch keinen Schuß Pulver werth, aber wo ihn sein wilder Sozialistenhaß nicht verblendet, da hat er manchmal einen nicht üblen Blick für die ökonomische Entwicklung der deutschen Zustände.

Was die bürgerlichen Nachschlagewerke anbetrifft, so zählt die flüchtige und unzutreffende Skizze des Sozialismus und Kommunismus, die Scheel in Schönbergs Handbuch giebt, nicht weiter mit. Ausführlicher ist das Handwörterbuch der Staatswissenschaften von Conrad und Genossen, doch sind die einschlägigen Artikel meist von G. Adler verfaßt, einem hervorragenden Knownothing; im ersten Supplementbande enthält der Artikel Sozialdemokratie weiter nichts, als ein rachsüchtiges Geschimpfe über Kautsky und mich, zu dessen Verbreitung die Herausgeber ihr anspruchsvolles Wissenschaftswerk hergegeben haben. Viel brauchbarer, wenn auch in seinen einzelnen Aufsätzen von ungleichem Werth, ist das Handbuch d. Sozialism. von C. Stegemann und C. Hugo, Zür. 94 bis 96. Die Bibliographie d. Sozialism. u. Kommunism. von J. Stammhammer, Jena 93, hat noch viele Lücken, so fleißig sie immer gearbeitet sein mag.

Die sozialistische Literatur besitzt für die Geschichte der modernen Arbeiterbewegung in ihren verschiedensten Ausstrahlungen ein umfassendes Nachschlagewerk in dem Volkslexikon von Em. Wurm, Nürnb. 94 bis 97; drei Bände sind erschienen, ein vierter steht noch aus. Das Volkslexikon ist eine sehr dankens- und empfehlenswerthe Arbeit, die gut orientirt und sich mir bei fleißiger Benutzung kaum jemals versagt hat; auch die Anlage, die ohne das Suchen und Finden zu erschweren, doch immer möglichst abgeschlossene und selbständige Abhandlungen giebt, scheint mir vortrefflich zu sein; die Arbeiter sollten das Unternehmen kräftig unterstützen und sich dadurch von dem verdummenden Einfluß der bürgerlichen Eselsbrückenliteratur befreien.

Einleitung.

Marx u. Engels, Kommunist. Manifest. Engels, D. Entwicklg. d. Sozialism. v. d. Utopie z. Wissenschaft, Zür. 83. Engels, Internationales a. d. Volksstaat, Berl. 94. Ich brauche nicht zu sagen, daß ich mit der Einleitung, die eben nur ein Hilfsmittel des Verständnisses sein soll, in keiner Weise den Darstellungen vorgegriffen haben will, die der englische und der französische Sozialismus im zweiten Bande des Gesammtwerks finden werden.

Julirevolution und Reformbill. Marx, Kapital 1, 815, 2. Aufl., Hamburg 72.

Der westeuropäische Sozialismus. Die Werke Steins und Grüns sind im Text erwähnt. Wirklich erkannt ist die historische Bedeutung der großen Utopisten erst durch den wissenschaftlichen Kommunismus. Kommun. Manif. Engels, Anti-Dühring,

Stuttg. 94. Fourier: Greulich, Karl Fourier, Zür. 81, und Bebel, Charles Fourier, Stuttg. 88. Owen: Marx, Kapital 1, 73, 304, 509, 526; aus diesen wenigen Anmerkungen lernt man Owen besser kennen, als aus dem langen Kapitel bei Held, Zwei Bücher zur sozial. Gesch. Engl., Leipzig 81. Siehe auch A. d. Erinner. e. Owenitischen Agitators, NZ 10², 205.* Ricardo, Grunds. d. Volkswirthsch., deutsch v. Baumstark, Leipz. 79. Nach-owenitische Sozialisten in England: Marx, Elend d. Philosophie, deutsch v. Bernstein u. Kautsky, Stuttg. 85, dazu das Vorwort von Engels; ebenso das Vorwort von Engels zum zweiten Bande des Kapitals, Hamb. 85, und Juristen-sozialismus, NZ 5, 49. Sismondi, Nouveaux principes d'économie politique, Paris 19. Sismondi: Kommun. Manif. und Marx, Z. Kritik d. polit. Oekon., Berl. 59, n. Aufl. Stuttg. 97. Zur Lage der französischen Bauern: Marx, 18. Brumaire, Hamb. 69.

Klassenkämpfe des englischen und französischen Proletariats. Engels, D. Lage d. arbeit. Klass. i. Engl., Leipz. 45, n. Aufl. Stuttg. 92. Ueber die englische Fabrikgesetzgebung die klassischen Abschnitte bei Marx im ersten Bande des Kapitals. Die Chartistenbewegg. i. Engl., Zür. 87. Eine erschöpfende Geschichte des Chartismus steht noch aus, ganz ungenügend Pauli, Gesch. Engl., Leipz. 64. Brentano, Arbeitergilden, Leipz. 71. Sidney u. Beatrice Webb, Gesch. d. brit. Trade Unionism., deutsch v. R. Bernstein, Stuttg. 95. Disraeli, Sybil, deutsch v. N. Liebknecht, Berl. 87. Bernstein, Carlyle u. d. sozialpol. Entwickl. Engl., NZ 9¹, 665. Marx, D. Klassenkämpfe i. Frankr. 48 bis 50, Berl. 95. L. Blanc, Histoire de dix ans, Paris 41. Hillebrand, Gesch. d. Julikönigthums, Gotha 81. Lexis, Gewerkver. u. Unternehmerverb. i. Frankr., Leipz. 79. Kautsky, Recht a. Arbeit, NZ 2, 299. Lux, Cabet, Stuttg. 94. Leroux: Heines Werke 6, 85, Hamb. 76, auch der Brief von Marx a. Feuerbach, L. Feuerbachs Briefw., Leipz. 74. Proudhon, Was ist d. Eigenth.? Deutsch v. F. Meyer, Bern 44.

Erster Abschnitt.

Zusammenhängend behandelt den vormärzlichen Sozialismus G. Adler, Gesch. d. ersten sozialpol. Arbeiterbewegg. i. Deutschl., m. besonderer Rücks. auf die einwirk. Theorien, Bresl. 85: eine wilde, mit der Reporterscheere geschnipfelte Kompilation ohne jeden historischen Sinn und Verstand.

Feudal-zünftige Reste. Knapp, Bauernbefreiung i. d. altpreußischen Landestheilen, Leipz. 87: sehr lehrreich für die erste Bauernplünderung von 1816, aber ganz unzureichend für die zweite von 1848 ab. Engels, Z. Gesch. d. preuß. Bauern, als Einleit. z. Wolffs Schlesischer Milliarde, Zür. 86. Hesekiel, D. Buch v. Grafen Bismarck, Bielef. 69: auf Seite 168 das famose „Eingesandt" an die Berliner Zeitungen von 48, worin Junker Bismarck die idyllischen Zustände seines Gutes Kniephof schildert. Engels, Preuß. Schnaps i. deutsch. Reichst., Leipz. 74. Schönlank, Gesellenverbände, HSt. 3, 820. Schmoller, Z. Gesch. d. deutsch. Kleingewerbe, Leipz. 70. Ziegler, Ges. Reden, Berl. 80, mit köstlichen Einzelheiten über die berühmte Selbstverwaltung der preußischen Städte. Süddeutsches Kleinbürgerthum: Engels, Reichsverfassungskampagne, Revue d. N. Rhein. Ztg., Hamb. 50.

Kapitalistische Anfänge. Marx, Kapital 1, 786. Gülich, Geschichtl. Darstell. ꝛc., Jena 30, im zweiten Bande. Ueber Hausindustrie als kapitalistische Betriebsform Marx, Kapital 1, 484. D. deutsche Hausind., Berichte d. Vereins f. Sozialpol., 5 Bde., Leipz. 89 u. 90, sind eine ziemlich dürftige Quelle der Belehrung, dagegen äußerst

* NZ: Neue Zeit, Stuttgart 83 bis 98. HSt: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Jena 90 bis 94. DB: Deutsches Bürgerbuch, Darmstadt 45 und Mannheim 46. RJ: Rheinische Jahrbücher, Darmstadt 45 und Konstanz 46. ZSD: Züricher Sozialdemokrat, Zürich 79 bis 88.

reichhaltig die im Text erwähnten Schriften von Hans Emanuel Sax, Hausind. i. Thür., Jena 82 bis 88, und Schnapper-Arndt, Fünf Dorfgemeind. a. d. hohen Taunus, Leipz. 83. Schlesische Zustände: A. d. Papieren Schöns, Halle 75. Brentano, Ueber d. Einfluß der Grundherrlichk. a. d. schles. Leinengewerbe, Zeitschr. f. Soziale u. Wirthschaftsgesch. 2, 3: in dieser Abhandlung weist Brentano den grundherrlichen Charakter der hausindustriellen Spinnerei und Weberei gegen Grünhagen und Sombart schlagend nach. Ueber die schlesischen Weberrevolten von 1793 Philippson, Preuß. Gesch., Leipz. 82, im zweiten Bande. Die feudal-industriellen Zustände Schlesiens in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts schildert am packendsten W. Wolff, D. Elend u. d. Aufruhr i. Schlesien, DB 1, 178, und Schles. Milliarde, Zür. 86. Sächsische Zustände: Kautsky, D. Bergarbeiter u. d. Bauernkrieg, NZ 7, 289, Wieck, Industr. Zust. Sachsens, Chemn. 40, und Gülich a. a. O. Rheinische Zustände: Engels, Reichsverfassungskampagne; Thun, D. Industr. a. Niederrh., Leipz. 78; Günther K. Anton, Gesch. d. preuß. Fabrikgesetzg., Leipz. 91. Thun ist ein solider Forscher, wie Sax und Schnapper-Arndt, während Anton stark am Hohenzollernbyzantinismus leidet. Doch ist die dicke Tünche seiner Loyalität leicht von der allzu deutlichen Sprache der Akten zu lösen. Gründlich behandelt die in diesem und dem vorhergehenden Kapitel geschilderten Zustände P. Kampffmeyer, Gesch. d. modernen Klassenk. i. Deutschl., Berl. 96.

Geistiges Leben. Mehring, Lessing-Legende, Stuttg. 93. Roscher, Gesch. d. Nationalökonomik i. Deutschl., München 74. Marx, Kapital 1, 814. Thünen, Der isolirte Staat, Berl. 75. Thünen: Marx, 1, 646. Ueber die Antheilswirthschaft, die Thünen für die Arbeiter seines Gutes Tellow einrichtete, ist einzusehen Böhmert, Gewinnbetheil., Leipz. 78. Thünens Enkel schreibt an Böhmert: „Der Antheil fesselt die Leute an das Gut, da dieselben beim Fortgange das Kapital nicht erhalten, sondern nur nach wie vor ihre Zinsen. Er schreckt vor Diebstahl und dergleichen zurück, sichert dem Arbeiter ein sorgenfreies Alter und verringert dadurch die Armenlast des Guts." Hiernach wäre auch klar zu stellen, was Lassalle in seiner Frankfurter Rede auf Anregung von Rodbertus darüber sagt, daß Thünen „im Kleinen eine Assoziation seiner Leute eingerichtet" habe. Savigny, Vom Beruf unserer Zeit f. Gesetzg., Heidelb. 14. Marx, D. philos. Manif. d. histor. Rechtsschule, Rhein. Ztg. v. 9. August 42, bezieht sich auf Hugos Lehrbuch des Naturrechts. Marx, Z. Kritik d. Hegelschen Rechtsphilos., Deutsch-Französ. Jahrb. Seeger, D. deutsche Rechtswissenschaft, in Herweghs 21 Bogen a. d. Schweiz, Glarus 44. Kant, Kritik d. reinen Vernunft. Kant, Kritik d. prakt. Vernunft. Kant, Z. ewigen Frieden. Diese und andere Schriften Kants sind in vortrefflichen Ausgaben bei Reclam erschienen. Fichte, D. geschloss. Handelsstaat. Fichte, Reden a. d. deutsche Nation. Hegel, Philos. d. Rechts, Berlin 21. Engels u. Marx, D. heilige Familie, Frankf. 45. Engels, Anti-Dühring. Engels, Feuerbach u. d. Ausgang d. klass. Philos., Stuttg. 88. Engels, Ueber histor. Materialism., NZ 11[1], 15. Lassalle, Fichtes polit. Vermächtniß. Lassalle, D. Philos. Fichtes u. d. Bedeutung d. deutschen Volksgeistes. Ich zitire die Schriften Lassalles nach Bernsteins Ausgabe, Berl. 92 u. 93. F. A. Lange, Gesch. d. Materialism., Iserlohn 87. Plechanow, Beiträge z. Gesch. d. Materialism., Stuttg. 96.

Die dreißiger Jahre. Gervinus, Gesch. d. 19. Jahrh., 8. Bd., Leipz. 66. Treitschke, Deutsche Gesch. i. 19. Jahrh., 4. Th., Leipz. 89. Georg Büchners Sämmtl. Werke u. Handschriftl. Nachl., Frankf. 79, hgg. v. Franzos, mit belletristisch-werthloser Einleitung. Büchner ist vor Jahrzehnten einmal in einem sozialdemokratischen Unterhaltungsblatt ein Vorläufer Lassalles genannt worden, was seitdem in der bürgerlichen Literatur wiederholt wird: thatsächlich ist der Vergleich schief, wenn man nicht eben in einem ganz allgemeinen Sinne die Männer der großen französischen Revolution als Vorläufer der modernen Kommunisten auffassen will: mit dem Sozialismus seiner Zeit

hatte Büchner nichts zu thun. Schweichel, E. Opfer d. geheim. Untersuchungsverfahr., NZ 3, 395. Engels, Schutzzoll u. Freihandel, NZ 6, 289. Roscher, Nationalökonomik. Schmoller, Kleingewerbe. Platens, Börnes, Heines, Immermanns, Freiligraths u. s. w. Werke zitire ich nicht im Besonderen. Gutzkow, Rückblicke a. m. Leben, Berl. 75. Strauß, Leben Jesu, Tüb. 35. Strauß, Literar. Denkwürdigk., Bonn 76. Echtermeyer u. Ruge, Hallische Jahrbücher, Leipz. 38, 39. Ruge, Sämmtliche Werke, Mannh. 47. Ruge, Aus früherer Zeit, 4. Bd., Berl. 66. Ruges Briefwechsel, Berl. 86. Leo, D. Hegelingen, Halle 38.

Handwerksburschen-Kommunismus. Engels, Z. Gesch. d. Bundes der Kommunisten, als Einleit. z. d. Enthüllungen v. Marx über d. Kölner Kommunistenprozeß, Zür. 85. Bei Engels, und auch in der bürgerlichen Literatur, findet sich die Angabe, daß Schapper an Büchners Verschwörung betheiligt gewesen sei, doch muß hier ein Irrthum obwalten: als Schapper am Frankfurter Wachensturme theilnahm und darnach aus Deutschland floh, studirte Büchner noch in Straßburg, ohne an eine politische Agitation zu denken, während zur Zeit, wo Büchner seinen Geheimbund in Darmstadt leitete, Schapper mit Mazzini den Einfall nach Savoyen machte. Venedey, D. Geächtete, Paris 34 bis 36. Stammhammer giebt den Umfang des Geächteten auf 6 Hefte an, doch befanden sich 12 Hefte in dem von mir eingesehenen und vielleicht auch noch nicht vollständigen Exemplare, das ich wie andere seltene Schriften dem findigen Eifer meines jungen Freundes Martin Breslauer verdankte. Ueber Schuster, der viel eher als Büchner ein Vorläufer Lassalles genannt werden kann, siehe auch H. Schmidt, NZ 16[1], 150. D. geheim. deutsch. Verbindungen i. d. Schweiz, Basel 47, ein Abdruck aus Hubers Janus und anscheinend auch von Huber verfaßt, mit einigem sonst ungedruckten Material. Wermuth u. Stieber, Kommunistenverschwör., Berl. 53. Das berüchtigte Polizeimachwerk darf natürlich nur benutzt werden, soweit es aktenmäßiges und sonst unbestrittenes Material enthält. — Weitling, D. Menschheit wie sie ist und wie sie sein sollte, Paris 38, n. Aufl. München 95. Der Verlag für Gesellschaftswissenschaft (M. Ernst) in München bereitet eine neue, sehr wünschenswerthe Gesammtauflage von Weitlings Schriften vor. Weitling, Garantien d. Humanität u. Freiheit, Vivis 42. Bluntschli, D. Kommunisten i. d. Schweiz nach d. bei Weitling gefundenen Papieren, Zürich 43. Kaler, Wilh. Weitling, Zürich 87. Kaler überschätzt den Einfluß Cabets auf Weitling; Cabets Utopie erschien erst 1840, während Weitlings erste Schrift, die wie Kaler mit Recht sagt, seine Lehre schon in ihren wesentlichen Zügen enthält, bereits 1838 herausgegeben wurde. Feuerbachs Briefw., 1, 365.

Der Sieg der Romantik. Treitschke, Deutsche Gesch., 5. Th., Leizig 94. Biedermann, 30 Jahre deutscher Geschichte, Bresl. 82. Preußen vor dem Februarpatent von 1847, in der Gegenwart v. Brockhaus 2, 30. Kraus, Vermischte Schriften, Königsb. 08. Hansemann, Preußen u. Frankreich, Leipz. 34. Schön, Woher u. Wohin? Nebst e. Nachw. v. Fein, Straßb. 42. Jacoby, Vier Fragen, Ges. Reden u. Schriften, Hamb. 72.

Die Auflösung der klassischen Philosophie. B. Bauer, Krit. Gesch. d. Synoptiker, Leipz. 41. L. Feuerbach, Wesen d. Christenth., Leipz. 41. B. Bauer, D. Judenfrage, Braunschw. 43. B. Bauer, D. Fähigkeit d. heut. Juden u. Christen, frei zu werden, in Herweghs 21 Bogen. — Deutsche Jahrbücher, Leipz. 40 u. 41. Ruge, Anekdota z. neuest. deutschen Philos. u. Publizistik, Zür. 43. Gedichte v. Dingelstedt, Hoffmann, Prutz, Herwegh. B. Bauer, Vollst. Gesch. d. Parteikämpfe i. Deutschl. während d. Jahre 1842 bis 1846, Charlottenb. 47. Guido Weiß, Nekrolog Herweghs, Wage 75.

Rheinische Zeitung. Engels beabsichtigte nicht lange vor seinem Tode, die Aufsätze von Marx aus der Rhein. Ztg. neu herauszugeben, und ich hatte die Freude, sie für ihn zusammenzustellen. Leider starb er, als eben das Material beisammen

war. Ueber seine erste Begegnung mit Marx schrieb er mir: „Als ich gegen Ende November (42) auf der Durchreise nach England (in der Redaktion der Rhein. Ztg.) wieder vorsprach, traf ich Marx dort, und wir hatten bei der Gelegenheit unser erstes sehr kühles Zusammentreffen. Marx war inzwischen gegen die Bauers aufgetreten, d. h. hatte sich dagegen erklärt, daß die Rh. Ztg. vorwiegend ein Vehikel für theologische Propaganda, Atheismus ꝛc., statt für politische Diskussion und Aktion werde und ebenso gegen den Edgar Bauerschen, auf bloßer Lust am ‚am weitesten Gehen‘ beruhenden Phrasenkommunismus, der dann auch bald bei Edgar durch andere extrem klingende Phrasen ersetzt wurde; da ich mit den Bauers korrespondirte, galt ich für ihren Alliirten, während Marx mir verdächtigt war von jenen.“ Gleichzeitig verständigte ich mich mit Engels über einige kleine Irrthümer, die ihm in seinem Artikel über Marx, HSt 4, 1130, untergelaufen sind. Marx ist nicht am 1. Januar, sondern am 17. März 43 aus der Redaktion geschieden, auch hat er nicht eine Arbeit über die bäuerlichen Winzer an der Mosel in dem Blatte veröffentlicht, sondern die Sache hat den von mir im Texte dargelegten Zusammenhang: in diesen beiden Punkten stimmte mir Engels zu. Dagegen glaubte er sich genau zu entsinnen, daß nicht nur, wie ich nach allem mir zugänglichen Quellenmaterial annahm, eine doppelte, sondern eine dreifache Zensur über die Rh. Ztg. verhängt gewesen sei; seine Absicht, mir darüber ausführlich zu schreiben, wurde durch seine schwere Erkrankung vereitelt. Ich bin im Texte bei der doppelten Zensur geblieben, namentlich auch weil mich die Thatsache, daß Engels in seinem Aufsatze über Marx in Brackes Volkskalender für 78 auch nur von einer doppelten Zensur spricht, in der Annahme bestärkt, daß ihm später ein Gedächtnißfehler begegnet sei.

Deutsch-französische Jahrbücher. Die beiden einzigen Lieferungen der Zeitschrift sind Paris 44 erschienen. Briefw. Feuerbachs u. Ruges. Bauer, Parteik. Engels u. Marx, Heil. Fam. Allgem. Literaturzeitung, Monatsschrift v. B. Bauer, Charlottenb. 44. Engels, Nekrolog Bauers, ZSD 82, Nrn. 19 u. 20. Um ein möglichst geschlossenes Bild der Auffassung zu geben, die Marx von der Judenfrage hatte, habe ich im Texte zusammengezogen, was er darüber in den Jahrb. u. in der Heil. Fam. ausgeführt hat.

Karl Marx und Friedrich Engels. Biographisches über Marx: Engels an den eben angezogenen Stellen, ferner ZSD 83, Nrn. 19 u. 21. Nekrolog NZ 1, 441 Lafargue NZ 9^1, 10. Leßner NZ 11^1, 780. G. Groß, Karl Marx, Leipz. 85: diese in mancher Hinsicht lobenswerthe Skizze leidet an dem, neuerdings von Sombart wiederholten Grundfehler, zwischen Marx als aufreizendem Demagogen und tiefem Denker zu unterscheiden; hat es je einen untheilbaren Menschen gegeben, so war es Marx. Liebknecht, Karl Marx z. Gedächtn., Nürnb. 97. Die bürgerlichen Verhältnisse d. Juden i. Deutschl., Gegenwart v. Brockhaus 1, 353; ebenda 10, 526, D. religiöse u. kulturhistor. Bewegung i. Judenthum. Mehring, Die von Westphalen, NZ 10^2, 481. — Biographisches über Engels: Kautsky, NZ 9^1, 225, ferner im Oesterreich. Arbeiterkal. für 88 und — am ausführlichsten — im Pionier für 92, dem Kal. der New Yorker Volkszeitung. Ueber die Firma Engels und Ermen siehe Thun a. a. O., 2, 175. Ein Exemplar des Vorwärts habe ich trotz jahrelanger Bemühungen nicht auftreiben können; die Polemik zwischen Marx und Ruge gebe ich nach einer ausführlichen Darstellung in der Deutschen Brüsseler Zeitung, Brüssel 47; neuestens ist der, wie es scheint, einzige Artikel, den Marx für den Vorwärts geschrieben hat, in der Wiener Zeit abgedruckt worden. Vulgäres Blech über den Vorwärts schmiedet Börnstein, 75 Jahre, Leipz. 81. Ueber die Ausweisung der deutschen Schriftsteller aus Paris siehe die Polemik G. Adlers mit Kautsky und Mehring: NZ 13^1, 502, 571, 604, 693, 754 und 13^2, 377.

Proletarische Bewegungen. Kaler, Weitling. Bluntschli-Bericht. Der Hilferuf der deutschen Jugend, 4 Hefte vom September bis Dezember 41, und die Junge Generation, 17 Hefte vom Januar 42 bis Mai 42, mit wechselnden Verlagsorten. Die beiden Zeitschriften Weitlings befinden sich in einem vollständigen Exemplar in der Bibliothek des deutschen Reichstags. Weitling, D. Evangel. e. arm. Sünders, Bern 45, n. Aufl. München 94. Ueber den Kommunismus i. d. Schweiz, Bern 43. A. Becker, Was wollen die Kommunisten? Bern 43. Generalbericht an den Staatsrath v. Neuchatel ü. d. geh. deutsche Propag., Zür. 46. Marr, D. junge Deutschl., Leipz. 46. Heß, D. Verhandl. des gesetzgeb. Staatskörpers d. Republ. Waadt ü. d. soz. Frage, RJ 2, 61. D. schweizerischen Kommunistenfresser, DB 2, 295. Siehe auch Engels, Zur Gesch. d. Urchristenth., NZ 13[1], 4. — Lengerke, D. ländl. Arbeiterfr., Berl. 49. Ueber die Entstehung des deutschen Massenproletariats enthalten neben DB und RJ viel Material Heß, Gesellschaftsspiegel, Elberf. 45 u. 46, und Dronkes Buch über Berlin, Frankf. 45. P. Kampffmeyer, D. ökonom. Grundl. d. deutsch. Sozialism. d. vierziger Jahre, NZ 5, 502. Wolff, El. u. Aufr. i. Schles.; Schneer, Ueber d. Noth d. schles. Leineweber, Berlin 44; Wahrlieb, Schlöffel u. Wander, Konstanz 45; Wander, Drei Jahre a. m. Leben, Leipz. 78. Wermuth-Stieber, Kommunistenverschw. u. die ebenso verlogenen Denkwürdigk. Stiebers, Berlin 84. Treitschke 5, 520.

Der deutsche Sozialismus. Die bürgerlich-sozialistischen Spielereien der dreißiger und vierziger Jahre behandelt ausführlich Stein, Der Sozialism. i. Deutschl., Gegenwart v. Brockhaus 7, 527. G. Weiß, Z. Gesch. d. Sozialism., Wage 75. Pücklers Briefw., hgg. v. L. Assing, 3. Bd., Berlin 74. Gall: RJ 2, 147, Handb. d. Sozialism. 272, R. Singer, D. erste deutsche Sozialist, Zeitschr. f. Volkswirthsch., Sozialpol. u. Verwaltung 3, 417. — Bettina v. Arnim, Dies Buch gehört d. Könige, Berl. 43. Brentano, D. gewerbl. Arbeiterfrage in Schönbergs Handbuch. Thadden-Triglaff, D. Schacher m. Rittergütern, Stettin 42. Jäger, V. A. Huber, Berlin 80. Wagener, Erlebtes, Berlin 84. G. Weiß, Herr Wagener, Wage 72. Rheinischer Beobachter, Köln 47. — Meyen, D. Berliner Lokalverein f. d. Wohl d. arbeit. Klassen, RJ 1, 198; ebenda 255 D. allgem. Hilfs- und Bildungsverein in Köln. — Ueber den philosophisch-schöngeistigen Sozialismus orientiren ausreichend seine im Text erwähnten Organe. Seine Beziehungen zu Marx und Engels sind neuerdings mehrfach erörtert worden: Struve, NZ 14[2], 4, Bernstein 216 und Mehring 395, ferner Struve, NZ 15[2], 228 und Mehring 379. — Stirner, D. Einzige u. sein Eigenthum, Leipz. 44. Stirner: Bernstein, NZ 10[1], 421, und Plechanow, Anarchism. u. Sozialism., Berl. 94. Neuestens Mackay, Stirners Leben, Berlin 98: eine kritiklose Verherrlichung mit viel persönlichem, überwiegend gleichgiltigem Kleinkram. — Roscher, Grundr. z. Vorles. über d. Staatswirthsch. n. geschichtl. Methode, Göttingen 43. Schüller, Die klass. Nationalökonomie u. ihre Gegner, Berlin 95: diese dankenswerthe Schrift weist überzeugend die Versündigungen der „historischen Methode" an den klassischen Vertretern der bürgerlichen Oekonomie auf. Rodbertus, Z. Erkenntn. unserer staatswirthschaftl. Zust., Neubrandenburg 42. Rodbertus, D. Normalarbeitstag, Berl. 71. Rodbertus, Z. Beleucht. d. sozialen Frage, Berl. 75. Rodbertus, Kreditnoth d. Grundbesitz., 2. Aufl., Berl. 93. Rodbertus, Literar. Nachl., hgg. v. A. Wagner u. A., Berl. 78 bis 85. Rodbertus, Briefe u. sozialpol. Auff., hgg. v. R. Meyer, Berl. 81. Im Nachlasse 3, 195 und in den Briefen 2, 575 ist der erste Aufsatz von Rodbertus wieder abgedruckt. Kozak, Rodbertus-Jagetzows sozialökonom. Ansichten, Jena 82, ist eine fleißige Zusammenstellung der in den verschiedenen Schriften von Rodbertus zerstreuten Ansichten. Streberliteratur über Rodbertus: G. Adler, Dietzel u. A. Das Märchen von dem Plagiat, das Marx an Rodbertus begangen haben soll, ist endgiltig abgethan von Engels in den Vorreden zum El. d. Philos. und zum zweiten Bande des Kapitals.

Wenn dagegen A. Wagner im dritten Bande des Nachlasses auf der neuen Finte herumreitet, Rodbertus habe die Priorität wichtigster Gedanken vor anderen sozialistischen Schriftstellern und namentlich vor Marx, so beweist der „erste Lehrer der Volkswirthschaft an der ersten deutschen Hochschule“ nur seine drollige Unwissenheit in der Geschichte und der Theorie des Sozialismus. In allen entscheidenden Fragen waren die Ansichten, die Rodbertus und Marx vertraten, sich ausschließende Gegensätze; was man als beiden gemeinsam bezeichnen kann, hatten beide aus der englisch-französischen Literatur der Oekonomie und des Sozialismus übernommen und weiter zu entwickeln versucht: Rodbertus, der um zwölf Jahre ältere, einige Jahre früher, aber mit einem Mißerfolge, den seine Verehrer vergebens zu vertuschen suchen, Marx, der um zwölf Jahre jüngere, einige Jahre später, aber mit einem Erfolge, den die Welt kennt. Siehe über den Humbug, den Wagner und Dietzel mit Rodbertus treiben, Mehring: Z. neueren Rodbertuslit., NZ 12², 523. Becks Lieder vom armen Manne, Meißners Gedichte, Lenaus Albigenser, Heines Wintermärchen, Freiligraths Glaubensbekenntniß und Ça ira. Heine an Marx, NZ 14¹, 14. Biographisches über Weerth, Engels, ZSD 83, Nr. 24.

Der historische Materialismus. Versammlungen in Elberfeld, RJ 1, 35. Engels, Lage. F. A. Lange, Arbeiterfrage, 3. Aufl., Winterthur 75. B. Hildebrand, Nationalökonomie d. Gegenw. u. Zukunft, Frankf. 48. Engels, L. Feuerbach, im Anhange die Thesen von Marx über Feuerbach. Marx, Z. Kritik, in der Vorrede. Engels, Anti-Dühring. Labriola, Essais sur la conception matérialiste de l'histoire, Paris 97. Da die historisch-materialistische Methode, wie jede Forschungsmethode, ihre Richtigkeit durch ihre Ergebnisse zu erweisen hat, so muß man die ganze Literatur des wissenschaftlichen Kommunismus kennen, um sie richtig zu beurtheilen. Zahlreiche Quellennachweise bei Mehring, Ueber d. histor. Materialism., i. Anhange z. Lessingleg. Engels schrieb mir darüber am 14. Juli 93: „Sie haben die Hauptthatsachen vortrefflich und für jeden Unbefangenen überzeugend dargestellt. Wenn ich etwas auszusetzen finde, so ist es, daß Sie mir mehr Verdienst zuschreiben, als mir zukommt, selbst wenn ich alles einrechne, was ich möglicher Weise selbständig ausgefunden hätte — mit der Zeit —, was aber Marx bei seinem rascheren coup d'oeil und weiterem Ueberblicke viel schneller entdeckte. Wenn man das Glück hatte, vierzig Jahre lang mit einem Manne wie Marx zusammen zu arbeiten, so wird man bei dessen Lebzeiten gewöhnlich nicht so anerkannt, wie man es zu verdienen glaubt; stirbt dann der Größere, so wird der Geringere leicht überschätzt, und das scheint mir gerade jetzt mein Fall zu sein; die Geschichte wird das alles schließlich in Ordnung bringen, und bis dahin ist man glücklich um die Ecke und weiß nichts mehr von nichts. — Sonst fehlt nur noch ein Punkt, der aber auch in den Sachen von Marx und mir regelmäßig nicht genug hervorgehoben ist und in Beziehung auf den uns Alle gleiche Schuld trifft. Nämlich wir Alle haben zunächst das Hauptgewicht auf die Ableitung der politischen, rechtlichen und sonstigen ideologischen Vorstellungen und durch diese Vorstellungen vermittelter Handlungen aus den ökonomischen Grundthatsachen gelegt und legen müssen. Dabei haben wir dann die formelle Seite über der inhaltlichen vernachlässigt: die Art und Weise, wie diese Vorstellungen ꝛc. zu Stande kommen. Das hat dann den Gegnern willkommenen Anlaß zu Mißverständnissen gegeben, wovon Paul Barth ein schlagendes Exempel. — Die Ideologie ist ein Prozeß, der zwar mit Bewußtsein vom sogenannten Denker vollzogen wird, aber mit einem falschen Bewußtsein. Die eigentlichen Triebkräfte, die ihn bewegen, bleiben ihm unbekannt, sonst wäre es eben kein ideologischer Prozeß. Er imaginirt sich also falsche oder scheinbare Triebkräfte. Weil es ein Denkprozeß ist, leitet er seinen Inhalt wie seine Form aus dem reinen Denken ab, entweder seinem eigenen oder dem seiner Vorgänger. Er arbeitet mit bloßem Gedanken-

material, das er unbesehen als durchs Denken erzeugt hinnimmt und sonst nicht weiter auf einen entfernteren, vom Denken unabhängigen Prozeß untersucht, und zwar ist ihm dies selbstverständlich, da ihm alles Handeln, weil durchs Denken vermittelt, auch in letzter Instanz im Denken begründet erscheint. — Der historische Ideolog (historisch soll hier einfach zusammenfassend stehen für politisch, juristisch, philosophisch, theologisch, kurz für alle Gebiete, die der Gesellschaft angehören und nicht blos der Natur) — der historische Ideolog hat also auf jedem wissenschaftlichen Gebiet einen Stoff, der sich selbständig aus dem Denken früherer Generationen gebildet und im Gehirne dieser einander folgenden Generationen eine selbständige eigene Entwicklungsreihe durchgemacht hat. Allerdings mögen äußere Thatsachen, die dem eigenen oder anderen Gebieten angehören, mitbestimmend auf diese Entwicklung eingewirkt haben, aber diese Thatsachen sind nach der stillschweigenden Voraussetzung ja selbst wieder bloße Früchte eines Denkprozesses, und so bleiben wir immer noch im Bereiche des bloßen Denkens, das selbst die härtesten Thatsachen glücklich verdaut hat. — Es ist dieser Schein einer selbständigen Geschichte der Staatsverfassungen, der Rechtssysteme, der ideologischen Vorstellungen auf jedem Sondergebiete, der die meisten Leute vor Allem blendet. Wenn Luther und Calvin die offizielle katholische Religion, wenn Hegel den Fichte und Kant, Rousseau indirekt mit seinem contrat social den konstitutionellen Montesquieu „überwindet", so ist das ein Vorgang, der innerhalb der Theologie, der Philosophie, der Staatswissenschaft bleibt, eine Etappe in der Geschichte dieser Denkgebiete darstellt und gar nicht aus dem Denkgebiete herauskommt. Und seitdem die bürgerliche Illusion von der Ewigkeit und Letztinstanzlichkeit der kapitalistischen Produktion dazugekommen ist, gilt ja sogar die Ueberwindung der Merkantilisten durch die Physiokraten und A. Smith als ein bloßer Sieg des Gedankens, nicht als der Gedankenreflex veränderter ökonomischer Thatsachen, sondern als die endlich errungene richtige Einsicht in stets und überall bestehende thatsächliche Bedingungen; hätten Richard Löwenherz und Philipp August den Freihandel eingeführt, statt sich in Kreuzzüge zu verwickeln, so blieben uns fünfhundert Jahre Elend und Dummheit erspart. — Diese Seite der Sache, die ich hier nur andeuten kann, haben wir, glaub' ich, alle mehr vernachlässigt, als sie verdient. Es ist die alte Geschichte: im Anfange wird immer die Form über dem Inhalt vernachlässigt. Wie gesagt, ich habe das ebenfalls gethan, und der Fehler ist mir immer erst post festum aufgestoßen. Ich bin also nicht nur weit entfernt davon, Ihnen irgend einen Vorwurf daraus zu machen, dazu bin ich als älterer Mitschuldiger ja gar nicht berechtigt, im Gegentheil — aber ich möchte Sie doch für die Zukunft auf diesen Punkt aufmerksam machen. — Damit hängt auch die blödsinnige Vorstellung der Ideologen zusammen: weil wir den verschiedenen ideologischen Sphären, die in der Geschichte eine Rolle spielen, eine selbständige historische Entwicklung absprechen, so sprächen wir ihnen auch jede historische Wirksamkeit ab. Es liegt hier die ordinäre undialektische Vorstellung von Ursache und Wirkung als starr einander entgegengesetzter Pole zu Grunde, das absolute Uebersehen der Wechselwirkung; daß ein historisches Moment, sobald es einmal durch andere, schließlich ökonomische Thatsachen in die Welt gesetzt ist, nun auch reagirt, auf seine Umgebung und selbst seine eigenen Ursachen zurückwirken kann, vergessen die Herren oft fast absichtlich. So Barth z. B. bei Priesterstand und Religion, S. 475 bei Ihnen." Einige Sätze, worin Engels die geschichtsphilosophischen Studien des Herrn Paul Barth beurtheilt, lasse ich wegen ihrer etwas drastischen Form weg. Ich bin der Letzte, auf die Worte der Meister zu schwören und habe im Texte genugsam gezeigt, daß ich mir auch gegenüber Marx, Engels und Lassalle ein selbständiges Urtheil zu wahren weiß, aber ich habe keinen Grund zu verhehlen, daß Engels, wie in dem vorstehenden Briefe meiner Abhandlung über den historischen Materialismus,

so auch meinem Buche über Lessing seinen Beifall geschenkt und mir noch kurz vor seinem Tode seine Freude darüber ausgesprochen hat, daß mir in dem Gesammtwerke über die Geschichte des Sozialismus der deutsche Theil zugefallen war. Es ist ganz in der Manier der bürgerlichen Gegner, die paar Leute, die auf dem Gebiete des historischen Materialismus reell arbeiten, gleichviel mit welchem Erfolge, als „Marxisten" zu verspotten, die Marx verleugnet haben würde; aber wer ernsthaft über die gewiß noch eingehendster Prüfung bedürftigen Probleme dieser geschichtswissenschaftlichen Methode mitreden will, sollte sich doch vor dergleichen geschmacklosen Anzapfungen hüten. F. A. Lange, Mills Ansichten, Duisb. 66. — Proudhon, Philos. d. Elends, deutsch v. K. Grün, Darmst. 47. Marx, El. d. Philos. Proudhon, Correspondance, Paris 75, d. Brief Proudhons a. Marx 2, 198.

Der Bund der Kommunisten. Deutsche Brüsseler Zeitung, Brüssel 47. Westfälisches Dampfboot, Bielefeld, später Paderborn 45 bis 48. Engels, Einl. z. Schles. Mill. u. z. d. Enthüll. Engels, D. Fest d. Nationen, NZ 2, 1. Marx, Lohnarbeit und Kapital, Berl. 91. Marx, Rede über Freihandel, im Anhange z. El. d. Philos. Marx, Herr Vogt, London 60. Ueber die Szene zwischen Marx und Weitling Kaler, Weitling 72 und NZ 1, 236. Eccarius, D. Schneiderei i. London, Revue d. N. Rhein. Ztg. Adresse der deutschen Arbeiter in London an Ronge, NZ 1, 327. Wermuth-Stieber, Kommunistenverschw. Zwischen den Angaben, die Marx und Engels zu verschiedenen Zeiten über den Bund der Kommunisten gemacht haben, finden sich kleine Unterschiede, die an sich von geringer Bedeutung sind. Jedoch habe ich sie nach Möglichkeit aufzuklären gesucht, und wo es nicht möglich war, die Angabe vorgezogen, die unter dem Eindrucke der frischeren Erinnerung gemacht worden ist.

Das Kommunistische Manifest. Labriola, In Memoria del Manifesto dei Komunisti, Roma 95. Der einzige deutsche Proudhonist ist bekanntlich Mülberger, und in ganz richtiger Konsequenz der Proudhonisterei ist er denn auch glücklich so weit gelangt, einen so verbissenen Klopffechter der kapitalistischen Ausbeutung, wie Eugen Richter ist, als „zielbewußten Vertreter der wirthschaftlichen Freiheit" zu verherrlichen; siehe Stuttgarter Beobachter vom 16. Jan. 92. Eisenhart, Gesch. d. Nationalökonomik, Jena 81. G. Adler, Sozialdemokratie, HSt 5, 733. Marx, Bürgerkrieg i. Frankr., Berl. 91. Engels, Einleit. z. Marx, Klassenkämpfe i. Frankr.

Zweiter Abschnitt.

Die Zeit vom Ausbruche der Märzrevolution bis zum Erlaß von Lassalles Offenem Antwortschreiben ist bisher unter dem Gesichtspunkte der sozialistischen Entwicklung noch nicht behandelt worden.

Die Klassenkämpfe der deutschen Revolution. Eine sei es noch so summarisch skizzirte Geschichte der deutschen Revolutionszeit konnte natürlich nicht gegeben werden; in dieser Beziehung verweise ich auf Blos, Deutsche Revolut., Stuttg. 92. Die bürgerliche Literatur über 48 ist meist unbrauchbar, besonders die Professorenliteratur, auch Scherrs dröhnender Leihbibliothekenroman. A. Bernstein, D. Jahre d. Volkes, Berl. 75, ist nicht byzantinisch-reaktionär, aber bürgerlich-beschränkt. Für meinen Zweck kam es hauptsächlich darauf an, die urkundlichen und zeitgenössischen Quellen nach Allem zu durchforschen, was ein erklärendes Licht auf die spätere Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie wirft. Es ist ganz unmöglich, sie richtig zu verstehen, wenn man nicht mit kritischem Verständniß in die Klassenkämpfe der Revolutionsjahre eingedrungen ist; namentlich kann ein erschöpfendes und gerechtes Urtheil über Lassalle und seine Agitation nur auf diesem Wege gewonnen werden. Große Förderung verdanke ich natürlich der Neuen Rheinischen Zeitung und dem was Marx und Engels sonst historisch über die deutsche Revolution ausgeführt haben, siehe besonders

auch Marx, Revolution u. Kontrerevolution i. Deutschl., deutsch v. Kautsky, Stuttg. 96. Indessen mußte ich viele Beziehungen klarstellen, die von Marx und Engels nur summarisch oder gar nicht berührt worden sind. Von anderen Zeitungen der Revolutionsjahre habe ich die Nationalzeitung und die Vossische Zeitung durchgesehen, von Arbeiterblättern ist mir Volk, Verbrüderung, Konkordia und Prometheus zugänglich gewesen, alle in mehr oder weniger unvollständigen Exemplaren. Stephan Born, Erinnerungen, Leipz. 98, bietet wenig Neues, doch ist darnach im Texte zu berichtigen, daß Born nicht am Berliner Barrikadenkampfe theilgenommen hat, sondern erst einige Tage darauf in Berlin eingetroffen ist. Im Okt. 97 schrieb mir Born, mit dem ich bis dahin keine Beziehungen gehabt hatte, erfreut darüber, daß ich seine historische Thätigkeit gegen das allzu harte Urtheil von Engels vertheidigt hatte; er wollte nun eine lang gehegte Absicht ausführen und seine Erinnerungen herausgeben: leider nimmt er darin eine unschöne Revanche an Engels. Gleich darauf ist er gestorben, und so wenig ich seine letzte Schrift zu loben vermag, so halte ich selbstverständlich alles aufrecht, was ich im Texte über sein verdienstvolles Wirken in den Revolutionsjahren gesagt habe. Dann habe ich die Stenographischen Berichte über die Verhandlungen der preußischen Nationalversammlung, 9 Bde., Berl. 78, einer eingehenden Analyse unterzogen; sie sind historisch ungleich wichtiger, als die weit mehr beachteten Verhandlungen des Frankfurter Schwatzklubs. Für die Berliner Zustände ist Ad. Wolffs Revolutionschronik, Berl. 51, eine sehr reichhaltige Quellenschrift, doch reichen ihre drei umfangreichen Bände nur bis zum Sturze des Ministeriums Camphausen. Treffliche Beiträge zur sozialen Geschichte der Revolutionsjahre giebt Schlüter, NZ 3, 28. Sonst habe ich benutzt: Jacoby, Preußen u. Deutschland; Unruh, Skizzen, Magdeb. 49; Gneist, Berliner Zustände, Berl. 49; Rodbertus, Mein Verhalten 2c., Berl. 49; P. Reichensperger, D. preuß. National-vers., Berl. 49, geg. Rodb.; Prozeß Waldeck, Stenogr. Ber., Berl. 49; Weichsel, D. Zieglersche Proz., Magdeb. 50; Ranke, Briefwechs. Friedr. Wilh. IV. m. Bunsen, Leipz. 73; H. Blum, Robert Blum, Leipz. 78, bemerkenswerth wegen mancher urkundlichen Mittheilungen, sonst trauriger Schwatz; A. Bernstein, Schulze-Delitzsch, Berl. 79; H. B. Oppenheim, Waldeck, Berl. 80.

Neue Rheinische Zeitung. Ich habe mich bemüht, den Inhalt des berühmten Revolutionsblattes nach allen Seiten zu skizziren, mußte mich eben deshalb aber im Einzelnen oft mit sehr flüchtigen Strichen begnügen. Die Denkschrift des Zaren vom Frühjahr 1848 findet sich, Berlin und Petersburg, Leipz. 80. Weerth, Leben u. Thaten des berühmten Ritters Schnapphahnski, Hamb. 49: ein Sonderabdruck der genial-witzigen Feuilletons, die das Sittlichkeitsbewußtsein hoffnungsvoller Dozenten heute noch so schwer gefährden.

Ferdinand Lassalle. Die Literatur über Lassalle zeichnet sich weit mehr durch ihren Umfang als durch ihren Inhalt aus. Eine wirklich fördernde Arbeit ist nur die biographisch-kritische Skizze, womit Bernstein seine Lassalle-Ausgabe einleitet; ich verdanke ihr wichtige Fingerzeige, wenn ich auch vielfach von Bernsteins Auffassung abweiche. Neben der frischen Gedenkschrift Kegels, Stuttg. 89, sind sonst nur noch erwähnenswerth Brandes, Ferd. Lassalle, e. literar. Charakterb., Berl. 77, und Plener, Ferd. Lassalle, Leipz. 84. Brandes giebt gute Bemerkungen über Lassalles formal-literarische Begabung; am Vorabend des Sozialistengesetzes war seine Schrift auch ein tapferes Bekenntniß; ihr politisch-soziales Verständniß ist aber sehr gering; mit geistreicher, oft genug auch nur geistreichelnder Belletristik kommt man an Lassalles Lebenswerk nicht heran. Aehnliches gilt von Plener, nur daß er nicht als einseitiger Belletrist, sondern als einseitiger Jurist schreibt. Sehr wichtig für das psychologische Verständniß Lassalles ist sein Tagebuch, Bresl. 92, hgg. v. P. Lindau, mit unglaub-

lich abgeschmackter Einleitung. Hatzfeldtsche Händel: Lassalle, Kassettenrede, und die von Lassalle verfaßte Ehescheidungsklage der Gräfin Hatzfeldt, ein Exemplar davon im Parteiarchiv, auch E. Liebesepisode a. d. Leben Lass., Leipz. 78. Lassalles Betheiligung an den Revolutionskämpfen: N. Rhein. Ztg. und Lassalle, Assisenrede.

Die Ausgänge der deutschen Revolution. Zum Theil dieselben Quellen wie im ersten Kapitel dieses Abschnitts. Dresdener Maiaufstand: Waldersee, D. Kampf in Dresden, Berl. 49; Röckel, D. Erheb. Sachsens u. d. Zuchthaus i. Waldheim, Frankf. 65, auch ein Aufsatz Borns in der Verbrüderung, dürftig Borns Erinnerungen, wo Bakunin mit unzureichender Beweisführung als fünftes Rad am Wagen geschildert wird. Rheinpreußischer Aufstand: N. Rhein. Ztg. und Engels, Reichsverfassungskampagne. Badisch-pfälzischer Aufstand: J. Ph. Becker, Gesch. d. südd. Mairevol., Genf, 49 und wiederum Engels, a. selben Ort. Die deutsche Emigration: Revue d. N. Rhein. Ztg., die schon zitirten Schriften über den Kommunistenbund, Marx, Herr Vogt und (geg. Willich) d. Ritter vom edelm. Bewußtsein, London 53. Rüegg, A. d. Erinner. e. Achtundvierzigers (Borkheim), NZ 8, 125.

Der Kölner Kommunistenprozeß. Schriften über den Kommunistenbund, namentlich Marx, Enthüllungen und Herr Vogt. A. Bernstein, D. Jahre d. Reaktion, Berl. 81. Weitlings Ende: Sorge, NZ 9², 234, u. Zukunft 78.

Die fünfziger Jahre. Neben Biedermanns und Sybels histor. Werken die Briefe und Denkwürdigkeiten Bernhardis, Bunsens, Gerlachs, Roons, Wageners. Riedel, Bismarcks Reden (i. d. kontrerevol. Parl.), Berl. 81. Poschinger, Preußen i. Bundestage, Leipz. 82. Meitzen, Landwirthsch. Verhältn. d. preuß. Staats, Berl. 68. Thun, Industr. a. Niederrh. Anton, Preuß. Fabrikges. — Diest-Daber, Geldmacht u. Sozialism., Berl. 74. Baumgarten, D. deutsche Liberalism., Preuß. Jahrb. 18, 455. Bastiat, Volkswirthschaftliche Harmonien, deutsch v. Prince-Smith, Berl. 52. Die deutsche Manchesterliteratur (Prince-Smith, Faucher, Braun u. s. w.) ist nur ein Abklatsch namentlich Bastiats. Schulze-Delitzsch, D. arbeit. Klass. u. d. Assoziationswesen i. Deutschl., Leipz. 58. Die Quellen für die literarisch-philosophische Entwicklung der fünfziger Jahre ergeben sich aus dem Texte selbst. Was ich über Stirners Ende sage, beruht auf einer vor ein paar Jahren von G. Weiß veröffentlichten Darstellung; im Gegensatz dazu führt Mackay neuestens a. a. O. aus, daß Stirner wegen unzureichenden Staatsexamens niemals Gymnasiallehrer gewesen sei, daß er seine Stellung als Lehrer an einer privaten Mädchenschule freiwillig niedergelegt habe, nachdem er ein vermögendes Mädchen geheirathet hatte, und daß sich die Ehegatten nach durchgebrachtem Vermögen unter dem landesüblichen Philistergezänke getrennt hätten.

Fortschritte des wissenschaftlichen Kommunismus. Marx, Z. Kritik. Lassalle, Herakleitos d. Dunkle, Berl. 57. Zeller, D. Philos. d. Griechen, Leipz. 92. Noack, Histor.-biogr. Handwörterb. z. Gesch. d. Philos., Berl. 79. Lassalle, Franz von Sickingen. Lassalle, System der erworbenen Rechte, Leipz. 61. Eine vortreffliche Analyse des zweiten Bandes, der nicht in den Rahmen meiner Darstellung fällt, giebt Bernstein a. a. O. Lassalles Briefe an Rodbertus, Leipz. 78. Jhering, D. Kampf ums Recht, Wien 72. A. Wagner, Allgem. Volkswirthschaftslehre, Berlin 76.

Die europäische Krisis von 1859. Rodbertus, Kleine Schriften, Berl. 90, hgg. von M. Wirth. Wuttke, Pro patria, Leipz. 59. Vogt, Studien z. gegenw. Lage Europas, Genf 59. Engels, Po und Rhein, Berl. 59. Lassalle, Der italien. Krieg u. d. Aufg. Preuß. Vogt, M. Proz. geg. d. Allgem. Ztg., Genf 59. Lassalle, Fichtes polit. Vermächtn. Engels, Savoyen, Nizza u. d. Rhein, Berl. 60. Marx, Herr Vogt.

Der preußische Verfassungsstreit. Wie die Geschichte der deutschen Revolution, so mußte die Geschichte des preußischen Verfassungsstreits in ihren entscheidenden Hauptzügen klar gestellt werden, und zwar aus dem gleichen Grunde: weil die Arbeiter-

agitation Lassalles und überhaupt die historische Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie sonst nicht zu verstehen ist. Welche Konfusion auf diesem Gebiete noch herrscht, zeigt Sombart, der bei all seinen Prätensionen fertig bekommt, zu schreiben, daß Lassalle aus „dämonischem Ehrgeiz", aus „titanischer Ruhmbegierde" eine Arbeiterpartei gestiftet habe, denn die fortschrittliche Opposition habe Nichts von ihm wissen wollen und — man denke nur! — „wo Bismarck stand, konnte ein Anderer nur im Schatten stehen". Walesrode, Demokr. Stud., Hamb. 60 u. 61. Jacoby, Grundſ. d. preuß. Demokr. Parisius, Deutschl. polit. Part., Berl. 78. Müller, Kais. Wilh., Berl. 78. Marcks, Kais. Wilh. I., Leipz. 97. Götze, Urkundl. Gesch. d. Stadt Stendal, Stend. 73. Hahn, Fürst Bismarck, Berl. 78, sowie die sonstige Bismarckliteratur, namentlich Busch und Poschinger. Wenn Bismarck einmal gesagt hat, anständige Leute schrieben für ihn nicht, so hätte er hinzufügen können, daß es solide Schriftsteller auch nicht thäten; liederlichere Skribifaxe, als die Hahn, Busch, Poschinger und ihresgleichen giebt es auf der Welt nicht. — Lassalles Briefe a. G. Herwegh, Zür. 96, hgg. v. M. Herwegh, in ganz unzulänglicher Weise. Bucher, D. Parlamentarismus wie er ist, Berl. 55. Poschinger, E. Achtundvierziger, Berl. 91, eine unsäglich lodderige Biographie Buchers, die ihren Helden selbst zu heller Wuth entfacht hat, aber die wegen einiger urkundlichen Mittheilungen benutzt werden muß. Das Berliner Milieu, worin Lassalle lebte, kommt nicht schön, aber gut getroffen heraus bei L. Pietsch, Wie ich Schriftst. gew. bin, Berl. 93. — Lassalle, Herr Julian Schmidt d. Literarhist. Lassalle, Ueber Verfassungsfragen. Lassalle, Arbeiterprogramm. Marx an Schweitzer NZ 15[1], 5. Lassalle, Was nun? Die Rede Unruhs vom 22. Dez. 62 auch bei Schultheß, Europ. Geschichtskal., Nördl. 63. Lassalle, Macht u. Recht.

Dritter Abschnitt.

Lassalles Agitation und die Zeit bis zum Gothaer Einigungskongresse ist verhältnißmäßig häufig bearbeitet worden: Jörg, Gesch. d. sozialpol. Part., Freiburg 67, und Jäger, D. moderne Sozial., Berl. 73, beide vom ultramontanen, R. Meyer, Emanzipationsk. d. viert. Standes, Berl. 74, vom konservativ-sozialen, Mehring, D. deutsche Sozialdemokr., Bremen 77, vom bürgerlich-liberalen Standpunkt aus. Jörgs und Jägers Schriften, namentlich aber Meyers umfangreiches Werk waren für ihre Zeit sehr verdienstliche Arbeiten; was meine damalige Schrift angeht, so sei, wer sich etwa dafür interessiren sollte, auf Mehring, Kapital u. Presse, Berl. 91, verwiesen. Laveleye, Le socialisme contemporain, Bruxelles 81, auch deutsch v. Eheberg, Tüb. 84, ist oberflächlich, namentlich nach Jäger und Meyer zusammengeschrieben; eine ungleich bessere Uebersicht des sozialpolitischen Parteiwesens in den siebziger Jahren giebt Scheel, Unſ. sozialpol. Part., Leipz. 78, doch sind alle diese Schriften, soweit sie eine historische Würdigung der deutschen Sozialdemokratie versuchen, mehr oder weniger überholt. Meine Darstellung beruht in erster Reihe auf den damaligen Zeitungen der Partei, der weitaus wichtigsten, wenn auch nicht ganz erschöpfenden Quelle: Nordstern, Hamb. 63 bis 65, Sozialdemokrat, Berl. 64 bis 71, Demokr. Wochenbl., Leipz. 68 u. 69, Volksstaat, Leipz. 69 bis 76, Neuer Sozialdemokrat, Berl. 71 bis 76, Vorwärts, Leipz. 76 bis 78. Ich habe diese paar Dutzend Zeitungsbände zu wiederholten Malen Blatt für Blatt durchforscht, und mich redlich bemüht, das Ergebniß der überaus mühsamen und weitläufigen Arbeit objektiv wiederzugeben; wenn ich mit einem Vorurtheil an die Arbeit gegangen bin, so war es jedenfalls kein Vorurtheil zu Gunsten Schweitzers, den ich nie gekannt und den ich nach der herkömmlichen Ueberlieferung für einen sehr bedenklichen Politiker gehalten habe, bis ich eben den Dingen selbst näher trat. Der mir mehrfach in freundlicher Absicht ausgesprochene Wunsch, möglichst reiche Auszüge aus den Parteizeitungen als Beilagen zu geben, ließ sich

schon aus räumlichen Rücksichten nicht erfüllen, ganz abgesehen davon, daß auch die reichhaltigsten Auszüge doch immer nur ein unvollständiges Bild bieten, das unter Umständen weit mehr irre führen kann, als eine zusammenfassende Schilderung. Eine Kontrolle meines Textes, die mir selbst sehr erwünscht wäre, läßt sich, wie bei allen auf weitschichtigem Quellenmaterial beruhenden Darstellungen, nur dadurch ermöglichen, daß auch Andere denselben historischen Stoff bearbeiten. Zu einer sachlichen Diskussion auf Grund der Quellen bin ich jederzeit gern bereit, denn ich beanspruche nicht die geringste Unfehlbarkeit, so sehr ich mich bemüht habe, objektiv zu verfahren. Was ich jedoch nach wie vor ablehne, sind Zänkereien über meinen „Helden" Schweitzer und dergleichen deplazirte Scherze mehr; wer durchaus in dem Glauben selig werden will, daß die deutsche Sozialdemokratie eine Reihe bedeutsamster Jahre hindurch der lächerliche Spielball eines Polizeiagenten gewesen sei, mag es meinetwegen werden.

Lassalles Agitation. Schmoller, Kleingewerbe. Kampffmeyer, Mod. Gesellschaftsklassen. J. S., Beiträge z. Entwicklungsgesch. d. deutschen Großindustrie NZ 11², 620. Huber, Handwerkerbund u. Handwerkernoth, Nordh. 67. Thun, Industr. a. Niederrh. Vahlteich, Weitling, Zukunft 78. — Allgemeine deutsche Arbeiterzeitung, Koburg 63. Ellissen, Langes Biographie, Leipz. 94. Schulze-Delitzsch, Arbeiterkatechismus, Leipz. 63. — Lassalle, Off. Antwortschr. In den Einleitungen und Anmerkungen zu Lassalles Agitationsschriften giebt Bernstein viel historisches Material über Lassalles Agitation. — Marx, Programmbrief NZ 9¹, 561. Marx, Kapital 1, 662. Bernstein, Z. Frage d. ehern. Lohnges. NZ 9¹, 294. Lassalle, Briefe a. Rodbertus, Bucher a. Lassalle bei Poschinger. — B. Becker, Gesch. d. Arbeiteragitation Lass., Braunschw. 74; bemerkenswerth wegen urkundlicher Mittheilungen, die Auffassung Beckers ist fast durchweg verfehlt und oft sehr hämisch gegen Lassalle. Rodbertus, Off. Brief, Leipz. 63, wieder abgedruckt bei Kozak a. a. O. Lassalle, Z. Arbeiterfrage, Leipziger Rede. — L. Büchner, Herr Lassalle u. d. Arbeiter, Frankf. 63. L. Büchner, M. Begegn. m. Lass., Berl. 94. Oberwinder, Sozialism. u. Soziald., Berl. 78, enthält einzelne interessante Mittheilungen über die damalige Lage in Frankfurt und Umgegend. Lassalle, Arbeiterlesebuch, Frankfurter Rede. — Huber, D. Arbeiter u. ihre Rathgeber, Berl. 63. Schweitzer, D. Zeitgeist u. d. Christenthum, Leipz. 61. Schweitzer, Luzinde, Frankf. 64.

Lassalles taktische Wendung. Die Volkszeitung i. ihr. Gesammthalt., a. Manuskr. gedr., Berl. 63. Lassalle, D. Feste, d. Presse u. d. Frankf. Abgeordnetent. Die Autorschaft A. Langes an dem Briefe der Süddeutschen Zeitung ist von Bernstein überzeugend nachgewiesen worden. Lassalle, An d. Arbeiter Berlins. Busch, Unser Reichskanzler, Leipz. 84. Lassalle, D. Wissensch. u. d. Arbeiter. Lassalle, Kriminalprozeß II und III. Lassalle, D. indir. Steuer u. d. Lage d. arbeit. Klasse. Der Hochverrathsprozeß wider Lassalle. Lassalle, Bastiat-Schulze. Das Unvermögen der Universitätsgelehrsamkeit, Lassalles Wirksamkeit in ihrem historischen Zusammenhange zu begreifen, ist heute so groß, wie vor dreißig Jahren: neben Sombart und auch Herkner siehe darüber G. Mayer, Lassalle als Sozialökonom, Berl. 94 und L. O. Brandt, Lassalles sozialökon. Anschauungen u. prakt. Vorschläge, Jena 95. Ueber den angeblich proudhonistischen Agitationsplan, der in Lassalles Nachlaß gefunden worden sein soll, schrieb Bucher am 15. Jan. 66 an die Gräfin Hatzfeldt: „Ich glaube den Willen Lassalles zu exekutiren, indem ich diese Skripta vernichte", sagte aber im Sommer 89 zu seinem Biographen Poschinger, wenigstens nach dessen Versicherung: „Ich sagte nicht, daß ich die Lassalleschen Skripta vernichtet hätte, habe sie auch nicht vernichtet, und mich absichtlich zweideutig ausgedrückt, um ferneren Forderungen der Gräfin zu entgehen, die nach dem Testamente auf diese Papiere kein Recht hatte." Darnach müßte sich Lassalles Agitationsplan noch in Buchers Nachlaß vorfinden, und so wenig schön

Buchers „Zweideutigkeit" an sich sein mag, so wäre er in diesem einen Punkte nicht so schuldig, das ihm von Lassalle geschenkte Vertrauen mißbraucht zu haben, wie in anderen Punkten.

Lassalles Ende. Lassalle, Ronsdorfer Rede. Ketteler, D. Arbeiterfrage u. d. Christenthum, Mainz 64. Lassalle, Erwiderung auf Wageners Rezension des Bastiat-Schulze. Der Düsseldorfer Prozeß wider Lassalle. B. Becker, Lebensende Lassalles, neue Bearb., Nürnb. 92. Es ist schade, daß die „neue Bearbeitung" nicht gründlicher mit Beckers widerlichen Glossen aufgeräumt und sich nicht genügend vor der Gefahr gesichert hat, diesen oder jenen neuen Faden in die Legenden über Lassalles Tod zu spinnen. Helene v. Racowitza (Dönniges), M. Bezieh. z. Ferd. Lass., Bresl. 79, ist eine peinliche Sensationsschrift, ebenso Poschinger, Lassalles Leiden, Berl. 88, soweit sich diese Veröffentlichung des gedankenlosen Vielschreibers nicht auf die Wiedergabe Lassallescher Briefe beschränkt.

Die Internationale Arbeiterassoziation. Die beste Schrift über die Entstehung und die ersten Jahre der Internationalen ist immer noch Eichhoff, D. Intern. Arbeiterassoz., Berlin 68. Die Bücher Testuts, Villetards u. A. taugten von vornherein nicht viel und sind längst veraltet. M(oritz) B(usch), Z. Gesch. d. Intern., Leipz. 72, mischt in der plagiatorischen Weise der Bismärckischen Tintenkulis allerlei Bruchstücke aus anderen Schriften, die er zur besseren Reklame für sein eigenes Machwerk, aber sonst nicht unrichtig, als „seichte Produkte" verhöhnt, zu einem ungenießbaren Häringssalat zusammen. Die wichtigste Quelle für die Geschichte der Internationalen, namentlich in ihren deutschen Beziehungen, ist J. Ph. Beckers Vorbote, Genf 66 bis 71. Ueber den angeblich von Marx gefälschten Satz Gladstones in der Inauguraladresse siehe Brentano, M. Polem. m. Karl Marx, Berl. 90, und Engels, In Sachen Brentano kontra Marx, Hamb. 91.

Lassalles Erben. Die Zeit von Lassalles Tod bis zum Ausbruche des deutschen Krieges muß überwiegend an der Hand des Nordsterns und des Sozialdemokraten geschrieben werden. K. Schilling, D. Ausstoß. B. Beckers, Berl. 65, giebt einen Bericht über die Kämpfe innerhalb der Berliner Gemeinde, als Partisan der Gräfin Hatzfeldt, so daß die Richtigkeit seines Berichts sowohl von Liebknecht als auch von Schweitzer angefochten worden ist. Engels, D. preuß. Militärfrage u. d. deutsche Arbeiterpartei, Hamb. 65. F. A. Lange, D. Arbeiterfrage, Duisb. 65. (Eugen Richter), Gesch. d. sozialdemokr. Partei i. Deutschl. seit d. Tode Lassalles, Berl. 65. Schulze-Delitzsch, D. Abschaff. d. geschäftl. Ris., Berl. 66. Schweitzer, Der todte Schulze geg. d. leb. Lassalle, Zür. 86. Tölcke, Zweck rc. d. Allgem. Deutsch. Arbeitervereins, Berlin 73.

Die Revolution von Oben. In noch höherem Grade, als das vorige, beruht dies Kapitel auf der Zeitungsliteratur, namentlich auf dem Sozialdemokraten und dem Vorboten, die reichliche Berichte über alle damaligen Regungen des deutschen Proletariats enthalten. Die historischen Urkunden zur Geschichte des deutschen Krieges bei Hahn, Schultheß u. A. Verwaltungsbericht des Berliner Polizeipräsidiums f. d. Jahr 71 bis 80, Berl. 82. Dühring, Sache, Leben u. Feinde, Karlsruhe 82. Der Sozialdemokrat und seine Helfershelfer, Genf 67, das Pamphlet, womit die Gräfin Hatzfeldt die Wahl Schweitzers in Elberfeld-Barmen und Reichenbach-Neurode bekämpfte. Stenograph. Berichte des norddeutschen Reichstags.

Das Hauptwerk des wissenschaftlichen Kommunismus. In das Verständniß des Kapitals führt vortrefflich ein Kautsky, Marx' Oekonom. Lehren, Stuttg. 87. Allgemeine Zeitung, Augsb. 75, Nrn. 49 u. 50.

Deutsche Gewerkschaften. Demokr. Wochenbl., Sozialdemokr., Vorbote. Jacoby, D. Ziele d. deutsch. Volkspartei u. Z. demokr. Progr. Ueber die Leichtfertigkeit,

womit M. Hirsch die fortschrittlichen Gewerkvereine begründet hat, siehe Brentano, D. Hirsch-Dunckerschen Gewerkver., Jahrb. f. Gesetzgebung ꝛc., Leipz. 78. M. Hirsch, D. deutsch. Gewerkver. u. ihr neuest. Gegn., Berl. 79, hat die urkundlichen Nachweise Brentanos keineswegs zu entkräften vermocht. Im Uebrigen lohnt es sich längst nicht mehr, über die fortschrittlichen Gewerkvereine viele Worte zu verlieren.

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei. Demokr. Wochenbl., Sozialdemokr., Vorbote. Hofstetten, M. Verhältn. z. Schweitzer u. z. Sozialdemokr., Berl. 69. Stenograph. Berichte über d. Gewerbeordnungsdebatte d. nordd. Reichst. Liebknecht, Ueber d. polit. Stellung d. Sozialdemokr., insbes. m. Bezug a. d. Reichst., Leipz. 69. A. Wagner, D. Abschaff. d. privaten Grundeigenth., Leipz. 70. Bebel, Unsere Ziele, Leipz. 70. Liebknecht, Z. Grund- u. Bodenfrage, Leipz. 74. Jacoby, D. Ziel d. Arbeiterbewegung.

Die Reichsgründung und die Sozialdemokratie. Nächst den Parteizeitungen Engels, Gewalt u. Oekonomie b. d. Herstell. d. deutschen Reichs NZ 14[1], 676. Durch die Denkwürdigkeiten des Königs Karl von Rumänien, Berl. 94, ist nunmehr erwiesen, daß Bismarck die spanische Thronkandidatur des Hohenzollern als Falle für Frankreich betrieben hat, und daß Bismarcks Ableugnungen bewußte Unwahrheiten waren. Von geringerer Bedeutung ist die Fälschung der Emser Depesche, die sich zwar mit allen Auslegungskünsten nicht aus der Welt schaffen läßt, aber die den Krieg nicht verursacht hat. Ueber die Vorgänge in Versailles Busch, Graf Bismarck u. s. Leute, Leipz. 78; Tagebuch des Kronprinzen i. d. Deutschen Rundschau vom Okt. 88; die neuerdings von Oncken in einer byzantinischen Festschrift veröffentlichten Briefe des Königs Wilhelm; die Denkwürdigkeiten Stiebers; Reichstagsverhandlungen über die Versailler Verträge. Die Adressen der Internationalen über den Krieg bei Marx, Bürgerkr. i. Frankr. Bracke, Braunschweiger Ausschuß, Braunschweig 72. Leipziger Hochverrathsprozeß, Berl. 94.

Die Hochfluth der Milliarden. Gründungsschwindel: R. Meyer, Pol. Gründer u. d. Korrupt. i. Deutschl., Leipz. 77, die geistreichste und gründlichste Schilderung der Milliardenperiode. Glagau, D. Börsen- u. Gründungsschwindel, Leipz. 76, ist zuverlässig in seinen thatsächlichen Angaben, was um so mehr hervorgehoben werden muß, als die Vossische Zeitung, wohlweislich nach Glagaus Tode, mit dreister Stirne log, Glagau habe unangenehme Erfahrungen vor den Gerichten gemacht, aber die Auffassung Glagaus ist beschränkt-kleinbürgerlich-philiströs. Bericht über die preußischen Eisenbahngründ., in den Drucksachen d. preuß. Landtages. Mehring, D. gerettete Miquel, NZ 12[1], 801, u. Bleichröders Kommis (Kardorff), NZ 16[1], 705, ferner über Sonnemanns Gründerbetheil. Kapital u. Presse. Kulturkampf: Engels, Gewalt ꝛc. Agrarsozialismus: Berliner Revue; Rodbertus, Kreditnoth u. Briefe; R. Meyer, Emanzipationskampf. Kathedersozialismus: Verhandlung. d. Eisenach. Versamml. am 6. u. 7. Okt. 72, Leipz. 73. Oppenheim, D. Kathedersozialism., Berl. 72. A. Wagner, Off. Brief a. Oppenheim, Berl. 72, eine mißlungene Nachäfferei Lassallescher Keulenschläge. Wie historisch, so haben auch polemisch Brentano und Schmoller den Kathedersozialismus am besten vertreten: Brentano, D. „wissenschaftliche" Leistung d. Herrn Bamberger, gegen Bamberger, Arbeiterfrage, Stuttg. 73, und Schmoller, Ueber einige Grundfr. d. Rechts u. d. Volkswirthsch., Jena 75, gegen Treitschke, D. Sozialism. u. s. Gönner, Berl. 75. Für die Unzulänglichkeit des Kathedersozialismus gegenüber der Sozialdemokratie ist typisch Held, D. deutsche Arbeiterpresse, Leipz. 73, und Held, Sozialism., Sozialdemokr. u. Sozialpolit., Leipz. 78.

Lassalleaner und Eisenacher. Neuer Sozialdemokr. u. Volksstaat. Engels, Z. Wohnungsfrage, Leipz. 72. Offizieller Bericht d. Londoner Generalraths a. d. Haager Kongreß, Braunschw. 72. Les prétendues scissions dans l'Internationale,

Genève 72. Ein Komplott gegen d. Intern. Arbeiterassoz., Braunschw. 74. K. Hirsch, D. angebl. sozialen Theorien u. d. wirkl. polit. Bestreb. d. Herrn Bakunin, Leipz. 72. Rüegg, A. Briefen an J. Ph. Becker, NZ 6, 449. Engels, Biographie v. Marx in Brackes Volkskal. 78. Ueber die Verhandlungen des Haager Kongresses enthält der Volksstaat sehr gute Berichte. Dietzgen, D. Religion d. Sozialdemokr. u. a. Aufsätze im Volksstaat. C. A. Schramm, Grundz. d. Nationalökon., Leipz. 76. Liebknecht, Festreden: Wissen ist Macht, Macht ist Wissen und Zu Schutz u. Trutz, Leipz. 72. Bracke, Der Lassallesche Vorschlag, Braunschw. 73. Karl Hillmann, Prakt. Emanzipationsw., Leipz. 73. Franz, Herr Böhmert u. s. Fälsch. d. Wissensch., Zür. 73, gegen Böhmert, Sozialism. u. Arbeiterfr., Zür. 72. Schweitzer, A. d. Arbeiter Deutschl., Hamb. 72. Lange, Arbeiterfr., 3. Aufl. Schäffle, Quintessenz d. Sozialism., Gotha 74. Treitschke, D. Sozialism. u. s. Gönner.

Der Gothaer Einigungskongreß. Protokoll d. Einigungskongr., Leipz. 75. Marx, Programmbrief. Bernstein, Z. Vorgesch. d. Gothaer Progr., NZ 15¹, 466. K. Hirsch, D. Parteipresse, Leipz. 76.

Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. Engels, Schutzzoll u. Freihand. Kautsky, Deutsche u. amerik. Zollpolitik, NZ 9¹, 161. Die massenhafte Literatur der antisemitischen und schutzzöllnerischen Reaktion zähle ich nicht im Einzelnen auf. Poschinger, Bismarck a. Volkswirth, Berl. 89 bis 91. Quarck, Z. äuß. Gesch. d. Fabrikinspekt. i. Deutschl., Frankf. 89. Protokolle d. Gothaer Kongresse v. 76 u. 77. Bracke, Nieder mit d. Sozialdemokraten! Braunschw. 76. (Unruh), D. Sozialdemokr., was sie d. Wählern versprechen u. was sie wollen, Berl. 76. W(ilhelm) S(plittgerber), Ins Schlaraffenland m. d. Sozialdemokr., Magdeb. 76. Bracke, D. Verzweifl. i. liberal. Lager, Braunschw. 76. Liebknecht, Soll Europa kosakisch werden? Leipz. 78. H. L(evy), Soll die sozialistische Arbeiterpartei türkisch werden? Zür. 78. Most, Kapital u. Arbeit, Chemn. Most, D. sozial. Beweg. i. alten Rom u. d. Zäsarismus, Berl. 78. Most, D. Lösung d. sozial. Frage, Berl. 76. Die Zukunft, Sozialist. Revue, Berl. 77/78; vom Jahrgange 78/79 sind noch 3 Hefte erschienen. Die neue Gesellschaft, Monatsschr. f. Sozialwissensch., Zür. 77 bis 80, im Ganzen 30 Hefte. Dühring, Krit. Gesch. d. Philos., Krit. Gesch. d. Nationalökon. u. d. Sozialism., Kursus d. National- u. Sozialökon., alle Berl. i. d. siebz. Jahren. Engels, Anti-Dühring. Bernstein, Z. dritten Auflage d. Anti-Dühring, NZ 13¹, 101.

Das Sozialistengesetz. Eug. Richter, Fortschrittsp. u. Sozialdemokr., Berl. 78. Eug. Richter, D. Sozialdemokr., was sie wollen u. wie sie wirken, Berl. 78. Thun, Industr. a. Niederrh. Todt, D. radikale deutsche Sozialism. u. d. christl. Gesellsch., Wittenb. 78. Stöcker, 13 Jahre Hofpred. u. Politiker, Berl. 95. Göhre, D. evangel.-soz. Bewegung, Leipz. 96. Ueber die Attentate und den weißen Schrecken reichliches Material im Vorwärts, hier auch die Polemik zwischen Marx und Bucher, neuerdings abgedr. bei Poschinger. Treitschke, D. Sozialism. u. d. Meuchelmord, Berl. 78. Reichstagsverhandlungen über die beiden Entwürfe des Sozialistenges.

Vierter Abschnitt.

Für die ersten zehn Jahre des Sozialistengesetzes bietet reichen Stoff die von kundiger Hand verfaßte Denkschrift: Nach zehn Jahren, Mater. u. Gloss. z. Gesch. d. Sozialistenges., London 89 u. 90. Die gewerkschaftliche Bewegung dieser Zeit hat einen fleißigen und unterrichteten Bearbeiter gefunden in Schmöle, D. sozialdemokr. Gewerksch. i. Deutschl. s. d. Erlasse d. Sozialistenges., Jena 96. Zwölf Jahre Sozialistengesetz, Berl. 90, ist eine leichte ultramontane Journalistenarbeit. Polizeiliche Verzeichnisse der auf Grund des Sozialistengesetzes ergangenen Verbote von Brandt, Berl. 82, und Atzrott, Berl. 86. Werthlose Polizeimachwerke sind Zacher, D. rothe

Intern., Berl. 84; Sozialism. u. Anarchism. v. 83 bis 86, Berl. 87; D. Anarchism. u. s. Träger, Berl. 87; Krieter, D. geheime Organis. d. sozialdemokr. Partei, Magdeb. 87, und ein paar ähnliche Schriften. Die Hauptquellen bleiben immer die elf Jahrgänge des Zürich-Londoner Sozialdemokraten und die Stenogr. Reichstagsberichte. Mein Ziel war in erster Reihe, diese Zeit in ihrer gesammten historischen Gliederung darzustellen. So reich an menschlichem Heldenthum der Chartismus und der Trade Unionismus, die Juni- und die Kommunekämpfe sind, so hat doch die deutsche Sozialdemokratie zum ersten Male in einem zwölfjährigen, klug, konsequent und kühn geführten Kampfe einen modernen Großstaat mit seinen ungeheuren Machtmitteln zu besiegen gewußt. Indem ich mich bemühte, diese weltgeschichtliche Thatsache ins klarste Licht zu stellen, mußte freilich das Detail manche Noth leiden. Jedoch glaubte ich mich dadurch um so weniger beirren lassen zu dürfen, als die oben erwähnte Denkschrift schon reichliches Detail enthält und vieles sonstige Detail heute für die Veröffentlichung noch nicht reif ist. Es sei nur daran erinnert, daß gegen manche verdiente Vorkämpfer des klassenbewußten Proletariats, die unter dem Sozialistengesetz in erster Reihe gefochten haben, regelmäßig die Steckbriefe erneuert werden und daß die unergründliche Verbohrtheit der herrschenden Klassen sich aufs Eis eines neuen Sozialistengesetzes trauen möchte. Dadurch war schon an und für sich eine gewisse Reserve geboten, selbst wenn es sich nicht aus sachlichen Gründen empfohlen hätte, das Bild dieser gewaltigen Zeit zunächst in großen Strichen zu zeichnen. Sollte mir später vergönnt sein, den Stoff noch einmal zu bearbeiten, so würde ich meine Darstellung mit den Einzelheiten ausbauen, die in ihrer Art für die deutsche Arbeiterklasse nicht weniger ruhmwürdig sind, als der große Gang dieses zwölfjährigen Heldenkampfes.

Ein Jahr der Verwirrung. K. Hirsch, D. Laterne, Brüssel, 29 Nummern vom 15. Dez. 78 bis 29. Juni 79. Most, Taktik kontra Freiheit, London 80, enthält die wichtigsten Artikel aus den Anfängen der Freiheit. Jahrbuch für Sozialwissensch., Zür. 79 bis 81, 2. Jahrgg. in 3 Bdn. Staatswirthschaftliche Abhandl. Leipz. 79 bis 81, etwa 20 Hefte.

Der neue Aufmarsch. (Karl Schneidt), Die Hintermänner der Sozialdemokratie, Berl. 90, enthält einzelne beachtenswerthe Mittheilungen über die Sezession Hasselmann-Most. Protokoll d. Wydener Kongresses, Zür. 80. Künzel, D. erste Hochverrathsproz. vor dem deutschen Reichsgericht, Leipz. 81, nach stenogr. Niederschrift.

Frage und Antwort. Die deutsche Geheimpolizei i. Kampfe m. d. Sozialdemokr., Aktenstücke u. Enthüll., Zür. 82. D. Monstreprozeß gegen die Vorstände der Berliner Gewerkschaften, München 83. Schmöle a. a. O. Protokoll d. Kopenhagener Kongresses, Zür. 83.

Wissenschaftliche Sammlung. Engels, Ursprung d. Familie, d. Privateigenth. u. d. Staats, Zür. 84, 3. Aufl. Stuttg. 92. Schippel, D. moderne Elend u. d. moderne Uebervölker., Leipz. 83, n. Aufl. Stuttg. 88. K. Schmidt, D. Durchschnittsprofitrate a. Grund d. Marxschen Werthges., Stuttg. 89. Bernstein, Kautsky, Schönlank, zahlr. Aufs. NZ u. ZSD.

Peitsche und Zuckerbrot. Kautsky, D. Arbeiterbewegg. i. Oesterr. NZ 8, 49. Prozeß Stellmacher, Wien 84. Bebel, D. Frau u. d. Sozialism., 25. Aufl., Stuttg. 95. Vollmar, D. isolirte sozialist. Staat, Zür. 78.

Der Anfang vom Ende. Anarchistische Umtriebe i. d. Schweiz, Bericht d. eidgenöss. Generalanwalts, Bern 85. K. Braun, Berichte u. Betracht. über die beiden großen Hochverrathsprozesse v. d. Reichsgericht, in Pandämonium, Hamb. 85. Quarck, D. Arbeiterschutzgesetzg. i. deutschen Reiche, Stuttg. 86. Enquetebericht über die Arbeiterinnen der Wäschefabrikation u. Konfektionsbranche, Drucks. d. deutsch. Reichst.,

bespr. v. Schönlank NZ 6, 116. Siehe auch K. Frankenstein, D. Lage d. Arbeiterinnen i. d. deutsch. Großstädt. Leipz. 88. Die zwanzigjährige Arbeiterinnenbew. Berlins, Berl. 89. Recht auf Arbeit, München 85. Kautsky, D. Kapital v. Rodb., NZ 2, 337. C. A. Schramm, K. Kautsky u. Rodb., NZ 2, 481, Kautsky, C. Replik 494. C. A. Schramm, Antwort a. Herrn K. Kautsky, NZ 3, 218, Kautsky, Schlußwort 224. C. A. Schramm, Rodb., Marx, Lassalle, München 86. Bernstein, C. moral. Kritiker u. s. krit. Moral, ZSD 86, Nrn. 4 bis 7 u. Nr. 9. Schäffle, D. Aussichtslosigk. d. Sozialdemokr., Tüb. 85. Ausführliche Besprechungen NZ und SZD.

Die Todeskrämpfe des Sozialistengesetzes. Ueber die Verfolgung der gewerkschaftlichen Bewegung neben Schmöle namentlich Das Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter im Lichte der Thatsachen, e. Petit. a. d. Reichst. v. d. Agitationskommission der Maurer, Hamb. 89. Bebel, Preßstimmen über das Freiberger Urtheil, Leipz. 86. Muser, Sozialistenges. u. Rechtspfl., Karlsruhe 89. Protokoll über den Parteitag in St. Gallen, St. Gallen 87.

Die 99 Tage. Ueber die Entlassung Puttkamers giebt es noch eine andere Lesart, wonach Bismarck sie veranlaßt haben soll, weil Puttkamer der „kommende Mann“ der kartellfeindlichen orthodox-reaktionären Klique gewesen oder doch als solcher von Bismarck beargwöhnt worden sei. Wahrscheinlich ist dieser Zusammenhang aber nicht nach Allem, was bisher über Puttkamers Entlassung bekannt geworden ist.

Der Zusammenbruch. Immediatbericht Bismarcks über das kronprinzliche Tagebuch. Briefwechsel zwischen Bismarck Sohn und Morier. Die Volkszeitung wurde vom Jan. 86 bis Okt. 90 von mir geleitet; die von mir verfaßten Artikel zum 9. und 18. März 89, von denen dieser den vorgeschobenen, jener den wirklichen Anlaß zum Verbote des Blattes gab, waren ziemlich harmlos, wurden aber trotzdem von der bürgerlich-oppositionellen Presse, einschließlich der Frankfurter, der Freisinnigen und der Vossischen Zeitung heftig verleugnet. Der erste Nichtgentleman (Meineidsmichel) auf dem Zeugenstande, München 89. Protokoll des Internationalen Arbeiterkongresses zu Paris, Nürnb. 89. Oldenberg, Studien z. rheinisch-westfäl. Bergarbeiterbewegung, Leipz. 90. Kautsky, Thomas More u. s. Utopie, Stuttg. 88. Blos, D. französ. Revolut., Stuttg. 89. J. Stern, Halbes u. ganzes Freidenkerth., Stuttg. 89. Klara Zetkin, D. Arbeiterinnen- u. Frauenfrage d. Gegenw., Berl. 89. Schönlank, D. Fürther Quecksilber-Spiegelbelegen u. ihre Arbeiter, Stuttg. 88.

Die Liquidation. H. Müller, D. Klassenk. i. d. deutsch. Sozialdemokr., Zür. 92. Vollmar, Ueber d. nächst. Aufg. d. deutsch. Sozialdemokr., München 91. Protokolle der Parteitage in Halle u. Erfurt, Berl. 90 u. 91. Kautsky u. Schönlank, Grunds. u. Ford. d. Sozialdemokr., Erläuterungen z. Erfurt. Progr., Berl. 92. Kautsky, Das Erfurter Programm i. s. grundsätzl. Theil, Stuttg. 92. Eine putzige Gegenschrift A. Wagner, D. neue sozialdemokr. Progr., Berl. 92.

Kunst und Proletariat. Deutsche Arbeiterdichtung, 5 Bde., Stuttg. 93. Schweichel, Deutschlands jüngste Dichterschule, NZ 9², 624. Die sehr aphoristischen Bemerkungen, auf die ich mich im Texte beschränken mußte, beruhen wenigstens auf eingehender Beschäftigung mit den Wechselbeziehungen zwischen Kunst und Proletariat. Neben Lessingl. u. manchen Auff. in NZ siehe auch Mehring, D. Volksbühne, Berl. 92 bis 95. Um die proletarische Volksbühnenbewegung hat Julius Türk die größten Verdienste.

Rück- und Vorblicke. Ueber die sozialpsychologische Umwälzung des Proletariats unter dem Einfluß der großindustriellen Entwicklung liegt erst verhältnißmäßig geringes und weit verstreutes Material vor. Vom christlich-sozialen Standpunkte Göhre, Drei Monate Fabrikarbeiter, Leipz. 91. Ich unterschreibe, was Schippel,

NZ 9[2], 468, über die Schrift sagt: „In dem Bilde ist Vieles verzerrt und verzeichnet, Vieles aber auch mit überraschender Sicherheit gesehen und wiedergegeben, fast Alles jedoch ist äußerst lesenswerth und belehrend.“ Auf diesem Gebiete sind überaus lohnende Aufgaben zu lösen.

Schluß.

Es bleibt mir noch übrig, für die vielfache Hilfe zu danken, die ich bei meiner Arbeit gefunden habe. Wollte ich Alle nennen, die mich durch diese Auskunft oder jenen Nachweis unterstützt haben, so müßte ich mehrere Seiten mit Namen füllen; wenigstens derer aber muß ich namentlich gedenken, die mich, wie Audorf, Bebel, Bernstein, Kautsky durch eigene Ausarbeitungen belehrt oder mir, wie Gerisch, Schippel und Auer mit immer gleicher Bereitwilligkeit die Schätze des Parteiarchives erschlossen haben. Besonders werthvoll waren mir eingehende Mittheilungen über die süddeutschen Verhältnisse, die ich von Fentz für Baden, von Baßler für Württemberg, von Grillenberger, dem ich meinen Dank nun schon ins Grab nachrufen muß, für das nördliche, von Vollmar für das südliche Baiern, von Ehrhart für die Rheinpfalz, ja auch für einzelne bairische Städte, von G. Löwenstein für Fürth und von Tauscher für Augsburg, erhalten habe. Leider habe ich nicht Alles verwerthen können, was mir in freundlichster Weise geboten wurde; hätte ich die Bewegung in den einzelnen Landestheilen so ausführlich schildern wollen, wie mir beispielsweise Baßler die württembergische Entwicklung in einer ganz ausgezeichneten Abhandlung dargelegt hat, so hätte ich einen dritten Band hinzufügen müssen, und das verbot sich von selbst. Mittelbar hat diese Bereicherung meiner Kenntnisse meine Auffassung aber doch auch erweitert und geschärft. Allen Freunden, die mein Buch so wirksam gefördert haben, nicht zuletzt auch seinem Verleger als seinem wirksamsten Förderer, sage ich meinen herzlichsten Dank.

Könnte sich das vollendete Werk die Theilnahme erhalten, die es in seinem Werden gefunden hat, so würde ich darin den schönsten Lohn einer fünfjährigen Anstrengung sehen. Niemand kann besser wissen, als ich, wie viel meiner Arbeit noch fehlt, wie mancherlei Lücken und Unrichtigkeiten sie enthalten muß, trotz allen Fleißes, den ich mich rühmen darf, an sie gesetzt zu haben. Dem Einzelnen wird es immer unmöglich sein, die Massenbewegung des modernen Proletariats in ihrer ganzen Fülle und Tiefe zu erschöpfen; sein Ehrgeiz muß sich darauf beschränken, seine Darstellung nach Kräften ihres großen Gegenstandes würdig zu machen, und so werde ich für jeden belehrenden oder berichtigenden Hinweis dankbar sein.

Steglitz-Berlin, im Juni 1898.

Franz Mehring.